BRITTA BEHM

Das Institut für Bildungsforschung in der Ära Hellmut Becker, 1958–1981.

Zur Genese und Transformation einer interdisziplinären Sozialwissenschaft im Kontext der Max-Planck-Gesellschaft

Preprint 19

gmpg

Forschungsprogramm
Geschichte der
Max-Planck-Gesellschaft

BRITTA BEHM

Das Institut für Bildungsforschung in der Ära Hellmut Becker, 1958–1981.

Zur Genese und Transformation einer interdisziplinären Sozialwissenschaft im Kontext der Max-Planck-Gesellschaft

Preprint 19

Das GMPG-Forschungsprogramm untersucht die Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Gründung 1948 bis zum Ende der Präsidentschaft Hubert Markls 2002 und verfolgt den Fortgang des Programms »Aufbau Ost« bis in das Jahr 2005.
Vgl. dazu ausführlich die Projektbeschreibung:
http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/forschungsprogramm/projektbeschreibung

Impressum

Ergebnisse des Forschungsprogramms Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Preprint 19

Herausgegeben von Florian Schmaltz, Jürgen Renn, Carsten Reinhardt und Jürgen Kocka
Lektorat: Anne Huffschmid
Redaktion: Birgit Kolboske
Grafik/Satz: doppelpunkt Kommunikationsdesign

Erscheinungsjahr: 2023
Ort: Berlin
ISSN: 2511–1833

Alle Rechte bei den Autorinnen und Autoren
Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz by-nc-sa 3.0 Deutsch
http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/3.0/de
DOI: 10.17617/2.3495748

Vorwort

Mit großem Dank bin ich neben der Projektleitung den Kolleg*innen aus dem Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (GMPG) verbunden, das einen lebendigen Dialograum eröffnet und eine immer anregende Forschungsumgebung geboten hat. Dank also an Jaromír Balcar, Maria Teresa Costa, Birgit Kolboske, Alison Kraft, Gregor Lax, Martina Schlünder, Juliane Scholz, Alexander von Schwerin, Thomas Steinhauser, Sascha Topp und an die assoziierten Wissenschaftler*innen Mitchell G. Ash, Carola Sachse und Peter Schöttler. Dass sich die inzwischen erschienene Arbeit zur Geschichte der westdeutschen Sozialwissenschaften von Fabian Link, der dem Projekt gleichfalls assoziiert war, in großer Nähe zu meinen Forschungsfragen und Thesen verhielt, stellte sich als ein Glücksfall heraus. Zum Programm GMPG gehörte neben der Projektassistenz Kristina Schönfeldt und der Digitalisierungsgruppe zudem ein hervorragendes Team von Studentischen Hilfskräften, von denen besonders Rebecca Eilfort, Anastasia Malkova und Charlotte Mergenthaler mit ihrer engagierten, klugen und freundlichen Mitarbeit beim Sichten der Datenmengen im Bereich von Personal und Finanzen des Bildungsforschungsinstituts geholfen haben. Ohne Sabine Reh, Direktorin der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung des DIPF, Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, hätte ich das Projekt nicht beginnen können; auch dafür einen großen Dank.

Danken möchte ich zudem den Mitarbeiter*innen der zu Rate gezogenen Archive und Bibliotheken, besonders der Bibliothek des Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte (MPIWG), für ihre Unterstützung, die besser nicht hätte sein können. Gleiches gilt für die Leiterin des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft (AMPG), Kristina Starkloff, und für die dortigen Mitarbeiter*innen, unter denen besonders Thomas Notthoff und Florian Spillert unverzichtbare und bereichernde Ansprechpartner waren.

Für mein Verständnis der Geschichte des Bildungsforschungsinstituts bin ich ganz besonders dem inzwischen leider verstorbenen Wolfgang Edelstein sowie Falk Fabich in großer Dankbarkeit verbunden. Gleiches gilt für Beatrice Fromm, Alexander Kluge, Karl Ulrich Mayer und Jürgen Renn, die mir in jüngerer Zeit für Gespräche zur Verfügung standen. Dass zudem – neben Klaus Hüfner, Doris Knab, Regine Lockot, Ulrich Karl Preuß und Ingo Richter – auch Cornelia Edding und Michael Jenne ihre Erinnerungen mit mir geteilt haben, möchte ich noch einmal mit besonderem Dank hervorheben.

Unterstützt und bestärkt haben mich zudem in verschiedenen Phasen des Projekts die Gespräche mit Hans Bergemann, Bettina Hünersdorf und Christoph Classen, mit Micha Brumlik, Wolfgang Lefèvre, Regine Lockot, Britta Rutert, Dodo Schmidt und mit Rüdiger Hachtmann. Ihnen allen sei herzlich gedankt.

Der Abschluss dieser Forschung war letztlich nur möglich durch die Menschen, die mir im Arbeitsprozess, der sich weit über ein Jahr hin annähernd klösterlich vollzog, zur Seite standen. Ich danke Christiane von Haselberg für ihr Dasein, ohne viele Worte und mit einem Lachen.

Und ich danke den Begleiter*innen beim Joggen um das Tempelhofer Feld, bei Spaziergängen durchs Viertel, über Schöneberger Friedhöfe und Spandauer Wiesen oder bei endlich maskenfreien Gesprächen in dem ein oder anderen Berliner und Potsdamer Garten. Sie haben so manche Geschichte aus dem unwahrscheinlichen Wissenschaftskosmos mit Aufmerksamkeit und wohl auch mit einiger Geduld geteilt. Vielen Dank Euch allen!

Gedankt sei schließlich der Lektorin Anne Huffschmid für ihre vielfältigen Anregungen aus der genauen Lektüre des Manuskripts.

Vorweg noch einige Anmerkungen zum Sprachgebrauch: In dieser Studie wird auf die Verwendung des Asterisks zumeist verzichtet und überwiegend das männliche Genus verwendet. Dies ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass in dem betrachteten historischen Zeitraum die binäre Unterscheidung von ›Männern‹ und ›Frauen‹ gängig war und alltäglich ihre geschlechterdifferenzierende Wirkung entfaltete. Zum anderen soll die strukturelle soziale Benachteiligung von etwa der Hälfte der damals lebenden Menschen, die sich als ›Frauen‹ verstanden oder so bezeichnet wurden, nicht mit dem Asterisk unsichtbar gemacht werden. So war die Geschichte des Instituts für Bildungsforschung zwischen 1958 und 1981 zu einem großen Teil eine Angelegenheit von und unter ›Männern‹: in den Führungspositionen des Instituts und in den Organen der Max-Planck-Gesellschaft bis auf Ausnahmen fast ausschließlich. Dies wird in der Arbeit insofern auch sprachlich kenntlich gemacht.

Offensichtliche grammatikalische und Rechtschreibfehler in den zitierten Quellen wurden stillschweigend korrigiert, die zeitgenössischen Schreibweisen und orthographischen Standards aber beibehalten. In den für diese Arbeit gewählten Kapitelüberschriften wurde auf eine grammatikalisch exakte Zitation aus den Quellen zugunsten der besseren Lesbarkeit verzichtet.

Berlin, Januar 2023 Britta Behm

Das Institut für Bildungsforschung in der Ära Hellmut Becker, 1958–1981.

Zur Genese und Transformation einer interdisziplinären Sozialwissenschaft im Kontext der Max-Planck-Gesellschaft

Vorwort 5

1. Einleitung 11

1.1 Thema, Forschungsstand, Thesen 11

1.2 Ansatz und Vorgehen, Grenzen, Begriffsklärungen 20

1.3 Materiallage 38

1.4 Gliederung 41

2. Skeptische Aufnahme: Die Gründung des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, 1958–1963 44

2.1 Terrainbereitung: Die erste Institutsskizze von 1958 – »Umwandlung« des Bildungssystems auf wissenschaftlicher Basis und ein »neuartiger Forschungszweig« in der MPG 44

2.1.1 »Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?« – ein informeller Vorschlag für die MPG und ein interner Unterstützerkreis 44

2.1.2 Politische Kontexte und kulturpolitische Bezüge des Institutskonzepts: Aufstieg nationaler Bildungspolitik und -planung, der »Deutsche Ausschuß« und eine marginalisierte »Pädagogische Tatsachenforschung« 50

2.1.3 Zur anvisierten Trägergesellschaft der KWG/MPG: Zwischen Grundlagenforschung und politischer Ambition 64

2.1.4 Der Antragsteller Hellmut Becker: eine Persönlichkeit »gegen die Regel« der MPG? – Zu Herkunft, Karriere, Beziehungsnetzen, Mythen und offenen Fragen 74

2.2 Weiterentwicklung der Konzeption zwischen Strategie und Anpassung: Das lange Antragsverfahren in der MPG bis zur Institutsgründung, 1959–1963 101

2.2.1 Ein »Max Planck-Institut für Recht, Soziologie und Ökonomie der Bildung«: Antrag auf Einsetzung einer Senatskommission im Mai 1959 und Exkurs zur Governance-Struktur der MPG 101

2.2.2 Starke Unterstützer und eine missglückte Finte: Der Weg bis zur Einrichtung der »Senatskommission Bildungswesen« im Mai 1960 106

2.2.3 Fakten schaffen: Tätigkeit der Senatskommission, Erarbeitung des Institutsplans und die Frage nach Beckers ›Konversion‹, Mai 1960 bis Herbst 1961 114

2.2.4 Das Ringen mit den Kultusministern: Vom Gründungsbeschluss des Senats im Dezember 1961 bis zum Beschluss der Institutssatzung im Dezember 1963 127

3. In relativer Ruhe trotz »dynamischer Zeiten«: Zur Formierung der Bildungsforschung am IfB, 1963–1969/70 — 136

3.1 Ungebremster Aufbau des IfB im Zeichen von »Wirtschaftswunder« und Bildungsexpansion, 1963–1965/68 — 136
3.1.1 Wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen, Finanzen und ein starker Präsident — 136
3.1.2 Institutssatzung und Umsetzungen: Aufgabe, Forschungsorganisation, Governance-Struktur — 138
3.1.3 Personalstärke (bis 1981) und Räumlichkeiten — 144
3.1.4 Nochmalige Erweiterung trotz erster Vorbehalte im Verwaltungsrat der MPG: »Größenordnungskommission« und Neubauplanung — 146

3.2 Der sozialwissenschaftliche Neuankömmling in der MPG: Zum Profil der Bildungsforschung – Direktoren, Projekte und (disziplinäre) Kontexte — 153
3.2.1 Soziologie: Dietrich Goldschmidt — 153
3.2.2 Pädagogik (und Psychologie): Saul B. Robinsohn — 159
3.2.3 Bildungsökonomie: Friedrich Edding — 167
3.2.4 Bildungsrecht: Hellmut Becker/Ingo Richter — 173
3.2.5 Zwischenbetrachtung zur Bildungsforschung am IfB, Vertiefung des Aspekts der Interdisziplinarität (die ›fehlende‹ fünfte Abteilung, Herkunftslinien) — 175

3.3 Ein Institut rückt nach links: Entwicklungen zwischen Strategie und Emergenz bis Frühjahr 1970 — 187
3.3.1 In relativer Ruhe im Schutz des Präsidenten: Beziehungen zur MPG bis März 1970 — 188
3.3.2 Wie geplant: »Reformorientierte Politikberatung« – Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bildungsrat und Orientierung der Forschung an der Programmatik des »Strukturplans für das Bildungswesen« (1970) — 193
3.3.3 Emergente Entwicklungen: Verschränkung mit der Studierendenbewegung, politische Aktionen, Diskussionen im Institut und Beirat — 217
3.3.4 Rückwirkungen auf die Institutsarbeit: Die »innerinstitutionelle Herstellung eines ›Hortes der Vernunft‹«– Einführung der »Grundsatzkonferenz«, Aufhebung der Abteilungen und Projektarbeit — 228

3.4 Der Wind beginnt sich zu drehen: Wachsende Beunruhigung in der MPG im Zuge der »Studentenunruhen« und die Konfrontation mit einem zweiten sozialwissenschaftlichen Institut — 238
3.4.1 Reizungen I: Haltung der MPG zur Mitbestimmung und zu den »1968ern« — 238
3.4.2 Reaktion: Um eine »ähnliche Unruhe wie an den Universitäten nach Möglichkeit zu vermeiden« – Nivellierung der Mitbestimmung im Zuge der Strukturreform der MPG bis 1972 — 240

3.4.3 Reizungen II: Ein zweites sozialwissenschaftliches »Schlachtschiff« in der MPG – Radikalisierung der Kritik in den Debatten um die Gründung des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (Starnberg), 1967–1969 244

4. Transformation der Bildungsforschung bis zur Emeritierung Beckers, 1969/70–1981: Backlash oder Steigerung der Professionalität? 267

4.1 Verstärkung interner Widerstände und ein blinder Fleck: Die Auseinandersetzungen in den Organen der MPG um die volle Integration des Instituts, 1970–1973 267
4.1.1 Bildungsforschung als Grundlagenforschung? – Start des Prüfverfahrens zur Aufnahme des IfB in die MPG, die Gutachten und Schelskys unerhörter Hinweis auf eine wissenschaftstheoretische Leerstelle, Frühjahr bis Sommer 1970 267
4.1.2 Aufnahme in die MPG unter Bedingungen: Die erwünschte Umfunktionierung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts zum »Kontrollorgan«, Herbst bis Winter 1970 286
4.1.3 Weitere Warnschüsse und ein Aufflackern wissenschaftstheoretischer Kontroversen (»Finalisierungstheorie«): Das Verfahren zur Berufung der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB, 1971–1973 291

4.2 Reform-, Krisen- und Tendenzwendezeiten nach 1969: Verengung externer Handlungsräume und ein neuer Präsident der MPG 306
4.2.1 Sozial-liberaler Reformsturm und Reaktion: Wissenschaftliche Agenturen der Tendenzwende (BFW, FTS), bildungspolitische Konsenserosion 307
4.2.2 Kritik aus der Wirtschaft am sozialwissenschaftlichen Kurs der MPG und am MPIB: »Diese schlechten Erfahrungen sprechen nicht für einen Beitritt der Kammer zur obigen Gesellschaft« 324
4.2.3 Ausbau des neuen Managements und das schwierige Erbe der Sozialwissenschaften: der Astrophysiker und Wissenschaftsmanager Reimar Lüst als Präsident der MPG, 1972–1984 328

4.3 Treiber des Wandels: Der neue Wissenschaftliche Beirat des MPIB zwischen Beratung und Kontrolle, 1971–1981 342
4.3.1 Funktionsänderung der Beiräte und strategische Entwicklungsplanung in der MPG: zur Genese neuer Steuerungsformen seit Mitte der 1960er Jahre 343
4.3.2 Holperiger Start: Die Konstituierung des neuen Beirats des MPIB 1971, Zielkonflikte, Zusammensetzung und letztmalige Protektion durch Butenandt 347
4.3.3 Formelles Einnorden: Wechsel des Beiratsvorsitzes und erweiterte Befugnisse in der novellierten MPIB-Satzung im Herbst und Winter 1973, Neuberufung 1976 352
4.3.4 Kurzporträt des Hauptkritikers Heinz Heckhausen 355
4.3.5 Der Beirat in Aktion – Kritik am Institut: Themen und Grundmuster 359

4.3.6 Angemessene Kritik? – Prüfung anhand der Institutsentwicklung in den 1970er Jahren 371
4.3.7 Wegweiser zur Professionalität oder Teil des Backlash? – Bilanzierung der Beiratstätigkeit im Kontext der Entwicklung der Soziologie in den 1970er Jahren 398

4.4 Auf dem Weg zu einer veränderten Konzeption von Bildungsforschung – auf dem Weg zur empirischen Sozialforschung in der MPG, 1975–1981 405
4.4.1 Erhöhung des Transformationsdrucks im Zuge der »Forschungsplanung« der MPG ab 1975: Planstellenkürzung am MPIB und Ausbausignale für eine empirische Sozialforschung 406
4.4.2 Direktoren- und Richtungswechsel: Von Edding, Becker und Goldschmidt zur Berufung des Psychologen Paul B. Baltes, 1975–1979 412
4.4.3 Umgang mit den Anforderungen der Transformation: Mitarbeitende, Forschung (der »Bildungsbericht« als neues Leitprojekt), Institutsleitung 420
4.4.4 Ausklänge: Schließungsbeschluss für das MPI in Starnberg, Emeritierung Beckers im Mai 1981 und zwei zeitgenössische Kommentare 428

4.5 Ausblick 434

5. Resümee 446
Zum interdisziplinären ›Doppelansatz‹ am MPIB und am MPIL 448
Genese I: Die unwahrscheinliche Gründung 454
Genese II: Entfaltung in Aufbau und erster Arbeitsphase, 1963–1970 462
Transformation bis 1981: Bildungsforschung in Zeiten der »Tendenzwende« 464
Transformation der Bildungsforschung – Bilanz und Fragen 476
Die frühen Sozialwissenschaften in der MPG: Von der »utopischen Episode« zur »pragmatischen Wende«? 478

6. Anhang 481
6.1 Archivmaterialien 481
6.2 Zeitzeugeninterviews 482
6.3 Verzeichnis der publizierten Quellen und der Literatur 482
6.4 Abkürzungsverzeichnis 547
6.5 Personenverzeichnis 552

1. Einleitung

1.1 Thema, Forschungsstand, Thesen

In der vorliegenden Studie geht es um die Geschichte des Instituts für Bildungsforschung in der Ära Hellmut Becker (1913–1993) zwischen 1958 und 1981. Im Sommer 1958 unterbreitete der damalige Rechtsanwalt der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) informell einen Vorschlag zur Gründung eines »Instituts für Recht und Soziologie der Bildung«, im Mai 1981 wurde Becker als Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (MPIB) emeritiert.[1] In den Blick genommen wird in dieser Historie schwerpunktmäßig die Genese und die Transformation der »Bildungsforschung« im Kontext der MPG. Es geht also um eine Beziehungsgeschichte in zwei Teilen und sie begann mit einem zweifachen Neuanfang: Zum einen existierte der Ansatz bis dahin weder in der Bundesrepublik noch international, erhielt erst in dem gut fünfjährigen Antragsverfahren seine Bezeichnung als »Bildungsforschung«[2] und gewann in dieser Zeit programmatisch an Kontur.[3] Zum anderen stellte das 1963 in West-Berlin gegründete Institut, das bis 1971 zunächst unter der Bezeichnung Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft (IfB) firmierte, das erste sozialwissenschaftliche Institut in der dominant naturwissenschaftlich geprägten MPG dar. Am IfB sollten Soziologie, Pädagogik/Psychologie, Ökonomie, Rechts- und Verwaltungswissenschaft auf bisher unerprobte Weise miteinander kooperieren, um – unterstützt durch eine Statistik- und Dokumentationsabteilung – die wissenschaftlichen Grundlagen für eine umfassende nationale Bildungsreform bereitzustellen.[4]

---

1 Vgl. zu den genannten Daten zunächst die Chronik der Institutsgeschichte von Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen.* Bd. 1. Berlin: AMPG 2016, 163–178, hier 164, 170.

2 Diese Bezeichnung hatte, wie bei Kerstin Singer und Ute Frevert dargelegt, der Bildungsökonom und spätere Institutsdirektor Friedrich Edding (1909–2002) angeregt. Zu ergänzen ist, dass der Begriff kein Neologismus war, sondern er im deutschen Sprachraum in verschiedenen Wissenschaften bereits zu Anfang des 20. Jahrhunderts punktuell verwendet wurde, etwa in der »Menschenökonomie«. Vgl. Kerstin Singer und Ute Frevert: *100 Jahre Hellmut Becker (1913–2013) – Dokumentation der Ausstellung zu Leben und Werk im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.* E-Publikation 2014. doi:10.14280/08241.29, 44. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2021, 44 und Rudolf Goldscheid: *Höherentwicklung und Menschenökonomie. Grundlegung der Sozialbiologie.* Leipzig: Werner Klinkhardt 1911, 526.

3 Die schon 1950/51 in Frankfurt am Main gegründete Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung (HIPF) wies zwar mit dem dort verfolgten Ansatz einer »Pädagogischen Tatsachenforschung« und den daran beteiligten Disziplinen ein ganz ähnliches Profil auf wie das spätere IfB und war in dieser Hinsicht westdeutsche Pioniereinrichtung. Obwohl ein Vergleich zwischen HIPF und IfB nicht in der Reichweite dieser Arbeit liegt, war die Bildungsforschung jedoch, wie zu zeigen sein wird, besonders in Bezug auf ihre wissenschaftlichen Traditionslinien, ihren integrativen Anspruch, die wissenschaftstheoretische Verortung und den damit verbundenen Handlungs- und Politikbezug spezifisch gekennzeichnet. Die Autorin hat ihre Einschätzung gegenüber früheren Arbeiten insofern leicht revidiert. Vgl. Britta Behm: Zu den Anfängen der Bildungsforschung in Westdeutschland 1946–1963. Ein wissensgeschichtlicher Blick auf eine ›vergessene‹ Geschichte. In: Sabine Reh, Edith Glaser, Britta Behm und Tilman Drope (Hg.): *Wissen machen. Beiträge zu einer Geschichte erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland zwischen 1945 und 1990.* Weinheim: Beltz 2017, 34–69 und Britta Behm und Sabine Reh: (Empirische) Bildungsforschung – notwendig außeruniversitär? Eine Sondierung der Geschichte westdeutscher Bildungsforschung am Beispiel des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). In: Jürgen Baumert und Klaus-Jürgen Tillmann (Hg.): *Empirische Bildungsforschung. Der kritische Blick und die Antwort auf die Kritiker.* Wiesbaden: Springer VS 2016, 107–127.

4 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 167. Die Geschichte der wissenschaftlich geleiteten Dokumentation (inklusive Bibliothek) und Statistik, die für das Bildungsforschungsinstitut eine zentrale Service-Einheit darstellte,

Diese wurde angesichts eines zeitgenössisch vielfach konstatierten Modernitätsrückstands des westdeutschen Bildungswesens und föderaler Zersplitterung für dringend notwendig erachtet. Mit diesem interdisziplinären Ansatz begann die Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG. Rekonstruiert werden soll in dieser Studie zunächst ihr Beginn, die programmatische und praktische Genese der Bildungsforschung. Sie vollzog sich im Zuge des Antragsverfahrens bis zur Gründung des IfB im Jahr 1963 und in der nachfolgenden Aufbau- und ersten Arbeitsphase bis 1969/70 und wurde durch die MPG-Führung und besonders durch den Präsidenten nachdrücklich unterstützt (Kapitel 2 und 3). Der zweite Teil dieser Beziehungsgeschichte bis 1981 verlief dann nicht mehr harmonisch (Kapitel 4): Es wird davon ausgegangen, dass in dieser Zeit eine Transformation des bis dahin verfolgten Ansatzes der Bildungsforschung in Richtung auf eine empirische Sozialforschung stattfand, die maßgeblich durch einen zunehmenden Veränderungsdruck seitens der Leitung der MPG veranlasst wurde, bei der 1972 ein Präsidentenwechsel stattgefunden hatte. Der Umschlag dieser Beziehungsgeschichte wird dabei maßgeblich auf dem Hintergrund einer konservativen »Tendenzwende« gedeutet, die sich seit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition im Oktober 1969 ebenso beschleunigt wie sozial vielgestaltig zu formieren begann und die Transformation der Bildungsforschung insofern schon vor den ökonomischen Krisenjahren ab 1973 mit motivierte. Die Herausarbeitung der damit angedeuteten Verflechtungen der Geschichte des IfB/MPIB in der Ära Becker mit den bildungs-, wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Veränderungen in der Bonner Republik vor allem für die 1960er und 1970er Jahre ist neben der Gewinnung eines besseren Verständnisses des Typus' dieser ›ersten‹ Bildungsforschung eines der zentralen Ziele der Studie.

Die in dieser ersten Annäherung nur grob konturierten leitenden Thesen und Fragen gewinnen ihr Profil auf dem Hintergrund des Forschungsstands: zur Geschichte des MPIB bis 1981, bei dem auch die Arbeiten zum Institutsleiter zu berücksichtigen sind, zur MPG und zur Geschichte der Sozialwissenschaften innerhalb der Forschungsgesellschaft.

1.) *MPIB und Hellmut Becker:* Zum MPIB liegen nur wenige historiographische Arbeiten vor, Studien, die gezielt die Verbindung zur MPG thematisieren, fehlen ganz. Teilweise werden diese Aspekte in der bisher einzigen Monographie zum Institut, der 2016 erschienenen Arbeit von Jan-Martin Wiarda berücksichtigt, die einer historisch orientierten Wissenschaftsforschung zuzurechnen ist. Vor allem auf Basis von anonymisierten Leitfadeninterviews mit Zeitzeug*innen und von Protokollen institutsinterner Gremien systematisiert Wiarda schwerpunktmäßig die am Institut bis zum Ende der 1980er Jahre vertretenen Wissenschaftskonzeptionen, wobei es ihm aus systemtheoretischer Perspektive angesichts der vom Institut durchgängig betriebenen Politikberatung primär um deren Folgen für die Wissenschaftspraxis geht.[5]

---

wird in der vorliegenden Studie nicht näher beleuchtet. Gleiches gilt für die Aktivitäten des Verwaltungspersonals, ohne das der Betrieb des Instituts nicht zu denken war. Die Integration beider Aspekte hätte eine anders konzipierte Forschungsarbeit erfordert.

5 Vgl. Jan-Martin Wiarda: *Was macht die Beratung mit dem Berater? Über die Folgen von Politikberatung für die Wissenschaft am Beispiel des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.* Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin 2015. E-Publikation 2016: https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/18085. doi:10.18452/17433. Zuletzt aufgerufen am 28. 7. 2021.

Zudem liegen Systematisierungsvorschläge zur Institutsentwicklung von Seiten einiger Mitarbeiter des MPIB vor.[6] Jenseits dessen wurde das Institut in thematisch anderweitig konzentrierten Forschungsarbeiten, besonders zur Geschichte bundesdeutscher Bildungspolitik, -planung und -beratung thematisiert, die im Laufe dieser Studie zu berücksichtigen sein werden (Kapitel 2.1.2 und 3.3.2). Gleiches gilt für die in jüngster Zeit vereinzelt erschienenen wissenschafts- und bildungshistorischen Beiträge zu den Institutsdirektoren der ersten Generation (Kapitel 3.2).

Anders sieht die Lage im Hinblick auf die Beschäftigung mit dem Gründungsdirektor Hellmut Becker aus, auf den sich seit gut zehn Jahren ein steigendes historiographisches und feuilletonistisches Interesse richtet. Dazu beigetragen hat sowohl die öffentliche Wahrnehmung seiner lange unbekannt gebliebenen Parteimitgliedschaft in der NSDAP[7] wie auch die Beleuchtung seiner Rolle als Strafverteidiger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen[8] und zuletzt die Anfang 2010 nach langer Verdrängung endlich einsetzende Befassung mit den Missbrauchsverbrechen an der Odenwaldschule, für die Becker als langjähriger Vorstandsvorsitzender der »Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime« (1969–1993) in besonderer Verantwortung stand.[9]

Siehe zudem zur Institutsgeschichte bes. Ulrike Thoms: Geschichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, 1009–1024; Ulrich Herrmann: Bildungsforschung ohne kritische Theorie der Bildung? Ein Gutachten von Theodor W. Adorno zur Gründung eines (Max-Planck) »Instituts für Recht, Soziologie und Ökonomie der Bildung« aus dem Jahre 1961. *Pädagogische Korrespondenz* 49 (2014), 9–22 und die genannten Arbeiten der Autorin.

6 Vgl. vor allem Achim Leschinsky: Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. In: Gert Geißler und Ulrich Wiegmann (Hg.): *Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme.* Köln: Böhlau 1996, 171–190; Achim Leschinsky: Von der Forschungsmanufaktur zur Forschungsfabrik: Veränderungen in der Forschungsorganisation im Laufe der Institutsentwicklung. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 29–38 und die bildungspolitisch kontextualisierten Darstellungen bei Klaus Hüfner und Jens Naumann: *Konjunkturen der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Der Aufschwung (1960–1967).* Stuttgart: Klett 1977, 144–161, 170–174. Siehe zudem die Selbstdarstellung des Instituts anlässlich seines 25jährigen Jubiläums: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. München: MPG 1989, bes. 24–46.

7 Becker hatte seine Parteimitgliedschaft bekanntermaßen in dem sogenannten Entnazifizierungsbogen und danach – zumindest öffentlich – lebenslang verschwiegen. Sein 1937 erfolgter Eintritt wurde durch Raulff in der ersten Auflage seiner Arbeit zum Nachleben des George-Kreises publik gemacht. Die Falschangabe Beckers war im Übrigen, wie Hubert Seliger festgestellt hat, bereits in einer Routineüberprüfung während der Nürnberger Prozesse aufgefallen, von alliierter Seite aber nicht sanktioniert worden. Vgl. Ulrich Raulff: *Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben.* 2. Auflage. München: dtv 2012, 403 und Hubert Seliger: *Politische Anwälte? – Die Verteidiger der Nürnberger Prozesse.* Baden-Baden: Nomos 2016, 107–109.

8 Becker übernahm 1947 die Verteidigung des ehemaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt des »Dritten Reichs«, Ernst von Weizsäcker (1882–1951) im sogenannten Wilhelmstraßenprozess. Vgl. vor allem Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik.* München: Blessing 2010, bes. 405–435.

9 Schon lange vor 2010 hatte es Versuche zur Thematisierung sexualisierter Gewalt an der Schule gegeben, die jedoch auf keine Resonanz trafen beziehungsweise vertuscht wurden. Wegbereitend für die bildungshistorische Aufarbeitung des Themas und vor allem für die Geschichte der Landerziehungsheimbewegung nach 1945 ist Jens Brachmanns Studie zur Dachorganisation der Landerziehungsheime (LEH), in der auch der Rolle Beckers breiter Raum gegeben wird. Vgl. Jens Brachmann: *Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal. Die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947–2012.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2015. Siehe zur Bedeutung des sogenannten Missbrauchsskandals für die Interpretation der deutschen Reformpädagogik in der westdeut-

In der vorliegenden Arbeit wird Becker aus zwei Gründen erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Zum Ersten gilt er als Spiritus Rector des Bildungsforschungsinstituts, war seit den 1950er Jahren eine der einflussreichsten Persönlichkeiten der westdeutschen Kultur- und Bildungspolitik und prägte die Institutsentwicklung bis zum Ende der 1970er Jahre maßgeblich. Zum Zweiten kam (und kommt) einem Institutsleiter in der MPG strukturell eine schlichtweg zentrale Position zu. Das hängt mit dem sogenannten Harnack-Prinzip, dem organisationalen Leitprinzip der Forschungsgesellschaft, zusammen. Demzufolge werden Institutsgründungen primär um die Persönlichkeit eines Spitzenwissenschaftlers veranlasst, dem dann im Vertrauen auf eine qualitativ außergewöhnliche Wissenschaftsentwicklung weitestmögliche Spielräume und ein gleichfalls außergewöhnlicher Kapitalzugang gewährt werden. Diese organisatorische Spezifik wird im Kontext der Darstellung der MPG um 1950 in Grundzügen erläutert werden (Kapitel 2.1.3). Wie es dem nicht promovierten Becker gelingen konnte, in einer in ihrem Zugang derart streng regulierten Forschungsgesellschaft zum Institutsgründer berufen zu werden, stellt eine der Leitfragen für die Rekonstruktion der Gründungsgeschichte des IfB dar.

Grundlinien von Beckers Lebens- und Berufsweg sind über wissenschaftliche Teilstudien inzwischen zwar erforscht und in seiner Rolle als Strafverteidiger in Nürnberg ist er sogar bereits zur Romanfigur avanciert.[10] Eine wissenschaftliche Biographie steht aber nach wie vor aus. Ulrich Raulff hat eine »eingehende Untersuchung der Rolle Hellmut Beckers im Transformationsprozess der Jahre 1945–1949« bereits vor über einem Dezennium als eines der »echten Desiderat[a] der Zeitgeschichtsforschung« bezeichnet.[11] Eine solche Arbeit wäre nicht nur im Hinblick auf die Formierung der Bonner Republik und die Bedeutung, die dabei dem Topos der Bildung und dem reformpädagogischen Milieu,[12] besonders in der Ausprägung der elitären Bewegung der Landerziehungsheime zukam,[13] mehr als wünschenswert. Aus wissenschaftshistorischer Perspektive ist Raulffs Forderung darüber hinaus auf zwei Aspekte hin auszuweiten. Der erste betrifft die Jahre bis zur Einreichung der Institutsskizze im Sommer 1958, vor

---

schen Erziehungswissenschaft auch die Rezension der Autorin, in der vergleichend zu Brachmanns Studie eine weitere, in diesem Kontext zentrale bildungshistorische Arbeit von Jürgen Oelkers besprochen wird: Britta Behm: Die deutsche Reformpädagogik und der Missbrauchsskandal. Rezension zu *Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal. Die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947–2012*, von Jens Brachmann und Rezension zu *Pädagogik, Elite, Missbrauch. Die »Karriere« des Gerold Becke*, von Jürgen Oelkers. *H-Soz-Kult*, 2016. https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-23912. Zuletzt aufgerufen am 15. 7. 2020.

10 Vgl. weiterführend vor allem Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014 und fiktional Fridolin Schley: *Die Verteidigung. Roman.* Berlin: Hanser 2021.

11 Vgl. Raulff, *Kreis*, 2012, 482/Anm. 143. Mit der erwähnten Studie Brachmanns liegt inzwischen ein grundlegender Beitrag zur Tätigkeit Beckers im Kontext der LEH nach 1945 vor. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015.

12 Vgl. zur Geschichte der vielgestaltigen Reformpädagogik im deutschsprachigen Raum ebenso wie zu ihrer Geschichtsschreibung zum Beispiel den weiterführenden Überblick von Heinz-Elmar Tenorth: Erziehungswissenschaft – Kontext und Akteur reformpädagogischer Bewegungen. In: Wolfgang Keim und Ulrich Schwerdt (Hg.): *Handbuch der Reformpädagogik in Deutschland (1890–1933). Teil 1: Gesellschaftliche Kontexte, Leitideen und Diskurse.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2013, 293–326.

13 Entsprechend weist etwa Axel Schildt in seiner postum erschienenen, leider unvollendet gebliebenen Studie zu den »Medien-Intellektuellen« der Bonner Republik auf »die hohe Bedeutung elitärer Internate wie etwa Salem, Odenwaldschule oder Birklehof« für die »Rolle als Stifter von Netzwerken« und den hier bestehenden Forschungsbedarf hin. Vgl. Axel Schildt: *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik.* 3. Auflage. Göttingen: Wallstein 2021, 43.

allem in Bezug auf eine Analyse der kulturpolitischen Schriften und Artikel, mit deren Publikation Becker um 1950, zunächst vor allem im *Merkur* und in überregionalen Tageszeitungen begann.[14] Zum Zweiten sind die Kontinuitätslinien in Beckers Biographie, welche die historische Zäsur von 1945 überspannten, noch weitgehend unterbelichtet. Das gilt besonders für die Sozialisation Beckers in dem spezifischen reformpädagogischen Milieu der LEH, für seine religiöse Verortung,[15] seine weltanschaulichen und wissenschaftlichen Prägungen in der Weimarer Republik und im NS-Regime sowie für die motivische Rückverfolgung seiner Texte aus den 1950er Jahren in den Ideen- und Handlungsraum seiner Jugend sowie der Studien- und Militärzeit. Einen dieser übergreifenden Pfade hat Raulff mit dem Hinweis auf Beckers Nähe zum Kreis um Stefan George (1868–1933) und dessen Wiedergängern in der Bundesrepublik bereits markiert.[16] Beiden Desiderata wird in der vorliegenden Arbeit aus Gründen der Forschungspragmatik nur ausschnitthaft und thesenhaft begegnet werden können (Kapitel 2.1.4): Der Fokus wird zum einen auf dem Versuch liegen, Beckers Zugang zur MPG über seine Kapitalausstattung und besonders über ausgewählte »Beziehungsnetze« (Pierre Bourdieu) historisch-biographisch zu erklären, wobei Bourdieus feld- und differenztheoretischer Ansatz zugrunde gelegt werden wird.[17] Zum anderen soll über die biographische Sondierung von Beckers Studium und Karri-

---

14 Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 210/Anm. 114.

15 Obwohl gerade für die Bundesrepublik das an Ralf Dahrendorf (1929–2009) angelehnte Diktum von der »protestantischen Mafia« weit verbreitet ist, der neben Becker zum Beispiel Carl Friedrich von Weizsäcker (1912–2007) oder Georg Picht (1913–1982) zugerechnet werden, ist Beckers religiöse Ausrichtung nach und ebenso vor 1945 noch weitgehend unerforscht. Aber bereits die Zuordnung zur »protestantischen Mafia«, in die sich eine Überhöhung des kulturellen Preußentums mischte, bedürfte der Klärung. Denn mit welchen religiösen Vorstellungen man es zum Beispiel bei den Mitgliedern dieses »Beziehungsnetzes« zu tun hat, ob und inwieweit diese in die Zeit vor 1945 zurückreichten und welchen Ort sie im Denken und im Handeln jeweils einnahmen, ist noch offen. Vgl. zur »protestantischen Mafia« zum Beispiel Franziska Meifort: *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie.* München: C. H. Beck 2017, 110–113 und Gunter Hofmann: *Marion Dönhoff. Die Gräfin, ihre Freunde und das andere Deutschland. Eine Biographie.* München: C. H. Beck 2019, bes. 307–330, 420–424. Siehe zudem zum Kontext nach 1945 Martin Greschat: *Der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland (1945–1989).* Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2010, bes. 66–73, 80–94, die Beiträge in Manfred Gailus: *Nationalprotestantische Mentalitäten. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005 und mit Fokus auf Picht auch für Becker aussagekräftig Sven Bergmann: Die Diskussion um die Bildungsreform in der Nachkriegszeit. (Georg Picht). In: Norbert Friedrich und Traugott Jähnichen (Hg.): *Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in der Nachkriegszeit.* Münster: LIT 2002, 101–126. Zur großen Bedeutung der Religiosität im »Dritten Reich« siehe zum Beispiel Manfred Gailus: *Gläubige Zeiten. Religiosität im Dritten Reich.* Freiburg: Herder 2021.

16 Vgl. Raulff, *Kreis*, 2012, 383–409 und Kapitel VI, bes. 457–496. Siehe zudem jüngst den Beitrag von Breidecker, der entlang der Zugehörigkeit Beckers zu bestimmten Eliten kognitive Muster und Verhaltensweisen identifiziert, die vom NS-Regime über die Nürnberger Prozesse bis zu den Missbrauchsverbrechen an der Odenwaldschule reichen: Volker Breidecker: Das große deutsche Beschweigen. Korpsgeist und Elitensolidarität seit dem »Dritten Reich«. *Merkur* 74/858 (2020), 18–29.

17 Besonders dieser Part der Arbeit wird sich theoretisch explizit an grundlegenden Denkfiguren der Differenz- und Feldtheorie des französischen Soziologen orientieren. Dass die bei Bourdieu leitenden Begriffe wie »Relation«/»Differenz«, »sozialer Körper«, »Institution«/»Disposition«, »Macht« oder »Kapital« nicht für die Gesamtarbeit systematisch Verwendung finden, liegt vor allem an dem hier nicht leistbaren Aufwand einer Klärung der grundlegenden Problematik, historiographische Arbeiten soziologisch einzufassen. Besonders das Problem, das aus einem unterschiedlichen soziologischen und historiographischen Theoriebegriff und den damit verbundenen differenten Erklärungsansprüchen entsteht, ist immer noch zu wenig erhellt und die mit der vorliegenden Arbeit thematisierte Institutsgeschichte zu breit, um sie unter eine soziologische Modellierung zu stellen. Insofern findet Bourdieus Ansatz allein in dem begrenzbaren Versuch Anwendung, für Beckers Aufnahme in die MPG Erklärungen anzubieten. Vgl. dazu vor allem Pierre Bourdieu: Sozialer Raum, symbolischer Raum. In: Jörg Dünne und Stephan Günzel (Hg.): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften.* 8. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1989] 2015, 354–368; Pierre Bourdieu: Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Pierre Bourdieu: *Die verborgenen Mechanismen der*

ere besonders vor 1945 der Frage nach seiner Motivation und seinen weltanschaulichen Prägungen zumindest ansatzweise nachgegangen werden. Vorweggenommen sei, dass im Ergebnis eine Perspektive eröffnet werden wird, die Becker in seiner Studienzeit in einem deutlich konservativeren Milieu zeigt, als bislang angenommen. Obwohl sich gerade an dieser Stelle das Fehlen einer systematischen biographischen Forschung bemerkbar macht, gibt es doch Hinweise, die Becker als zeitweiligen Studenten Hans Freyers (1887–1969), eines der führenden Soziologen des »Dritten Reichs« ausweisen, und es erlauben, ihn zumindest rezeptiv im Umkreis der Leipziger Schule der Soziologie zu verorten.[18] Mit diesem Befund verbindet sich eine der zentralen Hypothesen der vorliegenden Arbeit, welche die Formierung der Bildungsforschung am IfB in die historische Linie einer interdisziplinär ansetzenden, erkenntnistheoretisch reflektierten, handlungs- und politikbezogenen Sozialwissenschaft rückt, die sich thematisch wesentlich über die Analyse einer wissenschaftlich und technisch geprägten »modernen Welt« beziehungsweise (Welt-)Gesellschaft konstituierte.

2.) *MPG:* Eine systematische Erforschung der Geschichte der 1946 zunächst in der britischen Besatzungszone gegründeten MPG wurde erst 2014 von Seiten der Gesellschaft selbst mit dem Forschungsprogramm GMPG begonnen. Das Programm, das sich auf die Zeit bis etwa 2003 konzentriert, soll 2022 abgeschlossen sein und ist unter Leitung von Jürgen Renn, Carsten Rein-

---

Macht. Herausgegeben von Margareta Steinbrücke. Hamburg: VSA-Verlag [1992] 2015, 49–79; Pierre Bourdieu: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.* Übersetzt von Bernd Schwibs und Achim Russer. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1979] 1987. Siehe zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie zum Beispiel die Überlegungen von Chris Lorenz: Wozu noch Theorie der Geschichte? Über das ambivalente Verhältnis zwischen Gesellschaftsgeschichte und Modernisierungstheorie. In: Wolfgang Schluchter (Hg.): *Kolloquien des Max Weber-Kollegs XV–XXIII.* Erfurt: Universität Erfurt 2001, 75–115 und Thomas Welskopp: Irritating flirtations. Reflections on the relationship between history and sociology since the 1970s. *InterDisciplines* 1/1 (2010), 9–42.

18 Zu den Impulsgebern einer soziologischen Leipziger Schule werden neben Freyer vor allem Helmut Schelsky (1912–1984) und Arnold Gehlen (1904–1976) gerechnet. Die Deutung einer solchen Schule ist allerdings wie die Freyers in der Forschung nicht unumstritten. Auf die Kontroversen weist zum Beispiel eine Untersuchung Gerhard Schäfers von 1990 zu Freyers Tätigkeit im NS-Regime hin. Einleitend bringt er diese in Stellung gegen eine von ihm in der bundesdeutschen Soziologie seit Anfang der 1980er Jahre beobachtete, unter anderem von Schelsky angestoßene und von der Fritz Thyssen Stiftung (FTS) unterstützte »Rehabilitierungsstrategie« von Freyers Werk. In diesen Kontext rechnet Schäfer offenbar auch die von Elfriede Üner unternommene Edition von Freyers Schriften beziehungsweise ihre diesbezüglichen, tendenziell werkimmanenten Forschungsarbeiten. Inzwischen erfährt die Leipziger Schule besonders im Zuge des Interesses an der Untersuchung von kognitiven Kontinuitätslinien über das Jahr 1945 hinaus neue Aufmerksamkeit. Beispiele sind die Arbeiten von Andreas Höntsch, der die Linien von ›Leipzig‹ zu Niklas Luhmanns Systemtheorie hin analysiert, oder von Fabian Link in seiner, die Zäsur von 1945 übergreifenden Studie zum »Denkstil« der Leipziger Schule und der »Kritischen Theorie«. Vgl. an dieser Stelle neben den genannten Arbeiten nur einige zentrale Monographien und zwei instruktive Überblicksbeiträge: Gerhard Schäfer: Wider die Inszenierung des Vergessens. Hans Freyer und die Soziologie in Leipzig 1925–1945. *Jahrbuch für Soziologiegeschichte* 1 (1990), 121–175, Zitat 122; Jerry Z. Muller: *The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism.* Princeton, NJ: Princeton University Press 1987; Elfriede Üner: *Soziologie als »geistige Bewegung«. Hans Freyers System der Soziologie und die »Leipziger Schule«.* Weinheim: Wiley-VCH Verlag 1992; Hartmut Remmers: *Hans Freyer: Heros und Industriegesellschaft. Studien zur Sozialphilosophie.* Opladen: Leske + Budrich 1994; Carsten Klingemann: *Soziologie im Dritten Reich.* Baden-Baden: Nomos 1996, bes. 11–32; Andreas Höntsch: *Die institutionelle Bestimmtheit sozialer Systeme. Niklas Luhmanns Systemtheorie und die Soziologie der »Leipziger Schule«.* Berlin: Duncker & Humblot 2018, bes. Part B; Fabian Link: *Demokratisierung nach Auschwitz. Eine Geschichte der westdeutschen Sozialwissenschaften in der Nachkriegszeit.* Göttingen: Wallstein 2022 sowie Karl-Siegbert Rehberg: Hans Freyer (1887–1960), Arnold Gehlen (1904–1976), Helmut Schelsky (1912–1984). In: Dirk Kaesler (Hg.): *Klassiker der Soziologie.* Bd. 2. 4. Auflage. München: C. H. Beck 2003, 72–104 und Hennig Borggräfe und Sonja Schnitzler: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Nationalsozialismus. Verbandsinterne Transformationen nach 1933 und 1945. In: Michaela Christ und Maja Suderland (Hg.): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven.* Berlin: Suhrkamp 2014, 445–479, bes. 449–458.

hard, Jürgen Kocka und Florian Schmaltz am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte angebunden. Wie Jürgen Renn, Horst Kant und Birgit Kolboske zum Forschungsstand feststellen, musste die Geschichte der MPG zur Zeit des Programmstarts »in mancher Hinsicht als wissenschaftshistorische *terra incognita* charakterisiert werden«.[19] Dem wird seitdem durch diverse Publikationen aus dem Kontext des Programms begegnet, die online nachverfolgbar sind.[20] Das Projekt zur vorliegenden Studie war zwischen Juli 2019 und Dezember 2020 Teil des Programms, wurde bis Mitte 2022 im Gaststatus am MPIWG fortgesetzt und abgeschlossen und konnte im Austausch mit den dort arbeitenden Kolleg*innen an Profil gewinnen. Besonders wichtig waren für die Autorin zum einen die Arbeiten Jaromír Balcars, der die Historie der MPG mit Fokus auf dem Bereich der Governance erforscht und grundlegende Strukturierungsangebote vorgelegt hat.[21] Zum anderen hat der Austausch mit Fabian Link, der zur Geschichte des 1984 gegründeten Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung (MPIfG) arbeitete,[22] zur Vergewisserung über die eigenen Ansätze, besonders mit Blick auf die Position der Sozialwissenschaften innerhalb der MPG, beständig beigetragen. Dessen inzwischen erschienene Habilitationsschrift verhält sich dabei in fruchtbarer Nähe zu einigen der in der vorliegenden Arbeit vertretenen Thesen.[23]

3.) *Sozialwissenschaften in der MPG:* Die Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG wurde bislang weitgehend außerhalb des GMPG-Zusammenhangs erforscht. Maßgeblich sind hier die Arbeiten der Wissenschaftshistorikerin Ariane Leendertz.[24] Sie macht den Anfang dieser His-

---

19 Vgl. Jürgen Renn, Horst Kant und Birgit Kolboske: Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 5–120, Zitat 1.

20 Vgl. Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (1948–2002). https://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/. Zuletzt aufgerufen am 17. 09. 2022.

21 Vgl. bislang Jaromír Balcar: *Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung.* Berlin: GMPG-Preprint 2019 und Jaromír Balcar: *Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955 bis 1972.* Berlin: GMPG-Preprint 2020. Eine Vorstudie Balcars zur Geschichte der MPG nach 1972 konnte aus zeitlichen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden.

22 Vgl. Fabian Link: *Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften: Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln von 1984 bis 1997.* Berlin: GMPG-Preprint 2022.

23 Fabian Links »Geschichte der westdeutschen Sozialwissenschaften in der Nachkriegszeit« überspannt mit der dort primär in den Blick genommenen Leipziger Schule (mit Fokus auf Schelsky) und der »Kritischen Theorie« (mit Konzentration auf Horkheimer) bewusst die Zäsur von 1945. Damit wird ein Entwurf zur Neustrukturierung des Terrains bis etwa 1961 vorgelegt, in der das Nähe- und Differenzverhältnis von ›Leipziger‹ und ›Frankfurter‹ »Denkstil« zentrales Thema ist. Die analytische Kategorie des »Denkstils« ist dabei an Ludwik Fleck orientiert. Da diese Arbeit zeitgleich zu der vorliegenden Studie entstand und das Manuskript von der Autorin erst in der Überarbeitungsphase eingehender gesichtet werden konnte, steht ein genauerer Abgleich ihrer Thesen mit Links Ergebnissen noch aus. Die in der MPG institutionalisierte Bildungsforschung markiert mit ihrer Ausrichtung ›zwischen Leipzig und Frankfurt‹ für die Entwicklung der Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik möglicherweise einen eigenen Pfad, der in der MPG Ende der 1970er Jahre wieder verlassen wurde. Vgl. inzwischen Link, *Demokratisierung,* 2022.

24 Vgl. vor allem Ariane Leendertz: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010. Siehe zudem zum Beispiel Ariane Leendertz: Ein gescheitertes Experiment – Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 243–262 und

torie primär am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (MPIL) fest, das 1967 beantragt, im November 1968 unter Leitung des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker vom Senat der MPG konstituiert und Anfang 1970 in Starnberg eröffnet wurde.[25] Auffällig ist an dieser grundlegenden Arbeit jedoch eine gewisse Unschärfe im Hinblick auf das sozialwissenschaftliche Institutsprofil, was für die Anlage der Geschichte des Bildungsforschungsinstituts letztlich größte Relevanz besitzt. So geht Leendertz zwar auf Basis der Gründungstexte des MPIL auf den ihrer Ansicht nach als »holistisch« zu begreifenden, interdisziplinären Forschungsansatz Weizsäckers ein. Sie ordnet ihn seiner Struktur nach jedoch überlebten Deutungs- und Interventionsversuchen zu, die seit der Zeit der Weimarer Republik von Seiten diverser Wissenschaften unternommen wurden, um den Problemen einer durch wissenschaftliche und technische Entwicklungen bestimmten, fragmentierten modernen Welt beizukommen. Diese »Muster« seien »in den Sechzigerjahren [...] allmählich im Verschwinden begriffen« gewesen.[26] Letztlich konzentriert sich Leendertz daher für die disziplinäre Kontextualisierung der Geschichte des Starnberger Instituts auf die Entwicklung der Soziologie, wohl auch, da sich der Nachfolger Starnbergs, das Kölner MPIfG, in seinen Anfängen primär in diesen Bezügen verorten lässt.[27] Damit werden allerdings für Starnberg nicht nur die anderen dort systematisch integrierten Disziplinen wie die Philosophie, Ökonomie, Wissenschaftsgeschichte oder (besonders in der Person Weizsäckers) die theoretische Physik ausgeblendet. Vor allem geraten der angestrebte formgebende interdisziplinäre Ansatz und die damit auf das Engste verbundene, von Weizsäcker explizit verfolgte Idee einer »Einheit der Wissenschaften« fast vollständig außer Sicht. Ähnlich wird mit dem IfB verfahren, dessen Forschungsprofil aufgrund der Vielfalt der dort vertretenen Disziplinen ebenfalls zunächst unübersichtlich erscheinen mag.[28] Leendertz legt für diesen Fall nahe, die an dem von Becker geleiteten Institut vertretenen Disziplinen den »Erziehungswissenschaften« zuzuschla-

---

Ariane Leendertz: »Finalisierung der Wissenschaft«. Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik. *Mittelweg 36* 22/4 (2013), 93–121.

25 In der Senatsdiskussion lief das Institut noch unter dem Titel »Max-Planck-Institut für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt«. Vgl. dazu und zum Eröffnungsdatum Eckart Henning und Marion Kazemi: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen.* Berlin: Duncker & Humblot 2011, 458, 470. Siehe zur Gründungsgeschichte und frühen Konzeption des MPIL neben den erwähnten Arbeiten von Leendertz ausführlich Hubert Laitko: Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In: Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey (Hg.): *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft.* Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2011, 199–237.

26 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 17.

27 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 10–11.

28 Dass über den am IfB/MPIB vertretenen Forschungstyp eher Unklarheit besteht, zeigt auch eine Bemerkung des Geschäftsführenden Direktors des »Kunsthistorischen Instituts in Florenz, Max-Planck-Institut« Gerhard Wolf, welcher die Bildungsforschung umstandslos den »Geisteswissenschaften im engen Sinne« zuordnet und sie somit dezidiert von den Sozialwissenschaften ausnimmt. Vgl. Gerhard Wolf: Ever the Best: Zu den Geisteswissenschaften in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft: Dynamiken, Rhetoriken, Perspektiven. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 343–357, Zitat 346.

gen, weshalb sie dieser Einordnung gemäß die Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG mit Starnberg beginnen lässt.[29]

In der vorliegenden Arbeit wird dagegen die These vertreten, dass der an beiden Instituten, in West-Berlin wie in Starnberg, zu beobachtende Ansatz strukturähnlich war, dass er das jeweilige programmatische Zentrum konstituierte und dass die Geschichte beider Einrichtungen daher in engem Zusammenhang, im Sinne des parallel unternommenen Versuchs der Etablierung einer spezifischen Form interdisziplinärer Sozial-/Wissenschaft, zu deuten ist (Kapitel 3.4.3). Ohne an dieser Stelle auf die jeweiligen Binnendifferenzierungen einzugehen und in bewusster Verkürzung formuliert: Beide Ansätze basierten mehr oder minder explizit auf der Idee der Theoriefähigkeit der ›Wirklichkeit‹, wie sie zum Beispiel bei Weizsäcker in der Formel der »Einheit der Wissenschaften« angedeutet ist. Erhofft wurde von einer in ihrer politischen Intention und in ihrem Handlungsbezug reflektierten interdisziplinären Forschung für die jeweiligen Themenbereiche der Institute (Bildung respektive Wissenschaft und Technik) eine Analyse der Dynamiken einer »wissenschaftlich-technisch« geprägten und getriebenen Welt beziehungsweise spätkapitalistischer Gesellschaften, die tendenziell als destruktiv gewertet wurden. Ziel war die wissenschaftliche Fundierung und der Aufweis von Möglichkeiten einer normativ reflektierten Anpassung, angemessener Lernformen und gegebenenfalls der Korrektur, die idealiter von politischer Seite aus institutionalisiert werden sollten. Entsprechend wird davon ausgegangen, dass der von Leendertz als »holistisch« gekennzeichnete Ansatz in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik nicht etwa verschwand, sondern vielmehr in dieser Zeit mit der Gründung von IfB/MPIB und MPIL in der MPG einen neuen institutionellen Ort fand und erst in den 1970er Jahren in eben dieser MPG zunehmen kritisiert und transformiert wurde. Auch wenn beide Institutsentwicklungen in ihrem Alltag weitgehend unabhängig voneinander verliefen und es keinen Masterplan zur Steuerung dieser Entwicklungen gab: Am Anfang des neuen Jahrzehnts war das Starnberger Institut aufgelöst und das West-Berliner MPIB im Zeichen empirischer Sozialforschung methodisch neu ausgeflaggt, was bereits durch die Berufung des Psychologen Paul B. Baltes (1939–2006) zum Nachfolger Beckers im November 1979 unumkehrbar markiert worden war.[30] Diesem Richtungswechsel der MPG korrespondierte vom Forschungstyp her dann auch die Nachfolgeeinrichtung des Starnberger Instituts, das Kölner MPIfG.

---

29 Das Bildungsforschungsinstitut erwähnt Leendertz nur randständig und dessen Zuordnung fällt uneindeutig aus. So benennt sie zwar einerseits die am IfB seit 1963 vertretenen »sozialwissenschaftliche[n] Disziplinen«, mit denen »gesellschaftspolitisch ebenso aktuelle wie kontroverse Themen« in die MPG Einzug gehalten hätten. Andererseits spricht sie davon, dass erst mit der Neuausrichtung des MPIB um 1980 eine »Stärkung der ›traditionellen‹ Disziplinen Psychologie und Soziologie« stattfand, »die sich in mehr disziplinärer – und nicht unter dem Rubrum ›Erziehungswissenschaften‹« subsumierten Forschung niedergeschlagen hätte. Demnach ordnet sie das Bildungsforschungsinstitut in der Becker-Ära der Gesamttendenz nach der Erziehungswissenschaft zu. Damit wird zugleich in den Hintergrund gerückt, dass sich die westdeutsche wissenschaftliche Pädagogik seit den 1960er Jahren zunehmend sozialwissenschaftlich ausrichtete. Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 14, 91. Siehe zur Fachentwicklung an dieser Stelle weiterführend Heinz-Elmar Tenorth: Erziehungswissenschaft. In: Dietrich Benner und Jürgen Oelkers (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Pädagogik. Studienausgabe.* Weinheim: Beltz 2010, 341–382, bes. 374–382.

30 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 170.

Dazu noch eine Ergänzung: Leendertz bezeichnet die von ihr bereits präzise benannte Kursänderung in Richtung auf eine empirische Sozialforschung als »pragmatische Wende« in der Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG; auch wenn sie diese, wie erwähnt, primär auf den Umgang mit Starnberg und auf die Soziologie, nicht aber auf das West-Berliner Institut und nicht auf einen eigenständigen Typus einer interdisziplinären Sozial-/Wissenschaft bezieht.[31] An Leendertz' Kennzeichnung haben wiederum Horst Kant und Jürgen Renn angeschlossen, wenn sie in ihrem Beitrag über C. F. von Weizsäckers Rolle »in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft« von einer »utopische[n] Episode« der MPG sprechen. Sie beziehen sich damit sowohl auf die Unternehmung in Berlin als auch auf das MPIL und liegen in dieser Hinsicht deutlich näher an der in der vorliegenden Arbeit vertretenen These.[32] Auf beide Deutungen wird im Resümee zurückzukommen sein – nach dem Durchgang durch die Institutsgeschichte des IfB/MPIB im Kontext der MPG zwischen 1958 und 1981.

1.2 Ansatz und Vorgehen, Grenzen, Begriffsklärungen

Ansatz und Vorgehen: In dieser Studie wird ein integrativer wissenschaftshistorischer Ansatz verfolgt, der wissenssoziologisch und feldtheoretisch orientiert ist und sich grundlegend sozialkonstruktivistisch verortet. Die Autorin versteht sich damit in einer kritischen, lose an Peter L. Berger und Thomas Luckmann, an Pierre Bourdieu und Donna Haraway orientierten Linie.[33]

---

31 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, zum Beispiel 8, 118–125. Allerdings nimmt Leendertz in ihrer Zusammenfassung die »Abkehr vom holistischen Ansatz« wieder auf, »der das Programm des Starnberger Instituts bis zur Emeritierung seines Gründungsdirektors Carl Friedrich von Weizsäcker bestimmt hatte«. Ebd., 118. Damit wäre immerhin die Frage aufgeworfen, wie sich der neomarxistisch geprägte Ansatz von Jürgen Habermas (geb. 1929), der im März 1971 zum zweiten Direktor des Starnberger Instituts berufen wurde, zu dem von Leendertz so genannten holistischen Zugriff verhielt. Siehe zum Datum der Berufung Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 888.

32 Der Begriff der »Utopie« bezeichnet bei Kant und Renn »Ideen zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen [...], die zugleich wissenschaftlich erforscht und in die Gesellschaft hineingetragen werden sollten« und die am MPIB und MPIL ambitioniert vertreten worden seien. Die Spezifik der interdisziplinären Methodologie oder Methodik wird allerdings nicht weiter erörtert. Vielmehr führen die Autoren die »utopische Episode« in der MPG grob auf das Zusammenwirken von »charismatische[n] Persönlichkeiten« in der Forschungsgesellschaft zurück – hier besonders von Becker und Weizsäcker – und verweisen auf eine bestimmte Verstärkungs- und Kommunikationslogik von Netzwerken. Beansprucht werden darüber hinaus sowohl individualpsychologische Erklärungsmomente (die Verarbeitung der eigenen und der familiären Rolle im Nationalsozialismus im Fall Weizsäckers) als auch Hinweise auf kollektive vergangenheitspolitische Strategien der MPG nach 1945, über die in einer Art produktiver Sublimierungsbewegung bestimmte wissenschaftliche Ansätze in die Praxis der MPG eingeholt worden seien. So habe im Hintergrund beider Institutsgründungen der Versuch gestanden, »traumatische Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus in erlösende Zukunftsvisionen umzusetzen, die einer Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit entgegenwirken sollten«. Vgl. Horst Kant und Jürgen Renn: Eine utopische Episode – Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 213–242, Zitate 214, 238; zur Netzwerklogik ebd., 217.

33 Der in dieser Studie übergreifend als »integrativ« bezeichnete Ansatz ist von der Autorin an anderer Stelle als ein »wissensgeschichtlicher« gefasst worden. Die systematische Verbindung kann hier nur angedeutet werden, vor allem im Hinweis auf ein wissenssoziologisches, an Berger und Luckmann anschließendes weites Verständnis von Wissen, bei dem die Prozesse der sozialen Herstellung von dessen Geltung im Mittelpunkt stehen. Dieser vor allem phänomenologisch, über Annahmen des symbolischen Interaktionismus und sozialisationstheoretisch bestimmte Zugriff gewinnt über die erwähnte Integration von Ansätzen Bourdieus und Haraways die für notwendig erachtete gesellschaftstheoretische Dimensionierung und normative Verankerung und mithin einen kritischen Standort. Epistemo-

Da für diese Kombination nicht auf ein bereits vorliegendes wissenschaftshistorisches Forschungsprogramm verwiesen werden kann,[34] und eine ausführliche Entwicklung dieses Ansatzes eine eigene Abhandlung erforderte, seien hier nur einige wichtige Aspekte des theoretischen Standpunkts der Autorin angedeutet, welche die vorliegende Arbeit angeleitet haben: Die Wissenschaftler*in wird von dieser Position aus als subjektiv und interessengebunden begriffen; für sie wird eine jeweils einzigartige Körperlichkeit und Personalität vorausgesetzt, die auch in der Bewegung über die Grenzen gesellschaftlicher Subsysteme hinweg und im Zeitverlauf identifizierbar bleibt. Wissenschaftliche Entwicklungen werden nicht als immanentes Geschehen in einem tendenziell als geschlossen und eigenlogisch vorgestellten wissenschaftlichen System verstanden, dessen ›Akteure‹ biographisch blass bleiben. Vielmehr werden sie als Ergebnis zeitlich wie räumlich vernetzter individueller und mithin lebensgeschichtlich rückgebundener Handlungen begriffen. Angesiedelt sind diese in immer schon historisch präformierten, immer bereits machtförmig strukturierten Handlungs- und Wissensfeldern. Durch diese Situierung sind Handlungen bestimmt, aber nicht determiniert. Schwieriger sind Aussagen zum Phänomen der wissenschaftlichen Organisation. Organisationen bleiben sowohl bei Berger/Luckmann als auch bei Bourdieu und Haraway unterbelichtet,[35] obwohl es besonders

---

logisch bewegt sich die Autorin damit in großer Nähe zu der von Ute Daniel für den Ansatz der Kulturgeschichte auf den Punkt gebrachten epistemologischen Haltung. Daniel versteht diese im Sinne eines grundlegenden »wissenschaftlichen Selbstverständnisses«, das einen breiten Begegnungsgrund für diverse, im Einzelnen verschiedene Ansätze anbietet. Den erkenntnistheoretischen Aspekt des sozialen Konstruktivismus, der dieser Position zugrunde liegt, erhellt und differenziert grundlegend Lars Gertenbach am Beispiel der soziologischen Theorieentwicklung. Vgl. Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 37–40; Peter L. Berger und Thomas Luckmann: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Mit einer Einleitung zur deutschen Ausgabe durch Helmuth Plessner.* Frankfurt am Main: Fischer [1966] 1991. Siehe zu Bourdieu die bereits oben gegebenen Hinweise und zu Haraways Ansatz hier allein die Beiträge in Donna Haraway: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen.* Frankfurt am Main: Campus 1995. Vgl. zur epistemologischen Verortung Ute Daniel: Einleitung: Kulturgeschichte – und was sie *nicht* ist. In: Ute Daniel: *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 7–25, Zitat 9 und Lars Gertenbach: *Entgrenzungen der Soziologie. Bruno Latour und der Konstruktivismus.* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2015.

34 Hingewiesen sei hier allein auf die Überlegungen des Soziologen Hubert Knoblauch. Ohne explizit auf die Wissenschaftsgeschichtsschreibung einzugehen, betont er die enge systematische Beziehung von Wissenschaftsforschung (Wissenschaftssoziologie) und Wissenssoziologie. In einem historischen Überblick, der bei Ludwik Fleck (1896–1961) und der Frage nach der Beeinflussung von Wissenschaft durch soziale Faktoren in den 1930er Jahren ansetzt, geht er diesem Verhältnis anhand zentraler Ansätze im 20. Jahrhundert nach. Er rekonstruiert dabei implizit wesentliche Linien wissenschaftshistoriographischer Entwicklungen, wenn er etwa auf Thomas Kuhn (1922–1996), die *Edinburgh School* respektive das *Strong Programme*, die Laborstudien, die *Science Studies* oder die *Actor-Network-Theory* eingeht. Allein der Ansatz der feministischen Wissenschaftskritik (Donna Haraway, Helen E. Longino und andere) gerät gleichsam exterritorial, da er diese den vorab skizzierten Verläufen nicht eingliedert, sondern in einem separaten Abschnitt anhängt. Besonders wichtig ist für die Autorin, dass Knoblauch den von Berger und Luckmann erarbeiteten wissenssoziologischen Ansatz durchgängig auf die Entwicklungen seit den 1960er Jahren bezieht. Vgl. Hubert Knoblauch: *Wissenssoziologie.* 3. Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2014, 233–254. Zur historischen Entwicklung und zum Stand der Diskussion um wissenschaftshistorische Ansätze sei hier nur weiterführend hingewiesen auf: Marianne Sommer, Staffan Müller-Wille und Carsten Reinhardt (Hg.): *Handbuch Wissenschaftsgeschichte.* Stuttgart: Metzler 2017; The Cambridge History of Science. 8 Bde. Cambridge: Cambridge University Press 2002–2020; Hans-Jörg Rheinberger: *Historische Epistemologie zur Einführung.* 2. Auflage. Hamburg: Junius 2008; Michael Hagner (Hg.): *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte.* Frankfurt am Main: Fischer 2001.

35 Wie auch Alfred Kieser in seiner organisationstheoretischen Sondierung konstruktivistischer Ansätze nahelegt, hätten entsprechende Überlegungen zunächst an dem bei Berger und Luckmann zentralen Begriff der »Institution« beziehungsweise, genauer, an dem Theorem der »Institutionalisierung« anzusetzen und von hier aus das Phänomen von Organisationen zu bestimmen. In der sechsten Auflage des von Kieser herausgegebenen Standardwerks zu Organisationstheorien fiel das Kapitel zu konstruktivistischen Ansätzen weg, da der Konstruktivismus laut dem Vorwort der Herausgeber »eher eine facettenreiche Wissenschaftstheorie oder ein methodisches Prinzip als eine genuine

seit den 1990er Jahren diverse Ansätze gibt, vor allem Bourdieu für die Organisationsforschung fruchtbar zu machen.[36] Für ein Verständnis der Funktionsweisen von Organisationen sind für die Autorin zum einen die Arbeiten von Niklas Luhmann instruktiv, ohne dass dessen systemtheoretischer Ansatz geteilt wird.[37] Zum anderen bieten besonders Ansätze des soziologischen Neo-Institutionalismus Orientierung über den Modus des Wandels (respektive über die Wandlungsresistenz) von Organisationen in Wechselwirkung mit ihren jeweiligen nationalen und internationalen ›Umwelten‹.[38] Wissenschaftliche Organisationen werden in dieser Arbeit, allgemein gefasst, als Handlungs- und Wissensräume verstanden, die entsprechend ihrer Zielsetzung, ihrer Funktion und ihres Selbstverständnisses spezifisch strukturiert und gegenüber anderen Organisationen – in den jeweiligen nationalen Wissenschaftssystemen und in internationalen wissenschaftlichen Feldern – abgegrenzt sind. Sie weisen jeweils spezifische, historisch gebildete Strukturen der Wissensbewahrung, -produktion, -distribution und -hierarchisierung auf, wobei organisationale Strukturen im Vergleich zu anderen sozialen Wissensformationen in der Regel durch eine relativ hohe Robustheit im Zeitverlauf gekennzeichnet sind. Organisationen bieten ihren Mitgliedern einen bevorzugten Zugriff auf ökonomisches und auf das in ihnen jeweils spezifisch vorhandene soziale und kulturelle Kapital. Mithin ermöglichen sie eine Verstärkung individueller Potentiale und Wirkmacht. Besondere Bedeutung kommt auch aus diesem Grund der Regulierung des Zugangs zu den Organisationen zu, vor allem den Verfahren zur Auswahl des leitenden Personals.[39] Die damit gegebenen systematischen Anhaltspunkte sollen hier als Hinweis auf die theoretische Position der Auto-

---

Organisationstheorie« sei und daher nicht in die Systematik des Buches passen würde. Vgl. Alfred Kieser: Konstruktivistische Ansätze. In: Alfred Kieser (Hg.): *Organisationstheorien.* 5. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2002, 287–318.; Alfred Kieser und Mark Ebers: Vorwort zur 6. Auflage. In: Alfred Kieser und Mark Ebers (Hg.): *Organisationstheorien.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2006, 7.

36 Siehe hier nur die zusammenfassende Darstellung zum Forschungsstand und die konzeptionellen Überlegungen von Julia Gruhlich, die Bourdieus Ansatz für die feministische Organisationsforschung weiter erschließt: Julia Gruhlich: *Transnationale Unternehmen und Geschlecht. Eine praxeologische Organisationsanalyse.* Wiesbaden: Springer VS 2016, bes. 4–5, 53–65.

37 Vgl. vor allem postum Niklas Luhmann: *Organisation und Entscheidung.* 3. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2011 und dazu Will Martens und Günther Ortmann: Organisationen in Luhmanns Systemtheorie. In: Alfred Kieser und Mark Ebers (Hg.): *Organisationstheorien.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2006, 427–461. Siehe zu alternativen organisationstheoretischen Ansätzen weiterführend um Beispiel die Beiträge in Alfred Kieser und Mark Ebers (Hg.): *Organisationstheorien.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2006.

38 Vgl. für den Ansatz des soziologischen Neo-Institutionalismus wegweisend die Beiträge in John W. Meyer und Michael T. Hannan (Hg.): *National Development and the World System. Educational, Economic, and Political Change. 1950–1970.* Chicago, IL: University of Chicago Press 1979 sowie ein- und weiterführend Raimund Hasse und Georg Krücken: *Neo-Institutionalismus.* Mit einem Vorwort von John Meyer. 2. Auflage. Bielefeld: transcript 2005.

39 Vgl. zur Erforschung wissenschaftlicher Organisationen hier nur die Hinweise von Karin Knorr Cetina, vor allem ihre systematischen Überlegungen zum Verhältnis von organisationaler Struktur und dem situativen Handeln der Wissenschaftler*in respektive der dabei vorausgesetzten »Situationskontingenz«: Karin Knorr Cetina: *Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1984] 2012, 82–85, Zitat 85. Aus einer differenten und wissenschaftssoziologischen Perspektive siehe zudem überblicksweise Justus Lentsch: Organisationen der Wissenschaft. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie.* Wiesbaden: Springer 2012, 137–149, zur MPG 144.

rin genügen. Bewusst verzichtet wird an dieser Stelle auf eine autobiographische und politische Selbstreflexion, die eigentlich in der Konsequenz des gewählten Ansatzes geboten wäre.[40]

Auf Basis dieser Verortungen wird die Geschichte des IfB/MPIB zwischen 1958 und 1981 im Kontext der MPG in einem hermeneutisch geprägten Zugriff auf überwiegend schriftliches Material rekonstruiert. Untersucht werden vorrangig drei Ebenen: schwerpunktmäßig die Diskussionen über das Institut in den Organen der MPG (1.) sowie ergänzend Aspekte der Entwicklungen am Institut selbst, besonders in den Bereichen Forschung und Organisation, (2.) und relevante zeitgenössische, insbesondere bildungspolitische Entwicklungen in der Bundesrepublik, teilweise auch international (3.). Die Geschehnisse auf diesen drei Ebenen waren realiter auf das Engste miteinander verflochten. Sie werden im Folgenden in analytischer Trennung etwas weiter konkretisiert.

1.) *Diskussionen in den Organen der MPG und im Wissenschaftlichen Beirat des MPIB:* Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Auswertung der Diskussionen um die Gründung und die weitere Entwicklung des IfB/MPIB in den Organen der MPG. Verhandelt wurden dort etwa die Passung des Instituts zu der Forschungsgesellschaft, seine Satzung oder Berufungsfragen. Dabei gilt, dass mit den grundlegenden Institutsangelegenheiten immer auch die entwicklungs- und forschungsstrategischen Belange der Trägerorganisation berührt waren, was den Debatten ihr Gewicht und ihre Spannung verlieh. Diskussionen in den MPG-Organen um das Starnberger Institut werden ergänzend immer dann herangezogen, wenn sich in ihnen Veränderungen im Reaktionsspektrum in der MPG auf den Ansatz der Forschung zeigen lassen, der in beiden Instituten strukturähnlich verfolgt und in dieser Ähnlichkeit zeitgenössisch auch wahrgenommen und diskutiert wurde. Die in den Organen der MPG geführten Debatten um das IfB/MPIB bildeten also für die Gremienmitglieder die Deutungsfolie, auf der die nachfolgenden Diskussionen um die Starnberger Einrichtung geführt wurden und vice versa.

Für die Zeit nach der vollen Integration des Instituts in die MPG ab Anfang des Jahres 1971 verschiebt sich der Auswertungsschwerpunkt auf die im Wissenschaftlichen Beirat des MPIB geführten Debatten. So lassen sich die Diskussionen um den Richtungswechsel des ursprünglich am IfB etablierten Typs der Bildungsforschung, der sich in den zentralen Organen der MPG schon seit Mitte der 1960er Jahre abzuzeichnen begann, ab 1971 vorrangig im Forum dieses Gremiums greifen. Es wurde zu Anfang des Jahres neu berufen. Im Hintergrund steht ein generelle Funktionswandel der Beiräte in der MPG, der dort ab Anfang der 1970er Jahre im Zuge der schrittweisen Einrichtung einer strategischen Entwicklungsplanung und der Verstärkung zentraler Steuerungsansätze forciert wurde. Die Beiräte erhielten dabei markant erweiterte Befug-

40 Hingewiesen sei allein darauf, dass die Autorin als Persönliche Referentin der Universitätsleitung an der FernUniversität in Hagen und an der Humboldt-Universität zu Berlin über mehrere Jahre hin den Sitzungen der Leitungsgremien dieser Organisationen beigewohnt und unter anderem die Sitzungen des Rektorats beziehungsweise des Präsidiums selbst protokolliert hat. Diese Erfahrungen sind in die Wahrnehmung der Diskussionen in den Gremien der MPG und am IfB/MPIB eingegangen und haben zudem die Einschätzung der Gattung der Gremienprotokolle, die für die vorliegende Arbeit eine zentrale Bedeutung besitzen, geprägt.

nisse und wurden – etwa über die Einführung von Berichten an den Präsidenten – in das neue Management-Regime der Forschungsgesellschaft eingepasst. Sie wandelten sich damit tendenziell von einem Beratungs- und Unterstützungsgremium der jeweiligen Institute zu einem intermediären Gremium zwischen Institut und der Leitung der MPG. Der Wissenschaftliche Beirat des MPIB kann in diesem Zusammenhang als einer der wichtigsten Treiber des besonders von der MPG-Spitze intendierten Wandels der Institutsforschung begriffen werden. Das gilt, obwohl nicht alle Mitglieder des neuen Beirats diesen Kurs teilten und die Beratungsfunktion des Gremiums ihren Raum behielt – neben der neuen Rolle eines »Kontrollorgans«, die im Fall des IfB Ende 1970 explizit von den zentralen Organen der MPG gefordert wurde.

Zum Zweck des besseren Verständnisses der Diskussionen um das Bildungsforschungsinstitut in der MPG wird vorgängig die Governance-Struktur der Forschungsgesellschaft in einigen ihrer Grundzüge erläutert (Kapitel 2.2.1).[41] Wesentliche Veränderungen in diesem Bereich werden dann nachlaufend durchgängig erfasst. Das betrifft besonders die Satzungs- und Strukturreform der Forschungsgesellschaft von 1972 sowie den Wandel im forschungspolitischen Kurs und im Management nach dem Präsidentenwechsel auf Reimar Lüst (1923–2020) im gleichen Jahr.

2.) *Bildungsforschung am Institut und biographische Vertiefungslinien:* Ergänzend wird die Genese der Programmatik der Bildungsforschung während des Antragsverfahrens, die ab 1963 am IfB institutionalisierte Forschung sowie ihr Wandel in den 1970er Jahren ausschnitthaft in den Blick genommen. Im Fokus stehen dabei Aussagen über die Konzeption der Bildungsforschung im Kontext der Beantragung, die fachlichen Profile der Abteilungen und ihrer Direktoren, das Design ausgewählter Forschungsprojekte und die zentrale Organisation der Forschung am Institut, die eng mit dessen Governance-Struktur verbunden war. Die im Laufe der Institutsgeschichte bis 1981 beobachtbaren Veränderungen in diesen Bereichen werden grob nachgezeichnet. Die Daten zur Größe des IfB in seiner Anfangszeit und zur weiteren Entwicklung des Instituts im Bereich von Finanzen, Personal und Räumlichkeiten werden in einem groben Überblick konzentriert dargestellt (Kapitel 3.1.3 und 3.1.4).

Der Forschungsalltag am Institut, besonders die Arbeit in den Projekten, muss dagegen aus pragmatischen Gründen weitgehend außer Acht bleiben. Anhand der jährlichen Institutsberichte und der im Beirat geführten Diskussionen gelangt diese Ebene jedoch immerhin indi-

---

41 Vereinfacht gefasst, wird der Terminus der »Governance« hier nicht normativ, im Sinne eines als positiv gewerteten Gegenbegriffs zu hierarchischen Steuerungsformen, sondern im Sinn einer weiter gefassten analytischen Variante gebraucht. Verstanden werden darunter entsprechend »alle wesentlichen Formen der Handlungskoordination« der beteiligten Personen und zwar sowohl regelnde Strukturen als auch Prozesse der Regelung. Vgl. zu diesem institutionalistisch orientierten Verständnis bes. Renate Mayntz: Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? In: Gunnar Folke Schuppert (Hg.): *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien.* 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos 2006, 11–20, Zitat 14. Siehe zum Begriff der »Governance-Struktur« am Beispiel der außeruniversitären staatlichen Forschung in (West-)Deutschland etwa Hans-Willy Hohn: Governance-Strukturen und institutioneller Wandel des außeruniversitären Forschungssystems Deutschlands. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornborstel und Karin Zimmermann (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik.* 2 Auflage. Wiesbaden: Springer 2016, 549–572.

rekt in den Blick. Dadurch wird es insbesondere möglich, einige der zentralen Herausforderungen und Probleme der ab 1963 in West-Berlin Kontur gewinnenden Bildungsforschung zu erfassen, die zu einem großen Teil im Prozess der Auswahl sowie des Monitorings der Projekte und in der Projektarbeit selbst aufbrachen. Die Schwierigkeiten resultierten sowohl aus den Anforderungen des interdisziplinären Ansatzes und der erkenntnistheoretisch reflektierten Politik- und Handlungsorientierung der Bildungsforschung als auch aus der 1969 vorgenommenen Umstellung der Forschungsorganisation und Governance des Instituts auf das Prinzip einer umfassenden Mitbestimmung. Zugleich verlagerte die ebenfalls 1969 beschlossene Auflösung der Abteilungsstruktur die Dynamik der Forschungsentwicklung am IfB/MPB auf relativ autonom vorangetriebene Projekte. Sie kann daher ab diesem Zeitpunkt nicht mehr entlang von Abteilungen rekonstruiert werden.

Allerdings hatte für das West-Berliner Institut schon seit 1965, dem Jahr der Gründung des Deutschen Bildungsrats (BR), die Kooperation mit diesem nationalen Planungsgremium zentrale Bedeutung gewonnen. In die Kooperation mit dem BR brachte das IfB/MPIB bis zur Auflösung des Gremiums Mitte der 1970er Jahre einen erheblichen Teil seiner Forschungskapazität ein und die Impulse aus diesem insofern nur semi-externen Kontext trieben die Entwicklung der Bildungsforschung am Institut weiter voran und trugen zu ihrer programmatischen Rahmung wesentlich bei. Entsprechend wird diese Zusammenarbeit näher untersucht werden. Dabei ist im Bewusstsein zu halten, dass mit diesem Fokus die Vielfalt der Projekte am Institut, das schon bald nach seiner Gründung die Dimensionen einer sozialwissenschaftlichen Großforschungseinrichtung erreicht hatte, ebenso wie die Binnendifferenzen zwischen verschiedenen Forschungsansätzen in den Hintergrund treten. Für die zweite Hälfte der 1970er Jahre wird anhand der Auswertung der Beiratsdiskussionen und der Konzeption des neuen Leitprojekts des MPIB, des »Bildungsberichts«, eine Vorstellung von der jetzt zunehmend in Richtung auf eine empirische Sozialforschung hin veränderten Bildungsforschung gegeben.

Zusätzlich werden biographische Vertiefungslinien eingezogen. Das betrifft vor allem Becker, die Institutsdirektoren der Gründungszeit, Präsident Lüst sowie den Hauptkritiker der Bildungsforschung und Protagonisten einer empirischen Sozialforschung im Beirat des MPIB, den Entwicklungspsychologen und Motivationsforscher Heinz Heckhausen (1926–1988). Dies hat einerseits zum Ziel, individuellen Intentionen und weltanschaulichen Lagerungen des Typs dieser Bildungsforschung und ihrer Transformation am Beispiel der hier zentralen Personen näher zu kommen. Andererseits soll über die Profile der Gründungsdirektoren das Verhältnis der am Institut institutionalisierten Forschungsrichtungen zu den jeweiligen Referenzdisziplinen in der Bundesrepublik zumindest für die Ausgangslage in den 1960er Jahren skizziert werden.

3.) *Zeitgenössische Verflechtungen:* Auf einer dritten Ebene wird die Genese und Transformation der in der MPG institutionalisierten Bildungsforschung in ihrer Verflechtung mit relevanten zeitgenössischen Entwicklungen, vorrangig in der Bundesrepublik, untersucht. Im Zentrum stehen die bildungspolitischen Veränderungen, etwa die Formierung einer nationalen Bildungspolitik und -planung seit Anfang der 1960er Jahre, die Bildungsexpansion sowie der Auf-

schwung, die Hochzeit und die Beendigung des kooperativen Föderalismus im Bildungsbereich sowie die damit verbundene Gründung und Auflösung des Deutschen Bildungsrats. In den Blick genommen wird zudem die Studierendenbewegung. Sie formierte sich, von keinem der Institutsplaner vorausgesehen, annähernd zeitgleich zum Aufbau des Instituts und überlagerte dessen Entwicklung und damit auch die Genese der Bildungsforschung mit ihren Dynamiken. In den 1970er Jahren schlugen dann besonders die vielschichtigen Ausprägungen einer konservativen Tendenzwende auf die Transformation der Bildungsforschung durch.

Eine Absicht und Hoffnung der Studie ist es, über die chronologische, historisch eingebettete Darstellung der Institutsgeschichte des IfB/MPIB im Kontext der MPG Effekte der gegenseitigen Durchdringung und Überlagerung dieser drei, hier nur analytisch separierten, Ebenen zu erfassen und dadurch idealiter Hinweise auf Generalisierungsmöglichkeiten für Dynamiken der westdeutschen Wissenschafts- und Bildungsgeschichte in den 1960er Jahren und im Transformationsjahrzehnt der 1970er Jahre zu erhalten.

Grenzen: Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass diese Studie zwar integrativ ansetzt, sich aber auf die Institutsgeschichte des IfB/MPIB im organisationalen Kontext der MPG konzentriert. Insbesondere auf die ideengeschichtlichen[42] Traditionslinien des hier untersuchten Typs der Bildungsforschung wird daher nur ausschnitthaft und am ehesten im Sinne der Anzeige weiteren Forschungsbedarfs verwiesen. Gleiches gilt für systematische zeitgenössische Bezüge, etwa zu Ansätzen der später so genannten »Kritischen Theorie«[43] der ersten und zweiten Generation oder für synchrone Vergleiche mit anderen Formen der Bildungsforschung in der Bundesrepublik. Diese wurden im Zuge der Konjunktur der Bildungsplanung ab circa Mitte der 1960er Jahre massiv gefördert und vielerorts institutionalisiert.[44] Geschuldet ist auch diese Begrenzung forschungspragmatischen Gründen. Hinzu kam, dass die Verbindung Beckers zu Freyer und der von diesem seit Mitte der 1920er Jahre geprägten Leipziger Soziologie erst in einem fortgeschrittenen Stadium des Arbeitsprozesses in den Blick gelangte. Inwieweit sich die Spezifik der in der MPG etablierten Bildungsforschung auch über Bezüge zur Leipziger Schule greifen lässt, wird daher in dieser Studie zwar als Frage aufgeworfen, aber nicht systematisch verfolgt. Gleiches gilt für die von Karl-Siegbert Rehberg angesprochenen, so genannten »ein-

---

42 Verkürzt gefasst, wird Ideengeschichte von der Autorin im Sinne der jüngeren *Intellectual History* begriffen. ›Ideen‹, intellektuelle Produkte werden dort zwar prioritär, aber durchgängig im Kontext ihrer Entstehungsbedingungen untersucht und unter Verzicht auf überzeitlich angelegte, geschichts-/philosophische Kategorien analysiert. Vgl. zur Entwicklung und zu den diversen Ausformungen von Ideengeschichte und *Intellectual History* den international ausgreifenden Forschungsüberblick von Riccardo Bavaj: Intellectual History. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2010. http://docupedia.de/zg/bavaj_intellectual_history_v1_en_2010. Zuletzt aufgerufen am 23. 8. 2021.

43 Vgl. zu deren Geschichte und Ansätzen grundlegend Rolf Wiggershaus: *Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung.* München: dtv 1988; für die Nachkriegszeit vor allem Alex Demirović: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1999 sowie für die zweite Generation mit Fokus auf Habermas zum Beispiel Stefan Müller-Doohm: *Jürgen Habermas. Eine Biographie.* Berlin: Suhrkamp 2014.

44 Darauf wird in dieser Arbeit genauer einzugehen sein. Siehe hier nur basal Wilfried Rudloff: Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik.* Paderborn: Ferdinand Schöningh 2003, 259–282.

heitswissenschaftlichen« Ansätze in Leipziger Tradition, deren Anfänge auf die Zeit um 1900 zurückreichen und denen Rehberg auch die zeitlich später beginnende soziologische Schule zuordnet. Eine genauere Untersuchung wäre für die weitere Klärung der intellektuellen Provenienz der Bildungsforschung relevant, beispielsweise in Bezug auf die historische Herleitung ihres interdisziplinären Aspekts.[45] In diesem Kontext wäre dann auch zu fragen, wie sich zu diesen Traditionslinien die Leitidee Weizsäckers von einer »Einheit der Wissenschaften« verhielt, worauf in dieser Arbeit nur in einer ersten Sondierung eingegangen wird (Kapitel 2.1.4 und 3.2.5).

Da diese Studie angesichts der Breite des Themas erst mit der Institutsskizze von 1958 einsetzt, bleibt zudem die bislang noch unerforschte Geschichte ihrer Entstehung weitgehend außer Acht.[46] Allen bisherigen Hinweisen nach wurde die Idee für eine Institutsgründung ab etwa 1946 aus dem Milieu der reformpädagogischen Landerziehungsheimbewegung heraus, maßgeblich von Becker, C. F. von Weizsäcker und dem Pädagogen und christlichen Philosophen Georg Picht und zunächst wohl eher erratisch entwickelt. Anzunehmen ist, dass sich die Idee im Hintergrund ihrer jeweiligen beruflichen Tätigkeiten allmählich formierte – möglicherweise angeregt durch Impulse aus der MPG – und dass das Trio dann nachfolgend sein hohes kulturelles Kapitel und seine weitgespannten Beziehungsnetze nutzte und immer zielgerichteter für das Projekt aktivierte. Nach jetzigem Kenntnisstand wären für die Jahre bis 1958 zwei Phasen zu unterscheiden: Von 1946 bis circa 1949 ist von der noch ungeplanten Anbahnung der Gründungsidee auszugehen. Dieser Zeitraum deckt sich in Bezug auf die westdeutsche Geschichte in etwa mit der Umbruchs-, Fusions- und Transformationszeit zwischen der bedingungslosen Kapitulation und dem Beginn des sogenannten Kalten Kriegs um das Jahr 1948, der international durch die »Erstarrung der politischen Strukturen« (Christoph Kleßmann) in zwei Machtblöcke und die Situation der Systemkonkurrenz gekennzeichnet war.[47] In den Westzonen waren diese Nachkriegsjahre für den Wissenschafts- und Bildungsbereich vorrangig durch die US-amerikanische Deutschlandpolitik beeinflusst, die sich in diesen Feldern in die Politik der *Reeducation* übersetzte.[48] Im Anschluss an die Gründung der Bundesrepublik, die

---

45 Vgl. Rehberg, *Hans Freyer*, 2003, bes. 74–78, Zitat 73. Eine »genuine Leipziger Denktradition« betont auch Elfriede Üner in ihren Arbeiten zu Freyer. Siehe zum Beispiel Üner, *Soziologie*, 1992, bes. 22–25, 153–157, Zitat 22.

46 Zur Vorgeschichte der Institutsgründung ist bislang jenseits erster Hinweise in einem Beitrag von Horst Kant und Jürgen Renn sowie einiger Bemerkungen von Jens Brachmann, die sich zum Teil an Kant und Renn anlehnen, noch wenig bekannt. Die Autorin stützt sich für die folgende Darstellung auf ihre unveröffentlichte Vorstudie von Sommer 2020. Vgl. Kant und Renn, *Episode*, 2015; Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 142–146, 194–197 und Britta Behm: *Auf dem Weg zur Institutsgründung von der Nachkriegszeit bis 1958: Formierung westdeutscher Bildungspolitik und Bildungsforschung*. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin, 1. 6. 2020.

47 Vgl. zur Kennzeichnung dieser Zeit weiterführend zum Beispiel die Beiträge in Ulrich Herbert und Axel Schildt (Hg.): *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948*. Essen: Klartext 1998 und zur Beschreibung der mentalen Aspekte dieser Umbruchsphase bes. Paul Nolte: *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck 2000, 208–235. Zum Zitat siehe Christoph Kleßmann: 1945 – welthistorische Zäsur und »Stunde Null«. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2010. http://docupedia.de/images/3/3b/1945.pdf. Zuletzt aufgerufen am 27. 3. 2022, 1.

48 Vgl. aus der breiten Literatur Karl-Ernst Bungenstab: *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949*. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970; James F. Tent: *Mission on the Rhine. Reeducation*

auch in Bezug auf Bildung und Wissenschaft erweiterte Handlungsspielräume für die deutsche Seite eröffnete, verdichteten sich dann in einer zweiten Phase die Planungen für das Institut bis hin zum Entwurf der Skizze von 1958. Wie angemerkt, können die Aktivitäten von Becker, Picht und Weizsäcker für diese Zeit nicht näher nachverfolgt werden. Insbesondere muss die Erforschung von Beckers Beziehungen zum Institut für Sozialforschung (IfS), an dem er seit Anfang der 1950er Jahre als Justiziar arbeitete,[49] und die Untersuchung seines damit eng verbundenen Einsatzes für die Bildungssoziologie im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS)[50] künftigen Arbeiten überlassen bleiben. Beide Aspekte werden in dieser Arbeit nur gestreift (Kapitel 2.2.3). Gleiches gilt für die kulturpolitischen Bestrebungen der für die Institutsgründung maßgeblichen Personen in der MPG. Zu berücksichtigen wären hier vorrangig die Motive und Aktivitäten des Biochemikers und Nobelpreisträgers Adolf Butenandt (1903–1995) und des Physikers und Nobelpreisträgers Werner Heisenberg (1901–1976). Butenandt war nicht nur Mitglied des 1953 in der Bundesrepublik zu Reformzwecken etablierten Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen (DA). Vor allem amtierte er von 1960 bis 1972 als Präsident der MPG und unterstützte in dieser Funktion die Gründung des Bildungsforschungsinstituts nachdrücklich.[51] Auch Heisenberg zählte zu den frühen Befürwor-

---

and Denazification in American-occupied Germany. Chicago, IL: The University of Chicago Press 1982; David Phillips: *Zur Universitätsreform in der Britischen Besatzungszone 1945–1948.* Köln: Böhlau 1983; Karl-Heinz Füssl: *Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955.* Paderborn: Schöningh 1994 und Stefan Paulus *Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976.* München: Oldenbourg 2010, bes. 35–146.

49 Auskunft über Beckers Tätigkeit am IfS geben neben einigen wenigen Bemerkungen Beckers aus den Gesprächen mit Frithjof Hager bislang vor allem ein Beitrag von Clemens Albrecht sowie entsprechende Erwähnungen in dem veröffentlichten Briefwechsel zwischen Adorno und Horkheimer und in den Studien von Wiggershaus und Demirović. Allerdings ist es in Albrechts Darstellung – das sei nur angemerkt – unklar, auf welche Quellen er sich bezieht, wenn er Becker bereits für diese Zeit als Leitmotiv eine Demokratisierungsabsicht zuschreibt oder beispielsweise behauptet, dass Becker mit seinem Aufsatz zur ›verwalteten Schule‹ von 1954 »die Konsequenzen aus der verhängnisvollen Entwicklung Deutschlands« hätte ziehen wollen. – Das Verhältnis Beckers zu Habermas ist auch in der Habermas-Biographie von Müller-Doohm noch nicht untersucht worden. Vgl. Hellmut Becker und Frithjof Hager: *Aufklärung als Beruf. Gespräche über Bildung und Politik.* München: Piper 1992, zum Beispiel 155; Clemens Albrecht: Vom Konsens der 50er zur Lagerbildung der 60er Jahre: Horkheimers Institutspolitik. In: Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann und Friedrich H. Tenbruck: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Campus 1999, 132–168, hier 162–168, Zitat 163; Theodor W. Adorno und Max Horkheimer: *Briefwechsel 1927–1969. Bd. IV: 1950–1969.* Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006; Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule*, 1988; Demirović, *Der nonkonformistische Intellektuelle*, 1999; Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2014.

50 Im Zuge der Untersuchung eines Gutachtens von Adorno zur Einrichtung des von Becker geplanten Forschungsinstituts ist Ulrich Herrmann auch den Bemühungen Beckers, Adornos und anderer für die Etablierung der Bildungssoziologie in der DGS nachgegangen. Diese Kooperation hatte vorher schon F. Hartmut Paffrath skizziert, was inzwischen von Günter C. Behrmann vertieft worden ist. Berührungspunkte auf der Ebene medialer gemeinsamer Auftritte und im Bereich universitärer Lehre hat zudem jüngst Braunstein aufgeführt: Becker war im Wintersemester 1960/61 zum Auftakt eines Adorno-Seminars zur Bildungssoziologie Gast und Diskussionspartner. Vgl. Herrmann, *Bildungsforschung*, 2014; Fritz Hartmut Paffrath: *Die Wendung aufs Subjekt. Pädagogische Perspektiven im Werk Theodor W. Adornos.* 2. Auflage. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1994, 18–30; zum Beispiel Günter C. Behrmann: Wie Adorno zum Pädagogen, die Soziologie zur Bildungswissenschaft und die Pädagogik zur kritischen Erziehungswissenschaft wurde. In: Sandra Rademacher und Andreas Wernet (Hg.): *Bildungsqualen. Kritische Einwürfe wider den pädagogischen Zeitgeist.* Wiesbaden: Springer 2015, 221–259, hier 248–251 oder Günter C. Behrmann: Gründerjahre der Bildungssoziologie. *Soziologie* 42/2 (2013), 169–184 sowie Dirk Braunstein: Theodor W. Adornos Einleitung in das soziologische Hauptseminar »Probleme der Bildungssoziologie«. *WestEnd* 12/1 (2015), 147–152.

51 Butenandts kultur- und bildungspolitisches Engagement in der Nachkriegszeit ist bislang kaum erforscht. Heiko Stoff hat hier Pionierarbeit geleistet und dessen Einsatz für eine Modernisierung des Bildungswesens im Kontext seiner

tern des Instituts und hatte bereits mit seinem Einsatz für den 1949 gegründeten Deutschen Forschungsrat (DFR) die kulturpolitischen Ambitionen der MPG demonstriert.[52] Wie bedeutsam der Part des Mittelalter-Historikers und späteren Direktors des Max-Planck-Instituts für Geschichte (MPIG), Hermann Heimpel (1901–1988), in der frühen Planungsphase war, ist noch offen. Er kannte Becker vermutlich schon aus dessen Leipziger Studienzeit und war 1959 einer der drei Unterzeichner des offiziellen Antrags, mit dem das Verfahren zur Prüfung der Gründung eines Bildungsforschungsinstituts in der MPG angestoßen wurde.[53] Auf die bereits mehrfach angedeuteten bildungspolitischen und wissenschaftlichen Entwicklungen der 1950er Jahre wird vorrangig entlang eines biographischen Kurzporträts von Becker und ausgehend von den in der Institutsskizze enthaltenen Referenzen eingegangen werden (Kapitel 2.1.2 und 2.1.4).

Schließlich kann auch die internationale Dimension dieser Institutsgeschichte nicht systematisch in die Untersuchung einbezogen werden. Von besonderem Interesse wäre eine Ausleuchtung der Verbindungen zur UNESCO und zur OEEC/OECD. Beispielsweise wurden in der OECD unter einer vorwiegend ökonomisch bestimmten Logik generelle Linien einer europäischen und im Zuge des Kalten Krieges als ›westlich‹ konnotierten Forschungs- und Wissenschaftspolitik diskutiert und etwa auf den Bereich der Bildungspolitik und -planung recht konkret heruntergebrochen.[54] Systematisch nachzugehen wäre in dem Zusammenhang zum einen dem Engagement von Führungspersonen aus der MPG in diesem internationalen Bereich und den Rückwirkungen, die dies auf die bundesdeutsche Wissenschafts- und Bildungspolitik hatte. Zum anderen wäre es sinnvoll, ähnliche Aktivitäten der Institutsdirektoren des IfB/MPIB zu rekonstruieren. Zu denken wäre hier an Becker, vor allem aber an Friedrich Edding und an Saul B. Robinsohn (1916–1972). Sie gehörten in der Bundesrepublik zu den Pionieren der Bildungs-

---

Wissenschaftspolitik gedeutet. Zu Butenandts Tätigkeit als Mitglied des DA liegt eine bisher unveröffentlichte Arbeit von Ulrike Thoms vor. Vgl. Heiko Stoff: Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 1945–1956. Reinigung und Assoziierung. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein 2004, 369–402, bes. 384–402 und Ulrike Thoms: *Ein »erlaubtes Experiment« für die MPG. Hellmut Becker und die Gründung des MPI für Bildungsforschung.* Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin [undatiert].

52 Es war vorrangig Heisenberg gewesen, der sich – unterstützt von weiteren Führungspersonen der MPG und Vertretern der westdeutschen Akademien – für den DFR einsetzte. Der Forschungsrat scheiterte vor allem am Widerstand der Kultusministerkonferenz und wurde 1951 mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zur Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) fusioniert. Vgl. Näheres im Kontext der Überblicksdarstellung zur MPG in Kapitel 2.1.3.

53 Vgl. zu dem Antrag und zur Person Heimpels Kapitel 2.1.1.

54 Vgl. zur Geschichte der bildungsorientierten Politik der OEEC/OECD aus rechtlicher Perspektive Hugo J. Hahn und Albrecht Weber: *Die OECD. Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.* Baden-Baden: Nomos 1976, bes. 27–56, 277–280, 284–288; aus Sicht eines leitenden OECD-Mitarbeiters (*Acting Head of the Educational Investment and Development Division*) George S. Papadopoulos: *Die Entwicklung des Bildungswesens von 1960 bis 1990. Der Beitrag der OECD.* Frankfurt am Main: Peter Lang 1996, bes. Kapitel 2, 3, 4 und mit Fokus auf internationalen Steuerungsansätzen Ansgar Weymann und Kerstin Martens: Bildungspolitik durch internationale Organisationen. Entwicklung, Strategien und Bedeutung der OECD. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 30/4 (2005), 68–86, bes. 76–79. Siehe übergreifend zur Geschichte der OEEC/OECD und zu den in dieser Organisation verfolgten Logiken zum Beispiel Richard Woodward: *The Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD).* London: Routledge 2009, 1–42, bes. 13–29 und Matthias Schmelzer: *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm.* Cambridge: Cambridge University Press 2016.

ökonomie respektive der Vergleichenden Erziehungswissenschaft und der Curriculumforschung, die jeweils wesentliche Impulse und Verstärkungen aus dem Handlungsrahmen der OEEC/OECD und der UNESCO bezogen.

Begriffsklärungen: Ein Teil der für diese Studie wichtigen Begriffe wird im Laufe der nachfolgenden Arbeit erläutert werden. Einzugehen ist vorab auf die im Titel gewählte Bezeichnung des Ansatzes der Bildungsforschung als »interdisziplinäre Sozialwissenschaft«. Sie ist (und bleibt) eine analytische Hilfskonstruktion. So wurde zwar die Kennzeichnung als »interdisziplinär« aus der Selbstbeschreibung am IfB und in der MPG übernommen, wo sie ab etwa 1964 in Entlehnung der Bezeichnung aus der zeitgenössischen US-amerikanischen Wissenschaftsterminologie in Gebrauch kam. Wesentliche Charakteristika des Ansatzes, wie zum Beispiel die politische Orientierung und der Handlungsbezug sind in diesem Begriff aber nur vage aufgehoben. Denn der seit den 1960er Jahren bis heute international geführte rege Diskurs um »Interdisziplinarität« zeigt, dass diese Bezeichnung per se nur eine geringe definitorische Trennschärfe besitzt und daher der Konkretisierung am jeweiligen historischen Fall bedarf.[55]

---

55 In der Wissenschaftsforschung, nachgelagert auch in der Wissenschaftsgeschichte, wird die Diskussion um die Bestimmung von »Interdisziplinarität« seit der internationalen Verbreitung des Begriffs zu Anfang der 1960er Jahre geführt. In systematischer Hinsicht wurden seitdem diverse und unterschiedliche Kennzeichnungsvorschläge entwickelt, wobei besonders das Konzept der »Transdisziplinarität« heute Bedeutung gewonnen hat. Einen Überblick ermöglicht zum Beispiel Julie Thompson Klein mit ihrer im *Oxford Handbook of Interdisciplinarity* 2010 vorgestellten, bewusst temporär angelegten Taxonomie entlang der Hauptbegriffe »Inter-, Multi- und Transdisziplinarität«. Schon 1990 hatte sie eines der frühen Standardwerke zum Thema vorgelegt. Auf einen zentralen Aspekt der Interdisziplinarität macht exemplarisch zudem der Herausgeber des *Oxford Handbook*, Robert Frodeman, in seiner Einleitung aufmerksam. Auch er betont die grundlegende Offenheit des Konzepts, das definitorisch nicht stillgestellt werden könne. In der Konsequenz verschiebt er die Perspektive auf die Frage nach der Legitimation interdisziplinärer Arbeit und richtet den Blick auf das Problem der Wissensproduktion in der traditionell disziplinär verfassten Wissenschaft. Diese stieße zwar in selbstbezüglicher Produktivität überwältigende Wissensmengen aus. Sie könne aber die gesellschaftlich zentrale Frage danach, was »pertinent knowledge« sei, gerade aufgrund ihrer disziplinären Organisation nur randständig fassen. In der Neuauflage des Handbuchs von 2017 geht Frodemann das Problem noch radikaler an, indem er die gesellschaftliche Rolle der (disziplinär organisierten) Universitäten »in an age of ubiquitous knowledge« grundsätzlich hinterfragt. Frodemans Ausführungen weisen darauf hin, dass es sowohl bei den interdisziplinären Ansätzen als auch bei der Beschäftigung mit ihrer Typologie immer auch und wohl im Kern um die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen geht, wobei das Nachdenken über die Ziel- und Sinnbestimmung von Wissenschaft unmittelbar an die Frage ihrer adäquaten Organisation gekoppelt wird. Lösungen werden dabei jenseits des überwiegend disziplinär organisierten Systems gesucht, wie es sich seit etwa 1800 so funktional wie kontingent in westlichen Gesellschaften herausgebildet hat. Ähnlich kritische Fragen an die tradierte disziplinäre Organisationsform von Wissenschaft und die Ordnung von Wissensbereichen durch Disziplinen werden schließlich seit langem systematisch in den Genderstudies formuliert und untersucht. Hier sei allein auf den 2010 von Jutta Weber herausgegebenen Sammelband verwiesen, in dem Ansätze der feministischen *Technoscience* auf das Thema der Interdisziplinarität bezogen werden. Wendet man den Blick jetzt wieder zurück auf die vorliegende Arbeit, so kann der in West-Berlin und in Starnberg verfolgte Ansatz zwar allgemein unter den Begriff der »Interdisziplinarität« gefasst werden. Definitorisch ist damit jedoch keine nähere Bestimmung gewonnen: weder im Hinblick auf seine Theorie, Methodologie oder Methodik, noch in Bezug auf das dort jeweils bearbeitete Verhältnis von Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Vgl. Julie Thompson Klein *Interdisciplinarity. History, Theory, & Practice.* Detroit, MI: Wayne State University Press 1990; Julie Thompson Klein: A Taxonomy of Interdisciplinarity. In: Robert Frodeman, Julie Thompson Klein und Carl Mitcham (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity.* Oxford: Oxford University Press 2010, 15–30; Robert Frodeman: Introduction. In: Robert Frodeman, Julie Thompson Klein und Carl Mitcham (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity.* Oxford: Oxford University Press 2010, XXIX–XXXIX, Zitat XXX und Robert Frodeman: The Future of Interdisciplinarity. In: Robert Frodeman, Julie Thompson Klein und Roberto C. S. Pacheco (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity.* 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press 2017, 3–8, Zitat 6; Jutta Weber (Hg.): *Interdisziplinierung? Zum Wissenstransfer zwischen den Geistes-, Sozial- und Technowissenschaften.* Bielefeld: transcript 2010. Siehe ergänzend zur Genese von Disziplinen in systemtheoretisch orientierter Sicht Rudolf Stichweh: *Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1984 und weiterführend Peter Weingart: A Short History of Knowledge Formations. In: Robert

Das gilt um so mehr, wenn in Betracht gezogen wird, dass der wissenschaftsübergreifende Ansatz der Bildungsforschung zeitlich lange vor der Konjunktur der Begriffe »interdisziplinär« und »Interdisziplinarität« zum Kernbestand der Institutskonzeption des IfB gehörte. Teilweise ähnlich gelagerte Schwierigkeiten ergeben sich für den Begriff der »Sozialwissenschaft«.[56] So trifft er zwar für die Forschungen am West-Berliner Institut zu, sofern man diese in einem simplifizierenden Verständnis einer Art dritten Kultur zwischen oder quer zu den ›klassischen‹ Natur- und Geisteswissenschaften zuordnet. Die Spezifik der Bildungsforschung lag jedoch vor allem in der Kombination eines positiven Bezugs auf empirische Forschung mit dem Ziel der theoretisch fundierten Feststellung von »Tatsachen« und der Zurückweisung sowohl von einzelwissenschaftlichen beziehungsweise subdisziplinär fragmentierten Ansätzen als auch einer vermeintlichen Interessenlosigkeit wissenschaftlicher Erkenntnis. Dies ist semantisch weder im Terminus der »Sozialwissenschaft« notwendig enthalten, noch klärt das Kompositum »interdisziplinäre Sozialwissenschaft« über diese Ausrichtung zufriedenstellend auf. Hinzu kommt, dass der Begriff der »Sozialwissenschaft« bereits für den deutschen Sprachraum in dem hier untersuchten Zeitraum weder einheitlich noch als einzige Bezeichnung verwendet wurde, da beispielsweise die Termini der »Sozialforschung« und der »Soziologie« als Synonyma im Umlauf waren. Doch auch auf der analytischen Ebene wird der Begriff nicht kohärent gebraucht und kann in Bezug auf die damit gemeinten Disziplinen beispielsweise inklusive oder exklusive der Politik- oder der Erziehungswissenschaft gemeint sein.[57] Im Fall der Bildungsforschung ist es darüber hinaus besonders hinderlich, dass die Bezeichnung als »Sozialwissenschaft« die Strukturähnlichkeit zum Ansatz der Starnberger Einrichtung tendenziell verdeckt. Denn dort spielte, wie erwähnt, auch die Integration der Philosophie und die Verbindung mit den Naturwissenschaften eine wichtige Rolle.[58] Die Kennzeichnungsproblematik führt insofern mitten hinein in die Geschichte des Instituts für Bildungsforschung und auf die vermuteten Herkunftslinien dieses Ansatzes (Kapitel 2.1.4, 3.2.5 und 5).

Frodeman, Julie Thompson Klein und Carl Mitcham (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity.* Oxford: Oxford University Press 2010, 3–14 sowie die etwa zeitgleich zu Kleins Studie veröffentlichten Reflexionen über Interdisziplinarität im deutschsprachigen Raum bei Jürgen Kocka (Hg.): *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987.

56 Die Forschung zur Geschichte der Sozialwissenschaften kann hier nicht annähernd sinnvoll eingeholt werden, zumal dieser Versuch notwendig international dimensioniert sein müsste. Siehe daher nur die weiterführenden Beiträge in zwei Sammelbänden, die im ersten Fall stärker systematisch, im zweiten Fall eher disziplinorientiert sind: Peter Wagner, Björn Wittrock und Richard P. Whitley (Hg.): *Discourses on Society. The Shaping of the Social Science Disciplines.* Dordrecht: Kluwer Academic Publishers 1991; Roger E. Backhouse und Philippe Fontaine (Hg.): *The History of the Social Sciences since 1945.* Cambridge: Cambridge University Press 2010.

57 Vgl. mit Hinweisen auf die genannten zeitgenössischen und analytischen terminologischen Probleme Link, *Demokratisierung,* 2022, 11–78, bes. 11–17. Siehe zudem den begriffsgeschichtlich komparativ ansetzenden, aber im Kern auf westdeutsche Entwicklungen konzentrierten Beitrag von Roberto Sala: Die Karriere eines erfolgreichen Konstrukts: Die Genese der »Sozialwissenschaften« in Deutschland und den USA. In: Christiane Reinecke und Thomas Mergel (Hg.): Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus 2012, 253–280.

58 Sowohl in Bezug auf die am Starnberger Institut verfolgten Forschungsansätze als auch im Hinblick auf den in West-Berlin und in Starnberg verfolgten ›Doppelansatz‹ müsste die Kennzeichnung als »sozialwissenschaftlich« daher eigentlich in Apostrophe gesetzt werden. Darauf wird in dieser Arbeit aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet.

Allein auf zwei weitere grundlegende Termini soll noch vorab eingegangen werden. Erstens wird der gleichfalls im Titel stehende Begriff der »Transformation« im Sinne des Hinweises auf einen relativ langsamen Wandel, entgegen der Vorstellung abrupter Brüche gebraucht. Darüber hinaus gehende konzeptionelle Annahmen sind damit nicht verbunden, insbesondere keine modernisierungstheoretisch geprägten.[59]

Ausführlicher ist zweitens der Terminus der »Tendenzwende« zu erläutern. Er ist erst im Laufe der Untersuchung der Geschichte des IfB/MPIB als historiographische Ordnungsmöglichkeit in das Blickfeld gerückt und zwar im Zuge der Befassung mit der zeitgenössischen Kritik an der Bildungsforschung und an den Starnberger Ansätzen. Ins Auge fielen hierbei sowohl die politische Positionierung verschiedener Kritiker im konservativen Spektrum als auch die Ähnlichkeiten in der argumentativen Struktur ihrer Kritik. Der Begriff der Tendenzwende stammt ursprünglich aus dem zeitgenössischen Sprachgebrauch. Ab 1974 begann er in der Bundesrepublik zu zirkulieren und erlangte vor allem im Kontext des im gleichen Jahr stattfindenden Kongresses »Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik« Sichtbarkeit und Verbreitung.[60] Wie Peter Hoeres gezeigt hat, wurde der Terminus zunächst semantisch uneinheitlich gebraucht, bezeichnete aber bald übergreifend den Prozess der Neuformierung des Konservatismus in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. In dieser Bedeutung wird er seitdem auch in der Historiographie verwendet.[61]

Eine erste Schwierigkeit liegt für die Forschung darin, dass der Begriff der Tendenzwende seinerzeit zum Arsenal zentraler Kampfvokabeln gehörte und intellektuelle wie politische Debatten polarisierte. Auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Linksentwicklung seit »1968« und dem sozial-liberalen Regierungsantritt, aber auch unter dem Einfluss von Kaltem Krieg, dem Terrorismus der Rote Armee Fraktion (RAF) und der Wirtschaftskrise heizten sich die Diskurse besonders in den 1970er Jahren hochgradig auf. Die Auseinandersetzungen wurden dabei in den jeweiligen Lagern mit steigender Verbissenheit und befeuert durch mediale Dramatisierungen geführt. Pointiert gefasst, fungierte der Terminus der Tendenzwende damals auf der einen Seite als »Feldzeichen« (Paul Nolte)[62] eines ersehnten konservativ geprägten Umschwungs in Politik, Ökonomie und im geistig-kulturellen Bereich. Von linker und linksliberaler Seite aus

---

59 Da die vielfältigen Theoreme und Ansätze der Transformationsforschung, die besonders im Kontext der analytischen Bearbeitung des Wandels der Staaten Mittel- und Osteuropas nach 1989/91 entwickelt wurden, in dieser Arbeit keine Rolle spielen, sei nur weiterführend auf ein politik- und sozialwissenschaftlich konturiertes Handbuch verwiesen: Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Wagener (Hg.): *Handbuch Transformationsforschung.* Wiesbaden: Springer VS 2015.

60 Der Kongress fand am 26./27. 11. 1974 statt. Eingeladen hatte die Bayerische Akademie der Schönen Künste in München. Vgl. dazu die Beiträge in Clemens Graf Podewils (Hg.): *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik.* Stuttgart: Klett 1975. In den Diskussionen in der MPG und am MPIB spielte der Begriff der Tendenzwende dagegen keine Rolle. Dies kann als Anzeichen dafür genommen werden, dass dort gerade in den 1970er Jahren versucht wurde, ostentative politische Bezüge aus den Debatten herauszuhalten.

61 Vgl. Peter Hoeres: Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1 (2013), 93–119, bes. 95–104, 117–118.

62 Paul Nolte: Konservatismus in Deutschland. Geschichte – und Zukunft? *Merkur* 55 (2001), 559–571, Zitat 560.

galt er dagegen als Stigma, das auf die Zugehörigkeit zu einer oft als antidemokratisch gelesenen konservativen Bewegung verwies, die teilweise der Reaktivierung konservativ-revolutionärer und nationalsozialistischer Denkfiguren verdächtigt wurde.[63] Diese Aufladungen transportiert der Terminus abgeschwächt nach wie vor.

Damit wird als zweite Herausforderung bereits erkennbar, dass der historiographisch unter den Begriff der Tendenzwende gefasste ›neue Konservatismus‹ definitionsbedürftig ist. De facto ist damit eine ganze Bandbreite von Ansätzen und gesellschaftlichen Phänomenen überschrieben. Das gilt selbst dann, wenn man sich nur auf die Bundesrepublik konzentriert und zeitgleiche Entwicklungen, etwa im angloamerikanischen Raum den *New Conservatism* und Neoliberalismus sowie damit verbundene Momente des Transfers, vernachlässigt.[64] Die in der Forschung zum Konservatismus wiederholt konstatierten, offenbar strukturellen Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Konservatismus greifen also auch in diesem Fall.[65] Entsprechend stellte Paul Nolte 2001 in seinem pointierten Essay »Konservatismus in Deutschland« zur Tendenzwende nicht nur fest, dass die »Geschichte dieser Bewegung [...] noch zu schreiben« sei. Vor allem ergänzte er, dass man dabei »sehr sorgfältig zwischen verschiedenen Richtungen innerhalb des intellektuellen Konservatismus der siebziger Jahre zu unterscheiden« haben würde.[66] Jenseits rechtskonservativer und rechtsextremer Positionen, die in den 1970er Jahre aus Noltes Sicht

---

63 Siehe aus der zeitgenössischen Literatur hier nur drei Publikationen: aus einer tendenziell rechtskonservativen, einer linksliberalen und einer ökonomisch orientierten Warte, die von heute aus betrachtet als »neoliberal« gekennzeichnet werden kann. Gerd-Klaus Kaltenbrunner: *Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende.* München: Herder 1974; Martin Greiffenhagen: *Freiheit gegen Gleichheit? Zur »Tendenzwende« in der Bundesrepublik.* Hamburg: Hoffmann und Campe 1975; Peter G. Rogge: *Tendenzwende. Wirtschaft nach Wachstum und Wunder.* 2. Auflage Stuttgart: Bonn Aktuell 1975.

64 Vgl. zu den angloamerikanischen Entwicklungen hier allein Daniel Stedman Jones: *Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics.* Princeton, NJ: Princeton University Press 2012, bes. 215–345 in international erweiterter Perspektive die Beiträge im ersten Teil des Sammelbandes Philip Mirowski und Dieter Plehwe (Hg.): *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective.* Cambridge, MA: Harvard University Press [2009] 2015 sowie komparativ ansetzend Peter Beule: *Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren.* Düsseldorf: Droste 2019.

65 In der historischen Forschung zum Konservatismus im deutschsprachigen Raum besteht im Hinblick auf den Gegenstand heute immerhin über drei Aspekte weitgehend Konsens – im Übrigen in bemerkenswerter Ähnlichkeit zu Karl Mannheims bahnbrechender wissenssoziologischer Studie von 1925: Erstens über die Vergeblichkeit, den Konservatismus als ein kohärentes Gesamtkonzept systematisch vorstellen und dessen Wandlungen historisch nachvollziehen zu wollen (auch wenn immer wieder änderungsresistente ›Kernideen‹ oder ›Grundhaltungen‹ vorgeschlagen werden); zweitens über die daraus resultierende Notwendigkeit, die Präzisierung konservativer Positionen an konkrete historische Situationen, Trägergruppen und kommunikative Infrastrukturen rückzubinden (das gilt ebenfalls für die Bestimmung der zentralen politischen Leibegriffe »konservativ« und »rechts«); drittens über die reaktive Dynamik von konservativen Ansätzen, die historisch offenbar immer dann an Kraft und Profil gewannen, wenn es galt, sich mit als »progressiv« identifizierten Gegnern auseinanderzusetzen. Ohne hier auf die zeitlich frühen, wichtigen Studien etwa von Helga Grebing, Martin Greiffenhagen, Kurt Lenk, Panajotis Kondylis oder Stefan Breuer im Einzelnen eingehen zu können, sei allein auf die relativ aktuellen Auseinandersetzungen mit Gegenstand und Forschung durch Axel Schildt und Jens Hacke verwiesen, die von verschiedenen Standpunkten ausgehen. Vgl. Axel Schildt: *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart.* München: C. H. Beck 1998, 9–22 und Jens Hacke: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik.* 2. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, bes. 15–19. Siehe zudem grundlegend Karl Mannheim: *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens.* Herausgegeben von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1925/1927] 1984.

66 Nolte, *Konservatismus*, 2001, 565.

marginal waren,[67] identifizierte er ein intellektuelles konservatives »Zentrum«. Dessen universitären Vertretern attestierte er einen öffentlich wirkungsvollen »Normalkonservatismus«, den er klar auf dem Boden der demokratischen Verfassung verortete.[68]

Dem von Nolte angezeigten Desiderat ist 2006 vor allem Jens Hacke begegnet. Er bezog sich mit einer klassisch ideengeschichtlichen Studie zur politischen Philosophie der Münsteraner Schule Joachim Ritters (1903–1974) im Kern auf die Gruppe von Personen, die Nolte zuvor als das »Zentrum« des neuen intellektuellen Konservatismus in der Bundesrepublik geortet hatte.[69] Knapp zusammengefasst, hätten dessen Protagonisten – vor allem Hermann Lübbe (geb. 1926), Odo Marquard (1928–2015) und Robert Spaemann (1927–2018) – konservative antidemokratische deutsche Traditionen (Freyer, Gehlen, Schelsky, Carl Schmitt) unter Bezug auf liberale Denkansätze in einen »verfassungspatriotischen Normalkonservatismus« transformiert.[70] Laut Hacke machten sie den durch die NS-Zeit diskreditierten Konservatismus damit für die westdeutsche Demokratie anschlussfähig und legten mit der von ihm so genannten »Philosophie der Bürgerlichkeit« ein Fundament für die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Damit relativiert der Autor nicht zuletzt die Bedeutung der »Kritischen Theorie«, der von Clemens Albrecht und anderen bislang die Rolle der intellektuellen Geburtshelferin der Bundesrepublik zugeschrieben wird.[71] Im Ergebnis plädiert Hacke dafür, die bis dato übliche, zumeist kritisch konnotierte Bezeichnung als »Neokonservatismus« (oder »Neukonservatismus«) durch die des »Liberalkonservatismus« zu ersetzen. Zugleich holt er damit diese Spielart des konservativen intellektuellen Spektrums der Bonner Republik als legitime Option in die deutschen identitätspolitischen Diskurse ein. Unter diesen neuen Begriff fielen dann auch intellektuelle ›Nicht-Ritterianer‹, die wie der Historiker Thomas Nipperdey (1927–1992) oder die

---

67 Zu einer solchen, wenig wirkmächtigen Peripherie rechnet Nolte Rechtsintellektuelle wie den Apologeten einer »Konservativen Revolution« Armin Mohler (1920–2003) oder den Publizisten und Lektor Gerd-Klaus Kaltenbrunner (1939–2011). Auch die Positionen der rechtskonservativ bis rechtsextrem ausgerichteten Parteien Republikaner, Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Deutsche Volksunion (DVU) werden in Noltes Essay nur am Rande erwähnt, der Rechtsterrorismus taucht nicht auf. Vgl. Nolte, *Konservatismus*, 2001, 565, 559. Inzwischen verschiebt sich angesichts aktueller rechtskonservativer, -extremer und -populistischer Entwicklungen in der Bundesrepublik und weltweit das Interesse in der Forschung auch auf diese vormals als Randphänomene betrachteten Aspekte. Siehe zum Beispiel mit Fokus auf Kaltenbrunner, Mohler, Caspar von Schrenck-Notzing (1927–2009) und Günter Rohrmoser (1927–2008) die Masterarbeit von Florian Finkbeiner: *Schicksalsjahre des Konservatismus. Konservative Intellektuelle und die Tendenzwende in den 1970er Jahren.* Stuttgart: ibidem 2017 sowie zum Rechtsterrorismus etwa Fabian Virchow: Zur Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69/49–50 (2019), 15–19. Tony Judt ging in seiner »Geschichte Europas« dagegen schon 2009 (in der englischen Ausgabe 2005) auf den Rechtsterrorismus ein, allerdings nur für Italien zwischen 1977 und 1982. Obwohl Judt den Rechtsterrorismus dabei angesichts seiner Vernetzungen mit den »inneren Machtzirkeln des Staates« im Vergleich zum Linksterrorismus als »größere Bedrohung« für die Demokratie und Rechtsordnung Italiens deutet, sind ihm doch nur wenige Zeilen gewidmet. Vgl. Tony Judt: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart.* Frankfurt am Main: Fischer 2009, 538–539 oder Peter Borowsky: *Deutschland 1945–1969.* Hannover: Fackelträger 1993, 172–173.

68 Vgl. dazu Nolte, *Konservatismus*, 2001, 565–567, Zitat 565.

69 Vgl. zum Folgenden Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, 2008.

70 Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, 2008, 17. Hacke bezieht nachgeordnet, aber noch im engeren Kreis der »Ritterianer« die Positionen der Staatsrechtler Martin Kriele (1931–2020) und Ernst-Wolfgang Böckenförde (1930–2019) ein.

71 Vgl. Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann, Friedrich H. Tenbruck: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Campus 1999.

Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis (1923–2012) und Kurt Sontheimer (1928–2005) üblicherweise zu den tonangebenden Neokonservativen gerechnet wurden. Hennis, Sontheimer und andere vormals mit der Sozialdemokratie identifizierte Wissenschaftler bezeichnet Hacke dabei als »liberale Sezessionisten«.[72] Gemeint ist damit eine Gruppe von Personen, die sich in Reaktion auf Erlebnisse im Kontext der Studierendenbewegung, der Kritik an linken Radikalisierungserscheinungen und einem als totalitär gewerteten linken Demokratiebegriff von der SPD distanzierten und teilweise die parteilichen Seiten wechselten. Zu dieser gehörte auch der Sozialwissenschaftler Erwin K. Scheuch (1928–2003), der sich in den 1970er Jahren vor allem in Opposition zu Ansätzen der »Kritischen Theorie« und nicht zuletzt der Bildungsforschung an vorderster Front für die Etablierung der empirischen Sozialforschung einsetzte. Darauf wird zurückzukommen sein.[73]

Mit Hackes Arbeit zum Liberalkonservatismus liegt eine differenzierte Studie zu einem spezifischen Segment des intellektuellen Konservatismus vor. Breiter angelegte Analysen der Tendenzwende, die über diesen Bereich hinaus etwa auch die Schaffung und Neuausrichtung konservativ orientierter Organisationen, Medien und weitere Sammlungsbewegungen oder deren Vernetzungen untersuchen, blieben hingegen lange Zeit aus. Dies ändert sich erst seit jüngster Zeit, beispielsweise durch Arbeiten zu zwei wirkmächtigen konservativen Einrichtungen, zu dem formell 1970 gegründeten Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW) und zur Fritz Thyssen Stiftung (FTS), die nicht zufällig zu Anfang der 1970er Jahre ihr Förderprogramm modifizierte.[74] In der vorliegenden Studie werden die beiden Organisationen ebenso wie einige der führenden liberalkonservativen Protagonisten im Kontext der Kritik an der Bildungsforschung und ihrer Transformation eine wichtige Rolle spielen, zum Teil mit personellen Überschneidungen zwischen den konservativen Organisationen und der Führung der MPG.

Anhand der Geschichte des MPIB werden insofern weitere Facetten der Tendenzwende, vor allem der Deutungskampf um die ›richtige‹ Form sozialwissenschaftlicher Forschung und um wissenschaftstheoretische Positionen in den 1970er Jahren, thematisiert werden. Der Hinweis

---

72 Hacke bezieht sich mit dieser Bezeichnung im Selbstzitat auf einen Text von 2001. Eine ähnliche Distanzierungsbewegung gegenüber der SPD vollzogen Lübbe, Böckenförde und Kriele. Vgl. Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, 2008, 25.

73 Das Spektrum des Konservatismus in der Bonner Republik ist damit keineswegs ausgeleuchtet. Siehe hier nur überblicksweise und weiterführend Schildt, *Konservatismus*, 1998, 244–252 oder zum Beispiel – schon auf die 1980er Jahre verweisend – die Bilanzierungsversuche der Jahre zwischen 1965 und 1980 durch die sich selbst als konservativ begreifenden Autor*innen in Lothar Bossle (Hg.): *Konservative Bilanz der Reformjahre. Kompendium des modernen christlich-freiheitlichen Konservatismus.* Würzburg: Naumann 1981. Für die historische Bildungsforschung haben vor kurzem Michael Geis und Sabine Reh einen Vorschlag zur Erschließung der vielschichtigen Beziehungen zwischen Konservatismus und Pädagogik vorgelegt, der besonders auch jüngere Forschungen aus den USA berücksichtigt. Vgl. Michael Geiss und Sabine Reh: Konservatismus und Pädagogik im Europa des 20. Jahrhunderts. Einleitung in den Themenschwerpunkt. In: Michael Geiss und Sabine Reh (Hg.): *Konservatismus und Pädagogik im Europa des 20. Jahrhunderts.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2020, 9–27.

74 Vgl. Nikolai Wehrs: *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren.* Göttingen: Wallstein 2014; Hans Günter Hockerts: *Ein Erbe für die Wissenschaft. Die Fritz Thyssen Stiftung in der Bonner Republik.* Paderborn: Schöningh 2018. Die Tendenzwende steht bei Hockerts nicht im Mittelpunkt, er geht auf die 1970er Jahre im Rahmen der FTS-Geschichte ein.

auf den BFW und die FTS unterstreicht, dass es dabei immer auch um Bildungs- und Wissenschaftspolitik und ebenso um wirtschaftliche Interessen ging. Denn in dieser Beziehungsgeschichte werden auch jenseits von BFW und FTS nicht nur Wissenschaftler, sondern auch führende Repräsentanten aus der bundesdeutschen Wirtschaft und Politik in den Blick genommen. Diese trafen in diversen intermediär verfassten Organisationen regelmäßig mit den Wissenschaftlern zusammen: vor allem im Bildungsrat und in der MPG selbst, im Forum ihrer zentralen Gremien, dem Verwaltungsrat und dem Senat der MPG. Ob und inwieweit die Kritiker der Bildungsforschung allerdings programmatisch agierten oder untereinander in Beziehung standen, wird in dieser Studie nur als Frage aufgeworfen werden können. Eine Beantwortung erforderte eine weitergehende Forschung, etwa die Auswertung persönlicher Korrespondenzen oder die Analyse sozialer Begegnungsräume wie von Clubs oder Gesellschaften, die derzeit noch nicht vorliegt. Ebenso fehlt es an Studien zu den hier maßgeblichen Personen wie Heckhausen und Lüst oder beispielsweise zum BASF-Manager, MPG-Senator und Vizepräsidenten der MPG Carl Wurster (1900–1974).[75] Zu diesen Zusammenhängen werden daher lediglich Indizien angeführt werden können: vor allem im vierten Kapitel Hinweise zu den Verortungen der Kritiker im liberalkonservativen und neoliberalen[76], vereinzelt auch im rechtskonservativen Spektrum, auf Querverbindungen zwischen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und auf ähnliche Muster der Kritik.

In Bezug auf den zeitlichen Beginn der Tendenzwende schließlich, der in der Forschung uneinheitlich veranschlagt wird,[77] soll hier an Axel Schildt angeknüpft werden. Er trägt zunächst der Vielgestaltigkeit dieser Bewegung Rechnung,[78] insofern er unter dem Terminus eine Art Dach-

---

75 Vgl. zur Person Wursters, der sich von einem Befürworter zu einem der frühen und vehementesten Kritiker an der Bildungsforschung ebenso wie an der Forschungsausrichtung des Starnberger Instituts entwickelte, Näheres in Kapitel 2.1.1.

76 Als »neoliberal« bezeichnete Ansätze wurden nach 1945 bekanntermaßen politisch zuerst im angelsächsischen Machtzentrum der westlichen Hemisphäre mit dem Regierungsantritt der beiden Konservativen Margaret Thatcher (1925–2013) und Ronald Reagan (1911–2004) in den Jahren 1979 und 1981 wirkmächtig. Vgl. zur Entwicklung dieser Ansätze in England und in den USA in den 1970er Jahren zum Beispiel Stedman Jones, *Masters*, 2012, Kapitel 6 und 7, bes. 254–272, 304–328 und in erweiterter internationaler Perspektive die Beiträge im ersten Part des Sammelbands von Mirowski und Plehwe, *The Road from Mont Pèlerin*, 2015. Zu der in der Bundesrepublik unter der Regierung von Helmut Kohl (1930–2017) und Hans-Dietrich Genscher (1927–2016) zunächst zurückhaltenden neoliberalen Politik siehe weiterführend die Übersicht bei Ulrich Herbert, die Darstellung von Philipp Ther und grundlegend zu den Traditionen des neoliberalen Denkens in Westdeutschland, mit Schwerpunkt auf der Genese des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit, die Darstellung von Ralf Ptak. Vgl. Ulrich Herbert: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert.* 2. Auflage. München: C. H. Beck 2017, 964–978; Philipp Ther: Neoliberalismus. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2016. https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/647/file/docupedia_ther_neoliberalismus_v1_de_2016.pdf. Zuletzt aufgerufen am 1. 3. 2021, bes. 11, 14–15 und Ralf Ptak: *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland.* Opladen: Leske + Budrich 2004.

77 Wehrs steht für das Gros der Forschenden, wenn er den Beginn der Tendenzwende parallel zum Aufkommen des Begriffs »um die Mitte der 1970er Jahre« ansetzt. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 11–12, Zitat 11.

78 Schildt geht von einem weit gefassten, heterogenen »Spektrum der konservativen Rekonstruktion« der Meinungsführerschaft und konservativen Position aus. Dazu rechnet er zum Beispiel die Unionsparteien, »parteipolitisch unabhängige Konservative, diverse Verbände und Medien«. Genauer in den Blick nimmt er dann in chronologischer Reihenfolge den BFW, die Debatten um die Neue Ostpolitik, die Verdichtung konservativer Denkansätze seit den Jahren 1973/74, in denen er zugleich den »Durchbruch« zur »Tendenzwende« verortet, und Entwicklungen sowie Debatten innerhalb der Unionsparteien seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Helmut Kohl im Jahr 1973. Schließlich beleuchtet er die Diskurse um die innere Sicherheit sowie um Grundwerte und Bildung, wobei sich

begriff für die »konservative[...] Suche nach politischen Strategien und geeigneten Themen zur Überwindung des linken oder sozialistischen ›Zeitgeistes‹« versteht. Dieser Suchbewegung ordnet er verschiedene Trägergruppen beziehungsweise Organisationen, Entwicklungen und Diskurse in diversen gesellschaftlichen Handlungsfeldern zu.[79] Als zentrales verbindendes Element fungierte dabei laut Schildt die Absicht der »Reorganisation« einer konservativen Meinungsführerschaft, die im Zuge der »1968er« und des Antritts der sozial-liberalen Regierung verloren gegangen war. Der Verlust dieser Leitposition sei »mitunter geradezu als Schock erfahren« worden und »1968« gerann zum »Symbol für eine tiefgreifende Krise«.[80] Entsprechend dieser Motivik setzt Schildt den Beginn der Tendenzwende nachvollziehbar »schon Anfang der 1970er-Jahre« an.[81] Dies korrespondiert mit einigen fundierten zeitgenössischen Wahrnehmungen, wenngleich diese selbst Partei in der Debatte waren. So datierte zum Beispiel Jürgen Habermas am Ausgang der 1970er Jahre in einer kritischen Zeitdiagnose den Beginn der »Tendenzwende« auf das Jahr 1972, wobei er vor allem an die Veränderungen im juristischen Handlungsfeld anschließt, die durch Günter Frankenberg und andere beschrieben worden waren.[82] Da derlei sichtbare institutionelle Wandlungen einen nicht unerheblichen zeitlichen Vorlauf brauchen, ist die frühe Verortung durch Schildt plausibel. Synonym zum Terminus der Tendenzwende wird in dieser Arbeit der gleichfalls von Schildt gebrauchte Begriff des »Backlash« verwendet, der noch stärker den Aspekt einer Gegenbewegung betont.[83]

---

besonderes die Werte- und Bildungsdebatte zum zentralen Thema konservativer »Strategie« und sozialem »Kampffeld« entwickelt hätte. Der Bereich der Wirtschaft bleibt jedoch ausgeklammert. Angemerkt sei, dass Wehrs im Hinblick auf die Deutung des BFW Schildt eine »linksliberale Perspektive« vorwirft, wodurch er dazu beitrüge, die Polarisierungen der 1970er und 1980er Jahre zu perpetuieren. Vgl. Axel Schildt: »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren. *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), 449–478, Zitate 450, 458, 467, 472. Zur Kritik an Schildt siehe Wehrs, *Protest*, 2014, 14.

79 Anders formuliert, fanden die konservativen Ansätze ihre Gemeinsamkeit in der Opposition gegen den »sozialliberalen Aufbruchsversuch [...] nach 1968«, der sich als eine gesellschaftliche Modernisierung, diesmal »unter dem Banner der ›Demokratisierung‹« vollzog und verwoben war »mit linken, emanzipativen, gesellschaftsverändernden Anliegen besonders der jüngeren Generation und hier vor allem des akademischen Nachwuchses«. Nolte identifiziert eine ähnliche Stoßrichtung und legt nahe, dass vor allem die Rigidität der Abwehr den bundesdeutschen Konservatismus von den damaligen angloamerikanischen Parallelentwicklungen unterschied. Vgl. Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, Zitat im Fließtext 449, in der Anmerkung 450, 451 und Nolte, *Konservatismus*, 2001, 564–565.

80 Vgl. Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, 451. In einer Überblicksdarstellung zum Konservatismus in Deutschland skizziert Schildt an anderer Stelle die gesellschaftspolitischen Faktoren und internationalen Veränderungen, die in der Bundesrepublik verstärkt seit den Wahlniederlagen der Unionsparteien von 1969 und 1972 zur Re-Formierung konservativer Ansätze beitrugen. Letztlich sei dadurch der »reformpolitische Aufbruch« der Brandt-Zeit als nur »kurzfristige Irritation der politischen Strukturen« erwiesen worden. Siehe Schildt, *Konservatismus*, 1998, 244–248, Zitat 245.

81 Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, 449.

82 Vgl. Jürgen Habermas: Einleitung. In: Jürgen Habermas (Hg.): *Stichworte zur »geistigen Situation der Zeit«. Bd. 1: Nation und Republik*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979, 7–35, bes. 17–22; Günter Frankenberg, Thomas Krämer-Badoni, Sigrid Meuschel und Ulrich Rödel: Politische Tendenzwende und Entwicklung des Rechts. In: Mehdi Tohidipur (Hg.): *Der bürgerliche Rechtsstaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978, 236–262.

83 Vermisst wird in diesem Kontext der Abschluss von Schildts Studie zu den bundesdeutschen Medien-Intellektuellen, die, wie bereits erwähnt, postum und unvollendet erschien. Der Begriff des »Backlash« ist der Gliederung des vierten und letzten Kapitels entnommen (»Die Intellektuellen in der Spätphase der ›alten Bundesrepublik‹ der 1970er und 1980er Jahre«). Vgl. Schildt, *Medien-Intellektuelle*, 2021, 7 und den kurzen Ausblick auf den Inhalt des Kapitels, ebd., 54.

Zu ergänzen bleibt im Hinblick auf die Institutsgeschichte in den 1970er Jahren, dass mit dem Fokus auf die Beiratsdiskussionen und den dort im Laufe dieser Zeit zunehmend dominanten Impulsen zur Transformation der Bildungsforschung zwar ein zentraler Aspekt der Geschichte des IfB/MPIB erfasst wird. Parallel lief jedoch der Alltag weiter, mitten in einer »komplizierten Gemengelage von Lebensstil- und Wertewandel, gesellschaftlicher Modernisierung, partieller Liberalisierung sowie politischen Interessen- und Deutungskämpfen«.[84] Mit dieser Diagnose ist – ebenfalls von Schildt – die Widersprüchlichkeit des Dezenniums angedeutet, das Reform-, Krisen- und Tendenzwendejahrzehnt zugleich war und sich einer einlinigen historiographischen Zuordnung entzieht.[85] Das zeigte sich auch am Bildungsforschungsinstitut. Denn viele der Mitarbeiter*innen konnten sich in der elitären Insellage eines Max-Planck-Instituts noch bis zur Mitte der 1970er Jahre jenseits aller Transformationsanfechtungen als Avantgarde von Bildungsreform und gesellschaftspolitischen Umbrüchen begreifen. Eingebunden in ihr Alltagsleben und die täglichen Institutsabläufe sollten sie die Bedeutung der sich schon 1969 abzeichnenden Verhärtung der Fronten und der nachfolgenden »Resignation« in der Bildungspolitik verfehlen, die ursächlich mit der Beendigung der Phase des kooperativen Föderalismus verbunden war. Zugleich unterschätzten sie einige der gravierenden Probleme des Instituts. Beides wird allerdings erst im historiographischen Rückblick sichtbar.

1.3 Materiallage

Die vorliegende Arbeit basiert im Bereich des veröffentlichten Quellenmaterials im Wesentlichen auf den gut zugänglichen Publikationen des Instituts für Bildungsforschung und teilweise des Starnberger Instituts, auf zeitgenössischen Schriften aus dem Bereich der nationalen und zum Teil internationalen Wissenschafts- und Bildungspolitik sowie auf Veröffentlichungen aus den Gebieten der jeweiligen Referenzdisziplinen der am IfB/MPIB institutionalisierten Fächer. Die Publikationen des Instituts sind in den jährlichen Berichten, die in knapper Form im Jahrbuch der MPG veröffentlicht wurden, gelistet. Auch die vielfältige graue Literatur, die unter anderem die vom Institut publizierten Fest- und Gedenkschriften für die Direktoren umfasst, ist überwiegend gut zugänglich, teilweise über die Bestände der Bibliothek des MPIB.

Die von der Autorin geführten Gespräche mit Zeitzeug*innen ermöglichten ihr in erster Linie die Gewinnung von Einblicken in deren Erinnerungen an den Alltag des Instituts, an die Institutskultur und an die großen Linien der Institutsentwicklung in der MPG. Auch da die Inter-

---

84 Vgl. Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, 478.

85 Vgl. zur Deutung der 1970er Jahre an dieser Stelle allein weiterführend die einflussreiche zeithistorische Programmschrift von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael sowie den international angelegten Forschungsbericht von Martin H. Geyer. Er benennt darin jüngere historiographische Versuche, diesem Jahrzehnt eine Signatur zuzuordnen, wobei keiner dieser Ansätze für sich genommen wirklich stichhaltig sei. Gemeinsam sei jedoch allen Versuchen, dass sie die Dynamik des Jahrzehnts hervorheben und es tendenziell als eine »formative Umbruchszeit« lesen. Martin H. Geyer: Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 643–669, Zitat 652; Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970.* 3. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht [2008] 2012.

views nicht systematisch transkribiert werden konnten, wird auf diese Gespräche nur äußerst sparsam Bezug genommen.

Für den Bereich des unveröffentlichten Quellenmaterials stützt sich diese Studie schwerpunktmäßig auf die Überlieferung des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin. Wesentliche Materialbasis sind die Sitzungsprotokolle der Organe der MPG sowie des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung. Für die Organe der MPG wurden die Sitzungsniederschriften zwischen den 1950er Jahren und etwa 1981 systematisch ausgewertet. Im Zentrum standen dabei die Protokolle der Sitzungen des Verwaltungsrats, des Senats und der Geisteswissenschaftlichen Sektion (GwS) des Wissenschaftlichen Rats der MPG.[86] Untersucht wurden also die Debatten in dem obersten Leitungsgremium der MPG (Verwaltungsrat), ihrem obersten Beschlussorgan (Senat) und der fachlichen Vertretung der Institute auf der zentralen Ebene der Forschungsgesellschaft (Sektion). Punktuell herangezogen wurden ergänzend die Betreuerakten der Generalverwaltung (GV) der MPG für das Bildungsforschungsinstitut.[87] Für das IfB/MPIB wiederum wurden weite Teile der umfangreichen, in sich heterogenen Institutsüberlieferung gesichtet, wobei Institutspläne, Korrespondenzen des Leitungspersonals und Strategiepapiere beziehungsweise programmatische Texte zur Institutsentwicklung und -geschichte von besonderem Interesse waren.[88] Im Zentrum stand hier jedoch die systematische Auswertung der Protokolle der seit Januar 1964 regelmäßig abgehaltenen Sitzungen des Beirats des IfB/MPIB, die im Nachlass des Institutsdirektors Wolfgang Edelstein (1929–2020) fast vollständig überliefert sind,[89] sowie die Sichtung der seit 1964/65 jährlich erstellten Tätigkeitsberichte des Instituts.[90] Die Niederschriften der weiteren Gremien des IfB/MPIB wurden dagegen aus Gründen der begrenzten Arbeitskapazität nur randständig gesichtet. Da sie zu einem großen Teil von Wiarda ausgewertet wurden, konnte auf seine Ergebnisse zurückgegriffen werden.[91]

Zu den Gremienprotokollen der Organe der MPG und des Institutsbeirats seien angesichts der ihnen in dieser Arbeit zugewiesenen Bedeutung für die Erforschung der Institutsgeschichte einige heuristisch relevante Hinweise ergänzt. Die zumeist als vertraulich gekennzeichneten Sitzungsprotokolle der Organe der MPG sind annährend lückenlos überliefert. Sie wurden über das Programm GMPG digital erschlossen und der Volltextsuche zugänglich gemacht, was für

---

86 AMPG, II. Abt., Rep. 60, Senat; AMPG, II. Abt., Rep. 61, Verwaltungsrat; AMPG, II. Abt., Rep. 62, Wissenschaftlicher Rat (inklusive Geisteswissenschaftliche Sektion).

87 AMPG, II. Abt., Rep. 66, Institutsbetreuung, MPI für Bildungsforschung.

88 AMPG, II. Abt., Rep. 43, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Zum Zeitpunkt der Recherchen in der zweiten Jahreshälfte 2019 wurde der Bestand im AMPG neu signiert. Die in dieser Studie verwendeten Signaturen folgen daher i. d. R. noch dem alten Stand. Die Autorin dankt dem AMPG für die Möglichkeit, das Material in diesem Zeitraum genutzt haben zu können.

89 Vgl. AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nachlass Wolfgang Edelstein. Ich danke dem inzwischen verstorbenen Wolfgang Edelstein für die Erlaubnis der Nutzung des damaligen Vorlasses und Monika Keller für Möglichkeit der Nachlassnutzung.

90 Vgl. AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Tätigkeitsberichte von (Kaiser-Wilhelm-) Max-Planck-Instituten, Nr. 84–117.

91 Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016.

die Analyse eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeutete. Bei diesen Niederschriften handelt es sich größtenteils um ausformulierte, oft ausführlich gehaltene Verlaufsprotokolle, zu einem kleinen Teil auch um Ergebnisprotokolle. Die Teilnehmenden der jeweiligen Sitzung wurden in den Niederschriften ohne Ausnahme namentlich festgehalten, die Wortbeiträge in der Diskussion sind überwiegend mit Namensangabe versehen. Der Wortlaut der Beschlüsse ist in den Protokollen durchgängig und in der Regel mit den anonymisierten Abstimmungsergebnissen, also der Zahl der Ja-/Nein-Stimmen und Enthaltungen, erfasst. Darüber hinaus sind teilweise vorbereitende Sitzungsunterlagen für einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats vorhanden. In diesem Gremium wurden die Sitzungen des Senats regelmäßig vorbesprochen und Empfehlungen vorbereitet, so dass bei der Auswertung der nachfolgenden Diskussionen im Senat die Aufmerksamkeit auch auf den Aspekt der Einflussmöglichkeit durch den Verwaltungsrat gerichtet war.

Die Sitzungsprotokolle des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung wurden seit seiner ersten Zusammenkunft im Januar 1964 geführt, wobei der Beirat zumeist einmal jährlich zusammenentrat. Die Niederschriften liegen bis auf wenige Jahre vollständig vor, sie sind jedoch, wie auch der Bestand der Institutsüberlieferung, im Rahmen des Programms GMPG nicht digitalisiert worden. Für die fehlenden Jahre konnte auf Material zurückgegriffen werden, über das die Beiratstätigkeit indirekt erschlossen wird, vor allem auf die ab Mitte der 1970er Jahre üblich gewordenen Berichte des Beirats an den Präsidenten der MPG und auf das Protokoll einer der geschlossenen Sitzungen des Gremiums, die in dieser Zeit zusätzlich eingeführt wurden. In der Regel tagte der Beirat zusammen mit den Direktoren und unter der weitestmöglichen Beteiligung der Wissenschaftler*innen des Instituts. Auf die Form und den Ablauf der Sitzungen wird noch genauer einzugehen sein (Kapitel 4.3.5). Für die 1970er Jahre, die in Bezug auf die Tätigkeit des Beirats auch aufgrund seiner erweiterten Zuständigkeiten und gestärkten Kompetenzen hier von besonderem Interesse sind, wurden die Protokolle umfangreicher. Es liegen mehrere jeweils über 40 Seiten lange, maschinengeschriebene Niederschriften vor. Sie wurden als Verlaufsprotokolle geführt, mit Angabe der Teilnehmenden sowie überwiegend mit namentlicher Nennung der Diskutierenden. Zusammen mit einem fast 80-seitigen, nicht-redigierten Transkript eines Tonbandmitschnitts über die im Oktober 1975 erörterte Forschungsstrategie des Instituts ermöglichen die Protokolle den Nachvollzug der Argumentationslinien von Beiratsmitgliedern und Institutsangehörigen und vermitteln zudem einen relativ guten Einblick in das Diskussionsklima.

Mit der Gattung der Gremienprotokolle sind für die Historiker*in generell mehrere Probleme verbunden: Solche Dokumente sind per se ausschnitthaft, oft mehrfach redigiert – üblicherweise unter Federführung des beziehungsweise der Vorsitzenden – und Konflikte werden in ihnen tendenziell nur abgemildert notiert. In der Regel sind die Protokolle zudem funktional in die jeweilige organisationale Logik der Verwaltung eingebunden und sie eröffnen insbesondere der vorsitzenden Person gewisse Steuerungsmöglichkeiten. Protokolle, dessen muss sich

die Historikerin bewusst sein, sind also keinesfalls neutrale oder ›objektive‹ Dokumente.[92] Dass derlei Schriftstücke mithin immer auch in ihrem spezifischen organisationalen Umfeld zu deuten sind, zeigen bereits die Unterschiede zwischen den Protokollen der Organe der MPG und denen des Beirats des Bildungsforschungsinstituts. Die Niederschriften der MPG-Gremien sind von Beginn an von ihrer Gliederung her formalisiert, stilistisch zumeist ausgefeilt und dabei präzise und sachlich gehalten. Sie lassen auf eine längere Verwaltungserfahrung schließen, die im Fall der MPG tatsächlich bereits in die Zeiten der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) zurückreicht, in deren Nachfolge die MPG 1948 gegründet wurde. Insbesondere während der Präsidentschaft Adolf Butenandts wurde in den Protokollen dabei fast durchgängig mit der hohen Kunst der Andeutung gearbeitet, wobei offensichtlich vorausgesetzt wurde, dass diese Hinweise innerhalb der MPG verstanden wurden; dies konnte in die Auswertung nur begrenzt einbezogen werden und böte Stoff für eine eigene Untersuchung, die sich auf die Organisationskultur konzentrierte. Unter Lüst werden die Protokolle dann knapper und verändern sich in der Tonalität. Dagegen musste die Protokollerstellung am Bildungsforschungsinstitut in der frühen Arbeitsphase der Einrichtung erst eingeübt werden. Nach den ersten Jahren war für diese Niederschriften dann eine Form gefunden; in den 1970er Jahren gewannen sie erheblich an Umfang. Im Vergleich zu den Protokollen der Organe der MPG fällt eine oft geradezu erstaunliche Offenheit und Direktheit auf, was vermutlich mit der am IfB/MPIB etablierten Institutskultur zusammenhängt und für die Historikerin einen Glücksfall darstellt. Ähnliches gilt im Übrigen für die ausführlichen jährlichen Tätigkeitsberichte der Abteilungen beziehungsweise später für die Berichte des gesamten Instituts an den Beirat, die für die Sektion zumeist zweitverwertet wurden. Besonders augenfällig ist hier, dass Probleme nicht ausgespart, sondern offenbar zum Zweck der reflektierten Bearbeitung explizit benannt wurden und sich Formeln einer nichtssagenden Berichtsrhetorik bis weit in die 1970er Jahre hinein so gut wie gar nicht finden lassen.[93]

1.4 Gliederung

Diese Studie gliedert sich im Anschluss an die Einleitung in vier Kapitel, wobei in den ersten beiden Teilen die Gründung des IfB und die Genese der Bildungsforschung zwischen 1958 und 1969/70 rekonstruiert wird, um im nachfolgenden Part dann ihre Transformation am MPIB bis 1981 zu untersuchen. Nach einem knappen Ausblick auf die Institutsentwicklung bis zur ers-

---

92 Vgl. zur Problematik von Gremienprotokollen Bernd-A. Rusinek: Gremienprotokolle. In: Bernd-A. Rusinek, Volker Ackermann und Jörg Engelbrecht (Hg.): *Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit.* Paderborn: Schöningh 1992, 185–198 sowie – mit weitergespannten Überlegungen zur Textgattung der Protokolle als »grundlegende[r] kulturelle[r] Praxis zur Schaffung von Verbindlichkeit« – Michael Niehaus und Hans-Walter Schmidt-Hannisa: Textsorte Protokoll. Ein Aufriß. In: Michael Niehaus und Hans-Walter Schmidt-Hannisa (Hg.): *Das Protokoll. Kulturelle Funktionen einer Textsorte.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2005, 7–23, Zitat 16.

93 Erkennbar ist ein erster Standardisierungsschub für den 1974 erstellten Jahresbericht. Inwieweit dies mit der zuvor stattgefundenen formellen Stärkung der Kontrollfunktion des Beirats zusammenhing, muss hier offen bleiben. Vgl. Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat der laufenden Forschungsprojekte und der Serviceeinheiten, Oktober 1973 bis September 1974, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 90.

ten PISA-Studie (»PISA 2000«), für die das MPIB die nationale Konsortialführerschaft innehatte, werden abschließend zentrale Befunde der Arbeit resümiert.

Konkreter gefasst, wird im zweiten Kapitel der Gründungsprozess des IfB und die während dieser Zeit erfolgte programmatische Genese der Bildungsforschung rekonstruiert und historisch kontextualisiert. Der Beginn des Prozesses wird mit der informellen Zusendung der ersten Institutsskizze an die MPG durch Becker im Sommer 1958 angesetzt. Als Abschluss des im Folgejahr offiziell gestarteten Antragsverfahrens soll der Beschluss des Senats der MPG über die Institutssatzung im Dezember 1963 gelten.[94] Eine der leitenden Fragen dieser Studie war es, wie die Gründung dieses ersten sozialwissenschaftlichen Instituts in der MPG gelingen konnte, obwohl dessen Direktor bei der Antragstellung kaum akademisch profiliert war. Neben einer an Beckers Biographie orientierten Aufklärung ist es hier von besonderem Interesse, welche Personen und Strategien in der MPG und welche zeitgenössischen Entwicklungen dazu beitrugen, dass das Antragsverfahren trotz erheblicher MPG-interner wie externer Bedenken erfolgreich abgeschlossen werden konnte; auch wenn dem IfB am Ende nur eine – von der Autorin so genannte – »skeptische Aufnahme« als ein betreutes Institut *in* der MPG gewährt wurde und über dessen vollgültige Integration erst später, nach einer Art Probephase, entschieden werden sollte.

Im dritten Kapitel wird untersucht, in welcher Form das Institut, das programmatisch auf die interdisziplinär-sozialwissenschaftliche Vorbereitung einer nationalen Bildungsreform zielte, bis 1970 de facto Gestalt annahm, in welchen bildungs- und gesellschaftspolitischen Wechselwirkungen sich dies vollzog und wie sich das Klima in der MPG damals veränderte. Zeitlich geht es um die Jahre zwischen 1963 und 1970, also um die Aufbau- und erste Arbeitsphase des Instituts: Im Oktober 1963 wurde die Berliner Einrichtung provisorisch eröffnet. 1970 endete zum einen die erste Amtsperiode des Bildungsrats, mit dem das IfB schwerpunktmäßig kooperierte, und es erschien dessen umfassende Reformschrift, der *Strukturplan für das Bildungswesen*, der in dieser Studie als programmatische Rahmung für die Institutsforschung gelesen wird. Zum anderen begann im März 1970 das Verfahren zur Prüfung der vollgültigen Aufnahme in die MPG. Bis dahin hatte besonders der Präsident dem Institut den Rücken freigehalten – entgegen inzwischen laut gewordener kritischer Stimmen im Verwaltungsrat, die auf eine frühere Prüfung gedrängt hatten. Auf diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Arbeit davon gesprochen, dass die Bildungsforschung zwischen 1963 und 1970 »in relativer Ruhe« formiert werden konnte, trotz der engen Verflechtung mit der Studierendenbewegung, der aktiven Teilhabe an den Reformen im Bildungsbereich und den damals weltumspannend »[d]ynamische[n] Zeiten«[95].

---

94 Alternative zeitliche Eingrenzungen wären möglich: Bereits im Dezember 1961 hatte der Senat die Institutsgründung beschlossen, allerdings noch unter dem Vorbehalt der Vereinbarung mit den Kultusministern. Bestätigt wurde der Beschluss dann im November 1962. Allerdings wurden die Mittel seitens der Länder erst im Sommer 1963 frei gegeben, zum Juli desselben Jahres erfolgte die Berufung Beckers zum Institutsdirektor und im Oktober 1963 wurde das Institut provisorisch eröffnet (vgl. Kapitel 2.2).

95 Vgl. zu dieser inzwischen oft zitierten Zeitdiagnose, die auf den Politikwissenschaftler und Publizisten Klaus Mehnert (1906–1984) zurückgeht, die Ausführungen von Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers: Einleitung.

Im vierten Kapitel geht es um die Rekonstruktion der Entwicklung des West-Berliner Instituts im Kontext der MPG zwischen 1969/70 und 1981, die wesentlich durch eine Transformation der Bildungsforschung in Richtung auf eine empirische Sozialforschung hin geprägt war. Untersucht wird vor allem, mit welcher Kritik und mit welchen Umsteuerungsmaßnahmen das MPIB innerhalb der MPG konfrontiert wurde, wie man am Institut reagierte und wie die Veränderungsabsichten zeitgenössisch zu verorten sind. Der Beginn der Transformationsphase wird auf die Jahre 1969/70 gesetzt: Um 1969 lässt sich der Anfang einer Verengung der externen bildungspolitischen Handlungsspielräume des Instituts feststellen und im Frühjahr 1970 startete das Prüfungsverfahren über die volle Integration des IfB in die MPG. Als formeller Endpunkt soll die Emeritierung Beckers im Mai 1981 gelten, die fast zeitgleich mit dem Senatsbeschluss über die Schließung des Starnberger MPIL stattfand. Zusammen genommen war damit die erste Phase der Sozialwissenschaften in der MPG abgeschlossen und ein spezifisch interdisziplinärer, handlungs- und politikorientierter Ansatz, der dort mit der Gründung der Institute in Berlin und Starnberg seit 1963 einen Ort erhalten hatte, weitgehend de-institutionalisiert. Übergreifend interessiert die Frage, inwiefern die Transformation der Bildungsforschung als Teil der Tendenzwende begriffen werden kann oder inwieweit sie – womöglich in erster Linie – als Steigerung der Professionalität der Institutsforschung zu sehen ist. Denn das MPIB war, wie bereits erwähnt, mit erheblichen internen Problemen konfrontiert und hatte mit gravierenden Veränderungen besonders im Bereich der bundesdeutschen Bildungspolitik einen Umgang zu finden. In einem Ausblick wird zum Abschluss des Kapitels die Institutsentwicklung unter Paul B. Baltes nach der Zäsur von 1981 bis zur Jahrtausendwende grob skizziert.

Im fünften und letzten Kapitel der Arbeit werden die Ergebnisse der Studie rekapituliert, noch einmal geordnet und auf die Leitfragen der Arbeit rückbezogen.

In: Schildt, Axel, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften.* Hamburg: Christians 2000, 11–20, die Beiträge in dem genannten Band sowie ergänzend, mit außenpolitischem Akzent und in internationaler Perspektive, die Artikel in Johannes Großmann und Hélène Miard-Delacroix (Hg.): *Deutschland, Frankreich und die USA in den ›langen‹ 1960er Jahren. Ein transatlantisches Dreiecksverhältnis.* Stuttgart: Franz Steiner 2018.

2. Skeptische Aufnahme: Die Gründung des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, 1958–1963

Der Gründungsprozess des zuerst so genannten Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft (IfB) vollzog sich im engeren Sinn zwischen Sommer 1958, als der MPG informell ein erster Institutsplan zuging, und Juli 1963, als die Mittel für das West-Berliner Institut endgültig freigegeben waren und Hellmut Becker zum Institutsdirektor berufen werden konnte. Im Dezember 1963 beschloss der Senat die Satzung des Instituts und den Institutsnamen. Auch da die MPG dominant naturwissenschaftlich ausgerichtet war und sich bei der Einrichtung neuer Institute prinzipiell an den wissenschaftlichen Potentialen herausragender Forscherpersönlichkeiten orientierte, hat man es im Fall des IfB allerdings mit einer höchst unwahrscheinlichen Gründung zu tun. Becker war nicht promoviert, arbeitete bis 1963 als Rechtsanwalt und das neue Institut stellte für die MPG einen sozialwissenschaftlichen Neuling dar. Wie die Gründung dieses ersten sozialwissenschaftlichen Instituts in der MPG dennoch gelang, welche Faktoren und zeitgenössischen Entwicklungen dafür eine Rolle spielten, steht im Zentrum der folgenden Rekonstruktion des Prozesses einer letztlich unter Vorbehalt gewährten Aufnahme des Bildungsforschungsinstituts in die MPG, die hier daher – auch angesichts des langwierigen Aufnahmeprozesses – als »skeptische Aufnahme« bezeichnet wird.

2.1 Terrainbereitung: Die erste Institutsskizze von 1958 – »Umwandlung« des Bildungssystems auf wissenschaftlicher Basis und ein »neuartiger Forschungszweig« in der MPG

2.1.1 »Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?« – ein informeller Vorschlag für die MPG und ein interner Unterstützerkreis

Am 22. Juli 1958 ließ Hellmut Becker einem der damals zwei Leitern der Generalverwaltung der MPG, Otto Benecke (1896–1964),[96] informell die Skizze eines »Institut[s] für Recht und Soziologie der Bildung« zukommen, das »am besten in der Form eines Max Planck-Instituts geschaffen« würde.[97] In dem kurzen Begleitschreiben verwies er auf das in dieser Sache mit Benecke bereits geführte Gespräch und bemerkte, dass der beigefügte »Instituts-Plan« nur »einigen persönlichen Freunden« zugegangen sei, aus dem Kreis der MPG allein Carl Friedrich von Weizsäcker und Hermann Heimpel.[98] Mit dem philosophisch profilierten Physiker und dem Leiter des Göttinger Max-Planck-Instituts für Geschichte führte Becker allerdings zwei wissenschaftliche Schwergewichte und in der Bundesrepublik weit über die MPG hinaus renommierte Per-

96 Vgl. zur Person die knappen biographischen Notizen in der Festschrift für Benecke: Dr. Otto Benecke. In: Adolf Grimme und Wilhelm Zilius (Hg.): *Kulturverwaltung der zwanziger Jahre. Alte Dokumente und neue Beiträge.* Stuttgart: Kohlhammer 1961, 139–140.

97 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 125.

98 Hellmut Becker an Otto Benecke, 22. 7. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 121.

sönlichkeiten ins Feld. Weizsäcker war spätestens im Vorjahr mit seiner Unterzeichnung der »Göttinger Erklärung« gegen die atomare Wiederbewaffnung der Bundeswehr einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden.[99] Der Mediävist Heimpel hatte über sein Fachgebiet hinaus eine solche Statur gewonnen, dass er als Nachfolger von Theodor Heuss (1884–1963) als Bundespräsident im Gespräch war.[100] Zwei Begründungen für die Einrichtung des Instituts hob Becker bereits im Anschreiben hervor: Er wisse nicht »wie wir ohne ein solches Institut der Probleme Herr werden sollen« und er konstatierte, dass die »normale[...] soziologische[...] Forschung« nicht das leisten könne, was hier nötig sei. Damit waren der Tendenz nach zwei der Argumente gesetzt, die für den Gründungsprozess des Bildungsforschungsinstituts bis zu dessen erfolgreichem Ende 1963 leitmotivisch sein sollten: die Diagnose einer nationalen Problemlage, die der wissenschaftlichen Bearbeitung bedürfte und die besondere Eignung der MPG als Standort der neuen Forschungsrichtung. Den erwartbaren jährlichen Finanzbedarf bezifferte Becker nonchalant, im Postskriptum, auf »etwas über 1 Million DM«.[101]

Die Begründung für das Institut und dessen Einrichtung in der MPG folgte in dem angehängten Konzeptpapier, das inklusive Anlagen elf Seiten umfasste, und das unter die Frage gestellt war: »Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?«.[102] Der Argumentationsgang sei etwas ausführlicher skizziert:[103] Zentrale Aufgabe und Wirkungsabsicht des Instituts war demnach die wissenschaftliche Fundierung einer umfassenden, politisch umzusetzenden Reform des gesamten westdeutschen Bildungswesens, das angesichts moder-

---

99 Weizsäcker hatte von 1946 bis 1957 die Theorieabteilung des MPI für Physik in Göttingen geleitet und war seit 1957 Professor für Philosophie an der Universität Hamburg, behielt aber seinen Status als Wissenschaftliches Mitglied der MPG bei. Er galt als einer der profiliertesten Physiker Westdeutschlands. Auf seine enge Freundschaft zu Becker, den er seit Jugendtagen kannte, wird nachfolgend zurückzukommen sein. Vgl. zu Werk und Wirken Weizsäckers zum Beispiel die Beiträge in Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015 und zur Rolle Weizsäckers im Kontext der »Göttinger Erklärung« kritisch Robert Lorenz: *Protest der Physiker. Die »Göttinger Erklärung« von 1957.* Bielefeld: transcript 2011, bes. 263–289.

100 Heimpel gehörte zu den *Gatekeepern* des westdeutschen mediävistischen Feldes, engagierte sich nach 1945 vielfach wissenschaftspolitisch und war seit 1956 Direktor des in diesem Jahr gegründeten MPIG. Auf Heimpels Verbindungen zu Becker aus ihrer gemeinsamen Zeit an der Reichsuniversität Straßburg wird später eingegangen werden. Vgl. hier zum Beispiel Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel.* Berlin: GMPG-Preprint 2017, bes. 10–16; Werner Rösener: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte (1956–2006). Fünfzig Jahre Geschichtsforschung.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014, bes. 37–58.

101 Hellmut Becker an Otto Benecke, 22. 7. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 121.

102 Der Plan wurde auf vier eng maschinenbeschriebenen Seiten ausgeführt. Beigefügt waren vier Anlagen: zum Stellenbedarf und zur Organisation, zur Unterstützung des Instituts durch ein Kuratorium und durch Beiräte sowie zu Formen der »Gruppenarbeit«. Letztere sollte spezifische Funktionen im Rahmen der Institutsentwicklung übernehmen und zudem die Vernetzung mit relevanten externen Organisationen und Personen ermöglichen. Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung? AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122 und zur Gruppenarbeit: Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung? (Anlage 4), AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 131–132. Angemerkt sei, dass der Plan in Teilen Ähnlichkeiten zu dem »Memorandum« hatte, das vom Fachausschuß für Soziologie der Bildung und Erziehung der DGS am 3. März 1959 beschlossen worden war. Dabei ging es um die Bedeutung der (Bildungs-)Soziologie für die bundesdeutsche Bildungspolitik. An dem Memorandum hatte unter anderem auch Becker mitgewirkt. Vgl. dazu hier nur Paffrath, *Die Wendung*, 1994, 22–27.

103 Vernachlässigt wird im Folgenden die im Memorandum nach einem traditionellen Verständnis von Modernisierungstheorie gefasste Aufgabe des Instituts, zur »Entfaltung der in der Entwicklung begriffenen Gebiete« beizutragen. Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 124.

ner Herausforderungen als dringend erneuerungsbedürftig gekennzeichnet wurde. Der Reformbegriff wurde allerdings noch nicht verwendet, sondern es wurde von »Umwandlung« gesprochen.[104] Diesem Vorschlag lag die Diagnose eines fundamentalen Modernitätsrückstands zugrunde: strukturell würde das Bildungswesen der Bundesrepublik noch »die Antwort auf die geistige und gesellschaftliche Situation zu Beginn des 19. Jahrhunderts« geben, die wesentlich ständisch verfasst gewesen sei. Das zeitgenössische Bildungswesen stünde daher in massiver Spannung zur »moderne[n] Gesellschaft«. Diese sei durch die rasanten Entwicklungen in Naturwissenschaften und Technik geprägt, arbeitsteilig organisiert und in ihr hätte zudem nicht mehr nur eine »zahlenmäßig kleine[...] Schicht« das Recht auf Bildung (und ebenso die Pflicht zur Bildung), sondern »die Bildung jedes Einzelnen [sei] für die Gesamtheit wichtig« geworden. Im Resultat des rückständigen Bildungswesens sei man in der Bundesrepublik mit einem Mangel an »qualifiziert Gebildeten« konfrontiert,[105] der auch »die Zukunft aller sonst von der Max-Planck-Gesellschaft betriebenen Arbeiten« gefährden würde.[106] Notwendig sei daher eine grundlegende Bildungsreform, die sich wesentlich auf eine für ganz Deutschland entwickelte, zentrale politische Bildungsplanung stützen sollte. Die Orientierung und Legitimität die Planungen – hier gelangt man zu einem der zentralen Gedanken des Konzepts – sei wiederum allein über die Wissenschaft zu gewinnen. In den Worten des Memorandums formuliert wurde mit jeweils unterschiedlicher Akzentsetzung von dem über das Institut zu befördernden »Umwandlung unseres Bildungssystems auf Grund wissenschaftlicher Forschung«, von der »wissenschaftliche[n] Grundlegung der bildungspolitischen Planung« und von der »zentrale[n] Planung auf wissenschaftlicher Grundlage« gesprochen.[107] Damit war das Bild einer Bildungsreform als Kooperationsunternehmen von forschender Wissenschaft und planender Politik entworfen und zudem ein Vorschlag für eine Trennung der Rollen unterbreitet:

> [W]ir benötigen eine sorgfältig erwogene Umwandlung unseres Bildungssystems auf Grund wissenschaftlicher Forschungen, die die Gesetze des Gewordenen ebenso wie die Tatbestände der gesellschaftlichen Entwicklung und die Methoden der Umwandlung feststellen. Diese Forschungen nehmen den Politikern keine Entscheidung ab, aber sie machen sie ihnen möglich.[108]

Um die »Voraussetzungen und die Funktion des Bildungswesens in der modernen Welt« wissenschaftliche klären zu können,[109] um also, wie es in dem zitierten Passus hieß, deren »Gesetze« und »Tatbestände« festzustellen und wissenschaftlich fundierte »Methoden der Umwandlung« des Bildungssystems zur Verfügung zu stellen, sollte an dem anvisierten Insti-

---

104 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122.

105 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122–123.

106 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 125.

107 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122–123.

108 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122.

109 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 124.

tut nun eine neuartige Form der Forschung eingerichtet werden. Charakterisiert wurde diese als Kombination von »Grundlagenforschung« und »angewandte[r] Wissenschaft« mit Bezug zur Praxis in Bildung und Verwaltung. Vor allem sollte sie als einheitlich ansetzende – anachronistisch formuliert – als ›interdisziplinär‹ angelegte Forschung eingerichtet werden, da die »Grundfragen unseres Bildungswesens als Ganzes« entwickelt und »nur in einer integrierenden Gruppenarbeit, nicht im Wege der Einzelforschung« geklärt werden könnten.[110] Fachlich zu beteiligen waren nach dieser Vorstellung die Soziologie, die Psychologie, die Pädagogik sowie die Rechts- und die Verwaltungswissenschaften (inklusive Finanzen und Statistik), auch wenn im Titel des Plans nur Recht und Soziologie hervorgehoben waren.[111] Eine Übernahme zeitgenössisch in den USA etablierter Forschungsformen schloss Becker dabei unter Hinweis auf die spezifische historische Lagerung des deutschen Bildungswesens aus.[112] Damit war letztlich zu diesem Zeitpunkt noch die Annahme einer national standortgebundenen Erkenntnisleistung der Forschung, ihrer Ausgangspunkte und Zielrichtung signalisiert. Zur Umsetzung dieser bis dato vermeintlich unerprobten Zusammenarbeit, sei »ein für die ganze Bundesrepublik wirkendes wissenschaftliches Forschungsinstitut das Gebot der Stunde«, das zudem die Koordinierungsfunktion für die »an anderen Stellen betriebene Forschungen« zu übernehmen hätte.[113] Dessen vier Abteilungen sollten unter Leitung eines – in der Skizze namentlich noch nicht spezifizierten – Direktors stehen.[114] Seine Pointe erhielt das Memorandum dann in der Folgerung, dass diese Art von Institut »am besten in der Form eines Max-Planck-Instituts geschaffen« würde. Nur im Rahmen dieser Forschungsgesellschaft sei die notwendige Unabhängigkeit gegeben, nur dort die angestrebte »Verbindung zwischen den verschiedenen Disziplinen« (jenseits universitärer Einzellehrstühlen) und die Nähe zur Praxis möglich. Zur MPG passte die Unternehmung schließlich laut Becker auch, da es sich um »einen neuartigen Forschungszweig, um neuartige Forschungsmethoden« und um die Aufgabe der Entwicklung

---

110 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123.

111 Vgl. zum Beispiel Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 124; Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, (Anlage 1), AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 126.

112 »Diese Klärung kann nicht durch Übernahme der Wissenschaften der Psychologie, der Soziologie oder gar der angewandten Pädagogik in der Form [erfolgen], in der sie sich in den USA entfaltet haben. Es ist vielmehr nötig, psychologische, soziologische und pädagogische Methoden (gemeinsam mit juristischen und finanzwissenschaftlichen Methoden) auf die sachgebundenen Fragestellungen nach unserem Bildungswesen, seiner Funktion in der Gesellschaft und seiner Umwandlung zu konzentrieren«. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 124.

113 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123, 125.

114 In der Abteilung I sollten Fragen von »Recht und Organisation«, »Finanzierung«, »Statistik« und »Gesetzgebung« erforscht werden, also übergreifend das »komplexe Bildungssystem unter dem Gesichtspunkt des Rechtsstaates«. Die Abteilung II hätte sich mit Fragen des »Allgemeinbildende[n] Schulwesen[s]« und der »Angewandte[n] Pädagogik« zu befassen, wie beispielsweise mit der Frage: »Was geschieht heute in unserer Schule? Die soziologischen und ideologischen Grundlagen unserer Schule«. Die Abteilung III war sowohl auf die Erforschung der »Berufsbildung« als auch auf den Bereich der »Erwachsenenbildung« gerichtet. Eine der Leitfragen lautete etwa, »in welchem Rahmen unserer Gesellschaft ein zweiter Bildungsweg nötig und möglich ist«. In der Abteilung IV schließlich sollte sich die »Bildungssoziologische Forschung« mit »jugendpsychologische[n]« Ansätzen verbinden und etwa Fragen der »Jugendarbeit« nachgegangen und zur Klärung der »objektiven Grundlagen des Bildungssystems« beigetragen werden. Übergreifend war es der Anspruch, die »Grundlagen einer umfassenden Theorie der Bildung [zu] ermitteln«. Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, (Anlage 2), AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, Zitate fol. 122, 123, 124.

eines »in vielem neue[n] wissenschaftliche[n] Arbeitsstil[s]« handelte.[115] Soweit die argumentative Hauptlinie.

Ergänzt sei, dass Becker alle die im Plan genannten Disziplinen in einem Vortrag auf dem 14. Deutschen Soziologentag im Mai des darauffolgenden Jahres der »Sozialforschung« zuordnete.[116] In der MPG, in welcher damals jenseits naturwissenschaftlicher Einrichtungen nur einige wenige rechtswissenschaftliche und kunst-/historische Institute vertreten waren, wurden die Forschungsansätze des neuen Instituts dagegen noch bis in die 1970er Jahre hinein zumeist unter dem Begriff der »Geisteswissenschaften« verhandelt.

Nur wenige Monate nach Beckers Vorschlag erreichte Benecke Mitte November 1958 ein weiteres Schreiben, das diesmal von dem einflussreichen Top-Manager der BASF Carl Wurster stammte, der zugleich Senator der MPG und Mitglied im Verwaltungsrat der Forschungsgesellschaft war und von 1960 bis 1972 als einer ihrer Vizepräsidenten amtieren würde.[117] In dem Brief verwies Wurster auf die Bekanntschaft mit Becker aus dem sogenannten Ettlinger Kreis, in dem seit 1957 an Bildungsfragen interessierte westdeutsche Unternehmer und Bildungsexperten zusammenkamen, und befürwortete die Institutsplanung, die ihm Becker zugesandt hätte, auf ganzer Linie.[118] So bestätigte Wurster unter Verweis auf die mit dem Rechtsanwalt an den Vortagen geführten Gespräche, dass man es bei der Aufgabenstellung des Instituts mit einem »echte[n] Problem« zu tun hätte und legte nahe, dass damit »eine verfolgenswerte Zielsetzung« vorläge, »die einer Realisierung, zumindest eines Versuches wert wäre«. Auch in die damals in der MPG-Leitung ventilierte strategische Linie, die auf die Erweiterung der Forschungsgesellschaft in »sogenannte[...] geisteswissenschaftliche[...] Gebiete« zielte, würde ein solches Institut

---

115 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 125.

116 Becker trug am 23. 5. 1959 vor dem »Fachausschuß für Soziologie der Erziehung und Bildung« in unmittelbarem Anschluss an Theodor W. Adorno (1903–1969) vor, der zur »Theorie der Halbbildung« gesprochen hatte. In seiner Rede vertiefte Becker einige der in der Institutsskizze angedeuteten Grundlinien zum Verhältnis von »Sozialforschung und Bildungspolitik« und warb unter anderem für das »Zusammenwirken von soziologischer, pädagogischer, psychologischer und ökonomischer Forschung [...] als Grundlage jeder bildungspolitischen Entscheidung« – an dieser Stelle aber noch ohne Erwähnung der Institutsplanung. Vgl. Hellmut Becker: Sozialforschung und Bildungspolitik. In: Alexander Busch (Hg.): *Soziologie und moderne Gesellschaft. Verhandlungen des vierzehnten Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin.* Stuttgart: Enke 1959, 191–206, Zitat 198.

117 Der in der Bundesrepublik mehrfach hoch dekorierte Wurster setzte in diesem deutschen Staat seine Tätigkeit im Top-Management der BASF fort, die er bereits vor 1945 ausgeübt hatte. 1938 der NSDAP beigetreten, war er durch die enge Verbindung des Unternehmens mit dem NS-Regime im Verbund des IG-Farben-Konzerns schwer belastet. Balcar bezeichnet Wurster zudem als einen der »Ewiggestrigen« in der Führungsriege der MPG, insofern er im Kontext der BASF die Kontinuität zum IG-Farben-Konzern offenbar demonstrativ betonte. Wurster war seit 1951 Mitglied im Senat der MPG und seit 1958 im Verwaltungsrat. Wie erwähnt, vertrat er von 1960 bis 1972 das Amt eines der Vizepräsidenten der MPG und wurde 1972 zum Ehrensenator ernannt. Zudem zählte er zu den einflussreichsten Kuratoriumsmitgliedern in den Anfangsjahren der damals noch so genannten »Stiftung Volkswagenwerk«. Vgl. Balcar, *Ursprünge*, 2019, 127; Rainer Nicolaysen: *Der lange Weg zur VolkswagenStiftung. Eine Gründungsgeschichte im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, 414–415 und Jan Ohnemus: Dr.-Ing. Carl Wurster: Im »Notstand, Zwangsarbeiter einzusetzen?«. In: Wolfgang Proske (Hg.): *Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus Baden-Württemberg. Bd. 10: NS-Belastete aus der Region Stuttgart.* Gerstetten: Kugelberg 2019, 506–520; Raymond G. Stokes: Von der I. G. Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der BASF (1925–1952). In: Werner Abelshauser (Hg.): *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte.* München: C. H. Beck 2002, 221–358.

118 Vgl. die Abschrift des dreiseitigen Schreibens: Carl Wurster an Otto Benecke, 14. 11. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

passen.[119] Perspektivisch am wichtigsten aber war wohl Wursters Vorschlag für die Bildung eines informellen Unterstützerzirkels innerhalb der MPG, eines »kleine[n] Kreis[es]«, der »sich jetzt einmal Gedanken über dieses Projekt machen sollte«. Offensichtlich sollte diese Gruppe dazu beitragen, die gerade bei diesem, der MPG fachfremden Institut hohen Zugangshürden zu der exklusiven Forschungsgesellschaft zu nehmen. In Vorschlag brachte der Manager dann wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch gleichermaßen hoch profilierte Persönlichkeiten. Wie er dies zuvor mit Becker abgestimmt hätte, schlug er neben dem Rechtsanwalt selbst, dem Briefadressaten Benecke und den bereits in die Planung involvierten Weizsäcker und Heimpel drei hochkarätige Wissenschaftler und Wissenschaftsmanager vor: den Leiter des MPI für Physik in Göttingen, den Nobelpreisträger Werner Heisenberg,[120] den Romanisten Gerhard Hess (1907–1983), der damals in seiner Funktion als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Mitglied im Senat der MPG war,[121] und den Juristen Hans Dölle (1893–1980). Heisenberg – so Wurster – sei bereits mit den Plänen befasst, Hess »neuen Dingen gegenüber aufgeschlossen und im Denken jung und fortschrittlich« und zudem »schließlich im Senat [der MPG] einer der geisteswissenschaftlichen Vertreter«. Dölle wiederum, der Direktor des gerade nach Hamburg umgezogenen Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, eignete sich laut Wurster nicht nur aus pragmatischen Gesichtspunkten hervorragend, da sich die Gruppe in der für alle gut erreichbaren Hansestadt treffen wollte, wo auch Weizäcker seine Professur vertrat.[122] Vor allem sah Wurster den Juristen wegen dessen Position in der MPG mit an Bord, da er »unser letzter Vorsitzender der geisteswissenschaftlichen Sektion« gewesen sei. Der Manager setzte also offenbar auf die künftige Fürsprache Dölles in diesem wichtigen Gremium der MPG, in dem damals mehrheitlich Juristen vertreten waren. Dölle sollte im Übrigen wenige Jahre später den maßgeblichen Kommentar zu der 1964 reformierten Satzung der MPG verfassen, der ihn als unbestrittenen Experten in den internen Rechtsfragen der Forschungsgesellschaft auswies.[123] Wurster selbst sei von Becker als Vertreter der Industrie ebenfalls um eine Teilnahme gebeten worden, er würde jedoch aus taktischen Gründen einen vorläufigen Verzicht vorziehen: »Die Geisteswissenschaftler [in der entsprechenden Sektion der MPG] würden sich mit Recht daran stoßen, wenn ich mich in erster Runde an Überlegungen beteiligte, die in

---

119 Carl Wurster an Otto Benecke, 14. 11. 1958, S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

120 1958 wurde das MPI für Physik im Zuge der Südverlagerung einer ganzen Reihe von Max-Planck-Instituten nach München verlegt und zum MPI für Physik und Astrophysik erweitert. Vgl. zur Institutsgeschichte den Überblick in Eckart Henning und Marion Kazemi: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen.* Bd. 2. Berlin: AMPG 2016, 1177–1216, hier 1199–1200; zur Südverschiebung Balcar, *Wandel,* 2020, 41–52.

121 Hess amtierte bis 1964 als Präsident der DFG. Danach war er unter anderem Vorsitzender des Gründungsausschusses der Universität Konstanz und von 1966 bis 1972 deren Rektor. Vgl. DFG Magazin: *Professor Dr. Gerhard Hess.* https://www.dfg.de/dfg_magazin/aus_der_dfg/geschichte/praesidenten/hess/index.html. Zuletzt aufgerufen am 1. 8. 2021.

122 Dölle hatte den Vorsitz der Geisteswissenschaftlichen Sektion zwischen 1954 und 1957 inne, von Mai 1960 bis 1966 amtierte er als einer der Vizepräsidenten der MPG. Vgl. zu Dölles Wirken, auch zu seiner Karriere vor 1945 Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im* »Dritten Reich«. *Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.* Bd. 2. Göttingen: Wallstein 2007, 1147/Anm. 278 sowie Ulrich Magnus: *Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949–2000.* Berlin: GMPG-Preprint 2020, 19–26.

123 Hans Dölle: *Erläuterungen zur Satzung der MPG vom 3. 12. 1964.* München: Max-Planck-Gesellschaft 1965.

ihre Domäne gehören«.[124] Sein Schreiben schloss Wurster mit dem Spiel auf der Klaviatur elitärer Erkennungsmerkmale, indem er nach dem eingangs gespendeten Lob auf den »aufgeschlossene[n], gute[n] Koordinierer und anregende[n], einfallsreiche[n] Helfer« Becker[125] seine Empfehlung noch einmal in direkter Ansprache Beneckes unterstrich: »Von der Persönlichkeit Ihres alten und meines jungen Bekannten wissen Sie sowieso unendlich viel mehr«.[126] Sowohl auf den Ettlinger Kreis als auch auf die Anspielung Wursters auf die »alten« Verbindungen Beckers zu Benecke wird im Zuge der biographischen Befassung mit dem prospektiven Institutsleiter näher eingegangen werden. Im Folgenden soll es zunächst um den historischen Kontext der Institutsskizze gehen, besonders um ihre kulturpolitische Einbettung und das Verhältnis zur damaligen wissenschaftlichen Pädagogik.

2.1.2 Politische Kontexte und kulturpolitische Bezüge des Institutskonzepts: Aufstieg nationaler Bildungspolitik und -planung, der »Deutsche Ausschuß« und eine marginalisierte »Pädagogische Tatsachenforschung«

Als Becker im Sommer 1958 Benecke die Institutsskizze übermittelte, hatte die CDU/CSU unter Konrad Adenauer (1876–1967) zwar die Bundestagswahlen im Herbst des Vorjahres unter der ebenso antikommunistischen wie statischen Parole »Keine Experimente« noch klar gewonnen. Die Ära der »Kanzler-Demokratie« neigte sich nach dem Abschluss der Wiederaufbauphase Westdeutschlands aber merklich dem Ende zu.[127] Laut Ulrich Herbert mehrten sich die »Unsicherheiten, Widersprüche und Pannen« Adenauers und seines Kabinetts.[128] Während so etwa der Regierungsbeschluss zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr im März 1958 anhaltende Massenproteste auslöste[129] und die im Dezember 1958 gestartete Initiative des Kanzlers für die Schaffung eines staatlich kontrollierten Senders auf Unverständnis und Widerstand stieß,[130] näherte sich die SPD allmählich dem Profil einer Volks- und Reformpartei, bei der grundlegende kultur- und bildungspolitische Reformen schon im Herbst 1958 in den Rang von Kernforderungen aufrückten.[131] Weichenstellend hierfür wurden aber vor allem das Godesberger Programm von November 1959 und die Grundsatzrede des stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner (1906–1990) vor dem Bundestag Ende Juni 1960, mit der sich die Sozialdemo-

---

124 Carl Wurster an Otto Benecke, 14. 11. 1958, S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

125 Carl Wurster an Otto Benecke, 14. 11. 1958, S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

126 Carl Wurster an Otto Benecke, 14. 11. 1958, S. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

127 Vgl. dazu im Überblick zum Beispiel Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 756–777; Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 118–120, 128–134 und zum Ergebnis der Wahlen zum 3. Bundestag ebd., 425.

128 Vgl. im Überblick Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 756–769, Zitat 756; ausführlicher zum Beispiel Frank Bösch: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001, bes. 338–418.

129 Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 166.

130 Vgl. Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 183–185; vertiefend Rüdiger Steinmetz: *Freies Fernsehen. Das erste privatkommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 1996.

131 Vgl. Kurt Klotzbach: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965*. Bonn: Dietz 1982, 430–433.

kratie klar zum europäischen und atlantischen Bündnis- und Verteidigungssystem bekannte.[132] Damit waren die 1955 verabschiedeten Pariser Verträge ebenso wie die daraufhin erfolgte Aufnahme Westdeutschlands in die Westeuropäische Union (WEU) und die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) parteipolitisch weitgehend unangefochten und die Westintegration der Bundesrepublik stabilisiert, die mit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge zum ersten Januar 1958 gerade einen weiteren Schritt vorangekommen war.[133] Schon im September 1961 konnte die SPD in der vierten Bundestagswahl den Abstand zur CDU/CSU erheblich verringern, angeführt von ihrem Kanzlerkandidaten, dem Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (1913–1992), der vielen als Gegenbild zu dem ›Patriarchen vom Rhein‹ galt.[134] Zur Stärkung des Wahlergebnisses der SPD beigetragen hatte insbesondere der Schock über den im August 1961 erfolgten Mauerbau in Berlin. Eine der Folgen dieses Ereignisses war es auf funktionaler Ebene, dass in der westdeutschen Wirtschaft, die damals beständig im Modus der Hochkonjunktur lief,[135] plötzlich der Zuzug ehemaliger DDR-Bürger*innen fehlte und sich die seit Mitte der 1950er Jahre geführte Klage über einen Fachkräftemangel noch verstärkte.[136] In Bezug auf die Deutschlandpolitik wiederum wurden nach dem Mauerbau umgehend realpolitische Szenarien diskutiert, die bereits in Richtung der späteren Neuen Ostpolitik der SPD wiesen. Erwähnt werden muss dies, da es Becker war, der zusammen mit C. F. von Weizsäcker, Heisenberg, Georg Picht und anderen öffentlich bekannten Persönlichkeiten schon im November 1961 die Konsequenz aus der neuen Situation zog und im sogenannten Tübinger Memorandum für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie plädierte.[137] Aber nicht nur in dieser Hinsicht

---

132 Vgl. Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 131–133, Zitat 133 und zur parteihistorischen Entwicklung detaillierter Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, 1982, 356–368, 467–494, 553–565.

133 Die Römischen Verträge begründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Vgl. zur Westintegration der Bundesrepublik insbesondere im Anschluss an die USA unter anderem Anselm Doering-Manteuffel: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999, ab Kapitel I.2 und zur Vorbereitung der von Scott Krause so genannten »Neuen Westpolitik« der SPD (vor allem durch einen Zirkel von Remigranten um Brandt mit besten Kontakten zu den amerikanischen Besatzungsbehörden und *abroad*) Scott Krause: *Bringing Cold War Democracy to West Berlin. A Shared German–American Project, 1940–1972.* New York, NY: Routledge 2018, bes. 178–220.

134 Brandt war am 24. 8. 1960 vom Parteirat der SPD einstimmig zum Kanzlerkandidaten gewählt worden. In der Bundestagswahl vom 17. 9. 1961 hatte die CDU/CSU gegenüber 1957 annähernd fünf Prozentpunkte verloren, während die SPD sich um 4,4 Prozent steigern konnte und die FDP sogar knapp über fünf Prozentpunkte gewann. Vgl. Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 133, 425.

135 Vgl. zu dem »Wachstumsspurt [...] in den langen fünfziger Jahren« auf dem Hintergrund längerfristiger Trends der deutschen Wirtschaftsgeschichte detailliert Werner Abelshauser: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis in die Gegenwart.* 2. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2011, Zitat 45; unter Diskussion verschiedener Erklärungsmodelle für die vor allem in ökonomischer Hinsicht (international) »einzigartige [...] Epoche [...] des ›Goldenden Zeitalters‹ von 1950 bis 1973« Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR. 1949–1990.* München: C. H. Beck 2008, 48–60; in europäischer Perspektive Judt, *Geschichte Europas*, 2009, 362–391 und im Überblick Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 85–94.

136 Seit der Gründung der DDR waren über zwei Millionen, oft junge und gut ausgebildete Menschen in die BRD gewechselt, wobei Berlin den Übergang besonders leicht machte. Für die zeitgenössischen Diagnosen einer »Ingenieurlücke« und des Fachkräftemangels stehen beispielhaft die Diskussionen, die seit Mitte der 1950er Jahre im Stifterverband geführt wurden. Vgl. Winfried Schulze: *Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995.* Berlin: Akademie Verlag 1995, 225–231; zum politischen Hintergrund überblicksweise Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 167–175, bes. 169, 174 und Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 747–755.

137 Das Memorandum war im November 1961 in 50 Exemplaren an ausgewählte Politiker verschickt worden, wurde im Februar 1962 vollständig veröffentlicht und breit rezipiert. Vgl. Martin Greschat: Mehr Wahrheit in der Politik! Das

gingen die Unterzeichner mit der Adenauer-Regierung hart ins Gericht. Zugleich griffen sie im Memorandum deren Innenpolitik scharf an und forderten unter anderem für den Bildungsbereich jenseits der Hochschulen eine radikale Kurskorrektur und den Beginn einer nationalen, von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Bildungspolitik. Strategisch geschickt direkt nach der Wiederwahl Adenauers versandt, erreichten Auszüge aus dem Memorandum, die angeblich durch Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt waren, einen hohen Grad an Aufmerksamkeit. Der Passus zum Bildungswesen erscheint dabei von heute aus betrachtet geradezu als Steilvorlage für die Befürworter der Gründung des von Becker 1958 vorgeschlagenen Forschungsinstituts, das sich im Winter 1961/62 bereits im Antragsverfahren der MPG befand:

> Das öffentliche Bewußtsein hat noch nicht begriffen, daß in der Welt des 20. Jahrhunderts das wirtschaftliche Potential und die politische Selbstbehauptung eines Staates vom Stande seines Bildungswesens abhängig sind. Eine durchgreifende Neuordnung unseres Erziehungs- und Bildungswesens ist heute zu einer politischen Aufgabe ersten Ranges geworden. [... Wie beim Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen] auch hier neue Wege zur Zusammenarbeit von Bund und Ländern gefunden werden, die eine einheitliche Planung und Entscheidung der Grundsatzfragen ermöglichen.[138]

Unabhängig von seinem Inhalt steht das Memorandum exemplarisch für die gekonnte Bespielung der medialen Öffentlichkeit durch Becker und seinen Unterstützerkreis, die es immer wieder vermochten, auf Basis weitgespannter persönlicher Kontakte Themen zu lancieren und Debatten über den Bildungsbereich anzustoßen.[139] Auf die Rolle der Medien im Gründungsprozess des Instituts und auf die Bedeutung der öffentlichen Berichterstattung kann hier aus pragmatischen Gründen nicht näher eingegangen werden. Erwähnt werden muss aber bereits in diesem Zusammenhang die Anfang 1964 von Georg Picht dramatisch aufgemachte Artikelserie zur »deutsche[n] Bildungskatastrophe«, die in der damals auflagenstärksten Wochenzeitung, der konservativen »Christ und Welt« erschien. Die Politik des Agenda-Setting erreichte damit ihren Höhepunkt und die Forderung nach Bildungsreformen und drastisch gesteigerten Bildungsausgaben avancierte schlagartig zu einem öffentlichen und politischen Dauerthema.[140]

Tübinger Memorandum von 1961. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 48/3 (2000), 491–513 und zur Bedeutung des Memorandums im Kontext der Neuen Ostpolitik der SPD, für die sich besonders auch Carlo Schmid einsetzte: Katarzyna Stokłosa: *Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011, 116–121, 122–131.

138 Das Memorandum ist auf den 6. 11. 1961 datiert. Vgl. Tübinger Memorandum. In: Georg Picht (Hg.): *Die Verantwortung des Geistes. Pädagogische und politische Schriften*. Olten: Walter-Verlag [1961] 1965, 411–418, Zitat 417.

139 Ein frühes Beispiel für Beckers Kunst der medialen Inszenierung lieferte bereits die Berichterstattung über das Nürnberger Verfahren gegen Ernst von Weizsäcker. Aus diesem Kontext sind Beckers enge Beziehungen zu den einflussreichen Journalistinnen Margaret Boveri (1900–1975) und Marion Gräfin Dönhoff (1909–2002) bekannt. Zudem pflegte er einen beständigen Kontakt zu der FAZ-Redakteurin Brigitte Beer und war dort gern gesehener Gastautor. Vgl. Raulff, *Kreis*, 2012, 388–392; Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, *Das Amt*, 2010, 407, 429–431. Die Beziehung von Becker und Beer ist noch nicht erforscht.

140 Georg Picht: *Die deutsche Bildungskatastrophe*. München: dtv [1964] 1965, 9–68. Vgl. zu Picht zum Beispiel Wilfried Rudloff: Georg Picht. Die Verantwortung der Wissenschaften und die »aufgeklärte Utopie«. In: Theresia Bauer, Elisabeth

Allerdings hatte schon die Resonanz auf das Tübinger Memorandum angedeutet, dass die Dinge auf politischer Ebene in der Bundesrepublik damals in Bewegung gerieten – paradoxerweise auch ermöglicht durch die Stabilisierung der außenpolitischen Verhältnisse, die durch den Mauerbau befördert worden war. Denn noch bis Ende der 1950er Jahre hatte der seit 1947/48 so bezeichnete »Kalte Krieg«, der die Entwicklungen der vier kommenden Jahrzehnte bis 1989/90 international grundieren sollte,[141] gedroht, international an vielen Fronten in heiße Konflikte überzugehen.[142] Auch die Situation in den beiden deutschen Staaten hatte sich seit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom November 1958 noch einmal zugespitzt, wobei Berlin erneut die Rolle der europäischen »Frontstadt« des Kalten Kriegs zugefallen war.[143] Mit dem Bau der Mauer und dem in ihr gleichsam sinnbildlich materialisierten Status quo sollte sich die Lage also zumindest in Europa beruhigen.[144]

Besonders ein Ereignis führt aus den internationalen Zusammenhängen des Kalten Kriegs auf Beckers Institutsskizze[145] zurück. Es sollte weltweit die Aufmerksamkeit auf die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Naturwissenschaften in den beiden Machtblöcken lenken und zugleich

---

Kraus, Christiane Kuller und Winfried Süß (Hg.): *Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert.* München: Oldenbourg 2009, 279–296 oder Teresa Löwe: »... es geht um den Menschen und um die Wahrheit«. Zur Vorgeschichte von Georg Pichts Notstandsszenario. Die deutsche Bildungskatastrophe. *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 163/3 (2003), 67–75. Zur Einordnung von *Christ und Welt* vgl. weiterführend die knappe Skizze von Nicolaysen, *VolkswagenStiftung*, 2002, 146.

141 Vgl. aus der umfangreichen Literatur zum Themenkomplex des Kalten Kriegs zum Beispiel Bernd Stöver: *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007; Michael Hochgeschwender: *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen.* München: Oldenbourg 1998 und die Beiträge in Bernd Greiner, Tim B. Müller und Claudia Weber: *Macht und Geist im Kalten Krieg.* Hamburg: Hamburger Edition 2011.

142 Erinnert sei nur schlaglichtartig an die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik nach ihrem NATO-Beitritt, 1955 gespiegelt in der Gründung des Warschauer Pakts, oder an die Niederschlagung des Aufstands gegen das kommunistische Regime in Ungarn durch sowjetische Truppen im Oktober 1956. Zudem gab es fast durchgängig Krisen im Nahen Osten (etwa die Suez-Krise, gleichfalls im Oktober 1956), in denen auch die beiden Großmächte immer wieder gefährlich aneinandergerieten, die aber ebenso durch die Interessen der (ehemaligen) Kolonialmächte Frankreich und England bestimmt waren. Der damals amtierende Präsident der USA Dwight D. Eisenhower (1953–1961) suchte den Konfrontationen im Januar 1957 mit der »Eisenhower Doktrin« zu begegnen: Die USA würden an jedem Ort und mit allen Mitteln, also auch mit Atomwaffen, prowestliche Regime vor kommunistischer Unterwanderung oder einer Bedrohung durch die Sowjetunion schützen. 1959 wurde die Doktrin anlässlich des USA-Besuchs des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow (1894–1971) zugunsten des Prinzips der »Koexistenz« beider Machtblöcke aufgegeben. Mit der Kuba-Krise im Oktober 1962 erreichte der Kalte Krieg dann seinen Höhe- und Wendepunkt. Vgl. zum Beispiel Judt, *Geschichte Europas*, 2009, 281–290, 312–337, 346–361.

143 Vgl. zur besonderen Lage Berlins im »Spannungsfeld zwischen West und Ost« die Beiträge des fünften Sitzungstags eines Symposiums der Historischen Kommission zu Berlin anlässlich der 750-Jahr-Feier der Stadt in Wolfgang Ribbe und Jürgen Schmädeke (Hg.): *Berlin im Europa der Neuzeit. Ein Tagungsbericht.* Berlin: De Gruyter 1990.

144 Ein vorläufiger Endpunkt der Auseinandersetzungen zwischen der UdSSR und den USA um den Status der beiden deutschen Staaten wurde unter anderem mit Präsident John F. Kennedys (1917–1963) Verkündigung der »*Three Essentials*« für West-Berlin am 25. Juli 1961 angebahnt. Darin hieß es, dass die USA bei deren Verletzung West-Berlin notfalls mit Atomwaffen verteidigen würde, die Erklärung ließ aber zugleich den Schluss zu, dass im Einflussbereich der UdSSR Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die DDR ›zu stabilisieren‹. Wie erwähnt, wurde dann besonders dem Exodus ihrer Bürger*innen am 13. 8. 1961 mit dem Mauerbau und der Aufrichtung der innerdeutschen Grenzanlagen ein Ende gesetzt. Vgl. zum Beispiel Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 167–175, bes. 169, 174 und Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 747–755.

145 Obwohl die Skizze sicher ein Gemeinschaftsprodukt war, wird Becker im Folgenden der Einfachheit halber als alleiniger Autor genannt. Gleiches gilt für alle noch folgenden Institutspläne.

die Frage der Konkurrenzfähigkeit der Erziehung und Ausbildung in den nationalen Wissenschafts- und Schulsystemen noch stärker als zuvor auf die Agenda setzen: Der Sowjetunion war es im Oktober 1957 gelungen, den »Sputnik 1« als ersten künstlichen Erdsatelliten zu installieren – und zwar auf einem Trägersystem, das nicht nur als Indiz für die Überlegenheit der UdSSR in der Raumfahrtforschung, sondern auch für die Erreichbarkeit der USA mit raketengestützten Atomwaffen gedeutet wurde. In den westlichen Ländern ging in der Folge die Rede vom »Sputnik-Schock« um. Besonders in den USA wurden umfangreiche Programme zur Förderung der *Sciences* aufgelegt, die ebenso die Bereiche der Schulbildung und der Ausbildung des ingenieurwissenschaftlichen und akademischen Nachwuchses umfassten, wobei die nachfolgende rasante Expansion in diesen Bereichen in weiten Teilen allerdings schon lange vor dem Sputnik-Launch, in den Nachkriegsplanungen der Truman-Administration angelegt worden war.[146]

In der Bundesrepublik blieben diese Vorläufer eher unbemerkt. Beobachtet wurden hier vielmehr die expansiven Entwicklungen in den USA und in der UdSSR, besonders seit 1957. Dass die mit dem Sputnik-Launch verbundene Thematik zur Zeit der Einreichung von Beckers Institutsentwurf auch in der MPG virulent war, zeigt beispielsweise eine im Juni 1959 vom ersten Präsidenten der Gesellschaft Otto Hahn (1879–1968)[147] vor der Hauptversammlung der Gesellschaft in Saarbrücken gehaltene Rede. In Anlehnung an den Bericht einer soeben aus der Sowjetunion zurückgekehrten Delegation des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft äußerte Hahn die Sorge, dass die UdSSR aufgrund ihres gut ausgebauten und geplanten Ausbildungswesens den »technischen Wettlauf der Nationen« gewinnen könnte. Und er fügte – nahezu im Gleichklang mit der Diktion der Institutsskizze – hinzu, dass auch die MPG erst dann »ohne Sorge in die Zukunft sehen« könnte, »[w]enn unsere Bildungsanstalten den Forderungen der Zeit mehr und mehr angepaßt [sein] werden, wenn die Probleme des Nachwuchses gelöst sind«.[148]

Für die Institutsskizze von 1958 bildete die Ost-West-Konfrontation tatsächlich eine der zentralen Hintergrundfolien. Zwar wurde sie darin explizit nur äußerst knapp adressiert, wenn Becker vor »übereilte[n] politische[n] Aktionen im Zeichen des Sputniks« abriet.[149] Letztlich bot

---

146 Die amerikanische Expansion des Bildungsbereichs war unter anderem als Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit den Millionen der aus dem Zweiten Weltkrieg zurückkehrenden GIs angebahnt worden. Ein weiterer Anstoß kam aus dem Kontext der Überlegungen zur veränderten internationalen Rolle der USA, die für diese nach ihrem erfolgreichen Engagement im Zweiten Weltkrieg absehbar wurde. Vgl. zum Beispiel Barbara Barksdale Clowse: *Brainpower for the Cold War. The Sputnik Crisis and National Defense Education Act 1958.* Westport, CT: Greenwood Press 1981, bes. 28–39; Ulrich Schreiterer: *Traumfabrik Harvard. Warum amerikanische Hochschulen so anders sind.* Frankfurt am Main: Campus 2008, 73–80 oder, mit Fokus auf der Veränderung des *Education Research*, Ellen Condliffe Lagemann: *An Elusive Science. The Troubling History of Education Research.* Chicago, IL: University of Chicago Press 2000, 155–164.

147 Hahn war zwischen 1948 bis 1960 Präsident der MPG. Vgl. zu seiner Amtsführung, mit weiterer Literatur zur Person Balcar, *Ursprünge*, 2019, bes. 130–141 und Balcar, *Wandel*, 2020, 33.

148 Vgl. das Manuskript, das in den Unterlagen des Verwaltungsrats der MPG als Anlage zur Sitzung vom 2. 6. 1959 überliefert ist: Rede des Präsidenten der Max–Planck–Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., Herrn Professor Dr. Otto Hahn, zur Hauptversammlung am 4. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 40.VP, Zitate fol. 58.

149 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122–123, Zitat fol. 123.

sie aber den Anlass, um das Augenmerk auf die eigentliche Stoßrichtung des anvisierten Instituts zu lenken: die wissenschaftliche Fundierung politischer Bildungsplanung, um auf dieser Basis eine grundlegende Reform des westdeutschen Bildungswesens vorzubereiten und zielgerichtet zu ermöglichen. Drei bereits im Zuge der Vorstellung des Memorandums erwähnten Aspekte der Institutskonzeption profilierten diesen Ansatz: die Legitimation der politischen Bildungsplanung als solcher (1.), die Einforderung einer den Bund und die Länder übergreifenden nationalen Planung (2.) und die Rückbindung der Planung an die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung (3.). Dass es sich bei diesen drei Profilelementen der Institutskonzeption einerseits um neue Impulse, andererseits aber auch um die Bündelung und Neukombination bereits vorhandener Ansätze ging, zeigt ein etwas genauerer Blick auf die jeweiligen zeitgenössischen Bezüge.

1.) 1958 befanden sich Ansätze politischer Planung in der Bundesrepublik gerade am Beginn ihres Aufschwungs. Seit etwa Mitte der 1950er Jahre waren sie in verschiedenen Politikfeldern vorbereitet worden. Sie begannen sich dann breiter durchzusetzen und sollten zwischen Beginn der 1960er Jahre und den frühen 1970er Jahren schließlich zur prägenden Signatur bundesrepublikanischer und internationaler Politik gehören.[150] 1958 waren diese Entwicklungen allerdings noch nicht absehbar.[151] Die in dieser Hinsicht wegweisende Konferenz der OEEC (später OECD) in Washington hatte noch nicht stattgefunden. Im Oktober 1961 würde dort auf Basis statistischer Bedarfs- und Entwicklungsprognosen die positive volkswirtschaftliche Korrelation von Bildungsausgaben und Wirtschaftswachstum propagiert und international der Startschuss sowohl für die Bildungsplanung als auch für die dann fast anderthalb Jahrzehnte anhaltende Hochkonjunktur der Bildungspolitik gegeben werden. Dass dabei Friedrich Edding, der spätere Direktor für Bildungsökonomie am West-Berliner Institut, als einer der Mitautoren des Tagungsbandes zeichnete, spricht für sich und wird in dieser Arbeit im Kontext eines knappen biographischen Porträts wieder aufgenommen werden.[152] Auch in der Bundesrepublik stand die erste größere Bedarfsfeststellung für das Bildungswesen von Seiten der Kultusministerkonfe-

---

150 Diese Thematik ist eingehend untersucht. Vgl. dazu für die BRD grundlegend Gabriele Metzler: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft.* Paderborn: Ferdinand Schöningh 2005. Ergänzend zum Beispiel Michael Ruck: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften.* Hamburg: Christians 2000, 362–401 sowie im zeitlichen und international übergreifenden Überblick Dirk van Laak: Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2010. http://docupedia.de/zg/van_laak_planung_v1_de_2010. doi:10.14765/zzf.dok.2.577.v1. Zuletzt aufgerufen am 21. 8. 2021.

151 Vgl. grundlegend Rudloff, *Bildungsplanung*, 2003; vertiefend Wilfried Rudloff: *Does Science Matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des »Bildungsboom*s«. Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2005 und Wilfried Rudloff: Öffnung oder Schließung. Bildungsplanung in West und Ost. Vergesellschaftung und Ökonomisierung der Bildung. In: Elke Seefried und Dierk Hoffmann (Hg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft.* Berlin: De Gruyter, Oldenbourg 2018, 68–85.

152 Ingvar Svennilson, Friedrich Edding und Lionel Elvin: *Policy Conference on Economic Growth and Investment in Education. Washington 16th – 20th October 1961. Bd. 2: Targets for Education in Europe in 1970.* Paris: OECD 1962. Vgl. zur Geschichte der OEEC/OECD und besonders ihrer bildungsorientierten Politik die in der Einleitung der vorliegenden Arbeit gegebenen Hinweise auf die Fachliteratur.

renz (KMK) noch aus, die erst 1963 im Fahrwasser der Washingtoner Konferenz erscheinen, aber auch frühe vorlaufende Ansätze in Westdeutschland fortsetzen würde.[153]

Auf diesem Hintergrund ist es mithin zu verstehen, dass 1958 in der Institutsskizze noch einiges darauf verwendet wurde, den Planungsansatz für den Bildungsbereich überhaupt zu legitimieren. So suchte Becker vor allem drei mögliche Vorbehalte zu entkräften: Erstens den Sozialismusverdacht,[154] zweitens den pädagogisch motivierten Verdacht, sich mit einem planenden Zugriff auf Bildungsprozesse zur »grosse[n] Tradition der Freiheit, die den Wert unseres Bildungswesens ausmacht«,[155] in prinzipielle Gegnerschaft zu begeben und drittens den Verdacht, im Aufgabenbereich der Kultusverwaltungen zu wildern. Hervorzuheben ist dabei zum einen, dass Becker den Planungsprozess gerade nicht als »obrigkeitliche Verwaltung«, ausgehend von einer »zentrale[n] Bundesverwaltungsbehörde« begriff. Vielmehr bestimmte er ihn als politische Aushandlungsaufgabe gemäß des »unserem politischen System [...] entsprechenden Prinzip[s] der freien Einigung der gesellschaftlichen Kräfte [...] (Beiratsprinzip)«.[156] Zum anderen wies er der wissenschaftlich basierten Planung in pädagogischer Hinsicht die Rolle zu, jene Räume, Voraussetzungen, Formen und Inhalte zu definieren, welche die freie Entfaltung von Bildungsprozessen ermöglichen sollten.[157] Damit war die Bildungsplanung zumindest programmatisch an den Begriff der Freiheit gekoppelt, der als zentrale Chiffre westlicher Kultur und Politik nicht nur die Abgrenzung von den als unfrei begriffenen Planungsregimen des Systemgegners ermöglichte. Auch pädagogischen Ansätzen, die nach dieser Lesart keine wissenschaftliche Fundierung hatten und sich mithin unbekanntem Terrain und dem Zufall auslieferten, konnte eine wissenschaftlich geplante und gerade darum als ›befreiend‹ definierte Forschung entgegengesetzt werden. Obwohl in dem frühen Konzept von 1958 noch unscharf formuliert, hatte Becker bei dieser Stoßrichtung offenbar die damalige westdeutsche wissenschaftliche Pädagogik im Sinn, die nach 1945 dominant geisteswissenschaftlich, von traditionell hermeneutisch und geschichtsphilosophisch ausgerichteten Ansätzen geprägt war,[158] und

---

153 Vgl. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: *Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970 für Schulwesen, Lehrerbildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kulturpflege.* Stuttgart: Klett 1963. Die bayerische SPD war in der Bundesrepublik Vorreiter von derlei Plänen und Bedarfsprognosen (»Rucker-Plan«). 1956 hatte die KMK entsprechend einen ersten bundesweiten Bedarfsplan für Bildungsaufwendungen ausgearbeitet, der allerdings angesichts der Höhe des ermittelten Finanzbedarfs nicht veröffentlicht worden war. Vgl. dazu zum Beispiel Ludwig von Friedeburg: *Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch. Mit einem Nachwort zur Taschenbuchausgabe 1992.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992, 338–339 und vor allem Helmuth Trischler: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973.* München: Oldenbourg 2004, 117–194, hier 131–134.

154 Vgl. dazu auch Rudloff, *Öffnung*, 2018, bes. 70–71.

155 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123.

156 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123.

157 »Gerade die Freiheit der Bildung werden wir nur bewahren können, wenn wir die wissenschaftlich nachprüfbaren Voraussetzungen unserer Bildung auch wirklich [n]achprüfen«. Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122 und fol. 124, Zitat fol. 124.

158 Vgl. zur Geschichte der Disziplin nach 1945 in Westdeutschland hier nur drei Arbeiten, die jeweils unterschiedliche Aspekte der Entwicklung akzentuieren: Christa Kersting: *Pädagogik im Nachkriegsdeutschland. Wissenschaftspolitik und*

von der sich eine an den »Gesetzen« und »Tatbestände[n]«[159] des Bildungswesens orientierte Forschung, wie Becker sie mit dem Institut vorsah, deutlich abheben musste.

Ohne bereits an dieser Stelle näher auf die Beziehungen der Institutsforschung zu ihren Referenzdisziplinen in der Bundesrepublik einzugehen, ist doch eine Auffälligkeit vorweg zu nehmen. Denn in dem Konzeptpapier wurde verschwiegen, dass es in der Bundesrepublik bereits seit 1950/51 ein Institut gab, das sich explizit der »Pädagogischen Tatsachenforschung« widmete. Gemeint ist die Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung (HIPF) in Frankfurt am Main, später als DIPF[160] bezeichnet. Sie hatte angesichts des angedeuteten Mainstreams der damaligen Hochschulpädagogik nur als außeruniversitäre Einrichtung und nur durch massive Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht in der Bundesrepublik etabliert werden können und wurde trotz bundesweiter Ambitionen als Landesinstitut eingerichtet.[161] Die HIPF wies mit ihren vier Abteilungen – für Pädagogische Psychologie, für die Soziologie der Bildung und Erziehung, für den bildungsökonomischen Bereich sowie für Pädagogik/Lehrplan-, Lehrmethoden- und Lehrmittelforschung –, die durch die Statistik unterstützt werden sollten, ein Profil auf, das nahezu identisch mit dem des später realisierten IfB war.[162] In der Institutsskizze Beckers wurde sie aber (ebenso wie in dem späteren offiziellen Antrag von 1959) komplett ausgespart. Da bei der Einrichtung von Max-Planck-Instituten immer auch die Interessen der möglichen Sitzländer und im Falle der HIPF besonders die hessischen Belange berührt waren, sollte sich der Umgang mit dieser direkten Konkurrenz im Antragsverfahren als eine der Schwierigkeiten erweisen, welche die Gründung zeitlich nicht unerheblich verzögern würde.

Nur grob angemerkt sei zum Komplex der Legitimation der Planung schließlich, dass in der Institutskonzeption die Traditionslinien, die in das umfassende staatliche Planungshandeln während des NS-Regimes und besonders in den Eroberungs- und Vernichtungskrieg zurückreichten, ebenfalls nicht thematisiert wurden. Dabei dürften diese Becker und einigen an der

---

Disziplinentwicklung 1945 bis 1955. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2008; Edwin Keiner: *Erziehungswissenschaft 1947–1990. Eine empirische und vergleichende Untersuchung zur kommunikativen Praxis einer Disziplin.* Weinheim: Deutscher Studien Verlag 1999; Klaus-Peter Horn: *Erziehungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert. Zur Entwicklung der sozialen und fachlichen Struktur der Disziplin von der Erstinstitutionalisierung bis zur Expansion.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2003.

159 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122. Im Institutsplan war der erwünschte pädagogische Ansatz noch explizit der »deskriptiven Pädagogik« zugeordnet, womit vor allem an die von Rudolf Lochner (1895–1978) vertretene empirische Tradition angeknüpft worden sein dürfte. Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 124 und vor allem Rudolf Lochner: *Deskriptive Pädagogik. Umrisse einer Darstellung der Tatsachen und Gesetze der Erziehung vom soziologischen Standpunkt. Mit einem Vorwort zur Neuausgabe.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft [1927] 1967.

160 1964 erfolgte die Umbenennung der HIPF in Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF); mittlerweile geführt unter der Bezeichnung DIPF, Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation. Vgl. zur Namensänderung in den 1960er Jahren Behm und Reh, *(Empirische) Bildungsforschung*, 2016, 116.

161 Dafür steht exemplarisch der Ausspruch des Gründungsdirektors der HIPF Erich Hylla (1887–1976), der rückblickend konstatierte, dass die Einrichtung des Instituts an der Universität den »Todeskuß« bedeutet hätte. Vgl. dazu und zur Geschichte der HIPF mit weiterer Literatur Behm und Reh, *(Empirische) Bildungsforschung*, 2016, bes. 112–116, Zitat Hyllas 115 sowie Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 34–69, bes. 52–60.

162 Vgl. zu den Abteilungsbezeichnungen Behm und Reh, *(Empirische) Bildungsforschung*, 2016, 113.

Institutsgründung beteiligten Personen in ihrem Erfahrungshaushalt deutlich präsent gewesen sein.[163] Das trifft besonders auf Edding zu, der ehemals im Statistischen Reichsamt und an der Ostfront planend tätig gewesen war. Wie zu zeigen sein wird, gehörte aber auch Becker für eine kurze Zeit zu den Studenten des Leipziger Soziologen Hans Freyer, der unter anderem seine politische Theorie um die Topoi »Planung und Herrschaft« entwickelt hatte.[164] Diese spezifisch deutsche Lagerung der Konzeption von Planung ebenso wie des Planungs- und Managementhandelns in ihrer Kontinuität und in ihren Transformationen über das Jahr 1945 hinaus zu untersuchen, stellt ein Themenfeld mit erheblichem Forschungspotential dar, besonders mit Blick auf die hier eingelagerten Herrschafts- und Steuerungsphantasien, den Pragmatismus und das Leistungsdenken.[165]

2.) Dass die bildungspolitische Planung im Institutskonzept nicht nur als legitim und notwendig dargestellt, sondern auch als nationale, »zentrale Planung« entworfen wurde und Becker in einem »für die ganze Bundesrepublik wirkende[n] wissenschaftliche[n] Forschungsinstitut das Gebot der Stunde« sah,[166] dockte vor allem an zwei zeitgenössische Umstände an. Zum Ersten hatte die in der Bundesrepublik grundgesetzlich verankerte Kulturhoheit der Länder bereits vor 1949 vorhandene unterschiedliche Entwicklungen noch verstärkt und zu einer problematischen, föderal zersplitterten Situation im Hochschul- und besonders im Schulbereich geführt.

---

163 Moderne Planungsregime überspannten im NS-Führerstaat letztlich alle gesellschaftlichen Handlungsfelder und wurden durch die Dynamik des »totalen Krieges« noch einmal massiv befördert, etwa als es in den geographisch weitgespannten eroberten Räumen erforderlich wurde, die jeweils benötigten Ressourcen zur richtigen Zeit am richtigen Ort auf effiziente Weise, also in vorausschauender ökonomischer Planung zu organisieren. Vgl. zur Diskussion um das Verhältnis von Planung und Wettbewerb in der NS-Wirtschaftspolitik zum Beispiel Ptak, *Vom Ordoliberalismus*, 2004, 66–72 und in internationaler Perspektive beispielsweise Gabriele Metzler und Dirk van Laak: Die Konkretion der Utopie. Historische Quellen der Planungsutopien der 1920er Jahre. In: Isabel Heinemann und Patrick Wagner (Hg.): *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert.* Stuttgart: Franz Steiner 2006, 23–43 sowie zu Planungsregimen in verschiedenen europäischen Staaten seit den 1930er Jahren Judt, *Geschichte Europas*, 2009, bes. 87–94. Siehe zudem zur naheliegenden Verbindung zwischen der Entwicklung (staatlicher) Planung und der Förderung der Statistik zum Beispiel J. Adam Tooze: *Statistics and the German State 1900–1945.* Cambridge: Cambridge University Press 2001. Ich danke Florian Schmaltz für diesen Hinweis.

164 Vgl. vor allem Hans Freyer: *Herrschaft und Planung. Zwei Grundbegriffe der politischen Ethik* (1933). In: Hans Freyer. Herrschaft, Planung und Technik. Aufsätze zur politischen Soziologie. Weinheim: Wiley-VCH 1987, 17–43. Siehe zum Planungstheorem bei Freyer zum Beispiel Üner, *Soziologie*, 1992, 77, 102–109 und Bollenbecks Deutung von Freyers um 1930 formulierter Kritik am Bildungsbegriff, die sich laut Bollenbeck mit einem »Kult der Technik und Planung« verbunden hätte: Georg Bollenbeck: *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996, 289–291, Zitat 291. Auch in Schelskys Werk spielte der Planungsbegriff eine zentrale Rolle, wobei er ab Mitte der 1960er Jahre vor allem ein seines Erachtens nach ideologisch entfremdetes Planungsdenken kritisierte. Vgl. dazu zum Beispiel Fabian Link und Andreas Schwarzferber: Helmut Schelskys Rechtssoziologie als sozialtechnisches Ordnungsinstrument vom NS-Regime in die Bundesrepublik. *Zyklos. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie* 5 (2019), 315–351, bes. 322–325, 334–339.

165 Vgl. zum Beispiel Adelheid von Saldern: Das »Harzburger Modell«. Ein Ordnungssystem für bundesrepublikanische Unternehmen, 1960–1975. In: Thomas Etzemüller (Hg.): *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert.* Bielefeld: transcript 2009, 303–329; Michael Wildt: Der Fall Reinhard Höhn. Vom Reichssicherheitshauptamt zur Harzburger Akademie. In: Alexander Gallus und Axel Schildt (Hg.): *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930.* Göttingen: Wallstein 2011, 254–271; Lu Seegers: Manager-Bilder. Leitvorstellungen und Wirtschaftshandeln in der Bundesrepublik Deutschland (1970–2000). In: Miriam Gebhardt, Katja Patzel-Mattern und Stefan Zahlmann (Hg.): *Das integrative Potential von Elitenkultur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Clemens Wischermann.* Stuttgart: Franz Steiner 2013, 177–189. Ich danke Christoph Classen für weiterführende Hinweise und Diskussionen.

166 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123.

Klagen über unterschiedliche Länderregelungen waren in den 1950er Jahren an der Tagesordnung, im Primar- und Sekundären Bildungssektor etwa über das damals so bezeichnete »Schulchaos«.[167] Zum Zweiten war die politische Regulierung von Wissenschaft und Bildung mit dem im Mai 1955 in Kraft getretenen Generalvertrag (Deutschlandvertrag) gerade erst aus dem alliierten Vorbehalt entlassen worden.[168] Im Verbund mit der hervorragenden Lage der Bundesfinanzen, für die seit Mitte der 1950er Jahre der bereits zeitgenössisch so genannte »Juliusturm« emblematisch stand,[169] und einem Klima, das der föderalen Zusammenarbeit gegenüber hoch aufgeschlossen war, öffnete sich insofern auch für die Neuordnung des Bildungsbereichs ein politisches Handlungsfenster.[170]

Das Spektrum der damaligen Möglichkeiten war gerade im Herbst 1957 mit der Gründung des Wissenschaftsrats (WR) demonstriert worden.[171] Auf dem Hintergrund der komfortablen Lage der Bundesfinanzen übernahm er die Aufgabe der Kartographierung der Wissenschaftslandschaft und der Erarbeitung von Empfehlungen für den prioritären Einsatz der reichlich vorhandenen öffentlichen Gelder. Zwischen 1960 und 1965 publizierte er seine ersten »Empfehlungen

---

167 Vgl. überblicksweise zum Beispiel Christoph Führ: Zur Koordination der Bildungspolitik durch Bund und Länder. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 6.1: 1945 bis zur Gegenwart. Bundesrepublik Deutschland.* München: C. H. Beck 1998, 68–86; Carl-Ludwig Furck: I. Allgemeinbildende Schulen. Entwicklungstendenzen und Rahmenbedingungen. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 6.1: 1945 bis zur Gegenwart. Bundesrepublik Deutschland.* München: C. H. Beck 1998, 245–260, hier 245–251; Heinz-Elmar Tenorth: *Geschichte der Erziehung. Einführung in die Grundzüge ihrer neuzeitlichen Entwicklung.* 5. Auflage. Weinheim: Juventa 2010, 280–283. Vgl. zur Diagnose des »Schulchaos« zum Beispiel den Hinweis in der *Zeit* von Januar 1955 auf einen kommenden Beitrag im »Gespräch des Monats«, in dem »Eltern und Vertreter der zuständigen Behörden das ›Schulchaos in Deutschland‹« diskutieren würden. Vgl. Funk für Anspruchsvolle. *Die Zeit* 2 (13. 1. 1955). https://www.zeit.de/1955/02/funk-fuer-anspruchsvolle. Zuletzt aufgerufen am 23. 8. 2021.

168 Der Generalvertrag (vor allem von Adenauer unter der Bezeichnung »Deutschlandvertrag« popularisiert) war zwischen der Bundesrepublik und den drei westlichen Alliierten im Mai 1952 geschlossen worden, um das Besatzungsstatut von 1949 abzulösen. Im Mai 1955 trat im Zuge der Ratifizierung der Pariser Verträge eine modifizierte Version in Kraft. Realhistorisch betrachtet waren die Angelegenheiten im westdeutschen Schul- und Hochschulbereich allerdings schon seit etwa 1947 zum großen Teil in deutsche Hände übergegangen. Vor allem die USA hatten ihre Reformansprüche mit dem Übergang von ihrer Politik der *Reeducation* zu einer der *Reorientation* weitgehend aufgegeben. Vgl. zur Geschichte des Generalvertrags im Überblick Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 147–155; zur gut beforschten *Reeducation*-Politik immer noch Bungenstab, *Umerziehung*, 1970 und aktuelle Ansätze zum Beispiel in den Beiträgen in Katharina Gerund und Heike Paul (Hg.): *Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf* »America's Germany«. Bielefeld: transcript 2015 sowie zu den Auswirkungen des mit den Pariser Verträgen verbundenen Wegfalls der Forschungsbeschränkungen für die MPG Balcar, *Wandel*, 2020, 54–60.

169 Der »Juliusturm« bezeichnet die zwischen 1953 und 1957 gebildete Milliardenreserve beim Finanzminister Fritz Schäffer (1888–1967). Der Name bezieht sich auf den noch heute in Berlin zu besichtigenden Wehrturm in der Spandauer Zitadelle, in dem nach 1871 ein Teil der von Frankreich erhaltenen sogenannten Kriegsentschädigung eingelagert worden war. Vgl. zu den ökonomischen und finanzpolitischen Hintergründen der seit 1953 heiß laufenden und Überschüsse produzierenden Konjunktur sowie zum finanzpolitischen Kurs Schäffers zum Beispiel Alexander Nützenadel: *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005, 246–264.

170 Vgl. zum zeitgenössischen Klima zum Beispiel Thomas Stamm: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965.* Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1981, 195–202; Olaf Bartz: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007.* Stuttgart: Franz Steiner 2007, 18–23.

171 Vgl. zur Gründungsgeschichte, Organisation und Arbeit des WR zum Beispiel Stamm, *Staat*, 1981, 195–223; Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007; Wilfried Rudloff: Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den sechziger Jahren. In: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hg.): *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive.* Berlin: Duncker & Humblot 2004, 153–188, hier 167–176.

zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen«, die den Weg für die nachfolgende Expansion um Wissenschaftsbereich wiesen.[172] Einen Meilenstein stellte die Einrichtung des WR für die nationale wissenschaftliche Entwicklungsplanung aber vor allem deswegen dar, weil sie von einer breiten Unterstützung in Ländern, Bund und Wissenschaft getragen wurde. Denn nach wie vor mussten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich unterschiedliche Interessen miteinander vereinbart werden, ohne dass eine zentrale politische Koordinationsinstanz vorhanden gewesen wäre; ein übergreifend zuständiges Bundesministerium wurde erst 1969 eingerichtet.[173] Neben den politischen Parteien rangen dabei vor allem die grundgesetzlich bevorrechtigten Länder mit dem steuerlich bevorteilten und daher finanzkräftigeren Bund um Zuständigkeiten und Kompetenzen.[174] Hinzu traten in Fragen der Wissenschaft die Interessen und Ansprüche der drei großen westdeutschen Wissenschaftsorganisationen der MPG, der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) und der DFG. Sie hatten seit Mitte der 1950er Jahre begonnen, sich stärker informell abzustimmen und traten ab 1961 auch öffentlich gemeinsam, in einer zeitgenössisch so bezeichneten »Heiligen Allianz« auf.[175] Als eine der wesentlichen Bedingungen des nachhaltigen Erfolgs des WR erwies sich auf diesem Hintergrund seine Organisationsstruktur. Führende Vertreter von Ländern, Bund und Wissenschaftsorganisationen sowie weiterer relevanter gesellschaftlicher Handlungsbereiche waren in den Erstellungs- und Entscheidungsprozess der Empfehlungen integriert, so dass eine regulierte Aushandlung von Kompromissen möglich wurde.

Ähnliches war für die Entwicklungsplanung und die Vereinheitlichung des Erziehungs- und Bildungswesens jenseits der Wissenschaft versäumt worden – und eben hier setzte die Institutskonzeption von 1958 maßgeblich an. Zwar gab es schon seit 1953 den Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, der durch Bund und Länder gegründet worden war.[176]

---

172 Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen.* Teil I–III. Tübingen: Mohr 1960–1965. Vgl. dazu und zu den weiteren Publikationen des WR in diesen Jahren Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, Kapitel 1 bis 3.

173 Gemeint ist das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Vorher war für den Bereich der Wissenschaft zunächst das Bundesministerium für Atomfragen (BMAt) und seit 1962 das Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung (BMwF) zuständig. In Bildungsangelegenheiten war für die Kultusministerien der Länder vor allem die Kulturabteilung im Bundesministerium des Inneren (BMI) Ansprechpartner. Vgl. im Überblick und weiterführend zum Beispiel Führ, Zur Koordination,1998.

174 Vgl. für den Bereich der außeruniversitären Forschung vor allem Stamm, *Staat*, 1981; Hans-Willy Hohn und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung.* Frankfurt am Main: Campus 1990; Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 18–23 und im Überblick Margit Szöllösi-Janze: Geschichte der außeruniversitären Forschung in Deutschland. In: Christian Flämig, Volker Grellert, Otto Kimminich, Ernst-Joachim Meusel, Hans Heinrich Rupp, Dieter Scheven, Hermann Josef Schuster et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts.* Bd. 2. 2. Auflage. Berlin: Springer 1996, 1187–1218, hier 1211–1218.

175 Vgl. Karin Orth: *Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968.* Stuttgart: Franz Steiner 2011, 111–112 und zur Rolle der MPG in dieser Konstellation Balcar, *Wandel*, 2020, 102–105. Die Geschichte der »Allianz« ist zwischen 2018 und 2021 im Rahmen der DFG-Forschungsgruppe 2553 »Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften« untersucht worden. Vgl. dazu die Projektbeschreibung und Hinweise auf Veröffentlichungen: Helmuth Trischler und Vanessa Osganian: *Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften.* https://www.deutsches-museum.de/forschung/forschungsinstitut/projekte/detailseite/kooperation-und-konkurrenz-in-den-wissenschaften#projektbeschreibung. Zuletzt aufgerufen am 22. 8. 2021.

176 Eine ausführlichere bildungsgeschichtliche Auseinandersetzung mit den Gutachten des DA und ihrer Wirkungsgeschichte steht noch aus. Vgl. zur Gründung, Organisation und Arbeit des DA beispielsweise Rudloff, *Macht*, 2004,

Er wurde jedoch nur mit einem relativ kleinen Büro und Stab ausgestattet und war als reines Expertengremium angelegt. Zur tragfähigen Umsetzung seines Auftrags der Beobachtung und Entwicklungsförderung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens fehlten ihm institutionalisierte Verbindungen zur Politik und Verwaltung sowie zu den großen Wissenschaftsorganisationen.[177] Letztere waren in Bezug auf die Ausgestaltung des Bildungswesens ebenfalls interessierte Parteien, nicht zuletzt unter dem Aspekt des heranzubildenden Nachwuchses und zwar sowohl in fachlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Bildung der Einstellungen und habituellen Ausrichtung der Nachwuchskräfte. Dennoch war der DA enorm produktiv und er war prominent besetzt.[178] An dieser Stelle muss Adolf Butenandt hervorgehoben werden. Er sollte sieben Jahre nach dem Arbeitsbeginn des DA von Otto Hahn die Präsidentschaft der MPG übernehmen und insofern nicht zufällig die Gründung des Bildungsforschungsinstituts mit größtmöglicher Unterstützung vorantreiben.[179] Die Mitarbeit Butenandts im DA ist in der Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte bisher allerdings kaum thematisiert worden.[180] Eine Erforschung seiner bildungspolitischen Agenda in der Nachkriegszeit stellt unter anderem für das Verständnis der Genese der Institutsplanung wie auch der Geschichte der politischen Wirkungsambitionen der MPG vor 1958 ein dringendes Desiderat dar.[181] Wahrscheinlich liegt dabei Heiko Stoff, der in dieser Hinsicht Pionierarbeit geleistet hat, mit seiner Deutung richtig, wenn er Butenandts Einsatz für eine Modernisierung des Bildungswesens im Kontext seiner Wissenschaftspolitik interpretiert. Diese zielte, laut Stoff, im Kern darauf, »wissenschaftliche Vernunft an den Machtpol anzuschließen, für reibungslose und produktive Übersetzungen der naturwis-

---

160–167; Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 61–64, 111–119; Bergmann, *Diskussion*, 2002, 115–119 und aus Sicht des Juristen Ingo Richter (geb. 1938), der beim DA zwischen März 1963 und September 1965 das Amt des Sekretärs wahrnahm und dann an das Bildungsforschungsinstitut wechselte Ingo Richter: *Meine deutsche Bildungsrepublik. Eine bildungspolitische Autobiographie.* Berlin: Barbara Budrich 2021, 130–137.

177 In der Satzung des DA, der die Kultusminister am 26. 2. 1954 zugestimmt hatten, hieß es in §1, dass der Ausschuss die Aufgabe habe, »die Entwicklung des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens zu beobachten und durch Rat und Empfehlung zu fördern«. Innerhalb dieser Aufgabenstellung war der Ausschuss demnach frei, sein Arbeitsprogramm zu bestimmen und sich für seine Arbeitsweise Richtlinien zu geben. Vgl. Satzung des Ausschusses. In: Hans Bohnenkamp, Walter Dirks und Doris Knab (Hg.): *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesens 1953–1965. Gesamtausgabe.* Stuttgart: Klett 1966, 966–967, hier 966.

178 Vgl. Bohnenkamp, Hans, Walter Dirks und Doris Knab (Hg.): *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesens 1953–1965. Gesamtausgabe.* Stuttgart: Klett 1966 und die Übersicht über die Mitglieder des DA und des wissenschaftlichen Büros ebd., 12–15.

179 Butenandt war von der Gründung bis zur Auflösung des DA im Juli 1965 Mitglied. Vgl. Bohnenkamp, Dirks und Knab, *Empfehlungen*, 1966, 12.

180 Wie in der Einleitung erwähnt, liegt hierzu ein unveröffentlichter Text von Ulrike Thoms vor. Vgl. Thoms, *Ein »erlaubtes Experiment«*, [undatiert].

181 Eine wissenschaftliche Biographie Butenandts steht noch aus. Für die Jahre bis 1945 sind die Beiträge in dem von Schieder und Trunk herausgegebenen Sammelband instruktiv. Für die Nachkriegszeit ist besonders auf den Artikel von Heiko Stoff und unter geschlechterhistorischer Perspektive auf die zeitlich übergreifende Deutung von Helga Satzinger hinzuweisen. Diverse Einsichten in Butenandts Amtsführung als Präsident der MPG ergeben sich zudem über Jaromír Balcars Arbeiten zur Geschichte der Gesellschaft. Vgl. Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im* »Dritten Reich«. Göttingen: Wallstein 2004; Stoff, Adolf Butenandt, 2004, bes. 384–402; Helga Satzinger: Adolf Butenandt, Hormone und Geschlecht. Ingredienzien einer wissenschaftlichen Karriere. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«*. Göttingen: Wallstein 2004, 78–133; Balcar, *Ursprünge*, 2019 und Balcar, *Wandel*, 2020.

senschaftlichen, industriellen und staatlichen Interessen zu sorgen und einen leistungsfähigen Nachwuchs zu erziehen«.[182] Dabei sei es Butenandt im Hinblick auf den Bildungsaspekt zum einen um die Erziehung einer leistungsstarken Elite gegangen, die auch im internationalen Vergleich bestehen können sollte. Zum anderen habe er die Bedeutung der Vermittlung einer wissenschaftlich basierten Rationalität betont. Ihre Wirkung sollte sich dabei sowohl in Bezug auf die Stärkung der Demokratie und die Wertschätzung der Naturwissenschaften als auch in der Reflexion auf die mit diesen verbundenen Risiken entfalten.[183]

Becker selbst hatte anfänglich vergeblich versucht, in den Kreis des DA berufen zu werden, war aber mit dem Gremium über mehrere seiner Mitglieder, wie Picht oder den Leiter der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Felix Messerschmid, eng verbunden und bestens über dessen Arbeit informiert.[184] In dem Institutskonzept von 1958 koppelte Becker die Arbeit der geplanten Forschungseinrichtung nun eng an die Aufgabenstellung des Ausschusses, insofern der DA als »pädagogische[r] Beirat« des Instituts fungieren sollte, um die »Koordinierung der Institutsarbeit mit den allgemeinen Planungen des Deutschen Ausschusses« zu sichern.[185] Aus seinem Vortrag zum Verhältnis von Sozialforschung und Bildungspolitik auf dem Soziologentag von 1959 wird darüber hinaus erkennbar, dass Becker eine enge Kooperation des Instituts nicht nur mit dem DA, sondern auch mit dem WR im Sinn hatte. So erklärte er es dort zur Schlüsselfrage, »wie den von Bund und Ländern berufenen Sachverständigenbeiräten, das heißt dem Deutschen Ausschuß [...] und dem Wissenschaftsrat die nötige Forschungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden kann«.[186]

In der damit implizit umschriebenen Zielsetzung des geplanten Instituts konnte sich Becker erst recht bestärkt sehen, als der im Februar 1959 veröffentlichte *Rahmenplan für das Deutsche Schulwesen* des DA, den der Ausschuss als sein »Kernstück« betrachtete,[187] bundesweit umge-

---

182 Stoff geht auf Butenandts bildungspolitische Aktivitäten insbesondere entlang seines Vorsitzes der Schulkommission der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte (GDNÄ) ein. Vgl. Stoff, *Adolf Butenandt*, 2004, 384–402, Zitat 400.

183 Vgl. dazu die Hinweise Stoffs auf die im Hinblick der Wahrnehmung von Risiken naturwissenschaftlicher Forschung kontroversen Ansichten in der GDNÄ: Stoff, *Adolf Butenandt*, 2004, 384–390. In diesem Punkt bestünde zur Position Butenandts vorrangig Klärungsbedarf.

184 Becker war schon 1952 in die Planungen für den DA involviert und stand etwa mit dem im BMI federführend zuständigen Leiter der Kulturabteilung Erich Wende (1884–1966) in Austausch, der während der Weimarer Republik einer der Mitarbeiter seines Vaters im Preußischen Kultusministerium gewesen war. Für Beckers Aufnahme in den Kreis des DA hatte sich beispielsweise Georg Picht verwandt. Ingo Richter erinnert aus seiner damaligen Aktenlektüre während der Phase der Einarbeitung in seine Position als Sekretär des DA, dass sich besonders Adolf Grimme (1889–1963) gegen eine Mitgliedschaft Beckers verwandt hätte (»Der Windhund kommt mir nicht hinein!«). Als Beckers eigenes Institutsprojekt immer konkretere Gestalt annahm, war er an einer Mitgliedschaft im DA nicht mehr interessiert. Vgl. Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 47–48 und zum DA Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 130–137, Zitat des Ausspruchs von Grimme 131.

185 Neben dem DA war als soziologischer Beirat der in der DGS für Fragen der Bildungssoziologie zuständige Ausschuß für Schul- und Erziehungssoziologie vorgesehen. Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, (Anlage 3), AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 130.

186 Becker, *Sozialforschung*, 1959, 204.

187 Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen: *Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens.* 2. Auflage. Stuttgart: Klett [1959] 1966, Zitat aus dem unpaginierten »Vorwort zur Dritten Folge«.

hend heftigste Debatten auslöste. Sie kündigten in gewissem Sinn das Ende dieses Gremiums an. Ohne dem Rahmenplan an dieser Stelle gerecht werden zu können, ist immerhin überschlägig festzuhalten, dass ihm überwiegend eine elitär-konservative Diktion unterlag. So sollte etwa die Dreigliedrigkeit des Schulwesens im Wesentlichen bewahrt werden, während die Hoffnungen letztlich auf die Bildung einer (immerhin zahlenmäßig erweiterten) »geistig tragenden Schicht« gesetzt wurden, »die zu einem großen Teil aus der Höheren Schule hervorgeht«.[188] Gegenwind kam dann allerdings von vielen Seiten, auch von deutlich konservativeren Positionen her.[189] Becker wiederum teilte die Ausrichtung des Reformansatzes des DA damals vermutlich noch ganz überwiegend.[190] Vor allem aber zeigte er sich angesichts der durch den Rahmenplan ausgelösten Auseinandersetzungen von der Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Forschung nur um so mehr überzeugt, da diese künftig mittels ihrer Arbeitsergebnisse einen vermeintlich ›objektiven‹, allseits geteilten Ausgangs- und Begegnungsgrund schaffen und dem Streit damit ein Ende bereiten sollte. So bezeichnete Becker es etwa 1961 in einer zusammen mit seinem damaligen Assistenten Alexander Kluge (geb. 1932) veröffentlichten Monographie in vorsichtiger Distanzierung vor allem von der Methodik des DA als zentrale Aufgabe, »durch eine sorgfältige Bestandsaufnahme des Bildungswesens die objektive, durch Unterlagen gesicherte Basis der kulturpolitischen Diskussion zu verbreitern«. Geklärt werden sollten die »Zahlen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, um die es z. B. bei der Auseinandersetzung um den Rahmenplan« ging. Als Erfolgsbedingung propagierten die Autoren dann auch an diesem Ort die »Integration« von soziologischer, ökonomischer, juristischer, pädagogischer und psychologischer Forschung. Erst gemeinsam könnten die »Grundfakten des Bildungswesens in einen geistigen Gesamtzusammenhang« eingeordnet und mithin der Boden bereitet werden, um »[a]us der Sackgasse des Streites um feststellbare Fakten« herauszuführen und eine »föderalistische Kulturpolitik vor den Aufgaben unserer Zeit« zu ermöglichen.[191] Ohne dies direkt benennen zu müssen, dürfte es damaligen informierten Leser*innen deutlich gewesen sein, dass damit zugleich die Aufgaben jenes Instituts bezeichnet waren, das Becker in der MPG zeitgleich institutionalisiert wissen wollte.

---

188 Vgl. Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, *Rahmenplan*, 1966, 32. Zur Dreigliedrigkeit ebd., unter anderem 2, 16–19. Ingo Richter sieht im Ansatz des Rahmenplans primär den Versuch, das humanistische Gymnasium zu retten. Vgl. Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 131.

189 Siehe zur Debatte um den Rahmenplan zum Beispiel die Darstellung und Analyse von Torsten Gass-Bolm: *Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland.* Göttingen: Wallstein 2005, 176–183 und zu den zeitgenössischen Stellungnahmen die Zusammenstellung von Texten durch Alfons Otto Schorb (Hg.): *Für und wider den Rahmenplan. Eine Dokumentation.* Stuttgart: Klett 1960.

190 Wie in der Einleitung erläutert, steht eine konzentrierte Untersuchung von Beckers wissenschafts- und bildungspolitischer Programmatik noch aus. Vgl. hier allein eine Äußerung aus Beckers Rede auf dem 14. Deutschen Soziologentag: »Die Begrenzung der freien Entwicklung durch wissenschaftliche Forschung und Kontrolle ist in Wahrheit die einzige Chance der Freiheit der Bildung in einer Zeit, die das unkontrollierte Hereinströmen der Masse in die traditionellen Formen mit Freiheit verwechselt«. Vgl. Becker, *Sozialforschung*, 1959, 200.

191 Vgl. Hellmut Becker und Alexander Kluge: *Kulturpolitik und Ausgabenkontrolle. Zur Theorie und Praxis der Rechnungsprüfung.* Frankfurt am Main: Klostermann 1961, 71–72. Übergreifend plädierten die Autoren in der Schrift, die Alexander Kluge rückblickend als »Morgengabe für die MPG« bezeichnete, für veränderte Regularien von Rechnungshöfen, die wissenschaftlichen Organisationen wie der MPG größere Freiräume gewähren sollten. Vgl. Britta Behm: Interview mit Alexander Kluge. Berlin 15. 11. 2019, DA GMPG, ID 601058.

3.) Angesprochen wurde damit bereits der erwähnte dritte Akzent der Institutsskizze von 1958, der die »zentrale Planung *auf wissenschaftlicher Grundlage*« betonte,[192] womit vor allem in Aussicht gestellt wurde, dass die hier anvisierte Sozialwissenschaft in der Lage sei, die Dissense im Reform- und Planungsgeschehen auflösen zu können. Wie es im Plan hieß: Die »Einigung [der gesellschaftlichen Kräfte] bleibt idealistische Phantasie, wenn sie nicht auf klaren Forschungsergebnissen beruht«.[193] Die aus einer Hand, von unterschiedlichen Disziplinen herkommende Erforschung der »*Gesetze* des Gewordenen« und der »*Tatbestände* der gesellschaftlichen Entwicklung«[194] würden das Fundament für die angestrebte Einigung und nationale Bildungsreform legen. Im Rückblick betrachtet führt der Institutsplan von 1958 insofern in eine Zeit zurück, in der sich das Vertrauen auf die theoretische und methodische Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaftlichen zur eindeutigen Erkenntnis der Wirklichkeit mit der Überzeugung von den Möglichkeiten staatlicher Handlungs- und Steuerungsmacht verband und daher von der Kooperation von Wissenschaft und Staat auch die Überwindung der damals konstatierten nationalen Bildungskrise erwartet wurde. Eine solchermaßen für potent erklärte, handlungsbezogene und intentional in den Dienst des Nationalen gestellte Sozialwissenschaft sollte ihren Sitz nach den Vorstellungen Beckers und der erwähnten hochrangigen Unterstützergruppe also in der MPG erhalten. Mit was für einer Trägergesellschaft hatte man es dabei zu tun?

2.1.3 Zur anvisierten Trägergesellschaft der KWG/MPG: Zwischen Grundlagenforschung und politischer Ambition

Als Becker 1958 seine Institutsskizze übersandte, bestand die Max-Planck-Gesellschaft seit gerade gut zehn Jahren. Im Februar 1948 war sie in Göttingen am damaligen Sitz ihrer Generalverwaltung konstituiert worden.[195] Allerdings begriffen sich die Mitglieder der MPG in ungebrochener Kontinuität zu der 1911 in Berlin etablierten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.[196] Dieses

---

192 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123, Hervorhebung Behm.

193 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123.

194 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123, Hervorhebungen Behm.

195 Vgl. zur Gründungsgeschichte der MPG Manfred Heinemann: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 407–470; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007, Kapitel 12; Inga Meiser: *Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953).* Berlin: AMPG 2013 und Balcar, *Ursprünge*, 2019.

196 Mit dem ersten Beschluss des Senats der MPG von Ende Februar 1948 wurden alle Wissenschaftlichen Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Institute (KWI) als Wissenschaftliche Mitglieder der Max-Planck-Institute (MPI) anerkannt. Die MPG war allerdings keine Rechtsnachfolgerin der KWG, die erst 1960 auf Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlungen beider Gesellschaften liquidiert wurde. Das Vermögen der KWG ging auf die MPG über. Hubert Laitko, der die Kontinuität zwischen KWG und MPG am Beispiel des Harnack-Prinzips untersucht hat, leitet seinen Text mit der bezeichnenden Feststellung ein: »Das Selbstverständnis der Max-Planck-Gesellschaft beruht auf der Überzeugung, das Werk der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bruchlos fortzusetzen«. Vgl. Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 447, 454–456; Hubert Laitko: Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation als Leitgedanke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Reichweite und Grenzen, Ideal und Wirklichkeit. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip.* Berlin: De Gruyter 1996, 583–632, Zitat 583.

Selbstverständnis erwies sich auch nachfolgend als historisch äußerst robust und wurde der MPG noch am Ende des 20. Jahrhunderts durch den Wissenschaftshistoriker Mitchell Ash bescheinigt.[197] Die vorwiegend naturwissenschaftlich-technologisch ausgerichtete KWG war im Deutschen Reich die Organisation der Spitzenforschung schlechthin, international hoch renommiert, elitär und distinktionsbewusst.[198] Wollte man Rüdiger Hachtmanns ausführliche und differenzierte Auseinandersetzung mit dem »KWG-Milieu« und dem Habitus ihrer Mitglieder verkürzt zusammenfassen, so war dieses großbürgerlich, männlich, im Networking hervorragend, bei gleichzeitiger apolitischer Selbstdefinition national bis nationalistisch gesonnen, hochleistungsmotiviert und nominell dem meritokratischen Prinzip verpflichtet.[199] Dass Butenandt noch 1988 eine Formel aus den 1920er Jahren aufgriff, mit welcher er die KWG/MPG als »Bruderschaft der Forscher« bezeichnete, evoziert zudem den Eindruck einer geradezu sakralen internen Verbundenheit. Zumindest in der Generation des zweiten Präsidenten der MPG konnte diese als Ideal also noch angerufen und in der Forschungsgesellschaft kommuniziert werden.[200]

Nach 1945 war die Gründung der MPG als Nachfolgerin der KWG allerdings keineswegs sicher, sondern unter den alliierten Siegermächten höchst umstritten, da die Vorgängergesellschaft der MPG auf das Engste mit dem NS-Regime verflochten gewesen war. Die KWG hatte insbesondere im Kontext der Kriegsaktivitäten des »Dritten Reichs« nicht nur überdurchschnittlich von dem damit verbundenen Ausbau und der Förderung der Wissenschaften profitiert, sondern sie war über die Arbeit an den KWI besonders im Bereich der Rüstungs- und Autarkieforschung, aber auch der Rassenhygiene unmittelbar in die Kriegsführung und teilweise auch in die Verbrechen des Regimes eingebunden.[201] Als besonders prominenter und machtvoller Teil eines

---

197 Vgl. Mitchell G. Ash: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18/1 (2010), 79–118, hier 84.

198 Vgl. zur Geschichte der KWG bis 1933 grundlegend die hier relevanten Beiträge in Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990 sowie mit aktueller Literatur und bereits in die Geschichte der MPG übergreifend den Überblick von Renn, Kant und Kolboske, *Stationen der KWG/MPG*, 2017, 5–120.

199 Hachtmann gibt in seiner Einleitung ein vor allem über Bourdieus Differenztheorie theoretisch verstärktes Kondensat der Ergebnisse seines zweibändigen Werkes zur Geschichte der Generalverwaltung der KWG im »Dritten Reich«. Darin wird die KWG insbesondere in ihrer politischen Bedeutung in den Blick genommen. Die Beziehung zwischen den analytischen Kategorien des »Habitus« und des »Milieus« bleiben hier allerdings ungeklärt. Vgl. Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im* »Dritten Reich«. *Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.* 2 Bde. Göttingen: Wallstein 2007; hier bes. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 23–59, Zitat 44 und zum Verhältnis der Kategorien ebd., 36/Anm. 40. Siehe auch den Überblick von Rüdiger Hachtmann: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 56/1 (2008), 19–52.

200 Butenandts Ausspruch, mit dem er sich auf die Kennzeichnung der Corporate Identity der KWG durch Fritz Haber (1868–1934) bezog, ist hier nach Hachtmann zitiert. Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 42.

201 Diese Zusammenhänge sind im Forschungsprogramm zur Geschichte der KWG im Nationalsozialismus ausführlich aufgearbeitet worden. Das Programm wurde 1997 von der MPG initiiert und 1999 begonnen. Die Vorsitzenden der Präsidentenkommission waren Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder. Die Programmleitung lag bis 2005/2006 nacheinander bei Doris Kaufmann, Carola Sachse und Susanne Heim. Siehe an dieser Stelle nur die Zusammenschau der Studien und Ergebnisse durch Rürup und eine ausführliche Rezension. Vgl. Reinhard Rürup: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus. Ergebnisse des Forschungsprogramms der Max-Planck-Gesellschaft. *Dahlemer Archivgespräche* 14 (2013), 171–196; Ash, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 2010.

von Hachtmann so genannten »politisch-wirtschaftlich-militärisch-wissenschaftlichen Komplexes« des NS-Gesamtsystems[202] drohte der KWG nach 1945 die Auflösung, da die alliierte Deutschlandpolitik anfänglich unter anderem auf die strikte Demilitarisierung und damit verbunden auf die Begrenzung militärisch nutzbarer Forschung abzielte.

Letztlich schuf vor allem die Block-Konfrontation im Kalten Krieg die Bedingung, unter der die Nachfolge der KWG in den Westzonen und West-Berlin gesichert werden konnte, insofern die drei westlichen Alliierten auf den ehemaligen Kriegsgegner bald als prospektiven Partner und möglichst starken Verbündeten setzten. Im Ergebnis eines rechtlich komplizierten, durch die Interessen der Besatzungsmächte, der Sitzländer der Institute, ehemaliger Führungspersonen der KWG und der Leitungen der KWI bestimmten Prozesses kam es zuerst in der britischen Zone im September 1946 zur Konstituierung der MPG. Den Namen ihrer Vorgängergesellschaft hatte sie allerdings nicht übernehmen dürfen. Im Februar 1948 erfolgte unter Einschluss der amerikanischen Zone dann die »zweite Gründung der MPG« (Manfred Heinemann) in Göttingen.[203] Die ehemaligen KWI-Institute des französischen Besatzungsbereichs traten der MPG im November 1949 bei, die Institute West-Berlins erst 1953.[204] Hier befand sich im Ortsteil Dahlem zwar das ehemalige Zentrum der KWG, die Kerninstitute der KWG waren jedoch schon bereits seit dem Umschlag des Kriegsgeschehens ab 1943 überwiegend westverlagert worden.[205]

Kaum ein Jahrzehnt nach ihrer Gründung hatte die MPG unter der Präsidentschaft Hahns die erste schwierige Phase des materiellen Wiederaufbaus dann bereits überwunden und auch die nachfolgende Zeit der fachlichen Konsolidierung hinter sich gelassen, die sie mittels Umgründungen von Instituten und mit neuen Akzentsetzungen in der wissenschaftlichen Ausrichtung erreicht hatte.[206] Als Becker der MPG im Sommer 1958 seinen Vorschlag für eine Institutsgründung unterbreitete, befand sich die Forschungsgesellschaft bereits am Anfang eines seit etwa 1955 begonnenen und bis 1972 anhaltenden »atemberaubende[n] Wachstumsschub[s]« (Jaromír Balcar). In dieser Zeit sollte sich die Zahl ihrer Institute von 38 auf 54 erhöhen, die der Beschäftigten auf 7.840,5 Planstellen annähernd vervierfachen und der Haushalt auf insgesamt 472,3

---

202 Hachtmann konstatiert und adressiert diesen Komplex im Fazit eines umfangreichen Forschungsberichts zur Wissenschaftsgeschichte, um am Beispiel von Wissenschaft und Forschung im NS-Regime – weit über die KWG hinausreichend – auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, Herrschaft und Wissenschaft nicht als getrennte Handlungsfelder, sondern als miteinander verschränkt zu begreifen und zu untersuchen. Vgl. Rüdiger Hachtmann: Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), 539–606, Zitat 602.

203 Vgl. Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 430–434, Zitat 434 und mit weiteren Motiven für das Festhalten an der KWG/MPG Balcar, *Ursprünge*, 2019, 69–79.

204 Vgl. Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 448–455; Balcar, *Ursprünge*, 2019, 79–85 sowie vertiefend zur Situation in Berlin Meiser, *Deutsche Forschungshochschule*, 2013 und Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007, 1055–1075.

205 Zur Verlagerung der Institute vgl. Balcar, *Ursprünge*, 2019, 47–54; zu den Schwierigkeiten und Nöten der in West-Berlin verbliebenen Belegschaft, etwa im Zuge der Besetzung Berlins durch die Vergewaltigungen der weiblichen Institutsangehörigen, siehe am Beispiel der Physiologin Else Knake (1901–1973) Satzinger, *Butenandt*, 2004, 118–129.

206 Vgl. zu diesen Phasen Balcar, *Wandel*, 2020, Kapitel 1 und 2, bes. 10–24 sowie im Überblick Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 18–21.

Millionen DM ansteigen und sich damit verzehnfachen.[207] 1958 hatte diese Entwicklung jedoch gerade erst begonnen und deren Dynamik war zeitgenössisch noch nicht absehbar. Zur MPG gehörten im Jahr der Einreichung von Beckers Memorandum 40 Institute und Forschungsstellen, beschäftigt waren auf Planstellen 2.602 Personen, davon 748 »Wissenschaftler, d. h. Direktoren, Abteilungsleiter und Assistenten«[208] und ihr Gesamtetat belief sich für das Rechnungsjahr 1958 auf etwa 41,15 Millionen DM.[209]

Angesichts der Verwüstungen der Forschungsinstitute der KWG im Zuge des Krieges war ausweislich der genannten Kennzahlen Ende der 1950er Jahre mithin schon nach relativ kurzer Zeit eine gewisse organisationale Stabilität erreicht. Im Hinblick auf ihre Position in der westdeutschen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik dagegen befand sich die MPG auf mehreren Ebenen noch in der Findungsphase.[210] Gescheitert war im August 1951 etwa der machtbewusste Versuch führender Persönlichkeiten der MPG, vor allem Heisenbergs, aber auch zum Beispiel Butenandts und Hahns, auf die gesamte westdeutsche Wissenschaftspolitik über den 1949 gegründeten Deutschen Forschungsrat Einfluss zu nehmen. Nach heftigem Widerstand vor allem seitens der Kultusministerkonferenz hatte man sich letztlich mit der Fusion von DFR und Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zur DFG zufriedengeben müssen.[211] Gab es hier also offenbar noch unerfüllte kulturpolitische Ambitionen, so blieb zudem die Frage der Finanzierung der MPG lange unsicher, die zunächst über das 1949 zwischen den Bundesländern geschlossene Königsteiner Staatsabkommen geregelt worden war. Letztlich konnte dieser Bereich erst mit dem Verwaltungsabkommen von 1964 über die darin fixierte Bundesbeteiligung in ruhigere Bahnen gelenkt werden. Fortan trat diese paritätisch neben die Beteiligung

---

207 Balcar charakterisiert diese Phase in der Geschichte der MPG übergreifend als die eines »Wandels durch Wachstum«. Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, bes. Kapitel 2, in prägnanter Überschau ebd., 5–6, Zitat 5. Siehe dazu im Überblick auch Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 17–24.

208 Jahresbericht. Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1958/59. *Jahrbuch 1959 der Max-Planck-Gesellschaft*, 5–20, Zitat 9. Der Jahresbericht bezieht sich auf die Zeit vom 1. 4. 1958 bis 31. 3. 1959. 1948 war die MPG mit 23 Instituten in der britischen und in der US-Besatzungszone (ohne Berlin) gestartet. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 19.

209 33,15 Millionen DM des Gesamtetats wurden von den Ländern getragen, der Rest vom Bund. Zu diesen Mitteln kamen noch eigene Einnahmen der MPG zum einen durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Zuschüsse der Industrie von circa 4,6 Millionen DM hinzu, davon allein 500 Tausend DM über den Stifterverband. Zum anderen nahm die MPG noch einmal knapp 5 Millionen DM aus Auftragsarbeiten, Lizenzen, Mieten usf. ein. Vgl. *Jahresbericht. Die Max-Planck-Gesellschaft 1958/59*, 1959, 14–16, Zitat 16.

210 Vgl. detailliert Balcar, *Wandel*, 2020, Kapitel 2.

211 Der DFR wurde am 9. März 1949 in Göttingen konstituiert und durch die Gründungsmitgliedschaft der MPG und der drei westdeutschen Akademien der Wissenschaften unterstützt; eine Legitimation durch die Universitäten und Hochschulen blieb aus. In dem zwischen 15 und 21 Mitgliedern umfassenden elitären Gremium, in dem die Vertreter der Natur- und Technikwissenschaften dominierten (1951 im Verhältnis 17:4), waren aus der MPG beispielsweise Butenandt, Hahn und Heisenberg vertreten. Heisenberg amtierte als Präsident und war zentrale Triebkraft der Unternehmung. Am 15. Mai 1951 wurden DFR und Notgemeinschaft zur DFG fusioniert. Vgl. zum Beispiel Stamm, *Staat*, 1981, 126–141; Cathryn Carson und Michael Gubser: Science Advising and Science Policy in Post-War West Germany: The Example of the Deutscher Forschungsrat. *Minerva* 40/2 (2002), 147–179 und Stoff, *Adolf Butenandt*, 2004, 393–400. Siehe zur Zusammensetzung des DFR Hellmut Eickemeyer (Hg.): *Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 an bis zum 15. August 1951 mit einem kurzen Abriß der Gründungsgeschichte und der Überleitungsarbeiten in die* »Deutsche Forschungsgemeinschaft« *bis Ende 1952. Mit einem Vorwort von W. Heisenberg Präsident des DFR*. München: Oldenbourg 1953, 18–22.

der Länder.[212] Ähnlich lange stand schließlich auch das Votum des WR zur MPG aus, da dieser bei der Erarbeitung seines Gesamtplans für die Förderung der Wissenschaften in der Bundesrepublik die Hochschulen prioritär behandelte und erst 1965 zur MPG Stellung nahm.[213] Die Empfehlungen des WR markierten dabei den vorläufigen Abschluss jenes Prozesses, in dem auch die Aufgaben und Profile der westdeutschen außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowohl untereinander als auch im Hinblick auf die Forschung an den Universitäten abgestimmt wurden. Für die MPG ging es also um ihre Positionierung im Gesamtfeld der staatlich organisierten Forschung jenseits der Industrie.[214]

Zwei zentrale Profilmerkmale der MPG sind zum Abschluss der Sondierung der zeitgenössischen Situation um 1958 etwas näher zu betrachten, da beide mit Beckers Vorschlag zur Institutsgründung thematisch wurden beziehungsweise auf den Prüfstand gerieten. Der erste betrifft die Kennzeichnung der MPG als Gesellschaft der Grundlagenforschung, der zweite ihr dominant naturwissenschaftlich geprägtes Profil.

1.) Den Bezug auf Grundlagenforschung hatte die MPG laut Balcar bereits seit ihrer Gründung zur »Kernbotschaft ihrer Außendarstellung« gemacht, obwohl die Forschung in ihren Instituten in den 1940er und frühen 1950er Jahren de facto noch auf das Engste mit anwendungsbezogenen Interessen, vor allem in Industrie und Landwirtschaft, gekoppelt war.[215] Zudem blieb im zentralen Beschlussorgan der MPG, dem Senat, wie schon zu Zeiten der KWG, die Spitzen aus der westdeutschen Industrie und Hochfinanz überdurchschnittlich vertreten, nachdem in einer kurzen Phase nach der Gründung seitens der MPG zunächst noch Konzessionen an die Siegermächte und an Erwartungen im In- und Ausland an eine Entflechtung gemacht worden waren.[216] Zurückzuführen ist die Betonung der Rede von der Grundlagenforschung konkret auf

---

212 Durch das »Königsteiner Staatsabkommen« vom 24. März 1949 regelten die Bundesländer die Finanzierung der MPG und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen jenseits der Hochschulen, die überregionale Bedeutung besaßen und deren Unterhalt die Finanzkraft einzelner Länder überstieg. Dazu gehörte zunächst die DFG (damals noch »Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft«) und eine Anzahl definierter, sogenannter »Königsteiner Institute«. In Bezug auf die Finanzierung der MPG trat der Bund schon ab 1956/57 inoffiziell mit substantiellem Mitteleinsatz in die Konstellation ein. Formell integriert wurde er erst im Rahmen des am 4. Juni 1964 geschlossenen »Verwaltungsabkommens zur Förderung von Wissenschaft und Forschung«– um den Preis der paritätischen Kostenübernahme durch den Bund. Die MPG wiederum hatte während des langjährigen Verhandlungsprozesses ihre Spielräume geschickt zu nutzen gewusst und insbesondere die Gewährung relativ großzügiger Modi der Haushaltsführung erreicht, die also eine vergleichsweise schwache Regulierung vorsahen. Vgl. vor allem Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 98–127, bes. 102–120, 126; Balcar, *Ursprünge*, 2019, Kapitel 5.2 und im Kontext der Finanzgeschichte der MPG Balcar, *Wandel*, 2020, 65–79.

213 Vgl. vor allem Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen.* Tübingen: Mohr 1960 und Wissenschaftsrat: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen.* [Bonn:] Bundesdruckerei 1962. Die Empfehlungen für die »Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen« publizierte der WR erst 1965. Siehe darin zur MPG: Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil III.1: Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen.* Tübingen: Mohr 1965, 31–36.

214 Vgl. zu den Typen und Sektoren westdeutscher organisierter Forschung Szöllösi-Janze, *Geschichte*, 1996, 1188.

215 Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 95–98, Zitat 95.

216 Vgl. die Untersuchung Balcars zur Zusammensetzung des Senats bis zur Satzungsänderung von 1951 und die »Momentaufnahme« der Mitglieder im Jahr 1972 Balcar, *Ursprünge*, 2019, 117–128; Balcar, *Wandel*, 2020, 202–206, Zitat

die Erfüllung einer Bedingung, welche die britische und vor allem die amerikanische Besatzungsmacht 1948 auf der Basis ihrer Einschätzung der eminent politischen Rolle der KWG im »Dritten Reich« prioritär und unumgänglich vor die Neubildung der KWG/MPG gesetzt hatten: Die künftige »Gesellschaft und jedes angeschlossene Institut soll von Industrie und Regierung unabhängig« sein.[217] Diese Verpflichtung schlug sich in der Satzung der MPG entsprechend prominent nieder. Dort wurde nach der Definition ihres Zwecks, der in der Wissenschaftsförderung, »insbesondere durch Unterhaltung von Forschungsinstituten« bestand (§1 Abs.1), die Unabhängigkeit der »Vereinigung freier Forschungsinstitute« von Staat und Wirtschaft verankert (§1 Abs. 2).[218] Damit war formell die Basis für die Zuordnung zur Grundlagenforschung als einem der Kernelemente des sich nach 1948 ausbildenden Selbstverständnisses der MPG gelegt und zugleich in wissenschaftspolitischer Hinsicht die Legitimation ihrer organisationalen Autonomie in der Bundesrepublik angebahnt.[219] Der von Balcar zu Recht als »diffus« bezeichnete Begriff der Grundlagenforschung gewann seiner Darstellung nach dann zwar auch in den kommenden Jahrzehnten in der MPG nie klare Kontur und Ansätze der sogenannten anwendungsbezogenen Forschung behielt in ihren Instituten ihren Platz. Der mit dem Diktum der Grundlagenforschung verbundene Anspruch sei aber ab Mitte der 1950er Jahre innerhalb der MPG internalisiert worden und neben dem Bezug auf wissenschaftliche Exzellenz »zum Markenkern der *Corporate Identity*« der MPG avanciert. Die Orientierung an der Grundlagenforschung diente demnach zum einen im Prozess der Gründung oder Aufnahme neuer Institute als eines der zentralen Entscheidungskriterien für die Inklusion beziehungsweise Exklusion, zum anderen im Rahmen des westdeutschen Forschungssystems als Profil- und Alleinstellungsmerkmal der MPG.[220] Zu ergänzen ist eine dritte identitätsstiftende, die vergangenheitspolitische[221] Funktion der Rede von der Grundlagenforschung. Denn bis in die

---

202. Eine zusammenhängende Untersuchung der Zusammensetzung des Senats und vor allem auch des Verwaltungsrats der MPG steht noch aus.

217 Zitat aus der 1948 geschlossenen Übereinkunft zwischen den zuständigen Fachleuten der britischen und US-Besatzungsbehörden, hier angeführt nach Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 444. Dazu auch Balcar, *Ursprünge*, 2019, 111.

218 Vgl. Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (1948). In: Eckart Henning und Marion Kazemi: *Chronik der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften unter der Präsidentschaft Otto Hahns (1946–1960).* Berlin: AMPG 1992, 135–143, hier 136 (§1 Abs. 1 und 2). Siehe zur Genese und Bedeutung der Satzung Balcar, *Ursprünge*, 2019, 111–116.

219 Vgl. zur zentralen Bedeutung der Wahrung der organisationalen Autonomie bereits für die KWG und zur Verflechtung entsprechend legitimierender Argumente mit vergangenheitspolitischen Motiven nach 1945 Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007, 1239–1242.

220 Vgl. Balcar, *Wandel,* 2020, 95–102, Zitate: 95, 96. Zur Klärung des Begriffs der »Grundlagenforschung« bezieht sich Balcar unter anderem auf Carola Sachse. Sie hat den Terminus im Rahmen einer international aufgespannten Begriffs- und Transfergeschichte anhand von Beispielen aus der Geschichte der MPG analysiert und das Konzept als semantisch fluide und kontextabhängig erwiesen. Vgl. Carola Sachse: Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 243–268.

221 Der Begriff der »Vergangenheitspolitik« wird hier in Anlehnung an Norbert Frei im kritischen Verständnis eines für die Anfänge der Bundesrepublik konstatierten politischen und gesellschaftlichen Komplexes einer »Bewältigung der frühen NS-Bewältigung« gebraucht. Vgl. Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit.* München: dtv 1999, 13.

1990er Jahre hinein diente sie erfolgreich dazu, bereits die KWG dem Typus einer Gesellschaft der Grundlagenforschung zuzurechnen und damit die Vorgeschichte der MPG zu entlasten.[222] Auf diesem Weg konnte die Arbeit der Institute der KWG als apolitische Tätigkeit ›reiner‹ Forschung verstanden und in Gegensatz zum politischen, ›ideologisch‹ getriebenen und gerade aufgrund dieser Zuschreibungen als wissenschaftsfeindlich dargestellten NS-Regime begriffen werden.[223]

Erahnbar wird in dieser kurzen Zusammenfassung einerseits die wachsende Bedeutung, den der Bezug auf die Grundlagenforschung für das Selbstbild der Forschenden in der MPG gewann. Andererseits wird die instrumentelle Dimension des Diktums von der Grundlagenforschung erkennbar, insbesondere wenn man davon ausgeht, dass sich die Abgrenzung von Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung nicht präzise begründen lässt und man die »Trennung zwischen beiden« mit Hachtmann als »Konstrukt« begreift.[224] Unter dem Strich ist Grundlagenforschung demnach als ein semantisch biegsames, aber gleichwohl realhistorisch wirkmächtiges Konzept zu begreifen, das aus historiographischer Sicht erst über die Untersuchung der konkreten Verwendung des Begriffs Kontur gewinnt. Beckers Skizze eines Instituts für Recht und Soziologie der Bildung ist ein solcher Anwendungsfall, der die in dem Begriff der Grundlagenforschung aufgehobenen Spannungen eigentlich unumgehbar in die Diskussion hätte bringen müssen. Denn betont wurde in dem Memorandum zwar die Neuheit des anvisierten sozialwissenschaftlichen Forschungstyps, die ihn als Grundlagenforschung kennzeichnete, zugleich aber war darin der Politik- und Praxisbezug von Forschung und Institut deutlich ausgeflaggt. Das skizzierte Institut lag damit einerseits auf einer Linie mit den angedeuteten kulturpolitischen Ambitionen wichtiger Führungspersönlichkeiten in der MPG. Andererseits barg eine solche Konzeption das Risiko, mit dem Prinzip der formellen Festlegung der Gesellschaft auf Grundlagenforschung in Konflikt zu geraten und die Aufmerksamkeit auf diesen Leitbegriff zu lenken.

2.) Aber bereits in Hinsicht auf das sozialwissenschaftliche Profil des geplanten Instituts war von Seiten der traditionell naturwissenschaftlich dominierten MPG mit Zurückhaltung zu rechnen. Hachtmann hat schon für die KWG vor 1933 auf ein starkes internes hierarchisches Gefälle insbesondere zwischen den natur- und technikwissenschaftlichen Instituten einerseits und den rechts-, kultur- und geisteswissenschaftlichen KWI andererseits hingewiesen.[225] Expli-

---

222 Dazu auch Balcar, *Wandel*, 2020, 95–96. Vgl. zur späten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der KWG/MPG zum Beispiel Rürup, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2013, 171.

223 Dieses vergangenheitspolitische Grundmuster ist inzwischen für die westdeutsche Wissenschaft insgesamt gut erforscht. Vgl. hier nur weiterführend den umfänglichen Forschungsbericht von Hachtmann und spezifischer seine diesbezügliche Untersuchung der Geschichte der KWG/MPG in der unmittelbaren Nachkriegszeit Hachtmann, *Wissenschaftsgeschichte*, 2008; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 56–59; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007, 1156–1168.

224 Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 56–57, Zitat 56.

225 Hachtmann bezeichnet die natur- und technikwissenschaftlichen Institute als »Kern« der KWG vor 1933, dem die Institute für Medizin, Anthropologie oder Psychiatrie, die agrarwissenschaftlichen Institute und das KWI für Arbeits-

zit sozialwissenschaftliche Institute waren damals noch nicht in der KWG vertreten. Für die anschließende Zeit des »Dritten Reichs« ist die Bedeutung der vergleichsweise wenigen rechts-, kultur- und geisteswissenschaftlichen Institute innerhalb der KWG allerdings noch kaum erforscht.[226] Gleiches gilt für die diesbezügliche Haltung der führenden Persönlichkeiten in der MPG in der Nachkriegszeit. Um hier nur punktuelle Hinweise zu geben: 1946 machte der Vorsitzende der Gründungsversammlung der MPG in Bad Driburg, der niedersächsische sozialdemokratische Staatsminister Adolf Grimme, der 1948 zu den MPG-Senatoren der ersten Stunde gehören sollte,[227] die geistige Krisenanfälligkeit der Deutschen für den »Zusammenbruch« mitverantwortlich. Daraus leitete er ab, dass es »besonders notwendig [wäre], daß [...die MPG] auch die Geisteswissenschaften in ihr Forschungsgebiet einbezöge« und sah darin sogar »eine große Aufgabe für die neue [Forschungs-]Gesellschaft«.[228] Diese Argumentation wurde in der MPG später aber offenbar nicht weiterverfolgt und kann daher möglicherweise allein dem kulturpolitischen Ansatz Grimmes zugerechnet werden. Eine generelle Stärkung der Geisteswissenschaften in der bundesdeutschen Forschung propagierte – mit anderer Argumentation – aber zum Beispiel auch Heisenberg während seiner Phase als Präsident des DFR und ebenfalls Butenandt 1956 in einem Prachtband zum Thema »Wissenschaft und Wirtschaft«. Beide rekurrierten dabei auf die Idee der »Einheit« der Wissenschaft.[229] Auf diese Leitvorstellung wird im Kontext

---

physiologie tendenziell gleichberechtigt angelagert gewesen seien. Inwieweit die Einschätzung zutrifft, dass die von Hachtmann so genannten rechts-, kultur- und geisteswissenschaftlichen Institute im Vergleich dazu »eher einen Wurmfortsatz« darstellten, bliebe noch genauer zu untersuchen. Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 69. Siehe zu den Rechts- und Geisteswissenschaften in der KWG bis 1933 überblicksweise Bernhard vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 17–162, hier 153–155 und Bernhard vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 197–355, hier 293, 299–306. Michael Stolleis' Auseinandersetzung mit den Geisteswissenschaften in der MPG hat eher programmatische Qualität: Michael Stolleis: Erinnerung – Orientierung – Steuerung. Konzeption und Entwicklung der »Geisteswissenschaften« in der Max-Planck-Gesellschaft. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Forschung an den Grenzen des Wissens. 50 Jahre Max-Planck-Gesellschaft 1948–1998. Dokumentation des wissenschaftlichen Festkolloquiums und der Festveranstaltung zum 50jährigen Gründungsjubiläum am 26. Februar 1998 in Göttingen.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, 75–92.

226 Vgl. entsprechend kritisch Ash, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 2010, 112–113.

227 Vgl. zur Person Grimmes, der ehemals persönlicher Referent des Vaters von Hellmut Becker gewesen und diesem 1930 im Amt des Preußischen Kultusministers nachgefolgt war, allerdings mit Einschränkungen im Bereich der historischen Kontextualisierung: Kai Burkhardt: *Adolf Grimme. Eine Biografie.* Köln: Böhlau 2007 und zu dessen Wahl als MPG-Senator Heinemann, *Wiederaufbau*, 1990, 447.

228 Zitate nach dem Protokollauszug der Gründungstagung vom 11. 9. 1946 bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 277. Dazu auch Rudolf Vierhaus: Einführung. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 3–13, hier 11.

229 Heisenberg plädierte unter anderem für die notwendige »Einheit« der Wissenschaft, aus angewandter Forschung, Grundlagenforschung und den Geisteswissenschaften. Butenandt beklagte, dass die »Geisteswissenschaften von den Naturwissenschaften im öffentlichen Ansehen stark zurückgedrängt worden« seien, sah voraus, dass jede »Verkümmerung von Teilen der Wissenschaft [...] sich verhängnisvoll auswirken« werde und bekannte sich zur »enge[n] Verbundenheit zwischen Geistes- und Naturwissenschaft«. Vgl. Werner Heisenberg: Die Rolle der Wissenschaften im öffentlichen Leben. In: Hellmut Eickemeyer (Hg.): *Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 an bis zum 15. August 1951 mit einem kurzen Abriß der Gründungsgeschichte und*

der biographischen Skizze Beckers und der Charakterisierung des Profils des Bildungsforschungsinstituts in seiner ersten Arbeitsphase zurückzukommen sein. Insgesamt deutet sich an, dass die fachliche Erweiterung der MPG in Richtung der »Geisteswissenschaften« unter ihren Führungspersönlichkeiten seit Gründung der Gesellschaft ein nicht unbedeutendes Thema war, wobei der Idee der »Einheit der Wissenschaften« möglicherweise eine programmatisch tragende Rolle zukam. Inwieweit dabei auch sozialwissenschaftliche Ansätze mitgedacht waren, wäre zu untersuchen, da diese im internen Sprachgebrauch der MPG in den 1950er und 1960er Jahren, aber auch noch deutlich darüber hinaus, vielfach unter den Begriff der »Geisteswissenschaften« subsumiert wurden. Die Geisteswissenschaftliche Sektion etwa wurde erst im Jahr 2004 in »Geistes-, Human- und Sozialwissenschaftliche Sektion« umbenannt.[230]

De facto waren in der MPG bis zur Mitte der 1950er Jahre nur ein kunsthistorisches und zwei rechtswissenschaftliche Institute vertreten, deren Gründung bereits auf die Zeit der KWG zurückging.[231] Wird die Rechtswissenschaft als textauslegende hermeneutische Wissenschaft begriffen,[232] setzten diese drei Institute im engeren Sinn geistes- und kulturwissenschaftliche Traditionslinien der KWG fort. Die Sozialwissenschaften fehlten hingegen auch nach 1945 noch ganz, sofern man die medizinisch-psychologischen Ansätze in der KWG/MPG und das 1912 in der KWG gegründete Institut für Arbeitsphysiologie nicht als sozialwissenschaftlich definiert.[233] Mangels Masse war auch im Bereich der Selbstverwaltungsorgane der MPG die Geisteswissenschaftliche Sektion des Wissenschaftlichen Rats erst im Oktober 1950 gebildet worden, während die zwei naturwissenschaftlichen Sektionen bereits seit 1948 bestanden.[234]

---

der Überleitungsarbeiten in die »Deutsche Forschungsgemeinschaft« *bis Ende 1952. Mit einem Vorwort von W. Heisenberg Präsident des DFR.* München: Oldenbourg 1953, 219–221; Adolf Butenandt: Sinn und Nutzen wissenschaftlicher Forschung. In: Metallgesellschaft AG (Hg.): *Wissenschaft und Wirtschaft.* Frankfurt am Main: Brönner 1956, 39–50, Zitate 49–50.

230 Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 805.

231 Es gab das MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das MPI für ausländisches und internationales Privatrecht und die Bibliotheca Hertziana – MPI für Kunstgeschichte. Vgl. zu den jeweiligen Institutsgeschichten im Überblick Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1 und 2, 2016, 142–162, 1337–1362, 1619–1645 sowie detaillierter und jeweils weiterführend Felix Lange: *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 1945–2002. Berlin: GMPG-Preprint 2020; Magnus, *Geschichte des Max-Planck-Instituts*, 2020 und demnächst Maria Teresa Costa: *Eine Geschichte der kunsthistorischen Institute der Max-Planck-Gesellschaft. Das Kunsthistorische Institut in Florenz (Max-Planck-Institut) und die Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte.* Berlin: GMPG-Preprint, im Erscheinen.

232 Vgl. dazu Jasper Kunstreich: Vorwort. In: Felix Lange: *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches und öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945–2002.* Berlin: GMPG-Preprint 2020, III–VIII, hier IV.

233 Vgl. zur Gründung des KWI für Arbeitsphysiologie Brocke, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich*, 1990, 153 und den Überblick zur Institutsentwicklung in KWG und MPG bei Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 91–108.

234 Im Februar 1948 war die Bildung einer Geisteswissenschaftlichen Sektion nicht möglich gewesen, da diese in der anglo-amerikanischen Zone noch keine Mitglieder hatte. Konstituiert wurden daher zunächst die Chemisch-Physikalisch-Technische (CPTS) und die Biologisch-Medizinische Sektion (BMS). Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 299.

1952 rückte die Frage der Ausweitung der MPG in den geisteswissenschaftlichen Bereich dann explizit auf die Tagesordnung. So setzte der Senat der MPG im Juli 1952 eine Kommission ein, welche »Überlegungen [... anstellen sollte,] wie die Tätigkeit der Max-Planck-Gesellschaft auf geisteswissenschaftlichem Gebiet mehr als bisher aktiviert werden kann«. Das Gremium, zu dessen Mitgliedern so einschlägige Persönlichkeiten wie Heisenberg, C. F. von Weizsäcker oder Grimme gehörten,[235] konzentrierte seine Tätigkeit dann allerdings bald auf den Plan zur Errichtung eines Geschichtsinstituts. Damit war letztlich die Entscheidung zugunsten der Arrondierung des bereits in der KWG angelegten geisteswissenschaftlichen Profils der Gesellschaft gefallen. Denn das im Ergebnis 1956 unter Leitung Heimpels gegründete Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen stellte zwar die erste Neugründung einer geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtung in der MPG dar. Sie konnte aber damals als »Wiedererrichtung« firmieren, und zwar in Anknüpfung an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Deutsche Geschichte, das in der Zeit von 1917 bis 1944 unter der Leitung von Paul Fridolin Kehr (1860–1944) in Berlin bestanden hatte.[236] Zur Annahme einer Politik der Arrondierung passt im Übrigen auch, dass ein Vorschlag für eine Institutsgründung von Seiten des Instituts für Sozialforschung durch die MPG negativ beschieden wurde.[237]

Auf dem Hintergrund der beschriebenen Profilmerkmale der MPG und der vorab skizzierten bildungspolitischen Kontexte wird jetzt zusammenfassend noch einmal deutlicher, warum die Eingabe von Beckers Gründungsvorschlag Mitte 1958 bei Generalsekretär Benecke zur rechten Zeit eintraf. In der Bundesrepublik öffnete sich damals ein bildungspolitisches Möglichkeitsfenster, dem auf Seiten der MPG beste Bedingungen entsprachen: Die Forschungsgesellschaft wusste sich in einer komfortablen materiellen Lage, obwohl vermutlich nur den weitsichtigsten Optimisten erahnbar war, dass sie sich tatsächlich am Beginn des Take-off zu einer geradezu eruptiven Expansionsphase befand. Sie sollte bis 1972 andauern und das Forschungsprofil der MPG besonders durch Institutsneugründungen und die Integration von Einrichtungen der Großforschung erheblich verändern.[238] Zugleich standen einige ihrer Führungspersönlichkeiten erweiterten Einflussnahmen der MPG im kulturpolitischen Raum offenbar aufgeschlossen gegenüber. Bereits erwähnt wurde, dass sich insbesondere der kommende Präsident der Gesellschaft, Adolf Butenandt, bereits seit 1953 als Mitglied des DA für Bildungsreformen engagiert hatte. Wie breit die Unterstützung zu dieser Zeit in den Spitzenzirkeln der MPG war, zei-

---

235 Protokoll der 14. Sitzung des Senates vom 17. 7. 1952 in Königstein (Taunus), AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 14.SP, fol. 213. Vgl. zum Gründungsprozess vor allem Rösener, *Max-Planck-Institut für Geschichte*, 2014, 24–37 und Schöttler, Ära Heimpel, 2017, 5–9.

236 Vgl. Schöttler, Ära Heimpel, 2017, 5–16, Zitat 5. Schöttler zitiert den Begriff der »Wiedererrichtung« aus dem zeitgenössischen Sprachgebrauch in der MPG, der zum Beispiel auch in die Satzung des MPIG Eingang gefunden hatte.

237 Nach Vorsondierungen hatte Max Horkheimer (1895–1975) der MPG wohl Ende 1953 den Vorschlag unterbreitet, der Frankfurter Einrichtung ein MPI zu assoziieren, das sich mit der Geschichte der deutschen Sozialbewegungen befassen sollte. Siehe dazu den kurzen Passus bei Albrecht, Vom Konsens der 50er, 1999, 155.

238 Neue Forschungsrichtungen waren zum Beispiel die (Radio-)Astronomie und extraterrestrische Physik (Space Sciences), die biophysikalische Chemie, die Festkörperforschung oder die Plasmaphysik, auf deren Gebiet sich zugleich der Trend zu Großforschungszentren spiegelte. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 23 und Balcar, *Wandel*, 2020, 85–94, 106–133.

gen zudem die erwähnten Schreiben Beckers und des Verwaltungsratsmitglieds und BASF-Managers Wurster an Benecke. Mit den dort genannten Persönlichkeiten Weizsäcker, Heimpel, Heisenberg, Hess und Dölle wird nicht nur ein beeindruckender Unterstützerkreis in der MPG sichtbar, sondern mit der Beteiligung Wursters auch der Rückhalt von Seiten eines einflussreichen Wirtschaftsvertreters in der Forschungsgesellschaft.

Dem Erfolg einer Gründung standen allerdings ebenso schwergewichtige Hindernisse entgegen: Die Sozialwissenschaften stellten in der traditionsbetonten MPG eine Neuheit dar und neben den Anspruch auf Grundlagenforschung trat in der Institutskonzeption nicht nur ganz unverhüllt das Ziel der Anwendungsorientierung. Darüber hinaus wurde auch eine nationale politische Zielsetzung sogar als eigentliche Wirkungsabsicht plakatiert. Vor allem aber ein Grund hätte die Aufnahme des geplanten Instituts schlicht verhindern müssen: Beckers fehlende akademische Meriten. In einer Gesellschaft, die sich in der Tradition einer beeindruckenden Reihe von Nobelpreisträgern verstand und ihre Institutsdirektoren und Wissenschaftlichen Mitglieder entsprechend auswählte, hätte ihn das chancenlos machen müssen. Wer war also der Mann, der es riskieren konnte, ohne selber promoviert zu sein, der angesehensten außeruniversitären Forschungsgesellschaft Westdeutschlands einen im Gestus des Kulturpolitikers gehaltenen Plan für ein Forschungsinstitut vorzulegen und dies, noch dazu im Postskriptum, mit der erheblichen Mittelforderung von jährlich einer Million DM zu versehen?

2.1.4 Der Antragsteller Hellmut Becker: eine Persönlichkeit »gegen die Regel« der MPG? – Zu Herkunft, Karriere, Beziehungsnetzen, Mythen und offenen Fragen

Um es noch einmal unmissverständlich auf den Punkt zu bringen: Das fehlende akademische Profil Beckers hätte die Institutsgründung in der MPG eigentlich ohne Wenn und Aber ausschließen müssen. Denn dieser Mangel sprach nicht nur auf der Ebene des in der MPG ausgeprägten Traditionsempfindens gegen eine Aufnahme. Vor allem verhielt er sich diametral zum Harnack-Prinzip, verstieß also gegen das identitätsstiftende organisationale Leitprinzip der MPG, das die Gründung neuer Institute seit den Zeiten der KWG programmatisch regulierte. Wie bereits dargelegt, wurden Institutsgründungen demnach um einen hervorragenden Wissenschaftler veranlasst (in jüngerer Zeit auch um Wissenschaftlerinnen), im Vertrauen darauf, dass dieser nachfolgend, auf Basis der gewährten gleichfalls hervorragenden Ressourcenausstattung und hohen Freiheitsgraden die jeweilige Forschung auf internationalem Spitzenniveau entwickeln würde.[239] Die zeitgenössische Bedeutung dieses Personalprinzips unterstreicht

239 Vgl. dazu zum Beispiel Rudolf Vierhaus: Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip. Mythos und Realität. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip.* Berlin: De Gruyter 1996, 129–144; Laitko, *Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation*, 1996 und Hubert Laitko: Das Harnack-Prinzip als institutionelles Markenzeichen: Faktisches und Symbolisches. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 135–194. Siehe zur Thematik mit einem gendersensiblen Ansatz zudem Birgit Kolboske: *Hierarchien. Das Unbehagen der Geschlechter mit dem Harnack-Prinzip. Frauen in der Max-Planck-Gesellschaft.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2022.

exemplarisch, dass Butenandt, inzwischen Präsident der MPG, es im Sommer 1961 an symbolischem Ort, bei der 50-Jahrfeier der MPG/KWG, in »Treue« zu den Gründungsprinzipien der KWG als unverändert geltendes »leitende[s] Strukturprinzip« der MPG bezeichnete.[240] Wohl im Hinblick auf die bei Becker in dieser Hinsicht bestehende eklatante Diskrepanz bezeichnet der Soziologe Karl Ulrich Mayer (geb. 1945), einer der späteren Direktoren am MPIB,[241] den Gründungsdirektor in seinem Nachruf als »ein unkonventionelles Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft«. Dabei scheint allerdings das Harnack-Prinzip um seinen Kerngehalt gebracht, wenn behauptet wird, dass Becker dieses »par excellence« verkörpert hätte, bei ihm aber zugleich »– gegen die Regel – die Persönlichkeit gegenüber der Gelehrtenrolle deutlich dominierte«.[242] Die Frage nach der »Persönlichkeit« Beckers, die ihm »gegen die Regel« Anfang der 1960er Jahre in einem in der MPG wohl einmaligen Fall den Zugang zu dieser Forschungsgesellschaft eröffnete, ist zum Verständnis der Institutsgründung zentral und macht zudem einige der nachfolgenden Entwicklungen der Einrichtung besser verständlich. Allerdings muss bei einem Antwortversuch derzeit noch überwiegend auf die in der Einleitung der Arbeit angesprochenen Desiderata der Forschung verwiesen werden. Obwohl besonders eine wissenschaftliche Biographie Beckers noch aussteht, sollen im Folgenden seine Herkunft und vor allem sein Karriereweg immerhin skizziert werden, um den Ursachen seines erfolgreichen Zugangs zur MPG auf dieser Basis nachfolgend anhand der Darstellung einiger besonders wichtiger Beziehungsnetze Beckers nachzugehen. Die an dieser Stelle unumgängliche Grobzeichnung wird dabei riskiert, um Erklärungen anzubieten, vor allem aber, um gewisse Mythen um den Gründungsdirektor zumindest anzeigen zu können und diese nicht in die Geschichte des Instituts einzulagern.

Herkunft und Karriereweg bis zum Ende der 1950er Jahre: Hellmut Becker, der 1913 in Hamburg in eine Familie mit zwei älteren Geschwistern geboren wurde und Kindheit und Jugend ab dem dritten Lebensjahr in der Reichshauptstadt verbrachte, absolvierte sein Abitur 1931 am humanistischen Arndt-Gymnasium in Berlin-Dahlem.[243] Aufgrund von plötzlich auftretenden, von

---

240 Der Begriff »Harnack-Prinzip« fiel in der Rede noch nicht, stattdessen verwies Butenandt auf das »leitende Strukturprinzip, nach dem die Institute – nach Harnacks Worten – ›um den bedeutenden Forscher herum‹ gebildet werden«. Vgl. Adolf Butenandt: Über den Standort der Max-Planck-Gesellschaft im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Ansprache in der Festversammlung der Gesellschaft in Berlin am 8. Juni 1961. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1911–1961. Beiträge und Dokumente.* Göttingen MPG 1961, 3–19, Zitate 19, 8.

241 Auf die Berufung des empirisch arbeitenden Soziologen und späteren Wissenschaftsmanagers Karl Ulrich Mayer in die MPG und auf seine Arbeit am MPIB wird vor allem im Ausblick der vorliegenden Arbeit eingegangen werden. Vgl. an dieser Stelle zunächst zur Person Walter Müller: Laudatio (zur Verleihung der Ehrensenatorenwürde an Professor Dr. Dr. h. c. Karl Ulrich Mayer am 8. Mai 2015). In: Bernd Engler (Hg.): *Universitätsreden 2015/2016.* Tübingen: Eberhard Karls Universität 2017, 11–23; Erwin K. Scheuch: Laudatio auf Hansgert Peisert, Max Kaase und Walter Müller. In: Jan van Deth (Hg.): *Von Generation zu Generation.* Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen 2002, 32–42, hier 38. Mayers Schriften sind umfänglich in der vom MPIB gepflegten Bibliographie gelistet, die über die personalisierte Suche der Instituts-Homepage zugänglich ist. Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Publikationen von Karl Ulrich Mayer.* https://www.mpib-berlin.mpg.de/publikationen-des-instituts/publikationssuche. Zuletzt aufgerufen am 21. 7. 2021.

242 Karl Ulrich Mayer: Hellmut Becker. 17. 05. 1913–16. 12. 1993. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* 2 (1994), 168–169, Zitate 169.

243 Vgl. Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 2–13.

Becker im Nachhinein psychosomatisch gedeuteten Krankheiten hatte er seine Schulzeit weder, wie ursprünglich vorgesehen, gemeinsam mit Georg Picht unter Anleitung eines Privatlehrers noch im Landschulheim Schloss Salem verbringen können, wo er letztlich nur als Siebenjähriger ein Trimester lang lernte.[244] Reformpädagogische Ansätze in der Ausprägung der Landerziehungsheimbewegung[245] gehörten gleichwohl zum Fluidum der Familie Becker. Besonders Kurt Hahn (1886–1974), der Salem 1919 mit dem badischen Thronfolger Max von Baden (1867–1929) gegründet hatte und auch nach 1945 zu den prägenden Persönlichkeiten der Reformpädagogik gehörte, zählte zu den »Familienfreunden«[246] und Hellmut Becker blieb ihm dessen Lebzeiten hindurch verbunden.[247] Bereits an diesen exklusiven kulturellen und pädagogischen Kontexten wird deutlich, dass der Sohn von beiden Elternteilen her eine hervorragende gesellschaftliche Ausgangsposition besaß. Beckers Mutter Hedwig Schmid (1884–1971) stammte aus einem vermögenden Geschlecht Augsburger Privatbankiers, das mit schwäbischen Industriellenfamilien engen Verkehr pflegte. Der Vater Carl Heinrich Becker (1876–1933) kam aus dem vor allem in Hessen ansässigen Finanz-, Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, war aufgrund seines Erbes finanziell unabhängig und erarbeitete sich eine einflussreiche Position als Begründer der deutschen Islamwissenschaft.[248] Öffentlich bekannt und wirksam wurde C. H. Becker

---

244 Becker erinnert sich im Gespräch mit Hager an die Absicht seiner Eltern und der Mutter Pichts (Greda Curtius, 1889–1972), dass er gemeinsam mit Picht auf dem damals noch in Privatbesitz befindlichen Birklehof in Hinterzarten im Schwarzwald von einem Hauslehrer (Joseph Liegle, 1893–1945) hätte erzogen werden sollen. Er hätte auf diesen Plan dann mit »einer schweren Erkrankung reagiert«, so dass das Vorhaben aufgegeben worden sei. Auch beim zweiten Aufenthalt Beckers in Salem 1925 erkrankte er und wurde von der Privatschule genommen. Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 81; Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 10–11 und zum ersten Besuch in Salem Hellmut Becker: Kurt Hahn zwischen Kindern und Erwachsenen. In: Hermann Röhrs (Hg.): *Bildung als Wagnis und Bewährung. Eine Darstellung des Lebenswerkes von Kurt Hahn.* Heidelberg: Quelle & Meyer 1966, 98–101, hier 98.

245 Reformpädagogische Ansätze in Deutschland begannen sich parallel zur und in Überlagerung mit der Jugendbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts vielgestaltig und in unterschiedlicher Programmatik auszuprägen. Zur Geschichte dieser Ansätze liegt eine umfangreiche Fachliteratur vor. Vgl. für die hier relevanten Traditionsstränge zum Beispiel die ausführliche, auf die LEH und die Zeit nach 1945 fokussierte Studie von Brachmann sowie die grundlegende Arbeit von Baader: Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015 und Meike Sophia Baader: *Erziehung als Erlösung. Transformationen des Religiösen in der Reformpädagogik.* Weinheim: Juventa 2005. Siehe zudem in allgemeiner und internationaler Perspektive mit weiterführender Literatur die Beiträge in Till-Sebastian Idel und Heiner Ullrich (Hg.): *Handbuch Reformpädagogik.* Weinheim: Beltz 2017; daraus bes. Karen Werner und Bernd Dühlmeier: Zur Rezeption der Reformpädagogik nach 1945. In: Till-Sebastian Idel und Heiner Ullrich (Hg.): *Handbuch Reformpädagogik.* Weinheim: Beltz 2017, 174–190; David Tyack und Larry Cuban: *Tinkering Toward Utopia. A Century of Public School Reform.* Cambridge, MA: Harvard University Press 1995 und Rita Hofstetter und Bernard Schneuwly: Contrasted Views of New Education on Knowledge and Its Transformation. Anticipation of a New Mode or Ambivalence? *Paedagogica Historica* 45/4–5 (2009), 453–467.

246 Das Zitat stammt von Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 189. Hahn emigrierte 1933 in das Britische Königreich, wo er 1934 im Norden Schottlands in Gordonstoun die »*British Salem School*« gründete, die später unter anderem Prince Charles besuchte. Vgl. zu Hahn, mit Schwerpunkt auf dessen *Outward-Bound*-Konzept (Erlebnispädagogik) mit weiterer Literatur die gut lesbare, allerdings bewusst autobiographisch geprägte und historiographisch nicht durchgängig tragfähige Arbeit eines Picht-Schülers: Hans-Peter Heekerens: *100 Jahre Erlebnispädagogik – Rück-, Rund- und Ausblicke.* Großmannsdorf bei Würzburg: ZKS Verlag 2019. E-Publikation: https://zks-verlag.de/wp-content/uploads/Heekerens_Erlebnisp%C3%A4dagogik_ebook.pdf. Zuletzt aufgerufen am 15. 2. 2020. Zu Gordonstoun siehe den Festband Henry Lloyd Brereton: *Gordonstoun. Ancient Estate and Modern School.* Edingburgh: Chambers 1968.

247 Wie Becker noch 1966 in einer Festschrift für Hahn erinnert, pflegten beide »durch fünfundvierzig Jahre [hindurch …] in neuen Abschnitten seiner und meiner Entwicklung« regelmäßig den Austausch. Becker, *Hahn*, 1966, 98.

248 Vgl. zu den jeweiligen Familien unter anderem Ulf Morgenstern: »Bildungsbecker« und »Liberaler Feuerkopf«. Hellmut Becker (1913–1993). In: Ulf Morgenstern und Kristina Michaelis (Hg.): *Kaufleute, Kosmopoliten, Kunstmäzene. Die Gelnhäuser Großbürgerfamilien Becker und Schöffer.* Hamburg: Am Goldenen Fluss 2013, 106–113 und Peter Fassl: Die Bankiersfamilie Schmid – Finanziers der Augsburger Industrie im 19. Jahrhundert. In: Rainer A. Müller (Hg.): Unternehmer – Arbeitnehmer. München: Oldenbourg 1985, 123–128 sowie Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 76.

aber vor allem über seine Tätigkeit in der Schul- und Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik. Seit 1916 war er auf der alten Position Althoffs im preußischen Kultusministerium tätig, ab 1919 als Staatssekretär, 1921 und von 1925 bis 1930 als parteiloser Kultusminister in drei Kabinetten.[249] Damit stand der Sohn in den genealogischen Linien zweier kapitalstarker und machtgewohnter, nahezu aristokratisch anmutender Familienzweige, die im deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik zur schmalen großbürgerlichen Spitzengruppe innerhalb des Wirtschafts- und Bildungsbürgertums gehörten.[250] Sein rechtswissenschaftliches Studium nahm Hellmut Becker 1931 in Freiburg auf und setzte es zum Sommersemester 1933 in Berlin fort. Im Herbst 1933 wechselte er dann zu einem der führenden Rechtswissenschaftler des »Dritten Reichs«, dem Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber (1903–1990)[251] an die Universität Kiel, wo sich damals mit der »Kieler Schule« ein Verbund tonangebender NS-Rechtswissenschaftler zu etablieren begann.[252] 1935 absolvierte Becker die Erste Juristische Staatsprüfung und leistete zwischen 1935 und 1936 knapp ein Jahr Militärdienst.[253] Im November 1936 setzte er in Kiel seine wissenschaftliche Laufbahn – inzwischen als Assistent Hubers – fort und folgte ihm in

---

249 Vgl. zu C. H. Beckers wissenschaftlichem Werdegang und besonders zu seiner Wissenschafts- und Hochschulpolitik grundlegend Guido Müller: *Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930.* Köln: Böhlau 1991; zu den Karrierestationen ab 1916 bes. 135–141, 225–234 sowie, einem generationsgeschichtlichen Ansatz folgend und die Nähe C. H. Beckers zum George-Kreis herausarbeitend Carola Groppe: *Die Macht der Bildung. Das deutsche Bürgertum und der George-Kreis 1890–1933.* 2. Auflage. Köln: Böhlau 2001, 535–560.

250 Siehe zu den stratifikatorischen Kategorien zum Beispiel Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges.* München: C. H. Beck 1995, 712–772. Der Eliteforscher Michael Hartmann kommt unter einer im Vergleich zu Wehler restriktiveren Fassung des Begriffs des Wirtschaftsbürgertums zu dem Ergebnis, dass der Anteil des gehobenen Bürgertums (Wirtschafts- und Bildungsbürgertum) für das Jahr 1933 bei etwa 2,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung lag. Das »Großbürgertum« stellte die schmale Spitzengruppe in dieser eigentlichen gesellschaftlichen Oberschicht dar. Vgl. Michael Hartmann: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft.* Frankfurt am Main: Campus 2002, 34–41, hier 35–36, 39–40.

251 Vgl. zu Huber in der Zeit des »Dritten Reichs« zum Beispiel Ewald Grothe: »Strengste Zurückhaltung und unbedingter Takt«. Der Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber und die NS-Vergangenheit. In: Eva Schumann (Hg.): *Kontinuitäten und Zäsuren. Rechtswissenschaft und Justiz im* »Dritten Reich« *und in der Nachkriegszeit.* Göttingen: Wallstein 2008, 327–348. Zur Beziehung von Becker und Huber vgl. Ulf Morgenstern: »Philosophie und Vaterland«. Ernst Rudolf Huber und Hellmut Becker. In: Ewald Grothe (Hg.): *Ernst Rudolf Huber. Staat – Verfassung – Geschichte.* Baden-Baden: Nomos 2015, 71–99.

252 Vgl. zur Kieler Universität im NS-Regime die Beiträge in Christoph Cornelißen und Carsten Mish (Hg.): *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus.* Essen: Klartext 2009 und zur Rechtswissenschaft Jörn Eckert: Die Kieler Rechtswissenschaftliche Fakultät – »Stoßtruppfakultät«. In: Heribert Ostendorf und Uwe Danker (Hg.): *Die NS-Strafjustiz und ihre Nachwirkungen.* Baden-Baden: Nomos 2003, 21–55.

253 Vgl. Fragebogen des Staatskommissariats für Politische Säuberungen vom 5. 12. 1945/G. Militärdienst: Spruchkammerakte Hellmut Becker, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007. Ich danke Regine Lockot für unser Gespräch über Becker und die Überlassung von Archivmaterialien, die ihrer Studie zur Nach-/Geschichte der Psychoanalyse in der Zeit des Nationalsozialismus zugrunde lagen. Regine Lockot: *Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus.* Frankfurt am Main: Fischer 1985.

dieser Position 1937 nach Leipzig.[254] Im gleichen Jahr war Becker in die NSDAP eingetreten[255] und schon länger Mitglied in der Deutschen Studentenschaft (1933–1935), der Reichsdozentenschaft (1936–1939), dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK, 1935–1937) und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV, 1936–1937).[256] Seine juristische Ausbildung wurde im Zuge der Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg unterbrochen und Becker gehörte seit Frühjahr 1940 zum Gebirgs-Jäger-Regiment 99 der 1. Gebirgs-Division, die als Elite-Einheit galt und auch an der Ostfront zum Einsatz kam.[257] Bislang kaum rezipiert wurde in diesem Zusammenhang Beckers rückblickende Schilderung gegenüber dem israelischen Wissenschaftshistoriker Yehuda Elkana, zu dem sich seit den 1970er Jahren eine Freundschaft entwickelt hatte und von der Elkana erst 2012 berichtete. Demnach war Becker während seiner Militärzeit mit den Körpern erschossener Juden konfrontiert worden und hätte dadurch – so Elkana – »vom Holocaust erfahren«.[258] Ob sich Becker mit dieser Erinnerung auf das Pogrom und die nachfolgenden Morde der deutschen Einsatzkommandos in Lwów/Lemberg im Sommer 1941 bezog, ist mit

---

254 Personalunterlagen zu Becker sind weder in dem Kieler noch in dem Leipziger Universitätsarchiv überliefert. Aus den Kieler Assistentenakten belegen aber zwei Schreiben des Dekans der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, dass Becker dort seinen Vertrag im November 1936 unterzeichnete und zum 30. 9. 1937 als Fakultätsassistent ausschied. Aus der Spruchkammerakte ist zudem zu entnehmen, dass er den 1937 im Amtsgericht in Bordesholm begonnenen Vorbereitungsdienst bis 1939 auf mehreren Stationen in Leipzig fortsetzte. Vgl. Der Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an den Herrn Kurator der Universität, Kiel, 20. 11. 1936, LASH, Abt. 47, Nr. 1106; Der Dekan der der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an den Herrn Kurator der Universität, Kiel, 2. 10. 1937, LASH, Abt. 47, Nr. 1672 sowie die Angaben in dem undatierten, von Becker unterzeichneten »Zusätzliche[n] Fragebogen für Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte« der französischen Militärverwaltung, der dem allgemeinen Fragebogen als Anlage beigefügt war: Spruchkammerakte Hellmut Becker, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007. Ich danke Dr. Jörg Rathjen vom Landesarchiv Schleswig-Holstein für die Unterstützung bei der Recherche.

255 Dass Becker Pg. war, wurde öffentlichkeitswirksam durch Raulff bekannt (seine Studie »Kreis ohne Meister« erschien zuerst 2009). Seliger wies dann 2016 darauf hin, dass Beckers Falschangabe in seinem sogenannten Entnazifizierungsbogen bereits bei einer Routineüberprüfung während der Nürnberger Prozesse aufgefallen, von alliierter Seite aber nicht sanktioniert worden war. Vgl. Raulff, *Kreis*, 2012, 403 und Seliger, *Politische Anwälte?*, 2016, 107–109.

256 Spruchkammerakte Hellmut Becker, Fragebogen des Staatskommissariats für Politische Säuberungen vom 5. 12. 1945// C. Tätigkeiten in NSDAP Hilfsorganisationen, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007.

257 Vgl. zur 1. Gebirgsdivision vor allem Hermann Frank Meyer: *Blutiges Edelweiß. Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg*. Berlin: Ch. Links 2008 und das gut sichtbare Edelweiß-Abzeichen der Division an Beckers sogenannter »Bergmütze« auf der Porträt-Fotografie in Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 20. Dass die Verwendung des Begriffs der »Elite« in diesem Kontext nicht unproblematisch ist, zeichnet Jens Westemeier am Beispiel der Diskussion über die Historiographie zur Waffen-SS nach. Die Debatte steht ihrerseits exemplarisch für die verschärft seit Mitte der 1990er Jahre wissenschaftlich wie journalistisch und seit einiger Zeit auch in den sozialen Medien geführten Kontroversen um die Deutung der Geschichte der Wehrmacht und anderer deutscher kämpfender Verbände im Zweiten Weltkrieg. Vgl. Jens Westemeier: »So war der deutsche Landser« – Wehrmachtsbilder von 1945 bis heute. In: Jens Westemeier (Hg.): »*So war der deutsche Landser... «. Das populäre Bild der Wehrmacht*. Paderborn: Schöningh 2019, 1–26, hier 16–21.

258 Laut Elkana lernte er Becker im Jahr 1974 kennen und beide wurden allmählich, »trotz aller Unterschiedlichkeit sehr enge Freunde«. Becker vertraute Elkana dann unter anderem an, während seiner Wehrmachtszeit »vom Holocaust erfahren« zu haben, als ihn SS-Leute zu einem Ort mit »Leichen von Juden« gebracht hätten, »die gerade erschossen worden waren«. Wie Elkana weiter berichtet, habe ihm Becker vermittelt, »entsprechend entsetzt und aufgewühlt« gewesen zu sein. Während der Genesungszeit nach seiner 1941 erhaltenen Kriegsverletzung habe er dann um die Entlassung aus der Armee ersucht, »um sein Doktorat an der Universität Straßburg zu machen«. Elkana erinnert, dass er Becker für diese Entscheidung – nach einem solchen Erlebnis ausgerechnet an die Reichsuniversität (»die Nazi-Universität«), im besetzten Elsass und zu Huber (»einem Nazi«) zu gehen –, auf das Schärfste kritisiert hätte. »Aber auch das«, so Elkanas Einschätzung, »gehörte zu seinem [Beckers] Opportunismus und er hielt es nicht weiter für begründungsbedürftig«. Vgl. Yehuda Elkana: *Leben in Kontexten. Life in Contexts*. Herausgegeben von Reinhart Meyer-Kalkus. Berlin: Wissenschaftskolleg 2015, 43–44, Zitate 44.

dem Bericht zwar wahrscheinlicher geworden, muss aber derzeit weiter offen bleiben.[259] Unabhängig davon ist bemerkenswert, dass Becker im privaten Gespräch mit Elkana nicht nur diese Zeugenschaft, sondern auch seine NSDAP-Mitgliedschaft nicht verschwieg. Dies wurde in der Forschung bislang durchgängig angenommen.[260] Im Herbst 1941 wurde Becker schwer verwundet, schied 1943 aus dem Kriegsdienst im Rang eines Unteroffiziers aus[261] und nahm seine juristische Laufbahn umgehend wieder auf. Erneut folgte er Huber, diesmal an die im November 1941 von den deutschen Besatzern im Elsass gegründete Reichsuniversität Straßburg (RUS).[262] Als Reichsuniversität besaß diese eine herausgehobene Position unter den Hochschulen des NS-Regimes, beste Finanzierung und einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Professoren, die der SS und ihren Gliederungen angehörten. In Bezug auf die Ordinarien und Dozenten wählte man streng aus, wenngleich nicht in jedem Fall strikt weltanschaulich gebunden.[263] Becker erhielt auf Vermittlung Hubers vom nationalsozialistischen »Bund der Freunde der Reichsuni-

---

259 Die Anwesenheit Beckers in Lemberg zur Zeit des Pogroms ist in der Forschung umstritten, lässt sich aber auch unter Einbeziehung des Berichts von Elkana nicht klären. Sicher ist, dass das Gebirgs-Jäger-Regiment, in dem Becker Dienst tat, am 30. Juni 1941 in beziehungsweise vor Lemberg befand und dort bis zum 4. Juli 1941 stationiert blieb. In dieser Zeit wurden schwere Massaker an den Jüdinnen und Juden begangen, die sich damals in Lemberg aufhielten. Dazu zählt ein von deutscher Seite angestacheltes und gebilligtes Pogrom der ukrainischen Miliz und von Zivilisten, welche ihre Opfer nach einer bewusst in diese Richtung weisenden Hetze für zuvor vom Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD) begangene Morde in der Stadt verantwortlich machten. Danach rückten die berüchtigten deutschen Einsatzkommandos zu ihrem Tötungswerk ein. Vgl. zur Anwesenheit Beckers in Lemberg zum Beispiel Rohstock in Britta Behm und Anne Rohstock: Loyalität. Zur verdeckten Regulierung von Denk-Bewegungen in wissenschaftlichen Feldern. Eine Sondierung am Beispiel der Geschichte westdeutscher Bildungsforscher. In: Isabell van Ackeren, Helmut Bremer, Fabian Kessl, Hans Christoph Koller, Nicolle Pfaff, Caroline Rotter, Dominique Klein et al. (Hg.): *Bewegungen. Beiträge zum 26. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.* Opladen: Barbara Budrich 2020, 51–70, hier 60–61. Siehe zum Regiment Beckers in diesem Kontext vor allem Meyer, *Blutiges Edelweiß*, 2008, 30–46, 52–65 und zur Geschichte des Pogroms unter anderem Hannes Heer: Einübung in den Holocaust: Lemberg Juni/Juli 1941. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 5 (2001), 409–427; Grzegorz Rossoliński-Liebe: Der Verlauf und die Täter des Lemberger Pogroms vom Sommer 1941. Zum aktuellen Stand der Forschung. *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 22 (2013), 207–243 sowie die auch methodisch beeindruckende Studie von Philippe Sands: *Rückkehr nach Lemberg. Über die Ursprünge von Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine persönliche Geschichte.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer 2018.

260 Elkana stellt fest: »Ich war wohl damals einer der wenigen, denen er gestanden hat, dass er Mitglied in der Hitler-Partei gewesen ist«. Elkana, *Leben in Kontexten*, 2015, 44. Vgl. exemplarisch für die Behauptung des »strikt[en]« lebenslangen Schweigens von Becker über seine Parteimitgliedschaft noch jüngst Hofmann, *Marion Dönhoff*, 2019, Zitat 324 oder Breidecker, *Beschweigen*, 2020, 22.

261 Die Entlassung aus der Wehrmacht erfolgte laut Beckers Angaben im Fragebogen des Staatskommissariats für Politische Säuberungen vom 5. 12. 1945 im Abschnitt »G. Militärdienst« 1943. Dort ist auch der Rang angegeben. Vgl. Spruchkammerakte Hellmut Becker, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007 sowie zur Verwundung Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 21.

262 Becker war über Hubers Vermittlung als Assistent an der rechtswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät tätig. Vgl. Herwig Schäfer: *Juristische Lehre und Forschung an der Reichsuniversität Straßburg 1941–1944.* Tübingen: Mohr Siebeck 1999, 69; Gundalena von Weizsäcker: Damals in Straßburg. In: Hellmut Becker, Gerold Becker und Jürgen Zimmer (Hg.): *Lust und Last der Aufklärung. Ein Buch zum 80. Geburtstag von Hellmut Becker.* Weinheim: Beltz 1993, 119–124, hier 120.

263 Vgl. dazu die Diskussion über die Einordnung der RUS als »SS-Universität« bei Frank-Rutger Hausmann: Wissenschaftsplanung und Wissenschaftslenkung an der Reichsuniversität Straßburg (1940–1944). In: Noyan Dinçkal, Christoph Dipper und Detlev Mares (Hg.): *Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im »Dritten Reich«.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2010, 187–230, hier 215–216, Zitat 215. Siehe dort auch weitere Literatur zur Geschichte der RUS sowie dazu jüngst die Beiträge in Jan Bürger, Ulrich Nolte und Martial Staub (Hg.): *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2: Jenseits von Straßburg (2021). Ich danke Fabian Link für den Hinweis auf das Themenheft. Vgl. zum repressiven deutschen Besatzungsregime im Elsass vor allem Lothar Kettenacker: *Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1973.

versität Straßburg« ein im Frühjahr 1943 beginnendes Jahresstipendium.[264] Schon im Januar desselben Jahres hatte er seine Zweite Juristische Staatsprüfung abgelegt.[265] Letztlich blieb er allerdings ohne Promotion.[266] In Straßburg wohnte Becker im Haus seines Jugendfreundes Carl Friedrich von Weizäcker, der an der RUS seit Sommer 1942 den Lehrstuhl für theoretische Physik vertrat,[267] und konnte an der Universität auch Studienfreunden aus Leipzig, wie dem Soziologen Helmut Schelsky begegnen, der dort im Sommersemester 1943 eine Lehrstuhlvertretung wahrnahm.[268] Zwischen ehemaligen Leipzigern und dem Lehrkörper der RUS gab es eine auffällig hohe personelle Kontinuität, die der Historiker Gerhard Schäfer mit der Bemerkung quittierte, dass die »Reichsuniversität von Leipzigern geradezu überfüllt war (E. R. Huber, W. Stach, H. Heimpel, C. F. v. Weizäcker, H. Schelsky)«.[269] Mit Heimpel[270] und Weizsäcker gehörten dabei im Übrigen zwei der späteren drei Unterzeichner des offiziellen Antrags zur Einrichtung eines Bildungsforschungsinstituts in der MPG zu dem Straßburger wissenschaftlichen Zirkel Beckers. Und auch der Soziologe Arnold Gehlen war in Straßburg – privat – bei den Hubers zu Gast und erörterte mit dem Rechtswissenschaftler wohl schon im Angesicht der drohenden Niederlage »amerikanische Soziologie«.[271] Becker verließ das Elsass im September 1944, nachdem die Landung der Alliierten in der Normandie Anfang Juni, die Bombardierungen der Stadt und die Ver-

---

264 Becker gab in seinem sogenannten Entnazifizierungsbogen für 1943 ein »Jahresstipendium vom Bund der Freunde der Univ. Straßburg« in Höhe von 3.000,- Reichsmark an. Auf die Vermittlung durch Huber haben Grothe und Morgenstern hingewiesen. Vgl. Spruchkammerakte Hellmut Becker, Fragebogen des Staatskommissariats für Politische Säuberungen vom 5. 12. 1945/Abschnitt F. Einkommen, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007; Ewald Grothe und Ulf Morgenstern: Volksbewusstsein im Schatten Stalingrads. Ein Kommentar. *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2 (2021), 14–20, hier 17. Zum Bund der Freunde siehe zum Beispiel Angelika Uhlmann: »Der Sport ist der praktische Arzt am Krankenlager des deutschen Volkes«. Wolfgang Kohlrausch (1888–1980) und die Geschichte der deutschen Sportmedizin. Dissertation, Universität Freiburg 2004. E-Publikation 2004: https://freidok.uni-freiburg.de/data/1590. Zuletzt aufgerufen am 19. 12. 2022, 194–199 und Hausmann, *Wissenschaftsplanung*, 2010, 227–228.

265 Vgl. die Angabe im »Zusätzliche[n] Fragebogen für Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte« der französischen Militärverwaltung: Spruchkammerakte Hellmut Becker, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007.

266 Singer und Frevert geben an, dass Becker »ein Promotionsstipendium für Schwerverwundete« erhielt, aber ohne Doktortitel blieb. Vgl. Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 21, 26; siehe auch Raulff, *Kreis*, 2012, 476.

267 Vgl. zum Beispiel Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 21–23 und Weizsäcker, *Damals in Straßburg*, 1993, 119–120.

268 Vgl. Gerhard Schäfer: Soziologie als politische Tatphilosophie. Helmut Schelskys Leipziger Jahre (1931–1938). *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 39/222 (1997), 645–665, hier 660. Mit dem Hinweis G. Schäfers auf die Wahrnehmung der Lehrstuhlvertretung in Straßburg durch Schelsky wird die Darstellung von Herwig Schäfer leicht korrigiert, der noch 1999 davon ausging, dass Schelsky trotz seiner Berufung auf das dortige Extraordinariat für Soziologie und Staatsphilosophie am 1. 7. 1943 »in Straßburg [...] nie gewirkt« hätte, da er bereits seit 1939 als Soldat in der Wehrmacht kämpfte. Vgl. Schäfer, *Juristische Lehre*, 1999, 114.

269 Vgl. Gerhard Schäfer: Hans Freyer und die Soziologie in Leipzig. In: Hansgünter Meyer (Hg.): *Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*. Berlin: Akademie Verlag 1992, 481–498, hier 489. Mit »W. Stach« ist der Historiker und Altphilologe Walter Stach gemeint.

270 Heimpel wechselte 1941 an die Reichsuniversität. Er war weder Mitglied in der NSDAP, der SA oder der SS und hat sich nach 1945 trotz weiter aufrecht erhaltener Beziehungen zu belasteten ehemaligen Straßburger Kollegen mit Zugehörigkeiten zur SS und dem RSHA als einer der wenigen Historiker öffentlich mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt. Vgl. dazu zum Beispiel Rösener, *Max-Planck-Institut für Geschichte*, 2014, 40–42 und Schöttler, Ära Heimpel, 2017, 12–16. Siehe zu Heimpels Zeit in Straßburg kritisch Frank Rexroth: Die Halkyonischen Tage. Professor Heimpel zwischen Zauber und Alb. *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2 (2021), 21–32.

271 Vgl. dazu Raulff, der sich für den Bericht über Gehlens Besuch auf die von Huber Ende 1944/Anfang 1945 verfassten »Straßburger Erinnerungen« stützt. Vgl. Raulff, *Kreis*, 2012, 476 und weiterführend zu Biographie und Werk Gehlens Heike Delitz: *Arnold Gehlen*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2011.

legungen wissenschaftlicher Einrichtungen die deutschen Besatzer*innen an der Reichsuniversität in weiten Teilen bereits zum Rückzug in reichsdeutsches Kerngebiet veranlasst hatten.[272] Nach einer Zwischenstation im schwarzwäldischen Hinterzarten bei Georg Picht, der für Becker zusammen mit Weizsäcker den engsten, zeitlebens stabilen Freundeszirkel bildete,[273] zog der mittlerweile liierte Jurist etwa 140 Kilometer südöstlich, in das heute in Baden-Württemberg gelegene Kressbronn am Bodensee. Dorthin war seine Mutter bereits 1933, nach dem Tod des Vaters übergesiedelt und der Sohn hatte hier seinen Familiensitz begründet.[274] Die Weizsäckers lebten ganz in der Nähe, auf einem etwa eine halbe Fahrradstunde entfernt liegenden Gut in Lindau, wohin die Kinder der Familie schon Anfang Juni 1944 in relative Sicherheit gebracht worden waren.[275] Auch die Hubers und die Familie Heimpel kamen in der weiteren Nachbarschaft, im Ferienanwesen der Heimpels in Falkau, südlich von Hinterzarten zwischen Titisee und Schluchsee unter.[276]

Wie die Auswertung von Beckers sogenanntem Entnazifizierungsbogen und weiterer Unterlagen zeigt, verfolgte er seine juristische Karriere nach der bedingungslosen Kapitulation 1945 stringent weiter. Sobald es die Regularien der französischen Besatzer erlaubten, ging er eine Tätigkeit als Anwalt und Strafverteidiger so zügig wie erfolgreich an. Direkt nach Kriegsende hatte er seine Zulassung beantragt und führte dann, späteren Angaben von November 1946 zufolge, in Kressbronn eine »umfangreiche Rechtsanwaltspraxis« als »zurzeit [...] einziger Anwalt im Kreis Tettnang-Friedrichshafen«, wobei er zudem »als Verteidiger vor den Gerichten der Militärregierung weit über den Bereich des Kreises hinaus tätig« wurde.[277] Als juristischer Beistand fungierte er seiner Beschreibung nach vor allem für Unternehmen und Personen aus der deutschen Großindustrie. Auch wenn bei diesen Angaben zu berücksichtigen ist, dass Becker zum Zweck der endgültigen Zulassung darum bemüht war, das Bild einer möglichst florierenden Praxis zu zeichnen, sprechen doch die angeführten Klienten für sich. Zu die-

---

272 Vgl. aus Beteiligtensicht zum Beispiel Weizsäcker, *Damals in Straßburg*, 1993, 123–124.

273 Vgl. zu dieser »enge[n] Freundschaft«, die laut Becker mit Picht seit 1928, mit Weizsäcker seit 1933 bestand: Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 79–83, Zitat 83. Die Familien Picht, Becker und Weizsäcker waren bereits in der Elterngeneration Hellmut Beckers freundschaftlich, familiär und professionell miteinander verbunden. Georg Pichts Vater Werner zum Beispiel arbeitete im Ministerium C. H. Beckers im Referat für Erwachsenenbildung. Verheiratet war er mit Greda Curtius, laut H. Becker »eine alte Bekannte« seiner Eltern. Der Schwager des Ehepaars wiederum war Viktor von Weizsäcker, den H. Becker während der Zeit der Nürnberger Prozesse näher kennengelernt und der ihn mit der Psychoanalyse bekannt gemacht hätte. Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 80–81, Zitat 81; Hellmut Becker: Wie ich Pädagoge wurde. Einige autobiographische Fragmente. In: Werner Wiater (Hg.): *Mit Bildung Politik machen. Autobiographisches zum schwierigen Verhältnis von Bildungspolitik und Pädagogik*. Stuttgart: Metzler 1991, 57–68, hier 59 sowie dazu unter anderem Martin Wein: *Die Weizsäckers. Geschichte einer deutschen Familie*. München: Knaur 1991, 365–366.

274 Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 76–77 und Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 189.

275 Vgl. Weizsäcker, *Damals in Straßburg*, 1993, 123.

276 Vgl. Ernst Rudolf Huber: Straßburger Erinnerungen. *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2 (2021), 5–13, hier 11–13 und Raulff, *Kreis*, 2012, 476.

277 Becker teilte dies dem Staatskommissariat für die politische Säuberung in Reutlingen im November 1946 mit. Er war damals noch vorläufig zugelassen. Vgl. Hellmut Becker an Herrn Ministerialrat Künzel, Staatskommissariat für die politische Säuberung, Kressbronn, 18. 11. 1946 in: Spruchkammerakte Hellmut Becker, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007.

sen gehörten etwa die Dornier-Werke und die Maybach Motorenbau GmbH oder auch Hans Boden (1893–1970), der in Weimar hoher Beamter im Reichsfinanzministerium, im »Dritten Reich« Finanzchef der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft (AEG) und Wehrwirtschaftsführer, nach Kriegsende erneut Leiter der Finanzabteilung, Vorstandsvorsitzender der AEG und einer der Wirtschaftsmagnaten der Bundesrepublik war.[278] Ganz auf dieser Linie liegend, aber sicher auch in Verbundenheit zu seinem Freund C. F. von Weizsäcker, übernahm Becker dann 1947 in Nürnberg die Verteidigung des ehemaligen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt des »Dritten Reichs« Ernst von Weizsäcker im sogenannten Wilhelmstraßenprozess.[279] Ein mehr oder minder beabsichtigter Nebeneffekt war es, dass Becker durch seine Verteidigerrolle in Westdeutschland auf ein Niveau öffentlicher Sichtbarkeit katapultiert wurde, das ihm nach späterem Bekunden »die Rückkehr in die Normalpraxis schwer möglich« machte.[280] Auch der nachfolgende juristische Einsatz für die Kriegsverbrecher Martin Sandberger (1911–2010) und Otto Ohlendorf (1907–1951), die für Massenmorde in den baltischen Ländern und an der Ostfront verantwortlich waren, muss letztlich in der Serie professioneller Strafverteidigungen gesehen werden, die 1945 begann.[281]

Neben dieser Art anwaltlicher Tätigkeit legte Becker von Kressbronn aus in der frühen Nachkriegszeit zwei weitere Schwerpunkte an, von denen ihn einer bis hin zur Position des Gründungsdirektors des Bildungsforschungsinstituts führen sollte. Nicht weiter verfolgt wird hier sein erstes Engagement: Er setzte sich in Verbundenheit zu Viktor von Weizsäcker (1886–1957), dem Onkel Carl Friedrichs und Pichts, und zu dessen Doktoranden Alexander Mitscherlich (1908–1982) für die Etablierung einer bestimmten Form psychoanalytischer Ansätze in der Bun-

---

278 Vgl. zu den genannten Klienten Beckers, zu denen auch der Tuchfabrikant Max Hasselbach sowie die Unternehmen Johannes Kauffmann (eine Bettfedernfabrik) und Escher-Wyss (eine Kältemaschinenfabrik) gehörten, Beckers Angaben im »Zusätzliche[n] Fragebogen für Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte« in: Spruchkammerakte Hellmut Becker, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007. Vgl. zur Person Bodens die Darstellung bei Munzinger, in der die Zeit des »Dritten Reichs« allerdings ausblendet ist: »Boden, Hans C.«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1971. http://www.munzinger.de/document/00000003419. Zuletzt aufgerufen am 1. 9. 2021. Siehe zu Bodens Rolle im Kontext der Beschäftigung jüdischer Zwangsarbeiter*innen durch die AEG im NS-Regime Benjamin B. Ferencz: *Less than Slaves. Jewish Forced Labour and the Quest for Compensation.* Cambridge, MA: Harvard University Press 1979, 106–127, bes. 113–115 und zu seiner Position als Wehrwirtschaftsführer mit gebotener Vorsicht Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland und Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.): *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft.* 2. Auflage. Berlin: Staatsverlag der DDR 1965, 49.

279 Der Wilhelmstraßenprozess war einer der zwölf Prozesse, die bis 1949 in Nachfolge des 1945/1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof geführten Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses ebenfalls in Nürnberg stattfanden, allerdings vor US-amerikanischen Militärgerichten. Die offizielle Bezeichnung lautete »The United States of America vs. Ernst von Weizsäcker, et al.«. Im Deutschen wurde die Bezeichnung als »Wilhelmstraßenprozess« gängig, gewählt nach dem Namen der Straße, an der in Berlin das Auswärtige Amt sowie weitere Ministerien und NS-Dienststellen ihren Sitz hatten. Im Englischen lief der Prozess auch unter der Bezeichnung »The Ministries Trial«. Vgl. dazu überblicksweise Annette Weinke: *Die Nürnberger Prozesse.* München: C. H. Beck 2006, 91–98 und spezieller zu den Nachfolgeprozessen und zur Frage ihres Erfolgs Frank M. Buscher: *The U. S. War Crimes Trial Program in Germany, 1946–1955.* New York, NY: Greenwood Press 1989.

280 Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 123.

281 Vgl. mit weiterer Literatur Rohstock in Behm und Rohstock, *Loyalität*, 2020, 61–63. Schon Conze et al. wiesen auf die Erfahrungen Beckers hin, die er in Verfahren vor französischen Militärgerichten hatte sammeln können. Siehe Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, *Das Amt*, 2010, 406.

desrepublik ein. Dies stand auch im Kontext des maßgeblich von Viktor v. Weizäcker begründeten Anliegens, Wege zu einer »anderen Medizin« (Geisthövel), einem ganzheitlich orientierten Ansatz, zu eröffnen und diesen in der Bundesrepublik zu institutionalisieren.[282]

Prägend für Becker wurde aber vor allem sein zweites Engagement im pädagogischen und kulturpolitischen Bereich, in das er nicht nur sein juristisches Wissen und Können, sondern auch seine familiäre Mitgift, die Aura des Ministersohns und seine Persönlichkeit im vollen Umfang seiner Fähigkeiten und Intentionen einbringen sollte. Am Anfang stand die rechtliche Beratung des seit Januar 1946 von Picht geleiteten reformpädagogischen Landerziehungsheims Schule Birklehof,[283] das von Hahn 1932 noch vor seiner Emigration nach Schottland als Schwesternschule Salems gegründet worden war.[284] Im Kuratorium des elitären Birklehof trafen sich nicht zufällig alte Bekannte wie C. F. von Weizsäcker, Hahn oder der Staatsrechtler und sozialdemokratische Politiker Carlo Schmid (1896–1979) und dass dort auch Kinder der Familien Butenandt und Heimpel zur Schule gingen, sei nur angemerkt.[285] Das eigentliche Sprungbrett für die nachfolgende Umstellung von Beckers anwaltlicher Tätigkeit auf eine primär kulturell orientierte Praxis hin stellte 1949 die Übernahme einer halben Stelle als Syndikus bei der »Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime« dar. Becker hatte diesen Posten bei dem im Sommer 1947

---

282 Für sich selbst lehnte Becker eine Analyse ab, trotz des Drängens der Deutschen Gesellschaft für Psychotherapie und Tiefenpsychologie (DGPT), für die er Anfang der 1950er Jahre die Rechtsberatung übernahm. Er engagierte sich aber nachdrücklich für die Etablierung einer psychoanalytischen Richtung, wie sie von Mitscherlich vertreten wurde. Laut Becker hatte er Mitscherlich im Herbst 1945 auf einer exklusiven Diskussionsveranstaltung in Salem kennengelernt. Wohl annähernd parallel zu seiner Tätigkeitsaufnahme am IfS wurde Becker Justitiar bei der 1949 gegründeten DGPT (V. v. Weizsäcker war deren erster Präsident). Zusammen mit Mitscherlich, Adorno, Horkheimer und anderen wirkte Becker dann auf die 1959 erfolgte Gründung des »Instituts und Ausbildungszentrums für Psychoanalyse und Psychosomatik« in Frankfurt hin. Mitscherlich leitete es von 1960 bis 1976, ab 1964 unter dem Institutsnamen Sigmund-Freud-Institut (SFI). Zusammen mit seinem Doktorvater setzte sich Mitscherlich zudem für die Akzeptanz der Psychosomatik ein und leitete ab April 1950 in Heidelberg die erste an einer Universitätsklinik institutionalisierte psychosomatische Abteilung. Vgl. Hellmut Becker: Freiheit, Sozialismus, Psychoanalyse. Anmerkungen zu Begegnungen mit Alexander Mitscherlich von einem Nichtanalysierten. In: Hellmut Becker und Carl Nedelmann: *Psychoanalyse und Politik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1983, 11–33, bes. 13, 23. Siehe zum Verhältnis von Mitscherlich zu V. v. Weizsäcker und zu seiner Beziehung zum IfS zum Beispiel Martin Dehli: *Leben als Konflikt. Zur Biographie Alexander Mitscherlichs*. 2. Auflage. Göttingen: Wallstein 2007, 90–107, 166–175, 226–244 sowie Alexa Geisthövel und Bettina Hitzer: Gezeiten der Anerkennung. Streben nach Wissenschaftlichkeit meets Wissenschafts- und Gesellschaftskritik. In: Alexa Geisthövel (Hg.): *Auf der Suche nach einer anderen Medizin. Psychosomatik im 20. Jahrhundert*. Berlin: Suhrkamp 2019, 179–200.

283 Im November 1949 wurde mit Beckers Unterstützung der Verein Schule Birklehof e. V. gegründet. Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 139 u. 147/Anm. 34.

284 Picht hatte am Birklehof bereits während seines Studiums zwischen 1940 und 1942 unterrichtet; er leitete die Schule bis 1955. Der Neffe des Besitzers des Birklehofs war Klaus von Bismarck (1912–1997). Er arbeitete dort zeitweilig als Lehrer und unterzeichnete gemeinsam mit Becker, Picht, Weizsäcker, Heisenberg und anderen das Tübinger Memorandum. Später wurde er Intendant des WDR und Senator der MPG. Vgl. dazu Bergmann, *Diskussion*, 2002, 106–107; Teresa Löwe: Georg Picht – Vom Birklehof zur Bildungsoffensive. *Neue Sammlung* 44/4 (2004), 517–528, hier: 520; Löwe, *Vorgeschichte*, 2003, 68–69 und Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, bes. 54, 139–140, 149.

285 Vgl. zu den Kindern der Heimpels und Butenandts am Birklehof zum Beispiel Hartmut von Hentig: *Mein Leben – bedacht und bejaht. Schule, Polis, Gartenhaus*. München: Hanser 2007, 21, 24, 250–251 und Löwe, *Picht*, 2004, 528. Auf den Forschungsbedarf zur Rolle der elitären LEH als »Stifter von Netzwerken« wurde bereits in der Einleitung der vorliegenden Arbeit unter Hinweis auf eine entsprechende Beobachtung von Axel Schildt eingegangen. Siehe Schildt, *Medien-Intellektuelle*, 2021, 43.

gegründeten Dachverband der Landerziehungsheime auf Empfehlung Pichts hin erhalten.[286] Seitdem konzentrierte er seine Arbeit schwerpunktmäßig auf zwei Bereiche: das freie und Privatschulwesen sowie die Erwachsenenbildung. Im Hinblick auf die Privatschulen setzte sich Becker seit Anfang der 1950er Jahre höchst erfolgreich für deren staatliche Anerkennung und finanzielle Sicherung ein, unter anderem im Verbund mit dem Juristen und zeitweiligen Professor an der HIPF Hans Heckel (1904–1991), von dem noch zu hören sein wird.[287] Von diesen Interventionen profitierten nicht zuletzt die LEH-Internatsschulen, wobei eines der zentralen Argumente für ihre staatliche Unterstützung darin bestand, dass in diesen exklusiven Räumen fernab der Städte reformpädagogische Modelle weitgehend frei von behördlichen Reglements entwickelt werden könnten, um den für dringlich erachteten Umbau des staatlichen Schulwesens anzuleiten. Zum Zweiten engagierte er sich in der und für die Erwachsenenbildung, vor allem für das Volkhochschulwesen.[288] Seine juristische und beratende Tätigkeit flankierte Becker seit Anfang der 1950er Jahre durch diverse feuilletonistische Beiträge. Programmatisch war besonders ein im Dezember 1954 im *Merkur* erschienener Artikel, in dem er im Kern den »Neuaufbau[...] unseres Bildungssystems« in Reaktion auf das Leben in einer »verwaltete[n] Welt« forderte. Im Fokus stand dabei – im Einklang mit der Klientel der Landerziehungsheime –[289] die Frage der Bildung der »künftige[n] Elite« und die Argumentation für möglichst selbstbestimmt agierende Schulen, die von behördlichen Vorgaben weitestgehend befreit sein sollten.[290]

---

286 Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 39–52, 146–151.

287 Vgl. zur Person: Rudolf Vierhaus (Hg.): »Heckel, Hans«. Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE). Bd. 4. 2. Auflage. München: Saur 2008, 539 und zum juristischen Einsatz für den Privatschulbereich Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 149–150, 229/Anm. 129.

288 Beckers Tätigkeit im Kontext der LEH und besonders im 1947 gegründeten Dachverband ist von Jens Brachmann ausführlich untersucht. Sein Einsatz im Bereich der Erwachsenenbildung und Volkshochschulbewegung wird dort ebenfalls thematisiert, steht zur vertieften Erforschung aber noch aus. Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, bes. 202–234.

289 Siehe zur zeitgenössischen Sozialstruktur der LEH zum Beispiel den Inspektionsbericht von Minna Specht (1879–1961), der nach 1945 ersten Leiterin der Odenwaldschule. Sie war bis 1960 zugleich im Vorstand des Dachverbands der LEH, von 1952 bis 1960 als dessen Vorsitzende. 1952 kam sie nach einer Rundreise in den LEH zum Ergebnis, dass die »gesellschaftliche Zusammensetzung der Schüler [...] naturgemäß weitgehend auf wohlhabende Eltern beschränkt« sei. Vgl. Minna Specht: Zusammenfassung meines Berichts über den Besuch in den Landerziehungsheimen (1952). In: Jens Brachmann: *Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal. Die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947–2012.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2015, 545–551, Zitat 547 und zur Person Spechts zum Beispiel Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 105, 114–127.

290 Vgl. Hellmut Becker: Die verwaltete Schule (1954). Gefahren und Möglichkeiten. *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 41/2 (1993), 129–147, Zitate 130, 131. Die Diagnose der verwalteten Welt lehnte Becker zwar explizit an Adorno an (ebd., 131). Als Referenz böte sich aber auch die Auseinandersetzung Hans Freyers mit den Topoi von Industriegesellschaft und Technik an, die sein Werk durchgängig prägte und die er in seiner einflussreichen, 1955 erschienenen Zeitdiagnose dann im Kontext der Denkfigur der »Sekundären Systeme« weiterentwickelte. Vgl. Hans Freyer: *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt [1955] 1956, 79–93, bes. 100–107 und zur Verortung dieser Topoi in werkimmanenter Perspektive Üner, *Soziologie*, 1992, 75–78 sowie zum Vergleich beispielsweise Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Eugen Kogon: Die verwaltete Welt oder: Die Krisis des Individuums. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften. Bd. 13: Nachgelassene Schriften 1949–1972.* Herausgegeben von Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt am Main: Fischer [1950] 1989, 121–142.

Becker erreichte es dann in rasantem Tempo, sich nicht nur für die genannten Bereiche, sondern für vielfältige Fragen des Bildungs- und Kulturbereichs in Westdeutschland als Experte einen Namen zu machen und in Schlüsselpositionen relevanter Verbände aufzurücken. Im Privatschulbereich wurde er schon 1952 erster Vorsitzender der von ihm initiierten, bundesweit tätigen »Arbeitsgemeinschaft der Verbände gemeinnütziger Schulen« und war damit laut dem Bildungshistoriker Jens Brachmann, als noch nicht einmal Vierzigjähriger, zum »Cheflobbyisten aller deutschen Privatschulen« aufgestiegen.[291] Seine Wirkmächtigkeit sollte er dann noch einmal verstärkt im Bereich der LEH entfalten: 1963 gelangte Becker in den Vorstand des Dachverbands, amtierte ab 1969 für annähernd 25 Jahre als Vorstandsvorsitzender (1969–1993) und avancierte laut Brachmann zum unbestrittenen »LEH-Patriarch[en]«.[292] Aber auch im Bereich der Erwachsenenbildung hatte Becker zügig eine zentrale Position erlangt, als er 1956 in der Nachfolge Theodor Bäuerles (1882–1956) zum Präsidenten des Deutschen Volkshochschulverbands (DVV) gewählt wurde. Dieses Amt sollte er bis 1974 innehaben und danach noch über zehn Jahre als Vorsitzender des Kuratoriums der »Pädagogischen Arbeitsstelle« des DVV tätig sein.[293]

Neben diesen beiden Schwerpunkten vertrat und beriet Becker noch eine ganze Bandbreite von kulturellen, auch wissenschaftlich orientierten Organisationen – gleichfalls unter dem Diktum, in der »verwalteten Welt« kulturelle Freiräume erhalten und stärken zu wollen. Zu seiner Klientel gehörten etwa die Zoologische Station Neapel, die deutschen Ingenieurschulen oder die Geschwister-Scholl-Stiftung.[294] Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang abschließend Beckers Tätigkeit als Justiziar für das IfS in Frankfurt am Main seit den frühen 1950er Jahren.[295] Die sich daraus entwickelnden engen Verbindungen zu Vertretern und Ansätzen der »Kritischen Theorie« der ersten und zweiten Generation – Jürgen Habermas trat im Februar 1956 als Assistent Adornos in das IfS ein –[296] führen mitten in die Vorgeschichte der Beantragung eines eigenen Forschungsinstituts in der MPG. Diese begann 1946 in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit der rechtlichen Beratung des Birklehofs und ist, wie in der Einleitung erwähnt, bislang

---

291 Von ihren Mitgliedern her wies die Arbeitsgemeinschaft ein breites Spektrum auf, von den anthroposophisch geprägten Waldorfschulen und der AG Evangelischer Schulbünde bis zur AG katholischer Klöster. Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 126, 140, 148, 214–215, Zitat 214.

292 Vgl. zu Beckers Vorstandstätigkeit, deren Interpretation Brachmann eng an die These der Übernahme eines väterlichen Erbes bindet, Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 105–106, 164–234, Zitat 289. Siehe zur Deutung Beckers und seiner Position im Dachverband in der aktuellen bildungshistorischen Debatte zum Beispiel den *Review*-Essay von Behm, *Die deutsche Reformpädagogik*, 2016.

293 Vgl. zum Beispiel Becker, *Pädagoge*, 1991, 59; Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 250 und Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 208, 441.

294 Vgl. Becker, *Pädagoge*, 1991, 58–59, Zitat 58; Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 249. Auch in diesem Bereich übernahm Becker umgehend wichtige Positionen und wurde beispielsweise im Juli 1952 Mitglied im Beirat der AG Deutscher Wohltätigkeits-, Erziehungs- und Kulturstiftungen. Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 112.

295 Vgl. zur Arbeit Beckers am IfS die in der Einleitung gegebenen Hinweise auf die Forschungsliteratur.

296 Vgl. zu Habermas' Wechsel nach Frankfurt zum Beispiel Stefan Müller-Doohm: *Jürgen Habermas. Leben, Werk, Wirkung.* Berlin: Suhrkamp 2008, 24. Siehe zu Geschichte und Ansätzen der »Kritischen Theorie« die Angaben zur Forschungsliteratur in der Einleitung der vorliegenden Arbeit.

kaum erforscht. Auch die Rekonstruktion der Beziehungen Beckers zum IfS und sein Versuch, in den 1950er Jahren im Kontext der DGS Fuß zu fassen und die Etablierung der Bildungssoziologie zu fördern, steht zur Forschung noch aus.[297] Unter dem Strich hatte Becker seine Anwaltspraxis seit 1949 jedenfalls in kürzester Zeit fast gänzlich auf den kulturellen Tätigkeitsbereich umgestellt und übte diese Arbeit aus, bis er sie 1963 zugunsten seiner Position als Direktor des Instituts für Bildungsforschung einem Nachfolger übergab.[298]

Ursachen für den Erfolg – Beckers Herkunft, Fähigkeiten und »Beziehungsnetze«: Fragt man nun noch einmal nach den Ursachen für den erfolgreichen Zugang Beckers zur MPG, dürfte unübersehbar sein, welche große Rolle hierfür neben seinem Geschlecht auch seine Herkunft spielte. So war der Ministersohn, um mit Pierre Bourdieu anzusetzen,[299] von beiden Elternteilen her mit mehr als ausreichendem ökonomischen Kapital versehen.[300] Dieses mochte jenseits des Einsatzes für die existentielle Versorgung auch in eine habituelle Grundsicherheit und in eine angstfreie Nonchalance im Umgang mit den in der MPG erforderlichen großen Summen konvertierbar gewesen sein.[301] Noch wichtiger aber war für den Zugang zur MPG Beckers Ausstattung mit einem immens hohen kulturellen und sozialen Kapitalstock. Besonders zentral dürfte im Bereich des kulturellen Kapitals dabei die habituelle Passung, umgangssprachlich der Stallgeruch, gewesen sein. Mit diesem Kapital war Becker im Alltag des großbürgerlichen Steglitzer Haushalts von Kindesbeinen an im Sinne einer sich unbemerkt vollziehenden »sozialen Vererbung«[302] ausgestattet worden.[303] Das machte sich nicht nur in dem quasi instinktiven Wissen um die spezifischen Erkennungsmerkmale und in der unwillkürlichen Fähigkeit zur Einpassung bemerkbar, zum Wohlfühlen und der unbewussten Erfüllung erwarteter Verhaltensnormen im Umgang mit Angehörigen seiner Schicht, besonders im spezifischen Milieu der KWG.[304] Letztlich spielte darüber hinaus vermutlich auch eine Art archaisches dynastisches Momentum, die Anerkennung der Position des Amtsträgers und des Erben des um die KWG

---

297 Vgl. zu Beckers Engagement in der DGS die in der Einleitung der vorliegenden Arbeit skizzierte Literaturübersicht.

298 Vgl. Becker, *Pädagoge*, 1991, 58; zum Nachfolger Beckers Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 228/Anm. 127.

299 Die folgende Darstellung orientiert sich theoretisch an grundlegenden Denkfiguren der Differenz- und Feldtheorie des französischen Soziologen. Vgl. dazu die entsprechenden Hinweise in der Einleitung der vorliegenden Arbeit.

300 Das familiäre Vermögen etwa in Form von Grundstücken oder Immobilien kann hier nicht eruiert werden, war aber angesichts der Besitzungen in Berlin und später in Kressbronn offenbar nicht unerheblich. Einen Hinweis gab Becker in seinem Spruchkammerverfahren selbst. Für die Jahre 1933 bis 1936 und für 1944 ist im Fragebogen des Staatskommissariats für Politische Säuberungen vom 5. 12. 1945 im Abschnitt F. (Einkommen) notiert, dass er neben anderen Einkünften von eigenem Kapital gelebt hätte. Vgl. Spruchkammerakte Hellmut Becker, LABW, StAS, Wü 13 T2 Nr. 2016/007.

301 Vgl. zur Form des ökonomischen Kapitals Bourdieu, *Kapital*, 2015, 49–53 und 70–75.

302 Bourdieu, *Kapital*, 2015, 57.

303 Vgl. dazu zum Beispiel die Schilderungen in Hellmut Becker: Berlin: Künstlich, unmittelbar und frei. In: Hellmut Becker: *Widersprüche aushalten. Aufgaben der Bildung in unserer Zeit.* Herausgegeben von Frithjof Hager. München: C. H. Beck [1987] 1992, 245–249.

304 Becker erinnerte etwa, dass er seinen Vater auf einer Veranstaltung der KWG im Harnack-Haus »über das Erbe der Antike im Orient und Okzident« habe sprechen hören. »Max Planck führte den Vorsitz«. Becker, Berlin, 1992, 247. Vgl. zum Milieu der KWG Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 23–59.

verdienten Ministers eine Rolle, also das, was Bourdieu als »Institutionalisiertes Kulturkapital« bezeichnet.[305] Denn bisher ist kaum beachtet worden, dass schon Beckers Vater in seinen Funktionen im preußischen Ministerium enge Beziehungen zur KWG gepflegt hatte.[306] Selbst als dieser nach seiner Entlassung 1930 wieder das Ordinariat für Orientalistik an der Berliner Universität vertrat, blieb er mit der KWG verbunden, war als einer der Staatskommissare[307] Mitglied des Senats und amtierte auf der eigens für ihn geschaffenen Position eines Dritten Vizepräsidenten im Verwaltungsausschuss der KWG, dem damaligen Leitungsgremium der Gesellschaft. Das preußische Kultusministerium hatte ihn allerdings ursprünglich im Amt des Präsidenten sehen wollen. Gewählt wurde stattdessen Max Planck (1858–1947).[308]

Noch einmal wirkmächtiger war das von Becker bis 1958 akkumulierte »soziale Kapital«,[309] das ebenfalls zu einem Gutteil in seiner Herkunft angelegt war. Symptomatisch ist dafür eine Kindheitserinnerung, wonach Bekannte und Freunde des Vaters aus leitenden Kreisen der Berliner Politik und Kultur, des Wissenschafts- und Wirtschaftslebens im Haus der Familie ein- und ausgingen und der junge Becker diese »schon in einem Alter persönlich kennen[lernte], in dem man sonst kaum ihren Namen weiß«.[310] Allerdings gehört es gemäß Bourdieu zur Bedingung der Wirksamkeit des sozialen Kapitals, es auch aktivieren zu können. So realisierte sich der »Multiplikatoreffekt« beim Zugang zu »aktuellen und potentiellen Ressourcen«,[311] der durch die Zugehörigkeit zu einem dauerhaften »Beziehungsnetz« und der dort eingebundenen Personen in Aussicht gestellt wird, allein über die geleistete »Beziehungsarbeit« mittels beständiger Austauschakte. Diese reziproken Verbindlichkeiten, die in einer Gruppe institutionalisiert werden und diese damit erst konstituieren, können dabei materieller oder immaterieller Art sein. Voraussetzung für die Aktivierung des latent vorhandenen sozialen Kapitals ist jedoch die

---

305 Vgl. Bourdieu, *Kapital*, 2015, 61–63, Zitat 61.

306 Vgl. zu C. H. Beckers Beziehungen zur KWG bislang die Angaben in Brocke, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik*, 1990, bes. 205– 206, 211, 335–339, 344–347; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 97, 141, 508; Ulrike Kohl: *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht.* Stuttgart: Franz Steiner 2002, 65–67 und Kristie Macrakis: *Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany.* New York, NY: Oxford University Press 1993, 40.

307 Seit der Satzungsänderung der KWG von 1921 konnten der preußische Kultusminister und der Reichsinnenminister in Rechtsnachfolge des deutschen Kaisers als Protektoren der KWG nicht nur die Hälfte der Mitglieder des KWG-Senats ernennen, es wurde auch – auf Betreiben C. H. Beckers hin – die bis dato gewohnheitsmäßige Praxis der Teilnahme von staatlichen Kommissaren an den Senatsverhandlungen der KWG in der Satzung festgeschrieben. Diese Staatskommissare des preußischen Kultusministers und des Reichsministers des Innern waren zudem in Kuratorien und Verwaltungsräten der Kaiser-Wilhelm-Institute vertreten, was den staatlichen Einfluss weiter erhöhte. Vgl. Brocke, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik*, 1990, 209–216.

308 Die Einrichtung des Dritten Vizepräsidentenamtes und C. H. Beckers entsprechende Positionierung war eine Kompromisslösung, die im Zuge der Regelung der Nachfolge Adolf von Harnacks (1851–1930) zwischen KWG und preußischem Kultusministerium gefunden wurde. Vgl. Brocke, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik*, 1990, 221–222 und vor allem 344–347.

309 Vgl. dazu Bourdieu, *Kapital*, 2015, 63–70. Die Kapitalsorten sind letztlich eng aufeinander bezogen und teilweise untereinander konvertierbar. Bourdieu verhandelt dies unter dem Aspekt der »Kapitalumwandlungen«. Vgl. ebd., 70–75.

310 Becker, *Berlin*, 1992, 247.

311 Bourdieu, *Kapital*, 2015, 65, 63, 64.

»Kenntnis [dieser] genealogische[n] Zusammenhänge und reelle[n] Beziehungen sowie die Kunst, sie zu nutzen«.[312] Becker besaß nun nicht nur schon von Haus aus entsprechende vorzügliche Kenntnisse, er war auch in dieser »Kunst« hochgradig befähigt. Die viel besprochene große Bedeutung, welche persönliche Vernetzungen für Becker während seiner gesamten Laufbahn hatten – Raulff nennt es eine »Politik durch Netzwerke« –[313] hat hier ihre Basis. Denn jenseits der eingeborenen Position des Großbürgers und Ministersohns war Becker rezeptiv, machtbewusst und hervorragend in der Lage, Kontakte mit höchst unterschiedlichen Personen anzuknüpfen, zu halten und bei Bedarf für seine Ziele zu aktivieren beziehungsweise selbst für andere tätig zu werden. Ein Aspekt dieses Vermögens scheint auf, wenn ihm spätere Mitarbeiter am MPIB eine »– gleichsam therapeutische[...] – Fähigkeit [attestierten], ›Kommunikation herzustellen‹, Dissens abzubauen, Konsense zu ermöglichen«.[314] Zudem weisen die vielen schon bis 1958 von Becker erworbenen Vorstands- und Beiratsposten darauf hin, dass diverse Gruppen bereit waren, das in ihnen jeweils akkumulierte soziale Kapital an diesen Spitzenmann zu delegieren.[315] Beckers Aufladung mit symbolischem Kapital nahm insofern immer weiter zu, was es wiederum attraktiv machte, ihn in die eigenen Beziehungsnetze einzubinden. Das galt auch für die MPG. Darüber hinaus waren für Becker und seine Passung zur Forschungsgesellschaft fünf konkrete Beziehungsnetze von hervorragender Bedeutung – und zwar jenseits der Freundschaft zu Picht und Weizsäcker, die eine lebenslang stabile Vertrauensbeziehung bildete und die im Zentrum seines sozialen Netzes lagerte.

1.) In das erste Beziehungsnetz war Becker quasi sekundär, als Stammhalter und wohl vor allem über den sozialen Kitt der dynastisch auf ihn übertragenen Loyalität beziehungsweise »Treue« eingebunden.[316] Das Netz bestand aus einem Zirkel von ehemaligen engen Mitarbeitern des Vaters im preußischen Kultusministerium, welche dieser über eine gezielte Personalpolitik um sich versammelt hatte und deren Verbindung Raulff vor allem über ihre Zueignung zum Milieu Stefan Georges gekennzeichnet hat.[317] In der Bundesrepublik sollten sie zumeist in Spitzenpositionen der Wissenschaftspolitik einrücken. Das galt vorzüglich für Erich Wende, den bereits

---

312 Bourdieu, *Kapital*, 2015, 65, 67.

313 Gemeint ist damit bei Raulff »eine Struktur der Feinsteuerung, unsichtbar und machtvoll«, die auf dem Wissen um die Existenz, Bedeutung und Funktionsweise dieser »Netze [...] oder Beziehungssysteme« beruhte, »in denen sich das eigentliche Leben der Gesellschaften abspielte« und in deren Fluidum Becker »[i]ntuitiv« agierte. Raulff, *Kreis*, 2012, 483. Vgl. zu Becker als Netzwerker auch die Darstellung bei Singer und Frevert sowie die Zusammenstellung der für Beckers Arbeit als Direktor des MPIB wichtigen Kontaktkreise durch Wiarda Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 67–71; Wiarda, *Beratung*, 2016, Kapitel 5.4.2.

314 Das Zitat stammt von zwei der späteren Mitarbeiter in der bildungsökonomischen Abteilung des MPIB. Vgl. Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 159.

315 Bourdieu spricht aber auch von der zweischneidigen »Logik der Repräsentation«, etwa in der Verwechslung der delegierten Macht mit der Führungsperson beziehungsweise der Identifikation von Macht und Person. Vgl. Bourdieu, *Kapital*, 2015, 67–70, Zitat 69.

316 Vgl. zu beiden eng miteinander verwandten Begriffen zum Beispiel Behm und Rohstock, *Loyalität*, 2020, bes. 52.

317 Raulff revitalisiert zudem die homoerotisch aufgeladene zeitgenössische Bezeichnung der »Beckerjungen«. Vgl. Raulff, *Kreis*, 2012, 436–458, Zitat 455.

erwähnten ersten Leiter der Kulturabteilung im BMI,[318] für Adolf Grimme[319] und Kurt Zierold (1899–1989), der von 1952 bis 1964 erster Generalsekretär der DFG war.[320] Zu diesem Kreis gehörte aber auch jener Otto Benecke, der 1958 eine der zwei Verwaltungsleiterposten der MPG inne hatte und dem Becker seinen Institutsplan also mit einigem Vertrauen hatte zukommen lassen können.[321] Diese »lange« Verbindung war es mithin, auf die Wurster in seinem nachfassenden Schreiben gegenüber Benecke von Ende November 1958 angespielt hatte.

2.) Das zweite Beziehungsnetz formierte sich auf Basis der Verbundenheit von Beckers Elternhaus zum jugendbewegten, reformpädagogischen Milieu in der Ausprägung der LEH sowie der entsprechenden Sozialisation und Erziehung des Sohnes. Die Adhäsionskraft dieses Netzes war vorwiegend habitueller und weltanschaulicher Natur. In seiner Tragweite für die spätere Tätigkeit Beckers im Bildungsbereich ist dieses Beziehungsnetz kaum zu überschätzen, auch da es sich mit anderen Netzen personell überlappte und gegenseitige Verbindlichkeiten durch seine spezifische Währung geteilter weltanschaulich-pädagogischer Überzeugungen verstärkte. Anschlusspunkte ergaben sich von hier aus nicht nur zu den beiden engsten Jugendfreunden Beckers, Picht und C. F. von Weizsäcker, sondern auch zu diversen anderen, im Kontext der Gründung des Bildungsforschungsinstituts maßgeblichen Personen. Zu nennen sind hier beispielsweise Schmid, Heimpel, Butenandt oder auch der spätere Vorsitzende des ersten Beirats des Instituts, der Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser (1896–1964). Eine zentrale Rolle spielte dabei die Schule Birklehof. Das gemeinsame Engagement Beckers, Pichts und Weizsäckers für diese Schule ließe sich als eine der Hauptlinien bei der Formierung der Konzeption des Bildungsforschungsinstituts nachzeichnen – bis zur Eingabe des Gründungsvorschlags in der MPG 1958.[322]

---

318 In dieser Funktion war Wende unter anderem für die Einrichtung des DA zuständig. Wende veröffentlichte 1950 ein Gedenkbuch für C. H. Becker und 1959 eine Biographie, die er unter dem Motto »Kritik und Ehrfurcht« unter Hinweis auf die »enge[...] freundschaftliche[...] Verbundenheit, die [...] Beckers Tod überdauert« habe, verfasst hatte. Vgl. Erich Wende: *C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1959, Zitate 7, 9.

319 Jenseits der genannten Position in Politik und MPG war Grimme 1948 bis 1955 Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) und erster Präsident der 1948 neu gegründeten Studienstiftung des deutschen Volkes. Vgl. Burkhardt, *Grimme*, 2007 und Hellmut Becker: Adolf Grimme zum Gedächtnis, 1964. In: Hellmut Becker: *Weiterbildung. Aufklärung – Praxis – Theorie, 1956–1974*. Stuttgart: Klett [1964] 1975, 311–315, hier 313–315.

320 Zierold wirkte maßgeblich auf die Gründung der DFG hin; zwischen 1949 und 1952 war er bereits geschäftsführender Vizepräsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Vgl. zur Person Zierolds, insbesondere im Verhältnis zur KWG/MPG, Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007, 1080–1081/Anm. 110.

321 Benecke trat 1921 in das Preußische Kultusministerium ein und arbeitete nach vierjähriger Tätigkeit bis 1928 als persönlicher Referent C. H. Beckers. Anschließend war er im Deutschen Städtetag tätig, begründete nach 1945 unter anderem die Deutsche UNESCO-Kommission mit und begann seine Arbeit in der MPG im Oktober 1951. Vgl. Dr. Otto Benecke, 1961, 139.

322 Vgl. zum gemeinsamen Agieren der drei Freunde und zu den erwähnten Personen zum Beispiel die Hinweise bei Löwe, *Vorgeschichte*, 2003, bes. 69–70; Bergmann, *Diskussion*, 2002, 104–115; Raulff, *Kreis*, 2012, bes. 478–484 oder Kant und Renn, *Episode*, 2015, 215–217, 224–225. Diese Zusammenarbeit zu rekonstruieren, gehört zu den dringlichen Forschungsbedarfen im Hinblick auf die Gründungsgeschichte des nachmaligen MPIB.

3.) In das dritte Beziehungsnetz integrierte sich Becker in seiner Zeit an der Straßburger Reichsuniversität. Es wurde zwischen einer kleinen, elitären Gruppe von zumeist deutschen Wissenschaftlern und ihren Familien geknüpft, die dort gerade aufgrund ihres Status' als Teil des Besatzungs- und NS-Regimes einen eigenen Kreis bildeten. Die Spezifik der damaligen alltäglichen Mixtur aus Arbeit, Familienleben, kulturellen, landschaftlichen und gastronomischen Erlebnissen und der offenbar gemeinsam verdrängten Tatsache der ebenso alltäglichen deutschen Gewaltherrschaft in der besetzten Stadt und eines in weiten Teilen mit Krieg und Vernichtung überzogenen Europas wurde mittlerweile oft beschrieben.[323] Als eine der zentralen gemeinschaftsstiftenden Diskursfiguren fungierte dabei die Rede von der Zugehörigkeit zu den »anderen Deutschen«,[324] die es unter anderem erlaubte, sich von der direkten Form der Gewalt des ›SA-Schlägers‹ und des in ihm symbolisierten ›Nazis‹ zu distanzieren. Sie überdauerte letztlich die Kapitulation und labelte danach nicht nur in nostalgischen Rückblicken die Lebens- und Verdrängungsgemeinschaft in Straßburg, sondern konstituierte nach 1945 eine zur Zukunft hin offene, da vorgeblich unbelastete und für entsprechend profilierte Teile westdeutscher Eliten anschlussfähige Erinnerungsgemeinschaft.[325] Für Becker jedenfalls etablierten sich aus diesem Straßburger Raum heraus dauerhafte Verbindungen zu Personen, die für die Gründung des Bildungsforschungsinstituts in unterschiedlichen Funktionen unterstützend wirkten. Dazu gehörten mit Weizsäcker und Heimpel, wie mehrfach erwähnt, zwei der drei späteren Unterzeichner des offiziellen Antrags zur Institutsgründung. Beide wurden zudem Mitglieder in der vom Senat der MPG eingesetzten Kommission, welche die Einrichtung des Instituts näher prüfen sollte. Hinzu kam der Jurist Hans Dölle, der ab 1941 in Straßburg lehrte und 1958 Teil des von Wurster vorgeschlagenen MPG-internen Unterstützerzirkels für die Institutsgründung werden sollte.[326] Und noch ein weiterer Jurist aus der Straßburger Zeit würde sich für das Berliner Institut engagieren: der Professor für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht Ludwig Raiser (1904–1980), der sich nach 1945 als einflussreicher Wissenschaftsmanager unter anderem für die Gründung von WRK, DFG und WR einsetzte. Der gebürtige Straßburger erhielt 1942 einen Ruf an die RUS, bevor er 1943 in die Wehrmacht eingezogen wurde, und war später einer der wissenschaftlichen Gutachter, von denen die Senatskommission der MPG Expertisen über die Institutsplanung einholte.[327]

---

323 Vgl. dazu die Erinnerungen von Erich Kuby: *Mein Krieg. Aufzeichnungen 1939–1944*. München: Knesebeck & Schuler 1989, 296–302, die Darstellung der wissenschaftlichen Besatzer-Szene in Straßburg durch Raulff, *Kreis*, 2012, 471–477 oder jüngst die Beiträge in dem bereits genannten Heft der *Zeitschrift für Ideengeschichte* von Sommer 2021; darin unter anderem ein Teilabdruck der Erinnerungen Hubers inklusive Kommentar.

324 Vgl. Kuby, *Mein Krieg*, 1989, 299–300, Zitat 299.

325 Exemplarisch steht dafür die Erinnerung Gundalena von Weizsäckers: Weizsäcker, *Damals in Straßburg*, 1993.

326 1938 war Dölle rückwirkend zum Mai 1937 Pg. geworden. Vgl. Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007, 1147/Anm. 278 und Carl Wurster an Otto Benecke, 14. 11. 1958, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

327 Zwischen 1927 und 1930 war Raiser Assistent am KWI für Ausländisches und Internationales Privatrecht, habilitierte sich, konnte aber unter anderem aufgrund der Beteiligung an einer Protestaktion gegen die nach 1933 erfolgte Entlassung von Professoren seiner Lehrergeneration die akademische Karriere zunächst nicht fortsetzen und wurde stattdessen als Vorstandsmitglied in einem Stuttgarter Versicherungsunternehmen tätig. Anfang Juni 1942 wurde Raiser dann nach internen Querelen zwischen unterschiedlichen Partei- und Interessengruppen an die RUS berufen, war bereits im Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1942/43 gesetzt, konnte dort aber aufgrund seiner Ein-

4.) Das vierte Beziehungsnetz baute Becker im Kontext des Wilhelmstraßenprozess zwischen 1947 und 1949 maßgeblich selbst mit auf und prägte es entscheidend. So wurde Ernst von Weizsäcker im Ergebnis des Prozesses zwar als Kriegsverbrecher verurteilt[328] (wobei Becker die Legitimität der primär von den West-Alliierten etablierten Rechtsgrundlagen lebenslang in Frage stellte).[329] Dennoch war das Verfahren im Hinblick auf Beckers Beziehungsnetze in der Bundesrepublik hoch relevant.[330] Denn für die Verteidigung waren die im Hintergrund des Verfahrens systematisch betriebenen strategischen Absprachen zentral, die von Becker und seinem Stab zwischen dem Haupt- und anderen Angeklagten, deren Verteidigung, den Zeug*innen, Leumundsgeber*innen und Vertreter*innen der Presse, mit großem Aufwand betrieben wurden.[331] Untereinander abgestimmt wurden vor allem das Wording und die übergreifenden narrativen Muster, zeitliche Abläufe und verschiedene Interventionsformen inklusive der gezielten Diffamierung des Anklägers.[332] Hinzu kamen Versuche der Aktivierung und Beeinflussung relevanter Persönlichkeiten, bis hin zum amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy (1895–1985), Winston Churchill (1874–1965) und Angehörigen des Vatikan. Dies vollzog sich auf Basis vor allem national, aber auch international gespannter vielfältiger Kontakte, die bei Becker und seinem Team, das mit einem amerikanischen Anwalt verstärkt worden war,[333] entweder schon vorhanden waren oder im Zuge des Verfahrens erweitert wurden. Dass sich Becker dabei wie selbstverständlich mit seinem ehemaligen Lehrer Huber beriet, ist inzwischen bekannt.[334] Obwohl der Prozess letztlich verloren ging, wurde Becker damit nicht nur mit einer klaren vergangenheitspolitischen Positionierung Angehörigen der Eliten der späteren Bundes-

---

berufung in die Wehrmacht nicht mehr tätig werden. Zwischen 1948 und 1950 war Raiser Rektor der Universität Göttingen, von 1951 bis 1955 amtierte er als erster Präsident der DFG und wurde 1957 in den vom ihm ebenfalls mitgegründeten WR berufen, dem er zwischen 1961 und 1965 vorstand. Vgl. »Raiser, Ludwig«. In: *Munzinger Online/Personen*. Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1980. http://www.munzinger.de/document/00000006510. Zuletzt aufgerufen am 18. 3. 2020 und Schäfer, *Juristische Lehre*, 1999, vor allem 95–96, 249–250.

328 Ernst von Weizsäcker wurde im Dezember 1949 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach 1938 zu fünf Haftjahren verurteilt und im Oktober 1950 von McCloy begnadigt. Vgl. Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, *Das Amt*, 2010, 391–400, 439.

329 Becker vertrat diese Position noch im Jahr 1992. Raulff verweist auf eine ähnliche Diktion in seinen frühen Texten, etwa von Dezember 1950. Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 134–136; Raulff, *Kreis*, 2012, 407. Siehe zur Genese der juristischen Topoi der »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« und des »Genozids« eindrücklich Sands, *Rückkehr*, 2018.

330 Die folgende Passage ist angelehnt an Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 42.

331 Das ist bei Conze et al. genauestens beschrieben. Vgl. zum Folgenden Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, *Das Amt*, 2010, bes. 375–439. Siehe zudem zur Einbindung des Vatikans und zum Einsatz der Familie Weizsäcker im Hintergrund des Prozesses Karl-Joseph Hummel: Widerstand im Wartestand? Ernst von Weizsäcker als Botschafter beim Heiligen Stuhl. In: Stefan Heid und Michael Matheus (Hg.): *Orte der Zuflucht und personeller Netzwerke: Der Campo Santo Teutonico und der Vatikan 1933–1955*. Freiburg im Breisgau: Herder 2015, 238–268, bes. 259–268.

332 Vgl. Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, *Das Amt*, 2010, 428–432.

333 In Beckers Team eingebunden war der US-amerikanische Anwalt Warren E. Magee (1908–2000).

334 Becker fragte Huber vor allem nach »historischen Beispielen für den Widerstand in der Mitwirkung«, womit bei der Verteidigung Ernst von Weizsäckers dessen Verbleib im NS-Regime und auf seiner Amtsposition legitimiert werden sollte. Das entsprechende Schreiben von Huber an Becker vom 31. 7. 1948 ist abgedruckt in Ewald Grothe (Hg.): *Carl Schmitt – Ernst Rudolf Huber. Briefwechsel 1926–1981. Mit ergänzenden Materialien*. Berlin: Duncker & Humblot 2014, 496–504, Zitat 497.

republik sichtbar. Zugleich war er maßgeblich an der Konstruktion entlastender Argumentationsfiguren beteiligt. So schuf er im Laufe des Verfahrens ein dicht geknüpftes Beziehungsnetz aus systemüberspannenden direkten und indirekten persönlichen Verbindungen und einem Kitt aus Narrationen, Lügen oder Halbwahrheiten, gegenseitigen Verpflichtungen und emotionalen Verbindlichkeiten mit, organisierte und stabilisierte es. Obwohl sich daraus später für Becker entstandene Erträge nur schwer greifen lassen, ist doch zu vermuten, dass er damit zunächst bei vielen Angehörigen westdeutscher Eliten, die durch die Zeit des NS bis auf Ausnahmen ganz überwiegend belastet waren, zumindest eine gewisse Anerkennung finden konnte.[335] Zu ergänzen ist, dass der Umgang mit den Herausforderungen dieses öffentlichkeitswirksamen Mammut-Prozesses für Becker quasi im Nebeneffekt ein mehrjähriges Test- und Lernfeld darstellte. Auf ihm konnte er Kommunikations- und Handlungsstrategien erproben, die für die spätere Gestaltung des Prozesses der Konzeption und Beantragung des Bildungsforschungsinstituts, das in der MPG phasenweise heftig umstritten war, offensichtlich modellgebend wurden.[336] Besonders auf die Arbeitsweise eines kleinen konzipierenden und koordinierenden Teams mit ihm selbst im Zentrum würde Becker ebenso wie auf das durchaus erfolgreiche Verfahren zur Orchestrierung diverser Interessen um 1960 zurückgreifen.

5.) Als fünftes Beziehungsnetz ist schließlich der vom Weinheimer Unternehmer Hans Freudenberg (1888–1966) initiierte Ettlinger Kreis zu nennen, eine Gesprächsrunde deutscher Industrieller, die zwischen Mai 1957 und 1977 zusammentrat, um sich unter Beratung durch Bildungsexperten mit den aus ihrer Sicht drängenden Fragen des westdeutschen Bildungswesens zu befassen.[337] Freudenberg war 1956 über einen von Beckers Artikeln in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf ihn aufmerksam geworden und hatte ihn für die Planung und Moderation der Sitzungen gewonnen. Beratend tätig wurden zudem beispielsweise Picht, Messerschmid und Edding, während der Chefredakteur von *Christ und Welt*, Giselher Wirsing (1907–1975) wenigstens das erste Treffen mit seinem Rat begleitete. Dabei trieb Freudenberg, der auch zum Förderkreis der Odenwaldschule gehörte, jenseits der Frage nach geeigneten Formen der Allgemein- und Menschenbildung vor allem die Sorge um die unzureichende schulische Erfassung und Förderung der Begabungen jenseits der Gymnasien an, die sich angesichts der damals heiß laufenden Wirtschaft also primär auf den Nachwuchskräftemangel bezog. Da die Politik dem Thema nach Auffassung der im Ettlinger Kreis versammelten Wirtschaftsvertreter nicht ausreichend begegnete, schritt man selbst zur Tat und veröffentlichte vom ersten Treffen an Memoranden mit Vorschlägen »zur Linderung von Notständen im Erziehungs- und Bildungswesen«.[338]

---

335 Vgl. zur Vergangenheitspolitik der späten 1940er und der 1950er Jahre vor allem das Standardwerk von Frei, *Vergangenheitspolitik*, 1999.

336 Die folgende Passage ist mit ergänzender Literatur angelehnt an Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 42.

337 Vgl. zum Folgenden, soweit nicht anders angemerkt, Bergmann, *Diskussion*, 2002, 120–123; (mit teilweise abweichenden Daten) Pia Gerber: Gespräche müssen Folgen haben: Der Ettlinger Kreis als Motor der Bildungsreform. In: Christian Petry und Hans-Henning Pistor (Hg.): *Der lange Weg der Bildungsreform. Gisela und Hermann Freudenberg zum 80. Geburtstag.* Weinheim: Beltz 2004, 20–33, bes. 20–25 und Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 127, 143, 226–227.

338 Zitat aus dem Titel des ersten Memorandums des Ettlinger Kreises von 1957 nach Gerber, Gespräche, 2004, 23.

Versandt wurden die Resolutionen etwa an Parlamentsmitglieder in Bund und Ländern, an Kultus- und Finanzministerien, Hochschulrektoren oder Medien und stießen gerade bei Letzteren auf hohe Resonanz. Veranlasst wurde aber auch zügig ein datenbasierter Vergleich zwischen den Bundesländern, der auf die Bildungsbeteiligung von Schüler*innen an weiterführenden Schulen zielte und im Ergebnis dazu mahnte, die Bedingungen für eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Begabungspotentiale zu schaffen. Die 1962 veröffentlichte Pionierstudie wurde an der HIPF von Edding und Roderich von Carnap durchgeführt[339] und Picht stützte sich auch auf diese Daten, als er zwei Jahre später die »Bildungskatastrophe« ausrief. Für Becker bedeutete dieses Beziehungsnetz einen weiteren Sichtbarkeits- und Reputationsgewinn ebenso wie den Anschluss an finanzkräftige und machtvolle Repräsentanten der Wirtschaft in der Bundesrepublik. Im Gegenzug profitierten diese von seiner Expertise, der Möglichkeit, zu Beckers Beziehungsnetzen potentiell Zugang zu gewinnen, und von Beckers inzwischen erreichtem beachtlichen Bekanntheitsgrad. Dass sich besonders diese Beziehungen für Becker in Bezug auf seine Chancen in der MPG auszahlten, zeigt ein Blick auf die Teilnehmerrunde des vierten Ettlinger Gesprächs von Mai 1959. Dort waren so illustre Personen wie Boehringer, Bosch, Fintelmann, Sprengel und auch Carl Wurster von der BASF vertreten[340] – eben jener Wurster, der sich bei Benecke im November 1958 für Beckers Institutsidee einsetzte und innerhalb der MPG einen Unterstützerkreis zusammentrommelte.

Motive Beckers, biographische Mythen, offene Fragen: Bevor die Aufnahme der Institutsidee in der MPG und der Gang des 1959 gestarteten Antragsverfahrens rekonstruiert wird, ist zum Abschluss der Befassung mit dem Gründungsdirektor die schwierige Frage nach seinen Motiven aufzugreifen. Sie ist bislang noch kaum untersucht worden, ihre Beantwortung dürfte aber erhebliche Bedeutung für das Verständnis und die ideengeschichtliche Verortung der Institutsplanung haben. In Bezug auf Becker geht es dabei letztlich um seine weltanschauliche und wissenschaftstheoretische Positionierung vor 1958. An dieser Stelle soll der Frage im nochmaligen Rückgang auf seine Biographie allein für Beckers Studium und seine juristische Ausbildung nachgegangen werden, es kommt also nur die Zeit vor 1945 in den Blick. Das hat zwei Gründe: Erstens wird angenommen, dass Becker primär in den Jahren zwischen der Aufnahme seines Studiums 1931 und der Flucht aus Straßburg 1944 wissenschaftlich sozialisiert wurde. Zudem dürfte er in dieser Phase, im Alter zwischen 18 und 31, auch politische Weltanschauungen bewusst entwickelt haben. Zweitens gehört sein Verhalten im »Dritten Reich« zu einem der

339 Vgl. Roderich von Carnap und Friedrich Edding: *Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952–1960*. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Deutsche Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung [1962] 1966. Ein zentrales Ergebnis der Studie war es, dass die zwischen den Ländern festgestellten »frappanten Unterschiede im relativen Schulbesuch und in der relativen Zahl der Schulabschlüsse« angesichts der vorab begründeten Annahme, dass es in der »durchschnittlichen Begabung der Bevölkerung für Schulleistungen« keine spezifischen Länderunterschiede gäbe, nur den Schluss zuließen, dass es andere Ursachen für diese ungleichen Verteilung geben müsse. In der Studie wurde dann zum einen für die Erforschung der Ursachen des ungleichen Bildungserfolgs plädiert und zum anderen – auch unter Verweis auf die vergleichbar höheren Bildungsausgaben in anderen Nationen – der substantielle Ausbau der Bildungseinrichtungen angeraten. Vgl. ebd., 15.

340 Vgl. Ettlinger Kreis. Entschließung zum Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen (Viertes Ettlinger Gespräch), [Mannheim, Mai 1959]. BWA, 01 Industrie- und Handelskammer, K 009 / 886 – Bildungspolitik – »Ettlinger Kreis«.

Schwerpunkte in der bisherigen Rezeption Beckers. Trotz der im Folgenden erschlossenen, bisher nicht beachteten Materialien und Hinweise bleibt die Quellengrundlage allerdings immer noch spärlich. Es werden also hier eher weitere Fragen zur Vorgeschichte der Gründung des Bildungsforschungsinstituts eröffnet und Hypothesen entwickelt denn Antworten gegeben werden. Das betrifft vor allem die weiterführende Frage, inwieweit in Beckers Studien- und Ausbildungszeit kognitive Ordnungsmuster angelegt wurden, welche die Zäsur von 1945 überdauerten. Immerhin ist gewissen Mythen zu begegnen, insbesondere solchen, die das Bild eines erst ab 1945 beruflich wie politisch erwachenden Becker zeichnen und die Zeit davor als tendenziell irrelevant ausblenden.

Denn begibt man sich auf die Suche nach Beckers Antrieben, scheint er diese nach eigener Aussage erst mit der sogenannten Stunde Null gefunden zu haben.[341] So entwirft Becker in den Gesprächen mit Hager das Bild eines beruflichen Spätentwicklers, der seine Laufbahn erst nach 1945 begann. Während der Zeit des NS-Regimes hätte dagegen die von ihm gezeigte »abwartende Haltung dem Leben gegenüber« seine Mutter »stark besorgt« und er selbst bis 1945 eigentlich »kein Verhältnis zur Karriere« gehabt.[342] Stattdessen habe nach Kriegsende das »Schicksal« für ihn entschieden.[343] Diese Darstellung, die es auch erlaubt, Becker deutlich vom NS-System zu distanzieren, wird noch durch die ausführliche Schilderung einer Studienzeit unterstrichen, die fern aller Zielorientiertheit eher ästhetisch interessiert und politisch weitgehend unbedarft gewesen sei.[344] Die damit nahegelegte jugendliche Leichtherzigkeit und Apathie im Professionellen ist jedoch wohl eher in den Bereich der Mythen zu verweisen. Denn angesichts des geschilderten, 1931 begonnen und ab 1933 bei Huber, einem der Top-Rechtswissenschaftler des »Dritten Reichs«, stetig fortgesetzten juristischen Karriereverlaufs, während dem der junge Mann Huber als Assistent von Kiel über Leipzig bis nach Straßburg folgte, kann Beckers Darstellung zwar nicht gänzlich abgewiesen werden, aber sie ist nicht wirklich glaubhaft. In diese Richtung weisen ebenfalls Beckers nach 1945 in der Öffentlichkeit verschwiegener Parteieintritt, seine Mitgliedschaften in den Hilfsorganisationen der NSDAP, das Stipendium in Straßburg und wohl auch das spezifische Leistungs- und Berufsethos seines Standes – auch wenn

---

341 Das Diktum von einer »Stunde Null« wird in der Zeitgeschichtsschreibung im Kontext der Diskussionen um die Bedeutung des »Schlüsseljahr[es] 1945« (Christoph Kleßmann) für die deutsche Geschichte seit längerem differenziert und im Kontext internationaler Entwicklungen erörtert. Hier seien nur einige Aspekte hervorgehoben: Aus einer europäisch erweiterten Perspektive wird inzwischen von einer »breitere[n] Übergangsphase vom Beginn des deutschen Machtzerfalls 1943 bis zur Erstarrung der politischen Strukturen durch den kalten Krieg« ausgegangen. Die zumeist von deutscher Seite geführte Rede von der »Stunde Null« wiederum, die einen Bruch mit der NS-Zeit suggeriert, wird überwiegend als obsolet und als geschichtspolitische Entlastungsfigur gewertet. Mittlerweile gibt es eine intensive geschichtswissenschaftliche und soziologische Forschung zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten nach 1945. Zugleich kann zweifellos davon ausgegangen werden, dass für die deutsche Geschichte der Neuzeit das Jahr 1945 mit der vollständigen Niederlage respektive der Befreiung durch die Alliierten sowie den nachfolgend extern gesetzten Regulierungen und Logiken der Besatzungsregime einen gravierenden Einschnitt bedeutete. Um Ulrich Herbert zu zitieren: »Ein schärferer Bruch in Politik, Gesellschaft, Kultur und Recht war kaum denkbar«. Vgl. hier allein weiterführend Kleßmann, 1945, 2010 und Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 550.

342 Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 77–79, Zitate 77, 95.

343 Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 113.

344 Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 81–113.

Becker den dort geltenden Maßstäben nach möglicherweise tatsächlich unter den Erwartungen blieb und vor allem im wissenschaftlichen Bereich keine Meriten erwarb.

Hinzu kommt und schwerer wiegt die Existenz einer bislang unbeachteten Publikation Beckers von 1940, der Rezension von Klaus Charlés Dissertation »Die Eiserne Garde. Eine Darstellung der völkischen Erneuerungsbewegung in Rumänien«.[345] Die Besprechung stellt den bislang einzigen bekannten Text Beckers vor 1945 dar und erschien im 100. Band der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, die unter anderem von Huber herausgegeben wurde. Der Jubiläumsband wurde im Vorwort als »Ereignis von [...] ungewöhnlicher kulturpolitischer Bedeutung« für die Zeitschrift bezeichnet, wobei die Herausgeber darauf zielten, die Tradition der Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen »unter dem Namen der gesamten Staatswissenschaft in nationalsozialistischem Geiste wiederzubeleben«.[346] In diesem prestigeträchtigen Band veröffentlichten im ersten Heft etwa Carl Schmitt (1888–1985) und Hans-Georg Gadamer (1900–2002). Im vierten Heft durfte neben Beiträgen von Hermann Aubin (1885–1969) oder Franz Wiacker (1908–1994) – vermutlich über die Vermittlung Hubers – auch der »Referendar Hellmut Becker« aus Leipzig publizieren, wenn auch nur eine knapp vierseitige Buchbesprechung.[347] Dass Becker, wie in der Forschung bislang angenommen, nur Hubers »Korrekturassistent« gewesen sei,[348] ist damit angesichts des renommierten Publikationsortes kaum zu halten.

Vor allem aber gerät bei der Befassung mit der im heutigen Verstand weniger rechtswissenschaftlichen als rechts- und kultursoziologischen (»staatswissenschaftlichen«) Rezension Beckers die Annahme politischer Abstinenz ebenso wie die Zuordnung des jungen Becker zu einem linksliberalen oder republikanischen Milieu ins Wanken.[349] Auf den Text wird an ande-

---

345 Vgl. Hellmut Becker: Rezension zu Klaus Charlé: Die Eiserne Garde. Eine Darstellung der völkischen Erneuerungsbewegung in Rumänien. (Schriften des Instituts für Politik und Internationales Recht an der Universität Kiel. Herausgegeben von Paul Ritterbusch. Neue Folge, Band 3). Berlin/Wien 1939. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, 553–557. Der 1914 in Berlin geborene Charlé studierte seit 1933 Rechtswissenschaft, zuerst in Berlin und nach Zwischenstationen vom Sommerhalbjahr 1936 bis zum Frühjahr 1938 in Kiel, so dass eine Bekanntschaft mit Becker aus dieser Zeit wahrscheinlich ist. Promoviert wurde er bei dem NS-Juristen Paul Ritterbusch (1900–1945) und dem Zweiten Berichterstatter »Dozent Dr. Böhmert«. Vgl. den Lebenslauf in Klaus Charlé: *Die völkische Erneuerungsbewegung in Rumänien.* Dissertation, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. [Berlin: Deutscher Rechtsverlag] 1939, hinteres Vorsatzpapier und zu Ritterbuschs Rolle im Kontext des von ihm geleiteten Großprojekts der »Gemeinschaftsforschung« Frank-Rutger Hausmann: »Deutsche Geisteswissenschaft« *im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940–1945).* 3. Auflage. Heidelberg: Synchron 2007.

346 Vgl. Zum 100. Bande. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, 1–4, Zitate 1–2.

347 Vgl. zu den genannten Autoren das Inhaltsverzeichnis und zum Zitat: Inhalt des Hundertsten Bandes. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, III–IV, hier IV.

348 Zitat: Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 20. Vgl. dazu Beckers Schilderung in Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 90–91.

349 Eine Zuordnung Beckers zu liberalen oder linksliberalen Positionen wird oft nahegelegt, ohne zwischen unterschiedlichen Lebensabschnitten des Juristen zu differenzieren oder etwaige lebensgeschichtliche Veränderungen zu berücksichtigen. Genannt sei hier exemplarisch die Lesart von Jens Brachmann, die Beckers Einsatz für die reformpädagogische Landerziehungsheimbewegung schon unmittelbar nach 1945 in das Erbe eines »linksliberal-republikanischen« väterlichen Vorbilds einordnet. Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 165.

rer Stelle ausführlicher eingegangen werden.[350] Hier sei nur zusammenfassend festgehalten, dass Beckers Diktion sich zwar deutlich von dem eifernd rassistischen Stil und der verbalen Gewaltbereitschaft seines Leipziger soziologischen Kollegen Karl Heinz Pfeffer (1906–1971)[351] unterschied, der im selben Band die Studie »Die Judenfrage in Rumänien« von Hans Schuster begeistert besprach. 1939 war diese in der von Huber mitherausgegebenen Reihe der »Abhandlungen des Instituts für Politik, ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Leipzig« erschienen.[352] Dennoch äußerte sich Becker nicht nur zu Charlés Arbeit durchweg positiv und bilanzierte sie als »eindrucksvolles Bild der Bewegung Codreanus«.[353] Auch gegenüber dem elitären, de facto extrem nationalistischen, antisemitischen und gewalttätigen Faschistenführer Corneliu Zelea Codreanu (1899–1938)[354] und dessen 1927 gegründeter rumänischer Variante der im Text so genannten »europäischen Erneuerungsbewegungen«[355] ist die Rezension grundlegend von einer zustimmenden und bewundernden Diktion getragen. Übergreifend verweist die Besprechung von den darin aufscheinenden weltanschaulichen Motiven und vom aktivistischen Pathos her deutlich auf eine weltanschauliche Nähe des damals immerhin schon 27jährigen Becker zu Ansätzen der sogenannten Konservativen Revolution[356], wie sie

---

350 Vgl. Britta Behm: »›Wie konnte er zu Adorno/Horkheimer überlaufen?‹« – Einige biographische Ergänzungen zu Hellmut Beckers wissenschaftlicher Sozialisation und Karriere von 1931 bis zur Nachkriegszeit und Überlegungen zur Zäsur von 1945. *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 84/1 (2022), 78–104.

351 Pfeffer war Assistent Freyers, Mitglied der NSDAP, bekennender Nationalsozialist und reüssierte während des NS-Regimes in der Soziologie. Nach 1945 konnte er seine wissenschaftliche Karriere über Umwege fortsetzen. Aufmerksamkeit erregte Pfeffer, als er – nachdem er 1962 durch Unterstützung von Schelsky nach Münster berufen worden war – vor einer von ihm einberufenen studentischen Versammlung seine nationalsozialistische Vergangenheit öffentlich machte und erläuterte. Vgl. zur Person: »Pfeffer, Karl Heinz«. In: Wilhelm Bernsdorf und Horst Knospe (Hg.): *Internationales Soziologenlexikon. Bd. 2: Beiträge über lebende oder nach 1969 verstorbene Soziologen.* 2. Auflage. Stuttgart: Enke 1984, 659 und zu Pfeffers Tätigkeit im »Dritten Reich« unter anderem Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990, 157–158 und Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, 1996, 204–209.

352 Karl Heinz Pfeffer: Rezension zu Hans Schuster: Die Judenfrage in Rumänien. (Abhandlungen des Instituts für Politik, ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Leipzig. N. F. Heft 5.) Leipzig 1939. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, 557–560. Schusters Studie war von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und ermöglicht worden. Siehe dazu das Vorwort des Verfassers in: Hans Schuster: *Die Judenfrage in Rumänien.* Leipzig: Meiner 1939, III.

353 Becker, *Rezension Eiserne Garde*, 1940, 553.

354 Siehe zu Codreanu zum Beispiel Oliver Jens Schmitt: *Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers.* Wien: Zsolnay 2016.

355 Becker, *Rezension Eiserne Garde*, 1940, 553. Vgl. zu dieser Bewegung hier nur weiterführend die Beiträge in Armin Heinen und Oliver Jens Schmitt (Hg.): *Inszenierte Gegenmacht von rechts. Die »Legion Erzengel Michael« in Rumänien 1918–1938.* München: Oldenbourg 2013.

356 Der wohl zuerst 1927 von Hugo von Hofmannsthal (1874–1929) verwendete Begriff der »Konservativen Revolution« ist bis heute umstritten und nicht klar definiert. Zentrale Streitpunkte betreffen die Deutung des Verhältnisses von Ansätzen dieser Zuordnung zum Faschismus und zum Nationalsozialismus. Siehe zur Kennzeichnung und historischen Verortung konservativ-revolutionärer Ansätze in der Weimarer Zeit überblicksweise Schildt, *Konservatismus*, 1998, 131–181, bes. 157–165. Dagegen plädiert etwa Stefan Breuer dafür, den seines Erachtens erst nachträglich analytisch zur Geltung gebrachten Begriff durch den des »neuen Nationalismus« zu ersetzen; vgl. Stefan Breuer: *Anatomie der Konservativen Revolution.* 2. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1995, bes. 180–202. Siehe zur Sondierung der Forschung zu diesem Thema ebd., 1–7 sowie entsprechende Hinweise im Versuch der begrifflichen Abgrenzung jungkonservativer Ansätze im konservativ-revolutionären Spektrum bei Jan Christoph Elfert: *Konzeptionen eines »dritten Reiches«. Staat und Wirtschaft im jungkonservativen Denken 1918–1933.* Berlin: Duncker & Humblot 2018, 9–21; hier auch der Hinweis auf Hofmannsthal, ebd., 11/Anm. 8.

in Weimar etwa vom »Tatkreis« forciert worden waren.[357] Zugleich rekurrierte der Text auf Elemente einer religiös aufgeladenen Ideenwelt und vor allem auf christliche Motive, die sich mit pädagogisch-technokratischen Phantasien mischten und in die offenbar vom Rezensenten geteilte Erwartung eines über Erziehungsprozesse zu bildenden »neue[n] Mensch[en]« einmündeten.[358]

Becker ist für diese Zeit aber noch aufgrund eines weiteren bislang nicht untersuchten Aspekts aus seinen Leipziger Jahren in einem rechtsintellektuellen Spektrum einzuordnen, der seine wissenschaftliche Sozialisation diesmal ganz unmittelbar betrifft. So zeigt ein Interview, das der US-amerikanische *Intellectual Historian* Jerry Z. Muller mit Becker knapp ein Jahr nach dessen Emeritierung als MPIB-Direktor führte, dass dieser während seiner Assistenzzeit in Leipzig nicht nur Student Hubers war, sondern auch bei Hans Freyer studiert hatte.[359] Freyer war 1925 an die sächsische Universität berufen worden und hatte dort das erste ausschließlich der Soziologie gewidmete Ordinariat im Deutschen Reich inne. Der rechtsintellektuelle Soziologe, der die Ansätze zu einer »Konservativen Revolution« mit begründet hatte und im NS-Regime zu einem der führenden Vertreter seines Fachs wurde, war vom damaligen Preußischen Kultusminister, also Beckers Vater, in seiner Bewerbung für die Leipziger Professur bestärkt worden.[360] C. H. Becker erhoffte sich dabei von einer als Synthesewissenschaft verstandenen und

---

357 Vgl. zum Tatkreis nach wie vor die Darstellung von Kurt Sontheimer: Der Tatkreis. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 7/3 (1959), 229–260.

358 Becker, *Rezension Eiserne Garde*, 1940, 554. Um hier nur einige wenige Eindrücke aus dem Text zu vermitteln: Zwar ohne jeden antisemitischen Furor, aber in der technokratisch-idealistischen Sprache doch grundlegend problematisch und verharmlosend fiel etwa der Kommentar zum Antisemitismus der Bewegung aus: »Die wichtigsten Fragen, wie z. B. die für Rumänien entscheidende Judenfrage, der Codreanu einen großen Teil seiner Arbeit gewidmet hat, sollen nicht primär durch Maßnahmen gelöst werden, sondern ein neuer Mensch muß erzogen werden, um den sich die Dinge dann auch neu ordnen werden« (ebd.). Bemerkenswert ist zudem das an Charlé anschließende große Interesse Beckers an Fragen der »Erziehung und ihre[r] Organisation« in der Bewegung Codreanus, wobei »die enge Bindung zum [orthodoxen] Christentum« entsprechend des Profils der Legionärsbewegung breiten Raum erhielt (ebd., 554, 555). Dabei wird eine Melange von christlichen, pädagogisch und konservativ bis völkisch geprägten Denkmustern sichtbar, etwa wenn der Rezensent in Anlehnung an den Verfasser der Studie offenbar zustimmend festhielt: »Glaube und Liebe (im ursprünglich christlichen Sinn), Zucht und Arbeit, Schweigen und Gehorsam, Opfer und Ehre sind Grundbegriffe dieser Erziehung, die sich eigene und wirksame Formen schafft« und dafür als positive Beispiele »insbesondere die Jugendbewegung und den Arbeitsdienst« der Eisernen Garde hervorhob (ebd., 554). Die Rezension schließt Becker mit dem Appell: »Der Staatswissenschaft ist hier die erste wissenschaftliche Darstellung der wichtigsten politischen Erneuerungsbewegung des Balkans seit dem Weltkriege gegeben. Die ganze jüngere Generation aber sollte in dieser Schrift etwas vom eigenen Kämpfen und Glauben wiederfinden« (ebd., 557). Alle Zitate aus Becker, *Rezension Eiserne Garde*, 1940.

359 Muller interviewte Becker, einen der »former students« von Freyer, am 27. 5. 1982. In offensichtlicher Übernahme von Beckers Darstellung fasst Muller zu dessen Haltung zusammen: »Intelligent students who themselves harbored anti-Nazi sympathies and who participated in Freyer's seminars also perceived his critical attitude, expressed in Aesopian form«. Die von Muller bemerkte, in Äsopischer Form verschlüsselte kritische Attitüde Freyers ist heute angesichts der vor allem von Schäfer herausgearbeiteten Nähe des Denkens und Handelns von Freyer zum NS-Regime allerdings nicht mehr haltbar. Vgl. Muller, *The Other God*, 1987, Kapitel 8, Zitate 289 und 289/Anm. 91 sowie Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990; Schäfer, *Hans Freyer*, 1992, 482–489.

360 Vgl. zur Berufung Freyers die Darstellung bei Muller, zu Person und Werk im Kontext der Leipziger Soziologie den Überblicksartikel von Karl-Siegbert Rehberg und zur Rolle Freyers im NS-Regime, unter anderem als gewähltem Präsidenten der DGS (»Führer«) zum Beispiel die drei Darstellungen von Klingemann, Schäfer und Heinze: Muller, *The Other God*, 1987, 136–141; Rehberg, *Hans Freyer*, 2003, 72–78; Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, 1996, bes. 11–32; Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990; Schäfer, *Hans Freyer*, 1992 und Carsten Heinze: *Die Pädagogik an der Universität Leipzig in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2001, 97–111.

fachlich breit gefassten Soziologie, dass diese in ihrer Forschung und in ihrem didaktischen Aspekt die Genese einer kulturell einheitlichen deutschen Nation befördern würde. Sie sollte konkrete Unterstützung für die Bewältigung der als zutiefst krisenhaft erlebten weltanschaulichen Friktionen und Partikularismen der Weimarer Republik liefern.[361] Ob der zeitweilige Rechtshegelianer Freyer diesen Erwartungen mit seiner 1930 als »Wirklichkeitswissenschaft« konzipierten Soziologie entsprach, die er als politisierte und aktionistisch ausgerichtete Wissenschaft begriff und für die er einen »bewußten Erkenntniswillen« für unabdingbar hielt, ist hier nicht das Thema.[362] Wichtiger ist zum einen der damit verfolgte Ansatz einer – anachronistisch formuliert – interdisziplinär affinen Sozialwissenschaft, die erkenntnistheoretisch reflektiert und politisch handlungsbezogen war; zum anderen die mit Freyer beginnende Leipziger Schule der Soziologie. Als weitere prägende Wissenschaftler sind dieser Arnold Gehlen und Helmut Schelsky zuzurechnen, die später besonders die Ansätze einer philosophischen Anthropologie und Institutionentheorie systematisch entwickeln würden.[363]

Die Auskunft, dass Becker bei Freyer studierte, legt nahe, dass er den Leipziger soziologischen Ansätzen zumindest rezeptiv zugeordnet werden kann. Obwohl Muller für Beckers Studium bei Freyer allein das Jahr 1937 nennt, aber nicht genauer angibt (oder heute rekonstruieren

---

361 Der Terminus der »Synthesewissenschaft« zur Kennzeichnung der Soziologie wird hier in Anlehnung an Rehberg gebraucht, der sich damit auf zeitgenössische Ansätze bezog. So begriff etwa C. H. Becker in einem inzwischen viel zitierten Text zur Hochschulreform von 1919 die soziologische Methode als eine inhärent synthetische beziehungsweise verstand die Soziologie als eine »überhaupt nur aus Synthese« bestehende Wissenschaft. Von ihr erwartete er, dass sich über ihr Studium ein »synthetische[s] Denken der Studenten« entwickeln würde, das im Sinne eines »Erziehungsmittel[s]« wirken und damit den »Weg vom Individualismus und Partikularismus zum staatsbürgerlichen Charakter« weisen würde. Im Übrigen legte er »Soziologie« in einem weiten Sinn aus, da er darunter etwa auch Politikwissenschaft oder Zeitgeschichte fasste. Vgl. Rehberg, *Hans Freyer*, 2003, 72 und Carl Heinrich Becker: Gedanken zur Hochschulreform. In: Carl Heinrich Becker: *Internationale Wissenschaft und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften.* Herausgegeben von Guido Müller. Köln: Böhlau [1919] 1997, 180–223, Zitate 189–190. Siehe dazu unter anderem Groppe, *Die Macht der Bildung*, 2001, 545–546 und zum fachhistorischen Kontext zum Beispiel Dirk Käsler: *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1984, bes. 79–80, 463, 503–504 sowie Dirk Käsler: Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den Deutschen Soziologentagen 1910–1930. In: M. Rainer Lepsius (Hg.): *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, 199–244.

362 Vgl. Hans Freyer: *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie.* Leipzig: Teubner 1930, Zitat 3. Siehe zur Einordnung dieses Ansatzes zum Beispiel die knappe Darstellung Schäfers, der ihn vor allem in den Kontext von Freyers kritischer Auseinandersetzung mit Max Weber (1864–1920) rückt und dessen Bezüge zu Karl Marx' (1818–1883) revolutionärer Wendung zur »Realdialektik« (ein Begriff Freyers) betont. Vgl. zudem die ausführliche, im Anschluss an Luhmann systemtheoretisch angeleitete Darstellung von Höntsch. Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990, 135–136; Höntsch, *Die institutionelle Bestimmtheit sozialer Systeme*, 2018, 285–311.

363 Gehlen wurde nach einer kurzen Assistenzzeit bei Freyer 1934 in Leipzig Nachfolger seines Doktorvaters Hans Driesch auf dem Ordinariat für Philosophie. Schelsky studierte 1931/32 bei Gehlen und Freyer, arbeitete danach an seiner Habilitation, ab 1937 als Assistent Gehlens, ging mit diesem im Herbst 1938 nach Königsberg und 1940/41 zu Freyer nach Budapest. Vgl. Rehberg, *Hans Freyer*, 2003, 78, 85. Siehe zum Ansatz der Leipziger Schule zum Beispiel Höntsch, *Die institutionelle Bestimmtheit sozialer Systeme*, 2018, Abschnitt B sowie mit Konzentration auf Schelsky Link, *Demokratisierung*, 2022, 153–218 und ergänzend, wenn auch nicht auf die Leipziger Schule konzentriert Joachim Fischer: *Philosophische Anthropologie. Eine Denkrichtung des 20. Jahrhunderts.* Freiburg im Breisgau: Alber 2008, hier bes. Kapitel 1.3 und 1.4. Vgl. grundlegend zur Affinität der Leipziger Schule und ihrer Vertreter zum NS zum Beispiel Schäfer, *Soziologie als politische Tatphilosophie*, 1997; Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990 sowie Link und Schwarzferber, *Helmut Schelskys Rechtssoziologie*, 2019, bes. 317–326.

kann)[364], welche Seminare und wie häufig Becker Veranstaltungen bei Freyer besuchte, ist anzunehmen, dass dies im Kontext der damals an der Leipziger Universität institutionalisierten fachübergreifenden Lehr- und Lernformate geschah. Denn sicher ist, dass Freyer und andere Soziologen seines Bereichs regelmäßig am rechtswissenschaftlichen Seminar der Leipziger Universität unterrichteten[365] und Freyer schon seit November 1933 das von Lamprecht begründete und vom Ansatz her wissenschaftsübergreifend angelegte Institut für Kultur- und Universalgeschichte leitete.[366] Zudem findet sich in Beckers Notizkalender noch für das Jahr 1940 in dem ansonsten nicht übermäßig gefüllten berufsbezogenen Adressteil die Telefonnummer des »Freyerinstitut[s]«.[367] Dies deutet auf mehr oder minder enge Arbeitsbeziehungen während Beckers Assistenzzeit in Leipzig hin, auch wenn Freyer selbst bereits seit September 1938 in Budapest eine Gastprofessur wahrnahm. Für persönliche Begegnungen des Assistenten mit dem Ordinarius stand also vermutlich nur ein schmales Zeitfenster zur Verfügung. Allerdings ist es durchaus möglich, dass Freyer – inzwischen in Budapest zusätzlich Leiter des dort von ihm aufgebauten Deutschen Wissenschaftlichen Instituts (DWI) –,[368] weiterhin in Leipzig Veranstaltungen durchführte, jenseits der von Muller für die Jahre 1942 und 1943 ausgewiesenen Kurse.[369] Dass Schelsky wiederum Jahrzehnte später, im Sommer 1970, anlässlich eines Gutachtens, das er für das Bildungsforschungsinstitut erstellte, darauf aufmerksam machte, dass er mit Becker »seit meiner Studienzeit befreundet« gewesen sei,[370] rückt den jungen Becker einmal mehr in den rechtsintellektuellen Kreis dieser spezifischen Ansätze einer soziologischen Leipziger Schule und »Wirklichkeitswissenschaft«. Wie bereits bemerkt: Die Quellenlage ist spärlich und inwieweit etwaige Näheverhältnisse über 1945 hinaus verlängerbar sind, wäre zu

---

364 Nach Auskunft Jerry Mullers vom 3. 2. 2022 an die Autorin liegen Notizen zu dem Interview mit Becker nicht mehr vor.

365 Schäfer weist zum Beispiel auf das interdisziplinäre »Kolloquium für Außenpolitik und Staatenkunde« hin, in dem unter anderem Huber und Freyer lehrten. Über die Universitätsbibliothek Leipzig sind die Vorlesungs- und Personalverzeichnisse auch der Juristischen Fakultät im betreffenden Zeitraum online einsehbar. Hier sei nur exemplarisch das Sommerhalbjahr 1938 angeführt, in dem Freyer bei den Juristen im Vorlesungsblock »Geschichte« zum Thema »Die Weltmächte der Gegenwart« las. Vgl. *Universität Leipzig. Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Sommersemester 1938*. Leipzig: Alexander Edelmann 1938, 91, zu dem erwähnten Kolloquium Schäfer, *Hans Freyer*, 1992, 489.

366 Vgl. dazu Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990, bes. 125–131 und zur Umstrukturierung des Instituts im Zuge des Aufbaus der politischen Schulung und Erziehung der Studierenden der Leipziger Universität Heinze, *Pädagogik*, 2001, Kapitel 1.4, bes. 32–47.

367 Vgl. Notizkalender für das Jahr 1940 von Hellmut Becker, GStA PK, VI. HA, Nl Becker, C. H., Nr. 6634.

368 Freyer führte das DWI von 1941 bis 1944 als Präsident, 1940 und 1941 in der Aufbau- und ersten Phase des Instituts unterstützt von seinem Assistenten Schelsky. Vgl. zu seiner Tätigkeit in Budapest die Darstellungen und teilweise differenten Einschätzungen bei Muller, Schäfer und Hausmann: Muller, *The Other God*, 1987, 305–315; Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990, 148, 151–156 und Frank-Rutger Hausmann: »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht«. *Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001, 44–45, 47–48, 51–53, 146–166.

369 Freyers Familie war bereits im Sommer 1938 nach Budapest gezogen. In Leipzig wurde Freyer bis 1940 von Pfeffer vertreten. Freyer selbst blieb in Budapest bis Sommer 1944. Vgl. Muller, *The Other God*, 1987, 305–315 und Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990, 148, 151–156.

370 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 73. Vgl. dazu die biographischen Stationen Schelskys bis 1945 zum Beispiel bei Patrick Wöhrle: *Zur Aktualität von Helmut Schelsky. Einleitung in sein Werk*. Wiesbaden: Springer VS 2015, 17–20.

prüfen. Eine konzeptionelle Verwandtschaft zur Institutsplanung von 1958 ist aber sowohl im Hinblick auf die politische Ausrichtung, den Handlungsbezug als auch für die interdisziplinäre Anlage der Forschung nicht von der Hand zu weisen. Wenn Freyer also in seiner 1930 veröffentlichten grundlegenden Schrift zur »Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft« feststellte:

> Der Traum, daß die Soziologie die Krisis des Zeitalters überwinden könne, indem sie sie durchschaut, daß Politik eines Tages angewandte Soziologie sein werde wie Technik angewandt Physik ist, steht an der Wiege der Soziologie.[371]

So mag diese Vision zumindest 1958 nicht allzu weit entfernt gewesen sein von Beckers Träumen in Bezug auf das von ihm mitkonzipierte Institut.[372] Der Hinweis auf ein Studium bei Freyer macht es jedenfalls schon jetzt nachvollziehbar, warum Becker in den 1950er Jahren versuchte, in der bundesdeutschen Soziologie Fuß zu fassen.[373] Nach 1945 verstand sich Becker in seiner Rolle als Wissenschaftler offenbar neben seiner juristischen Verortung am ehesten als Soziologe – möglicherweise in dem weiten und politisch-didaktisch geprägten Begriff der Soziologie, den schon sein Vater vorausgesetzt hatte. Dafür spricht schließlich auch, dass sich Becker in der Planung für das Bildungsforschungsinstitut anfänglich selbst für die Leitungsposition der soziologischen Abteilung vorgesehen hatte.[374]

Zwischenfazit: Der offenen Fragen ungeachtet dürfte die biographische Befassung mit Becker gezeigt haben, wie hervorragend er von seinem Geschlecht, der Genealogie und von seinen Fähigkeiten her, in Bezug auf seinen Habitus und seine sozialen Beziehungsnetze und ebenso wohl auch in Teilen seiner Weltanschauung zur MPG passte – und wie sehr seine Netze vielfach bereits in die MPG hinein überlappten. Mit dem geplanten Institut dockte Becker zudem programmatisch sowohl an kulturpolitische Ambitionen in der Spitze der MPG als auch an die Interessen der dort vertretenen Industrie unmittelbar an. Die Ausflaggung des Politik- und Handlungsbezugs der anvisierten Institutsforschung war allerdings auch riskant. Denn die MPG hatte sich ursprünglich zwar nur notgedrungen auf Grundlagenforschung festgelegt. Dieser Anspruch entwickelte aber bald eine Eigendynamik, wurde intern aufgenommen und wirkte extern, im Feld der bundesdeutschen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftspolitik als relationaler Begriff, über den die Spezifik der MPG zunehmend definiert wurde. Abweichungen von dieser Ausrichtung mussten daher immer auch die anderen Organisationen und zentralen Personen in diesem Feld betreffen. Trotz der vielen hier aufgezeigten Passungen zwischen Becker, dem Institutsvorhaben und der MPG blieb allerdings das zentrale Manko des fehlenden akademischen Profils des Anwalts bestehen. Dies stand nach wie vor strikt »gegen die

---

371 Freyer, *Soziologie*, 1930, 2.

372 Im Gespräch mit Hager bekannte Becker: »Natürlich habe ich in gewissem Sinne immer Politik machen wollen. Politik hat mich in meinen Träumen beschäftigt«. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 118.

373 Vgl. dazu die Literaturhinweise in der Einleitung der vorliegenden Arbeit.

374 Vgl. dazu in dieser Arbeit die Skizze der soziologischen Abteilung des IfB.

Regel« der MPG. Dass der Vorschlag zur Institutsgründung in der MPG dann tatsächlich kein Selbstläufer wurde, wird bereits an der Tatsache deutlich, dass sich die Gesellschaft gut fünf Jahre lang mit diesem Vorhaben befasste und 1963 einer Gründung zunächst nur in Form eines von der MPG betreuten Instituts zustimmte. Wie also gestaltete sich der Antragsprozess und wie sahen die Argumentationsgänge in den damit einhergehenden Debatten aus?

2.2 Weiterentwicklung der Konzeption zwischen Strategie und Anpassung: Das lange Antragsverfahren in der MPG bis zur Institutsgründung, 1959–1963

2.2.1 Ein »Max Planck-Institut für Recht, Soziologie und Ökonomie der Bildung«: Antrag auf Einsetzung einer Senatskommission im Mai 1959 und Exkurs zur Governance-Struktur der MPG

Ende Mai 1959, gut zehn Monate nachdem Becker seine Institutsskizze informell avisiert hatte, ging beim Präsidenten der MPG der offizielle Antrag zur Einrichtung einer Senatskommission ein, welche die Notwendigkeit des inzwischen so genannten »Max Planck-Instituts für Recht, Soziologie und Ökonomie der Bildung« prüfen sollte. Gezeichnet war der Antrag von Carl Friedrich von Weizsäcker, Hermann Heimpel und Carlo Schmid.[375] Mit Schmid, dem sozialdemokratischen, gleichwohl bildungspolitisch elitär gestimmten katholischen Staatsrechtler war zu den beiden 1958 von Becker genannten Fürsprechern eine weitere einflussreiche Persönlichkeit hinzugekommen, die zudem in der MPG einiges Ansehen genoss. Bereits der KWG war Schmid verbunden gewesen: 1927/28 hatte der Jurist als Referent am KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin gearbeitet und sich für eine rechtliche Revision der Versailler Verträge eingesetzt.[376] Um die MPG machte er sich verdient, als er nach 1945, mittlerweile Regierungschef in Württemberg-Hohenzollern, in der französisch besetzten Zone den Bestand der Tübinger Kaiser-Wilhelm-Institute so nachdrücklich wie erfolgreich unterstützte.[377] Die Anerkennung dafür kam im Zuge des Revirements in der MPG von 1951 mit seiner Aufnahme in den Senat der Forschungsgesellschaft. [378] Für eine grundlegende nationale Bildungsreform hatte

375 In einer Synopse des zeitlichen Ablaufs des Gründungsprozesses des Instituts, welche die MPG-Verwaltung Ende Februar 1962 anfertigte, ist der Eingang des Antrags bei Hahn mit einem Begleitschreiben Weizsäckers unter dem 27. 5. 1959 verzeichnet. Der Antrag, der die Unterschriften von Schmid, Heimpel und Weizsäcker trägt, datiert bereits auf April 1959. Vgl. Carlo Schmid, Hermann Heimpel, Carl Friedrich von Weizsäcker an die Max Planck-Gesellschaft, April 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 134–136; Dr. Ba./II., Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens. Zeitlicher Ablauf, München, 28. 2. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 1.

376 Das Völkerrecht avancierte nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem zumeist als aufgezwungen empfundenen Friedensvertrag »immer mehr zu einem Instrument der Außenpolitik«. Das vom Innenministerium geförderte KWI bemühte sich darum, rechtliche Wege für eine Revision des Vertrags zu erarbeiten. Vgl. zu Schmid die einschlägige Biographie von Petra Weber: *Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998, hier 59–69, Zitat 59.

377 Schmid verfolgte für Tübingen Pläne zur Schaffung einer sogenannten Gelehrtenrepublik, wozu für ihn auch gehörte, die Stadt zu einem »Zentrum der Kaiser-Wilhelm-Institute« zu machen. Ihm gelang es aus einer anfänglichen Machtfülle heraus dann tatsächlich diverse profilierte Berufungen für die Universität zu realisieren, unter anderem konnte er Adolf Butenandt gewinnen. Vgl. Weber, *Schmid*, 1998, 195–202, Zitat 200.

378 Vgl. zur Senatsumbildung von 1951, zur Unterstützung für die Aufnahme Schmids (etwa durch Dölle) und zum weiteren nutzbringenden Einsatz des SPD-Politikers für die MPG Balcar, *Ursprünge*, 2019, 124.

sich Schmid schon seit Mitte der 1950er Jahre eingesetzt, dabei für eine einheitliche Kulturpolitik auf Bundesebene plädiert und er traute Becker, den er spätestens seit der Nachkriegszeit kannte, die Unternehmung eines zentralen Instituts zur sozialwissenschaftlichen Fundierung dieser Reformen offenbar vorbehaltlos zu.[379]

In dem dreiseitigen Anschreiben wurde die Institutskonzeption Beckers von 1958 größtenteils unverändert aufgenommen, wenngleich in einer stärker systematisierten Form. Allerdings gab es drei wichtige Akzentverschiebungen, von denen vorauszusetzen ist, dass sie mit dem prospektiven Institutsleiter abgestimmt waren:[380] Zum Ersten war die bildungspolitische Reformagenda des Instituts zugunsten der Betonung seiner wissenschaftlichen Vorbereitungsfunktion für die »bildungspolitische Planung« etwas in den Hintergrund gerückt. Die »wissenschaftliche Vorarbeit« erschien jetzt stärker als eine Art Servicefunktion für die diesmal gleich im ersten Absatz des Schreibens aufgeführten Adressaten im Bereich der politischen Planung: den DA, den WR, die Kultusverwaltungen und die »Institutionen der akademischen Selbstverwaltung«.[381] Die Modernisierung des »Bildungssystem[s]« und die »Forderungen unserer Zeit nach besserer Bildung und nach Erhöhung der Zahl der qualifiziert Gebildeten« bezeichneten aber nach wie vor die Ziele und Wirkungsabsichten der Institutsarbeit.[382] Nach wie vor auch erfolgte die strikte Abgrenzung des geplanten handlungsbezogenen Forschungstyps von den in den USA entwickelten Sozialwissenschaften, insofern es dem Institut laut Antrag um »die Fragestellung nach *unserem* Bildungswesen, seinen Funktionen in der Gesellschaft und seine[r] Umwandlung« ginge.[383] Damit wurde erneut die nationale Spezifik einer an ihren historischen Standort gebundenen Forschung ebenso wie ihre politische Intentionalität betont. Zum Zweiten erfuhr die Bildungsökonomie im Forschungsprofil des Instituts eine deutliche Aufwertung. Sie wurde bereits für so zentral erachtet, dass sie in den Namen der vorgeschlagenen Einrichtung aufrückte und im Anschreiben wurde der Bedarf an der Erforschung »der gesellschaftlichen Lage auf lange Sicht« hervorgehoben, also an prognostischen Studien, die auf einer verbesserten Statistik beruhen sollten.[384] Zum Dritten war es noch wichtiger geworden, die komplementäre Funktion des Instituts zu der an den Hochschulen betriebenen Forschung zu

---

379 Vgl. zum Verhältnis von Schmid und Becker Weber, *Schmid*, 1998, bes. 230–248, 674–684 sowie zur Situierung Schmids im George-Milieu und den Verbindungen zu Becker in diesem Kontext Raulff, *Kreis*, 2012, 456–458.

380 Becker trieb die Institutsplanung seit der Konzeption von 1958 weiter voran, indem er sich Rückmeldungen von Experten aus den für relevant erachteten Handlungsfeldern, etwa von Heckel zur Bildungsökonomie, einholte. Auf diesem Wege machte er das Institutsprojekt zugleich bekannt. In der vorliegenden Arbeit wird diese Hintergrundarbeit nicht weiterverfolgt. Vgl. zu Beckers Vorgehen im Kontext der Institutsbeantragung Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 42–44.

381 Carlo Schmid, Hermann Heimpel, Carl Friedrich von Weizsäcker an die Max Planck-Gesellschaft, April 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 134.

382 Carlo Schmid, Hermann Heimpel, Carl Friedrich von Weizsäcker an die Max Planck-Gesellschaft, April 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 135.

383 Carlo Schmid, Hermann Heimpel, Carl Friedrich von Weizsäcker an die Max Planck-Gesellschaft, April 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 135, Hervorhebung Behm.

384 Carlo Schmid, Hermann Heimpel, Carl Friedrich von Weizsäcker an die Max Planck-Gesellschaft, April 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 135.

betonen und damit Befürchtungen einer mit dem Institut erwachsenden Konkurrenz zu begegnen. So wurde nicht nur das bekannte Argument angeführt, dass die beabsichtigte »Zusammenarbeit sehr verschiedener, bisher getrennter Wissenschaftszweige« an den Hochschulen aufgrund ihrer Organisationsform, der »Lehrstuhleinteilung«, nicht möglich sei. Die Antragsteller wiesen jetzt merklich ausführlicher auf das Fehlen geeigneter Ansätze in den jeweiligen Referenzdisziplinen hin, besonders in der Erziehungswissenschaft, im Bildungsrecht und in der Bildungsökonomie. Erneut allerdings wurde die Existenz des größten Konkurrenten im Feld, der Frankfurter HIPF, übergangen.[385]

Exkurs zur Governance-Struktur der MPG: Bevor das Antragsverfahren weiterverfolgt werden wird, sollen auf Basis der Satzung der MPG ausgewählte Aspekte der Governance-Struktur der Forschungsgesellschaft erläutert werden, die diesen Prozess formell regulierte. Bezug genommen wird dabei auf die reformierte Satzung, die am 3. Dezember 1964 beschlossen wurde.[386] Bei der folgenden Darstellung handelt es sich daher zwar um eine Momentaufnahme der durch das MPG-Statut vorgegebenen Normen. Die dadurch bestimmten Zuständigkeiten und Kompetenzen der jeweiligen Organe der MPG und ihr Verhältnis zueinander, die hier vor allem interessieren, blieben sich jedoch für den Betrachtungszeitraum der vorliegenden Arbeit weitgehend gleich. Ausnahmen sind kenntlich gemacht.

In der MPG gab es laut Satzung fünf Organe: den Präsidenten, den Senat, den Verwaltungsrat, die Hauptversammlung und den Wissenschaftlichen Rat. Letzterer gliederte sich in drei fachliche Sektionen: die Chemisch-Physikalisch-Technische, die Biologisch-Medizinische und die Geisteswissenschaftliche Sektion, die auch für Fragen des Bildungsforschungsinstituts zuständig war.[387] Während die Hauptversammlung[388] und der Wissenschaftliche Rat[389] bei den Diskussionen um die Gründung und weitere Entwicklung des Instituts für Bildungsforschung

---

385 Die universitäre Pädagogik hätte »bisher den Bereich von Recht, Organisation, Verwaltung, Statistik und Finanzierung im wesentlichen ausgeklammert«, das Schul- und Hochschulrecht »den Anschluss an die allgemeine Rechtsentwicklung im Verwaltungsrecht bereits Mitte des 19. Jahrhunderts verloren« und »[v]öllig unerschlossen [sei] insbesondere das Gebiet der Bildungsökonomie«. Im Hinblick auf die »Bildungssoziologie« wurde unter Hinweis auf die Hindernisse universitär organisierter Forschung allein strukturell argumentiert und die »empirische[...] Psychologie« nur in einem Nebensatz mit Entwicklungen in den USA verglichen, die nicht auf Deutschland übertragen werden könnten. Carlo Schmid, Hermann Heimpel, Carl Friedrich von Weizsäcker an die Max Planck-Gesellschaft, April 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 135–136.

386 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 15–31. Die Bestimmungen werden im Folgenden im Präteritum wiedergegeben und es wird der Satzung in dem dort verwendeten maskulinen Genus gefolgt. Zur Auslegung der Satzung von 1964 vgl. maßgeblich Dölle, *Erläuterungen*, 1965.

387 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §10, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 20.

388 Die Hauptversammlung bestand aus den Mitgliedern der MPG, also neben den Fördernden Mitgliedern (natürliche oder juristische Personen) aus den Wissenschaftlichen und Ehrenmitgliedern und den Mitgliedern von Amts wegen (Senatoren, Direktoren, Leiter und selbständige Abteilungsleiter der Institute). Zentrale Kompetenzen der Versammlung waren die Wahl des Senats, dessen haushalterische Entlastung und der Beschluss über Satzungsänderungen. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §§21–22, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 24–25.

389 Konstituiert wurde der Wissenschaftliche Rat aus den Wissenschaftlichen Mitgliedern der Institute und den Institutsdirektoren. Vgl. zu dessen Zuständigkeiten und Kompetenzen Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §§23–25, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 25–26.

kaum eine Rolle spielten, waren die beiden Leitungsorgane der MPG, der Präsident und der Verwaltungsrat, sowie der Senat als zentrales Beschlussorgan und die GwS als das maßgebliche Beratungsorgan der Forschungsgesellschaft um so wichtiger.

Im Hinblick auf die Konstellation der Organe ist die starke Stellung des auf sechs Jahre hin gewählten Präsidenten hervorzuheben,[390] der in seiner Arbeit von der Generalverwaltung der Forschungsgesellschaft unterstützt wurde.[391] Der Präsident repräsentierte die MPG nach außen und war seit der Satzungsreform von 1964 auch offiziell mit dem Entwurf der »Grundzüge der Wissenschaftspolitik der Gesellschaft« betraut.[392] Da er zudem den Vorsitz über den Senat und den Verwaltungsrat führte, kam dem Präsidenten für die Gestaltung der Sitzungen beider Organe eine einflussreiche Rolle zu.[393] Zudem war er dafür zuständig, die vom Senat beschlossenen Berufungen und die Ernennung der Institutsleiter und Wissenschaftlichen Mitglieder[394] auszusprechen und hatte daher zumindest formell eine Schlüsselposition für die Forschungsentwicklung der MPG inne. Der Verwaltungsrat wiederum war das oberste Leitungsgremium der MPG, dem der Präsident vorsaß. Er bestand aus einem kleinen Zirkel von mindestens sechs Personen, zu denen der Generalsekretär der GV mit beratender Stimme hinzukam und fungierte in dieser Zusammensetzung im Sinne eines Vorstands.[395] Seine Aufgaben lagen in der Beratung des Präsidenten und der Vorbereitung der von diesem beantragten »wichtige[n] Entscheidungen der Gesellschaft«, wobei das Gremium »durch den Präsidenten« die Aufsicht über die GV führte und ihr gegenüber weisungsbefugt war.[396] Neben dem Präsidenten gehörten dem Verwaltungsrat mindestens zwei Vizepräsidenten, der Schatzmeister und maximal vier weitere Personen an, die aus der Mitte des Senats auf sechs Jahre hin gewählt wurden.[397]

---

390 Eine Wiederwahl war nur einmal zulässig. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §16 Abs. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 23.

391 Die GV unterstützte alle Organe der Gesellschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Der Präsident bestellte jedoch den oder die Generalsekretäre, also die Leitung der GV. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §20 Abs. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 24.

392 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §11, Zitat §11 Abs. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 21.

393 Der Präsident hatte auch über die Hauptversammlung den Vorsitz. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §11 Abs. 3a), AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 21.

394 Der Satus als Wissenschaftliches Mitglied eines Instituts wurde in der Regel Institutsangehörigen »auf Grund besonderer wissenschaftlicher Leistungen« durch den Senat der MPG nach Anhörung der betreffenden Sektion verliehen, »in geeigneten Fällen« auch Personen ohne Institutsbindung. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §5 Abs. 1–3, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 19.

395 Vgl. zum Verwaltungsrat Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §§15–19, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 23–24; zur Zusammensetzung ebd., §15, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 23; zur Beteiligung der GV ebd., §20, Abs. 4, AMPG, Rep. 102, Nr. 69, fol. 24; zur Vorstandsfunktion ebd., §17 Abs. 1, AMPG, II: Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 23.

396 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §17 Abs. 2, Abs. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 23. Der Verwaltungsrat stellte auch den Gesamthaushaltsplan auf, der vom Senat beschlossen werden musste, ebd., §18 Abs. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 23–24.

397 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §15, §16 Abs. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 23.

Die gemeinsamen Belange der Institute der MPG wurden in der jeweils zuständigen Sektion des Wissenschaftlichen Rats erörtert. Vor allem kam den Sektionen das Recht der Beratung des Senats bei der Gründung oder Schließung von Instituten und selbständigen Abteilungen sowie in Fragen der Berufung und Abberufung der Institutsleiter und der Wissenschaftlichen Mitglieder eines Instituts zu.[398] Der Senat musste die jeweils zuständige Sektion also vor entsprechenden Beschlussfassungen hören, wobei die Sektionen in den genannten Personalangelegenheiten annähernd ein Vetorecht besaßen.[399] Waren die Sektionen fachlich bestimmt, war der Senat der MPG per definitionem deutlich heterogener zusammengesetzt. Qua Amt gehörten ihm neben dem Präsidenten die drei Sektionsvorsitzenden und der Generalsekretär der MPG an. Ferner konnte die Bundesregierung, wie es in der Satzung von 1964 hieß, »zwei Bundesminister oder Staatssekretäre« benennen, die »Kultus- und Finanzminister der Länder gemeinsam drei Landesminister«. Hinzu kamen jenseits der Ehrensenatoren zwischen 12 und 32 auf sechs Jahre hin gewählte Senatsmitglieder. Unter ihnen sollten »Forscher und Gelehrte«, besonders aus der MPG, »in angemessener Zahl« vertreten sein.[400] Faktisch aber – daran sei erinnert – wies der Senat spätestens seit der Satzungsänderung von 1951 einen hohen Anteil von Spitzenvertretern der bundesdeutschen Industrie und Hochfinanz auf, was sich noch stärker im Verwaltungsrat spiegelte. In Anbetracht seiner realen Zusammensetzung waren im Senat insofern zwar die Wissenschaftler in der MPG repräsentiert, in dem renommierten Gremium versammelten sich aber ebenso die externen Stakeholder an der MPG respektive die Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, die für die MPG wissenschaftspolitisch relevant waren. Nicht zu vergessen ist dabei, dass die Gesellschaft den Zugang zu ihrem zentralen Beschlussorgan mittels Vorschlagrecht und Wahlen überwiegend selbst regulieren konnte.[401] Obwohl der Präsident beziehungsweise der ihm beigegebene Verwaltungsrat auf die Entscheidungen des Senats vor allem durch die vorab formulierten Empfehlungen einen nicht unerheblichen Einfluss nehmen konnte, lagen beim Senat weitreichende Befugnisse. Insbesondere hatte er das Recht zur Wahl des Präsidenten und der Mitglieder des Verwaltungsrats, er stellte den Gesamthaushaltsplan fest und entschied über die Institutssatzungen. Vor allem aber lag beim Senat das Beschlussrecht über Institutsneugründungen und -schließungen sowie über die Berufung von Instituts-

398 Vgl. zu den Sektionen: Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §25, Abs. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 26 und zur Beratung des Senats §13 Abs. 2b und 2d, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 22.

399 Der Senat war angehalten gegen den Widerspruch der zuständigen Sektion keine Berufung oder Abberufung zu beschließen. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §13 Abs. 2 d), AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 22.

400 Vgl. zum Senat: Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §§12–14, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 21–23; zur Zusammensetzung siehe ebd., §12 Abs. 1–5, Zitate §12 Abs. 1, Abs. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 21–22.

401 Die Berücksichtigung der politischen Vertreter im Senat wurde in der MPG im Laufe ihrer Geschichte mehrfach diskutiert und schlug sich entsprechend in der Satzung nieder. Siehe zu den von der Politik bestimmten Mitgliedern des Senats der MPG bis zu den 1950er Jahren konkreter Balcar, *Ursprünge*, 2019, 118–125 und zur Satzungsrevision der MPG von 1964 in dieser Hinsicht Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990,126 sowie zur realen Zusammensetzung der Gremien die Hinweise, die in der vorliegenden Arbeit im Kontext des Kurzporträts der MPG gegeben werden.

direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern[402] – allerdings, wie erwähnt, erst nach Anhörung der zuständigen Sektion, die nicht übergangen werden durfte. Letzteres sollte bei der Beantragung des neuen sozialwissenschaftlichen Instituts in der MPG gleich zu Beginn des Verfahrens eine Rolle spielen.

2.2.2 Starke Unterstützer und eine missglückte Finte: Der Weg bis zur Einrichtung der »Senatskommission Bildungswesen« im Mai 1960

Mit Eingang des Antrags Ende Mai 1959 wurde das Prüfungsverfahren über die Gründung des vorgeschlagenen Instituts in der MPG offiziell gestartet. Aber schon am Anfang gab es Schwierigkeiten. Denn zuerst hätte eigentlich die GwS darüber entscheiden müssen, ob sie dem Senat die Einrichtung einer Prüfungskommission empfehlen wollte. Heimpel jedoch informierte die GwS am Morgen des 2. Juni 1959 nur äußert knapp über die »Anregung« von Rechtsanwalt Becker zur Institutsgründung und verwies im Übrigen darauf, dass ihm das »Stadium des Projekts [...] verfrüht für eine Behandlung in der Sektion« erschiene.[403] Am selben Abend beschloss der Verwaltungsrat nach »eingehende[r] Aussprache« auf gleicher Linie, dem Senat die Einsetzung einer Kommission zu empfehlen, da er »die Problemstellung für interessant und wichtig« halte und äußerte bereits Personalvorschläge.[404] Im Verwaltungsrat saßen neben dem Präsidenten Otto Hahn und den zu dieser Zeit zwei Verwaltungsleitern, Benecke und Ernst Telschow (1889–1988),[405] fünf Personen: der Direktor am MPI für medizinische Forschung und Nobelpreisträger Richard Kuhn (1900–1967),[406] das Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft AG Alfred Petersen (1885–1960),[407] der CDU-Politiker Hermann Pünder (1888–1976),[408] der Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen Hermann Reusch (1896–1971), der zugleich im Stifterver-

---

402 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §13 Abs. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 22–23.

403 Protokoll der Sitzung der GwS vom 2. 6. 1959, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1412, fol. 10.

404 Protokoll der 40. Sitzung des Verwaltungsrates vom 2. 6. 1959 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 40.VP, fol. 17.

405 Benecke war auf Basis einer vorangegangenen Satzungsreform der MPG 1951 zum zweiten Leiter der Generalverwaltung der MPG bestellt worden – neben dem Chemiker und Wissenschaftsmanager Telschow, der in der Generalverwaltung der KWG seit Anfang der 1930er Jahre eine bald dominante Position erreicht hatte und durch seine Tätigkeit während des NS-Regimes erheblich belastet war. Die zeitweilige Existenz zweier Verwaltungsleiter war letztlich ein Kompromiss in der internen Auseinandersetzung um die Ausrichtung der MPG, die in einer macht-, forschungs- und vergangenheitspolitisch komplexen Gemengelage geführt wurde. Vgl. dazu vor allem Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, Kapitel 8.3; Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007 und Balcar, *Ursprünge*, 2019, 130–141.

406 Vgl. zur Person von Kuhn und seiner Karriere, auch im »Dritten Reich«, mit weiterer Literatur Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 1, 2007, 543.

407 Petersen gehörte dem Verwaltungsrat zunächst von 1948 bis 1958, von 1958 bis 1960 dann als Vizepräsident an. Er war laut Balcar ein enger Freund Otto Hahns. Vgl. zur Person Balcar, *Ursprünge*, 2019, 118 und zu seinen Amtszeiten Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 920–921.

408 Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Pünder hatte sich nach 1945 als Oberdirektor des Verwaltungsrats der Bizone und später auch auf internationaler Ebene (Marshall-Plan, Montanunion) für die MPG verwendet. Er gehörte dem Senat von 1949 bis 1963 und dem Verwaltungsrat von 1951 bis 1966 an. Vgl. Balcar, *Ursprünge*, 2019, 137.

band eine hervorragende Rolle spielte,[409] sowie Carl Wurster.[410] Im Mai 1960 sollten dann noch zwei Befürworter der Institutsgründung der ersten Stunde, nämlich Heisenberg und Dölle, in den Verwaltungsrat gewählt werden.[411] Aber das greift bereits vor. 1959 hatte sich das prominent besetzte Gremium in seinen Möglichkeiten verrechnet. Denn in der GwS traf am Folgetag, am 3. Juni, die Empfehlung der MPG-Spitze auf Widerstand. Der Vorsitzende der GwS, der Völkerrechtler Hermann Mosler (1912–2001), pochte auf die Zuständigkeit der Sektion, welcher der Antrag vom Senat dann auch ohne weiteres überwiesen wurde.[412]

Im Hintergrund des gescheiterten Vorgehens, das zum Mindesten unorthodox, im Grunde aber satzungswidrig war, hatte offenbar ein Kalkül über die unterschiedlichen Reaktionsweisen von Senat und Sektion auf den Antrag gestanden, das es erfolgsversprechender erscheinen ließ, die Sektion zunächst zu übergehen. Butenandt, der im November 1959 zum Nachfolger Hahns gewählt worden war und im Mai 1960 das Amt übernahm,[413] formulierte diese Erwägungen bei anderer Gelegenheit im Verwaltungsrat wie folgt:

> Überweisen wir den Plan der Sektion, dann ist er nach meiner Meinung bereits getötet. Unsere Sektion besteht nicht aus Experten auf dem Gebiet des Bildungswesens, sie ist sicherlich weniger kompetent, diese Frage zu beurteilen, als der Senat mit seiner Mischung von Persönlichkeiten vielfältigster geistiger Prägung.[414]

Diese Lagebeurteilung unterstreicht die Unterstützung Butenandts für das geplante Gründungsvorhaben und deutet zugleich die taktische Versiertheit des Präsidenten an, unter dessen Ägide sich das Antragsverfahren ab Mai 1960 vollziehen sollte und dessen Protektion für den erfolgreichen Abschluss unverzichtbar sein würde. An der missglückten Finte wiederum wird erkennbar, dass die Antragsteller, der Präsident und der Verwaltungsrat gemeinsam hinter der Sache des Becker-Instituts standen. Deutlich wird aber ebenso, dass auch dieser mächtigen Allianz auf Basis der Satzung der MPG durchaus Widerstand entgegengesetzt werden konnte.

---

409 Reusch war bis 1966 Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen und laut Winfried Schulze einer der Männer, »die seit 1920 die Geschicke des Stifterverbandes mitbestimmt haben« und sich auch in der Nachkriegszeit für den im September 1949 neu gegründeten Verband engagierten, im Fall Reuschs bis weit in die 1950er Jahre hinein. Später gehörte er zu dessen Vorstand und setzte sich leitend für den im November 1957 gegründeten Gesprächskreis Wirtschaft und Wissenschaft ein. In der MPG war Reusch von 1952 bis 1966 als Schatzmeister Mitglied im Verwaltungsrat. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 921 sowie Schulze, *Stifterverband*, 1995, bes. 115–118, 224–231, Zitat 23.

410 Vgl. zur Zusammensetzung des Verwaltungsrats Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 919–922.

411 Petersens Amtszeit lief 1960 aus, Telschow schied ebenfalls aus. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 400.

412 Protokoll der 33. Sitzung des Senates vom 3. 6. 1956 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 33.SP, fol. 216–217.

413 Die Wahl erfolgte am 27. November 1959. Die Amtsübergabe wurde auf der 11. Ordentlichen Hauptversammlung der MPG vollzogen, die vom 17. bis 20. Mai 1960 in Bremen stattfand. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 393, 398.

414 Protokoll der 53. Sitzung des Verwaltungsrates vom 22. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 53.VP, fol. 103.

Zunächst aber verzögerte sich das Verfahren wegen der langen Abstände zwischen den Sitzungsterminen und einer Krankheit Weizsäckers um etwa ein Jahr.[415] Erst am 16. Mai 1960 stand die Thematik auf der Tagesordnung der GwS, die aus Sicht der Antragsteller jetzt dafür gewonnen werden musste, dem Senat die Einrichtung einer Prüfungskommission zu empfehlen. Sicher nicht zufällig übernahm der renommierte Naturwissenschaftler C. F. von Weizsäcker die einleitende Erläuterung des Antrags, während Heimpel und Schmid ihm sekundierten, Schmid auf brieflichem Weg.[416] Weizsäcker hatte sich für die Offensive entschieden und nahm die beiden erwartbaren Hauptbedenken von sich aus vorweg. Zum Ersten ginge es bei der anvisierten Institutsforschung »um praktische Fragen, nicht um Grundlagenforschung, sondern um Zweckforschung, um Probleme des Bildungswesens an Universität und Schule«.[417] Damit war die Passung des Forschungsprogramms des mittlerweile erneut umbenannten »Institut[s] für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens«[418] zur MPG angesprochen. Jedoch legte Weizsäcker argumentativ umgehend nach. Die von ihm selbst ergänzte Frage, ob die MPG in diesem Fall dann überhaupt »zuständig sei«, bejahte er unter Hinweis auf die für das Institut unabdingbare »Unabhängigkeit von politischen und sonstigen Interessen« und rückte damit die nationale kulturpolitische Bedeutung der Unternehmung in den Vordergrund.[419] Zum Zweiten sprach Weizsäcker expressis verbis das Problem der »Berufung eines Nichtgelehrten« an. Offenbar damit in diesem Zusammenhang der Gedanke gar nicht erst aufkam, dass das Institut ohne Becker eingerichtet werden könnte, zog er das entsprechende Votum eines bundesweit anerkannten Schuljuristen aus Hessen heran: »Nach Meinung von Ministerialdirigent Heckel (Wiesbaden) [sollte] das Institut ohne Rechtsanwalt Hellmut Becker nicht gegründet werden«. Ob den Zuhörenden die enge Verbindung zwischen Becker und dem zitierten Experten bewusst war, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall hatte Weizsäcker damit ein Junktim von Institutsgründung und Leitungsperson signalisiert. Die Empfehlung zur Einsetzung der Kommission sollte den Mitgliedern der GwS dann wohl vor allem durch die von Weizsäcker offerierte Interpretation des Verfahrens annehmbar gemacht werden. So würde mit dem Vorschlag zur Bildung einer Kommission »noch keine Entscheidung in der Sache selbst getroffen« und auch die »Frage der leitenden Persönlichkeit [... sollte] offen bleiben«.[420]

---

415 Am 27. November 1959 gab Mosler dem Senat bekannt, dass die GwS einberufen würde, um das Institutsprojekt zu prüfen; am 16. März 1960 teilte er mit, dass der Antrag wegen Krankheit Weizsäckers noch nicht behandelt werden könnte. Vgl. Protokoll der 34. Sitzung des Senates vom 27. 11. 1959 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 34.SP, fol. 203 und Protokoll der 35. Sitzung des Senates vom 16. 3. 1960 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 35.SP, fol. 314.

416 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 10–11.

417 Der »Zweck eines solchen Instituts sei es, Materialien für die Planung der Bildungseinrichtungen zu beschaffen«. Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 11.

418 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 11. Der Institutsplan war mittlerweile überarbeitet und umfasste jetzt zehn Seiten. Vgl. Institut für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, [undatiert, wohl Oktober 1960], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 110–119.

419 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 12.

420 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 11.

Die anschließende Aussprache in der GwS war laut Protokoll zwar kurz, es kündigte sich mit dem kritischen Beitrag des Senatsmitglieds Prälat Georg Schreiber (1882–1963) jedoch eine Opposition von katholischer Seite an, die sich bis zum erfolgreichen Abschluss des Antrags durch das gesamte Verfahren ziehen sollte. Der Kirchenhistoriker, der sich zur Zeit der Weimarer Republik als Kultur- und Wissenschaftspolitiker profiliert hatte, war nach 1945 eine der laut Jaromír Balcar »prägenden Gestalten der MPG in ihrer Gründungsphase« gewesen und in der Forschungsgesellschaft entsprechend anerkannt.[421] Schreiber erklärte nun bündig, dass der Antrag vor die Kultusministerkonferenz gehöre, eine Arbeitsgemeinschaft unter deren Beteiligung geeigneter als eine Institutsgründung sei und man sich »mit Frankfurt (Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung) verständigen« müsse.[422] Damit brachte der Prälat neben dem Hinweis auf den politischen Aspekt des geplanten Instituts, der im Protokoll nur zart angedeutet wurde, ein weiteres gewichtiges Argument gegen dessen Gründung in die Debatte: die Existenz der HIPF. Allerdings fand dieser Einwand noch keinen Widerhall, wohl auch, da in der Sektion keine Vertreter der Länderinteressen präsent waren. Schreiber jedenfalls begleitete alle folgenden Diskussionen über die Institutsgründung, ob in der Sektion oder im Senat der MPG, mit seiner Kritik. Sie richtete sich ihrem Schwerpunkt nach zunehmend gegen die seines Erachtens nach unausweichliche Frage der Wertebindung der geplanten Forschung und die dadurch absehbar ausgelösten politischen Konflikte, die sich die MPG damit ins Haus holen würde.[423] Die von den Antragstellern nachfolgend gefahrene Taktik, Schreiber als einen der zentralen internen Gegner des Projekts in die Senatskommission einzubinden, verhinderte dann zwar nicht dessen durchgängige Einsprüche. Allerdings war es den Befürwortern fortan möglich, auf Schreibers Mitgliedschaft in der Kommission und das damit verbundene Mitspracherecht zu verweisen, was seiner Kritik letztlich die Spitze brach.[424]

---

421 Schreiber vertrat ab 1917 in Münster die Mittlere und Neuere Kirchengeschichte – mit erzwungener Unterbrechung zwischen 1936 und 1945. Bereits während der Weimarer Republik in der Zentrumspartei, unter anderem als Reichstagsabgeordneter bis 1933 politisch aktiv, setzte er sich seit 1946 nachdrücklich für die (Wieder-)Gründung der KWG/MPG ein. Von diesem Jahr an war er bis 1960 Senatsmitglied, anschließend als gewähltes Ehrenmitglied, wobei er sich als Vorsitzender der »Kommission für geisteswissenschaftliche Angelegenheiten« des Senats besonders für die Gründung des MPI für Geschichte einsetzte. Vgl. zur Person zum Beispiel Brocke, *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik*, 1990, 288–292 und Balcar, *Ursprünge*, 2019, 120–122, Zitat 120.

422 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 12.

423 Die Verwaltung der MPG fasste die sogenannte ›katholische Position‹ im Mai 1961 anhand der Kritik des Prälaten Schreiber zur Information des Präsidenten zusammen. Demnach stand der Einwand im Vordergrund, dass die beabsichtigte Forschung unausweichlich wertverhaftet sei und sich »am Bildungswesen [...] die Weltanschauungen« entzünden würden. Insofern könne die Forschung nicht unabhängig betrieben werden und führte unweigerlich dazu, dass auch die MPG »im Kreuzfeuer der Verbände« stünde. Vgl. Ballreich, Vermerk für den Herrn Präsidenten, 25. 5. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 18.

424 Vgl. zum Beispiel die Erwiderung auf Schreibers Kritik durch Butenandt auf der 38. Sitzung des Senats von Februar 1961 oder den Umgang mit den Einwänden Schreibers wenige Sitzungen später, als er seine Opposition zu den Ergebnissen der Kommission öffentlich machte, in deren Kreis er mit seiner Position nicht durchdringen konnte: Protokoll der 38. Sitzung des Senates vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 68–69 und Protokoll der 41. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 48. Inwieweit Schreibers Tod am 24. 2. 1963 und der damit verbundene Wegfall seiner Kritik auf den Gang des Verfahrens Einfluss hatte, muss hier offenbleiben.

In der Sektionssitzung im Mai 1960 schaltete sich im Anschluss an Schreibers Wortmeldung aber zunächst der designierte Präsident der MPG, Butenandt, ein, der zur Ermöglichung seiner Teilnahme eigens um die Vorziehung des Tagesordnungspunkts gebeten hatte,[425] und wies Schreibers Kritik in allen Punkten zurück. Gestützt auf die Autorität seines kommenden Amtes erklärte er, dass er »ein Institut für wünschenswert« halte, eine Arbeitsgemeinschaft dagegen für vermutlich nicht ausreichend und er nahm Weizsäckers Hinweis auf, dass »man ja nicht sofort ein Max-Planck-Institut gründen« müsse,[426] sondern es zunächst um die Einsetzung der Kommission ginge. Darüber hinaus zeichnen sich in Butenandts Stellungnahme zwei Aspekte ab, welche die enge Verbindung des Projekts der Institutsgründung mit einigen der damaligen zentralen strategischen Fragen der MPG und ihrer Wissenschaftspolitik zeigen. Beide hingen mit der seit den 1950er Jahren rapide an Fahrt aufnehmenden Expansion der Forschungsgesellschaft und mit dem dadurch für die MPG entstehenden Handlungsbedarf zusammen. So mussten für diesen Kurs zum einen innerhalb der MPG Orientierung und Regularien gefunden werden, zum anderen war er mit den Interessen und Ansprüchen der hier politisch wie wissenschaftlich relevanten Organisationen im bundesdeutschen Wissenschaftssystem auszutarieren, die von derlei Wachstumsdynamiken notwendig mitbetroffen waren. In diesem Kontext ist es daher wohl zu verstehen, dass Butenandt den Beschluss über die Institutseinrichtung auf die Ebene einer die MPG im Grundsatz berührenden Angelegenheit hob, wenn er das Recht der »Max- Planck-Gesellschaft [betonte, ...] Experimente machen« zu dürfen.[427] Angespielt war damit auf das für die MPG annähernd konstitutive und bislang von Seiten der Länder- und Bundespolitik auch zugestandene Recht zur autonomen Entscheidung über neue Institutsgründungen. Ob dieses Recht jedoch ebenso auf Neugründungen in den Geistes- und in den Sozialwissenschaften übertragen werden konnte, mit denen die MPG überwiegend auf Neuland ausgriff, war noch ungeklärt. Die Frage rückte annähernd zeitgleich zum Fall des beantragten Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens durch die in der MPG geplanten drei neuen Einrichtungen im Bereich der Rechtswissenschaft auf die Tagesordnung.[428] Zudem war die MPG seit Ende der 1950er Jahre generell mit einer zunehmenden Anzahl von Förderanträgen konfrontiert, in denen vielfach mit der gesellschaftlichen Relevanz der jeweiligen Forschung argumentiert wurde.[429] Die Frage, inwieweit die gesellschaftliche Dringlichkeit von Sachthemen

---

425 Die 11. Ordentliche Hauptversammlung, auf der Butenandt von Hahn die Amtsgeschäfte übernahm, fand vom 17. bis 20. Mai 1960 in Bremen statt. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 298 und zur Verschiebung des Tagesordnungspunktes: Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 6.

426 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 12.

427 Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 12.

428 Das erste der drei Institute wurde im Mai 1960 projektiert. Zum 1. Januar 1964 nahm das MPI für europäische Rechtsgeschichte seine Arbeit auf, das MPI für ausländisches und internationales Strafrecht wurde im Dezember 1965 gegründet, ebenso wie das MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 427, 438. Siehe zum erwähnten strategischen und wissenschaftspolitischen Aspekt am Beispiel der drei Gründungsvorhaben, Balcar, *Wandel*, 2020, 133–145.

429 Schon im Dezember 1957 hatte Heisenberg im Senat die Häufung von Fällen festgestellt, in denen »aus Gründen der praktischen Nützlichkeit die Förderung von Sachgebieten gewünscht wird, für die noch keine hochqualifizierten Wissenschaftler zur Verfügung stehen« und die Erarbeitung einer wissenschaftspolitischen Strategie der MPG vorgeschlagen. Wie Butenandt 1972, am Ende seiner zwei Amtszeiten, rekapitulierte, wurden – fachübergreifend betrachtet

und nicht mehr nur allein die im Personal- beziehungsweise Harnack-Prinzip betonte Potenz des Spitzenforschers eine Institutseinrichtung in der MPG begründen könnte, geriet auch mit dem Vorschlag zur Einrichtung des bildungspolitisch ausgerichteten Forschungsinstituts auf die Agenda. Dabei wird in der Debatte um diesen Antrag exemplarisch deutlich, dass die MPG noch keine klaren, nach innen wie außen kommunizierbaren Kriterien besaß, um über die vielfach eingehenden Anträge auf Institutsneugründungen entscheiden zu können. Auf der ersten von Butenandt als Präsident geleiteten Senatssitzung im November 1960 würde er die »Entwicklung von Grundsätzen für die Gründung von Instituten«, die nicht länger allein dem »Zufall« überlassen bleiben sollten, zu einem der Kernthemen des von ihm temporär eingesetzten »Beratungskreis[es] Wissenschaftspolitik« und mithin der Anfangsphase seiner Präsidentschaft machen.[430]

Auf der Senatssitzung im Mai 1960 jedoch brachte Butenandt letztlich eine andere, und zwar eine organisatorische Lösungsmöglichkeit ins Spiel, die das Potential hatte, sowohl die von Weizsäcker antizipierten Vorbehalte gegenüber der Institutsgründung als auch die genannten strategischen Grundsatzfragen der MPG von der Entscheidung über die Einrichtung des Instituts vorerst abzukoppeln. So merkte der Präsident an, dass das Institut ähnlich »wie das Gmelin-Institut« eingerichtet werden könne, das als ein von der MPG betreutes Institut »in« der Gesellschaft firmierte.[431] Obwohl er diese Option nicht näher ausführte und sie im Protokoll eher als eine beiläufige Bemerkung erscheint, war damit bereits am Beginn des Antragsverfahrens die später tatsächlich realisierte Möglichkeit in die Diskussion gebracht, für die geplante Einrichtung zur Erforschung des Bildungswesens einen vorläufigen und qualitativ anderen Status als den eines »echten« MPI zu wählen. Was das innerhalb der MPG bedeutete, wurde an anderer Stelle des Verfahrens von Dölle, also von einschlägiger rechtswissenschaftlicher Seite aus, erläutert und sei bereits hier zitiert. Demnach mochte der »Unterschied zwischen betreuten und echten Max-Planck-Instituten«

> zwar sehr gering [erscheinen], weil die betreuten Institute in der gleichen Weise wie echte Max-Planck-Institute finanziert werden und ihre wissenschaftliche Freiheit nicht eingeschränkt werden darf. Wesentlich sei aber, daß der Direktor und die Mitarbeiter eines

– während dieser Jahre »über 100 Neuvorhaben« bei der MPG angeregt und 12 Institute tatsächlich neu gegründet. Vgl. Protokoll der 28. Sitzung des Senates vom 18. 12. 1957 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 28.SP, fol. 215–216; Adolf Butenandt: Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Bremen am 23. Juni 1972. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1972, 28–45, hier 34.

430 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 172–175, Zitat fol. 173. Vgl. dazu Balcar, *Wandel*, 2020, 174–175.

431 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 12. Das Gmelin-Institut für anorganische Chemie und Grenzgebiete in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft wurde 1940 gegründet und als betreutes Institut 1946 in die KWG, 1948 dann in die MPG aufgenommen. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 587–597.

betreuten Instituts nicht Wissenschaftliche Mitglieder werden können und kein Stimmrecht im Wissenschaftlichen Rat haben.[432]

Damit war der vergleichsweise geminderte Status eines betreuten Instituts in der MPG noch nicht in Gänze erläutert. Vor allem auf die eingeschränkten administrativen Rechte des Direktors einer solchen Einrichtung wird im Folgenden noch eingegangenen werden. Dölles Ausführungen zeigen aber einen weiteren wichtigen Aspekt. Denn demnach würde das Leitungspersonal eines solchen Instituts nicht in der Sektion präsent sein können und mithin innerhalb der MPG kein Mitspracherecht in der Selbstverwaltung erhalten. Vielleicht auch aufgrund dieser für manche der Skeptiker wohl beruhigenden Aussicht folgte die GwS am Ende dem Vorschlag Weizsäckers und dem Plädoyer Butenandts: Dem Senat wurde die Bildung einer Kommission empfohlen, »die den Antrag der Gründung eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens prüfen soll«. Mit diesem Beschluss konnte die Sektion nicht nur eine schwierige Entscheidung in der Sache vorerst umgehen, sondern auch den Konflikt mit dem kurz vor seiner Amtseinführung stehenden neuen Präsidenten vermeiden, der sich demonstrativ für das Institut eingesetzt hatte. Das hinderte die GwS allerdings nicht daran, in ihren Beschluss die Bemerkung aufzunehmen, dass eine »positive Stellungnahme zum Inhalt des Antrags [...] damit noch nicht verbunden« sei, was als ein deutlicher Warnschuss ausgelegt werden konnte.[433]

Auf der am Folgetag, am 17. Mai 1960, stattfindenden Sitzung des Senats stellte der GwS-Vorsitzende Mosler das geplante Institut dann entlang der von Weizsäcker entworfenen Linie vor, inklusive des Hinweises auf die Neuartigkeit des Plans, den für die MPG unüblichen Forschungsbereich (»Erarbeitung von Unterlagen für die Planung der Bildungspolitik«), die zentrale Bedeutung der von der MPG gewährleisteten »Unabhängigkeit« für das anvisierte Institut und die »Tatsache, daß [... Becker] kein Universitätswissenschaftler ist«, dass »mit dessen Person die Verwirklichung des Projektes [aber] steht und fällt«.[434] Der von Mosler im Anschluss ausgesprochenen Empfehlung zur Einrichtung einer Senatskommission, die den Plan zu prüfen hätte, stimmte der Senat diesmal zu. Dabei sollte die Kommission »abgesehen von den fachlichen und personellen Fragen« besonders die Passung des Instituts zur MPG prüfen.[435]

Mit diesem Beschluss war für die Institutsbefürworter ein Meilenstein erreicht, insofern das Prüfverfahren endlich in Gang gesetzt war und das Heft der Handlung jetzt bei der Senatskommission lag. Dass dieses Gremium weniger eine Prüfstelle, sondern vielmehr dem Gründungs-

---

432 Dölle gab diese Erläuterung Ende November 1962 während einer erneuten Diskussion über die Gründung des Instituts im Senat der MPG. Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 463–464.

433 Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 12.

434 Vgl. den Bericht in: Protokoll der 36. Sitzung des Senates vom 17. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 134–136, Zitate fol. 134–135.

435 Protokoll der 36. Sitzung des Senates vom 17. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 136.

vorhaben gewogen und ein Treiber der konzeptionellen Entwicklung sein würde, legt schon der Blick auf dessen Zusammensetzung nah, die vom Senat in Übernahme der Sektionsempfehlungen beschlossen worden war. Zum Vorsitzenden bestimmt wurde aus dem Kreis der GwS der Rechtswissenschaftler und ehemalige Verfassungsrichter Konrad Zweigert (1911–1996). Der reformfreudige Sozialdemokrat war mit Carlo Schmid, einem der drei Antragsteller, seit der gemeinsamen Aufbauzeit der Tübinger Universität und Forschungslandschaft bestens bekannt, seit 1953 Wissenschaftliches Mitglied des MPI für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg und vertrat seit 1956 einen Lehrstuhl an der dortigen Universität.[436] Für sein Ansehen in der MPG und vor allem bei Butenandt spricht, dass Zweigert 1967 zu einem der Vizepräsidenten berufen wurde.[437] Hinzu kamen aus der Sektion deren Vorsitzender Heimpel, Schreiber und Weizsäcker. Aus dem Senat ergänzt wurden C. Schmid, der Physiker Walther Gerlach (1889–1979),[438] Grimme und Gerhard Hess, der schon 1958 von Wurster für den internen MPG-Planungszirkel vorgesehen gewesen war. Damit war ein Gremium berufen, dessen Mitglieder bis auf den Prälaten Schreiber und möglicherweise Gerlach[439] dem Projekt und überwiegend auch Becker mehr oder weniger eng verbunden waren. Diese Tendenz wurde noch durch die von der Kommission vorgenommene, vom Senat gewährte Selbstergänzung verstärkt.[440] Bestellt wurden Felix Messerschmid, der Becker unter anderem aus dem Kontext des DA nahestand, und der Philosoph und Soziologe Helmuth Plessner (1892–1985). Plessner war

---

436 Zweigert war von 1937 bis 1945 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner KWI für ausländisches und internationales Privatrecht, das 1944 nach Tübingen verlagert wurde. Ab 1948 vertrat er an der Universität Tübingen den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Prozeßrecht, Rechtsvergleichung, ausländisches und internationales Privatrecht. Von 1951 bis 1956 war er Richter im 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts. Seit 1953 Wissenschaftliches Mitglied des MPI für ausländisches und internationales Privatrecht, übernahm er 1956 an der Universität Hamburg den Lehrstuhl für Rechtsvergleichung, internationales Privatrecht, Bürgerliches Recht und Prozeßrecht. 1963 folgte er Dölle als Direktor des MPI für ausländisches und internationales Privatrecht (bis 1979). Vgl. Ulrich Drobnig: Konrad Zweigert (1911–1996). In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler*. Bd. 1. Berlin: De Gruyter 2007, 88–102 und zu seiner Beziehung zu Schmid: Weber, *Schmid*, 1998, 195, 198, 204, 222, 162.

437 Zweigert übte das Amt bis 1979, also auch noch unter dem Nachfolger Butenandts, aus. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 450, 500.

438 Walther Gerlach hatte von 1929 bis 1957 den Lehrstuhl für Experimentalphysik an der Ludwig-Maximilians-Universität München inne. Von 1937 bis 1946 war er Mitglied im Senat der KWG, dann im Reichsforschungsrat. Später war er zusammen mit Hahn, Heisenberg, Weizsäcker und anderen in *Farm Hall* interniert. In der Bundesrepublik amtierte er unter anderem zwischen 1949 und 1951 als erster Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft und war von 1951 bis 1961 Vizepräsident der DFG. Vgl. zu Gerlach zum Beispiel: »Gerlach, Walther«. In: *Munzinger Online/Personen*. Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1979. http://www.munzinger.de/document/00000002703. Zuletzt aufgerufen am 7. 7. 2020 und die Kurzbiographie bei Lorenz, *Protest*, 2011, 394.

439 In einer Vorlage Butenandts für die Sitzung des Verwaltungsrats im Dezember 1961 ist vermerkt, dass im Senat der MPG »neben scharfen Befürwortern wie Heimpel und Schmid, entschiedene Gegner wie Gerlach (ich höre allerdings, daß er seine zunächst negative Haltung geändert haben soll) und Schreiber vertreten sind«. Vgl. [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 49.

440 Vgl. Protokoll der 36. Sitzung des Senates vom 17. 5. 1960 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 36.SP, fol. 136. Mit den personellen Ergänzungen wurde im Übrigen der Sektionsempfehlung entsprochen, in die Arbeit der Kommission Sachverständige mit Beziehungen zur DGS (»z. B. Professor Arnold Bergstraesser«) und zum DA (»Professor Messerschmid«) einzubeziehen. Im Laufe der Kommissionsarbeit wurde dann auch der letzten Aufforderung der Sektion nachgekommen, von Heckel und Edding, der damals noch Professor an der HIPF war, Gutachten einzuholen. Ebd., fol. 135.

zwischen 1955 und 1959 Präsident der DGS und hatte in dieser Funktion zusammen mit dem Vorstandsmitglied Bergstraesser, mit Becker und anderen auf die Etablierung des DGS-Ausschusses für Schul- und Erziehungssoziologie hingewirkt. Schon seit 1952 engagierte sich Plessner zudem in der universitären Erwachsenenbildung, er pflegte in Göttingen gesellschaftlichen Umgang mit Hahn und Heisenberg und war zeitweilig stellvertretender Direktor des Frankfurter IfS gewesen.[441] Auch dieses Kommissionsmitglied dürfte Becker also relativ vertraut gewesen sein und er hatte sich dessen positiver Haltung zu der Gründungsunternehmung aller Wahrscheinlichkeit nach vorab versichert.

2.2.3 Fakten schaffen: Tätigkeit der Senatskommission, Erarbeitung des Institutsplans und die Frage nach Beckers ›Konversion‹, Mai 1960 bis Herbst 1961

Die nächste Antragsphase ab Mai 1960 war zum einen durch die Arbeit der Senatskommission bestimmt, die im November 1961 ihre Empfehlungen verabschiedete und zwischendurch mehrmals vor dem Senat berichtete. Zum anderen erstellten Becker und sein Team bis Frühjahr 1961 im Auftrag der MPG und finanziert vom Stifterverband einen umfangreichen Institutsplan. Als die Kommission dann im November 1961 besagte Empfehlungen aussprach, sollte sich der Schwerpunkt der Opposition im Senat bereits auf die Kultusminister verlagert haben. Dies leitete eine neue und letzte Phase der Antragstellung ein. Zunächst aber geht es im Folgenden um die Tätigkeit der Senatskommission.[442]

Arbeit der Kommission und erster Bericht im Senat am 11. 11. 1960: Das zehnköpfige Gremium konstituierte sich unter Vorsitz Zweigerts am 18. Mai 1960 in Bremen, fortan zumeist begleitet vom späteren Generalsekretär der MPG, Hans Ballreich (1913–1998), der offensichtlich die Kommunikation mit Butenandt sicherstellte.[443] Ein erster Ausweis der Haltung der Kommission und zugleich ein Test für die Stimmungslage in der MPG war der ausführliche Zwischenbericht Heimpels über die Kommissionsarbeit auf der Senatssitzung am 11. November 1960, in dem er von Schmid unterstützt wurde.[444] In dem Bericht zeichnete sich bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich ab, dass die Kommission in großer Mehrheit hinter der Einrichtung des Instituts stand. Dabei hatte ihrer zweiten Zusammenkunft Ende Oktober 1960 unter anderem ein von Becker mittlerweile vorgelegter zehnseitiger, laut Heimpel, »umfassender Organisationsplan des Ins-

---

441 Vgl. Carola Dietze: *Nachgeholtes Leben. Helmuth Plessner 1892–1985. Eine Biographie.* Göttingen: Wallstein 2006, 400–419, 446; Behrmann, *Wie Adorno*, 2015, 248–251; Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule*, 1988, 511–514 und die Erinnerung Monika Plessners an die Zeit der Vertretung Horkheimers durch ihren Mann am IfS Monika Plessner: *Die Argonauten auf Long Island. Begegnungen mit Hannah Arendt, Theodor W. Adorno, Gershom Scholem und anderen.* Berlin: Rowohlt 1995, 57–70.

442 Vgl. zur Arbeit der Kommission bislang vor allem Herrmann, *Bildungsforschung*, 2014.

443 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 178 und Protokoll der Sitzung der GwS vom 30. 10. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1416, fol 9.

444 Vgl. zum Folgenden Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 178–182.

tituts« zugrunde gelegen.[445] Die referierten Überlegungen des Gremiums schlossen thematisch im Wesentlichen an die bis dahin in der MPG prioritär diskutierten Aspekte an, die Argumentation wurde aber teilweise anders akzentuiert.

Konkret hatte sich die Kommission zum Ersten mit der Frage der gesellschaftlichen Relevanz der Institutsarbeit befasst. Diese sah man, laut Heimpel, »einhellig« vor allem in der dringlich benötigten wissenschaftlichen Beschaffung »tatsächlicher, insbesondere statistischer Unterlagen für die Bildungspolitik«.[446] Die Kommissionsvertreter regten sogar schon an, dass ein »kleine[r] Aufbau- und Arbeitsstab« die Einrichtung der ökonomischen und ebenfalls der juristischen Abteilung »vordringlich in Angriff« nehmen könnte.[447] Die Bedeutung der Bildungsökonomie für das Institut wurde in dem Bericht also noch stärker als zuvor betont, ebenso wie die internationale Rückständigkeit der Bundesrepublik auf diesem Gebiet.[448] Obwohl der Kommission in Beckers Plan für die Leitung der Abteilung Bildungsökonomie bereits Friedrich Edding vorgeschlagen worden war,[449] wurde dieser im Senat vorerst nur als möglicher Gutachter und renommierter Forscher an der HIPF eingeführt.[450] Zum Zweiten ging es dem Gremium, dem Bericht nach, um die Frage der prinzipiellen Zuständigkeit der MPG, die »einstimmig bejaht« worden sei. Zum Dritten befasste sich die Kommission mit der Causa Becker. Dabei hätte man für den Rechtsanwalt als Leiter votiert, da man ihn, wie es bei Heimpel hieß, als »eigentlichen Spiritus rector« des Instituts betrachtete und ihn als die »führende[...] Persönlichkeit in den Fragen deutscher Bildungspolitik« ansah. Bemerkenswert ist, dass in diesem Kontext die damit unternommene Abweichung vom Harnack-Prinzip auch explizit ins Gespräch gebracht wurde. So sei in diesem Fall »nicht ein ›klassisches‹, um eine Forscherpersönlichkeit als solche gebautes Institut, sondern ein von einem dringenden Sachanliegen gefordertes Institut« einzurichten. Für eben dieses »Sachanliegen« hätte Becker in der Bundesrepublik eine

---

445 Die Kommission hatte sich nach ihrer ersten, konstituierenden Zusammenkunft im Mai 1960 am 31. Oktober 1960 zu einer weiteren Sitzung getroffen. Auf diese Sitzung rekurrierte Heimpels Bericht vor dem Senat vor allem. Mit dem »Organisationsplan« meinte Heimpel aller Wahrscheinlichkeit nach den überarbeiteten Institutsplan von Oktober 1960, in dem jetzt vier Abteilungen vorgesehen waren: für »Bildungssoziologische Forschung« (Abt. I), für »Deskriptive Pädagogik« (Abt. II.), für »Recht und Verwaltung des Bildungswesens« (Abt. III) sowie für »Bildungsökonomie und [ein] Forschungsstab für bildungsstatistische Fragestellung« (Abt. IV). Edding sollte die Leitung für die Bildungsökonomie übernehmen, Heckel den Bereich Recht und Verwaltung. Beckers Name tauchte zwar nicht auf, der Institutsdirektor war aber für die Leitung der Abteilung für Bildungssoziologie gesetzt. Für den Bereich »Deskriptive Pädagogik« war noch keine Leitung benannt. Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 178–182, hier fol. 178, Zitat fol. 179 und Institut für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, [undatiert, wohl Oktober 1960], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, hier fol. 112, 115–116.

446 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 178.

447 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 179–180. Im Institutsplan hieß es, dass die »ökonomische und die juristische Abteilung unverzüglich aufgebaut werden« sollten, während die anderen Abteilungen später folgen könnten. Vgl. Institut für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, [undatiert, wohl Oktober 1960], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, hier fol. 113.

448 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 179.

449 Vgl. Institut für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, [undatiert, wohl Oktober 1960], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, hier fol. 116.

450 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 180.

überragende Bedeutung gewonnen.[451] Dass die Kommission der Überzeugungskraft ihrer Argumente in diesem zentralen Punkt aber wohl selbst nicht ganz traute, zeigt, dass Heimpel dem Senat ergänzend eine Liste von gleich 14, wissenschaftlich jeweils exzellent ausgewiesenen Gutachtern aus den Rechts- und ökonomischen Wissenschaften, der Soziologie und Pädagogik präsentierte, welche die Kommission – obwohl »sie eigentlich in sich sachverständig« sei – um ihre Expertise bitten wollte.[452]

Becker sollte seine Eignung allerdings schon bald selbst beweisen können. Denn eines der Hauptanliegen der Institutsbefürworter im Senat war es, die Zustimmung des Gremiums für die Beauftragung Beckers mit der Erarbeitung eines detaillierter ausgeführten Institutsplans zu erhalten. So schlug Butenandt dem Senat »im Namen des Verwaltungsrats« vor, zu beschließen, dass »vorbereitende[...] Arbeiten zur Errichtung« des Instituts durch die MPG veranlasst werden sollten, wobei die Frage der Organisationsform und der Trägerschaft der Einrichtung noch offen zu halten sei. Für diese Aufgabe würde die Forschungsgesellschaft die »notwendigen Mittel« bereitstellen.[453] In Vorbereitung der Senatssitzung durch den Verwaltungsrat am Vortag, also am 10. November 1960, war dieses Anliegen deutlicher formuliert worden. Demnach sollte Becker »unter Einsatz nicht unerheblicher Kapitalien« den Auftrag erhalten, den Institutsplan im Hinblick auf eine »genauere[...] Klärung nach Aufgabenstellung und organisatorischer Realisierbarkeit« weiter auszuarbeiten.[454] Da Hermann Reusch im Verwaltungsrat saß, ist anzunehmen, dass Butenandt von ihm schon zu diesem Zeitpunkt die Zusage des Stifterverbands für die volle Finanzierung dieser Arbeiten erhalten hatte.[455] Fehlte auch im Verwaltungsrat nicht Butenandts Hinweis, dass dieses Vorgehen die Institutsgründung »nicht etwa [...] präjudiziert[e]«,[456] so brachte er in diesem Führungskreis noch ein bildungs- und wissenschaftspolitisches Argument zur Sprache, das dort offenbar überzeugte. Der Präsident machte den »Vorteil« stark, dass auf diesem Wege »die Dinge nicht an uns vorbei laufen, sondern wir auf ihre Gestaltung sehr maßgeblichen Einfluß nehmen können«.[457] Ohne die Absicht einer politischen Einflussnahme der MPG am nächsten Tag vor dem Senat zu wiederholen, was die Vertreter der Länder- und Bundespolitik sicher in die sofortige Opposition getrieben hätte,

---

451 Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 179.

452 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 180.

453 Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 181.

454 Vgl. Protokoll der 47. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10. 11. 1960 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 47.VP, fol. 6.

455 Im Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom November 1960 ist dies noch nicht klar vermerkt. Am 24. Februar 1961 jedoch informierte der Präsident den Senat darüber, dass der Stifterverband der MPG Ende 1960 eine »Sonderzuweisung« veranlasst hätte, womit die anstehenden Arbeiten »für die nächsten sechs Monate in vollem Umfang gedeckt« worden seien. Auch im Verwaltungsrat erwähnte Butenandt am 5. 12. 1961, dass »Mittel des Stifterverbandes eingesetzt [worden seien], die uns speziell für diese Vorarbeit überlassen worden waren«. Vgl. Protokoll der 38. Sitzung des Senates vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 61 sowie Protokoll der 51. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 47.

456 Vgl. Protokoll der 47. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10. 11. 1960 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 47.VP, fol. 6.

457 Vgl. Protokoll der 47. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10. 11. 1960 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 47.VP, fol. 7.

folgte im Ergebnis dann nach dem Verwaltungsrat auch der Senat Butenandts Beschlussvorschlag – mit einer Gegenstimme.[458]

Das ablehnende Votum ging höchstwahrscheinlich auf den Prälaten Schreiber zurück, der auch in dieser Diskussion des Senats seine inzwischen bekannten Kritikpunkte formuliert hatte. Mehr als aufgewogen wurden die Einwände aber dadurch, dass sich die anwesenden Kultusminister aus Berlin und Niedersachsen, Senator Joachim Tiburtius (1889–1967) und Richard Voigt (1895–1970)[459] ebenso wie Bundesminister Siegfried Balke (1902–1984)[460] nicht ablehnend äußerten. Und auch die an der Diskussion teilnehmenden Vertreter der Wirtschaft, Reusch, Fritz Gummert (1895–1963) und Heinrich Kost (1890–1978),[461] stellten sich einhellig hinter den Vorschlag Butenandts. Reuschs Stellungnahme, die mit der Stimme des Stifterverbands assoziiert werden konnte, dürfte dabei besonderes Gewicht zugekommen sein. Geholfen haben mochte ebenso das erneute klare Bekenntnis Butenandts, dass »er die Angelegenheit für außerordentlich wichtig« hielte.[462]

Senatssitzung am 24. 2. 1961: Die einer Institutsgründung mehrheitlich gewogene Stimmung im Senat schien auch auf seiner nächsten Aussprache zum Thema am 24. Februar 1961 anzuhalten. Diesmal stand nur ein kurzer Bericht zur Kommissionsarbeit an, den bezeichnenderweise der Präsident selbst übernahm.[463] Zwar brachte Prälat Schreiber daraufhin erneut seine

---

458 Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 182.

459 Joachim Tiburtius wurde nach 1945 Mitglied der CDU und vertrat diese seit 1946 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Er war von Januar 1951 bis März 1963 Senator für Volksbildung in Berlin und in dieser Funktion seit 1957 mit unterschiedlichem Status im Senat der MPG (in den Anfängen beispielweise als Gast und Ständiger Gast). Richard Voigt, SPD, hatte von 1948 bis 1955 und dann wieder von Mai 1959 bis Juni 1963 das Amt des Kultusministers in Niedersachsen inne und war langjähriger Vertreter der KMK (zeitweise als deren Präsident) im Senat der MPG, auch er mit wechselndem Status. Vgl. »Tiburtius, Joachim«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1967. http://www.munzinger.de/document/00000006229. Zuletzt aufgerufen am 6. 7. 2020; »Voigt, Richard«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1970. http://www.munzinger.de/document/00000002302. Zuletzt aufgerufen am 6. 7. 2020.

460 Siegfried Balke, nach 1945 Mitbegründer des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie München, war seit 1953 Postminister im zweiten Kabinett Adenauer und dann von Oktober 1956 bis 1962 Bundesminister für Atomfragen der Bundesrepublik Deutschland. In gleicher Funktion amtierte er ab Oktober 1957 im dritten Kabinett und ab November 1961 im vierten Kabinett Adenauer. Nach der Regierungskrise im Herbst 1962 (Spiegel-Affäre) und der darauffolgenden Kabinettsumbildung, in der unter anderem aus dem inzwischen so genannten Ministerium für Atomkernenergie das Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung gebildet wurde, besetzte den entsprechenden Ministerposten der FDP-Politiker Hans Lenz (1907–1968). Vgl. »Balke, Siegfried«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1984. http://www.munzinger.de/document/00000005712. Zuletzt aufgerufen am 6. 7. 2020.

461 Gummert war seit 1948 ordentliches Mitglied des Vorstands der Ruhrgas AG, seit 1958 dessen Sprecher und als Schatzmeister im Stifterverband engagiert. 1951 wurde er in den Senat der MPG gewählt. Kost war bis 1953 Generaldirektor der Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) Essen, bis 1961 Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinpreußen AG für Bergbau und Chemie, bis 1964 Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und wurde im Oktober 1948 vom Senat der MPG kooptiert. Vgl. zu beiden Personen im Kontext der MPG Balcar, *Ursprünge*, 2019, 125–126.

462 Vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 180–181, Zitat fol. 181.

463 Vgl. TOP 1b in: Protokoll der 38. Sitzung des Senates vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 60–61.

Kritik vor, diesmal sogar in erheblich schärferer Form. Er warf der Kommission – nicht zu Unrecht – Unausgewogenheit vor, bezeichnete die tragende Idee, vermutlich im Wissen um die Arbeit der HIPF, als »nicht originell« und warnte, dass »auf einem Nebenweg« ein MPI »mit recht problematischer Zielsetzung« geschaffen würde.[464] Aber auch diesmal traf die Kritik im Senat auf keine Resonanz. Allerdings begann sich eine andere Problematik am Horizont abzuzeichnen: So teilte Kultusminister Voigt mit, dass die KMK inzwischen unter Vorsitz des hessischen Kultusministers Ernst Schütte (1904–1972) einen »Arbeitskreis Bildungswesen« gegründet hätte. Er empfahl Becker, der sich zu dieser Zeit schon mitten in der Arbeit für den ausführlichen Institutsplan befand, »sich mit dem Arbeitskreis abzustimmen«, vor allem »um Doppelarbeit zu vermeiden«.[465] Obwohl Tiburtius diplomatisch ergänzte, dass das diesem Arbeitskreis zur Verfügung stehende, »im Lauf von Jahrzehnten erarbeitete« Material zum Bildungswesen Becker zugänglich gemacht werden könne, war die von Voigt gegebene ›Empfehlung‹ doch realiter ein unübersehbarer Wink, die Beteiligung der KMK bei der Planung des Instituts, eines potentiellen bildungspolitischen Schwergewichts, nicht zu vernachlässigen. Offensichtlich brachte sich nicht nur die KMK, sondern auch das Sitzland der HIPF allmählich in Stellung. Butenandt sagte die empfohlene Abstimmung zu.[466]

Erarbeitung des Institutsplans bis Mai 1961: Allerdings wurden zu diesem Zeitpunkt schon tagtäglich Fakten geschaffen. Denn wie Butenandt dem Senat gleichfalls im Februar mitteilte, war an Becker inzwischen der besagte Auftrag ergangen, »eine genaue Planung hinsichtlich der Aufgaben und der Organisation« sowie der Kosten des anvisierten Instituts zu erstellen. Die bis dahin im Hintergrund laufende, noch gebremste Konzeptionsarbeit hatte damit offiziell in den höchsten Gang geschaltet werden können, wie erwähnt, großzügig finanziert mit Mitteln des Stifterverbands, der Beckers »gutachtliche[...] Tätigkeit [...] in vollem Umfang« deckte.[467] Das ausführliche Institutskonzept wurde schwerpunktmäßig zwischen Januar und Mai 1961 erarbeitet.[468] Wie im Kontext des Wilhelmstraßenprozesses erprobt, griff Becker dabei zur Organisation des Arbeitsprozesses auf die Struktur eines kleinen Teams von Mitarbeitern und Sparringspartnern zurück; mit sich selbst im Zentrum und substantiell unterstützt durch seinen langjährigen Assistenten und Vertrauten Alexander Kluge. Kluge, der damals noch als Jurist tätig war,[469] hatte bereits im Kontext der DGS an dem Memorandum des Ausschusses für

464 Protokoll der 38. Sitzung des Senates vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 68.

465 Protokoll der 38. Sitzung des Senates vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 69.

466 Protokoll der 38. Sitzung des Senates vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 70, 69.

467 Vgl. Protokoll der 38. Sitzung des Senates vom 24. 2. 1961 in Würzburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 38.SP, fol. 60–61.

468 Vgl. zur Zeitschiene Hellmut Becker an Wolfgang Edelstein, 21. 12. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

469 Kluge studierte Rechtswissenschaften (Geschichte und Kirchenmusik) in Freiburg, Marburg und Frankfurt am Main und legte 1953 sein Erstes juristisches Staatsexamen ab. Seine Anwaltsstation absolvierte er in Beckers Kanzlei, woraus sich eine enge Zusammenarbeit entwickelte und wurde 1956 mit einer Arbeit zur »Selbstverwaltung der Universität« promoviert. Nach Ablegung seines Zweiten Juristischen Staatsexamens 1958 vertrat er unter anderem Becker während dessen USA-Aufenthalt in seiner Praxis, auch als Rechtsberater am IfS. 1961 erschien der zusammen mit Peter Schamoni (1934–2011) gedrehte Kurzdokumentarfilm »Brutalität in Stein«, ein Anzeichen für die zunehmende Verlagerung von Kluges Tätigkeit auf den Bereich des Films und der Literatur. Vgl. zu Person und Werk zum Beispiel

Schul- und Erziehungssoziologie mitgearbeitet, in dem im Mai 1959 die Notwendigkeit einer bildungssoziologisch gestützten Bildungsreform postuliert worden war.[470] Zu dem Kreis, den Becker jetzt in unterschiedlichen personellen Zusammensetzungen zu Konzeptions- und Redaktionstreffen einlud,[471] gehörten im Kern Kluge, Wolfgang Edelstein und Jürgen Habermas, der nach seiner Assistenz-Tätigkeit am IfS gerade an seiner Habilitationsschrift zum *Strukturwandel der Öffentlichkeit* arbeitete.[472] Der von der Odenwaldschule kommende, altphilologisch ausgewiesene jüdische Remigrant Edelstein sollte später einer der Institutsdirektoren werden.[473] Zu diesem *inner circle* hinzu kamen zeitweilig einer von Beckers »engsten Freunden«, der Reformpädagoge Hartmut von Hentig (geb. 1925),[474] Messerschmid, Heckel, ein Mitarbeiter C. F. von Weizsäckers, Eckart Heimendahl (1925–1974),[475] sowie »Schardt (ein katholischer

---

die Beiträge in Heinz Ludwig Arnold (Hg.): *Text+Kritik. Zeitschrift für Literatur* Heft 85/86: Alexander Kluge (1985) und Heinz Ludwig Arnold (Hg.): *Text+Kritik. Zeitschrift für Literatur* Heft 85/86: Alexander Kluge. Neufassung (2011) sowie Jochen Rack: *Chronist der Gefühle. Eine Lange Nacht über Alexander Kluge.* Wiederholung aus dem Jahre 2010 anlässlich des 80. Geburtstages von Alexander Kluge. Gesendet am 11. Februar 2012 Deutschlandradio Kultur und am 11./12. Februar 2012 Deutschlandfunk. https://www.deutschlandfunk.de/chronist-der-gefuehle-102.html. Zuletzt aufgerufen am 23. 08. 2022.

470 Vgl. Behrmann, *Wie Adorno*, 2015, 250.

471 Im April 1961 fanden in Kressbronn die maßgeblichen Sitzungen statt. Vgl. Hellmut Becker an Wolfgang Edelstein, 25. 3. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

472 Vgl. Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008, 27, 139 und zur Person zum Beispiel Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2014 sowie die Beiträge in Michael Funken (Hg.): Über Habermas. Gespräche mit Zeitgenossen. Darmstadt: Primus 2008.

473 Eine wissenschaftliche Biographie zu Wolfgang Edelstein liegt noch nicht vor. Seine Familie konnte 1938 nach Island emigrieren. Er studierte in Grenoble und an der Sorbonne Linguistik und Altphilologie und wurde 1962 in Heidelberg mit einer Arbeit zu Alcuins Briefen promoviert (*eruditio und sapiantia. Weltbild und Erziehung in der Karolingerzeit*). Ab 1954 arbeitete Edelstein an der Odenwaldschule, zunächst als Lehrer, ab 1961 als Studienleiter. Nach seiner maßgeblichen Mitwirkung an der Institutskonzeption war er am IfB zunächst als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in die Schulleistungsstudie involviert, einem der theoretisch und empirisch aufwändigsten frühen Großprojekte der Einrichtung. 1973 wurde Edelstein zum Wissenschaftlichen Mitglied, aber erst 1981 zum Direktor am MPIB berufen. Zwischenzeitlich beriet er das isländische *Ministry for Education* bei der Reform des isländischen Schulsystems. In seiner Abteilung widmete er sich besonders der langfristig angelegten Arbeit an einem komplexen, an Piaget, Kohlberg und Mead anschließenden Ansatz zur Erforschung der sozialen und individuellen Genese von Handlungs- und Interaktionskompetenz. Auf seine Zeit als Direktor am MPIB wird in der vorliegenden Arbeit vorrangig im Resümee eingegangen werden. Vgl. zur Person zum Beispiel Ulman Lindenberger: Der jugendliche Geist am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Betrachtungen zum 80. Geburtstag von Wolfgang Edelstein. In: Petra Fox-Kuchenbecker und Monika Keller (Red.): *Reden und Vorträge zum 80. Geburtstag von Wolfgang Edelstein.* Berlin: MPIB 2010, 7–14; Jutta Almendinger: Nachruf auf Wolfgang Edelstein. Warum er so sehr fehlt. *Der Tagesspiegel* (1. 3. 2021). https://www.tagesspiegel.de/wissen/nachruf-auf-wolfgang-edelstein-warum-er-so-sehr-fehlt/26958474.html. Zuletzt aufgerufen am 8. 9. 2021 und autobiographisch Wolfgang Edelstein: Address at Midnight. In*: Reden zum 75. Geburtstag. Speeches on the Occasion of Wolfgang Edelsteins 75th Birthday. June 14*th, *2004 – 14. Juni 2004.* Privatdruck Edelstein und Autoren [2004], 61–65.

474 Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 236. Zu Hentig siehe zum Beispiel Christian Timo Zenke: *Hartmut von Hentig und die ästhetische Erziehung. Eine kritische Bestandsaufnahme.* Köln: Böhlau 2018; hier insbesondere die Darstellung seines Verhältnisses zur Erziehungswissenschaft und zu seiner Rolle in den Diskussionen um die Missbrauchsverbrechen an der Odenwaldschule, die nach 2010 nicht mehr verheimlicht werden konnten, und zu den damit verbundenen Veränderungen in der Wahrnehmung seiner Person und seines Werkes ebd., 24–65.

475 Heimendahl arbeitete von 1958 bis 1961 mit Forschungsauftrag der MPG als wissenschaftlicher Assistent bei C. F. von Weizsäcker am Philosophischen Seminar der Universität Hamburg, wechselte dann als Referent zum WR und war später Programmdirektor Fernsehen bei Radio Bremen. Vgl. »Heimendahl, Dr. phil. Eckart«. In: Günter Zeutzschel: *Biographien.* Bd. 2. Karlsruhe: Günter Zeutzschel Presse-Agentur 1969 (Loseblattsammlung; Stand des Eintrags: 1974).

Psychologe)«[476]. Vor allem Kluge, Edelstein und Habermas trugen dazu bei, dass der Institutsplan entlang der Rückmeldungen, die man systematisch von den für relevant gehaltenen Experten einholte, schrittweise weiterentwickelt wurde. Im April 1961 wurden weite Teile des Konzepts in einer später annähernd legendär gewordenen Zusammenkunft in Kressbronn gemeinsam fertig gestellt.[477] Im Ergebnis stand wohl im Mai desselben Jahres der »Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung)«, der gut 110 Seiten umfasste, ergänzt um eine Planung der Organisation für die Aufbauphase und eine Anlage zu Personal und Finanzen.[478] Er sollte die Grundlage aller anschließenden Diskussionen und Entscheidungen bilden, wurde also nachfolgend nur noch partiell modifiziert.[479]

Argumentativ bewegte sich der Plan von Mai 1961 in weiten Teilen auf der Linie der vorangegangenen Skizzen und Konzeptpapiere, es gab aber erneut Akzentverschiebungen. Im Titel des Plans stand jetzt die griffige sprachliche Neuprägung der »Bildungsforschung«, die Edding Ende 1959 für den Ansatz der am Institut kooperierenden Wissenschaften angeregt hatte.[480] Wie dies vom Becker-Team 1960 konzeptionell vorbereitet worden war,[481] wurde zudem die Begründung für die Einrichtung des Instituts an die Diagnose moderner gesellschaftlicher Entwicklungen angeschlossen, die nun unter den Leitbegriff einer »verwissenschaftlichten Welt« gestellt war. Alle Lebensbereiche seien – auch »ohne wissenschaftliche Absicht und Kontrolle« – von wissenschaftlichen Gesichtspunkten geprägt und die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse sei für die »Bewältigung selbst der elementaren Lebensbereiche« notwendig geworden. Die Wissenschaft müsse daher auch auf das Bildungswesen angewendet werden, das bis dahin noch nicht »in hinreichendem Maße« berücksichtigt worden sei.[482] Durchgängig war

---

476 Vgl. Hellmut Becker an Wolfgang Edelstein, 25. 3. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1. Möglicherweise war der diplomierte Psychologe und spätere Programmdirektor des ZDF, Alois Schardt (1926–1998), gemeint. Schardt arbeitete von 1957 bis 1961 als Kulturreferent beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. Siehe zur Person »Schardt, Alois«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1998. http://www.munzinger.de/document/00000013543. Zuletzt aufgerufen am 8. 9. 2021.

477 Beteiligt waren laut der Erinnerung Edelsteins Kluge, Habermas und er selbst. Vgl. zum Beispiel Edelstein, *Address*, [2004], 64. Zum Termin siehe Hellmut Becker an Wolfgang Edelstein, 25. 3. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

478 Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103 sowie Anlage zum Aufbau des Instituts, [undatiert], AMPG, III. Abt., ZA 80 (Nl Becker), K 2 (befindet sich jetzt im GStA PK, VI. HA, Nl Becker, Hellmut (Dep.)).

479 Die Datierung wurde aufgrund fehlender Angaben aus dem archivalischen Umfeld erschlossen. Sie bleibt jedoch mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Der Plan wurde durch eine englische Übersetzung ergänzt und zu einem »Plan eines Instituts für Bildungsforschung, – 1961 –« auf etwa 140 Seiten erweitert. Vgl. Hellmut Becker. Draft for an Institute of Educational Research, 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103 und Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Bildungsforschung, – 1961 –, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103.

480 Am 2. Dezember 1959 schlug Edding Becker brieflich mehrere Namensvarianten für das Institut vor und brachte dabei auch den Begriff der »Bildungsforschung« ins Gespräch. Vgl. Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 44.

481 Vgl. zum Beispiel Institut für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, [undatiert, wohl Oktober 1960], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, hier fol. 110.

482 Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103. Vgl. aus der zeitgenössischen Diskussion um Dynamiken der Verwissenschaftlichung hier nur einen zuerst 1964 veröffentlichten Text von Habermas, in dem allerdings leitend statt von »Welt« von »Gesellschaft« gesprochen wird: Jürgen Habermas: Verwissenschaft-

man zudem im Plan von 1961 bemüht, den Fokus der Darstellung auf Wissenschaft und Forschung und weniger auf politische Aspekte zu lenken. Entsprechend wurde als Wirkungsabsicht des Instituts zwar nach wie vor die Erarbeitung und Vermittlung »wissenschaftliche[r] Grundlagen für eine künftige Bildungspolitik« bezeichnet. Die Entwicklung von »Methoden und Theorie der Bildungsforschung« aber war in der Zielhierarchie an die Spitze gerückt und es wurde ostentativ der Anspruch auf »Grundlagenforschung« erhoben, die am Institut in »einer Integration bisher getrennt betriebener Wissenschaften« geleistet werden sollte.[483] Den breitesten Raum nahmen in dem Plan die Forschungsprojekte ein, die für jede Abteilung ausführlich dargestellt waren;[484] wohlweislich unter Hinweis auf die später erwartbar abweichende Praxis, die »von den [am Institut tätigen] Menschen abhängig sein« und die »anders aussehen [werde] als der hier vorgelegte Plan«. Diese Bemerkung war dem Text an hervorgehobener Position vorangestellt.[485] Erwähnenswert sind an der Konzeption von Mai 1961 zudem drei Aspekte. Über alle Abteilungen hinweg waren internationale Vergleiche vorgesehen.[486] Ähnlich querschnittartig sollte im Dienst der Entwicklung einer »Theorie der Bildungsforschung« sowie der Erkenntnis von Entwicklungstrends und »Kausal-Folgen« eine »Bildungsgeschichte« im Sinne einer »kritische[n] Geschichtsbetrachtung« betrieben werden.[487] Zudem ging man gesammelt auf zentrale Punkte der offenbar aufmerksam registrierten Kritik an dem Gründungsvorhaben ein und suchte diese zu entkräften. Thematisiert wurde in diesem Zusammenhang, wenngleich in knappster Form, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik wie auch die Frage des Wertebezugs von Wissenschaft. Dargelegt wurde zudem die Beziehung des Instituts zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, hier vor allem zur HIPF und zur Dokumentationsstelle der KMK, und es wurde auf die Beziehung zur Praxis in Bildung und Verwaltung eingegangen.[488]

---

lichte Politik und öffentliche Meinung. In: Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1969, 120–145.

483 Vgl. Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 2, S. 7–8, S. 107–108, Zitate S. 2 und S. 107, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103. Dem korrespondierte, dass direkte bildungspolitische oder ökonomische Zielsetzungen, wie die Beseitigung des Fachkräftemangels, im Institutsplan jetzt durch Forschungsfragen ersetzt waren. So hieß es etwa für den Bereich der Bildungsökonomie: »Es fehlen die theoretischen Voraussetzungen für eine Analyse des Bedarfs an verschiedenen Fachkräften«, ebd., S. 3

484 Vgl. Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 9–99, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103. Auf eine Darstellung der Forschungslinien wird hier zugunsten einer späteren Überschau über die tatsächlich institutionalisierten Projekte verzichtet, die um 1963/1964 am Institut eingerichtet werden sollten.

485 Vgl. Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], nicht paginiert, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103.

486 Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 110–111, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103.

487 Vgl. Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 5–6, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103.

488 Vgl. Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 100–111, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103; zur Darstellung der HIPF ebd., S. 102–103. In Bezug auf den Politik- und Wertebezug hieß es zum Beispiel, dass man die »alte Diskussion über Objektivität und Subjektivität der Wissenschaft« hier nicht aufnehmen könne. »Die unglückliche Parole von der Entpolitisierung des Bildungswesens schiebt die Entscheidungen, die unvermeidbar sind, anonymen Kräften zu. Die

Im Hinblick auf die organisatorischen und Leitungsfragen sowie die Finanzierung des Instituts seien hier schließlich nur die wichtigsten Angaben aus einer undatierten Anlage zum Institutsplan wiedergegeben.[489] Demnach wurden unter der Gesamtleitung eines namentlich nicht genannten Direktors fünf Abteilungen ins Auge gefasst, für deren Führung drei Personen ins Gespräch gebracht wurden:

- Robinsohn, der Direktor des 1952 in Hamburg gegründeten UNESCO-Instituts für Pädagogik (UIP, heute: UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen), sollte die »Abteilung Pädagogik und Psychologie« leiten.
- Die »Abteilung für Bildungssoziologie« war nicht mehr Becker zugeordnet. Genannt wurden stattdessen »zwei habilitierte[...] Soziologen«.
- Nach wie vor sollte die »Abteilung Bildungsökonomie« von Edding geleitet werden.
- Ebenso war erneut Heckel für die Führung der »Abteilung Recht, Organisation und Verwaltung des Bildungswesens« vorgesehen; allerdings nur noch als fachliche Betreuung im Gründungsjahr.
- Die überwiegend serviceorientiert angelegte »Abteilung Statistik, Dokumentation und Bibliographie« sollte im ersten Jahr zusammen von Robinsohn und Edding betreut werden. [490]

Der Finanzbedarf für Einrichtung und Betrieb des Instituts wurde im ersten Jahr mit 720.000 DM, ab dem dritten Jahr mit 1,28 Millionen DM angegeben. Dabei sollten zuerst »rund vierzig [...], im zweiten Jahr zwischen fünfzig und sechzig [...] und im dritten Jahr rund siebzig Personen (einschließlich Schreibkräften)« am Institut arbeiten.[491] Vorgeschlagen wurde zudem, dass eine

---

Bildungsforschung will das wissenschaftlich erforschbare Vorfeld der Bildungspolitik klären, um damit die eigentliche Entscheidung wieder zu politisieren«. Das Institut müsse dabei als Forschungseinrichtung »neutral sein«, ebenso wie es sicher sei, »daß keine persönliche Forschung frei von Wertvorstellungen arbeitet«. Es sei insofern keine Aufgabe der Wissenschaft, »von sich aus Wertsysteme zu entwickeln«, vielmehr dürften »bei wissenschaftlicher Einzel- oder Gesamtbetrachtung [keine] wesentliche[n] Wertpositionen, die zu den verschiedenen Fragen eingenommen sind, unberücksichtigt« bleiben. Vgl. Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 104–105, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103. Siehe zudem zu der im Text genannten, von Franz Hilker (1881–1969) geleiteten Pädagogischen Arbeitsstelle Wiesbaden beziehungsweise, ab 1957, der Dokumentations- und Auskunftsstelle beim Sekretariat der KMK, Günther Böhme: Von der Kunsterziehung zur pädagogischen Dokumentation. Der Reformpädagoge Franz Hilker. In: Gert Geißler und Ulrich Wiegmann (Hg.): *Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme.* Köln: Böhlau 1996, 33–59.

489 Es konnte bislang nicht geklärt werden, ob die hier herangezogene Anlage tatsächlich Teil des Plans von Frühjahr 1961 war. In der Inhaltsangabe des Plans wird zwar titelgleich auf diese Anlage hingewiesen, die dort stehenden Seitenzahlen weichen aber von den Angaben des Inhaltsverzeichnisses ab. Möglicherweise war die Anlage daher Teil einer 1961 geringfügig überarbeiteten, etwas späteren Version des Plans. Vgl. Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), [undatiert, wohl Mai 1961], S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103 und Hellmut Becker, Kressbronn/Bodensee, Plan eines Instituts für Bildungsforschung, – 1961 –, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103.

490 Vgl. Anlage zum Aufbau des Instituts, [undatiert], S. 3–4, AMPG, III. Abt., ZA 80 (Nl Becker), K 2 (befindet sich jetzt im GStA PK, VI. HA, Nl Becker, Hellmut (Dep.)).

491 Anlage zum Aufbau des Instituts, [undatiert], S. 1, AMPG, III. Abt., ZA 80 (Nl Becker), K 2 (befindet sich jetzt im GStA PK, VI. HA, Nl Becker, Hellmut (Dep.)).

»wissenschaftliche Kommission« den Aufbau des Instituts beraten sollte. Anschließend könnte diese die Einrichtung als »wissenschaftlicher Beirat betreuen«.[492]

Eine Wende in der Institutsplanung? – Exkurs zur Frage von Beckers ›Konversion‹: Dominierte in dem Plan die programmatische Kontinuität zu den vorangegangenen Skizzen, so sind darin doch auch Veränderungen erkennbar, die bislang kaum erklärt werden können. Ähnliche Fragen ergeben sich im Hinblick auf die Zusammensetzung von Beckers Arbeitsteam. So müssen etwa die maßgebliche Mitwirkung von Edelstein und die Beratung durch Habermas oder das im Plan recht unvermittelt auftauchende Vorhaben einer »kritischen« historischen Analyse als Querschnittsaufgabe jeweils überraschen; jedenfalls wenn man das Umfeld einer konservativ geprägten MPG bedenkt, oder auch Beckers Studium und berufliche Stationen im »Dritten Reich«, seinen engen Anschluss an Huber und die vermutete Nähe zu Ansätzen der Leipziger Soziologie. Auf einen entsprechenden Widerspruch machte Anfang 2004 auch der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis aufmerksam,[493] als er sich mit der Frage an Ulrich Raulff wandte, wie Becker »zu Adorno/Horkheimer überlaufen« konnte. Raulff arbeitete damals an seiner Studie zum »Nachleben« Georges in der Bundesrepublik und nahm Hennis' Frage in seiner Monographie dann in einer Anmerkung auf.[494]

Seitdem ist die damit ins Gespräch gebrachte Thematik einer etwaigen ›Konversion‹[495] Beckers nicht weiterverfolgt worden. Die veröffentlichten zeitgenössischen Materialien geben in Bezug auf die Anlässe für seine mögliche Hinwendung zu den am IfS versammelten Wissenschaftler*innen und den dort verfolgten Ansätzen zwar Hinweise. Sie lassen aber keine fundierten Aussagen über die Qualität der damit angedeuteten Beziehung oder deren Wandel zu. So war Becker zwar, wie erwähnt, seit Anfang der 1950er Jahre Justiziar am IfS, begegnete dort

---

492 Anlage zum Aufbau des Instituts, [undatiert], S. 7, AMPG, III. Abt., ZA 80 (Nl Becker), K 2 (befindet sich jetzt im GStA PK, VI. HA, Nl Becker, Hellmut (Dep.)).

493 Hennis wurde bei dem Staats- und Kirchenrechtler Rudolf Smend (1882–1975) promoviert, war Assistent bei Carlo Schmid am Institut für Politische Wissenschaft in Frankfurt, habilitierte sich dort 1960 und vertrat nach Professuren in Hannover (PH) und Hamburg von 1967 bis 1987 den Lehrstuhl für Politische Theorie in Freiburg. Zuerst SPD-Mitglied, trat Hennis 1969 endgültig aus der Partei aus, gehörte zu den scharfen Gegnern der Studierendenbewegung, wurde Gründungsmitglied und Protagonist des Bunds Freiheit der Wissenschaft und Mitglied der CDU. Vgl. zur Person zum Beispiel Reinhard Mehring: Laudatio: Verleihung des Theodor-Eschenburg-Preises an Prof. Dr. Dr. h. c. Wilhelm Hennis am 24. September 2009 auf dem Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Kiel. *Politische Vierteljahresschrift* 50/4 (2009), 816–823 und zu Hennis' politischem Engagement im Kontext des BFW Wehrs, *Protest*, 2014, bes. die kollektivbiographisch angelegten Skizze 77–146.

494 Vgl. Raulff, *Kreis*, 2012, 486/Anm. 151. Raulff selbst legt nahe, dass Beckers »Hinwendung zur Frankfurter Schule« primär durch sein Interesse an der Psychoanalyse und seine Befassung mit den Veränderungen der individuellen Existenz im Kontext der diagnostizierten Massengesellschaft motiviert gewesen sei. Ebd., 486.

495 Der Begriff der »Konversion« ist analytisch noch wenig geschärft und in Bezug auf den damit eröffneten religiösen Verweisraum nicht unproblematisch. Gleichwohl ist er etwa in der historischen Wissenschaftsforschung zunehmend in Umlauf. Abgehoben wird damit vor allem auf Prozesse der geistigen Umorientierung unter ehemals rechtskonservativen deutschen Wissenschaftlern nach 1945. Vgl. dazu exemplarisch die Überlegungen bei Klaus Dammann und Dominik Ghonghadze: Helmut Schelskys sozialdemokratische Konversion und seine Einbindung in Leipziger/Königsberger Netzwerke. In: Alexander Gallus (Hg.): *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption.* Göttingen: Wallstein 2013, 66–85 oder Clemens Albrecht: Gefundene Wirklichkeit. Helmut Schelsky und die geistige Physiognomie politischer Konversion. In: Sonja Asal und Stephan Schlak (Hg.): *Was war Bielefeld? Eine ideengeschichtliche Nachfrage.* Göttingen: Wallstein 2009, 64–83, bes. 77–79.

sicher auch Habermas, der im Februar 1956 als Assistent Adornos in das Institut eintrat,[496] und wirkte im Rahmen der DGS besonders mit Adorno zusammen. Viel zitiert ist in diesem Zusammenhang Beckers gegenüber Frithjof Hager geäußertes Diktum von der »Liebe auf den ersten Blick« zwischen Horkheimer und ihm. Ebenfalls in diesem Gespräch verwies Becker auf seine Freundschaft zu Adorno und die gemeinsamen Rundfunkgespräche, ergänzte jedoch: »[G]eistig ist für mich Horkheimer viel wichtiger gewesen«. Mit ihm habe er »auch später die Planung [s]eines Instituts besprochen«.[497] Insbesondere habe er es Horkheimer zu verdanken gehabt, dass er »aus einem gläubigen Aufklärer zu einem Dialektiker der Aufklärung geworden« sei.[498] Allerdings sind diese Bemerkungen – bis auf die Rundfunkgespräche –[499] biographisch zeitlich schwer einzuordnen und es gibt auch Hinweise, die dazu im Widerspruch stehen. So deutet der publizierte Briefwechsel von Adorno und Horkheimer aus den 1950er Jahren eher darauf hin, dass diese ihre Beziehung zu Becker zumindest in dieser Zeit eher funktional deuteten.[500] Aus welchen Anlässen, ob und inwieweit bei Becker also eine Art Konversion stattfand, welche Denkfiguren, Einstellungen und Emotionen dabei berührt wurden, ist bislang ungeklärt. Damit einher geht die systematisch orientierte Frage, inwieweit insbesondere zwischen den bei Freyer und der Leipziger Soziologie angelegten Ansätzen einer erkenntnistheoretisch reflektierten, politisch und handlungsbezogen ausgerichteten Forschung sowie den dort zu findenden Diagnosen zur »Industriegesellschaft« systematische Berührungspunkte zu Ansätzen der »Kritischen Theorie« bestanden. Letztere formierte sich zwar als strikt »emanzipationstheoretische[s] Gegenprogramm« (Hartmut Remmers) zu rechtskonservativen Positionen. Bearbeitetet wurden aber letztlich ähnlich gelagerte Problemstellungen.[501] Gegebenenfalls begründete und beförderte eine solche Ähnlichkeitsbeziehung also den angedachten Positionswechsel Beckers. Welche Rolle für eine Verschiebung der Perspektive zudem die damaligen politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik spielten, ist ebenfalls offen. Zu denken wäre hier insbesondere an das Auftauchen von Hakenkreuzen an der Kölner Synagoge zum Jahres-

---

496 Vgl. Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008, 24.

497 Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 154, 155.

498 Becker, *Pädagoge*, 1991, 59.

499 Vgl. Theodor W. Adorno: *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969*. Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1970.

500 Im Brief vom 6. Januar 1953 zum Beispiel sah Horkheimer Becker als den für Verwaltung und Organisation zuständigen Teil in »eine[r] Art Triumvirat Plessner-Osmer-Becker«. Dieses könnte dem Institut vorstehen, falls sich Horkheimer und Adorno daraus zurückziehen sollten. Der »Ton von Becker« galt Adorno im Schreiben vom 3. Juni 1953 als »ein bißchen [zu] souverän«; am 29. August 1954 befanden Adorno und Frau: »Becker funktioniert gut«, und ab Anfang 1959 ging es offenbar darum, Becker eine Art bezahlte Assistenz am Institut zu ermöglichen. Dabei stellte Adorno noch am 2. Februar 1959 in Bezug auf den Anwalt fest: »Als eine Verbindung zur Welt – nur als solche – ist er jedoch nicht unwichtig«. Vgl. Adorno und Horkheimer, *Briefwechsel*, 2006, 110, 206, 285, 538, 556.

501 Hartmut Remmers konzentriert sich in seiner soziologischen Dissertation in dem diesbezüglichen Kapitel auf den Vergleich zwischen Freyer und Horkheimer, dessen kritischen Zugriff er zu Recht als »geradezu schulbildend[e]« Gegenposition zu Freyer deutet. Zugleich bemerkt er zum Beispiel den »beiden gemeinsamen Versuch, den praxisfernen Akademismus reiner theoria [...] zu überwinden«. Die bereits früher erschienene komparativ ansetzende Arbeit von Pedro Demo kennzeichnet wiederum mögliche Vergleichsaspekte zwischen Freyer und Marcuse, führt diese aber nicht schlüssig aus. Vgl. Remmers, *Hans Freyer*, 1994, 202–221, Zitate 205, 202; Pedro Demo: *Herrschaft und Geschichte. Zur politischen Gesellschaftstheorie Freyers und Marcuses*. Meisenheim am Glan: Hain 1973 und zu dieser Thematik jetzt Link, *Demokratisierung*, 2022.

wechsel 1959/1960, das zeitgenössisch teilweise als Menetekel einer künftigen Entwicklung Westdeutschlands gedeutet wurde und heftige Reaktionen auslöste.[502] Solche Überlegungen müssen an dieser Stelle jedoch spekulativ und die Klärung dieser Thematik künftiger Forschung überlassen bleiben. Damit wird jetzt wieder auf das Antragsverfahren fokussiert.

Begutachtung: Im Mai 1961 erhielt die Senatskommission den gerade fertig gestellten Institutsplan. Sie setzte daraufhin den Prozess der Gutachteneinholung in Gang, der im August desselben Jahres abschlossen wurde.[503] Das Gros der Gutachter war dem Senat bereits auf seiner Novembersitzung 1960 durch Heimpel vorgestellt worden.[504] Unter Einbeziehung der Absagen ergibt sich folgendes Bild:[505]

- Für die Rechtswissenschaft erstellen der Vorsitzende des Wissenschaftsrats Helmut Coing (1912–2000)[506], Heckel und Raiser Gutachten; der Tübinger Jurist Walter Erbe (1909–1967) hatte auf die Anfrage nicht geantwortet.
- Seitens der Wirtschaftswissenschaft gingen Expertisen von Edding und dem Frankfurter Finanzwissenschaftler Fritz Neumarck (1900–1991) ein. Der angefragte Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Fritz Baade (1893–1974), wollte von der Aufgabe entbunden werden.
- Gleiches galt für den angefragten Kultusminister Schütte.
- Die Sozialwissenschaften (und Philosophie) waren durch Gutachten von Bergstraesser und Adorno vertreten.
- Von pädagogischer Seite aus stellte der 1934 in die USA emigrierte und seit 1937 in Harvard lehrende Robert Ulich (1890–1977), einer der Pioniere der Vergleichenden Pädagogik, seine Expertise zur Verfügung. Weitere Gutachten kamen von einem der führenden Vertreter

---

502 Vgl. dazu zum Beispiel die Reaktion des DA von Januar 1960, in der von »den Massenmedien, den Politikern und den Lehrern« Verantwortungsübernahme und unter anderem »politische Bildung als Unterrichtsprinzip« gefordert wurde – auch und gerade angesichts der Diagnose, dass »[v]iele Deutsche [...] nur Mitläufer der Demokratie« seien. Erklärung aus Anlaß der antisemitischen Ausschreitungen. Bonn, den 30. Januar 1960. In: Bohnenkamp, Hans, Walter Dirks und Doris Knab (Hg.): *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesens 1953–1965. Gesamtausgabe*. Stuttgart: Klett 1966, 852–854.

503 Am 15. 5. 1961 erhielt auch Butenandt ein Exemplar des Plans. Am 7. 6. 1961 informierte er den Senat zum Verfahrensstand und avisierte, dass sich der Senat voraussichtlich im Herbst auf Basis des dann vorliegenden Kommissionsvotums mit der Thematik befassen können würde. Vgl. Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens. Zeitlicher Ablauf, 28. 2. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, hier fol. 3 und Protokoll der 39. Sitzung des Senates vom 7. 6. 1961 in Berlin, TOP 1c, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 39.SP.

504 Protokoll der 37. Sitzung des Senates vom 11. 11. 1960 in Leverkusen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 37.SP, fol. 126.

505 Vgl. die Liste der Gutachter bei Herrmann, *Bildungsforschung*, 2014, 15.

506 Coing vertrat seit 1941 den Lehrstuhl für Römisches und Bürgerliches Recht an der Universität Frankfurt (ab 1948: Bürgerliches und Römisches Recht). Er wurde 1955 bis 1957 deren Rektor und 1956 und 1957 Präsident der WRK, bevor er an der Gründung des Wissenschaftsrates mitwirkte und für die Jahre von 1958 bis 1961 zu dessen erstem Vorsitzenden gewählt wurde. 1964 berief ihn die MPG zum Gründungsdirektor des MPI für europäische Rechtsgeschichte (Direktor bis 1980). Auch in der MPG nahm Coing bald zentrale Positionen ein: Von 1970 bis 1973 war er Vorsitzender der GwS, von 1970 bis 1972 Leiter der Satzungskommission und von 1978 bis 1984 einer der Vizepräsidenten. Zudem engagierte sich Coing leitend in der Fritz Thyssen Stiftung, in der er von 1960 bis 1995 dem Wissenschaftlichen Beirat vorstand. Dort gehörte er laut Hockerts zu den prägenden Persönlichkeiten der Stiftungspolitik. Vgl. Dieter Simon: Zwischen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik: Helmut Coing (28. 2. 1912–15. 8. 2000). *Neue Juristische Wochenschrift* (2001), 1029–1032 und Hockerts, *Erbe*, 2018, bes. 173–177.

der geisteswissenschaftlichen Pädagogik und Vorsitzenden des Schulausschusses der WRK Wilhelm Flitner (1889–1990), von dem Schulsenator a. D. der Hansestadt Hamburg und ehemaligen Vorsitzenden des DA Hans Wenke (1903–1971), sowie von dem nach 1945, im Anschluss an eine kurze Station in Leipzig nun in Bonn lehrenden Kulturphilosophen und geisteswissenschaftlichen Pädagogen Theodor Litt (1880–1962).

- Das einzige Gutachten eines Naturwissenschaftlers stammte von dem ehemaligen Harvard-Präsidenten, Wissenschaftsmanager und ersten US-Botschafter in der Bundesrepublik James Bryant Conant (1993–1978).
- In Ergänzung dieser Gutachter, die alle dem Senat in Aussicht gestellt worden waren, wurde eine Expertise des damals amtierenden Vorsitzenden des DA, des Oberbürgermeisters von Ulm, Theodor Pfizer (1904–1992), eingeholt. Becker kannte ihn über sein Engagement für die Geschwister-Scholl-Stiftung und die Gründung der Ulmer Hochschule für Gestaltung. Auch in Reaktion auf die beständige Kritik von Prälat Schreiber hin wurden zudem zwei Stellungnahmen von Vertretern der katholischen Konfession ergänzt: von dem Kölner (ehemals Berliner) Rechtswissenschaftler und CDU-Politiker Hans Peters (1896–1966), Präsident der Görres-Gesellschaft, sowie von dem Münsteraner Theologen und Vertreter des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften Josef Höffner (1906–1987), der ab 1962 Bischof von Münster sein würde.

Über die Tendenzen der Gutachten und die Ergebnisse der Urteilsbildung der Kommission, die am 2. August 1961 zur Beratung zusammenkam, berichtete der wie üblich hervorragend informierte Becker gegenüber Heckel am selben Tag. In dem als »persönlich« gekennzeichneten Schreiben hieß es, dass die Sache »sehr gut verlaufen« sei: »Alle Gutachter, ausser den Katholiken, haben sich sehr positiv geäussert, auch Coing und Wenke, deren ich mir nicht ganz sicher gewesen war«. Die Kommission würde zu den Einwänden von katholischer Seite in ihrem Votum noch

> ablehnend Stellung nehmen, und die Gründung des Instituts dem Senat der Max Planck-Gesellschaft empfehlen. Die Rechtsform soll zunächst die eines von der Max Planck-Gesellschaft betreuten Instituts werden.

Er glaube aber, »dass sich die Umwandlung in ein richtiges Max Planck-Institut später aus der Entwicklung der Max Planck-Gesellschaft ergeben wird.«[507] Auch wenn Becker grundsätzlich dazu tendierte, die Sachverhalte in einem für ihn positiven Licht darzustellen, sollte er mit dieser Prognose in fast allen Punkten Recht behalten. In einem Aspekt jedoch täuschte er sich. So spielte zwar die Kritik der katholischen Seite im weiteren Verlauf der Diskussionen in der Tat nur noch eine randständige Rolle, womit vor allem die Frage der Wertebindung der geplanten Institutsforschung, die von Prälat Schreiber wiederholt angeführt wurde und die unter den im

507 Vgl. Hellmut Becker an Hans Heckel, 2. 8. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 1. Eine Auswertung der einzelnen Gutachten würde eine eigene Untersuchung erfordern. Bisher ist nur das Gutachten Adornos von Ulrich Herrmann im Kontext der Geschichte der westdeutschen Erziehungswissenschaft analysiert und veröffentlicht worden. Vgl. Herrmann, *Bildungsforschung*, 2014.

Antragsverfahren geäußerten Einwänden noch am ehesten wissenschaftstheoretisch basiert war, in den Hintergrund rückte.[508] Die Kritik der Kultusminister aber sollte im weiteren Verlauf des Verfahrens zunehmend bestimmender werden. Die Länder besaßen in ihrer Funktion als Mittelgeber eine starke Verhandlungsposition und ihre Vertreter würden den Prozess der Gründung bis weit in das Jahr 1963 hinein verzögern. Die bis dahin nur vage erkennbaren Unstimmigkeiten wurden unübersehbar, als die Ergebnisse der Kommission am 6. Dezember 1961 im Senat präsentiert wurden.[509]

2.2.4 Das Ringen mit den Kultusministern: Vom Gründungsbeschluss des Senats im Dezember 1961 bis zum Beschluss der Institutssatzung im Dezember 1963

Senatssitzung am 6. 12. 1961 – Widerstand der KMK: Wieder war es der Präsident, der es im Senat übernahm, die Ergebnisse der Kommissionsarbeit vorzustellen, welche diese auf ihrer November-Sitzung im Vorjahr abschließend in fünf Empfehlungen gefasst hatte. Demnach hielt die Kommission erstens die »Gründung eines umfassenden Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens« für eine »dringende Notwendigkeit«. Zweitens schlug sie vor, dieses als ein von der MPG »betreutes Institut« zu gründen und drittens die »Gründung nunmehr unmittelbar ins Werk« zu setzen. Im Hinblick auf die Institutsgliederung befand sie viertens den von Becker vorgelegten Organisationsplan als geeignet und empfahl schließlich fünftens, dem Institut ein »aus unabhängigen Persönlichkeiten der Wissenschaft und Erziehung bestehendes Kuratorium [... beizugeben], dessen Zusammensetzung die an den Erziehungsproblemen unmittelbar interessierten gesellschaftlichen Kräfte« spiegeln sollte.[510]

An Butenandts Darlegung schloss sich eine intensive Diskussion an. Für den weiteren Verlauf des Verfahrens bestimmend wurde aber vorrangig der Beitrag des Präsidenten der KMK, Kultusminister Voigt. Er stellte fest, dass zwar »alle Mitglieder [der KMK] die Errichtung eines Instituts für Bildungswesen eindeutig bejaht« hätten. Jedoch sei zugleich die Auffassung vertreten worden, »daß dieses Institut kein Institut der Max-Planck-Gesellschaft sein sollte«. Zudem bemängelte Voigt, dass die KMK von der MPG nicht kontaktiert worden sei, »bevor die Senatskommission ihre Tätigkeit aufgenommen« hatte, um die Frage zu diskutieren, »ob ein solches Institut nicht besser in größerer Nähe der Kultusministerkonferenz geschaffen werden müsste«.[511] Auch wenn sich dann Carlo Schmid vehement für die Errichtung des Instituts in

---

508 Vgl. zu diesen Positionen, wie erwähnt, zusammenfassend: Ballreich, Vermerk für den Herrn Präsidenten, 25. 5. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 18.

509 Vgl. zu den internen Abstimmungen auf Seiten der Kultusminister hier nur die weiterführenden Hinweise bei Rudloff, *Does Science Matter*?, 2005, 29, bes. Anm. 68. Siehe zudem überblicksweise zur Geschichte der KMK bis in die 1960er Jahre: Yvonne Tröster: *Bildungspolitik und Föderalismus. Auswirkungen auf das berufliche Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland – Die Diskussionen in der Kultusministerkonferenz in den 1950er und 1960er Jahren.* Dissertation, Universität Mannheim 2017. E-Publikation 2017: https://madoc.bib.uni-mannheim.de/42290/. Zuletzt aufgerufen am 5. 12. 2019, Kapitel 2.

510 Vgl. Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 224.

511 Darüber hinaus erwähnte Voigt, dass die KMK beschlossen hätte, selbst »besondere Aufträge zur wissenschaftlichen

der MPG aussprach, da dieses dort »von den Schwankungen der Länderpolitik frei« wäre, und Butenandt Versäumnisse bei der Einbeziehung der KMK dementierte:[512] Allen Anwesenden dürfte nach Voigts Wortmeldung klar gewesen sein, dass von einer »nunmehr unmittelbar ins Werk« zu setzenden Gründung keine Rede mehr sein konnte und die Stellungnahme der KMK zu berücksichtigen war. Der Senat beschloss dann zwar mit einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen, dass er die »Gründung eines Instituts für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens für erforderlich« halte und beharrte darauf, »daß die Max-Planck-Gesellschaft die Betreuung des Instituts übernimmt«. Zugleich aber wurde – mit einer Gegenstimme und drei Enthaltungen – beschlossen, dass sich der Präsident »auf der Grundlage der Ergebnisse der Senatskommission« mit der KMK über »Aufgaben und Aufbau des Instituts« abstimmen und auf der nächsten Senatssitzung berichten sollte.[513]

Trotz der solchermaßen verordneten Abstimmungsrunde mit der KMK, welche die Gründung zunächst unbestimmt verzögern musste, war das Votum des Senats für die Befürworter des Instituts ein beachtlicher Erfolg. Denn in der Hauptsache war – möglicherweise auch in Reaktion auf diesen externen Druck der Kultusminister – die Binnenopposition in der MPG vorerst überwunden. Nicht nur hatte der Senat den Bedarf nach dem Institut bestätigt, sondern vor allem dessen Assoziierung mit der MPG zugestimmt und damit den Anspruch der Gesellschaft auf diese Gründung untermauert. Ein Blick auf die Diskussion des Verwaltungsrats, der am Vortag, also am 5. Dezember 1961, den Tagesordnungspunkt auf Basis einer Vorlage des Präsidenten besprochen hatte, bestätigt dieses Fazit.[514] So bewegte sich Butenandt demnach nicht nur ganz auf der Linie der Senatskommission,[515] er hatte auch die Einwände der Kultusminister bereits vorab eingepreist, da er seit längerem durch die Generalverwaltung über die eigentlichen Gründe für deren Widerstand informiert worden war.[516] Gemäß dieser Informationen fürchte-

---

Erforschung der vordringlichen Fragen des deutschen Erziehungs- und Bildungswesens [zu erteilen ...], deren Ergebnisse die Grundlage für die Haushaltspolitik der Länder bilden sollen«. Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 226, Hervorhebung im Original. Siehe zum Widerstand seitens der Kultusminister Rudloff, *Does Science Matter*?, 2005, 29–30.

512 Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 226–227.

513 Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 227. Zu den Enthaltungen zählte nicht Ehrensenator Schreibers Stimme, da er an der Sitzungsteilnahme verhindert gewesen war. Vgl. die Anwesenheitsliste der Senatssitzung, Protokoll der 40. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 40.SP, fol. 209.

514 Vgl. [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 47–51 Anwesend waren außer Butenandt die Verwaltungsratsmitglieder Dölle, Kuhn, Pünder, Wurster und für die GV Ballreich; an der Teilnahme verhindert waren Benecke (GV), Heisenberg und Reusch. Vgl. Entwurf des Protokolls der 51. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 77.

515 Vgl. sein »[p]ersönlich[es]« Urteil zu dem inzwischen vorliegenden Institutsplan Beckers sowie zu der darauf bezogenen Stellungnahme der Senatskommission: Protokoll der 51. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 48–51.

516 Vgl. zum Beispiel Ballreich an Butenandt. Vermerk. Betrifft: Institut für Bildungswesen, 28. 6. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 59. Ballreich berichtete in dem Vermerk, dass er im Zuge von Gesprächen über das Königsteiner Staatsabkommen immer wieder auf das Institut für Bildungswesen angesprochen worden sei und wies auf eine »in der Ministerialbürokratie der Länder [... bestehende] erhebliche Aversion« gegen solch eine Gründung hin. Es folgten in dem dreiseitigen Vermerk eine ausführliche Situationsanalyse und Vorschläge zum weiteren Umgang mit der Lage.

ten die Kultusminister vor allem die bildungspolitische Einmischung der MPG, also dass das geplante Institut

> unter dem Mantel und der Autorität der Max-Planck-Gesellschaft bildungspolitische Vorentscheidungen treffen [würde], die nur Sache der Regierungen und zwar, da gerade das Erziehungswesen Ländersache ist, nur Sache jeder Landesregierung für sich sein können.[517]

Zwar konzedierte der Präsident dann im Verwaltungsrat sogar, dass »die Interessen der Kultusminister durch die Gründung in höchstem Maße berührt werden«,[518] und mithin die Kulturhoheit der Länder tangiert war. Er hielt in diesem Führungskreis aber erneut am politischen Anspruch der MPG fest, wenn er forderte, dass »wir [...], nachdem der Plan zuerst an uns herangetragen worden ist, auch in der Sache weiter tätig bleiben« sollten.[519] In dieser Einschätzung wurde er durch Wurster unter Hinweis auf die nationale Bedeutung der Bildungsfragen unterstützt. Zugleich brachte dieser einen Vorschlag ein, der dem Institut später informell zur Auflage gemacht werden würde. Um den Kultusministern entgegenzukommen, regte Wurster die »Einrichtung eines Beirates oder Kuratoriums [an], in dem die verschiedenen Richtungen des Bildungswesens zu Wort kommen« sollten.[520] Dazu muss man wissen, dass die Satzung der MPG die Etablierung von Kuratorien oder Beiräten für Institute damals nur als Kann-Bestimmung vorsah,[521] für die man sich tatsächlich nur selten entschied. Im Verwaltungsrat wurde die von Wurster eingebrachte Option zur Kenntnis genommen, aber noch nicht in Empfehlungen an den Senat umgemünzt. Wirkungsvoller war dagegen in diesem Zirkel Butenandts stärkstes argumentatives Geschütz, nämlich der Hinweis auf »unsere Entscheidungsunabhängigkeit«, also auf Fragen der Autonomie der MPG,[522] deren Geltung er an die Möglichkeit dieser Gründung knüpfte. Damit griff er auf seine Argumentation aus der Anfangsphase der Antragstellung zurück. Zugleich kam der Präsident aber auch zu dem Schluss, dass »eine Mehrheit [der Länder für die Finanzierung der Neugründung], [...] kaum zu erhalten sein dürfte, wenn wir die Länder vorab nicht offiziell hören«.[523] Die MPG sei über das Königsteiner Abkommen »zunächst

---

517 [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 47.

518 [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 48.

519 [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 47–48.

520 Wurster erklärte, dass die im Forschungsbereich eines Instituts für Bildungswesen liegenden Fragen »ein ernstes Anliegen in unserem Land« seien und »dass man sich dieser Probleme systematisch annehmen« müsse. Entwurf des Protokolls der 51. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 101.

521 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §29 Abs. b), AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 30.

522 [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 51.

523 [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 51.

einmal ja in [...ihren] Aktionen gebunden [...], [da] die Länder über neue Institute hinsichtlich der Finanzierung mit Zweidrittel zustimmen müssen«.[524] Mit dem Hinweis auf das 1949 zwischen den Bundesländern geschlossene Staatsabkommen ist zugleich eine der für die MPG hervorragend wichtigen zeitgenössischen Entwicklungen angesprochen, welche die Gründungsverhandlungen mitbestimmte. Denn dieses befand sich damals in der Verhandlung und sollte erst mit dem Verwaltungsabkommen von Juni 1964 neu vereinbart werden – dann mit dem Bund als paritätischem Finanzier.[525] Für die MPG stand also einiges auf dem Spiel und Butenandt war im Dezember 1961 offenbar Realpolitiker genug, um einzusehen, dass die Bedenken der KMK gerade in dieser Phase nicht ignoriert werden konnten. Mit diesem letzten Punkt waren die Interessen wie auch die Fronten vorläufig abgesteckt und der am Folgetag im Senat beschlossene Kompromiss durch den Verwaltungsrat vorbereitet.[526]

Krise im Mai 1962: Im März 1962 fanden zwischen Vertretern der MPG und der KMK offenbar zur Zufriedenheit Butenandts erste Gespräche statt, über die er den Senat ausführlich unterrichtete und in die unter anderem der Vorschlag Wursters über die Einrichtung eines Kuratoriums eingegangen war.[527] Am 23. Mai 1962 jedoch musste der Präsident dem Senat eine substantielle Verschlechterung der Lage mitteilen. Damals wäre die Unternehmung beinahe gescheitert. Wie dem Senat eröffnet wurde, hatte die KMK inzwischen einen Beschluss gefasst, der das Grundsatzvotum des MPG-Senats vom 6. Dezember 1961 wesentlich unterlief. Demnach wollte das Ländergremium zwar der Gründung des Instituts für Bildungswesen in der MPG jetzt zustimmen, allerdings nur unter der Bedingung, dass dieses im Status eines »echten, von einem anerkannten Gelehrten geleiteten« Max-Planck-Instituts eingerichtet würde.[528] Damit war die KMK auf Konfliktkurs zur MPG gegangen. Wie ernst die Situation war, deuten Butenandts Einlassungen vor dem Verwaltungsrat am Vortag der Senatssitzung an. Am 22. Mai 1962 wies er dort auf das Risiko hin, dass diese Auseinandersetzung das Arrangement über die Finan-

---

524 [Vorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 5. 12. 1961,] Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 51.

525 Das »Verwaltungsabkommens zur Förderung von Wissenschaft und Forschung« wurde am 4. 6. 1964 geschlossenen. Vgl. vor allem Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 98–127; Balcar, *Ursprünge*, 2019, Kapitel 5.2 und Balcar, *Wandel*, 2020, 65–79.

526 Der Verwaltungsrat stimmte der Vorlage für den Senat zu. Entwurf des Protokolls der 51. Sitzung des Verwaltungsrates vom 5. 12. 1961 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 51.VP, fol. 101.

527 Vgl. Protokoll der 41. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41.SP, fol. 43–48. Die MPG hätte sich bereit erklärt, »gleichzeitig mit der Berufung des Direktors des Instituts das geplante Kuratorium zu berufen, das dann von vornherein den Direktor in der Programmstellung der Institutsarbeit, in der Institutsorganisation und bei den Vorschlägen zur Besetzung der Abteilungsstellen des Instituts beraten soll«. Protokoll der 41. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1962 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 41. SP, fol. 46.

528 Der Beschluss der KMK stammte vom 22. 3. 1962 und wurde dem Senat der MPG mit folgendem Wortlaut mitgeteilt: »Die Kultusministerkonferenz stimmt der Errichtung eines echten, von einem anerkannten Gelehrten geleiteten Max-Planck-Instituts mit einem präzisen wissenschaftlichen Forschungsgebiet (nicht eines von der Max-Planck-Gesellschaft nur betreuten Instituts) zu«. Damit wurde nicht nur die Person Beckers als Institutsleiter indirekt angezweifelt, sondern auch das Aufgabenprofil des Instituts als zu weitgefasst kritisiert. Als Prälat Schreiber in der anschließenden Diskussion im Senat die angesprochene »Personalfrage« aufgriff, beeilte sich Voigt allerdings zu erklären, dass sich der Beschluss der KMK »nicht auf eine bestimmte Person [...] beziehen« würde. Vgl. Protokoll der 42. Sitzung des Senates vom 23. 5. 1962 in Düsseldorf, TOP 6, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, Zitate fol. 24, 26.

zierung der MPG, das seit dem erwähnten Königsteiner Abkommen gefunden war, grundsätzlich aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Auf diesem Hintergrund brachte der Präsident sogar die Option ins Spiel, »das Projekt überhaupt fallen zu lassen«. Alternativ warf er die Frage nach Finanzierungsquellen jenseits der Länder auf. Wie wichtig das Votum des Verwaltungsrats für die MPG sein würde, deutet zudem an, dass Butenandt den Leitungskreis grundsätzlich um eine »aufrichtige und kritische Stellungnahme« zu seinem bisher in dieser Angelegenheit vertretenen Kurs bat. Zugleich warb er weiterhin um dessen Unterstützung, wenn er erklärte: »Ich habe freimütig bekannt, daß ich dieses Institut für unendlich wertvoll halte, und Sie wissen auch, wie nachdrücklich ich mich immer dafür eingesetzt habe«.[529] Im Ergebnis der anschließenden Diskussion verständigte sich der Verwaltungsrat darauf, den Bruch mit den Ländern, der greifbar im Raum stand, zu vermeiden; er lehnte es aber gleichzeitig ab, dem Senat einen im Sinne der Position der KMK formulierten Beschluss zu empfehlen. Stattdessen verlegte man sich darauf, die Sache offen zu halten dem Gremium vorzuschlagen, die GwS erneut mit dem Thema zu befassen.[530] Dieser Empfehlung folgte der Senat am 23. Mai 1962 weitgehend einhellig und überwies die Angelegenheit zurück an die Sektion. Deren Auftrag war es, dem Senat auf Basis einer erneuten Prüfung der Positionen von MPG und KMK eine endgültige Beschlussempfehlung darüber zu unterbreiten, »ob und in welcher Weise das Institut gegründet werden soll (1 Gegenstimme)«.[531] Es würden absehbar also noch zwei, für die Frage der Institutsgründung entscheidende Sitzungen stattfinden: in der GwS und im Senat.

Erste Runde, Sitzung der GwS am 30. 10. 1962: Gut fünf Monate später, am 30. Oktober 1962 tagte zuerst die Sektion. Diesmal übernahm Heimpel die Einleitung zum Sachstand und berichtete schwerpunktmäßig über das von ihm am Vortrag mit Kultusminister Voigt geführte Gespräch. Die Signale, die der Historiker daraus übermittelte, waren ambivalent, sie zeigen aber an, dass es inzwischen keine der beiden Seiten mehr zu nachhaltigen Beschädigungen des Verhältnisses kommen lassen wollte. So hatte Voigt laut Heimpel einerseits auf der Position der Länder beharrt und darum gebeten, dass sich die Sektion nicht auf ein betreutes Institut festlegen möge. Andererseits sei im Haushalt für 1963 bereits ein Etatposten für das Institut in Höhe von 350.000 DM eingestellt worden; wenngleich dieser noch mit einem Sperrvermerk versehen war.[532]

---

529 Diskussions- und Beschlussvorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 22. 5. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 53.VP, fol. 102–104. In Bezug auf die finanzielle Lage hieß es: »Wir könnten also über die Frage der Finanzierung dieses Instituts in eine ganz grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Ländern geraten«, Diskussions- und Beschlussvorlage des Präsidenten der MPG für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG vom 22. 5. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 53.VP, fol. 103.

530 Vgl. Protokoll der 53. Sitzung des Verwaltungsrates vom 22. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 53.VP, fol. 21–24, bes. fol. 23–24.

531 Protokoll der 42. Sitzung des Senates vom 23. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 42.SP, fol. 26.

532 Protokoll der 53. Sitzung des Verwaltungsrates vom 22. 5. 1962 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 53.VP, fol. 101–102.

Jenseits dessen gewährt Heimpels Bericht einen Einblick in die komplexe Interessenlage, die den Konflikt zwischen der MPG und den Ländern weitgehend unabhängig von dem Fall dieses Gründungsvorhabens und dem diskutierten Forschungsprogramm kennzeichnete und die besonders durch die Verhandlungen um das Königsteiner Staatsabkommen und durch den Expansionskurs der MPG bestimmt war. Wie erwähnt, ging es für die Forschungsgesellschaft auf grundsätzlicher Ebene um die Erweiterung ihres Handlungsspielraums und um die Sicherung ihres Rechts auf wissenschaftliche Selbstbestimmung. Dieses wollte die MPG auch bei Gründungsvorhaben im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften anerkannt wissen und hierfür forderte sie, wie das Butenandt ein halbes Jahr später, in einer Grundsatzrede im Mai 1963 vor dem Wissenschaftlichen Rat der MPG, ausdrückte, ihre »Freiheit« ein.[533] Dagegen wollten die Länder ihre Kulturhoheit gewahrt sehen und befürchteten konkret, wie Heimpel berichtete, dass die Ausdehnung der Forschungsgesellschaft in diesen Bereich hinein zu einem »Ausbluten« der Universitäten führen könnte.[534] Zugleich waren die Länder mit jeder Neugründung finanziell massiv berührt, da sie für einen wesentlichen Teil der Kosten aufzukommen hätten. Bund und Länder wiederum versuchten beide, die Expansionsbestrebungen der MPG und die in diesem Kontext auf die Tagesordnung gerückten Verhandlungen um Institutsneugründungen und neue Forschungsprogramme zu nutzen, um dort eine stärkere Mitsprache zu erreichen, etwa über die Reklamation eines Sitzes im Verwaltungsrat der MPG.[535]

Ebenso deutlich wurde, dass die Länder kein monolithischer Block waren und dass für eine Lösung des Konflikts um die Gründung des Bildungsforschungsinstituts auch die Befindlichkeiten einzelner Bundesländer berücksichtigt werden mussten. Die Interessen machten sich primär an der Standortfrage fest, da von Institutsneugründungen in der Regel besonders die Sitzländer profitierten. Wie Heimpel aus dem Gespräch mit Voigt berichten konnte, hatten die Länder die inzwischen anvisierte Gründung des Instituts in West-Berlin für »günstig« befunden.[536] Die Frage des Standorts war also bis zur GwS-Sitzung Ende Oktober 1962 weitgehend geklärt worden. Wie ein Blick auf die Vorgeschichte zeigt, war sie allerdings noch im Juni desselben Jahres offen gewesen und von Becker auch bewusst offen gehalten worden.[537] Die Mit-

533 Butenandt sprach von der Tendenz, »uns – jedenfalls bei geisteswissenschaftlichen Vorhaben – nicht in der von uns erwünschten und notwendigen Freiheit walten zu lassen«. Im Hintergrund stünde auf Seiten der Länder die Sorge, Vorhaben der MPG könnten zu Lasten der Neugründung und Umgestaltung der Hochschulen gehen. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 14. 5. 1963, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1941, fol. 4–21, Zitat fol. 10.

534 Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 30. 10. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1416, fol. 89.

535 Butenandt äußerte in der erwähnten Grundsatzrede vor dem Wissenschaftlichen Rat im Kontext der Verhandlungen um das Königsteiner Staatsabkommen, dass der Bund zu einer höheren Beteiligung an der Finanzierung der MPG zwar bereit sei, er aber einen Sitz im Verwaltungsrat beanspruchte. Dieses wollte Butenandt keinesfalls zugestehen. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 14. 5. 1963, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1941, fol. 8.

536 Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 30. 10. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1416, fol. 89.

537 Gegenüber Edelstein hatte Becker brieflich im Februar 1961 München als Standort ins Spiel gebracht. Im Februar 1962 berichtete er dann Butenandt davon, dass Tiburtius in einer Diskussion über »Berlin als Wissenschaftszentrum [...] vor mehreren hundert Zuschauern erklärt« habe, dass der Senat »auch das Institut für Bildungsforschung von Herrn Becker nach Berlin bringen« würde. In einem Schreiben an Habermas gab Becker aber noch im Juni 1962 an, dass er nicht bereit sei, sich »über die Standortfrage [...] zu entscheiden, bevor das Institut perfekt ist«; gemeint war ein definitiver Beschluss über dessen Gründung. Eine ganz andere Frage sei es, »dass ich mich natürlich vielerorts umsehe und daher

glieder der Konkurrenzeinrichtung der HIPF in Frankfurt am Main wiederum, die fürchteten, dass ihnen die Gründung des geplanten MPI einen personellen Substanz- und generellen Bedeutungsverlust bescheren würde, hatten bereits nicht unerheblichen Widerstand mobilisiert, der auch die Standortfrage betraf und über Hessen weit hinausging.[538] Bewegung in diese Front brachte dann wohl weniger die Kompromissbereitschaft der beteiligten Interessenvertreter, als vielmehr die damals ausgezeichnete wirtschaftliche Lage, die vor allem mit dem absehbaren Eintritt des finanzstarken Bundes in das Königsteiner Abkommen auch auf die Finanzierung außeruniversitärer wissenschaftlicher Einrichtungen durchschlagen konnte. Dadurch wurde es möglich, das Institut Beckers für West-Berlin vorzusehen und gleichzeitig die künftige Integration der HIPF in das Königsteiner Abkommen zu veranlassen. Diese Lösung hatte sich im August 1962 konkretisiert.[539] Die Frankfurter Einrichtung würde damit finanziell abgesichert sein und konnte zudem einen nicht unerheblichen Ausbau erwarten.[540] Der Standort in West-Berlin wiederum wurde seitens der westdeutschen Ländervertreter durchaus übergreifend begrüßt. Denn die Politik der Stadtentwicklung, die der Senat verstärkt seit dem Mauerbau vorantrieb, zielte darauf, West-Berlin kulturell wie wissenschaftlich zu stärken und auch auf diesem Gebiet zu einem ›Schaufenster des Westens‹ auszubauen. Die Institutsgründung hatte damit eine außenpolitische Dimension hinzugewonnen.[541]

Im Anschluss an Heimpels Bericht fand in der Sektion Ende Oktober 1962 dann noch einmal eine grundsätzliche Diskussion über die Gründung des Instituts statt. Die meisten der wichtigsten Protagonisten der Sektion waren anwesend und es wurden annähernd alle der bis dahin gehörten Argumente für und wider ausgetauscht. Am Ende stand auf Antrag Heimpels hin folgender Beschluss: »Die Sektion empfiehlt dem Senat, ein Institut für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens als ein von der Max-Planck-Gesellschaft betreutes Institut zu grün-

---

inzwischen auch Frankfurt und Berlin sehr ernsthaft in Betracht gezogen habe«. Vgl. Hellmut Becker an Wolfgang Edelstein, 8. 2. 1961, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1; Hellmut Becker an Adolf Butenandt, 24. 2. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 5; Hellmut Becker an Jürgen Habermas, 11. 6. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

538 Auf Veranlassung von Mitarbeitenden der HIPF protestierte etwa der damalige Präsident des Deutschen Bundestags, der CDU-Abgeordnete Eugen Gerstenmaier (1906–1986), noch im Juli 1962 in einem Schreiben an Becker gegen dessen »beginnende Abwerbung von Fachkräften, die relativ selten sind«, und mahnte in scharfen Worten an, sich mit der Frankfurter Einrichtung zu vereinbaren. Eugen Gerstenmaier an Hellmut Becker, 19. 7. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 1.

539 Auf den Durchbruch deutet ein Brief Schüttes an Voigt von August 1962 hin, in dem der hessische Kultusminister den Präsidenten der KMK bat, »die Frage des Ausbaus der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt zu einem auf die praktischen Bedürfnisse der Gesamtheit der Bundesländer abgestellten funktionsfähigen Forschungsinstitut unter gleichzeitiger Übernahme ins Königsteiner Staatsabkommen zu setzen«. Vgl. dazu die Quellenangabe und die Erläuterungen bei Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 60.

540 Die Aufnahme der HIPF in das Königsteiner Abkommen erfolgte 1964. In der modifizierten Satzung wurde die neue Bezeichnung als Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) verankert. Unter dem Strich bekam das DIPF mit dem Berliner Institut zwar eine scharfe und finanziell ungleich besser gestellte Konkurrenz. Zugleich aber konnte es mit der Aufnahme unter die Königsteiner Institute nicht nur eine deutliche Erleichterung seiner Finanzlage verbuchen, sondern auch eine Reputationssteigerung, da der Einrichtung damit überregionale Bedeutung bescheinigt wurde. Vgl. *Behm und Reh, (Empirische) Bildungsforschung*, 2016, 116.

541 Vgl. zur Stadtentwicklungspolitik Berlins am Beispiel der Planungen für das 1965 gegründete PZ die Hinweise in Meike Sophia Baader, Carolin Oppermann, Julia Schröder und Wolfgang Schröer: *Ergebnisbericht: »Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe«*. Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim 2020, 13–16.

den«. Die GwS hatte damit entgegen den Wünschen der KMK den vom Senat am 6. Dezember 1961 getroffenen Beschluss bestätigt, auch wenn dies nur mit einem für die Verhältnisse der MPG knappen Ergebnis von acht Ja-Stimmen gegenüber drei Ablehnungen und einer Enthaltung geschah.[542]

Zweite und letzte Runde, Sitzung des Senats am 23. 11. 1962: Der Senat, in dem dann auch wieder die Vertreter von Ländern und Bund anwesend waren, wurde mit der Angelegenheit am 23. November 1962 befasst. Zu Beginn der Sitzung hatte Butenandt kaum zufällig das Thema »Probleme um die Gründung neuer Max-Planck-Institute« ad hoc als ersten Diskussionspunkt auf die Tagesordnung gesetzt. Darüber wurde intensiv debattiert; im Ergebnis bestätigte der Senat einhellig »die Max-Planck-Gesellschaft als geeignete Trägerorganisation für geisteswissenschaftliche Institute«.[543] Damit war ein Grundton in Bezug auf das Verhältnis zu Ländern und Bund gesetzt, den Carlo Schmid in der Diskussion über das Bildungsforschungsinstitut aufnahm. So fragte er polemisch, ob die MPG selbst bestimme, was in ihrem Kreis »geschieht oder geschehen darf« oder ob »ihre Beschlüsse von der Kultusministerkonferenz ab[hingen]?«.[544] Die anschließende Debatte verlief kontrovers, vor allem in der Auseinandersetzung mit einem längeren Redebeitrag von Kultusminister Voigt. Nicht nur für die MPG-interne Opposition baute Heimpel dann eine gangbare Brücke, indem er für das Institut den Charakter eines »Experiments« reklamierte, dessen Ausgang daher erst später, nach einer gewissen Laufzeit von Seiten des Senats zu bewerten sei.[545] Ein zweites wichtiges Signal setzte der inzwischen stark an der Gründung des Instituts interessierte Berliner Senator Tiburtius, als er vorschlug von einem Institut »in« der Max-Planck-Gesellschaft zu sprechen. Diese Option war von Butenandt bereits in der ersten Befassung der GwS mit dem Thema im Mai 1960 unter Verweis auf das Gmelin-Institut angesprochen worden. Jetzt wurde sie also erneut und von Seiten eines Ländervertreters aufgegriffen. Schließlich schaltete sich auch der Präsident mehrfach in die Diskussion ein, verwandte sich nachdrücklich für das Institut und wies nicht zuletzt darauf hin, dass Becker das »Angebot einer internationalen Organisation« annehmen könnte und Eile daher geboten sei.[546] Am Ende bestätigte der Senat mit einer Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen seinen Beschluss vom 6. Dezember 1961, das Institut als betreute Einrichtung zu gründen – wenn auch noch »unter dem Vorbehalt der finanziellen Sicherstellung der Gründung«. Mit einer Stimmenthaltung wurde zudem verfügt, »nach angemessener Zeit erneut die Frage zu prüfen, ob das Institut ein Max-Planck-Institut werden soll«. Bis dahin würde das Institut als »Arbeitstitel« die Bezeichnung »Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens in der Max-Planck-Gesellschaft« tragen und seinen Sitz in Berlin haben. Zu dessen Leiter wurde »Rechts-

542 Protokoll der Sitzung der GwS vom 30. 10. 1962, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1416, fol. 87–96, Zitat fol. 96.

543 Vgl. Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 454.

544 Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 54.SP, fol. 462.

545 Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 460. Butenandt hatte das Institut schon im Mai 1960 als »Experiment« der MPG bezeichnet. Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 16. 5. 1960, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1413, fol. 41.

546 Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 462.

anwalt Hellmut Becker« bestimmt – allerdings mit einer für die MPG unerhörten Zahl von sechs Stimmenthaltungen.[547]

Mittelentsperrung, Berufung des Direktors, Satzung: Damit war die Diskussion in der MPG quasi beendet, auch wenn dem Senat noch zweimal – auf dessen Sitzungen am 13. März und am 15. Mai 1963 – mitgeteilt werden musste, dass die Mittel seitens der Länder noch immer nicht entsperrt waren.[548] Am 15. Juli 1963 konnte Butenandt im Verwaltungsrat dann endlich die Freigabe der Mittel und die Berufung Beckers zum Direktor des Instituts bekanntgeben, die zum 1. Juli 1963 erfolgt war.[549] Becker war mittlerweile, im Februar 1963, von der Freien Universität Berlin zum Honorarprofessor für Soziologie des Bildungswesens berufen worden.[550] Und auch die Einrichtung eines »wissenschaftlichen Beirat[s]« war zwischen Präsident und Institutsleiter einvernehmlich vereinbart.[551] Zum 1. Oktober 1963 nahm das Institut dann in Berlin-Dahlem, in der Garystraße 9, im Gebäude der ehemals von Else Knake geleiteten Forschungsstelle für Gewebezüchtung provisorisch seine Arbeit auf.[552] Auf seiner 46. Sitzung am 6. Dezember 1963 bestätigte der Senat der MPG schließlich die Satzung des neuen Instituts, die zum 1. Januar 1964 in Kraft trat; zusammen mit dem nochmals geänderten, nun aber bis 1971 gültigen Namen eines Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft (IfB).[553] Damit hatte der im Sommer 1958 mit der ersten Ideenskizze Beckers begonnene Gründungsprozess über fünf Jahre später seinen Abschluss gefunden und die MPG dem sozialwissenschaftlichen Institut mit einiger Skepsis Aufnahme in ihren Verband gewährt, wenn auch vorerst nur im Status einer betreuten Einrichtung auf Probe und mit der informellen Auflage zur Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats.

---

547 Protokoll der 43. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1962 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 43.SP, fol. 464.

548 Vgl. Protokoll der 44. Sitzung des Senates vom 13. 3. 1963 in Freiburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 44.SP, fol. 245 und Protokoll der 45. Sitzung des Senates vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 138 verso – 139, Zitat fol. 138 verso.

549 Vgl. [Vorlage für die Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. 7. 1963,] Bericht des Präsidenten. Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 58.VP, fol 6. Siehe zu diesem Datum auch Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 167.

550 Vgl. Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 43.

551 Vgl. [Vorlage für die Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. 7. 1963,] Bericht des Präsidenten. Institut für Forschung auf dem Gebiet des Bildungswesens, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 58.VP, fol 6.

552 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 167 und den Bericht zu dieser Gebäudenutzung im Protokoll der 45. Sitzung des Senates vom 15. 5. 1963 in Augsburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 45.SP, fol. 138.

553 Protokoll der 46. Sitzung des Senates vom 6. 12. 1963 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 46.SP, fol. 410.

3. In relativer Ruhe trotz »dynamischer Zeiten«: Zur Formierung der Bildungsforschung am IfB, 1963–1969/70

Mit der Bestätigung der Satzung und des Namens des »Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft« durch den Senat im Dezember 1963 war die unwahrscheinliche Gründung des sozialwissenschaftlichen Neuankömmlings in der MPG unter einem kaum wissenschaftlich, aber kulturpolitisch hoch profilierten und kapitalstarken Direktor Hellmut Becker Realität geworden – mit maßgeblicher Unterstützung durch Präsident und Verwaltungsrat sowie in relativem Konsens mit der Länderpolitik. Im Folgenden soll nachvollzogen werden, in welcher Form das Institut, dem die interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Fundierung einer nationalen Bildungsreform auf die Fahnen geschrieben war, in seiner Aufbau- und ersten Arbeitsphase bis 1970 Gestalt annahm, in welchen bildungs- und gesellschaftspolitischen Wechselwirkungen sich dies vollzog und wie sich das Klima in der MPG in dieser Zeit veränderte. Bis 1970 würde es dabei vor allem der Präsident verhindern, dass sich das IfB in einer zunehmend kritischen und gereizten Stimmung innerhalb der MPG dem Prüfungsverfahren über eine endgültige Aufnahme als ›echtes‹ Max-Planck-Institut vorzeitig stellen musste. Dabei hatte er sich diesmal gegen Widerstände im Verwaltungsrat der MPG durchzusetzen. Insgesamt betrachtet, konnte die Bildungsforschung zwischen 1963/64 und 1970 daher ›in relativer Ruhe‹ formiert werden – trotz der Verflechtung des West-Berliner Instituts mit den studentischen Unruhen und der Teilhabe an den Reformbewegungen im Bildungsbereich in weltumspannend »[d]ynamische[n] Zeiten«.[554]

3.1 Ungebremster Aufbau des IfB im Zeichen von »Wirtschaftswunder« und Bildungsexpansion, 1963–1965/68

3.1.1 Wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen, Finanzen und ein starker Präsident

Nachdem Butenandt Mitte Juli 1963 im Verwaltungsrat der MPG die Freigabe der Mittel für das Institut für Bildungsforschung bekannt gegeben hatte, konnte dessen Aufbau in Absprache mit dem Anfang des Monats berufenen Hellmut Becker mit voller Kraft anlaufen. Nicht einmal zweieinhalb Jahre später, am 28. Oktober 1965, verkündete der neue Institutsleiter vor dem inzwischen eingesetzten Wissenschaftlichen Beirat des IfB, dass die »1. Aufbauphase« abgeschlossen sei.[555] Die geplante Größe der Berliner Einrichtung wurde dabei nach Angabe der Generalverwaltung Anfang 1968 erreicht.[556] Ein zentrales Signum dieser Aufbauphase war

554 Vgl. zu dieser Zeitdiagnose Schildt, Siegfried und Lammers, *Einleitung*, 2000 und die dazu in der Einleitung der vorliegenden Arbeit genannte Literatur.

555 Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirates des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft vom 28. 10. 1965, S. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

556 Protokoll der 40. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 40.VP, fol. 27.

neben der durchgängigen Unterstützung durch einen in seinem Amt unangefochtenen Präsidenten die großzügige Finanzierung, die auf der Expansion der MPG und ihrem seit Ende der 1950er Jahre exponentiell steigenden Etat basierte. Ermöglicht wurde diese Entwicklung einerseits durch die hervorragenden Wirtschaftsdaten der Bundesrepublik im Zuge des sogenannten Wirtschaftswunders, andererseits durch den rasant vorangetriebenen Ausbau von Bildung und Wissenschaft.[557] Allein für die Politik des Bundes betrachtet, rückte dabei die Förderung der MPG ebenso wie die der Bildungsforschung ganz oben auf die Prioritätenliste. Das spiegelt sich etwa in dem planungspolitisch maßgeblichen, Anfang 1965 vom Kabinett Ludwig Erhard (1897–1977) herausgebrachten ersten »Bundesbericht Forschung«, mit dem eine nationale Bestandsaufnahme und Förderagenda vorgelegt wurde. Unter Hinweis auf die steigende Bedeutung der Forschung »als Grundlage für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum« und die Expansionsanstrengungen in anderen Industrienationen war dort eine annähernde Verdopplung der Gesamtausgaben für die Forschung bis 1970 (von etwa 7,9 Milliarden DM 1964 auf circa 15 Milliarden DM) vorgesehen. Während im Bereich der Allgemeinen Wissenschaftsförderung der Erhalt und Ausbau der MPG in den Rang einer der Schwerpunktaufgaben rückte, wurde der Ansatz der interdisziplinär gefassten Bildungsforschung als einer der wichtigsten Trends der »modernen Wissenschaften« identifiziert und ihre bevorzugte Entwicklung auf die Tagesordnung gesetzt.[558] Übereinstimmend äußerte sich im gleichen Jahr der Wissenschaftsrat, der jetzt nach und nach seinen Gründungsauftrag einlöste und seine »Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen« in der Bundesrepublik vorlegte. Er eröffnete damit einen Planungskorridor, der zwischen Ländern, Bund und den großen Wissenschaftsorganisationen weitgehend abgestimmt war und der auch für den Bildungsbereich eine Hochzeit des »kooperativen Föderalismus« anzeigte.[559] Im Hinblick auf den außeruniversitären Sektor bezeichnete der WR die Bildungsforschung »als ein neues Arbeitsgebiet von hervorragender allgemeiner

---

557 Vgl. zur Finanzierung der MPG im Kontext ökonomischer und fiskalischer Entwicklungen in der Bundesrepublik Balcar, *Wandel*, 2020, 60–85.

558 Für den Bericht zeichnete der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung Hans Lenz (FDP) verantwortlich. Vgl. Bundesregierung: *Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Bundesbericht Forschung I.* Drucksache IV/2963. Bonn: Deutscher Bundestag 18. 1. 1965. https://dserver.bundestag.de/btd/04/029/0402963.pdf. Zuletzt aufgerufen am 13. 09. 2022, 21, 45, zur Bildungsforschung 116–117, Zitate 21, 117. Siehe zum Ende der Ära Adenauer und zur weiteren politischen Entwicklung bis zur Großen Koalition zum Beispiel Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, Kapitel IV bis VII; Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 783–834 und Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5., 2008, bes. Kapitel III und V. A.

559 Die Bezeichnung des »kooperativen Föderalismus« fand zuerst 1966 im Gutachten der sogenannten Troeger-Kommission Verbreitung. Die Expertengruppe war unter der Leitung des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Heinrich Troeger (1901–1975), im März 1964 von Erhard (CDU) und den Ministerpräsidenten der Länder eingesetzt worden. Ziel war es, eine Reform der föderalen Finanzbeziehungen zu sondieren, was auch den Wissenschaftsbereich berührte. Seit Erhards Amtsantritt hatte sich das Verhältnis von Bund und Ländern zunehmend entspannt, nachdem es unter Adenauer durch diverse Konflikte (etwa den Streit um das vom Kanzler gewünschte, privatwirtschaftlich finanzierte staatliche Fernsehprogramm) gekennzeichnet gewesen war. Nach positiven Reaktionen auf das Troeger-Gutachten begannen die Verhandlungen um dessen politische Umsetzung 1967. In Bezug auf die Finanzierung des Wissenschaftsbereichs führte dies im März 1968 zur Vorlage einer Grundgesetzänderung durch die Regierung an den Bundesrat. Resultat war unter anderem die 1969 erfolgte Ergänzung des Grundgesetzes durch Art. 91 a und 91 b. Vgl. zum Beispiel Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 109–113; Nützenadel, *Stunde*, 2005, 287–295, 308–328 und Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, 120–128.

Bedeutung« und betonte, dass die Aufgaben des DIPF und des Berliner Bildungsforschungsinstituts »im Interesse der Allgemeinheit jede Förderung« verdienten.[560]

Butenandt, der von der MPG Ende 1965 für eine weitere sechsjährige Amtsperiode in seiner Präsidentschaft bestätigt worden war, konnte im Juni des Folgejahres vor dem Wissenschaftlichen Rat der Gesellschaft auch hinsichtlich des Etats eine glänzende Bilanz präsentieren und hervorragende Zukunftsperspektiven in Aussicht stellen: Der Gesamthaushalt der MPG von 80 Millionen DM im Jahr seiner Amtsübernahme 1960 hatte sich auf absehbar über 200 Millionen DM im Jahr 1965 entwickelt und würde zwischen 1966 und 1968 prospektiv weiter, um jährlich 20 Prozent, steigen. Noch nicht einmal eingerechnet waren darin Großprojekte, wie zum Beispiel Neubauvorhaben, zu denen auch der Bau für das Bildungsforschungsinstitut gehörte.[561] Wie sehr das Institut in seiner Aufbauphase vom damaligen Aufschwung der MPG profitierte, zeigt ein weiterer Blick auf die Zahlen. Exklusive der Finanzierung der Baukosten wurden für Aufbau und Betrieb des IfB (inklusive Personalkosten) zwischen 1963 und 1965 knapp 3,64 Millionen DM verausgabt. Bis Ende 1968, als die geplante Größenordnung des Instituts annährend erreicht war, kamen noch einmal gut 12,4 Millionen DM hinzu, mit Jahreskosten[562] für 1968 in Höhe von 4,8 Millionen DM. Bis zum Ende der Ära Becker stiegen die Kosten der MPG für das Institut dann relativ stetig an, bis auf gut 10,7 Millionen DM im Jahr 1981.[563] Dass man es dabei mit zeitgenössisch beeindruckenden Summen zu tun hatte, zeigt der Vergleich mit dem Etat der Frankfurter Konkurrenz. So betrug das Haushaltsvolumen des IfB bereits 1964 90 Prozent des Budgets des DIPF, schon drei Jahre später standen dort nur noch 40 Prozent der Haushaltmittel der Berliner Einrichtung zur Verfügung.[564] Dies lässt ahnen, welchen Vorteil es auch in Zeiten eines allgemeinen Wirtschaftshochs und der ab Mitte der 1960er Jahre massiv anhebenden Bildungsexpansion hatte, dass das West-Berliner Institut im Verband der MPG gegründet wurde. Wie vollzog sich der Aufbau nun konkret?

3.1.2 Institutssatzung und Umsetzungen: Aufgabe, Forschungsorganisation, Governance-Struktur

Die Planungsdaten für den materiellen Aufbau des IfB wurden mit der 1961 vorgelegten Institutskonzeption geliefert und waren während des Antragsverfahrens präzisiert worden. Ein weiterer Meilenstein für die Errichtung des Instituts, an dem man im Oktober 1963 provisorisch

---

560 Wissenschaftsrat, *Empfehlungen III.1*, 1965, 94.

561 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 22. 6. 1965 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1944, fol. 423–427.

562 Der Begriff der »Kosten« ist hier aus dem Sprachduktus der zentralen Verwaltung der MPG entlehnt.

563 Die Höhe des Etats für die Einrichtung des Berliner Instituts wurde im Verwaltungsstandard der MPG als »Kosten« geführt. 1963 fielen angesichts der späten provisorischen Arbeitsaufnahme im Oktober 1963 nur knapp 150 Tausend DM an Gesamtkosten an. Vgl. zu den nicht inflationsbereinigten Angaben die Haushaltsbücher MPIB 1963 bis 1968.

564 Zahlen nach Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 170. Dazu auch Behm und Reh, *(Empirische) Bildungsforschung*, 2016, 116–117.

die Arbeit aufgenommen hatte, war mit der Institutssatzung erreicht, die zum ersten Januar 1964 in Kraft trat. Das mit Becker eng abgestimmte Statut steckte formell die Ziele, die Organisation und die Governance-Struktur ab. Als Aufgabe des Instituts wurde in §1 Abs. 1 der Satzung festgelegt,

> durch Verbindung der Methoden der Pädagogik und Psychologie, der Sozialforschung, der Ökonomie und der Jurisprudenz die wissenschaftlich feststellbaren Voraussetzungen des Bildungswesens zu klären; dabei soll das Institut Methoden und Theorie der interdisziplinären Arbeit auf dem Gebiet der Bildungsforschung entwickeln.[565]

Die überformende bildungspolitische Wirkungsabsicht der grundlegenden Reform des Bildungswesens ist hier nicht erwähnt. Offensichtlich wurde damit Bedenken der Institutsskeptiker vor allem außerhalb der MPG Tribut gezollt und an diesem prominenten programmatischen Ort der Aspekt der Grundlagenforschung betont. Im ersten Tätigkeitsbericht des IfB von 1965 war die politische Intention aber wieder deutlich präsent, wenn als »Aufgabe« festgehalten wurde, die »Strukturen, Einrichtungen und Inhalte des Bildungswesens und die Bedingungen ihrer Wirksamkeit *und Fortentwicklung* mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden zu untersuchen«.[566] Ohne Zweifel an dem Bezug zur Bildungsreform zu lassen, stellte auch Saul B. Robinsohn, einer der Institutsdirektoren, die Berliner Neugründung 1965 einem internationalen erziehungswissenschaftlichen Publikum in der gerade etablierten Zeitschrift *Comparative Education* vor.[567] Demnach war das IfB angetreten, um den gravierenden Modernitätsrückstand des westdeutschen Bildungswesens aufzuholen, der über Pichts Ausrufung der »Bildungskatastrophe« nur noch einmal dringlicher ins Bewusstsein gehoben worden sei. Die Gründung des West-Berliner Instituts war demnach eine der zentralen Maßnahmen zur Erreichung der »necessary reforms and adjustments«; in enger Kooperation von Forschung, Planung und Politik und institutionell in einer als politisch unabhängig ausgeflaggten MPG verankert.[568] Die

---

565 Hier und im Folgenden wird zitiert aus: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. Satzung vom 6. Dezember 1963. Dokument Nr. 53. In: Manfred Abelein (Hg.): *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970, 223–225. In der Satzung wurde durchgängig das maskuline Genus verwendet, was hier übernommen wird.

566 Vgl. zum Beispiel Tätigkeitsbericht vom 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1965, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84, fol. 1, Hervorhebung Behm.

567 Vgl. zur Geschichte der Vergleichenden Erziehungswissenschaft am Beispiel der Zeitschrift *Comparative Education* die Beiträge in Michael Crossley, Patricia Broadfoot und Michele Schweisfurth (Hg.): *Changing Educational Contexts, Issues and Identities. 40 Years of Comparative Education.* London: Routledge 2011 und mit Schwerpunkt auf der Systematik die Beiträge in Jürgen Schriewer (Hg.): *Discourse Formation in Comparative Education.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Peter Lang 2009. Zur Entwicklung in Westdeutschland vgl. zum Beispiel Viktor Blumenthal, Heinz Stübig und Bodo Willmann: Entwicklungslinien der Vergleichenden Erziehungswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende der 80er Jahre. Institutionalisierungsprozesse, Kommunikationsstrukturen, Themenschwerpunkte. In: Bodo Willmann (Hg.): *Bildungsreform und vergleichende Erziehungswissenschaft. Aktuelle Probleme – historische Perspektiven.* Münster: Waxmann 1995, 112–147.

568 Vgl. Saul B. Robinsohn: The Newly Founded Institute for Educational Research (Institut für Bildungsforschung) within the Max-Planck-Gesellschaft. *Comparative Education* 2/1 (1965), 31–35, Zitat 33.

treffendste Kennzeichnung der Zielsetzung des Instituts fand Becker später selbst, als er dessen Tätigkeit bis Mitte der 1970er Jahre als »reformorientierte Politikberatung« charakterisierte.[569]

Angesichts der beabsichtigten wissenschaftlichen Kooperation stellte die Organisation der Forschung eine der zentralen Herausforderungen an das Gründungsteam dar. Deren Ausgestaltung war in der Satzung nicht näher bestimmt, sondern zusammen mit der übergreifenden wissenschaftlichen und verwaltenden Leitung implizit dem Direktor unterstellt (§3 Abs. 1). Man entschied sich de facto für zwei einander überlagernde Prinzipien. Zum Ersten wurde die Forschung, wie es in einem Rückblick von 1976 hieß, »in wissenschaftliche[n] Abteilungen organisiert, die den beteiligten Disziplinen entsprachen«.[570] Seit Oktober 1963 entstanden so nach und nach eine soziologische, eine pädagogisch-psychologische, eine ökonomische (»bildungsökonomisch-statistische«) und eine juristische Forschungsabteilung. Unterstützt wurden diese von einer zentralen, wissenschaftlich geleiteten Dokumentation (inklusive Bibliothek), welcher der zuvor bei der WRK tätige Rolf Neuhaus (1925–1991) vorstand. Die Statistik ging später in die Dokumentationsabteilung über, bei der auch die EDV angesiedelt war.[571] Neben den »abteilungsgebundene[n] Aufbau« mit einem jeweiligen Abteilungsleiter an der Spitze trat zum Zweiten das Prinzip der Organisation »aufgrund von Projekten«.[572] Im Tätigkeitsbericht für die Jahre 1964/65 hieß es dazu programmatisch:

> Vertreten die Abteilungen innerdisziplinäre Zuständigkeiten und Informationsschwerpunkte, so sind die interdisziplinären Projekte geeignet, methodische Flexibilität und die Erschließung neuer Forschungsgebiete zu fördern.[573]

Dass die Kombination von disziplinär gebundener Abteilungsgliederung und interdisziplinärer Projektarbeit allerdings auch Probleme barg, stellte der Leiter der soziologischen Abteilung Dietrich Goldschmidt (1914–1998) schon in seinem Bericht für die zweite Beiratssitzung des Instituts im November 1964 fest. So konstatierte er, dass die »[e]mpirische Sozialforschung [... als einer] der Schwerpunkte der gesamten Institutsarbeit« projektbezogen das Zusammenwirken mehrerer Disziplinen erfordere, sich jedoch das »Projektprinzip [...] häufig mit dem Abteilungsprinzip nicht decken« werde, und er wies auf mögliche Tendenzen der Verselbständigung

---

569 Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

570 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Zusammenfassung der forschungsstrategischen Diskussion. Berlin, Oktober 1976, S. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103.

571 Neuhaus war in seiner Funktion vom 1. 6. 1965 bis zum 30. 9. 1975 am Institut tätig. Zu den Abteilungen siehe zum Beispiel Tätigkeitsbericht vom 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1965, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84, bes. fol. 1, 7, Zitat fol. 1. Vgl. zu den Angaben über Neuhaus: Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft vom 28. 10. 1965 in Berlin [...], S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15 und Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat [...], Oktober 1974 bis September 1975, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 91, fol. 116.

572 Tätigkeitsbericht vom 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1965, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84, fol. 1.

573 Tätigkeitsbericht vom 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1965, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84, fol. 2.

»abteilungsübergreifende[r] Arbeitsgruppen« und Unklarheiten in Bezug auf die »Federführung« hin.[574] Tatsächlich sollten die Probleme der Organisation der interdisziplinären Forschung das Institut bis zum Ende der Ära Becker begleiten.

Die Governance-Struktur des Instituts schließlich war in der Satzung allein in Bezug auf die Kompetenzen und Zuständigkeiten des Wissenschaftlichen Beirats und des Direktors, der nach außen hin die Gesamtverantwortung trug, grob reguliert. Dessen Rechte und Pflichten waren in der Institutssatzung entsprechend seines Sonderstatus' als betreutes Institut im Vergleich zu den Usancen der MPG zwar ungewöhnlich ausführlich behandelt (§3 Abs. 1a-i). Dies schlug sich aber vor allem in einer Begrenzung der administrativen Handlungsfreiheit, etwa in Bezug auf langfristige Personalbindungen, nieder,[575] während der Direktor in Sachen der übergreifenden wissenschaftlichen Leitung weitgehend freie Hand hatte. Für die Abteilungsleiter und auch für die Regulierung der Abstimmungsprozesse innerhalb der Einrichtung gab es keine speziellen Vorgaben. Damit griff für diese automatisch die Satzung der MPG, die den selbständigen Leitern »innerhalb ihres Geschäftskreises die Rechte und Pflichten« analog zu denen des Direktors übertrug, wobei diese im Einvernehmen mit diesem wahrgenommen werden sollten.[576] Zusammen genommen rückten die Regelungen Becker und dessen Führungsverständnis in eine Schlüsselposition, die Herstellung des Einvernehmens ließ aber den Abteilungsleitern, die für ihre jeweiligen Bereiche verantwortlich und weisungsbefugt waren, ebenfalls weite Freiräume. Offensichtlich zu Abstimmungszwecken wurde daher am IfB außerhalb der Satzung von Beginn an eine regelmäßig zusammentretende »Abteilungsleiterkonferenz« etabliert.[577]

Mit fünf von insgesamt neun Paragraphen (§§4–8) lag ein Schwerpunkt der Satzung auf der Regulierung der Einrichtung und näheren Bestimmung eines Wissenschaftlichen Beirats. Wie erwähnt, stellte dessen Einrichtung für die übrigen Max-Planck-Institute damals nur eine Kann-Bestimmung dar, war dem IfB aber während der Verhandlungen um die Institutsgründung als Konzession an die Kultusminister informell aufgegeben worden. Wie skizziert, stand dahinter zum einen die Absicht, über die Zusammensetzung des Beirats die in der Bundesrepublik bestehenden bildungspolitischen und auch konfessionellen Interessen ausgleichend zu

---

574 Dietrich Goldschmidt. Bericht der Abteilung Soziologie für den wissenschaftlichen Beirat, [undatiert, wohl Oktober 1964], S. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

575 Für Becker galt wie für alle Direktoren von Max-Planck-Instituten der Grundsatz, dass er innerhalb der durch die Institutssatzung näher definierten Grenzen, »in seiner Tätigkeit vollkommen frei« war und »insbesondere keiner Beschränkung in bezug auf die Wahl und Reihenfolge sowie die Ausführung der Arbeiten des Instituts« unterlag (§3 Abs. 1i). Wie im Kontext der Diskussionen um die Gründung des Instituts ausgeführt, war es jedoch mit dem Status eines betreuten Instituts verbunden, dass insbesondere keine Wissenschaftlichen Mitglieder berufen werden konnten. Laut Institutssatzung bedurften zudem Anstellungsverträge mit wissenschaftlichen und sonstigen Mitarbeiter*innen auf Lebenszeit oder auf eine bestimmte Dauer von über zwei Jahren der Zustimmung des Verwaltungsrats der MPG (§3 Abs. Ib). Vgl. entsprechend zur MPG: Satzung vom 26. Februar 1948 in der ab 18. 5. 1960 gültigen Fassung, §28, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 12–13.

576 Vgl. Satzung vom 26. Februar 1948 in der ab 18. 5. 1960 gültigen Fassung, §28 Abs. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 12.

577 Vgl. Friedrich Edding: [Selbstdarstellung]. In: Ludwig J. Pongratz (Hg.): *Pädagogik in Selbstdarstellungen.* Bd. 3. Hamburg: Meiner 1978, 1–34, hier 20.

berücksichtigen. Zum anderen war damit eine gewisse Aufsichtsfunktion anvisiert, welche Institutsskeptiker angesichts der weitreichenden Freiheiten eines Direktors in der MPG und der Verfügungsmacht über erhebliche Ressourcen für notwendig gehalten hatten. Wie dieses Gremium formell und wie es realiter ausgestaltet wurde, war also für die erste Arbeitsphase des IfB und vor allem für die Bewegungsfreiheit des Institutsleiters nicht unerheblich. Dass Becker für sich hier das Maximum des Möglichen erreichte, zeigt bereits die Anlage der Satzung. Mit der Verbindlichkeit zur Einrichtung eines Beirats wurde den Vorgaben zwar entsprochen, jedoch entwarf das Statut nur ein äußerst schwaches Gremium mit rein beratender Funktion (§4), dessen auf drei Jahre hin ernannte, ehrenamtlich tätige Mitglieder dem Präsidenten der MPG zudem vom Direktor vorgeschlagen werden sollten (§5 Abs. 1, §7 Abs. 1).

Die Zusammensetzung des 16-köpfigen Wissenschaftlichen Beirats, den Butenandt 1963/64 berief und der personell im Wesentlichen bis zur Zuerkennung des Status' eines »echten« Max-Planck-Instituts 1971 Bestand haben sollte, lag dann tatsächlich ganz auf Beckers Linie. Zur Zeit der konstituierenden Sitzung am 10. Januar 1964 waren die ersten zehn Mitglieder ernannt. Neben Butenandt, der qua Amt gesetzt war, waren das der sozialdemokratische Jurist, Erwachsenenbildner und Erziehungswissenschaftler Fritz Borinski (1903–1988) und Messerschmid, die beiden Mitinitiatoren zur Einrichtung des Instituts Heimpel und C. F. von Weizsäcker, der ehemalige Vorsitzende der Senatskommission Zweigert sowie Bergstraesser, Conant, W. Flitner und Horkheimer, die alle vier während des Antragsverfahrens Gutachten für das Institut erstellt hatten. Zweigert wurde auf der ersten Beiratssitzung zum Vorsitzenden, Heimpel zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.[578] Wie zwischen Becker und den von ihm zwischen Juni und Dezember 1963 konsultierten Ratgebern Bergstraesser, Butenandt, Messerschmid, Picht und C. F. von Weizsäcker brieflich vordiskutiert wurde,[579] sollte der Beirat nach seiner ersten Sitzung dann noch einmal um Vertreter aus der Volkswirtschaft, der beiden großen Konfessionen und der pädagogischen Psychologie ergänzt werden. Berufen wurden der an der Universität Basel lehrende Nationalökonom Gottfried Bombach (1919–2010), der katholische Theologe und Philosoph Prälat Bernhard Hanssler (1907–2005), der zugleich Geistlicher Direktor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken war, und als konfessioneller Gegenpart Georg Picht, der bereits seit einigen Jahren die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) leitete. Heinrich Roth (1906–1983), der 1961 gerade vom Direktorenamt an der HIPF an die Universität Göttingen gewechselt war,[580] hatte Becker in einem Brief an Buten-

578 Vgl. zur Berufung der genannten Mitglieder Adolf Butenandt an Hellmut Becker, 2. 9. 1963, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15. Zur Wahl der Vorsitzenden siehe: Notiz über die Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 10.1.64 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

579 Vgl. die Briefwechsel der genannten Männer zwischen Juni und Dezember 1963: AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

580 Vgl. zu Person und Werken zum Beispiel *Bibliographie Heinrich Roth.* Zusammengestellt und erläutert von Dietrich Hoffmann. Frankfurt am Main: Max Traeger Stiftung1989, bes. 56–63; Walter Jungmann: Pädagogische Grenzgänge zwischen Engagement und Distanzierung. Einführende Anmerkungen zu Person und Werk Heinrich Roths. In: Walter Jungmann und Kerstin Huber (Hg.): *Heinrich Roth – »moderne« Pädagogik als Wissenschaft.* Weinheim: Juventa 2009, 7–20 oder Andreas Hoffmann-Ocon: Die realistische Wendung als geisteswissenschaftliches Projekt? – Bildungshistorische und disziplintheoretische Annäherung an paradoxe Entstehungszusammenhänge. In: Edith Glaser und Edwin Keiner (Hg.): *Unscharfe Grenzen – eine Disziplin im Dialog: Pädagogik, Erziehungswissenschaft, Bildungswissenschaft, Empirische Bildungsforschung.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 35–49.

andt bereits Ende Juni 1963 empfohlen: als den vorgeblich »einzig[en] spezifisch pädagogisch orientierte[n] Psychologe[n] in der Bundesrepublik«, der zudem »im Streit der psychologischen Schulen untereinander nicht fixiert« sei.[581] Hinzu kam Torsten Husén (1916–2009), ehemaliger Militärpsychologe und seit 1956 Professor für praktische Pädagogik (*practical pedagogy*) am Stockholm Institute of Education[582] sowie schließlich der dritte Mitinitiator des IfB Carlo Schmid.[583] Als Bergstraesser im Februar 1964 verstarb, rückte an seine Stelle der bei Adorno habilitierte Soziologe Ludwig von Friedeburg (1924–2010), der bereits seit 1955 am IfS als Abteilungsleiter gearbeitet hatte und dort unter anderem für die Akquise empirischer Forschungsprojekte verantwortlich gewesen war. 1969 sollte er für die SPD bis 1974 das Amt das Hessischen Kultusministers übernehmen und im Beirat des West-Berliner Instituts ein Bundesland vertreten, das im Bereich der Bildungsreform bereits seit längerem zu den Vorreitern zählte.[584]

Damit war ein Gremium konstituiert, das Becker und dem Institut mehr als gewogen war. Dass sich der Beirat dann auch von seinem Selbstverständnis her an der in der Satzung formulierten zurückhaltenden Beratungsfunktion orientierte, zeigt zum einen die Verständigung über die Auslegung seiner Funktion in den ersten beiden Sitzungen. So übernahm es der Stellvertretende Vorsitzende Heimpel zur Einleitung des Januar-Treffens 1964, darauf hinzuweisen, »daß der Beirat möglichst wenig mit Haushaltsfragen befaßt werden möchte«.[585] Im November erläuterte der Vorsitzende Zweigert den neu hinzu gekommenen Mitgliedern die inzwischen vereinbarte »Arbeitsweise und Funktion des Beirats«, die demnach »vor allem der Information über die Arbeit des Instituts dienen« sollte.[586] Zum anderen trug das vereinbarte Procedere der Sitzungen dazu bei, die Beiratstätigkeit eng an die Bedarfe des Institutsdirektors anzuschließen.[587] So

---

581 Hellmut Becker an Adolf Butenandt, 26. 6. 1963, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

582 Während des Zweiten Weltkriegs gehörte Husén in Schweden zu den Pionieren der Militärpsychologie. 1947 war er zunächst *Associate Professor für Education* an der Universität Stockholm. Zwischen 1953 und 1955 vertrat er dort die Professur für *Education and educational psychology*. Bis 1971 arbeitete Husén am *Stockholm Institute of Education* und vertrat danach bis 1981 die Professur für *Education* an der Universität Stockholm. Vgl. Thomas Neville Postlethwaite: Torsten Husén. In: Joy A. Palmer (Hg.): *Fifty Modern Thinkers on Education. From Piaget to the Present*. London: Routledge 2001, 96–102.

583 Vgl. zur Ergänzung des Beirats: Notiz über die Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 10.1.64 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16. Zu Schmids bildungspolitischer Programmatik und Geltung in der SPD siehe zum Beispiel Weber, *Schmid*, 1998, 674–686.

584 Becker hatte dem Beirat Friedeburg sowie Ralf Dahrendorf und Richardt Fritz Behrendt (1908–1972), damals Direktor des Instituts für Soziologie und Sozioökonomische Entwicklungsfragen der Universität Bern, vorgeschlagen. Gewählt wurde einstimmig der Erstgenannte. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 2. 11. 1964 in Berlin, S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16. Siehe zu Friedeburgs Tätigkeit am IfS Wolfgang Bonß: Kritische Theorie und empirische Sozialforschung – ein Spannungsverhältnis. In: Richard Klein, Johann Kreuzer und Stefan Müller-Doohm (Hg.): *Adorno-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart: Metzler 2011, 232–247, hier 245 und zur Person Friedeburgs zum Beispiel: »Friedeburg, Ludwig Ferdinand Heinrich Georg Friedrich von«. In: *Hessische Biografie*, 13. 8. 2021. https://www.lagis-hessen.de/pnd/116791950. Zuletzt aufgerufen am 9. 9. 2021.

585 Notiz über die Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 10.1.64 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

586 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 2. 11. 1964 in Berlin, S.1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

587 Die Protokolle sind zum Großteil überliefert. Siehe zu den im Folgenden zum Procedere gemachten Angaben die Unterlagen im Nachlass von Wolfgang Edelstein, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 66, 67, 76, 77, 79, 81.

beschränkte sich das Gremium ab 1965 auf eine jährlich eintägige Zusammenkunft in Berlin, nur 1964 gab es zum Auftakt zwei Treffen, davon das erste in München. Vor allem aber lagen die jenseits der Sitzungsführung wichtigsten Zuständigkeiten und Kompetenzen für die Regulierung der Beiratstätigkeit – die Festlegung der Tagesordnung und das Protokoll – bei Becker, der beides in Abstimmung mit dem Vorsitzenden unternahm und zu den Treffen einlud.

Alle Faktoren zusammengenommen, war mit diesem Wissenschaftlichen Beirat den während des Antragsverfahrens geäußerten Maßgaben genüge getan, ohne dass die Institutsleitung substantielle Kritik auch nur entfernt zu fürchten hätte. Zugleich konnte die Institutsentwicklung von der in diesem Gremium versammelten unterschiedlichen disziplinären, politischen und konfessionellen Expertise profitieren. Dass anlässlich der Beiratssitzungen die jährlichen, zumeist ausführlichen Tätigkeitsberichte der einzelnen Abteilungen etabliert wurden und der Direktor zudem mit einem mündlichen Jahresbericht zu Sitzungsbeginn diesen Diskussionsraum strukturiert eröffnete, waren weitere positive Effekte.[588] Vielleicht auch gerade weil die Beiratsarbeit de facto nicht unter der Maßgabe der Kontrolle stand, fielen die Tätigkeitsberichte in erstaunlicher Offenheit aus, die mit strategischen, auf rein formalstrukturelle[589] Effekte hin angelegten Elementen nicht belastet waren. Wie ging nun der Personalaufbau vonstatten und in welchen Räumlichkeiten wurde das IfB tätig?

3.1.3 Personalstärke (bis 1981) und Räumlichkeiten

Laut Stellenplan von Anfang September 1965 waren für dieses Jahr 102 Mitarbeiter*innen am Institut vorgesehen, davon 46 im wissenschaftlichen Bereich. De facto waren sieben Stellen noch unbesetzt, 13 Personen arbeiteten bereits überplanmäßig an der Einrichtung. Hinzu kamen 25 Mitarbeiter*innen, die über Honorare, Stipendien oder Projektmittel von dritter Seite (Stiftung Volkswagenwerk und OECD) beschäftigt oder – wie Habermas – dem Institut über vertraglich vereinbarte Beratungsleistungen verbunden waren.[590] Damit bewegte sich das Institut relativ früh auf die Personalstärke zu, die für die Folgezeit bis 1981 mit Schwankungen Bestand hatte. Allerdings kann für diese Entwicklung aufgrund der schwierigen Quellenlage nur eine ungefähre Orientierung gegeben werden.[591] Entsprechend überschlägig gefasst, lag die Zahl der

588 AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84–98 (Tätigkeitsberichte des IfB/MPIB 1964 bis 1983). Die Berichte wurden für kürzere Darstellungen im Jahrbuch der MPG zweitverwertet, zusammen mit der regelmäßigen Information über die aktuellen Publikationen des Instituts.

589 Unter Formalstrukturen werden hier im Anschluss an den Ansatz des soziologischen Neo-Institutionalismus solche Elemente gefasst, die eine Organisation implementiert, um den (angenommenen) Erwartungen ihrer Umwelten zu begegnen, ohne dass damit die Kernabläufe der Organisation berührt oder verändert würden. Vgl. dazu hier nur weiterführend Hasse und Krücken, *Neo-Institutionalismus*, 2005, 22–32.

590 Stellenplan 1965, Stand: 1. 9. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15. Zu den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen sind hier auch diejenigen der Abteilung für Dokumentation gezählt worden.

591 Rückschlüsse auf das am Bildungsforschungsinstitut beschäftigte Personal ermöglichen Daten der zuständigen Verwaltungsstellen der MPG, die Tätigkeitsberichte des Instituts für den Beirat und die regelmäßigen Übersichten zum IfB/MPIB im Jahrbuch der MPG. Allerdings wurde das Personal kategorial hoch uneinheitlich erfasst. Dabei weichen nicht nur die Angaben von Seiten der Verwaltung, in den Tätigkeitsberichten und im Jahrbuch untereinander ab,

beschäftigten Wissenschaftler*innen für diesen Zeitraum pro Jahr bei etwa 50 bis 60 Personen. 1972 wurde mit insgesamt 169 Mitarbeitenden – davon 77 wissenschaftlich Arbeitende – in Bezug auf den betrachteten Zeitraum ein Höchststand der Beschäftigtenzahl erreicht. Danach sank diese stetig, bis in den frühen 1980er Jahren am Institut jährlich um die 130 Personen mit gut 50 wissenschaftlich Tätigen beschäftigt waren.[592] Von seiner Personalausstattung her hatte das IfB mithin bereits in der Anfangszeit zügig stattliche Ausmaße angenommen, die durchaus denen einer sozialwissenschaftlichen *Big science* entsprachen, wie dies Picht im Oktober 1965 gegenüber Zweigert im Zuge des Pokers um angemessene Räumlichkeiten anführte.[593]

Denn während die Finanzmittel für das neue sozialwissenschaftliche Institut in der MPG äußerst großzügig zur Verfügung gestellt wurden und der personelle wie sachliche Aufbau rasant voranschritt, gab es in Bezug auf die Räumlichkeiten von Anfang an Probleme. So hatte man zwar nach dem Start in der Garystraße im Oktober 1963 und der im Spätsommer 1964 erfolgten Erweiterung in die Blissestraße 2 in Berlin-Wilmersdorf dort drei Jahre später noch einmal ergänzend zwei untere Etagen angemietet.[594] Becker klagte aber in seinen jährlichen Berichten vor dem Beirat bis zum Bezug des Neubaus Anfang 1974 beständig über Raumnot. Der wachsenden Zahl der Mitarbeiter*innen, den Anforderungen der sich rasch erweiternden Serviceeinheit Dokumentation, einer eigenen Druckerei und der ab April 1971 der Dokumentation zugeordneten EDV-Abteilung konnte demnach auch mit der 1969 angekündigten Anmietung einer 700 qm großen Etage in der nahe gelegenen Berliner Straße 112 und dem zusätzlichen Standort in der Brümmerstraße in Dahlem nur behelfsweise begegnet werden.[595] Die damit verbundene »weitere räumliche Dezentralisierung« sah Becker vielmehr »im Hinblick auf die Kommunikation zwischen den Wissenschaftlern und die Entwicklung interdisziplinärer Arbeit« als »höchst problematisch« an.[596]

---

sondern die Erfassungskategorien veränderten sich noch einmal jeweils im Zeitverlauf. Hinzu kommt, dass es zum Teil erhebliche Lücken in der Überlieferung gibt. Um nur ein einziges Beispiel für die Abweichungen zu nennen: Bereits für das Berichtsjahr 1965 wird im Beirat im Oktober 1967 im Unterschied zu dem gerade zitierten Stellenplan von 105 Mitarbeiter*innen gesprochen, wovon 50 dem Wissenschaftsbereich zugerechnet wurden. Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG vom 30. 10. 1967, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

592 Vgl, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84–98 (Tätigkeitsberichte 1964 bis 1983).

593 Vgl. Georg Picht an Konrad Zweigert, 20. 10. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

594 Henning und Kazemi gehen von einem im Sommer 1964 erfolgten Umzug des Instituts von der Garystraße in angemietete Räume in der Blissestraße aus. Becker dagegen teilte im Oktober 1967 die offenbar zusätzliche Anmietung von zwei Etagen in der Blissestraße für das Jahr 1967 mit und bemerkte, dass in der Garystraße weiterhin Mitarbeiter*innen der »Leistungszuwachsstudie« tätig gewesen seien. Diese mussten laut Bericht Beckers von 1968 erst mit dem für 1971 angekündigten Abriss des Gebäudes in der Garystraße umziehen. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 167, Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG vom 30. 10. 1967, S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76 und Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG vom 14. 10. 1968, S. 5–6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

595 Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG vom 8. 11. 1971, S. 3 und S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 66 sowie Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG vom 3. 11. 1969, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 66.

596 Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG vom 3. 11. 1969, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

3.1.4 Nochmalige Erweiterung trotz erster Vorbehalte im Verwaltungsrat der MPG: »Größenordnungskommission« und Neubauplanung

Die Klagen des Direktors über die prekäre Raumsituation vor dem Institutsbeirat sind allerdings auch im Kontext der mit dem Verwaltungsrat schon seit Juni 1964 geführten Verhandlungen um die Planung des früh vereinbarten Neubaus zu sehen und waren kaum ohne taktisches Kalkül. Denn da die Bauplanung in unmittelbarer Relation zur Größenordnung des Instituts stand, ging es für Becker in dieser Angelegenheit um die Möglichkeit einer Neujustierung der Planungen, also letztlich um eine Vergrößerung der Einrichtung. Entscheidend war in dieser Frage das Votum des Verwaltungsrats, da bei ihm die Mittelfreigabe lag und er entsprechende Anweisungen an die GV zu geben hatte. Hatte das oberste Leitungsgremium der MPG während der Antragsphase noch annähernd geschlossen hinter dem Institutsplan gestanden, zeigt der Verlauf der Diskussionen in diesem Gremium, dass sich das Verhältnis zu dem IfB, das allmählich konkrete Gestalt annahm, bereits in dieser frühen Phase zu dessen Ungunsten zu verschieben begann.

Zur Sprache gebracht wurde die Frage der Größenordnung im Verwaltungsrat Anfang Juni 1964 durch einen Bericht Butenandts zum Stand des Institutsaufbaus. Unter Hinweis auf den erhöhten Raumbedarf, der im Zuge der inzwischen erfolgten Berufungen der drei Abteilungsleiter Goldschmidt, Robinsohn und Edding entstanden war, erinnerte der Präsident an den schon bei Gründung des Instituts anvisierten Neubau. Eine zentrale Frage der daran anschließenden Diskussion entschied der Verwaltungsrat bereits in derselben Sitzung und leitete die Umsetzung in die Wege: Die GV erhielt das Mandat, mit dem Land Berlin über den Erwerb des zur Verfügung gestellten Grundstücks im Bezirk Steglitz-Zehlendorf zu verhandeln. Ziel war es, das Gelände kostenlos zu erhalten.[597] Schon im Folgejahr wurde vereinbart, dass das Land Berlin der MPG das »hinreichend große« Grundstück auf dem Weg des zinslosen Erbbaurechts überlassen würde, eine für die MPG vorteilhafte Lösung, mit der sie zudem ihre Liegenschaften in ihrem ehemaligen Stammsitz erweitern konnte.[598] Das Entgegenkommen der Landesregierung ist auf dem Hintergrund der bereits skizzierten Bestrebungen zu sehen, die Stadt auch in wissenschaftlicher und kultureller Hinsicht zu einem Schaufenster des Westens auszubauen, um damit der drohenden Isolierung im Zuge des Ost-West-Konflikts und des Mauerbaus zu begegnen.[599] Zu diesen Planungen gehörte es, in nächster Nähe zum Bildungsforschungsinstitut ein

---

597 [Vorbereitende Unterlage des Präsidenten für die Sitzung des Verwaltungsrates am 9. 6. 1964], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 61.VP, fol. 28–30.

598 Vgl. Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG z. F. d. W. am 21. 6. 1965 [...]. Betr.: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Entscheidung über den künftigen Umfang des Instituts und die damit verbundene Neubauplanung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 65.VP, Zitat fol. 257.

599 Der Bildungshistoriker Harald Scholtz spricht von einem durch den Mauerbau ausgelösten »Innovationsschub im Hinblick auf die West-Berliner Bildungseinrichtungen«. Harald Scholtz: Geschichte der Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Teil I: 1949–1980. In: Karol Kubicki und Siegward Lönnendonker (Hg.): *Gesellschaftswissenschaften an der Freien Universität Berlin: Erziehungswissenschaft, Psychologie, Hochschuldidaktik, Politikwissenschaft, Forschungsverbund SED-Staat, Kommunikationswissenschaften, Soziologie und Tourismus.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Unipress 2013, 11–27, Zitat 16.

Pädagogisches Zentrum (PZ) zu errichten, das Wissenschaft und pädagogische Praxis verbinden sollte und konzeptionell als Ergänzung zum Max-Planck-Institut angelegt war.[600] Entsprechend waren in den vom Verwaltungsrat dann 1965 diskutierten Raumplanungen gemeinsame Einrichtungen wie Kantine mit Küche und Wohnhäuser für die Mitarbeitenden vorgesehen[601] und auch der spätere Entwurf des Architekturbüros Fehling+Gogel, der im Oktober 1966 aus dem Wettbewerb für den Neubau siegreich hervorgegangen war,[602] beinhaltete noch das PZ.[603] Letztlich wurden diese kooperativen Pläne nicht realisiert. Der Neubau für das Bildungsforschungsinstitut entstand in der Lentzeallee 94, während das PZ im Januar 1965 einen Standort in der Uhlandstraße in Berlin-Wilmersdorf bezog.

Während die Klärung der Grundstücksfrage also in der Sitzung des Verwaltungsrats vom Juni 1964 umgehend beauftragt wurde, bat das Gremium die GV im Hinblick auf die Größenordnung und Kostenstruktur um die Vorlage einer mit Becker abgestimmten »detaillierte[n] Bauplanung«. Sie sollte als Entscheidungsgrundlage vor allem für die Mittelfreigabe und für den Anstoß des Architekturwettbewerbs dienen.[604] Ein Jahr später lag die Planung dem Verwaltungsrat vor, der darüber auf seiner Sitzung am 21. Juni 1965 beriet. Ohne dass dabei ins Detail gegangen wurde, brachte Becker eine Nutzfläche von etwa 8.500 qm und – unter Erläuterung der inzwischen anvisierten Veränderungen in der Institutsarbeit –[605] eine substantielle Erhö-

---

600 Die Erforschung der Rolle Hellmut Beckers für die Gründung des PZ, etwa als Mitglied des Planungsausschusses 1962/63, steht noch aus. Vgl. zur Geschichte des PZ bislang die Darstellungen der ehemaligen Direktoren Carl-Ludwig Furck: Das Pädagogische Zentrum in Berlin – eine Verbindung von Wissenschaft und Praxis. Rückblick auf ein gescheitertes Projekt. In: *Jahrbuch für historische Bildungsforschung.* Bd. 9. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2003, 269–282; Erwin Voigt: Das Pädagogische Zentrum Berlin. Diesseits von reiner Theorie und naiver Praxis. In: Tobias Rülcker (Hg.): *Modell Berlin. Schule und Schulpolitik in Berlin in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2007, 375–399; die Hinweise in Baader, Oppermann, Schröder und Schröer, *Ergebnisbericht*, 2020, 13–16 sowie Tilman Drope: »Den Graben überwinden«. *Das Pädagogische Zentrum Berlin als Modellinstitution der Vermittlungsidee.* Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin 2016.

601 Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG z. F. d. W. am 21. 6. 1965 [...]. Betr.: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Entscheidung über den künftigen Umfang des Instituts und die damit verbundene Neubauplanung, Anlage 1, Raumprogramm, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 65.VP, fol. 263.

602 In der Jury war auch Hans Scharoun (1893–1972) vertreten. Vgl. zum Abschluss des »Ideen-Wettbewerbs« Beckers kurzen Bericht im Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG vom 31. 10. 1966, S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 66.

603 Gunnar Klack: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 1965–1974. In: Peter Gruss, Gunnar Klack und Matthias Seidel (Hg.): *Fehling+Gogel. Die Max-Planck-Gesellschaft als Bauherr der Architekten Hermann Fehling und Daniel Gogel.* Berlin: Jovis 2009, 22–37, hier 27–29.

604 Vgl. [Vorbereitende Unterlage des Präsidenten für die Sitzung des Verwaltungsrates am 9. 6. 1964], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 61.VP, fol. 29.

605 Becker führte unter anderem vermehrte Aufgaben in der Dokumentation an, da das PZ, das zunächst für Informations- und Vermittlungsaufgaben angedacht gewesen sei, erst 1968 mit einer Finanzierung rechnen könne. Die Psychologie sei am Institut zudem bislang viel zu gering berücksichtigt worden und erst jetzt werde – etwa im Projekt »Schulleistung und Schulleistungszuwachs« – die Dimension des Aufwands für die Konstruktion eigener empirischer Messinstrumente sichtbar; es ginge um die Notwendigkeit und Schwierigkeit der »Verwandlung von Bildungsproblemen in Daten«. Auch vom DIPF sei wenig Hilfe zu erwarten, da dort im Wesentlichen beurlaubte Lehrer tätig seien. Vgl. Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG z. F. d. W. am 21. Juni 1965 [...]. Betr.: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Entscheidung über den künftigen Umfang des Instituts und die damit verbundene Neubauplanung, Anlage 2, Hellmut Becker an Adolf Butenandt, 3. 6. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 65.VP, Zitate fol. 266. Siehe zu der auch hier erkennbaren Abwertungsstrategie Beckers gegenüber dem DIPF Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 58–59.

hung im Bereich der Personalplanung in Anschlag. Vorgesehen waren jetzt »etwa 170 Planstellen [...,] daneben etwa 70 weitere Mitarbeiter am Institut als Gäste oder für spezielle Forschungsaufträge« und enorme Gesamtbaukosten in Höhe von 15 Millionen DM.[606] Der Verwaltungsrat beschloss angesichts der hohen Summe dann zwar mit einer gewissen Zurückhaltung, zunächst eine Kommission zu bestellen, »die uns über den künftigen Umfang des Instituts berät«. Zugleich aber sollte »mit der Durchführung eines Ideenwettbewerbs zum Bau des Gebäudes für das Institut« sofort begonnen und dabei die vom Institutsleiter vorgebrachte Größenordnung zugrunde gelegt werden. Der ergänzende Hinweis, dass damit »nichts vorweggenommen« werden sollte, stand zu dem gerade zuvor geäußerten Beratungsbedarf in deutlichem Widerspruch, er wurde aber in dem offenbar noch positiv geneigten Vorstand nicht thematisiert. Dass das neue Institut an der Spitze der MPG zu diesem Zeitpunkt noch einhellige Akzeptanz fand, lässt sich auch daran ablesen, dass der Verwaltungsrat für die »Expertenkommission« die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats (unter Hinweis auf ihre Kenntnis der Materie) und die bekannten Unterstützer des Instituts Zweigert, C. Schmid, Weizsäcker und Messerschmid bestimmte. Damit war für die Skalierung der Bauplanung indirekt Carte blanche gegeben. Nur das Verwaltungsratsmitglied Hans Dölle fragte vorsichtig an, ob in der Kommission nicht auch Außenstehende vertreten sein sollten. Wohl darauf ist der Zusatz im Beschluss zurückzuführen, dass sich die Kommission bei Bedarf durch weitere Mitglieder ergänzen könne [607] – was diese allerdings nicht in Anspruch nahm. Die annähernd bruchlose Zustimmung im Verwaltungsrat sollte jedoch schon bald Risse bekommen.

Zunächst aber tagte die offenbar von Becker so genannte »Größenordnungskommission« einen Tag vor der am 28. Oktober 1965 stattfindenden Beiratssitzung des IfB. Anwesend waren nur Schmid, Messerschmid und der Direktor.[608] Auf die Tendenz des Treffens lassen bereits die schriftlichen Voten zur Größe der Einrichtung von Weizsäcker und vom Beiratsmitglied Picht schließen, obwohl Letzterer der Kommission nicht angehörte. Beide Stellungnahmen waren an Zweigert gerichtet, der zugleich Beiratsvorsitzender war, und beide sprachen sich übereinstimmend für eine deutliche Erweiterung des Instituts gegenüber den bisherigen Planungen aus. Weizsäcker zeigte sich von der Frage, »ob das Institut nicht vergrößert werden müßte, keineswegs überrascht«. Vielmehr hätte er diesen Vorschlag beinahe selbst eingebracht. Zur Begründung verwies er auf die Anforderungen interdisziplinärer Arbeit und auf seine eigenen Erfahrungen in der »physikalischen Großforschung« und schloss eine Warnung an: »Man hat hier meinem Gefühl nach nur die Wahl, die Fragen entweder überhaupt nicht anzugreifen oder aber mit großen Mitteln«. Falls sich das Institut »nicht quantitativ vergrößere« habe er die Sorge, dass es die in seinem positiven »Anfang liegenden Versprechen nicht einlösen können« wer-

606 Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG z. F. d. W. am 21. 6. 1965 [...]. Betr.: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Entscheidung über den künftigen Umfang des Instituts und die damit verbundene Neubauplanung, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 65.VP, fol. 257.

607 Alle Zitate stammen aus: [Vorbereitende Unterlage des Präsidenten für die 65. Sitzung des Verwaltungsrates am 21. 6. 1965], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 65.VP, fol. 56. Die endgültige Beschlussfassung ist zu finden in: Protokoll der 65. Sitzung des Verwaltungsrates vom 21. 6. 1965 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 65.VP, fol. 136–137.

608 Vgl. Hellmut Becker an Felix Messerschmid, 22. 10. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

de.[609] Picht legte in einem mehrseitigen Schreiben, das die Züge eines Konzeptpapiers trug, weitere Begründungen für die Expansion nach. Insbesondere betonte er die Notwendigkeit, »die theoretische Struktur dieser neuen Wissenschaft paradigmatisch darzustellen«, verwies darauf, dass sich das Institut »mit allen seinen Projekten auf eine wissenschaftliche terra incognita« begebe und führte an, dass die Gründung des Instituts unvorhersehbar in eine »Etappe« gefallen sei, »in der sich die Bildungsforschung mit stürmischem Tempo zu einer ›big science‹ entwickel[e]«. Bei der Planung sei die Größenordnung dieses »neue[n] Zweig[s] der Wissenschaft« nicht vorstellbar gewesen. Aus diesen Befunden leitete Picht dann mit dem ihm eigenen Hang zur Übertreibung ab, dass nicht nur »die zunächst ins Auge gefaßte Größenordnung nicht ausreich[e]«. Vielmehr müsse angesichts der von ihm beobachteten bisherigen Bedarfe und der künftigen Aufgaben[610] prospektiv sogar »eine noch weitere Ausdehnung des Instituts ins Auge gefaßt« werden, »als sie wohl ohnehin wohl nötig sein dürfte«, da das Institut auch bei Vergrößerung »immer noch einen fragmentarischen Charakter« habe.[611]

Als das Thema am 13. Dezember 1965 dann erneut im Verwaltungsrat diskutiert wurde, lag diesem entsprechend ein nochmals erweitertes Planungsszenario vor. Allerdings hatte sich die Stimmung an der Spitze der MPG mittlerweile merklich verändert. Jetzt war von einer »erschreckend« hohen Zahl der inzwischen 187 Planstellen die Rede.[612] Im Hintergrund dieser Einschätzung stand zum einen die Stellungnahme des Verwaltungsausschusses von Bund und Ländern, welche die eigentlichen Finanziers des Vorhabens waren, und die unmissverständlich zur Kostenreduktion mahnte.[613] Damals hatte man sich einer defizitären Haushaltslage des Bundes zu stellen, die unter anderem auf die seit 1964/65 gesenkten Steuereinnahmen und die im Wahljahr 1965 gleichzeitig erhöhten Ausgaben zurückzuführen war und die in der bis dahin prosperitätsgewohnten Bundesrepublik einen gewissen Schock auslöste.[614] Der Verwaltungsausschuss forderte in seiner Sitzung am 10. Dezember 1965, die veranschlagten 15 Millionen DM Baukosten »mit dem Ziel einer wesentlichen Minderung« zu prüfen.[615] Zum anderen, und erheblich

---

609 Carl Friedrich von Weizsäcker an Konrad Zweigert, 18. 10. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

610 Bibliothek, Dokumentation und Statistik etwa hätten die ersten Ansätze bereits erheblich überschritten und die Bearbeitung der internationalen Entwicklung der Bildungsforschung brächte weiterhin eine hohe Arbeitslast mit sich. Darüber hinaus ging es Picht um die Einbeziehung der geschichtlichen Dimension in die Bildungsforschung, da die Bildungsplanung, an deren Aufgaben das Institut orientiert sei, sich auf »eine wissenschaftliche Klärung der Frage stützen« müsse, »was die Kulturtradition für den Bestand einer Gesellschaft tatsächlich bedeutet. Darüber wissen wir so gut wie nichts«. Georg Picht an Konrad Zweigert, 20. 10. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

611 Georg Picht an Konrad Zweigert, 20. 10. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

612 Protokoll der 67. Sitzung des Verwaltungsrates vom 13. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 67.VP, fol. 126–127, Zitat fol. 126.

613 Die Einsetzung eines Verwaltungsausschusses war von Bund und Ländern im Sommer 1964 im Zuge des oben bereits erwähnten Abkommens über die Finanzierung von DFG und MPG vereinbart worden. Seine Aufgabe war es, den von beiden Seiten »jährlich [...] aufzubringenden Zuschußbetrag« festzulegen. Vgl. Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vom 4. Juni 1964. Dokument Nr. 28. In: Manfred Abelein (Hg.): *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970, 173–174, hier 173 (Abschnitt II).

614 Vgl. Nützenadel, *Stunde*, 2005, 295–302.

615 Vgl. Dr. Pfuhl an Adolf Butenandt (Per Eilboten), 11. 12. 1965. [Anlage zum Protokoll der 67. Sitzung des Verwaltungs-

gravierender, hatte das einflussreiche Verwaltungsratsmitglied Carl Wurster seine bis dato positive Ansicht über das Institut offenbar grundlegend revidiert. Der BASF-Manager setzte durch, dass Becker mit ihm und dem Präsidenten zu einem Gespräch gebeten wurde und dieser zudem eine »Prioritätenliste« erstellen sollte.[616] An dem vereinbarten Treffen nahm auch der Bankier Klaus Dohrn (1905–1993), Inhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Verwaltungsratsmitglied und langjähriger Schatzmeister der MPG teil.[617] Die Aussprache dauerte, wie in der Verwaltungsratssitzung im März 1966 berichtet wurde, »viele Stunden« und fiel für Becker offenbar recht unangenehm aus, da er zugeben musste, »sich um die Raumplanung für den Neubau nicht genügend gekümmert« zu haben.[618] Am Ende wurde er dazu aufgefordert, das Raumprogramm mit dem Ziel der Kostenreduktion zu prüfen und den Etat massiv zu senken: nach der Vorstellung von Wurster und Dohrn auf etwa fünf Millionen DM.[619]

Die skizzierte Haltungsänderung im Verwaltungsrat, die besonders für Wurster erkennbar wurde, kann ohne zusätzliche biographische Forschung nicht hinreichend erklärt werden; diese ginge über die Möglichkeiten der vorliegenden Arbeit hinaus. Vermuten lässt sich, dass der Wandel zum einen auf die allgemeine Wahrnehmung der sich damals eintrübenden Wirtschaftsaussichten zurückzuführen ist. Bereits erwähnt wurde das Ende 1965 sichtbar werdende Defizit im Bundeshaushalt. Hinzu kamen in der ersten Jahreshälfte 1966 Anzeichen der Endlichkeit eines bis dahin scheinbar unbegrenzten, sich permanent beschleunigenden Wachstums der bundesrepublikanischen Ökonomie sowie frühe Krisensignale im Kontext der sich abzeichnenden strukturellen Probleme im Ruhrbergbau und in der Stahlindustrie. Dies musste sich mittel- bis langfristig auch auf die Situation der Nachfrage nach Fachkräften auswirken, die bislang eines der starken Argumente für die Institutsgründung gewesen war. In der zweiten Jahreshälfte 1966 wurde dann eine Rezession konstatiert. Sie sollte zwar de facto rasch überwunden werden. Dies war aber für die Zeitgenossen nicht vorhersehbar und die Krise wurde für so gravierend gehalten, dass Ludwig Erhard über deren Handhabung letztlich stürzte. Sein Nachfolger im Kanzleramt war Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), der am 1. Dezember 1966 an die Spitze der ersten Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD rückte.[620] Insofern der plötzlich deutlich kritischere Ton im Leitungsgremium der MPG insbesondere am Sinneswandel von Wurster abzulesen ist, sei zum anderen die Vermutung geäußert, dass dieser vor allem

---

rates vom 13. 12. 1965 in Essen, TOP Institut für Bildungsforschung], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 67.VP, fol. 233–234.

616 Protokoll der 67. Sitzung des Verwaltungsrates vom 13. 12. 1965 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 67.VP, fol. 127.

617 Zur Person vgl. »Dohrn, Klaus«. In: Hans-Michael Körner (Hg.): *Große Bayerische Biographische Enzyklopädie.* Bd. 1. München: Saur 2005, 384. Siehe zur Rolle Dohrns in der MPG Balcar, *Wandel*, 2020, 202, 205.

618 Die Zitate stammen aus einem handschriftlich korrigierten und in den Seitenzahlen mehrfach geänderten Entwurf der Niederschrift. Vgl. [Entwurf über die Sitzung des Verwaltungsrates am 10. 3. 1966], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 69.VP, fol. 9. Die Endfassung des Protokolls ist von den Hinweisen auf die Nachlässigkeiten Beckers in der Planung bereinigt. Vgl. Protokoll der 69. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 69.VP, fol. 104.

619 Protokoll der 69. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 69.VP, fol. 9.

620 Vgl. Nützenadel, *Stunde*, 2005, 295–302 (Die Rezession von 1966/67 und das Ende der Ära Erhard) und 303–306 (Von Erhard zu Schiller – eine wirtschaftspolitische Zäsur?).

mit dem sich damals allmählich konturierenden Forschungsprofil des West-Berliner Instituts zusammenhing. Denn dieses begann bereits bald nach der ersten Aufbauphase von den Planungen aus der Zeit des Antragsprozesses merklich abzuweichen. Darauf wird später näher einzugehen sein. Hinweise auf diese Zusammenhänge ergeben sich aber bereits an dieser Stelle, wenn man einen Blick auf Wursters Engagement im Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk wirft. Die heutige VolkswagenStiftung war im Mai 1961 gegründet worden und Wurster nahm in ihr eine höchst einflussreiche Position ein.[621] Die Stiftung hatte in ihrer Anfangszeit zwischen 1962 und 1975 ihren Hauptförderschwerpunkt auf die »Bildungsforschung und Ausbildungsförderung« gelegt (185,2 Millionen DM) und zwischen 1968 und 1975 zudem erhebliche Mittel für Bildungsplanung und -ökonomie bereitgestellt (57,2 Millionen DM).[622] Sie gehörte damit neben Ländern und Bund zu den wichtigsten westdeutschen Geldgebern in diesem Bereich. Einen Tag vor der Zusammenkunft des Verwaltungsrats der MPG, auf der die Größenordnung des IfB diskutiert werden sollte, hatte Wurster nun die Leitung der MPG über die Kuratoriumssitzung der Stiftung informiert. Demnach hätte es dort im Vorfeld der Bewilligung von Mitteln (70.000 DM) für das über Becker beantragte bildungsökonomische Forschungsprojekt Carl Christian von Weizsäckers (geb. 1938) »recht kritische Äußerungen über Professor Becker und das [Berliner] Institut« gegeben. »Auch die Max-Planck-Gesellschaft im allgemeinen sei im Hinblick auf die jetzige Bewilligung ihres Haushalts wegen der Anträge des Instituts mit Kritik bedacht worden«.[623] Diese Notiz vom 12. Dezember 1965 wird nicht näher erläutert. Eine Erklärung bietet aber möglicherweise die weitere Entwicklung der Förderschwerpunkte respektive der Geldflüsse der Stiftung Volkswagenwerk im Bereich der Bildungsforschung. Dort wurde das 1969 auf den Weg gebrachte »Hochschul-Informations-System« (HIS) zu »einer Art Flaggschiff« im Förderprofil der Stiftung.[624] Der hier vertretene Typ einer als ›empirisch‹ begriffenen, überwiegend statistisch und quantitativ-prognostisch ausgerichteten Forschung und Dokumentation[625] sollte sich von den Ansätzen des IfB merklich abheben. Dass dieser Unterschied im Zuge der

---

621 Wurster gehörte zu den 13 Mitgliedern des Gründungs-Kuratoriums und wurde für eine zweite Amtszeit berufen. Dies gelang neben ihm nur noch dem Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Günter Grunwald (gest. 2011). Nicolaysen, *VolkswagenStiftung*, 2002, 414–415.

622 Nicolaysen, *VolkswagenStiftung*, 2002, 431–432 und Rüdiger vom Bruch: Theorie, Statistik und Stipendien. Das Engagement in Bildungsforschung und Ausbildungsförderung. In: Michael Globig (Hg.): *Impulse geben – Wissen stiften. 40 Jahre VolkswagenStiftung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, 305–343, hier 305.

623 Vgl. den diesbezüglichen Vermerk des Verwaltungsmitarbeiters Dr. Pfuhl: Dr. Pf./K., Göttingen, den 12. 12. 1965, Vermerk, Betr.: Bewilligungen der Stiftung Volkswagenwerk in der Kuratoriumssitzung am 10. 12. 1965 – Anruf von Herrn Professor Dr. Wurster am 11. 12. 1965 –, [Materialien für den Präsidenten für die Sitzung des Verwaltungsrats der MPG am 13. 12. 1965, TOP 2.a)], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 67.VP, fol. 110. Wie separat davon aus einem Schreiben des Generalsekretärs der Stiftung an Becker hervorgeht, handelte es sich bei der Bewilligung vermutlich nur um eine kleine Teilsumme der ursprünglichen Beantragung, die für »theoretische Vorarbeiten« verwendet werden sollte. Vgl. Gotthard Gambke an Hellmut Becker, 14. 12. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 584, fol. 488.

624 Vgl. zur Geschichte des »Projekt[s] Hochschulplanung/Hochschulinformationssystem«, das von der Stiftung Volkswagenwerk zwischen 1969 und 1975 mit 46,7 Millionen DM gefördert wurde Bruch, *Theorie*, 2002, 318–324, Zitate 320, 319.

625 1968/69 ging es bei der Unternehmung der HIS primär um die Erhöhung der Effizienz staatlicher Hochschulsteuerung; auch wenn der Effizienz-Begriff damals noch nicht zum Leitbegriff avanciert war. Beabsichtigt war der Aufbau datenbasierter Steuerungsmöglichkeiten für die Kapazitäten der Hochschulen, etwa im Hinblick auf die Bereiche Bau, Zugang oder Anzahl der Studienplätze. Ziel war es vor allem, auf demographische Entwicklungen, Studienwünsche und Bedarfe der Gesellschaft besser reagieren zu können. Vgl. Bruch, *Theorie*, 2002, 320–322.

nachfolgenden wissenschafts- und bildungspolitischen Polarisierungen in der Bundesrepublik bald eines der Disktinktionsmerkmale der HIS werden sollte, spiegelt sich exemplarisch in einem Pressekommentar von Ende 1968. Darin wurde die kommende Gründung des HIS wohlwollend begrüßt und gleichzeitig mit der »Bildungs-Lobby unter dem Mantel der Wissenschaft« kontrastiert, mit der aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Vertreter des West-Berliner Instituts gemeint waren.[626] Wie auch immer sich das aber begründen lässt: Vom IfB begann Wurster bereits Ende 1965 merklich abzurücken.

Becker hatte seinerseits auf die Rüge und die Entscheidung in der März-Sitzung des Verwaltungsrats reagiert und einige Monate später, im Juni 1966, lag dem Gremium ein offenbar akzeptabler Entwurf des Bauvorhabens mit gut 120 Planstellen und einer Baukostensumme von acht Millionen DM vor. Diesem stimmte die MPG-Spitze diesmal zu und veranlasste die Umsetzung.[627] Allerdings wurde der Verwaltungsrat danach noch einige Male mit der Materie befasst und angesichts von Baukostensteigerungen drängte erneut besonders Wurster auf deutliche Reduktionen.[628] Letztlich fielen für den am 17. Oktober 1974 eingeweihten Neubau, der schon zu Anfang des Jahres bezogen worden war, aber doch 13,7 Millionen DM an.[629] Im Endeffekt war, wie es in der Institutsdarstellung anlässlich des 25jährigen Jubiläums hieß, »für rund 50 Wissenschaftler und 150 technische und andere Mitarbeiter großzügig geplant« worden. Becker, der im November 1971 zum Wissenschaftlichen Mitglied berufen und damit in den vollgültigen Rang des Direktors eines Max-Planck-Instituts aufgerückt war, hatte sich in dieser Sache gegenüber dem Widerstand im Verwaltungsrat durchsetzen können.[630] Welches Bild hat man sich nun von der frühen Bildungsforschung in der MPG zu machen?

---

626 Zitiert ist hier nach Rüdiger vom Bruch. In der diesbezüglichen Anmerkung wird allerdings nicht deutlich, ob die von ihm angeführten Pressekommentare vom November und Dezember 1968 aus *Christ und Welt*, der *Welt* oder aus der *Welt der Arbeit* stammen. Vgl. Bruch, *Theorie*, 2002, 341/Anm. 46.

627 Vgl. Protokoll der 70. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstands vom 20. 6. 1966 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 70.VP, fol. 74–75 und zur Angabe der Planstellen siehe [Vorlage für den Präsidenten für die Sitzung des Verwaltungsrates am 20. 6. 1966], Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft – künftiger Umfang des Instituts –, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 70.VP, fol. 29.

628 Vgl. zum Beispiel Protokoll der 93. Sitzung des Verwaltungsrates vom 13. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 93.VP, fol. 29–30.

629 Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170.

630 Vgl. Max-Planck-Gesellschaft, *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1989, 33 sowie zur Berufung Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 169.

3.2 Der sozialwissenschaftliche Neuankömmling in der MPG: Zum Profil der Bildungsforschung – Direktoren, Projekte und (disziplinäre) Kontexte

Eine Annäherung an die Bildungsforschung am IfB ist vor das Problem gestellt, dass es keine wissenschaftstheoretisch oder methodologisch ausgebaute Programmschrift gab, auf die Bezug genommen werden könnte, so dass man für die Rekonstruktion letztlich auf das verwiesen ist, was ab Oktober 1963 am IfB ins Werk gesetzt wurde. Im Jahrbuch der MPG zum Beispiel wurde ab 1964 zwar regelmäßig über die Forschung am Institut und die dort entstandenen Publikationen informiert. Das Arbeitsgebiet und der Ansatz der Bildungsforschung wurden aber auch hier nur recht allgemein vorgestellt als

> Erforschung der Zusammenhänge, Strukturen und Inhalte des Erziehungs- und Bildungswesens und der Bedingungen seiner Weiterentwicklung in interdisziplinärer Zusammenarbeit der relevanten Disziplinen und Methoden (Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Ökonomie, Recht).[631]

Im Folgenden werden daher zunächst additiv die wissenschaftlichen Karrieren der Abteilungsleiter des IfB, ihre Passung zum IfB – im Fall der Soziologie auch zu Beckers Position – und einige Hauptprojekte der Abteilungen in der Anfangszeit des Instituts skizziert. Ergänzt wird dies durch knappe Ausblicke auf das Verhältnis der jeweils von den Direktoren vertretenen Institutsforschung zu den jeweiligen Referenzdisziplinen in der Bundesrepublik. Im Anschluss wird übergreifend der Aspekt der Interdisziplinarität vertieft, der – soviel sei vorweggenommen – in Kombination mit der sozialwissenschaftlichen Orientierung und dem politischen Bezug den Ansatz der frühen Bildungsforschung in der MPG wesentlich konturierte. Das Kapitel abschließend werden Fragen nach den theoretischen Herkunftslinien dieser spezifischen Form von Sozialwissenschaft zumindest angerissen, die nicht nur in die Nachkriegszeit, sondern auch bis in die Zeit des NS-Regimes und der Weimarer Republik zurückreichen.

3.2.1 Soziologie: Dietrich Goldschmidt

Als erster Abteilungsleiter nahm der Soziologe Dietrich Goldschmidt 1963 seine Tätigkeit am IfB auf, an dem offiziell Anfang Oktober mit der Arbeit begonnen wurde.[632] Dem an der Techni-

---

631 Vgl. Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft z. F. d. W., Berlin-Dahlem. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1964, 303–306, Zitat 303.

632 Das folgende Kurzporträt Goldschmidts orientiert sich hauptsächlich an Michael Beckers Studie zum Werk und Wirken des Soziologen. Zu dessen Göttinger Zeit hat Carola Dietze in ihrer Arbeit über Plessner und dessen soziologisches Seminar geforscht. Im Gedenkband des MPIB ist unter anderem ein umfängliches Verzeichnis von Goldschmidts Schriften zu finden. M. Becker gibt Hinweise auf autobiographische Texte und aktuelle Fachliteratur. Vgl. Michael Becker: Dietrich Goldschmidt, »educator and political activist«. Über einen fast vergessenen Soziologen und Intellektuellen. In: Oliver Römer und Ina Alber-Armenat (Hg.): *Erkundungen im Historischen. Soziologie in Göttingen. Geschichte – Entwicklungen – Perspektiven.* Wiesbaden: Springer 2019, 203–245; Carola Dietze: »Nach siebzehnjähriger Abwesenheit...«. Das Blaubuch. Ein Dokument über die Anfänge der Soziologie in Göttingen nach 1945 unter Helmuth Plessner. *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1997/98* (1997), 243–300, bes. 279–281; *In Memoriam Dietrich Goldschmidt. Reden auf der Akademischen Trauerfeier am 16. Oktober 1998.* Berlin: MPIB 1999, 37–82.

schen Hochschule Berlin diplomierten Maschinenbau-Ingenieur, der Mitglied der Bekennenden Kirche war und später dem bundesrepublikanischen Linksprotestantismus zugerechnet werden kann,[633] war während des »Dritten Reichs« aufgrund der Klassifizierung als »Mischling 1. Grades« die Promotion verwehrt worden. Anfang November 1944 wurde er in einem Zwangsarbeiterlager bei Magdeburg interniert. Dessen Wachmannschaft floh kurz vor Kriegsende vor den anrückenden US-amerikanischen Truppen, was es Goldschmidt ermöglichte, zusammen mit seiner Lebensgefährtin nach Göttingen zu gelangen. Im Zentrum stand für ihn dort für einige Jahre die Tätigkeit als Redakteur und Autor der *Göttinger Universitätszeitung* (GUZ). Diese bot ein Forum sowohl für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen als auch für Debatten über die Rolle der Universitäten in den noch ungewohnten demokratischen Verhältnissen.[634] Goldschmidts wissenschaftliche Laufbahn begann im September 1949, als er sich im Rahmen eines einjährigen Forschungsaufenthalts an der Universität Birmingham einer »sozial- und wirtschaftshistorischen Dissertation über die Nationalisierung und Reprivatisierung der britischen Eisen- und Stahlindustrie« widmete.[635] Zurück in Göttingen, wurde er 1951 erster Assistent des Remigranten Helmuth Plessner. Wie skizziert, sollte Plessner später in die Senatskommission der MPG berufen werden, welche die Gründung des Bildungsforschungsinstituts zu prüfen hatte, und er gehörte zu den bundesdeutschen Soziologen, die Becker bereits über dessen Tätigkeit am Institut für Sozialforschung und in der DGS gut bekannt waren. Eigentlich philosophisch profiliert, nahm der Driesch-Schüler Plessner in Göttingen nolens volens eine Professur für Soziologie wahr.[636] 1953 promovierte er Goldschmidt in dieser sich damals in Westdeutschland wiederetablierenden Disziplin.[637] Goldschmidt beteiligte sich dann maßgeblich an dem laut Michael Becker »wichtigsten Projekt der damaligen Göttinger Soziologie«, den breit angelegten, empirisch-quantitativ orientierten

---

633 Vgl. Näheres bei Becker, *Dietrich Goldschmidt*, 2019, 231–235.

634 Vgl. Dietrich Goldschmidt: 8. Mai 1945. Erlebnisse, Tätigkeiten und Erfahrungen 1945 bis 1949. *Jahrbuch für historische Bildungsforschung* 2 (1995), 9–30; Becker, *Dietrich Goldschmidt*, 2019, 210–216.

635 Vgl. Becker, *Dietrich Goldschmidt*, 2019, 217.

636 Vgl. zu Plessners damaligem wissenschaftlichen Profil, dem Verlauf der Berufungsverhandlungen mit der Universität Göttingen und der gescheiterten Berufung auf den Lehrstuhl für Philosophie in der Nachfolge von Nicolai Hartmann (1882–1952) Dietze, *Nachgeholtes Leben*, 2006, 326–343 und 356–360.

637 Zur Geschichte der frühen westdeutschen Soziologie und spezieller zur empirischen Sozialforschung liegt eine breite Fachliteratur vor. Hier seien nur vier Arbeiten angeführt: 1. Mittlerweile als klassisch gilt ein Beitrag von Rainer Lepsius mit schwerpunktmäßiger Orientierung auf Hochschulen und Fachgesellschaften. 2. Christoph Weischers Monographie zur empirischen Sozialforschung erschließt gezielt die »ganze Breite der Produktionskontexte empirischen Wissens über die soziale Welt« (etwa Markt- und Meinungsforschungsinstitute oder die amtliche Statistik) und richtet ihren Fokus auf die starken US-amerikanischen Einflüsse nach 1945. 3. Carsten Klingemanns wegbereitende Studien, von denen hier nur eine genannt sei, stellen besonders für empirische Ansätze die Kontinuität zur Zeit des »Dritten Reichs« dar. 4. Wolfgang Bonß untersucht den Begriff der »Empirie« und Entwicklungen der empirischen Sozialforschung in historisch-systematischer Analyse. Ich danke Bettina Hünersdorf für den Hinweis auf die Arbeit von Bonß. Siehe: Mario Rainer Lepsius: Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1967. In: Günther Lüschen (Hg.): *Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1979, 25–70. Christoph Weischer: *Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland.* München: Oldenbourg 2004, Zitat 224; Carsten Klingemann: *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009; Wolfgang Bonß: *Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1982.

»Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer«.[638] Kurz vor der Publikation der dreibändigen Studie wechselte er 1956 als Dozent für Soziologie an die Pädagogische Hochschule Berlin und erhielt dort 1958 eine Professur. Zum Zeitpunkt seines Antritts als Direktor am Bildungsforschungsinstitut hatte Goldschmidt eine Honorarprofessur an der Freien Universität Berlin inne.

Fachlich sprachen für Goldschmidts Berufung an das IfB vorrangig seine Expertise im Bereich der Hochschulforschung und seine in der Hochschullehrerstudie erworbenen methodischen Erfahrungen in der empirischen Sozialforschung. Diese Ansätze waren in der Bundesrepublik seit Anfang der 1950er Jahre unter dem Einfluss der amerikanischen Besatzungsmacht im Ausbau begriffen. Ihre Expansion begann jedoch erst seit etwa 1965 und die von Goldschmidt vertretene Kombination mit der Hochschulforschung war selten.[639] Erinnert sei daran, dass Becker im Antragsverfahren den Mangel an sozialwissenschaftlich geprägten, an »Tatsachen« orientierten Ansätzen in der westdeutschen pädagogischen Wissenschaft als eine der zentralen methodischen Begründungen für die Notwendigkeit der Einrichtung des Instituts angeführt hatte. Eine ähnliche Diagnose war von Protagonisten und Unterstützern der Institutsgründung im Kontext der DGS, in dem im Frühjahr 1958 konstituierten »Ausschuß für Schul- und Erziehungssoziologie« gestellt worden. In der Konsequenz hatte sich Becker dort zusammen mit den anderen Mitgliedern des Gremiums, darunter Plessner, Adorno und Habermas, für die Etablierung der in Westdeutschland jungen Teildisziplin der »Bildungssoziologie« eingesetzt, die er als Basis einer reformorientierten Bildungspolitik verstand und die er dann am IfB institutionalisieren konnte.[640] Wie wichtig die Soziologie am neuen Institut für Becker war, zeigt, dass er die soziologische Abteilung anfänglich selbst leiten wollte. Dies geht aus einer wohl auf Herbst 1960 zu datierenden Planskizze hervor, in welcher der Institutsdirektor, also Becker, für die Abteilung I »Bildungssoziologische Forschung« als Leiter gesetzt war.[641]

Wie sich Beckers Verständnis von Soziologie im intellektuellen Spektrum des Fachs in der frühen Bundesrepublik positionieren lässt, steht zur Forschung noch aus.[642] Offen ist etwa, inwie-

---

638 Vgl. dazu Becker, *Dietrich Goldschmidt*, 2019, 218. Die Hochschullehrerstudie erschien 1956.

639 Vgl. hier nur Weischer, *Das Unternehmen*, 2004.

640 Vgl. Paffrath, *Die Wendung*, 1994, 18–27 und Behrmann, *Wie Adorno*, 2015, 248–251. Siehe zur Geschichte der Bildungssoziologie, die sich sowohl im Rahmen der Soziologie als auch in der wissenschaftlichen Pädagogik (und oft in Konkurrenz zueinander) entwickelte, übergreifend Wilhelm Brinkmann: *Zur Geschichte der Pädagogischen Soziologie in Deutschland. Dogmenhistorische Studien zu ihrer Entstehung und Entwicklung.* Würzburg: Königshausen & Neumann 1986 sowie zwei unterschiedlich ansetzende Überblicke: Ingrid N. Sommerkorn: Soziologie der Bildung und Erziehung. In: Hermann Korte und Bernhard Schäfers (Hg.): Einführung in Praxisfelder der Soziologie. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich 1997, 29–55 und Heike Kahlert: Bildungs- und Erziehungssoziologie. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): *Handbuch Spezielle Soziologien.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 67–84.

641 Vgl. Institut für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens, [undatiert, wohl Oktober 1960], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 112.

642 Vgl. zu den Richtungen der bundesdeutschen Soziologie nach 1945 weiterführend die relevanten Beiträge in Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, bes. Stephan Moebius: Schulen, Akteure und regionale Zentren in der frühen Geschichte der bundesrepublikanischen Soziologie. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.):

weit die erwiesene Nähe zum Seminar Freyers während Beckers Leipziger Studienzeit die Annahme einer langandauernden wissenschaftlichen Nähe zur Soziologie stützen kann, inwiefern Becker den Ansätzen der Leipziger Schule verbunden war oder wie er sich zu dem fachlich weiten und politisch-didaktisch geprägten Begriff der »Soziologie« verhielt, den sein Vater vertreten und beispielsweise mit der Unterstützung der Berufung Freyers gezielt gefördert hatte. Dass es bei einer solchen Untersuchung insbesondere auf die Verortung Beckers zwischen den intellektuellen Ansätzen konservativer Soziologen und solchen einer kritischen Richtung ankäme, ist anzunehmen. Fraglich ist etwa – um hier nur ein Beispiel zu geben –, ob Becker mit seinem pädagogischen Gewährsmann Messerschmid übereinstimmte, der ebenfalls in die Senatskommission der MPG berufen wurde, dem ersten Institutsbeirat angehören würde und der sich offenbar an Schelsky orientierte. Seine Erwartungen an die Soziologie hatte Messerschmid 1957 im Vorwort zu einem Gutachten Schelskys für den DA formuliert. Die »Hilfe« der Soziologie benötigte man demnach, um sich »ein zutreffendes Bild von der Verfassung unserer Gesellschaft« zu verschaffen und »Entscheidungen [...] in richtiger, nicht utopischer, dienlicher Weise« fällen zu können.[643] Zwar kann als sicher gelten, dass Becker die hier zum Ausdruck gebrachte optimistische Einschätzung der Möglichkeiten der Soziologie teilte, »zutreffende« Beschreibungen und Analysen der Gesellschaft zu liefern. Das damit angedeutete epistemologische Verständnis lag auch dem Antrag auf Einrichtung des Bildungsforschungsinstituts zugrunde. Ob er allerdings ebenso mit der bei Messerschmid formulierten Ablehnung von Utopien übereinstimmte, ist fraglich. Denn damit schloss Messerschmid an den Tenor Schelskys an, wie er etwa in dessen einflussreicher Diagnose anklang, die er 1957 der »skeptischen Generation« der bundesrepublikanischen Jugend stellte und die darin exemplarisch für damalige konservative Ansätze war.[644] Wie auch immer aber sich Becker zum Topos der Utopie verhielt: Die Gründe dafür, dass er nicht die Leitung der Abteilung für Soziologie am IfB übernahm, sind bislang nicht bekannt. Möglicherweise scheiterte das Vorhaben an seinem schwach ausgeprägten wissenschaftlichen Profil. Sicher ist jedoch, dass mit Goldschmidt kein Schelsky-Schüler, sondern ein an Plessners Verständnis empirischer Sozialforschung geschulter Wissenschaftler an die Spitze der soziologischen Abteilung rückte, der mithin in der Linie eines von Plessner vertretenen, kritisch und emanzipativ ausgerichteten Ansatzes stand.[645]

Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum. Wiesbaden: Springer VS 2018, 253–287.

643 Vgl. Felix Messerschmid: Zur Einführung. In: Helmut Schelsky: *Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft.* Würzburg: Werkbund-Verlag 1957, 7.

644 Vgl. Helmut Schelsky: *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend.* 3. Auflage. Düsseldorf: Diederichs [1957] 1958. Siehe für die Zeit der frühen Bundesrepublik hier nur weiterführend die Hinweise auf die Entwicklung eines ›technokratisch‹ orientierten intellektuellen konservativen Spektrums bei Axel Schildt. Charakteristisch für diese Positionen war demnach eine vorgeblich ›antiideologische‹ Haltung, die mit der Ablehnung von Utopien Hand in Hand ging. Vgl. Schildt, *Konservatismus*, 1998, 211–238, bes. 212–214, 236–239.

645 Plessner sprach einer empirischen Sozialforschung emanzipatives Potential zu, sofern sie als »institutionalisierte Dauerkontrolle gesellschaftlicher Verhältnisse in kritischer Absicht und in wissenschaftlicher Form« begriffen würde. Entsprechend verstand er Soziologie im Sinne von »Tatsachenforschung« als »Ferment der Kritik« und »Werkzeug der Freiheit«. Diese Zuschreibungen sind dabei im Kontext der Abgrenzung gegenüber einer Soziologie als »normative[r] Wissenschaft« zu verstehen. Die Zitate Plessners aus den Jahren 1959 und 1960 sind hier kompilierend zitiert nach Dietze, »Nach siebzehnjähriger Abwesenheit...«, 1997, 259.

Goldschmidts Arbeitsschwerpunkt am IfB lag auf bildungs- und später verstärkt auf religionssoziologischem Gebiet. Dabei setzte er sich auf dem Hintergrund der Diktaturerfahrung des »Dritten Reichs« seit seiner Zeit bei der GUZ für die Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft ein und erwies sich als öffentlich streitbarer Intellektueller.[646] Dafür steht zum Beispiel seine erste, im Jahrbuch der MPG bekannt gegebene Publikation, der 1964 erschienene Beitrag *Ein Volk und seine Mörder*. Der Artikel, in dem der »Abbau autoritärer Formen in der Erziehung« als »Zentralproblem modernen Gesellschaftsaufbaus« identifiziert wurde, stellte nach heutigem Begriff einen frühen Beitrag zur Täterforschung dar. Er dürfte Goldschmidt im damaligen bundesrepublikanischen Klima und wohl auch in der MPG allerdings nur begrenzten Beifall gebracht haben.[647] Ähnlich exponiert zeigte er sich in deutschlandpolitischen Fragen, wobei er sich mit Becker einig wusste. Beide hatten sich frühzeitig, mit Beiträgen aus den Jahren 1961 – direkt nach dem Mauerbau –, 1962 und 1965, mit jeweils großer medialer Wirkung für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen. Goldschmidt ging sogar soweit, für die Anerkennung der DDR zu plädieren.[648] Dass ihn seine Stellungnahmen in das Blickfeld rechtsextremer Gegner rückten, zeigt ein Brandanschlag auf sein Berliner Wohnhaus im März 1966. In der Tagespresse wurde dieser mit der zuvor veröffentlichten, von Goldschmidt mitverfassten »Vertriebenen-Denkschrift« der EKD in Verbindung gebracht.[649]

Die Aufgaben der soziologischen Abteilung des IfB wurden der MPG in ihrem Jahrbuch von 1965 übergreifend, wenngleich in etwas holpriger Diktion, als »Analyse gesellschaftlicher Bedingungen und Auswirkungen der Ausbildung, Bildung und Erziehung im Elternhaus, in Schule und Hochschule und in außerschulischen Bereichen (Betrieb, Freizeit etc.)« vorgestellt.[650] In den ausführlicher gehaltenen Tätigkeitsberichten für den Beirat hob Goldschmidt angesichts einer desolaten Forschungslage zunächst die Notwendigkeit hervor, anfänglich Basisarbeit zu bewältigen. In Bezug auf die Bildungssoziologie herrsche insbesondere im »Feld

---

646 Diese Bewertung nach Becker, *Dietrich Goldschmidt*, 2019, 205; zum Niederschlag in Goldschmidts Wirken ebd., bes. Kapitel 4.

647 Der Band, in dem der Beitrag erschien, wurde von Goldschmidt herausgegeben und vom Rat der EKD unterstützt. Dietrich Goldschmidt: Ein Volk und seine Mörder. In: Dietrich Goldschmidt (Hg.): *Reinhard Henkys. Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht*. Stuttgart: Kreuz-Verlag 1964, 323–337, Zitat 336; *Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft*, 1964, 305.

648 Wie bereits erwähnt, hatte Becker im November 1961 das Tübinger Memorandum mitgezeichnet, in dem die Anerkennung der Oder-/Neiße-Linie im Rahmen einer veränderten Ostpolitik gefordert wurde. Goldschmidt votierte 1962 öffentlich für die Anerkennung der DDR. Später gehörte er zu den Mitverfassern der Anfang Oktober 1965 von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) herausgebrachten »Vertriebenen-« respektive »Ostdenkschrift«. Unter dem Titel »Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn« wurde dazu aufgefordert, auf ein Rückkehrrecht in die ehemals reichsdeutschen Gebiete Polens zu verzichten. Vgl. Dietrich Goldschmidt: Der westdeutsche Beitrag zum Frieden. In: Ansgar Skriver (Hg.): *Berlin und keine Illusion. 13 Beiträge zur Deutschlandpolitik*. Hamburg: Rütten & Loening 1962, 104–114. Siehe zu den mit dem Text von 1962 verbundenen Anfeindungen Dieter Simon: Bekenntnis und Dienst. In: *Bekenntnis und Dienst. Reden zum 80. Geburtstag von Dietrich Goldschmidt*. Berlin: MPIB 1995, 13–26, hier 17; zu Goldschmidts Engagement in der EKD Becker, *Dietrich Goldschmidt*, 2019, 231–235, bes. 234.

649 Wieder politische Brandstiftung. *Der Tagesspiegel*, 16. 3. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 574, fol. 127.

650 Vgl. Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft z. F. d. W., Berlin-Wilmersdorf. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1965, 308–310, Zitat 308.

der Bildungsinstitutionen fast noch überall [...] tabula rasa«. Die Arbeit in den zu wählenden Schwerpunkten würde daher immer auch mit »breit angelegte[n] bibliographischen Studien und Dokumentationsarbeiten« sowie mit international dimensionierten Literaturberichten verbunden sein.[651] Begonnen wurden in der Abteilung zunächst vier größere Projekte: In Form eines »Survey of Research into Higher Education« sollte für das *International Committee for Social Sciences Documentation* ein Bericht über die Hochschulforschung in westlichen und östlichen Industrieländern sowie in den damals noch so genannten »Entwicklungsländern« erarbeitet werden. Ziel war es, neben der Erstellung einer annotierten Bibliographie, Trends der Forschung und internationale Problemwahrnehmungen aufzuzeigen. Ein zweites größeres Projekt im Forschungsbereich der Lehrerbildung sollte eine Übersicht über die Ausbildungseinrichtungen (Pädagogische Hochschulen), deren rechtliche Lagerungen und Reformansätze in den Bundesländern erbringen, um perspektivisch auf komparativer Basis Modelle zur Reform der Lehrerbildung zu entwickeln. Die Passung von Schule und Arbeitswelt war Gegenstand eines dritten Projekts, der zunächst so genannten »Studien zur Reform des Mittelbaus im westdeutschen Unterrichtswesen«. Hier ging es einerseits um die betriebssoziologische Erforschung von Anforderungsprofilen moderner Arbeitsplätze, besonders in Bezug auf Arbeitsqualifikationen und Selbständigkeit. Korrespondieren sollte dem andererseits die Erforschung der berufspädagogischen Seite, etwa durch die Untersuchung von Unterrichtsformen oder Lehrkraftqualifikationen. In heutigem Sprachgebrauch formuliert, war es das Ziel, Best Practice-Beispiele zu identifizieren.[652] Am aufwändigsten war wohl das noch vor Oktober 1963 vom WR veranlasste, durch die Stiftung Volkswagenwerk unterstützte empirische Forschungsprojekt zum »Studium der deutschen Studierenden« an den Hochschulen der Bundesrepublik und in West-Berlin. Angesichts des Mangels aussagekräftiger Statistiken sollten zum einen belastbare Zahlen über Studiendauer, Studienabbruch und Studienwechsel beigebracht und – wieder anachronistisch gefasst – deren dauerhaftes Monitoring beraten werden. Zum anderen ging es darum, zu Hypothesen über Ursachen der damals als Problem identifizierten langen Studiendauer, von Studienabbrüchen und des Studienwechsels zu gelangen. Mittelfristig sollten auf dieser Basis zum Beispiel Entwicklungsprognosen ermöglicht werden. Konkret entworfen wurde zum Beispiel auf Basis von Zähl- und Fortschreibungsmethoden ein Plan für eine »neue, zentrale Studierendenstatistik«, die magnetspeicher- und computergestützt sein sollte. Es wurden Fragebögen zur Erfassung von Studiendauer, -abbruch und -wechsel entwickelt und eingesetzt, Examens- und Promotionsunterlagen in Prüfungsämtern ausgewertet oder zum Sommersemester 1965 eine Befragung der Studierenden und eine Längsschnittstudie vorbereitet.[653]

---

651 Vgl. Dietrich Goldschmidt. Bericht der Abteilung Soziologie für den wissenschaftlichen Beirat, [undatiert/wohl Oktober 1964], S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

652 Vgl. Dietrich Goldschmidt. Bericht der Abteilung Soziologie für den wissenschaftlichen Beirat, [undatiert, wohl Oktober 1964], S. 4–5, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16. Vgl. aus den diversen Publikationen zu diesen und weiteren Bereichen der Abteilung beispielsweise Saul B. Robinsohn: Thesen zur Lehrerbildung. *Neue Sammlung* 3 (1965), 197–205 oder Wolfgang Lempert: *Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich 1950 bis 1963. Eine statistische Untersuchung.* Berlin: IfB 1966.

653 Vgl. Dietrich Goldschmidt. Bericht der Abteilung Soziologie für den wissenschaftlichen Beirat, [undatiert, wohl Oktober 1964], S. 5–12, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16. Siehe aus den Ergebnissen hier nur Gerhard Kath, Christoph Oehler und Roland Reichwein: *Studienweg und Studienerfolg. Eine Untersuchung über Verlauf und Dauer des Studiums von 2000 Studienanfängern des Sommersemesters 1957 in Berlin, Bonn, Frankfurt/Main und Mannheim.* Berlin: IfB 1966.

3.2.2 Pädagogik (und Psychologie): Saul B. Robinsohn

Zum 1. Januar 1964 nahm der Erziehungswissenschaftler Saul B. Robinsohn seine Tätigkeit als Leiter der Abteilung für Pädagogik und Psychologie auf,[654] nachdem er Becker bereits 1961 bei der Konzeption des Instituts beraten hatte.[655] In Berlin geboren, wuchs Robinsohn in jüdischem Ritus in Breslau auf; einer seiner Großväter war Rabbiner, sein Vater Hebraist und Schriftsteller. 1933 emigrierte er nach Israel und studierte an der Hebrew University Jerusalem Geschichte, Soziologie, Philosophie und Pädagogik. Nach Abschluss des Gymnasiallehrerdiploms 1940 arbeitete er bis 1959 als Gymnasiallehrer und -direktor und ging parallel wissenschaftlichen Arbeiten in Forschung und Lehre nach, etwa als Dozent am Pädagogischen Seminar der Universität Haifa und während seiner Forschungs- und Studienaufenthalte an der University of London oder in den USA. Promoviert wurde Robinsohn 1950 mit einer auf Hebräisch verfassten Arbeit zur »National- und Weltgeschichte im Unterricht«.[656] Von 1959 bis zur Berufung an das Bildungsforschungsinstitut leitete Robinsohn das 1952 in Hamburg gegründete UNESCO-Institut für Pädagogik als Direktor.[657] Beraterin seiner drei Vorgänger war die ehemalige Leiterin der Odenwaldschule Minna Specht gewesen und im Kuratorium des UIP saßen zum Beispiel die alten Bekannten und zeitweiligen beruflichen Weggefährten Borinski und Messerschmid.[658]

---

654 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 167. Eine wissenschaftliche Biographie zu Robinsohn steht noch aus. Siehe zu den folgenden biographischen Angaben Peter Martin Roeder: Bildungsforschung und Schulreform: Jerome S. Bruner, Heinrich Roth, Saul B. Robinsohn, Torsten Husén, James S. Coleman. In: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): *Klassiker der Pädagogik. Bd. 2: Von John Dewey bis Paulo Freire.* 2. Auflage. München: C. H. Beck 2012, 227–248, hier 237–240; Dietrich Goldschmidt: Saul Benjamin Robinsohn, 25. 11. 1916–9. 4. 1972. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 2 (1972), 79–85 und Hellmut Becker: Einleitung. In: Saul B. Robinsohn: *Erziehung als Wissenschaft.* Herausgegeben von Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas. Stuttgart: Klett 1973, 7–14. Vgl. zum Werk Robinsohns weiterführend Ursula Neidhardt: *Auf dem Weg zur demokratischen Schule. Der Beitrag von Lehrplänen zur Schulentwicklung.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2007 und die kritische Darstellung von Julia Kurig: ›Planung‹ und ›Rationalität‹. Saul B. Robinsohns »Bildungsreform als Revision des Curriculum« und das Modernisierungsparadigma der 1960er Jahre. In: Wilfried Göttlicher, Jörg-Werner Link und Eva Matthes (Hg.): *Bildungsreform als Thema der Bildungsgeschichte.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2018, 195–211.

655 Vgl. Becker, *Einleitung*, 1973, 7–14, hier 10–11.

656 Die Übersetzung schließt an Roeder an. Sie weicht von der Übersetzung im Schriftenverzeichnis Robinsohns ab, in dem, wie Becker begleitend schreibt, Robinsohns frühe Publikationen zwischen 1946 und 1959, die überwiegend in Hebräisch und Englisch verfasst waren, im Wesentlichen unberücksichtigt geblieben seien. Es fehlen aber auch spätere Publikationen. Vgl. Roeder, *Bildungsforschung*, 2012, 237 und Vollständiges Verzeichnis der Arbeiten von Saul B. Robinsohn. In: Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas (Hg.): *Saul B. Robinsohn. Erziehung als Wissenschaft.* Stuttgart: Klett 1973, 453–462 und Becker, *Einleitung*, 1973, 14.

657 Das Institut war im Kontext des *Reeducation*-Ansatzes im Ergebnis des Engagements der UNESCO für sogenannte ehemalige Feindstaaten (Deutschland, Japan) gegründet worden. Seit 1950 engagierte sich die UNESCO in der Bundesrepublik, um »mit den Vertretern der entsprechenden alliierten Behörden, interessierten deutschen Kreisen und Deutschland-Experten [...] die Aktivitäten der UNESCO auf dem Gebiet der Bildung, Jugend und Sozialwissenschaften voranzutreiben«. Im Juni/Juli 1951 wurde auf der 6. Generalkonferenz die Gründung dreier entsprechender Zentren konkretisiert: für internationale Jugendarbeit in Gauting bei München, für Sozialwissenschaften in Köln und für Pädagogik in Hamburg. Betont wurde der Gedanke der Förderung einer internationalen und vorurteilsfreien Zusammenarbeit. Vgl. Ein spezielles Projekt. Die Entstehung des UNESCO-Instituts für Pädagogik. In: UNESCO-Institut für Pädagogik (Hg.): *Auf dem Weg zu einer lernenden Welt. 50 Jahre UNESCO-Institut für Pädagogik.* Hamburg: UIP 2002, 18–25, Zitat 20. Siehe zur Geschichte des UIP zudem Maren Elfert: Six Decades of Educational Multilateralism in a Globalising World. The History of the UNESCO Institute in Hamburg. *International Review of Education* 59/2 (2013), 263–287, zur IEA 271.

658 Die ersten drei Direktoren waren Walther Merck (1892–1964), Alv Gunnar Storheid Langeland (1908–1965) und Wenke. Specht, welche die Odenwaldschule zwischen 1946 und 1951 leitete, war zudem Gründungsmitglied des

In seiner Zeit als Leiter des UIP setzte sich Robinsohn vertiefend mit den Möglichkeiten von politischer Erziehung und von Geschichtsunterricht für die internationale Verständigung auseinander, arbeitete also im Bereich der Didaktik.[659] Vor allem aber engagierte er sich für die international Vergleichende Erziehungswissenschaft, zu deren Gründern er in der Bundesrepublik gehörte.[660]

Für das IfB war Robinsohn nicht nur aufgrund seiner angelsächsisch geprägten wissenschaftlichen Sozialisation und seiner internationalen Kontakte wichtig. Er vertrat auch als einziger der Direktoren die Erziehungswissenschaft, die neben der Soziologie eine der zentralen Referenzdisziplinen des Instituts war, wenngleich er mit seinem Profil dort eher eine Außenseiterposition einnahm. Darauf wird noch zurückzukommen sein. Als Erziehungswissenschaftler empfahl sich Robinsohn für das West-Berliner Institut besonders aufgrund seiner Erfahrungen mit der Koordination der weltweit ersten als *large-scale assessment* angelegten, international vergleichenden Schulleistungsstudie. Angesichts der späteren Bedeutung dieser Forschung für das IfB/MPIB soll dem hier etwas breiterer Raum gegeben werden. Das UIP administrierte die Studie zwischen 1958 und 1961 unter Robinsohns Leitung. Angelegt war das Projekt als Pilot (»exploratory study«) für den Einsatz quantifizierender Mess- und Testmethoden im Bereich der Vergleichenden Erziehungswissenschaft.[661] Beteiligt waren an der kooperativen Entwicklung internationale Expert*innen vor allem aus dem Bereich der Pädagogischen Psychologie, der empirisch orientierten Pädagogik sowie der Bildungsadministration. 1962 wurden die Ergebnisse und die Berichte über die Entstehung und Methodik unter dem Titel *Educational Achievements of Thirteen-Year-Olds in Twelve Countries* veröffentlicht.[662] Völlig neue Dimensionen wur-

---

Deutschen Ausschusses für UNESCO-Arbeit und bis 1959 Mitglied der Deutschen UNESCO-Kommission. Borinski war von 1951 bis 1965 und Messerschmid von 1958 bis 1965 Kuratoriumsmitglied. Vgl. Porträts aus den Pionierzeiten des UIP. In: UNESCO-Institut für Pädagogik (Hg.): *Auf dem Weg zu einer lernenden Welt. 50 Jahre UNESCO-Institut für Pädagogik*. Hamburg: UIP 2002, 26–34, 27 und Kuratoriumsmitglieder 1951–2002. In: UNESCO-Institut für Pädagogik (Hg.): *Auf dem Weg zu einer lernenden Welt. 50 Jahre UNESCO-Institut für Pädagogik*. Hamburg: UIP 2002, 81–82, hier 81.

659 Vgl. Robinsohns Arbeiten aus dieser Zeit in: Braun, Glowka und Thomas, Vollständiges Verzeichnis, 1973, 453–455, 457.

660 1961 initiierte Robinsohn als Direktor des UIP zusammen mit dem Comparative Education Department der Universität London die Comparative Education Society in Europe (CESE), deren Präsidentschaft er 1971 übernahm. Vgl. Brian Holmes: Saul B. Robinsohn: In Memoriam. *International Review of Education* 18/3 (1972), 283–284.

661 Vgl. Saul B. Robinsohn: Foreword. In: Arthur W. Foshay, Robert L. Thorndike, Fernand Hotyat, Douglas A. Pigeon und David A. Walker: *Educational Achievements of Thirteen-Year-Olds in Twelve Countries. Results of an International Research Project, 1959–1961*. Hamburg: UNESCO Institute for Education 1962, Zitat 5.

662 Vgl. Arthur W. Foshay, Robert L. Thorndike, Fernand Hotyat, Douglas A. Pigeon und David A. Walker: *Educational Achievements of Thirteen-Year-Olds in Twelve Countries. Results of an International Research Project, 1959–1961*. Hamburg: UNESCO Institute for Education 1962. Die Studie wurde 1958 beim UIP beantragt und ging 1959 in die Konzeptionsphase. Die Kosten für die Koordination wurden vom UIP übernommen, die Mittel für die Testdurchführung mussten in den jeweils beteiligten Staaten aufgebracht werden. Die Test-Edition lag federführend bei dem psychometrisch orientierten US-amerikanischen Pädagogischen Psychologen Robert L. Thorndike. 1960 wurden die bis dahin in einem *Pre*-Test erprobten, modifizierten und in die jeweiligen Landessprachen übersetzten Tests in den zwölf beteiligten Staaten durchgeführt; darunter neben der Mehrheit westlicher Teilnehmer*innen auch Polen und Jugoslawien. Deren Ergebnisse wurden bis Februar 1961 an die *Columbia University* in New York zur Auswertung geschickt. Die prozessierten Daten gingen im Juni 1961 an die Beteiligten zurück. Auf Basis von »short-answer tests« wurden bei insgesamt 9.918 Schüler*innen im 14. Lebensjahr die jeweiligen Leistungen im Leseverstehen, in Mathematik, Naturwissenschaften und Geographie (»reading comprehension, mathematics, science, geography«) gemessen und verglichen; ergänzend

den dabei im Hinblick auf die hohe Anzahl der beteiligten Länder und die Menge der zu erhebenden Daten erreicht – mit gleichfalls unbekannten Problemstellungen. Denn eine funktionale EDV und entsprechende Analysemethoden für derartige Datenmengen würden erst ab Mitte der 1970er Jahre entwickelt werden.[663] In dieser frühen Zeit ging es daher besonders um methodologische und methodische Herausforderungen im Kontext des Designs von Messungen/Messbarkeit und Evaluierung sowie basal um die technologische Handhabbarkeit der Verwaltung von Massendaten. Aus dem in Hamburg zusammentreffenden Expert*innen-Zirkel heraus gründete sich Ende der 1950er Jahre die International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA). In der Folge wurden seitens der IEA Fragen des Zusammenhangs von unterschiedlichen Schulsystemen und Curricula mit Lernergebnissen (*outcome*) international vergleichend gezielt nachgegangen. In der Bundesrepublik wurde die IEA allerdings erst mit den seit Mitte der 1990er Jahre unter der Ägide der IEA unternommenen TIMSS-Studien einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Diese waren ihrerseits Vorläufer der ersten PISA-Studie (»PISA 2000«), die allerdings von der OECD veranlasst wurde.[664] Für die nationale Konsortialführerschaft beider Großprojekte, TIMSS und PISA, hatte der spätere Direktor am MPIB, Jürgen Baumert (geb. 1941), die Federführung.[665] Auf den ersten Blick besehen, konnte er damit an die frühe West-Berliner Bildungsforschung anknüpfen. Eine Untersuchung möglicher Kontinuitäten oder Brüche steht allerdings noch aus. Einer der augenfälligen Unterschiede scheint in der ursprünglichen, normativ orientierten Absicht der IEA-Studien zu liegen, eine im Dienst der Friedens- und Wohlstandssicherung stehende »same general world culture« eta-

---

waren Daten zum persönlichen und schulischen Hintergrund der Testpersonen erhoben worden. Ziel war es laut Arthur W. Foshay, einem der US-amerikanischen Teilnehmer, neben der Austestung empirisch-statistischer Verfahren für »cross-country comparisons of school achievement« im großen Maßstab (»large-scale«) die kognitive Wirkung (»outcome«) nach dem Durchlaufen eines ersten Schulzyklus' (»curriculum«) der jeweiligen Erziehungssysteme miteinander in Beziehung zu setzen. Vgl. Arthur W. Foshay: The Background and the Procedures of the Twelve-Country Study. In: Arthur W. Foshay, Robert L. Thorndike, Fernand Hotyat, Douglas A. Pigeon und David A. Walker: *Educational Achievements of Thirteen-Year-Olds in Twelve Countries. Results of an International Research Project, 1959–1961.* Hamburg: UNESCO Institute for Education 1962, 7–41, Zitate 7 und 9–10.

663 Auf die Veränderungen in den 1970er Jahren wird in Kapitel 4.3.7 zurückzukommen sein; vgl. an dieser Stelle aus Perspektive eines maßgeblich beteiligten empirischen Sozialwissenschaftlers: Scheuch, *Laudatio*, 2002.

664 Vgl. hier nur die jeweils ersten deutschsprachigen Ergebnisveröffentlichungen von TIMSS und PISA Jürgen Baumert et al. (Hg.): *TIMSS – Mathematisch-naturwissenschaftlicher Unterricht im internationalen Vergleich. Deskriptive Befunde.* Opladen: Leske + Budrich 1997 und Jürgen Baumert, Eckard Klieme, Michael Neubrand, Manfred Prenzel, Ulrich Schiefele, Wolfgang Schneider, Petra Stanat, et al. (Hg.): *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich.* Opladen: Leske + Budrich 2001.

665 Die nationale Federführung für TIMSS hatte Baumert zuerst in seiner Position als Leiter des Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN) in Kiel, ab 1996 als Direktor am MPIB, hier dann auch für PISA. Vgl. zu Baumerts 1995 erfolgter Berufung an das MPIB Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170. Auf seine Tätigkeit am MPIB wird im Ausblick der vorliegenden Arbeit eingegangen werden. Siehe zur Entwicklung von IEA, TIMSS und PISA zum Beispiel Enno Aljets: *Der Aufstieg der Empirischen Bildungsforschung. Ein Beitrag zur institutionalistischen Wissenschaftssoziologie. Mit einem Geleitwort von Uwe Schimank und Georg Krücken.* Wiesbaden: Springer VS 2015, bes. Kapitel 5.1 und 6. Siehe zur kritischen Würdigung von Aljets' Darstellung Britta Behm: Deutsche Erziehungswissenschaft in Bedrängnis? Zum Wissen um die empirische (Bildungs-)Forschung anlässlich der Kritik einer soziologischen Analyse. *IJHE Bildungsgeschichte, International Journal for the Historiography of Education* 6/2 (2016), 176–186.

blieren zu wollen.[666] Diese sollte nach zwei desaströsen Weltkriegen insbesondere über den Weg von Vergleichen und Standardisierungseffekten im Bildungswesen befördert werden.[667]

Zurück zu Robinsohn und zu einer Leerstelle, die zugleich auf eine auffällige Besonderheit der wissenschaftlichen Anlage des IfB und der frühen Bildungsforschung verweist. Denn seinem fachlichen Profil nach besaß Robinsohn keine ausgeprägte psychologische Expertise, die ihn für die Leitung der Abteilung für Pädagogik *und* Psychologie empfohlen hätte. Aber bereits die Tatsache, dass die Psychologie am Institut keine eigene Abteilung erhalten hatte, muss angesichts des Gegenstands der Bildung als zentralem Forschungsbereich des Instituts stutzig machen. Die Begründung ist in wissenschaftstheoretischen Bedenken zu suchen. So war diese Auslassung in der Erinnerung Edelsteins im Kern auf Vorbehalte gegenüber einer als »positivistisch« beurteilten Psychologie zurückzuführen, die er vorrangig am damaligen Einspruch Adornos festmacht. Dieser hatte die Psychologie demnach als »positivistische[...] Störung der konstruktiven, der kritischen Perspektiven« wahrgenommen, die am Institut aus Sicht des Frankfurters vorrangig verfolgt werden sollten.[668] Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass Adorno für Becker – ab einem noch nicht geklärten Zeitpunkt in den 1950er Jahren – einer seiner Feedback- und Impulsgeber war und 1961 eines der Gutachten zur Institutsplanung erstellt hatte. In der Tat hatte sich die Fachentwicklung in der Bundesrepublik seit Ende der 1950er Jahre stark an der in den USA dominierenden experimentellen Psychologie orientiert. Diese wurde seit Anfang der 1960er Jahre auch in Westdeutschland mehrheitlich zum Standard, inklusive einer implizit oder explizit empirisch-analytischen Positionierung im Anschluss an den Kritischen Rationalismus Karl Poppers (1902–1994) und seines Schülers Hans Albert (geb. 1921).[669] Adorno war in Bezug auf eine so verstandene Psychologie aber offensichtlich nicht der einzige Kritiker im Umfeld des IfB. So war schon im Institutsplan von 1958 eine

---

666 Foshay, *The Background*, 1962, 7.

667 Die mit internationalen Vergleichen einhergehenden mimetischen und Konvergenzeffekte werden seit Ende der 1970er Jahre aus der Perspektive des soziologischen Neo-Institutionalismus im »World polity«-Ansatz erhellend untersucht. Im Fokus stehen Analysen gegenseitiger Beobachtungs- und Zurechnungsprozesse von Erwartungen in kulturellen und Bildungsorganisationen, die besonders durch internationale Agenturen wie die OECD strukturiert und gefördert worden sind. Die erwünschten Effekte von Friedens- und Wohlstandssicherung traten im Zuge von TIMSS und PISA allmählich hinter die national orientierten Zieldimensionen der Steigerung von Leistungsfähigkeit und Wirtschaftswachstum zurück. Vgl. dazu wegweisend die Beiträge in Meyer und Hannan, *National Development*, 1979 sowie John W. Meyer: *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen.* Herausgegeben von Georg Krücken. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005. Siehe dazu aus erziehungswissenschaftlicher und bildungshistorischer Sicht beispielsweise die Beiträge in Jürgen Schriewer (Hg.): *Weltkultur und kulturelle Bedeutungswelten. Zur Globalisierung von Bildungsdiskursen.* Frankfurt am Main: Campus 2007 oder Marcelo Caruso: World Systems, World Society, World Polity: Theoretical Insights for a Global History of Education. *History of Education* 37/6 (2008), 825–840, vor allem 834–838.

668 Nachdem in der Planungsphase die Psychologie also keinen Platz auf Ebene der Abteilungen des Instituts gefunden hatte, erfolgte eine erneute Auseinandersetzung mit der Frage der Institutionalisierung der Psychologie am IfB laut Edelstein erst kurz nach der Institutsgründung. Dabei sei er zum Zweck der Sondierung an verschiedene hier relevante Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik entsandt worden. Vgl. Jürgen Renn: Interview mit Wolfgang Edelstein. Berlin 8. 1. 2013, DA GMPG, ID 601077, [10–11].

669 Vgl. bes. Alexandre Métraux: Der Methodenstreit und die Amerikanisierung der Psychologie in der Bundesrepublik 1950–1970. In: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter (Hg.): *Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Ein Überblick.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1985, 225–251 und überblicksweise Helmut E. Lück: *Geschichte der Psychologie. Strömungen, Schulen, Entwicklungen.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2013, 20, 158.

Übernahme der Psychologie »in der Form, in der sie sich in den USA entfaltet« hatte, abgelehnt worden; wenngleich mit einer anderen Begründung, dass nämlich deren Methoden und Fragestellungen auf die historisch gewachsenen Verhältnisse des deutschen Bildungswesens nicht angewendet werden könnten.[670] Diese Notion erinnert in Bezug auf das Muster der Kritik an der Übernahme angelsächsischer Ansätze allerdings eher an die Argumentation Freyers in den der 1930er Jahre und an damalige psychologische Ansätze als an Adornos Psychologie-Kritik.[671] Das kann an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden.

Wurde die Psychologie am IfB auf Direktorenebene also zwar ausgespart, so dürften Robinsohns Kontakte in diese Disziplin, die er über seine Tätigkeit in Hamburg vor allem aus dem Kontext der IEA mitbrachte, um so wichtiger gewesen sein. Auf diesem Weg konnte psychologische Expertise am IfB selektiv integriert werden. Das beste Beispiel dafür war Torsten Husén: Er gehörte 1958/59 neben erfahrenen Vertretern einer psychometrisch orientierten Pädagogischen Psychologie aus den USA wie Robert L. Thorndike (1910–1990)[672] zu den Teilnehmenden der Hamburger Expert*innentreffen im Kontext der *Twelve Countries*-Studie und war von 1962 bis 1978 Vorsitzender der IEA.[673] Husén wurde 1964 umgehend in den Wissenschaftlichen Beirat des IfB berufen und begleitete die Entwicklung der Berliner Einrichtung bis zur Emeritierung Beckers. Zusammen mit Conant unterstützte er Robinsohn und den Institutsleiter während der Anfangsphase bei der Rekrutierung psychologisch ausgewiesener Wissenschaftler*innen.[674] Auf der zweiten Beiratssitzung im November 1964 stellte Husén den Berliner Mit-

---

670 Im Institutsplan war nicht nur die Übernahme von Ansätzen einer amerikanischen Psychologie, sondern auch der dortigen »Soziologie oder gar der angewandten Pädagogik« abgelehnt worden. Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 124.

671 Vgl. zur Geschichte der Psychologie im NS-Regime und zur Kontinuität in Westdeutschland bis in die 1950er Jahre hinein zum Beispiel Ulfried Geuter: *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1988; die Beiträge in Carl Friedrich Graumann (Hg.): *Psychologie im Nationalsozialismus.* Berlin: Springer 1985 und Peter Mattes: Psychologie im westlichen Nachkriegsdeutschland – Fachliche Kontinuität und gesellschaftliche Restauration. In: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter (Hg.): *Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Ein Überblick.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1985, 201–224. Freyer befasste sich in seiner »Grundlegung« der Soziologie kritisch mit den Möglichkeiten der Übernahme soziologischer Ansätze aus den USA und plädierte letztlich für eine »deutsche Soziologie«. Hans Joas hat die gleichwohl rege, wenn auch selektive Rezeption von Ansätzen des amerikanischen Pragmatismus in Deutschland von Seiten der von ihm so genannten »Intellektuellen im Dritten Reich« pointiert dargestellt. Zu diesen Intellektuellen rechnet er insbesondere Eduard Baumgarten (1898–1982), Gehlen und Martin Heidegger (1889–1976). Vgl. Freyer, *Soziologie*, 1930, 4–6, Zitat 5; Hans Joas: *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992, bes. 129–133, Zitat 134.

672 Robert L. Thorndike ist nicht zu verwechseln mit seinem Vater, dem Psychologen Edward L. Thorndike (1874–1949). Dieser gilt in den USA als einer der Pioniere einer behavioristisch geprägten, statistisch-experimentell fundierten Pädagogischen Psychologie und als »father of the measurement movement«. Wie später sein Sohn lehrte er an der Columbia University in New York am *Teachers College.* Ihm ging es unter anderem um quantitativ basierte Leistungsmessungen und deren systemische wie personelle Zurechnungen. Der Sohn erarbeitete zusammen mit Irving Lorge, später mit Elizabeth Hagen, den in den USA im Kontext von Auswahlentscheidungen über die Förderung talentierter Studierender verbreiteten *Cognitive Abilities-Test* (CogAT). Vgl. zu E. L. Thorndike weiterführend Condliffe Lagemann, *An Elusive Science*, 2000, 56–66; Zitat 57 und zu R. L. Thorndike zum Beispiel J. Lee Cronbach: Robert L. Thorndike (1910–1990): Obituary. *American Psychologist* 47/10 (1992), 1237.

673 Vgl. Postlethwaite, *Torsten Husén*, 2001.

674 Vgl. zur Unterstützung bei der Personalrekrutierung Jürgen Renn: Interview mit Wolfgang Edelstein. Berlin 8. 1. 2013, DA GMPG, ID 601077, [11].

arbeitenden sein damaliges IEA-Projekt im Bereich des Mathematikunterrichts vor, für das Becker großes Interesse signalisierte und in Aussicht stellte, »daß sich das Institut an der Weiterführung dieser Studie beteiligt«.[675]

Dazu kam es dann zwar offenbar nicht, allerdings wurden am Bildungsforschungsinstitut in der Abteilung Robinsohns drei großdimensionierte empirische Vorhaben begonnen, die teilweise eng an das IEA-Design anschlossen und die Forschungsarbeit des IfB besonders prägen sollten. Im Jahrbuch der MPG von 1965 wurden die Aufgaben der Abteilung wie folgt umschrieben:

> Untersuchungen über den Einfluß inner- und außerschulischer Faktoren auf Schulleistung und -erfolg; Probleme der Begabungsförderung; bildungstheoretische und empirische Überprüfung der Bildungspläne verschiedener Schulformen; kritisch-vergleichende Studien über Voraussetzungen und Bedingungen ausländischer pädagogischer Entwicklungen.[676]

Diesem Profil entsprachen in der Umsetzung sowohl das international vergleichend angelegte großformatige Projekt zur Erforschung der Struktur von Bildungsreformen (»Vergleichende Studie«)[677] als auch die sogenannte »Curriculum Studie«. Sie zielte auf die wissenschaftliche Erfassung und fortlaufende, zeitgemäße Revision von Bildungszielen und -inhalten in westdeutschen Lehrplänen und sollte in der Bundesrepublik im Zuge der Bildungsreformen auf Länderebene (insbesondere in Hessen) erhebliche Wirkkraft entfalten.[678] In offensichtlicher Anlehnung an Ansätze der IEA wurde 1964 zudem ein zunächst als »Förderstudie« und später als »Schulleistungsstudie« bezeichnetes, geradezu gigantisch proportioniertes empirisches und zugleich theoretisch hoch ambitioniertes Großprojekt gestartet. Darin ging es im Format einer Art national begrenzten, schulbezogenen Längsschnittstudie um die Erforschung kausaler Zusammenhänge zwischen Merkmalen und Strukturen schulischer Lernsituationen und kognitiven Lernergebnissen.[679] Die Schulleistungsstudie sollte am Institut bis weit in die 1970er

---

675 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 2. 11. 1964 in Berlin, S. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16. Vgl. zu Husénsspäteren Publikationen in diesem Kontext zum Beispiel Torsten Husén (Hg.): *International Study of Achievement in Mathematics: A Comparison of 12 Countries.* 2 Bde. Stockholm: Almqvist & Wiksell 1967.

676 *Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft*, 1965, 308.

677 Später veröffentlicht als Saul B. Robinsohn: *Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß. Ein interkultureller Vergleich.* 2 Bde. Stuttgart: Klett 1970, 1972.

678 Anvisiert war eine permanente Lehrplanentwicklung, die sich an den wissenschaftlich zu identifizierenden Qualifikationsanforderungen moderner Gesellschaften zu orientieren hätte. Erhoben werden sollten diese Anforderungen über Interviews mit Expert*innen und Beteiligten. Dem so ermittelten Katalog von empirisch erfassten »Situationen« sollten entsprechende »Qualifikationen« zugeordnet werden. Vgl. dazu beispielsweise Doris Knab: Ansätze zur Curriculumreform in der BRD. In: Redaktion betrifft: erziehung (Hg.): *Curriculumdiskussion.* Weinheim: Beltz [1971] 1974, 89–134.

679 Vgl. zu den Studien der Robinsohn-Abteilung: Robinsohn, Saul B. Bericht der Abteilung Pädagogik-Psychologie für den wissenschaftlichen Beirat, [undatiert, wohl Oktober 1964], AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16 und zur Schulleistungsstudie Wolfgang Edelstein: Das »Projekt Schulleistung« im Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. *Zeitschrift für Pädagogik* 16/4 (1970), 517–529.

Jahre hinein eines der Hauptprojekte des Instituts darstellen, erhebliche Ressourcen binden und nicht zuletzt diverse Probleme mit sich bringen. Erwähnt wurde bereits die fehlende, für die Bearbeitung von Massendaten geeignete technologische Infrastruktur und damit zusammenhängend die Aufgabe, Analyseverfahren weitgehend neu zu entwickeln. Die gerade in diesem Projekt aufeinanderprallenden Fachkulturen stehen zudem exemplarisch für die Probleme der am IfB systematisch unternommenen interdisziplinären Kooperation. Das wird später wieder aufzunehmen sein. Für dieses Projekt musste die benötigte psychologische Expertise am Institut zunächst aufgebaut werden: Gewonnen wurden dafür vor allem der deutsche Psychologe Hartmut J. Zeiher aus Arbeitszusammenhängen in Stockholm[680] und als externer Leiter der am Münchener MPI für Psychiatrie im Bereich der Sozialpsychologie tätige Mario von Cranach.[681]

Mit dem skizzierten Abteilungsprofil und Robinsohns Selbstverständnis als eines »educational scientist«[682] lag das IfB allerdings abseits des damaligen Mainstreams der westdeutschen Hochschulpädagogik. Denn obwohl es eine durchaus breite, sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ausdifferenzierende deutschsprachige empirische Forschungstradition gab, die etwa durch Ernst Meumann (1862–1915), Wilhelm August Lay (1862–1926), Aloys Fischer (1880–1937) oder Lochner vertreten wurde, dominierte nach 1945 eine geisteswissenschaftlich-hermeneutische, an geschichtsphilosophisch ausgerichteten Ansätzen orientierte Richtung. Diese war oft noch theologischen oder philosophischen Lehrstühlen zugeordnet.[683] Ansätze der Testforschung zum Beispiel gab es in der Bundesrepublik nur vereinzelt[684] und auch die Pioniereinrichtung

---

680 Vgl. Jürgen Renn: Interview mit Wolfgang Edelstein. Berlin 8. 1. 2013, DA GMPG, ID 601077, [11].

681 Vgl. mit weiterführender Literatur zur Geschichte der Psychologie nach 1945 in internationaler Perspektive zum Beispiel Mitchell G. Ash: Psychology. In: Roger E. Backhouse und Philippe Fontaine (Hg.): *The History of the Social Sciences since 1945*. Cambridge: Cambridge University Press 2010, 16–37. Die Entwicklung in Westdeutschland sei laut Ash seit den 1960er Jahren durch eine jüngere Generation deutscher Forscher*innen geprägt worden, die sich primär an der »American-style psychology« orientierte, also vor allem an »data-driven research and statistical presentation and assessment of results«. Sie besetzten laut Ash seit dieser Zeit allmählich die Mehrheit der Lehrstühle. Vgl. ebd., 19–20, Zitat 20 und Lück, *Geschichte*, 2013.

682 Vgl. Robinsohn, *The Newly Founded Institute*, 1965, 33.

683 Siehe zu der bis in die 2010er Jahre hinein marginalisierten Geschichte der als »empirisch« codierten Forschungsansätze einen knappen Überblick der Autorin, zwei Standardwerke, einen aktuellen Sammelband zum Thema und zwei zentrale Texte von Heinz-Elmar Tenorth. Bettina Hünersdorf hat zudem jüngst in einem instruktiven Beitrag die ebenso interdisziplinäre wie pragmatische Figuration der Sozialpädagogik im Anschluss an Aloys Fischer herausgearbeitet. Vgl. Behm, *Zu den Anfängen der Bildungsforschung*, 2017, 36–37; Karlheinz Ingenkamp und Hermann Laux: *Geschichte der Pädagogischen Diagnostik*. 2 Bde. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1990; Marc Depaepe: *Zum Wohl des Kindes? Pädologie, pädagogische Psychologie und experimentelle Pädagogik in Europa und den USA, 1890–1940*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag 1993; Wolfgang Meseth, Jörg Dinkelaker, Sascha Neumann, Kerstin Rabenstein und Olaf Dörner (Hg.): *Empirie des Pädagogischen und Empirie der Erziehungswissenschaft. Beobachtungen erziehungswissenschaftlicher Forschung*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2016; Heinz-Elmar Tenorth: Forschungspraxis in der Konstruktion der Erziehungswissenschaft. In: Christian Ritzi und Ulrich Wiegmann (Hg.): *Beobachten – Messen – Experimentieren. Beiträge zur Geschichte der empirischen Pädagogik/Erziehungswissenschaft*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2010, 195–210; Heinz-Elmar Tenorth: Versäumte Chancen. Zur Rezeption und Gestalt der empirischen Erziehungswissenschaft der Jahrhundertwende. In: Peter Zedler und Eckard König (Hg.): *Rekonstruktionen pädagogischer Wissenschaftsgeschichte. Fallstudien, Ansätze, Perspektiven*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag 1989, 317–343; Bettina Hünersdorf: Sozialpädagogik als disziplinäre Grenzgänger*in. *Soziale Passagen* 12 (2020), 35–56. doi:10.1007/s12592–020-00350-5.

684 Vgl. zum Beispiel Karlheinz Ingenkamp: *Die deutschen Schulleistungstests. Kritische Betrachtungen und Untersuchungen zur pädagogisch-psychologischen Grundlegung*. Weinheim: Beltz 1962; Karlheinz Ingenkamp: Ausbreitung und Akzeptanz

einer interdisziplinär orientierten pädagogischen »Tatsachenforschung«, die HIPF, hatte nicht von ungefähr nur als außeruniversitäre Einrichtung und nur durch Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht in der Bundesrepublik etabliert werden können.

Einen allmählichen Wandel kündigten um 1960 zwei programmatische, heute als wegweisend geltende Zwischenrufe an. 1959 publizierte der Österreicher Wolfgang Brezinka (1928–2020) einen am Kritischen Rationalismus orientierten Artikel.[685] Stärkere Beachtung fand allerdings wenige Jahre später der Beitrag des jugendbewegten ehemaligen Wehrmachtspsychologen Heinrich Roth. Der vormalige Direktor der HIPF würde später Beiratsmitglied des IfB und als prominenter Vertreter der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats in enger Kooperation mit Becker für Bildungsreformen aktiv werden.[686] 1962 forderte Roth in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Göttingen, an die er von Frankfurt aus gewechselt war, eine »realistische Wendung« der Disziplin und plädierte für ein integratives Programm einer sowohl sozialwissenschaftlich wie geisteswissenschaftlich-philosophisch orientierten Erziehungswissenschaft.[687] Beide Einwürfe fielen in eine Zeit, in der sich das Fach am Beginn einer massiven Expansion[688] befand und sich deutlich als eigenständige Disziplin konturierte. So gründete sich etwa 1964 mit der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) eine eigene Fachgesellschaft und um 1970 kam es zur Einrichtung eines Diplomstudiengangs.[689] Robinsohn nahm dann zwar ab 1967 eine Honorarprofessur für Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Freien Universität wahr, er blieb in der westdeutschen Hochschulpädagogik aber eher randständig.[690]

---

der empirisch orientierten Pädagogik. In: Karlheinz Ingenkamp, Reinholf S. Jäger, Hanns Petillon und Bernhard Wolf (Hg.): *Empirische Pädagogik 1970–1990. Eine Bestandsaufnahme der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland.* Bd. 1. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1992, 4–15.

685 Wolfgang Brezinka: Die Pädagogik und die erzieherische Wirklichkeit. *Zeitschrift für Pädagogik* 5/1 (1959), 1–34.

686 Vgl. zur Person zum Beispiel Hoffmann, *Biographisches Nachwort*, 1989 und Jungmann, *Pädagogische Grenzgänge*, 2009.

687 Vgl. Heinrich Roth: Die realistische Wendung in der pädagogischen Forschung [Antrittsvorlesung, 21. 7. 1962, Georg-August-Universität Göttingen]. *Die Deutsche Schule* 55/3 (1963), 109–119. Dazu zum Beispiel Carolin Lehberger: *Die realistische Wendung im Werk von Heinrich Roth. Studien zu einem erziehungswissenschaftlichen Forschungsprogramm.* Münster: Waxmann 2009.

688 Zwischen 1965 und 1976 stieg die »Zahl der Hochschullehrer im Bereich Erziehungswissenschaft [...] um das Zehnfache«. Vgl. Horn, *Erziehungswissenschaft*, 2003, 125.

689 Vgl. Klaus-Peter Horn: Professionalisierung und Disziplinbildung. Zur Entwicklung des Diplomstudiengangs Erziehungswissenschaft. In: Hans Jürgen Apel et al. (Hg.): *Professionalisierung pädagogischer Berufe im historischen Prozeß.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1999, 295–317; Horn, *Erziehungswissenschaft*, 2003, 156; Christa Berg, Hans-Georg Herrlitz und Klaus-Peter Horn: *Kleine Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Eine Fachgesellschaft zwischen Wissenschaft und Politik.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004.

690 In der DGfE, in der Robinsohn anfangs noch Mitglied in der »Kommission für Fragen des pädagogischen Studiums« gewesen war, verzichtete er zum Beispiel bald auf die weitere Mitarbeit, da man ihn seiner Ansicht nach in der Terminplanung mehrfach übergangen hatte. Eine entsprechende Passage aus einem Brief Robinsohns an Wilhelm Flitner vom 30. Mai 1967 ist zitiert bei Klaus-Peter Horn: Die Diskussion um ein Kernstudium der Erziehungswissenschaft in den 60er Jahren. *Zeitschrift für Pädagogik* 45/5 (1999), 749–758, hier 750, Anm. 2.

3.2.3 Bildungsökonomie: Friedrich Edding

Fünf Monate nachdem Robinsohn in Berlin seine Arbeit aufgenommen hatte, begann der Statistiker und Volkswirtschaftler Friedrich Edding am 1. Juni 1964 seine Tätigkeit als Direktor der Abteilung für Bildungsökonomie. Mit seiner Person gelangt ein gegenüber Goldschmidts und Robinsohns Lebenslauf besonders im Hinblick auf das »Dritte Reich« deutlich abweichender Karriereweg in den Blick. Edding stammte aus einem Kieler Pfarrhaus und studierte in Bonn, Berlin und Kiel – nach einer kurzen Phase der Befassung mit der Theologie – Geschichte und Germanistik.[691] Promoviert wurde er 1936 in Kiel nach dem Ersten Staatsexamen bei dem Historiker Carl Petersen (1885–1942) mit einer Arbeit über die »Verfassungsideen der demokratischen Partei in der Paulskirche«. Darin ging es ihm, in einer impliziten Verbindung von rechtshegelianischen, wissenssoziologischen und rassistisch-völkischen Ordnungsmustern, um die historische Rekonstruktion der Manifestation des »deutschen Volksgedanken[s]« in der »Ideenwelt« der intellektuellen Gruppe der »Linken der Paulskirche«.[692] Weltanschaulich ordnete sich Edding in einem autobiographischen Rückblick auf seine Jugendzeit dem George-Milieu sowie dem konservativ-revolutionären Zirkel um die Zeitschrift *Die Tat*[693] zu und berichtete von seiner frühen Mitgliedschaft in der NSDAP.[694] Allerdings machte er für die Zeit des »Dritten Reichs« zugleich nahezu durchgängig schwere Gewissenskonflikte sowie widerstän-

---

691 Zu Eddings Lebensdaten siehe, soweit im Folgenden nicht anders angemerkt: Friedrich Edding: *Mein Leben mit der Politik 1914–1999. Teilhabe an der Entwicklung bildungspolitischen Denkens.* 2. Auflage. Berlin: MPIB 2000, 315–316. Dort findet sich auch ein Verzeichnis seiner Schriften. Ebd., 283–313. Vgl. zudem die Skizze bei Michael Geiss: Der Bildungsökonom. In: Alban Frei und Hannes Mangold (Hg.): *Das Personal der Postmoderne. Inventur einer Epoche.* Bielefeld: transcript 2015, 33–49, hier 35–41.

692 Vgl. Friedrich Edding: *Vom Ursprung des Demokratismus in Deutschland. Die Verfassungsideen der demokratischen Partei in der Paulskirche.* Dissertation, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 1. Juli 1936. Düsseldorf: Dissertations-Verlag G. H. Nolte 1936, Zitate 11, 15. Die deutsche Volksidee sei in den Ansätzen der linken Parteien der Paulskirche unvollendet geblieben. Erst mit Ernst Moritz Arndt sei sie »zu ihrer vorläufigen Vollendung« gekommen, wobei Arndt »in fast allen Stücken der Ahnherr des heutigen national-sozialistischen Ideengutes« gewesen sei. Mit ihm sei »die Volksidee aus dem Bereich des nur Geistigen hinunter in die Welt der Macht und des Kampfes« gestiegen. Das von Arndt ›geschaute‹ »Lebensgesetz des Volkes« sah Edding besonders darin bestimmt, dass »Volksgenossen über allen notwendigen Trennungen hinweg als Kameraden fühlen und handeln lernen«, dass sie »in Boden- und Schicksalsverbundenheit Rasse- und Geistesart reinhalten«, sich in einem Staat vereinigen, zum »Kampf um Freiheit und Lebenserhaltung« rüsten und dass »schließlich *ein* Führer Gewalt hat«. Diesem »völkisch-organische[n] Denkansatz« nach würde die »ursprüngliche Kraft« des Volksgeistes geschichtsmächtig »zur selbstverständlichen Eindeutschung des ihm Gemäßen und zur Ausscheidung des Fremdartigen« führen. Dazu zählte Edding etwa den »Geist der Aufklärung«, den »Einbruch westlicher Ideen« und die »Parolen der französischen Revolution« für »Freiheit und Gleichheit« sowie einen »Kosmopolitismus und grundsätzliche[n] Pazifismus«. Diese führten seines Erachtens nach zur Parteispaltung und einem spaltenden »Wirtschaftsdenken«. Ebd., 11–14; Hervorhebung im Original.

693 Vgl. Edding, *Mein Leben*, 2000, 29–31, 35 und zum Ansatz und intellektuellen Umfeld der Zeitschrift *Die Tat*: Sontheimer, *Der Tatkreis*, 1959.

694 Laut überlieferter Parteiakten der NSDAP trat Edding dieser zum 1. Mai 1933 in Kiel bei, im November 1934 wieder aus und zum 1. Mai 1937 in Berlin erneut ein. Die Angaben in seiner Autobiographie weichen davon ab. Edding berichtet dort, dass er schon im Sommer 1932 der NSDAP beigetreten sei (was das Motiv des Opportunismus ausschlösse). Im Herbst 1933 habe er unter anderem aus Protest gegenüber gewalttätigen Entwicklungen seinen Austritt beantragt, sei aber 1938 karrierebedingt wieder in die Partei eingetreten. Vgl. BArch, R 9361-II (Parteikorrespondenz)/194248; BArch, R 9361-III (NSDAP-Mitgliederdatei, Zentralkartei)/7510333 und BArch, R 9361-IX (NSDAP-Mitgliederdatei, Gaukartei)/7301020 sowie Edding, *Mein Leben*, 2000, 36, 37, 41–42. Siehe dazu auch Anne Rohstock: Vom NS-Statistiker zum bundesrepublikanischen Bildungsforscher: Friedrich Edding und seine Verstrickung in den Nationalsozialismus. In: Markus Rieger-Ladich, Anne Rohstock und Karin Amos (Hg.): *Erinnern, Umschreiben, Vergessen. Die Stiftung des disziplinären Gedächtnisses als soziale Praxis.* Weilerswist: Velbrück 2019, 120–157, hier 128.

dige Gesten und Absichten geltend.[695] Nachdem Eddings wissenschaftliche Laufbahn ebenso wie ein kurzfristiger journalistischer Versuch bei der HJ-Zeitschrift *Wille und Macht* gescheitert waren,[696] begann er seine eigentliche berufliche Karriere 1936 im Statistischen Reichsamt in Berlin. Dort bildete er sich im Abendstudium unter Anleitung und Protektion des keynesianisch[697] ausgerichteten Abteilungsleiters Wilhelm Lautenbach (1891–1941) im Bereich der Volkswirtschaft fort und war 1942 schließlich als Referent im Rang eines Regierungsrats tätig.[698] Wahrscheinlich im gleichen Jahr wurde Edding in das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete abgeordnet[699] und wohl im Frühjahr 1943 als Beamter der Militärverwaltung in die Wirtschaftsorganisation Ost im Rang eines Kriegsverwaltungsrats, also im höheren Dienst einberufen. Dort arbeitete er vermutlich in der Wirtschaftsinspektion Nord als Leiter der Gruppe Statistik an der sogenannten Vereinheitlichung und Vereinfachung der wirtschaftsstatistischen Aktivitäten in den besetzten Ostgebieten.[700] In dieser Zeit vertiefte Edding sein professionelles Wissen im Bereich der Wirtschaftsstatistik,[701] deren Entwicklung sich damals im unmittelbaren Kontext der Planung der (»totalen«) Kriegsführung und der

---

695 Bereits in Bezug auf die Positionen und die Haltung des Tatkreises reklamierte Edding eine erhebliche Differenz zum Nationalsozialismus. Gleichzeitig ließ er an seiner damaligen Ablehnung der demokratischen Form der Weimarer Republik, seinem Nationalismus, einem unbedingten Dienstethos und der Sehnsucht nach einem in Europa führenden und geeinten neuen deutschen Reich auf völkischer Grundlage keinen Zweifel. Vgl. dazu mit Hinweisen von Edding auf – bislang nicht geprüfte – Widerstandshandlungen und -pläne gegenüber dem NS-Regime, etwa das Vorhaben eines Attentats auf Hitler: Edding, *Mein Leben*, 2000, 35–44.

696 Vgl. Edding, *Mein Leben*, 2000, 34–35, 37–39.

697 Vgl. zur deutschen Interpretation keynesianischer Wirtschaftspolitik Ptak, *Vom Ordoliberalismus*, 2004, 64–70, bes. 67.

698 Vgl. zum Rang Eddings beim Statistischen Reichsamt den angehängten Personalbogen zu einem Schreiben der Chefgruppe Wirtschaft vom Frühjahr 1943: Chefgruppe W, Personal- u. Organisations-Abtlg. an AW/Gr. VI (Statistik), Berlin, den 9. 3. 1943, Personalblatt, BArch, R 9361-VI/4848. Die Chefgruppe Wirtschaft war eine der Fachabteilungen des »Wirtschaftsstabs Ost«. Dieser fungierte als leitendes Gremium der 1940/41 gegründeten militärischen »Wirtschaftsorganisation Ost«, die im Zuge des Angriffs auf die Sowjetunion alle – vor allem die ökonomischen – Ressourcen der besetzten Gebiete kontrollieren und für die deutsche Nutzung ausbeuten sollte. Siehe dazu mit weiterer Literatur die organisationsgeschichtlichen Erläuterungen in: Das Bundesarchiv: *Bestandsbeschreibung. RW 31: Wirtschaftsstab Ost mit nachgeordnetem Bereich, 1941–1944*. Freiburg, Stand 2020.

699 In seiner Autobiographie spricht Edding davon, 1942 zum »Reichswirtschaftsministerium, Abteilung Ost« abgeordnet und ab September 1943 in der Wehrmacht als einfacher Landser an der Ost- und Westfront eingesetzt worden zu sein. Dass einige seiner Angaben mit den inzwischen archivalisch erschlossenen Unterlagen nicht übereinstimmen, hat bereits Rohstock aufgezeigt. Sie legt nahe, dass Edding wohl ab 1942 im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete eingesetzt wurde. Vgl. Edding, *Mein Leben*, 2000, 44–45 und Rohstock, *NS-Statistiker*, 2019, 132–144, hier 133–134.

700 Vgl. dazu die Anforderungsschreiben der Chefgruppe Wirtschaft/Gruppe VI (Statistik) des Wirtschaftsstabs Ost zur Einberufung Eddings zur Wirtschaftsinspektion Nord zwischen November 1942 und März 1943, in: BArch, R 9361-VI/4848, 380, 382, 384, 386, 388. Im Schreiben vom 3. November 1942 heißt es, dass die »wirtschaftsstatistischen Arbeiten in den besetzten Ostgebieten [...] vereinheitlicht und vereinfacht werden« sollten. Edding würde auf dem »Posten eines Gruppenleiters der Gruppe Statistik bei der Wi In Nord« eingesetzt werden und sollte die »straffe, fachkundige Leitung in den Inspektionsbereichen« übernehmen. Vgl. Chefgruppe W, AW VI, Gruppe Statistik an die Personal- und Organisationsabteilung z. Hd. v. Herrn Amtsrat [unleserl.], Berlin, den 3. 11. 1942, in: BArch, R 9361-VI/4848, 388.

701 Weitere Hinweise auf Eddings Tätigkeit in der Wirtschaftsorganisation Ost geben einige Unterlagen aus dem Militärarchiv Freiburg, unter anderem eine Handakte Eddings. Vgl. BArch-MA, RW 31/392. In seiner Autobiographie geht Edding auf seine dortige Arbeit nicht näher ein. Er berichtet allerdings, wohl für die Zeit seiner Aufenthalte in den besetzten Ostgebieten, von seiner Kenntnis um Massenerschießungen und Deportationen zur Zwangsarbeit. Er habe sich mit einem Memorandum, das er unter anderem seinem Vorgesetzten habe zukommen lassen, gegen die Kolonialisierungsabsicht der Kriegsführung gewandt und sei nur aufgrund von persönlicher Protektion »mit einer strengen Verwarnung, mich auf Statistik zu beschränken«, davongekommen. Vgl. Edding, *Mein Leben*, 2000, 44.

dafür erforderlichen Ressourcenmobilisierung vollzog und die mit der Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik des »Dritten Reichs« besonders in den besetzten Ostgebieten auf das Engste verbunden war.[702] Im Oktober 1943 wurde Edding im Rang eines Gefreiten in die Wehrmacht eingezogen und geriet im September 1944 in Kriegsgefangenschaft.[703]

Nach seiner Entlassung aus der Gefangenschaft konnte Edding strukturell nahezu bruchlos an seine im »Dritten Reich« erworbene fachliche Expertise anschließen. Von 1948 bis 1958 arbeitete er am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) im Bereich der statistisch orientierten Flüchtlingsforschung. Anfänglich setzte er sich vor allem mit den wirtschaftlichen Folgen und der Lastenverteilung im Zuge der Aufnahme und Eingliederung von über neun Millionen Flüchtlingen auseinander und stützte sich beispielsweise auf Erhebungen zur Bevölkerungsstruktur.[704] Als Mitte der 1950er Jahre auch am Kieler Institut sinnvolle Verwendungsmöglichkeiten für die damalige hohe Bundesfinanzreserve (»Juliusturm«) diskutiert wurden, nahm Edding nach eigener Aussage zwei für seine Zukunft als Bildungsökonom weichenstellende Umdeutungen vor:[705] Zum Ersten begriff er Flüchtlinge nicht mehr nur als »Belastung«, sondern nahm deren humanes Potential als »Antrieb« der Wirtschaft, als »Humankapital« wahr. Zum Zweiten begann er Aufwendungen für die Mobilisierung und Verbreiterung dieser humanen Ressource (»Bildungsaufwand«) nicht mehr primär als konsumtive Ausgaben, sondern als Investitionen in die ökonomische Zukunft einer Volkswirtschaft zu begreifen.[706] Diese Zusammenhänge suchte Edding nachfolgend für das Bildungswesen der Bundesrepublik über internationale und nationale Vergleichsstudien volkswirtschaftlich zu klären. Dazu publizierte er 1958 und 1960 bahnbrechende Studien, [707] die ihm den Ruf des »Begründer[s] der Bildungsökonomie in der Bundesrepublik«[708] eintrugen. Wie oben erwähnt, dienten Eddings

---

702 Vgl. zum Beispiel Christian Gerlach: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944.* Hamburg: Hamburger Edition 1999 und Johannes Hürter: *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42.* München: Oldenbourg 2006 sowie zur Geschichte der Statistik Goetz Aly und Karl Heinz Roth: *Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus.* 2. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer 2000 und mit Kritik an Aly Tooze, *Statistics*, 2001.

703 Auskunft der WASt an die Autorin betreffend Friedrich Edding vom 20. 6. 2017.

704 Vgl. zum Beispiel Friedrich Edding, Hans-Erich Hornschu und Hilde Wander: *Das deutsche Flüchtlingsproblem. Neue Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und der regionalen Lastenverteilung.* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1949. Eine Statistik gibt für Oktober 1946 für alle deutschen Besatzungszonen eine Zahl von gut 9,68 Millionen Flüchtlingen an. Vgl. ebd., Anhang/Tabelle I./unpag.

705 Vgl. Edding, *Selbstdarstellung*, 1978, 9–10 und Edding, *Mein Leben*, 2000, 64–65.

706 Vgl. dazu vor allem Friedrich Edding: *The Refugees as a Burden a Stimulus and a Challenge to the West German Economy.* Den Haag: Nijhoff 1951; Friedrich Edding: *Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft.* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1952 und Friedrich Edding: Die Qualität des Nachwuchses als bestimmender Faktor unseres künftigen wirtschaftlichen Leistungsniveaus. In: Friedrich Edding: Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg im Breisgau: Rombach [1953] 1963, 13–31.

707 Vgl. bes. Friedrich Edding: *Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen (International Trends in Educational Expenditure).* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1958; Friedrich Edding und Willi Albers: *Die Schulausgaben 1960/1970. Versuch einer Vorausschätzung des Bedarfs der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und der Möglichkeiten seiner Finanzierung.* 2. Auflage. Frankfurt am Main: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände 1960.

708 Die Einordnung stammt aus einem Gutachten über Edding, das der Volkswirtschaftler und SPD-Politiker Reimut Jochimsen (1933–1999) im Februar 1972 auf Bitten Beckers im Zuge des Verfahrens zur Berufung Eddings als Wissen-

Daten und Prognosen – zusammen mit Angaben der OECD und der KMK – dann Anfang 1964 Picht dazu, seine alarmierende Warnung vor einer deutschen »Bildungskatastrophe« zu begründen.

Sein wissenschaftliches Profil konturierte Edding zudem über seine Tätigkeit in internationalen Kontexten. Seit 1959 an die HIPF auf die neu gewidmete Professur »für die Ökonomie des Bildungswesens« berufen,[709] hatte er sich schon während seiner Kieler Zeit in der UNESCO und vor allem in der OEEC (ab 1961 OECD) engagiert und dort fachliche Anschlüsse gefunden.[710] Diese baute er anschließend von der HIPF aus insbesondere in den angelsächsischen Wissenschaftsraum hinein aus.[711] Erwähnt wurde bereits Eddings Rolle bei der im Oktober 1961 in Washington tagenden OEEC-Konferenz zu Fragen der Bedeutung von Bildungsinvestitionen in Europa. Sie sollte für das kommende Jahrzehnt bildungspolitisch international signalgebend sein und Bildungsplanung wie Bildungsforschung auf der politischen Agenda der Bundesrepublik verankern. Zentral waren in diesem Kontext die Thesen über die positiv korrelierten Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsentwicklung, besonders dem Bruttosozialprodukt, und Bildungsinvestitionen. Zusammen mit Prognosen über demographische Veränderungen und wirtschaftliche Bedarfe bis zum Jahr 1970 legitimierte dieser neue Ansatz die Forderung einer massiven Erhöhung der Bildungsaufwendungen auch in der Bundesrepublik. Edding zufolge leiteten die in Washington vorgestellten Thesen insofern »in gewisser Weise [...] die Epoche der systematischen Bildungsplanung ein«.[712] In Westdeutschland gingen dann verstärkt seit Mitte der 1960er Jahre bildungspolitische Planungsansätze, die Förderung der Bildungsforschung und die Bildungsexpansion Hand in Hand.

---

schaftliches Mitglied der MPG erstellt hatte. Jochimsen war zugleich Mitglied im zweiten Beirat des Bildungsforschungsinstituts und 1972 als Leiter des Planungsstabs für die Ressortkoordinierung im Kanzleramt tätig. Zitiert nach Sebastian Hösel: *Verkannte Innovationen im Bildungssektor? Reimut Jochimsens Konzeptionen zur Bildungspolitik, Bildungsplanung und Bildungsökonomie in den 1960er und 70er Jahren.* Dissertation, Universität Düsseldorf 2010. E-Publikation 2010: https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DocumentServlet?id=14582. Zuletzt aufgerufen am 26. 08. 2020, 165.

709 Vgl. Peter Mast: *Von der Hochschule zum Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main. 1950–1981. Ein Beitrag zur Geschichte der »pädagogischen Tatsachenforschung« in Deutschland.* Manuskript. BBF 1989, 54.

710 Nach Eddings Darstellung hatte er zunächst die Wirkungsmöglichkeiten einer Tätigkeit in der UNESCO und der OEEC vergleichend sondiert, dann aber der OEEC den Vorzug gegeben, die explizit auf das Ziel der wirtschaftlichen Produktivitätssteigerung ihrer Mitgliedstaaten ausgerichtet war. Den Ausschlag habe für ihn gegeben, dass die OEEC besser ausgestattet und schlagkräftiger organisiert gewesen sei als die UNESCO. Mit Robinsohn dürfte er in diesem Kontext, zumindest über Veranstaltungen des UIP ebenfalls in Kontakt gekommen sein. Vgl. Friedrich Edding: Erfahrungen als Berater der OECD. Paris, September/Oktober 1960. In: Bernd Frommelt und Marc Rittberger (Hg.): *GFPF & DIPF. Dokumentation einer Kooperation seit 1950.* Frankfurt am Main: GFPF/DIPF 2010, 138–142.

711 Bereits 1953 hatte Edding mit Mitteln der Brookings Institution in Washington eine mehrwöchige USA-Reise unternommen. Laut Edding erschloss er sich zudem über den seit 1959 bestehenden Kontakt zu dem englischen Bildungsökonomen John Vaizey (1929–1984) die sich in jener Zeit formierenden Ansätze der Humankapitaltheorie (*human capital theory*). Sie wurde in der Folge von Edding und seinen Mitarbeiter*innen am Bildungsforschungsinstitut im deutschen Sprachraum bekannt gemacht. Übersetzt wurden etwa Schlüsseltexte von Mary Jean Bowman (1908–2002), Gary S. Becker (1930–2014) und Theodore W. Schultz (1902–1998). Vgl. Edding, *Mein Leben*, 2000, 64 und die Beiträge der genannten Autor*innen in Klaus Hüfner (Hg.): *Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum. Ausgewählte Arbeiten zur Bildungsökonomie.* Stuttgart: Klett 1970.

712 Edding, *Selbstdarstellung*, 1978, 14.

Dass Edding schon die Konzeption des von Becker geplanten Instituts mit beraten hatte, brachte diesem dann nicht nur die Aufnahme des Begriffs der Bildungsforschung in seinen Namen ein. Auch der erfolgreiche Abschluss des Gründungsverfahrens des IfB in der MPG dürfte wesentlich darauf zurückzuführen gewesen sein, dass Becker Edding als einen der Direktoren hatte avisieren können und dass die Bildungsökonomie in der Konzeption des Instituts immer stärker in den Vordergrund gerückt wurde. Als Edding 1964 nach Berlin wechselte, brachte er von nun an dort sein Knowhow, seine internationalen Kontakte sowie sein Renommee ein und nahm im gleichen Jahr den an der Technischen Universität Berlin neu geschaffenen Lehrstuhl für Bildungsökonomie wahr. Im Jahrbuch der MPG lasen sich die Aufgaben der Abteilung Eddings dann 1965 wie folgt:

> Anwendung volkswirtschaftlicher, betriebswirtschaftlicher und finanzwissenschaftlicher Fragen, Instrumente und Erkenntnisse auf den Bereich des Bildungswesens. Entwicklung einer besonderen Ökonomie des Lehrens und Lernens auf der Basis der allgemeinen ökonomischen Fächer. Schwerpunkte: Finanzen, Verteilung, Rationalisierung, Erforschung von Angebot und Nachfrage, Vorausberechnungen. Auswertung in- und ausländischer Statistik. Programmierung. Beratende Mitwirkung bei der Vorbereitung von Erhebungen des Instituts und der Behörden.[713]

Zu Beginn seiner Tätigkeit am IfB hielt Edding angesichts der im ersten Abteilungsbericht Ende 1964 konstatierten Schwierigkeiten bei der Gewinnung von wissenschaftlichem Personal »die Zahl der ›Projekte‹ vorerst klein«. »[D]as Hauptgewicht« der Tätigkeit seiner Mitarbeitenden legte er zunächst auf »das methodische Sammeln, Sichten und Analysieren von Daten und Relationen von Daten«. Hinzu kam die international vergleichend angelegte Dokumentation von Forschungsliteratur,[714] die offensichtlich in allen Abteilungen des Instituts zu den arbeitsintensiven anfänglichen Aufgaben gehörte und die vor allem mit Hilfe der zentralen, wissenschaftlich geleiteten Dokumentation und Bibliothek angegangen wurde. Für Edding selbst trat neben die Bedarfsanalysen und -prognosen, die nach wie vor einen der Schwerpunkte seiner Forschungstätigkeit darstellten,[715] der Bereich der Kostenanalysen. Sie sollten »eine hohe Priorität« erhalten, da er noch 1964 davon ausging, dass »die Expansion des Bildungsaufwands [...] in nicht zu ferner Zeit eine Grenze erreichen wird«. Anvisiert war es daher, »Methoden zu entwickeln, die es erlauben, mit gleichem Einsatz von Personal und Mitteln ein besseres Resultat zu erzielen«, es ging also um »Probleme der Effizienzsteigerung«. Konkret wurden in Eddings Abteilung etwa national und international vergleichende Projekte verfolgt, zum Beispiel Ana-

---

713 *Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft*, 1965, hier 308.

714 Friedrich Edding. Bericht der Abteilung Ökonomie für den Wiss.Beirat. 2. 11. 1964, S. 1–2, Zitat S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

715 Edding skizzierte seine persönliche Forschungsagenda wie folgt: »Entwicklung des Bedarfes an qualifiziertem Personal, Entwicklung der Nachfrage nach Bildungsmöglichkeiten und Methoden ihrer Vorausberechnung, Formen der Finanzierung von Bildungsbedarf« und die – ebenfalls eng mit Ansätzen der OECD verbundene – »Bildungshilfe für Entwicklungsländer«. Friedrich Edding. Bericht der Abteilung Ökonomie für den Wiss.Beirat. 2. 11. 1964, S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

lysen von Schulbaukosten, der Studienförderung oder der Lehrerbesoldung.[716] Ein bei Edding angebundenes, in der Anschubphase von der Stiftung Volkswagenwerk finanziertes Großprojekt des Volkswirts Carl Christian von Weizsäcker, Sohn von Carl Friedrich, befand sich zwar erst im »Stadium der Diskussion« und wurde dort nie durchgeführt. Dennoch lohnt sich ein Blick auf dessen Ziel,

> alle quantifizierbaren Vorgänge im Bildungssystem in einem Modell darzustellen und dies System in einer Weise programmierbar zu machen, welche die Folgen der Veränderungen eines Faktors in allen anderen Teilen des Systems schnell erkennbar macht.[717]

Auch wenn dieser Anspruch für die Mitarbeitenden am IfB nicht ohne Weiteres verallgemeinerbar ist, zeigt er doch, welche bildungspolitisch ausgerichteten Steuerungs- und Planungsphantasien im damaligen Horizont der Institutsforschung lagen. Sie sind als Produkt eines zeitgenössisch weit verbreiteten Machbarkeitsoptimismus zu verstehen, der sich auch auf die technologiegestützten Möglichkeiten der wissenschaftlichen Erfassung und Analyse von Massendaten sowie darauf beruhender Interventionen bezog. Inwieweit sich darin der Einfluss kybernetischer Ansätze niederschlug, die damals weltweit Hochkonjunktur hatten, bliebe im Einzelfall zu prüfen.[718] Daneben gab es in Eddings Abteilung aber ebenso die bereits erwähnte Arbeit zu den Entwicklungen in der Studienförderung, die eine andere Notion erkennbar werden lässt. Denn diese Studie war perspektivisch auf die Untersuchung der Umverteilung von Einkommen »zugunsten von und bewirkt durch Bildungsgänge« ausgerichtet und hatte mithin einen gesellschaftskritischen Unterton.[719]

Im Hinblick auf die disziplinären Kontexte in der Bundesrepublik war für die Bildungsökonomie zum einen die Wirtschaftswissenschaft zum anderen die wissenschaftliche Pädagogik relevant. Allerdings stand Eddings utilitaristisch anmutender Ansatz der Anschlussfähigkeit in dem zuletzt genannten Feld eher entgegen. Das Unbehagen angesichts der bildungsökonomischen Forschung spiegelt sich exemplarisch in einer Stellungnahme des psychologisch orientierten Kieler Pädagogen Fritz Blättner (1891–1981). Im Vorwort zu einer der zentralen Publikationen Eddings, seiner Studie über *Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen* von 1958 schrieb Blättner:

---

716 Friedrich Edding. Bericht der Abteilung Ökonomie für den Wissenschaftlichen Beirat. 2. 11. 1964, S. 2–3, Zitat S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

717 Friedrich Edding. Bericht der Abteilung Ökonomie für den Wissenschaftlichen Beirat. 2. 11. 1964, S. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

718 In Westdeutschland nahm die Kybernetik zu Beginn der 1950er Jahre besonders aufgrund ihrer behaupteten Eigenschaft als »Universalwissenschaft« einen Aufschwung, konsolidierte und verbreitete sich in den 1960er Jahren und verblasste als Leitwissenschaft im darauffolgenden Jahrzehnt. Dazu trugen auch veränderte politische Verhältnisse und eine zunehmend verbreitete Technokratiekritik bei. Vgl. Michael Hagner: Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft. In: Michael Hagner und Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 38–71.

719 Friedrich Edding. Bericht der Abteilung Ökonomie für den Wissenschaftlichen Beirat. 2. 11. 1964, S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

> Wir – ich meine jetzt die deutschen Pädagogen – bekommen immer noch einen leichten Schock, wenn wir auf Überlegungen stoßen: ob und wie die Erziehung durch Schulen wirtschaftlich sei, ob und wie die wirtschaftlichen Mittel, die für sie aufgewendet wurden, sich lohnten, und zwar nicht nur im Geistigen, sondern eben auch und genauestens in Wirtschaft und Staat.[720]

Edding selbst begriff sich allerdings primär als Ökonom und nicht als Pädagoge oder Erziehungswissenschaftler. Jedoch traf er mit seinem Ansatz, der sich letztlich auf Fragen des Bildungsbereichs konzentrierte und der sich zudem auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit einließ, auch in dieser Disziplin auf nicht geringe Vorbehalte. So erinnert Edding in einem seiner autobiographischen Texte noch für das Jahr 1975 das »Zögern« einiger Kollegen in dem für ihn maßgeblichen Fachverband, dem Verein für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschaft und Sozialwissenschaften, als dort unter seiner Leitung der »Bildungsökonomische Ausschuß« etabliert wurde.[721] Dass die Bildungsökonomie gerade mit ihrem interdisziplinären Ansatz auf Akzeptanzprobleme stieß, machte Edding aber bereits in der Anfangsphase des Berliner Instituts deutlich. Im Tätigkeitsbericht seiner Abteilung hatte er die Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung unter anderem darauf zurückgeführt, dass das »interdisziplinäre[...] Fach, das bisher nicht an den Hochschulen gelehrt worden ist«, für »habilitationsfähige Volkswirte« kaum attraktiv sei.[722] Mit der darin aufgeworfenen Frage der Anschlussfähigkeit an die universitäre Entwicklung war eines der zentralen künftigen Probleme der Bildungsforschung benannt.

3.2.4 Bildungsrecht: Hellmut Becker / Ingo Richter

Als letzter der vier Forschungsbereiche wurde am West-Berliner Institut die juristische Abteilung eingerichtet, die eigentlich unter der Leitung von Hellmut Becker stehen sollte. Da seine Karriere in dieser Arbeit bereits ausführlicher beleuchtet wurde, kann der Abschnitt zu dieser Abteilung vergleichsweise kurzgehalten werden. Noch im Januar 1964 war die Leitung der Abteilung offen. Und auch als Becker Anfang November desselben Jahres den Beirat darüber

---

720 Blättner riet aber auch dazu, dass die Pädagogen sich dieser »heilsamen Schocktherapie« unterwerfen sollten, um die Probleme des deutschen Schulwesens auf Basis internationaler Vergleichszahlen besser einordnen zu können. Vgl. Fritz Blättner: Vorwort. In: Friedrich Edding: *Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen (International Trends in Educational Expenditure).* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1958, 1–4, Zitate 3. Ob und inwieweit sich Blättner und Edding nach 1945 in ihrer gemeinsamen Kieler Zeit untereinander austauschten, ist noch offen. Blättner habilitierte sich 1936 bei einem der führenden geisteswissenschaftlichen Pädagogen, Wilhelm Flitner. Er war im »Dritten Reich« zeitweise Schriftleiter der Zeitschrift *Die Erziehung* und NSDAP-Mitglied. Die Intensität seines Engagements für das NS-Regime ist bis heute umstritten. Von 1946 bis 1959 leitete er das Institut für Pädagogik und Psychologie an der Universität Kiel. Vgl. weiterführend Benjamin Ortmeyer: *Rassismus und Judenfeindschaft in der Zeitschrift »Die Erziehung« 1933–1942 (Eduard Spranger).* Frankfurt am Main: Protagoras Academicus 2016, 26–27.

721 Edding, *Selbstdarstellung*, 1978, 1. Vgl. zum Verein für Socialpolitik und zum Bildungsökonomischen Ausschuß Hösel, *Verkannte Innovationen*, 2010, 153–160 sowie aus autobiographischer Perspektive: Dieter Sadowski: Der Bildungsökonomische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik: Entstehung, Strömungen und Entwicklungen 1975–2015. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 17/1 (2016), 92–103.

722 Friedrich Edding. Bericht der Abteilung Ökonomie für den Wiss.Beirat. 2. 11. 1964, S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

informierte, dass der Aufbau im Winter »mit der Einstellung einiger jüngerer Juristen« erfolgen würde, war die Leitungsfrage immer noch ungeklärt. In der darauffolgenden Beiratssitzung im Oktober 1965 lag dem Gremium der erste Bericht der Abteilung vor, allerdings noch unter vorläufiger Leitung.[723] Nachdem Becker diese dann offenbar offiziell übernommen hatte, gab er allerdings schon im Oktober 1967 bekannt, dass dem Juristen Ingo Richter, der zuvor als Sekretär des DA gearbeitet hatte und seit Oktober 1965 am Institut beschäftigt war,[724] die kommissarische Leitung der Abteilung übertragen worden sei. Als Gründe führte Becker an, dass dies der »Integration der Abteilung« in das Institut dienen würde und die »Förderung der Außenaktivität der Abteilung« auf »einen aktiven Juristen« angewiesen sei. Zudem würde es ihm selbst an der nötigen Zeit für die Ausfüllung der Leitungsfunktion fehlen. Letzteres dürfte neben der persönlichen Förderung von Richter, den er Jahre später als seinen Nachfolger ins Spiel bringen würde, der Hauptgrund für den Wechsel gewesen sein.[725] Denn zu der von Becker zu Protokoll gegebenen »zu stark werdende[n] zeitliche[n] Inanspruchnahme [...] durch die Betreuung der Einzelarbeiten in der Abteilung«,[726] kam die Vielzahl seiner anderen Verpflichtungen hinzu. Neben der Aufgabe der Gesamtleitung des Instituts waren das vor allem diverse Außentermine und eine Fülle von Telefonaten, die seinem gesprächsorientierten Führungsstil und dem im vorigen Kapitel skizzierten Engagement in diversen Vorständen, Beiräten und anderweitigen Leitungsgremien inter-/nationaler Organisationen im Bereich von Bildung und Bildungspolitik geschuldet waren.

Im Jahrbuch der MPG wurden die Aufgaben der juristischen Abteilung 1964 wie folgt skizziert:

> Kritische Überprüfung der Übertragbarkeit der Kategorien des Allgemeinen Verwaltungsrechts auf den Bildungsbereich. Entwicklung sachangemessener Rechtsbegriffe und -sätze für das Recht, die Organisation und die Verwaltung des Bildungswesens, insbesondere der Schulen und Hochschulen. Erklärung des Verhältnisses von Freiheit und Selbstverwaltung der Bildungsinstitutionen zur Ordnungs- und Finanzierungsaufgabe des Staates.[727]

---

723 Vgl. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 10.1.64 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung am 2. 11. 1964 in Berlin, S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16; Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft vom 28. Oktober 1965 in Berlin [...], S. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

724 Nach eigenen Angaben arbeitete Richter vom 1. 10. 1965 bis zum 30. 9. 1967 in Teilzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfB, legte am 21. 9. 1967 sein Zweites Juristisches Staatsexamen ab und wurde zum 1. 10. 1967 »Leiter der Abteilung [...] und als solcher Mitglied der Institutsleitung«. 1975 folgte er einem Ruf der Freien Universität Berlin an den Fachbereich Rechtswissenschaft und wechselte 1979 an die Universität Hamburg, an der er bis 1993 eine Professur für Öffentliches Recht vertrat. Von 1993 bis 2002 war er Vorstand und Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München. Vgl. Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 137–138, 189–193. Diese Angaben stützen sich zudem auf den Lebenslauf Richters, der mit Aufruf vom 24. 3. 2022 auf den Seiten der Irmgard Coninx Stiftung zugänglich war. Anfang Februar 2023 waren bei einer Überprüfung unter der URL: http://irmgard-coninx-stiftung.de/ingo-richter/, keine biographischen Angaben mehr zu finden.

725 Vgl. zur geplanten Becker-Nachfolge Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 194–195.

726 Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

727 Vgl. *Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft*, 1964, 303–306, Zitat 303.

Die Projekte der juristischen Abteilung am Bildungsforschungsinstitut waren laut Tätigkeitsbericht für die Jahre 1964/1965 entsprechend dem Staats- und vor allem dem Verwaltungsrecht zugeordnet. Dessen Kategorien sollten in Bezug auf die spezifischen Problemlagen der Institutionen des Bildungswesens hin geprüft und weiterentwickelt werden. Dabei ging es besonders um die Beschäftigung mit dem Wandel der Funktionen von Bildungsinstitutionen in der Bundesrepublik und ihrer zeitgemäßen juristischen Interpretation. Befassen wollte man sich etwa mit »Kompetenzfragen in der Bildungsplanung im Gewaltenteilungsschema und im föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik«. Im Bereich des Rechts in der Berufsausbildung sollte beispielsweise das Recht der Kammern und Innungen kritisch erfasst und analysiert werden, besonders im Hinblick auf die Inanspruchnahme des Rechts der Selbstverwaltung durch Wirtschaftsunternehmen.[728] Wie Ingo Richter jüngst autobiographisch bemerkte, sei es ihm damals primär darum gegangen, »durch die rechtliche Gestaltung des Bildungswesens [Bildungsreformen] zu ermöglichen und zu fördern«.[729] In Bezug auf den disziplinären Kontext ordnet er das damalige »Bildungsrecht« dabei als »ein Nebengebiet der Rechtswissenschaft« ein, das jedoch kaum Passungsmöglichkeiten zur universitären Disziplin geboten hätte.[730]

3.2.5 Zwischenbetrachtung zur Bildungsforschung am IfB, Vertiefung des Aspekts der Interdisziplinarität (die ›fehlende‹ fünfte Abteilung, Herkunftslinien)

Personen, Motive: Vergleicht man im Überblick zunächst die biographischen Skizzen der Institutsdirektoren, so fanden in der Führungsriege des IfB offenbar Vertreter ehemals annähernd polarer Positionen zusammen. Unter Einbezug des späteren Institutsdirektors Wolfgang Edelstein, der schon an den Planungen für das IfB zentral beteiligt gewesen war, kooperierten an dem West-Berliner Institut zwei vormalige NSDAP-Mitglieder, die intellektuell der »Konservativen Revolution« nahegestanden hatten, mit drei Männern jüdischer Abstammung, die dem NS-Regime entfliehen konnten oder interniert wurden und die sich dafür entschieden hatten, nach 1945 in Deutschland zu bleiben beziehungsweise zu remigrieren. Hier wirkten sie auf je

728 Vgl. Tätigkeitsbericht vom 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1965, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84, fol. 5–6, Zitate fol. 5. Dass die am Institut veranlassten rechtswissenschaftlichen Arbeiten durchaus Sprengkraft besaßen, zeigt etwa die 1970 veröffentlichte Studie von Matthias Wentzel zur Frage der Legitimität der Rechtsetzung durch die Industrie- und Handelskammern. Er behandelte diese Frage im Spannungsfeld von Berufsausbildungsrecht und Grundgesetz. Wie noch zu zeigen sein wird, sollte diese Studie seitens der Kölner IHK scharf kritisiert werden.

729 Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 129. In dem dezidiert kritischen Rückblick stellt er die in der Abteilung und tendenziell auch die am Institut unter Becker geleistete Qualität der Arbeit gerade aufgrund dieser politischen Ausrichtung grundlegend in Frage.

730 Vgl. Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, bes. 156–166 und Zitat 194. In dem zweibändigen Werk von Dieter Grimm *Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften* von 1976 sind zwar die Beziehungen zu 13 Forschungsrichtungen respektive Disziplinen bearbeitet, es gibt aber keinen Beitrag zur Bildungsforschung oder zur Erziehungswissenschaft. Die DGfE hat dem auch in der Erziehungswissenschaft lange eher in Vergessenheit geratenen Verhältnis der Disziplin zum Bildungsrecht jüngst eine Ausgabe ihrer *Mitteilungen* gewidmet. Vgl. Dieter Grimm (Hg.): *Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften.* 2 Bde. Frankfurt am Main: Athenäum 1976 und einleitend Christine Wiezorek, Harm Kuper und Bernhard Schmidt-Hertha: *Editorial. Erziehungswissenschaft* 62/32 (2021), 7–9. Siehe zudem zur Entwicklung der westdeutschen Verwaltungsrechtswissenschaft nach 1945 Michael Stolleis: Verwaltungsrechtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Dieter Simon (Hg.): *Rechtswissenschaft in der Bonner Republik. Studien zur Wissenschaftsgeschichte der Jurisprudenz.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1994, 227–258.

eigene Weise hochschul-/pädagogisch und wissenschaftlich an einer demokratischen Transformation und Neuordnung in Westdeutschland mit, wobei die jeweils eingeschlagenen Wege noch zu untersuchen wären. Wie in dieser Hinsicht die Aktivitäten von Becker und Edding zwischen 1945 und 1958 einzuordnen sind und inwieweit die Zielsetzung der Demokratisierung am IfB einen tragfähigen Begegnungsgrund für die fünf Männer etablierte, steht zur Forschung ebenfalls noch aus. Während des Antragsverfahrens in der MPG tauchte das Motiv der Demokratisierung in der Begründung für die Einrichtung des IfB jedenfalls nicht auf. Wie oben geschildert, dominierten dort bildungsökonomische Argumente. Sichergestellt und forciert werden sollte eine zeitgemäße Reform des Bildungswesens, um eine international konkurrenzfähige Zukunftsgestaltung der Bundesrepublik zu ermöglichen. Tatsächlich war mit den am Institut versammelten Fächern und den jeweils anvisierten Gegenstandsbereichen, martialisch formuliert, eine wissenschaftliche Phalanx zur Erforschung bildungsrelevanter sozialer Prozesse in Stellung gebracht. Mit der Orientierung auf die Bereiche Schule, Hochschule, Berufsbildung, Finanz- und Organisationsfragen sowie auf das Rechtssystem konnte vom IfB aus die angestrebte wissenschaftsbasierte Bildungsreform in einem annähernd systemüberspannenden Zugriff ›aus einer Hand‹ in Angriff genommen werden.

Die kapitalstarke MPG bot für diese Unternehmung vergleichsweise einzigartige Chancen und zwar gerade auch für die am IfB versammelten Direktoren, die fast alle mehr oder minder Außenseiter in ihren Disziplinen waren. Zumindest drei der 1963/64 berufenen Wissenschaftler hätten an den Hochschulen wohl nur beschränkte Wirkungsmöglichkeiten gehabt. Das trifft auf den primär kulturpolitisch profilierten Becker sicher zu, ebenso wie auf den in der UNESCO und im Bereich einer empirisch-quantitativ erweiterten Vergleichenden Erziehungswissenschaft engagierten Robinsohn. Gleiches galt wohl auch für Goldschmidt, der zumindest aufgrund seiner Veröffentlichungen zur Deutschlandpolitik und zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik durchaus unbequem war. Obwohl Edding bis dahin ebenfalls nur außeruniversitär gearbeitet hatte, stellte er mit der von ihm vertretenen Bildungsökonomie in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Die Fachrichtung genoss in ihrer Konstituierungsphase bis zum Ende der 1960er Jahre vor allem aufgrund ihrer Begründungs- und Nutzenfunktion für die sich damals in Bund und Ländern etablierende bildungspolitische Planung hohes Renommee. In der Antragsphase hatte sie in der MPG erfolgreich als argumentatives Zugpferd gedient und ihre weitere disziplinäre Entwicklung war damals noch kaum abschätzbar. Unter dem Strich waren am IfB ab 1964 die vier Direktoren im Rahmen der MPG also potentiell wirkmächtig zusammengebunden.

Ansatz: Mit was hatte man es aber bei der ab 1963/64 Gestalt gewinnenden »Bildungsforschung« konzeptionell zu tun, für die im Antragsverfahren beansprucht wurde, dass sie mehr als die Summe der vier, am IfB vertretenen Disziplinen sein sollte? Deutlich wurde im Blick auf die Gründungsgeschichte des Instituts bislang, dass der Terminus zunächst als eine Art Dachbegriff für einen noch unklaren Ansatz diente, der sich erst über seine Realisierung am IfB konkretisieren sollte. Im Blick auf die Forschungsprofile der Direktoren und ihrer Abteilungen zeichnen sich nun zunächst zwei gemeinsame Merkmale ab, die beide Bestandteil der frühen Institutsplanungen gewesen waren. Das erste war eine empirische, auf die Erfassung gesell-

schaftlicher »Tatsachen« hin gerichtete Orientierung. In diesem noch recht vagen Sinn kann die Bildungsforschung, wie sie am IfB seit 1963 allmählich Form annahm, als Sozialwissenschaft bezeichnet werden. Sie wurde dabei zweifach abgegrenzt: zum einen gegenüber geisteswissenschaftlichen Zugriffen, wie sie damals etwa die bundesdeutsche wissenschaftliche Pädagogik dominant kennzeichneten, zum anderen gegenüber einer als »positivistisch« verstandenen Psychologie, wie sie in der Bundesrepublik seit Ende der 1950er Jahre zunehmend an den Hochschulen institutionalisiert wurde. Das zweite Merkmal war der deutliche gesellschaftliche und politische Bezug der Projekte. Über welche konkreten politischen Anschlüsse sich dieser dann später umsetzen würde und wie der Ansatz der Bildungsforschung dadurch weiter formiert wurde, wird im nächsten Kapitelabschnitt verfolgt. Dabei wird es sowohl um die Kooperation mit dem Bildungsrat als auch um die Überlagerung mit Impulsen und Personen aus der Studierendenbewegung gehen. Ihr eigentliches Profil sollte die Bildungsforschung aber erst in der Kombination der beiden Kennzeichen mit einem dritten Merkmal gewinnen: dem Anspruch auf interdisziplinäre Kooperation.

Interdisziplinarität: Erinnert sei daran, dass die enge methodische, methodologische und theoretische Zusammenarbeit der am Institut versammelten Fächer von Beginn an zum Kernbestand der Institutsplanung gehörte, und zwar ohne dass der Begriff der »Interdisziplinarität« verwendet wurde. Schon in der Skizze von 1958 war argumentiert worden, dass allein die Kooperation verschiedener Wissenschaftszweige auf dem Weg einer »integrierenden Gruppenarbeit« die wissenschaftlichen Grundlagen für die anvisierte Reform des Bildungswesens liefern könnte, da die »Grundfragen unseres Bildungswesens [...] als Ganzes aufgeworfen« werden müssten.[731] Die geplante Zusammenarbeit hatte zudem als eines der zentralen Argumente dafür gedient, um die Gründung des Instituts im Rahmen der MPG zu legitimieren. Zum einen wurde in Anschlag gebracht, dass allein die MPG den geeigneten Ort für diese Forschungsunternehmung böte, da sie nicht an das Lehrstuhlprinzip gebunden war und sie zudem langfristig und komplex angelegte Projekte finanziell würde tragen können. Zum anderen konnte gegenüber den Mitgliedern der MPG argumentiert werden, dass die Bewältigung der mit dem neuen Ansatz verbundenen theoretischen und methodischen Aufgaben durchaus als Programm der Grundlagenforschung gelten könnte. Dies war allerdings nur dann überzeugend, wenn man bereit war, auf die Neuartigkeit einer solchen Integration verschiedener Wissenschaften zu fokussieren und den inhärenten Politikbezug der Bildungsforschung und die damit eigentlich notwendig verbundenen Infragestellungen – entweder ihres Charakters als »Grundlagenforschung« oder dieser Kategorie selbst – auszublenden. Der Umgang mit der entsprechenden Kritik des Prälaten Schreiber während des Antragsverfahrens, die zumindest offiziell mehr oder minder ignoriert wurde, signalisierte diese Bereitschaft durchaus.

Dem Aspekt der Interdisziplinarität der Bildungsforschung am IfB soll im Folgenden über die Prüfung ihres Anspruchs auf Neuartigkeit, begriffsgeschichtlich und in Bezug auf mögliche

731 Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 123.

wissenschaftstheoretische Herkunftslinien ansatzweise nachgegangen werden. Dabei wird auch das Starnberger Institut eine Rolle spielen. Zuvor aber ist in den Blick zu nehmen, wie man der Aufgabe der Interdisziplinarität von Seiten des Instituts organisatorisch begegnete.

Weichenstellung – projektgebundene Interdisziplinarität und dezentrale Theoriearbeit: Zentral war hierfür eine Entscheidung aus dem Herbst 1965, die eine der grundlegenden Weichen für die Institutsarbeit in den kommenden anderthalb Jahrzehnten stellte. Wie erwähnt, bestand gemäß der behaupteten Neuartigkeit der Bildungsforschung eine der größten Herausforderungen darin, diesen Ansatz ohne Vorbilder ins Werk zu setzen. Waren also die politische Zielausrichtung, die sozialwissenschaftliche Orientierung und der interdisziplinäre Ansatz programmatisch gesetzt, war es zugleich weitgehend offen, wie eine Kooperation konkret auszusehen hätte und auch, wie eine so verstandene Bildungsforschung übergreifend theoretisch präzisiert werden könnte. Diese Problematik adressierte hellsichtig Georg Picht, als er der »Größenordnungskommission« im Oktober 1965 anlässlich der Diskussion um die Nachjustierung der Neubauplanung schriftlich den Vorschlag für die Einrichtung einer zentralen Arbeitsstelle, also gewissermaßen einer fünften Abteilung, vorlegte. In ihr sollte die Theorieentwicklung gebündelt und die Reflexion der Institutsarbeit zusammengefasst werden. Zur Begründung verwies er auf eine der wichtigsten überformenden Aufgaben des gesamten Instituts, die er darin sah, »die theoretische Struktur dieser neuen Wissenschaft paradigmatisch darzustellen«. Anvisiert war dabei ein »methodische[s] und theoretische[s] Modell [...], in dem die in Angriff genommenen Projekte auf eine einleuchtende Weise«, also methodisch und theoretisch kohärent verbunden wären. Denn, so Picht weiter: »Man kennt das Koordinatensystem noch nicht, in dem sich so verschiedenartige Größen, wie etwa die Statistik und die Curriculumstudie koordinieren lassen«. Angesichts des von ihm grundlegend konstatierten »höchst komplizierten Problems der interdisziplinären Zusammenarbeit« plädierte er daher dafür, die theoretischen Kompetenzen des Instituts zu stärken und den Herausforderungen mit der Einrichtung »einer Art von Generalstab [...], sozusagen einer theoretischen Abteilung« zu begegnen.[732] Die Kommission – anwesend waren in der Sitzung Becker, Messerschmid und Schmid – entschied sich jedoch Ende Oktober gegen diesen Vorschlag und legte der weiteren Institutsplanung die Maßgabe zugrunde, »daß Theorie nicht in einer besonderen Abteilung, sondern nur an den einzelnen Projekten angemessen weiterentwickelt werden kann«.[733]

---

732 Georg Picht an Konrad Zweigert, 20. 10. 1965, Zitate S. 1, 3, 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15. Zur Erinnerung: Mitglieder der Kommission waren Becker, Schmid, Messerschmid, C. F. von Weizsäcker und Zweigert. An der Sitzung Ende Oktober nahm Weizsäcker nicht teil, reichte aber wie Picht ein schriftliches Votum ein, obwohl Picht kein Kommissionsmitglied war.

733 Die Größenordnungskommission trat am 27. Oktober 1965 in Berlin zusammen. Die entsprechende Empfehlung aus dem abschließenden Memorandum, das der Kommissionsvorsitzende Zweigert erstellt hatte, wurde dem Verwaltungsrat der MPG im Dezember 1965 vorgelegt und blieb Maßgabe der damaligen Entwicklung. Vgl. Materialien für die 76. Sitzung des Verwaltungsrats am 13. 12. 1965 in Essen. Betr.: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft – künftiger Umfang des Instituts –; [hier: Memorandum Zweigerts], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 67.VP, Zitat fol. 277.

Die Motive für diese Entscheidung sind jenseits der in dem Beschluss aufscheinenden Präferenz für das Modell einer Theorieentwicklung aus der Praxis heraus im Protokoll nicht festgehalten. Möglicherweise fehlte genau an dieser Stelle ein wissenschaftlich profilierter und mit seiner Arbeitskraft primär dem Institut verpflichteter Direktor, der die Bedeutsamkeit der von Picht benannten Herausforderungen erkannt und sich deren Bearbeitung zu eigen gemacht hätte. Möglicherweise stand die »Größenordnungskommission« unter dem Druck der jüngsten Kritik aus dem Verwaltungsrat der MPG, so dass man die Ausmaße des geplanten Instituts nicht noch weiter dehnen wollte. Vielleicht zeichnete sich am Horizont aber auch bereits die Idee der Einrichtung eines Max-Planck-Instituts unter der Leitung C. F. von Weizsäckers ab, an dem das Problem der geforderten wissenschaftstheoretischen Synthese konzentriert bearbeitet werden könnte: dann nicht nur im Hinblick auf die Interdisziplinarität, sondern auch unter Berücksichtigung des gesellschaftspolitischen Bezugs der Forschung.[734] Denn mit Weizsäcker stand dem IfB ein Wissenschaftler zur Seite, der sich auf höchstem Niveau mit dem Problem der »Einheit der Wissenschaften« auseinandersetzte (darauf wird noch einzugehen sein). Obwohl dieses mit der Frage nach geeigneten interdisziplinären Kooperationsformen nicht deckungsgleich war, mochte bei Weizsäcker in der im Herbst 1965 versammelten Runde gleichwohl die eigentliche Kompetenz für die Befassung mit den damit verbundenen wissenschaftstheoretischen Fragen gesehen worden sein. Diese Überlegungen müssen hier jedoch noch spekulativ bleiben. Mit der Entscheidung gegen eine zentrale theoretische Abteilung gehörte die Entwicklung einer überformenden Theorie der Bildungsforschung und ihres Gegenstands der »Bildung« jedenfalls zwar immer noch zum zentralen Aufgabenspektrum des IfB. Am Institut war sie jedoch organisatorisch zugunsten der Arbeit in (vielen) Projekten und somit eines methodisch wie methodologisch und theoretisch partikularisierten Vorgehens in den Hintergrund gerückt.

Interdisziplinarität im zeitgenössischen Kontext: War der interdisziplinäre Anspruch des IfB aber tatsächlich innovativ? Dies kann zunächst für die damalige Lage in der Bundesrepublik bestätigt werden. Hier existierte ein ähnlicher Ansatz nur an der Frankfurter HIPF. Allerdings war die dortige »Pädagogische Tatsachenforschung« vorrangig auf die wissenschaftliche Pädagogik hin ausgerichtet und der Status einer neuen, wissenschaftsübergreifenden Forschungsrichtung wurde nicht explizit beansprucht. Zudem setzte man dort die interdisziplinäre Kooperation nach Aussage von Edding nicht um.[735]

---

734 Hubert Laitko benennt in seiner Studie zur Gründungsgeschichte des Starnberger Instituts als erstes aktenkundiges Dokument ein Konzeptpapier Weizsäckers von November 1967. Vgl. Laitko, *Max-Planck-Institut*, 2011, 201.

735 Edding berichtete 1978 rückblickend, dass er bereits in Kiel die »Notwendigkeit der interdisziplinären Zusammenarbeit für die Bildungsforschung« betont habe und mit entsprechenden Erwartungen nach Frankfurt gekommen sei. An der HIPF hätten aber »die Disziplinen [...] in der Forschung getrennt« operiert. »Es gab Einzelarbeiten und Sammelbände, in denen diese nur dürftig verklammert waren« und es habe zudem an der notwendigen Bereitschaft und Risikofreudigkeit gefehlt. Anzumerken ist allerdings, dass man der Einschätzung des späteren Institutsdirektors am IfB in diesem Punkt nicht unbedingt trauen kann, da seine Loyalität eher beim IfB lag und er am Lob der Frankfurter Institutsforschung nicht sonderlich interessiert gewesen sein dürfte. Vgl. Edding, *Selbstdarstellung*, 1978, 17–18 und zum Umgang Eddings mit dem Wechsel der Forschungsorganisation unter dem Aspekt der Loyalität Behm und Rohstock, *Loyalität*, 2020, 53–58.

Auch international konnte das West-Berliner Institut mit seinem Ansatz durchaus eine singuläre Position beanspruchen. So wurde zwar gerade während der Antragsphase vielfach auf eine vorgeblich weiter entwickelte Forschung in Skandinavien und besonders in den USA verwiesen. Das war jedoch offensichtlich der Absicht geschuldet, die Dringlichkeit einer entsprechenden Einrichtung in der Bundesrepublik zu unterstreichen. Denn in den USA gab es zwar eine deutlich weiter ausgebaute Forschung in der pädagogischen Psychologie und im Bereich einer empirisch orientierten Pädagogik (*Education Research*), aber keine Entsprechung zur Aspiration des IfB. Besonders die Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft hatte sich in den USA im Kontext eines von deutschen Traditionen markant abweichend finanzierten und organisierten Bildungswesens vollzogen, das eng mit der Herausbildung einer pragmatisch und funktionalistisch orientierten Philosophie, Wissenschafts- und Sozialtheorie verbunden war. Im Hinblick auf den Erziehungsbereich entwickelte sich in den USA im Ergebnis eine im Mainstream philosophisch eher abstinente, überwiegend anwendungsorientierte, an administrativen und Steuerungsbedarfen ausgerichtete Forschung. Diese hatte sich in engster Verbindung mit psychologischen Ansätzen dominant quantitativ und psychometrisch ausgerichtet, mit Testforschung als festem Bestandteil.[736] Ein dem IfB ähnliches Institut, das eine der »Bildungsforschung« vergleichbare Ausrichtung hätte, gab es nicht. Dies betonten noch 1971 Robinsohn und Roth, wenn sie auf der ersten Sitzung des gerade neu berufenen Beirats des MPIB »die Existenz einer internationalen Research Community der erfahrungswissenschaftlichen-empirischen Bildungsforschung« negierten und Roth ergänzend hervorhob, »daß das Institut gerade auch in der Entwicklung interdisziplinärer Forschung Pionierfunktionen« hätte.[737]

Mit dem Vorhaben der wissenschaftsübergreifenden Kooperation scheint sich die Berliner Einrichtung allerdings passgenau in die zeitgenössische Konjunktur interdisziplinärer Ansätze in der Bundesrepublik einordnen zu lassen. Entlehnt aus der amerikanischen Wissenschaftsterminologie[738] prägte das Attribut »interdisziplinär« ab Anfang der 1960er Jahre die bundesdeutschen Diskurse um Hochschulreformen und -neugründungen und sollte hier zeitweilig annähernd imperativ werden. Exemplarisch stehen dafür etwa die Universitätsneugründungen in Konstanz und besonders in Bielefeld. Bei dieser gehörte die Interdisziplinarität quasi zum Markenkern, wobei sie maßgeblich von Helmut Schelsky, dem ehemaligen Leipziger Soziologen,

---

736 Vgl. dazu grundlegend Condliffe Lagemann, *An Elusive Science*, 2000 und zur unterschiedlichen Entwicklung der Hochschulsysteme zum Beispiel Schreiterer, *Traumfabrik*, 2008, bes. Kapitel 2.

737 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 8, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

738 Susanne Schregel zeigt in ihrer begriffsgeschichtlichen Sondierung relevanter Diskurse in der Bundesrepublik, dass das Adjektiv »interdisziplinär« bereits seit Mitte der 1950er Jahre (und nicht, wie bis dahin angenommen, erst seit 1960) vereinzelt gebraucht wurde. Bis zum Anfang der 1960er Jahre geschah dies aber primär unter Bezug auf die US-amerikanische Wissenschaftsorganisation und Forschung. Vgl. Susanne Schregel: Interdisziplinarität im Entwurf. Zur Geschichte einer Denkform des Erkennens in der Bundesrepublik (1955–1975). *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Medizin und Technik* 24/1 (2016), 1–37, bes. 4–9. Siehe zur Geschichte der Interdisziplinarität im angelsächsischen Sprachraum und auf der Ebene internationaler Organisationen unter anderem Thompson Klein, *Interdisciplinarity*, 1990.

konzipiert worden war.[739] Auch im Kontext des IfB kam der Terminus »interdisziplinär« in dieser Zeit in Gebrauch.[740] Eine der frühesten öffentlichen Charakterisierungen der Institutsarbeit als »interdisziplinär« dürfte auf Butenandt zurückgehen. Im Juni 1964 hob er in seinem Vortrag vor der Festversammlung der MPG angesichts des damals boomenden Bildungsthemas offenbar nicht ohne Genugtuung hervor, dass »man uns« heute beglückwünsche, »daß wir ein interdisziplinäres Institut für Bildungsforschung begründet haben«.[741] Spätestens Ende 1965 war der Terminus als theoretischer und methodischer Leitbegriff dann ebenfalls im Selbstverständnis am Berliner Institut verankert, ersichtlich zum Beispiel im ersten Tätigkeitsbericht.[742] Auffällig ist nun, dass sich die Kennzeichnung der Bildungsforschung als »interdisziplinär« in der MPG und am Institut also seit etwa 1964/65 etablierte, dass die wissenschaftsübergreifende Kooperation den Ansatz jedoch tatsächlich schon in der ersten Institutsskizze wesentlich bestimmt hatte. Wie oben dargelegt, sprach Becker bereits im Memorandum von 1958 von der »Zusammenfassung sehr verschiedener, bisher getrennt betriebener Wissenschaftszweige«, was sich nahezu gleichlautend in dem Plan von 1961 findet, in dem es hieß, dass am Institut die »Integration bisher getrennt betriebener Wissenschaften« geleistet werden sollte.[743]

Wissenschaftstheoretische Herkunftslinien: Im Ergebnis der knappen begriffsgeschichtlichen Sondierung bleibt daher festzuhalten, dass die Kennzeichnung der Bildungsforschung am IfB als »interdisziplinär« zu einem Verständnis der Spezifik dieses Ansatzes per se wenig beiträgt. Vielmehr müssen die Herkunftslinien des ›interdisziplinären‹ Aspekts der Bildungsforschung offensichtlich in der Zeit vor 1958 und primär im deutschen Sprachraum gesucht werden. Drei wahrscheinliche Abkünfte sollen hier angedacht werden.

---

739 Vgl. Schregel, *Interdisziplinarität*, 2016, 7–26 sowie zur Geschichte der Universität Bielefeld und der Rolle Schelskys bes. Moritz Mälzer: *Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der „Reformuniversitäten" Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 235–284 und die hier relevanten Beiträge in zwei Sammelbänden: Sonja Asal und Stephan Schlak (Hg.): *Was war Bielefeld? Eine ideengeschichtliche Nachfrage.* Göttingen: Wallstein 2009 und Kocka, *Interdisziplinarität*, 1987. Laut einer von Schelsky 1981 veröffentlichten Rückschau auf die Geschichte der deutschen Soziologie, besonders der Leipziger Schule, in der er den Remigranten Plessner mit ätzender Kritik bedachte, hatte sich Schelsky bereits zu Anfang der 1960er Jahre bei der Volkswagen-Stiftung um die Förderung eines »Plan[s zu] einer [...] interdisziplinären Einrichtung« bemüht. Diese sei von Plessner sabotiert worden, der damit »einen rechtzeitigen Fortschritt der deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften verhindert« hätte. Vgl. Helmut Schelsky: Die verschiedenen Weisen, wie man Demokrat sein kann. Erinnerungen an Hans Freyer, Helmuth Plessner und andere. In: Helmut Schelsky: *Rückblicke eines »Anti-Soziologen«.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, 134–159, hier 140–141.

740 Die Unterlagen der Sitzungen der Organe der MPG wurden von der Autorin im September 2020 über Volltextsuchen auf die Begriffe »interdisziplinär« und »Interdisziplinarität« hin von den jeweils ersten Überlieferungen an bis 1964/65 durchsucht.
Die Überlieferung des Bildungsforschungsinstituts wurde im Rahmen des GMPG-Programms nicht digitalisiert.

741 Vgl. Adolf Butenandt: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Hamburg am 11. Juni 1964 in Berlin. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1964, 32–38, hier 36.

742 Darin wird zum Beispiel übergreifend festgestellt, dass die Thematik der Bildungsforschung »eine ständige interdisziplinäre Zusammenarbeit« verlange. Tätigkeitsbericht vom 1. 1. 1964 bis 31. 12. 1965, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84, fol. 1.

743 Vgl. Warum benötigen wir ein Institut für Recht und Soziologie der Bildung?, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 569, fol. 122 und Plan eines Instituts für Forschungen auf dem Gebiet des Bildungswesens (Bildungsforschung), S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 103.

1.) Eine dieser Linien deutet sich mit der Verortung Beckers im Leipziger intellektuellen Milieu zwischen 1937 und 1940 an: Er studierte dort nicht nur bei Huber, sondern auch bei Freyer, war mit Schelsky seit Studienzeiten befreundet und hatte offenbar weitere Verbindungen zum »Freyerinstitut«. Damit ist auf eine mögliche ideelle Abkunft der Bildungsforschung in den Ansätzen der Leipziger Schule der Soziologie hingewiesen. Karl-Siegbert Rehberg ordnet diese ihrerseits »einheitswissenschaftlichen Leipziger Lehr- und Forschungstraditionen« zu. Dabei geht es um integrative Forschungsansätze, die Rehberg vor allem auf den in Leipzig wirkenden Psychologen Wilhelm Wundt (1832–1920), den Kulturhistoriker Karl Lamprecht (1856–1915) und den Biologen und Philosophen Hans Driesch (1867–1941) zurückführt.[744] Inwieweit die Bildungsforschung in den damit nurmehr angedeuteten einheitswissenschaftlichen Ansätzen gründete, wäre allerdings auch jenseits von Leipziger Traditionen zu klären. So war beispielsweise Driesch erst ab 1921 an der sächsischen Universität tätig. Vorher hatte er in der Zoologischen Station in Neapel, in Heidelberg und Köln geforscht, zum Teil in engem Austausch mit Jakob von Uexküll (1864–1944) und in freundschaftlicher Verbindung zu Viktor von Weizsäcker, dem Onkel C. F. Weizsäckers und Georg Pichts.[745]

2.) In diesem Zusammenhang wäre dann folgerichtig zu fragen, wie sich dazu die von C. F. von Weizsäcker nach 1945 vertretene Leitidee einer »Einheit der Wissenschaften« verhielt und inwieweit man es dabei mit einer zweiten Herkunftslinie der Bildungsforschung zu tun hat. Dass auch Weizsäcker in Leipzig bei seinem akademischen Lehrer Heisenberg sein Studium abschloss und er dort zwischen 1933 und 1936 seine wissenschaftliche Karriere fortsetzte, mag ein erster Hinweis sein.[746] Wichtiger ist, dass diese Leitvorstellung, die Weizäcker über die Idee der »Einheit der Natur« zu begründen suchte, in der Bundesrepublik den Dreh- und Angelpunkt seiner Arbeit und seines Selbstverständnisses als eines politisch engagierten Wissenschaftlers darstellte.[747] Im Kontext der vorliegenden Studie ist es besonders relevant, dass die Idee einer »Einheit der Wissenschaften« expressis verbis den Begründungsrahmen für das 1967 bean-

---

744 Vgl. Rehberg, *Hans Freyer*, 2003, bes. 74–78, Zitat 73. Siehe zu der bei Freyer laut Elfriede Üner »genuine[n] Leipziger Denktradition« auch Üner, *Soziologie*, 1992, bes. 22–25, 153–157, Zitat 22.

745 Siehe zu Driesch hier zunächst Anne Harrington: *Die Suche nach Ganzheit. Die Geschichte biologisch-psychologischer Ganzheitslehren: Vom Kaiserreich bis zur New-Age-Bewegung.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2002, 104–113, 337–343.

746 Vgl. zu Weizsäcker im tabellarischen Überblick: Lebensdaten von Carl Friedrich von Weizsäcker. In: Hentschel, Klaus und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 11.

747 Weizsäcker suchte die Vorstellung der »Einheit der Wissenschaften« über die Idee der »Einheit der Natur« zu begründen und verband dabei vor allem Ansätze aus Philosophie, der theoretischen Physik, der Evolutionstheorie und Kybernetik. Der ideengeschichtliche und systematische Nachvollzug dieser komplexen Unternehmung würde eine eigene Studie erfordern. Das betrifft auch die Verbindungen zum Ansatz von Driesch. Vgl. hier nur die Sammlung von Beiträgen Weizsäckers zu dieser Thematik in: Carl Friedrich von Weizsäcker: *Die Einheit der Natur.* 2. Auflage. München: dtv [1971] 1982. Ohne dass die Autorin sich hier ein Urteil erlauben könnte, sei dazu aus Perspektive der theoretischen Physik auf die Ausführungen des engsten Mitarbeiters Weizsäckers verwiesen: Thomas Görnitz: Carl Friedrich von Weizsäckers Entwurf einer Einheit der Physik. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 159–176. Vgl. ergänzend die Einordnung von Weizsäckers Position im Kontext von Drieschs Ansatz bei Stephan Krall: Von Vitalismus bis Quantenphysik. In: Stephan Krall, Michael Nahm und Hans-Peter Waldrich: *Hinter der Materie. Hans Driesch und die Natur des Lebens.* Zug: Die Graue Edition 2021, 69–126, bes. 100–120.

tragte, spätere MPIL in Starnberg lieferte, das während der Antragsphase bezeichnenderweise unter dem Titel »Max-Planck-Institut für *interdisziplinäre* Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt« firmierte.[748]

Leendertz rechnet Weizsäckers Leitidee nun »holistische[n]« Ansätzen zu.[749] Geht man der damit aufgerufenen historischen Herkunftslinie weiter nach, gelangen die wissenschaftsübergreifend geführten Diskurse um die »Einheit« der Wissenschaft in den Blick, die zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und 1945 besonders im deutschen Sprachraum Hochkonjunktur hatten. Auch in diesem Kontext begegnet man Hans Driesch. Mit seiner durch die romantische Naturphilosophie inspirierten neovitalistischen Organismus-Lehre war er auf Seiten des hybriden Bereichs von Naturwissenschaft und Philosophie einer der zentralen Vordenker dieser wissenschaftlichen »Suche nach Ganzheit« (Anne Harrington), die sich – wie ihre geisteswissenschaftlichen Gegenspieler in den Ansätzen der Lebensphilosophie – gegen ein mechanistisches Erkenntnis- und Lebensmodell richtete.[750] Der um 1900 forcierte Diskurs um die »Einheit der Wissenschaften«, der in der Umkehrung als ein Krisendiskurs um den Verlust einer solchen Einheit gelten kann, war international dimensioniert, wurde im deutschen Sprachraum aber besonders intensiv geführt. Wie Fritz Ringer in seiner Untersuchung der »German Academic Community« gezeigt hat, nahm dabei ab etwa 1920 die Leitvorstellung einer »Synthese« teilweise geradezu Beschwörungscharakter an.[751] Verstärkt in den 1920er Jahren auch überlagerte sich die Krisenwahrnehmung in diversen, über Naturwissenschaften, Biologie und Philosophie deutlich hinausreichenden Diskursen mit kulturkritischen Motiven und verband sich ab 1933 zum Teil auf das Engste mit Politik und Weltanschauung des Nationalsozialismus.[752]

---

748 Vgl. Laitko, *Max-Planck-Institut*, 2011, 212, Hervorhebung Behm.

749 Leendertz, *Wende*, 2010, 17. Vgl. dazu Näheres in der Einleitung der vorliegenden Arbeit.

750 Anne Harrington hat für die Zeit zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und 1945 die damals boomenden Ansätze einer »Suche nach Ganzheit« vor allem für die deutschsprachige Biologie und Psychologie untersucht. Driesch gehörte mit seiner neovitalistischen Antwort auf die Frage nach dem Wesen des Lebens zu den zentralen Impulsgebern dieser Suche. Auf Basis embryologischer Forschungen und dem Rekurs auf naturphilosophische Ansätze der Goethe-Zeit hatte er den Organismus-Gedanken gestärkt und das metaphysische Prinzip der »Entelechie« in die Biologie eingeführt. Vgl. Harrington, *Die Suche nach Ganzheit*, 2002, zu Driesch 104–113, 337–343. Siehe zudem zum Ansatz Drieschs im Kontext zeitgenössischer Ganzheitslehren mit wissenschaftsimmanentem Ansatz Uwe Hunz: *Ganzheit prima facie: Holistisches Denken in der Biologie und Wissenschaftstheorie des 20. Jahrhunderts.* Würzburg: Königshausen & Neumann 2020, zum Beispiel 18–20, 30–38.

751 Die vor allem aufgrund ihres typologisierenden Ansatzes in der Historiographie nicht unumstrittene Studie erschien zuerst 1969 unter dem Titel »The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890–1933«. In dem letzten und wichtigsten Kapitel hat Ringer die Diskurse über eine »Krise der Wissenschaft« zwischen 1920 und 1933 für die von ihm primär betrachteten Vertreter der Geistes- und Sozialwissenschaften untersucht und ist besonders auf die dabei beobachtete Leitidee der »Synthese« (der Einheit und Ganzheit) eingegangen. Die »Ideologie« der von ihm konstruierten sozialen Gruppe verdichtet er in seiner Arbeit dann bekanntermaßen in der wissenssoziologisch gegründeten Typologie des deutschen »Mandarinentums«. Er rückt sie in den historischen Kontext des Abwehrkampfs dieser Bildungselite gegen ihren Positionsverlust im Zuge der Modernisierung der reichsdeutschen Gesellschaft, vor allem ihrer Industrialisierung und Demokratisierung. Vgl. Fritz K. Ringer: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933.* München: dtv [1969] 1987, 330–384, zu seinem Ideologiebegriff ebd., 14–15.

752 Vgl. weiterführend vor allem Harrington, *Die Suche nach Ganzheit*, 2002.

Drei Überlegungen für die weitere Erforschung dieser einheitswissenschaftlichen Spur seien hier zumindest skizzenhaft angeschlossen: Zum Ersten wäre die bisherige Annahme eines Abebbens der deutschen Einheits- und Ganzheitsdiskurse im Jahr 1945 zu revidieren und im Übrigen C. F. Weizsäckers Ansatz in dieser Kontinuitätslinie nicht als »holistischer«, sondern geeigneter als »ganzheitlicher« Ansatz zu bezeichnen. Denn wie Harrington gezeigt hat, dominierten im deutschen Sprachraum die Begriffe der »Ganzheit« und »Einheit«. Der vom Ganzheitsphilosophen Adolf Meyer-Abich (1893–1973) verwendete Begriff des »Holismus« stellte die Ausnahme dar.[753] Zum Zweiten wäre zu prüfen, inwieweit für C. F. von Weizsäcker – aber auch für Becker und möglicherweise ebenfalls für Picht – der Einfluss des Driesch-Freundes Viktor von Weizsäcker besonders instruktiv gewesen war. Zumindest berichtet Becker, dass dieser, allerdings erst nach 1945, für seine »geistige Orientierung [eine] ganz wichtige Größe« gewesen sei.[754] Viktor von Weizsäcker entwickelte maßgeblich den Ansatz einer ganzheitlichen Medizin und konnte diesen zunächst mit hoher moralischer Autorität über 1945 hinaus transportieren.[755] Dass in dieses Beziehungsnetz dann auch Alexander Mitscherlich einzudenken wäre, wurde bereits in der biographischen Skizze Beckers nahegelegt. Vor allem aber wäre im Hinblick auf die Erforschung der Gründungsgeschichte des IfB zum Dritten zu berücksichtigen, dass C. F. von Weizsäckers integrative Leitvorstellung auch für die Entwicklung dieser Institutsplanung eine wichtige Rolle spielte.[756] Denn noch kaum beachtet wurde, dass Weizsäcker ab 1947 zum Herausgeberkreis des maßgeblich unter der Ägide von Karl Jaspers (1883–1969) angeregten Periodikums *Studium Generale. Zeitschrift für die Einheit der Wissenschaften im Zusammenhang ihrer Begriffsbildungen und Forschungsmethoden* gehörte.[757] Diese Herausgeberschaft stand ihrerseits in engem Zusammenhang mit den von ihm gemeinsam mit Picht und Becker ab 1946 begonnenen Bemühungen um die Re-Etablierung reformpädagogischer Landerziehungsheime und ihrer elitären Reformansätze in Westdeutschland. In diesem Kontext verwandten sich die drei Männer ab Anfang der 1950er Jahre auch für die Einführung eines Studium generale. Damit wurden ganzheitlich orientierte Bildungsziele verfolgt, die unter anderem über ein wis-

---

753 Vgl. zu Mayer-Abich Harrington, *Die Suche nach Ganzheit*, 2002, 24, 350 und 446/Anm. 94.

754 Er habe den Onkel seiner beiden engsten Freunde erst nach 1945 »sehr nahe kennengelernt«. Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 75.

755 Vgl. zum Ansatz Viktor v. Weizsäckers ebenso wie zu den seit 1980 erörterten Hinweisen auf seine Verbindungen zur nationalsozialistischen Weltanschauung sowie zu Forschungen an Präparaten aus Euthanasie-Verbrechen Harrington, *Die Suche nach Ganzheit*, 2002, 356–367 sowie unter Berücksichtigung neuerer Forschungsergebnisse Alexa Geisthövel: Viktor von Weizsäcker oder die »monumentale Unruhe« einer subjektiven Medizin. In: Alexa Geisthövel und Bettina Hitzer (Hg.): *Auf der Suche nach einer anderen Medizin. Psychosomatik im 20. Jahrhundert.* Berlin: Suhrkamp 2019, 144–154.

756 Das reformpädagogisch und bildungspolitisch ausgerichtete Engagement Weizsäckers nach 1945 ist bis auf wenige Hinweise im Beitrag von Kant und Renn erst marginal untersucht. Die folgende Darstellung basiert im Wesentlichen auf einer unveröffentlichten Vorstudie der Autorin von Sommer 2020. Vgl. Kant und Renn, *Episode*, 2015, 224–225 und Behm, *Auf dem Weg zur Institutsgründung*, 2020.

757 Vgl. hier nur den ersten Jahrgang: *Studium Generale. Zeitschrift für die Einheit der Wissenschaften im Zusammenhang ihrer Begriffsbildungen und Forschungsmethoden.* Herausgegeben von Karl Heinrich Bauer et al. Berlin: Springer 1947/48 und zur Entstehungsgeschichte der Zeitschrift Catrin Dingler und Elena Tertel: »Eine solche Zeitschrift brauchen wir«. Karl Jaspers' Universitätsidee und die Gründung der Zeitschrift Studium Generale. In: Martin Göllnitz und Kim Krämer (Hg.): *Hochschulen im öffentlichen Raum. Historiographische und systematische Perspektiven auf ein Beziehungsgeflecht.* Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht unipress 2020, 347–374.

senschaftsübergreifendes Studium erreicht werden sollten.[758] Fraglich wäre in diesem Zusammenhang zudem für Hellmut Becker, inwieweit er sich dabei an der Vorstellung eines ganzheitlich orientierten neuen Humanismus orientierte, den sein Vater vertreten hatte.[759] Im Zuge des Engagements für ein Studium generale verdichtete sich jedenfalls die Tätigkeit Beckers, Pichts und Weizsäckers zu einem bald explizit politisch dimensionierten Reformanliegen, das unmittelbar in die Vorgeschichte der Beantragung des IfB gehört. Wie noch zu zeigen sein wird, wurde dem IfB nach geglückter Gründung in der MPG dann mit Weizäckers Institut in Starnberg eine strukturähnliche, gleichfalls integrativ und interdisziplinär ansetzende, politisch orientierte Einrichtung quasi als Schwesterinstitut an die Seite gestellt.

3.) Eine auf den ersten Blick gänzlich anders gelagerte Herkunftslinie der Bildungsforschung bietet sich schließlich in den sozialwissenschaftlichen und philosophischen Ansätzen des »synthetischen Programm[s]« (Karl-Otto Apel) einer »Kritischen Theorie« der ersten und zweiten Generation an. In den von dieser Seite aus unternommenen Analysen moderner Entwicklungen verbanden sich von Beginn an Philosophie, Ökonomie/Soziologie, Psychoanalyse und Kulturtheorie in kritischem und emanzipativem Interesse miteinander.[760] Wie im Kontext der Überlegungen zu einer etwaigen Konversion Beckers erörtert, beschäftigte er sich mit diesen Ansätzen vermutlich zuerst im Zuge seiner Arbeit als Justiziar am IfS und ebenso im Kontext seines Engagements in der DGS. Erinnert sei daran, dass Becker nach eigener Aussage mit Horkheimer die Institutskonzeption besprach, Adorno als Gutachter im Antragsverfahren für das IfB fungierte und Horkheimer Mitglied im ersten Institutsbeirat war. Habermas wiederum dürfte Becker spätestens 1956 kennengelernt haben, als dieser als Assistent Adornos an das IfS kam. Bereits um 1960 war Habermas an der Konzeption des IfB beteiligt und beriet das Institut danach in Fragen der Theorie.[761] In dieser Zeit sollte er in Frankfurt auch seine epochemachende

---

758 Angeschlossen wurde dabei zugleich an die von der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht noch zur Zeit der Politik der *Reeducation* eingespeisten Vorschläge zur Einführung eines *College*-Systems und einer *General Education*. Von angloamerikanischer Seite aus waren sie als Elemente einer demokratisch orientierten Hochschulreform gedacht. Vgl. zu diesen Ansätzen, hier allein in Bezug auf die US-Politik, zum Beispiel Paulus, *Vorbild USA?*, 2010, 148–149 und Konstantin von Freytag-Loringhoven: *Erziehung im Kollegienhaus. Reformbestrebungen an den deutschen Universitäten der amerikanischen Besatzungszone 1945–1960*. Stuttgart: Franz Steiner 2012. Siehe zudem die Hinweise bei Moritz Mälzer auf den Vorschlag zur Einrichtung von »Kollegienhäusern« im Kontext der in der Bundesrepublik geführten Diskurse um eine Hochschulreform in den 1960er Jahren. Er fand beispielsweise 1962 Eingang in die »Anregungen des Wissenschaftsrates« und stand letztlich in einer Linie mit der Idee eines Studium generale. Vgl. Moritz Mälzer: „Die große Chance, wie einstens die Berliner Universität so heute eine Modell-Universität zu schaffen". Die frühen 1960er Jahre als Universitätsgründerzeiten. *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 13 (2010), 73–92, hier 81–83 und Wissenschaftsrat, *Anregungen*, 1962, 73–87.

759 Vgl. die Hinweise auf das Plädoyer C. H. Beckers »für die Renaissance einer humanistischen Idee des Ganzen« bei Rita Casale und Catrin Dingler: Der »gesunde Kern« der Universitätsidee. In: Michael Geiss und Sabine Reh (Hg.): *Konservatismus und Pädagogik im Europa des 20. Jahrhunderts*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2020, 83–98, bes. 84–86, Zitat 85.

760 Karl-Otto Apel hat das leitende emanzipatorische Erkenntnisinteresse dieses Programms 1970 systematisch und in verdichteter Form gefasst. Demnach war es darauf gerichtet, »Anliegen einer zugleich praktisch engagierten und erkenntniskritischen Philosophie mit dem Anliegen einer ideologiekritischen Sozialwissenschaft, einschließlich der Psychoanalyse« zur Deckung zu bringen. Vgl. Karl-Otto Apel: Wissenschaft als Emanzipation? – Eine kritische Würdigung der Wissenschaftskonzeption der »Kritischen Theorie«. In: Karl-Otto Apel: *Transformation der Philosophie. Bd. 2: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft*. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1970] 1988, 128–154, Zitate 137. Siehe ausführlicher zum Beispiel Wiggershaus, *Die Frankfurter Schule*, 1988 und Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008.

761 Auf die Beratungstätigkeit von Habermas wies Becker in den Sitzungen es Institutsbeirats mehrfach hin. 1966 etwa wurde dessen regelmäßige Beratung »für Grundfragen der Theorie« vermerkt. Vgl. [Z]ur Sitzung des Wissenschaftlichen

Antrittsvorlesung zur Differenzierung wissenschaftlicher Erkenntnisinteressen halten.[762] In den 1970er Jahren stand Habermas dem MPIB dann als Beiratsmitglied zur Seite.

Betrachtet man die drei genannten Herkunftslinien jetzt noch einmal im Überblick, scheinen besonders in Bezug auf die ›Leipziger‹ und die ›Frankfurter‹ Ansätze unvereinbare Positionen bezeichnet. Setzt man einen Begriff von Bildungsforschung voraus, wie er sich in dieser Studie abzuzeichnen beginnt, stünde es jedoch wohl eher an, nach möglichen theoretischen Brückenelementen zwischen den ›Leipziger‹ und den damit offenbar eng verbundenen Ansätzen Weizsäckers auf der einen und den ›Frankfurter‹ Ansätzen auf der anderen Seite zu fragen. So kann jetzt angenommen werden, dass die Bildungsforschung unter Becker im Kern politisch zielorientiert, handlungsbezogen – und in dieser Erkenntnisrichtung reflektiert – war. Methodisch wurde sie als interdisziplinäre Forschung angelegt und sozialwissenschaftlich definiert, und zwar in Abgrenzung sowohl von geisteswissenschaftlichen, traditionell historisch-hermeneutischen Positionen als auch von solchen eines als »positivistisch« gewerteten Forschungsprogramms, das später dem des Kritischen Rationalismus zugeordnet wurde. Diese Kennzeichen dürften nun eher Schnittmengen zwischen den ›Leipziger‹ und den ›Frankfurter‹ Ansätzen darstellen als Trennungen markieren – zumal es schon im Zuge der Herausbildung der Ansätze der Leipziger Schule einige personelle Überschneidungen zum Frankfurter Zirkel gegeben hatte. Zu denken ist zum Beispiel an Arkadij Gurland (1904–1979), Joseph Maier (1911–2002), Ernst (Ernest) Manheim (1900–2002) und Heinz Maus (1911–1978), die vor 1933 bei Freyer studierten beziehungsweise dort wissenschaftlich tätig waren.[763] Und auch andere, auf den ersten Blick nicht zu Freyer passende, weil sozialistisch geprägte Studierende aus der Leipziger Gruppe des Leuchtenburgkreises aus der politischen Jugendbewegung besuchten seine Seminare, darunter auch das spätere Beiratsmitglied des Bildungsforschungsinstituts Fritz Borinski.[764] Den möglichen Gemeinsamkeiten und Unterschieden wäre im Blick auf die Bildungsforschung an anderer Stelle systematisch nachzugehen.[765] Dass dafür eine intensive Weiterarbeit an den leitenden Begriffen – wie etwa »Einheitswissenschaft«, »Ganzheitslehre«, »Totalität« oder »Interdisziplinarität« – notwendig wäre, liegt auf der Hand.

Beirats am 31. 10. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15. Siehe dazu auch die Bemerkungen bei Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2014, 148–149.

762 Die Antrittsvorlesung hielt er im Sommer 1965. Vgl. Jürgen Habermas: Erkenntnis und Interesse. In: Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1965] 1969, 146–168. Zur späteren sprachtheoretisch fundierten Überholung dieses Ansatzes siehe Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008, bes. 70–79.

763 Vgl. Muller, *The Other God*, 1987, 154–161, 219–220; Üner, *Soziologie*, 1992, 11–16, 222/Anm. 133; Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990, 121–131, 142 und Schäfer, *Hans Freyer*, 1992, 484–487.

764 Die Gruppe war allerdings ebenfalls stark nationalistisch orientiert. Vgl. unter anderem Elfriede Üner: Der Einbruch des Lebens in die Geschichte. Kultur- und Sozialtheorie der »Leipziger Schule« zwischen 1900 und 1945. In: Hartmut Lehmann und Otto Gerhard Oexle (Hg.): *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 1: Fächer – Milieus – Karrieren.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2004, 211–239, bes. 220–224 und Muller, *The Other God*, 1987, bes. 154–157.

765 Die bereits in der Einleitung der vorliegenden Arbeit vorgestellte Studie von Fabian Link zur »Demokratisierung nach Auschwitz« ist in diesem Kontext einschlägig. Er entwirft eine Geschichte der westdeutschen Sozialwissenschaften entlang der seit den 1930er Jahren geprägten ›Leipziger‹ und ›Frankfurter‹ »Denkstile«. Im Vergleich kann er diverse programmatische Gemeinsamkeiten aufzeigen, während er einen der markantesten Unterschiede nach 1945 im Umgang mit der NS-Vergangenheit sieht. Vgl. Link, *Demokratisierung*, 2022.

3.3 Ein Institut rückt nach links: Entwicklungen zwischen Strategie und Emergenz bis Frühjahr 1970

Annähernd parallel zum geplanten Aufbau des Instituts veränderte sich ab etwa 1965 das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik ebenso unvorhergesehen wie grundlegend. Oft beschrieben, waren maßgebliche Treiber die sozialen, Bürgerrechts-, Frauen- und Studierendenbewegungen, die sich in medial vermittelter gegenseitiger Beobachtung besonders in den USA und in Westeuropa formierten. Ihre Dynamik bezogen sie wesentlich aus den uneingelösten Freiheits- und Gleichheitsversprechen westlicher Demokratien, wobei sich die Widersprüche im Vietnamkrieg zu verdichten schienen und weltweit zu Massenprotesten gegen autoritäre Regime und einen kapitalistisch fundierten Lebensstil führten, dessen strukturelle Grundlagen besonders auf Basis neomarxistischer Deutungen radikal kritisiert wurden. In der Bundesrepublik kam die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und den als autoritär begriffenen Strukturen und Lebensformen hinzu, die besonders im Zuge popularisierter sozialwissenschaftlicher Deutungen für die Durchsetzung des Nationalsozialismus verantwortlich gemacht wurden. Eng verflochten waren diese Bewegungen auch in Westdeutschland mit diversen, schon zeitgenössisch als beschleunigt wahrgenommenen strukturellen Wandlungsprozessen im Bereich von Ökonomie, Arbeit, Kultur und ebenso auf der politischen Ebene, etwa in der Sozial- und, Wirtschaftspolitik sowie (unter Brandt) in der Neuen Ostpolitik. Innenpolitisch sollte dabei die Bildungspolitik in besonderem Maße in das Zentrum des gesellschaftlichen Aufbruchs rücken und Reformhoffnungen konzentrieren.[766] Bis 1973 fast durchgängig auf glänzende Wirtschaftsdaten gestützt, wurde die seit Ende der 1950er Jahre angebahnte Bildungsexpansion dann vor allem von der seit Dezember 1966 regierenden Großen Koalition von CDU/CSU und SPD unter Kiesinger und der ab 1969 nachfolgenden sozial-liberalen Koalition Willy Brandts in bis heute unerreichten Dimensionen vorangetrieben.[767] Hand in Hand ging diese mit der Hochkonjunktur von Bildungspolitik und -planung, die unter Brandt im Zeichen einer gesellschaftsübergreifenden Demokratisierung von der Vision einer wissenschaftlich fundierten Steuerbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen ausging.[768]

---

766 Vgl. zum Beispiel Hans Günter Hockerts: Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära. In: Hans Günter Hockerts (Hg.): *1966–1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs.* Baden-Baden: Nomos 2006, 1–155 und aus anderer Perspektive Axel Schildt und Detlef Siegfried: *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart.* München: Hanser 2009, Kapitel IV und V, bes. 277–302.

767 Es handelte sich um die bislang größte Expansion im Schul- und Hochschulwesen der deutschen Bildungsgeschichte. So stiegen zum Beispiel die Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden zwischen 1965 und 1973 von 15,7 auf 44,6 Milliarden DM um fast das Dreifache, die Anzahl der höheren Bildungsabschlüsse von 308.000 im Jahr 1965 hatte sich zehn Jahre später mehr als verdoppelt (696.000) und zwischen 1965 und 1976 war – wie bereits zitiert – die »Zahl der Hochschullehrer im Bereich Erziehungswissenschaft [...] um das Zehnfache« angewachsen. Vgl. zum Beispiel Oskar Anweiler, Hans-Jürgen Fuchs, Martina Dorner und Eberhard Petermann (Hg.): *Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1992, 23; das Zitat bei Horn, *Erziehungswissenschaft*, 2003, 125 und ausführlicher die sektorübergreifende Zusammenstellung statistischer Befunde zu den Ergebnissen der Expansion bei Oskar Anweiler: Bildungspolitik. In: Hans Günter Hockerts (Hg.): *1966–1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs.* Baden-Baden: Nomos 2006, 709–753, hier 747–753. Siehe mit Fokus auf der SPD, einer im Bereich der Bildungsreformen treibenden politischen Kräfte, zudem Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, 1982, 532–538.

768 Vgl. zum Beispiel Peter Borowsky: *Deutschland 1969–1982.* 2. Auflage. Hannover: Fackelträger 1989, 55–100, bes. 76–98;

Die erste Arbeitsphase der Berliner Forschungseinrichtung bis Frühjahr 1970 fiel mithin in »dynamische Zeiten«.[769] Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, war das Institut aber auch selbst integraler Bestandteil dieser Dynamiken, sowohl impulsgebend und strategisch als auch reaktiv im Umgang mit emergenten Entwicklungen. Denn nicht nur veränderte sich das erforschte Handlungsfeld im Zuge der eigenen Reformprogrammatik und Forschung permanent. Von keinem der Institutsgründer erahnt und insofern gänzlich ungeplant ereignete sich die Verflechtung mit der Studierendenbewegung, ihren Protesten und Forderungen, besonders nach Mitbestimmung, und ebenso in personeller Hinsicht. So wurden viele der jüngeren Mitarbeitenden am Institut teilweise direkt von der Universität und aus ihren Aktivitäten in der Studierendenbewegung heraus rekrutiert, die in West-Berlin eines ihrer Zentren hatte. Hier formierten sich neue Lebens- und Kommunikationsformen einer experimentierfreudigen akademischen jungen Elite und verbanden sich mit neuen sozialen Formaten wie der Kommune I oder den Kinderläden. Die Institutsmitarbeitenden konnten die Studierendenproteste besonders im Universitätsbezirk Dahlem also nicht nur alltäglich, quasi vor der Haustür miterleben, sondern die damit verbundenen Dynamiken waren auch innerhalb des Instituts ganz unmittelbar präsent, verkörpert in vielen der jungen Mitarbeiter*innen.

3.3.1 In relativer Ruhe im Schutz des Präsidenten: Beziehungen zur MPG bis März 1970

Betrachtet man die Geschichte des Instituts zunächst im Hinblick auf seine Beziehungen zur MPG, so konnte sich seine Arbeit bis März 1970 trotz »dynamischer Zeiten« im Vergleich mit dem zunehmend schwierigeren Verhältnis des folgenden Jahrzehnts in relativer Ruhe entwickeln und entfalten. Denn obwohl sich im Verwaltungsrat der MPG schon bald nach der Institutsgründung, annähernd parallel zu den studentischen Unruhen, eine zunehmend kritische Haltung gegenüber der Berliner Einrichtung zu formieren begann, sorgte vor allem Butenandt dafür, dass die dort mehrfach ins Gespräch gebrachte Prüfung der Institutsarbeit bis März 1970 immer wieder abgewendet werden konnte. Zur Erinnerung: Dass sich das IfB einer solchen Bilanzierung unausweichlich zu stellen haben würde, war mit seinem Status als betreutes Institut in der MPG gesetzt, der am Ende des Gründungsverfahrens der Kompromiss gewesen war, auf dessen Basis die Aufnahme in die MPG überhaupt erst ermöglicht wurde. Beschlossen wurde damals zugleich, dass die Entscheidung über die Gewährung des Status' eines »echten« Max-Planck-Instituts zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden sollte. Für die Ingangsetzung des entsprechenden Prüfungsverfahrens war nun der Verwaltungsrat unter Vorsitz Butenandts zuständig.[770] Dass es in diesem Gremium längst nicht ausgemacht war, dass das IfB

Anweiler, Fuchs, Dorner und Petermann, *Bildungspolitik*, 1992, 23 oder, in Bezug auf die langen 1960er Jahre (etwa 1957/58 bis 1973/74): Doering-Manteuffel und Raphael, *Nach dem Boom*, 2012, 39–48.

769 Vgl. zu dieser politikwissenschaftlich inspirierten historiographischen Zeitdiagnose die in der Einleitung dieser Arbeit gegebenen Hinweise.

770 Vgl. zu dieser Zuständigkeit: Protokoll der 85. Sitzung des Verwaltungsrates vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 109 verso.

nach seinem Aufbau 1965 noch für gut fünf Jahre weitgehende Handlungsfreiheit haben würde, zeigt der Blick auf die dortigen Diskussionen.

Denn zum ersten Mal brachte im Verwaltungsrat schon im März 1967 der Bankier Klaus Dohrn anlässlich einer Erwähnung des Instituts im einleitenden Bericht des Präsidenten Befürchtungen zur Sprache, »daß das Institut seine Zielsetzung immer mehr erweitere, in Theorien gehe und die Erarbeitung praktischer Resultate immer mehr in die Ferne rücke«. In der Konsequenz forderte er einen »Überblick über das, was das Institut für Bildungsforschung bisher an Arbeit geleistet und vorbereitet hat«. Obwohl »man« mit einer »längeren Anlaufzeit gerechnet« hätte, habe man sich »die Arbeit des Instituts nicht in dieser Weise gedacht«.[771] Die bei Dohrn anklingenden Vorwürfe der Verzettelung, der abgehobenen Theorieorientierung und eines ausbleibenden bildungspolitisch verwertbaren Forschungsertrags des immerhin bereits seit etwa vier Jahren arbeitenden Instituts versuchte Butenandt in der anschließenden kurzen Erörterung zu entkräften. Dabei führte er primär die von ihm und dem Generalsekretär in den Beiratssitzungen gewonnen positiven Eindrücke ins Feld. Obwohl seine Argumente insgesamt nicht eben überzeugend waren,[772] konnte sich die allmählich formierende Opposition gegen die grundlegende Unterstützung durch den Präsidenten nicht durchsetzen. Im Ergebnis gelang es Butenandt, die von Dohrn geforderte und auch von Dölle unmissverständlich als »Rechenschaftsbericht« bezeichnete Bilanzierung der Institutsarbeit zu verhindern und das Gremium auf einen vage gehaltenen späteren Zeitpunkt zu vertrösten.[773]

Fast genau ein Jahr später kam das Thema erneut zur Sprache: Zwischenzeitlich hatte Butenandt den Senat der MPG über die Verbindungen des IfB zu den Studierendenprotesten und politischen Aktionen beruhigen müssen, die nach der Ermordung Benno Ohnesorgs (1940–1967) am 2. Juni 1967 besonders an der FU aufgeflammt waren.[774] Als sich der »Erweiterte Verwaltungsrat«, der den Präsidenten seit 1963/64 wissenschaftspolitisch beriet,[775] Anfang März 1968

---

771 Vgl. Protokoll der 72. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 72.VP, fol. 81–fol. 82.

772 Butenandt überging die vom Institut selbst vertretene Zielsetzung einer reformorientierten Politikberatung und den immer wieder betonten Anspruch, wissenschaftlich gestützte Alternativen für eine bessere politische Entscheidungsfindung liefern zu wollen. Stattdessen warf er den Kritikern vor, dass diese noch vor Kurzem eine Zurückhaltung des Instituts in Bezug auf schulpolitische Fragen und stattdessen die Ausrichtung auf »langfristige[...] Forschungen auf bildungstheoretischem Gebiet« gefordert hätten. Angesichts der »vielen sich anbietenden Probleme« sei es zudem schwer, »die wichtigsten auszuwählen«. Im Übrigen sei im Beirat der Eindruck vermittelt worden, »daß sich das Institut konsolidiert hat«. Vgl. Protokoll der 72. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 72.VP, fol. 82.

773 Protokoll der 72. Sitzung des Verwaltungsrates vom 9. 3. 1967 in Kassel, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 72.VP, fol. 82.

774 Protokoll der 58. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 58.SP, fol. 368.

775 Der Erweiterte Verwaltungsrat bestand aus den Mitgliedern des Verwaltungsrats und fallweise hinzugezogener Wissenschaftlicher Mitglieder der MPG. Er ersetzte den von Butenandt zu Beginn seiner Amtszeit zu seiner persönlichen Beratung außerhalb der Satzung einberufenen »wissenschaftspolitischen Beratungskreis«, dessen Existenz in der MPG teilweise argwöhnisch beobachtet worden war. Obwohl auch das erweiterte Gremium nicht in der 1964 erneuerten Satzung vorgesehen war, hatte Butenandt es vor dem Senat rechtfertigen können und der Erweiterte Verwaltungsrat wurde in dem für die MPG maßgeblichen Satzungskommentar Dölles aufgenommen. Damit hätte er, laut Balcar, »das Placet [...des] Spiritus Rector der gesamten Satzungsreform« erlangt. Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 176–177, Zitat 177.

im Zuge der Pläne für die Einführung einer mittelfristigen Finanzplanung in der MPG mit der haushalterischen Situation aller Max-Planck-Institute und ihrer Entwicklung befasste, streifte die Diskussion im Fall des IfB dessen Stammdaten nur kurz.[776] Hauptsächlich ging es um die offenbar nicht nachlassende, inzwischen noch verstärkte »Kritik an der Arbeit des Instituts«, deren Berechtigung diesmal sogar Heisenberg geklärt haben wollte, und erneut wurde auf die Einleitung des Prüfungsverfahrens über die Zugehörigkeit zur MPG gedrungen.[777] Diesmal plädierte besonders der Beiratsvorsitzende des Instituts Zweigert dafür, dem Institut »bis zu einem Urteil über seinen Erfolg« mehr Zeit zu geben. Der seit April 1966 als Generalsekretär amtierende Friedrich Schneider (1913–1981)[778], mit dem Becker in Berlin zur Schule gegangen war,[779] erklärte die Schwierigkeiten am Institut mit dem Hinweis auf die »vorzeitigen Anforderungen von außen« – was darauf anspielte, dass das IfB inzwischen intensiv in die Arbeit des Bildungsrats eingebunden war – und Butenandt wies auf die am IfB arbeitenden »ausgezeichnete[n] jüngere[n] Leute (Edelstein)« hin, die »für die wissenschaftliche Zukunft des Instituts hoffen ließen«. Im Ergebnis war es erneut das präsidiale Votum, dem auch diesmal nicht widersprochen wurde, das die Diskussion beendete: Butenandt schloss, dass »nichts versäumt [werde], wenn mit der Inkorporation des Instituts in die Max-Planck-Gesellschaft noch einige Zeit zugewartet würde«.[780]

Diesen Zeitpunkt hielt der Präsident erst annähernd zwei Jahre später, Ende November 1969, für gekommen. Offenbar traute er es den inzwischen vom Institut erbrachten Leistungen zu, die Kritik mindestens aufzuwiegen. Denn damals schien die für den Präsidenten durchaus peinliche, von Hüfner und Naumann im Rückblick konstatierte »publikationsarme[...] Zeitspanne« der ersten vier Jahre der Institutstätigkeit zwischen 1964 und 1967 mit nur elf monographischen Studien, endlich überwunden. Von 1968 bis 1971 folgte mit 50 Buchpublikationen demnach ein »Veröffentlichungsboom«, wozu besonders die für den Bildungsrat erstellten

---

776 Die Befassung mit der Einführung einer mittelfristigen Finanzplanung in der MPG ging laut den einleitenden Worten Butenandts auf eine Anregung Wursters und auf den Verwaltungsausschuss von Bund und Ländern zurück. Für jedes Institut hatte die GV im Zuge der Umsetzung Unterlagen vorbereitet. In Bezug auf das IfB hieß es darin nur, dass die geplante Größe erreicht und ein Neubau geplant sei und dass der Entscheid über die Zugehörigkeit zur MPG noch ausstehe. Vgl. Protokoll der 76. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 64, Zitat fol. 89 und zum IfB: Protokoll der 76. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 89–90, hier fol. 89.

777 In Erinnerung gerufen wurden die bereits auf der vorigen Sitzung des Verwaltungsrats thematisierten Beschwerden »der Ministerien« darüber, dass das Institut keine »ausreichend konkreten Entscheidungshilfen« lieferte. Teile »der Pädagogik« hielten zudem die Form der am Institut betriebenen interdisziplinären Forschung nicht »für sachgerecht«. Darüber hinaus hätten die Abteilungen des Instituts ein »gewisses Eigenleben« entfaltet. Zugunsten des Instituts wurde angeführt, dass es die Einrichtung angesichts der Tatsache, dass »Bildungsforschung [...] keine einheitliche Wissenschaft« sei, »schwer gehabt [hätte], die verschiedenen Arbeiten in einen Zusammenhang zu bringen«. Vgl. Protokoll der 76. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 90–91.

778 Schneider war in seiner Funktion als Generalsekretär der MPG bis Juni 1976 tätig. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 444 und 520.

779 Vgl. Singer und Frevert, *100 Jahre*, 2014, 14.

780 Vgl. Protokoll der 76. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 90–91.

Monographien beitrugen. Als Butenandt also im November 1969 im Verwaltungsrat grünes Licht für den Beginn des Prüfverfahrens signalisierte, konnte das Institut auf zehn Buchpublikationen im Jahr 1968 und auf 15 für das Jahr 1969 verweisen, für 1970 befanden sich weitere 15 Monographien in der Pipeline.[781] Zudem war anzunehmen, dass ein weiteres Abwarten die Chancen auf eine volle Aufnahme des IfB in die MPG eher schmälern würde. Denn das Gebiet der Bildungsforschung hatte in der Bundesrepublik inzwischen einen solchen Aufschwung genommen,[782] dass das Berliner Institut seine »Monopolstellung« zu verlieren drohte, die im Beirat noch im Oktober 1968 konstatiert worden war.[783] Am 24. November 1969 jedenfalls setzte Butenandt den Punkt »Volle Eingliederung des Instituts für Bildungsforschung in die Max-Planck-Gesellschaft?« auf die Tagesordnung. Über eine etwaige Kritik an der Institutsarbeit wurde in der Protokollnotiz, die wohl auch angesichts der übervollen Tagesordnung knapp gehalten war, nichts vermerkt. Unter dem Strich stand die Zustimmung des Verwaltungsrats zur »Ansicht des Präsidenten«, dass über die »schon wiederholt verschobene Eingliederung des Instituts« in die MPG »demnächst« entschieden werden müsse. Eine »gewisse Verzögerung« wurde – mit Rücksicht auf die am IfB damals zeitgleich stattfindende »Umgliederung des Instituts von einer Abteilungsstruktur zu einer Projektstruktur« – noch eingeräumt.[784]

---

781 Die Angaben stützen sich auf eine Erhebung von Hüfner und Naumann für die Zeit zwischen 1964 und 1975. Unter Berücksichtigung der Buchpublikationen von Institutsmitarbeiter*innen ermitteln sie insgesamt 85 Veröffentlichungen. Dabei ergibt sich eine deutliche Dreiteilung in die erwähnten ersten vier Jahre der Institutstätigkeit, in die Zeit von 1968 bis 1971 und in die Jahre zwischen 1972 bis 1975, für die – mit 24 Titeln – ein erneutes Abflauen der Veröffentlichungszahl zu verzeichnen ist. Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 171–173, Zitate 172–173.

782 Die Angaben zum Wachstum der Bildungsforschung fallen in der Forschung uneinheitlich aus. Zurückzuführen ist dies auf die Unterschiedlichkeit der Betrachtungszeiträume, vor allem aber auf abweichende Untersuchungseinheiten. Letztlich wird hier das Problem einer einheitlichen Bestimmung von Bildungsforschung erkennbar. Hüfner und Naumann gehen etwa im Hinblick auf die Entwicklung des Finanzvolumens für die Expansionshase zwischen 1963 und 1972 von einer »reale[n] Steigerung des Aufwands für Bildungsforschung [...] um das 8- bis 10fache« aus, von knapp 6 Millionen DM auf knapp 96 Millionen DM. Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer beziehen sich für die Analyse der expandierenden Entwicklung in der BRD zwischen 1967 und 1974/75 auf die Anzahl von Forschungseinrichtungen und ebenfalls auf den Umfang öffentlicher Finanzzuwendung. Weishaupt, Steinert und Baumert ergänzen dies unter Einbeziehung der an den Hochschulen institutionalisierten Erziehungswissenschaft in einem zeitlich weiter gefassten Rahmen. Weischer wiederum liefert Daten vor allem auf Basis der Bundesforschungsberichte, des Fördervolumens der Stiftung Volkswagenwerk und eigenen Berechnungen – allerdings mit jeweils differierenden zeitlichen Bezügen. Rudloff konstatiert schließlich für die Mitte der 1970er Jahre ein etwa gleiches Volumen finanzieller Ressourcen bei verwaltungsnahen Instituten und den übrigen Einrichtungen der öffentlich grundfinanzierten außeruniversitären Forschung. Vgl. Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 161–170, Zitat 170; Klaus Hüfner, Jens Naumann, Helmut Köhler und Gottfried Pfeffer: *Hochkonjunktur und Flaute: Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1967–1980*. Stuttgart: Klett-Cotta 1986, 115–122; Horst Weishaupt, Brigitte Steinert und Jürgen Baumert: *Bildungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Situationsanalyse und Dokumentation*. Bad Honnef: BMBW 1991, bes. (in Bezug auf außeruniversitäre Einrichtungen) 4–5, 59–81, 101–109; Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 293–295, 299, 301, 311 und Rudloff, *Does Science Matter?*, 2005, 31.

783 Im Oktober 1968 wurde die Frage der »Monopolstellung« des Instituts diskutiert und dabei auch auf Forschungsansätze »an Universitätslehrstühlen und in kleineren Gruppen« hingewiesen. Am Ende aber hielt Messerschmid fest, dass »bisher noch keine echte »Konkurrenz« für das Institut bestehe« und man insofern »vorläufig noch von einer Monopolstellung sprechen könne«. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 14. 10. 1968 in Berlin [...], S. 9–10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

784 Protokoll der 84. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes der vom 24. 11. 1969 in Krefeld, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 84.VP, fol. 110.

Nur wenige Monate später, auf seiner nächsten Sitzung am 2. März 1970, beschloss der Verwaltungsrat schließlich, das Verfahren zur Prüfung der Aufnahme des IfB in die MPG anzuschieben und bat die GwS bis zur Sitzung des Senats im November 1970 um eine Empfehlung in dieser Sache.[785] Vorausgegangen war dem Beschluss eine Diskussion, die durch positive Voten des Präsidenten, Zweigerts und Schneiders geprägt war. Sie verwiesen erneut auf die günstige Beurteilung der Institutsarbeit durch den Beirat, vor allem aber auf die inzwischen übernommene »Aufgabe« des Instituts »zu Tagesfragen, insbesondere als Berater des Bildungsrats, Stellung zu nehmen« und auf das Ansehen, welches das IfB besonders bei »Sachverständige[n] der OECD« genösse. Diese hielten das Institut laut Schneider »für die beste europäische Einrichtung dieser Art«, wobei er darauf verzichtete zu erwähnen, dass eine vergleichbare Einrichtung im Kontext der OECD nicht existierte. Dagegen stand wieder eine kritische Stellungnahme Wursters, der seine Strategie inzwischen offenbar geändert hatte und die Angelegenheit zum damaligen Zeitpunkt nicht in der GwS diskutiert wissen wollte. So berichtete er aus dem Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk, dass diese angesichts der inzwischen hochgeschnellten Anzahl von Förderanträgen im Bereich der Bildungsforschung überlegte, solche Arbeiten sogar »auf die Negativliste« zu setzen, sie also kaum mehr als förderungswürdig einzustufen und warnte vor »übereilten Beschlüssen« in Bezug auf das IfB. Letztlich erklärte sich jedoch auch Wurster mit der Überweisung an die Sektion einverstanden, mahnte allerdings an, »auch solche Wissenschaftler von Rang zu Wort kommen zu lassen, die dem Institut bisher ausgesprochen kritisch gegenüberstehen«.[786] Dass sich darin seine Erfahrungen mit der bisherigen affirmativen Besetzungspolitik von derlei Gremien, vor allem im Fall des Beirats des IfB und der »Größenordnungskommission«, niederschlugen, ist anzunehmen. Insgesamt betrachtet hatte es also vor allem Butenandt im Verein mit seinem Generalsekretär und dem Beiratsvorsitzenden erreicht, das Institut immerhin bis zum März 1970 aus der Schusslinie der wachsenden Kritik innerhalb der MPG zu nehmen und ihm damit für dessen erste Arbeitsphase MPG-intern über mehrere Jahre hinweg den Rücken freigehalten. Was kennzeichnete nun die Entwicklung des Instituts in jener, zumindest im Verhältnis zur MPG, ›ruhigen‹ Zeitspanne?

785 Protokoll der 85. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 110.

786 Protokoll der 85. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 109 verso–110.

3.3.2 Wie geplant: »Reformorientierte Politikberatung« – Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bildungsrat und Orientierung der Forschung an der Programmatik des »Strukturplans für das Bildungswesen« (1970)

Die Arbeit am IfB war in seinem ersten Dezennium thematisch und quantitativ wesentlich durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bildungsrat geprägt, der Mitte Juli 1965 eingerichtet und nach annähernd zehnjähriger Tätigkeit 1975 aufgelöst wurde.[787] Sie stand ganz im Zeichen der Bildungsreformen und lässt sich mit den Worten Beckers als Phase der »reformorientierte[n] Politikberatung« charakterisieren.[788] Diese Bewertung ist in institutsseitigen Darstellungen allerdings nicht unumstritten. Die Tätigkeit im Kontext des BR wird dort zum Teil als wenig glücklicher Umstand geschildert, der das IfB mit politiknaher Forschung belastet habe und quasi von außen auf das IfB zugekommen sei – mit dem Effekt, eine konzentrierte Entwicklung der Grundlagenforschung behindert zu haben.[789] Zu verstehen ist diese Lesart auf dem Hintergrund der seit den 1970er Jahren und besonders seit 1975 innerhalb der MPG noch einmal massiv anwachsenden Kritik an der Arbeit des Instituts. Diese machte sich, wie zu zeigen sein wird, auch an dem Vorwurf der Politisierung und der fehlenden Orientierung an einer ›richtig‹ verstandenen, also ›empirisch‹ basierten Grundlagenforschung fest. Eine defensiv angelegte historiographische Deutung des Verhältnisses von Institut und BR erlaubte daher gegenüber einer solchen Kritik eine gewisse Entlastung, da damit die Verantwortung für die Institutsentwicklung quasi externalisiert werden konnte. In der Darstellung zum 25jährigen Institutsjubiläum zum Beispiel signalisierte man mit dieser Deutung, die sich von der Politikberatung implizit distanzierte, acht Jahre nach der Emeritierung Beckers in die MPG hinein eine gegenüber der Ära Becker veränderte forschungspolitische Ausrichtung des MPIB. Tatsächlich jedoch spricht alles dafür, dass der Bildungsrat eine von Becker und anderen hoch erwünschte institutionelle Ergänzung zur Gründungsintention des Bildungsforschungsinstituts darstellte, die darauf angelegt war, die vom Institut durchgängig anvisierte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik im Dienst einer nationalen Bildungsreform in die Realität umzusetzen. Die Kooperation zwischen BR und IfB/MPIB ist allerdings erst teilweise erforscht.[790] Sie soll im Folgenden unter Berücksichtigung der wichtigsten zeitgenössischen

---

787 Vgl. zum BR zunächst Rudloff, *Macht*, 2004, 176–184 und zum Aufschwung der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren übergreifend Wilfried Rudloff: Verwissenschaftlichung der Politik? Wissenschaftliche Politikberatung in den sechziger Jahren. In: Peter Collin und Thomas Horstmann (Hg.): *Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis.* Baden-Baden: Nomos 2004, 216–257.

788 Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

789 Im Vorwort der Darstellung zum 25jährigen Institutsjubiläum heißt es zum Beispiel, dass das IfB »mit einem erheblichen Teil seiner Mitarbeiter nun jahrelang« mit der Arbeit für den BR beschäftigt war und demgegenüber »[l]angfristige Perspektiven der Grundlagenforschung [...] unvermeidlich in den Hintergrund treten« mussten. Max-Planck-Gesellschaft, *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1989, 7.

790 Die Geschichte des BR ist im Hinblick auf die Beziehung zum Berliner Institut erst spärlich untersucht, ebenso wie in Bezug auf das Verhältnis etwa zum DIPF oder zu anderen institutionellen Standorten der Bildungsforschung. Für das IfB/MPIB liegen vor allem am MPIB entstandene Rückblicke und Arbeiten vor. In jüngerer Zeit hat neben Rudloff besonders Wiarda zu dieser Thematik gearbeitet. Dabei geht er den institutsinternen Diskussionen um das Verhältnis von Politik und Wissenschaft ausführlich nach, lässt aber demgegenüber die wissenschafts- und zeithistorischen

Entwicklungen in der Bildungspolitik näher beleuchtet werden. Vorweg gestellt sei die These, dass die Agenda des Bildungsrats und besonders dessen Meisterstück, der 1970 veröffentlichte *Strukturplan für das Bildungswesen*,[791] die programmatische Rahmung erkennen lässt, in der sich ein Großteil der Forschungen des Instituts während der Ära Becker bis weit in die 1970er Jahre hinein bewegte. Die damit behauptete Verschränkung der Arbeit des Instituts mit der des BR zeigte sich besonders auch an der sich damals verändernden bildungsökonomischen Argumentation und der gewandelten Rolle der Bildungsökonomie am IfB.

Der Deutsche Bildungsrat: Der Deutsche Bildungsrat wurde gemäß des Bund-Länderabkommens vom 15. Juli 1965 nur gut zwei Wochen nach Auflösung seines Vorgängers, des Deutschen Ausschusses, als Pendant zum Wissenschaftsrat gegründet und sollte für die Bedarfs- und Entwicklungsplanung des deutschen Bildungswesens außerhalb des Hochschulbereichs zuständig sein.[792] Koordiniert von einer gut ausgestatteten Geschäftsstelle in Bonn arbeitete der BR in zwei vierjährigen Amtsperioden, von 1966 bis 1970 und, mit einer einjährigen Mandatsverlängerung, von 1971 bis 1974/75. In Anlehnung an die erfolgreiche Struktur des WR wurde der BR als intermediäres Gremium zwischen der Bundes- und Länderpolitik, den Kommunen sowie der Wissenschaft in einem Zwei-Kammer-System, einer Bildungs- und einer Regierungskommission, organisiert. Zur Abstimmung mit dem WR war ein Koordinierungsausschuss eingerichtet. Der 18-köpfigen Bildungskommission, deren Mitglieder von der Ministerpräsidentenkonferenz und der Bundesregierung vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten ernannt wurden, kam in der organisatorischen Binnenkonstellation des BR das bestimmende Gewicht zu: Sie beauftragte die Gutachten, bereitete auf Basis der Vorarbeiten ihrer Ausschüsse und Unterausschüsse Empfehlungen vor und beschloss diese, auch wenn vor deren Veröffentlichung noch die Regierungskommission anzuhören war. Die damit verbundene Dominanz der Bildungskommission, die zugleich das Risiko des Verlusts politischer Umsetzungsmöglichkeiten barg, suchte man durch die Integration von Mitgliedern aus Politik und Bildungsverwaltung in den Prozess der Erstellung der Empfehlungen auszugleichen.[793] Die erhoffte Wirkung des BR lag bei seiner Gründung in der Überwindung unterschiedlicher parteipolitischer und föderaler Positionen in der Bildungspolitik durch ein vereinheitlichend wirkendes nationales

---

Bezüge zurücktreten. Vgl. zum Folgenden vor allem Hellmut Becker: Der Bildungsrat. Bildungsplanung als Lernprozeß. *Neue Sammlung* 10 (1970), 1–18; Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 69–71, 174–189; Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer, *Hochkonjunktur*, 1986, 149–164; Jürgen Raschert: Bildungspolitik im kooperativen Föderalismus. Die Entwicklung der länderübergreifenden Planung und Koordination des Bildungswesens der Bundesrepublik Deutschland. In: Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 1: Entwicklungen seit 1950.* Stuttgart: Rowohlt 1980, 101–215, bes. 165–188 und Wiarda, *Beratung*, 2016, vor allem Kapitel 5. Siehe zu Rudloff die oben erwähnten Titel.

791 Vgl. Deutscher Bildungsrat: *Strukturplan für das Bildungswesen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1970] 1973.

792 Laut Artikel 2 des Bund-Länder-Abkommens vom Juli 1965 war es die Aufgabe der Bildungskommission, »1. Bedarfs- und Entwicklungspläne für das deutsche Bildungswesen zu entwerfen«, »2. Vorschläge für die Struktur des Bildungswesens zu machen und den Finanzbedarf zu berechnen« sowie »3. Empfehlungen für eine langfristige Planung auf den verschiedenen Stufen des Bildungswesens auszusprechen«. Vgl. Abkommen über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates vom 17. Juli 1965. Dokument Nr. 30. In: Manfred Abelein (Hg.): *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970, 176–178, hier 176.

793 Siehe dazu den Vergleich der Organisationsstruktur von DA, BR und WR bei Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 171–173.

Beratungsgremium, in dem Bildungsexpert*innen mit administrativem Sachverstand auf Basis wissenschaftlicher Forschung in gemeinsamen Planungsanstrengungen zusammengebracht werden sollten.[794] Insofern war die Gründung des BR wie schon zuvor des WR sowohl ein Ausdruck wie auch einer der Höhepunkte der Phase des kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik. Zugleich war das Gremium auf den dabei vorausgesetzten überparteilichen Konsens und Willen zur nationalen Zusammenarbeit in hohem Maße angewiesen.

Verbindungen zwischen IfB und BR: Das Institut für Bildungsforschung spielte für den Bildungsrat auf verschiedenen Ebenen eine unverzichtbare Rolle. Umgekehrt kann die zentrale Programmschrift des BR, der *Strukturplan für das Bildungswesen*, wie erwähnt, als Ausformulierung und Weiterentwicklung der bereits in der Institutsskizze von 1958 angelegten und in weiten Teilen schon vom DA verfolgten bildungspolitischen Reformansätze gelesen werden, der einen Großteil der am Institut verfolgten Studien rahmte. Schätzungsweise ein Drittel bis die Hälfte der vom BR während seiner zwei Amtsperioden in Auftrag gegebenen etwa 260 Gutachten und Expertisen, die den Empfehlungen zugrunde lagen und die in der Reihe »Gutachten und Studien der Bildungskommission« teilweise publiziert wurden, sind von zeitweiligen oder dauerhaften Mitarbeitenden des Instituts erarbeitet worden.[795] Laut Jürgen Raschert (1937–2012), der neben Ullrich Böhm und Annegret Harnischfeger als Assistent des BR seinen festen Arbeitsplatz am Institut hatte, arbeiteten in den Unterausschüssen der Bildungskommission »von 1965 bis 1975 stets etwa 10 bis 20 Mitarbeiter des Instituts als Mitglieder«,[796] so dass das Institut wohl tatsächlich »so etwas wie die ›Werkstatt‹ des Bildungsrates« darstellte, wie dies

---

794 Inwieweit dieser Anspruch der Realität entsprach, wäre zu prüfen. Raschert ist bestrebt, die Grundzüge der Arbeit des BR darzustellen und geht daher nicht in Details. An dieser Stelle konzediert er aber selbst, dass es sicher »Experten gegeben« habe, die übergangen wurden. Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 174–175.

795 In Bezug auf die Leistungen des IfB für den BR gibt es derzeit nur grobe und voneinander abweichende Angaben. Herangezogen wurden hier die Hinweise aus der Institutsdarstellung von 1989, von Raschert und Leschinsky sowie eine Übersicht mit Stand vom April 1970, in der die Autorschaft der bis dahin zwölf veröffentlichten Gutachten gelistet ist. Ebenso wird dort die Erstformulierung von vier Empfehlungen, Beiträgen zum Strukturplan und eines noch nicht verabschiedeten Empfehlungsentwurfs aufgeführt und ansonsten auf die Beteiligung in Form kritischer Lektüre in »vielen Fällen« hingewiesen. Laut Übersicht im Anhang des Strukturplans von 1970 waren – ohne Becker und Edding – 13 der insgesamt 88 aufgeführten Gutachtenden für die Bildungskommission Mitarbeiter*innen des Berliner Instituts, also etwa 15 Prozent. Die Anzahl der jeweils erstellten Gutachten ist dort nicht berücksichtigt. Vgl. Max-Planck-Gesellschaft, *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1989, 7; Jürgen Raschert: Der Deutsche Bildungsrat und das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Funktionen und Probleme der Politikberatung. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 13–17, hier 13; Leschinsky, *Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1996, 181; Annegret Harnischfeger [i. A. Hellmut Becker] an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG, Berlin, 16. 4. 1970, [Anlage]: Zusammenstellung über die Beteiligung des Instituts für Bildungsforschung an Arbeit und Veröffentlichungen des Deutschen Bildungsrates, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15 und Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 356–363.

796 Raschert, *Der Deutsche Bildungsrat*, 1989, 13–14, Zitat 13. Es ist davon auszugehen, dass damit wissenschaftliche Mitarbeiter*innen gemeint waren. Laut einer Übersicht von April 1970 waren am Institut Raschert von 1966 bis 1968, Böhm »von Anfang an«, und Harnischfeger seit 1969 vollzeitlich für den BR tätig. Richter erinnert zudem, dass Raschert und Nevermann als persönliche Referenten Beckers die Arbeit zwischen beiden Einrichtungen koordinierten. Vgl. Annegret Harnischfeger [i. A. Hellmut Becker] an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG, Berlin, 16. 4. 1970, [Anlage]: Zusammenstellung über die Beteiligung des Instituts für Bildungsforschung an Arbeit und Veröffentlichungen des Deutschen Bildungsrates, S. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15; Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 145.

Richter erinnert.[797] Im Oktober 1967 stellte Becker vor dem Beirat entsprechend fest, dass der BR im Kontext von externen Beratungsanfragen »die Hilfe des Instituts am meisten in Anspruch« nehme. Schon im Vorjahr hatte er den Beirat darauf vorbereitet, dass insbesondere für die Erarbeitung des Strukturplans des BR die »Inanspruchnahme der Mitarbeiter des Instituts bei der wissenschaftlichen Vorbereitung [...] sehr erheblich« sein werde.[798] Darüber hinaus war die personelle Verflechtung zwischen Institut und BR nicht nur in den Ausschüssen und Unterausschüssen,[799] sondern auch in der maßgeblichen Bildungskommission eng: Dort waren mit Becker und Edding die beiden damals wohl wichtigsten Institutsdirektoren sowie mit Roth, dem Prälaten Hanssler und der Soziologin Renate Mayntz-Trier (geb. 1929) drei Mitglieder des ersten und zweiten Beirats des Berliner Instituts vertreten, wobei Roth im BR eine der zentralen Persönlichkeiten darstellte.[800] Hüfner und Nauman legen zudem nahe, dass aufgrund der seit Mitte der 1960er Jahre in der Bundesrepublik erheblich gestiegenen Reputation von Ansätzen der Bildungsforschung[801] den wissenschaftlichen Mitgliedern – und unter diesen, wegen des hinter ihnen stehenden Instituts, besonders Becker und Edding – »ein informelles Prä« für die Gestaltung der Kommissionsarbeit zugekommen sei.[802] Dies wurde gegebenenfalls noch dadurch verstärkt, dass Becker zwei weitere Schlüsselpositionen inne hatte, da er zeitweise Mitglied im Koordinierungsausschuss war, bei dem die Abstimmung mit dem Wissenschaftsrat

---

797 Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 145. Vgl. zum BR auch ebd., 144–146 und 152–153.

798 Im November 1969 wurde noch einmal bestätigt, dass die »Politikberatung« auch in Zukunft »vor allem über die Mitarbeit im Bildungsrat geschehen« solle. Vgl. Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 31. 10. 1966 in Berlin [...], S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76 und Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

799 Laut einer Übersicht von April 1970 leitete Edding den Finanzausschuss. Becker hatte die Federführung für den Unterausschuss »Experimentalprogramm« des Strukturausschusses inne, der die Empfehlungen im Hinblick auf Versuche mit Ganztags- und Gesamtschulen vorbereitete und dem auch Edelstein, Hopf und Raschert angehörten. Zudem war Becker Vorsitzender des Ad-hoc-Ausschusses »Reform in der Bildungsverwaltung« und Mitglied im Unterausschuss »Allgemeine Erwachsenenbildung, berufliche Weiterbildung«. Robinsohn und Goldschmidt arbeiten in einem weiteren Unterausschuss des Strukturausschusses zur »Lehrerbildung« mit, Robinsohn ergänzend im Unterausschuss »Zeit der Differenzierung – Schuleintritt, Schulende, Dauer der Ausbildungsgänge«. Goldschmidts Mitarbeiter, der Soziologe und Berufspädagoge Wolfgang Lempert (1930–2018) wiederum war Mitglied im Unterausschuss »Lehrlingsausbildung« (im Protokoll des Beirats von Oktober 1967 geführt als »Schule und Arbeitswelt«). Vgl. Annegret Harnischfeger [i. A. Hellmut Becker] an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG, Berlin, 16. 4. 1970, [Anlage]: Zusammenstellung über die Beteiligung des Instituts für Bildungsforschung an Arbeit und Veröffentlichungen des Deutschen Bildungsrates, S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15, sowie Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Vgl. auch Wiarda, *Beratung*, 2016, 101 und Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 175.

800 Siehe die Übersicht über die Mitglieder des Bildungsrates bei Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 178–179. Renate Mayntz, damals noch Mayntz-Trier, wurde im November 1966 in die Bildungskommission berufen und war Mitglied im zweiten Beirat des IfB.

801 Ein Indiz dafür ist, dass die meisten Länder bald nach Gründung des IfB daran gegangen waren, eigene Institute oder Abteilungen für Bildungsforschung und -planung einzurichten. »Mitte der siebziger Jahre hatten die verwaltungsnahen Institute, was jedenfalls die finanziellen Ressourcen anging, den Stand der ›freien‹, öffentlich grundfinanzierten Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen bereits erreicht«. Vgl. Rudloff, *Does Science Matter?*, 2005, 27–34, Zitat 31.

802 Dazu Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 180–189, Zitat 189.

lag, und er zudem die Bildungskommission in der Regierungskommission vertrat.[803] Von Seiten des Beirats des IfB wurde die Tätigkeit für den Bildungsrat grundsätzlich befürwortet. Gesehen wurden zwar die sich daraus ergebenden Spannungen zwischen Wissenschaft und Politik. Es galt aber in diesem Gremium zu dieser Zeit tendenziell Roths im Oktober 1968 formulierte Maßgabe, dass diese Spannungen »ausgehalten werden« müssten.[804]

Zur Arbeit des BR – Empfehlungen und Strukturplan: Die Produktivität des BR war enorm und die Nachfrage nach seinen Produkten hoch. In seiner ersten Amtsperiode beauftragte die Bildungskommission 98 Gutachten und Studien, vom BR verabschiedet wurden acht speziellere Empfehlungen sowie der *Strukturplan für das Bildungswesen*.[805] Separat von den Empfehlungen wurde ein Teil der Gutachten in insgesamt 14 Bänden veröffentlicht, die sich bis 1970 gut 50.000 Mal verkauften.[806] Betrachtet man die Inhalte, hebt Raschert neben »Ad-hoc-Empfehlungen eher technischen Charakters«, wie zum Beispiel zum Thema des Lehrermangels in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an Gymnasien (1970), »drei große Empfehlungen« hervor, auf die der BR seine Arbeit konzentriert hätte: die Empfehlungen zur »Neugestaltung der Abschlüsse im Sekundarschulwesen« (1969), zur »Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen« (1969) und zur »Verbesserung der Lehrlingsausbildung« (1969).[807] In ihrem Gesamtzusammenhang verständlich werden die Gutachten und Empfehlungen und mithin auch ein Großteil der damaligen Arbeiten des IfB allerdings erst über den im Februar 1970 vorgelegten Strukturplan, der die meisten der Einzelveröffentlichungen programmatisch überformte.[808] Dessen Erarbeitung hatte die Bildungskommission am 17. März 1966 auf ihrer ersten Sitzung als ihren »Hauptauftrag« definiert, wofür »die wissenschaftliche Ausgangsbasis [... in den folgenden Jahren] so breit und solide wie möglich ausgebaut« werden sollte.[809] Auch auf Grundlage der eigenen Vorarbeiten in den Expertisen und Gutachten legte das Gremium mit dem Strukturplan dann eine mittel- bis langfristig angelegte Gesamtperspektive für die Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik vor. Der gut 360 Seiten starke Plan, der in der Erst-

---

803 Im Koordinierungsausschuss war Becker seit dem 20. März 1969 Vertreter der Bildungskommission. Vgl. Annegret Harnischfeger [i. A. Hellmut Becker] an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG, Berlin, 16. 4. 1970, [Anlage]: Zusammenstellung über die Beteiligung des Instituts für Bildungsforschung an Arbeit und Veröffentlichungen des Deutschen Bildungsrates, S. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15 und Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 347.

804 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 31. 10. 1966 in Berlin [...], S. 8–9, Zitat S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

805 Vgl. zur Anzahl der Gutachten in der ersten Amtsperiode Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 174.

806 Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 174–177.

807 Vgl. Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 179–182, Zitate 179. Siehe zu den Empfehlungen des BR in seiner ersten Amtsperiode Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 174–177.

808 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973.

809 Deutscher Bildungsrat: *Zum Lehrermangel in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an den Gymnasien. Sicherung der öffentlichen Ausgaben für Schulen bis 1970*. Bonn: Bundesdruckerei [1967], 5 und 7.

formulierung mindestens zu einem Drittel von Autoren des IfB stammte,[810] bezog das gesamte Bildungswesen vom Elementarbereich bis zur Weiterbildung ein, flankiert von Empfehlungen zur Reform der Lehrerbildung und Verwaltung. Lediglich den Hochschulbereich sparte der BR aus, für den verabredungsgemäß der WR zuständig war. Im sechsten und letzten Abschnitt, den Edding verantwortete, wurde der Rahmen für die finanziellen und Personalaufwendungen abgesteckt, die auf die öffentliche Hand bei Umsetzung der vorgeschlagenen Grundsatzentscheidungen zukommen würden. Dabei bezogen sich die Kalkulationen auf die Zeitspanne bis 1980, da in diesem Jahr »eine erste Phase der Verwirklichung des Strukturplans abgeschlossen« sein sollte und für weiter ausgreifende Planungen die Datenbasis fehlte.[811] Allerdings wurde die unzureichende Statistik auch grundlegend als nicht ausreichend bemängelt. Seinem Titel entsprechend richtete sich der Strukturplan primär auf die Hervorhebung und Begründung grundlegender, strukturell orientierter Ziele und Weichenstellungen für die Reform der jeweiligen Bildungsstufen und Handlungsbereiche. Bewusst verzichtet wurde auf »Detailarbeit«, so dass nur einige für unabdingbar gehaltene konkretere »Zieldaten für das Jahr 1980« angegeben waren und die Operationalisierung der Empfehlungen »bis zur Ausführungsreife« überwiegend offen blieb.[812]

Seine Einheit gewann der Strukturplan aus den in den ersten beiden Hauptkapiteln entwickelten »Grundsätze[n]« und »Elemente[n]«, die für dessen Verständnis zentral daher sind.[813] Ohne hier auf die in diesen Parts mitschwingenden religiösen Konnotationen einzugehen, wurden darin vorrangig drei, als hoch problematisch beurteilte Entwicklungen moderner Gesellschaften benannt, denen mit den Vorschlägen der Empfehlung begegnet werden sollte. Sie waren ähnlich, etwa in reformpädagogischen oder kulturkritisch geprägten Diskursen, seit langem diagnostiziert worden und nach 1945 hatten bereits die Empfehlungen des DA auf die damit verbundenen Herausforderungen eine Antwort zu geben versucht:[814]

---

810 Becker, Ullrich Böhm, Edding, Raschert, Richter und Robinsohn verfassten in der Erstformulierung den Abschnitt »Differenzierung« in Kapitel II sowie die Kapitel IV, V und VI. Aus dem ersten und zweiten Beirat des Instituts trugen zudem Roth in Kooperation mit Heckhausen, Mayntz-Trier und Hanssler Texte bei. Vgl. Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 22–23 sowie Annegret Harnischfeger [i. A. Hellmut Becker] an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG, Berlin, 16. 4. 1970, [Anlage]: Zusammenstellung über die Beteiligung des Instituts für Bildungsforschung an Arbeit und Veröffentlichungen des Deutschen Bildungsrates, S. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

811 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 21.

812 Die Zieldaten sahen etwa die Einführung eines zehnten Pflichtschuljahres für alle, die Sicherung der Bereitstellung von Kindergartenplätzen für »75 Prozent der Drei- und Vierjährigen«, die Herabsetzung des Einschulungsalters von sechs auf fünf Jahre oder eine deutliche Erhöhung des Anteils der »Vollzeitschüler« in unterschiedlichen Phasen der Sekundarstufe II vor. Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, Zitate 316, 21. Vgl. dazu zum Beispiel Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 183–184.

813 Der im Folgenden gegebene Überblick bezieht sich, soweit nicht anders angemerkt, auf die ersten beiden Hauptkapitel: Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 25–39 und 40–97.

814 Eine systematisch vergleichende Untersuchung beider Gremien steht noch aus. Der BR selbst betonte die Kontinuität zu seiner Vorgängereinrichtung, ebenso wie veränderte Akzente und neue Schwerpunktsetzungen: »In dem Wandlungsprozeß der öffentlichen Meinung zu Schul- und Bildungsfragen hat der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen Pionierarbeit geleistet. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen darzulegen, in welcher Hinsicht die Bildungskommission auf ihm aufbaut und wo sie mit ihren Empfehlungen über ihn hinausgeht. Viele der von ihm ausgegangenen Impulse wirken auch heute noch nach«. Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 19.

- Zu reagieren war auf einen sich beschleunigenden Wandel der Handlungs- und Wissensbedingungen einer technisierten und verwissenschaftlichten Welt,
- auf das damit verbundene schnelle Veralten ebenso wie die explosionsartige Ausweitung des Wissens und die nachfolgende Spezialisierung von Berufen und Tätigkeiten sowie
- auf die soziale und innerlich-individuelle Fragmentierung, die aus den vorgenannten Prozessen resultierte.[815]

Auf Basis einer systemischen Betrachtung des westdeutschen Bildungswesens als einer miteinander verbundenen Einheit – eines »soziale[n] System[s] des Lernens« –[816] setzte der Strukturplan diesen Entwicklungen zwei eng miteinander verbundene Ziele entgegen: die größtmögliche Dynamisierung des Lernens und die Beförderung der »Chancengleichheit«. Konkret wollte man die bis dato starr vertikal gegliederte Dreiteilung des überlieferten, sozial wie curricular fixierten, Schulsystems grundlegend dynamisieren, und zwar unter den Maßgaben der Chancengleichheit, des je individuellen Vermögens und der bestmöglichen Anpassung an die Anforderungen moderner Gesellschaften. Zu diesem Zweck sollte es quasi in die Horizontale eines in sich kommunizierenden und durchlässigen Systems lebenslanger Lernprozesse gebracht werden, wobei dieses System zusätzlich auf curricularer Ebene und nach individuellen Ansprüchen differenziert sein sollte. Die verschiedenen möglichen Bildungsgänge waren dabei als weitgehend gleichwertig konzipiert. Dass mit dieser komplexen Reformvision den Wissenschaften und besonders dem IfB ein potentiell unendliches Arbeitsprogramm zuwuchs, zeigt der etwas genauere Blick auf die beiden hier hervorgehobenen Zieldimensionen der Empfehlung.

1.) In Anpassung an die diagnostizierte Grundlogik der modernen Welt ging es dem BR in der ersten Zieldimension um eine permanente Dynamisierung auf allen Ebenen: der Schulorganisation, der Curricula und der Lernprozesse (»Das Lernen des Lernens«).[817] Übergreifend war ein »zur Zukunft hin offene[s] Bildungssystem«[818] anvisiert, das zudem durch eine permanente, in sich selbst dynamisierte Reformtätigkeit gekennzeichnet sein sollte. So wurde das Reformgeschehen, anachronistisch formuliert, als ein beständiger adaptiver Prozess der wissenschaftsbasierten Zielsetzung, Planung, Umsetzung, des Monitorings, der Zielanpassung und so fort konzipiert und wies damit Anklänge an kybernetische Regelkreismodelle auf. Wie Becker das 1969 an anderer Stelle ausdrückte, sollte nach dieser Logik der Anstoß zu einer »rolling reform«, einer »ständige[n] Weiterentwicklung des Bildungswesens« über eine immer wieder erneuerte

---

815 Im Vorwort zu den beiden ersten vom BR im Mai 1967 verabschiedeten Empfehlungen hieß es, dass die »Leitfrage« im Hinblick auf den Strukturplan wie folgt lautete: »Wie lassen sich Chancengleichheit und individuelle Förderung auch der Hochbegabten verwirklichen in einem Bildungswesen, das zugleich den Erfordernissen einer schnell sich wandelnden Welt Rechnung tragen muß«. Die Frage wurde sogleich, in knappster Form, beantwortet: »Allen das Gleiche und jedem das Seine«. Vgl. Deutscher Bildungsrat, *Zum Lehrermangel*, [1967], 6.

816 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 30.

817 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, Kapitel 4.2.

818 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 15.

Kooperation von »Wissenschaft, Planung und Politik« gegeben werden. Anvisiert war daher nicht mehr »eine endgültige Gesamtlösung«, sondern die Dynamisierung der Reform selbst. Damit war ein grundlegender Perspektivwechsel vorgesehen, der heute ebenso selbstverständlich wie in seiner Logik unerbittlich und unausweichlich scheint. Wie Becker seinerzeit formulierte: »Es gibt keinen großen nationalen Plan, nach dem die Ruhe wieder einkehren könnte«.[819]

Dementsprechend wurde im Strukturplan auf Ebene der Organisation des Bildungswesens eine horizontale Stufengliederung untereinander kommunizierender und möglichst durchlässiger Bildungseinrichtungen entworfen, die vom Elementar- und Primarbereich, über die Sekundarstufen I und II (in der die Berufsbildung inkludiert war) bis zur Weiterbildung reichte. Damit wurde letztlich eine lernende Gesellschaft konzipiert,[820] deren zentrales Kennzeichen ihre permanente Anpassungsfähigkeit war. Die einzelnen schulischen Bildungswege sollten dabei einerseits durch organisatorische und curriculare Veränderungen aneinander angenähert, andererseits sollte eine hohe individuelle Differenzierungsmöglichkeit über die Curricula und ihre Niveaustufen sowie durch das basale pädagogische »Prinzip der individuellen Förderung« (und damit gegebenenfalls verbundener kompensatorischer Programme) gewährleistet werden.[821] In diesem Zusammenhang ist auch die 1969 veröffentlichte, aus der Feder von Becker und Raschert stammende Empfehlung des BR zur *Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen* zu verstehen,[822] die jetzt – in radikalisierter Form – Eingang in den Strukturplan fand. Auf curricularer Ebene wiederum ging es einerseits um die Revision der Bildungspläne und deren Anpassung an die Handlungserfordernisse einer sich beständig wandelnden modernen Gesellschaft. Andererseits sollten gemeinsame Lehr-/Lerngrundlagen vor allem dadurch geschaffen werden, dass »das organisierte Lernen [...] für alle wissenschaftsorientiert« zu sein hätte.[823] Die Rolle der Wissenschaft war insofern ähnlich konzipiert wie im Entwurf der nationalen Politikberatung im Institutsplan von 1958. In beiden Fällen sollten wissenschaftliche Erkenntnisse verbindend und gemeinschaftsstiftend wirken. Im Fall des Entwurfs von 1958 würde die

---

819 Vgl. Hellmut Becker: Bildungsforschung und Bildungsplanung. In: Hellmut Becker: *Bildungsforschung und Bildungsplanung.* Frankfurt am Main: Suhrkamp [1969] 1971, 9–37, Zitate 35 und 36. Das Diktum des »›rolling‹ adjustment« beziehungsweise der »rolling reform« stammte wahrscheinlich aus dem Kontext der OECD, in der dieses Reformmuster 1966 erörtert wurde. 1970 vertiefte Hans-Günter Rolff (geb. 1939) den Ansatz aus soziologischer Perspektive. Rolff war zeitweiliger IfB-Mitarbeiter, der dann in die Berliner Senats- beziehungsweise Kulturverwaltung wechselte. Vgl. OECD (Hg.): *Modernizing our Schools. Curriculum Improvement and Educational Development.* Paris: OECD 1966, 31, 65 und Hans-Günter Rolff: *Bildungsplanung als rollende Reform. Eine soziologische Analyse der Zwecke, Mittel und Durchführungsformen einer reformbezogenen Planung des Bildungswesens.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970.

820 Der Strukturplan bezog das gesamte Bildungswesen inklusive der Bereiche Lehrerbildung, Verwaltung und Finanzen ein. Nur für den Hochschulbereich war der WR zuständig. Vgl. überblicksweise das Vorwort und die allgemeinen Grundsätze: Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 13–39.

821 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 35.

822 Deutscher Bildungsrat: *Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen. Verabschiedet auf der 19. Sitzung der Bildungskommission am 30./31. Januar 1969.* Bonn: Bundesdruckerei [1969]. Zur Autorschaft der »Erstformulierung« der Empfehlung vgl. Annegret Harnischfeger [i. A. Hellmut Becker] an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der MPG, Berlin, 16. 4. 1970, [Anlage]: Zusammenstellung über die Beteiligung des Instituts für Bildungsforschung an Arbeit und Veröffentlichungen des Deutschen Bildungsrates, S. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

823 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 30; vgl. auch 33.

Erkenntnis der Wirklichkeit der Bildungspolitik die richtigen Entscheidungen ermöglichen und mithin zur Überbrückung föderaler oder parteipolitischer Differenzen beitragen. Im Fall des Strukturplans war die Hoffnung darauf gerichtet, dass es eine solche Erkenntnis ermöglichen würde, Lernstoffe und Lernformen zu entwickeln, auf deren Basis die Lernenden, ungeachtet individuell unterschiedlicher Bildungswege und sozialer Unterschiede, zur Wahrnehmung und Etablierung einer gemeinsamen gesellschaftlichen ›Wirklichkeit‹ gelangten. Zugleich wäre mit der grundlegenden Wissenschaftsorientierung von Lehren und Lernen eine Kopplung pädagogischer Prozesse an die Wissenschaft und mithin an einen derjenigen Bereiche institutionalisiert, welcher die gesellschaftlichen Dynamiken permanent selbst produzierte und in Wechselwirkung mit anderen gesellschaftlichen Bereichen weiter beschleunigte.

2.) Das zweite Ziel, das die einzelnen Bildungsbereiche und Handlungsfelder im Strukturplan prinzipiell dimensionierte, war die Erreichung von »Chancengleichheit«. Zur Legitimation dieser Zielsetzung bezog man sich auf das Grundgesetz und forderte von der Politik, die Umsetzung der dort de jure garantierten Rechte in der Praxis zu ermöglichen.[824] Dies war ein Argumentationsmuster, das Becker schon in der Nachkriegszeit bei der Durchsetzung staatlicher Zuschüsse für das Privatschulwesen erfolgreich mitentwickelt und genutzt hatte und das im Übrigen auch der Schrift des liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf, *Bildung ist Bürgerrecht*, zugrunde lag.[825] Diese zweite Zieldimension ist vor allem auf dem Hintergrund der zeitgenössischen Diskurse um Begabung und um Chancengleichheit zu verstehen, mit denen die Empfehlung von 1970 auf das Engste verflochten war – und mit ihm das IfB.

Kontexte – Diskurs um Begabung: Das wichtigste systematische Fundament zur Begründung der Zieldimension der Chancengleichheit hatte der BR dabei selbst, mit dem von Roth 1968 herausgegebenen, wegweisenden Gutachtenband *Begabung und Lernen* gelegt.[826] Laut Roth war es Becker gewesen, der in der Bildungskommission den Vorschlag gemacht hatte, diese Thematik prioritär in Angriff zu nehmen.[827] Der Sammelband, der beanspruchte, die internationale Forschung zu Begabung, Intelligenz und Lernen von unterschiedlichen Disziplinen her auf neues-

---

824 »Das umfassende Ziel der Bildung ist die Fähigkeit des einzelnen zu individuellem und gesellschaftlichem Leben, verstanden als seine Fähigkeit, die Freiheit und die Freiheiten zu verwirklichen, die ihm die Verfassung gewährt und auferlegt«. Vgl. Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 25 und 29–31, Zitat 29.

825 Vgl. Brachmann, *Reformpädagogik*, 2015, 140, 148; Ralf Dahrendorf: *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*. Hamburg: Nannen-Verlag 1965.

826 Heinrich Roth (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen*. 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969.

827 Vgl. Heinrich Roth: Die Frage nach dem Verhältnis von Schule und Gesellschaft, Schulreform und Gesellschaftsreform. Eingeleitet und zusammengestellt von Ursula Nahme. In: Werner Wiater (Hg.): *Mit Bildung Politik machen. Autobiographisches zum schwierigen Verhältnis von Bildungspolitik und Pädagogik*. Stuttgart: Metzler 1991, 10–33, hier 22. Allerdings wurden Grundzüge der Argumentation des Gutachtenbands zur Begabung, inklusive der Schlussfolgerung einer umfassenden Schulreform bereits 1967, in einer Arbeit des damaligen Mitarbeiters am IfB Hans-Günter Rolff vorgelegt. Wie bereits erwähnt, wechselte er anschließend als Referent zum sozialdemokratischen Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers (1922–2010). Rolff hatte die Studie zunächst als Diplomarbeit bei Friedeburg begonnen und sie dann in Berlin für den Druck überarbeitet. Die Studie erschließt auch den damaligen Forschungsstand zum Thema. Vgl. Hans-Günter Rolff: *Sozialisation und Auslese durch die Schule*. 4. Auflage. Heidelberg: Quelle & Meyer [1967] 1969, bes. 8–13, 24, 106–109.

tem Stand zusammenzufassen, verkaufte sich allein bis 1970 über 26.000 Mal und war damit unter den veröffentlichten Gutachten des BR »herausragender Spitzenreiter«.[828] Neben Roth waren an dem Band weitere Wissenschaftler*innen aus dem Umfeld des IfB mit Beiträgen beteiligt. Dazu gehörten etwa Habermas' Assistent, der Soziologe Ulrich Oevermann (1940–2021) und der Entwicklungspsychologe Heinz Heckhausen.[829] Während sich der zu dieser Zeit an der Bochumer Universität lehrende Heckhausen im zweiten Beirat des Instituts zum schärfsten Kritiker der Arbeit der West-Berliner Einrichtung entwickeln sollte, wechselte Oevermann 1968 gerade von Frankfurt an das IfB und wurde dort bald zu einem der diskussionsbestimmenden Wissenschaftler.[830] Schon in Frankfurt hatte er die von Habermas ab etwa 1965 veranstalteten Seminare zur Sozialisationstheorie verfolgen können, die zur Rezeption der angelsächsischen Sozialisationsforschung in der Bundesrepublik wesentlich beitrugen.[831] In seiner Abhandlung im Gutachtenband bezog sich Oevermann dann insbesondere auf die Arbeiten des britischen Soziolinguisten Basil Bernstein (1924–2000) und übertrug dessen Untersuchungen über die Auswirkungen schichtspezifischer sprachlicher und kognitiver Prägungen (restringierter/elaborierter Code) auf den Schulerfolg auf deutsche Verhältnisse.[832] Oevermanns Studien trugen zusammen mit Arbeiten etwa von Lothar Krappmann (geb. 1936), Klaus Hurrelmann (geb. 1944) oder Klaus-Jürgen Tillmann (geb. 1944) wesentlich zur Etablierung der Sozialisationsforschung in der Bundesrepublik bei.[833]

In dem wissenschaftlichen Dauerdiskurs um die Bedeutung von Anlage und/oder Umwelt für die Ontogenese, der seit dem späten 18. Jahrhundert international in wechselnden Konjunkturen geführt wird,[834] stellte der von Roth herausgegebene Band für den bundesdeutschen Bega-

---

828 Zur Auflagenhöhe Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 177.

829 Ulrich Oevermann: Schichtenspezifische Formen des Sprachverhaltens und ihr Einfluß auf die kognitiven Prozesse. In: Heinrich Roth (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969, 297–356; Heinz Heckhausen: Förderung der Lernmotivierung und der intellektuellen Tüchtigkeiten. In: Heinrich Roth (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969, 193–228.

830 Oevermann wechselte 1968 an das Bildungsforschungsinstitut, lehrte zugleich als Honorarprofessor in Frankfurt und wurde am dortigen Institut für Grundlagen der Gesellschaftswissenschaften 1977 auf die Professur für Soziologie und Sozialpsychologie berufen.

831 Die Rezeption internationaler, besonders US-amerikanischer Ansätze der Sozialisationsforschung begann in der Bundesrepublik Anfang der 1960er Jahre. Dazu zum Beispiel Dieter Geulen: Bildungsreform und Sozialisationsforschung. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 3 (1983), 189–200.

832 Becker spricht von einer Beauftragung durch das IfB: Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 14.

833 Vgl. dazu zum Beispiel Geulen, *Bildungsreform*, 1983, 189–200, bes. 192–193; Klaus-Jürgen Tillmann: *Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung.* 2. Auflage. Reinbek: Rowohlt 2010, bes. 13–49 oder Ullrich Bauer und Klaus Hurrelmann: »Sozialisation«. In: Heinz-Elmar Tenorth und Rudolf Tippelt (Hg.): *Beltz Lexikon Pädagogik.* Weinheim: Beltz 2012, 672–675. Krappmann, der seit 1969 am IfB arbeitete, forschte insbesondere zum Bereich Identitäts- und Rollentheorie. Vgl. etwa Lothar Krappmann: *Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen.* Stuttgart: Klett 1971.

834 Zur Geschichte und zu systematischen Aspekten dieses Diskurses, die über den pädagogischen Bereich deutlich hinausreichen, vgl. zum Beispiel Michael Lenz: *Anlage-Umwelt-Diskurs. Historie, Systematik und erziehungswissenschaftliche Relevanz.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2012 und die Beiträge in Stefan Willer, Sigrid Weigel und Bernhard Jussen (Hg.): *Erbe. Übertragungskonzepte zwischen Natur und Kultur.* Berlin: Suhrkamp 2013.

bungsdiskurs einen Meilenstein zugunsten der Umweltfaktoren dar. Angesichts des schlichtweg zentralen Stellenwertes der Publikation sei aus der Einleitung etwas ausführlicher zitiert, in welcher der in dem Band verfolgte Ansatz auf den Punkt gebracht wird:

> *Begabung ist nicht nur Voraussetzung für Lernen, sondern auch dessen Ergebnis.* Heute erkennt man mehr als je die Bedeutung der kumulativen Wirkung früher Lernerfahrungen, die Bedeutung der sachstrukturell richtigen Abfolge der Lernprozesse, der Entwicklung effektiver Lernstrategien, kurz: die Abhängigkeit der Begabung von Lernprozessen und die Abhängigkeit aller Lernprozesse von *Sozialisations- und Lehrprozessen.* [...] Die durch Forschung gesicherten Aussagen der Gutachten über die Voraussetzungen für effektives Lernen sind quantitativ und qualitativ von so großer Bedeutsamkeit, daß sie alle gründlich durchdachten Anstrengungen rechtfertigen, unser Schulwesen unter Berücksichtigung dieser Forschungsergebnisse zu verbessern. [...] Lernen ist ein lebenslanger Prozeß, der nicht abschließbar ist, nicht abgeschlossen werden darf.[835]

Diese Position widersprach grundlegend den biologistisch und sozialdarwinistisch geprägten Darstellungen, die den wissenschaftlich, politisch und medial geführten westdeutschen Begabungsdiskurs in den 1950er Jahren vor allem im Anschluss an die Arbeiten des bei Freyer habilitierten Soziologen und Sozialanthropologen Karl Valentin Müller (1896–1963) dominiert hatten.[836] Dem grundlegenden Argumentationsmuster nach wurde dabei von einem in jeder Generation quantitativ begrenzten, schmalen Begabungspool ausgegangen, der sich in den oberen gesellschaftlichen Schichten legitimerweise konzentrierte. Die Tatsache der Einnahme gesellschaftlicher Führungspositionen wurde als Ergebnis diachroner Selektionsprozesse betrachtet, welche die Existenz von ›Begabung‹ insofern historisch erwiesen hätten.[837] Dem setzten die Beiträge des Gutachtenbandes 1968 einen alternativen und wirkmächtigen Entwurf entgegen. Überzeugungskraft gewann dieser zudem aufgrund der seit Anfang der 1960er Jahre zunehmenden Kritik an den Praktiken der schulischen Übergangsauslese, besonders an den Aufnahmeprüfungen und den damals noch dominierenden Lehrerbeurteilungen. Auch auf Basis

---

835 Heinrich Roth: Einleitung und Überblick. In: Heinrich Roth (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969, 17–67, Zitate 22, 66, 67; Hervorhebung des ersten Satzes durch Behm, zweite Kursivsetzung im Original.

836 Vgl. dazu und zum Folgenden besonders die umfassende Studie von Wilfried Rudloff: Ungleiche Bildungschancen, Begabung und Auslese. Die Entdeckung der sozialen Ungleichheit in der bundesdeutschen Bildungspolitik und die Konjunktur des »dynamischen Begabungsbegriffs« (1950 bis 1980). *Archiv für Sozialgeschichte* 54 (2014), 193–244 sowie, zeitlich weiter zurückreichend, Peter Drewek: Begabungstheorie, Begabungsforschung und Bildungssystem in Deutschland 1890–1918. In: Karl-Ernst Jeismann (Hg.): *Bildung, Staat, Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Mobilisierung und Disziplinierung.* Stuttgart: Franz Steiner 1989, 387–412. Siehe zu Müllers Habilitation bei Freyer und zu dessen rassistischem Ansatz Schäfer, *Wider die Inszenierung des Vergessens*, 1990, 121, 156–157.

837 Zu Müller und weiteren Protagonisten erbbestimmter Begabungskonzepte vgl. zum Beispiel Rudloff, *Ungleiche Bildungschancen*, 2014, 207–209; Peter Drewek: Die Begabungsuntersuchungen Albert Huths und Karl Valentin Müllers nach 1945. Zur wissenschaftsgeschichtlichen Bedeutung des konservativen Begabungsbegriffes in der Nachkriegszeit. *Zeitschrift für Pädagogik* 35/2 (1989), 197–217 sowie Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 100–102.

der damals beigebrachten Ergebnisse vergleichender psychologischer Tests wurde deren Objektivität zunehmend hinterfragt.[838]

Kontexte – Diskurs um Chancengleichheit: Ebenso schloss der Strukturplan an den damals geführten Diskurs um Chancengleichheit in der Bildungsbeteiligung an, der sich mit dem Begabungsdiskurs überlagerte und dessen besondere Dynamik in der Bundesrepublik besonders mit dem Aufstieg der SPD zur Volks- und Reformpartei verbunden war.[839] Noch in den 1950er Jahren war die Dimension sozialer Ungleichheit im Begabungsdiskurs kaum präsent gewesen, es dominierten die skizzierten Deutungsmuster erbbiologisch orientierter Arbeiten vor allem in Orientierung an den Texten Müllers.[840] Dies änderte sich in den 1960er Jahren grundlegend, wobei die SPD einer der kraftvollsten politischen Treiber dieses Wandels war. Auf diversen vorlaufenden Diskussionen basierend, wurden im Sommer 1964 die »Bildungspolitischen Leitsätzen« verabschiedet. Darin erhob man angesichts des auch in der SPD diagnostizierten Modernitätsrückstands des bundesdeutschen Bildungs- und Erziehungswesens den Umgang mit Fragen der Erziehung und Ausbildung zur individuell und kollektiv schicksalsentscheidenden Aufgabe und verband die Hoffnung auf deren Bewältigung mit dem »Erziehungsziel [... des] mündige[n] Bürger[s]«. Gekoppelt mit dem in der SPD seit langem vertretenen sozialpolitischen Leitwert der Gerechtigkeit wurde in der Konsequenz die Forderung erhoben, »allen Menschen die ihren Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Bildungschance zu eröffnen«.[841]

Einen Schub öffentlicher Aufmerksamkeit und Anerkennung erhielt diese Forderung durch zeitgenössische soziologische Studien. Besonders wirkmächtig wurde die bereits erwähnte, 1965 veröffentlichte Arbeit Dahrendorfs *Bildung ist Bürgerrecht*, die neben den im Vorjahr veröffentlichten Texten Pichts zu der von ihm ausgerufenen »deutsche[n] Bildungskatastrophe« zum zweiten Klassiker der Bildungsreformen avancierte. Darin stützte sich Dahrendorf unter anderem auf die soeben bei ihm in Tübingen durchgeführte regional vergleichende Arbeit von Hansgert Peisert (1928–2011), die dazu beitrug, das sprichwörtliche ›katholische Arbeitermädchen

---

838 Vgl. Rudloff, *Ungleiche Bildungschancen*, 2014, 219–226. Rudloff verweist in seinem Beitrag mehrfach auf Anleihen der deutschen Forschung, besonders der Testforschung, an entsprechenden, weiter entwickelten Arbeiten in den USA. Historisiert wurden diese Ansätze unlängst von Alexa Geisthövel. Der Diskurs um Intelligenz, deren Messmethoden und die wissenschaftlich produzierten Testergebnisse stand in den USA im frühen 20. Jahrhundert in zentralem Zusammenhang mit dem rassistisch konnotierten gesellschaftspolitischen Umgang mit (und der Abwehr von) bestimmten Gruppen von Einwanderern in die Vereinigten Staaten sowie Forderungen der Gleichberechtigung von Afroamerikaner*innen. Vgl. dazu grundlegend Alexa Geisthövel: *Intelligenz und Rasse. Franz Boas' psychologischer Antirassismus zwischen Amerika und Deutschland, 1920–1942*. Bielefeld: transcript 2013.

839 Vgl. zum Folgenden vor allem Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, 1982, 533–537 und zur Parteientwicklung der SPD im Überblick zum Beispiel Susanne Miller: *Die SPD vor und nach Godesberg*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1975, 34–40.

840 Rudloff, *Ungleiche Bildungschancen*, 2014, 207.

841 Anfang Juli 1964 nahmen die Führungsgremien der Partei die »Bildungspolitischen Leitsätze« an und erklärten sie zur Grundlage sozialdemokratischer Bildungspolitik, die ihrerseits zur »wichtigste[n] Gemeinschaftsaufgabe unseres Volkes« erklärt wurde. Neben Freiheit und Solidarität sollte Gerechtigkeit eines der drei tragenden Prinzipien dieser Politik sein. Bestätigt wurden die Leitsätze im November auf dem Parteitag in Karlsruhe. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): *Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Bonn: SPD 1964, 7–8, Zitate 7 und Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, 1982, 535–537.

vom Land‹ als Sinnbild kumulierter Wahrscheinlichkeiten für Bildungsungleichheit und -benachteiligung zu plakatieren.[842] Mit der Regierungsbeteiligung der SPD ab 1966 und der seit 1969 von Brandt geführten sozial-liberalen Koalition wurde die politische Durchsetzungsfähigkeit dieser Positionen enorm verstärkt. Das IfB befand sich zu dieser Ausrichtung mit seinen Arbeiten in größter Nähe und es wird noch zu zeigen sein, dass einige der dort tätigen Wissenschaftler die bildungspolitische Programmatik der SPD, die zu Anfang des Wahlkampfjahres 1969 weiter Form gewann, mit entwickelten.[843]

Und die Bildungsökonomie? – »new economics of education«: Im Blick auf die beiden zentralen Zieldimensionen des Strukturplans ist nun die Abwesenheit bildungsökonomisch begründeter Ziele auffällig. Die Bildungsökonomie war für die Legitimation der Gründung des IfB unverzichtbar gewesen und entsprechende Motive hatten bis dato die Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik wie international maßgeblich angetrieben. In dem unter Federführung Eddings entwickelten Kapitel über die Finanzen im Strukturplan lässt sich dagegen eine grundlegend veränderte bildungsökonomische Argumentation erkennen. So schloss zwar auch der Strukturplan noch an die etwa im Kontext der Gründung des IfB vorgebrachten Argumente an, welche die Ausschöpfung von »Begabungsreserven« in den Dienst der internationalen Konkurrenzfähigkeit deutscher Wirtschaft, Wissenschaft und ihrer Bedarfe stellten. Entsprechend hieß es in Erläuterung der dort für die Zeit bis 1980 vorgeschlagenen Zielgrößen, dass diese notwendig seien »wenn dem Doppelzweck [der Empfehlung] Genüge getan werden soll, jedem einzelnen die größtmögliche Chance des Lernens zu bieten, und die Bundesrepublik im Verhältnis zu vergleichbaren Industrienationen konkurrenzfähig zu halten«.[844] Ebenso wurde im Vorwort in bruchloser Anknüpfung an frühere Appelle Eddings und angesichts immer noch desolater Zustände der Datenerhebung in Bund und Ländern der »Aufbau einer modernen Bildungsstatistik« »für die Zwecke der Bildungsplanung« eingefordert, die auch künftig für die wissenschaftliche Forschung dringend notwendig erachtet wurde.[845] Allerdings waren die bil-

---

842 Dahrendorf bezog sich in zentralen Passagen auf Peiserts Habilitationsschrift von 1965 (*Studien zur Sozialstruktur der Bildungschancen in Deutschland*). Vgl. Dahrendorf, *Bildung*, 1965; Hansgert Peisert: *Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland.* München: Piper 1967. Siehe mit Fokus auf dem Aspekt der katholischen Konfession im Wesentlichen bestätigend Rolf Becker: »Das katholische Arbeitermädchen vom Lande« – Ist die Bildungspolitik ein Opfer einer bildungssoziologischen Legende geworden? In: Claudia Crotti, Fritz Osterwalder und Walter Herzog (Hg.): *Pädagogik und Politik. Historische und aktuelle Perspektiven. Festschrift für Fritz Osterwalder.* Bern: Haupt 2007, 177–204.

843 Die Beziehungen des Bildungsforschungsinstituts zur FDP, besonders zu deren renommierter Bildungsexpertin Hildegard Hamm-Brücher, stehen zur Forschung noch aus. Hier kann von der anstehenden Biographie Hamm-Brüchers, die derzeit bei Petra Weber am IfZ in München in Arbeit ist, Klärung erhofft werden.

844 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 21.

845 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 21, 20. Edding war in der Bundesrepublik einer der ersten gewesen, der Ende der 1950er Jahre die Erhebung entsprechender Daten gefordert hatte. Dabei hatte er zunächst mit dem »konzertierten Widerstand« in den Kultusministerien umzugehen, die laut Edding große »Furcht« vor einem Vergleich zwischen den Ländern gehabt hätten. Noch 1986 kritisierten Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer harsch den Stand der westdeutschen Bildungsstatistik. Vgl. Edding, *Selbstdarstellung*, 1978, 14–15 und Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer, *Hochkonjunktur*, 1986, 163–164. Siehe zu Stand und Geschichte der Bildungsstatistik zum Beispiel Rudloff, *Ungleiche Bildungschancen*, 2014, 198–199 und Helmut Köhler: Amtliche Bildungsstatistik im Wandel. In: Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980, 1215–1285.

dungsökonomischen Argumente im Gegensatz zu der Dominanz, welche diesen etwa im Verfahren der Beantragung des Bildungsforschungsinstituts in der MPG zugekommen war, im Strukturplan merklich in den Hintergrund gerückt. Besonders Bedarfsplanungen erschienen jetzt nur noch randständig. Vor allem aber wurde die Berechnung der Renditen aus Bildungsinvestitionen nun sogar methodisch für unmöglich erklärt und Wirtschaftsunternehmen sahen sich dazu aufgefordert, die Finanzierung einer grundlegend reformierten Lehrlingsausbildung und Weiterbildung mit zu tragen.[846]

Die beobachteten substantiellen Veränderungen werden im Blick auf zwei Kontexte verständlich: Zum Ersten drückten sich darin die gesellschaftspolitischen Entwicklungen seit Mitte der 1960er Jahre und die inzwischen vorrangige Emphase für Chancengleichheit und Demokratisierung im Bildungswesen aus, welche die Legitimation der Bildungsreformen durch den Hinweis auf wirtschaftliche Bedarfe allmählich überlagerte. So diente im Strukturplan das Kapitel zu den Finanzen jetzt primär dazu, auf Basis einer »Zielprojektion« »den Finanzbedarf zu berechnen, der sich aus [… den] Reformvorschlägen« der Bildungskommission ergab.[847] Dabei wurden gigantische Summen veranschlagt, allein für den Schulbereich eine Steigerung der Ausgaben zwischen 1970 und 1980 um etwa ein Drittel, von etwa 14,5 auf rund 44 bis 50 Milliarden DM:[848] der Finanzbedarf der Reformen würde »einen schnell wachsenden Anteil des Volkseinkommens und der öffentlichen Ausgaben beanspruchen«.[849]

Zum Zweiten standen im Hintergrund von Eddings veränderter Position theoretische und methodologische Entwicklungen im Bereich der Bildungsökonomie, welche vor allem die Reichweite und Aussagekraft des Ansatzes betrafen. So musste Edding im Strukturplan in Bezug auf die von ihm in Erinnerung gerufene klassische Frage seiner Disziplin, »ob der projektierte Aufwand für das Bildungswesen einen [volkswirtschaftlichen] Ertrag verspricht, der ebenso hoch oder höher ist als der von anderen möglichen Verwendungen zu erwartende Vorteil«, eingestehen, dass es »keine Methode [gäbe], die es erlaubt, in einem solchen Nutzenvergleich zu zwingenden Schlüssen zu gelangen«.[850] Kritik und Zweifel an den Möglichkeiten der bildungsökonomischen Methodik waren gegen Ende der 1960er Jahre nun im Fachdiskurs bereits national wie international ventiliert worden.[851]

---

846 Vgl. Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 315–316.

847 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 290. Im Vorwort wird Edding als Autor des Parts zu den Finanzen genannt. Ebd., 23.

848 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 22. Diese Summe wurde im Vorwort genannt. Die Berechnungen der Kosten je Reformpaket wurden in Kapitel VI aufgeführt.

849 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 315.

850 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 315.

851 Vgl. beispielsweise James Ronald Gass: Reflections on Equality, Quantity and Quality in Education. In: Klaus Hüfner und Jens Naumann (Hg.): *Bildungsökonomie – Eine Zwischenbilanz. Economics of Education in Transition. Friedrich Edding zum 60. Geburtstag.* Stuttgart: Klett 1969, 215–222 und Lutz Burkhart: Sozioökonomische Bildungsforschung in der Sackgasse? Einige (selbst-)kritische Bemerkungen. In: Karl Hüfner und Jens Naumann (Hg.): *Bildungsökonomie – Eine Zwischenbilanz. Economics of Education in Transition. Friedrich Edding zum 60. Geburtstag.* Stuttgart: Klett 1969, 253–258.

Für diese Veränderungen steht exemplarisch eine anlässlich von Eddings 60. Geburtstag 1969 herausgebrachte Festschrift, in der zugleich Verschiebungen in der Bildungsforschung am IfB deutlich wurden. In der programmatischen Einleitung hatte Becker zugespitzt, »daß ein technokratischer Bedarfsansatz und eine demokratisch begründete Bildungsexpansion fast notwendig in Widerspruch geraten mußten«. In der Konsequenz entwarf Becker eine Bildungsökonomie, »die sich von der beschränkten Basis der normativ-analytischen Ökonomie löst und [sich] als Sozialwissenschaft begreift [...,] als Bestandteil einer interdisziplinären Bildungsforschung«.[852] Eine solche Verknüpfung des Ziels der Bildungsreform mit Ansprüchen auf eine gesellschaftliche »Demokratisierung« hatten im gesamten Antragsverfahren zur Gründung des Instituts in der MPG gefehlt. Ebenso war es neu, die Bildungsökonomie jetzt als »Bestandteil« der Bildungsforschung und nicht mehr als eine Art Leitdisziplin darzustellen, als die sie im Antragsverfahren noch gegolten hatte. Der explizite Bezug auf die »Demokratisierung« war dabei sicher durch den erwähnten Umschlag der gesellschaftspolitischen Großwetterlage in den 1960er Jahren motiviert. Die veränderte Haltung zur Bildungsökonomie wiederum kann ebenso als Ausdruck der Bestrebung gewertet werden, am IfB den dort übergreifend anvisierten Forschungstyp einer interdisziplinären Bildungsforschung zu realisieren. Bildlich gesprochen, holte der Institutsleiter des IfB die Bildungsökonomie jetzt aus ihrer bisherigen Führungsposition zurück in das Glied eines kollaborativ und integrativ angelegten Ansatzes. Welche leitenden Themen und Fragestellungen Becker dabei für die Bildungsökonomie vorschwebten, zeigen seine Erläuterungen zu den beiden Forschungsfeldern, die demnach künftig am Institut in den Vordergrund rücken sollten. Im Zuge der von BR und Politik voranzutreibenden Bildungsreformen[853] würde es laut Becker auf die Bildungsforschung zukommen, besonders die »Sozialisationsforschung« und die »Curriculum-Forschung« zu verstärken. Während erstere zu untersuchen hätte, wie sich »die Sozialisation des einzelnen im Zusammenhang eines Bildungswesens [vollzieht], das mit der Chancengleichheit ernst zu machen sucht«, würde letztere die »wissenschaftliche Basis für die Veränderung der Lehrinhalte schaffen« müssen. Demnach hätte sich auch der Bildungsökonom »in Kooperation mit anderen Bereichen der Bildungsforschung« künftig neuen Fragen zu widmen, beispielsweise

- wie sich »der Charakter von Arbeit [ändert], wenn sich die Zahl der qualifiziert Ausgebildeten notwendig weit über den unmittelbar bisher bekannten Bedarf hinaus steigern wird?«,
- wie »sich das ganze Bildungswesen inhaltlich, organisatorisch und finanziell auf die Notwendigkeit der ständigen Weiterbildung einstellen [kann], die durch die Akzeleration im technisch-wissenschaftlichen Fortschritt unabdingbar geworden ist?« oder

---

852 Hellmut Becker: Friedrich Eddings Beitrag zur Bildungsökonomie und Bildungsforschung. In: Klaus Hüfner und Jens Naumann (Hg.): *Bildungsökonomie – Eine Zwischenbilanz. Economics of Education in Transition. Friedrich Edding zum 60. Geburtstag.* Stuttgart: Klett 1969, 9–15, hier 13.

853 »Unterstellen wir einmal, daß es der Planung des Bildungsrates und der Praxis der Bildungspolitik in den nächsten Jahren gelingt, auch in der Bundesrepublik ein modernes Bildungswesen aufzubauen. Dann würde, auf einer Vorschulerziehung aufbauend, ein integriertes und differenziertes, nicht mehr schichtspezifisch auslesendes Schulsystem die Fähigkeiten des einzelnen so fördern, daß er zwischen dem 17. und 19. Lebensjahr in erneuter Differenzierung weiterführende Wege in Berufsbildung und Hochschulstudium beschreiten könnte«. Becker, *Friedrich Eddings Beitrag*, 1969, 15.

- wie »Instrumente der Bildungsplanung entwickelt werden [können], die allen diesen differenzierten Zusammenhängen in einer Weise Rechnung tragen, die sowohl den
- individual-psychologischen als auch den gesamtgesellschaftlichen Aspekt berücksichtigt«.[854]

In eine ähnliche Richtung weisend, forderte in der gleichen Festschrift James Ronald Gass vom Centre for Educational Research and Innovation (CERI) und Direktor für wissenschaftliche Angelegenheiten der OECD eine neue Bildungsökonomie (»new economics of education«), die nicht mehr nur quantitative, sondern auch qualitative Fragen zu berücksichtigen hätte. Wie stark diese Veränderung mit der Wahrnehmung weltweiter Bürgerproteste, der »Studentenunruhen« und damaliger kultureller Umbrüche verbunden war, zeigt seine Beobachtung erodierender gesellschaftlicher Orientierungsmaßstäbe, wenn er feststellte: »there is no given body of culture which will enable the individual to find his place in society« – die überlieferten sozialen Technologien »are falling like packs of cards around us«. Auf diesem Hintergrund rief der CERI-Vertreter Edding für das kommende Jahrzehnt zu einem wissenschaftlichen Rollenwechsel – von einem funktional orientierten Ökonomen hin zu einem gesellschaftlich engagierten Philosophen, Soziologen und Psychologen – auf:

> Edding the economist may need to become a philosopher, sociologist and psychologist if he is to contribute to the 1970's as he did in the 1960's. And Edding the scientist will have to grapple with the relationships of scientific knowledge to social action, and perhaps to resist the pressure of politicians to provide »social technologies«.[855]

Mit dieser Stoßrichtung übereinstimmend hatte auch Eddings Kollege Robinsohn schon 1967, also relativ zu Beginn der Amtszeit des BR, in Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten dieses neuen Beratungsgremiums die Bildungsökonomie umstandslos als einen Hebel (*lever*) der Reformen bezeichnet, der in dieser Funktion jetzt ausgedient hätte. Die Dringlichkeit des Anliegens westdeutscher Bildungsreformen sei durch die Bildungsökonomie ins öffentliche Bewusstsein gehoben worden, sie sei aber – ebenso wie eine quantitativ orientierte Soziologie und internationale Vergleiche – methodisch problematisch und würde insbesondere wesentliche soziale und kulturelle Aspekte vernachlässigen:

> Economics of education proved to be a most powerful lever. [...] But this wholehearted embracing of economic reasoning has no doubt created its own problems. There is not only the obvious difficulty of equivalence and comparability, but behind the outcry against what is being disparagingly called »*Ökonomismus*« and »*Soziologismus*« lies the understandable fear that quantitative approaches may conceal and even distort vital questions of function and quality.

---

854 Becker, *Friedrich Eddings Beitrag*, 1969, 15.

855 Gass, *Reflections*, 1969, 222.

Bei den künftigen Bildungsreformen sollten daher aus der Sicht Robinsohns, im Dienste sozialer und kultureller Ziele, die Anpassung curricularer und Bildungsstrukturen im Vordergrund stehen (»curricular and structural adjustment«). Damit arbeitete Robinsohn – zusammen mit seinem Ko-Autor Kuhlmann – der erwähnten, von Becker zwei Jahre später proklamierten Schwerpunktverlagerung der Bildungsforschung in Richtung auf die Curriculum- und Sozialisationsforschung vor.[856]

Achim Leschinsky (1944–2011) hat diesen Prozess später als »Wechsel der Leitdisziplinen« am Institut von der Bildungsökonomie zur Soziologie bezeichnet.[857] Geht man allerdings davon aus, dass am IfB von Anfang an ein integrativer Gesamtansatz gesucht wurde, war die Soziologie von Beginn an dafür prädestiniert, den theoretischen Zusammenhang des Ansatzes zu entwerfen und war daher in gewissem Sinn schon damals eine Art verdeckte Leitdisziplin. Dagegen scheint die große Bedeutung, die einer quantitativ ansetzenden Bildungsökonomie vor allem während des Antragsverfahrens in der MPG zugeschrieben wurde, aus dieser Perspektive zu einem Gutteil der Funktion geschuldet gewesen zu sein, die Institutsgründung in- und außerhalb der MPG zu legitimieren.

Auf dem Hintergrund der theoretischen und methodologischen Veränderungen in der Bildungsökonomie und ihrer gewandelten Position am IfB wird jetzt auch die veränderte bildungsökonomische Diktion des Strukturplans verständlich. So rechtfertigte Edding die dort von ihm kalkulierten immens hohen Ausgaben für die vom Bildungsrat projektierten Reformen gerade nicht mehr unter Hinweis auf ökonomische oder wissenschaftliche Nachwuchs-/Bedarfe,[858] sondern allein unter Verweis auf die »im Grundgesetz ausgesprochenen Prinzipien und die Ergebnisse der Bildungsforschung«. Unter explizitem Verweis auf die in den beiden ersten Kapiteln des Strukturplans entwickelten normativen Leitideen ergänzte Edding zudem, dass es nicht nur keine bildungsökonomische Methode gäbe, politische Entscheidungen zwingend zu begründen:

> Es gibt auch keinen Systemzwang, durch den determiniert wäre, wie sich die Gesellschaft zu entwickeln hat und welche Rolle das Bildungswesen spielen muß. Wir haben vielmehr einen großen Spielraum für Entscheidungen darüber, wie wir das Grundgesetz auslegen

---

856 Saul B. Robinsohn und J. Caspar Kuhlmann: Two Decades of Non-Reform in West-German Education, 1967. In: Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas (Hg.): *Saul B. Robinsohn. Erziehung als Wissenschaft.* Stuttgart: Klett [1967] 1973, 363–386, Zitat 368; Hervorhebungen im Original.

857 Leschinsky arbeitete von 1973 bis 1992 am Berliner Institut in der Abteilung Roeders und vertrat danach bis 2009 an der Humboldt-Universität zu Berlin den Lehrstuhl für Schultheorie. Er sprach zuerst 1989 von einem »Wechsel der Leitdisziplinen«, personalisiert als »Wechsel von Edding zu Oevermann«. Vgl. Leschinsky, *Forschungsmanufaktur*, 1989, Zitat 33; ähnlich Leschinsky, *Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1996, 184.

858 Diese Argumentation war im Übrigen nicht mehr bruchlos tragfähig. So hatte der Volkswirtschaftler Hajo Riese (geb. 1930) zu dieser Zeit gerade prognostiziert, dass das damalige, bereits deutlich expandierte Bildungssystem dem Bedarf an Hochschulabsolventen durchaus gerecht werden könnte. Gleichzeitig warnte er ausdrücklich davor, daraus abzuleiten, die öffentlichen Mittel für das Bildungswesen reduzieren zu können. Hajo Riese: *Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland.* Wiesbaden: Franz Steiner 1967, bes. 97–101. Vgl. dazu Robinsohn und Kuhlmann, *Two Decades*, 1973, 368.

> und welche Art von Gesellschaft wir anstreben. Obwohl es keine beweiskräftigen Rechnungen gibt, die den Politkern die durch den Strukturplan geforderten Entschlüsse abnehmen könnten, sollten doch die Überlegungen, die in den Teilen I und II des Strukturplans enthalten sind [»Grundsätze« und »Elemente«] wenig Zweifel lassen, welcher Weg einzuschlagen ist.[859]

Die in Eddings Worten aufleuchtende visionäre Überzeugung von den Möglichkeiten einer durch Bildung gesteigerten humanen Gesellschaft – der reformbasierten Beförderung dessen, »was sich die Bürger für ihre und ihrer Kinder Zukunft kulturell, politisch und wirtschaftlich erhoffen« – war allerdings das eine. Dass die Tonalität der gesamten Empfehlung von einer gewissen elitären wissenschaftlichen Abgehobenheit und einer damit einhergehenden Selbstüberschätzung oft nicht allzu weit entfernt war, ist das andere. Diese schwingt auch in dem finalen, im Duktus der Unausweichlichkeit formulierten Ratschlag Eddings mit, zur Finanzierung der kostenintensiven Reformen »entweder die Steuern zu erhöhen oder das Wachstum der öffentlichen Ausgaben auf anderen Gebieten zu vermindern«.[860] Ohne zumindest rhetorisch allzu viel Rücksicht auf politisches Entscheidungshandeln zu nehmen, mutierte die Empfehlung hier zu einer nahezu alternativlosen Forderung und griff letztlich auf die Jurisdiktion der politischen Auftraggeber des Strukturplans in Ländern und Bund über. Von den Beteiligten unbemerkt, war mit dem Strukturplan der Zenit der Einflussmöglichkeiten des BR – ebenso wie der des IfB – allerdings bereits überschritten. Bevor auf diese Wende und die damit verbundenen Gegenbewegungen eingegangen wird, soll aber noch einmal ein Schritt zurück getan und der engen Kooperation von BR und IfB in einem Vortrag Beckers vom März 1969 nachgegangen werden.

Beckers Vorstellung des IfB in der Reihe öffentlicher Vorträge der MPG im März 1969: Vom Duktus her nicht ganz so vehement, der Zielrichtung nach aber ebenso deutlich wie im Strukturplan, hatte Becker dessen Ansatz nämlich bereits am 27. März 1969 in einem Vortrag im Kontext der MPG in einigen Hauptlinien vorweggenommen. Erinnert sei daran, dass Butenandt zeitgleich im Verwaltungsrat bestrebt war, dem IfB eine Überprüfung seiner bisherigen Leistungen zunächst noch zu ersparen. Insofern kam Beckers Referat in der Reihe der öffentlichen Vorträge der MPG, das er in Düsseldorf hielt, und in dem er das Institut präsentierte, eine nicht geringe Bedeutung zu.[861] Sein Auftritt wurde dann auch innerhalb der MPG aufmerksam registriert. So wies Butenandt knapp drei Monate später, im Juni 1969, in seinem Bericht vor dem Senat offenbar ebenso befriedigt wie erleichtert darauf hin, dass etwa 400 Gäste der Einladung gefolgt seien und der Vortrag nicht nur »großen Anklang gefunden« habe, sondern auch »aus-

---

859 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 315.

860 Deutscher Bildungsrat, *Strukturplan*, 1973, 316.

861 Vgl. Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 9–37. Der 1971 in einem Sammelband veröffentlichte Text entspricht mit wenigen Modifikationen dem Vortrag Beckers, den er unter dem Titel »Bildungsforschung, Bildungsplanung, Bildungspolitik« am 27. März 1969 in Düsseldorf hielt. Siehe zu Anlass, Datum und Titel Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 464.

führlich in der Presse besprochen« worden sei.[862] Vergleicht man den Strukturplan mit Beckers Vortrag, so wird deutlich, dass die von dem Direktor in seinem Referat hervorgehobenen damaligen Forschungsprojekte und Vorhaben des Instituts auf einer Linie mit dem kommenden Strukturplan lagen.[863] Besonders hervorstechend ist dabei, dass Becker schon im Frühjahr 1969 – offenbar getragen von einem inzwischen gründlich veränderten gesellschaftlichen Klima – deutlich machte, dass es an der Berliner Einrichtung längst nicht mehr allein oder auch nur primär um das Interesse an der Steigerung wirtschaftlicher Prosperität und Konkurrenzfähigkeit, sondern um den wissenschaftlichen Beitrag zum Austarieren ökonomischer, sozialpolitischer und individueller Ansprüche ging. Wohl auch mit einem Seitenhieb auf die wirtschaftsliberale Kernthese einer sich entlang von Marktdynamiken automatisch auf das Gemeinwohl hin regulierenden Wirtschaft kritisierte Becker den in »den Anfängen der Bildungsplanung« vorherrschenden Glauben

> an eine Art prästabilisierter Harmonie zwischen gesellschaftlichen Notwendigkeiten der Chancengleichheit, der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Deckung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften und der humanen Notwendigkeit, jeden Menschen mit den Fähigkeiten und dem Wissen auszustatten, die nötig sind, um in dieser Welt autonom zu existieren.

Vielmehr stünde es jetzt an »den Konflikt zwischen diesen drei Notwendigkeiten rational auszutragen«.[864] Letztlich rückte Becker in seinem Vortrag erneut die überformende Zielsetzung in den Vordergrund, die diagnostizierten Probleme wissenschaftlich-technisch geprägter moderner Gesellschaften auf Basis sozialwissenschaftlicher Analysen und Methoden mittels einer grundlegenden Strukturreform des Bildungswesens zu bewältigen. Schon hier verband er diese mit dem Anspruch auf die Herstellung von Chancengleichheit, womit er dem Institut in diesem ersten Auftritt im Rahmen einer MPG-Veranstaltung quasi offiziell eine gesellschaftspolitische Aufgabe zuordnete. Dabei setzte Becker ergänzend einen Akzent auf die Wahrung des inneren Friedens, was auch in der MPG auf offene Ohren gestoßen sein dürfte. So prognostizierte er für moderne Industriestaaten, für die das »Bürgerrecht[...] auf Bildung« prägend sei, das Problem der »Überqualifikation«, das aus der zu erwartenden Schieflage zwischen der steigenden Anzahl von »qualifiziert Ausgebildete[n]« und einer seines Erachtens nach überholten Orientierung der Bildungsplanung an dem Bedarf »für einzelne Berufe« entstehen würde, und er ergänzte: »Es liegt auf der Hand, daß wir uns hier im Vorfeld großer sozialer Konflikte befinden und daß eine frühzeitige Aufklärung dieser Bereiche notwendig ist«. Dass das Publikum im Jahr 1969 bei einer solchen Wortwahl wohl automatisch an die Studierendenbewegung, die damaligen Proteste und eine allgemein leicht entzündliche Stimmungslage dachte, kann angenommen werde. Diese Situation versprach Becker wissenschaftlich zu klären, etwa in Bezug

---

862 Protokoll der 63. Sitzung des Senates vom 12. 6. 1969 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 63.SP, fol. 27.

863 Vgl. Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 18–32.

864 Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 26.

auf das »Recht der Berufsausbildung«.[865] In Düsseldorf fehlten allerdings auch nicht die schon aus dem Antragsverfahren bekannten Topoi der Passung des Instituts zur MPG. So betonte er die Möglichkeit einer Trennung der Verantwortungs- und Aufgabenbereiche von Wissenschaft und Politik, wenn er feststellte: »Aufgabe der Bildungsforschung [ist es], ein dunkles Feld so weit zu erhellen, daß rationale Bildungspolitik überhaupt möglich wird«, diese also »in Kenntnis der Determinationszusammenhänge rational aufgeklärt politisch [...] entscheiden« könne.[866] Zum anderen hob er wiederholt hervor, dass die vorgestellten Projekte den Charakter von »Grundlagenforschung« trügen.[867] Zwar hätten alle von ihm skizzierten Untersuchungen des Instituts »eine unmittelbar politische Relevanz«, sie trügen aber ebenso »zur langfristigen theoretischen Aufhellung der Bildung bei« und stellten »Forschungsinstrumente von weiterführender Bedeutung« zur Verfügung.[868] Und obwohl das Institut von einer überformenden Theorie damals de facto weit entfernt war: In summa kündigte Becker nichts weniger als die »Gewinnung einer Theorie des Bildungswesens« an, die am Institut in der Kombination der Ergebnisse »empirische[r] Untersuchungen von Schlüsselproblemen des Bildungswesens« mit »einem umfassenden theoretischen Bezugsrahmen« ermöglicht werden sollte.[869]

Forschung am IfB nach Veröffentlichung des Strukturplans – und Herausforderungen: Eine für den Beirat erstellte Projektübersicht von Oktober 1972 ermöglicht es zum Abschluss dieses Abschnitts, die Forschungsprojekte noch etwas konkreter zu fassen, die relativ kurz nach der Veröffentlichung des Strukturplans am IfB jenseits der für den BR erstellten Terminarbeiten und Gutachten verfolgt wurden.[870] Die Zeit des Aufbaus war dabei spätestens 1968 abgeschlossen und die Forschung am Institut war bereits seit drei Jahren, seit 1969, nicht mehr nach Abteilungen, sondern allein in Projekten organisiert und mithin auch nicht mehr den Direktoren zugeordnet. Aufgeführt sind in der Übersicht neun, jeweils interdisziplinär angelegte Hauptprojekte beziehungsweise Projektzusammenhänge, denen zumeist diverse Unterprojekte zugeordnet waren, wobei hier nicht alle der verantwortlich beteiligten Mitarbeiter*innen angegeben wer-

---

865 Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 26–27.

866 Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 18, 10.

867 Dazu zum Beispiel Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 14, 17, vor allem 18, 20, 23.

868 Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 27. Becker wies zudem darauf hin, dass einige der Projekte »Vorläufer großer Institutionen« seien, da das Institut sie »weder betreiben könne [...] noch wolle«. Gemeint war damit, dass einige der am Institut begonnenen Forschungen den Anstoß für den Aufbau weiterer, überwiegend national wirkender Institute der Bildungsforschung liefern sollten. Als Beispiele nannte Becker die Einrichtung eines »großen deutschen Test-Institut[s]« (resultierend aus den Erfahrungen der Leistungsstudie), eines Instituts für Hochschuldidaktik (in Fortsetzung der sogenannten »Studentenstudie«), der Etablierung eines Instituts für Berufsbildungsforschung (im Anschluss an die Studie zur Arbeitswelt) oder den Aufbau einer Reihe von Einrichtungen zur Erprobung revisionierter Curricula in Kooperation mit den Schulen (in Fortsetzung der Anstöße aus der Curriculum-Forschung). Ebd., 27–29, Zitate 27 und 28.

869 Zu den Schlüsselproblemen zählte Becker die Erforschung der Bereiche »Leistung« und »Sozialisation« und verwies auf die »Fülle« der dazu am IfB unternommen mehrjährigen laufenden Erhebungen (»Messungen über Jahre hinaus«). Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 23.

870 Vgl. [Übersicht zu laufenden und abgeschlossenen Forschungsprojekten, unpag.] Anlage zur Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

den: 1. »Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß« (ehemals Robinsohn[871], F. Braun), 2. »Curriculum-Studie« (Doris Knab), 3. »Projekt Schulleistung« (Cranach, Edelstein), 4. »Berufsvorbereitung und berufliche Autonomie« (Lempert), 5. »Untersuchung über die Ausbildung von Studienreferendaren in der Bundesrepublik« (R. Reichwein), 6. »Arbeitswissenschaftliche Probleme einer aktiven Bildungspolitik« / Manpower-Projekt (W. Armbruster), 7. »Elternhaus und Schule (Sozialisationsstudie)« (Oevermann, Krappmann), 8. »Weiterbildung und industrielle Arbeit« (Gero Lenhardt, Enno Schmitz) sowie 9. »Berufspädagogik« (Lempert, Reinhard Franzke). Zu diesen größeren Projektzusammenhängen kamen sieben, von jeweils einer Mitarbeiter*in verantwortete Einzelstudien (»Weitere Studien«) hinzu sowie neun »Arbeiten von Stipendiaten«.[872]

Bereits in den Titeln der Projekte spiegelt sich ein thematisch breit angelegtes Forschungsprogramm. Dieses hatte methodisch und theoretisch erheblichen Herausforderungen zu begegnen. Mehrfach erwähnt wurden schon die projektübergreifend anfallenden Probleme, die sich aus dem Anspruch der interdisziplinären Zusammenarbeit ergaben, die weitgehend ohne Modell war, gegenüber den Referenzdisziplinen Anschlussprobleme mit sich brachte und deren Erfolg oder Misserfolg die Karriereplanung der Mitarbeitenden besonders berührte. Zudem setzte die gesellschaftspolitische Orientierung der Forschung das prinzipielle Problem des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik und damit normative Fragen zwingend auf die Tagesordnung, sowohl auf individuell-biographischer wie auch auf wissenschaftstheoretischer Ebene. Aber auch im Rahmen der MPG bot gerade die politik- und praxisbezogene Ausrichtung des IfB potentielle Angriffsflächen, da die Gesellschaft die Trennung von Grundlagenforschung und Anwendungsbezug mittlerweile immer bestimmter für sich als Profilmerkmal behauptete. Annährend alle Projekte warfen zudem jeweils spezifische theoretische und methodische Probleme auf, die auf dem Weg der durchgängig verfolgten Orientierung an internationalen Forschungsansätzen und an den dort etwaig gegebenen Vorbildern nur teilweise gelöst werden konnten. So war zum Beispiel in den bildungsökonomischen Unternehmungen die erwähnte Integration qualitativer Fragen zu leisten. In der von Robinsohn in der Bundesrepublik initiierten Curriculumforschung, die eine zeitgemäße, sozialwissenschaftlich gestützte Revision der Lehrpläne fundieren sollte,[873] galt es nicht nur, methodisch anspruchsvolle Forschungsdesigns

871 Robinsohn verstarb unerwartet am 9. April 1972.

872 [Übersicht zu laufenden und abgeschlossenen Forschungsprojekten, unpag.] Anlage zur Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. Als »Weitere Studien« gelistet waren etwa die Dissertation von Michael Jenne: »Ideologien in der deutschen Schulmusik«, die Studie »Die Hochschule im System gesellschaftlicher Herrschaft und Kontrolle« von Ulrich K. Preuß oder eine Arbeit zum »Bildungsverfassungsrecht« von Ingo Richter. Als »Arbeiten von Stipendiaten« wurde zum Beispiel Peter Damerows »Die Bedeutung des Bourbakismus für die Anwendung mathematischer Methoden in den Sozialwissenschaften« genannt, Wolfgang Nitschs Studie »Gesellschaftstheoretische Voraussetzungen und Alternativen berufsbezogener politischer Bildung im Hochschulbereich« oder Ulrich Teichlers »Entwicklungstendenzen des japanischen Hochschulsystems«, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

873 Vgl. vor allem Robinsohns programmatischen Text von 1967 und die spätere, leicht veränderte Ausgabe, die mit einem Vorwort von 1971 versehen ist: Saul B. Robinsohn: *Bildungsreform als Revision des Curriculums.* Neuwied: Luchterhand 1967; Saul B. Robinsohn: Bildungsreform als Revision des Curriculum, 1967. In: Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas (Hg.): *Saul B. Robinsohn. Erziehung als Wissenschaft. Mit einer Einleitung von Hellmut Becker.* Stuttgart: Klett

zu entwickeln. Gerade hier waren die Forscher*innen – etwa in ihrem Engagement in der Curriculum-Revision in Hessen seit 1967 – mit allen Schwierigkeiten konfrontiert, die eine Wissenschaft erfuhr, die eine direkte Orientierungs- und Lenkungsfunktion für eine hoch komplexe Praxis bereitzustellen beanspruchte. Dass die Forscher*innen vor Ort in der Rolle als Expert*innen unmittelbar an der Umsetzung von Reformen beteiligt waren und damit auch auf das eigene Forschungsfeld permanent einwirkten, kam noch hinzu.[874] Spezifische Anforderungen ergaben sich auch in den beiden anderen Schwerpunktbereichen der Institutsarbeit: in der Erforschung von Fragen der Sozialisation und der (schulischen) Leistung, die Becker in Düsseldorf als »Schlüsselprobleme des Bildungswesens« gekennzeichnet hatte.[875] Der gesamte »Prozeß der sogenannten Sozialisation« war dabei besonders im Gefolge des Gutachtenbandes des BR *Begabung und Lernen* an die Spitze der Agenda der Forschung am IfB gerückt und stellte laut Becker zugleich das »vielleicht am wenigsten geklärte[...] Feld der Bildungsforschung« dar. Die Problematik der wissenschaftlichen Annäherung an den Komplex schulischer Leistung wiederum brachte nicht nur Probleme aufgrund des diffusen Felds verschiedenster hier wirkender Faktoren mit sich. Der Anspruch, Leistung auch »als Kriterium sozialer Bewertung« kritisch hinterfragen zu wollen, steigerte die Schwierigkeiten noch.[876] Wie anspruchsvoll die selbst gestellten methodischen und theoretischen Anforderungen waren, zeigt abschließend eine etwas weitergehende Annäherung an zwei der Hauptprojekte des Instituts:

Elternhaus und Schule / Sozialisationsstudie: Im Bereich der Sozialisationsforschung begründeten im Herbst 1968 Oevermann, der Psychologe Kurt Kreppner und Krappmann das Projekt »Elternhaus und Schule« (»Sozialisationsstudie«). Ausgangspunkt war die These, dass »Sozialisationsprozesse [...] den wichtigsten Mechanismus der Stabilisierung des Systems der sozialen Ungleichheit« darstellen, insofern sich der jeweilige sozio-ökonomische Status signifikant auf die »Testintelligenz« und mithin auf den Schulerfolg auswirkt.[877] Ziel des Projekts war es, die außerhalb des organisierten Lernens, »im Vorschulalter wirksamen sozialen Determinanten

---

[1967] 1973, 110–181. Einen Überblick zur Entwicklung der westdeutschen Curriculumforschung bietet die Mitarbeiterin Robinsohns und Stellvertretende Abteilungsleiterin Doris Knab (geb. 1928): Knab, *Ansätze*, 1974. Vgl. zu ihrer Position im MPIB Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 133.

874 Vgl. dazu zwei zeitgenössische Beiträge und aus der Fachliteratur zum Beispiel die knappen kontextualisierenden Darstellungen bei Bernhard Sutor und Torsten Gass-Bolm sowie konflikttheoretisch ausgerichtet den Beitrag von Ralf Zoll: Helmut Becker, Peter Bonn und Norbert Groddeck: Demokratisierung als Ideologie? Anmerkungen zur Curriculum-Entwicklung in Hessen. In: Redaktion betrifft: erziehung (Hg.): *Curriculumdiskussion.* Weinheim: Beltz 1974, 135–173; b:e-Interview mit Helmut Becker, Peter Bonn und Norbert Groddeck. Warten auf die Nagelprobe. Hessische Rahmenrichtlinien – Entstehung und Erprobung. In: Redaktion betrifft: erziehung (Hg.): *Curriculumdiskussion.* Weinheim: Beltz 1974, 191–201; Bernhard Sutor: Politische Bildung im Streit um die »intellektuelle Gründung« der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B45 (2002), 17–27, hier 21–22; Gass-Bolm, *Das Gymnasium*, 2005, 307–313 und Ralf Zoll: Die Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre in Hessen. In: Peter Imbusch und Ralf Zoll (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung.* 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 441–457.

875 Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 23.

876 Becker, *Bildungsforschung und Bildungsplanung*, 1971, 20 und 18.

877 Ulrich Oevermann, Lothar Krappmann und Kurt Kreppner: *Projektvorschlag Elternhaus und Schule.* Berlin: IfB, Abteilung Soziologie. Berlin, 20. September 1968. https://pure.mpg.de/rest/items/item_2447902_5/component/file_2448232/content. Zuletzt aufgerufen am 1. 10. 2020, 4, 3.

des Schulerfolgs« in ihrer Verknüpfung zu erfassen.[878] Im Mittelpunkt stand die »Familie als psychosoziales System«, dessen Rollen- und Kommunikationsstruktur zusammen mit den Persönlichkeitsmerkmalen der Eltern untersucht werden sollte, da vor allem diese Aspekte »die Erziehungseinflüsse auf das Kind« konstituieren würden. Unter diesen Einflüssen würde sich dessen »psychische Struktur« ausbilden, die »wiederum weitgehend den Schulerfolg« beeinflusste.[879] In dem zeitlich zunächst offen gehaltenen, in Stufen konzipierten und letztlich auf mehrere Jahre hin angelegten Projekt sollten Ansätze der Soziologie, der Sozialpsychologie und der Psychologie beziehungsweise von Lern- und Entwicklungstheorien sowie der Psychoanalyse miteinander theoretisch und methodisch – zur Erfassung und Verbindung der verschiedenen Variablenbereiche – vereinbart werden.[880] Erhoben werden sollte etwa der soziale Hintergrund der Familien auf Basis von Interviews, vor allem aber wurde eine hohe Anzahl von Familienbeobachtungen vorgesehen und ein Großteil der Projektzeit für die Entwicklung der Messinstrumentarien veranschlagt. Auf Basis der Studie sollten erstens kompensatorische Erziehungsprogramme differenziert geplant, zweitens die möglicherweise im Ausbildungssystem »ideologisch verzerrten« Leistungskriterien um Dimensionen »subkulturell spezifische[r] Formen des intelligenten Verhaltens« erweitert und drittens ein »Beitrag zur Theorie der Sozialisation und sozialen Schichtung« erbracht werden.[881] Später sollte Oevermann eine radikale Umsteuerung des Projekts, das zunächst auf äußerst umfangreiche empirisch-quantitativ orientierte Erhebungen setzte, in Richtung auf einen qualitativen Ansatz (»Objektive Hermeneutik«) hin unternehmen.

Schulleistungsstudie: Die unmittelbar mit dem Institutsaufbau als »Förderstudie« begonnene und später so genannte »Schulleistungsstudie« war zunächst in der Abteilung Robinsohns unter Leitung des Psychologen Mario von Cranach angesiedelt und sollte im Endeffekt an die fünfzehn Jahre dauern.[882] Ziel war es, auf Basis komplexer, mehrstufiger empirischer Untersuchungen »Inhalt und Struktur der Schulleistung«, vor allem aber »Determinanten von Leistung in der Schule« und ihrer Wahrnehmung zu erforschen.[883] Der Fokus lag auf den »wichtigsten Auslesefächern« Deutsch, Englisch und Mathematik, wobei – vereinfacht gesagt – die Veränderung im Leistungsprofil von Schüler*innen anhand von Tests zu Eingang und Ausgang der 7. Gymnasialklasse gemessen und erklärt werden sollte. Durchgeführt wurden entsprechend in einer »für die Bundesrepublik und alle Bundesländer repräsentativen Stichprobe von ca. 450 Gymnasien« zu Beginn und Ende des Schuljahres 1968/69 zwei dreitägige Erhebungen

878 Oevermann, Krappman und Kreppner, *Elternhaus*, 1968, 13.

879 Oevermann, Krappman und Kreppner, *Elternhaus*, 1968, 4–5.

880 Oevermann, Krappman und Kreppner, *Elternhaus*, 1968, 13, 4.

881 Vgl. Oevermann, Krappman und Kreppner, *Elternhaus*, 1968, 3–4.

882 Wie Becker dem Beirat berichtete, legte das Projekt seinen Abschlussbericht Ende 1978 der Grundsatzkommission des MPIB vor. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

883 Edelstein, *Projekt*, 1970, 521.

in Form von vorab erarbeiteten Tests.[884] Im Hintergrund standen drei Ausgangspunkte beziehungsweise Thesen: zum Ersten die Annahme, dass der Ablauf der schulischen und Unterrichtsprozesse, vor allem die Interaktion zwischen »Lehrern und Schülern«, in welcher die Leistungen eigentlich hervorgebracht würden, wissenschaftlich noch eine Black Box sei.[885] Zum Zweiten wurde, wie im Sozialisationsprojekt, angenommen, dass Schulleistung das zentrale »Selektionskriterium« darstellte, das über die Zuteilung der individuellen »Position im sozialen System« entschied.[886] Zum Dritten ging man auch hier davon aus, dass »soziokulturelle Determinanten« sowohl die kognitiven Leistungen (der Schüler*innen) als auch deren Wahrnehmung (auf Seiten der Eltern und Lehrpersonen) prägten und Schulleistung insofern »als Ertrag der Interaktion von Elementen eines Systems zu betrachten« sei.[887] Als Variablen wurden auf Schülerseite etwa die soziale Herkunft, der Erziehungsstil im Elternhaus oder Faktoren wie Motivation, Angst oder Interessen berücksichtigt; auf Seite der Lehrenden kamen zum Beispiel die Variablen Einstellung, Unterrichtsstrategie oder die »Beurteilungstendenz« in Betracht. Hinzu kam die Aufmerksamkeit für die »Randbedingungen im Schulsystem« wie Klasse, Schule, Schulort oder Region.[888] Vereinfacht gefasst, richtete sich die übergreifende »Forschungsfrage« – in interventionistischer Absicht – darauf, zu ermitteln, welche »Faktoren des Systems [...] auf gegebenen Leistungsdimensionen für bestimmte Schülergruppen« zur »optimalen Entfaltung von Leistungen« beziehungsweise welche »Kombination von Elementen [...] zur stärksten Behinderung der Entfaltung« beitragen.[889] Angesichts des hohen Anspruchs, zu im strengen Sinn kausalen Erklärungen gelangen zu wollen, aber auch mit Blick auf die Menge und Vielfalt der (hier nur ausschnitthaft genannten) zu berücksichtigenden Faktoren und der Tatsache, dass für alle Messungen erst eigene Tests[890] entwickelt werden mussten, lässt sich erahnen, dass dieses Projekt nicht nur einen immensen Ressourcenbedarf mit sich brachte, sondern für das Institut über viele Jahre hin zu einem Problemfeld wurde. Im Zwischenbericht für den Beirat des IfB im September 1968 etwa wurde auf den »große[n] und mit einer übermäßigen Beanspruchung der Kräfte verbunden[n] sachliche[n] und organisatorische[n] Aufwand« hingewiesen, der zu »weiteren grundsätzlichen Überlegungen über die Proportionen von Studien« Anlass gebe.[891] Hinzu kam der bereits erwähnte, noch bis in die Mitte der 1970er Jahre hinein unzureichende Stand der technologischen Infrastruktur im Umgang mit Massendaten.

---

884 Edelstein, *Projekt*, 1970, 517.

885 Edelstein, *Projekt*, 1970, 519.

886 Edelstein, *Projekt*, 1970, 518.

887 Edelstein, *Projekt*, 1970, 521.

888 Edelstein, *Projekt*, 1970, 522.

889 Edelstein, *Projekt*, 1970, 519.

890 Die Tests umfassten etwa Lehrplan- und Lehrbuchanalysen oder Fragebogenerhebungen unter den Lehrenden darüber, welche Unterrichtsstoffe sie tatsächlich unterrichtet hatten.

891 Vgl. den Zwischenbericht des Projekts für die Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts am 14. 10. 1968: Abteilung Pädagogik und Psychologie, Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat, Berlin, im September 1968, S. 9–12, hier S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

Konkret hieß das für das Schulleistungsprojekt, dass man dort allein für die Erfassung der persönlichen Schülerdaten mit dem US-amerikanischen Measurement Research Center in Iowa kooperieren musste, wobei »14 verschiedene Typen von Antwortkarten entwickelt und eine Gesamtmenge von 364.000 solcher Karten gedruckt« wurden, die dann (ohne Nutzung von Lochkarten) optisch-elektronisch abgelesen und auf Magnetbänder übertragen wurden.[892] Aber bereits der Aufwand zur Abstimmung mit den Kultusministerien, deren Genehmigung schon für die drei Erprobungsphasen eingeholt werden musste, für die Ansprache der Schuldirektor*innen, für den Aufbau von dezentralen »Testzentren« oder für die Schulung der etwa 180 Testleiter*innen vor Ort war immens.[893] Letztlich wurde mit der Schulleistungsstudie insofern ein Großprojekt in Gang gesetzt, das sowohl von seinen Dimensionen als auch der Komplexität des Forschungsdesigns her die Möglichkeiten des Instituts bis über dessen Grenzen hinaus strapazierte. Erschwerend hinzu kamen auch hier die Anforderungen und Schwierigkeiten der interdisziplinären Zusammenarbeit.

3.3.3 Emergente Entwicklungen: Verschränkung mit der Studierendenbewegung, politische Aktionen, Diskussionen im Institut und Beirat

Studierendenbewegung: Lagen die Forschungsarbeit für die wissenschaftliche Fundierung der Bildungsreformen und die enge Kooperation mit dem Bildungsrat ganz im Planungshorizont der Institutsgründer, so verschränkte sich die Entwicklung des IfB abseits jeder Voraussicht mit Dynamiken und Effekten der bundesdeutschen Studierendenbewegung.[894] Wie bereits skizziert, handelte es sich bei den Studierendenbewegungen um ein internationales Phänomen, das sich, ausgehend von den USA, auch über gegenseitige, medial vermittelte Beobachtungsprozesse und Resonanzen formierte. Eine wesentliche Triebkraft bezogen diese Bewegungen aus dem Widerspruch zwischen dem Demokratie-, Gerechtigkeits- und Freiheitsversprechen, das in der Konfrontation des Kalten Kriegs von westlicher Seite aus zu einem alles überragenden Leitwert erhoben worden war, und den alltäglichen, als radikal gegenläufig gewerteten Erfahrungen. Das betraf auf internationaler Ebene besonders die Wahrnehmung des »Imperialismus«, paradigmatisch verdichtet im Vietnamkrieg. Gesellschaftlich wurden autoritäre Strukturen, Polizeigewalt, Misogynie, Rassismus und fehlende Mitbestimmung kritisiert und in der alltäglichen Lebenswelt eine als sinnentleert empfundene Konsumorientierung sowie ein Kor-

892 Abteilung Pädagogik und Psychologie, Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat, Berlin, im September 1968, S. 9–12, hier S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

893 Abteilung Pädagogik und Psychologie, Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat, Berlin, im September 1968, S. 9–12, hier S. 10–11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

894 Vgl. zu der folgenden, primär auf die Bundesrepublik bezogenen Darstellung aus der umfangreichen Fachliteratur zu den Studierenden- und Protestbewegungen der 1960er Jahre hier nur Norbert Frei: *1968. Jugendrevolte und Protest.* 2. Auflage. München: dtv 2018; Timothy S. Brown: 1968. Transnational and Global Perspectives. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2012. http://docupedia.de/zg/brown_1968_v1_en_2012. Zuletzt aufgerufen am 2. 10. 2020; die Anmerkungen zur Geschichtsschreibung von Detlef Siegfried: Furor und Wissenschaft. Vierzig Jahre nach »1968«. *Zeithistorische Forschungen – Studies in Contemporary History* 5/1 (2008), 130–141. https://zeithistorische-forschungen.de/1–2008/4710. Zuletzt aufgerufen am 2. 10. 2020 und die Überblicksdarstellung von Borowsky, *Deutschland 1945–1969*, 1993, 318–337, daraus in teilweiser Paraphrase 320, 337.

sett starrer Umgangsformen. Die Widersprüche wurden theoretisch – gerade in der westdeutschen Studierendenbewegung – zumeist auf Basis neomarxistischer Ansätze moderne- und kapitalismuskritisch modelliert. Das Spektrum reichte dabei von Anschlüssen an die »Kritische Theorie« über feministische und anti-autoritäre Konzepte bis hin zu extremen Deutungsmustern, etwa in Anlehnung an die programmatischen Objektivationen der chinesischen Kulturrevolution oder süd- und mittelamerikanischer Guerilla-Bewegungen. Die Begriffe »Erziehung« und »Bildung« standen dabei für Imaginations- und Handlungsräume, in denen alternative gesellschaftliche Zukünfte und Möglichkeiten des Humanen verhandelt und ebenso erprobt wurden. Die Auseinandersetzung um deren Gestaltung rückte insofern auch von Seiten der Studierendenbewegungen in das Zentrum gesellschaftspolitischer Debatten.

In Westdeutschland nahm die Studierendenbewegung ab Mitte der 1960er Jahre bekanntermaßen in der Kritik an der Ausstattungslage der Hochschulen ihren Ausgang. Gefordert wurde in Übereinstimmung mit den von Picht zugespitzten Analysen eine massive Erhöhung der staatlichen Ausgaben für den Hochschul- und Bildungsbereich.[895] Von Beginn an jedoch verband sich dieser Anspruch unter der Leitidee der »Demokratisierung der Hochschulen« mit der Forderung nach strukturellen Hochschulreformen, besonders nach Mitbestimmungsrechten für die Gruppen der Dozent*innen, der Assistent*innen sowie der Studierenden. Je weiter die Hochschulexpansion, die nicht zuletzt auf Basis der seit 1960 vom WR verabschiedeten Empfehlungen begonnen worden war, ohne entsprechende Veränderungen vorangetrieben wurde, desto mehr rückten diese Ansprüche in den Vordergrund und steigerten sich im Verbund mit weiteren gesellschaftspolitischen Kritikpunkten rasch zu einer hybriden, nunmehr grundlegend gesellschaftskritischen Protestbewegung. Diese wurde ab Mitte der 1960er Jahre in der öffentlichen Wahrnehmung besonders durch Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) und ab 1968 auch durch die in diesem Jahr ins Leben gerufene Bundesassistentenkonferenz (BAK) geprägt. Spezifisch gekennzeichnet war die westdeutsche Studierendenbewegung dabei durch die zeitliche und generationelle Nähe zum Erfahrungsraum des NS-Regimes. Dies schlug sich vor allem in der Forderung nach historischer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Elterngeneration, der Tendenz zur radikalisierten Rezeption von Ansätzen einer kritischen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft und des Faschismus und besonders in einem hohen moralischen Handlungsdruck nieder, es ›nicht noch einmal‹ zu einem totalitären deutschen Regime kommen zu lassen. Einen Gutteil ihrer Entwicklungsdynamik bezog die Studierendenbewegung dabei anfänglich aus ihrer Verflechtung mit dem Widerstand und den Massendemonstrationen gegen die seit Ende der 1950er Jahre von den Regierungsparteien

895 Hinweise auf die breite Rezeption der von Picht in Umlauf gebrachten Daten, Analysen und Prognosen unter Studierenden gibt der damalige Freiburger AStA-Vorsitzende und Stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS), Ignaz Bender. Rückblickend führt er die Entstehungsgeschichte der frühen bundesweiten Studierendenproteste im Kontext der »Aktion 1. Juli« 1965 auf die Befassung mit Pichts »Bildungskatstrophe« durch einen Freiburger Studentinnenkreis im Kontext des katholischen Studentinnenbundes »Heliand« und sein eigenes Engagement im VDS zurück. Im Zuge der Koordinierung der Aktion durch den VDS stellte der Verlag *Christ und Welt* laut Bender »250000 Sonderdrucke her, die an die Studentenvertretungen mit der Bitte um Verteilung verschickt wurden«. Vgl. Ignaz Bender: Weckruf aus Südbaden – Vor 50 Jahren demonstrierten hunderttausend Studenten gegen den Bildungsnotstand – der Freiburger Initiator erinnert sich. *Badische Zeitung Freiburg* B3 (27.06.2015).

projektierte Notstandsgesetzgebung. Die benötigte Zweidrittelmehrheit zur Änderung des Grundgesetzes war mit der im Dezember 1966 begonnenen Großen Koalition unter Kiesinger gegeben. In Reaktion auf die damit einhergehende Erweiterung politischer Handlungsmacht steigerte sich das Misstrauen gegenüber den Möglichkeiten der erneuten Schaffung eines autoritären Staates. Für die Studierendenbewegung gab es insofern in den ersten Jahren vielfältige gesellschaftspolitische Anschlüsse und einen breiten Resonanzraum, der durch die seit Anfang der 1960er Jahre rasant an Zulauf gewinnende Ostermarsch-Bewegung noch verstärkt wurde. Zu einem merklichen Umschwung trugen dann gegen Ende der 1960er Jahre mehrere Entwicklungen bei: 1968 wurden die Notstandsgesetze zwar angenommen, die parlamentarische und verfassungsrechtliche Kontrolle war darin gegenüber den ersten Entwürfen aber deutlich gestärkt. Das Ende der Großen Koalition, vor allem aber die Bildung der ersten sozial-liberalen Regierung unter Willy Brandt im Oktober 1969 verband sich dann mit einer Stimmung gesellschaftlichen Aufbruchs. Alle diese Aspekte beförderten zusammen mit dem Umschlag von Teilen der inzwischen gebildeten Außerparlamentarischen Opposition (APO) in Gewalt und in den Terrorismus der 1970 gebildeten RAF die Zersplitterung der APO und führten zur Verschiebung ehemaliger Protest- und Reformansätze in Bürgerinitiativen, feministische, ökologische und pazifistische Gruppierungen der 1970er Jahre.

Standort in West-Berlin: Das Institut für Bildungsforschung befand sich an seinem Standort in West-Berlin nun nicht nur in der europäischen Frontstadt des Kalten Kriegs. Diese stand etwa beim Besuch Kennedys im Juni 1963 oder des iranischen Schahs im Mai/Juni 1967 international im Fokus der Aufmerksamkeit, was die dort ausgeführten politischen Aktionen symbolisch auflud und in ihrer Wirkkraft verstärkte.[896] Berlin war mit der Freien und der Technischen Universität (FU und TU) zugleich einer der Brennpunkte der Studierendenbewegung, neben etwa Frankfurt am Main oder Hamburg. Dabei befand sich das Institut noch zusätzlich in engster räumlicher Nähe zur FU, an der sich die West-Berliner Proteste seit dem Sommer 1965 konzentrierten und mit Aktionen gegen den Vietnamkrieg verschmolzen.[897] An der FU wurden etwa vom *Civil Rights Movement* übernommene Formen der Verweigerung und des Protests, wie das erste westdeutsche Sit-In im Juni 1966, erprobt. Im Audimax der Universität sprach im Juli 1967, einen Monat nach der Ermordung Benno Ohnesorgs, Herbert Marcuse (1898–1979) auf Einladung des Berliner SDS vor überfüllten Rängen und an der FU entwickelten Studierende weitere

896 Zu den Ereignissen in Berlin siehe die szenenhaft angelegte, allerdings teilweise pejorative Darstellung von Ingo Juchler: *1968 in Deutschland. Schauplätze der Revolte.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2018. Zur rechtlichen Lage und Atmosphäre in West-Berlin vgl. zudem Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 124–129.

897 Einen materialreichen Überblick über die dramatischen Geschehnisse an der FU und im Westteil der Stadt zwischen Mitte der 1960er und 1970er Jahre gibt James F. Tent. Er betont für die Gründungsgeschichte der FU zu Recht ihre »symbolische Bedeutung« als Gegengründung zur Humboldt-Universität, Modelleinrichtung eines US-amerikanischen Hochschulverständnisses sowie Zeichen der Unterstützung und Präsenz der USA in Westdeutschland und Europa. Die FU sei damals sowohl für Vertreter*innen linker als auch rechter Positionen weit über das hinausgegangen, »was man jeder anderen Universität in Europa beimaß«. Allerdings ist Tents Darstellung aufgrund der von ihm herangezogenen Quellen stark durch einen US-amerikanischen Blick auf die Geschehnisse geprägt, zum Teil nicht mehr ganz forschungsaktuell und er neigt dazu, die Rolle der FU für Entwicklungen im westdeutschen Hochschulsektor zu überzeichnen. Siehe ergänzend die Darstellung von Frei. Vgl. James F. Tent: *Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen.* Berlin: Colloquium Verlag 1988, 311–472, Zitat 332; Frei, *1968*, 2018, 98–112.

Aktionsformen, die bundesweit Signalwirkung entfalteten, etwa die Gegengründung einer »Kritischen Universität« (KU) zum Wintersemester 1967/68. Einen Höhepunkt der Eskalation erreichten die »Studentenunruhen« in West-Berlin, als im April 1968 an der TU am Abend des Attentats auf Rudi Dutschke Studierende, Vertreter*innen studentischer Organisationen und Gruppen der APO zusammentrafen, um wenig später gegen den Springer-Konzern vor dessen Verlagshaus zu protestieren, wobei es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.

Verschränkung mit der Studierendenbewegung, politische Aktionen: Angehörige des IfB waren in diese Entwicklungen von Beginn an, teilweise prominent, involviert. Schon Anfang Juli 1965 hatten 22 wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ein mehrseitiges Schreiben an Kanzler Ludwig Erhard gerichtet, in dem sie ihn wegen seiner Reaktion auf die bundesweiten Proteste an den Hochschulen gegen den »Bildungsnotstand« im Zuge der »Aktion 1. Juli«[898] heftig kritisierten.[899] Angeprangert wurde besonders das Missverhältnis zwischen Erhards aktueller Politik und den Ankündigungen aus seiner Regierungserklärung vom Herbst 1963. Hatte er damals die Aufgaben von Bildung und Forschung – wie es in dem Brief zitiert wurde – in »den gleichen Rang wie die soziale Frage für das 19. Jahrhundert« erhoben, warfen die Unterzeichner*innen Erhard jetzt eine »Verunglimpfung« der Protestierenden vor, wie auch die »Weigerung oder das Unvermögen, die Realität in ihrem ganzen Umfang zu begreifen« und eine entsprechende Bildungspolitik zu verfolgen. Unter Hinweis auf den von der Bildungsforschung aufgezeigten Mangel an »wirklicher Gleichheit der Bildungschancen« forderten die Autor*innen des Schreibens »eine generelle Förderung und Unterstützung der Familien und [...] einen großzügigen Ausbau unseres Bildungswesens«, sowie »auch und gerade [... dessen] qualitative Veränderungen und Reformen«. Obwohl der offizielle Briefkopf der Berliner Einrichtung fehlte, hieß es zum Ausgang des Schreibens unterhalb der gelisteten Namen, zu denen seitens der Direktoren Friedrich Edding gehörte, unmissverständlich: »Die Unterzeichneten sind wis-

898 Laut Bericht in der *Zeit* hatte der VDS zur Demonstration für »einen sinnvolleren und intensiveren Ausbau der deutschen Bildungseinrichtungen« am 1. Juli 1965 aufgerufen. In fast allen Universitätsstädten kam es daraufhin zu Protestzügen mit Tausenden von Teilnehmer*innen, an denen sich auch Hochschullehrer*innen und Politiker*innen beteiligten. In Heidelberg sprach etwa Picht und bezeichnete laut *Zeit* den gerade vom Bundestag beschlossenen Bildungsetat aufgrund von dessen niedrigem Ansatz als »eines der skrupellosesten Wahlgeschenke, die dieses Parlament uns bisher beschert hat«. Er ergänzte (ganz in der Diktion des späteren Strukturplans), dass »[w]egen der Vernachlässigung unseres Bildungswesens [...] tragende Grundrechte unserer Verfassung Tag für Tag verletzt und mißachtet« würden. Ähnliche Kritik äußerte Dahrendorf auf einer vom AStA initiierten Podiumsdiskussion in Tübingen und forderte die Durchsetzung veränderter »Prioritäten in der Bildungspolitik«. Darunter fasste er die Verwirklichung der »jedem Bürger [...] im Grundgesetz garantierte[n] Chancengleichheit« und »stärkere Bemühungen, um eine zivilisierte Welt zu schaffen«, ebenso wie »bessere Ausbildung zur Befriedigung wirtschaftlicher Forderungen«, »Forschungsförderung« und »Bildungspolitik als Mittel der Elitebildung«. Vgl. die zeitgenössischen Korrespondentenberichte aus 16 Universitätsstädten in der *Zeit*: Ernst Elitz, Wolfgang Heinz, Gerfried Ehlert, Winfried Mogge et al.: Deutsche Studenten demonstrieren. Die »Aktion 1. Juli« in den Hochschulstädten der Bundesrepublik. *Die Zeit* 28 (9. 7. 1965). https://www.zeit.de/1965/28/deutsche-studenten-demonstrieren/komplettansicht. Zuletzt aufgerufen am 22. 1. 2020.

899 Erhard hatte parallel zu den Hochschulprotesten am 1. Juli auf dem Deutschen Handwerkstag in Bonn gesprochen und dabei die Forderungen nach der Erhöhung des staatlichen Einsatzes für Bildungsbelange brüsk zurückgewiesen. Laut Bericht der *Zeit* vermerkte er, dass »mit dem Wort Bildungsnotstand [...] ›ein ungeheurer Unfug‹ getrieben worden [sei]; früher hätten sich die Familien oft ›krumm gelegt‹, um ihren Kindern das Privileg höherer Bildung zu ermöglichen, heute verlange man, daß der Staat für alles aufkomme«. Vgl. Elitz et al., *Deutsche Studenten demonstrieren*, 1965.

senschaftliche Mitarbeiter am Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin«.[900]

Mit der Studierendenbewegung waren junge Mitarbeiter*innen des Instituts aber auch bereits vor dem Brief an Erhard eng und öffentlich sichtbar verbunden. So gehörten Ulrich Karl Preuß (geb. 1939), Wolfgang Nitsch (1938–2016) und Peter Müller (geb. 1937)[901] zum Verfasserkreis eines der zentralen hochschulkritischen Texte aus der ersten Stunde der Bewegung, dem Band *Hochschule in der Demokratie*, der 1965 in überarbeiteter und erweiterter Form der ursprünglichen SDS-Denkschrift von 1961 erschien.[902] Darin setzten sich Nitsch, Uta Gerhardt (geb. 1938), Claus Offe (geb. 1940) und Preuß unter Mitarbeit von Heinz Großmann und Müller in historisch-kritischem Zugriff mit der Organisation und dem gesellschaftlichen Ort der Universität, mit den Möglichkeiten und Anforderungen an Wissenschaft und Bildung in der modernen Gesellschaft sowie mit der Lage der »Studentenschaft« auseinander – allerdings nur kursorisch mit der Position der Frauen an der Universität.[903] Habermas, der im Juni 1965 seine Frankfurter Antrittsvorlesung über »Erkenntnis und Interesse« halten sollte und danach die sprachtheoretisch fundierte Entwicklung seiner später so genannten »Theorie des kommunikativen Handelns« voranzutreiben begann,[904] pointierte die dreifache Stoßrichtung des Bandes im Vorwort von Januar 1965. Demnach analysierten die Autor*innen

> jene Interessen von Studierenden und Assistenten, die unmittelbar an den Arbeitsbedingungen in Instituten und Seminaren festgemacht sind; sodann de[n] Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Reflexion und handlungsorientierter Bildung, der die Institutio-

---

900 Vgl. Jenne, Michael, Helga Pauck, Dorothea Opitz, Terence O'Brien et al. an Bundeskanzler Ludwig Erhard, 8. 7. 1965, Zitate S. 1–3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15. Die in dem Brief zitierte Stelle aus der Rede Erhards weicht vom Original grammatikalisch leicht ab. Vgl. Ludwig Erhard: Erklärung der Bundesregierung. In: Plenarprotokoll 4/90. Bonn: Deutscher Bundestag 18. 10. 1963, 4192–4208. https://dserver.bundestag.de/btp/04/04090.pdf. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2020, hier 4202.

901 Der Jurist Preuß arbeitete von 1966 bis 1972 am Bildungsforschungsinstitut und hatte von 1972 bis 1996 eine Professur für Öffentliches Recht an der Universität Bremen inne; 1969 gehörte er zum Gründungskreis des Sozialistischen Anwaltskollektivs. Schon ein Jahr früher hatte der ebenfalls im SDS engagierte Erziehungswissenschaftler Nitsch seine Tätigkeit am Berliner Institut begonnen. 1972 wurde er an der Universität Bremen promoviert und vertrat nach einigen Zwischenstationen von 1974 bis 2006 die Professur für Wissenschaftstheorie der Erziehungs- und Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg. Zu Müller konnten keine ausführlichen Angaben gefunden werden. Laut einer biographischen Notiz in dem von Leibfried herausgegebenen Band *Wider die Untertanenfabrik* studierte er Geschichte, Politische Wissenschaft und Pädagogik in Marburg, Wien und Berlin und engagierte sich danach in unterschiedlichen Kontexten der Studierendenbewegung, etwa 1961/62 als Erster AStA-Vorsitzender an der FU. Vgl. zu Preuß zum Beispiel Günter Platzdasch: Anschluß verloren: Alte Linke, Neue Linke, DIE LINKE? Ulrich K. Preuß zum Siebzigsten. *Linksnet*, 6. 12. 2009. https://www.linksnet.de/artikel/25135. Zuletzt aufgerufen am 9. 8. 2021; zu Nitsch: Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Pressemitteilung 035/16. Sozialwissenschaftler und Pädagoge Wolfgang Nitsch verstorben, 29. 1. 2016. https://www.presse.uni-oldenburg.de/mit/2016/035.html. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2020; zu Müller: Biographische Notizen. In: Stephan Leibfried (Hg.): *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule.* Köln: Pahl-Rugenstein 1967, 386–388, hier 387.

902 Wolfgang Nitsch, Uta Gerhardt, Claus Offe und Ulrich K. Preuß: *Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität.* Berlin: Luchterhand 1965.

903 Nitsch, Gerhardt, Offe und Preuß, *Hochschule*, 1965. Das Thema »Frauen und die Universität« wurde nur im Anhang und als »Exkurs« auf 19 von 490 Seiten behandelt. Ebd., 437–456.

904 Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008, 67–90.

nalisierung eines abgespaltenen Erziehungsauftrages jenseits der Wissenschaft verbietet; und schließlich die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Wissenschaft, die heute im Sinne subjektiver Teilhabe- und Teilnahmerechte interpretiert werden muß.[905]

Die Verfasser*innen forderten in dem Band entsprechend vor allem konkrete Formen der Mitbestimmung ein. Zudem ginge es ihnen um die Anerkennung und Wahrnehmung eines wissenschaftsgeleiteten, selbst-/reflexiven Erziehungsauftrags von Universität, der jenseits ökonomisch-funktionalistischer Ansätze stehen sollte, sowie um einen inhärenten Handlungsbezug von Wissenschaft, der sich in der demokratisch verfassten Gesellschaft der Bundesrepublik zu realisieren hätte. In radikalisiertem Duktus fortgesetzt wurde die Sondierung des Feldes 1967 in einem ähnlich einschlägigen Band: Im Jahr der Ermordung Benno Ohnesorgs erschien der Reader *Wider die Untertanenfabrik*, in dem Texte zur Hochschulreform versammelt wurden, die erneut aus tagesaktuellen Bezügen politischer Aktionen und theoretischer Suchprozesse heraus zumeist von Studierenden verfasst worden waren. Darin loteten die Autor*innen das Spannungsfeld zwischen der von ihnen erlebten »angepaßten Universität« und dem Zielhorizont einer »in praktisch-politischer Tätigkeit zu verwirklichenden Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft« weiter aus.[906] In dem Band waren Texte von Habermas, vor allem aber diverse Beiträge von Preuß, Nitsch und Müller vertreten, die über ihre Erfahrungen mit der Reform des universitären Handlungsraums, zum Beispiel im Kontext des Gegenmodells der Kritischen Universität, berichteten und diese analysierten. In den »Biographischen Notizen« am Ende des Readers waren die Autoren, die zugleich Mitarbeiter des Bildungsforschungsinstituts waren, als solche deutlich erkennbar.[907] Vertreten war in dem Reader zudem ein Beitrag von Knut Nevermann (geb. 1944), eines weiteren späteren Mitarbeiters am Institut. Er gewann 1966 als AStA-Vorsitzender der FU im Zuge der Studierendenproteste Profil, gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Republikanischen Clubs in West-Berlin und sollte ab 1970 im Kontext des Bildungsrats und ab 1974 am MPIB arbeiten.[908] Nimmt man noch Krappmann hinzu, der seit 1969 am IfB tätig war und der sich zuvor, zeitweilig als Vorsitzender des VDS, für die Reform

---

905 Jürgen Habermas: Vorwort. In: Wolfgang Nitsch, Uta Gerhardt, Claus Offe und Ulrich K. Preuß: *Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität.* Berlin: Luchterhand 1965, V–VI, hier V–VI.

906 Ich danke Peter Schöttler für den Hinweis auf diesen Band. Vgl. Stephan Leibfried (Hg.): *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule.* Köln: Pahl-Rugenstein 1967, bes. Kapitel VII (Von der Hochschul- zur Gesellschaftspolitik). Zum Zitat Stephan Leibfried: Vorwort. In: Stephan Leibfried (Hg.): *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule.* Köln: Pahl-Rugenstein 1967, 3.

907 Leibfried, *Untertanenfabrik*, 1967, 386–388. In den Absätzen zu Müller und Preuss wurde das Institut explizit benannt, in den Angaben zu Nitsch hieß es, für einigermaßen orientierte Zeitgenoss*innen unmissverständlich: »seit 1964 freier wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem Institut in der Max Planck Gesellschaft in Westberlin«. Ebd., 388.

908 Der Jurist Nevermann war zwischen 1970 und 1973 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bildungsrat und von 1974 bis 1985 am MPIB tätig. Nach einer politikwissenschaftlichen Habilitation an der FU Berlin 1986 leitete er das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest, von 1988 an nahm er diverse Ämter in der politischen Kulturverwaltung wahr. Vgl. zur Person »Nevermann, Knut«. In: *Wer ist wer? Das deutsche Who's Who. Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin.* XXVIII. Ausgabe. Lübeck: Schmidt-Römhild 1989, 980 sowie das Kurzporträt in der Skizze der Autorinnen und Autoren. In: Knut Nevermann (Hg.): *Die 68er. Von der Selbst-Politisierung der Studentenbewegung zum Wandel der Öffentlichkeit.* Hamburg: VSA-Verlag 2018, 244–246, hier 245. Zu seinem Engagement an der FU siehe Tent, *Freie Universität*, 1988, unter anderem 323, 337–338.

deutscher Universitäten engagiert hatte,[909] wurden aus dem unmittelbaren Erfahrungsraum der Studierendenbewegung also allein fünf, an vorderster Front engagierte, diskussionserfahrene junge Männer für das Institut rekrutiert. Hinzu kamen Oevermann aus dem Frankfurter Kreis um Habermas und – in ihrem politischen Engagement weniger öffentlich sichtbar – Ingrid N. Sommerkorn (geb. 1936) und Beate Krais (geb. 1944). Beide erprobten in dem Projektseminar »Sozialisation und Kompensatorische Erziehung«, das im Rahmen der Kritischen Universität angeboten wurde, innovative demokratische Ansätze in der Hochschullehre. Sommerkorn, die damals Assistentin Goldschmidts und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IfB war, hatte die zweisemestrige Veranstaltung angeregt, die unter der Schirmherrschaft Goldschmidts 1968 und 1969 stattfand und von etwa 80 Studierenden besucht wurde.[910] Den Seminarbericht brachte eine elfköpfige, überwiegend studentische Redaktionsgruppe heraus, zu der auch die spätere Bildungssoziologin, Gender-, Wissenschafts- und Eliteforscherin Krais gehörte, die nach ihrem Abschluss 1975 an das MPIB kam und dort nach einiger Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde.[911] Krais war an der FU Mitglied der um 1969 gegründeten »Roten Zelle Soziologie«, später in der »Arbeitsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten in der Soziologie« (ADS-Soz), und gelangte nach ihrer Aussage in diesem Kontext auch auf die sogenannten schwarzen Listen der reaktionär-konservativen »Notgemeinschaft für eine [f]reie Universität« (NofU).[912] Für interessierte Beobachter*innen der Szene war ebenfalls gut erkennbar, dass das Bildungsforschungsinstitut das didaktisch wie politisch ausgerichtete Seminarexperiment und mithin auch die Kritische Universität substantiell unterstützte. So waren spätestens mit der Veröffentlichung des Ergebnis-Skripts des Seminars das darin enthaltene »Vorwort« von Goldschmidt und seine »Reflexionen« auf das Seminar nachlesbar und konnten dem IfB zuge-

---

909 Vgl. Uwe Rohwedder: *Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969).* Essen: Klartext 2012, 152–169, 195–210.

910 Siehe zu Entstehung, Anlage und Ablauf des Seminars 1969 noch im Selbstverlag Beate Brüggemann, Gabriele Dombrowsky, Brita Gabriel, Christa Gebbert, Sabine Gensior, Hannelore Held, Ursula Koch et al.: *Sozialisation und kompensatorische Erziehung. Ein soziologisches Seminar an der Freien Universität Berlin als hochschuldidaktisches Experiment.* Sommersemester 1968 und Wintersemester 1968/69. Berlin 1969, 190–222 und Dietrich Goldschmidt: Vorwort. In: Beate Brüggemann et al.: *Sozialisation und kompensatorische Erziehung. Ein soziologisches Seminar an der Freien Universität Berlin als hochschuldidaktisches Experiment.* Sommersemester 1968 und Wintersemester 1968/69. Berlin 1969, 1–2. Sommerkorn war von 1966 bis 1969 Assistentin Goldschmidts, arbeitete von 1969 bis 1971 als *Research Associate* am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge/USA und wurde 1971 an die damals neu gegründeten Universität Bremen berufen. Vom Wintersemester 1976/77 an vertrat sie eine Professur am Interdisziplinären Zentrum für Hochschuldidaktik (IZHD) der Universität Hamburg, bis 1995 in Doppelmitgliedschaft am Fachbereich Soziologie, wo sie danach bis zu ihrer Emeritierung 2001 ausschließlich verortet war. Vgl. Ingrid Sommerkorn: Mein Werdegang als Soziologin in der Wissenschaft. In: Ulrike Vogel (Hg.): *Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung. Autobiographische Notizen der ersten Generation von Professorinnen an der Universität.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 23–32, hier 27, 29–30.

911 Vgl. Brüggemann et al., *Sozialisation*, 1969, Titelei. Krais arbeitete zwischen 1975 und 1995 am MPIB, unter anderem in der Manpower-Gruppe und in der Arbeitsgruppe »Bildungsbericht«. 1995 wurde sie auf eine Professur für Soziologie an die TU Darmstadt berufen (Emeritierung 2009). Vgl. zur Karriere von Krais und zu ihren Erinnerungen an das KU-Seminar Beate Krais: »Das ist ein unpolitisches Fach! Eine kritische Soziologie ist das eigentlich nicht!«. Beate Krais: »Das ist ein unpolitisches Fach! Eine kritische Soziologie ist das eigentlich nicht!«. Beate Krais im Gespräch mit Michaela Christ und Maja Suderland über Soziologie und Nationalsozialismus. In: Michaela Christ und Maja Suderland (Hg.): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven.* Berlin: Suhrkamp 2014, 555–593, hier 564–590, bes. 569–581.

912 Vgl. dazu, auch zur Erläuterung der Abkürzung »ADS-Soz«: Krais, *Gespräch*, 2014, 578, 585.

ordnet werden.[913] Die Studierenden dankten in dem Skript zudem dafür, dass das IfB »zahlreiche Arbeitserleichterungen in Form von freigiebigen Vervielfältigungen, Verteilung aller Papers« und zudem die Möglichkeit geboten hätte, »eine Sekretärin in Anspruch nehmen zu können«.[914] Dass zu dieser Unterstützung auch »die Erstellung der Broschüre in der institutseigenen Druckerei« gehörte, geht aus einem Rückblick Sommerkorns hervor.[915]

Aber nicht nur wissenschaftliche Mitarbeiter*innen des IfB waren mit der Studierendenbewegung eng verbunden und engagierten sich politisch. Eddings im Sommer 1965 geleistete Unterschrift unter das an den Bundeskanzler gerichtete Protestschreiben zeigt ebenso wie Goldschmidts KU-Seminar, dass sich auch Direktoren des IfB öffentlich für Belange der Studierendenbewegung einsetzten. Dabei machte der Institutsleiter keine Ausnahme. So meldete sich Becker beispielsweise 1967 unübersehbar in der *Zeit* zu Wort, als die im Zuge des Schah-Besuchs in West-Berlin Protestierenden fast unmittelbar nach der Ermordung Ohnesorgs für die Tat verantwortlich gemacht wurden. Zusammen mit 22 Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur unterzeichnete er im Juni den Zwischenruf »Zur Polizei und den Studenten«, in dem der umgehenden Schuldzuschreibung von Seiten des Berliner Senats und der Kriminalpolizei an die Protestierenden entgegengetreten und eine unabhängig geführte Untersuchung verlangt wurde.[916] Einige Wochen später erschien im gleichen Kontext und ebenfalls in der *Zeit* ein kurzer Artikel zur Inhaftierung des Mitbegründers der Kommune I, Fritz Teufel (1943–2010), den Becker zusammen mit Hartmut von Hentig verfasst hatte, und in dem die Gründe für die für Teufel angeordnete Untersuchungshaft juristisch in Zweifel gezogen und dessen Freilassung verlangt wurde.[917]

---

913 Vgl. Goldschmidt, *Vorwort*, 1969 und Dietrich Goldschmidt: Reflexionen über ein Experiment. In: Beate Brüggemann et al.: *Sozialisation und kompensatorische Erziehung. Ein soziologisches Seminar an der Freien Universität Berlin als hochschuldidaktisches Experiment.* Sommersemester 1968 und Wintersemester 1968/69. Berlin 1969, 223–232.

914 Brüggemann et al., *Sozialisation*, 1969, 201. Sommerkorn deutet an, dass die Veröffentlichung der Seminarergebnisse »in der offiziellen Schriftenreihe eines *Forschungs*instituts« nicht möglich war. Inwieweit man es dabei mit einer generellen Unterbewertung hochschulischer Lehre und Didaktik oder mit einem Anzeichen geschlechtsspezifischer Unterschiede in den Anerkennungsstrukturen am IfB zu tun hat, muss hier offenbleiben. Fest steht, dass eine Untersuchung der Wirkungen der Studierendenproteste auf die Hochschullehre in der Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte bislang vernachlässigt ist. Ebenso steht es aus, einen etwaigen geschlechtsspezifischen Umgang mit den Möglichkeiten der Demokratisierungspotentiale an den Hochschulen zu prüfen, die im Zuge der Studierendenproteste erstritten wurden. Wie fruchtbar ein auch geschlechtsspezifisch erweiterter Blick auf das westdeutsche »1968« sein kann, hat jüngst Christina von Hodenberg gezeigt. Vgl. Sommerkorn, *Werdegang*, 2006, 28, Hervorhebung im Original; Christina von Hodenberg: *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte.* München: C. H. Beck 2018.

915 Sommerkorn, *Werdegang*, 2006, 28.

916 Unter den Unterzeichnenden waren zum Beispiel Adorno, Marion Gräfin Dönhoff, Friedeburg, Habermas, Hentig, Helmut Gollwitzer (1908–1993), A. Mitscherlich und Picht. In der Stellungnahme hieß es unter anderem: »Die Bürger der Bundesrepublik haben in einer Lage, in der sie sich auf gefestigte rechtsstaatliche Traditionen nicht verlassen können, Anspruch darauf, durch schleunige und minuziöse Untersuchungen darüber Gewißheit zu erlangen, ob ihre Polizei Terror übt – oder ob dieser Verdacht zu Unrecht besteht«. Vgl. Theodor Adorno et al.: Zur Polizei und den Studenten. *Die Zeit* 23 (9. 6. 1967). https://www.zeit.de/1967/23/zur-polizei-und-den-studenten. Zuletzt aufgerufen am 20. 9. 2020. Siehe zum Kontext Günter C. Behrmann: Kulturrevolution: Zwei Monate im Sommer 1967. In: Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann und Friedrich H. Tenbruck: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Campus 1999, 312–386, hier 330.

917 Teufel war wegen angeblicher Gewalttätigkeiten während der Demonstrationen gegen den iranischen Schah verhaftet und des Landfriedensbruchs angeklagt worden. In dem Artikel hieß es unter anderem: »Es fällt schwer, Schüler

Diskussionen am IfB und im Beirat über politisches Engagement und Politikberatung: Wie Jan-Martin Wiarda ausführlich gezeigt hat, war am Institut selbst allerdings die Nähe zur Politik und insbesondere die Politikberatung keineswegs unumstritten und es bildeten sich im Laufe der Ära Becker allmählich unterschiedliche Fraktionen heraus. Zwischen ihnen kam es vor allem in der 1969 am Institut eingerichteten, demokratisch verfassten »Grundsatzkonferenz« (GK) regelmäßig zu Diskussionen um die wissenschaftliche Legitimität der Politikberatung und um die Auswirkungen, die solche Tätigkeit auf die wissenschaftliche Arbeit haben könnte. Wie aus den diversen von Wiarda angeführten Erinnerungen von Zeitzeug*innen hervorgeht, war es dabei offenbar symptomatisch für Beckers Führungsstil, dass er auch diesen Diskussionen gewissermaßen die Zügel schießen ließ. Demnach arbeiteten sich die verschiedenen Parteiungen in der GK unter seiner Beobachtung vielfach aneinander ab und die dabei offenbar regelmäßig entstehenden diskursiven Dauerschleifen wurden weder durch steuernde Maßgaben noch durch den Versuch einer vermittelnden Synthese durchbrochen. Derlei Debatten kosteten insofern Zeit und sie dürften – angesichts der von den Zeitzeug*innen erinnerten Schärfe der Auseinandersetzungen – wohl ebenso erhebliche psychische Ressourcen beansprucht haben.[918] Im Endeffekt aber gab es am IfB keine Distanzierung gegenüber der Politikberatung. Ganz im Gegenteil nahm der Aufwand des Instituts gerade für den BR in dessen zweiter Amtsperiode bis zur Einstellung seiner Arbeit im Jahr 1975 quantitativ vermutlich noch zu.[919] Die Institutsleitung und hier wohl besonders der Institutsdirektor behielten die verfolgte Linie insofern unangefochten von internen Debatten und Abwägungen bei, zumal ein Großteil der Belegschaft hinter dem Kurs stand.

In dieser Ausrichtung wurde die Institutsleitung vom damaligen Beirat offenbar unterstützt. Dort gelangte die Thematik laut den Sitzungsprotokollen kaum auf die Tagesordnung. Allein an einigen Hinweisen aus den Niederschriften und aus den Tätigkeitsberichten für das Gremium lässt sich ablesen, dass eine gewisse latente Problematik bestand. So bedurfte zum Beispiel Goldschmidts Seminarangebot im Rahmen der KU gegenüber dem eigentlich wohlwollenden Gremium offenbar der Legitimation. Denn in seinem Bericht für den Beirat von Oktober

---

und Studenten zum Leben mit freiheitlichen und demokratischen Institutionen zu bilden, wenn die Justiz selbst daran mitwirkt, die Freiheit an einem Punkte einzuschränken, an dem sie besonders eindeutig garantiert ist«. Vgl. Hellmut Becker und Hartmut von Hentig: Warum ist Fritz Teufel noch in Untersuchungshaft? *Die Zeit* 30 (28. 7. 1967). https://www.zeit.de/1967/30/freiheit-fuer-teufel. Zuletzt aufgerufen am 22. 6. 2020. Vgl. Behrmann, *Kulturrevolution*, 1999, 333.

918 Wiarda widmet sich in seiner Studie eingehend dem Verlauf und den Argumentationsmustern der entsprechenden Diskussionen am Institut, wobei er sich auf das jeweilige Verständnis von Wissenschaft innerhalb der Parteiungen am IfB konzentriert. An dieser Stelle wird daher auf eine weitergehende Rekonstruktion verzichtet. Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, bes. 100–151. Aus den zeitgenössischen Äußerungen siehe hier allein die Überlegungen von Ingo Richter, Engagement von Institutsmitgliedern in der Politikberatung, August 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 31.

919 Der Bildungsrat veröffentlichte in seiner zweiten Amtsperiode bis 1975 (inklusive der einjährigen Mandatsverlängerung) mit circa 30 Bänden in der Reihe »Gutachten und Studien der Bildungskommission« etwa doppelt so viel wie in seiner ersten Amtsperiode, verabschiedete sieben Empfehlungen und einen Bericht. Er steigerte zudem die Sitzungsfrequenz seiner verschiedenen Gremien noch einmal erheblich, wobei sich die Gremienarbeit auf »etwa 120 ([gegenüber] 98 [aus der ersten Amtszeit]) sowie weitere 40 Kurzgutachten und Textentwürfe« stützte. Vgl. Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer, *Hochkonjunktur*, 1986, 150. Der genaue Beitrag des IfB/MPIB ist allerdings noch nicht untersucht; anzunehmen ist die verhältnismäßige Fortsetzung der in der ersten Amtsperiode des BR geleisteten Arbeiten.

1968 schilderte er die Konzeption des Seminars zwar überzeugt, aber doch nicht ohne einen apologetischen Unterton, wenn er darauf hinwies, dass man

> sich den öffentlichen wie den Lehrverpflichtungen nicht ganz entziehen [könne], die aus der durch wissenschaftliche Arbeit gewonnenen Sachkenntnis resultieren. Man kann nicht Hochschulforschung treiben und die Entwicklung der Hochschuldidaktik fordern, ohne sich selbst einem entsprechenden Experiment zu stellen.[920]

Zudem machte er in der selbstreflexiven Offenheit, welche die Tätigkeitsberichte bis in die Mitte der 1970er Jahre hinein auszeichnete, kritisch auf die Risiken von »Aussenverpflichtungen« im Rahmen der Politikberatung, aber auch der Lehre oder in Fachgesellschaften, aufmerksam. In derlei Engagement sah Goldschmidt potentiell »eine Gefährdung für die wissenschaftliche Arbeit jedes einzelnen und des Instituts als ganzen«. Was er mit der »Gefährdung« meinte, geht aus dem Bericht allerdings nicht klar hervor; möglicherweise ging es ihm sogar primär um den Aspekt der zeitlichen Beanspruchung und den Personalbedarf seiner Abteilung.[921]

Eindeutig wurde dagegen das politische Engagement der Mitarbeiter*innen im Beirat zum Thema, insbesondere da diese nicht nur ihre Zugehörigkeit zum Institut, sondern auch den Namen der MPG mit ihren politischen Auftritten verbanden. Der Beirat wurde damit jedoch erst befasst, als bei Becker Beschwerden eingingen: im Oktober 1967 sah er den Punkt »politische Betätigung der Mitarbeiter des Instituts« als Merkposten für seinen mündlichen Jahresbericht vor dem Gremium vor.[922] Offenbar führte jetzt kein Weg mehr daran vorbei, den Beirat, in dem ja auch Butenandt und andere renommierte Vertreter der MPG saßen, zu befassen und über die Lage am Institut aufzuklären. Aus dem Protokoll der Sitzung und aus Beckers Vorbereitungszetteln wird allerdings ebenso deutlich, dass das Problem für ihn persönlich nicht in der politischen Betätigung von Mitarbeiter*innen bestand, sondern darin, dass »die Öffentlichkeit«

---

920 Gegenüber dem Beirat betonte Goldschmidt die »Anknüpfung [des Seminars] an das Sozialisationsprojekt des Instituts«, wies auf den Charakter als »hochschuldidaktisches Experiment« hin und hob insbesondere die selbständige Vorbereitung des Seminars durch Arbeitsgruppen und die Erstellung eigener »Literatur- und Diskussionsberichte« als Elemente einer »demokratisierte[n]« Seminarform hervor. Vgl. Abteilung Soziologie. Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat [am 14. 10. 1968]. Berlin, im Oktober 1968, S. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 304. Zu Goldschmidts Verhältnis zur Studierendenbewegung und zu seinem Engagement in der Lehre siehe auch Becker, *Dietrich Goldschmidt*, 2019, 221–222 und 226–228.

921 »Dennoch sei offen ausgesprochen, dass die vielfältigen und – jede für sich genommen – wichtigen Aussenverpflichtungen (nicht nur des Unterzeichneten, sondern auch vieler anderer Wissenschaftler) eine Gefährdung für die wissenschaftliche Arbeit jedes einzelnen und des Instituts als ganzen darstellen. Für einen Abteilungsleiter ist diese Situation umso gravierender, als noch immer im Blick auf eine etwaige Entlastung Mangel an erfahrenen Wissenschaftlern besteht«. Abteilung Soziologie. Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat [am 14. 10. 1968]. Berlin, im Oktober 1968, S. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 304.

922 Auf Beckers Vorbereitungszetteln für die Beiratssitzung am 30. 10. 1967 war für den Bericht des Institutsdirektors unter dem Punkt »politische Betätigung der Mitarbeiter« beispielsweise vermerkt, dass man »nicht immer verhindern [könne], dass auf Programmen erscheint wo jemand tätig ist«. Dies weist indirekt auf die Art der damals vorgebrachten Beschwerden hin. Auf einige konkrete Beispiele wird im vierten Kapitel näher einzugehen sein. Siehe zur damaligen Kritik am IfB hier zunächst auch Butenandts Beruhigungsversuch des Senats der MPG im November 1967. Vgl. Wissenschaftlicher Beirat, 30. 10. 1967, [Vorbereitungszettel für Hellmut Becker, undatiert], S. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15 und Protokoll der 58. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 58.SP, fol. 336.

die Arbeit des Instituts mit den politischen Anliegen der Studierendenbewegung und hier offenbar besonders mit dem SDS in Verbindung brachte. Becker versuchte dann dem Beirat einerseits zu vermitteln, dass die »politische Betätigung« von Mitarbeiter*innen sich keineswegs allein auf den SDS konzentriere, sondern »vom Zentralkomitee Deutscher Katholiken bis zur Berliner Kritischen Universität« reichte.[923] Andererseits unterstellte er einer nicht näher bezeichneten »Öffentlichkeit« die Tendenz, »häufig die Zugehörigkeit zum Institut und die politische Betätigung nicht klar« zu trennen und daher »Mißverständnisse« heraufzubeschwören.[924] Er selbst habe »nach dem 2. Juni« (dem Tod Ohnesorgs) über die Fragen der politischen Betätigung zu den »wissenschaftlichen Mitarbeitern« gesprochen und habe – hier produzierte Becker offenbar eine Freud'sche Fehlleistung – »auch *klares Verständnis* für die Unterschiede zwischen ihrer Stellung im Institut und ihrem politischen Auftreten draussen gefunden«.[925] Am Ende reinterpretierte Becker – für ihn durchaus typisch – die Problematik nicht als Angelegenheit der Wissenschaftstheorie oder der Forschungspolitik, sondern als »Taktfrage«. Demnach hätten die Mitarbeiter*innen in »der Öffentlichkeit immer wieder klarzumachen«, dass politisches Engagement und Institutszugehörigkeit voneinander zu trennen wäre. Dabei befand sich Becker, rückblickend betrachtet, offenkundig in dem grundsätzlichen Dilemma, einerseits die von ihm selbst vorangetriebene Kooperation mit dem Bildungsrat und dessen reformpolitischer Zielsetzung mit voller Kraft fortzusetzen und andererseits das Engagement im Kontext der als ›links‹ apostrophierten Studierendenbewegung öffentlich nicht gut heißen zu können, um besonders in der MPG nicht mit deren Protestformen und Programmatiken identifiziert zu werden. Im Herbst 1967 jedenfalls begrüßte Becker im Beirat ausdrücklich »das politische Interesse an Bildung [als] die zentrale Motivierung fast alle[r] Mitarbeiter [...], die für so asketische Arbeit wie es empirische Forschung verlangt besonders notwendig« sei. Die in dieser Bemerkung immerhin entfernt erahnbare wissenschaftstheoretische Begründung wurde jedoch nicht weiter ausgeführt.[926] Letztlich beließ es der Institutsdirektor bei einer milden Rüge der Mitarbeiter*innen und warb stattdessen um die »Unterstützung« der Beiratsmitglieder bei der »Aufgabe«, die Trennung von persönlichem Engagement und beruflicher Tätigkeit am Institut öffentlich klarzustellen.[927]

---

923 Vgl. Wissenschaftlicher Beirat, 30. 10. 1967, [Vorbereitungszettel für Hellmut Becker, undatiert], S. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

924 Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

925 Das Zitat stammt aus Beckers Vorbereitungszetteln und fehlt im Protokoll. Mit Fehlleistung ist gemeint, dass es in dieser Situation vom Institutsdirektor, im Sinne eines Machtwortes, durchaus erwartbar gewesen wäre, von *klaren Worten* und nicht von *klarem Verständnis* zu sprechen. Ohne den Lapsus überbewerten zu wollen: Das de facto geäußerte »Verständnis« signalisierte keine Distanz, sondern gerade das Gegenteil. Wissenschaftlicher Beirat, 30. 10. 1967, [Vorbereitungszettel für Hellmut Becker, undatiert], S. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15, Hervorhebung Behm.

926 Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

927 Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

3.3.4 Rückwirkungen auf die Institutsarbeit: Die »innerinstitutionelle Herstellung eines ›Hortes der Vernunft‹«– Einführung der »Grundsatzkonferenz«, Aufhebung der Abteilungen und Projektarbeit

Die Überlagerung von Wissenschaft und Politik am Institut war jedoch keineswegs nur Sache der nachlässigen Zurechnung seitens einer von Becker gescholtenen »Öffentlichkeit«. Die Auswirkungen einer solchen engen Beziehung schlugen sich vielmehr in den Strukturen, in der Forschungspraxis und im Alltag des IfB greifbar nieder. Das zeigte sich am deutlichsten in der im Mai 1969 getroffenen Entscheidung, die bis dahin bestehende Organisation der Forschung in disziplingebundenen Abteilungen, denen jeweils ein Direktor vorstand, zugunsten einer projektbezogenen Struktur aufzuheben und flankierend die bereits erwähnte Grundsatzkonferenz einzusetzen.[928] Damit wurde nicht nur die Forschungsorganisation, sondern auch die Governance des Instituts grundlegend verändert und innerhalb der MPG ein Sonderfall geschaffen, der bis zu der modifizierten Satzung von 1981 Bestand hatte. Zu dieser einschneidenden Reform, die mit der novellierten Institutssatzung von November 1973 formalisiert wurde,[929] führten mehrere, sich überlagernde Entwicklungen und Motivstränge.

Einrichtung der Grundsatzkonferenz: Am Anfang stand das Bestreben, am Institut eine strategische Entwicklungsplanung zu institutionalisieren. Bereits unmittelbar nach der ersten Aufbauphase waren Überlegungen zur Notwendigkeit einer »Forschungsplanung« angestellt worden. So machte sich der Beirat Ende Oktober 1966 Gedanken darüber wie auf strukturiertem Weg Prioritäten gesetzt und Kriterien für die Entscheidung über die Aufsetzung neuer Projekte zu gewinnen wären.[930] In damaligen Worten: Für notwendig erachtet wurde eine »Klärung der Fragen der Forschungsstrategie« und die Etablierung eines »stärker rationalisierte[n] Verfahren[s]« zu ihrer Entwicklung. Im Hintergrund stand, dass sich das Institut stetig vergrößerte, erste »Projekte der Anfangsphase« ausliefen und allmählich der Bedarf für eine langfristig angelegte Strategie gesehen wurde, die über tagesaktuelle Anforderungen hinauswies und auf deren Basis Schwerpunktbereiche in der Forschung entwickelt werden könnten.[931] Während es in den hierarchisch strukturierten Instituten der MPG andernorts kaum eine Frage war, dass die Festlegung der Forschungsstrategie bei der direktoralen Leitung lag, schlug das West-Berliner Institut einen gänzlich anderen Weg ein.

---

928 Vgl. dazu Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 168 und zum Folgenden die von Wiarda zur Arbeitsweise und Wirkung der Grundsatzkonferenz zusammengestellten Interviewpassagen sowie seine anschließende Zusammenfassung zur »Forschungsorganisation im Verlauf der Institutsgeschichte«: Wiarda, *Beratung*, 2016, 128–131, 142–148 und 183–190.

929 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], hier §4, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

930 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 31. 10. 1966 in Berlin [...], S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

931 Hellmut Becker an Georg Picht, 20. 1. 1967, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15 und Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

Die Weichen für die weitere Diskussion am IfB und im Beirat stellte dabei die von Edelstein Ende 1966 vorgelegten »*Überlegungen zur Forschungsstrategie und Arbeitsorganisation des Instituts für Bildungsforschung*«.[932] Ohne hier in die Details des umfangreichen Strategiepapiers zu gehen, ist hervorzuheben, dass darin zentrale Denkmuster aus der Studierendenbewegung integriert waren. So machte sich Edelstein für ein Organisationsprinzip stark, das einen enthierarchisierten Strategiefindungsprozess mit breiter Beteiligung der Institutsmitarbeiter*innen und hohen Autonomiespielräumen für die Forschungsprojekte favorisierte, wobei er sich explizit auf einen der erwähnten Schlüsseltexte der reformorientierten Studierendenschaft, den Band *Hochschule in der Demokratie*, bezog.[933] Darin waren quasi-autonome Teilbereiche der Hochschulen und einige Institute der MPG als geeignete Orte identifiziert worden, um von diesen Räumen aus grundlegende gesellschaftspolitische Reformprozesse voranzutreiben und – gestützt auf veränderte Organisationsformen – »neuen Demokratisierungsprozessen in der übrigen Gesellschaft vorauszueilen« und diese mitauszulösen.[934] Auffällig ist dabei, dass dieser Ansatz von seiner Struktur her zugleich erstaunlich genau dem von Becker nach 1945 in seiner kulturpolitischen Tätigkeit wiederholt postulierten, reformpädagogisch geprägten Vorgehen der Etablierung von Modellorten entsprach. Veränderungen des bundesdeutschen Bildungswesens sollten demnach über die Durchführung pädagogischer und struktureller Experimente in separierten, weitgehend autonomen Handlungsräumen erreicht werden, die dann Modellwirkung entfalten sollten. Dieses Muster wurde zunächst für den Ort der Landerziehungsheime beansprucht; man kann Ähnliches aber auch in der Einrichtung von Gesamtschulen als Versuchsschulen erkennen. Für den Modellort des Bildungsforschungsinstituts jedenfalls schlug der ehemalige Lehrer der Odenwaldschule Edelstein nichts weniger als die »innerinstitutionelle Herstellung eines ›Hortes der Vernunft‹ (Fichte)« vor, die einst »theoretisch der Universität als Organisation [und] der Wissenschaft [...] als Ziel gesetzt war«. Erreicht werden sollte dies über die Sicherung der »Rationalität der betrieblichen Ordnung des wissenschaftlichen Instituts in einer ihr gemäßen demokratischen Verfassung«.[935] Dabei lehnte sich der hier gebrauchte Begriff der »Rationalität« möglicherweise bereits an eine Form kommunikativer Kompetenz an, an deren theoretischer Grundlegung Habermas damals zu arbeiten begann.[936] Die von Edelstein Ende 1966 ent-

---

932 Wolfgang Edelstein. Überlegungen zur Forschungsstrategie und Arbeitsorganisation des Instituts für Bildungsforschung. Berlin, Dezember 1966, AMPG II. Abt., Rep 43, Nr. 15.

933 Wolfgang Edelstein. Überlegungen zur Forschungsstrategie und Arbeitsorganisation des Instituts für Bildungsforschung. Berlin, Dezember 1966, S. 5, AMPG II. Abt., Rep 43, Nr. 15.

934 Nitsch, Gerhardt, Offe und Preuß, *Hochschule*, 1965, 110. In der Schrift wurde anvisiert, »geeignete soziale Organisationsformen der Wissenschaft [...] durch ein kritisches Bewußtsein« zu nutzen, das die »Pressionen« des »Herrschaftsgefüge[s] der westdeutschen Gesellschaft« »reflektiert und bekämpft«. Als geeignet wurden dabei nur »Teilbereiche« von Hochschulen und ebenfalls solche Institute der MPG bestimmt, die ausreichend unabhängig agieren könnten. Diese allein würden einem, »über gesellschaftliche Widersprüche und Möglichkeiten aufgeklärte[n] kritische[n] Bewußtsein von Wissenschaftlern« Wege bieten, »um sich in einer Art kollegialer und funktionaler Autonomie in seinen gesellschaftlichen Beziehungen, zumindest bei der Planung, Finanzierung und Organisation wissenschaftlicher Arbeit [...] durchzusetzen, und zwar auch gegen den Druck herrschender gesellschaftlicher Gruppen und Bewußtseinslagen«. Ebd., 109–111.

935 Wolfgang Edelstein. Überlegungen zur Forschungsstrategie und Arbeitsorganisation des Instituts für Bildungsforschung. Berlin, Dezember 1966, S. 5, AMPG II. Abt., Rep. 43, Nr. 15.

936 Nach seiner Antrittsvorlesung setzte sich Habermas zunehmend mit der Sprache als Begründungsort des emanzipa-

worfene Programmatik wurde am Institut dann nachfolgend, begleitet von intensiven und ebenso kontroversen Diskussionsprozessen, in organisatorische Reformen umgesetzt.

Ein erster wichtiger Schritt stellte die Wahl eines »Mitarbeiterausschusses« zur »nicht-hierarchische[n] Repräsentation der wissenschaftlichen Mitarbeiter« dar, die Becker dem Beirat im Oktober 1967 bekanntgab.[937] Der Fortgang der Diskussion spiegelt sich in einem Positionspapier zur »Forschungsplanung der Juristischen Abteilung« von September 1968, mit dem seinerseits der Anspruch vertreten wurde, für das Institut »Modellwirkungen zu erzeugen«.[938] Erneut war hier die Form der Prioritätenfestlegung für die Institutsforschung an Anforderungen der Mitbestimmung gekoppelt. So wurde angesichts der Vielfalt berechtigter »wissenschaftliche[r], politische[r], institutionelle[r] und personelle[r] Relevanz von Forschungsarbeiten« und der Unmöglichkeit, auf dem Gebiet des Bildungswesens »Prioritäten [...] nach ausschließlich wissenschaftlichen Gesichtspunkten« zu setzen, eine strukturell orientierte Lösung über die Festlegung von »Entscheidungsverfahren« angedacht. Diese sollten »den Prinzipien der wissenschaftlichen Öffentlichkeit und Kommunikation gehorchen«.[939]

Den Prozess der Einrichtung der Grundsatzkonferenz beschleunigten dann möglicherweise die Kritik an der bestehenden Governance des Instituts durch Edding, die allerdings nicht institutsöffentlich wurde. So ließ er Becker am 22. Mai 1969 ein vertrauliches Memo zukommen, in dem er der bis dato für strategische Belange zuständigen Abteilungsleiterkonferenz ihre Funktionsfähigkeit absprach, da er sie »nicht mehr in der Lage [sah], aus dem Flickwerk der etablierten Projekte auf heute sichtbare Prioritäten auszubrechen«.[940] Es gab auf der Leitungsebene also offenbar erhebliche Schwierigkeiten, den Überblick über die vielen und – inhaltlich, disziplinär wie methodisch – vielfältigen Projekte zu behalten und eine strategische Gesamtlinie für das immer noch wachsende Institut zu finden. Verantwortlich war dafür aber letztlich der Institutsdirektor.

Inwieweit Becker sich diese Probleme allerdings zu eigen machte, muss, bis weitere Forschungen zu seiner Person und zu seinem Führungsverständnis vorliegen, offenbleiben. Hier seien nur einige vorläufige Überlegungen angestellt: So kann durchaus angenommen werden, dass

---

torischen Erkenntnisinteresses auseinander. 1969 legte er ein Diskussionspapier mit dem Titel »Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz« vor. Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008, 68–71.

937 Im Beiratsbericht Beckers heißt es dazu: »[E]s bildete sich ein Mitarbeiterausschuß, dessen Mitglieder unter dem Gesichtspunkt wissenschaftlicher und insbesondere methodischer Qualität von allen Mitarbeitern des Hauses gewählt wurden; und zwar so, daß alle Wissenschaftsbereiche darin vertreten sind. Auf diese Weise entstand eine nicht-hierarchische Repräsentation der wissenschaftlichen Mitarbeiter«. Protokoll der Sitzung des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 30. 10. 1967 in Berlin [...], S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

938 Vgl. Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

939 Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 2, AMPG, III. Abt., Rep .180, Nr. 76.

940 Zitiert nach Wiarda, *Beratung*, 2016, 184.

Becker vorrangig bestrebt war, seine zentralen bildungspolitischen und reformpädagogischen Zielstellungen mit vollem Einsatz im Kontext des Bildungsrats und über seine diversen anderen zeitaufwändigen Engagements im Bildungsbereich umzusetzen. In gewisser Weise geschützt durch die mit dem Harnack-Prinzip verbundene Unantastbarkeit eines Institutsdirektors in der MPG, hätte er in diesem Fall in Bezug auf das Institut die Schwelle für ein profilierteres Führungsverhalten hoch anlegen können; dies galt jedenfalls solange, wie Butenandt das Institut protegierte und damit Beckers Position, den Bestand des Instituts und dessen Ressourcenversorgung mit hoher Wahrscheinlichkeit sicherte. Möglicherweise lag die von Edelstein 1966 angestoßene Entwicklung in Richtung auf die Gewährung größerer Freiräume für die wissenschaftlichen Angehörigen des Institutszirkels aber auch ganz auf der Linie von Beckers Führungsverständnis, sofern man dieses im Kontext seiner Prägung im reformpädagogischen Milieu und im Programmkreis der Landerziehungsheimbewegung deutet. Denn Beckers Verhalten – das legen viele der im Rahmen dieser Studie geführte Gespräche mit Zeitzeug*innen nahe – war durchgängig darauf gerichtet, der Entfaltung seiner männlichen jungen Nachwuchskräfte, die er als aktive Repräsentanten einer bürgerlichen Elite betrachtete,[941] weitestmöglich Spiel zu geben und ihnen im Sinne ihrer Persönlichkeitsentwicklung Vertrauensvorschuss zu gewähren. Prosaischer gefasst, musste es Becker aber auch auf der machtpolitischen Ebene bewusst gewesen sein, dass die mit der Aufhebung der Abteilungsstruktur im Herbst 1969 verbundene Rücknahme der Weisungsbefugnis der Abteilungsleiter (die unter Becker bis 1981 immer Direktoren *am* Institut blieben) dem Direktor *des* Instituts, also ihm selbst, erheblich mehr Gewicht verleihen würde.

Wie auch immer dies aber von Seiten Beckers motiviert gewesen sein mag: Kurz nach Eddings internem Memo wurde im Mai 1969 von der Leitungsrunde die Einrichtung der Grundsatzkonferenz beschlossen, die zum ersten Mal Anfang Juli 1969 tagte und die den Anliegen auf Demokratisierung und einer rationalen Verfasstheit forschungspolitischer Entscheidungsprozesse weitmöglichst entsprechend sollte. Wie dies Becker gegenüber dem Beirat formulierte, hätte die GK der »Entfaltung der Rationalität der Wissenschaft durch Beteiligung der in der Wissenschaft tätigen Menschen an der Verfügung über den wissenschaftlichen Prozess« zu dienen.[942] Das einmal monatlich einberufene Gremium trat fortan neben die Abteilungsleiterkonferenz (jetzt umbenannt in »Leitungskonferenz«, LK)[943] und war aus der Leitungsrunde, gewählten

941 Becker ordnete die »Studentenrevolutionäre« überwiegend den Mittel- und Oberschichten zu und ging davon aus, dass sie vor allem »aus freiheitlichem und liberalem Elternhause« stammten. Vgl. Autonomie und Autorität des Menschen – ein Spannungsverhältnis? Ein Gespräch. In: Hans W. Nicklas (Red.): *Politik, Wissenschaft, Erziehung. Festschrift für Ernst Schütte.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1969, 8–40, hier 29.

942 Mit dieser Formel hatte Becker das Grundsatzpapier Edelsteins 1967 dem Beirat präsentiert. In der Beiratssitzung von November 1969 wurde die Gründung der Grundsatzkonferenz dann ausführlich vorgestellt und besprochen. Vgl. Wissenschaftlicher Beirat, 30. 10. 1967, [Vorbereitungszettel für Hellmut Becker, undatiert], S. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15 und Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 4–6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

943 Abteilungsleiterkonferenz. Die Leitungskonferenz und ihre Mitglieder. Berlin, 16. 10. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 473. Vgl. auch Hellmut Becker an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, 16. 10. 1969, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76 und Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

Vertretungen der Projekte und Delegierten des Mitarbeiterausschusses zusammengesetzt, wobei die Stimmenmehrheit nicht mehr bei der Leitungskonferenz lag. Die Sitzungsprotokolle, die ein hauptamtlicher Sekretär zu besorgen hatte, wurden allen Institutsmitgliedern zugänglich gemacht.[944] Vor allem erhielt die GK Befugnisse in den zentralen strategischen Bereichen der Institutsentwicklung in Forschung, Personal, Organisation und Umweltbeziehungen, die zuvor bei der Abteilungsleiterkonferenz gelegen hatten. Ausgenommen war allerdings der steuerungsrelevante Bereich der Finanzen und auch die nach der MPG-Satzung vorgegebene »Gesamtverantwortung des Direktors« sollte nicht berührt werden.[945] Becker hatte zum Beispiel nach wie vor die Außenvertretung des Instituts inne und vor allem fiel ihm ein Vetorecht zu.[946] Zuständig war die GK für

- die Forschungsplanung, wozu die »Konzentration [...] auf Arbeitsfelder«, die regelmäßige Diskussion der Forschungsarbeit des Instituts »(z. B. jedes größere Projekt einmal im Jahr)«, die Projektinitiierung sowie die Anbindung der Forschungsplanung an »Institutsorganisation und [...] Personalentscheidungen« gehörten;
- den Abschluss von Projekten und den Anstoß der Evaluation;
- die Erarbeitung von »Prinzipien von Dissemination und Politikberatung« und
- die »Fortbildung wissenschaftlicher Mitarbeiter«.[947]

Geschaffen war damit ein relativ großes Gremium, dessen Mitglieder höchst unterschiedliche Informationsstände hatten und das nicht nur auf eine Geschäftsordnung verzichten wollte,[948] sondern ebenfalls auf jegliche hierarchisch begründete Ordnungs- und besonders Schließungsmechanismen in der Kommunikation. Die GK folgte insofern zwar einer hohen Aspiration, war auf Lerneffekte ›unter Gleichen‹ angelegt und mit weitreichenden Zuständigkeiten und Kompetenzen ausgestattet. Dass sie jedoch gerade mit den für die Institutsentwicklung so zentralen Strategiefragen »überfordert« sein könnte, wandte Robinsohn bereits während der einschlägigen Diskussion des Beirats im November 1969 ein, blieb damit aber ungehört – und die Anlage der GK ambivalent.[949]

---

944 Dazu Wiarda, *Beratung*, 2016, 185–186.

945 Abteilungsleiterkonferenz. Die Leitungskonferenz und ihre Mitglieder. Berlin, 16. 10. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 473. Vgl. auch Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

946 »Der Direktor des Instituts als der nach außen Verantwortliche hat [...] in jedem Fall ein Vetorecht«. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

947 Vorschlag zur Gründung einer Grundsatzkonferenz vom 3. 6. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 581, fol. 84.

948 Der Verzicht auf eine Geschäftsordnung wurde vor dem Beirat damit begründet, dass eine »Aufblähung des Apparats und übermäßige Formalisierung« vermieden werden sollte. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

949 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Zur Ambivalenz der GK, die sich de facto zu einer ebenso zeitraubenden wie lernintensiven Veranstaltung entwickelte, siehe zum Beispiel die Erinnerung von Naumann

Aufhebung der Abteilungsstruktur zugunsten interdisziplinärer Projekte: Flankiert und ergänzt wurde die Einrichtung der Grundsatzkonferenz durch die bereits erwähnte, annähernd zeitgleich, im Oktober 1969, vorgenommene Aufhebung der disziplinär ausgerichteten Abteilungsstruktur zugunsten einer Organisation der Forschung in interdisziplinären Projekten. Wie Becker ebenfalls im Oktober gegenüber dem Beirat ankündigte, sollte die Aufhebung der Abteilungsstruktur zunächst »versuchsweise« vorgenommen werden.[950] Tatsächlich hatte sie bis zu der novellierten Satzung des MPIB von 1981 weitgehend Bestand, die bereits unter wesentlichem Einfluss von Beckers Nachfolger, Paul B. Baltes, formuliert und durchgesetzt wurde.[951] 1969 war diese Reform im Rahmen der MPG mindestens ebenso revolutionär wie die Delegation strategischer Zuständigkeiten an ein gewähltes Forum gleichberechtigter Institutsangehöriger – und beide Maßnahmen hingen letztlich auf das engste miteinander zusammen. Wichtigster Ausgangs- und Zielpunkt dieses zweiten Teils der Organisationsreform war es dabei, den zentralen Anspruch des IfB auf Interdisziplinarität einzulösen oder ihm zumindest deutlich näherzukommen.[952] Wie wichtig dieser Aspekt gerade innerhalb der MPG inzwischen geworden war, führte der Präsident dem Beirat in dessen Novembersitzung vor Augen. Unter Hinweis auf das in der MPG demnächst unweigerlich anstehende Prüfungsverfahren anlässlich der »Frage, ob aus dem von der MPG betreuten Institut ein Max-Planck-Institut werden soll«, bezeichnete Butenandt

> die Überwindung der disziplinären Grenzen als eine Lebensfrage des Instituts, da auch gerade diese Bemühungen und die daraus resultierenden Leistungen als Kriterium gelten müssen für die Beantwortung der entscheidenden Frage, ob es für die Arbeit, die hier geleistet wird, eines Max-Planck-Instituts bedarf.

Becker verstärkte die präsidiale Aussage noch mit dem Hinweis auf die Alternativlosigkeit der Verortung des Instituts in der MPG, da weder Forschungsarbeit noch die Organisationsform des Instituts außerhalb der Gesellschaft und jenseits der in ihrem Rahmen »gewährleistete[n] Unabhängigkeit« denkbar wären.[953]

---

und weitere, anonymisierte Zeitzeugenaussagen bei Wiarda: Jens Naumann: Bildungsforschung als Alibi? In: Gerold Becker und Jürgen Zimmer (Hg.): *Lust und Last der Aufklärung. Ein Buch zum 80. Geburtstag von Hellmut Becker.* Weinheim: Beltz 1993, 294–304, hier 302–303; Wiarda, *Beratung*, 2016, bes. 128–131, 146–147.

950 Hellmut Becker an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, 16. 10. 1969, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Vgl. zur Satzung von 1981 zunächst Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170–171.

951 Die Satzung trat zum 1. Juni 1981 in Kraft. Darin erhielten die sogenannten »Forschungsbereiche«, die in der Regel durch ein Wissenschaftliches Mitglied vertreten werden sollten, wieder ein deutlich stärkeres organisatorisches Gewicht. Vgl. dazu Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 171–172 und zur kontroversen Diskussion über die Satzungsnovelle die entsprechenden Unterlagen in AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

952 Becker begründete die Aufhebung der Abteilungsstruktur gegenüber dem Beirat damit, dass die »Stellung der Projekte« im Forschungsalltag immer stärker geworden sei und die »Ausrichtung der Organisationsstruktur an den Einzeldisziplinen« die »interdisziplinäre [...] Zusammenarbeit« erschwert hätte. Hellmut Becker an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, 16. 10. 1969, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

953 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

Vielleicht nicht zufällig rückte mit dem Blick auf die Bedeutung interdisziplinärer Forschung für das Institut die Tatsache in den Hintergrund, dass mit der Aufhebung der Abteilungsstruktur nicht nur die Projektmitarbeiter*innen in größere Unabhängigkeit und in neue, dezentral organisierte Leitungsstrukturen entlassen waren, sondern dass damit zugleich den drei Direktoren am Institut – Robinsohn, Goldschmidt und Edding – die Weisungsbefugnis gegenüber ihren Abteilungsmitgliedern entzogen wurde. Wie Edding später im Rückblick treffend formulierte, ging diese Befugnis stattdessen »voll an den Institutsleiter« über und Becker »erreichte, was auch im Rückblick nach langer Zeit noch als kaum glaublich erscheint: Die Abteilungsleiter verzichteten freiwillig auf ihre ›Territorialfürstentümer‹«.[954] Dass von Freiwilligkeit allerdings zumindest im Fall Robinsohns kaum gesprochen werden kann, deutete später die Soziologin Christel Hopf (1942–2008) an, die zwischen 1974 und 1989 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am MPIB tätig gewesen war. Ihrer Erinnerung nach hätte Robinsohn in der Unterstützung Beckers für die Einrichtung der GK primär ein Mittel gesehen, um die Abteilungsleiter »zu entmachten«, was durchaus nicht in Robinsohns Interesse gelegen hätte.[955] Ohne diesen Punkt hier vertiefen zu können, waren Butenandts und Beckers Äußerungen auf der Beiratssitzung von November 1969 in jedem Fall dazu angetan, etwaige Widerstände aus der Leitungsriege gegen die Organisationsreform hinter die Dringlichkeit der in den Raum gestellten existentiellen Bedeutung einer gelingenden interdisziplinären Forschung zurücktreten zu lassen.

Dass Butenandt die gelingende Interdisziplinarität am IfB geradezu dramatisch als »Lebensfrage des Instituts« bezeichnete, hatte zum Hintergrund aber sicher auch die schon angesprochene, bis 1969 noch wenig vorzeigbare Bilanz des Instituts, für das absehbar die Prüfung der vollen Aufnahme in die MPG anstehen sollte. Von Anfang an hatte es am IfB bei der Umsetzung des Vorhabens interdisziplinärer Forschung Probleme gegeben. Diese waren bereits früh und auf mehreren Ebenen antizipiert worden. Erinnert sei an Goldschmidts schon 1964 formulierte Warnung in Bezug auf die Risiken der gleichzeitigen Einrichtung einer disziplingebundenen Abteilungs- und einer interdisziplinär angelegten Projektstruktur, die er treffsicher in der Unsicherheit über Zuständigkeiten und der möglichen Verselbständigung der Projektgruppen identifizierte.[956] Und auch Pichts Vorschlag von 1965 zur Einrichtung einer zentralen, synthetisierend angelegten theoretischen Abteilung sollte den Problemen begegnen, die seines Erachtens nach mit der interdisziplinären Arbeit und der Vielzahl der begonnenen Projekte verbunden

954 Edding, *Selbstdarstellung*, 1978, 20.

955 Christel Hopf wurde 1989 an die Universität Hildesheim berufen. Ihren Rückblick auf die Gründung der GK hatte sie zuvor über Gespräche »mit Mitarbeitern und Mitgliedern der damaligen und der heutigen Leitung« weiter fundiert. Auf dieser Basis kam sie zu dem Schluss, dass es eine verdeckte Ebene »diverse[r] Macht- und Interessenkonflikte« innerhalb der Leitungsriege gegeben hätte. Ähnliches scheint in den von Wiarda geführten Interviews auf. Ergänzt wird dort, dass Becker die Einrichtung der GK befördert hätte, um – in den Worten Wiardas – »die linken Tendenzen im Institut zu kanalisieren und sich zusätzlichen Einfluss auf die Meinungsführer unter den Mitarbeitern zu sichern«. Christel Hopf: Partizipation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an Institutsentscheidungen damals und heute. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 51–55, hier 52; Wiarda, *Beratung*, 2016, 129, Anm. 67.

956 Dietrich Goldschmidt. Bericht der Abteilung Soziologie für den wissenschaftlichen Beirat, [undatiert, wohl Oktober 1964], S. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 16.

sein würden. Als zur Beiratssitzung im Oktober 1968 in den Tätigkeitsberichten der Abteilungen jeweils überschlägige Zwischenbilanzen zum Stand der Interdisziplinarität präsentiert wurden, war das Problembewusstsein dann zwar noch weitergewachsen. Es zeigte sich aber, wie weit entfernt man von dem selbstgesteckten Ziel noch war. Einige dieser Befunde seien hier am Beispiel der bildungsökonomischen und der juristischen Abteilung aufgeführt. Wie in der Einleitung angesprochen, wird hier auf die Betrachtung der Forschungspraxis auf Ebene einzelner Projekte aus pragmatischen Gründen verzichtet.[957]

Wie der Bericht der bildungsökonomischen Abteilung zeigte, war dort mit einer »allmähliche[n] Integration der Stammdisziplinen in interdisziplinären Arbeitsgruppen und Projekten« im Berichtsjahr gerade erst begonnen worden: erst jetzt hätte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass »die Ökonomie als Einzeldisziplin keine hinreichende Basis für Bildungsforschung« sei. Zwei Gründe für die bisher eher »additiv« betriebene überfachliche Kooperation wurden besonders stark gemacht: zum einen die Karriereplanungen des Nachwuchses, der in der Stammdisziplin promovieren und sich daher nicht zu weit von den üblichen »akademischen Präferenzen« fortbewegen wollte. Zum anderen war demnach eine »nur-ökonomische[...] Auffassung« für Ökonomen bei der Entwicklung und der Bearbeitung von Forschungsfragen am naheliegendsten und fruchtbarsten.[958] Offensichtlich stand die Bildungsökonomie zu diesem Zeitpunkt gerade am Anfang der bereits geschilderten methodologischen Transformation, die im Kontext des späteren Strukturplans deutlich sichtbar wurde. Im Abteilungsbericht von 1968 war die sich damals anbahnende Entwicklung aber bereits in einem Passus mit der Überschrift »Relativierung des ökonomischen Ansatzes« präsent. Hauptaufgabe war es demnach, einen Umgang mit den auch am Institut vorgebrachten »Bedenken gegen falsche Ansprüche ökonomischer Forschung in Fragen des Bildungswesens« zu finden und in ein verändertes Frage- und methodologisches Design zu übersetzen, das letztlich alle Projekte der Abteilung betraf.[959]

Ähnlich wie für die ökonomische Abteilung wurde auch in dem Bericht von September 1968 über die vergleichsweise spät eingerichtete juristische Abteilung konstatiert, dass sie in eine »interdisziplinäre Kooperation noch kaum einbezogen« war und dass in ihr vorwiegend Ein-

---

957 Für eine Vertiefung würde sich besonders das an Robinsohns Abteilung angebundene Großprojekt der Schulleistungsstudie eignen. Aufgrund der Ausrichtung des Projekts auf die Messung von Leistung und der sie bedingenden Faktoren musste dabei vor allem eine tendenziell an Standards des Kritischen Rationalismus ausgerichtete Psychologie mit den Ansprüchen einer kritischen Entwicklungs- und Sozialisationsforschung von Seiten der Soziologie und Erziehungswissenschaft vereinbart werden. Das Projekt lief, wie erwähnt, annähernd 15 Jahre und gibt zudem einen Einblick in den frühen sozialwissenschaftlichen Umgang mit Massendaten im Bildungsbereich.

958 Abteilung Ökonomie/Statistik. Bericht für den wissenschaftlichen Beirat, Berlin, im Oktober 1968, S. 2–3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

959 Abteilung Ökonomie/Statistik. Bericht für den wissenschaftlichen Beirat, Berlin, im Oktober 1968, S. 2–7, Zitat S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Entsprechend war in dem Bericht die Rede von »Neubesinnung« wie auch von der Aufgabe bisheriger Annahmen. Aufgegeben wurde etwa im Manpower-Projekt die bis dahin leitende Orientierung an Bedarfen, also »die Annahme, daß sich das Bildungswesen auf berufliche Berechtigungsscheine ausrichten müsse und daß die Zahl und Differenzierung dieser Scheine zu der voraussehbaren Nachfrage der Arbeitgeber paßt«. An anderer Stelle hieß es, dass man eine »kritische Distanzierung von früheren ›naiven‹ Ansätzen der Forschung und Bildungsplanung [...jetzt] auch auf dem Feld des internationalen Vergleichs« durchführen würde. Abteilung Ökonomie/Statistik. Bericht für den wissenschaftlichen Beirat, Berlin, im Oktober 1968, S. 5, 4, 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

zelprojekte bearbeitet wurden.[960] Als Ziel wurde eine »sozialwissenschaftlich orientierte Rechtswissenschaft« entworfen, die »das Recht im Zusammenhang des sozialen Wandels interpretiert[e]«. Dabei sollte sie sich aufgabenbezogen in interdisziplinären Projekten organisieren und entweder selbst den Schwerpunkt bilden und die dazu benötigten Fächer heranziehen oder sich Unternehmungen zuordnen, die durch andere Disziplinen bestimmt würden.[961] Aufgaben lägen fortan zum Beispiel nicht länger in der Erstellung von Gutachten über »die rechtlichen Grenzen bildungspolitischer Reformen«, sondern umgekehrt darin, die »Notwendigkeit [der Reformen] und ihre Institutionellen Voraussetzungen rechtlich zu begründen«. Es ginge mithin besonders um die »Kritik des gegenwärtigen Rechts [...und um] die Entwicklung von Grundsätzen einer Bildungsverfassung«, was in »Verbindung normativer und empirischer Arbeitsweisen« und in interdisziplinärer Kooperation zu verwirklichen wäre.[962] Prognostiziert wurde in diesem Zusammenhang sogar »tendentiell eine Auflösung der Juristischen Abteilung als ausschließliche Forschungseinheit und die Einfügung der Juristen in interdisziplinäre Projekte«.[963] In einem von der Spezifik der juristischen Abteilung abstrahierenden, also generalisierend angelegten Abschnitt zur »Interdisziplinäre[n] Zusammenarbeit in der Bildungsforschung« wurden dann ergänzend Probleme der anstehenden Prozesse interdisziplinärer »Integration« auf der Ebene der Wissenschaftstheorie, Methodologie, Organisation und der Personen angesprochen. Benannt wurden etwa die »Auseinandersetzung zwischen Funktionalismus und kritischer Theorie« sowie das Verhältnis zwischen so genannten »Normwissenschaften« – gemeint waren hier Pädagogik und Rechtswissenschaft – und »Empirie«. Ganz im Modus einer sich seit den späten 1960er Jahren besonders im Studierendenmilieu etablierenden intensiven psychologisch motivierten Selbst- und Fremdbeobachtung stellte man in diesem Zusammenhang zudem das Aufbrechen »eigene[r] wissenschaftstheoretische[r] Konflikte« in Rechnung, hielt dazu an, dass die auftauchenden Probleme »weder verharmlost noch harmonisiert werden« dürften und sprach die Furcht vor einem »Identitätsverlust« der beteiligten Wissen-

---

960 Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

961 Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 10–12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

962 Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 4–5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Konkret wurde als Vorhaben mit juristischem Schwerpunkt zum Beispiel das Projekt »Hochschulrecht im sozialen Rechtsstaat« vorgeschlagen. Ausgehend von der These, dass das Prinzip des Sozialstaats die »objektiven Ordnungen« der Hochschule mobilisiert, auflöst und dynamisiert, sollte es Aufgabe der Studie sein, »diesen Veränderungsprozeß institutionell und juristisch soweit zu artikulieren, daß daraus neue Verfassungsstrukturen entwickelt werden können«. Angestrebt wurde die Entwicklung von »Begriffe[n] und Rechtsinstitute[n ...], die die widersprüchlichen Tendenzen in der Hochschule [...] für den Alltag permanenter Veränderungen juristisch vollziehbar machen« sollten. Als grundlegend interdisziplinäre Unternehmung wurde das Projekt »Chancengleichheit im Schulwesen« vorgeschlagen. In diesem müssten »die schichtendiskriminierenden Lernbedingungen in der Schule untersuch[t] und Möglichkeiten einer Ausgestaltung des Schulwesens« dargestellt werden, »die dem Ziel der Chancengleichheit dienen«. Der juristische Beitrag bestünde dann etwa darin, »eine Theorie des Art. 3 Grundgesetz« (Gleichheit vor dem Gesetz usf.) zu entwickeln, »die das Gleichbehandlungsgebot im Bildungswesen als Verpflichtung zur Schaffung gleicher Startchancen beziehungsweise zur Einrichtung kompensatorischer Erziehungsprogramme versteht«. Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 21, S. 27–28, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

963 Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

schaften an.[964] Vom Verlauf der Institutsgeschichte her betrachtet, waren damit tatsächlich einige der zentralen künftigen Konfliktlinien benannt. Zugleich ist an der psychologisierenden Sprache etwas von dem internen kommunikativen Duktus eines Instituts erahnbar, dessen Kreis von Mitarbeiter*innen ab Januar 1974 von der Außenwelt annähernd abgeschlossen in dem vom Architekturbüro Fehling+Gogel entworfenen burgähnlichen Trutz- und Phantasiebau mit integriertem Gärtlein wirkte; einem Institut, das seine Wissenschaftler*innen zur strengen (Selbst-)Analyse verpflichtete, um sie dann zur Reform des bundesdeutschen Bildungswesens auszusenden – eine Art »*Hortus conclusus*«, wie das eine der von Wiarda interviewten Zeitzeug*innen chiffrierte,[965] allerdings ein überwiegend männlich konnotierter.

Insgesamt betrachtet, fusionierten in dem – für die MPG revolutionären – Schritt der Einführung der GK und der Aufhebung der Abteilungsstruktur jenseits persönlicher Machtfragen mindestens vier Motivstränge, die am Institut bis dahin ihre spezifische Ausprägung gefunden hatten: 1.) Forschungslogisch ging es um den Versuch der besseren Umsetzung der am IfB programmatisch beabsichtigten interdisziplinären Kooperation. 2.) Dieser verband sich mit dem Anliegen demokratischer Mitbestimmung, einem Anliegen das durch die geschilderte Verflechtung mit der Studierendenbewegung am Institut inkorporiert und das gegenüber einer reformpädagogischen Programmatik hoch anschlussfähig war. 3.) Damit hing auf das engste die zunehmende Ausrichtung eines Teiles der wissenschaftlichen Belegschaft an einem Wissenschaftsverständnis zusammen, das sich an die »Kritische Theorie« Habermasscher Prägung anlehnte beziehungsweise auf der normativ rückgebundenen Annahme der Existenz universaler, vernunftgebundener Kommunikationsstrukturen beruhte. Diese Ausrichtung ermöglichte nicht nur formell die Partizipation der Forschenden im Sinne einer – wie Becker dies im Anschluss an Edelstein ausgedrückt hatte – »Verfügung über den wissenschaftlichen Prozess«. Sie legte auch, in einer späteren Formulierung Edelsteins, eine normative Orientierung im Sinne einer »der praktischen Vernunft verpflichtete[n] Sozialwissenschaft« nahe.[966] Dies hatte mit einer etwaigen Prägung im Sinne einer Leipziger soziologischen Provenienz inzwischen nicht mehr viel zu tun. 4.) Ermöglicht wurde der grundlegende organisatorische Wandel nicht zuletzt durch das Führungsverständnis Beckers, dessen Entfaltung im Kontext der MPG und dem hier gepflegten und geschützten Harnack-Prinzip kaum Grenzen gesetzt waren.

---

964 Abteilung Recht und Verwaltung des Bildungswesens. Die Forschungsplanung der Juristischen Abteilung [...], Berlin, 23.9.68/No., S. 8–9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Zum »Psychoboom« der Zeit hat unter anderem Maik Tändler gearbeitet; allerdings geht er nicht auf den Niederschlag von Psychologisierungsprozessen auf die Kontexte interdisziplinärer Kooperation oder anderer wissenschaftlicher Forschungsmethoden ein. Vgl. Maik Tändler: *Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den siebziger Jahren.* Göttingen: Wallstein 2016, bes. Kapitel 8, 289.

965 Wiarda, *Beratung*, 2016, 84.

966 Wissenschaftlicher Beirat, 30. 10. 1967, [Vorbereitungszettel für Hellmut Becker, undatiert], S. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15; Wolfgang Edelstein: Vorwort. In: Friedrich Edding: *Mein Leben mit der Politik 1914–1999. Teilhabe an der Entwicklung bildungspolitischen Denkens.* 2. Auflage. Berlin: MPIB 2000, 9–12, Zitat 11.

3.4 Der Wind beginnt sich zu drehen: Wachsende Beunruhigung in der MPG im Zuge der »Studentenunruhen« und die Konfrontation mit einem zweiten sozialwissenschaftlichen Institut

3.4.1 Reizungen I: Haltung der MPG zur Mitbestimmung und zu den »1968ern«

Auf dem »Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens« des MPIB schlug der damalige Verwaltungsleiter des Instituts, Falk Fabich (geb. 1945), in seinem Rückblick auf die im Januar 1971 erfolgte Übernahme des IfB in die MPG vor, den Grund dafür »in dem strategischen Kalkül [… der Forschungsgesellschaft zu suchen], die Studentenbewegung ihrer klügsten Köpfe zu berauben«.[967] Dass diese Bemerkung ins satirische Fach gehörte, zeigt nicht zuletzt der durchweg kritische und abwehrende Umgang des Präsidenten der MPG mit den Protesten der Studierenden und besonders mit der Forderung nach Mitbestimmung.[968] Butenandt ging auf die Studierendenproteste im November 1967 vor dem Senat der Gesellschaft ein, als diese nach der Ermordung Ohnesorgs einen weiteren Höhepunkt erreicht und ihre Zielsetzungen auf eine grundlegende Reform der Universitäten und die Einforderung von Mitbestimmungsrechten hin ausgeweitet hatten. In offensichtlichem Unverständnis gegenüber den »Vorgänge[n] in der Studentenschaft der Freien Universität, die sich jetzt vermehrt an anderen Universitäten (in Hamburg, Göttingen und Frankfurt) wiederholen«, bezeichnete es Butenandt als vordringliche Aufgabe, »Möglichkeiten [… zu finden], die Dinge wieder in geregelte Bahnen zu bringen«. Nur wenige Wochen vor seiner Rede war, wie oben erwähnt, in Berlin die Kritische Universität eröffnet worden und im Hamburger Audimax entstand eines der ikonischen Bilder dieser Zeit: die auf einem Trauerflor von Ohnesorgs Beerdigung ausgestellte Anklage des »Muff[s] von 1000 Jahren«, der aus Sicht der Protestierenden die Ordinarienuniversität durchzog.[969] Äußerst ungelegen musste es dem Präsidenten dabei gekommen sein, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit im Kontext der Protestaktionen mit der MPG selbst, konkret mit dem Berliner Bildungsforschungsinstitut, verband, was innerhalb der Forschungsgesellschaft offenbar hohe Wellen geschlagen hatte. Jedenfalls fühlte sich der Präsident genötigt, die Senatsmitglieder mit dem Hinweis auf die vorgeblich vergleichsweise geringe Anzahl der Sympathisant*innen am Institut und auf die inzwischen eingeleitete Einhegung der Aktionen durch die Leitungsebene vor Ort zu beruhigen, wobei er – wie schon Becker einen Monat zuvor im Institutsbeirat – die Verantwortung einer vorgeblich pauschalisierend urteilenden »Öffentlichkeit« zuschob:

> Die Öffentlichkeit, die leicht zu vorschnellen Etikettierungen neigt, hat wiederholt dieses Institut mit den Unruhen an der Freien Universität in Verbindung gebracht. Tatsache ist,

---

967 Vgl. Falk Fabich: Von der Forschungsmanufaktur zur Forschungsfabrik. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988*. Berlin: MPIB 1989, 39–47, Zitat 42.

968 Vgl. dazu ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 192–235 und Juliane Scholz: *Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft*. Berlin: GMPG-Preprint 2019.

969 Die Kritische Universität wurde zum 1. November 1967 gegründet, die Demonstration in Hamburg fand am 9. November statt. Juchler, *1968 in Deutschland*, 2018, 48–51.

daß von rund 60 wissenschaftlichen Mitarbeitern 5 bis 6 den Studentenbewegungen, wie man in der Politik sagen würde, nahestehen. Herr Becker hat mir versichert, daß von ihm, von seinen Mitdirektoren und den älteren Mitarbeitern des Instituts alles getan wird, um die Betreffenden zur Vernunft zu bringen und daß sichergestellt ist, daß das Institut und seine Hilfsmöglichkeiten nicht für die Studenten ausgenutzt werden können.

Spielte Butenandt im November 1967 die Anliegen der Studierenden der Tendenz nach noch herunter – er wolle die Lage »nicht dramatisieren« – und verwies im Übrigen auf die Hauptverantwortung der Universitäten, die »mit größerer Entschlossenheit für eine Verbesserung der Zustände in ihrem eigenen Hause sorgen« sollten, so stand dahinter doch unübersehbar die Sorge, dass die Unruhen auf die MPG übergreifen und die Forderung nach Mitbestimmung dort auf Resonanz stoßen könnte.[970] Dass gerade diese Begehrlichkeit das Harnack-Prinzip im Kern in Frage stellen musste, lag auf der Hand. Denn die dem außergewöhnlichen Gelehrten in der MPG programmatisch eröffneten außergewöhnlichen Freiheiten waren de facto zumeist mit einem hierarchischen Führungsregime der Institute verbunden.[971] Damit ist eines der zentralen Motive benannt, das die Reaktionen des Präsidenten wie auch der meisten der Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG auf die Studierendenproteste fortan bestimmte.[972] Die Haltung gegenüber den Entwicklungen beschrieb Butenandt schon im März 1968 – inzwischen in durchaus dramatischer Diktion –, als »Schock«. Carl Friedrich von Weizsäcker sprach rückblickend sogar von einem »Todeserlebnis«, womit angedeutet ist, welche Erschütterungen die damaligen sozialen Dynamiken im emotionalen und habituellen Haushalt konservativer Mitglieder der MPG auslösen konnten.[973] Nicht zu vergessen ist, dass einige der Protestaktionen sich unmit-

---

970 Protokoll der 58. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 58.SP, fol. 368.

971 Mit dem Harnack-Prinzip, den im Kontext der Einführung der kollegialen Leitung notwendigen Modifikationen wie auch der grundsätzlichen Bewahrung dieses »richtungsweisende[n] Prinzip[s]« der MPG setzte sich Butenandt zum Beispiel in seiner Rede auf der Festversammlung der MPG 1969 auseinander. Explizit in Bezug auf die Mitbestimmungsforderungen bestimmte der Präsident: »Nach diesem Prinzip berufene Gelehrte aber haben nicht nur den Anspruch darauf, die für ihre wissenschaftliche Arbeit benötigten Mittel zu erhalten und über sie verfügen zu können; für sie muß ebenso notwendig die Freiheit der Entscheidung in der Durchführung ihrer Forschungen gesichert werden«. Adolf Butenandt: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen am 13. Juni 1969. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1969, 29–40, hier 35–36, Zitate 35.

972 Vgl. zu den unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der MPG auch Robert Gerwin: Im Windschatten der 68er ein Stück Demokratisierung. Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip.* Berlin: De Gruyter 1996, 211–224.

973 Diese autobiographische Äußerung Weizsäckers wäre adäquat allein auf dem Hintergrund einer umfassenderen Analyse seines Weltverstehens zu begreifen. Daher sei sie an dieser Stelle nur etwas ausführlicher zitiert. So beschrieb Weizsäcker seine Begegnung mit der »Revolte der studentischen Linken« in den Jahren 1967/68 in einer Art ›Phönix-Ereignis‹ als Beginn eines »neuen politischen Lernproze[sses]«, der zugleich »fast einem Todeserlebnis gleichkam«. Seiner Darstellung nach verlagerte sich im Kontext der »Studentenrevolte« seine damalige »Hoffnung auf Friedensstabilisierung« vom außenpolitischen Handlungsfeld hin auf den Weg, sein Ziel »über Gesellschaftsveränderung zu erreichen«. Dieser Prozess sei allerdings »mit zwei aufeinandergehäuften Erstickungsgefühlen verbunden« gewesen: zum Ersten in generationell bedingter Reaktion auf Forderungen der »Basisdemokratie« (so willig »in experimentellem Geist [...] konnte ich, so wie ich nun einmal geprägt bin, darin nur mit äußerster Selbstbeherrschung den ruhigen Atem behalten«). Zum Zweiten habe ihn die »Qual für die Jungen« gedauert, da er das politische Scheitern der Bewegung vorausgesehen hätte. Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker: [Selbstdarstellung]. In: L. J. Pongratz (Hg.): *Philosophie in Selbstdarstellungen.* Bd. 2. Hamburg: Felix Meiner 1975, 342–390, hier 365–367, Zitate 366–367.

telbar gegen die MPG richteten, etwa als die Gäste der jährlichen Festversammlung im Juni 1969 in Göttingen mit Eiern beworfen wurden.[974] Im Gegensatz zur Haltung Weizsäckers, der sich später an seinem Institut auf den veränderten Kommunikationsstil und weitreichende Formen der Mitbestimmung einließ,[975] bezog Butenandt eine deutlich ablehnende Position, indem er die »Demokratisierung der Hochschulen« als »falsche[s] Schlagwort« bezeichnete und von einem »überstürzten Nachgeben[...] gegenüber sachlich ungerechtfertigten Forderungen« abrückte.[976] Besonders der im Raum stehende Maximalanspruch auf paritätische Mitbestimmung stieß auf seinen unverrückbaren Widerstand. Das demonstriert besonders die im Mai 1969 in einer gemeinsam mit den Präsidenten der WRK und der DFG herausgegebene Pressemitteilung, in der eindringlich vor den damit verbundenen Gefahren für die Forschung gewarnt wurde.[977]

3.4.2 Reaktion: Um eine »ähnliche Unruhe wie an den Universitäten nach Möglichkeit zu vermeiden« – Nivellierung der Mitbestimmung im Zuge der Strukturreform der MPG bis 1972

Verbindung mit dem Anliegen der Strukturreform 1972: Trotz aller Vorbehalte zeigte sich Butenandt den Forderungen nach Mitbestimmung gegenüber als nicht unzugänglich. So signalisierte er bei aller offenkundiger Skepsis vor dem Senat schon relativ früh, im März 1968, die Berechtigung der »lautstark vorgetragenen Wünsche einiger Studentengruppen« prüfen zu wollen und räumte gut ein Jahr später vor dem Wissenschaftlichen Rat die Notwendigkeit von Reformen ein.[978] Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits eine präsidiale »Kommission für Strukturfragen« eingesetzt (später umbenannt in »Beratender Ausschuß für Strukturfragen«), die seit Oktober 1968 unter einer doppelten Zielsetzung tagte: Zum Ersten sollte sie sich mit der

---

974 Vgl. Gerwin, Windschatten, 1996, 212 und Leendertz, *Experiment*, 2015, 247.

975 Dazu zum Beispiel aus Sicht eines der Institutsmitarbeitenden: Philipp Sonntag: Kritische Masse, explosive Mitbestimmung am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 271–280.

976 Protokoll der 59. Sitzung des Senates vom 5. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 59.SP, fol. 6.

977 Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 464. Siehe zudem Butenandts Erläuterung der Pressemitteilung vor dem Wissenschaftlichen Rat der MPG im Juni 1969. Deren Entstehung führte er dabei auf die kurz zuvor stattgefundene Senatssitzung der MPG im März zurück. Dort hatte Butenandt die Einforderung paritätischer Mitbestimmung unter Hinweis auf den Erfahrungs- und Wissensvorsprung der Lehrenden an den Universitäten zurück gewiesen und diese – sichtlich empört über den selbstgewiss-aggressiven Ton der vorgebrachten Forderungen – in den Kontext von »Zwangsvorstellungen« gerückt: »Aus den sicher stellenweise sehr unguten Verhältnissen an den Universitäten haben sich Schlagworte wie ›Abschaffung des hierarchischen Prinzips‹, ›Götterdämmerung der Ordinarien‹, ›Mitbestimmung aller Gruppen nach festgelegten Paritäten‹ so zum Bestandteil der allgemeinen Diskussionen entwickelt, daß sie bis in die politischen Gremien hinein fast die Wirkung von Zwangsvorstellungen erreicht haben. Man läuft heute schon Gefahr, als reaktionär verschrien zu werden, wenn man nicht dem Grundsatz zustimmt, daß Studenten z. B. bei der Berufung auf Lehrstühle, bei der Entscheidung über die Anstellung von Assistenten, bei der Aufstellung von Forschungsprogrammen und Verteilung der Forschungsmittel an den Universitäten usw. mitwirken sollen«. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 13. 6. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1948, fol. 8 und Protokoll der 62. Sitzung des Senates vom 7. 3. 1969 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 10.

978 Protokoll der 59. Sitzung des Senates vom 5. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 59.SP, fol. 6 und Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 13. 6. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1948, fol. 8.

Frage der Mitbestimmung auseinandersetzen, um eine »ähnliche Unruhe wie an den Universitäten nach Möglichkeit zu vermeiden«.[979] Zum Zweiten hätte sie sich »mit anderen Strukturproblemen, beispielsweise der zweckmäßigen Größe und Gliederung der Sektionen, der Struktur der Institute, der Stellung der Institutsdirektoren und mit anderen Fragen« zu befassen.[980] Mithin sollte die Kommission den seit Ende der 1950er Jahre begonnenen Reformprozess in der MPG fortsetzen, der mit der Satzungsänderung von 1964 einen ersten Meilenstein erreicht hatte[981] und der im Wesentlichen darauf zielte, die Governance der immer größer gewordenen MPG zeitgemäß anzupassen; das hieß in diesem Fall vor allem auch, sie stärker zu zentralisieren. Mittels der Einsetzung der Kommission versuchte Butenandt insofern geschickt, den mittlerweile tatsächlich angewachsenen Protest der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen innerhalb der MPG zu kanalisieren und die Forderungen dadurch abzupuffern, dass er sie in geeigneter Form mit dem Anliegen grundlegender Reformen verband. Zudem war die Kommission anfänglich ihm direkt zugeordnet. Erst später, im Juni 1970 und im Ergebnis einer so kontrovers wie erregt geführten Senatsdebatte um die Haltung der MPG im Kontext der unübersehbaren »Demokratisierungsbestrebungen in der Gesamtgesellschaft« wurde präsidiale Gremium in eine deutlich breiter legitimierte Senatskommission umgewandelt. Deren oberste Zielsetzung war es jetzt, »die Grundsätze festzulegen, die für den Fortbestand der Max-Planck-Gesellschaft gesichert sein müssen«. Der Hinweis auf die existentielle Ebene spiegelt dabei deutlich das damalige Krisenbewusstsein innerhalb der MPG wider.[982]

Bis zu ihrem Abschlussbericht im Februar 1972 setzte sich die Strukturkommission mit der Mitbestimmungsfrage insofern im Verbund mit weiteren grundlegenden Governance-Reformen auseinander.[983] Dabei ging es konkret um Fragen der Erweiterung des strategischen Handlungsspielraums der MPG als Gesamtorganisation, etwa um die Möglichkeiten, Forschungseinrichtungen und Abteilungen auch wieder schließen und hierdurch Flexibilität für die Forschungsplanung gewinnen zu können,[984] oder um die Begrenzung der Machtfülle der Institutsleitun-

---

979 Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, Zitat fol. 10. Über das Datum der Einsetzung der Kommission im Juni 1968 informierte Butenandt den Senat im März 1969 im Zuge seines ersten Ergebnisberichts des Gremiums, nachdem er über die Zielsetzung und den Arbeitsbeginn bereits im November 1968 berichtet hatte. Vgl. Protokoll der 62. Sitzung des Senates vom 7. 3. 1969 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 8–10. Siehe zur Zusammensetzung und Arbeit der Strukturkommission, der neben dem Präsidenten und dem Generalsekretär zunächst sechs Wissenschaftliche Mitglieder der MPG angehörten und die 1969 um vier wissenschaftliche Mitarbeiter*innen erweitert wurde, Balcar, *Wandel*, 2020, 190–235.

980 Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 8.

981 Vgl. dazu die konzise Zusammenfassung der Reformetappen in der MPG während der langen 1960er Jahre bei Balcar, der den Gesamtprozess als miteinander zusammenhängende Reformschritte im Kontext der »Bewältigung des Wachstums« der Gesellschaft interpretiert. Balcar, *Wandel*, 2020, 257–265, Zitat 257.

982 Protokoll der 66. Sitzung des Senates vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 30–37, Zitate fol. 31, 37.

983 Zum Reformprozess ausführlich Balcar, *Wandel*, 2020, 186–243.

984 Im September 1968 war der Hamburger Jurist Albrecht Zeuner (geb. 1924) in einem von der MPG-Leitung veranlassten Rechtsgutachten zu dem Schluss gekommen, dass die MPG vor allem angesichts der »Bestimmung, daß der Institutsleiter in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit frei ist«, keine rechtlichen Möglichkeiten hätte, ein Institut gegen den Willen der Institutsleitung aufzulösen oder die zur Verfügung gestellten Mittel wesentlich zu kürzen. Auch die damit

gen[985]. Die Frage der Mitbestimmung war allerdings das Thema, das die größte Aufmerksamkeit auf sich zog und auch aufgrund der damit offenkundig verbundenen Emotionalität die Ansätze zur Veränderung des Steuerungsregimes, die, wie erwähnt, Weitenteils auf eine Zentralisierung zielten, teilweise überlagerte.[986] Die Vorschläge der Kommission mündeten 1972 in die nach 1964 zweite umfassende Strukturreform der MPG, an der bereits Butenandts Nachfolger Reimar Lüst in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates mitwirkte.[987]

Auf dem Weg zur Satzungsänderung lagen so wichtige Entscheidungen wie die über den Ausbau der 1964 eingeführten kollegialen Leitung der Institute zum Regelfall[988] oder über die Einrichtung des »Intersektionellen Ausschusses« 1970, welcher die Kommunikation zwischen den Sektionen ebenso wie den Einfluss der Wissenschaftlichen Mitglieder und auch das Widerstandspotential gegen den Reformprozess stärkte.[989] Weitere Stationen bis zur Strukturreform waren die Gründung des Gesamtbetriebsrats der MPG im Herbst 1970[990] und die Selbstorganisation der Interessen der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen in der MPG. Eine Plattform bot hier zunächst der 1964 von Mitarbeiter*innen des Instituts für Plasmaphysik und des MPI für Physik und Astrophysik gegründete Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten (VWF), in dem zu einem hohen Anteil Beschäftigte der MPG vertreten waren und der quasi ein Pendant zu der vier Jahre später für den Mittelbau an den Hochschulen etablierten Bundesassistentenkonferenz darstellte.[991] Nach einer gravierenden Fehleinschätzung der eigenen Kräfte durch den VWF, die den Verband letztlich seinen Einfluss kostete,[992] wurden die regionalen Ver-

---

etwaig verbundene Entlassung oder Versetzung des Institutsleiters in den vorläufigen Ruhestand sei rechtlich nicht durchsetzbar. Hier zitiert nach Balcar, *Wandel*, 2020, 188.

985 Die MPG-Spitze favorisierte vor allem eine Befristungsregelung und die Option, der »MPG-Zentrale bereits frühzeitig – das heißt vor der Emeritierung eines Wissenschaftlichen Mitglieds – Zugriff auf die in den Max-Planck-Instituten investierten Finanzmittel« einzuräumen. Balcar, *Wandel*, 2020, 262.

986 Siehe zur Bedeutung der Fragen der Mitbestimmung in der Arbeit der Strukturkommission Scholz, *Partizipation*, 2019, 115–127.

987 Zu Lüsts Mitwirkung vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011.

988 Die Möglichkeit für eine kollegiale Leitung war mit der Satzungsänderung von 1964 eingeführt worden. Diese war in den 1950er Jahren noch die Ausnahme gewesen, in den 1960er Jahren wurde sie zur Regel »und bereits in den frühen 1970er Jahren [galt sie] in der großen Mehrheit der Institute«. Balcar, *Wandel*, 2020, 258.

989 Dem Intersektionellen Ausschuss gehörten laut Senatsprotokoll von 11. Juni 1970 die Vorsitzenden und je zwei gewählte Mitglieder der jeweiligen Sektionen an. Er wurde laut Balcar primär eingerichtet, um »einen Rahmen abzustecken, in dem sich die anstehenden Satzungsänderungen bewegen sollten«. Im Mai 1971 legte der Ausschuss die von ihm erarbeiteten so genannten »Grundsätze der MPG« vor. Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 222–226, Zitate 224 und Protokoll der 66. Sitzung des Senates vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 11–12.

990 Zur Gründung des Betriebsrats und zu dessen ersten Arbeitsschritten vgl. Scholz, *Partizipation*, 2019, 86–99.

991 Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 192–193, Scholz, *Partizipation*, 2019, 109–115 und zur BAK zum Beispiel Ludwig Huber: Entwicklung und Wirkung der BAK. In: Stephan Freiger, Michael Gross und Christoph Oehler (Hg.): *Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Zukunft? Bundesassistentenkonferenz, Hochschulentwicklung, junge Wissenschaftler heute*. Kassel: Johannes Stauda 1986, 31–44.

992 Der VWF erhob im Juni 1969 in Reaktion auf die erwähnte Pressemitteilung von MPG, DFG und WRK in Sachen paritätischer Mitbestimmung eine Rücktrittsforderung gegenüber Butenandt. In der Folge zeigte der Verband deutliche

bünde des wissenschaftlichen Personals in der MPG im Rahmen sogenannter »Delegiertenversammlungen«, die im Mai 1970 zur ersten überregionalen »Mitarbeiterkonferenz« zusammenkamen, deutlich einflussreicher. Anwesend waren 105 Delegierte, die immerhin 37 der damals 52 Max-Planck-Institute vertraten.[993] Ohne hier auf weitere Zwischenschritte einzugehen, wurden im Juni 1971 auf dem konstituierenden »Delegiertentag der wissenschaftlich Tätigen in der MPG« in der Evangelischen Akademie in Arnoldshain die »Arnoldshainer Thesen« veröffentlicht, die auf eine radikale Strukturreform der MPG abzielten. Hatte die Spitze der MPG die Aktivitäten der Delegiertenversammlungen bereits mit Misstrauen betrachtet, erwiesen sich die Forderungen von Arnoldshain laut Jaromír Balcar für die Verhandlungspartner in der MPG aufgrund ihres provokanten Duktus', der von einem neomarxistisch inspirierten »Verbalradikalismus« getragen worden sei, als nicht anschlussfähig und sogar als kontraproduktiv. Denn sie führten zu Solidarisierungseffekten mit der MPG-Leitung und zu Spaltungen unter den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen.[994]

Zugleich wurde die MPG zwischen 1968 und 1972 öffentlich massiv kritisiert. Die Kritik richtete sich vor allem gegen ihren mutmaßlichen strammen Konservatismus, die Wirtschaftsnähe und ihre hierarchische Governance-Struktur.[995] 1972 erschien in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* eine entsprechende, scharf formulierte Situationsanalyse von Seiten einiger Mitarbeiter der MPG.[996] Trotz dieser zeitgenössischen Kritik gelang es der Forschungsgesellschaft im Ergebnis des internen Reformprozesses, der mit der Einsetzung der Kommission für Strukturfragen begonnenen hatte, im Hinblick auf die Frage der Mitbestimmung, nicht nur das

---

Erosionserscheinungen und spielte im Reformprozess der MPG kaum mehr eine Rolle. Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 193–196.

993 Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 196–197.

994 Das Interesse an dem Arnoldshainer Treffen unter den Mitarbeitenden war groß, so »nahmen mindestens zwei gewählte Delegierte pro Max-Planck-Institut teil, bei größeren Instituten sollte auf 50 Beschäftigte eine Stimme entfallen; hinzu kamen Gäste aus dem Bundestag sowie Vertreter von ÖTV, GEW und VWF«. Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 199–200, Zitat 199. Siehe dazu zudem Scholz, *Partizipation*, 2019, 128–140.

995 Balcar konstatiert für die Jahre von 1968 bis 1972 eine »durchwegs schlechte Presse« für die MPG. Kritisiert wurden besonders ihre hierarchisch geprägten »überkommenen Lenkungs- und Leitungsstrukturen«. Zum »Skandalon« sei zudem die Zusammensetzung von Senat und Verwaltungsrat geworden, in denen Vertreter aus »Wirtschaft, Industrie und Hochfinanz« dominierten, während Bund und Länder als die primären Finanziers der MPG nur schwach repräsentiert waren. Die MPG brauchte ihrerseits lange, bis sie sich für den Aufbau einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit entschied. 1969 richtete sie eine mit dem Soziologen und Journalisten Peter von Haselberg (1908–1994) besetzte Informationsstelle ein, ehe sie sich im Herbst 1971 zur Einrichtung des »Referats für Presse und Öffentlichkeitsarbeit« in der Münchener Generalverwaltung durchrang. Vgl. Balcar, *Wandel*, 2020, 261–262, Zitate 261; zur Öffentlichkeitsarbeit ebd., 198–199. Siehe dazu auch die Analyse der Interaktion der MPG mit den Medien am Fall der Presseberichterstattung zum Starnberger Institut, besonders anlässlich von dessen Gründung und Schließung: Ariane Leendertz: Medialisierung der Wissenschaft. Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969–1981). *Geschichte und Gesellschaft* 40 (2014), 555–590.

996 Der von drei Physikern verfasste Beitrag bietet eine informierte, wenngleich durch den materialistischen Deutungsansatz enggeführte kritische Momentaufnahme der überwiegend staatlichen Finanzierung, des hohen Anteils und der Branchenzugehörigkeit wirtschaftlicher Interessenvertreter in den steuerungsrelevanten Organen der MPG um 1970 und analysiert das in der MPG vertretene Wissenschaftsverständnis. Die Grenze der Aussagekraft des eigenen Textes wird von den Autoren in der »Geheimhaltung aller wesentlichen Entscheidungsprozesse« der MPG gesehen. Vgl. Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arndt Wülfing: Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 17/5 (1972), 476–503, Zitat 491.

paritätische Prinzip abzuwehren. Auch abgeschwächte Formen einer in der Satzung verankerten Mitbestimmung wurden zugunsten der wenig verbindlichen Formel von der »Mitberatung« (alternativ: »Mitwirkung«) verhindert, so dass etwa die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen weder erweiterte Zuständigkeiten noch Kompetenzen erhielt.[997] Diesem Kurs entsprach die strategische Devise, an den Instituten zwar eine Mitberatung sowie größere Transparenz zu ermöglichen, die Umsetzung jedoch in die Verantwortung der Institutsleitungen zu geben.[998] In Bezug auf die anderen Governance-Reformen führte laut Balcar vor allem der »Egoismus der Wissenschaftlichen Mitglieder« dazu, die Autonomie der Institute und besonders ihrer Leitungen stärker zu wahren als dies mit vielen der von der MPG-Spitze entworfenen Maßnahmen ursprünglich angestrebt worden war.[999] Anders sah dies allerdings für die Veränderung der Gestalt und Funktion der Wissenschaftlichen Beiräte der Institute aus, die fortan ein wichtiges Moment in einem später zunehmend stärker zentralisierten Steuerungsregime der MPG darstellten. Diese Reform sollte für die weitere Entwicklung des Bildungsforschungsinstituts in den 1970er Jahren besonders relevant werden, worauf noch zurückzukommen sein wird.

3.4.3 Reizungen II: Ein zweites sozialwissenschaftliches »Schlachtschiff« in der MPG – Radikalisierung der Kritik in den Debatten um die Gründung des MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt (Starnberg), 1967–1969

Durch die skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen, die Forderung nach Mitbestimmung in den eigenen Reihen und die öffentliche Kritik war die MPG seit dem letzten Drittel der 1960er Jahre unter Druck geraten. Der gesellschaftlich allenthalben spürbare Linksruck, der durch den Beginn der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1969 weiter ausgeprägt wurde, verstärkte diese Tendenz. Das gilt umso mehr, wenn man das von Butenandt 1969 selbst pointierte Bild, das

> in der Öffentlichkeit gelegentlich über die Max-Planck-Gesellschaft vorhanden [sei], daß nämlich in unseren Instituten ein konservativer, von manchen gelegentlich sogar als reaktionär bezeichneter, noch aus der Zeit Kaiser Wilhelms II. stammender Aufbau vorherrscht,

997 Dieser Kurs war von Butenandt früh verfolgt worden. Deutlich greifbar wurde er etwa, als der Präsident im Juni 1969 vor dem Wissenschaftlichen Rat seine »Überlegungen zur Struktur der Universitäten und der Max-Planck-Gesellschaft« erläuterte und dabei auch die Arbeit der Strukturkommission vorstellte. Im Hinblick auf die Institutsstruktur wies Butenandt darauf hin, dass »sich eine echte Mitbestimmung der Assistenten mit dem Prinzip der wissenschaftlichen Verantwortlichkeit der von den Gremien und Organen der Max-Planck-Gesellschaft sorgfältig ausgewählten Wissenschaftlichen Mitglieder und Direktoren nicht vereinbaren läßt. Das Recht wie auch der Anspruch auf Beratung durch die in Dauerstellung tätigen Wissenschaftler in Max-Planck-Instituten sollten jedoch in geeigneter, institutionalisierter Form festgelegt werden. Dabei war man sich darin einig, daß die Mitberatung in vielen Max-Planck-Instituten bereits langjährige Übung ist«. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 13. 6. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1948, fol. 10.

998 Siehe die entsprechenden Argumente beispielsweise auf den Senatssitzungen im Juni 1970 (geäußert durch Generalsekretär Friedrich Schneider) und gut ein Jahr später (vertreten von C. F. von Weizsäcker und Lüst). Protokoll der 66. Sitzung des Senates vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 28–29 und Protokoll der 69. Sitzung des Senates vom 24. 6. 1971 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 69.SP, fol. 12.

999 Einschätzung und Zitat nach Balcar, *Wandel*, 2020, 242–243, Zitat 242.

als zutreffend wertet und damit für die damalige MPG, wenn auch nicht einen »reaktionär[en]«, so doch zumindest einen ausgeprägt konservativ gestimmten Grundton annimmt.[1000] Jenseits der allgemeinen Wissenschafts- und Wachstumseuphorie jener Zeit und der Expansion der MPG im Besonderen, war die Forschungsgesellschaft mithin auch in Frage gestellt und sah sich auf mehreren Ebenen in Unruhe versetzt.

Weiter verstärkt wurde die Unruhe durch den im November 1967 gestellten Antrag auf Gründung eines zweiten interdisziplinären, diesmal nicht mehr nur sozialwissenschaftlich, sondern auch philosophisch und auf Aspekte der theoretischen Physik hin angelegten Instituts in der MPG, dem späteren Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Zwar verlief der Prozess zu dessen Einrichtung im Vergleich zur Aufnahme des IfB zügig: Zwischen der initialen Denkschrift Anfang November 1967,[1001] dem Gründungsbeschluss des Senats am 30. November 1968 und der Zustimmung der Geisteswissenschaftlichen Sektion am 11. Februar 1969 lagen nur gut fünfzehn Monate[1002] und schon Anfang Januar 1970 konnte das Institut unter der Leitung von Carl Friedrich von Weizsäcker eröffnet werden.[1003] Dennoch war es im Verfahren zu intensiven Schlagabtauschen um die Passung dieser Einrichtung zur MPG gekommen, die, wie zu zeigen sein wird, in enger programmatischer, methodischer und personeller Nähe zum Berliner Institut stand. Ähnlich wie im Fall der Aufnahme der Bildungsforschung ging es in den Debatten im Kern um das grundlegende Wissenschafts- und Selbstverständnis der Forschungsgesellschaft, besonders in Hinblick auf deren sozialwissenschaftliches Profil. Im Fall des späteren Starnberger Instituts aber verhandelte man ab Ende 1967 nun in einer Zeit, die für die MPG diverse gesellschaftspolitische Reizungen bereithielt, das IfB machte sich damals im Zuge seiner Tätigkeit zunehmend missliebiger und das neue Institut sollte zwar von Weizsäcker geleitet werden, also einem der renommiertesten Mitglieder der Forschungsgesellschaft, der zudem als Nachfolger Butenandts im Gespräch war. Allerdings hatte dieser dem zu gründenden Institut schon in dessen Namen eine

---

1000 Protokoll der 62. Sitzung des Senates vom 7. 3. 1969 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 62.SP, fol. 8–9. Auch der langjährige Pressesprecher der MPG, Robert Gerwin, der die damalige Berichterstattung professionell beobachtete, konstatierte rückblickend, dass die MPG »in der Öffentlichkeit [...] zunehmend als Hort des Konservatismus« galt. Gerwin beschrieb zudem die in der MPG teilweise hoch emotional geführten Auseinandersetzungen um die zweite Strukturreform, besonders um die damit verbundene Frage der Mitbestimmung und identifizierte vor allem in der Biologisch-Medizinischen Sektion teilweise massiven Widerstand. Vgl. Gerwin, Windschatten, 1996, 211–224, Zitat 215.

1001 Der Butenandt am 1. November 1967 zugegangene konzeptionelle Umriss wurde von fünf Persönlichkeiten unterstützt, die sich teilweise bereits für die Gründung des Bildungsforschungsinstituts eingesetzt hatten. Das gilt für Heimpel und Heisenberg. Die übrigen Unterzeichner, durchweg Senatoren der MPG, waren der Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Kiel Wolfgang Bargmann (1906–1978), der Physiker Walther Gerlach und der damalige Intendant des Westdeutschen Rundfunks Klaus von Bismarck, der mit Weizsäcker und Becker über den Birklehof seit langem verbunden war und 1961 zu den Mitunterzeichnern des Tübinger Memorandums gehört hatte. Dazu und zur Urheberschaft der ersten Denkschrift Laitko, *Max-Planck-Institut*, 2011, 210.

1002 Vgl. zum Antrags- und Gründungsprozess des Starnberger Instituts vor allem Laitko, *Max-Planck-Institut*, 2011, bes. 210–214, Leendertz, *Wende*, 2010, 15–22 und Leendertz, *Experiment*, 2015, 243–252; Kant und Renn, *Episode*, 2015. Siehe zum weiteren Verlauf der Institutsgeschichte Laitko, *Max-Planck-Institut*, 2011, 227–237, Leendertz, *Wende*, 2010, 22–49; Leendertz, *Experiment*, 2015, 253–261 und in Kurzform Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 886–889.

1003 Zum Eröffnungsdatum vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 887. Der Standort des MPIL wurde erst nach dem Gründungsbeschluss bestimmt. Siehe Leendertz, *Experiment*, 2015, 249–251.

kritische Befassung mit den Wissenschaften auf die Fahnen geschrieben, was angesichts des diagnostischen Begriffs einer »wissenschaftlich-technisch« bestimmten Welt besonders die Naturwissenschaften ins Blickfeld rückte. Wie sah die Konzeption des MPIL also konkret aus, worin bestand die Nähe zur Berliner Einrichtung und welche Argumentationsmuster prägten die Diskussionen um die Gründung der Starnberger Einrichtung?

Verwandtschaft – Zur Konzeption des MPIL: Grob gefasst, sollten am späteren Starnberger Institut theoretische Physik und Sozialwissenschaften mit dem Zugriff einer normativen, pragmatisch ausgerichteten Philosophie auf neue Weise verbunden und zu einer Einheit gebracht werden. Ziel war es, wissenschaftlich fundierte Aussagen über diejenigen aktuellen und zukünftigen Entwicklungen zu ermöglichen, die für das als gefährdet betrachtete menschliche Leben unter der Bedingung der »wissenschaftlich-technischen Welt« in globaler Hinsicht für besonders relevant erachtet wurden. Dabei ging es Weizsäcker um nichts Geringeres als um Themen wie Friedenssicherung, Welternährung oder Gesundheit.[1004] Mit dieser Ausrichtung stand der Antrag zeitgenössisch im Kontext prognostisch orientierter, in sich vielfältiger Ansätze, die seit 1945 international vorangetrieben wurden und die Elke Seefried übergreifend als »Zukunftsforschung« gefasst hat.[1005] Einen ihrer Höhepunkte erreichten diese Deutungsmuster mit der Veröffentlichung der unter anderem von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Studie des Club of Rome zu den *Limits to Growths*, deren Ergebnisse 1972 mit enormer Wirkungsmacht popularisiert wurden.[1006] Im Rahmen der MPG war die Zukunftsforschung untrennbar an die Person und lebenslange Erkenntnisarbeit Weizsäckers gebunden, der die projektierten Ansätze als nächste Stufe seiner Forschungen im Bereich von Physik, Philosophie und seines Ende der 1950er Jahre begonnenen politischen Engagements im Kontext der internationalen Anti-Atomwaffen-Bewegung und der Friedensforschung vorstellte.[1007] Die Unter-

---

1004 Weizsäckers Ausgangskonzept von 1967 wurde im Laufe des Verfahrens mehrfach verändert. Die folgende Darstellung stützt sich vom Quellenmaterial her, soweit nicht anders angegeben, auf die »Ergänzungen« von Februar 1968 und auf das »Memorandum« von Oktober 1968, das dem Senat im November 1968 und der GwS im Februar 1969 als Beschlussvorlage diente. Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker. Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Untersuchung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Hamburg, 15. Februar 1968, AMPG, [Materialien zur Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstands der MPG am 4. 3. 1968], TOP 1, e1), AMPG, II. Abt., Rep. 61 und Carl Friedrich von Weizsäcker. Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Hamburg, den 28. Oktober 1968. [Vorlage zur] Sitzung der GwS am 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62. Siehe zu den Modifikationen der Konzepte Leendertz, *Wende*, 2010, 15–22.

1005 Vgl. Elke Seefried: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980*. Berlin: De Gruyter, Oldenbourg 2015.

1006 Vgl. Donella H. Meadows, Dennis L. Meadows, Jørgen Randers und William W. Behrens III: *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York, NY: Universe Books 1972. Zur Geschichte des Club of Rome, der seinen Sitz bis 2008 in Hamburg hatte, Seefried, *Zukünfte*, 2015, 235–254.

1007 Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker. Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Untersuchung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Hamburg, 15. 2. 1968, [Materialien zur Sitzung des Verwaltungsrates am 4. 3. 1968], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 271–272. Siehe zu Weizsäcker zum Beispiel Seefried, *Zukünfte*, 2015, 87–95 und zu seinem politischen Engagement in kritischer Perspektive etwa Lorenz, *Protest*, 2011, bes. 263–289 oder Mark Walker: »Mit der Bombe leben« – Carl Friedrich von Weizsäckers Weg von der Physik zur Politik. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale)*. 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 343–356.

nehmung wurde zwar auch zwischenzeitlich in der MPG als »Institut für Zukunftsforschung«[1008] bezeichnet, am Ende aber stand – unter Verzicht auf das anfänglich noch im Titel enthaltene Attribut »interdisziplinär« –[1009] der längere Name eines »MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt«, der die geplante Arbeit von ihrer Thematik her recht präzise beschrieb.[1010]

Programmatik: Im Hinblick auf die Programmatik fallen diverse Parallelen zwischen dem Berliner und dem Starnberger Institut ins Auge. Ähnlich wie in Berlin war der Ansatz des späteren MPIL vom Erkenntnismodus her auf praktische, gesellschaftspolitische Ausgangspunkte und Wirkungsabsichten hin orientiert, wobei im Weizsäcker-Institut grundlegend größer skaliert, also in weltgesellschaftlichen, global umspannenden Dimensionen gedacht werden sollte.[1011] Übereinstimmend lag auch diesem Zugriff eine von einem normativen Ausgangs- und Bezugspunkt ausgehende kritische Diagnose von Triebkräften und Entwicklungen der modernen Welt zugrunde, die in ihren ambivalenten Wirkungen zwischen notwendigem Wachstum und Risiken in teilweise existenzgefährdender Dimension gesehen wurden.[1012] Wie in Berlin galt es am Starnberger Institut, besonders die Dynamiken und Beschleunigungstendenzen zu thematisieren, die aus der Verschränkung der Entwicklungen von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft resultierten. Während die Ergebnisse der Bildungsforschung politisch gewendet auf die Reform und das heißt auf die Dynamisierung der Strukturen des Bildungswesens zielten, um Lernprozesse auf individueller Ebene und damit einen geeigneten Umgang mit volatilen Lebenswelten zu ermöglichen, rückten in dem geplanten Starnberger Institut phylogenetische Aspekte und die dynamisierenden Faktoren selbst in den Blick: Im Fokus sollten dort die Natur- und Biowissenschaften sowie deren Verflechtung mit Technik und Wirtschaft stehen – womit zugleich zentrale Aktivitätsbereiche der MPG in den Objektbereich der Forschung gerieten. Dabei musste Weizsäcker zwar in Reaktion auf die im Verwaltungsrat und im Senat der MPG geäußerte Kritik die ursprüngliche Ausrichtung des Instituts auf konkrete Projekte der Politikberatung (etwa im militärstrategischen Bereich) aus dem Konzept streichen. Damit kam er wohl den gröbsten Befürchtung entgegen, dass hier eine Art zweites Bildungsforschungsinstitut in den Reihen der

---

1008 In den Organen der MPG wurde die Gründung der Einrichtung zuerst auf der Verwaltungsratssitzung im November 1967 unter dem Tagesordnungspunkt »Neugründung eines Instituts für Zukunftsforschung« diskutiert. Protokoll der 75. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstands vom 23. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 75.VP, fol. 186.

1009 Die Institutskonzeption von Ende Oktober 1968 enthielt noch das Attribut »interdisziplinär«. Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker. Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Hamburg, den 28. 10. 1968. [Vorlage zur] Sitzung der GwS am 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 148–156.

1010 Die Namensgebung war noch in der abschließenden Sitzung der GwS im Februar 1969 offen und wurde erst danach festgelegt.

1011 Carl Friedrich von Weizsäcker. Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Untersuchung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Hamburg, 15. 2. 1968, [Materialien zur Sitzung des Verwaltungsrates am 4. 3. 1968], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 282.

1012 Siehe dazu auch Weizsäckers Vortrag vor dem Stifterverband Carl Friedrich von Weizsäcker: Die Kunst der Prognose. In: Carl Friedrich von Weizsäcker: *Der ungesicherte Friede.* 2. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht [1965] 1979, 57–76.

MPG installiert würde.[1013] Entsprechend betonte Weizsäcker zwar in seinen »Ergänzungen« von Februar 1968 die Unabhängigkeit der geplanten Einrichtung von Politik und Geldgebern und rückte stattdessen das Ziel der »Bewußtseinsbildung«, vor allem von Politiker*innen und der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen des geplanten Instituts als künftigen Multiplikatoren, in den Vordergrund.[1014] Dennoch blieb die praxis- und gesellschaftspolitisch bezogene Ausrichtung der Institutsforschung unübersehbar im Zentrum der Starnberger Unternehmung.[1015]

Betrachtet man die beiden Institute in Berlin und Starnberg unter dem Blickwinkel ihrer programmatischen Nähe, kann man letztlich von einer sich ergänzenden Aufgabenteilung sprechen: Ging es am IfB, gemessen an der im Umfeld des Strukturplans präzisierten Programmatik um die wissenschaftsbasierte »Revision« und Reform des westdeutschen Bildungswesens, würde dieses Programm in Starnberg von einer wissenschaftsbasierten Revision der Natur-/Wissenschaften im Horizont moderner Entwicklungen in Technik und Weltgesellschaft flankiert werden. Bei beiden Ansätzen standen Aspekte der Zeitlichkeit im Fokus. Mit dem Strukturplan des BR war die Dynamisierung der Strukturen des Bildungswesens beabsichtigt, um mit den Veränderungen der Moderne pädagogisch und ontogenetisch Schritt halten zu können. Am Institut Weizsäckers galt es, die de facto bestehende dynamisierende Treiberfunktion durch Wissenschaft und Technik auf Basis wissenschaftlich erkannter Zusammenhänge gleichsam diagnostisch-prognostisch zu überholen, um sich der destruktiven Verflechtungs- und Modernisierungstendenzen auf phylogenetischer Ebene wieder bemächtigen zu können.

Ansatz und Methodik: Auch vom Ansatz her lagen Starnberg und Berlin auf einer Linie, insofern es an beiden Instituten zentral darum ging, interdisziplinär und ausgehend von der Annahme einer theoretisch erfassbaren Wirklichkeit (beziehungsweise »Natur«) zu arbeiten. Weizsäcker kommunizierte dieses Vorhaben allerdings theoretisch stringenter, da er die Kooperation verschiedener Disziplinen nicht nur, wie im Antragsverfahren des IfB, über die Notwendigkeit der Bearbeitung komplex strukturierter Probleme begründete, sondern diese diesmal offensiv mit seiner Vorstellung der »Einheit der Wissenschaften« verband. So sprach er einerseits davon, dass allein die Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen es ermöglichen würde,

---

1013 Zu Kritik und Reaktionen Leendertz, *Wende*, 2010, 18, 19.

1014 Das Institut solle, so Weizsäcker, »in voller Unabhängigkeit arbeiten«. Sein Einfluss auf die Politik läge nicht in der Bereitstellung einer »Entscheidungshilfe«, sondern in der »Bewußtseinsbildung«, die zugleich auch pädagogisches Ziel im Hinblick auf die am Institut forschenden Mitarbeitenden sei: »Der Begriff der Bewußtseinsbildung bezeichnet insbesondere auch eine angestrebte pädagogische Wirkung des Instituts auf seine jüngeren Mitarbeiter. Die meisten Max-Planck-Institute sind heute zugleich Stätten der Ausbildung jüngerer Forscher«. Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker. Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Untersuchung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Hamburg, 15. 2. 1968, [Materialien zur Sitzung des Verwaltungsrates am 4. 3. 1968], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 285.

1015 Die Themenkreise, die Weizsäcker Anfang 1968 vorstellte, reichten entsprechend von »Welternährung und Entwicklungspolitik« über »Strukturprobleme der Industriegesellschaft und technologische Prognose« sowie »Auswirkungen der Biologie« bis hin zum Bereich der »Zielvorstellung der Weltpolitik« und der »Zukünftige[n] Struktur Europas«. Carl Friedrich von Weizsäcker. Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts zur Untersuchung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Hamburg, 15. 2. 1968, [Materialien zur Sitzung des Verwaltungsrates am 4. 3. 1968], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 287–295.

eine Gesamtschau auf die Wechselwirkungen der »praktischen Auswirkungen der Wissenschaft« zu gewinnen. Auf Basis erkannter Muster könnten dann Trend-Prognosen erstellt werden, die zumindest ansatzweise eine wissenschaftlich fundierte Regulierung erwartbar machten.[1016] Die Erfolgsaussicht dieses Vorhabens begründete sich andererseits über Weizsäckers zentrale wissenschaftstheoretische Überzeugung vom formellen wie inhaltlichen »inneren Zusammenhang[...] der Wissenschaften«. Dieser sollte am Institut durch die Praktiken interdisziplinärer Kooperation und einer »Philosophie der Wissenschaften« – in einem traditionell idealistischen Wortsinn – ›ent-wickelt‹ werden. Gemeint war die Herausarbeitung von inhaltlichen Gemeinsamkeiten und formellen Brückenelementen. Mit offensichtlichen Anklängen an Thomas Kuhns damals international Aufsehen erregende Thesen zur Dynamik der Wissenschaften sollte es um die

> Entwicklung eines Denkstils und einer Begrifflichkeit [gehen ...], die [es] den Vertretern der einzelnen, spezialisierten Fächer wieder erlaubt, miteinander über die gemeinsamen Grundprobleme zu sprechen

und das »gegenseitige[...] Verstehen« zu ermöglichen.[1017] Dabei gedachte Weizsäcker der Philosophie (im Verbund mit der theoretischen Physik) die zentrale Rolle zu, den postulierten Zusammenhang zu greifen und vorzustellen und die gemeinsame Sprache zwischen unterschiedlichen disziplinären Gemeinschaften zu finden. Letztlich war das Vordringen zu einem Denkstil beabsichtigt, der vermutlich weniger im Sinne Kuhns und eher im Sinne Ludwik Flecks eine epochale (also nicht auf zeitlich kurzfristigere, disziplinäre Kollektive bezogene) Gemeinsamkeit der modernen Wissenschaften adressierte.[1018] Folgt man der These eines in West-Berlin und Starnberg angestrebten ›Doppelansatzes‹, so rückte mithin die Idee einer »Einheit der Wissenschaften« erst mit der Beantragung des späteren Starnberger Instituts in den Vordergrund, während diese in den Planungen für das IfB zwar ebenfalls in dem dortigen interdisziplinären Ansatz aufgehoben, in der Antragsphase aber noch kaum thematisiert worden war.[1019]

1016 Carl Friedrich von Weizsäcker. Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Hamburg, den 28. 10. 1968. [Vorlage zur] Sitzung der GwS der Max-Planck-Gesellschaft am 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 150.

1017 Carl Friedrich von Weizsäcker. Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Hamburg, den 28. 10. 1968. [Vorlage zur] Sitzung der GWS am 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 86–87 und Thomas S. Kuhn: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.* 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1962] 2012. Vgl. zu Kuhn mit weiterführender Literatur zum Beispiel Paul Hoyningen-Huene und Simon Lohse: Die Kuhn'sche Wende. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie.* Wiesbaden: Springer VS 2012, 73–84.

1018 Vgl. vor allem Ludwik Fleck: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv.* Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1935] 2012, zum Beispiel 15–16, 35–39, 48, 146–147, 187–190. Siehe zu Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen Fleck und Kuhn (ohne auf den oben hervorgehobenen Unterschied einzugehen) zum Beispiel Rheinberger, *Historische Epistemologie*, 2008, 83–90.

1019 Den ideengeschichtlichen und zeitgenössischen Referenzen von Weizäckers Ansatz, der in seinen Institutskonzepten nur angedeutet blieb, kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Allerdings dürfte sein normativ-religiös gegrün-

›Doppelansatz‹ – Verbindungen zum IfB: Die programmatische und methodische Verwandtschaft zwischen dem Starnberger und dem West-Berliner Institut hat unzweideutig Alexander Kluge in einem Zeitzeugengespräch betont, als er beide Einrichtungen als »Geschwister« und »Schlachtschiffe« mit »gleiche[m] Bautypus« bezeichnete, die in der MPG und von ihr ausgehend ihre Wirkung entfalten sollten.[1020] Wie dargestellt, war Kluge als Assistent Beckers an der Konzeption des IfB maßgeblich beteiligt gewesen. Für die enge Verbindung der Institute spricht ebenfalls, dass beide Einrichtungen in ihrer Gründung in der MPG von einem im Kern weitgehend identischen Personenkreis unterstützt wurden. Genannt seien hier nur die augenfälligsten, in der MPG unisono hoch geschätzten Wissenschaftler Weizsäcker, Heimpel, Heisenberg, Zweigert und Dölle.[1021] Für beide Institute war zudem die Protektion durch Adolf Butenandt in ihren Antragsverfahren unschätzbar wichtig,[1022] wobei die Einrichtungen geeignet waren, der MPG in den jeweils von ihnen adressierten Wissens- und Handlungsfeldern sowohl national wie auch international Sichtbarkeit und vor allem Mitsprache zu ermöglichen.[1023] Die enge Zusammengehörigkeit der Institute spiegelt sich schließlich in der Rezeption innerhalb der MPG selbst. So wiesen zum Beispiel Heisenberg und Generalsekretär Schneider bereits auf der Sitzung des Verwaltungsrates im November 1967 in ihrer Erläuterung von Weizsäckers Antrag darauf hin, dass dafür »ähnliche Erwägungen [sprächen], wie sie zur Gründung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung geführt hätten«.[1024] Analog richtete einer der größten Kritiker an der Unternehmung Weizsäckers in der GwS, der später für die NPD kandidierende

---

detes, ganzheitliches Welt- und Wissenschaftsverständnis, seine elitäre Überzeugung von der Wirkmächtigkeit seiner Person und die Prämisse vernunftbasierter humaner Lernfähigkeit ebenfalls Anschlüsse zum Berliner Institut, besonders zu dessen Leiter hergestellt haben. Vgl. zu Weizsäckers Ansatz zum Beispiel Seefried, *Zukünfte*, 2015, 87–95; Laitko, *Max-Planck-Institut*, 2011 oder Görnitz, *Weizsäckers Entwurf*, 2015.

1020 Britta Behm: Interview mit Alexander Kluge. Berlin 15. 11. 2019, DA GMPG, ID 601058. Wie in der Einleitung bemerkt, legen Horst Kant und Jürgen Renn nahe, beide Institutsgeschichten im Zusammenhang zu sehen, während bei Leendertz die Geschichte des MPIB unterbelichtet bleibt, da sie sich auf die Verbindungen der Geschichte des Starnberger Instituts mit der des 1984 in Köln eingerichteten MPIfG konzentriert. Vgl. Kant und Renn, *Episode*, 2015; Leendertz, *Wende*, 2010.

1021 Weizsäcker und Heimpel gehörten zu den Mitunterzeichnern der beiden Anträge auf Institutsgründung in der MPG. Dölle wiederum hatte sich bereits für die Integration der Bildungsforschung in die MPG stark gemacht und Zweigert war dessen erster Beiratsvorsitzender. Wie Butenandt der GwS im Februar 1969 erläuterte, seien beide (sie konnten an der Sitzung krankheitsbedingt nicht teilnehmen) »an den Vorberatungen« für das Weizsäcker-Institut beteiligt gewesen und hätten sich »nachdrücklich und begeistert für den Plan ausgesprochen«. Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 57. Vgl. zu »denselben Netzwerken« beider Institute auch Kant und Renn, *Episode*, 2015, 234.

1022 So erklärte Butenandt beispielsweise nach dem kontroversen Verlauf der Verwaltungsratssitzung im Juli 1968, dass diese ihn nicht in seiner »Überzeugung erschütter[n könnte], daß das Institut entsprechend dem Antrag unter der Leitung von Herrn v. Weizsäcker gegründet werden sollte«. Diese Haltung zeigte sich auch während der letztlich entscheidenden Sitzung der GwS im Februar 1969 in Butenandts ausführlichen einleitenden Worten zum bisherigen Verfahren wie in seinen um Vertrauen und Zustimmung werbenden Diskussionsbeiträgen. Vgl. Protokoll der 78. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 21 und Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 5–8 oder z. B. fol. 15–17.

1023 Vgl. zum Verhältnis von MPG und (internationaler) Politik demnächst die bei Vandenhoeck & Ruprecht erscheinende Studie von Carola Sachse: *Wissenschaft und Diplomatie. Die MPG im Feld der internationalen Politik (1945–2000).*

1024 Protokoll der 75. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 75.VP, fol. 186.

Völkerrechtler Fritz Münch (1906–1995),[1025] in der entscheidenden Sektionssitzung am 11. Februar 1969 den Blick auf die große Ähnlichkeit der Fragen, mit der die MPG in den Aufnahmeverfahren beider Institute konfrontiert sein würde.[1026] Nur aufgrund der Wahrnehmung einer engen Zusammengehörigkeit wird auch der später, im November 1979 im Senat der MPG gemachte Vorschlag verständlich, beide Institute zusammenzulegen – Ende der 1970er Jahre stand die Zukunft des Starnberger Instituts bereits auf der Kippe und eine grundlegende Neuausrichtung des MPIB war beschlossene Sache.[1027] Von diesem Näheverhältnis her gewertet, werden die Debatten um die Gründung des späteren Starnberger Instituts als eine der Folien erkennbar, auf deren Hintergrund in der MPG ab März 1970 die vollumfängliche Integration des IfB in die Forschungsgesellschaft verhandelt wurde. Aber auch in der Wahrnehmung MPG-externer Personen, etwa aus dem Wirtschaftsbereich, hingen beide Institute eng miteinander zusammen. Darauf wird im Kontext der seit 1968/69 wachsenden Kritik am IfB von Seiten der Wirtschaft zurückzukommen sein. Was kennzeichnete nun die Diskussionen um die Gründung des Weizsäcker-Instituts?

Debatten und Argumente in der MPG: Vorwegnehmend gefasst, wurde die Aufnahme des Instituts in die MPG vorrangig durch die Forscherpersönlichkeit ermöglicht, die hinter dem Konzept stand, womit sich dieser Aufnahmeprozess zu dem des IfB geradezu diametral verhielt. Weizäcker galt als Garant für die Machbarkeit, die Qualität und den innovativen Charakter der anvisierten Forschung, seine Person und sein Wirken waren in den Diskussionen von jeglicher Kritik ausgenommen. Das gilt, auch wenn des Öfteren deutlich wurde, dass eine mehr oder minder große Unsicherheit darüber bestand, was man von diesem Institut in wissenschaftlicher Hinsicht eigentlich zu erwarten hätte.[1028] Jenseits dessen wurde dem Wissenschaftler viel-

---

1025 Münch wurde 1955 zum Leiter der Berliner Abteilung des Heidelberger MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht und 1956 zum Wissenschaftlichen Mitglied der MPG berufen, seine aktive Dienstzeit endete 1974. Er engagierte sich unter anderem im *Bund der Vertriebenen*, war Beiratsmitglied der *Deutschland Stiftung e.V.*, von 1952 bis 1972 Mitglied der CDU, radikalisierte sich offenbar im Zuge des Machtwechsels 1969 und kandidierte bei den Bundestagswahlen im November 1972 für die NPD. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 355, 366, 505; Karl Doehring: *Fritz Münch. 08. 04. 1906–29. 10. 1995.* Jahresbericht 1995. Nachrufe, Max-Planck-Gesellschaft, 188–190 und vor allem, mit Auswertung diverser Publikationen und Reden nach 1945: Hans-Dieter Bamberg: *Die Deutschland-Stiftung e. V. Studien über Kräfte der »demokratischen Mitte« und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland.* Meisenheim am Glan: Hain 1978, 3, 317, 512–513. Zur Geschichte des MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht vgl. Lange, *Systembildung*, 2020.

1026 Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 32.

1027 Den Vorschlag machte Karl Klasen (1909–1991) im November 1979 im Verwaltungsrat unter dem Tagesordnungspunkt »Aufbau des Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften und Schließung des Arbeitsbereichs I des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt«. Der Jurist Klasen war SPD-Mitglied, von 1970 bis 1977 Präsident der Deutschen Bundesbank und seit 1973 Mitglied des Verwaltungsrats der MPG. Zwischen 1978 bis 1984 fungierte er als Schatzmeister der Gesellschaft, 1984 wurde er zum Ehrensenator ernannt. Vgl. Protokoll der 119. Sitzung des Verwaltungsrates vom 22. 11. 1979 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 119.VP, fol. 26; Siehe zu Klasen Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 498, 536, 558, 921 sowie: Zur Erinnerung an Karl Klasen. *Bank und Geschichte. Historische Rundschau* 19/1 (2009), 1–6.

1028 Siehe dazu vor allem die Gesamtverläufe der langen Diskussionen im Senat vom November 1968 und in der GwS im Februar 1969, in denen von diversen Rednern wiederholt um Konkretisierung von Forschungsplänen und Ansatz gebeten oder auf die Vorläufigkeit der vorliegenden Konzeption hingewiesen wurde. Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 30–37 und Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 44–83.

fach Reverenz erwiesen und wiederholt auf das Harnack-Prinzip rekurriert, das sich in dieser Institutsgründung geradezu idealtypisch realisieren würde.[1029] Erheblich verstärkt worden sein dürfte diese Haltung dadurch, dass Weizäcker annähernd zeitgleich als Nachfolger Butenandts gehandelt wurde, der sein Amt Ende Juni 1972 zur Verfügung stellen würde.[1030] Dennoch waren die Widerstände, die sich in der MPG anlässlich der Konzeption des geplanten Instituts formierten, teilweise massiv.

Zunächst aber bestand jenseits der Wertschätzung für den prospektiven Institutsgründer Einigkeit in einem Punkt: Die welt-/gesellschaftliche Relevanz der von Weizsäcker umrissenen Problemstellungen wurde ohne Ausnahme anerkannt. Von Seiten der Befürworter sprach etwa der damalige Vorsitzende der GwS, der Direktor der Hertziana Wolfgang Lotz (1912–1981), von »brennende[n]« Fragen, Heimpel bezeichnete die Institutsgründung als »historisch unvermeidlich« und Carlo Schmid verwies in Bezug auf die »Öffentlichkeit, einschließlich der Parlamentarier« auf das dringende Bedürfnis nach »Orientierung über künftige Entwicklungen auf einem Niveau, wie es das vorgeschlagene Institut gewährleisten würde«.[1031] Besondere Legitimationskraft kam dabei sowohl den Hinweisen auf die »Verpflichtung gegenüber der jungen Generation« zu,[1032] als auch den Expertisen, die von namhaften internationalen Gutachtern ein-

---

1029 So verwies etwa Butenandt, um nur ein Beispiel anzuführen, darauf, dass sich »[i]n diesem Fall [...] glücklicherweise das alte Prinzip anwenden [lasse], ein Institut um einen Forscher zu begründen«. Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 57. Dazu auch Leendertz, *Wende*, 2010, 20–22 und Laitko, *Max-Planck-Institut*, 2011, 205–206. Leendertz legt »angesichts der damals [in den Gremien] geäußerten Bedenken« den Schluss nahe, dass man in der MPG mit der Befürwortung der Gründung letztlich »eine Konzession an den namhaften Forscher von Weizsäcker« gemacht habe. Leendertz, *Wende*, 2010, 22.

1030 Wie Leendertz anhand des Briefwechsels von Weizsäcker und Picht zwischen Dezember 1968 und Mai 1969 aufgezeigt hat, waren sowohl Schneider als auch Butenandt in Sachen der Präsidentschaft auf Weizsäcker zugekommen. Inwieweit diese Überlegungen in der MPG-Spitze innerhalb der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Antragsverfahrens zum MPIL bekannt waren, ist unklar. Insofern aber im November 1969 die Anwartschaft Weizsäckers bereits in den Medien gehandelt wurde und anzunehmen ist, dass derlei zentrale Weichenstellungen auch in der MPG unter der Hand die Runde machten, spricht vieles dafür, dass diese Option auch auf die Diskussionen um die Gründung des MPIL zurückwirkte. Vgl. Leendertz, *Experiment*, 2015, 249–251; dazu auch Gerwin, *Windschatten*, 1996, 214–216.

1031 Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 78; Protokoll der Sitzung des Beratungskreises über die Errichtung eines Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt am 2. 2. 1968 im Präsidialbüro der Max-Planck-Gesellschaft. [Materialien zur Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstands der MPG am 4. 3. 1968], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 102–104 und Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 33. Zur Person des Kunsthistorikers siehe Klaus Gütlein: Der »Palazzo Nuovo« des Kapitols. In memoriam Wolfgang Lotz. *Römisches Jahrbuch für Kunstgeschichte* 22 (1985), 83–190.

1032 Entsprechend äußerte sich auf der Senatssitzung im November 1968 der Vorstandsvorsitzende der Hoesch Werke AG Willy Ochel (1903–1992), der auch Mitglied im Kuratorium der VolkswagenStiftung war. Im Verwaltungsrat hatte sich Heisenberg schon einige Monate zuvor auf die Lindauer Tagung der Nobelpreisträger von 1968 bezogen, auf der die Befassung mit dem Wissen um die Zukunft von Wissenschaft und Universitäten bei der jüngeren Generation ein »außerordentlich starke[s] Echo« gefunden hätte, da sie »ein starkes Bedürfnis [habe] zu wissen, in welche Richtung die Dinge sich entwickeln«. Auch der Industrielle und Vorstandsvorsitzende der Wolff-AG, Otto Wolff von Amerongen (1918–2007), von 1969 bis 1988 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT, später: DIHK), verwies auf der erwähnten Senatssitzung auf »die Jugend«, welche eine »wissenschaftlich fundierte Beschäftigung mit der näheren Zukunft erwarte«. Vgl. Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 37, 34 sowie Protokoll der 78. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 15. Zu den Personen siehe Barbara Gerstein: »Ochel, Willy«. In: *Neue Deutsche Biographie*. Bd. 19. Berlin: Duncker & Humblot 1999, 410 und Jochen Thies: Otto Wolff von Amerongen: Kundschafter der Marktwirtschaft. In: Peter Danylow und Ulrich S. Soénius (Hg.): *Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik*. München: Siedler 2005, 384–435.

geholt worden waren. Dazu gehörten zum Beispiel der französische Philosoph und Soziologe Raymond Aron (1905–1983), der Direktor des Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) Alastair F. Buchan (1918–1976) oder der an der Harvard University lehrende Politikwissenschaftler Henry Kissinger (geb. 1923), der ab Januar 1969 die Position des Nationalen Sicherheitsberaters von Präsident Richard Nixon (1913–1994) übernehmen sollte.[1033]

Auch die Skeptiker stellten die Relevanz der adressierten Probleme an keiner Stelle in Abrede. Grundlegend bezweifelt wurde allerdings, dass für deren Bearbeitung die MPG zuständig sein sollte. In diesem Aspekt konzentrierten sich die Streitpunkte der gesamten Debatten, was bereits zeitgenössisch der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG Karl Winnacker (1903–1989)[1034] feststellte, der zu den schärfsten Kritikern an der Gründung der Einrichtung in der MPG gehörte:

> Hier liegt das eigentliche Problem. Nicht ob ein solches Institut gegründet wird, das sicherlich nützlich und fruchtbar sein kann, erscheint so wichtig. Entscheidend ist, ob es in der Max-Planck-Gesellschaft entsteht.[1035]

Worum es bei der Frage nach der Passung zur MPG ging und dass man es dabei mit dem Zentrum der Diskussionen zu tun hatte, zeigen bereits die Reaktionen der Befürworter. Darin wiederholten sich jene Argumente, die schon im Fall des IfB vorgebracht worden waren und die sich weitgehend im Rahmen des seit 1948 etablierten Selbstverständnisses der MPG bewegten: Allein diese Forschungsgesellschaft würde die interdisziplinäre Arbeitsform und eine auch finanziell über längere Zeiträume hin gesicherte Methodenentwicklung ermöglichen und dabei die politische Neutralität und Freiheit von Entscheidungszwängen gewähren, die ein solches Institut bräuchte.[1036] Darüber hinaus aber wurde im Fall des Weizsäcker-Instituts jetzt

---

1033 Allerdings beklagten sich im Februar 1969 die Mitglieder der GwS, die entgegen dem in der MPG üblichen Verfahren erst nach der Befassung durch den Senat gehört wurde, dass ihnen die Gutachten nicht vorab zugänglich gemacht worden seien. Erst während der Sitzung zitierte Butenandt aus den Expertisen und verlas auf Anfrage – durchaus ein Zeichen des Misstrauens – sein Anschreiben an die Gutachter in voller Länge. Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 48, 56, 58.

1034 Der promovierte Chemiker und spätere Honorarprofessor für angewandte Chemie an der Goethe-Universität war im »Dritten Reich« bei der I. G. Farben tätig, seit 1937 NSDAP-Mitglied und hatte in der Hoechst AG eine der beiden Spitzenpositionen inne. Nach Kriegsende setzte er seine Tätigkeit für Hoechst nach einer mehrjährigen Unterbrechung fort (das Direktorium war von den zuständigen Stellen der amerikanischen Besatzungsmacht entlassen worden): von 1952 bis 1969 war er Vorstandsvorsitzender, danach Mitglied des Aufsichtsrates. Winnacker hatte zudem weitere einflussreiche Positionen in der westdeutschen Wirtschaft inne, etwa bis 1973 die Präsidentschaft des 1959 gegründeten Deutschen Atomforums, einer Interessenvertretung der deutschen Atomindustrie und -forschung. Vgl. zur leitenden Tätigkeit Winnackers in der I. G. Farben im »Dritten Reich« und zu seinem Einsatz für belastete Mitarbeiter der I. G. Farben in den Entnazifizierungsverfahren nach 1945 vor allem Stephan H. Lindner: *Hoechst. Ein I. G. Farben Werk im Dritten Reich.* 2. Auflage. München: C. H. Beck 2005, bes. 211–218, 351–375. Siehe zu seinen beruflichen Stationen zudem den Eintrag im Munzinger Archiv, in dem die Kooperation mit dem NS-Regime geflissentlich übersehen wird: »Winnacker, Karl«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1989. http://www.munzinger.de/document/00000005906. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

1035 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 12.

1036 Vgl. zum Beispiel die Äußerung des Direktors der Abteilung für Molekularbiologie am MPI für Virusforschung (seit 1984 MPI für Entwicklungsbiologie) Alfred Gierer (geb. 1929) im Verwaltungsrat und im Senat, ebenfalls im Senat

offensiv ein Verständnis der MPG ins Spiel gebracht, das diese wesentlich stärker als bisher über ihre gesellschaftspolitische nationale wie internationale Verantwortung definieren sollte, was in der Diskussion um die Gründung des IfB nur zurückhaltend angeklungen war. In diese Richtung sprach sich zum Beispiel Konrad Zweigert aus, als er sich, trotz eigener Zweifel, im Verwaltungsrat dafür einsetzte, dass die geplante Einrichtung gegründet werden müsse, falls »die Arbeit des Instituts nur ein Geringes zur Vermeidung von Katastrophen beitragen könne«.[1037] Besonders aber war es Generalsekretär Schneider, der dezidiert auf eine den Zeitumständen angepasste Veränderung des Selbstverständnisses der MPG drängte und ohne Umstände auf die »Verantwortung« und »Verpflichtung« der MPG hinwies, sich der von Weizsäcker adressierten gesellschaftlichen Probleme anzunehmen.

> Die Art der Aufgabe eines MPI wird sich mit den Umständen, in denen wir leben, zu verändern haben, alte Prinzipien sind durch neue zu ergänzen; wir dürften nicht nur von den bisherigen Aufgaben ausgehen. [...] Bei der Gründung eines neuen Instituts ist nicht nur nach der Verständlichkeit des Forschungsthemas, sondern auch danach zu fragen, ob es jemand gebe, dem dieses Thema zugemutet werden kann. In dieser Beziehung glaubt Herr Schneider mit den Herren Jescheck und Ulmer, dass eine Aufgabenstellung vorliegt, die die MPG erfüllen kann und die sie deshalb erfüllen muss. Er empfindet die Chance, die hier vorliegt, als eine Verpflichtung der MPG.[1038]

Während Schneider den Begriff der Verantwortung in den Mittelpunkt rückte, mithin normativ argumentierte und bei aller Offensichtlichkeit der damit verbundenen politischen Implikationen in dieser Hinsicht noch relativ zurückhaltend blieb, begrüßten weitere namhafte Fürsprecher des Weizsäcker-Instituts den politischen Aspekt ganz offen. So zeigten sich Heimpel und andere Wissenschaftliche Mitglieder wie der Direktor des MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht Eugen Ulmer (1903–1988)[1039] oder Lotz keineswegs davon überzeugt, dass die MPG sich in politischen Fragen zurückzuhalten hätte,

---

zudem die Stellungnahmen Zweigerts, Bismarcks, des Mannheimer Oberbürgermeisters Hans Reschke (1904–1995) sowie das Memorandum Weizsäckers. Vgl. Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 12–13; Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 34–36; Carl Friedrich von Weizsäcker. Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Hamburg, den 28. 10. 1968. [Vorlage zur] Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 91–92. Zu Gierer und Reschke siehe *Curriculum Vitae Professor Dr. Alfred Gierer*. Leopoldina. Nationale Akademie der Wissenschaften. https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Gierer_Alfred_DE.pdf. Zuletzt aufgerufen am 24. 11. 2020 und die auch die Zeit Reschkes im »Dritten Reich« (unter anderem in der Partei-Kanzlei in München) nicht aussparende Biographie von Gabriele Mark: »Mein Weg bleibt Mannheim«. Hans Reschke. Ein Oberbürgermeister zwischen Wiederaufbau, Neubeginn und Zukunftsgestaltung. Ostfildern: Thorbecke 2011.

1037 Protokoll der 76. Sitzung des Verwaltungsrates vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 103.

1038 Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 72.

1039 Zur Person zum Beispiel Erwin Deutsch: Eugen Ulmer. Ein Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler. Eine Ideengeschichte in Einzeldarstellungen.* Bd. 1. Berlin: De Gruyter 2007, 207–220.

solange ein bestimmter wissenschaftlicher Standard gewahrt würde. Am deutlichsten wurde Heimpel, der dazu aufrief, »keine Sorge [...] vor Politik« zu haben, die wissenschaftliche Bearbeitung der von Weizsäcker umrissenen Fragen für die MPG auch in ihrer politischen Dimension reklamierte und zugleich an das elitäre Selbstverständnis der Gesellschaft appellierte, wenn er behauptete, dass diese Wissenschaft vom Menschen »zu ernst [sei], als dass sie den Politologen überlassen werden könnte«.[1040] Diese Selbstzuschreibung wissenschaftlicher Potenz gipfelte in der entscheidenden Sitzung der Sektion im Februar 1969 in der Behauptung von Lotz, dass Max Weber, würde er an der Sitzung teilnehmen, »wohl auch für das Institut stimmen« würde.[1041] Mit dem Plädoyer für eine offen politische Ausrichtung der MPG rührten die Befürworter des geplanten Instituts insofern an deren Selbstbild einer als ›rein wissenschaftlich‹ definierten Gesellschaft der Grundlagenforschung und damit an einem der korporativen wie auch formalstrukturell nach außen hin demonstrierten Besitzstände der MPG.

Darüber hinaus geriet mit der geplanten Aufnahme des interdisziplinären Instituts in die MPG das dort bis zur Mitte der 1960er Jahre übliche Binnenverhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften unter Druck. Die bis dato etablierte Beziehung wurde durch Weizsäckers Vorhaben, bei dem zwar auch die theoretische Physik berücksichtigt sein sollte, das aber vorwiegend geistes- und sozialwissenschaftlich geprägt sein würde, von zwei Seiten her in Bewegung versetzt:

Zum Ersten erhielten die Sozialwissenschaften in der MPG, die bereits mit der probeweisen Aufnahme des IfB in die Konstellation der Forschungsgesellschaft eingetreten waren, perspektivisch eine erhebliche Verstärkung. Dass es sich dabei um einen Begriff von Sozialwissenschaften handelte, der zeitgleich im Kontext der OECD verhandelt und propagiert wurde, so dass die Befürworter der Institutsgründung von dieser Seite her mehr oder minder direkt Schützenhilfe erhielten, zeigt ein kursorischer Blick auf diese Entwicklungen. Seit etwa 1963 beschäftigte sich die OECD nachholend zu ihrer Befassung mit den Naturwissenschaften auch mit der Bedeutung der Sozialwissenschaften und optierte für deren deutliche Förderung und für die Ausschöpfung ihrer Potentiale. Dabei ging es in den Begründungen um ganz ähnliche Gegenwartsdiagnosen, Zielstellungen und Relevanzargumente wie sie für das MPIL (und letztlich ähnlich schon für das IfB) vorgebracht wurden. 1966 erschien der in dieser Hinsicht wegweisende OECD-Report *The Social Sciences and the Policies of Governments*.[1042] Darin hieß es im Vorwort:

1040 Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 73. Zur Stellungnahme von Ulmer. Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 74; zu der von Schneider und Lotz Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 71–72 und fol. 72–73.,

1041 Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 77.

1042 OECD (Hg.): *The Social Sciences and the Policies of Governments*. Paris: OECD 1966. Die OECD hatte sich auf dem Hintergrund des bis dahin erreichten Bedeutungszuwachses von Naturwissenschaften und Technologie auf der politischen Agenda seit Herbst 1963 mit der Einbeziehung der Sozial- und Geisteswissenschaften in die politische Förderung und mit den Möglichkeiten einer entsprechenden Politikberatung auseinandergesetzt, wobei man sich rasch auf die Sozialwissenschaften konzentrierte. 1966 erschien der genannte Report, in dem die Bedeutung der Sozialwissenschaften für politische Entscheidungen betont und eine entsprechende integrierende Wissenschaftspolitik eingefordert wurde. Vorausgegangen war dem Report eine gleichnamige Studie zu den Naturwissenschaften.

> In an epoch marked by the rapid advance of scientific and technological progress, most visible in the development of industrialization and the concomitant changes in our culture and societies, *the social sciences have a vital role to play in making it possible to recognize, understand and counteract the social and human problems brought about by the rapid development of science, technology and mechanization* [...,] and the now recognized need for an organized policy for the natural sciences can be seen to apply no less forcibly to the social sciences. [...] It is hoped that this important report will prove valuable to policy makers and mark a step forward on the way towards an integrated science policy comprising the natural, human and social sciences.[1043]

Bemerkenswert ist nun, dass kein anderer als Friedrich Scheider das Vorwort gezeichnet hatte, der dem *Interim Committee* vorsaß, unter dessen Ägide die Studie im Kontext der *Ministerial Meetings on Science* für das zweite Ministertreffen im Januar 1966 erarbeitet worden war.[1044] Schneider amtierte damals noch als Generalsekretär des WR, wechselte im Anschluss, von April 1966 an, in gleicher Funktion in die MPG und schaltete sich auch dort als Fürsprecher der Sozialwissenschaften intensiv in die Diskussion um das geplante Institut Weizsäckers ein.[1045] Dies mag als eines der Beispiele dafür gelten, wie die Entwicklung und Themensetzung der OECD von westdeutschen Wissenschaftsmanagern mitbestimmt wurde und wie die gleichen Personen dann wieder auf wissenschaftspolitische bundesdeutsche Diskurse zurückwirkten.[1046] Dass Schneider dabei auf die Unterstützung des Präsidenten der MPG bauen konnte, unter dessen Leitung er dort seine Stelle angetreten hatte, ist vorauszusetzen. Während Butenandt aber seiner Position gemäß im Hinblick auf die Bedeutung der Sozialwissenschaften innerhalb der MPG rhetorisch zurückhaltend blieb, ging Schneider das Thema offensiv an. So informierte Butenandt beispielsweise den Senat im März 1966 nur nüchtern über die erwähnte »Forschungsministerkonferenz der OECD-Staaten«, die im Januar in Paris stattgefunden hatte und ließ es für sich sprechen, dass auf dieser Ebene das Thema »Sozialwissenschaften und Regierungspolitik« eigens auf der Agenda stand.[1047] Schneider dagegen äußerte während einer der Diskussionen im Verwaltungsrat um die Gründung des Starnberger Instituts geradezu dramatisch, dass die Arbeiten dieser Einrichtung unerlässlich seien, »wenn man ohne Revolution bis ans Ende dieses Jahrhunderts kommen wolle«.[1048] Am deutlichsten gab er seiner Überzeugung von der

---

1043 Friedrich Schneider: Foreword. In: OECD (Hg.): *The Social Sciences and the Policies of Governments*. Paris: OECD 1966, 7, Hervorhebung Behm.

1044 Anfang 1964 wurde eine »*ad hoc Advisory Group on the Social Sciences*« eingesetzt, welche die Studie letztlich vorbereitete. Von deutscher Seite aus war darin Ralf Dahrendorf vertreten. Vgl. zum zeitlichen Ablauf das Memorandum der Niederländischen Delegation (»The social implications of national science policy«): OECD, *The Social Sciences*, 1966, 97–100, zu Dahrendorf ebd., 9 und zum Vorsitz Schneiders Schneider, *Foreword*, 1966, 7.

1045 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 444 und 520.

1046 Ein Desiderat stellt es noch dar, die Rolle zu klären, welche die Leitungen der großen westdeutschen Wissenschaftsorganisationen für die Ausrichtung der OECD spielten.

1047 Protokoll der 53. Sitzung des Senates vom 11. 3. 1966 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 53.SP, fol. 152.

1048 Die Bemerkung spiegelte sicher auch die Nervosität der MPG im Hinblick auf die studentischen Unruhen im Krisenjahr 1967 wider und wurde im Übrigen aus der Endfassung des Protokolls gestrichen. Entwurfsfassung des Protokolls der 75. Sitzung des Verwaltungsrates vom 23. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 75.VP, fol. 220.

gesellschaftlichen Relevanz der Sozialwissenschaften und der Notwendigkeit ihrer Stärkung innerhalb der MPG aber unter dem neuen Präsidenten Lüst Ausdruck – auch wenn zu dieser Zeit in der MPG-Spitze bereits eine ganz andere Vorstellung von den Sozialwissenschaften dominierte. So betonte Schneider im März 1973 vor dem Senat anlässlich von Berufungsfragen im Kontext des Bildungsforschungsinstituts, dass er »die Beschäftigung mit gesellschaftswissenschaftlichen Problemen für künftige Entwicklungen für ebenso wichtig wie die Aufklärung biologischer oder physikalischer Vorgänge« hielte.[1049]

Zum Zweiten entfaltete das von Weizsäcker vorgeschlagene Ordnungsangebot der »Einheit der Wissenschaften« in der GwS eine hohe Attraktivität. Alleine in der Sitzung vom Februar 1969 zeigten sich neben dem Antragsteller gleich sechs Gesprächsteilnehmer geradezu fasziniert von dieser Idee.[1050] Sie konnte offenbar an tiefer liegende Befindlichkeiten vieler Mitglieder in der Sektion andocken, deren Zahl seit Mitte der 1960er Jahre durch mehrere Institutsneugründungen im Bereich der Rechtswissenschaft gerade verstärkt worden war und die sich aus Vertretern einer geisteswissenschaftlich verstandenen Rechtswissenschaft und der Kunst-/Geschichte zusammensetzte.[1051] Dass es in dieser Frage durchaus um die prinzipielle Geltung der Geisteswissenschaften in der modernen Wissenschaft ging, belegen die teilweise begeisterten Kommentare insbesondere zur Rolle der Philosophie, die man in Weizsäckers Plan – nach fast einem Jahrhundert zunehmender Bedeutungserosion –[1052] wieder in ihre Position »als Dach der Einzelwissenschaften« eingesetzt sehen konnte.[1053] Aber auch ein so anerkannter Naturwissenschaftler wie der Molekularbiologe Alfred Gierer würdigte im Erweiterten Verwaltungsrat die erwartbaren Ergebnisse praktischer und wissenschaftstheoretischer interdisziplinärer Zusammenarbeit, wenngleich ohne jegliche Einheitsemphase und wohl primär im Vertrauen auf die

---

1049 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 196.

1050 Entsprechende Beiträge kamen von Schneider, Coing und Ulmer, von Hans-Heinrich Jescheck (1915–2009), dem Leiter des MPI für ausländisches und internationales Strafrecht, vom Historiker Rudolf Vierhaus (1922–2011) und dem Wissenschaftlichen Mitglied des MPI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Günther Jaenicke (1914–2008). Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 6, 8, 10–12, 22, 33–35. Vgl. zu Jescheck und Jaenicke zum Beispiel Ulrich Sieber: Nachruf auf Hans-Heinrich Jescheck. *Neue Juristische Wochenschrift* 45 (2009), 3291und Rüdiger Wolfrum: Nachruf Prof. Dr. Günther Jaenicke. *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 68/1 (2008), 1–2.

1051 Die Direktoren am IfB konnten in die GwS erst bei der vollgültigen Integration des Instituts in die MPG aufgenommen werden. 1964 hatte die Arbeit am MPI für europäische Rechtsgeschichte begonnen, Ende 1965 waren die Gründungsbeschlüsse über das MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht sowie das MPI für ausländisches und internationales Strafrecht erfolgt. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 427, 438; vgl. zur Geschichte der rechtswissenschaftlichen Institute in der MPG mit weiterführenden Referenzen Kunstreich, Vorwort, 2020 und zur Deutung der Rechtswissenschaft als »hermeneutisch arbeitende Textwissenschaft«, ebd., IV.

1052 Vgl. dazu mit weiterführender Literatur zum Beispiel den Überblick von Jan Eckel: *Geist der Zeit. Deutsche Geisteswissenschaften seit 1870.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.

1053 Ulmer stellte fest: »Es handelt sich um ein Projekt von ausserordentlicher Bedeutung und Wichtigkeit. Die MPG hat das Glück, eine Persönlichkeit zu besitzen, die das dringende Projekt in Angriff nehmen kann. Herr Ulmer empfindet es als eine Ehre für die Geisteswissenschaftliche Sektion, dass das Institut in ihrem Rahmen errichtet werden soll; damit wird der alten Konzeption der Philosophie als Dach der Einzelwissenschaften Rechnung getragen«. Siehe zu den verschiedenen Stellungnahmen in dieser Hinsicht: Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 52.

Person und die Kompetenzen Weizsäckers.[1054] Damit wurden zwar in der MPG in der diesbezüglichen Diskussion keine allzu scharfen Trennlinien zwischen Natur- und Geisteswissenschaften gezogen (und die Differenz von Geistes- und Sozialwissenschaften wurde noch nicht einmal thematisiert). Dennoch waren unter wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive mit den Anträgen auf die Integration des Weizsäcker-Instituts ebenso wie mit der probeweisen Aufnahme des IfB in die MPG durchaus Ansätze gegeben, an dem von Hagner so bezeichneten »naturwissenschaftlich-technologischen Primat« zu rütteln, das noch in den 1950er Jahren vor allem auf dem Hintergrund des Kalten Kriegs international weitgehend unbestritten war.[1055] Demnach wären beide Debatten als Teil der laut Hagner auch in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren ausgetragenen Deutungskämpfe zwischen den von C. P. Snow konstatierten »Two Cultures« zu begreifen, die sich nicht im Sinne einer Hybridisierung, sondern als Abgrenzungskämpfe und Okkupationsversuche von beiden Seiten her ausgestalteten: »Aus zwei Kulturen sollte eine werden qua feindlicher Übernahme«.[1056] Auch wenn auf Snows 1959 im Original und 1969 auf Deutsch publizierte Denkschrift in den Diskussionen in der MPG kein Bezug genommen wurde[1057] und die meisten der Diskussionsbeiträge in Bezug auf das Verhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften eher zurückhaltend blieben, wird diese Lesart durch den in dieser Hinsicht überdeutlich formulierten Beitrag von Rudolf Vierhaus doch bestärkt. Vierhaus war seit 1967 Leiter der Neuzeit-Abteilung und Wissenschaftliches Mitglied des MPI für Geschichte und hatte auch innerhalb der MPG bereits einiges Renommee aufgebaut.[1058] Anlässlich der Diskussion um die sektionale Verortung[1059] des Weizsäcker-Instituts äußerte er »entschieden

---

1054 Auch Klaus Dohrn erwies sich dort der Idee der »Einheit« gegenüber aufgeschlossen. Protokoll der 78. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 9, 11–12.

1055 Michael Hagner: Ansichten der Wissenschaftsgeschichte. Eine Einführung. In: Michael Hagner (Hg.): *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte.* Frankfurt am Main: Fischer 2001, 7–41, hier 17.

1056 Hagner, Einführung, 2001, 15–19, Zitat 18.

1057 Die digitalisierten Niederschriften von Senat, Verwaltungsrat und GwS dieser Jahre wurden von der Autorin auf die Stichworte »Snow«, »cultures« und »Kulturen« hin durchsucht. Möglicherweise sind die ausbleibenden Referenzen aber auch darauf zurückzuführen, dass die eigentliche Stoßrichtung Snows gerade nicht auf eine Polarisierung wissenschaftlicher Ansätze und Gemeinschaften, sondern auf die Reform des englischen Bildungswesens gerichtet war. Snow machte dessen Inflexibilität, curriculare Einseitigkeit und elitäre wie geschlechtsbezogene Verengung dafür verantwortlich, dass es gegenüber der von ihm für dringlich gehaltenen Aufgabe des Umgangs mit einer wissenschaftsgetriebenen Gesellschaft (»coping with the scientific revolution«) zu versagen drohte. Wie Lisa Jardine unter Bezug auf weitere Text Snows argumentiert, sei es Snow um eine Breitenerziehung gegangen, die gleichermaßen naturwissenschaftlich wie traditionell literarisch ausgerichtet sein sollte, auch um die Verständigung zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu verbessern und über die derart gebildeten Absolvent*innen fundiertere politische Entscheidungen zu ermöglichen. Vgl. Charles Percy Snow: *The Two Cultures.* Cambridge: Cambridge University Press 1998, 33 und Lisa Jardine: C. P. Snow's Two Cultures Revisited. *Christ's College Magazine* 235 (2010), 49–57.

1058 1971 wurde Vierhaus zum Direktor am Göttinger MPI und damit – neben Josef Fleckenstein (1919–2004) – in die Doppelspitze des Instituts berufen. Siehe zu Vierhaus und zu seinem Wirken in der MPG Peter Schöttler: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext, 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft.* Berlin: GMPG-Preprint 2020, bes. Kapitel II, 18–24.

1059 Die sektionale Verortung war aufgrund der vorgesehenen Beteiligung der Physik, aber zum Beispiel auch der Biologie, der Agrarwissenschaft oder der ebenfalls angedachten Medizin durchaus strittig und galt den Gegnern als einer der Gründe für die mangelnde Passung zur MPG. Beispielsweise stellte Winnacker im Juli 1967 vor dem Verwaltungsrat fest, dass gerade die Diskussion unter den Wissenschaftlichen Mitgliedern um die Frage, »welcher Sektion das Institut angeschlossen werden soll« – ebenso wie die um den Institutsnamen – »die Problematik einer solchen Einrichtung« zeigten. Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker. Ergänzungen zu dem Antrag auf Gründung eines Max-Planck-Instituts

[... die] Meinung, dass die Unterbringung dieses Instituts im Bereich der Geisteswissenschaftlichen Sektion richtig ist«. Mit seiner Begründung reklamierte er dann aber selbstbewusst nicht nur ein deutlich erweitertes Aufgabenspektrum der Geisteswissenschaften in der MPG, sondern stellte deren bisheriges Verhältnis zu den Naturwissenschaften im Sinne einer jetzt geforderten annähernd notärztlichen Funktion geradezu auf den Kopf:

> Die von den modernen Naturwissenschaften geschaffene Situation muss von den Geisteswissenschaften bewältigt, die Stellung des Menschen in der Gesellschaft neu durchdacht werden. [...] Die Veränderung der modernen Welt und die Formierung der modernen Sozialstruktur, die so stark von den Wissenschaften bestimmt ist, überträgt der Wissenschaft die Funktion, die Dinge nicht mehr nur zu beobachten, sondern ihrerseits zu diskutieren und überhaupt wieder in den Griff zu bekommen.[1060]

Damit formulierte Vierhaus zwar einigermaßen kämpferisch, letztlich aber pointierte er nur eine der in Weizsäckers Antrag angelegten Stoßrichtungen.

Gegner: Eben diese Notion war nun auch anderweitig bemerkt und – diesmal mit großer Schärfe – zurückgewiesen worden, womit nun die Gegner des Instituts in den Blick zu nehmen sind. So warnte vor allem Winnacker sowohl im Erweiterten Verwaltungsrat als auch im Senat vor dem anvisierten interdisziplinären Ansatz und malte die Gefahr einer »Superwissenschaft« an die Wand, »die sich nicht auf eigene Beobachtungen stützt, sondern nur die Ergebnisse anderer verarbeitet«, dabei aber Urteilsrechte beanspruchte und »in Gedankenbereiche anderer Menschen« hineinreden würde.[1061] Unüberbietbar prägnant als dualistische Gefechtslage zwischen Geistes- und Naturwissenschaften reformuliert, sah er die

> Problematik einer solchen Einrichtung [... darin, dass sie] letzten Endes unter geisteswissenschaftlichen Aspekten und mit den Methoden der Geisteswissenschaften über die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik befinden soll.[1062]

Das von Winnacker gesehene Menetekel der Fremdbestimmung von Naturwissenschaften und Technik stieß allerdings weder im Erweiterten Verwaltungsrat noch später im Senat bei den

---

zur Untersuchung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt, Hamburg, 15. 2. 1968, [Materialien zur Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstands der MPG am 4. 3. 1968], AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 287–293 und Carl Friedrich von Weizsäcker. Memorandum über den Vorschlag zur Gründung eines Max-Planck-Instituts für interdisziplinäre Forschung über die Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt. Hamburg, den 28. 10. 1968. [Vorlage zur] Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 87 sowie Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 22–23 und Protokoll über die 58. Sitzung des Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 58.VP, fol. 73.

1060 Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 53–54.

1061 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 11.

1062 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 12.

dort vertretenen Naturwissenschaftlern auf größere Resonanz, von denen sich an den Diskussionen jenseits von Butenandt und Heisenberg immerhin so profilierte Forscher wie Gierer, Gentner oder der Biochemiker Hans Hermann Weber (1896–1974), der damals Vorsitzer der Biologisch-Medizinischen Sektion (BMS) war, zu Wort gemeldet hatten.[1063] Zu den schärfsten Gegnern des Weizsäcker-Instituts, die auch im Laufe des Verfahrens nicht umzustimmen waren, zählten vielmehr vor allem Winnacker, Vizepräsident Carl Wurster, der sich bereits im Kontext von Diskussionen um das IfB als dessen Opponent profiliert hatte, und der Völkerrechtler und Rechtsausleger Fritz Münch. Ihre Vorbehalte äußerten, wenngleich von ihren Beiträgen her deutlich weniger markant, zudem der Präsident der Deutschen Bundesbank Karl Blessing (1900–1971)[1064] und diesmal auch Hermann Reusch, der ehemalige Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen und eine der weiterhin einflussreichen Persönlichkeiten im Stifterverband.[1065] Das Übergewicht der Ablehnung durch die Finanz- und Wirtschaftsvertreter im Verwaltungsrat und im Erweiterten Verwaltungsrat der MPG schwächte sich jedoch in den Diskussionen im Senat merklich ab.[1066]

Besieht man sich allein die Argumente, die von Seiten Winnackers, Wursters und Münchs gegen Weizsäckers Vorschläge in Stellung gebracht wurden, so funktionierten diese primär über die Polarisierung von naturwissenschaftlichen und geistes- respektive sozialwissenschaftlichen Zugriffen, wobei die Entgegensetzung vor allem an dem jeweiligen Verhältnis zu einer dabei angerufenen traditionellen Identität der MPG festgemacht und sich wissenschaftstheo-

---

1063 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 12–13, 14–15 und Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 31. Zur Person Webers, der von 1954 bis 1966 Direktor am MPI für medizinische Forschung in Heidelberg war, siehe »Weber, Hans Hermann«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1980. http://www.munzinger.de/document/00000006001. Zuletzt aufgerufen am 1. 11. 2020 sowie Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 444.

1064 Blessing teilte Wursters Bedenken, dass das Institut »nicht in die Tradition der Max-Planck-Gesellschaft« passe, blieb aber ansonsten in den Diskussionen unauffällig. Protokoll der 76. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 102. Zur Person Blessings vgl. zum Beispiel »Blessing, Karl«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1971. http://www.munzinger.de/document/00000007697. Zuletzt aufgerufen am 27. 11. 2020 und Christopher Kopper: *Bankiers unterm Hakenkreuz.* München: dtv 2008, 184–205, Ergänzend zu Koppers übergreifender Darstellung der Bankengeschichte im »Dritten Reich« vgl. mit kritischerer Notion zum Beispiel die 2006 erschienene vierbändige Geschichte der Dresdner Bank, etwa Band 4: Klaus-Dietmar Henke: *Die Dresdner Bank 1933–1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft.* Bd. 4. München: Oldenbourg 2006.

1065 Beim Antragsverfahren zur Gründung des IfB stand Reusch noch auf der Seite der Befürworter.

1066 Im Senat sprachen sich neben Winnacker und Reusch auch der baden-württembergische Ingenieur und Papierfabrikant Klaus H. Scheufelen (1913–2008), der die Wirtschaftspolitik der CDU zwischen den 1950er und Anfang der 1970er Jahren mitgeprägt hatte, gegen das Institut aus. Hingegen votierten so einflussreiche Vertreter des Wirtschafts- und Finanzsektors wie der Vorstandsvorsitzende und Generaldirektor bei der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG Ernst Hellmut Vits (1903–1970) – der von 1954 bis 1970 Vizepräsident der DFG und von 1955 bis 1970 Vorsitzender des Stifterverbands war – Wolff von Amerongen sowie der Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank AG Hermann Josef Abs (1901–1994) für das Institut. Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 80, 81, 83. Zu den Personen Scheufelen, Vits und Abs vgl. zum Beispiel Peter Crämer: Klaus Heinrich Scheufelen. *Konrad Adenauer.* https://www.konrad-adenauer.de/personen/seite/klaus-heinrich-scheufelen/. Zuletzt aufgerufen am 27. 11. 2020; Theodor Langenbruch: »Ernst Hellmut Vits«. In: *Wuppertaler Biographien. 9. Folge.* Wuppertal: Born 1970, 90–118; Schulze, *Stifterverband*, 1995, bes. 139–141 sowie Lothar Gall: *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie.* München: C. H. Beck 2004 und Kopper, *Bankiers*, 2008, 163–182, 249–265.

retischer Anleihen nur oberflächlich bedient wurde. Zugleich zogen diese Kritiker die Wissenschaftlichkeit der interdisziplinären Forschungsansätze – und letztlich die der Sozial- und Geisteswissenschaften generell – in Zweifel und stellten dies tendenziell unter ›Ideologie‹-Verdacht. Zum Beispiel kritisierte Münch – wie einige andere auch – die vorgeblich mangelnde Definition und die unklaren Voraussetzungen des Weizsäcker-Projekts. Er spitzte dies allerdings in der Vermutung zu, dass die gelisteten Probleme »möglicherweise gar nicht wissenschaftlich zu lösen« seien, da sie »in den Bereich der Menschenführung und des Charakters« gehörten. Bei den zu bearbeitenden Fragestellungen ginge es eher »um ein allgemein menschliches Problem, mit dem sich Theologen und Historiker befassen können«[1067] – womit er zumindest der Theologie und der Geschichtsschreibung ihre Wissenschaftlichkeit im Nebensatz absprach.

Dass die Vorstellung von ›echter‹ Wissenschaft sich über eine spezifische Positivfolie der (erkenntnistheoretisch weitgehend unhinterfragten) Naturwissenschaften konstituierte, demonstriert dann deutlich Winnackers Beitrag im Erweiterten Verwaltungsrat im Sommer 1968. Er insistierte darauf, dass die MPG »in ihren Grundprinzipien immer ein Zusammenschluß der exakten Wissenschaften gewesen« sei und unterstellte den nicht-exakten Wissenschaften »Subjektivismus«, »wissenschaftliche[...] Fassade« und Anfälligkeit für ›Ideologie‹. Wie es im Protokoll hieß: »Er fürchte, daß in dem Institut eine »Lehre« begründet werde«. Zugleich argumentierte er konservativ-identitätspolitisch, wenn er eindringlich davor warnte, dass die MPG durch die Integration der Bildungsforschung und des Weizsäcker-Instituts ihre Einheit und ihr tradiertes Selbstverständnis zu verlieren drohte.[1068] Aus Winnackers Stellungnahme, in der er das IfB und das geplante Institut Weizsäckers umstandslos miteinander identifizierte, sei etwas ausführlicher zitiert. Die Offenheit der Rede hebt sich dabei von der üblichen Diktion der Protokolle merklich ab, da er seine Bedenken in einem mehrseitigen Vermerk separat zu Protokoll gegebenen hatte und Butenandt, der die Niederschriften letztlich autorisierte, dies im Nachhinein daher nicht glätten konnte. »Hin und wieder«, so ergänzte Winnacker vor dem Erweiterten Verwaltungsrat im Sommer 1968 seinen Hinweis auf die Tradition der »exakten Wissenschaften« in der MPG

> haben sich in der letzten Zeit Schwierigkeiten ergeben, wenn man eine Einrichtung gründete, wie etwa das Institut für Bildungsforschung in Berlin. Die diskutierte Neugründung [– das geplante Institut unter Weizsäckers Leitung –] könnte zu dem gefährlichen Zustand führen, daß unsere Max-Planck-Gesellschaft allmählich zerfällt in Disziplinen, die mehr philosophischen, soziologischen und naturphilosophischen Charakter haben und solche der exakten Naturwissenschaften. Sie würde dann den Namen eines der größten Physiker aller Zeiten, der die moderne Physik mit revolutionären Ideen mitbegründete, dabei aber niemals den Boden der exakten Naturwissenschaften verließ, nicht mehr zu Recht tragen können. [...] Wir sollten aber nicht innerhalb der Max-Planck-Gesellschaft etwas schaffen,

1067 Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 58.

1068 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 10–12, Zitat fol. 12.

> was bei aller wissenschaftlichen Fassade doch dem Subjektivismus und dem Zeitgeist unterworfen ist und in dem ehrwürdigen Rahmen dieser Institution für die Öffentlichkeit etwas darstellen würde, was es seinem Wesen nach niemals sein kann.1069

Bei der Zuspitzung auf zwei divergierende Wissenschaftsverständnisse ging es bei Winnacker allerdings, wie angedeutet, nicht nur und wohl auch nicht primär um wissenschaftliche Kriterien, sondern um wirtschaftliche Interessen, insofern er mit seinen Einwürfen nicht nur die Hoheit über die Zielbestimmung naturwissenschaftlicher, sondern vor allem über die der wirtschaftlichen Entwicklungen wahren wollte. So bemängelte er im Erweiterten Verwaltungsrat im Juli 1968 nicht allein die erwähnte Entstehung einer »Superwissenschaft« mit Auswirkungen auf das Binnenverhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften in der MPG. Mit erstaunlicher Offenheit warnte der Hoechst-Manager expressis verbis zugleich vor dem damit verbundenen »Einfluß auf staatliche und industrielle Entscheidungen«, der zudem mit dem Risiko von »Informationsirrtümern oder personeller Fehlbesetzung« behaftet sei.[1070] Auch hätten große Industrieunternehmen selbst Prognose-Abteilungen, deren Tätigkeit »in sehr viel stärkerem Maße [erfolgte], als allgemein bekannt« sei.[1071] Die eigentliche Krux bestand seines Erachtens darin, dass das geplante Institut in der MPG verortet sein sollte und auf diese Weise mit deren internationaler Reputation und öffentlichem Ansehen verbunden wäre und mithin unmittelbar von deren Geltungskapital profitieren könnte:

> Das hohe internationale Ansehen der Max-Planck-Gesellschaft wird jeder Aussage ein Gewicht geben, das vielleicht gar nicht gewollt ist. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist das, was aus den Instituten dieser Gesellschaft hervorgeht, verläßliche exakte Wissenschaft. Die Veröffentlichungen des zur Diskussion stehenden Instituts würden deshalb ein Vertrauen und eine Autorität besitzen, die ihr prognostischer Charakter vielleicht nicht immer rechtfertigt.[1072]

Dass die »Autorität« etwaiger Gutachten durch die Leitung Weizsäckers noch erheblich gesteigert würde, erhöhte nach Winnackers Ansicht also die Einflussmöglichkeiten des geplanten Instituts auf wirtschaftliche Entscheidungen noch einmal deutlich.[1073] Konkret brachte er den hypothetischen Fall eines von dem Institut zu erstellenden Gutachten »über die Möglichkeiten der Computer-Forschung und Computer-Produktion« ins Gespräch. Für derlei Fragen rekla-

---

1069 Winnackers Ausführungen wurden in die Niederschrift integriert. Vgl. Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 10–12, Zitat fol. 12.

1070 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 11.

1071 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 12, 18.

1072 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, S. 11–12.

1073 Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 78.VP, fol. 17–18.

mierte Winnacker dann die Verantwortung für die Zielformulierung allein für die Industrie und wies den etwaigen Anspruch eines MPI strikt zurück, »über die Zukunft eines ganzen Industriezweiges ein Urteil abzugeben«.[1074] Auf die genaueste Trennung der Handlungsfelder, die durch das einheitswissenschaftlich angelegte Institut in Frage gestellt war, hatte im Übrigen auch der zweite profilierte Institutsgegner, Carl Wurster, schon Anfang März 1968 in dem obersten Leitungsgremium der MPG gepocht. Auch dieser hatte seine Bedenken in einer separaten Anlage zur Niederschrift der Verwaltungsratssitzung beigefügt, was die Vehemenz des Protests unterstreicht und gegenüber Butenandt zumindest mit Blick auf die Protokollfeststellung nicht gerade einen Vertrauensbeweis darstellte.[1075] In der dreiseitigen Begründung seiner strikten Ablehnung der Institutsgründung setzte Wurster unter anderem einer einheitlich, reflexiv und gesamtgesellschaftlich orientierten Wissenschaft tendenziell die Vorstellung getrennt agierender Systeme entgegen und betonte, dass seines Erachtens »wissenschaftliche[...] Akribie« und »theoretische[...] Betrachtungen« auf zukünftige Entwicklungen weder im militärischen noch im politischen Bereich Einfluss nehmen und Effekte erzielen könnten oder sollten.[1076] Konrad Zweigert wiederum brachte derlei »Befürchtung[en]« im November 1968 im Senat der MPG ganz unverblümt auf den Punkt, wenn er sie dahingehend zusammenfasste, »die Industrie verliere ihre Planungsfreiheit«.[1077]

Schließlich waren offenbar auch persönliche und sektoriell gruppenspezifische Befindlichkeiten im Spiel, wenn sich in den Diskussionen um die Gründung des Weizsäcker-Instituts Vertreter der Wirtschafts- und Wissenschaftseliten im Senat und im Verwaltungsrat der MPG begegneten. Das deutet zumindest eine weitere Stellungnahme Wursters an. Hatte er seine Kritik an der wissenschaftlichen Ausrichtung des geplanten Instituts zwar eindeutig, aber vom Ton her gemäßigt formuliert, so reagierte der machtvolle Wirtschaftskapitän geradezu allergisch auf die MPG-Mitgliedschaft »redselige[r] Pseudowissenschaftler gewisser Kategorien und Altersgruppen ohne vorherigen Nachweis eigener Leistung«. Da Wurster keine Namen nannte, bleibt offen, wen er dabei im Sinn hatte, ob er sich etwa auf Hellmut Becker und die von diesem zwischenzeitlich ans Berliner Institut geholten jungen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen aus dem Umfeld der Studierendenbewegung oder allgemein auf zunehmend öffentlich geäußerte

---

1074 Winnacker drückte das etwas verklausulierter in der Frage aus, »ob ein Max-Planck-Institut jemals den Mut aufbringen könnte, über die Zukunft eines ganzen Industriezweiges ein Urteil abzugeben«. Protokoll der 78. Sitzung des Erweiterten Verwaltungsrates vom 15. 7. 1968 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 117.

1075 Wurster leitete seine Stellungnahme mit dem Hinweis auf die Achtung vor der Person Weizsäckers ein, zeigte sich allerdings zurückhaltend in Bezug auf die geplante Themenpalette: »Er wolle noch einmal bestätigen, daß sich seine Stellungnahme weder gegen die Person von v. Weizsäcker noch gegen alle vorgesehenen Arbeitsthemen richte«. Vgl. [Carl Wurster.] Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 117.

1076 Vgl. [Carl Wurster.] Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 118. Unter anderem bestritt Wurster bereits Weizsäckers Behauptung, dass er »Einfluß auf die Gesetzgebung für den zivilen Bevölkerungsschutz in der BRD« genommen habe. Ebd.

1077 »Die Befürchtung Herrn Winnackers, die Industrie verliere ihre Planungsfreiheit, treffe nur zum Teil zu; es werde trotz der Fortentwicklung der Planungswissenschaften ein Entscheidungsraum erhalten blieben. – Die Universitäten würden erst nach einer gründlichen Reform zu der in den Denkschriften angeregten interdisziplinären Arbeit in der Lage sein«. Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 35.

wirtschaftskritische Positionen in den Sozialwissenschaften bezog. Jedenfalls fühlte sich der Vizepräsident der MPG offenbar nicht nur in seinem Berufsstand als Wirtschaftsmanager, sondern womöglich auch persönlich angegriffen, da er ergänzte, dass er sich

> gegen Arroganz in diesem Feld ebenso wehren [müsse] wie gegen das Herunterschauen einer Gruppe, die glaube, den homo sapiens für sich allein in Anspruch nehmen zu dürfen, auf den homo faber, der in der jüngsten Gegenwart nur noch als ›Fachidiot‹ eingestuft würde.[1078]

Sofern man die Positionen Wursters oder Blessings im höchsten Leitungsgremium der MPG oder die von Winnacker im Erweiterten Verwaltungsrat als wenigstens einigermaßen repräsentativ für einen Teil der westdeutschen Wirtschafts- und Finanzeliten nehmen kann – Forschungen zur Regulierung des Zugangs zur MPG von Seiten der Industrie und des Finanzsektors stehen noch aus –[1079], so ging es bei der Auseinandersetzung um das in der MPG geplante Institut Weizsäckers zugleich um die Behauptung der Position wirtschaftlicher Eliten in Westdeutschland. Zudem wurde an diesem Fall offenbar eine spezifische, bis dahin in der MPG institutionalisierte Form der Allianz von Wirtschaft und Wissenschaft thematisch. Dass dabei von Seiten der Wirtschaft auch eine spezifische Form der Wissenschaft erwartet wurde, wird noch deutlicher, wenn Wurster an anderer Stelle der Diskussion sein Vertrauen in die »nachweisbaren, experimentell erarbeiteten Leistungen in Naturwissenschaften, Ingenieurwesen, Medizin, Biologie und dergl.« bekundete.[1080] Damit wurde eine Trennung von Natur- und Geistes- respektive Sozialwissenschaften in der MPG gegen Ende der 1960er Jahre am deutlichsten durch zwei Wirtschaftsvertreter formuliert und letztlich entlang der Präferenzen ökonomischer Interessen angeordnet.

Erfolgsfaktoren der Gründung: Insgesamt betrachtet, war das Antragsverfahren zur Gründung des Starnberger Instituts durch grundlegende Nachfragen, Einwände und erhebliche Bedenken gekennzeichnet. Diese reichten insbesondere bei zwei einflussreichen Wirtschaftsvertretern im Verwaltungsrat beziehungsweise im Erweiterten Verwaltungsrat – auch im wohlverstandenen Eigeninteresse – bis zur strikten Ablehnung und zeigten in den Leitungsgremien der MPG eine gewisse Konsens-Erosion an. Dass diese Widerstände und Bedenken letztlich nicht zum Tragen kamen, sondern die Gründungsentscheidung, wie eingangs erwähnt, sogar vergleichsweise rasch erfolgte, ist sicher den Argumenten und der Anzahl der Befürworter sowie dem damaligen ›Zeitgeist‹ zuzurechnen. Unabdingbar dürften zudem neben Weizäckers unantastbarem wissenschaftlichen Renommee die von ihm zugestandenen handfesten Kompromisse

---

1078 [Carl Wurster.] Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 118.

1079 Vgl. dazu die weiter oben in dieser Arbeit angestellten Überlegungen und zum Beispiel den, allerdings lange zurückliegenden, Beitrag von Jentsch, Kopka und Wülfing, *Ideologie*, 1972.

1080 [Carl Wurster.] Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsrats und des Vorstandes vom 4. 3. 1968 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 76.VP, fol. 118.

gewesen sein. Wie erwähnt, verzichtete er nicht nur auf die ostentative Ausrichtung auf Politikberatung und rückte etwa das militärstrategische Thema in den Hintergrund. Vor allem hatte er die anfänglich vorgesehene Größe der Forschungseinrichtung im Laufe des Verfahrens stark nach unten justiert, so dass sie nun als kleines Institut mit relativ niedrigen Kosten galt,[1081] für das angenommen werden konnte, dass von ihm zumindest in der Anfangsphase eine nur begrenzte Wirkungskraft ausgehen würde. Der positive Ausgang des Verfahrens ist aber wohl zu einem großen Teil ebenso in den sogenannten weichen Faktoren begründet gewesen. Das gilt zum Beispiel für die Bedeutung der durchgängig demonstrierten Unterstützung und Willensbekundung des Präsidenten für das Institut. Obwohl das hier nur angedeutet werden kann, dürfte dabei neben der Persönlichkeit und dem außerordentlichen Erfolg Butenandts als Präsident der MPG auch die in der MPG kulturell übliche Achtung vor dem Amt und die Loyalität gegenüber dem einmal gewählten Amtsinhaber eine Rolle gespielt haben. Hinzu kam auf gleicher Ebene im Fall des prospektiven Institutsleiters Weizsäcker die Aureole einer möglichen künftigen Präsidentschaft, welche die Gegner gegebenenfalls vorsichtiger und Befürworter offener argumentieren ließ; wobei vermutlich auch galt, dass man einem künftigen Präsidenten der MPG ›sein‹ Institut kaum verwehren konnte. Ein weiteres Beispiel für die Bedeutung sogenannter weicher Faktoren ist der Umgang mit der Frage der Laufzeit des geplanten Instituts. Hier genügte es den Kritikern, dass Weizsäcker angesichts des geschilderten nicht zu überwindenden Misstrauens gegenüber dem Vorhaben Andeutungen über sein Verhalten zum Zeitpunkt seiner Emeritierung machte,[1082] um als sicher zu nehmen, dass er sich einer etwaigen Schließung des Instituts nicht widersetzen würde. In den formellen Gründungsbeschluss wurde diese eigentlich zentrale Maßgabe nicht aufgenommen.[1083] Die informelle Bindekraft des einmal angedeuteten Wortes reichte dann wiederum später aus, dass Weizsäcker gegenüber dem Beschluss zur Schließung seiner Abteilung nicht öffentlich intervenierte.[1084] Um hier kurz auf die historiographische Ebene zu wechseln: Mit diesen Anmerkungen ist immerhin angedeutet, wie fruchtbar eine differenztheoretisch angelegte geschlechter-, emotions- und kulturgeschichtliche Sicht auf die Geschichte der MPG für das Verständnis ihrer Funktions- und Entwicklungslogik wäre, die also etwa die Bedeutung und den Wandel von Loyalitäts-, Amts- oder Ehrvorstellungen für die korporative Identität, das innere kommunikative Gefüge und für den Zusammenhalt der MPG untersuchte.

1081 Das Institut sollte in der Anfangsphase nur etwa zehn bis 15 Mitarbeiter*innen haben. Auf die begrenzte Größe und die begrenzten Kosten wurde in den jeweils ausschlaggebenden Sitzungen von Senat und GwS mehrfach hingewiesen. Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 31–32, 35 sowie Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, bes. fol. 29–30. Dazu auch Leendertz, *Experiment*, 2015, 249.

1082 Vgl. zum Beispiel Weizsäckers Bemerkung vor der GwS: »Seine eigene Entscheidung, die Verantwortung für das Institut zu übernehmen, wird durch die Bereitschaft de MPG, das Institut notfalls wieder aufzulösen, erleichtert. [...] Er selbst wird die Fortführung nur empfehlen, wenn er zu dem Eindruck kommt, es lasse sich etwas Neues entwickeln«. Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 18–19.

1083 Vgl. zu diesem informellen Versprechen Leendertz, *Wende*, 2010, 22.

1084 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, bes. 34.

In summa fielen die Abstimmungsergebnisse im Senat und Anfang 1969 in der GwS sowohl zugunsten der Institutsgründung und als auch für den kommenden Institutsleiter eindeutig aus.[1085] Zugleich waren mit den Debatten um die Gründung der zweiten sozialwissenschaftlich orientierten interdisziplinären Einrichtung in der MPG, dem Schwesterinstituts des IfB, Frontlinien geschaffen und Argumentations- sowie Wahrnehmungsmuster weiter ausgeprägt worden, die den Hintergrund für die nun anstehenden Verhandlungen um die volle Aufnahme des IfB in die MPG darstellten.

1085 Der Senat votierte im November 1968 vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Sektion mit 17 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung für die Gründung des Instituts unter Leitung von Weizsäcker. Die GwS befürwortete das Gründungsvotum mit 12 Ja-Stimmen zu einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen, die Frage der Leitung durch Weizsäcker aber mit der vollen Zahl von 15 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen. Im Übrigen befand sie, dass das Institut der GwS angehören sollte (13 Ja-Stimmen zu zwei Enthaltungen). Vgl. Protokoll der 61. Sitzung des Senates vom 30. 11. 1968 in Dortmund, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 61.SP, fol. 37 und Protokoll der Sitzung der GwS vom 11. 2. 1969, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1424, fol. 41.

4. Transformation der Bildungsforschung bis zur Emeritierung Beckers, 1969/70–1981: Backlash oder Steigerung der Professionalität?

4.1 Verstärkung interner Widerstände und ein blinder Fleck: Die Auseinandersetzungen in den Organen der MPG um die volle Integration des Instituts, 1970–1973

Trotz wachsender Kritik am IfB und einer zunehmend gereizten Stimmung in der MPG angesichts der »Studentenunruhen« und der Gründung eines strukturähnlichen Schwesterninstituts in Starnberg konnten der Präsident, der Generalsekretär und der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats dem IfB im Verwaltungsrat bis März 1970 den Rücken freihalten. Sie zögerten den Beginn des Verfahrens zur Entscheidung über die volle Aufnahme des Instituts in die MPG bis zu einem aus ihrer Sicht geeigneten Zeitpunkt hinaus und verhinderten damit, dass sich das West-Berliner Institut vorzeitig einer Prüfung seiner Arbeit stellen musste. Den Umschwung brachten vermutlich die Verbesserung der Publikationsbilanz und die öffentliche Sichtbarkeit der Produktivität des IfB, die beide zu einem Gutteil aus dessen Kooperation mit dem Deutschen Bildungsrat resultierten. Darüber hinaus drohte aber auch das Momentum ungenutzt vorbeizugehen, das sich aus der noch behaupteten Monopolstellung der Einrichtung im Bereich der Bildungsforschung ergab. Als das Verfahren endlich eingeleitet wurde, musste aus Sicht der Institutsbefürworter zuerst der Aufnahmebeschluss für das IfB, dann die Berufung Beckers und der Abteilungsleiter zu Wissenschaftlichen Mitgliedern erreicht werden. Zu fragen ist, mit welchen Argumenten, Widerständen und Lösungsansätzen man es dabei jeweils zu tun hatte und was die Auseinandersetzungen über die Integration des Instituts in den Organen der MPG strukturell kennzeichnete.

4.1.1 Bildungsforschung als Grundlagenforschung? – Start des Prüfverfahrens zur Aufnahme des IfB in die MPG, die Gutachten und Schelskys unerhörter Hinweis auf eine wissenschaftstheoretische Leerstelle, Frühjahr bis Sommer 1970

Start – Verwaltungsratssitzung am 2. 3. 1970: Auf der Sitzung des Verwaltungsrats der MPG Anfang März 1970 ergriff Butenandt die Initiative und nach einiger Debatte beschloss das Gremium, das Verfahren zur Prüfung der Aufnahme des West-Berliner Instituts in die MPG einzuleiten. Die Geisteswissenschaftliche Sektion wurde gebeten, in dieser Sache bis zur Sitzung des Senats im November 1970 ihre Empfehlung abzugeben, also zügig vorzugehen.[1086] Im anschließenden Schreiben an den Vorsitzenden der GwS, Wolfgang Lotz, spitzte der Präsident den anstehenden Diskussionsprozess auf die Frage zu, »ob die Zusammenführung der verschiedenen Wissenszweige in diesem Institut sich als ein Vorhaben der Grundlagenforschung bewährt hat«. Was diesen Forschungstyp bestimmen sollte, blieb in Butenandts Brief offen. Lediglich

1086 Vgl. Protokoll der 85. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 2. 3. 1970 in Köln, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 85.VP, fol. 9.

andeutungsweise wurde im Hinweis auf den Gründungsprozess ergänzt, dass die »Organisationsform eines betreuten Instituts« primär deswegen gewählt worden sei, um dem Verdacht entgegenzutreten, dass »im Gewande der Wissenschaft Bildungspolitik selbst betrieben werde«.[1087] Zeitgleich äußerte der Präsident gegenüber Becker die Hoffnung, »mit diesem Verfahren wieder ein Stückchen schwieriger Geschichte unserer Gesellschaft abschließen zu können«, was im Umkehrschluss nahelegt, dass er mit nicht geringem Widerstand rechnete.[1088]

Sitzung der GwS am 10. 6. 1970 – Merkmale des Verfahrens in nuce: Als die GwS sich am 10. Juni 1970 mit der Bitte des Verwaltungsrats befasste, konkretisierten sich die Befürchtungen Butenandts früher als geahnt: Die Diskussion hakte sich bereits an der Frage fest, ob es überhaupt der Zeitpunkt sei, eine Beschlussfassung einzuleiten.[1089] Damit stand die rasche Herbeiführung einer Sektionsempfehlung zur Disposition. Wie erwähnt, war diese für die Befürworter des IfB dringlich, weil sich die vergleichsweise einzigartige Situation des Instituts in der Bundesrepublik angesichts der substantiellen öffentlichen Förderung von weiteren Einrichtungen und Ansätzen der Bildungsforschung bereits erheblich abgeschliffen hatte. Hinzu kam verschärfend, dass sich dessen Lage aufgrund des rapide bröckelnden bildungspolitischen Konsens' in Bund und Ländern sowie zunehmender Skepsis gegenüber der Leistungsmöglichkeit wissenschaftsbasierter politischer Steuerung fast täglich erschwerte – gegenläufig zu dem nach wie vor kraftvollen Schub von Bildungsexpansion und Reformstimmung. Da zudem der zeitnahe Abschluss der empirischen Großprojekte des Instituts nicht zu erwarten stand, würde sich auch in dieser Hinsicht eine Verzögerung nicht positiv auswirken.

Entlang der Auseinandersetzung um den richtigen Zeitpunkt der Sektionsstellungnahme zeichneten sich nun bereits in der Sitzung der GwS im Sommer 1970 die zentralen Pro- und Contra-Argumente sowie strukturelle Spezifika der Diskussion ab, die das Verfahren bis zu dessen Abschluss im November 1970 prägen sollten. Die Konstellation der Diskutanten in der Sektion war dabei derjenigen ähnlich, die schon die Erörterung um die Gründung des Starnberger Instituts bestimmt hatte: Dem dezidierten Gegner des Unternehmens, Münch, und den Skeptikern Jaenicke, Jescheck und Mosler standen die Befürworter Weizsäcker, Heimpel, Vizepräsident Zweigert und Schneider gegenüber, wobei Vierhaus und Lotz eher eine vermittelnde, aber tendenziell positiv geneigte Position einnahmen. Von ihren Argumenten her bezweifelten die Kritiker des Instituts zum einen, dass die Institutsarbeit mit ihrer Nähe zu Politik und Praxis der Grundlagenforschung zuzurechnen sei, zum anderen die wissenschaftliche Produktivität

1087 Kopie des Schreibens von Adolf Butenandt an Wolfgang Lotz vom 20. 4. 1970 an Hellmut Becker, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 104.

1088 Butenandt übersandte Becker eine Kopie seines Briefes an Lotz und beschloss mit dem zitierten Satz ein beigefügtes kurzes Schreiben an Becker. Adolf Butenandt an Hellmut Becker, 20. 4. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 107.

1089 Die Frage der Verschiebung wurde durch Vierhaus gleich zu Anfang der Sitzung ins Gespräch gebracht (er fragte nach den Gründen für die sofortige Umwandlung des Instituts in ein ›echtes‹ MPI), vor allem von Jaenicke und Jescheck aufgegriffen und stand letztlich im Zentrum der Diskussion. Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 9–10.

der Einrichtung,[1090] wobei vorrangig auf die immer noch ausstehenden Ergebnisse der Großprojekte verwiesen wurde.[1091] Die Fürsprecher betonten dagegen, dass das Institut aufgrund der »große[n] Zahl staatlicher Aufträge [...] zu dem von ihm eigentlich angestrebten Forschungsvorhaben« noch »nicht in ausreichendem Umfang« gekommen sei.[1092] Allerdings war dieses Argument offenkundig zweischneidig, insofern damit nicht nur implizit Versäumnisse im Bereich der Forschungsagenda eingeräumt wurden, sondern auch die bisherige Priorität des Anwendungs- und Politikbezugs der Forschungen am IfB. Ebenso widersprüchlich zu der behaupteten Vorrangigkeit der Grundlagenforschung verhielt sich der zweite, vielfach ähnlich gegebene Hinweis der Institutsbefürworter auf die »unentbehrlich[en]« Arbeiten des IfB für die Tätigkeit des Bildungsrats beziehungsweise »für die Gutachten der Bildungskommission«.[1093] Ohne auf diesen Widerspruch einzugehen, wurde diesen greifbaren Ergebnissen der Institutsarbeit während des gesamten Verfahrens eine Schlüsselrolle für den Nachweis der Ergiebigkeit und Wirksamkeit der Institutsforschung zugesprochen. Die in der GwS gegebenen Antworten auf die ausschlaggebende Frage nach der besten institutionellen Anbindung des IfB schließlich waren mit der Bewertung der Institutsarbeit untrennbar verknüpft und lassen sich zwischen zwei Polen verorten. Das eine Ende markierte der Beitrag von Münch, in dem er forderte, das Institut angesichts der Politik- und Praxisnähe »besser einer zentralen Stelle wie beispielsweise dem Bildungsrat« anzugliedern. Am anderen Ende stand der Hinweis auf die für echte Grundlagenforschung unabdingbare »Unabhängigkeit« der Einrichtung, die allein in der MPG garantiert sei.[1094]

Erkennbar werden an dieser Diskussion zwei strukturelle Spezifika. So waren die Positionen im Hinblick auf das Verständnis von Grundlagenforschung und auf die Bewertung der Nähe des IfB zur Politik zwar in sich widersprüchlich. Keiner dieser Widersprüche wurde jedoch thematisiert und wissenschaftstheoretische Auseinandersetzungen wurden gemieden. Außerdem war der Informationsstand über die Forschung der Berliner Einrichtung in der Sektion offenbar gering und es bestand in Bezug auf die Art der Arbeit des Instituts und die angemessenen Beurteilungskriterien eher Unsicherheit denn Klarheit. Beide Aspekte sind vor der weiteren Rekonstruktion des Gremiengangs etwas näher zu beleuchten.

Zum Ersten ist im Hinblick auf die erwähnte Unsicherheit zu vermuten, dass diese dadurch befördert wurde, dass konkretere Hinweise auf die Idee einer »Einheit der Wissenschaften«

1090 Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 9, 10, 11.

1091 Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 10.

1092 In diesem Fall geäußert von Schneider: Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 11.

1093 Die zitierte Einschätzung Heimpels spiegelt sich beispielsweise in der Schneiders, der darauf hinwies, dass man die Bedeutung der Institutsarbeit für den BR »kaum hoch genug [...] veranschlagen« könne. Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 10, 11.

1094 Letztere Position wurde von Schneider vertreten: Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 10.

oder eines ähnlichen überformenden Programms der Bildungsforschung erneut ausblieben, während die explizit gemachte entsprechende Leitvorstellung im Fall der interdisziplinären Starnberger Unternehmung eine theoretische Rahmung versprochen und damit zumindest eine grobe Orientierung über den zu erwartenden Kurs des Instituts geboten hatte. In der Diskussion um das IfB wagte in der Sektion bezeichnenderweise alleine Zweigert, der das Bildungsforschungsinstitut als Beiratsvorsitzender seit langem aus eigener Anschauung kannte, eine direkte Beurteilung der Institutsforschung, wenn er – immer noch sehr pauschal – darauf hinwies, dass sich dort »die Zusammenarbeit zwischen Bildungssoziologie und Rechtswissenschaft bewährt« hätte.[1095] In Moslers Kommentar wiederum spiegelte sich exemplarisch ein Aspekt der Unsicherheit über den Typus der Bildungsforschung, wenn er in Bezug auf das IfB nicht von einem sozial-, sondern von einem »*geisteswissenschaftlichen* ›Großforschungsinstitut[...]‹« sprach.[1096] Dass sich in der GwS im Juni 1970 letztlich die Advokaten eines raschen Vorgehens durchsetzen konnten, hatte jedoch vermutlich gerade mit diesen Unsicherheiten zu tun. Zwar spielte gegebenenfalls auch der sanfte Druck des Generalsekretärs eine Rolle, der einmal mehr an die Autorität des Verwaltungsrats und damit letztlich an die des Präsidenten erinnerte.[1097] Überzeugungskraft mochte zudem die Frage Weizsäckers entfaltet haben, ob es nicht Usus der MPG sei, Instituten den Status betreuter Einrichtungen »nur für begrenzte Dauer« zu verleihen, »um so auf die Dauer eine Unsicherheit der Mitarbeiter über ihre Zukunft zu vermeiden«.[1098] Immerhin waren am IfB zu dieser Zeit bereits 152 Planstellen eingerichtet, davon 60 im wissenschaftlichen Bereich[1099]. Primär aber wurde die Entscheidung gegen eine zeitliche Verschiebung durch den Vorschlag von Schneider und Vierhaus zur Einsetzung einer Sektionskommission ermöglicht, die sich über eine Institutsbegehung einen Eindruck aus erster Hand verschaffen und »Experten« anhören sollte.[1100] Damit war ein für die MPG üblicher Verfahrensweg eröffnet, vor allem aber bot die Expertenbefassung eine Lösung für das Problem der Meinungsbildung angesichts unklarer Beurteilungskriterien. Dieses hatte zwar schon die Diskussionen um die Gründung des Berliner und des Starnberger Instituts geprägt, aber erst jetzt wurde es als Überforderung benannt. So hieß es in der späteren, den Prozess abschließenden fünfseitigen »Stellungnahme« der Sektion vom November 1970, dass die Urteilsfindung »ausserordentlich schwierig« gewesen sei. Hingewiesen wurde zur Begründung auf die fast gänzlich fehlende fachliche Repräsentation der am Institut vertretenen Fachrichtungen in der

---

1095 Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 10.

1096 Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 11; Hervorhebung Behm.

1097 »Die Initiative zu dem Beschluß des Verwaltungsrats, auf dem diese Beratung der Sektion beruht, ist [...] nicht vom Institut für Bildungsforschung ausgegangen«. Der »Verwaltungsrat halte die Einsetzung einer Sektionskommission zur Anhörung von Experten für das angemessene weitere Verfahren«. Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 10, 11.

1098 Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 9.

1099 Becker erläuterte auf der November-Sitzung des Beirats 1969 den Haushaltsplan für das Jahr und gab zugleich das Verhandlungsergebnis mit der Generalverwaltung über den Personalansatz für 1970 bekannt, der die Größe von 152 Planstellen auswies. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft am 3. 11. 1969 in Berlin [...], S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

1100 Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 11.

GwS und auf die nur schwer einschätzbaren Entwicklungen in zwei der wichtigeren Referenzdisziplinen. So sei die Pädagogik in der Bundesrepublik in methodologischer Hinsicht »in starker Umwandlung« begriffen, während in der Soziologie »bekanntlich sehr verschiedene wissenschaftliche Grundauffassungen und Methoden vertreten« würden.[1101] Weniger zurückhaltend formuliert, bedeutete dies, dass die Sektionsmitglieder jenseits der Juristen in Bezug auf die am IfB betriebene Forschung disziplinär fachfremd waren, dass daher auch die Programmatik des interdisziplinären Ansatzes nicht wirklich zur Debatte gestellt werden konnte und dass die Anforderung, um die aktuellen Entwicklungen der vielen am Institut vertretenen Einzeldisziplinen wissen zu sollen, die Urteilsfindung noch zusätzlich erschwerte. Denn was in den zitierten Bemerkungen aus der »Stellungnahme« nur zart angedeutet war: die wissenschaftliche Pädagogik musste für Außenstehende damals ein extrem unübersichtliches Bild abgegeben haben. Eine sozialwissenschaftliche Orientierung hatte sich erst seit Anfang der 1960er Jahre neben den dominanten geisteswissenschaftlichen Ansätzen und nur gegen Widerstände zu etablieren begonnen. Um 1970 befand sich das gesamte Feld auch aufgrund der Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten und der Verbindung mit diversen politischen Reformanliegen in Bewegung und als universitäre Disziplin bildete sich das Fach, für das sich allmählich die Bezeichnung als »Erziehungswissenschaft« einbürgerte, damals erst aus.[1102] Geradezu drastisch euphemistisch gefasst war zudem der Hinweis auf die »verschiedene[n] wissenschaftliche[n] Grundauffassungen und Methoden« in der westdeutschen Soziologie. Denn deren Fachdebatten waren damals tatsächlich nicht nur äußerst kontrovers, sondern gerieten oft zum Brennpunkt der programmatischen und habituellen Selbstfindung von Mitgliedern der Studierendenbewegung und der Neuen Linken. Das aufsehenerregende Beispiel des 16. Deutschen Soziologentags im April 1968 dürfte aufmerksamen Mitgliedern der MPG im Sommer 1970 noch deutlich vor Augen gestanden haben. Das Fach hatte sich in Frankfurt unter intensiver medialer Beobachtung theoretisch-methodologisch wie politisch fragmentiert präsentiert und war mit tumultartigen Szenen in Verbindung gebracht.[1103]

1101 Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft zur Frage der Aufnahme des »Instituts für Bildungsforschung« in die Max-Planck-Gesellschaft, 5. 11. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 39–40. Der Text, welcher die Urteilsfindung der Sektion abschloss, war vom Sektionsvorsitzenden, dem Juristen Helmut Coing, unterzeichnet.

1102 Zur Fachgeschichte der Erziehungswissenschaft siehe in dieser Arbeit die Hinweise im Rahmen der biographischen Skizze von Robinsohn.

1103 Der 16. Deutsche Soziologentag fand im April 1968 in Frankfurt am Main zum Hauptthema »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft« statt und stellte für die Geschichte der westdeutschen Soziologie noch einmal einen Kulminationspunkt der seit dem sogenannten Positivismusstreit geführten Auseinandersetzungen um theoretische und methodologische Grundpositionen dar, die im Kontext der Studierendenbewegung weiter polarisiert und politisiert worden waren. Die Tagung war während der Podiumsdiskussionen von einer teilweise extrem aufgeheizten Stimmung geprägt, die über die intensive mediale Berichterstattung noch zusätzlich befeuert wurde. Wohl vor allem um ähnliche Eskalationen zu vermeiden, wurde der Folgekongress erst sechs Jahre später, im Spätherbst 1974, in Kassel veranstaltet. Vgl. zeitgenössisch zum Beispiel Wolf Lepenies: Dilemma eines Kongresses – Dilemma der Soziologie. Über den 16. Deutschen Soziologentag in Frankfurt. *Soziale Welt* 19/2 (1968), 172–182 und aus der Rückschau eines Teilnehmers selbst-/kritisch: Claus Offe: Akademische Soziologie und politischer Protest: Der Frankfurter Soziologentag 1968. In: Hans-Georg Soeffner (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010.* Bd. 2. Wiesbaden: Springer VS 2013, 977–984. Aus fachhistorischer Perspektive siehe mit weiterführender Literatur zum Beispiel Stefan Müller-Doohm: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? In: Georg Kneer und Stephan Moebius (Hg.): *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen.* Berlin: Suhrkamp 2010, 131–153.

Zum Zweiten fehlte im gesamten Aufnahmeverfahren eine stringente Debatte über die wissenschaftstheoretischen Passungsfragen, die sich aus der Spezifik des am Institut vertretenen sozialwissenschaftlichen Ansatzes für die MPG ergaben. Diese Problematik wurde allein in einem Gutachten Schelskys, der einer der von der Kommission herangezogenen Experten war, in aller Deutlichkeit an die Oberfläche geholt, in der abschließenden Stellungnahme aber schlicht ignoriert. Auf das Gutachten wird noch genauer einzugehen sein. Schon an dieser Stelle lassen sich aber einige begründete Vermutungen über die Ursachen dieser Leerstelle in den Diskussionen innerhalb der MPG anstellen. So stand hier offenbar im Hintergrund, dass es sich bei den bis dahin üblichen Fällen der Erweiterung der MPG fast durchgängig um naturwissenschaftliche Institute gehandelt hatte. Bei derlei Anträgen ging es zwar ebenfalls um die Frage der Passung innovativer, also immer auch partiell unbekannter Forschungsansätze zur MPG. Aber es handelte sich auf der Ebene der Wissenschaftstheorie doch in der Regel um quasi verwandte Ansätze und auf der Ebene der Fächer zudem um traditionell in der KWG/MPG heimische Disziplinen, Subdisziplinen oder Forschungsfelder. Für die in diesen Fällen zu treffenden Entscheidungen konnte man sich daher durch gutachterliche Expertise weitgehend ohne Kompatibilitätsprobleme additiv rüsten. Annähernd ähnliches galt für die in der MPG vertretenen Geisteswissenschaften, also die Kunstgeschichte, die Rechts- und Geschichtswissenschaft. Sie waren seit KWG-Zeiten in der Forschungsgesellschaft akzeptiert und koexistierten in der MPG sozusagen auf Basis einer Art traditionell befriedeten epistemologischen Differenz. In der Diskussion um die Passung des West-Berliner Instituts zur MPG drohte dagegen der vorgeblich apolitische, anwendungsferne Typus der Grundlagenforschung thematisch zu werden, den die MPG inzwischen als wissenschaftstheoretischen Modus für ihre naturwissenschaftliche Forschung reklamierte. Denn das IfB suchte mit dem sozialwissenschaftlichen interdisziplinären Ansatz der Bildungsforschung den Bezug zu Politik und Praxis ganz systematisch, flaggte dieses noch dazu offen aus und beanspruchte gleichwohl den Charakter der Wissenschaftlichkeit. Während der Gründungsphase des IfB war diese Frage noch nicht in den Vordergrund getreten. Wichtiger war damals intern die Causa Becker und extern die Befriedung der noch auf Kooperation geeichten und an den versprochenen Erträgen des Instituts letztlich interessierten Kultusminister gewesen. Bereits in den Debatten um die Einrichtung des Starnberger Instituts ab 1967 sah die Lage schon anders aus: nicht nur, weil hier explizit ein einheitswissenschaftliches Konzept offeriert wurde. Darüber hinaus wurden diese Diskussionen auch in einer Zeit verstärkter politischer Polarisierungen und einer damit offenkundig verbundenen Sensibilisierung für die politischen Bezüge von Wissenschaft geführt. Wie beschrieben, koppelte man die Starnberger Institutsgründung dann seitens der MPG eng an die aktive Zeit Weizsäckers, hielt sich also für seine Abteilung die Schließungsoption offen, und die Einrichtung wurde von der Größe her drastisch begrenzt. Zudem hatten die Strahlkraft und die wissenschaftliche Abkunft des Institutsleiters in der Physik wohl ein erhebliches zur Beruhigung und Akzeptanz des fremden Instituts beigetragen. Damit schien das Weizsäcker-Institut in seiner epistemologischen Störkraft ausreichend entschärft. Das IfB dagegen beanspruchte 1970 schon von seiner schieren Personal- und Sachdimension her größere Geltung und besaß außerdem eine hohe öffentliche Sichtbarkeit.

Einsetzung einer Kommission der GwS: Im Juni 1970 war mit der Einsetzung einer Sektionskommission und dem Auftrag zur Einholung von Expertisen die Entscheidungsfindung also erst einmal glücklich verlagert. Mitglieder wurden Jescheck, Lotz, Vierhaus, Weizsäcker und Zweigert sowie als Vorsitzender der Rechtswissenschaftler Coing, der schon während der Gründungsphase ein Gutachten für das Institut erstellt hatte und der Lotz im Vorsitz der GwS nachfolgen sollte. Auftrag der Kommission war es, möglichst schon für die Senatssitzung im Herbst 1970 »auf der Grundlage von Experten-Gutachten [zu] prüfen, ob sich das Institut als Forschungsinstitut sowie die von ihm angestrebte interdisziplinäre Arbeit bewährt hat«.[1104] Die Kommission arbeitete rasch und bildete sich ihr Urteil in nur gut vier Monaten. Dabei stützte sie sich auf neun Gutachten nationaler und internationaler Experten sowie auf das Votum von Zweigert, des Beiratsvorsitzenden des Instituts, und zog ergänzend Material aus dem Kontext der Forschungsprojekte heran. Zudem besuchte sie die Berliner Einrichtung am 29. Oktober 1970, einen Tag vor der Sitzung der GwS, auf der sie Bericht erstatten sollte, und diskutierte dort mit Becker und den Abteilungsleitern das laufende Projekt Schulleistung, das von Edelstein und Cranach vorgestellt worden war.[1105] Zentrale Urteilsbasis der Kommission aber waren die eingeholten Expertisen. Entsprechend hieß es in der bereits zitierten, von Coing im Namen der Sektion gezeichneten abschließenden Stellungnahme der GwS von November unter Hinweis auf die erwähnten Schwierigkeiten der Meinungsbildung: »Die Sektion musste sich [...] weitgehend auf die Gutachter sowie auf ein allgemeines Urteil verlassen«.[1106]

Die Gutachter: Bei der Auswahl der Experten hatte sich die Kommission mehrheitlich, wenn auch nicht zur Gänze, auf die von Becker schon Mitte März ins Gespräch gebrachten 19 Wissenschaftler gestützt.[1107] Im Anschluss an seine Empfehlungen wurden die Mitglieder des Institutsbeirats Husén, Roth und Conant um Stellungnahme gebeten. Hinzu kamen der Hamburger Erziehungswissenschaftler Peter Martin Roeder (1927–2011) und der Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910–1990). Erdmann hatte während der ersten Amtsperiode des Bildungsrats den Vorsitz der Bildungskommission inne. Roeder war damals noch primär – nach heutigem Begriffsverständnis – sozialhistorisch ausgewiesen und mit einer Arbeit zu Lorenz von Stein (1815–1890) habilitiert worden. Becker stellte ihn Zweigert gegenüber als »empirisch Geprägten« vor, der in der Pädagogik – in typischer Diktion Beckers gefasst – »in der jüngeren Genera-

---

1104 Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 52. Vgl. die Übersicht der Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rats und seiner Sektionen in: Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 946.

1105 Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft zur Frage der Aufnahme des »Instituts für Bildungsforschung« in die Max-Planck-Gesellschaft, 5. 11. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 38–39.

1106 Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft zur Frage der Aufnahme des »Instituts für Bildungsforschung« in die Max-Planck-Gesellschaft, 5. 11. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 40.

1107 Die Verfahrensabläufe in der MPG waren Zweigert und Becker offenbar so vertraut und vorhersehbar, dass sich der Institutsratsvorsitzende bereits am 10. März 1970, deutlich vor der Entscheidung der GwS über die Einsetzung einer Kommission, um die Frage möglicher Gutachter bemüht und Becker um entsprechende Vorschläge gebeten hatte. Unter den 19 vorgeschlagenen Personen äußerte sich Becker zu Picht und Hanssler unentschieden bis ablehnend. Vgl. Hellmut Becker an Konrad Zweigert, 17. 3. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 122–123.

tion absolut führend« sei, neben Hentig als Vertreter der hermeneutischen Richtung.[1108] Später würde Roeder unter anderem zu Aspekten der sprachlichen Sozialisation forschen und sollte Robinsohn, als dieser im April 1972 plötzlich verstarb, am Institut als Wissenschaftliches Mitglied nachfolgen; zum Direktor wurde er dort 1981 berufen.[1109] Entgegen Beckers Votum fragte die Kommission Prälat Hanssler an, der sowohl im Institutsbeirat als auch in der ersten Amtsperiode des Bildungsrats Mitglied der Bildungskommission war, und wandte sich zudem über die Vorschläge des Institutsleiters hinaus an Eugen Egger, der an der Universität Genf den Lehrstuhl für Pädagogik vertrat und seit 1962 als Generalsekretär der Schweizerischen kantonalen Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) amtierte.[1110] Allerdings blieben beide Gutachten vergleichsweise blass.[1111] Brisanter war, dass man anstelle von Dahrendorf und Friedeburg, den beiden von Becker ins Gespräch gebrachten Soziologen, Schelsky wählte. Während die Erstgenannten auf dem Gebiet der Bildungsforschung bestens beschlagen waren und dem Institut mehr oder minder nahe Positionen vertraten,[1112] war Schelsky Becker zwar seit Studienzeiten

---

1108 Vgl. Hellmut Becker an Konrad Zweigert, 17. 3. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 123.

1109 Roeder arbeitete nach einem Studium am Pädagogischen Institut in Weilburg an der Lahn bis 1958 für annähernd acht Jahre als Lehrer an Grund- und Realschulen und qualifizierte sich parallel dazu wissenschaftlich, unter anderem während eines Studienaufenthaltes in den USA. 1966 wurde er an die Universität Hamburg berufen, wo er die Position des Direktors des Pädagogischen Instituts und des Seminars für Erziehungswissenschaft innehatte. Im gleichen Jahr trat er mit seiner 1968 veröffentlichten Habilitation zur Geschichte der Beziehung von pädagogischen und soziologischen Fragen im 18. und 19. Jahrhundert hervor, wobei er den Schwerpunkt auf das Werk von Lorenz von Stein legte. In dem von Becker geleiteten Unterausschuss »Experimentalprogramm« des Bildungsrats, aus dem 1969 die Empfehlung zur Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen hervorging, war Roeder Mitglied und verfasste später unter anderem das Gutachten über »Modelle der Differenzierung in Abhängigkeit von Leistungsdimensionen einzelner Fächer«. Darin ging es mit Fokus auf dem fremdsprachlichen Unterricht um die kritische vergleichende Sichtung der Ergebnisse internationaler empirischer Forschungen (sein Ko-Autor Klaus Treumann befasste sich mit den Leistungsdimensionen im Mathematikunterricht). Der Vorname Roeders wird in seinen Publikationen uneinheitlich, als Peter-Martin und als Peter Martin geführt, in der vorliegenden Arbeit ist im Fließtext die Schreibweise ohne Bindestrich gewählt worden. Vgl. Peter-Martin Roeder, Lebenslauf, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Gundel Schümer: Nachruf auf Peter Martin Roeder. *Erziehungswissenschaft. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft* 23 (2012), 133–137; Peter Martin Roeder: *Erziehung und Gesellschaft. Ein Beitrag zur Problemgeschichte unter besonderer Berücksichtigung des Werkes von Lorenz von Stein.* Weinheim: Beltz 1968; Hellmut Becker, Entwurf eines Vorworts zu Peter Roeder und Klaus Treumann. »Modelle der Differenzierung in Abhängigkeit von Leistungsdimensionen einzelner Fächer«, 8. 9. 1971, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77 und Peter Martin Roeder und Klaus Treumann: *Modelle der Differenzierung in Abhängigkeit von Leistungsdimensionen einzelner Fächer.* Stuttgart: Klett 1974. Siehe zu seiner Berufung als Wissenschaftliches Mitglied 1973 und später als Direktor am MPIB Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 169–171.

1110 Zu Eger konnte nur das Geburtsjahr 1920 ermittelt werden. Vgl. zu Egger die biographische Notiz auf der Homepage der »Stiftung Père Girard«. Egger hatte zu dem Franziskaner Jean Baptiste Girard (1665–1750) maßgeblich gearbeitet: *Biographie Prof. Eugen Egger.* https://peregirard.ch/de/?Ressourcen:Biographie_Prof._Eugen_Egger. Zuletzt aufgerufen am 1. 3. 2021.

1111 Hanssler übersandte nur eine einzige Seite und schickte zudem voraus, dass er sich in Fragen der Bildungsforschung als »Nichtfachmann« betrachtete und »wenig qualifiziert [...], um ein Votum abzugeben«. Der Tendenz nach war sein Gutachten eher kritisch, besonders im Hinblick auf die Organisation des Instituts und das dort vertretene Wissenschaftsverständnis, das er »in einer akuten Krise« sah und diese ohne nähere Erläuterung vor allem mit dem numerischen »Übergewicht« des »Nachwuchs[es]« am Institut in Verbindung brachte. Egger äußerte sich eng an die Fragen der Kommission angelehnt in allen Aspekten positiv, ohne ein besonderes Profil zu entwickeln. Vgl. Bernhard Hanssler, Betr.: Max-Planck-Gesellschaft, Institut für Bildungsforschung in Berlin, Città del Vaticano, 14. 8. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 92 und Eugen Egger, Gutachten, Universität Genf, Schweiz, 12. 10. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 54–57.

1112 Politisch waren Friedeburg und Dahrendorf beide der sozial-liberalen Koalition auf Bundesebene verbunden. Friedeburg, der auch dem Institutsbeirat angehörte, war in Hessen gerade im Oktober 1969 für die SPD in das Amt des Kultusministers eingerückt. Dahrendorf vertrat nach seinem Engagement in der Hochschulreform in Baden-Württemberg (Dahrendorf-Plan) seit Oktober 1969 die FDP über die baden-württembergische Landesliste im Bundestag,

freundschaftlich verbundenen, für unbequeme Meinungsäußerungen aber durchaus bekannt und konnte einer kritischen Richtung in der Soziologie nicht zugerechnet werden. Immerhin galt er in Bezug auf interdisziplinäre Ansätze als einer der renommiertesten Experten in der Bundesrepublik. Die im November 1969 eröffnete Universität Bielefeld ging maßgeblich auf seine Planungen zurück, er hatte dort seine Professur angetreten und engagierte sich vorrangig am Bielefelder Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF).[1113] Aus Sicht der Institutsbefürworter gleichfalls riskant war schließlich auch die Einbeziehung des ersten Generalsekretärs der Stiftung Volkswagenwerk, Gotthard Gambke (1908–1988).[1114] Gambke war mit Fragen der Bildungsforschung und den entsprechenden Strukturen des westdeutschen Wissenschaftssystems ebenfalls bestens vertraut. Das Bildungsforschungsinstitut kannte er laut eigenen Angaben aus seiner Expertise vor allem über die Gutachtertätigkeit von Mitarbeiter*innen des IfB, die an der Vorbereitung und Durchführung von bis dahin, so Gambke, etwa zehn Prozent der Stiftungsprojekte im pädagogischen Förderbereich beteiligt gewesen waren. Auf frühere Beurteilungen der Berliner Einrichtung von Seiten der Stiftung habe er nicht zurückgreifen können, da diese dem Institut »seit ihrem Bestehen kaum Geldmittel [...] zur Verfügung gestellt« hätte.[1115] Unerwähnt ließ er jedoch, dass im Dezember 1965 zwei größere Anträge des Instituts negativ beschieden worden waren, nur einer davon hatte eine geringe Teilförderung erhalten.[1116] Vermutlich dürfte Gambke zudem Wursters inzwischen ablehnende Haltung gegenüber dem IfB präsent gewesen sein, da dieser im Kuratorium der Stiftung damals zu den erfahrensten und einflussreichsten Mitgliedern zählte.[1117]

Aufgabenstellung und Gutachten: Die Kommission bat die Gutachter, sich unter dem übergreifenden Aspekt der Trägerschaft des Instituts auf zwei Fragen zu konzentrieren:

---

wurde in der sozial-liberalen Koalition Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, wechselte aber bereits 1970 in die EG-Kommission nach Brüssel, zunächst als Kommissar für Außenhandel, ab 1973 dann für Bildung, Forschung und Wissenschaft. 1974 übernahm er die Position des Direktors der London School of Economics (LSE). Vgl. zu Friedeburg hier zum Beispiel Becker, Bonn und Groddeck, *Demokratisierung*, 1974, 145 sowie »Friedeburg, Ludwig Ferdinand Heinrich Georg Friedrich von«, Hessische Biografie, 2021; zu Dahrendorf vor allem Meifort, *Ralf Dahrendorf*, 2017, hier bes. 141–204, 461–464.

1113 Vgl. biographisch Wöhrle, *Aktualität*, 2015, 23–24 sowie weiterführend die Beiträge in den Sammelbänden Asal und Schlak, *Was war Bielefeld?*, 2009 sowie Kocka, *Interdisziplinarität*, 1987.

1114 Vgl. zum Beginn Gambkes bei der Stiftung Volkswagenwerk (auch Hellmut Becker war damals im Gespräch) mit biographischen Notizen: Nicolaysen, *VolkswagenStiftung*, 2002, 419–423.

1115 Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 94–95.

1116 Der Ablehnungsbescheid war 1965 von Gambke selbst versandt worden. Er bezog sich auf die Projekte »Leistungsvergleich« und »Quantitatives Modell« (Leitung Carl Christian von Weizsäcker), wobei ersteres ganz abgelehnt und für das letztgenannte nur eine kleine Teilsumme der ursprünglichen Beantragung vorgesehen wurde, die für »theoretische Vorarbeiten« verwendet werden sollte. Vgl. Gotthard Gambke an Hellmut Becker, 14. 15. 1965, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 584, fol. 488.

1117 Wurster gehörte 1962 zum Gründungs-Kuratorium der Stiftung. 1970 war aus diesem Kreis neben Wurster nur noch der Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung Günter Grunwald (1924–2011) im Kuratorium vertreten. Vgl. Nicolaysen, *VolkswagenStiftung*, 2002, 414–415 und Anm. 269.

»ob die Arbeit des Institutes primär als echte wissenschaftliche Forschungsarbeit einzuschätzen oder ob [...] das Institut eher im Sinne einer bildungspolitischen Institution tätig geworden sei«, deren »Aktivität etwa mit der eines politisch geführten Ministeriums zu vergleichen wäre«, und

ob »die Arbeitsmethoden sowie die Anlage des Instituts unter den Gesichtspunkten der wissenschaftlichen Forschung für sachentsprechend« gehalten wurde.[1118]

Aufgabe war es demnach zum Ersten, die Qualität der Institutsforschung im Hinblick auf ihre Wissenschaftlichkeit zu beurteilen, wobei als zentrales Kriterium das Verhältnis von Wissenschaft und Politik ins Spiel gebracht wurde (ob das Institut eher einem »politisch geführten Ministerium zu vergleichen wäre«). Zum Zweiten sollte die Angemessenheit der gewählten Methodik und der Organisationsform des IfB bewertet werden. Die Prüfaufträge waren allerdings nicht eben präzise formuliert und ließen den Gutachtern Raum für Ausdeutungen. Im Folgenden sind die Stellungnahmen den drei Bewertungsaspekten zugeordnet, die sich aus der Mehrheit der Antworten ergaben.[1119]

Bewertung der wissenschaftlichen Arbeit und Methodik: Über die Qualität der am Institut geleisteten Arbeit waren sich die Gutachter im Wesentlichen einig, wobei deren Wissenschaftlichkeit in erster Linie an der Methodik festgemacht und überwiegend positiv bewertet wurde. Annähernd übereinstimmend betonten die Experten zudem den innovativen Charakter der interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Institutsforschung. Allerdings maßen sie diesen primär am Stand der westdeutschen wissenschaftlichen Pädagogik und gingen damit am interdisziplinären Ansatz der Bildungsforschung vorbei. So ordneten Roth, Roeder, Gambke, Husén und Conant die Bildungsforschung explizit der Erziehungswissenschaft zu und sahen im IfB einen unverzichtbaren Impulsgeber für deren zeitgemäße disziplinäre Entwicklung.[1120] Kritik wurde

---

1118 Die Fragen der Kommission sind hier nach ihrer Zitation in den Gutachten von Egger und Roth wiedergegeben. Vgl. Eugen Egger, Gutachten, Universität Genf, Schweiz, 12. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 54 und Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 74, 80.

1119 Bezug genommen wird im Folgenden auf die groben Linien der Expertisen, ohne im Einzelfall abweichende Positionen darzustellen. Verzichtet werden muss aus pragmatischen Gründen auch auf eine Verortung der gutachterlichen Stellungnahme im jeweiligen Werk- und Wirkungskontext der Autoren. Dies wäre besonders für Roth, Roeder und Schelsky von Interesse. Die neun Gutachten und die Stellungnahme Zweigerts wurden dem Generalsekretär von Coings Büro am 23. Oktober 1970 auf Bitte Schneiders hin übersandt. Die Beurteilungen umfassten zwischen einer (Hanssler) und zehn (Schelsky) maschinengeschriebenen Seiten, wobei im Schnitt knapp fünf Seiten eingereicht wurden. Um den Anmerkungsapparat nicht unnötig aufzublähen, werden die Gutachten im Folgenden mit Kurztiteln zitiert. Vgl. insgesamt Anlagen zu: Sekretariat Helmut Coing an das Sekretariat Friedrich Schneider, 23. 10. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 48–98.

1120 Roth sprach von der »neue[n] Erziehungswissenschaft«, die er zwischen empirischer und theorieorientierter Praxis verortete und bat die MPG »geradezu inständig [...], das Berliner Institut ganz unter ihre Obhut zu nehmen«, da dies eine »kaum zu überschätzende Funktion« für die Entwicklung dieser Wissenschaft haben würde. Auch Gambke betonte, dass die »Hinzuziehung sozialwissenschaftlicher Methoden« am Institut der Pädagogik »ein zeitgemäßes Gesicht« gegeben hätte und Husén erklärte, dass das IfB wesentlich dazu beigetragen hätte, »der modernen pädagogischen Forschung in der Bundesrepublik zum Durchbruch zu verhelfen«. Conant wiederum betonte den Fortschritt, den die Arbeit des Instituts für die »science of education« gebracht hätte. Vgl. Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 75, 77; Peter Martin Roeder, Gutachtliche Äußerung, Hamburg, 14. 9. 1970.

im Hinblick auf die wissenschaftliche Arbeit des Instituts nur in Bezug auf zwei Punkte und sehr verhalten angemerkt. So bemängelten Gambke und Roeder neben ihren grundsätzlich wertschätzenden Stellungnahmen zum einen den langsamen Fortgang beziehungsweise die noch niedrige Produktivität bei der »Durchführung grösserer Projekte der empirischen Bildungsforschung«. Dabei milderte Roeder seine Kritik sogleich unter Hinweis auf die schwierigen »Startbedingungen« wieder ab, vor allem unter Bezug auf fehlende methodische Modelle und methodologische Vorarbeiten und den »enorme[n] Nachholbedarf« in diesem Bereich. Zum anderen ging Roth in einem Nebensatz auf die »Vielfalt« der am Institut beforschten »pädagogischen Problemfelder« ein, die er allerdings weniger »einer Selbstüberschätzung« als vielmehr der »Situation eines Neubeginns« und dem Mangel an alternativen Forschungseinrichtungen zurechnete.[1121] Bezieht man allerdings die weitere Entwicklung der Berliner Einrichtung mit ein, waren mit den Kritikpunkten zwei grundlegende Probleme der Institutsarbeit benannt, die im weiteren zeitlichen Verlauf virulent bleiben sollten.

Bewertung der Organisation und Mitbestimmung: Kontroverser wurde von den Gutachtern die Organisation der Berliner Einrichtung beurteilt, wobei sich einige der Experten aufgrund fehlender Einblicke in diesen Bereich für nicht kompetent erklärten.[1122] Die Stellungnahmen der Übrigen fokussierten sowohl auf die Forschungsorganisation in einzelnen Projekten als auch auf die Governance des gesamten Instituts. Dabei schieden sich die Meinungen letztlich an der Frage der Mitbestimmung, also an der Beurteilung der erweiterten Zuständigkeiten und Kompetenzen, die den wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen am IfB im Zuge der Schaffung der Grundsatzkonferenz, der Aufhebung der Abteilungen und der projektgebundenen Organisation der Forschung eingeräumt worden waren. Vor allem Roeder und Roth befürworteten den West-Berliner Ansatz ausdrücklich. Nach Roeders Einschätzung hätten sich dadurch verbesserte Bedingungen für die interdisziplinäre Arbeit ergeben, er lobte die gewonnene »Flexibilität in der Anpassung an jeweils besondere Forschungsaufgaben« und die Nachvollziehbarkeit und Kritisierbarkeit von Entscheidungen. Vor allem aber bezeichnete er das dadurch ermöglichte »relativ hohe[...] Maß von Mitentscheidung« per se als erstrebenswert.[1123] Die stärkste Kritik formulierte Gambke. Er brachte die »innere Struktur« des Instituts mit dem bemängel-

---

AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 84; Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 95; Torsten Husén an Helmut Coing, Stockholm, 22. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 91; James B. Conant an Helmut Coing, New York, USA, 21. 8. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 50.

1121 Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 95; Peter Martin Roeder, Gutachtliche Äußerung, Hamburg, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 84, 83, sowie Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 79.

1122 So zum Beispiel Erdmann und Schelsky: Karl Dietrich Erdmann an Helmut Coing, Kiel, 9. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 53; Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 71.

1123 Peter Martin Roeder, Gutachtliche Äußerung, Hamburg, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 86–87, Zitat fol. 87; Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 82, 81. Roth sprach in diesem Kontext zudem von »Pionierarbeit«, verhehlte aber auch nicht die »Spannungen«, die vor allem von den Personen ausgingen, und betrachtete die Anlage des Instituts prozessorientiert als »sachentsprechend, wenn auch entschieden verbesserungsfähig«, vgl. ebd., fol. 82, 81.

ten »langsamen Fortgang der Projekte« in Verbindung, sprach von den gerade in West-Berlin »in der letzten Zeit erhobenen, teilweise doch wohl übertriebenen Forderungen nach Demokratie« und räsonierte, ob nicht »der heute gängige Demokratisierungsbegriff im Berliner Institut in einer übersteigerten Form zu Anwendung gekommen« sei.[1124]

Was in den Gutachten nur gedämpft durchklang und allenfalls bei Gambke mit dem Hinweis auf die Zustände in West-Berlin greifbar wurde, war die zeitgenössische Brisanz des Themas. Denn letztlich ging es um die Frage der Übertragbarkeit demokratischer Prinzipien auf Prozesse der Entscheidungsfindung in der akademischen Selbstverwaltung und ebenso im wissenschaftlichen Bereich. Entsprechende Forderungen hatten die studentischen Positionen und Proteste seit den ersten Rufen nach »Drittelparität« an der FU im Juni 1966[1125] geprägt. Innerhalb der MPG waren diese, wie skizziert, besonders umstritten und das IfB stellte mit der von ihm gewählten Organisationsform im Vergleich zu dem zumeist steilen Hierarchiegefälle zwischen Institutsdirektoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen an den anderen Max-Planck-Instituten die Ausnahme dar. Sie konnte daher in der zeitgleich in der MPG geführten Strukturdiskussion Modellcharakter gewinnen oder, je nach Perspektive, als Exempel des Scheiterns herangezogen werden. Bezeichnenderweise bezog unter den Gutachtern allein der US-Amerikaner Conant das am Institut erprobte »new model« nicht auf den prinzipiellen Aspekt der Mitbestimmung, sondern pragmatisch auf die Erfordernisse interdisziplinärer Arbeit. Diesen würde durch eine Konferenz unter Beteiligung des Leitungspersonals und aller Projektrepräsentanten hervorragend entsprochen. In dieser Hinsicht sei das Institut auch in den USA ohne Beispiel (»no comparable development in the United States«) und könne bei adäquater Weiterförderung durch die MPG modellgebend sein (»might set a model for the effectiveness of interdisciplinary work in education«). Allerdings ist fraglich, ob Conant, der sein Wissen in dieser Sache nach eigenem Bekunden über Gespräche mit Becker und Goldschmidt bezogen hatte,[1126] die von ihm gelobte Effektivität der Grundsatzkonferenz von den USA aus wirklich einschätzen konnte – und ob er sich der Sprengkraft bewusst war, welche der Topos der Mitbestimmung in Westdeutschland inzwischen entwickelt hatte.

Bewertung des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik: Fiel das Votum der Gutachter in Bezug auf die Forschungsqualität überwiegend positiv aus und wurde in der Beurteilung der Organisation des IfB deren politische Dimension im Aspekt der Mitbestimmung unter der Hand mitbewertet, adressierte die erste Frage der Sektion nach der wissenschaftlichen *oder* der bildungs-

---

1124 Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 95.

1125 Die Forderung nach einer Drittelparität in allen wichtigen Entscheidungsgremien der Universität wurde von Seiten der Studierenden im Zuge der Auseinandersetzungen mit den damals in Berlin eingeführten Zulassungsbeschränkungen, Regelstudienzeiten und Exmatrikulationsregeln entwickelt. Diese standen ihrerseits im Zusammenhang mit dem bundesweit massiven Anstieg der Studierendenzahlen und der damit verbundenen Überfüllung der Hochschulen. In dem 1969 erlassenen Berliner Hochschulgesetz wurde dann zwar keine echte Parität verankert; vorgesehen war eine Beteiligung der Lehrenden, des neu definierten sogenannten Mittelbaus und der Studierenden im Verhältnis von etwa 7:4:3. Dennoch besaß damit die Gruppe der Lehrenden keine Mehrheit mehr. Dazu Tent, *Freie Universität*, 1988, 336–341 und 372 –373.

1126 James B. Conant an Helmut Coing, New York, USA, 21. 8. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 50.

politischen Tätigkeit des Instituts das Verhältnis von Wissenschaft und Politik ganz explizit. Die Gutachter begegneten dem auf zwei Ebenen, die nur Schelsky durchgängig miteinander verband. Erstens wurde die Aufmerksamkeit auf das Engagement von Institutsangehörigen in der Politikberatung, und hier vor allem auf die Zusammenarbeit mit dem Bildungsrat, gerichtet (1.), zweitens ging es um wissenschaftstheoretische Positionen (2.).

1.) In der Bewertung der Kooperation mit dem Bildungsrat dominierte übergreifend die Anerkennung der Institutsleistungen.[1127] Ein einziger, wenngleich grundlegender, Dissens ergab sich zwischen der Mehrheit der Gutachter und Schelsky. Dessen Stellungnahme sticht unter den übersandten Expertisen allgemein durch die relative Ausführlichkeit, die ins Grundsätzliche zielende Ausrichtung und die offensichtliche Freude an einer kombattanten Rhetorik hervor. Die Mehrheitsposition war der Tendenz nach in Roths Gutachten repräsentiert. Darin wies dieser auf das »neue Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft« hin, das sich in der veränderten Rolle wissenschaftlicher Politikberatung und in der unterschiedlichen Logik von »Sachverständigengremien und Entscheidungsgremien« spiegelte. Das Engagement der Institutsmitglieder legitimierte er über den Befund, dass diese stets die »Rolle von wissenschaftlichen Beratern« eingenommen hätten. Damit behauptete er letztlich eine durch professionelles Handeln und institutionelle Arrangements mögliche Trennung beider Handlungsbereiche.[1128]

Schelsky war anderer Ansicht. Diese gründete er unter anderem auf die Ende 1968 in der *Neuen Sammlung* publizierte Präsentation des IfB durch Ingo Richter. Richter hatte in dem Aufsatz unter anderem die bildungspolitische Gründungsabsicht des Instituts benannt, war auf die Motivation der Mitarbeiter*innen und deren bildungspolitisches Engagement eingegangen und hatte im Anschluss an Habermas den Versuch einer wissenschaftstheoretischen Klärung unternommen.[1129] Schelsky spitzte die bei Richter genannten Aspekte in seinem Gutachten zu und gelangte im Vergleich zu Roth zu dem gegensätzlichen Schluss, dass nämlich Wissenschaft und Politik gerade nicht voneinander separierbar seien. Seines Erachtens nach färbten die »primär bildungspolitisch« ausgerichteten »Intentionen und Motivationen der beteiligten Wissenschaftler« deren Rollen im Bildungsrat. Umgekehrt wirkte sich demnach die enge Kooperation mit dem Bildungsrat »auf die Forschungen im Institut« aus. Pointiert schloss er: »So werden

---

1127 Roth beispielsweise bezeichnete die Zuarbeit des Instituts für den Bildungsrat als »unüberschätzbar«. Husén führte den »massgeblich[en]« Beitrag für die Erstellung der wissenschaftlichen Grundlagen des BR an, während sich etwa Erdmann auf annähernd ganzer Linie von der Institutsarbeit überzeugt zeigte und die Befruchtung der Diskussionen des BR durch die Vorlagen, »die direkt oder indirekt auf der Mitarbeit des Instituts beruhten«, besonders hervorhob. Vgl. Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 79; Torsten Husén an Helmut Coing, Stockholm, 22. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 91 und Prof. Dr. K. D. Erdmann an Coing, 9. 9. 1970 [Gutachterliche Stellungnahme], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 53.

1128 Roths Einschätzung, dass dem Institut »das Image, mehr bildungspolitisch als erziehungswissenschaftlich orientiert zu sein, von Anfang an angehängt« worden sei, fehlt dagegen in den anderen Gutachten; lediglich Roeder sprach davon, dass »das IfB gelegentlich als bildungspolitische Instanz missverstanden wird«. Vgl. Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 79, 80; Peter Martin Roeder, Gutachtliche Äußerung, Hamburg, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 85.

1129 Ingo Richter: Das Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin. *Neue Sammlung* 8/6 (1968), 589–601, bes. 593–596.

die Mitarbeiter des Instituts als Bildungspolitiker zu den Auftraggebern des Instituts als sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut«. Das konkrete politische Engagement im Bildungsrat bewertete Schelsky dabei als »verhältnismäßig harmlos«, da er diesen insgesamt als »relativ neutrales und politisch ausgewogenes Gremium« betrachtete. Dagegen hielt er die Tätigkeiten in »Parteien, Studentenverbänden und -assoziationen, universitätspolitischen Gruppen, kirchlichen Instanzen oder Gewerkschaften usw.«, die er für viele der »Mitarbeiter« des IfB »in hohem Maße« gegeben sah, für »wesentlich prekärer«, insofern er diese für politisch einseitiger befand.[1130] Mit dieser Kritik stand Schelsky unter den Gutachtern annähernd allein. Nur der ihm politisch womöglich näherstehende Gambke störte sich ebenfalls am linkspolitischen Engagement jenseits des Bildungsrats, wenn er auf die »politische[n] Interessen einzelner jüngerer Mitarbeiter« rekurrierte und dabei auf die besondere Situation des Instituts in West-Berlin verwies, einer Stadt die »im Rahmen der Studentenbewegung der letzten Jahre eine besondere Rolle gespielt« habe.[1131]

2.) Dass die bildungspolitischen Aktivitäten von Institut und Mitarbeitenden dem IfB in den Gutachten nicht stärker zum Negativen ausschlugen, hatte primär mit den in den Texten anklingenden wissenschaftstheoretischen Grundannahmen der Experten zu tun. In diesem Punkt ähnelten sie sich untereinander stark. Nahezu übereinstimmend kritisierten sie die in der Frage der Kommission anklingende Unterscheidung zwischen »echte[r] wissenschaftliche[r] Forschungsarbeit« und bildungspolitischer Tätigkeit. Sämtliche Gutachter teilten dem Tenor nach Eggers Feststellung, dass diese im Bereich der Bildungsforschung keine echte »Antithese« darstellte, sondern es zwischen »Bildungsforschung, Bildungsplanung und Bildungspolitik [...] notwendigerweise Interferenzen« gäbe.[1132] Viele der entsprechenden Bemerkungen waren dabei der Richtung nach zwar eindeutig, aber – wohl auch aufgrund des begrenzten Formats der Gutachten – zumeist verkürzt formuliert und in ihren wissenschaftstheoretischen Bezügen allenfalls erahnbar.

Wieder fasste allein Schelsky die Problematik am schärfsten ins Auge. So machte er unmissverständlich klar, dass die Bildungsforschung nur ein Beispiel sei. Übergreifend müsse es für die MPG um die wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung mit den Charakteristika der Sozialwissenschaften gehen, die er in diesem Fall als »soziale[...] Handlungswissenschaften« kennzeichnete, und zwar ausdrücklich in Abgrenzung von den Naturwissenschaften und den von ihm so genannten »historisch-hermeneutischen Kulturwissenschaften«.[1133] Dabei ging er die

---

1130 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 67–68.

1131 Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 95–96. Auch Roth verwies auf die »wissenschaftlich und politisch aufgeregte [...] Berliner Atmosphäre«. Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 77.

1132 Eugen Egger, Gutachten, Universität Genf, Schweiz, 12. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 54.

1133 Vgl. Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 67. An anderer Stelle des Gutachtens sprach er anstelle von »sozialen Handlungswissenschaften« von den »auf Anwendung bezogenen Sozialwissenschaften«. Ebd, fol. 73.

MPG in diesem Punkt frontal an. So legte er am Beispiel der Gründung des Berliner Instituts und bezeichnenderweise unter Einbezug der Starnberger Einrichtung nahe, dass die Forschungsgesellschaft diese Fälle in einer naiven, vortheoretischen Form vorrangig »pragmatisch«, also auf wissenschaftspolitischer Ebene, behandeln würde. Schelskys entsprechende Stellungnahme sei hier etwas ausführlicher zitiert, wobei erkennbar wird, dass mit der Fragestellung der Kommission eines seiner zentralen Forschungsinteressen berührt war und er in diesem Punkt gänzlich undiplomatisch auftrat. In Bezug auf die Frage der Kommission formulierte er so präzise wie treffsicher:

> [D]ie entscheidende Alternativfrage, die Sie stellen, [ist] für mich zwar in ihrer pragmatischen Bedeutung für die Politik der Max-Planck-Gesellschaft verständlich, in ihrer Alternative aber gegenüber der Problematik der sozialen Handlungswissenschaften derart ahnungslos und unangemessen gestellt, daß sie die unwissenschaftliche und in diesem Falle eben naiv-politische Reaktion herausfordert. Dies ist eine Folge der Tatsache, daß die Max-Planck-Gesellschaft zwar die »politische Richtung« eines solchen Instituts bei dessen Aufnahme in die Betreuung durch die Gesellschaft erörtert hat, sich aber in keiner Weise um die wissenschaftstheoretische und aus ihr folgende wissenschaftspolitische Grundlage von Forschungen der sozialen Handlungswissenschaften gekümmert hat. (Die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Friedens- und Zukunftsforschung ist mit der gleichen wissenschaftstheoretischen Naivität erfolgt; es ist abzusehen, daß die Max-Planck-Gesellschaft in 5 – 10 Jahren in dieser Hinsicht vor derselben Problematik steht, wie bei dem hier zur Diskussion stehenden Institut.).[1134]

Schelsky hatte demnach genau registriert, dass das Berliner Institut die Debatten um seine Gründung in der MPG gerade aufgrund seiner damaligen bildungspolitischen Agenda hatte passieren können, die sich – wie im zweiten Kapitel gezeigt – im Laufe des Verfahrens zunehmend an einer bildungsökonomisch basierten gesellschaftsbezogenen Nützlichkeitskalkulation festgemacht hatte. Gleichfalls war ihm das damalige Ausbleiben einer wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung nicht entgangen, wobei er diese Beobachtung in Bezug auf die Diskussion um die Starnberger Gründung erneuert hatte und auch hier eine »wissenschaftstheoretische[...] Naivität« der MPG konstatierte. Im Übrigen sagte er dem Starnberger Institut für spätestens 1980 hellsichtig eine Grundsatzdiskussion voraus. 1970 war es Schelsky in seinem Gutachten also vorrangig wichtig, die Bedeutung der wissenschaftstheoretischen Grundproblematik für die Frage nach der Integration des IfB in die MPG hervorzuheben und auf dieser Ebene Aufklärungsarbeit zu leisten. Denn die MPG sah er in wissenschaftstheoretischer Hinsicht in einer zweifach naiven Position »befangen«: »*in den relativ selbstverständlichen und undiskutierten Grundlagen und Selbstverständnissen* der Naturwissenschaften einerseits und [denen] der historisch-hermeneutisch kulturwissenschaftlichen andererseits«.[1135]

1134 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 67.

1135 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 67, Hervorhebung Behm. Das Gutachten Gambkes glich in dieser Hinsicht dem Schelskys, wenngleich der Stif-

Dass die Einklammerung von derlei theoretischen Grundlagen in der MPG-internen Diskussion möglicherweise sogar zur damaligen Raison d'*ê*tre der Forschungsgesellschaft gehört haben könnte, ist mit Schelskys Hinweis auf den Primat der wissenschaftspolitischen Motive der MPG angedeutet. Denn dass die MPG bei genauerem Blick auf ihr ausgestelltes Identitätsmerkmal der Grundlagenforschung durchaus in Kalamitäten geraten wäre, ist naheliegend. Verlängert man Schelskys Beobachtungen daher in dieser Linie, so könnte man zugespitzt formulieren: Die Einklammerung der wissenschafts- und hier besonders der erkenntnistheoretischen Fragen brachte der MPG Bewegungsfreiheit. Sie erlaubte es ihr, unter dem Schild ›reiner Forschung‹ vielfältig aktiv zu sein, ohne etwaige politische Ausrichtungen reflektieren oder darüber Erklärungen abgeben zu müssen. Zu dieser Deutung passt es wiederum, dass sich Schelsky in seinem Gutachten auf die Ansätze der zweiten Generation einer »Kritischen Theorie« auf wissenschaftstheoretischer Ebene positiv bezog – und hier als eigentliche Gegenposition den Kritischen Rationalismus benannte. So betonte er, dass er in Bezug auf die Deutung der Sozialwissenschaften mit Habermas immer noch »mehr Übereinstimmung« hätte als mit einer »neopositivistischen Interpretation der Sozialwissenschaften (Popper, Albert, Topitsch)«. In der Konsequenz empfahl er der MPG »dringend« die Einholung eines Gutachtens von dieser Seite.[1136] Dass dies bei der Zusammenstellung der Kommission nicht berücksichtigt worden war, dürfte jedoch kaum ein Zufall gewesen sein. Auch die Konflikte des sogenannten »Positivismusstreits«[1137] wollten sich die Befürworter des IfB offenbar nicht ins Haus holen.

Abschließende Bewertung zur Frage der Trägerschaft: Die in den Gutachten jenseits von Schelskys Stellungnahme theoretisch nur wenig fundierte, aber überwiegend geteilte Sicht auf das enge Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Bildungsforschung wirkte sich in den Antworten auf die übergreifende Frage nach der geeigneten Trägerschaft des Instituts dann in einer merkwürdig halbierten Argumentation aus. So votierten bis auf Schelsky und Gambke (Hanssler enthielt sich) zwar alle Gutachter für die Weiterförderung des Instituts in dem institutionellen Rahmen

---

tungsmanager deutlich vorsichtiger formulierte. So stellte Gambke unter Hinweis auf die hier auch seines Erachtens nach »grundlegende[n] wissenschaftstheoretische[n] und wissenschaftsgeschichtliche[n] Probleme« fest, dass »[e]in »politischer« Bezug [...] für die Bildungsforschung (als Bereich der Sozialwissenschaft) schlechthin konstitutiv« sei und erläuterte: »Die wissenschaftliche Erkenntnis vermag den Gegenstand ihrer Erkenntnis zu beeinflussen, ja, es ist ihr erklärtes Ziel, durch Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Bildungswesens gewissermaßen für den Entwurf der Gesellschaft von morgen tätig zu werden«. Ähnlich wie Schelskys Äußerungen mutet Gambkes nachfolgende Bemerkung geradezu als Ohrfeige für den Stand der wissenschaftstheoretischen Diskussion in der MPG an: »Ich gebe zu, daß es mir schwerfällt, *von dem traditionellen Wissenschaftsverständnis der Geisteswissenschaften aus* zu bestimmen, wann bzw. in welcher Weise in einem Institut dieser Prägung reine, wertfreie Forschung bildungspolitische Bedeutsamkeit gewinnt«. Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 95, Hervorhebung Behm.

1136 Vgl. Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 65–67, Zitate fol. 66.

1137 Dass der »Positivismusstreit«, der mit den Kontrahenten Adorno–Popper und Habermas–Albert in zwei Phasen verlief, durch diverse und offenbar auch strategisch motivierte Missverständnisse der jeweiligen Positionen bestimmt war, macht Dahms plausibel. Aus diesem Grund und da der logische Positivismus beziehungsweise der logische Empirismus und die Position Poppers (Kritischer Rationalismus) nicht ohne Weiteres unter der Überschrift Positivismus subsumiert werden können, wird in dieser Arbeit im Folgenden vom »sogenannten« Positivismusstreit gesprochen. Vgl. Hans-Joachim Dahms: *Positivismusstreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1994.

der MPG. Als zentrales Argument wurde – neben der dort ermöglichten interdisziplinären Arbeit – mehrfach die garantierte »Unabhängigkeit« von politischer Einflussnahme angeführt.[1138] Dass die von den gleichen Experten vorgebrachten wissenschaftstheoretisch gerichteten Überlegungen aber logischerweise zur Prüfung der Frage hätten führen müssen, *welchen* politischen Kurs denn die MPG favorisierte, wurde erneut allein von Schelsky konsequent bedacht. Er charakterisierte die Zukunft des damaligen Bildungsforschungsinstituts unter der Leitung Beckers in der MPG kurzerhand als »Großforschungsinstitut mit [zwar] autonomer, aber in sich vereinheitlichter bildungspolitischer Zielsetzung«, enthielt sich allerdings einer Beurteilung darüber, mit welcher »Zielsetzung« man es dabei zu tun hatte und inwieweit damit eine ähnliche Ausrichtung der MPG-Spitze impliziert wäre.[1139] In Bezug auf die Trägerschaft zog Schelsky dann einen ganz anderen Schluss als seine Mitgutachter. Er offerierte zwei Vorschläge, die beide den seines Erachtens nach notwendigen Basisanforderungen des demokratischen Systems in der Bundesrepublik genügen sollten. Zunächst spielte er kurz die Möglichkeit durch, das Institut direkt den »legitimen, und das heißt demokratisch kontrollierten Instanzen unserer Bildungspolitik« zuzuordnen. Dabei favorisierte er die Bundesebene und hielt das im Oktober 1969 gegründete Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) sowie die beratenden Gremien des BR und WR für die geeigneten Einrichtungen.[1140] Um schon von der Bezeichnung her zu verhindern, dass die »direkte und öffentliche Bildungspolitik [...der] Träger [...] sich auf die ›reine Wissenschaft‹« berufen könnte, sah er einen entsprechend eindeutigen Namen vor: »Bundesanstalt für Bildungsforschung und Bildungsplanung«.[1141] Da es in diesem Fall aber absehbar zu einem regierungspolitischen Übergewicht mit »vereinseitigend[er]« Wirkung kommen würde, plädierte Schelsky im Endeffekt für eine Pluralisierung der Forschungslandschaft, das heißt für die Förderung weiterer Standorte der Bildungsforschung jenseits der MPG und jenseits unmittelbarer staatlicher Träger. Konkret schlug er die Förderung »bildungswissenschaftliche[r] Forschungen in Verbindung mit den verschiedenen Hochschulen und in

---

1138 Allein Hanssler bezog in dieser Frage keine Position, vgl. Bernhard Hanssler, Betr.: Max-Planck-Gesellschaft, Institut für Bildungsforschung in Berlin, Città del Vaticano, 14. 8. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66. Siehe ansonsten ähnlich James B. Conant an Helmut Coing, New York, USA, 21. 8. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 50; Eugen Egger, Gutachten, Universität Genf, Schweiz, 12. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 57 (hier auch die Betonung der notwendigen »Unabhängigkeit« des Instituts, die in einem Ministerium nicht zu sichern wäre); »Peter Martin Roeder, Gutachtliche Äußerung, Hamburg, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 86 und 87 sowie – wenn auch zurückhaltender – Karl Dietrich Erdmann an Helmut Coing, Kiel, 9. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 53. Roth kam nach seinen Erläuterungen des Entstehungs- und Wirkungskontextes des Instituts sogar zu dem Schluss, dass er als Erziehungswissenschaftler »die Max-Planck-Gesellschaft geradezu inständig bitten [müsse], das Berliner Institut ganz unter ihre Obhut zu nehmen. Wenn das theoretische, methodische und personelle Niveau, das sich das Institut in kurzer Zeit zulegen konnte, verloren ginge oder auch nur nicht mehr institutionell autonom gesichert bliebe, wäre der Schaden für die Erziehungswissenschaft unübersehbar«. Zum Abschluss plädierte er weiter gefasst: »Jede andere Trägerschaft gefährdet unter Umständen gerade die autonome Fortentwicklung einer Wissenschaft, die allzu leicht außerwissenschaftlichen Interessen unterstellt werden kann, wenn sie nicht frei und unabhängig arbeiten darf, wenn nicht auch die leitenden Forschungsinteressen zum Forschungsgegenstand gemacht und kritisch reflektiert werden dürfen. Das ist heute am nachhaltigsten an Max-Planck-Instituten gewährleistet.« Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 77, 82.

1139 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 72.

1140 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 72.

1141 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 72. Angemerkt sei, dass dieser Vorschlag Becker auf das Höchste provoziert haben dürfte.

den verschiedenen Ländern in einem wissenschaftlichen Schwerpunktprogramm« vor.[1142] Nur ein »solcher institutioneller Pluralismus« böte seines Erachtens die Chance,

> »sozialwissenschaftliche Forschungen, die ihrem Wesen nach in ihrem Ursprung und in ihrer Auswirkung politisches Engagement und politische Entscheidung erfordern, in ihrem Gesamtzusammenhang dann zu ›objektivieren‹«.[1143]

Inwieweit sich in diesem Vorschlag Schelskys auch die Opposition des Universitätsangehörigen gegen die Existenz des in der MPG eröffneten ressourcengesättigten Forschungsraums respektive das Ziel der Erweiterung eigener Handlungsräume niederschlug, muss offen bleiben. Dass es in dieser Hinsicht erhebliche Animositäten gab, machte Roth in seinem Gutachten deutlich, wenn er die Existenz von »Gegenstimmen« zu seiner Beurteilung der hervorragenden Rolle des Bildungsforschungsinstituts für die Entwicklung der bundesdeutschen Erziehungswissenschaft mit »Neid und Eifersucht« von Seiten der »Kollegen der Universität« erklärte.[1144] Letztlich aber lag mit Schelskys Gutachten ein gewichtiger Vorschlag auf dem Tisch, der dem unaufhebbar politischen Charakter dieser Sozialwissenschaften mit einer institutionellen Lösung begegnete.

Auch Gambke wich im Hinblick auf die Frage der Trägerschaft vom Mehrheitsvotum ab. So sprach er sich grundsätzlich für die Existenz »unabhängiger Institute der Grundlagenforschung« im Bereich der Bildungsforschung aus – und ignorierte damit zugleich den Widerspruch zu seiner eigenen Feststellung, dass ein politischer Bezug »für die Bildungsforschung (als Bereich der Sozialwissenschaft) schlechthin konstitutiv« sei.[1145] Am Ende votierte er aber dafür, die Entscheidung im Fall des Berliner Instituts zu verschieben, da die relevanten Koordinaten der westdeutschen Wissenschaftslandschaft zu stark in Veränderung begriffen seien. Damit meinte er zum einen den Wandel genereller Rahmenbedingungen durch das gerade etablierte BMBW. Hier rechnete er mit einer künftig steigenden Bundesfinanzierung und einer stärkeren zentralen bildungspolitischen Koordination. Zudem verwies er auf die begonnene Transformation des Hochschulsektors in Richtung auf ein System von Gesamthochschulen.[1146] Zum anderen sah Gambke im Nahbereich der Bildungsforschung »die organisatorische Entwicklung, die auch die inhaltliche Gestaltung betrifft, zu sehr im Fluß«, als dass man sinnvoll

---

1142 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 73.

1143 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 73. Schelsky fügte hinzu: »Die Objektivität der auf Anwendung bezogenen Sozialwissenschaften beruht also keineswegs primär auf der Wissenschaftshaltung der einzelnen Forscher, sondern auf der Pluralität der vorhandenen wissenschaftlichen Institutionen dieser Art«, ebd.

1144 Heinrich Roth, Gutachten, Göttingen, 14. 9. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 77.

1145 Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 97, 95.

1146 Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 96. Vgl. dazu zum Beispiel zeitgenössisch: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): *Entwurf. Modell für ein demokratisches Bildungswesen.* Bonn: SPD 1969, Kapitel 3.

über die organisatorische Zuordnung oder die »Abgrenzung der Aufgaben und Ziele des Berliner Instituts« hätte entscheiden können.[1147] Dabei verwies er auf die in Gründung befindlichen Institute und die Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs durch die DFG, über den die Konstanzer Bildungsforschung (mit fast 1,2 Millionen DM) gefördert wurde.[1148] Anders als Schelsky bezog Gambke also keine offen kritische Position und optierte stattdessen für Vertagung, die im Fall einer entsprechenden Entscheidung jedoch unweigerlich den Institutskritikern in die Hände gespielt hätte.

Zweigerts Gutachten: Ergänzend ging schließlich bei der Kommission die im Oktober 1970 verfasste »Gutachterliche Äusserung« Konrad Zweigerts ein. Er hatte sie in seiner Funktion als Vorsitzender des Institutsbeirats und nicht als Mitglied der Kommission geschrieben und plädierte darin für die Verleihung des Status eines Max-Planck-Instituts.[1149] Ohne auf wissenschaftstheoretische Aspekte einzugehen oder Problembereiche etwa im Bereich der Urteilsfindung anzusprechen, versammelte der Kenner der MPG in seinem Gutachten offensichtlich alle diejenigen Argumente, die am ehesten an die offizielle Diktion und Selbstsicht der Forschungsgesellschaft anschließen konnten: Das Institut hätte sich in frühzeitiger strategischer Diskussion für die Grundlagenforschung und gegen anwendungsorientierte Forschung entschieden.[1150] Dem entsprächen seine selbst veranlassten drei großen Projekte: das Sozialisationsprojekt, das Projekt Schulleistung und die so genannte »Manpower-Studie«, wobei es übergreifend »um die Herausarbeitung integrierter sozialwissenschaftlicher Theorien« ginge.[1151] Im Hinblick auf die Organisation würde das Institut aufgrund von dessen interdisziplinärer Anlage und ebenso aufgrund der dort erprobten »Beteiligung« der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen (zunächst im Mitarbeiter-Ausschuss, dann in der Grundsatzkonferenz) einen »Gewinn für die Gesellschaft« darstellen, da hier im Rahmen der MPG »Erfahrungen mit gewissen neuen Organisationsformen« gesammelt würden.[1152] Auf Basis seiner Arbeits- und Organisationsform hätte es das Institut ermöglicht, »die Bildungsforschung in einem umfassenden Sinne in der

---

1147 Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 98.

1148 Gambke wies allgemein auf die Gründung von »Institute[n] für Curriculumforschung und Unterrichtstechnologie« hin. Speziell führte er fünf Einrichtungen an, welche die Lage seit Gründung des IfB verändert hätten: das Kieler Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, das Institut für Fernstudien in Tübingen, das Erlanger Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, das bildungstechnologische Zentrum Wiesbaden sowie das Institut für Berufsforschung und berufliche Bildung in Berlin. Vgl. Gotthard Gambke an Helmut Coing, Hannover-Döhren, 24. 9. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 96–97. Siehe dazu auch die von Hüfner und Naumann erstellte, erheblich weiter gefasste Auflistung von »Institutionen bildungsbezogener Forschung, Entwicklung und Verbreitung« zwischen 1963 und 1967, die auch Angaben zu den Trägern und teilweise Haushaltsansätze enthält: Hüfner und Naumann, *Konjunkturen*, 1977, 165–169.

1149 Konrad Zweigert, Gutachterliche Äusserung, New York/Columbia University, 19. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 63.

1150 Konrad Zweigert, Gutachterliche Äusserung, New York/Columbia University, 19. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 59.

1151 Konrad Zweigert, Gutachterliche Äusserung, New York/Columbia University, 19. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 60.

1152 Konrad Zweigert, Gutachterliche Äusserung, New York/Columbia University, 19. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 62.

Bundesrepublik erst eigentlich [zu] konstituieren«, es würde für diesen Bereich in der Bundesrepublik »in hohem Maße« die »Ausbildungsfunktion« übernehmen und forschungsbasiert »sinnvolle Beratung bildungspolitischer Planungsgremien« durchführen. Insgesamt hätten sich die Institutsstruktur und die Arbeiten »vollauf bewährt«. Schließlich riet Zweigert zur vollen Integration in die MPG, um den unverzichtbaren unabhängigen Status dieser Grundlagenforschung zu garantieren und um »hervorragende Mitarbeiter« am Institut zu halten beziehungsweise »weitere von überragender Qualität zu gewinnen«.[1153] Alle Gutachten wurden dem Generalsekretär der MPG durch den Kommissionsvorsitzenden Coing am 23. Oktober 1970 zugestellt.[1154]

4.1.2 Aufnahme in die MPG unter Bedingungen: Die erwünschte Umfunktionierung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts zum »Kontrollorgan«, Herbst bis Winter 1970

Sitzung der GwS am 30. 10. 1970 und Stellungnahme der Sektion: Eine Woche später, am 30. Oktober 1970, fand die entscheidende Sitzung der GwS statt. Auf dieser wurde auch die Arbeit der Kommission mit dem mündlichen Bericht ihres Vorsitzenden und mit den daran anschließenden Stellungnahmen der einzelnen Kommissionsmitglieder abgeschlossen. Entsprechend des Vorschlags der Kommission beschloss die Sektion im Ergebnis mit 14 Stimmen bei zwei Enthaltungen, dem Senat die Aufnahme des Instituts für Bildungsforschung in die MPG zu empfehlen.[1155] Das in diesem Fall karge Protokoll, das nur die Ergebnisse festhielt, gibt keinen Hinweis darauf, dass der Empfehlung eine Diskussion vorangegangen war. Diese erschließt sich erst über die handschriftlichen Notizen eines Vertreters der Generalverwaltung. Sie dienten offensichtlich dazu, das Wesentlichste in knappen Anmerkungen festzuhalten, was den notierten Aspekten umso mehr Gewicht verleiht.

Demnach bestand zum Ersten immer noch ein gehöriges Misstrauen gegenüber der wissenschaftlichen Qualität des Institutsleiters. So hatte Ulmer nach der »Leitung *als* MPI!« gefragt, woraufhin Weizsäcker etwas hilflos erklärte, dass »Becker als Manager nicht als Wissenschaftler« zu betrachten sei.[1156] Zum Zweiten zeigen die Notizen, wie zentral der politische Aspekt, also konkret die Verbindung des Instituts mit den »Studentenunruhen« und linken Reformansätzen, für dessen Bewertung innerhalb der MPG war. Denn Coing stellte in seinem einleitenden Bericht demnach nicht nur die Gutachten vor. Er hielt es auch für notwendig, ergänzend auf die »Rolle des Institut[s] bei Gründung der kritischen Uni« einzugehen und diese mit der Bemerkung zu relativieren, dass es eine Beteiligung »nur auf unterer Assistentenebene« gegeben habe – was bereits angesichts des von Goldschmidt im Rahmen der KU betreuten Seminars nicht den

1153 Konrad Zweigert, Gutachterliche Äusserung, New York/Columbia University, 19. 10. 1970. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 63.

1154 Sekretariat Helmut Coing an das Sekretariat Friedrich Schneider, 23. 10. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 48.

1155 Protokoll der Sitzung der GwS vom 30. 10. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1249, fol. 3.

1156 [Handschriftliche Notizen, Edmund Marsch], Protokoll der Sitzung der GwS vom 30.10.70, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 46; Hervorhebung Behm.

Tatsachen entsprach.[1157] Dass die Bewertung der linkspolitischen Aktivitäten die Entscheidungsfindung in der MPG offenbar erheblich beeinflusste, blieb in der offiziellen Überlieferung der Sitzung insofern nahezu ausgespart.[1158] Zum Dritten und für die weitere Entwicklung des Instituts ausschlaggebend war die Sektion nicht mehr bereit, ihre Zustimmung ohne Rückversicherung zu gewähren. So ist in den Notaten als Beitrag Moslers festgehalten: »Wie lange kann man die Ziele und Ergebnisse [des] MPI noch unkontrolliert lassen. Anregung: Beirat als Kontrollorgan«.[1159] Offensichtlich verlangte man also jetzt nach Kontrollmöglichkeiten über die künftige wissenschaftliche und bildungspolitische Zielsetzung der Institutsarbeit und die Prüfung seiner Ergebnisse.

Dass Moslers »Anregung« eine der Kernforderungen der GwS widerspiegelte, zeigte sich in deren bereits erwähnter abschließender Stellungnahme, die Anfang November 1970, im Nachgang zu der Sitzung vom 30. Oktober verschriftlicht wurde[1160] und welche die Grundlage für die beiden noch ausstehenden Beratungen von Verwaltungsrat und Senat bildete. Auf den Großteil der darin aufgeführten Argumente braucht an dieser Stelle nicht eingegangen werden, da sie im Wesentlichen auf die schon dargestellten Expertisen der Gutachter rekurrierten, allerdings ohne auf die wissenschaftstheoretische Dimension einzugehen. Diese blieb ebenso wie die damit gekoppelte Reflexion auf die politische Verortung der MPG ausgeblendet.[1161] Schelskys Erörterungen waren und blieben daher im doppelten Sinn unerhört. Dies hatte der Soziologe im Übrigen bereits vorhergesehen, denn er schloss sein Gutachten bereits mit der Erwartung ab, ignoriert zu werden:

1157 In der Mitschrift der Generalverwaltung heißt es zum Bericht des Kommissionsvorsitzenden kurz und bündig: »TO 1.) Bildungsforschung[.] Coing trägt schriftliche Gutachten mündlich vor und geht auf Rolle des Instituts bei Gründung der kritischen Uni ein (periphere Beteiligung und nur auf unterer Assistentenebne). Vorschlag Coing Bildungsforschung in die MPG integrieren«. Vgl. [Handschriftliche Notizen, Edmund Marsch], Protokoll der Sitzung der GwS vom 30. 10. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 576, fol. 46.

1158 Für diese Handhabung spricht auch, dass diese Thematik in der vergleichsweise ausführlichen Niederschrift über die bereits geschilderte, erste Befassung der Sektion mit der Institutsintegration im Juni 1970 nur an einer einzigen Stelle und nur äußerst zurückhaltend aufschien, wenn nämlich für Heimpel festgehalten wurde, dass ihm »der Stil des Instituts nicht immer gefallen« habe. Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 10.

1159 [Handschriftliche Notizen, Edmund Marsch], Protokoll der Sitzung der GwS vom 30.10.70, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 46; Hervorhebung in der Frage Ulmers durch Behm.

1160 Die Stellungnahme erfolgte unter dem Briefkopf des Sektionsvorsitzenden und war von Coing unterzeichnet. Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft zur Frage der Aufnahme des »Instituts für Bildungsforschung« in die Max-Planck-Gesellschaft, 5. 11. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 38–42.

1161 Stattdessen wurde in der Stellungnahme den Voten von Gambke und Schelsky, die Entscheidung zu vertagen beziehungsweise die Ansätze der Bildungsforschung institutionell jenseits der MPG zu fördern und zu pluralisieren, viel Raum gegeben. Letztlich gelangte die GwS im Hinblick auf die Stellung des Instituts im Feld der westdeutschen Bildungsforschung übergreifend zu dem Schluss, dass derlei Ansätze wissenschaftspolitisch breit gefördert werden sollten, dass das IfB keine Monopolstellung anstrebe und eine Aufnahme des Instituts in die MPG den in Gang befindlichen Veränderungsprozess in diesem Feld nicht behindern würde. Vgl. Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft zur Frage der Aufnahme des »Instituts für Bildungsforschung« in die Max-Planck-Gesellschaft, 5. 11. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 41.

> Sehr verehrter Herr Coing, ich fürchte, daß ich mit diesen gutachterlichen Äußerungen über das Ziel ihrer Fragen weit hinausgeschossen bin. Ihre Sektion hat es aber in der Hand, die damit von mir aufgeworfenen Fragen zu ignorieren.[1162]

Im Ergebnis riet die Sektion in ihrer Sitzung von Ende Oktober 1970 zwar zur Aufnahme des IfB in die MPG, flankierte dieses Votum aber mit der Empfehlung, »zu prüfen, ob der Wissenschaftliche Beirat des Instituts nicht umgebildet werden könnte«. Zum einen sollten dort »die Vertreter der verschiedenen bildungspolitischen Zielsetzungen zu Worte kommen«, zum anderen »alle größeren Forschungspläne des Instituts« diskutiert werden.[1163] Das hieß im Klartext, dass das Institut nach dem Wunsch der Sektion im Hinblick auf seine künftige Entwicklung sowohl in bildungspolitischer als auch in wissenschaftlicher Hinsicht unter Beobachtung eines noch zu besetzenden neuen Beirats stehen würde und damit in seiner strategischen Bewegungsfreiheit durchaus eingeschränkt werden könnte. Der Vorschlag von Mosler, der einen »Beirat als Kontrollorgan« gefordert hatte, tauchte in der Stellungnahme der Sektion dann zwar nicht mehr expressis verbis als Bedingung der Integration auf. Vielmehr sprach man hier nun etwas verdaulicher von der Weiterentwicklung des Beirats zu einem »Diskussionsforum«. Geschuldet war diese zurückhaltende Formulierung aber nicht allein den höflichen Umgangsformen der Forschungsgesellschaft. Vor allem war die MPG an ihre Satzung gebunden, welche eine solche Ausweitung der Zuständigkeiten und Kompetenzen des Beirats für ein Max-Planck-Institut, das zuvörderst über seine hohe Autonomie in Forschungsfragen gekennzeichnet war, damals noch nicht zuließ. Darauf weist auch die Bemerkung in der Stellungnahme der GwS hin, dass »das Institut an Entscheidungen des Wissenschaftlichen Beirates nicht gebunden werden« sollte.[1164] Letztlich blieb die Sektion mit ihrer Empfehlung aber dennoch exakt auf Moslers Linie. Sie ging damit wohl annähernd an die Grenze dessen, was innerhalb der MPG an Kontrollmöglichkeiten gegenüber der wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Entwicklung eines Instituts mittels des Instruments eines Wissenschaftlichen Beirats im Rahmen der Satzung bis dato möglich war.

Abschluss – Sitzungen von Verwaltungsrat und Senat am 23./24. 11. 1970: Auf Basis der Stellungnahme der Sektion befasste sich der Verwaltungsrat mit der Angelegenheit am 23. November 1970, um für den am nächsten Tag zusammenkommenden Senat eine Empfehlung vorzubereiten. Ähnlich wie in der GwS gab es skeptische Nachfragen.[1165] Wurster stellte zudem die unver-

---

1162 Helmut Schelsky an Helmut Coing, Münster/St. Mauritz, 22. 7. 1970, [Gutachten]. AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 73.

1163 Vgl. zu den zitierten Passagen hier und in der folgenden Befassung mit dem Votum der GwS: Stellungnahme der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft zur Frage der Aufnahme des »Instituts für Bildungsforschung« in die Max-Planck-Gesellschaft, 5. 11. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 576, fol. 42.

1164 Zudem war der Rat zur Umfunktionierung des Beirats in der Stellungnahme auch formell nicht in der abschließenden Empfehlung enthalten, sondern in dem vorangehenden Abschnitt.

1165 Wohl auch angesichts der insgesamt 30 Tagesordnungspunkte fiel die Diskussion kurz aus. Neben dem Präsidenten und dem in der Sektionssitzung anwesenden Mitarbeiter der Generalverwaltung Edmund Marsch meldeten sich nur Dohrn und Wurster zu Wort, beide, wie gesagt, in kritischer Diktion. Dohrn etwa brachte die Option ins Gespräch,

hohlene Drohung in den Raum, dass die MPG auch bei einer Zustimmung »künftig sehr sorgfältig zu prüfen haben [werde], welche Wissenschaftler an das Institut für Bildungsforschung berufen werden«.[1166] Das ließ für die noch ausstehende Prüfung der Berufungen von Becker, Edding, Goldschmidt und Robinsohn zu Wissenschaftlichen Mitgliedern nichts Gutes ahnen. Aber zunächst ermöglichte die Vereinbarung über eine künftige Umfunktionierung des Beirats auch im Verwaltungsrat einen positiven Beschluss. Butenandt jedenfalls versicherte, dass die beabsichtigte »neue Zusammensetzung« des Beirats »nicht nur der Gewinnung jüngerer Mitglieder, sondern auch der Wahrnehmung ihm neu zu übertragender Befugnisse in bezug auf eine *Erfolgskontrolle* dienen« werde. Dass er damit die von der Sektion beabsichtigte ex ante-Kontrolle über die strategischen Entscheidungen des Instituts begrifflich unter der Hand in Richtung der deutlich weniger einschränkenden Form einer ex post-Kontrolle abmilderte, sei hier nur angemerkt.[1167] Schlussendlich blieb die geschilderte Auflage informell, wurde also nicht in den Verwaltungsratsbeschluss integriert. Empfohlen wurde dem Senat »die Eingliederung des Instituts für Bildungsforschung in die Max-Planck-Gesellschaft als Max-Planck-Institut«.[1168]

Als dann schließlich der Senat über die Empfehlung des Verwaltungsrats am Folgetag zu entscheiden hatte, blieb eine intensive Diskussion aus. Das Wort ergriffen bis auf Wurster allein die Befürworter einer vollen Integration, am ausführlichsten der Sektions- und Kommissionsvorsitzende Coing, der die GwS-Stellungnahme erläuterte und selbst auf bestehende »Zweifel« Bezug nahm.[1169] Im Vordergrund der Argumente für die Aufnahme standen dabei die wissenschaftliche Qualität und der innovative Charakter der am Institut betriebenen Forschung sowie der Hinweis auf die hervorragende Bedeutung der Institutsarbeiten für den BR sowie die internationale Reputation des Institutsleiters und der Direktoren.[1170] Das Verhältnis von Wissen-

---

»in einigen Jahren für das Institut einen anderen Finanzierungsträger« zu finden. Dies wies der Präsident mit dem Hinweis auf eine entsprechende Erörterung in der Kommission, in der diese Option »ausdrücklich [...] verneint« worden sei, ab. Protokoll der 88. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 63 verso–54, Zitat fol. 53 verso.

1166 Protokoll der 88. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 54.

1167 Protokoll der 88. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 54; Hervorhebung Behm.

1168 Protokoll der 88. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 54.

1169 Eingeleitet wurde das Thema durch Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Hans Leussink (1912–2008) und durch den Nobelpreisträger und Direktor des MPI für Zellchemie in München Feodor Lynen (1911–1979), denen im Protokoll die Frage zugeordnet ist, ob »die Gründe, die nicht zu einer sofortigen Aufnahme in die Max-Planck-Gesellschaft geführt haben, nun ausgeräumt seien«. Es antworteten Butenandt, Schneider und Coing, die einzige kritische Anmerkung kam von Wurster. Vgl. Protokoll der 67. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 41–42.

1170 Coing erklärte beispielsweise, dass die Sektion vom »wissenschaftliche[n] Rang« der Institutsarbeiten überzeugt sei und dem Institut angesichts des von ihm betretenen »wissenschaftliche[n] Neuland[s] [...] eine verhältnismäßig lange Anlaufzeit« seiner Arbeiten zuzubilligen sei. Schneider wies darauf hin, in welchem hohen Maß die jüngst veröffentlichten Empfehlungen des Bildungsrats auf den Arbeiten des Instituts basierten (»zu 40%«) und führte das »sehr große[...] Ansehen« der Institutsleiter »im Ausland« an. Protokoll der 67. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 42.

schaft und Politik wurde nur vage angesprochen und die Ebene der theoretischen Reflexion blieb ausgeblendet. Wie Coing übergreifend anführte, hielt es die Sektion für die zentrale »Aufgabe« des Instituts, »für Fragen bildungspolitischer Art Wissensgrundlagen durch die Anwendung der Methoden der empirischen Sozialforschung zu gewinnen«.[1171]

Am Ende folgte der Senat dem Votum des Verwaltungsrats bei einer Enthaltung einstimmig und beschloss, das Institut für Bildungsforschung »mit Wirkung vom 1. Januar 1971 als Max-Planck-Institut zu übernehmen«.[1172] Allerdings hatte Wurster seine Warnung, die Berufung der Wissenschaftlichen Mitglieder des Instituts künftig sehr genau prüfen zu wollen, im Verwaltungsrat nicht von ungefähr geäußert. Er wiederholte sie vor dem Senat und insistierte zugleich auf der »Umgestaltung des Wissenschaftlichen Beirats«.[1173] Coing stimmte beidem zu und da im Senatsprotokoll der Passus aus der Stellungnahme der GwS zur Umbildung des Beirats annähernd wörtlich aufgenommen wurde, trat dieser Punkt als informelle Bedingung neben den Aufnahmebeschluss. Zugleich war damit jeglicher Automatismus zwischen der vollen Integration des Instituts in die MPG und der Berufung seiner Direktoren zu Wissenschaftlichen Mitgliedern ausgeschlossen.[1174]

Übermittlung an Becker und Signale der Unterstützung durch den Präsidenten: Mit Schreiben vom 16. Dezember 1970 informierte der Präsident den Institutsleiter über die Senatsentscheidung, beglückwünschte ihn und seine »Mitarbeiter«, setzte Becker aber zugleich über die Auflagen so diplomatisch wie möglich in Kenntnis. In beiden Fragen bot er Becker seine Unterstützung an und schlug für eine baldmögliche persönliche Abstimmung anlässlich seines Aufenthalts in Berlin Anfang Februar 1971 zwei Tagesordnungspunkte vor. Wie es in Butenandts Brief hieß, sollte zum einen über die »Probleme[, die] sich aus Ihrer Sicht im Zusammenhang mit den Berufungen zu Wissenschaftlichen Mitgliedern ergeben« gesprochen werden. Hier hallte offenbar Wursters Warnung nach. Zum anderen wollte er sich mit Becker über »die Umwandlung des wissenschaftlichen Beirates des Instituts« austauschen, insbesondere über Beckers Vorschläge »zur neuen Zusammensetzung«. Berücksichtigt man Butenandts sehr genauen Umgang mit Sprache, so drückte sich in der Wortwahl des Schreibens in diesem Punkt eine gewisse Distanz gegenüber der Senatsentscheidung aus.[1175] Dies konnte Becker, welcher

---

1171 Protokoll der 67. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 42.

1172 Protokoll der 67. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 43.

1173 »Herr Wurster tritt für die Umgestaltung des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts ein. Bei den in absehbarer Zeit anstehenden Personalfragen müsse mit größter Sorgfalt vorgegangen werden«. Protokoll der 67. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 42.

1174 Coing merkte unmittelbar im Anschluss an Wursters Wortmeldung an, dass auch die Sektion sich »ausdrücklich vorbehalten habe, über die Wissenschaftlichen Mitglieder erst später zu entscheiden«. Daraufhin folgt in der Niederschrift die entsprechende Passage zur Umbildung des Beirats aus der Sektionsstellungnahme. Protokoll der 67. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 67.SP, fol. 42.

1175 Butenandt schrieb: »*Der Senat hat die Ansicht vertreten*, daß der wissenschaftliche Beirat, dem bei dem Aufbau des Instituts mehr die Funktion eines Gründungssenats zugekommen ist, sich *etwas stärker als bisher* zu einem Diskussionsforum entwickeln sollte, in dem die Vertreter der verschiedenen bildungspolitischen Zielsetzungen zu Worte kommen können und in dem alle größeren Forschungspläne des Instituts diskutiert werden«. Vgl. Adolf Butenandt an Hellmut Becker, 16. 12. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 578, fol. 12; Hervorhebungen Behm.

derlei Signale zu lesen verstand, für sich durchaus als Freiraum auslegen – jedenfalls solange Butenandt noch als Präsident der MPG amtierte. Im Übrigen teilte Butenandt mit, die entsprechenden Beratungen über Becker, Goldschmidt, Edding, Robinsohn und auch über Edelstein umgehend beim Sektionsvorsitzenden zu veranlassen.[1176] Mit der geplanten Berufung Edelsteins zum Wissenschaftlichen Mitglied sollte dabei offenbar dessen hervorgehobene Position am Institut gewürdigt werden, wo er seit Gründung in die Leitungskonferenz integriert war.

4.1.3 Weitere Warnschüsse und ein Aufflackern wissenschaftstheoretischer Kontroversen (»Finalisierungstheorie«): Das Verfahren zur Berufung der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB, 1971–1973

Zur Konfliktvermeidung vorgezogen – die Berufung Beckers: Die Berufung Hellmut Beckers zum Wissenschaftlichen Mitglied an der mittlerweile als Max-Planck-Institut für Bildungsforschung[1177] bezeichneten Einrichtung vollzog sich dann noch relativ reibungslos. Auf Bitte des Präsidenten befasste sich die GwS am 23. Juni 1971 mit der Angelegenheit und nach knapp fünf Monaten beschloss der Senat auf Basis der Sektionsempfehlung die Berufung Beckers einstimmig und ohne Diskussion.[1178] Eingesetzt worden war von der GwS zuvor eine Kommission mit den Mitgliedern Jescheck, Vierhaus, C. F. von Weizsäcker und Zweigert, die ihr Votum mit der Sektion im schriftlichen Verfahren abstimmte.[1179] Dass die Berufung dennoch kein Selbstläufer gewesen war, zeigt ein Vermerk aus der Generalverwaltung vom März 1971. Demnach wurde es als Voraussetzung für einen weitgehend konfliktfreien Verlauf des Verfahrens betrachtet, Beckers Fall von der Frage der Berufung der übrigen Direktoren abzutrennen und vorgezogen zu behandeln.[1180] Dahinter stand vermutlich das Kalkül, dass sich die MPG im Hinblick auf Becker in einem starken Zugzwang befand. Nachdem das Bildungsforschungsinstitut einmal als MPG-würdig anerkannt worden war, konnte gerade nach der Logik des Harnack-Prinzips

---

1176 Vgl. Adolf Butenandt an Hellmut Becker, 16. 12. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 578, fol. 12.

1177 Im Jahrbuch der MPG von 1971 wurde das Institut unter dem neuen Namen geführt, in die Institutssatzung wurde dieser erst mit deren Modifikation am 23. November 1973 aufgenommen. Vgl. Veröffentlichungen der Max-Planck-Gesellschaft. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1971, 199–453, hier 201; zum Datum der Satzung: Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 169.

1178 Protokoll der Sitzung der GwS vom 23. 6. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1431, fol. 20 und Protokoll der 70. Sitzung des Senates vom 19. 11. 1971 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 80.SP, fol. 41.

1179 Ob die mit der Einsetzung der Kommission verbundene Verzögerung der Sektionsempfehlung mit der Person Beckers oder mit der zu Anfang des Jahres von der GwS vereinbarten Handhabung von Berufungsverfahren zusammenhängt, lässt sich nicht klären. Im offiziellen Ergebnisprotokoll der GwS vom Sommer 1971 wurde die Einsetzung der Kommission mit der Rücksicht auf den Verfahrensbeschluss begründet. In der inoffiziellen Mitschrift von Seiten der Generalverwaltung heißt es: »Zur Berufung Becker: Die Sektion hat hierzu – da Widerspruch gegen eine sofortige Empfehlung erfolgte – die frühere Kommission (Aufnahme der Bildungsforschung in MPG) eingesetzt«. Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 23. 6. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1431, fol. 20 und [Handschriftliche, dreiseitige Protokollnotiz von Dietmar Nickel], Zur Berufung Becker, Sitzung der GwS vom 23. 6. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1431, fol. 9 – 10, Zitat fol. 9.

1180 »Zur Berufung von Professor Becker, Professor Edding, Professor Goldschmidt, Professor Robinsohn und Dr. Edelstein zu Wissenschaftlichen Mitgliedern bestehen im Augenblick keine Probleme, nachdem entschieden ist, die Berufung von Professor Becker vorzuziehen«. Winfried Roeske, Vermerk für den Herrn Präsidenten, Betr.: Reise Berlin am 11. und 12. 3. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 579, fol. 205.

kaum die Person abgelehnt werden, mit der die Existenz der Einrichtung bereits während des Gründungsverfahrens untrennbar verknüpft war und die das Institut seitdem öffentlichkeitswirksam geleitet hatte. Diese Logik griff, obwohl Becker – wie es Weizsäcker im Herbst 1970 in der GwS formuliert hatte – in der MPG eher in seiner Qualität als Manager denn als Wissenschaftler gesehen wurde. Und sie griff, obwohl die wissenschaftliche wie die politische Entwicklung, die das Institut unter diesem Direktor genommen hatte, in Teilen der MPG auf immer massiveren Widerstand stieß, der durch die Gründung des Starnberger Instituts noch verstärkt worden war.

Allerdings hätte sich die MPG eine Ablehnung des Institutsdirektors angesichts der für diesen Fall zu erwartenden öffentlichen Reaktionen wohl auch kaum leisten können. Wie skizziert, war die Forschungsgesellschaft damals medial mit massiven Vorwürfen konfrontiert, ein Hort des Konservatismus zu sein und Wirtschaftsinteressen ungebührlich nahe zu stehen. Becker wiederum war in der Bundesrepublik bildungspolitisch hoch profiliert, konnte in gewisser Weise als ›Gesicht des Bildungsrats‹ gelten und stand für eine linksliberal apostrophierte, umfassende strukturelle Reform des Bildungswesens. Zwar begann die Reformeuphorie unter wissenschaftlichen wie bildungspolitischen Expert*innen bereits seit Ende der 1960er Jahre zu bröckeln. Zu denken ist etwa an die Äußerung einer der besten Kennerinnen der Entwicklungen, der FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher (1921–2016). Sie sprach bereits im Mai 1969 angesichts der »gesellschaftspolitischen Erschütterungen« von einer Verwandlung des Feldes bildungspolitischer Auseinandersetzungen in einen »ideologischen Kriegsschauplatz«, von der »Infektion allgemeiner Ratlosigkeit und Unsicherheit« und von »allgegenwärtige[r] Enttäuschung«.[1181] Dennoch befanden sich weite Teile der bundesdeutschen Gesellschaft noch ganz im Schub gesellschaftlicher Aufbruchstimmung und Veränderungsdynamik, für deren Breite, visionäre Begeisterung und optimistische Kraft Brandts Regierungserklärung von Oktober 1969 exemplarisch steht.[1182] Beckers Berufung war in der MPG also gewissermaßen gesetzt.

Mehrere Anläufe zur Berufung der Wissenschaftlichen Mitglieder, 1972–1973: Die sich in Wursters Drohung einer »sehr sorgfältig[en]« Prüfung der kommenden Personalvorschläge ausdrückende skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber dem MPIB kam erst bei den Anträ-

---

1181 Vgl. Hildegard Hamm-Brücher: Zur Konzeption der Festschrift für Ernst Schütte. In: Hans W. Nicklas (Hg.): *Politik, Wissenschaft, Erziehung. Festschrift für Ernst Schütte.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1969, 5–7, Zitate 5 und 6. Hamm-Brücher war zu diesem Zeitpunkt noch Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium und wechselte im Oktober 1969 in dieser Funktion in das BMBW, das von der sozial-liberalen Koalitionsregierung neu eingerichtet wurde und unter Führung Leussinks stand. Mit vielen der leitenden Personen des Bildungsforschungsinstituts und den dort vorangetriebenen Reformansätzen war Hamm-Brücher bestens vertraut, etwa im Kontext der in Hessen 1967 begonnenen Curriculum-Reform (»Lehrplanrevision«), die anfänglich von Robinsohn (auf Hamm-Brüchers Einladung hin), Raschert und vor allem von Edelstein informiert und unterstützt worden war. Als sie in das Leussink-Ministerium wechselte, wurde zudem Ingo Richter, wie er schrieb, »für ein halbes Jahr von der Max-Planck-Gesellschaft an das BMBW ›ausgeliehen‹«, er habe sich unter ihrer Führung allerdings nicht entfalten können. Vgl. Becker, Bonn und Groddeck, *Demokratisierung*, 1974, 135–173, bes. 137–139 und Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 146–148, Zitat 147. Petra Weber arbeitet am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München an einer Biographie Hamm-Brüchers.

1182 Vgl. Willy Brandt: Abgabe der Erklärung der Bundesregierung. In: *Plenarprotokoll 6/5.* Bonn: Deutscher Bundestag 28. 10. 1969, 20–34. https://dserver.bundestag.de/btp/06/06005.pdf. Zuletzt aufgerufen am 15. 1. 2021.

gen zur Berufung von Edding, Goldschmidt, Robinsohn und Edelstein zu Wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts zum Tragen. Im Vergleich zu Beckers Fall verliefen die Verfahren diesmal ungleich holperiger. Das galt vor allem für den wissenschaftlich offenbar nicht leicht einzuordnenden und politisch exponierten Goldschmidt sowie für Peter Martin Roeder, der in der MPG noch kaum bekannt war. Wie erwähnt, war er von Becker im laufenden Verfahren anstelle des am 10. April 1972 plötzlich verstorbenen Robinsohn vorgeschlagen worden.[1183]

Ergebnisse im Überblick: Betrachtet man das Verfahren zunächst im Überblick, glich dieses formell dem von Beckers Berufung, wobei die Personalvorschläge dem Präsidenten in diesem Fall vom Institutsleiter unterbreitet wurden. Nachdem Butenandt die Sektion um ihre Stellungnahme zu diesen Vorschlägen gebeten hatte, konstituierte die GwS Ende Januar 1972 eine Kommission zu deren Prüfung. Dieser gehörten neben den in Sachen des Instituts erfahrenen Mitgliedern Jescheck und Zweigert zudem Jürgen Habermas und Josef Fleckenstein an. Habermas war mit den Angelegenheiten des MPIB hervorragend vertraut und gerade im Vorjahr von seiner Frankfurter Professur an das Starnberger Institut gewechselt. Seit Anfang September 1971 leitete er dort als Direktor den neu geschaffenen zweiten Arbeitsbereich »Theorie der Sozialisation, Entwicklung von Gesellschaftsformen«.[1184] Der Mediävist Fleckenstein war im November 1970 als Heimpels Nachfolger am Göttinger MPI für Geschichte zum Wissenschaftlichen Mitglied und im Oktober des darauffolgenden Jahres zum Direktor am Institut berufen worden. Dies leitete er fortan zusammen mit Vierhaus in einer Doppelspitze.[1185] Insgesamt brauchten die zuständigen Gremien der MPG von der Einleitung der Prüfungen im Januar 1972 an diesmal fast genau eineinhalb Jahre, um mit Senatsbeschluss vom 28. Juni 1973 Edding, Edelstein, Goldschmidt und Roeder in zweiter Lesung zu Wissenschaftlichen Mitgliedern des Instituts zu berufen.[1186] Der Verlauf der Diskussionen spiegelt die zunehmende Kritik am MPIB in der Forschungsgesellschaft, wobei es eine zentrale Rolle spielte, dass seit 1972 ein neuer Präsident an der Spitze der MPG stand. Zudem wurde die Lage offenbar auch durch erste Publikationen aus dem Starnberger Institut beeinflusst, in denen das Programm der Grundlagenforschung wissenschaftstheoretisch massiv kritisiert wurde.

1183 Protokoll der Sitzung der GwS vom 27. 10. 1972, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1435, fol. 8. Becker beantragte die Einsetzung einer Kommission, welche die Stellungnahme der Sektion im Hinblick auf Roeder vorbereiten sollte. Die GwS übertrug diese Aufgabe der bestehenden Kommission, die seit Januar des Jahres zur Berufung von Edding, Edelstein und Goldschmidt arbeitete.

1184 Habermas war im März 1971 zum Direktor am Starnberger Institut und Wissenschaftlichen Mitglied der MPG berufen worden und nahm seine Tätigkeit zum 1. September desselben Jahres auf. Die Entwicklung des Bildungsforschungsinstituts hatte er seit dessen Konzeption beratend begleitet, er gehörte zum neuen Wissenschaftlichen Beirat und wie eng die personellen und wissenschaftlichen Verbindungen zwischen Starnberg und Berlin waren, wurde im vorigen Kapitel skizziert, wenn auch ein systematischer Vergleich noch Desiderat ist. Der Titel von Habermas' Arbeitsbereich am MPIL unterstreicht jedenfalls einmal mehr die Nähe zwischen beiden Einrichtungen. Zu den genannten Daten von Habermas' Berufung und zum Titel der Abteilung siehe Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 888.

1185 Zur Berufung Fleckensteins, seiner Biographie und seinem Wirken am Institut siehe mit weiterer Literatur Schöttler, *Das Max-Planck-Institut für Geschichte*, 2020, 8–12 und Kapitel II, bes. 13–18.

1186 Protokoll der Sitzung der GwS vom 27. 1. 1972, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1432, fol. 33 und Protokoll der 75. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP, fol. 38–41; Beschlüsse: fol. 40–41.

Kritik und Verteidigung, Senatssitzung am 9. 3. 1973: Schwierigkeiten hatten sich bereits in der Sitzung der zuerst mit der Angelegenheit befassten GwS angedeutet. Für Goldschmidt und Roeder wurden jeweils zweite Lesungen erforderlich, wenn auch für Roeder nur aus formellen Gründen.[1187] Am klarsten zeigten sich die Probleme aber in der nachfolgenden Befassung des Senats am 9. März 1973, in dem sich jetzt sowohl nichtwissenschaftliche Senatsmitglieder aus Wirtschaft und Politik als auch Fachvertreter der übrigen Sektionen der MPG zu den Personalvorschlägen äußern konnten. Auf Basis der Sektionsempfehlungen hatte der Verwaltungsrat dem Senat eigentlich die Berufung der vier Wissenschaftler »in einer Lesung« empfohlen.[1188] Dort brachen jedoch jetzt die Konflikte auf. Am Ende stand in Bezug auf Goldschmidt und Roeder ein für MPG-Verhältnisse desaströses Abstimmungsergebnis. Während die positiven Sektionsvoten für Edding und Edelstein mit jeweils 18 Ja-Stimmen zu zwei Enthaltungen vom Senat klar akzeptiert wurden, standen im Fall Goldschmidts zehn Ja-Stimmen die gleiche Anzahl von Enthaltungen gegenüber, während das Ergebnis bei Roeder sogar nur acht zu zwölf ausfiel. Damit war die Berufung zwar in erster Lesung erfolgt, beschlossen wurde aber eine zweite Lesung. Auflage war, dass sie auf einer verbesserten Informationsgrundlage stattfinden sollte, sowohl im Hinblick auf das wissenschaftliche Profil der vorgeschlagenen Wissenschaftler als auch in Bezug auf die Aufgaben und die Tätigkeit des Instituts seit seiner Gründung.[1189]

Was war im Senat nun vorgefallen und woran hatte sich die Kritik jenseits des Wissensdefizits in Bezug auf die Kandidaten festgemacht? Gleich zu Beginn der Sitzung war deutlich geworden, dass sich im Senat der MPG mittlerweile eine starke Fraktion von Kritikern gebildet hatte, der es weniger um die Diskussion der zur Berufung anstehenden Wissenschaftler als vielmehr um prinzipielle Vorbehalte gegenüber dem MPIB ging. So kam der Sektionsvorsitzende Coing, der den Tagesordnungspunkt einleitete und gerade die einzelnen »seit langem am Institut tätigen Herren« vorstellen wollte, nicht weiter als bis zum ersten Personalvorschlag. Hans Leussink, Alfred Gierer und Wolff von Amerongen intervenierten und lenkten vor der »weitere[n] Schilderung der einzelnen Kandidaten« die Diskussion auf die von ihnen geäußerten »grundsätz-

---

1187 Auf der Sektionssitzung am 27. Oktober 1972 wurden die positiven Voten der Kommission für Edding und Edelstein klar bestätigt, Goldschmidt verfehlte die notwendige absolute Mehrheit der Mitglieder auch nach einer zweiten Abstimmung nach dem Eintreffen von Fleckenstein und Vierhaus (13 Ja-Stimmen zu sechs Nein-Stimmen und einer Enthaltung). In der zweiten Lesung im Januar 1973 passierte dann die Empfehlung für Goldschmidt mit diesmal eindeutigem Ergebnis (zehn Ja- zu einer Nein-Stimme). Dazu mochte auch beigetragen haben, dass sich Zweigert, der an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, in einem Schreiben an den GwS-Vorsitzenden vorab positiv zu dessen Berufung geäußert hatte. Zweigert war in der Sektion hoch angesehen und amtierte seit 1967 auch als Vizepräsident der MPG. Dass in der gleichen Sitzung bei der Abstimmung über die Berufung des inzwischen in das Verfahren aufgenommenen Roeder eine zweite Lesung notwendig wurde, hing mit der geringen Zahl der anwesenden Mitglieder zusammen, welche für die formell notwendige absolute Mehrheit der Mitglieder nicht ausreichte. In der zweiten Lesung zur Berufung Roeder bestätigte die GwS im Juni 1973 die positive Stellungnahme der Kommission mit 16 Ja-Stimmen zu einer Enthaltung. Vgl. Protokoll der Sitzung der GwS vom 27. 10. 1972, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1435, fol. 8; Protokoll der Sitzung der GwS vom 26. 1. 1973, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1436, fol. 17–18 sowie die Übersicht der zu dieser Sitzung eingegangenen Schreiben an den Sektionsvorsitzenden, fol. 110; Protokoll der Sitzung der GwS vom 26. 6. 1973, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1437, fol. 59. Zur Amtszeit von Zweigert als Vizepräsident der MPG Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 920.

1188 Protokoll der 96. Sitzung des Verwaltungsrates vom 8. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 96.VP, fol. 175.

1189 Vgl. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.VP, fol. 207–208.

liche[n] Bedenken« um.[1190] In der sich danach entwickelnden Debatte wurde die Kandidaten-Frage dann auch nur noch an zwei Stellen etwas näher adressiert: Erstens bemängelten Gierer und Jürgen Aschoff (1913–1998), dass die »vorgelegten Laudationes« für eine Beurteilung nicht ausreichten und die »Sektionsempfehlungen« nicht eindeutig seien (»deutlich unterschiedliche Grundtöne«).[1191] Zweitens plädierte Coing dafür, »die Verwicklung einzelner Mitarbeiter in politische Auseinandersetzungen, z. B. die Konflikte an der Freien Universität, außer acht [zu] lassen«.[1192] Im Umkehrschluss weist dies noch einmal darauf hin, dass die politische Ausrichtung von Institutsmitarbeitenden sehr wohl Thema war.

Im Fokus der Diskussion im Senat standen die erwähnten »grundsätzliche[n] Bedenken«. Dabei ging es den Kritikern übergreifend darum, die Arbeit des Instituts prinzipiell in Frage zu stellen. Annähernd alle Äußerungen von dieser Seite gipfelten sinngemäß in der Forderung, das MPIB einer umfassenden Revision zu unterziehen, bevor es zu einer Entscheidung über die Berufungen kommen sollte. Das spiegelt sich in Aschoffs und Gierers Aufforderung, die »Sektion sollte noch einmal untersuchen, welche Leistungen das Institut für Bildungsforschung seit seiner Gründung erbracht« hat, in Leussinks Erklärung, man »sollte zunächst die Tätigkeit des Instituts kritisch überprüfen« ebenso wie in der etwas moderateren Formulierung von Kurt Birrenbach (1907–1987) und Erich Selbach (1905–1985), dass »das Gesamtproblem« vor »definitiven Beschlüssen« zu den Berufungen »noch einmal überdacht und untersucht werden [sollte], ob das Institut durch bestimmte Maßnahmen funktionsfähiger gemacht werden« könne.[1193] Konkreter benannt wurden drei grundlegende Kritikpunkte, die ähnlich bereits in einigen der Gutachten zur Umwandlung des Instituts in ein »echtes« MPI vorgebracht worden waren: Zum Ersten gab es Zweifel an der Effizienz der Institutsarbeit, etwa wenn Leussink von einem »Mißverhältnis zwischen Aufwand und Erfolg« sprach. Zum Zweiten wurde ein allgemeines Misstrauen gegenüber der wissenschaftlichen Ergiebigkeit der in Berlin institutionalisierten interdisziplinären Sozialwissenschaft formuliert, die für sich den Status von »Grundlagenforschung« beanspruchte. So führte der Naturwissenschaftler Gierer aus:

> Wenn Bildungsforschung als Grundlagenforschung anzusehen sei, müsse man die zu Berufenden mit gleichen Maßstäben messen wie andere Grundlagenforscher, d. h. die Frage stellen, welche grundlegend neuen Erkenntnisse sie gewonnen hätten.

Zum Dritten stand jetzt sogar der bildungspolitische Nutzen des Instituts in Frage, da Leussink, Gierer und Amerongen »konkrete und essentielle Beiträge zu diesen Tagesfragen [»des Schul-

---

1190 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 194.

1191 Das erste Zitat stammt dem Protokoll zufolge von Gierer, das zweite ist Gierer und Aschoff gemeinsam zugeschrieben: Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 194, 195.

1192 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 195.

1193 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 194, 195, 197.

und Ausbildungswesens«]« vermissten, »die man nach mehr als zehnjähriger Phase der Grundlagenforschung erwarten könne«.[1194]

Kritiker und Befürworter – die Personen: An dieser Stelle sollte man sich kurz vergegenwärtigen, wer hier jeweils das Wort führte. Aschoff war langjähriges Wissenschaftliches Mitglied des MPI für Verhaltensphysiologie in Seewiesen, führte seit 1972 den Vorsitz der Biologisch-Medizinischen Sektion (BMS) und gehörte zur Strukturkommission der MPG, war mithin an zentralem Ort mit der Strukturreform der Forschungsgesellschaft befasst.[1195] Zusammen mit dem Molekularbiologen und Wissenschaftlichen Mitglied Gierer war er zudem Gründungsmitglied des Intersektionellen Ausschusses der MPG. Amerongen und Selbach gehörten im Senat zur Riege der Spitzenvertreter der westdeutschen Industrie, wobei Selbach zwischen 1966 und 1972 Mitglied des Verwaltungsrats der MPG gewesen war und ebenfalls in der Strukturkommission saß.[1196] Bei dem Juristen und langjährigen Bundestagsabgeordneten Kurt Birrenbach hatte man es nicht nur mit einem der tonangebenden Außenpolitiker der CDU zu tun. Vor allem war Birrenbach seit 1954 als Generalbevollmächtigter einer der beiden Großaktionärinnen der späteren Thyssen AG in zentralen Aufsichtsgremien des Konzerns vertreten, spielte in der 1959 gegründeten konservativen Fritz Thyssen Stiftung eine maßgebliche Rolle und war auch über diese Tätigkeit mit Lüst verbunden. Darauf wird im Kontext der Befassung mit der FTS im Folgenden noch näher eingegangen. 1981 verlieh die MPG Birrenbach für seine Verdienste um die Forschungsgesellschaft die Harnack-Medaille.[1197] Leussink schließlich hatte seit den 1950er Jahren begleitend zu seiner akademischen Karriere im Bereich der Geotechnik und zu seiner seit

---

1194 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 194.

1195 Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 451, 492; Balcar, *Wandel*, 2020, 224, 263. Zu Werk und Wirken Aschoffs vgl. Serge Daan: *Die innere Uhr des Menschen. Jürgen Aschoff (1913–1998). Wissenschaftler in einem bewegten Jahrhundert.* Wiesbaden: Reichert 2017.

1196 Erich Selbach, studierter Jurist, war nach 1945 Aufsichtsratsvorsitzender der im Textilbereich spezialisierten Girmes-Werke Aktiengesellschaft (1971–1977), Präsident der Industrie- und Handelskammer Krefeld (1957–1974) und langjähriges Senatsmitglied der MPG. Das Vertrauen, das Selbach offenbar von Seiten Lüsts besaß, zeigt sich daran, dass dieser ihn 1973 in eine vom Präsidenten eingesetzte Kommission berief, die Vorschläge zur Regelung der Frage der Befristung von Leitungsfunktionen erarbeiten sollte. Diese war für die MPG insofern wichtig, als es hier um die Schaffung von strategischen Bewegungsmöglichkeiten für die Entwicklung ihres Forschungsprofils ging. Im Juni 1975 wurde Selbach zum Ehrensenator der MPG gewählt. Zu Selbachs Positionen und Wirken in der MPG siehe Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 442, 922 sowie Balcar, *Wandel*, 2020, 139, 190/Anm. 902. Zur Person vgl. Adolf Butenandt: Erich Selbach. 25. 7. 1905–29. 10. 1985. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* 5 (1986), 98–100.

1197 Birrenbach war als Vermögensverwalter von Anita Gräfin Zichy-Thyssen (1909–1990) zunächst Aufsichtsratsmitglied, dann Aufsichtsratsvorsitzender der August Thyssen-Hütte AG (ATH), die 1964 mit Übernahme der Kapitalmehrheit an der Phoenix-Rheinrohr AG (Mehrheitseignerin war Anitas Mutter Amélie Thyssen, 1877–1965) zu einem der größten europäischen Montan-Konzerne aufgestiegen war. Zudem bildete er mit dem Bankier Robert Pferdmenges (1880–1962), dem Juristen Robert Ellscheid (1901–1985) und dem Topmanager der ATH Hans-Günther Sohl (1906–1989) den sogenannten »Viererrat«, also das Thyssen-Komitee, das die Ausrichtung des Konzerns seit 1957 maßgeblich strategisch begleitete. Von 1965 bis 1986 amtierte Birrenbach zugleich als Vorsitzender des Kuratoriums der mit dem Konzern finanziell auf das Engste verbundenen FTS. Während seiner Zeit im Bundestag (1957–1976) war er durchgängig Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und wirkte unter anderem von 1973 bis 1981 als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Als Atlantiker beriet Birrenbach die Bundeskanzler Erhard und Kiesinger und wurde zu einem scharfen Gegner der Neuen Ostpolitik. Vgl. Hans-Peter E. Hinrichsen: *Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.* Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 2002, bes. 409–526; zur Verbindung zum Thyssen-Konzern siehe Hockerts, *Erbe*, 2018, bes. 54–56, 61–70, 151–156; zur Verleihung der Harnack-Medaille: Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 557.

1967 bestehenden engen Einbindung in die Leitung des Krupp-Konzerns diverse Führungspositionen im Management und in der Selbstverwaltung der westdeutschen Wissenschaft innegehabt, etwa zwischen 1965 und 1969 den Vorsitz des WR. Bis zu seinem Rücktritt Anfang 1972 führte er als parteiloses Kabinettsmitglied das in der sozial-liberalen Koalition geschaffene BMBW,[1198] wobei Margit Szöllösi-Janze in Leussink einen der »Vordenker« marktorientierter Reformkonzepte im Wissenschaftsbereich der Bundesrepublik sieht.[1199] Im Senat der MPG konnte Leussink insofern nicht nur als einer der in der Bildungspolitik besonders ausgewiesenen Experten gelten, sondern ebenso als eine Art stiller Repräsentant eines der führenden Industriekonzerne Westdeutschlands. Insgesamt betrachtet, hatte man es bei den Wortführern der Kritik mit einigen der Führungsfiguren aus der westdeutschen Naturwissenschaft, Wirtschaft und Politik zu tun, die zudem in der MPG teilweise höchste Ämter ausübten und dort zu einem nicht geringen Teil im Prozess der Strukturreform engagiert waren. Ihren Einwürfen musste erhebliches Gewicht zukommen.

Zwar waren auch die Befürworter der Berufungen und des MPIB renommierte Persönlichkeiten: Der Kritik begegneten die in diesem Kontext bekannten Personen Butenandt, Zweigert, Coing (mit einer gewissen Zurückhaltung), Schneider und zudem Klaus von Bismarck.[1200] Hinzu kam in dieser Sitzung der Geschäftsführer des gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) Heinz Markmann (1926–2020).[1201] Dennoch gerieten die Befürworter in dem zentralen Entscheidungsorgan der MPG zum ersten Mal erkennbar in

---

1198 Nach 1945 verfolgte der promovierte Bauingenieur Leussink zunächst eine unternehmerische Karriere (unter anderem im Ingenieurbüro Erdbaulaboratorium Essen). Ab 1954 hatte er an der TH Karlsruhe die Professur für Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb inne und vertrat die TH von 1958 bis 1961 als Rektor. Von 1960 bis 1962 amtierte er als Präsident der WRK, führte 1962/63 den Vorsitz im Ausschuß für Forschung und Hochschulwesen des Europarats und war 1965 Vorsitzender des WR (Mitglied von 1962–1969). 1967 wurde Leussink in den Verwaltungsrat und dann in den Aufsichtsrat der Friedrich Krupp GmbH berufen. 1968 wurde er Mitglied im Kuratorium der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, die in dieser Zeit zur Alleineignerin des Konzerns geworden war. Laut Eintrag im Munzinger Archiv kehrte Leussink wie »vor seinem Weggang nach Bonn mit dem Krupp-Bevollmächtigten Berthold Beitz [(1913–2013)] vereinbart, [...] nach Ende seines Ministermandats noch 1972 in seine Funktionen bei Krupp zurück«. Der MPG hatte Leussink 1961 in seiner Funktion als Präsident der WRK einen nicht unerheblichen Dienst erwiesen, als er den Fakultätentagen zur Verbesserung der Kooperation von MPG und Hochschulen empfahl, »Direktoren der Max-Planck-Institute – sofern sie nicht bereits Ordinarien [waren] – als Honorarprofessoren mit dem Recht ihrer Beteiligung an Habilitationen und Promotionen den Fakultäten einzugliedern«. 1984 wurde Leussink zum Ehrensenator der MPG gewählt. Vgl. zu den MPG-bezogenen Angaben Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 407/Zitat und 1002; zum Übrigen: »Leussink, Hans«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 2008. http://www.munzinger.de/document/00000010937. Zuletzt aufgerufen am 23. 3. 2021 sowie Günter C. Behrmann: »Leussink, Hans«. In: Udo Kempf und Hans-Georg Merz (Hg.): *Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, 432–437.

1199 Szöllösi-Janze stellt in Bezug auf Leussinks Person erheblichen Forschungsbedarf fest. Für ihre Einschätzung bezieht sie sich – in streckenweise enger Anlehnung an die Studie von Bartz zum WR – auf den Bereich der Hochschulreformen. Leussink verortet sie im Kontext »eines neoliberalen Denkstils«, der besonders durch die 1947 gegründete Mont Pèlerin Society (MPS) und das durch diese etablierte »Denkkollektiv« in den 1950er und 1960er Jahren entwickelt und weltweit herausgebildet worden sei. Bemerkenswert ist, dass sie auch Reimar Lüst, der Leussink zwischen 1969–1972 als Vorsitzender des WR nachfolgte, in diese Linie rückt. Vgl. Margit Szöllösi-Janze: »Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flasche!«. Der Exzellenzwettbewerb zwischen den deutschen Universitäten in historischer Perspektive. *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14 (2011), 49–73, hier 62–65, Zitate 62, 63.

1200 Bismarcks Verbindung zu Picht und zum Birklehof sind oben bereits dargestellt worden. Im Übrigen war er Mitunterzeichner des Tübinger Memorandums.

1201 Vgl. zur Person Markmanns: Heinz Markmann: *Erinnerungen.* Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2010, 53 (Lebenslauf).

die Defensive. Das lag jenseits der Reputation der Kritiker und der Massivität der Nachfragen zu einem nicht geringen Teil daran, dass sich der neue Präsident Reimar Lüst in der Diskussion zurückhielt, der Kritik damit Raum gab und erst zum Ende hin das Wort ergriff. Zudem führten das Heft der Handlung diesmal die Institutsskeptiker, denen es mit der frühen Unterbrechung von Coing gelang, den Diskussionsverlauf von Beginn an ins Grundsätzliche zu wenden.

Verteidigung in der Defensive: Aber auch auf argumentativer Ebene gerieten die Befürworter von dem Zeitpunkt an, als die schützende strategische Dialoglenkung durch Butenandt und dessen Autorität in den Diskussionen fehlte, in nicht geringe Bedrängnis. So klangen die Argumente relativ hohl, die sich an das Traditions- und kollegiale Standesbewusstsein der MPG-Mitglieder richteten. Gemeint sind die wiederholten Appelle, aus dem Beschluss über die »volle[...] Eingliederung des Instituts« in die MPG doch jetzt die »Konsequenz« zu ziehen[1202] und die »seit vielen Jahren am Institut im Range von Abteilungsleitern« in einer den »Wissenschaftlichen Mitgliedern vergleichbaren Funktion« Tätigen nicht »zu diskriminieren«.[1203] Gravierender waren aber die Auswirkungen, die sich aus der jahrelangen Vernachlässigung der Diskussion von Spezifika der am Institut organisierten Bildungsforschung ergaben, die bis dahin also kaum je in den Organen der MPG thematisiert worden waren und die sich jetzt zu Ungunsten der Institutsbefürworter auswirkten.

1.) So fiel diesen jetzt die Aufhebung der Abteilungsstruktur beziehungsweise die projektbezogene Arbeitsorganisation der interdisziplinären Forschung am Institut auf die Füße. Diese war unter anderem gewählt worden, um mit den Problemen des interdisziplinären Ansatzes einen Umgang zu finden. Im Kontext der Berufungsfrage aber konnten die am MPIB erbrachte Leistungen den Kandidaten, die nicht länger für Abteilungen verantwortlich zeichneten, nicht immer personenscharf zugeordnet werden.[1204] Dass dieser Malus dem Leitungspersonal des Instituts nur zum Teil angelastet werden konnte, da er auch mit der Anerkennungs- und Zurechnungsstruktur des modernen Wissenschaftssystems zusammenhing, das zentral über historisch kontingent geformte Disziplinen organisiert war, spielte in dem Schlagabtausch im Senat keine Rolle.

2.) Vor allem aber wuchs sich die in den bisherigen Diskussionen vernachlässigte Auseinandersetzung mit wissenschaftstheoretischen Überlegungen, deren Fehlen Schelsky in seinem Gutachten über die Arbeit des IfB so klar benannt hatte, für die Befürworter des Instituts zum Problem aus. Und das mindestens in zweierlei Hinsicht: Zum einen rächte sich jetzt die Scheu, auf

---

1202 Hier zitiert nach dem Beitrag von Coing; fast identisch argumentierte Butenandt. Vgl. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 193–194, Zitat fol. 194.

1203 Entsprechend äußerten sich Coing, Schneider und Markmann. In der Reihenfolge der Zitate Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 195, 196.

1204 So wies Coing einleitend darauf hin, dass am Institut »nicht in Abteilungen oder Referate[n], sondern [...] projektbezogen« gearbeitet werde und schob später nach, dass »der Beitrag der einzelnen Herren zur Institutsarbeit nicht klar faßbar sei«. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 194, 197.

die wissenschaftstheoretischen Differenzen der am MPIB praktizierten Sozialwissenschaften zu den in der MPG dominant betriebenen naturwissenschaftlichen Ansätzen einzugehen. Dass man im Gegenteil seit der Gründungsdiskussion tendenziell darauf gesetzt hatte, auf dieser Ebene mit Argumenten der Homologie zu operieren, welche die in Berlin vorgesehene sozialwissenschaftliche Forschung auf eine Ebene mit den Naturwissenschaften brachte, bot jetzt eine breite Angriffsfläche. Erwartet werden konnte in der MPG daher mit einigem Recht die Lieferung ›objektiver‹ Daten, Zahlen, Fakten zu den ›Tatsachen‹ beziehungsweise der ›Realität‹ des Bildungswesens, also eine Forschung, welche die Lücken der bisherigen Forschungslandschaft über neue Entdeckungen auffüllen oder in bisher unbekanntes Terrain vorstoßen würde.[1205] In den Debatten um das IfB (wie auch um die Gründung von Starnberg) war es unterlassen worden, die Überlegungen vor allem aus der seit Anfang der 1960er Jahre in der Soziologie geführten wissenschaftstheoretischen Diskussion in die MPG offensiv einzuspeisen. Dies konnten die Skeptiker nun nutzen, um mit der Nachfrage nach den »grundlegend neuen Erkenntnisse[n]« (Gierer) der am MPIB betriebenen »Grundlagenforschung« die Ineffizienz und zugleich Ineffektivität der dortigen Forschung zu suggerieren. Die jetzt relativ unvermittelt eingebrachten Bemerkungen von Butenandt und Schneider, dass die »Frage nach grundlegend neuen Erkenntnissen« bei »Instituten dieser Art [...] kaum zu beantworten« sei und »sich auf Bereiche wie z. B. die Bildungsforschung nicht übertragen lasse«, konnten da kaum auf Resonanz hoffen.[1206] Zudem war in diesem Punkt offenbar keine Absprache erfolgt. Denn Zweigert plädierte im Widerspruch zu Butenandt und Schneider ganz in der bislang verfolgten – den traditionellen Naturwissenschaften affinen – Logik dafür, dem Institut erst einmal den »Abschluß der Phase der Grundlagenforschung« zu gewähren, bevor es zu praktisch nützlichen Resultaten kommen könne.[1207] Zum anderen hatten die üblichen Hinweise auf die Leistungen des Instituts in der Zusammenarbeit mit dem Bildungsrat, die auch diesmal eine wichtige Rolle spielten,[1208] im Jahr 1973 erheblich an Überzeugungskraft eingebüßt. Und das nicht nur, weil der Stern des BR in der zunehmend polarisierten westdeutschen bildungspolitischen Landschaft rapide im Sinken begriffen war. Wiederum mit der spärlichen Ausleuchtung wissenschaftstheoretischer Aspekte

---

1205 Zu erkenntnistheoretischen Implikationen der Rede von der »Forschungslücke« vgl. unter anderem Britta Behm: 50 Jahre »Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft« (DGfE). Gedanken zu Jubiläum und Forschungslücken. Beitrag zum Programmheft des 24. DGfE-Kongresses »Traditionen und Zukünfte – 50 Jahre DGfE« vom 9. bis 12. März 2014 in Berlin. *Erziehungswissenschaft* 25/48 (2014), 11–23.

1206 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 195, 196.

1207 Schneider selbst hatte sich zuvor schon ähnlich inkonsistent gezeigt. So behauptete er, dass die von Gierer gestellte Frage nicht übertragen werden könne, und versuchte zugleich die Aufmerksamkeit auf die »Bildungsökonomie« zu lenken, wobei er nahelegte, die »Entwicklung [... dieses] Faches [...] durch Schriften von Herrn Edding [doch] als Grundlage der Wertmessung« der Leistungen des MPIB zu nehmen. Damit war auch er wieder auf die bis dato verfolgte Argumentationslinie eingeschwenkt und hatte die Disziplin benannt, die aufgrund ihrer statistischen Basierung und des internationalen Ansehens von Edding am ehesten auf Anerkennung in der MPG hoffen konnte. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 195 (Zweigert), fol. 196 (Schneider).

1208 Beispielsweise wies Butenandt darauf hin, dass »das Institut dem Bildungsrat als Entscheidungshilfe umfangreiches Material zur Verfügung gestellt« habe, wobei er es tunlichst vermied, auf die damit verbundene bildungspolitische Einflussmöglichkeit der Berliner Einrichtung einzugehen. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 195.

hing es zusammen, dass die bildungs- und gesellschaftspolitischen Ziele der Bildungsforschung am MPIB, die, wie Schelsky gezeigt hatte, über die Explikation wissenschaftstheoretischer Positionen durchaus präzise benennbar und der Diskussion zugänglich waren, einmal mehr nur verdeckt mitliefen. Entsprechende Reformgewinne konnten daher nicht für das Institut reklamiert werden. Der für die Sozialforschung am MPIB charakteristische Bezug von Wissenschaft und Politik war insofern der sprichwörtliche Elefant im Raum, dessen Präsenz von allen Seiten zwar indirekt bestätigt, dem aber insbesondere wissenschaftstheoretisch nicht zu Leibe gerückt wurde.[1209]

Nur zwei Diskutanten wurden deutlicher und gingen immerhin wissenschaftspolitisch in die Offensive, wobei die Konfliktlinien und Parteiungen innerhalb der MPG genauer sichtbar wurden. Schon zitiert wurde der Einwurf von Generalsekretär Schneider, der die in der MPG bestehende Friktion direkt adressierte, als er mit einiger Emphase dafür eintrat, dass er die »Beschäftigung mit gesellschaftswissenschaftlichen Problemen für künftige Entwicklungen für ebenso wichtig [halte,] wie die Aufklärung biologischer oder physikalischer Vorgänge«.[1210] Bismarck wiederum schien bereits selbstverständlich davon auszugehen, dass die sozialwissenschaftliche Forschung am MPIB unweigerlich in einem gesellschaftspolitischen Zusammenhang stünde und thematisierte die damit verbundene Position und Verantwortung der MPG:

> Herrn von Bismarck erscheint es dagegen notwendig, daß die Max-Planck-Gesellschaft auch Forschungsaufgaben wahrnimmt, die unmittelbar in politische Entscheidungen hineinwirken. Sie habe dadurch die Möglichkeit, das System und die Bedingungen für konstruktive Auseinandersetzungen zu verbessern«.[1211]

Nur die hier eigentlich logisch anschließende Frage danach, in welcher politischen Zielrichtung oder von welcher theoretischen Ausgangsbasis aus denn »das System [... durch die in der MPG betriebene Forschung] zu verbessern« wäre, wurde weder hier noch anderswo gestellt. Wie von der Autorin schon im Kontext von Schelskys Gutachten gefolgert, konnte sich die MPG durch die Einklammerung dieser Diskussion offenbar eine gewisse wissenschafts- wie gesellschaftspolitische Bewegungsfreiheit sichern. Zugleich war damit wohl auch eine Schutzfunktion verbunden, welche die Forschungsgesellschaft davor bewahrte, sich die zeitgenössisch um sie herum tobenden, zunehmend heftiger geführten politischen Auseinandersetzungen in die MPG zu holen. Stattdessen wurde weiterhin die Möglichkeit einer klaren Trennung von Wissenschaft und Politik betont – mit dem Effekt, dass auch die Auswahl der wissenschaftlichen

---

1209 Auf die Verdrängung einer genaueren, vor allem einer wissenschaftstheoretischen Analyse des Politikbezugs der Bildungsforschung weist auch eine Bemerkung Coings hin. Er konstatierte, »[d]aß ein Institut dieser Art mit politischer Fragestellung an seine Forschungsaufgaben herangehen werde« und ergänzte, dass dies »der Sektion bei allen Beratungen, z. B. auch über die Aufnahme des Instituts in die Max-Planck-Gesellschaft, mit einem gewissen Unbehagen bewußt gewesen« sei. Von einer Bearbeitung dieser Thematik ist dagegen nicht die Rede. Vgl. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 195–196.

1210 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 196.

1211 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 196.

Führungspersönlichkeiten weiterhin im Modus der Rede von ›rein wissenschaftlichen‹ Gütekriterien und Entwicklungslogiken verhandelt werden konnte. Dass sich diese Generallinie für das MPIB negativ auswirkte, sobald der präsidiale Schutz entfiel, zeigte sich jetzt.

Ausweg: Die Rettung für die Sache der Institutsbefürworter brachten in der Senatssitzung im März 1973 schließlich »die Herren Aschoff und Merkle«, die nach dem Hin und Her der Argumente vorschlugen, »den Senat eingehender zu unterrichten und eine zweite Lesung der Berufungen vorzusehen«.[1212] Damit lag ein gewichtiges Votum vor, da es sowohl vom Vorsitzenden der BMS als auch vom Bosch-Vorstandsvorsitzenden Hans L. Merkle (1913–2000) eingebracht wurde. Merkle war in der MPG seit 1969 Senator, seit 1972 Verwaltungsratsmitglied und damals designierter Vizepräsident und gehörte vermutlich zu Lüsts engen Vertrauten.[1213] Diese Lösung wurde vom Präsidenten unterstützt, der erst jetzt, am Schluss der Debatte, das Wort ergriff, und sich für die ausführlichere Unterrichtung des Senats über das Institut und die Kandidaten aussprach.[1214] Damit war eine ins Grundsätzliche gehende Prüfung der Institutsleistungen um Haaresbreite abgewendet. Die dann folgende Abstimmung ergab die eingangs genannte Entscheidung für eine zweite Lesung – unter der Auflage, dass diese Verhandlung auf einer verbesserten Informationsgrundlage in Bezug auf die Kandidaten und die bisher geleistete Arbeit des Instituts stattfinden sollte.[1215] Mit der hohen Anzahl von Enthaltungen in Bezug auf Goldschmidt und Roeder hatte der Senat dabei ein deutliches Zeichen gesetzt, ein Scheitern der Berufungen aber vermieden. Insgesamt kann diese erste Senatsbefassung insofern als eine

---

1212 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 196.

1213 Hans L. Merkle war Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, laut Hockerts hervorragend in der westdeutschen Wirtschaft vernetzt und übte Spitzenfunktionen auch im wissenschaftspolitischen und Stiftungsbereich aus. So war er zum Beispiel Mitglied des WR (1965–1977), neben seiner Position in der Robert Bosch Stiftung zudem im Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk Mitglied (1967–1977) und wurde 1979 in das Kuratorium der Fritz Thyssen Stiftung kooptiert. Lüst lernte er möglicherweise – zusammen mit Wurster – in dessen Zeit als Vorsitzender des WR kennen. Während Lüsts Amtszeit als Präsident der MPG war Merkle, wie oben erwähnt, Mitglied in deren Verwaltungsrat (1972–1984) und wurde im Juni 1973 zu einem der Vizepräsidenten der MPG gewählt. In diesem Amt blieb er bis zum Ende der Präsidentschaft von Lüst 1984. Dieser ehrte Merkle in einer seiner letzten Amtshandlungen mit der Harnack-Medaille und dankte ihm dafür, dass er »länger als ein Jahrzehnt an den wissenschaftspolitischen Entscheidungen und den wirtschaftlichen Dispositionen der Gesellschaft und ihre Entwicklung mitgestaltet« habe. Merkle wiederum war es, der auf der gleichen Senatssitzung den scheidenden Präsidenten würdigte und ihm dankte. Unklar ist Merkles Tätigkeit im Kontext der 1999 aufgedeckten Parteispendenaffäre der CDU, der er zuvor beratend zur Seite gestanden hatte. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 489, 500, 536, 582; Protokoll der 108. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1984 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 108.SP, fol. 14 (Zitat) und Protokoll der 108. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1984 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 108.SP, fol. 145–146. Zur Person Merkles siehe mit weiterer Literatur hier vor allem die Skizze in Hockerts, *Erbe*, 2018, 152–154 und Rainer Frenkel: Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack. *Die Zeit* 46 (9. 11. 1990). https://www.zeit.de/1990/46/es-bleibt-ein-bitterer-nachgeschmack. Zuletzt aufgerufen am 23. 9. 2021.

1214 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 197.

1215 Im Ergebnisprotokoll wurde jenseits der Abstimmungsergebnisse vermerkt, dass der Senat den Vorsitzenden der GwS vor einer endgültigen Beschlussfassung über die Berufungen darum gebeten habe, »weitere Informationen über die genannten Herren, und zwar ausführlichere Laudationes, Schriftenverzeichnisse und – über den Kommissionsbericht hinausgehend – den wesentlichen Inhalt der eingeholten Gutachten sowie Informationen über die Aufgaben und die derzeit bearbeiteten Projekte des Instituts für Bildungsforschung vorzulegen«. Ergänzt wurde, dass eine »Bewertung der Arbeiten und Ergebnisse des Instituts [...] zu einem späteren Zeitpunkt unter Einschaltung des Fachbeirats des Instituts vorgenommen werden« sollte. Vgl. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 208.

nicht mehr übersehbare Warnung gegenüber dem MPIB verstanden werden und der Druck auf die Leistungsbilanz wie auf den wissenschaftlichen und politischen Kurs des Instituts war erheblich gestiegen. Und wieder wurde in diesem Zusammenhang der Beirat ins Spiel gebracht. Denn noch im Nachgang zur Abstimmung über die Kandidaten wurde vermerkt, dass sich die »Herren Merkle und Zweigert [...] dafür aus[sprechen], zu einem späteren Zeitpunkt eine kritische Bewertung der Institutsarbeit durch den Fachbeirat vorzusehen«. Diesem Vorschlag schloss sich der Präsident an.[1216]

Positiver Abschluss, Senat am 28. 6. 1973: Nach der konfrontativen März-Sitzung verlief das weitere Verfahren ohne größere Auseinandersetzungen. Auf Empfehlung des Verwaltungsrats stimmte der Senat am 28. Juni 1973 der Berufung der Kandidaten Edding, Goldschmidt und Roeder zu Wissenschaftlichen Mitgliedern des MPIB in zweiter Lesung zu, diesmal mit erheblich besseren Ergebnissen auch für den Soziologen und den Erziehungswissenschaftler.[1217] Vorausgegangen war eine ausführliche mündliche Unterrichtung des Senats durch den Vorsitzenden des Fachbeirats des MPIB über die Institutsentwicklung zwischen 1962 und 1971. Dabei wurde den »wichtige[n] Aktivitäten im Deutschen Bildungsrat« breiter Raum gegeben und im Übrigen eine Tischvorlage mit Informationen über das Institutsprofil und den aktuellen Beirat beigebracht. Vorab waren dem Gremium, wie vorab beschlossen, weitere Unterlagen über die Kandidaten und ein Bericht über drei Projekte des Instituts zugegangen, die Zweigert ebenfalls kommentierte.[1218] Coing übernahm es im Anschluss, die personellen Vorschläge noch einmal zu erläutern.[1219] Neue Argumente kamen in der vergleichsweise kurzen Diskussion kaum hinzu: Im Hinblick auf Roeder, für den drei weitere, zum Teil internationale Gutachten eingeholt worden waren, galt es als besonders wichtig, dass mit ihm »zum ersten Mal ein Fachpädagoge Wissenschaftliches Mitglied des Instituts« würde, was man »im Interesse der Zusammenarbeit des Instituts mit der gesamten Erziehungswissenschaft [für] dringend notwendig« hielt.[1220] Für Goldschmidt, der offenbar die kritischste Personalie darstellte, verwandten sich in

---

1216 Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 198. Im Ergebnisprotokoll hieß es entsprechend: Eine »Bewertung der Arbeiten und Ergebnisse des Instituts soll zu einem späteren Zeitpunkt unter Einschaltung des Fachbeirats des Instituts vorgenommen werden«. Protokoll der 74. Sitzung des Senates vom 9. 3. 1973 in Hannover, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 74.SP, fol. 208.

1217 Der Verwaltungsrat tagte am 27. 5. 1973. Der Senat stimmte nach Ja-, Nein-Stimmen und Enthaltungen wie folgt ab: Edding: 25:1:0, Edelstein: 24:1:1, Goldschmidt: 20:1:5 und Roeder: 22:0:4. Entwurf des Protokolls der 97. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 27. 6. 1973, TOP 30 [Vorbereitung für Punkte der Tagesordnung des Senats], 5 [Berufungen], AMPG, II. Abt., Rep. 61, S. 21; Niederschrift über die 75. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1973, TOP 5.6 bis TOP 5.9, AMPG, II. Abt., Rep. 60, S. 37–38.

1218 Protokoll der 75. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP, fol. 38–39, Zitat fol. 39. Die Tischvorlage war ein Beitrag aus dem BMBW. Er enthielt eine knappe Darstellung des Instituts, in der unter anderem die Hauptprojekte, in Bälde erwartbare Abschlüsse von Projekten und die Mitglieder des neuen Beirats aufgezählt wurden. Vgl. Zur Tätigkeit des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin. *Informationen Bildung Wissenschaft* 4/73 (1973), 44–45.

1219 Protokoll der 75. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP, fol. 39.

1220 Die Gutachten wurden in der Senatssitzung von Coing erwähnt, die Bedeutung des erziehungswissenschaftlichen Hintergrunds geht aus vorbereitenden Materialien für den Verwaltungsrat hervor. Protokoll der 75. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP, fol. 39 und Materialien für die 97. Sitzung des Verwaltungsrates vom 27. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 90–91, Zitat fol. 91.

der Senatsdiskussion explizit Coing (wie er betonte: stellvertretend für die GwS), Aschoff und C. F. von Weizsäcker. Zudem war für Goldschmidt neben weiteren Expertisen auch von einem der Schwergewichte der damaligen empirisch orientierten soziologischen Forschung in der Bundesrepublik, von René König (1906–1992), ein Gutachten eingeholt worden, auf dessen »sehr positiv[e]« Beurteilung Coing verwies.[1221]

Wissenschaftstheoretische Fragen – »Finalisierung der Wissenschaft«: Einer Auffälligkeit der Senatssitzung von Ende Juni 1973 soll abschließend unter Einbezug damaliger wissenschaftstheoretischer Arbeiten des Starnberger Instituts nachgegangen werden. Denn in der Diskussion, die für die Berufungen der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB die positive Entscheidung brachte, wurde offenbar ein einziger Aspekt inhaltlich näher erörtert, wenngleich dies in der Niederschrift nur eine schwache Spur hinterließ. Anhaltspunkt ist die protokollierte Bemerkung, dass Aschoff, Gierer, Merkle, Weizäcker und Zweigert auf die »Schwierigkeit [... eingingen], bei Berufungen im Bereich Sozialwissenschaften gleiche Maßstäbe anzulegen wie im Bereich der Naturwissenschaften«. Was sich dahinter genau verbarg, ist in diesem Protokoll nicht überliefert.[1222] Als sicher kann aber gelten, dass mit den genannten Diskutanten hochkarätige Wissenschaftler das Wort führten, die mit der Sondierung von Unterschieden und Ähnlichkeiten zwischen Sozial- und Naturwissenschaften jetzt ein wissenschaftstheoretisches Thema auf die Tagesordnung setzten, das in der MPG bis dahin vernachlässigt worden war und zwar insbesondere in den Diskussionen um die Institutsgründungen in West-Berlin und in Starnberg. Die Aktualisierung zu diesem Zeitpunkt hing dabei vermutlich nicht nur mit der Beteiligung Weizsäckers an der Debatte zusammen, sondern auch mit der fortgeschrittenen Forschungstätigkeit am Starnberger Institut. Dessen Arbeit hatte damals mit ersten Publikationen Fahrt aufgenommen, die auf interessierte Rezipienten in der MPG durchaus verstörend gewirkt haben dürften.

1972 und 1973 hatten Institutsmitarbeiter Artikel zu den Determinanten der Wissenschaftsentwicklung und zur »Finalisierung der Wissenschaft« veröffentlicht, die anzeigten, in welche Richtung die Entwicklung am MPIL wissenschaftstheoretisch lief und deren Thesen bald darauf auch in den Feuilletons zum Politikum werden sollten.[1223] Deren Brisanz für die MPG erschließt sich am klarsten über den 1978 veröffentlichten ersten Band der *Starnberger Studien*, in dem die

---

1221 Protokoll der 75. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP, fol. 40.

1222 Mehr erfährt man aus dem Protokoll nicht. Allerdings wird die gesamte Diskussion nur in einem kurzen Absatz zusammengefasst und neben den erwähnten positiven Hinweisen auf Goldschmidt durch Aschoff, Weizsäcker und Coing ist dies der einzige übergreifend notierte Diskussionspunkt. Vgl. Protokoll der 75. Sitzung des Senates vom 28. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 75.SP, fol. 40.

1223 Vgl. Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn: Die Finalisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 2/2 (1973), 128–144 und Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn: Alternativen in der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 1/4 (1972), 302–316. 1976 schaffte es das auf den ersten Blick eher esoterisch anmutende Thema bis in die journalistische Kulturberichterstattung. Über gut zwei Monate hinweg kam es dort über die Thesen der Finalisierung zu einem polemischen Streit mit Vertretern einer mittlerweile formierten Tendenzwende. Dies zeigt an, welche Sprengkraft die wissenschaftstheoretische Thematik im Laufe der 1970er Jahre entwickelte. Auf die damit benannten zeitgenössischen Kontexte wird in der vorliegenden Arbeit im Kapitel 4.2 näher eingegangen. Vgl. hier vorerst Hockerts, *Erbe*, 2018, 277–279, ergänzend Leendertz, »*Finalisierung der Wissenschaft*«, 2013.

Überlegungen zur Finalisierung von Anfang der 1970er Jahre aufgenommen und vertieft wurden. In Orientierung besonders an Thomas Kuhn und an evolutionstheoretischen Ansätzen leiteten die Autoren die Reihe mit der fulminanten, besonders für die naturwissenschaftlich geprägte MPG herausfordernden Eröffnung ein:

> Wissenssysteme, *auch Systeme der Naturerkenntnis*, entstehen im Rahmen sozialer Handlungszusammenhänge. Sie sind daher abhängig von den Strukturen, in denen die Menschen ihre ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Verhältnisse geordnet haben. [...] Empirische Erkenntnis ist zwar eine Auseinandersetzung mit einer unabhängigen Natur, aber sie ist auch praktisches Handeln in einem historischen sozialen Kontext.[1224]

Mit der in dem gesamten Band nachfolgend ausgebauten These der »soziale[n] Formung kognitiver Prozesse«[1225] wurde einem traditionellen Verständnis der Naturwissenschaften und einem daran angelehnten Begriff der Sozialwissenschaften gewissermaßen der Fehdehandschuh hingeworfen. So explorierte zum Beispiel Gernot Böhme (1937–2022) die enge Beziehung zwischen sozialer Struktur und Kognition und untersuchte übergreifend die historischen Muster der Entwicklung von Wissenschaft, die er zwischen den Extremen einer selbstisolierenden »Autonomisierung« und einer außerwissenschaftlich gerichteten und durch diese Aspekte mitbestimmten Bewegung der so genannten »Finalisierung« verortete.[1226] Für ihre Gegenwart diagnostizieren die Autoren des Bandes dann die Neigung von weiten Teilen der modernen (Natur-)Wissenschaften zu ebendieser Finalisierung. Ein Clou der Argumentation war es, dass die damit beschriebene Entwicklung als die eigentlich evolutionär erfolgreiche Reifestufe »empirischer Erkenntnis« proklamiert wurde und insofern »keineswegs [als] eine Verarmung oder eine Ideologisierung der Wissenschaften« galt. Damit war auch der Begriff der »Empirie« für die der Finalisierung zuneigenden und, dieser Deutung nach, fortschrittlichsten Wissenschaften reklamiert. Im Umkehrschluss wurde argumentiert, dass eine Auseinandersetzung mit den politischen Steuerungsmöglichkeiten von wissenschaftlicher Erkenntnisarbeit in demokratischen Gesellschaften dringend auf die Agenda gehörte. In diesem Kontext musste die zentrale Selbstdeutung der MPG als Gesellschaft der Grundlagenforschung nun fast unweigerlich unter Beschuss geraten. Tatsächlich kennzeichneten und brandmarkten die Autoren die

---

1224 Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele, Rainer Hohlfeld, Wolfgang Krohn, Wolf Schäfer und Tilman Spengler: Einleitung. In: Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele, Rainer Hohlfeld, Wolfgang Krohn, Wolf Schäfer und Tilman Spengler (Hg.): *Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978, 7–22, Zitat 7; Hervorhebung Behm.

1225 Böhme et al., *Einleitung*, 1978, 10.

1226 Vgl. Gernot Böhme: Autonomisierung und Finalisierung. In: Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele, Rainer Hohlfeld, Wolfgang Krohn, Wolf Schäfer und Tilman Spengler (Hg.): *Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978, 69–130. Siehe dazu zum Beispiel Wolfgang Krohn: »Der harte Kern«. Wissenschaft zwischen Politik und Philosophie bei Carl Friedrich von Weizsäcker und in der Finalisierungstheorie. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale)*. 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 283–296.

»begriffliche Unterscheidung« zwischen einer vorgeblich autonomen »Grundlagenforschung« und einer planbaren »angewandte[n] Forschung« als eine der irreführenden Abwehrstrategien einer »internalistischen Konzeption« von Wissenschaft, insbesondere moderner Naturwissenschaften und ihrer philosophischen Systeme.[1227] Unter dem Strich plädierte man 1978 ebenso wie in den erwähnten vorangegangenen Beiträgen also von einem wissenschaftstheoretisch ernst zu nehmenden Standort innerhalb der MPG aus in aller Deutlichkeit und publizistisch sichtbar für eine Konzeption von Wissenschaft, die mit dem bis dato gepflegten wissenschaftlichen Selbstbild der MPG grundlegend in Konflikt geriet. Hinterfragt war damit das Verhältnis von Wissenschaft und Politik ebenso wie die Position der MPG in der westdeutschen Forschungskonstellation. Denn ihre Tätigkeit und den erheblichen Ressourcenzufluss hatte diese bis dato zentral über das Alleinstellungsmerkmal der vorgeblich gesellschafts- und vor allem politikfernen Grundlagenforschung legitimiert.

Die im Senat im Sommer 1973 aufgebrachte wissenschaftstheoretische Problematik war, wie dargestellt, bereits seit dem Antrag auf Gründung des ersten sozialwissenschaftlichen Instituts in West-Berlin in der MPG latent. Zu erinnern ist etwa an die von katholischer Seite aus während des Antragsverfahrens ins Spiel gebrachte Wertefrage, die mit der Institutsforschung als unabdingbar verbunden betrachtet wurde. Ebenso zielten die Bedenken Kultusminister, die in der MPG einen wissenschaftlich getarnten politischen Mitregenten befürchteten, zumindest unter der Hand in diese Richtung. Die damit aufgeworfenen theoretischen Fragen waren allerdings überwiegend verdrängt worden. Zu denken ist hier vor allem an die seitens der Institutsbefürworter rasch bemühte Behauptung der Möglichkeit einer Trennung zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit und politischer Entscheidung, an den von ihnen beigebrachten Hinweis, dass alle Wertepositionen im Beirat des Instituts berücksichtigt würden und auch an die zügige Stillstellung des Gründungsgegners, des Prälaten Schreiber, während des Antragsverfahrens. Das 1970 während des Verfahrens um die volle Integration des IfB in die MPG von Schelsky vorgelegte Gutachten traf dann wenige Jahre später zwar mit großer Präzision und mit rhetorischer Wucht (»wissenschaftstheoretische[...] Naivität« der MPG) den wissenschaftstheoretischen Kern der Dinge. Wie gezeigt, wurde allerdings auch diese Stellungnahme in der MPG weitgehend ignoriert. Erst in der politischen Druckkammer der 1970er Jahre wurde das Thema im Zuge der frühen Starnberger Beiträge nun auch von Seiten eines MPI explizit auf die Tagesordnung gesetzt und offensiv spruchreif gemacht.

Ob es Zufall ist, dass Hellmut Becker gut ein Jahr nach dem für das MPIB glücklichen Ausgang der Senatssitzung vom Juni 1973 ebenfalls eine in dieser Hinsicht offensive Position bezog, mag dahingestellt sein. Im Rückblick auf die Gründungsphase des Instituts kritisierte er jedenfalls

---

1227 »Diese Einflüsse schließen keineswegs eine Verarmung oder eine Ideologisierung der Wissenschaften ein. Im Gegenteil: Soziale Formbarkeit theoretischer Gehalte ist gerade ein Zeichen erfolgreich verfahrender empirischer Erkenntnis. Oder, anders gesagt: Die Methoden der neuzeitlichen Naturwissenschaft machen immer mehr Disziplinen gesellschaftlich steuerbar«. Vgl. Böhme et al., *Einleitung*, 1978, 8, 10–11. Als zweite zentrale Abwehrstrategie internalistischer Ansätze kennzeichneten die Autoren die Abdrängung der sozialen Einflüsse »auf den Kontext der Entdeckungen«. Siehe ebd., 8.

im Oktober 1974 anlässlich der Einweihung des Institutsneubaus die Existenz eines »aus Mißverständnissen über die Naturwissenschaft [...] nicht einmal für diese zutreffe[n] unreflektierte[n] Aberglaube[ns] an die angeblich wertfreie Wissenschaft«. Diesen ›Aberglauben‹ schrieb er allerdings nicht den Kollegen in der MPG, sondern allein »der Öffentlichkeit« zu. Schwierig sei es gewesen, »der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß es keine wertfreie Wissenschaft gibt, sondern daß es zu den Pflichten jeder Wissenschaft gehört, über ihre Wertvoraussetzungen Rechenschaft abzulegen«.[1228]

4.2 Reform-, Krisen- und Tendenzwendezeiten nach 1969: Verengung externer Handlungsräume und ein neuer Präsident der MPG

Die während der Berufungsverfahren der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB unverhohlen und auf breiter Front geäußerte Kritik am MPIB kann ebenso wie das Aufflackern wissenschaftstheoretischer Debatten am ehesten auf dem Hintergrund eines grundlegenden Wandels gesellschaftspolitischer Handlungsbedingungen verstanden werden. Dessen Dynamik war durch den Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition 1969 erheblich beschleunigt worden. Für das MPIB besonders relevant waren drei eng miteinander verflochtene Entwicklungen: die teilweise gravierenden Veränderungen im Feld der Bildungspolitik, die Formierung von Agenturen konservativer Gegenbewegungen auch und gerade im Wissenschaftsbereich (»Tendenzwende«) (Kapitel 4.2.1) und die zunehmend kritische Wahrnehmung der Institutsarbeit von Seiten der Wirtschaft (Kapitel 4.2.2). Dem sich von diesen Seiten her quasi extern aufbauenden Veränderungsdruck korrespondierte innerhalb der MPG mit der Übernahme des Präsidentenamts durch Reimar Lüst 1972 ein Führungs- und Politikwechsel. Dies verstärkte den Druck auf das Institut erheblich und stand in enger Verbindung mit der Etablierung neuer organisationaler Steuerungsansätze in der MPG. In Bezug auf die Sozialwissenschaften verfolgte Lüst während seiner beiden Amtszeiten bis 1984 auf dem Hintergrund eines stagnierenden Haushalts und gestützt auf den Aus- und Aufbau eines zentralisierteren Managements einen deutlich gewandelten Kurs (Kapitel 4.2.3). Für das MPIB sollte dieser auf eine Transformation der Bildungsforschung und der Institutsorganisation hinauslaufen.

1228 Vgl. Hellmut Becker: Rede anläßlich der Einweihung des Neubaus des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. *Neue Sammlung* 15/1 (1975), 82–94, hier 84. Schon 1967 hatte Becker in einem frei gehaltenen Vortrag auf der 19. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS in Göttingen unter Bezug auf Max Weber »die Vorstellung von der reinen Wissenschaft und der charismatischen Politik« als »völlig naiv« bezeichnet, die »Interdependenz von Wissenschaft und Politik« betont und mit Verweis auf Habermas zur rational verfassten Klärung der gesellschaftspolitischen Bezüge und Aufgaben der Wissenschaften aufgerufen. Veröffentlicht wurde der Vortrag aber erst 1975. Vgl. Hellmut Becker: Politische Bildung der Studenten und politisches Engagement der Studentenschaft, 1967. In: Hellmut Becker: *Weiterbildung. Aufklärung – Praxis – Theorie, 1956–1974*. Stuttgart: Klett 1975, 218–230, bes. 222–229, Zitate 220, 219.

4.2.1 Sozial-liberaler Reformsturm und Reaktion: Wissenschaftliche Agenturen der Tendenzwende (BFW, FTS), bildungspolitische Konsenserosion

Seit dem Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition im Oktober 1969 veränderten sich in der Bundesrepublik die bildungspolitischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit des IfB/MPIB bis 1973 in nur gut drei Jahren rasant und grundlegend. Bei noch anhaltendem Schub der Bildungsexpansion, weiter steigenden Studierendenzahlen und einem letzten Höhepunkt studentischer Protestaktionen an den Hochschulen, die sich in der Bundesrepublik inzwischen vom SDS vor allem auf die radikaleren K-Gruppen und Roten Zellen verlagert und zersplittert hatten, gelangte der kooperative Föderalismus in diesen Jahren in der Bildungspolitik an sein Ende.[1229] Begleitet vom Basso continuo innenpolitischer und medialer Eskalierungen im Zuge der sich international steigernden links- (aber auch rechts-)terroristischen Gewalt – in der BRD bis zum »Deutschen Herbst« 1977 –[1230] schwand das Interesse an der Kooperation. Dominierend wurde eine handlungsleitende Ratio, die durch weltanschauliche und parteipolitische Polarisierungen geprägt war. Ihren Ausdruck fand das sprachlich in einer medial wie publizistisch ins Extreme aufgerüsteten, zunehmend strategisch ausgerichteten Begriffsbildung, Programmatik und Rhetorik. Sozial formierten sich neue Gruppen und Handlungszusammenhänge, zu denen diesmal neben linken Strukturen und Verbünden auch die Institutionalisierung von Agenturen einer konservativen Tendenzwende gehörte. Die teilweise auffälligen personellen Überschneidungen solcher Formierungen im Wissenschaftsbereich zum Führungspersonal der MPG können in der folgenden Skizze der zeitgenössischen Kontexte allerdings nur gestreift werden.

Reformsturm: Zunächst folgt ein etwas genauerer Blick auf die politischen und weltanschaulichen Polarisierungen. Diese sollten gerade im Bereich der Bildungspolitik eine nationale Kooperation rapide außer Reichweite rücken, was auch damit zusammenhing, dass die institutionellen Einschienungen durch den Kulturföderalismus die Wirkkraft von Dissensen strukturell

---

1229 Zu den im Folgenden genannten Veränderungen im bundesdeutschen Bildungssystem zwischen Ende der 1960er und Mitte der 1970er Jahre siehe, soweit nicht anders angegeben, zum Beispiel die knappen Übersichten von Anweiler, Fuchs, Dorner und Petermann, *Bildungspolitik*, 1992, 22–24 und Führ, *Zur Koordination*, 1998, 74–81; ausführlicher Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer, *Hochkonjunktur*, 1986, Kapitel 2 bis 4 und Anweiler, *Bildungspolitik*, 2006, 709–753 sowie die präzise Überschau zum Bildungsreformdiskurs im Schul- und Hochschulbereich von Wehrs, *Protest*, 2014, Kapitel 6. Zu Wachstum und Trends der Expansion im Bereich der Studierendenzahlen vgl. Peter Lundgreen: *Berufliche Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2001. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte.* Bd. 8. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, bes. die Übersichten 94–103. Für ein genaueres Bild über die Aktivitäten der genannten studentischen Gruppen und Gegenreaktionen zwischen Ende der 1960er und Mitte der 1970er Jahre siehe am Beispiel der FU Tent, *Freie Universität*, 1988, bes. 386–454, für Bayern und Hessen vor allem Anne Rohstock: *Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976.* München: Oldenbourg 2010, bes. 148–154, 213–240, 263–341, 391–398.

1230 Vgl. zur Geschichte der RAF zum Beispiel Stefan Aust: *Der Baader-Meinhof-Komplex.* München: Knaur 1989; zu Forschungsansätzen im Kontext des Themas Innere Sicherheit: Klaus Weinhauer: Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebziger Jahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit. *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), 219–242. Siehe zur europäischen Dimension des Terrorismus, die auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Zuge binnen-nationaler Autonomiebestrebungen etwa in Nordirland oder im Baskenland umfasst, Judt, *Geschichte Europas*, 2009, 523–541. Der Terrorismus von rechtsextremer Seite aus, der für Europa bis dato vor allem mit den 1980er Jahren in Verbindung gebracht wird, ist bislang in der Geschichtsschreibung vergleichsweise vernachlässigt. Siehe dazu jetzt zum Beispiel Virchow, *Zur Geschichte des Rechtsterrorismus*, 2019.

verstärkten.[1231] Tiefe Friktionen entstanden seit Herbst 1969 zunächst zwischen der CDU/CSU und den neuen Regierungsparteien SPD und FDP. Die Unionsparteien wurden nach zwanzig Jahren an der Macht durch eine erstarkte, visionär agierende SPD und eine linksgewendete FDP zum ersten Mal auf die Oppositionsrolle verwiesen. Noch mitten in den Dynamiken der gesellschaftlichen Protest- und Reformbewegungen seit Mitte der 1960er Jahre befindlich, sahen sich die konservativen Parteien umgehend mit einem wahren Reformsturm von Seiten der sozialliberalen Koalition konfrontiert. Unter dem Leitziel der »Demokratisierung«, das auch die öffentliche Rhetorik bestimmte, wurden eine Vielzahl an Planungsvorhaben und Gesetzesinitiativen vorangetrieben, die nicht nur an der tradierten Werteorientierung und Ordnung alltäglicher Lebensbereiche, wie Ehe, Familie oder dem Geschlechterverhältnis rüttelten, zu denken ist etwa an die Neuregelung des Abtreibungsverbots. Sie erfassten zudem auch die Außenpolitik, die Wirtschaft und Arbeitswelt.[1232] Der im Umfeld Adenauers schon im Sommer 1960 befürchtete »Linksdrall« der bundesrepublikanischen Kultur und Gesellschaft schien sich nun zu manifestieren.[1233] Für die Fortdauer dieser Dynamik sprach zum einen das gescheiterte Misstrauensvotum gegen Brandt im April 1972, das sich primär gegen dessen »Neue Ostpolitik« gerichtet hatte. Auf diesen Bereich hatte die CDU/CSU ihre Opposition gegen die Regierung zunächst konzentriert. Zum anderen wurde die sozial-liberale Koalition im November 1972 erneut von den Wähler*innen bestätigt. Auf diesem Hintergrund begann in der CDU ein auch personeller Erneuerungsprozess und die Oppositionsrolle wurde rekonfiguriert,[1234] wozu laut Paul Nolte nicht zuletzt die Aufnahme des »Dialog[s] [...] mit Sozialwissenschaftlern« gehörte[1235], ebenso aber eine zunehmende Distanzierung von kooperativen Unternehmungen mit den

---

1231 Vgl. dazu sowohl die strukturbezogenen Anmerkungen von Raschert zu den jeweiligen Organisationen der föderalen Koordination, wie etwa der KMK, als auch seine Beobachtungen der tatsächlichen Ausgestaltung der politischen Abstimmungsprozesse im Verlauf der 1970er Jahre, in denen etwa das Prinzip der Einstimmigkeit immer wirkmächtiger wurde. Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 112–146.

1232 Vgl. zeitgenössisch vor allem Brandt, *Erklärung*, 1969. Zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen Westdeutschlands in dieser Zeit zum Beispiel Borowsky, *Deutschland 1969–1982*, 1989 und mit aktueller Literatur beispielsweise Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 855–883; mit Fokus auf der Geschichte der SPD: Bernd Faulenbach: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*. Bonn: Dietz 2011. Siehe zu aktuellen historiographischen Forschungsperspektiven auf die 1970er Jahre weiterführend Geyer, *Auf der Suche*, 2010.

1233 Das bei Hans Günter Hockerts angeführte Zitat stammt aus dem Kontext der Gründungsgeschichte der Fritz Thyssen Stiftung, auf die Adenauer erheblichen Einfluss ausübte und kann daher durchaus exemplarisch für konservative Wahrnehmungsmuster jenseits extremer Positionen genommen werden. Kurz vor der öffentlichen Bekanntgabe der Stiftungsgründung im Juli 1960 wurde dem Kanzler brieflich von Seiten des Bankiers Robert Pferdmenges versichert, dass dieser in Bezug auf die Zusammensetzung des Kuratoriums der FTS keinen »Linksdrall« zu befürchten hätte, sondern in Absprache mit ihm, Adenauer, »Mitglieder christlich-konservativer Gesinnung« berufen würden. Zitiert nach Hockerts, *Erbe*, 2018, 113.

1234 Vgl. mit weiterführender Literatur zur Parteigeschichte der CDU in den 1970er Jahren zum Beispiel Frank Bösch: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, 296–312. Siehe zur Bildungspolitik der CDU bis in die 1980er Jahre zudem die Hinweise auf die Forschungsliteratur bei Geiss und Reh, *Konservatismus*, 2020, 15–17.

1235 Paul Nolte charakterisiert die »Jahre seit dem ersten Bonner Machtverlust 1969 bis zum CDU-Grundsatzprogramm 1978« als »Phase der intensiven programmatischen Reflexion und Neuorientierung [...], die bewußt über die innerparteilichen Diskussionszirkel hinausgriff und den Dialog mit dem »Zeitgeist, mit Sozialwissenschaftlern und sozialen Bewegungen suchte«. Vgl. Nolte, *Konservatismus*, 2001, 561.

Regierungsparteien. Befördert wurde diese Tendenz durch das Ende der letzten Großen Koalition auf Länderebene im April 1972 in Baden-Württemberg. Bruchlinien zeigten sich bald nach dem Führungswechsel 1969 aber auch bei den Regierungsparteien, besonders innerhalb der SPD. Dort vertieften sich die Flügelkämpfe, was sich etwa in der Zustimmung zum »Extremistenbeschluss« im Januar 1972, im Rücktritt des »Superministers« – zuständig für Wirtschaft und Finanzen – Karl Schiller (1911–1994) im Juli 1972 oder in der Etablierung des vergleichsweise konservativen Seeheimer Kreises (»Linke Mitte«) ab August 1973 ausdrückte. Diese innerparteiliche Machtverschiebung hatte schon seit 1972 zu einem merklichen Nachlassen des Reformelans geführt und wurde schließlich prägnant im Übergang der Kanzlerschaft von Brandt auf Schmidt im Mai 1974 greifbar.[1236]

Bund Freiheit der Wissenschaft: Auch im Bereich der Hochschulen löste der offenbar teilweise schockartig erlebte Übergang der politischen Macht auf eine sozial-liberale Interessenvertretung im Bund konservative Reaktionen und Sammlungsbewegungen aus. Die MPG war diesem Sektor trotz ihres außeruniversitären Standorts vor allem über das in ihr wirkende professorale Forschungspersonal, die Nachwuchszüge und ihre Beteiligung an der Formierung bundesdeutscher Wissenschaftspolitik eng verbunden. An vorderster Stelle ist für diesen Bereich die seit dem Regierungswechsel im Herbst 1969 beschleunigte Formierung des Bundes Freiheit der Wissenschaft zu nennen.[1237] Der im November 1970 öffentlichkeitswirksam vorgestellte Zusammenschluss sammelte zum ersten Mal die bis dato in der Bundesrepublik an den verschiedenen Hochschulstandorten lokal versprengten konservativen und reaktionären Bewegungen gegen eine vom Demokratisierungsansinnen geprägte Hochschul- und Gesellschaftsreform.[1238] In der Anfangszeit wurden dabei die MPG beziehungsweise ihr Präsident Adolf Butenandt ebenso wie

---

1236 Vgl. Johannes Kahrs und Sandra Viehbeck (Hg.): *In der Mitte der Partei. Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises*. Berlin: Die Seeheimer e. V. 2005, bes. 20–28 (dort auch die Bezeichnung »Linke Mitte«) und Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt*, 2011, 301–314. Vgl. zum nachlassenden Reformeifer um 1972 auch Frankenberg et al., *Politische Tendenzwende*, 1978. Die Zustimmung zum sogenannten Extremistenbeschluss wurde allerdings zunächst auch von linken Mitgliedern der SPD mitgetragen, die diesen vor allem gegen die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gerichtet sahen.

1237 Vgl. grundlegend die Darstellung von Wehrs, *Protest*, 2014; zur Gründungsgeschichte bes. 158–179 und mit Anbindung zur Bürgertums-, Professionalisierungs- und Verbändeforschung Svea Koischwitz: *Der Bund der Freiheit der Wissenschaft in den Jahren 1970–1976. Ein Interessenverband zwischen Studentenbewegung und Hochschulreform*. Köln: Böhlau 2017. Dass der Regierungswechsel relativ unerwartet kam, deutet exemplarisch das Verhalten des Soziologen Friedrich H. Tenbrucks (1919–1994) an, der für die Konstituierung des BFW eine wichtige Rolle spielte. Laut einem von Wehrs zitierten Memorandum Tenbrucks aus dem Kontext des Frankfurter Kreises, dem im Herbst 1968 entstandenen Vorläufer des BFW, hoffte der Soziologe noch im August 1969 darauf, dass eine kommende konservative Regierung, »das »Versagen der Länder« ausgleichen und die »politischen Aspekte der linken Studentenbewegung« stärker berücksichtigen würde« – gestützt auf die mit der 22. Grundgesetzänderung im Mai 1969 geschaffene hochschulpolitische Rahmenkompetenz des Bundes. Im selben Memorandum drängte Tenbruck darauf, bei der neuen Regierung mit »vernünftige[n] Vorschläge[n]« präsent zu sein. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 164–165.

1238 Unter den regionalen Vorläufern des BFW spielte besonders der Zusammenschluss von Lehrenden der FU zur Notgemeinschaft für eine freie Universität zum Jahreswechsel 1969/70 eine wichtige Rolle und diente dem BFW bei dessen Gründung als Vorbild. Einen ersten Zusammenschluss von Gegnern der Studierendenbewegung hatte es an der FU sogar schon im Juni 1967 gegeben. Nach Konstituierung des BFW gehörte die NofU unter Beibehaltung hoher Eigenständigkeit zu einer der wichtigsten und aktivsten regionalen Sektionen des BFW. Koischwitz untersucht zudem die Geschichte der 1971 gegründete Bonner Sektion des BFW. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 148–164, zur NofU: 148–154 und 225–228 und Koischwitz, *Der Bund der Freiheit der Wissenschaft*, 2017, Kapitel 2.2.2.1. Siehe zur NofU auch Tent, *Freie Universität*, 1988, bes. 386–388, 391–408

der Präsident der DFG als ›natürliche Verbündete‹ betrachtet.[1239] Letztlich waren die retrospektiv von Nikolai Wehrs identifizierten acht »wichtigsten Protagonisten« des BFW dann zwar alles Hochschulprofessoren. Nur der Historiker Thomas Nipperdey hatte in seiner Assistenzzeit für einige Jahre am MPI für Geschichte gearbeitet. Neben Nipperdey nennt Wehrs die üblicherweise dem »neokonservativen« beziehungsweise, nach Jens Hacke, dem »liberalkonservativen« Spektrum zugeordneten Personen Hans Maier (geb. 1931), Hermann Lübbe, Ernst Nolte (1923–2016), Walter Rüegg (1918–2015), Erwin K. Scheuch, Friedrich H. Tenbruck und Richard Löwenthal (1908–1991).[1240] Zwei dieser Hauptpersonen waren allerdings enger, wenn auch indirekt, mit den weiteren Entwicklungen des MPIB verbunden. Bildungspolitisch entfaltete besonders Hans Maier in seiner Funktion als bayerischer Kultusminister über anderthalb Jahrzehnte hin eine hohe Wirkmächtigkeit. Er richtete sich unter anderem erfolgreich gegen föderal übergreifende Reformprojekte der sozial-liberalen Koalition, etwa gegen den Bildungsgesamtplan, was dem MPIB im Nebeneffekt – bildhaft gesprochen – eine seiner Lebensadern abschneiden sollte. Zudem würde Scheuch, der zeitweilig für den BFW als Pressesprecher agierte,[1241] verstärkt ab 1974 für die Entwicklung und breit angelegte Institutionalisierung der empirischen Sozialforschung in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle spielen, die als Gegenmodell zu den am MPIB verfolgten Ansätzen diente und von deren Konzeption aus diese zunehmend delegitimiert werden sollten. Auf beide mit diesen Personen verbundenen Prozesse wird noch zurückzukommen sein.

1239 Laut Wehrs plädierte Tenbruck im Vorfeld der Bundestagswahl 1969 dafür, dem Frankfurter Kreis eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Hierfür wollte er ein prominent besetztes »Kuratorium für die Freiheit der Wissenschaft« ins Leben rufen, dem – wie es bei Wehrs unter Zitation von Tenbruck heißt –»prominente[...] Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft zu einer Repräsentanz »aller gesellschaftlichen Kräfte« gegen die »Demokratisierung« der Universität« angehören sollten. Anvisiert hatte Tenbruck demnach neben führenden Politikern aus der CDU – darunter Walter Hallstein (1901–1982) und Gerhard Stoltenberg (1928–2001) – und aus der SPD zum Beispiel Helmut Schmidt (1918–2015) auch Wissenschaftler wie Heisenberg und er hielt es zudem für unabdingbar, die Präsidenten der DFG und der MPG für das Kuratorium zu gewinnen. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 165. Wehrs bezieht sich für diese Darstellung auf verschiedene Schriftstücke Tenbrucks und Korrespondenzen zwischen Juni und Dezember 1969. Es wird nicht ganz deutlich, aus welchem Dokument das hier angeführte Zitat stammt; wahrscheinlich aber aus dem Memorandum von August 1969.

1240 Maier (CSU) war Politikwissenschaftler und von 1970 bis 1986 Bayerischer Kultusminister, während der Philosoph und nordrhein-westfälische Bildungspolitiker Lübbe und der Historiker Nipperdey damals der SPD angehörten. Nipperdey wechselte zum Wintersemester 1971/72 von der unruhigen Freien Universität an die LMU, sein Fachkollege Nolte kam 1973 in Gegenrichtung von Marburg an die Dahlemer Einrichtung. Ebenfalls an der FU, am Otto-Suhr-Institut (OSI), lehrte der Politikwissenschaftler Löwenthal. Rüegg, Scheuch und Tenbruck waren Soziologen, wobei Rüegg zwischen 1965 und 1970 als Rektor der Frankfurter Universität in einer der Zentralen des Protests in der BRD amtierte. Näheres zu den Personen findet sich in einem kollektivbiographischen Ansatz bei Wehrs, *Protest*, 2014, Kapitel 2, Zitat 78; zu Maier und seinem Verhältnis zur CSU ebd., 252–253. Eine wissenschaftliche Biographie zu Maier ist Desiderat.

1241 Seine Funktion nutzte Scheuch teilweise für Aktionen, die im BFW nicht unumstritten waren. So forderte er im Sommer 1972 einen der führenden SPD-Politiker des linken Flügels, den Politikwissenschaftler und niedersächsischen Kultusminister Peter von Oertzen (1924–2008) in einer BFW-Presseerklärung aufgrund einer von diesem vorab in der *Zeit* publizierten Auseinandersetzung mit dem Rätegedanken zum Rücktritt auf. Er warf ihm dabei nicht nur »ideologische und praktische Kumpanei [...] mit Feinden unserer demokratischen Grundordnung« vor, sondern auch (in Bezug auf den Fall eines Hochschullehrers der Universität Hannover) den Schutz eines Sympathisanten der »Baader-Meinhof-Bande«. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 246–247, Zitate nach Wehrs 247.

Ab Herbst 1970 setzte der BFW publizistische Gegenkampagnen in Gang,[1242] sammelte Informationen über politische Gegner[1243] und vernetzte sich international.[1244] Er bildete insofern eine starke Ausgangsbasis für die sich im akademischen und intellektuellen Bereich bereits seit Ende 1969 institutionalisierende liberalkonservative Bewegung. Erst Wehrs hat herausgearbeitet, dass der BFW zu Anfang der 1970er Jahre zu gut 90 Prozent über Spenden aus der westdeutschen Wirtschaft finanziert wurde – darunter die Spitzenverbände der Industrie, des Versicherungswesens, der Großbanken und mit Hans L. Merkle auch ein Vizepräsident der MPG als Fundraiser.[1245] Dies unterstreicht die Bedeutung der Frage nach der Beziehung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nicht nur für die Geschichte des westdeutschen Konservatismus. Darüber hinaus stünde es an, den Verbindungen der Wissenschaftsentwicklung in den 1970er und frühen 1980er Jahren mit dem Sektor der Wirtschaft verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen und mithin den üblichen Fokus auf die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Politik zu erweitern.

1242 Wehrs, *Protest*, 2014, 202–209. Zum Beispiel wurde ab 1972 an etwa 200 Entscheidungsträger und Multiplikatoren (Abgeordnete und Journalisten) in der BRD der wöchentliche »Pressespiegel« zur Bildungs- und Hochschulpolitik versandt. Ebd., 206. Im Jahr 1970 auch startete die laut Hoeres »florierende[...] konservative[...] Reihe« der vom A. Fromm Verlag herausgegebenen *Texte + Thesen*, in der auch Scheuch und Hans Maier verlegt wurden und weitere, dem konservativen Spektrum zuordbare Autoren wie Schelsky oder Helmut Kohl publizierten. Hoeres, »Tendenzwende«, 2013, 100, Anm. 46. Zu den Autoren bis 1973 vgl. die Reihenübersicht am Ende des Buches in Hans Maier: *Zwischenrufe zur Bildungspolitik*. 2. Auflage. Osnabrück: Fromm [1972] 1973.

1243 Maier etablierte, unterstützt von seinem Doktoranden Michael Zöller (geb. 1946), in München seit 1969 eine »Informations- und Dokumentationszentrale«. Gesammelt wurden Informationen etwa über Vorfälle an den Hochschulen im Kontext von Studierendenprotesten, gezielt aber auch personenbezogene Daten, die auf Anfrage, etwa von den Personalabteilungen künftiger Arbeitgeber, bereitwillig weitergeleitet wurden. Für die Betroffenen konnte das erhebliche persönliche Konsequenzen haben, wobei derlei ›Informationssammlungen‹ im Kontext des Extremistenbeschlusses noch einmal besondere Brisanz erlangten. Personalisierte schwarze oder graue Listen legte auch die NofU an, die laut Tent vom BFW unterstützt wurde. Wehrs allerdings weist auf substantielle Eigenmittel der Berliner Notgemeinschaft hin, für deren Aufbringung möglicherweise der Axel Springer Verlag einen erheblichen Beitrag leistete. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 162, 167, 215, 225–226, Zitat 162; Tent, *Freie Universität*, 1988, 387, 404–406.

1244 Besonders Löwenthal, Maier und E. Nolte setzten sich in diese Richtung ein. Im September 1970 war der BFW an der Gründung des International Committee on the University Emergency (ICUE) beteiligt, eine Initiative, die ursprünglich auf US-amerikanische Hochschullehrer zurückging. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 257–261.

1245 Wehrs rekonstruiert die Finanzierung des BFW bis 1973 aufgrund der archivalisch noch gesperrten Buchführung vor allem auf Basis verstreuter diesbezüglicher Vermerke, Listen, Berichte, Korrespondenzen und ähnlicher Dokumente, deren Darstellung daher, wie er konstatiert, vorerst lückenhaft bleiben muss. Das zusammengetragene Material ist in summa aber überzeugend und die Übersicht über die Spender liest sich in Bezug auf die Personen, Unternehmen und Verbände wie ein Who's who der westdeutschen Spitzenunternehmen und -organisationen der Wirtschaft. Während bis zum ersten Halbjahr 1971 vor allem Walter Rüegg und Michael Zöller individuell Spenden einwarben, setzten sich danach führende Mitglieder in ihren jeweiligen Branchenverbänden selbst für die Mittelakquise ein, so etwa Egon Overbeck (Mannesmann) für die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Erhard Bouillon (Hoechst AG) für die Chemiebranche, Karl Friedrich Hagenmüller (Dresdner Bank) für die Großbanken oder Rudolf Wilhelm Eversmann (Allianz AG) für das Versicherungswesen und auch der MPG-Vizepräsident Hans L. Merkle. Nach Wehrs Schätzungen kamen so für diese Zeit – die Spendenbeträge bis 2.000 DM nicht mitgerechnet – erhebliche Spendensummen in der »mutmaßliche[n] Gesamthöhe von ca. 450.000 DM pro Jahr« zusammen. Wehrs, *Protest*, 2014, 209–215. Zum Vergleich siehe die in dieser Hinsicht weniger detaillierten Angaben bei Koischwitz, die auf einen höheren Anteil der Mitgliederbeiträge kommt, dem Wehrs allerdings bereits nachvollziehbar widersprochen hatte. Für die Berliner Sektion (auch hier sind die relevanten Bestände bis 2021 gesperrt) hält Koischwitz, gestützt auf den Hinweis einer Zeitzeugin und angesichts der US-amerikanischen Interessenpolitik in Europa, der BRD und besonders im Hinblick auf die FU eine Finanzierung durch »Gelder aus den USA« für wahrscheinlich: Koischwitz, *Der Bund der Freiheit der Wissenschaft*, 2017, 136–140, Zitat 140.

BFW – Motive: Der Blick auf die Motive für die ebenso rasche wie quantitativ eindrucksvolle Mobilisierung für den BFW[1246] und für dessen zügige Institutionalisierung erhellt vermutlich zugleich einige der Hintergründe für die wachsende liberalkonservative wie auch, »neoliberale« Kritik am MPIB in den 1970er Jahren. Die von Wehrs kollektivbiographisch ausgewerteten Erfahrungen der genannten professoralen Hauptaktivisten[1247] zeigen zum Ersten die emotionale Bedeutung der seit 1965 alltäglich erlebten Stil-Veränderungen im akademischen Betrieb im Zuge der Studierendenbewegung ebenso wie der Wahrnehmung von dessen Störungen im Kontext der Proteste. Aufgrund der oben dargestellten, öffentlich gut sichtbaren Nähe von Mitarbeiter*innen des IfB zur Studierendenbewegung liegt es nahe, dass das West-Berliner Institut mit diesen Dynamiken identifiziert wurde. Um 1970 schon hatten sich die Proteste zwar an den Hochschulen einerseits kanalisiert: in hochschulpolitische Basisarbeit für eine erweiterte Mitbestimmung auf dem Weg zur Gruppenuniversität und auch in die – noch kaum erforschte – Erprobung von Möglichkeiten der Demokratisierung in der Lehre.[1248] Andererseits transformierte sich das Protestfeld – jenseits der linksterroristischen Extremformen – an vielen Hochschulen wie in Frankfurt, Berlin oder München zugleich in diverse radikale studentische Gruppen und deren Stör-/Aktionen. Gerade an der FU eskalierten in unmittelbarer Nachbarschaft zum MPIB bis 1972/73 die Proteste und schlugen um in als respektlos und dogmatisch gewertete, teilweise gewalttätige Pressionen gegen unliebsame Hochschullehrende. Sie erzeugten in einigen Fächern und Instituten ein aggressiv grundiertes Klima der Willkür, des Misstrauens und der Angst. Der »universitäre[n] Welt von Dahlem« etwa bescheinigt der Historiker James F. Tent für die Jahre zwischen 1969 und 1972 sogar den Zustand eines »akademische[n] Bürgerkrieg[s]« – auch angesichts von Spaltungen innerhalb der Professorenschaft und von Provokationen von Seiten einiger Lehrender.[1249]

1246 Bereits am Gründungskongress, der Mitte November 1970 bezeichnenderweise in Bad Godesberg stattfand und der auf ein monatelang anhaltendes großes mediales Interesse stieß, nahmen nach Wehrs Angaben mehr als 1.500 Personen teil. Zusammen mit über 2.000 schriftlich übermittelten »Zustimmungserklärungen« konnte der BFW etwa 3.800 Adressen von unterstützenden Personen sammeln. 1970/71 erlebte der BFW eine wahre »Eintrittswelle« und gewann gut 2.000 Mitglieder. Ende 1973 war die Zahl auf gut 3.800 angestiegen. Die Datenlage ist allerdings laut Wehrs extrem uneinheitlich und unvollständig, so dass insbesondere die Sozialstruktur nur punktuell zu erschließen ist. Demnach trugen im BFW Ende 1972 schätzungsweise rund 1.400 der Mitglieder (35 Prozent) einen Professorentitel. Ab etwa 1976 waren die Mitgliedszahlen rückläufig. Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 177, 220–224, Zitate 177, 221. Siehe zum Vergleich die Schätzungen und Berechnungen von Svea Koischwitz, die die Angaben des Vorstands besonders im Hinblick auf die Mitgliederstruktur durch eine Stichprobe von Aufnahmeanträgen aus der BFW-Geschäftsstelle und Angaben zu den BFW-Sektionen in Berlin und Bonn gegenprüft und differenzieren kann. Im Hinblick auf die Parteinähe etwa kommt sie – allerdings nur mit Blick auf die Mitglieder, die als Politiker ausgewiesen waren –, zu dem Schluss, »dass der Verband vor allem Mitglieder der Unionsparteien anzog und weniger Personal der SPD und der FDP«. Den Anteil von Hochschullehrenden gibt sie für die Zeit ab 1973 mit etwa 30 Prozent an. Koischwitz, *Der Bund der Freiheit der Wissenschaft*, 2017, 168–188, Zitat 188.

1247 Soweit nicht anders angegeben zum Folgenden Wehrs, *Protest*, 2014, Kapitel 2, bes. 2.1, 2.3 und 2.4.

1248 Vgl. als ein Beispiel das oben skizzierte, von Ingrid Sommerkorn initiierte Experiment eines soziologischen Seminars im Zuge der Kritischen Universität, das unter der Schirmherrschaft Goldschmidts 1968/69 stattfand.

1249 Vgl. Tent, *Freie Universität*, 1988, 371. Nicht zu vergessen ist allerdings, dass von den Protesten längst nicht alle Institute, Veranstaltungen und Lehrende betroffen waren, sondern ein Großteil des universitären Alltags ohne Störungen und in weitgehender Normalität verlief. Im Hinblick auf die FU zitiert Tent selbst eine Umfrage des Allensbacher Instituts von Januar 1970, nach der sich 69 Prozent der 106 befragten Lehrenden in ihren Veranstaltungen nicht beeinträchtigt sahen. Tent, *Freie Universität*, 1988, 413–414.

Zum Zweiten ging es offensichtlich um kühle machtpolitische Aspekte. Denn im Zuge der Hochschulreformen, die sich im Vorhaben des Hochschulrahmengesetzes (HRG) konzentrierten, waren weitreichende strukturelle Veränderungen auf dem Weg. Deren Ausrichtung war auf Landesebene beispielsweise im sozial-liberal regierten West-Berlin in dem zum 1. August 1969 in Kraft getretenen neuen Universitätsgesetz ablesbar:[1250] Die darin verankerte erweiterte Mitbestimmungsregelung für den sogenannten Mittelbau und für Studierende (»Drittelparität«) führte dazu, dass die klassischen Universitäts-Ordinarien erhebliche Machteinbußen hinnehmen mussten. Forciert wurde dies durch die wenig später eingeführten neuen Personalkategorien im Lehrkörper, zu dem jetzt teilweise der Zugang ohne Habilitation möglich war. Es folgte eine quantitative Ausweitung des Personalstamms akademischer Lehrender, die nicht mehr dem klassischen Profil des Ordinarius entsprachen.[1251] Damit veränderte sich in dieser Gruppe auch der Altersschnitt, teilweise ebenso die Sozialstruktur und die Repräsentation politischer Grundhaltungen. Als bundesweit wahrgenommenes Menetekel galt dabei die im November 1969 erfolgte Wahl des erst 31jährigen Assistenten des soziologischen Instituts, Rolf Kreibich (geb. 1938), zum neuen Rektor der FU, der zudem SPD-Mitglied war. Kreibich hatte in dieses bis dato nur von renommierten, altgedienten Kollegen bekleidete hohe Amt aufgrund der gerade veränderten Mitbestimmungsregelung einrücken können. Verstärkt wurden die Machteinbußen durch die beiden anderen Pfeiler der Hochschulreform: die Ersetzung der Großfakultäten durch eine Fachbereichsstruktur und die (letztlich gescheiterten) Pläne zur flächendeckenden Einführung der Gesamthochschule.

Für wie bedrohlich führende BFW-Mitglieder die Entwicklungen hielten, in welch enger Verbindung sie die Reformen im Wissenschaftsbereich mit einer übergreifenden, linksorientierten Gesellschaftsreform und mit Verschiebungen im Verhältnis von Staat und Wissenschaft sahen und wie sie in der Folge besonders die Frage der Autonomie der Wissenschaft politisch und programmatisch aufluden, deuten exemplarisch Äußerungen Ernst Noltes aus dem Frühjahr 1970 an. Er war im hessischen Marburg selbst mit einem der bundesweit reformaktivsten Ansätze sozialdemokratischer Landes- und Hochschulpolitik konfrontiert[1252] und wollte den SPD-Politiker Lübbe – am Ende erfolgreich – für den damals offiziell noch namenlosen Bund werben:

1250 Vgl. Tent, *Freie Universität*, 1988, 372–383. Da West-Berlin in der BRD einen rechtlichen Sonderstatus einnahm, stand im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Hochschulreformen in verfassungsrechtlicher Hinsicht das in Niedersachsen im Oktober 1971 ergangene »Vorschaltgesetz für ein Niedersächsisches Gesamthochschulgesetz« im Fokus der Auseinandersetzungen, die sich vor allem an der Frage der Drittelparität festmachten. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vorschaltgesetz von Ende Mai 1973 war die Reform der Selbstverwaltung der Hochschulen in Richtung einer paritätisch verwalteten Gruppenuniversität vom Tisch und das Prinzip der Mehrheit der Ordinarien gesichert. Das war bis dahin allerdings nicht absehbar. Vgl. zur Genese des HRG zum Beispiel Tobias Hoymann: *Der Streit um die Hochschulrahmengesetzgebung des Bundes. Politische Aushandlungsprozesse in der ersten großen und der sozialliberalen Koalition.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010 und Philipp B. Bocks: *Mehr Demokratie gewagt? Das Hochschulrahmengesetz und die sozial-liberale Reformpolitik 1969–1976.* Bonn: Dietz 2012.

1251 West-Berlin führte die neuen Personalkategorien 1971 ein, zum 1. April 1972 wurden »nicht weniger als 500 Angehörige des bisherigen Mittelbaus zu Professoren ernannt und verbeamtet«. Tent, *Freie Universität*, 1988, 374.

1252 Vgl. zum Beispiel Friedeburg, *Bildungsreform*, 1992, Kapitel VII, bes. 440–460 und zur Hochschulpolitik in Hessen zum Beispiel Rohstock, *Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«?*, 2010, bes. 72–154, 277–398.

> Meines Erachtens müsste auf eindringliche Weise klar gemacht werden, dass es für die Universität tatsächlich Viertel vor Zwölf ist und dass damit auch für den Staat die Schrift an der Wand auftaucht.

Beabsichtigt sei »eine Sammlung all derjenigen, denen der untrennbare Zusammenhang von Hochschulpolitik und Staatspolitik klar geworden ist«. Dabei ginge es darum den »rationalen Kern« des Hochschulreformdiskurses anzuerkennen, aber – wie Wehrs unter Zitation Noltes schreibt – »gegen den ›Generalangriff des Marxismus‹ auf die autonome Wissenschaft entschiedenen Widerspruch« zu erheben.[1253]

Fritz Thyssen Stiftung: Die hier angelegten konservativen Wahrnehmungsmuster wurden in den folgenden Jahren weiter ausgeprägt, thematisch ergänzt und umfassten bald auch wissenschaftstheoretische Aspekte. Diese betrafen das MPIB und das Starnberger Institut unmittelbar. Besonders zeigt dies eine der seit Anfang der 1970er Jahre neu eingerichteten Förderlinien der Fritz Thyssen Stiftung, einer zweiten akademischen Agentur der Tendenzwende, die mit führenden Mitgliedern des BFW eng verbunden war. Gegründet 1959 im »christlich-konservativen« respektive »christlich-humanistische[n]« Geist,[1254] lag der Schwerpunkt der FTS auf der Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften. Im Ergebnis der Untersuchung von Hans Günter Hockerts stellte die Stiftung in der Bonner Republik seit ihrer Gründung eine »Hochburg der Liberalkonservativen« dar.[1255] Auch wenn man mit dem von Hockerts in dieser Einschätzung zugrunde gelegten, von Jens Hacke entwickelten Konzept des »Liberalkonservatismus« als Neuinterpretation der Ritter-Schule nicht übereinstimmen muss, ist die große Bedeutung der Stiftung für das konservative demokratische Spektrum der Bundesrepublik bis 1990 damit doch deutlich benannt.[1256] Mit dem BFW war die FTS anfänglich vor allem über Lübbe, später auch über Nipperdey verbunden.[1257] Dass sie zudem starke personelle Überschnei-

---

1253 Briefe Noltes an Lübbe vom 30. 3. 1970 und 27. 4. 1970; zitiert nach Wehrs, *Protest*, 2014, 167–168.

1254 Die Aufnahme einer »christlich-humanistische[n] « Orientierung in die Satzung der Stiftung ging, wie Hockerts gezeigt hat, auf Adenauer zurück, der für die Gründung der Stiftung eine wichtige Rolle spielte. So opponierte der Kanzler im Juni 1960 kurz vor der öffentlichen Bekanntgabe der Stiftungsgründung persönlich gegen die geplante »ausschließliche Verwendung [der Gelder] für wissenschaftliche Zwecke«, da er Wissenschaftler*innen tendenziell für »Gegner der christlich-konservativen Weltanschauung« hielt. Entsprechend wollte er einen Passus in der Satzung verankert wissen, der zunächst eine breitere Mittelverwendung und nach einigem Hin und Her immerhin noch die Reservierung eines fixen Teiles der Gelder für solche wissenschaftliche Gebiete vorsehen sollte, die – wie es ein Abteilungsleiter im Kanzleramt für Adenauer formulierte –»auf christlich-humanistischer Grundlage gelehrt« würden. Unter dem Strich blieb die von Pferdmenges gegenüber Adenauer gegebene Zusicherung, dass in das Kuratorium vor allem »Mitglieder christlich-konservativer Gesinnung« berufen würden sowie die Aufnahme einer nicht näher quantifizierten Selbstverpflichtung der Stiftung zur Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen und Anstalten, »die sich der Staats- und Gesellschaftslehre sowie der Geschichtswissenschaft auf christlich-humanistischer Grundlage widmen«, in die Satzung. Vgl. Hockerts, *Erbe*, 2018, 112–115, alle Zitate nach Hockerts: 115, 112, 114, 113, 115.

1255 Hockerts, *Erbe*, 2018, 292. Der Autor lehnt sich mit der Kennzeichnung der FTS als liberalkonservativ an Jens Hackes Deutung von Vertretern der Ritter-Schule im konservativen Spektrum der Bundesrepublik an. Vgl. ebd., 17.

1256 Vgl. Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit*, 2008, bes. 15–19 und zu dieser Studie die in der Einleitung der vorliegenden Arbeit gegebenen Erläuterungen bei der Befassung mit dem Begriff der Tendenzwende.

1257 Lübbe wurde 1973 an Stelle von Joachim Ritter in den Beirat der Stiftung berufen. Dort spielte er laut Hockerts »23 Jahre lang eine bedeutende Rolle in der Stiftungsarbeit«, auch als stellvertretender Beiratsvorsitzender zwischen

dungen zum Führungspersonal der MPG aufwies, kann hier nur schlaglichtartig beleuchtet werden. So war der Präsident der MPG qua Amt im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung vertreten. Dies galt im Übrigen ebenso für die Spitzen der anderen großen bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen, für den WR, die DFG und die WRK sowie für den Stifterverband.[1258] Darüber hinaus aber hatten die in der MPG profilierten Persönlichkeiten Kurt Birrenbach und vor allem Helmut Coing in der FTS zwischen 1960 und 1990 jeweils herausragende Führungspositionen inne, so dass Hockerts diese Phase der Stiftungsgeschichte in der Bonner Republik als »Ära Birrenbach/Coing« charakterisiert.[1259] Engste Verbindungen zu allen drei Einrichtungen pflegte zudem der Bosch-Vorstandsvorsitzende Merkle, dessen Part im Kontext der Diskussion um die Berufungen der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB bereits kurz dargestellt wurde. Für den BFW fungierte er in den 1970er Jahren als einer der wichtigen Fundraiser,[1260] war Berater der CDU und amtierte ab 1973 als einer der Vizepräsidenten der MPG. In dieser Funktion wirkte er bis zum Ende der Amtszeit von Lüst eng mit diesem zusammen, was im Kuratorium der FTS seine Fortsetzung fand, in das Merkle 1979 kooptiert wurde und wo er fortan eine starke Position einnahm.[1261] Die genauere Analyse dieser am Beispiel von BFW, FTS und MPG seit Ende der 1960er Jahre erkennbar werdenden Vernetzung eines konservativen Milieus in der Bundesrepublik, das Wirtschaft, Politik und Wissenschaft in den jeweils führenden Kreisen überspannte, muss weiteren Forschungen überlassen bleiben. Auch sind mit Blick auf die einzelnen Personen weltanschauliche oder politische Zuordnungen keineswegs bruchlos möglich, sondern es wären Differenzierungen einzuziehen.[1262] An dieser Stelle ist aber

---

1982 bis 1996. Nipperdey rückte 1983 in der Nachfolge von Theodor Schieder in den Beirat ein. Aber auch Rüegg und Scheuch pflegten über das Fördergeschäft Verbindungen zur FTS: Rüegg leitete zwischen 1962 bis 1975 einen der Arbeitskreise im »Forschungsunternehmen 19. Jahrhundert«, mit dem sich die Stiftung in ihrer Anfangszeit besonders profilierte. Scheuch initiierte einen seit 1981 jährlich ausgelobten Preis für die besten sozialwissenschaftlichen Zeitschriftenbeiträge in deutscher Sprache und war Mitglied der entsprechenden Jury. Vgl. Hockerts, *Erbe*, 2018, 186–187, 195–196, 245–246 und 237–238, Zitate 187 und 245.

1258 Vgl. Hockerts, *Erbe*, 2018, 169. Zunächst rückte Butenandt in diese Funktion ein. Da beim Übergang der Präsidentschaft auf Lüst die Amtszeit nicht automatisch endete, blieb er über 1972 hinaus bis 1981 persönliches Mitglied und verstärkte potentiell den Einfluss der MPG. Das Agieren der beiden MPG-Präsidenten in der FTS wird von Hockerts nur grob gestreift, wobei Lüsts Eintritt in den Beirat von Joachim Ritter, der seit 1967 Beiratsmitglied und offenbar gerade bei der Zuwahl von Mitgliedern einer der wichtigen Berater der FTS-Spitze war, »[b]esonders lebhaft begrüßt« worden sei. Ebd., 182–184, Zitat 183.

1259 Vgl. Hockerts, *Erbe*, 2018, 197. Kurt Birrenbach, der sich, wie oben gezeigt, als Senator der MPG in die Kontroverse um die Berufung der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB kritisch einbrachte, war für die FTS eine der schlichtweg zentralen Personen, deren Tätigkeit Hockerts ausführlich beschreibt. Für das Kuratorium sei Birrenbach dabei als »die Nummer Eins« zu betrachten. Seiner Bedeutung in diesem Gremium korrespondierte die Stellung von Helmut Coing als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung. Er füllte diese Position an der Spitze der FTS zwischen 1960 und 1995 aus und bestimmte »das Stiftungsprofil nachdrücklich mit«. Hockerts, *Erbe*, 2018, 152–155, 169, 174, 182–184, Zitate in der Reihenfolge ihrer Nennung: 155, 174.

1260 Wehrs, *Protest*, 2014, 211.

1261 Vgl. zur Wahl Merkles in das Kuratorium der FTS und zu seinem dortigen Engagement Hockerts, *Erbe*, 2018, 152–154 und zum Beispiel 207–208 oder 220.

1262 Hier sei nur ein Beispiel angeführt. So kennzeichnet Hockerts Coing zwar als »Verkörperung des Begriffs ›Groß-Ordinarius der Ordinarien-Universität‹« und betont dessen liberalkonservatives Profil. Das hatte Coing aber nicht davon abgehalten, die Förderung des Arbeitskreises Strafrechtsreform durch die Stiftung zu unterstützen, der sich zwischen 1976 und 1983 traf und laut Hockerts durch »linke ›Alternativprofessoren‹«, wie den Bonner Juristen Gerald Grünwald geprägt wurde. Vgl. Hockerts, *Erbe*, 2018, 176, 238.

immerhin der Horizont angedeutet, vor dem verständlicher wird, woraus sich die in den 1970er Jahren zunehmende, vorgeblich wissenschaftsimmanente Kritik an den am MPIB betriebenen Forschungen außerhalb der Wissenschaften speiste.

Über die erwähnte neue Förderlinie der FTS kann dieser Horizont noch etwas näher bestimmt werden. So beschlossen die Strategen der Stiftung im Zuge der Neujustierung der Aktivitäten der FTS 1971/72 das Förderprofil auszuweiten und stärker gegenwartsbezogene Forschungen zu beanreizen.[1263] In dem nachfolgend aufgesetzten fünften Förderbereich »Staat, Wirtschaft und Gesellschaft« konstituierte die Stiftung 1973/74 den Arbeitskreis »Wissenschaftsforschung«, dessen Gründung besonders von dem kurz zuvor an Stelle seines akademischen Lehrers Joachim Ritter kooptierten Beiratsmitglied Lübbe vorangetrieben worden war. Im Vokabular der Thyssen-Stiftung gefasst, sollte es in dem Arbeitskreis um die Problematisierung der »*rationale[n]* Bestimmung von Prioritäten in der Forschungspolitik« und um die »Klärung der Vorstellungen von ›gesellschaftlicher Relevanz‹ bzw. ›wissenschaftsexternen‹ Kriterien der Wissenschaft« gehen.[1264] Damit war die wissenschaftstheoretische Thematisierung der Beziehungen der Wissenschaft zu Politik und Gesellschaft auf die konservative Tagesordnung gesetzt.

Die damit verbundene Stoßrichtung wurde anlässlich der zweiten Tagung des von dem Bochumer und später Trierer Wissenschaftstheoretiker Gerard Radnitzky (1921–2006) geleiteten Arbeitskreises deutlicher erkennbar. Sie fand im März 1976 in München unter dem Titel »Gefährdete Wissenschaft« statt und wurde von der FTS finanziert. Wortführer waren neben Radnitzy und dem Kieler Philosophen Kurt Hübner (1921–2013) der Politikwissenschaftler und Rektor der Münchener Universität Nikolaus Lobkowitz (1931–2019). Lobkowitz sollte sich 1980/81, als um die Weiterführung des Starnberger Instituts gerungen wurde, im Verbund mit Hans Maier gegenüber einer Honorarprofessur für Habermas harthörig stellen.[1265] 1976 nun sei es in München, wie Radnitzky der Stiftung in einem Bericht über die Tagung pointiert mitteilte, um zwei der Wissenschaft drohende Hauptgefahren gegangen: zum Ersten »durch die Politisierung seitens ›progressiver‹ Kräfte«, zum Zweiten »durch die Bürokratisierung seitens des Staates, die weitgehend eine unbeabsichtigte Nebenfolge der linken Politisierung sein dürfte«.

1263 Die strategischen Entscheidungen über die Stiftungslenkung lagen bei dem sogenannten »Vierer-Rat«, einem »in den Höhenlagen der Politik, Industrie und Kreditwirtschaft bestens vernetzt[en]« Führungs-Komitee, dem Pferdmenges, die Juristen Robert Ellscheid und Birrenbach sowie der »Spitzenmanager der ATH« Hans-Günther Sohl angehörten. Zur grundlegenden Bedeutung dieses Gremiums für die FTS vgl. einleitend Hockerts, *Erbe*, 2018, 13–14. Zur Planung der Erweiterung des Stiftungsprofils um 1971/72 siehe ebd., 236–237.

1264 Hockerts, *Erbe*, 2018, 277; Hervorhebung Behm. Hockerts zitiert aus dem Jahresbericht der Stiftung von 1974.

1265 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 44. Schon 1972 hatte sich die philosophische Fakultät I der Universität München gegen eine Honorarprofessur für Habermas ausgesprochen. Wilhelm K. Essler (geb. 1940), damaliger Assistent Wolfgang Stegmüllers (1923–1991) und späterer Philosophieprofessor in Frankfurt am Main erinnert die weichenstellende Rolle des »richtiggehend reaktionäre[n] Rektor[s] Lobkowic« für die Ablehnung des Antrags. Dem habe sich die »konservative Mehrheit der Professoren« und (zum nachträglichen Bedauern Esslers) auch Stegmüller angeschlossen. Vgl. Wilhelm K. Essler: Habermas ante portas! In: Michael Funken (Hg.): Über Habermas. Gespräche mit Zeitgenossen. Darmstadt: Primus 2008, 97–106, hier 98–99 und 102, Zitat 99.

Dass die hier identifizierte »linke[...] Politisierung« und die damit verbundene Vorbereitung einer Vereinnahmung und Steuerung der Wissenschaft durch staatliche Stellen maßgeblich im sozialwissenschaftlichen Forschungsbereich der MPG, spezifisch am Starnberger Institut, verortet wurde, zeigen der Verlauf und die mediale Begleitung der Tagung. So wurden in einem der Tagungsbeiträge die Starnberger Thesen zur Finalisierung der Wissenschaften frontal angegangen. Die öffentliche Aufmerksamkeit für diese Thematik war dabei durch die geladenen Journalist*innen garantiert, die etwa in der *Welt* prompt mit dem reißerischen Titel aufmachten: »Droht der deutschen Wissenschaft ein 1984?«. Im Anschluss kam es zu einem erhitzten öffentlichen Schlagabtausch, zu Erwiderungen und Rechtfertigungen etwa von Seiten C. F. von Weizäckers und schließlich zu einem Schlichtungsversuch Dahrendorfs.[1266]

Was an diesem Fall und an der zitierten Zielsetzung des Arbeitskreises Wissenschaftsforschung erkennbar wird: Es gehörte zum strategischen Ansatz der FTS, einerseits den Begriff der Rationalität für die eigene Wissenschaftsauffassung zu reklamieren. Andererseits sollten Grenzziehungen gegenüber vorgeblich »›wissenschaftsexternen‹« Kriterien gestärkt werden, diese in den Verdacht »linker« Politisierung und ›Ideologisierung‹ gerückt und dagegen eine vorgeblich objektive Eigenrationalität von Wissenschaftsentwicklung betont werden. Auf der Hand liegt, dass auf dieser Basis zugleich Begründungen gestärkt wurden, welche die organisationale Autonomie von Wissenschaftseinrichtungen (wie der MPG), gegenüber Politik und Öffentlichkeit legitimierten. Nur angemerkt sei, dass damit letztlich ein anderer Ansatz verfolgt wurde, als ihn der Konservative Schelsky in seinem Gutachten über das IfB von 1970 vertreten hatte. Schelsky ging wissenschaftstheoretisch von einer Untrennbarkeit von Sozialwissenschaft und Politik aus und war auf dieser Basis zu einem anderen institutionellen Arrangement gelangt. War wissenschaftliche Autonomie nicht möglich, zog er daraus die Konsequenz, dass man für die in einer Demokratie auch im Bereich der Forschung notwendige Pluralität auf institutionellem Wege Sorge zu tragen hätte, durch die Förderung möglichst vielfältiger Forschungseinrichtungen. Damit sind Unterschiede im demokratisch orientierten konservativen Spektrum immerhin ansatzweise angedeutet.

Dass Schelsky mit seiner wissenschaftstheoretischen Grundannahme aber durchaus richtig lag, zeigt wieder der Blick auf die FTS. So agierten deren Spitzen eindeutig von den politischen und weltanschaulichen Bezügen des konservativen Stiftungsprofils her. Dass sich diese direkt in wissenschaftliche Tätigkeit hinein übersetzten, wird an den drei weiteren von Hockerts benannten Förderlinien in dem erwähnten, zu Anfang der 1970er Jahre neu aufgelegten gegenwartsbezogenen Schwerpunktbereich der FTS deutlich. So wurden Forschungen unterstützt, welche geradezu beispielhaft für Topoi und Diskurse stehen, die das konservative Spektrum der Bonner Republik in den 1970er und frühen 1980er Jahren prägten. Hockerts fasst diese anschaulich unter die drei Überschriften »Unregierbarkeit?«, »Weimar als Warnung« und »Preußen-

1266 Vgl. dazu unter Einbezug einer vergangenheitspolitischen Lesart ausführlich Leendertz, »*Finalisierung der Wissenschaft*«, 2013 (der *Welt*-Artikel vom 24. März 1976 wird auf Seite 93 erwähnt) sowie im Kontext der Geschichte der FTS Hockerts, *Erbe*, 2018, 277–279, Zitate 277, Hervorhebung Behm.

Renaissance«.[1267] Entsprechend bezeichnet er die Rolle der Stiftung in der »politisch-intellektuellen Polarisierung« dieser Zeit übergreifend als die eines »Widerlager[s] gegen den Aufstieg neomarxistischer Denkströmungen und die Linksverschiebung im politischen Spektrum«.[1268] Der Arbeitskreis Wissenschaftsforschung der FTS wiederum ergänzte die drei neuen Schwerpunkte in der Forschungsförderung der Stiftung um den Bereich der Wissenschaftstheorie. Dies kann angesichts der aufgezeigten direkten Angriffe gegen die Finalisierungsthese durchaus als eine Art Gegenprogramm gegen Starnberg gelesen werden. Dass dies neben Starnberg auch das MPIB betraf, wird plausibel, sofern man – wie in dieser Arbeit – für beide Institute einen strukturähnlichen Forschungsansatz annimmt.

Allgemeiner gefasst, richtete sich der Arbeitskreis Wissenschaftsforschung in der FTS gegen eine Wissenschaftsauffassung, die Wissenschaft und Gesellschaft epistemologisch im engen Zusammenhang dachte und Wissenschaft entsprechend in die gesellschafts-/politische Verantwortung nahmen. Sie richteten sich damit nicht nur gegen neomarxistisch inspirierte Ansätze, sondern auch gegen solche in Schelskys Traditionslinie und letztlich wohl auch gegen die damals in den Sozialwissenschaften international Raum greifenden, weniger offensichtlich politisierten, aber ebenfalls basal wissenssoziologisch orientierten sozialkonstruktivistischen Ansätze. Nimmt man die mögliche Abkunft der Bildungsforschung auch aus der Linie der Leipziger Soziologie ernst, war das MPIB damit quasi doppelt betroffen. Die im Kontext des BFW und der FTS benannten emotionalen, machtpolitischen und weltanschaulichen Zusammenhänge müssen jedenfalls für die Deutung der Kritik, mit der das Institut in den 1970er Jahren in- und außerhalb der MPG konfrontiert wurde, im Hinterkopf behalten werden.

Nähe des IfB zur sozial-liberalen Koalition, Erosion des kooperativen Föderalismus, Auflösung des Bildungsrats: Das West-Berliner Institut geriet aber auch bildungspolitisch unter Druck. Denn für das IfB/MPIB bedeuteten annähernd alle bislang angedeuteten politischen Entwicklungen eine Verengung seiner Handlungsspielräume. Noch Anfang 1969 waren Mitarbeiter des IfB an der Ausarbeitung der sozialdemokratischen Reformagenda leitend beteiligt gewesen, besonders an dem Entwurf des »Modell[s] für ein demokratisches Bildungswesen« der SPD.[1269] Der dann bereits vom neuen Kabinett veröffentlichte »Bildungsbericht '70«, der das bil-

---

1267 In der seit 1974 unternommenen Beanreizung von Arbeiten zum Themenkomplex der »Unregierbarkeit« ging es um Aspekte einer vorgeblichen Überforderung des Staates, die ähnlich in zeitgenössischen angelsächsischen konservativen Diskursen zu einem der Leitthemen wurden. Der in den späten 1970er Jahren von der FTS auf den Weg gebrachte Förderbereich zu den Ursachen des Scheiterns von Weimar zielte, national bezogen, auf die Prüfung von Parallelen zu damals aktuellen Entwicklungen, wobei für Birrenbach persönlich die von ihm befürchtete »Erosion der Staatsautorität« im Fokus stand. Ebenfalls seit Ende der 1970er Jahre förderte die Stiftung im neuen Format der »Thyssen-Vorträge« Arbeiten zur preußischen Geschichte, wobei es besonders um die Herausarbeitung von positiven Bezügen beziehungsweise um die Re-Etablierung eines positiven nationalen Geschichtsbewusstseins ging. Die erste Reihe begann ab 1980 bezeichnenderweise in Kooperation mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) in Berlin. Hockerts, *Erbe*, 2018, 279–292, Zitat 285. Vgl. in internationaler Perspektivierung zu dem Topos des »Staatsversagens« Gabriele Metzler: Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren? In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, 243–260, hier 244.

1268 Hockerts, *Erbe*, 2018, 276.

1269 Im Januar 1969 verabschiedete der Vorstand der SPD sein bildungspolitisches Programm und stellte es als Entwurf eines »Modell[s] für ein demokratisches Bildungswesen« öffentlich zur Diskussion. Wie Böhm und Tenorth feststellen,

dungspolitische Programm der Regierung vorstellte, flankierte im Juni 1970 passgenau den gut einen Monat vorher vom Bildungsrat verabschiedeten Strukturplan und nahm einige seiner Grundgedanken auf.[1270] Der Einfluss des IfB befand sich auf dem Höhepunkt. Dennoch können schon die von Brandt und Bildungsminister Leussink dem »Bildungsbericht '70« vorangestellten Begleitworte in gewissem Sinn nur noch als Echo einer im Grunde schon überholten Politik betrachtet werden. Sie appellierten noch ganz im Duktus des kooperativen Föderalismus und der nationalen »Gemeinschaftsaufgaben« an die Dialogbereitschaft der Länder.[1271] Einige der damaligen Entwicklungen hatten entsprechend positiv stimmen können: So war die Position des Bundes im Kulturbereich durch die im Mai 1969 gerade noch von der Großen Koalition durchgebrachte Grundgesetzänderung, vor allem über die Aufnahme von Art. 91b GG gestärkt worden. Für eine Bund und Länder übergreifende Bildungsplanung und -finanzierung war mit der verfassungsrechtlichen Einführung der »Gemeinschaftsaufgaben« mithin rechtlich der Weg geebnet.[1272] In diesem Sinne auch wurde nachlaufend das BMBW eingerichtet und im Juni 1970 die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) etabliert. Sie sollte die Handlungsinitiative für den gesamten Bildungsbereich auf Seiten der Politik in Bund und Ländern konzentrieren.[1273] Tatsächlich aber saß das Leussink-Ministerium

---

hatte es erheblichen Einfluss auf die Bildungspolitik der sozial-liberalen Koalition. Entwickelt worden war das »Modell« vom sogenannten »Kochel-Kreis«, einer zehnköpfigen Expertengruppe, die im Auftrag des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD ab März 1968 in Kochel am See unter Leitung des Berliner Schulsenators Carl-Heinz Evers beriet. Mitglieder waren der BR- und IfB-Mitarbeiter Jürgen Raschert und der zeitweilige freie Mitarbeiter am IfB Hans-Günter Rolff. Im gleichen Jahr begründeten und konkretisierten beide zentrale Bausteine des Modells, die in einem im November 1969 fertig gestellten und 1970 von Evers und dem damaligen Vorsitzenden des Bildungspolitischen Ausschusses Johannes Rau herausgegebenen Sammelband veröffentlicht wurden. Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, *Entwurf*, 1969; Winfried Böhm und Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): *Deutsche Pädagogische Zeitgeschichte 1960–1973. Von der Diskussion um den Rahmenplan zum Bildungsgesamtplan.* Kastellaun: Henn 1977, 136; Jürgen Raschert: Reform des Curriculum. In: Carl-Heinz Evers und Johannes Rau (Hg.): *Oberstufenreform und Gesamthochschule.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970, 1–15; Hans-Günter Rolff: Bildungsexpansion und Gesamthochschulen. In: Carl-Heinz Evers und Johannes Rau (Hg.): *Oberstufenreform und Gesamthochschule.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970, 109–132. Zur Genese des »Modells« und zum Kochel-Kreis siehe Carl-Heinz Evers und Johannes Rau: Vorwort der Herausgeber. In: Carl-Heinz Evers und Johannes Rau (Hg.): *Oberstufenreform und Gesamthochschule.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970, IX–XII, hier IX–X.

1270 Die Herausgabe des Bildungsberichts gehörte auch zur Einlösung des von Brandt in seiner Regierungserklärung gegebenen Transparenzversprechens. Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.): *Bildungsbericht '70. Bericht der Bundesregierung zu Bildungspolitik.* Bonn 1970; Brandt, *Erklärung*, 1969, 30. Siehe zum engen Zusammengang von Strukturplan und Bildungsbericht: Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 184 und zu den Vorleistungen des WR für den hochschulpolitischen Bereich des Berichts Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 117–118.

1271 Brandt stellte fest, dass die »Bildungsreform in unserem Lande [...] nur im Geiste des kooperativen Föderalismus möglich sein wird«, während Leussink die Hoffnung formulierte, dass »durch die [mit der Grundgesetzänderung von 1969 geschaffene] Möglichkeit gemeinsamer Bildungsplanung die Debatte um die Frage der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten im Bildungswesen weitgehend an Bedeutung verlieren kann«. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, *Bildungsbericht '70*, 1970, 3, 5.

1272 Vgl. Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 130–131 und zur Verfassungsreform von 1969 im Kontext einer zeitlich weitgespannten Darstellung der Entwicklung bildungspolitischer Rahmenbedingungen im föderalen System und einem abschließenden Plädoyer für die Stärkung der Länder Hellmut Wollmann: Entwicklungs- und Konfliktlinien des Bildungssektors im deutschen Föderalismus: Neue Dynamik durch Digitalisierung in Zeiten des Corona Virus? In: Wolfgang Roters, Horst Gräf und Hellmut Wollmann (Hg.): *Zukunft denken und verantworten. Herausforderungen für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Festschrift für Christoph Zöpel.* Wiesbaden: Springer VS 2020, 253–284, hier 256–258.

1273 Die BLK war allerdings ebenfalls ein reines Beratungsgremium; die Entscheidungsbefugnis lag bei den Regierungschefs von Bund und Ländern. Siehe zur Organisationsstruktur der BLK und zu ihrer (Dys-)/Funktionalität am Beispiel der Entwicklung des Bildungsgesamtplans bis 1979 Raschert, *Bildungspolitik*, 1980, 132–146.

bereits in der vom Kabinett Anfang Oktober 1970 eingerichteten »Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel« nicht mit am Tisch. Diesem Gremium kam im Rahmen der von der Regierungskoalition anvisierten Globalsteuerung eine zentrale koordinierende Funktion zu.[1274] Schiller wiederum kürzte dem Kollegen die Finanzen[1275] und im Januar 1972 stellte Leussink sein Amt zur Verfügung, gefolgt vom Rückzug seiner Staatssekretärin Hamm-Brücher.[1276] Die Rücktritte standen jenseits einer Reaktion auf die negativen finanziellen Signale aber auch in engem Zusammenhang mit den vorangegangenen gravierenden Schwierigkeiten bei der Erarbeitung der beiden zentralen bildungspolitischen Projekte der sozial-liberalen Koalition: dem Bildungsgesamtplan und dem Hochschulrahmengesetz. Die Verhandlungen darum wurden durch zusehends unversöhnliche Positionen von SPD/FDP und CDU/CSU auf Bundes- wie auf Länderebene (»A- und B-Länder«) geprägt und nötigten immer stärkere Kompromisse ab.[1277]

Auf den Punkt brachte die damalige Situation das „Länderexamen" der OECD über die Bildungspolitik in der BRD. Der international vergleichend angelegte Bericht war 1969 noch zu Zeiten der Großen Koalition begonnen worden. Er wurde Ende 1971 fertig gestellt und bezog sich wesentlich auf eine bereits erheblich kompromissgeschwächte Fassung des Bildungsgesamtplans. Zudem gingen die Eindrücke einer im Sommer 1971 unternommenen Experten-Reise durch die BRD ein, bei der auch das MPIB visitiert worden war. Im Ergebnis äußerten die fünf

---

1274 Leussink hatte in der Kabinettssitzung, auf der Schiller die Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) zur Errichtung der Kommission einbrachte, um Einbezug gebeten, was vom Bundeswirtschaftsminister abschlägig beschieden und vom Kabinett entsprechend bestätigt wurde. Vgl. Das Bundesarchiv: 43. Kabinettssitzung am 8. Oktober 1970; hier TOP 2 (Errichtung einer »Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel«). *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, online.* Zuletzt aufgerufen am 15. 11. 2021.

1275 Vgl. zu den Kürzungen zeitgenössisch den hämisch intonierten Bericht im *Spiegel*, der zugleich den Rücktritt Leussinks ins Spiel brachte: Gewisse Wurstigkeit. *Der Spiegel* 4 (16. 1. 1972), 23–24. https://www.spiegel.de/politik/gewisse-wurstigkeit-a-e0762b6e-0002-0001-0000-000043018804. Zuletzt aufgerufen am 17. 9. 2021. Einige Monate später, im September 1972 wurde noch deutlicher, dass die Bildungspolitik auf der Agenda der sozial-liberalen Koalition weiter nach hinten gerückt war. So beschied der Finanzplanungsrat von Bund, Ländern und Gemeinden unter dem Vorsitz Helmut Schmidts, der inzwischen als Nachfolger Schillers amtierte, dass der Bildungsgesamtplan (nach dem Stand des BLK-Zwischenberichts) bis 1975 nicht in voller Höhe finanziert werden könne. Vgl. Klaus Hüfner: Einleitung des Herausgebers. In: Klaus Hüfner (Hg.): *Bildungswesen: mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Eine Veröffentlichung der OECD.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1973, 8–32, hier 26 sowie die vom Bildungsrat veranlasste Analyse der disparaten Anforderungen von staatlicher Bildungsgesamtplanung und Finanzplanung unter der Bedingung des Kulturföderalismus zwischen 1970 und 1973: Heinrich Mäding: *Bildungsplanung und Finanzplanung. Abstimmungsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland.* Stuttgart: Klett 1974.

1276 Vgl. auch die Darstellung Behrmanns, in der er die Bedeutung der Vorstöße der sozial-liberalen Reformfraktionen für die Entstehung von Gegenreaktionen akzentuiert. Zudem geht er auf die Situation Leussinks (fehlende Hausmacht in Parteien und Parlamentsfraktion) und auf die damalige kritische Entwicklung der von diesem unterstützten forschungspolitischen Großprojekte ein (beispielsweise das Scheitern des Projekts zur Entwicklung eines international konkurrenzfähigen Großrechners durch AEG/Telefunken und Siemens, schleppende Airbus-Entwicklung, Explosion der Trägerrakete »Europa II«). Vgl. Behrmann, *Leussink*, 2001, 434–436.

1277 So scheiterte die Verabschiedung eines bereits erheblich kompromissgeprägten Bildungsgesamtplans im Juli 1971 vor allem aufgrund der unnachgiebigen Haltung des bayerischen Kultusministers Maier und ging erneut in die Verhandlungen. Vgl. zeitgenössisch zum Beispiel, ohne Autor*innenkennzeichnung: Einleitung. In: Holger H. Lührig (Hg.): *»Wirtschaftsriese – Bildungszwerg«. Der Diskussionshintergrund zum Bildungsgesamtplan 1973: Analysen des OECD-Reports.* München: Rowohlt 1973, 7–16 und zu der von Anfang an konfliktreichen Entstehung des Plans zum Beispiel Friedeburg, *Bildungsreform*, 1992, 412–416 oder Rainer Mathes: *Gesamtstaatliche Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung, Realisierung und Funktion. Eine empirische Analyse der Implementation des Bildungsgesamtplans in Hessen und Rheinland-Pfalz.* Köln: Böhlau 1987, 17–25.

Prüfer nicht nur massive Zweifel an dem finanziellen Engagement von Bundesregierung und Ländern für die angekündigten Bildungsreformen und verwiesen auf den im internationalen Vergleich zu geringen Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt. Zudem warnte die OECD in ihrem Report davor, die in der BRD um 1970 hörbar werdende Rede von »einer ›Überproduktion‹ an hochqualifizierten Arbeitskräften« als Begründung für eine Drosselung oder Beendigung der Bildungsexpansion zu nehmen.[1278] Darüber hinaus zeigten sich die Prüfer »betroffen [...] über die immer stärker polarisierte politische Auseinandersetzung zwischen gegnerischen Gruppen«.[1279] Mit all diesen Beobachtungen wiesen die Experten, zu denen neben Fritz Stern (1926–2016) auch Torsten Husén gehörte, auf mehr als einen wunden Punkt hin.[1280] Die Art und Weise, wie der Bericht der OECD dann in Deutschland veröffentlicht wurde, spiegelt die verfahrene bildungspolitische Situation und zeigt, auf welcher Seite das MPIB dabei zu verorten war: Der Report erschien erst im Mai 1973 in deutscher Übersetzung »dank der Initiative des Verlegers Diesterweg«.[1281] Herausgegeben und kommentiert wurde der Bericht von einem Mitarbeiter des MPIB und Hamm-Brücher versah ihn mit einem schneidend kritischen Vorwort, in dem sie der zweiten Bundesregierung unter Brandt ihre Kritik ins Stammbuch schrieb.[1282]

Und noch eine weitere, diesmal institutionelle Entwicklung trug zu einer Lage bei, die besonders für das Berliner Institut gefährlich wurde. Denn mit Gründung der BLK war neben dem Wissenschaftsrat und dem Bildungsrat ein zusätzliches Planungsgremium etabliert worden, das beide Einrichtungen in eine existentielle Krise stürzte, da zentrale Zuständigkeiten von dem neuen Gremium absorbiert zu werden drohten. Die massiven Veränderungen, denen sich

---

1278 Klaus Hüfner: *Bildungswesen: mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Eine Veröffentlichung der OECD.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1973, 122–124, Zitat 122. Vgl. aus dem zeitgenössischen Diskurs über die steigende Zahl akademisch gebildeter Arbeitskräfte zum Beispiel die zusammenfassende Darstellung von Winfried Schlaffke, der am Deutschen Industrieinstitut Köln (DI) arbeitete und in der Reihe *Texte + Thesen* publizierte: Winfried Schlaffke: *Akademisches Proletariat?* Osnabrück: Fromm 1972.

1279 Hüfner, *Bildungswesen: mangelhaft*, 1973, 122. Ende November kam es in Paris zu einem für Länderreports üblichen »confrontation meeting«, auf dem die Ergebnisse der OECD mit den Ländervertretern diskutiert wurden. Für die deutsche Seite nahmen für den Bund Hamm-Brücher und für die Länder der rheinland-pfälzische Kultusminister Bernhard Vogel (geb. 1932) teil, unter den Diskutanten befand sich auch Hellmut Becker. Im Nachgang dazu erschien Anfang 1972 der offizielle Bericht der OCEC in englischer Sprache. Vgl. OECD (Hg.): *Germany. Reviews of National Policies for Education.* Paris: OECD 1972.

1280 Die Prüfergruppe war rein männlich besetzt. Vgl. Hüfner, *Bildungswesen: mangelhaft*, 1973, 33.

1281 Hildegard Hamm-Brücher: *Vorwort.* In: Klaus Hüfner (Hg.): *Bildungswesen: mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Eine Veröffentlichung der OECD.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1973, 5–7, Zitat 5.

1282 Hamm-Brücher konstatierte »steckengebliebene Reformen« und eine national isolationistische Bildungspolitik, die »zur Verprovinzialisierung und Erstarrung nach innen« führte. Ohne Hans Maier explizit zu nennen, ergänzte sie, dass insbesondere die »konservativen Bildungspolitiker [...] aus ihrer grundsätzlichen Abneigung gegen das OECD-Examen nie einen Hehl gemacht« hätten. Sie plädierte daher grundsätzlich für eine »klare Regelung der internationalen Repräsentanz der Bundesrepublik zugunsten des Bundes in bildungspolitischen Angelegenheiten« und verwies auf die von ihr im Kontext des OECD-Examens in dieser Hinsicht als Vertreterin des Bundes gemachten Erfahrungen mit den deutschen Ländern, die eine »gelegentlich groteske[...] Peinlichkeit« mit sich gebracht hätte. Die Hauptschuld für diese Situation verortete sie angesichts einer durch ihre politische Zusammensetzung dysfunktionalen Kultusministerkonferenz und einer Bundesregierung, die »den Konflikt mit den Ländern vermeiden möchte« und ihre eigene Reformagenda des »*Bildungsberichts '70*« offenbar vergessen hätte, im »westdeutschen Kulturföderalismus«. Vgl. Hamm-Brücher, *Vorwort*, 1973, 6, 7.

auch die MPG in diesem Kontext zu stellen hatte, werden in zwei Stellungnahmen Butenandts deutlich, der sich als Präsident der MPG durchgängig für eine national übergreifende Forschungs- und Bildungspolitik nach dem Konsensprinzip eingesetzt hatte.[1283] Noch im Juni 1970 warnte der aufmerksame Beobachter wissenschaftspolitischer Entwicklungen in seinem Bericht vor dem Senat vor einem »Planungs-Dschungel«. Zwei Jahre später warb Butenandt dann an gleicher Stelle angesichts der Existenzbedrohung des WR nahezu flehentlich für das »Zusammenwirken von Wissenschaftlern, Vertretern der Wirtschaft und verantwortlichen Politikern«.[1284] Eine Epoche ging zu Ende. Während dem WR jedoch nach 1975 schrittweise neue Aufgaben zugewiesen wurden, überlebte der Bildungsrat nicht. Den Fortbestand des WR sicherten ab 1979 langfristig vor allem neue Arbeitsgebiete im Bereich der Evaluation wissenschaftlicher Einrichtungen, begleitend zum allmählichen Aufbau eines neuen wissenschaftspolitischen Steuerungsregimes in der Bundesrepublik, das zentral auf die Steigerung von Effektivität und Effizienz hin ausgelegt war.[1285] Die Bildungskommission des BR hingegen agierte durchaus unglücklich. In Reaktion auf die polarisierte Lage und die Gründung der BLK versuchte sie sich einerseits als ein stärker wissenschaftlich-theorieorientiertes Gremium auszuweisen. Andererseits aber setzte sie ihre eigene zielbetonte Agenda und die damit einhergehende, von Hüfner und seinen Mitautoren so bezeichnete »stark normative[...] Argumentation« weiter fort, um noch offene Problemfelder des Strukturplans zu bearbeiten. Dafür jedoch brachen zunehmend die politischen Koalitionspartner weg. Seit 1973 wuchs die Kritik von Seiten der gesamten Regierungskommission, zum Beispiel an dem als abgehoben empfundenen Stil der Bildungskommission gegenüber finanziellen Erwägungen.[1286] Das Ende des Bildungsrats war dann angezeigt, als das von Becker mit hoher Priorität vorangetriebene Gutachten zur »Reform von Organisation und Verwaltung« innerhalb des BR torpediert wurde und 1974 nur noch als »Bericht« – und nicht als »Empfehlung« – der Bildungskommission publiziert werden konnte. Darin wurde noch einmal der Versuch unternommen, den bürokratisch-politisch regulierten Handlungsbereich der Schulverwaltungen analog zu den im Strukturplan ausgewiesenen Grundgedanken zu reformieren und besonders den Schulen größere Autonomie einzuräumen. Ohne Zustimmung aus Politik und Administration war dies jedoch zum Scheitern

---

1283 In seiner Abschiedsrede vor der Festversammlung der MPG fasste Butenandt im Rückblick auf seine Präsidentschaft die Politik der »personelle[n] Verzahnung« der großen Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft unter die Maxime: »wir haben grundsätzlich versucht, Entscheidungen auf einen Konsensus aller Beteiligten zu begründen«. Vgl. Butenandt, *Ansprache*, 1972, Zitate 36, 37.

1284 Protokoll der 66. Sitzung des Senates vom 11. 6. 1970 in Saarbrücken, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 66.SP, fol. 9 und Protokoll der 71. Sitzung des Senates vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 9. Die Rolle Butenandts im Kontext der Neujustierung des WR ist noch nicht untersucht. Vgl. Hinweise in Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 119.

1285 Zur Krise des WR, die durch Zweifel an der demokratischen Legitimation der Einrichtung und kurzzeitige Kompetenzstreitigkeiten mit der WRK noch verstärkt wurde, sowie zum nachfolgenden Kurs der Konsolidierung: Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 113–139.

1286 Vgl. Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer, *Hochkonjunktur*, 1986, 155–164, Zitat 163. Die Autoren erwägen als Ursachen des Scheiterns des Bildungsrats seine »politisch-normative[...] Einseitigkeit, seine[...] eher eklektischen Wissenschaftsbezüge[...] und seine[...] mangelnde[...] Berücksichtigung empirischer Ausgangslagen«. Einschränkend weisen sie auf das Fehlen allgemein akzeptierter wissenschaftlicher Theorieansätze und die Anfang der 1970er Jahre noch unzureichende Bildungsstatistik hin. Ebd., 163–164, Zitat 163.

verurteilt.[1287] Auch die im gleichen Jahr veröffentlichten Empfehlungen zur »Planung der Bildungsforschung«, in denen diese Forschungsrichtung – ganz in der Signatur des MPIB – in den »Kontext einer Theorie der Bildung« und diese wiederum unauflösbar in den »Kontext einer Theorie der Gesellschaft« gerückt wurde,[1288] stellte nur noch einen Abgesang auf die ehemals starke Position des Gremiums und auf seine nationalen, die Bundesländer übergreifenden und vereinheitlichend gedachten Reformambitionen dar. Letztlich waren es der baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn (1909–1996, CDU) und Kultusminister Maier, die im Oktober 1974 ankündigten, das Abkommen über den BR nicht verlängern zu wollen.[1289] Dass die Motivation dafür in einer grundsätzlichen Opposition gegen das vom BR betriebene Reformansinnen lag, brachte Hahn in seinen »Erinnerungen« auf den Punkt:

> Die Vorlagen des Bildungsrates wurden [...] immer einseitiger im Sinne der emanzipatorischen Pädagogik. Der egalitäre Begabungsbegriff wurde ebenso bestimmend wie der Glaube an Integration um jeden Preis. Früheinschulung des Kindes und die übertrieben radikale Demokratisierung der Schulen, die in eine volle Autonomie entlassen werden sollten, wurden vorgeschlagen.[1290]

1974 jedenfalls konnten Hahn und Meier von ihrer Ablehnung der Verlängerung der BR-Tätigkeit auch nicht durch die Bundesregierung und die SPD-regierten Länder abgebracht werden, die im Gegenzug als Druckmittel den Bestand des WR in Frage gestellt hatten.[1291] Diese Debatte erreichte einige Monate vor dem Ende des BR auch noch einmal den Senat der MPG, dem Lüst – seit 1972 deren Präsident – über die »Neuordnung des Beratungswesens« berichtete. Dabei verwandte er sich eindringlich für den Weiterbestand des WR, zeigte an einer Fortsetzung der Tätigkeit des Bildungsrats dagegen keinerlei Interesse. Vielmehr sprach er sich offensiv gegen ein Junktim der Existenzfrage beider Einrichtungen aus – worin er im Übrigen von Butenandt loyal unterstützt wurde. Allein der Vertreter des Bundes setzte sich für den BR ein, während Hans Maier, der ebenfalls für den Fortbestand des WR optierte, noch einmal die Gelegenheit nutzte, gegenüber dem BR seine grundsätzliche Ablehnung zu demonstrieren und dessen Beschlüsse als »vielfach wirklichkeitsfremd« kritisierte.[1292] Wenige Monate später, zum 14. Juli

---

1287 Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer, *Hochkonjunktur*, 1986, 155–156. Deutscher Bildungsrat: *Bericht der Bildungskommission zur Reform von Organisation und Verwaltung. Fragen einer ziel- und programmorientierten Schulverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Ministerialbereichs.* Bonn: Bundesdruckerei 1974.

1288 Deutscher Bildungsrat: *Aspekte für die Planung der Bildungsforschung.* Bonn: Bundesdruckerei 1974, 29. »Rückblick und Vermächtnis« stellte dann laut Hüfner et al. der abschließend angeschobene »Bericht '75« dar, in dem der BR im Rückblick auf das vorausgegangene Jahrzehnt die für ihn zentralen Veränderungen festhielt. Hüfner, Naumann, Köhler und Pfeffer, *Hochkonjunktur*, 1986, 153; Deutscher Bildungsrat: *Die Bildungskommission. Bericht '75. Entwicklungen im Bildungswesen.* Bonn: Bundesdruckerei 1975.

1289 Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 122.

1290 Zitat aus den 1981 publizierten »Erinnerungen« von Hahn, hier nach Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 121.

1291 Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 121–123.

1292 Protokoll der 80. Sitzung des Senates vom 7. 3. 1975 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 80.SP, fol. 111–114, Zitate fol. 111, 112.

1975 lief die Tätigkeit des Bildungsrats aus und dem MPIB war eines seiner bis dahin wichtigsten Betätigungs- und Renommierfelder genommen.

4.2.2 Kritik aus der Wirtschaft am sozialwissenschaftlichen Kurs der MPG und am MPIB: »Diese schlechten Erfahrungen sprechen nicht für einen Beitritt der Kammer zur obigen Gesellschaft«

Das Berliner Institut geriet seit Ende der 1960er Jahre aber nicht nur im Zuge der Veränderungen der politischen Gesamtlage und der sich formierenden konservativen Opposition im akademischen Bereich in schweres Fahrwasser, sondern auch im Kontext vergleichbarer Bewegungen in der Wirtschaft. So kehrte sich die Zustimmung einflussreicher Wirtschaftsvertreter, die, wie beispielsweise Wurster, die Gründung des Instituts in den Entscheidungsgremien der MPG noch wohlwollend begleitet hatten, im Verbund mit der zunehmenden Kritik am sozialwissenschaftlichen Kurs der MPG allmählich in ihr Gegenteil. Beobachtet werden konnte diese Haltungsänderung schon 1965 im Verwaltungsrat der MPG an der Kritik der Dimensionierung des Neubaus des IfB (Wurster, Dohrn), in den Diskussionen um die volle Integration des Instituts 1970 (Wurster) sowie um die Berufung der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB zwischen 1971 und 1973 (Amerongen, Selbach, Birrenbach, Leussink/Krupp, Merkle). Ebenso stammte die schärfste Opposition innerhalb der MPG gegen die Gründung des Starnberger Instituts (1967 bis 1969) von hochrangigen Wirtschaftsvertretern (Wurster, Winnacker, nachgelagert Blessing, Reusch). Dabei ist daran zu erinnern, dass die Starnberger Einrichtung in diesen Diskussionen in enger Verbindung mit dem IfB wahrgenommen wurde und die Kritik sich am Forschungstypus beider Einrichtungen und am politischen Engagement von Institutsangehörigen festmachte. Dass die Widerstände aus der Wirtschaft gegen beide Institute damit zusammenhingen und zudem nicht auf die Gremien der MPG begrenzt blieben, sondern breiter fundiert waren, zeigen die im Bestand der Institutsbetreuung überlieferten Beschwerden über das IfB/MPIB und über das Starnberger Institut durch zwei Industrie- und Handelskammern (IHK), die 1968 und 1971 bei der MPG-Führung eingingen.

Im dem kurzen Schreiben vom 28. Juni 1968, das wenig später den Präsidialbereich der MPG erreichte, griff der Präsident der IHK Stuttgart zwar rhetorisch kaschiert, aber unmissverständlich den Typus der in der MPG institutionalisierten »Sozialwissenschaften« an, da sie den Interessen der Wirtschaft zuwiderliefen. Indirekt drohte er mit dem Entzug der Fördermitgliedschaft in der MPG und weiterer Zuwendungen des mächtigen baden-württembergischen Wirtschaftsverbands. So seien ihm

> in der Tat in der zurückliegenden Zeit gewisse Zweifel gekommen [...], ob insbesondere im Bereich der Sozialwissenschaften die von der Wirtschaft nicht nur Ihrer Gesellschaft gestifteten Summen mit jener Sorgfalt verwendet werden, die im Bereich der Wirtschaft Voraussetzung für ihre Aufbringung ist.[1293]

1293 Heine an Heinz Pollay, 28. 6. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 574, fol. 15. Das einseitige Schreiben trägt den Eingangsstempel des Präsidialbüros der MPG. Heinz Pollay war seit 1953 in der Generalverwaltung der MPG tätig, leitete bis

Das Schreiben schließt mit der Aufforderung, dem Präsidenten der IHK zwecks besserer Lagebeurteilung »beispielsweise einmal einen Leistungsbericht des Instituts für Bildungsforschung in Ihrer Gesellschaft zugänglich machen zu wollen, aus dem Personalaufwand und Forschungsergebnisse ersichtlich sind«.[1294] Obwohl das geplante Weizsäcker-Institut in dem Brief nicht expressis verbis ins Visier genommen wurde, liegt es aufgrund der Erwähnung des »Bereich[s] der Sozialwissenschaften« nahe, dass sich die Beschwerde ebenso gegen dieses Vorhaben richtete. Dafür spricht, dass sich der Senat der MPG am Vortag der Abfassung des Schreibens mit der Gründung des Starnberger Instituts befasst hatte und ein positiver Ausgang angesichts der Statur Weizsäckers trotz der deutlichen Opposition durch Wurster nicht unwahrscheinlich schien.[1295] In jedem Fall stellte der Brief aber eine Mahnung »der Wirtschaft« an die MPG-Spitze dar, ihren Kurs im Bereich der »Sozialwissenschaften« zu überdenken. Zudem tritt mit dem im Schreiben der IHK geäußerten Zweifel an der Effizienz der Arbeit des IfB ein Kritikpunkt in Erscheinung, der später immer wieder aufgenommen werden sollte. Wie beschrieben, war ähnliches in der Diskussion um die volle Integration des IfB in die MPG, etwa im Gutachten des Vertreters der Stiftung Volkswagenwerk, zu lesen und in der Senatsdiskussion um die Berufung der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB wurde diese Kritik zum Beispiel durch Leussink formuliert. Wie noch zu zeigen sein wird, gehörte sie dann in den 1970er Jahren zu den zentralen Einwänden des Wissenschaftlichen Beirats des MPIB gegen die Arbeit des Instituts.

Fast zwei Jahre nach der Beschwerde der Stuttgarter IHK – das Bildungsforschungsinstitut hatte gerade die Hürde der Vollmitgliedschaft in der MPG genommen – wandte sich der Geschäftsführer der kaum minder bedeutsamen Kölner IHK an den Senator der MPG Wolff von Amerongen mit erneuter Kritik. Das Schreiben vom 23. März 1971 führt dabei vor Augen, wie sich diese mittlerweile verschärft und politisch aufgeladen hatte. Zugleich zeigt sich, dass die Kritik in Bezug auf die wissenschaftlichen Ansätze zu fast schon standardisierten Formeln der Abwertung geronnen war und den Einwürfen stark ähnelte, wie sie für den BFW und die Thyssen-Stiftung festgestellt wurden. Dass Amerongen dabei in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT, später: DIHK) adressiert wurde, verlieh der Beschwerde noch größeres Gewicht. Anlass war erneut die Frage der finanziellen Unterstützung einer IHK für die MPG, wobei es in diesem Fall um den »Beitritt der [Kölner] Kammer« zur Forschungsgesellschaft ging.[1296] Im Zentrum standen zwei Angriffspunkte: Zum Ersten wurden die Aktivitäten und die Ausrichtung des Berliner Instituts inzwischen als schlicht wirtschaftsfeindlich wahrgenommen und so explizit benannt. Dabei ging es konkret um die

---

1971 die Öffentlichkeitsarbeit und war in dieser Funktion auch für die Fördernden Mitglieder zuständig. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 438, 938.

1294 Heine an Heinz Pollay, 28. 6. 1968, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 574, fol. 25.

1295 Vgl. den Bericht des Präsidenten und die Diskussion über dieses Neuvorhaben im Senat: Protokoll der 60. Sitzung des Senates vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 19, 27.

1296 Amerongen leitete den zweiseitigen Beschwerdebrief des Geschäftsführers der Kölner IHK am 29. März 1971 in Abschrift an den Generalsekretär der MPG weiter. Adressiert war der Brief Rehkers an »Herrn Präsident Otto Wolff von Amerongen«. Rehker an Wolff von Amerongen, 23. 3. 1971. [Abschrift], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 68–69, Zitate fol. 68, 69.

Anfang 1970 erschienene Studie des Mitarbeiters der bildungsökonomischen Abteilung am MPIB Matthias Wentzel zur »Rechtssetzungsfunktion der Industrie- und Handelskammern und Handwerksorganisationen [...] auf dem Gebiete der Berufsausbildung«. Diese hatte Wentzel am Kölner Beispiel untersucht, letztlich für »verfassungswidrig« befunden und damit, wie es im Vorwort hieß, »das bestehende System der Berufsausbildung in Frage« gestellt.[1297] Der Geschäftsführer der IHK Köln zeigte sich nun in seinem Schreiben an Amerongen empört über die Befunde, die er als »außerordentlich kammerfeindlich« betrachtete und als »rechts*ideologische*[...] Überlegungen von Herrn Wentzel« abqualifizierte.[1298] Hinzu kam sicher das Gefühl eines Vertrauensbruchs, da Wentzel in Köln »durch die Vermittlung von Herrn Professor Becker« empirisches Material für seine Studie hatte sammeln können. Diese »schlechten Erfahrungen«, so folgerte der Geschäftsführer, sprächen nicht für einen Beitritt der Kammer zur MPG.[1299] Dass zum Abschluss des Briefes dann aber deutlich zwischen der Forschungsgesellschaft auf der einen Seite und dem MPIB unter Becker und den dortigen, »sehr wirtschaftskritisch eingestellten Professoren Dr. Lempert und Dr. Edding« auf der anderen Seite unterschieden wurde,[1300] war ein Hinweis darauf, dass die Missbilligung der Wentzel-Studie bereits in die Kritik an einer dem Institut allgemein unterstellten Ökonomiefeindlichkeit übergegangen war, während für die MPG insgesamt die gegenteilige Annahme galt.[1301] Zum Zweiten zeigt sich in dem Schreiben aus Köln erneut der enge Zusammenhang in der Wahrnehmung des Berliner und des Starnberger Instituts als Vertreter einer ähnlichen wissenschaftlichen Ausrichtung und politischen Haltung. Denn während die Publikation von Wentzels Studie bei Abfassung

---

1297 Matthias Wentzel: *Autonomes Berufsausbildungsrecht und Grundgesetz. Zur Rechtsetzung der Industrie- und Handelskammern und Handwerksorganisationen in der Bundesrepublik.* Stuttgart: Klett 1970, bes. 5, 35–39 und 208–213, Zitate 35, 208, 5. Wentzel problematisierte in seiner Studie, dass der Bund im Bereich der Berufsausbildung seine eigene Regelungsbefugnis »weitgehend auf die Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft delegiert« habe und untersuchte das entsprechend »von der Wirtschaft selbst geschaffene[...] Recht[...] der Berufsausbildung« im Hinblick auf die »Verfassungsmäßigkeit« dieser Rechtssetzung. Ebd., 36, 37, 38. Inwieweit das Untersuchungsergebnis tragfähig gewesen ist, wäre bei Bedarf durch eine rechtshistorische Studie zu prüfen. Vgl. zur damaligen Situation der Berufsbildung zum Beispiel Dietrich W. Winterhager: Berufliche Bildung – Ein Bereich starker Herausforderung der Bildungsforschung. In: Friedrich Edding (Hg.): *Zwanzig Jahre Bildungsforschung. Zwanzig Jahre Bildungsreform.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1987, 176–184.

1298 Rehker an Wolff von Amerongen, 23. 3. 1971. [Abschrift], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 69, Hervorhebung Behm.

1299 Nach Darstellung Rehkers hatte Wentzel, damals Assessor, auf Empfehlung Beckers hin 1969 für ein halbes Jahr »ein Praktikum« absolviert. Rehker an Wolff von Amerongen, 23. 3. 1971. [Abschrift], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 68.

1300 »Sicher ist, daß man die Abteilung Bildungsforschung unter ihrem Leiter Professor Dr. Becker und die sehr wirtschaftskritisch eingestellten Professoren Dr. Lempert und Dr. Edding nicht mit der Max-Planck-Gesellschaft gleichsetzen kann und darf«. Rehker an Wolff von Amerongen, 23. 3. 1971. [Abschrift], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 69. Wolfgang Lempert, der von Rehker fälschlicherweise als Professor tituliert wurde, hatte bereits mit Edding an der HIPF gearbeitet. Seit 1964 forschte er am IfB im Bereich der Beruflichen Bildung, habilitierte sich 1967 für das Fach Wirtschaftspädagogik und vertrat an der FU seit 1972 eine außerplanmäßige Professur für Erziehungswissenschaft. Am MPIB blieb er bis zu seiner Pensionierung 1995. Vgl. Karin Büchter, Martin Fischer, Franz Gramlinger, H.-Hugo Kremer und Tade Tramm: Zum Tod von Wolfgang Lempert. *bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online*, 2018. https://www.bwpat.de/personalia/Nachruf_Wolfgang-Lempert.pdf. Zuletzt aufgerufen am 19. 4. 2021.

1301 Edding übernahm 1971 den Vorsitz der Sachverständigenkommission »Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung« und war damit in eine weitere einflussreiche Position eingerückt. Seine Tätigkeit dürfte daher von Seiten der organisierten Wirtschaft unter besonderer Beobachtung gestanden haben. Vgl. Hösel, *Verkannte Innovationen*, 2010, 167.

der Kölner Beschwerde schon ein Jahr zurücklag, war Habermas gerade knapp zwei Wochen vor der Abfassung des Briefes vom Senat der MPG zum Wissenschaftlichen Mitglied und Direktor am Starnberger Institut berufen worden.[1302] Nur auf dieses Ereignis konnte sich die Kölner Zuschrift also beziehen, wenn darin zu bedenken gegeben wurde, »welche Anstrengungen zur Zeit unternommen werden, diese Vereinigung[, die MPG,] von links her zu unterwandern« und dafür als Beispiel an erster Stelle die »Berufung von linksextrem argumentierenden Wissenschaftlern« genannt wurde.[1303] Die erwähnte Unterscheidung zwischen der MPG und dem MPIB zum Ausgang des Briefes mag in diesem Sinn auch als ein Wink gegeben und gedeutet worden sein, die Zustimmung aus Wirtschaftskreisen zur MPG nicht weiter durch die im Bereich der »Sozialwissenschaften« verfolgte Richtung zu belasten. Dass mit dieser Beschwerde zudem die Position Beckers und der Bildungsökonomie innerhalb der vielfach wirtschaftsnahen MPG nicht eben gestärkt wurde, liegt auf der Hand.

Amerongen, an den sich der Geschäftsführer der Kölner IHK gewandt hatte und der das Schreiben Ende März 1971 postwendend dem Generalsekretär der MPG zuleitete, äußerte in seinem Begleitschreiben jedenfalls Verständnis für die Wirtschaft, der es »durch praxisferne, ideologisch erstarrte und die Gesellschaft verändern wollende Kritiker wirklich schwergemacht [würde], überhaupt noch Leute auszubilden«.[1304] Der Generalsekretär wiederum, der sich innerhalb der MPG für Berlin und Starnberg vielfach eingesetzt hatte, war durch die Beschwerde offensichtlich in eine schwierige Lage gebracht. Dass dieser die Angelegenheit äußerst ernst nahm, zeigt sein Antwortschreiben an Amerongen vom April. Demnach hatte Schneider umgehend eine »Aussprache zwischen Professor Becker und einigen seiner Mitarbeiter« sowie Vertretern des übergeordneten Verbands der regionalen Industrie- und Handelskammern und der Geschäftsstelle des DIHT veranlasst. Allerdings: Auch wenn der Generalsekretär das Zusammentreffen in der zweiten Jahreshälfte wiederholen wollte, fällt seine an Amerongen übermittelte Einschätzung des Gesprächsergebnisses nüchtern aus, betont eher die Schwere der Differenzen und deutet an, wie verhärtet die Fronten zu diesem Zeitpunkt bereits waren:

> Ich kann nicht sagen, daß die Gegensätze dadurch etwa bereinigt worden wären; ich habe aber das Gefühl, daß diese Gelegenheit, sich gegenseitig Wahrheiten zu sagen, nicht ganz umsonst gewesen ist. [...] Vielleicht läßt sich nach und nach etwas Verständnis für die Auffassung der anderen Seite erreichen, so daß die Beziehungen etwas weniger gespannt werden.[1305]

1302 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 888.

1303 Rehker ergänzte die »ständige Kritik an Professor Butenandt und den Vorständen von Hoechst und BASF, die im Rahmen der Max-Plack-Gesellschaft eine große Rolle spielen«. Vgl. Rehker an Wolff von Amerongen, 23. 3. 1971. [Abschrift], AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 69.

1304 Wolff von Amerongen an Friedrich Schneider, 29. 3. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 66.

1305 Friedrich Schneider an Wolff von Amerongen, 21. 4. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 63–64.

Wie schon hinsichtlich der von Wurster und Winnacker in der MPG vertretenen Positionen festgestellt wurde, ist es auch in diesem Fall schwer abschätzbar, inwieweit die in den Beschwerden der Handelskammern geäußerte Kritik im Hinblick auf die damalige Haltung von westdeutschen Unternehmern der Spitzengruppe verallgemeinerbar ist. Beide Äußerungen lassen sich aber ebenso wie entsprechende Beiträge im Senat der MPG durchaus breiter belegten zeitgenössischen Entwicklungen zuordnen. Die dominant wirtschaftsfinanzierten konservativen Ausprägungen im Stiftungs- und Hochschulbereich wurden bereits erwähnt (FTS, BFW). In Anlehnung an die Untersuchung von Volker Berghahn wäre sogar genereller von einem »Kollisionskurs« weiter Teile einer konservativ gestimmten Unternehmerschaft gegen die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel (1919–2016), gegen gesellschaftliche Veränderungen und insbesondere gegen die Forderung nach mehr Mitbestimmung zu sprechen.[1306] Dies kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht beurteilt werden. Dass sich die Unternehmerseite aber in ihren wirkmächtigsten Interessenvertretungen gerade im Hinblick auf die Entwicklungen im Schul- und Bildungsbereich auf breiter Front in Aufruhr befand, belegt exemplarisch die ausführliche »Stellungnahme zur Mitwirkung im Schulwesen«, welche die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) im Oktober 1972 an politisch maßgebliche Personen – vom Bundeskanzler über die Kultusminister in Bund und Ländern bis zu den Abgeordneten der Länderparlamente – verschickte. Darin warnte der BDA davor, dass sich »unter dem Schlagwort der Demokratisierung vielfach radikale Politisierung, Ideologisierung und sozialistische Indoktrination« verbargen und plädierte für eine »funktionsdifferenzierte[...] Mitwirkung«, welche die »optimale[...] *Funktions- und Leistungsfähigkeit der Schule*« garantieren sollte.[1307]

4.2.3 Ausbau des neuen Managements und das schwierige Erbe der Sozialwissenschaften: der Astrophysiker und Wissenschaftsmanager Reimar Lüst als Präsident der MPG, 1972–1984

Der sich im Zuge der konservativen Gegenbewegungen und bildungspolitischen Veränderungen seit Ende der 1960er Jahre aufbauende Druck auf das Bildungsforschungsinstitut wurde durch den Präsidentenwechsel in der MPG und die damit verbundenen Entwicklungen innerhalb der Forschungsgesellschaft verstärkt. Sie sollen hier selbst als Teil einer konservativen Reaktion interpretiert werden, die sich zunehmend ins neoliberale Feld verschob. Wie in anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern der Bundesrepublik vollzog sich in der MPG im Bereich der Wissenschaftlichen Mitglieder ab Anfang der 1970er Jahre ein generationeller Wan-

---

1306 Vgl. Volker R. Berghahn: *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, 316–323, Zitat 319. Siehe dazu auch Reitmayer, der in Anlehnung an Berghahn besonders auf die Kampagne im Umfeld des Vorstandschefs der August Thyssen-Hütte AG (ATH) und Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Günther Sohl hinweist. Morten Reitmayer: *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*. München: Oldenbourg 2009, 347–348. Zur Person Sohls siehe mit weiterführender Literatur Hockerts, *Erbe*, 2018, bes. 56–60.

1307 Vgl. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Zur Mitwirkung im Schulwesen. Dokument Nr. 50. In: Winfried Böhm und Heinz-Elmar Tenorth (Hg.*): Deutsche Pädagogische Zeitgeschichte 1960–1973. Von der Diskussion um den Rahmenplan zum Bildungsgesamtplan*. Kastellaun: Henn 1977, 241–245, Zitate 241, 243, 245; Hervorhebung im Original. Siehe zu dem breit angelegten Adressatenkreis die einführenden Hinweise von Böhm und Tenorth, ebd., 241.

del.[1308] Mit dem Übergang der Präsidentschaft von Butenandt auf den Astrophysiker und Wissenschaftsmanager Reimar Lüst erreichte dieser hier auch die höchste Leitungsebene. Im November 1971 vom Senat gewählt, übernahm Lüst einen Tag nach der Satzungsänderung, mit der die Strukturreform der MPG bestätigt worden war, am 23. Juni 1972, die Geschäfte. Er sollte das Amt bis 1984 über zwei Amtsperioden hinweg wahrnehmen und die Entwicklung der Forschungsgesellschaft im Umbruchsjahrzehnt der 1970er Jahre prägen, bis hin in die Frühzeit der konservativ-liberalen Regierungskoalition unter Helmut Kohl.[1309] Eine Einordnung von Lüsts Präsidentschaft in die Zeit- und Wissenschaftsgeschichte steht ebenso wie eine wissenschaftliche Biographie noch aus.[1310] So viel aber ist in Bezug auf das MPIB sicher: Mit dem Ausscheiden Butenandts verlor das Institut in seiner bisherigen Gestalt und Ausrichtung in der MPG seinen wichtigsten Fürsprecher.[1311] Der wissenschaftspolitische Kurs der neuen MPG-Spitze trieb dagegen die Transformation der Bildungsforschung in den 1970er Jahren wesentlich mit voran, gestützt auf ein zunehmend ausgebautes, zentralisiertes Management und auf dessen Steuerungsinstrumente. Dieser Kurs ist im Folgenden, nach einer knappen biographischen Anmerkung zu Lüst, in seinen Grundzügen zu skizzieren: zum einen in Bezug auf die zentralen Herausforderungen, Ergebnisse und Kennzeichen von Lüsts Amtsführung. Angeschlossen wird eine kursorische Sondierung seiner wissenschaftspolitischen Position. Zum anderen geht es um Lüsts Verhältnis zu den bei seinem Amtsantritt in der MPG in West-Berlin und Starnberg institutionalisierten Forschungsansätzen, die für ihn, so viel sei vorweggenommen, ein schwieriges Erbe aus der Zeit Butenandts darstellten. Lüst selbst bezeichnete diese Ansätze zumeist als »Sozialwissenschaften«, sprach aber teilweise auch differenzierter von den »beiden Institute[n] in Berlin und Starnberg, die den Sozialwissenschaften zugeschrieben wurden«.[1312]

1308 Vgl. dazu demnächst Juliane Scholz: *Transformationen der Wissensproduktion in der Grundlagenforschung: Eine Sozialgeschichte der Max-Planck-Gesellschaft (1948–2005)*, im Erscheinen, Kapitel 2 (Personeller Strukturwandel nach dem Boom 1973 bis 1989). Siehe zum generationellen Wandel am Beispiel des »Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung«, Balcar, *Wandel*, 2020, 24–28 und mit Hinweisen auf weitere gesellschaftliche Bereiche Tim Schanetzky: *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966–1982*. Berlin: Akademie Verlag 2007, 132–133.

1309 1977 wurde Lüst wiedergewählt. Ende Juni 1984 trat sein Nachfolger, der Chemiker Heinz A. Staab (1926–2012), der seit 1974 Direktor der Abteilung Organische Chemie am MPI für medizinische Forschung in Heidelberg war, das Amt des MPG-Präsidenten an. Zu den Daten von Lüsts Präsidentschaft Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 485, 491–492, 526, 578. Zur Person Staabs vgl. Thomas Carell und François Diederich*: Nachruf auf den bedeutenden Chemiker Heinz A. Staab*. https://www.mpg.de/8235668/Nachruf_Staab. Zuletzt aufgerufen am 22. 3. 2021.

1310 Siehe zur Amtszeit von Lüst vor allem die Überblicksdarstellung bei Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 24–26, mit einem Vorschlag zur Zuordnung Lüsts in die »Wissenschaftliche Generationen« der Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG zwischen 1946 und 2002 Balcar, *Wandel*, 2020, 6–7, 24–33 sowie die autobiographischen Angaben von Lüst im Interview mit Paul Nolte: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte*. München: C. H. Beck 2008, bes. 8–9, 167–200.

1311 Zu dieser Beurteilung gelangte bereits Wiarda. Er wies zugleich darauf hin, dass damit die für die Institutsgeschichte oft angenommene, mit der Emeritierung Beckers verbundene »Zäsur von 1981« relativiert würde. Wiarda, *Beratung*, 2016, 249.

1312 Vgl. Reimar Lüst: Die Gründung eines Max-Planck-Instituts. Methoden und Prinzipien bei Institutsgründungen. Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften. In: Jens Beckert und Wolfgang Streeck (Hg.): *Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Ariane Leendertz, Reimar Lüst und Franz-Xaver Kaufmann über die Signaturen einer Umbruchzeit*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2010, 19–28, 21.

Karriere: Als Lüst im Frühsommer 1972 mit 49 Jahren die Präsidentschaft der MPG antrat, konnte er auf eine international erfolgreiche wissenschaftliche Karriere als Astrophysiker zurückblicken. Sie hatte ihn in die Zentren der Spitzenforschung in den USA geführt, wo er nach seinen frühen Prägungen in der MPG eine zweite wissenschaftliche Sozialisation erfahren hatte. Zudem konnte er Erfahrungen im leitenden Wissenschaftsmanagement sammeln, auf Ebene der europäischen Wissenschaftspolitik und zuletzt im krisengeschüttelten Wissenschaftsrat, dem er zwischen 1969 und 1972 vorstand. Sowohl in der Forschung als auch im Management war Lüst insofern international geprägt und vernetzt, mit besonders engen Verbindungen in die USA, was ihn deutlich von Butenandt und Vertretern von dessen Generation unterschied.[1313]

Herausforderungen: Als Präsident der MPG hatte Lüst gleich einer ganzen Reihe von Herausforderungen zu begegnen. So übernahm er zwar von Butenandt eine glänzend entwickelte Forschungsgesellschaft, die unter seiner Ägide geradezu eruptiv expandiert worden war und in der Bundesrepublik wissenschaftlich wie wissenschaftspolitisch eine hervorragende Position gewonnen hatte.[1314] 1972 allerdings stand es an, den weiteren forschungspolitischen Kurs der MPG unter der Bedingung einer insgesamt nach links gerückten Gesellschaft und einer sozialliberalen Koalition, die unter dem Leitziel der Demokratisierung angetreten war, zu bestimmen. Zudem galt es, die damit zusammenhängenden veränderten bildungs- und wissenschaftspolitischen Handlungsbedingungen zu berücksichtigen, die aus Sicht der MPG-Spitze zum Teil wenig vorteilhafte Veränderungen gebracht hatten.[1315] Vor allem aber musste Lüst die for-

---

1313 Lüst nahm am Zweiten Weltkrieg als Offizier der Kriegsmarine teil (1941–1943), geriet in Kriegsgefangenschaft und verbrachte diese in England, großenteils aber in den USA (1943–1946). Promoviert wurde er bei Carl Friedrich von Weizsäcker als wissenschaftlicher Mitarbeiter an dem von Heisenberg geleiteten MPI für Physik in Göttingen. Nach einem Fulbright-Stipendium, einer Gastprofessur an der New York University und der Habilitation wurde Lüst 1960 zum Wissenschaftlichen Mitglied des MPI für Physik und Astrophysik berufen, von 1963 bis 1972 wirkte er nach zwei weiteren Gastprofessuren in den USA als Direktor des MPI für extraterrestrische Physik in Garching. Im Wissenschaftsmanagement profilierte er sich zunächst als Wissenschaftlicher Direktor der European Space Research Organisation (ESRO) (1962–1964), dann als deren Vizepräsident (1968–1970). Vgl. Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 286–287. Zur Bedeutung der akademischen Sozialisation in den USA siehe auch Balcar, *Wandel*, 2020, 28–33.

1314 Butenandt bilanzierte in seiner Abschiedsrede den Ausbau der MPG von 40 Instituten zu Beginn seiner Amtszeit 1960 auf die Zahl von 52 Instituten, die schon 1966 erreicht war, und ging auf die Erweiterung des Forschungsprofils der Gesellschaft ein, unter anderem »im Gebiet der Geisteswissenschaftlichen Sektion«. Der Etat der MPG war seinen Angaben nach zwischen 1960 und 1972 von rund 81 Millionen DM auf 528 Millionen DM, also um »rund 550%« gewachsen, die Gesamtzahl der Mitarbeitenden nach »Planstellen, Stipendiaten und Gäste[n]« im gleichen Zeitraum von rund 4.000 auf 10.000 gestiegen. Butenandt, *Ansprache*, 1972, 34.

1315 Zum Beispiel wurde im März 1971 der im Herbst 1967 konstituierte Beratende Ausschuß für Forschungspolitik (BAF) aufgelöst. Dieses mehr oder minder informell agierende, hochrangig besetzte Beratungs- und Koordinationsgremium unter Vorsitz Stoltenbergs, in dem die MPG unter anderem durch ihren Präsidenten vertreten war, war von Butenandt in seinen wissenschaftspolitischen Berichten vor dem Senat der MPG viel gelobt worden. In einem *Zeit*-Artikel wurde der BAF 1972 dagegen als »konservative[s] Gremium« für die »Gesamtplanung der Forschung« kritisiert, »dem vor allem Spitzenvertreter von Wissenschafts- und Industrieverbänden angehörten«. Nach »öffentlichem Dauerbeschuß« sei das Gremium aufgehoben und im September 1971 von Leussink durch den Beratenden Ausschuß für Bildungs- und Wissenschaftspolitik (BABW) ersetzt worden. Befriedigt stellte der Autor fest, dass dem BABW jetzt »neben Industriellen wie Schmücker (Rheinstahl AG) und Raspe (Schering AG) auch zwei Vertreter der Gewerkschaften« angehörten und zudem Habermas Mitglied war (»der Autor von ›Strukturwandel der Öffentlichkeit‹, der jetzige Ko-Direktor des Starnberger ›Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt‹«). Vgl. Claus Grossner: 1,5 Milliarden jährlich – wofür? Was der Bund finanziert, und wer ihn berät. *Die Zeit* 32 (11. 08. 1972). https://www.zeit.de/1972/32/15-milliarden-jaehrlich-wofuer/komplettansicht. Zuletzt aufgerufen am 6. 12. 2020.

schungspolitische Entwicklung der MPG als Teil eines sich rapide verändernden, zunehmend international dimensionierten Handlungsfelds unter der Bedingung einer gravierend gewandelten finanziellen Situation sicherstellten und anleiten. Denn nach dem großzügig von der öffentlichen Hand ermöglichten Wachstum in der Butenandt-Ära wurde die Forschungsgesellschaft zum ersten Mal seit ihrer Gründung mit einer Stagnation der Finanzzuwendungen konfrontiert. So war 1984, zum Ende von Lüsts Amtszeit der Haushalt der MPG zwar auf 986 Millionen DM angewachsen und hatte sich damit gegenüber 1972 nominal fast verdoppelt. Unter Einrechnung der Inflationsrate war er aber real annähernd konstant geblieben und auch die Zahl der Mitarbeitenden lag nach wie vor um die 10.000 Personen.[1316] Die veränderten finanziellen Bedingungen griffen zeitgleich mit Lüsts Amtsübernahme, also deutlich vor der weltweiten Wirtschaftskrise, die nachlaufend zu den Folgen des Endes von Bretton Woods und dem Ölpreisschock im Herbst 1973 greifbar wurde, in der Bundesrepublik 1974/1975 zu der bis dato schwersten Rezession in der Nachkriegszeit führte und diverse Reformunternehmungen der Regierung drosselte.[1317] Die Stagnation der Mittel kündigte bemerkenswerterweise schon Butenandt in seiner Abschiedsrede vor der Festversammlung der MPG im Juni 1972 an, wenn er dazu aufforderte, sich darüber klar zu werden, »daß die quantitative Erweiterung irgendwo einmal eine Grenze haben muß«.[1318] Lüst bestätigte im Juni des Folgejahres, also immer noch deutlich vor dem Fanal des Ölpreisschocks, dass sich »die Max-Planck-Gesellschaft [... haushalterisch] nunmehr auf einen fast stationären Zustand einstellen« müsse.[1319] Die finanzielle Stagnation auf hohem Niveau sollte bis zum Ende von Lüsts Amtszeit die Handlungsmöglichkeiten der MPG abstecken.

Zu den Ergebnissen der Amtszeit bis 1984: Dass die MPG ihr Forschungsprofil bis 1984 dennoch merklich verändern konnte, gelang primär auf Basis einer gezielt ausgebauten strategischen Entwicklungsplanung, die im Rahmen interner Umverteilungen kalkulierte. Teil davon war

---

Zu den Berichten Butenandts über den BAF siehe beispielsweise Protokoll der 58. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1967 in Göttingen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 58.SP, fol. 400–401oder Protokoll der 60. Sitzung des Senates vom 27. 6. 1968 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 60.SP, fol. 12.

1316 Angaben nach P. Nolte in: Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 185.

1317 Von 1968/69 bis 1973 befand sich die Bundesrepublik in einer anhaltenden Hochkonjunktur. Vgl. aber zu den bereits in dieser Zeit krisenhaften Aspekten der ökonomischen, wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung bis 1973/74 zum Beispiel Nützenadel, *Stunde*, 2005, 344–352 oder Tim Schanetzky: Aporien der Verwissenschaftlichung: Sachverständigenrat und wirtschaftlicher Strukturwandel in der Bundesrepublik 1974–1988. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 153–167, hier 155–158. Vgl. zur nachfolgenden, international dimensionierten Ölpreiskrise zum Beispiel die Analyse von Jens Hohensee: *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*. Stuttgart: Franz Steiner 1996 sowie die von Doering-Manteuffel und Raphael vorgeschlagene zeithistorische Ordnungsperspektive: Doering-Manteuffel und Raphael, *Nach dem Boom*, 2012, bes. 48–60. Zur Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition, ihren Ergebnissen und Restriktionen im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung siehe Borowsky, *Deutschland 1969–1982*, 1989, 99–116.

1318 Butenandt, *Ansprache*, 1972, 40.

1319 Vgl. Reimar Lüst: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in München am 29. Juni 1973. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1973, 7–19, Zitat 14. Lüst erläuterte in Bezug auf die Haushaltslage, dass die Steigerungsrate 1973 durch die »zwangsläufigen Tarifsteigerungen und die allgemeine Teuerung aufgezehrt« werde und die MPG zudem mit einer »uns auferlegte[n] Restriktion im personellen Bereich« umgehen müsse, die er auf »stabilitäts- und konjunkturpolitische« Gründe zurückführte. Ebd., 13–14.

eine überlegte Besetzungspolitik im Zuge der vielen mit dem Generationswechsel in der MPG einhergehenden Neuberufungen von Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern. Verbunden war dies mit dem Aus- und Aufbau eines stärker zentralisierten, steuerungsbetonten Managements, das strategische Planung überhaupt erst fundierte und umsetzbar machte. Im Ergebnis von Lüsts Amtszeit wurden in der MPG auf dem Wege von Instituts- und Abteilungsschließungen sowie instituts- und abteilungsbezogener Kürzungen auf diesem Weg um die 600 bis 700 Stellen aus dem eigenen Bestand eingespart und zur Neuverteilung und Profilbildung in der Forschung genutzt. Dabei ist es bereits an sich bemerkenswert, dass es Lüst und der MPG-Spitze gelang, einen Substanzverlust der Forschungsgesellschaft in den Zeiten rapide klammer werdenden Staatsfinanzen zu verhindern. Zwischen 1979 und 1984 konnten dann in einer bereits veränderten politischen Lage wieder zehn neue Institute in der MPG gegründet werden, was die Gesamtzahl auf 62 erhöhte.[1320] Die letzte Neugründung in Lüsts Amtszeit war der Nachfolger Starnbergs, das MPI für Gesellschaftsforschung in Köln.[1321] Zu ergänzen ist, dass die Situation der finanziellen Stagnation auf hohem Niveau der MPG insofern zwar bis 1979 den weiteren Aufwuchs versperrte. Sie gab der MPG-Spitze aber zugleich gute Argumente für interne Einsparungen und Veränderungen an die Hand, die in einer Situation der Fülle nur schwer legitimierbar gewesen wären. Dass das Instrument der Stellenkürzungen gerade im Fall des MPIB zur Erhöhung des Transformationsdrucks genutzt werden sollte, wird zu zeigen sein.

Kennzeichen von Lüsts Amtsführung: Was charakterisierte Lüsts Amtsführung im Besonderen? Zentrale Hinweise findet man in der Abschiedsrede Butenandts aus dem Frühsommer 1972. Denn was erst von einer späteren Warte her erkennbar wird und zum Zeitpunkt der Übergabe der Präsidentschaft wohl nur wenigen Zuhörenden deutlich gewesen sein dürfte: Der scheidende Präsident übernahm es in seiner Rede nicht nur auf seine eigene Amtszeit zurückzublicken. Vielmehr umriss Butenandt zugleich Kernelemente der Handlungsratio und der Programmatik der kommenden Präsidentschaft, rückte diese damit weitgehend in eine Kontinuitätslinie ein und versah sie mit seinem Einverständnis.[1322] Dass dies mit Lüst abgestimmt war, ist vorauszusetzen. Lüst fügte dem in seiner nachfolgenden Rede zur Amtseinführung wenig hinzu,[1323] setzte sich allerdings in zwei Aspekten von seinem Vorgänger ab – und beide berührten die Deutung der Geistes- und Sozialwissenschaften in der MPG. Zunächst seien aber einige der zentralen Profilmerkmale von Lüsts Amtsführung skizziert, die Butenandt schon 1972 ankündigte:[1324]

1320 Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 25; Lüst, *Gründung*, 2010, 19, 26 sowie Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 188.

1321 Vgl. Lüst, *Gründung*, 2010, 19; Leendertz, *Wende*, 2010.

1322 Diese Einschätzung ergibt sich aus dem Abgleich der 1972 gehaltenen Reden von Butenandt und Lüst mit den oben, im Anmerkungsapparat angeführten, bisher vorliegenden knappen Überblicken zur Präsidentschaft des Physikers und Lüsts Rückblicken sowie mit weiteren, im Folgenden genannten programmatischen Reden Lüsts in der MPG.

1323 Nach dem Dank für Butenandt bat Lüst seine Zuhörerschaft darum, »zu diesem Zeitpunkt kein Programm für die kommenden Jahre« zu erwarten. Reimar Lüst: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Bremen am 23. Juni 1972. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1972, 48–56, 50.

1324 Die im Folgenden genannten Merkmale sind nicht vollständig und lassen insbesondere die forschungspolitischen inhaltlichen Entscheidungen Lüsts außen vor.

1.) *Forschungspolitische Bewegungsfreiheit, zentralisiertes Management, Flexibilisierung:* Präzise wies der scheidende Präsident auf das kommende formelle Leitziel seines Nachfolgers hin, das darin bestehen würde, sicherzustellen, dass die MPG auch unter der Bedingung der prognostizierten finanziellen Stagnation in der Lage sein würde, »neue Aufgaben« zu übernehmen und somit forschungspolitisch handlungsfähig zu bleiben.[1325] Die dafür erforderlichen Veränderungen im Management, das Butenandt als ein zielorientiertes Planungs- und Steuerungshandeln kennzeichnete,[1326] umriss der ehemalige Amtsinhaber unter dem Rubrum der »unangenehmen Notwendigkeiten«:[1327]

> Wir müssen deshalb immer wieder versuchen, neue Aufgaben durch Freimachen von Kräften im Rahmen des eigenen Bestandes zu übernehmen. Wir müssen lernen, die Verteilung von Stellen und Mitteln beweglicher zu gestalten und die Richtigkeit solcher Entscheidungen an den Erfolgen zu messen, die hier und dort erzielt werden.[1328]

Die damit benannte Logik der Flexibilisierung von »Stellen und Mitteln«,[1329] die Suche nach Möglichkeiten, im Dienst einer stärker zentralisierten Steuerung der MPG fortan »Erfolge« wissenschaftlicher Leistungen »zu messen«, um die Entscheidungen der MPG-Führung entsprechend solcher Prüfungen regelkreisbasiert anpassen und im Rahmen der Satzung steuern zu können, sollten dann den Management-Ansatz unter Lüst wesentlich charakterisieren. Sein Leitungshandeln stellte der neue Präsident dabei 1972 selbst unter die Maxime der »Erhaltung und [...] Verstärkung der Leistungsfähigkeit der Institute«.[1330]

2.) *Internationalisierung auch in der Entwicklungsplanung:* Flankierend dazu bereitete Butenandt die MPG nicht nur auf die Einsetzung eines neuen, strategisch orientierten Planungsgremiums, sondern damit zugleich auf die unter Lüst später vorangetriebene Internationalisierung der Forschungsgesellschaft besonders in Absicht auf die »intereuropäische Zusammenarbeit« vor. So

---

1325 Butenandt, *Ansprache*, 1972, 40–41, Zitat 40. Vgl. zum Beispiel auch Lüst, *Gründung*, 2010, 21–22.

1326 Butenandt sprach mehrfach von der Ziel- und Planungsorientierung der MPG, etwa einer »gezielte[n] Planung« der »forschungspolitischen Entscheidungen«, ohne den Management-Begriff dabei direkt zu verwenden. Vgl. Butenandt, *Ansprache*, 1972, 34–42, Zitat 35.

1327 »Wenn ich dies jetzt hier fordere, so heißt das nicht, daß nicht schon so verfahren worden wäre, aber vielleicht ist es dem scheidenden Präsidenten leichter, unangenehme Notwendigkeiten zu unterstreichen, als demjenigen, der die Verantwortung des Amtes nun übernehmen muß«. Butenandt, *Ansprache*, 1972, 40.

1328 Butenandt, *Ansprache*, 1972, 40.

1329 Eines der zentralen Elemente der 1972 angekündigten Flexibilisierung würde das personalpolitische Instrument der Befristungen sein, dessen Konzeption und Verankerung unter Lüst, wie Leendertz gezeigt hat, gezielt vorangetrieben wurde. In dieser Hinsicht zeigte sich Lüst bereits in seiner Antrittsrede von 1972 erstaunlich offen, wenn er die Notwendigkeit von »Zeitverträgen« anmahnte, und sich nicht scheute, anzuregen, »in diesem Fall auch einmal etwas von der Bundeswehr [zu] lernen«. Vgl. Lüst, *Ansprache*, 1972, hier 52 und Ariane Leendertz: *Wissenschaftler auf Zeit. Die Durchsetzung der Personalpolitik der Befristung in der Max-Planck-Gesellschaft seit den 1970er-Jahren.* MPIfG Discussion Paper 20/15. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2020. https://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/2020/dp20-15.pdf. Zuletzt aufgerufen am 1. 3. 2021.

1330 Lüst, *Ansprache*, 1972, Zitat 50.

verwies Butenandt auf die kommende Einsetzung des bereits mit der Satzungsreform neu geschaffenen ständigen »Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung« (SAFPP), der die Entwicklungsplanung der MPG de facto ab Mai 1973 beraten und auch die Planungen für das MPIB festlegen sollte. Mit dem Vorsitzenden des britischen Science Research Council (SRC) und dem Generaldirektor des französischen Centre national de la recherche scientifique (CNRS) gehörten einem entscheidungsrelevanten Gremium der Forschungsgesellschaft zum ersten Mal auch tonangebende Persönlichkeiten der westeuropäischen Wissenschaftspolitik (»erfahrene Ausländer«) an.[1331] Die folgenden zwei Profilelemente der Präsidentschaft Lüsts sind stärker politisch konnotiert. Auch sie nahm Butenandt in seiner Abschiedsrede vorweg.

3.) *Elitebildung, Differenzierung, Wettbewerb:* So insistierte Butenandt 1972 zum einen programmatisch auf dem aus dem Harnack-Prinzip abgeleiteten »Prinzip der Elitebildung«, auch wenn er sich offenkundig bewusst war, dass er damit dem ›Zeitgeist‹ und dem bildungspolitischen Mainstream weitestmöglich widersprach.[1332] Es ist anzunehmen, dass der neue Präsident dem ohne Abstriche zustimmte. Spätestens 1980 sollte Lüst sich die Forderung nach Elitebildung offen auf die Fahnen schreiben – und zwar in programmatischer Verbindung sowohl mit dem Topos der »Differenzierung«, der nach der Vorstellung des Präsidenten für die Entwicklung des Hochschulbereichs künftig maßgeblich sein sollte, als auch mit der Forderung nach der Steigerung des Wettbewerbs. Nach den Vorstößen zur Flexibilisierung im Bereich der Personalpolitik ging Lüst respektive die MPG kommenden Entwicklungen in der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik also erneut voran, denn besonders die Rede von der Elitebildung hatte hier über ein Jahrzehnt hin zu den größten Tabus gehört.[1333]

1331 Butenandt, *Ansprache*, 1972, 38. Der SAFPP wurde Ende November 1972 berufen und tagte zum ersten Mal im Mai 1973. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 494. Zum SAFPP siehe auch Lüst, *Ansprache*, 1973, 17–18. Vgl. zur Positionierung der MPG im »im Feld der internationalen Politik« demnächst Sachse, *Wissenschaft und Diplomatie*, im Erscheinen.

1332 Butenandt formulierte, dass er sich »nicht scheue«, die von der MPG praktizierte Auswahl ihrer Wissenschaftlichen Mitglieder, der damit verbundenen Grundsätze und Verfahren »als Prinzip einer Elitebildung zu bezeichnen« und hielt es »für unabdingbar«, dies als Alleinstellungsmerkmal der MPG »im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland« zu behaupten. Butenandt, *Ansprache*, 1972, 35.

1333 Eine Untersuchung von Lüsts Eliteverständnis und der damit eng verbundenen Leitvorstellung der »Differenzierung«, die Lüst schon 1973 unter die Formel »Mut zur Differenzierung« (damals in Planungsangelegenheiten) fasste und unter die er seinen hochschulpolitischen Ansatz seit spätestens 1980 stellte, steht noch aus. »[F]ür unabdingbar« erklärte er etwa das »Prinzip einer Elitebildung« im Juni 1980 vor der Festversammlung der MPG. Im November 1980 trat er vor dem Senat der Forschungsgesellschaft für den »Mut zur Differenzierung«, diesmal im Hochschulbereich, und für die »Anerkennung von Leistung bei Hochschullehrern und Studenten« ein und erläuterte dies – in dezidierter Abkehr von der »Fiktion« der »Gleichheit aller Universitäten« – für verschiedene Handlungsebenen. Der Topos der Elitebildung war in der Bundesrepublik bis dahin weitgehend tabuisiert. Eine Art Testballon stellte in dieser Hinsicht die 1980 verabschiedete Empfehlung des WR zur »Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses« dar, wobei der Begriff der Elitebildung auch hier zunächst nur besonders aufmerksamen Leser*innen aufgefallen sein dürfte. Weiter normalisiert wurde die Leitvorstellung der Elitebildung über die Kopplung mit der übergreifenden Programmatik der »Differenzierung« im Hochschulsystem, die sich nachfolgend allmählich mit der Betonung des Wettbewerbsprinzips verband. 1984 forderte Lüst etwa in seiner Abschiedsrede vor der MPG Differenzierung qua »Konkurrenz der Hochschulen untereinander« und durch »mehr Wettstreit in der Ausbildung des besonders befähigten wissenschaftlichen Nachwuchses«. Um 1990 war der Begriff der Elite, wie Michael Hartmann konstatiert, in Deutschland dann wieder salonfähig. Vgl. Lüst, *Ansprache*, 1973, 16; Reimar Lüst: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 6. Juni 1980 in Hannover. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1980, 7–17, Zitat 10; Protokoll der 97. Sitzung des Senates vom 21. 11. 1980 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 97.SP, fol. 94–98, Zitate fol. 96, 97;

4.) *»Mitwirkung« statt Mitbestimmung:* Zum anderen gab Butenandt 1972 in der Frage der Mitbestimmung der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen – dem bis dahin heißesten Diskussionspunkt in der seit Jahren debattierten Strukturreform der MPG – mit den Leitbegriffen »Mitwirkung« und »Verantwortung« eine Vorlage, die von Lüst unmittelbar aufgenommen werden konnte. So formulierte Butenandt:

> Mitwirkung freilich in dem Sinne, daß derjenige, der der Max-Planck-Gesellschaft gegenüber die Verantwortung für das Institut oder die Abteilung zu tragen hat, in seinen Entscheidungen frei bleibt.[1334]

Im Klartext hieß das, die Grenzen der Mitwirkung über die Freiheit der Direktoren zu bestimmen und im Ergebnis an der bislang geübten Führungskultur kaum etwas verbindlich zu verändern. Diesen Kurs setzte Lüst annähernd ungebrochen fort. So griff er gleich in seiner Antrittsrede das Stichwort seines Vorgängers auf und sprach von den zwar notwendigen »Verfahren der Mitwirkung« in den Instituten, betonte aber demgegenüber den Vorrang der »Verantwortung der Institutsleitungen«.[1335] Ähnlich wie sich Butenandt zudem in diesem Kontext von einer »mißverstandenen Vorstellung von einer Demokratie«[1336] abgegrenzt hatte, behauptete Lüst ergänzend die systemische Eigenlogik forschungspolitischer Entscheidungsprozesse und verwahrte sich gegen die Übertragung der von ihm strikt dem parlamentarischen Bereich zugeordneten Verfahren: »Demokratie kann sich nur in der Vielfalt beweisen, und nicht das allein ist demokratisch, was mit den im parlamentarischen Leben geltenden Regeln identisch ist«.[1337]

Exkurs zur wissenschaftspolitischen Einordnung: An dieser Stelle seien einige kursorische Überlegungen zur wissenschaftspolitischen Einordnung Lüsts erlaubt. Denn ob man ihn angesichts der skizzierten Ausrichtung seiner Amtsführung triftig als »den Willy Brandt der Wissenschaftspolitik« bezeichnen kann, wie das Paul Nolte in den 2006 mit dem ehemaligen Präsidenten geführten Gesprächen vorschlug, ist zweifelhaft.[1338] Sofern derlei – von Nolte wohl

---

Reimar Lüst: Wissenschaft im Bewußtsein moralischer Verantwortung. Ansprache des scheidenden Präsidenten bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 29. Juni 1984 in Bremen. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1984, 15–26, Zitat 21; Hartmann, *Mythos*, 2002, 13. Zur Empfehlung des WR Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 134.

1334 Butenandt, *Ansprache*, 1972, 43.

1335 Lüst, *Ansprache*, 1972, 51.

1336 Butenandt grenzte die von ihm favorisierte Form der Mitwirkung von der Mitbestimmung als einer »mißverstandenen Vorstellung von einer Demokratie« ab und formulierte: »Wir haben nicht daran gedacht, mit diesen Maßnahmen sogenannte »demokratische Ordnungen« zu schaffen; wir waren vielmehr darauf bedacht, Regelungen vorzuschlagen, die nach unserer Überzeugung die erfolgreiche Arbeit eines Forschungsinstituts gewährleisten«. Butenandt, *Ansprache*, 1972, 36, 43.

1337 Lüst, *Ansprache*, 1972, 51.

1338 Paul Nolte bezog sich mit dieser Bezeichnung auf Lüsts Anfangszeit in der MPG und auf den ihm vorauseilenden Ruf »ein Reformer zu sein«. Vgl. Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 175. Zu diesem Ruf beigetragen hatte offenbar ein Interview, das Lüst kurz nach seiner Wahl im November 1971 der *Süddeutschen Zeitung* gegeben hatte. Wie Lüst erinnert, unterstützte er darin die Mitwirkung der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen in den Sektionen, ver-

auch eher kommunikationsanregend gemeinte – Vergleiche erkenntnisfördernd sein können, passte möglicherweise besser die im gleichen Interview wenig später offerierte Zuschreibung eines »Helmut Schmidt der Wissenschaftspolitik«, da dieser wie Lüst mit finanziell zunehmend »engen Handlungsspielräume[n]« umzugehen hatte.[1339] Dafür spräche immerhin das vom neuen Präsidenten in seiner Antrittsrede angebrachte Diktum: »[J]ede gute Politik [ist] die Verbindung der Visionen mit den realen Möglichkeiten«.[1340] Gegebenenfalls führt die mit dem Schmidt-Vergleich implizierte Verbindung zum rechten Flügel der Sozialdemokratie auch fehl, sofern das konservative Setting der MPG, der Wirtschaftseinfluss und die Nähe Lüsts zu seinem 1973 gewählten Vizepräsidenten Hans L. Merkle in Betracht gezogen wird, der in der Christdemokratie zu verorten ist.[1341] Am ehesten aber kommt man wohl jenseits parteipolitischer Verortungen weiter. So ordnet Margit Szöllösi-Janze Lüst – zusammen etwa mit Leussink – einem neoliberal geprägten Kreis westdeutscher Wissenschaftsmanager zu, die in der Bundesrepublik marktorientierte Reformkonzepte im Wissenschaftsbereich vorantrieben.[1342]

An diesen Vorschlag Szöllösi-Janzes sind im Hinblick auf die von Lüst seit Anfang der 1970er Jahre geführte MPG einige Beobachtungen und Überlegungen anzuschließen: Das dortige Management befand sich schon zu dieser Zeit im Umbruch und bewegte sich auf eine Form hin, die deutliche Ähnlichkeiten mit dem Management-Regime aufwies, das David Gugerli für die Schweizer Hochschulen einer »managerial revolution« zugeordnet und entsprechend typisiert hat. Dessen Anfänge datiert er für die Schweiz auf das Jahr 1974.[1343] Sollten sich die vermuteten Ähnlichkeiten zu den Management-Ansätzen in der MPG bestätigen, die dort schon seit Anfang der 1970er Jahre implementiert wurden, wäre die bislang in der Wissenschaftsforschung geltende Annahme zu revidieren, nach der die Schweiz der Bundesrepublik in Fragen der Einführung eines neuen Managements im Wissenschaftsbereich um gut zwei Jahrzehnte voraus war. Da sich diese Annahme allerdings primär auf den Hochschulsektor bezieht, wäre dabei zu prüfen, inwieweit die MPG von ihrer außeruniversitären Position her, wo sie im Hinblick auf ein neues Management in der Bundesrepublik offenbar eine Vorreiterrolle einnahm, auch im Hochschulbereich den Weg für entsprechende Entwicklungen bereitete. Angesichts des wissen-

---

sprach aber den Gegnern dieser Lösung (die er vor allem bei den Biologen verortete), dass die künftigen Sektionsmitglieder in Berufungsfragen kein Stimmrecht erhalten würden. Ebd., 180–181. Siehe zu dem Zeitpunkt der mit Nolte geführten Gespräche Reimar Lüst: Vorwort. In: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte.* München: C. H. Beck 2008, 7–9.

1339 Paul Nolte macht den Vergleich zudem am Motto von Schmidts Amtsführung, »Kontinuität und Konzentration«, fest. Vgl. Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 187.

1340 Lüst, *Ansprache*, 1972, 55.

1341 Die Beziehung zwischen den Führungspersönlichkeiten Lüst und Merkle ist noch nicht untersucht. Vgl. hierzu nur die in der vorliegenden Arbeit gegebenen Hinweise auf deren enge Zusammenarbeit in der biographischen Anmerkung zu Merkle und im Kontext der Thyssen-Stiftung.

1342 Vgl. Szöllösi-Janze, »Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flasche!«, 2011, 62–65. Siehe dazu in der vorliegenden Arbeit die biographischen Hinweise zu Leussink und dessen Verbindungen zum Krupp-Konzern.

1343 Vgl. David Gugerli: Kybernetisierung der Hochschule. Zur Genese des universitären Managements. In: Michael Hagner und Erich Hörl (Hg.): D*ie Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 414–439; bes. 419–420, 432–433, Zitat 432.

schaftspolitischen Gewichts ihres Führungspersonals ist dies naheliegend. In einer international weiter gespannten Perspektive wiederum – und hier kommt man unmittelbar auf die Einordnung Lüsts durch Szöllösi-Janze zurück – wäre zu untersuchen, inwieweit die beschriebenen Veränderungen im Management der MPG weniger einer »managerial revolution«, sondern vielmehr und treffender dem Ansatz des *New Public Management* (NPM) zugerechnet werden können. Das NPM beruht theoretisch auf der Verbindung von Anleihen aus der Neuen Institutionenökonomik und privatwirtschaftlichen Managementansätzen und trat (damals noch nicht als NPM bezeichnet) in engster Verbindung mit der neoliberalen Staatskritik der Thatcher- und Reagan-Regierung seit Ende der 1970er Jahre weltweit seinen Siegeszug in den staatlich verwalteten Handlungsfeldern an. Den Hochschulsektor der Bundesrepublik erreichte die ›Steuerungsphilosophie‹ des NPM zeitgleich mit der im internationalen Vergleich verspäteten, von Uwe Schimank so bezeichneten Umwandlung des Selbstverwaltungs- in ein Managementmodell der deutschen Hochschulen ab Mitte/Ende der 1990er Jahre. Die neuen Management-Ansätze – in Deutschland zunächst als »Neue Steuerung« bezeichnet – haben das Wissenschaftssystem der Bundesrepublik seitdem von Grund auf verändert. Eine historisch orientierte Untersuchung des Managements der außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie auch der großen Selbstverwaltungsorganisationen der (west-)deutschen Wissenschaft wäre für ein Verständnis der Genese und Verbreitung dieser Ansätze in der Bundesrepublik insofern essentiell.[1344]

Das schwierige Erbe der Sozialwissenschaften in der MPG: Ein charakteristischer Aspekt von Lüsts Präsidentschaft ist noch nachzutragen: sein Verhältnis zu den in der MPG institutionalisierten sozialwissenschaftlichen Forschungsansätzen am IfB und am MPIL. Hinweise darauf lassen sich zum einen am Umgang Lüsts mit zwei Aspekten aus Butenandts Abschiedsrede ablesen, mit denen er diesmal nicht übereinstimmte, zum anderen an den ersten Begegnungen Lüsts mit Vertreter*innen der Institute in West-Berlin und in Starnberg.

1.) Dass Lüst in der Frage der Sozialwissenschaften einen anderen Weg als sein Vorgänger beschreiten würde, deutete sich schon 1972 an. Denn während Butenandt die Pflege der Geistes- und Sozialwissenschaften als eines von vier zentralen Entwicklungsprinzipien der MPG bezeichnete,[1345] äußerte sich Lüst zu dieser Thematik in seiner Antrittsrede gar nicht und nahm

---

1344 Vgl. Uwe Schimank: *Förderinitiative des BMBF: Science Policy Studies. Expertise zum Thema: Neue Steuerungssysteme an den Hochschulen.* Abschlussbericht, 31. 5. 2002. https://hessenkongress.files.wordpress.com/2010/01/schimank-2002-neue-steuerungssysteme-an-den-hochschulen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 24. 3. 2022, bes. 3. Zum Ansatz des NPM siehe hier nur weiterführend Eckhard Schröter: New Public Management. In: Bernhard Blanke, Frank Nullmeier, Christoph Reichard und Göttrik Wewer (Hg.): *Handbuch zur Verwaltungsreform.* 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 79–89. Vgl. zur unterschiedlichen Entwicklung von Ansätzen des NPM im Hochschulmanagement ausgewählter europäischer Staaten instruktiv die vergleichende Studie von Harry de Boer, Jürgen Enders und Uwe Schimank: On the Way Towards New Public Management? The Governance of University Systems in England, the Netherlands, Austria and Germany. In: Dorothea Jansen (Hg.): *New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration.* Berlin: Springer 2007, 137–152.

1345 In seiner Abschiedsrede erklärte Butenandt die Pflege der Geistes- und Sozialwissenschaften zu einem von vier »Prinzipien«, welche die MPG für die Prioritätensetzung ihrer wissenschaftspolitischen Entwicklung in seiner Amtszeit angeleitet hätte und legte deren Fortsetzung nahe: 1. Das Harnack-Prinzip, 2. die Förderung einerseits »neu sich ent-

sie erst im Folgejahr wieder auf. Als er 1973 die »Eindrücke« seines ersten Amtsjahres bilanzierte, ging er merklich auf Distanz und hielt sich alle Optionen offen:

> In der Öffentlichkeit wird oft – daran sind die Wissenschaftler nicht unerheblich selbst schuld – die Meinung vertreten daß die Wissenschaft bei hinreichender Orientierung auf die gesellschaftlichen Belange in der Lage sei, fast alle Probleme zu lösen. In neuerer Zeit wird hier insbesondere die Hoffnung auf die Sozialwissenschaften gesetzt. [...] Die Max-Planck-Gesellschaft ist wie bisher offen, auch weitere Forschungsvorhaben aus diesem Bereich zu fördern, sofern geeignete Persönlichkeiten zur Verfügung stehen; dabei sollte man vielleicht nicht gleich mit einer Institutsgründung beginnen.[1346]

2.) Eher indirekt lässt ein zweiter von Butenandt 1972 angesprochener Aspekt auf Lüsts Haltung zu den in der MPG am MPIB und am MPIL institutionalisierten Forschungsansätzen schließen. So bezog Butenandt in seiner Rede recht ausführlich Stellung zu der zeitgenössischen Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftstreibenden und um die Grenzen vor allem naturwissenschaftlicher Forschung. Dieser Diskurs wurde in der Bundesrepublik analog zu internationalen Entwicklungen seit den Auseinandersetzungen um die Folgen und Kontrollierbarkeit der Atomforschung in den 1950er Jahren intensiv geführt und in der MPG in den 1970ern vor allem durch Fragestellungen des Starnberger Instituts, etwa im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, fortgesetzt und angetrieben. Während der Präsidentschaft Lüsts sollte der Topos zum Beispiel in den Diskussionen um die Gentechnik virulent bleiben.[1347] In diesem Punkt nahm Lüst gegenüber Butenandt nun eine etwas andere Haltung ein. Der Altpräsident begegnete dem – wie er es 1972 in seiner Abschiedsrede ausdrückte – »in den letzten Jahren erwachte[n] Mißtrauen gegenüber der Forschung im allgemeinen« mit einem bereits seit längerem eingeübten argumentativen Dreischritt, der die MPG als Gesellschaft der Grundlagenforschung stärken und ihre Position im bundesdeutschen Wissenschaftssystem legitimieren sollte: So übersetzte Butenandt die Skepsis gegenüber natur-/wissenschaftlicher Forschung zuerst in die »Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft« und setzte diese dann in einem zweiten Schritt ohne wissenschaftstheoretische Umwege schlankweg mit der Frage nach der »›gesellschaftlichen Relevanz‹ ihrer Themen« in eins. Begegnet würde dieser Frage von Seiten der Wissenschaft allgemein mit einer entsprechend ziel- und aufgaben-

---

wickelnder Forschungsbereiche, vor allem auf noch nicht hochschulreifen Grenzgebieten« und andererseits 3. von »neuartige[n], besonders aufwendige[n] Institute[n], auch solchen der Großforschung, die von anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik nicht getragen werden könnten, sowie schließlich 4. die »erhöhte Aufmerksamkeit« für die Entwicklung der »geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung«. Butenandt, *Ansprache*, 1972, 33–34.

1346 Lüst, *Ansprache*, 1973, 17.

1347 Zur Rolle des Starnberger Instituts und zu den Diskussionen um die Gentechnologie während der Amtszeit von Lüst vgl. Lüsts eigene Angaben in: Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 188–190, Zitat 190. Zu den international geführten Risiko-Diskursen vor allem um die Atomforschung siehe weiterführend zum Beispiel Lorenz, *Protest*, 2011 sowie die rechtlich orientierte aktuelle Auslotung des Umgangs mit Risiken von sogenannter Dual Use-Forschung von Constantin Teetzmann, der für die jeweiligen Forschungsbereiche (etwa Biowaffen) auch historische Diskurse und entsprechende Forschung erschließt. Constantin Teetzmann: *Schutz vor Wissen? Forschung mit doppeltem Verwendungszweck zwischen Schutzpflichten und Wissenschaftsfreiheit*. Baden-Baden: Nomos 2020, bes. 35–146.

orientierten, projektförmig organisierten Forschung. In Abgrenzung von diesem Forschungstypus konnte Butenandt dann drittens behaupten, dass die MPG mit ihrer Konzentration auf die Grundlagenforschung primär darauf abzielte, einen Bereich der Wissenschaft zu ermöglichen, dessen Aufgabe »allein darin besteht, Quelle neuer Erkenntnisse und theoretisches Fundament für andere Forschungsaufgaben zu sein und [dadurch] die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft zu sichern«. Denn Grundlagenforschung sei nur ansatzweise planbar und mit einer »Darstellung in Projekten« daher weitgehend inkompatibel.[1348] Damit war die in der MPG betriebene Forschung tendenziell nicht nur einer Reflexion über ihre erkenntnistheoretischen Ausgangsorte, die soziale Verflechtung des Forschungsprozesses oder dessen gesellschaftliche Folgen weitgehend enthoben. In Verbindung mit den von Butenandt in seiner Rede zuvor behaupteten, durch die MPG selbst standardisierten Planungsabläufen und dem Hinweis auf die im regulativen Harnack-Prinzip gesicherte Bestenauslese der Direktoren und Wissenschaftlichen Mitglieder hatte die MPG damit zugleich Argumente an der Hand, um ihren Autonomieanspruch auch im Hinblick auf ihre Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten. Gesichert werden sollte dadurch im Idealfall das staatliche Zugeständnis größtmöglicher »Freiheit zu eigenen Entscheidungen und Beweglichkeit in der Erledigung der uns zugewiesenen Aufgaben«.[1349]

Lüst fügte dem in seiner Antrittsrede einen weiteren Aspekt hinzu, indem er das Leitbild eines nicht mehr primär reflexiv gebundenen und entsprechend vorsichtigen, sondern vielmehr frei vorwärtsdrängenden, dynamischen Naturwissenschaftlers ins Feld führte. So reformulierte er die von Butenandt aufgeworfene Problematik als Frage an »den Einzelwissenschaftler«: »Gibt es in der Wissenschaft verbotene Bereiche, die er nicht betreten soll oder darf?«.[1350] Nach Überlegungen zur Möglichkeit eines »ungeschriebenen Eid[s] analog dem Hippokratischen Eid der Mediziner« für den Bereich der Wissenschaften (die Lüst verneinte), gab er dann eine Antwort, die – hier rein assoziativ interpretiert – dem 1945 entworfenen Bannerspruch des einflussreichen US-amerikanischen Ingenieurs und Wissenschaftsstrategen Vannevar Bush (1890–1974) nahe kam. Dieser fasste die Grundlogik von *Science* im Anschluss an das kollektivbiographische Ur-Motiv amerikanischer weißer Siedler (und im Dienste der Erhöhung staatlicher Mittelzuwendungen) als Prinzip einer »Endless Frontier«, also als permanenten Zug in Richtung einer potentiell endlos weiter ausdehnbaren Grenze wissenschaftlichen Wissens und zur Eroberung unbekannter Erkenntnisräume.[1351] Zumindest semantisch an diese Metapher anknüpfend schloss Lüst seine Antrittsrede in der MPG 1972 mit dem Satz, der möglicherweise auch sein persönliches Motto war:

1348 Butenandt, *Ansprache*, 1972, 38–40.

1349 Butenandt, *Ansprache*, 1972, 41.

1350 Lüst, *Ansprache*, 1972, 55.

1351 Vannevar Bush: *Science – The Endless Frontier. A Report to the President on a Program for Postwar Scientific Research.* New York, NY: National Science Foundation [1945] 1960.

> Wir sollten nicht das Bewußtsein für die Tatsache verlieren, daß die wissenschaftliche Arbeit ein faszinierendes geistiges Abenteuer ist und bleiben muß, bei dem man stets aufs neue in unbekanntes Land vordringt.[1352]

Schon ohne etwaige wissenschaftspolitische Positionen des neuen Präsidenten einzubeziehen, zeichnet sich in der Haltung, die in diesem Zitat sichtbar wird, eine basale Gegensätzlichkeit zu den in Berlin vertretenen und in Starnberg theoretisch fundierten Ansätzen ab. Denn diese setzten besonders über das Theorem der Finalisierung in der Wissenschaft vor Abenteuerlust und Eroberungsdrang die reflexive Rückbindung auf gesellschaftlich für sinnvoll erachtete Steuerungsmöglichkeiten und rechneten mit möglichen Risiken des wissenschaftlichen Fortschritts. Im Hinblick auf den Ansatz einer reflexiv auf die eigene soziale Lagerung hin angelegten Wissenschaft, die mit normativ begründeten und möglichst klar ausgestellten gesellschaftlichen Wirkungsabsichten operierte, galt dies ebenso für den Großteil der damaligen Bildungsforschung am Berliner Institut. Die in der MPG in Berlin und Starnberg institutionalisierten Sozialwissenschaften stellten für Lüst auch auf diesem Hintergrund ein aus der Butenandt-Zeit übernommenes vermutlich schwieriges Erbe dar.

3.) Jenseits dessen bereiteten sowohl das Starnberger als auch das West-Berliner Institut dem neuen Präsidenten noch vor der Übernahme seiner Amtsgeschäfte handfeste Probleme. Denn als sich Lüst nach seiner Wahl im November 1971 über diverse Vor-Ort-Besuche mit den Instituten der MPG vertraut zu machen suchte, wurde rasch deutlich, dass Berlin und Starnberg zwei der damals nervenaufreibendsten Querelen innerhalb der MPG auf sich vereinigten. Erstens gehörten deren Mitarbeiter*innen zu den zentralen Personen in der Debatte um die Erweiterung der Mitbestimmung. Wie sich Lüst 2010 erinnerte: »[V]on diesen beiden Instituten kamen die Hauptantriebskräfte in der Frage der Mitbestimmung«.[1353] Zweitens repräsentierten die Institute ein Wissenschaftsverständnis, mit dem sich der neue Präsident kaum anfreunden konnte, dessen gesellschaftspolitische Bezüge er nicht vertrat und das in und außerhalb der MPG inzwischen hoch umstritten und von Seiten der Wirtschaft angefeindet war. Entsprechend führte Lüst seine damalige Wahrnehmung von der MPG als einer Forschungsgesellschaft »in heller Aufregung« primär auf eben diese beiden Problemkreise (und Institute) zurück:

> Es ging um die Frage der Mitbestimmung der Mitarbeiter in den Instituten und in der Max-Planck-Gesellschaft als Ganzes. Damit wurde ich zuerst konfrontiert. Aber schon die ersten Gespräche zeigten mir, dass auch die Rolle der Sozialwissenschaften in der MPG [...] und außerhalb der MPG kräftig diskutiert wurde.[1354]

1352 Lüst, *Ansprache*, 1972, 56.

1353 Lüst, *Gründung*, 2010, 21.

1354 Lüst, *Gründung*, 2010, 20.

Verstärkt wurde die skeptische bis negative Haltung Lüsts seiner späteren Erinnerung nach durch Eindrücke, die er anlässlich seiner Besuche an den Instituten in Starnberg und West-Berlin von der internen Organisation sowie der dortigen Diskussionskultur gewann und die er in Bezug auf das MPIL bezeichnenderweise als »totale Mitbestimmung« beschrieb.[1355] Dass er sich in diesen Kreisen offenbar auch persönlichen Kränkungen ausgesetzt sah, legt sein autobiographischer Rückblick nahe, den Lüst noch Jahrzehnte später mit einiger emotionaler Vehemenz verfasste und unter den polarisierenden Untertitel stellte: »Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften«.[1356] Wenn auch der teilweise polemische Ton dieser Erinnerungen und die fast durchgängig zwischen den Zeilen platzierten Andeutungen wohl nicht zuletzt der Tatsache geschuldet sind, dass Lüst im Zuge der Schließung des Starnberger Instituts auf das Heftigste attackiert wurde:[1357] Auffällig ist, wie ähnlich die Topoi seiner Kritik an den in Starnberg und Berlin vertretenen Forschungsansätzen – der Vorwurf der Politisierung und ›Ideologisierung‹, der Empirie-Ferne und des Irrationalismus –[1358] den oben skizzierten Kritikpunkten und Abwertungsstrategien von Seiten des BFW, der Thyssen-Stiftung und anderen Vertretern des konservativen Spektrums waren.[1359]

Allerdings: Als Lüst das MPIB im Mai 1972 anlässlich seiner Teilnahme an einer Sondersitzung der Grundsatzkonferenz des Instituts zum Thema »Strukturprobleme der Max-Planck-Gesellschaft« wohl zum ersten Mal genauer kennenlernte, waren auf seiner Seite Skepsis und kritische Haltung im Protokoll zwar durchgängig erkennbar, pauschale Verurteilungen oder Zuschreibungen fehlten aber. Vielmehr zeigte sich Lüst bemüht, bei den behandelten Tagesordnungspunkten, die allesamt ›heiße Eisen‹ waren (Institutsstruktur, Mitwirkung in den Sekti-

---

1355 Lüst schrieb diese Bezeichnung damaligen »[b]öse[n] Zungen« zu, fügte aber seinerseits zur Illustration – durchaus desavouierend – das Beispiel an: »[A] uch die Sekretärinnen diskutierten damals im Institut die Forschungsstrategie mit«. Lüst, *Gründung*, 2010, 23.

1356 Zur Titelgebung Lüst, *Gründung*, 2010, 20. Als kränkend mochte es der Präsident etwa empfunden haben, dass seiner Frage im Beirat des Starnberger Instituts nach der empirischen Belegbarkeit der »Rede vom Spätkapitalismus als Epoche« mit Herablassung begegnet wurde (das »rief nur Kopfschütteln hervor«). Ebd., 23.

1357 Lüst stellte im Interview mit Nolte fest, dass er »noch nie so heftig angegriffen worden [sei], auch unter der Gürtellinie«. Vgl. Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 190. Siehe aber auch den Stil seiner eigenen Stichführung gegen die von Leendertz vorgelegte Deutung der Gründungsgeschichte des Kölner MPIfG Lüst, *Gründung*, 2010, 19.

1358 Lüst brachte die »beiden Institute in Berlin und Starnberg, die den Sozialwissenschaften zugeschrieben wurden«, mit dem Ansatz einer Wissenschaft in Verbindung, wie er ihn vor allem den SPD-Kultusministern und Sozialwissenschaftlern Friedeburg und Peter von Oertzen zurechnete. Für diese sei »ihre Wissenschaft [...] die Ausgangsbasis [gewesen], um politisch etwas zu bewegen«. Ausgehend von seinen Teilnahmen an den Beiratssitzungen in Starnberg fügte er dann in Bezug auf das dort vertretene Wissenschaftsverständnis mit deutlich erkennbarem Subtext hinzu: »Ich verstand bei Weitem nicht alles. Denn als Naturwissenschaftler ging ich davon aus, dass auch bei den Sozialwissenschaften empirische Forschung getrieben werden sollte. Aber ich musste dabei auch feststellen, wie sehr Emotionen und Ideologien an diesem Institut eine Rolle spielten«. Lüst, *Gründung*, 2010, 21, 23.

1359 Auch im Gespräch mit Nolte zeigte sich eine tendenziell negative Wahrnehmung der nicht naturwissenschaftlichen Fächer. So verwies Lüst, befragt nach dem Konkurrenzverhältnis von MPG und Universitäten, auf die überwiegend naturwissenschaftliche Ausrichtung der MPG und dementierte von diesem quantitativen Argument herkommend, dass die MPG »immer das Beste« von den Universitäten abschöpfen würde. Allerdings bereitete er diesen Schluss mit der Aussage vor: »Die Max-Planck-Gesellschaft ist überwiegend im naturwissenschaftlichen Bereich tätig; auch heute gehen nur 10 Prozent des Haushalts in die Geisteswissenschaften. *Die Probleme der Universitäten* sind ja eher durch die Geisteswissenschaften geprägt«. Lüst und Nolte, *Der Wissenschaftsmacher*, 2008, 199–200; Hervorhebung Behm.

onen und bei Personalentscheidungen, Forschungsevaluation), die aus seiner Sicht realistischen Reformkorridore aufzuzeigen und er ließ sich mit den Mitarbeiter*innen durchgängig auf Diskussionen ein.[1360] Nur wer damals eine gewisse Sensibilität für die sich zeitgenössisch anbahnenden Veränderungen hatte, nicht allzu selbstsicher war und genau hinzuhören vermochte, hätte sich vielleicht bereits in diesem Mai Sorgen um die Zukunft des Instituts machen können. Denn Lüst betonte nicht nur die Bedeutung der »Flexibilität« und zeigte auffällig großes Interesse an den am Institut erprobten Formaten der Forschungsevaluation.[1361] Vor allem deutete der Präsident gleich in seinen einleitenden Worten »gewisse Akzentverschiebungen« zugunsten der »Forschungsstrategie« der MPG (weg von Problemen ihrer Struktur) an und insistierte zum Abschluss der Sitzung auf der Möglichkeit, »Institute auch radikal umzustellen«, sogar dann, wenn – in einem nicht näher bezeichneten Fall – »die Mitglieder eines Instituts unbedingt an einem nicht mehr vertretbaren Konzept festhalten wollten«.[1362]

4.3 Treiber des Wandels: Der neue Wissenschaftliche Beirat des MPIB zwischen Beratung und Kontrolle, 1971–1981

Vor jeder forschungspolitischen Umstellung von Instituten der MPG, die Lüst im Mai 1972 vor der Grundsatzkonferenz des MPIB angedeutet hatte, stand allerdings die Satzung der Forschungsgesellschaft, die den Institutsleitungen weitgehende Autonomie in der Durchführung und Entwicklung der Forschung garantierte.[1363] Die zentrale Sollbruchstelle, an denen Umsteuerungsmöglichkeiten ansetzen konnten, stellte zu Lüsts Amtsantritt daher anfänglich noch primär die Emeritierung von Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern respektive die damit zumeist verbundene Entscheidung über Neuberufungen dar. Auch im Falle des MPIB hätten etwaige Veränderungen erst nach fünf beziehungsweise nach neun Jahren, nämlich im Zuge der Nachfolgeregelungen für Edding und Becker, erfolgen können. Deren jeweiliges Dienstende war 1977 beziehungsweise 1981 zu erwarten. An dieser Stelle kam der Wissenschaftliche Beirat des Instituts ins Spiel, der eine alternative Möglichkeit für Veränderungsimpulse eröffnete. Erinnert sei daran, dass die GwS und der Senat Ende 1970 ihre Zustimmung zur vollen Integration des IfB in die MPG an eine veränderte Funktion dieses Gremiums gebunden hatten. Es sollte 1971, parallel zum gewandelten Status der Berliner Einrichtung, in neuer Zusammensetzung berufen werden. Vor allem jedoch war jenseits des Protokolls die Absicht

1360 Grundsatzkonferenz – Sekretariat –, Protokoll der GK-Sondersitzung mit Herrn Lüst am 16. 5. 1972, [Entwurfsfassung Berlin, 29. 5. 1972], AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 385.

1361 Grundsatzkonferenz – Sekretariat –, Protokoll der GK-Sondersitzung mit Herrn Lüst am 16. 5. 1972, [Entwurfsfassung Berlin, 29. 5. 1972], S. 6, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 385. Becker schickte Lüst im Nachgang zur Sitzung auf dessen Wunsch hin die »Unterlagen über die Form [...der] Evaluierung« am MPIB. Becker an Lüst, 13. 6. 1972, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 33.

1362 Grundsatzkonferenz – Sekretariat –, Protokoll der GK-Sondersitzung mit Herrn Lüst am 16. 5. 1972, [Entwurfsfassung Berlin, 29. 5. 1972], S. 2, 6, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 385.

1363 Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §28, bes. Abs. 3a) und Abs. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 28–29.

formuliert worden, mit dem neuen Beirat eine Art »Kontrollorgan« zu institutionalisieren. Wie sah es aber mit den Handlungsmöglichkeiten des Beirats aus – wie verhielt sich vor allem die erwünschte Kontrollfunktion zu der Autonomie der Max-Planck-Institute? Bevor auf die neue Zusammensetzung des Gremiums und auf seine Arbeit in den 1970er Jahren eingegangen werden wird, zeigt ein nochmaliger Blick auf das Management der MPG, dass sich die Funktionsänderung des Gremiums am MPIB auf einer Linie mit den dort seit Mitte der 1960er Jahre schrittweise begonnenen Management-Reformen befand.

4.3.1 Funktionsänderung der Beiräte und strategische Entwicklungsplanung in der MPG: zur Genese neuer Steuerungsformen seit Mitte der 1960er Jahre

Der früheste Ansatz für eine stärkere Einbeziehung von Wissenschaftlichen Beiräten in das zentrale Management der MPG geht bereits auf die Mitte der 1960er Jahre, in die Phase der Hochexpansion der Forschungsgesellschaft, zurück. Damals war es angesichts der massiv erhöhten Finanzzuwendungen notwendig geworden, gegenüber staatlichen Geldgebern und der Öffentlichkeit die effiziente Mittelverwendung nachvollziehbar auszuweisen. In Butenandts Worten von 1965 ging es darum, »beweisen [zu] können, dass wir in der Lage sind, uns ordnungsgemäß selbst zu verwalten«. Dahinter stand zum einen das Ziel, die weiten Autonomiespielräume der MPG nicht nur für den Bereich der Forschung, sondern auch für ihr Management und hier besonders für die Finanzverwaltung zu legitimieren. Verbunden war damit zum anderen das interne Vorhaben, die Selbstverwaltung der MPG auf die neue Größenordnung der Forschungsgesellschaft – wie es bei Butenandt hieß – »rechtzeitig einzustellen«. Die Verwaltung sollte dabei im Zuge innerer Reformen in Richtung auf eine zentralisiertere Form hin verändert werden, die besser geeignet wäre, die Entwicklung der Gesamtgesellschaft zu unterstützen.[1364] In diesem Zusammenhang erhöhte sich nicht nur der Informationsbedarf der MPG-Spitze und der Generalverwaltung im Hinblick auf die Ereignisse in der Forschungsgesellschaft, also vor allem in deren produktiven Einheiten, den Instituten. Es bedurfte idealiter auch einer übergreifenden strategisch angelegten Entwicklungsplanung der Forschung. Dass diese »gezielte[...] Planung« in der MPG mittlerweile gebräuchlicher Standard sei, behauptete Butenandt gerade einmal sieben Jahre später, in seiner Abschiedsrede von 1972.[1365] Tatsächlich war bis zur Implementation und Umsetzung dieser Managementform jedoch noch ein weiter Weg zurückzulegen, dessen Bewältigung wesentlich in Lüsts Amtsperioden fiel. Letztlich ging es dabei um den schwierigen Balanceakt der Vereinbarung einer stärker bei der MPG-Spitze und der Generalverwaltung zentralisierten Steuerungsform mit der wissenschaftlichen Autonomie der Direktor*innen beziehungsweise der Institute, die nach wie vor und unwidersprochen das organisationale Leitprinzip der MPG darstellte.

1364 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates vom 22. 6. 1965 in Mannheim, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1944, fol. 12.

1365 Butenandt betonte in seiner Abschiedsrede vom Präsidentenamt mehrfach, dass die MPG »ihre forschungspolitischen Entscheidungen« wissensbasiert, an standardisierte Verfahren gebunden (etwa bei Berufungen) und gestützt auf »Grundsätze« treffen würde, kurz: »Nichts ist unbegründeter als der Vorwurf, es fehle der Max-Planck-Gesellschaft an gezielter Planung«. Butenandt, *Ansprache*, 1972, 35; vgl. auch ebd., 37–38.

Exemplarisch lässt sich dieser Veränderungsprozess am Funktionswandel der Beiräte nachvollziehen, die bis zur Strukturreform der MPG 1972 noch fakultativ waren. Denn eines der notwendigen Elemente der »gezielte[n] Planung« waren Rückkopplungsmechanismen zwischen der Führung der MPG und den Instituten, den dezentralen Einheiten. Auf diesem Hintergrund ist der seit Mitte der 1960er Jahre unternommene Versuch von Butenandt zu verstehen, die in der Satzung der MPG nur als Kann-Bestimmung vorgesehenen Beiräte,[1366] die längst nicht alle Institute besaßen, zu aktivieren und in die anvisierten neuen Steuerungsprozesse einzubinden. So warb Lüsts Vorgänger schon im Sommer 1966 vor dem Wissenschaftlichen Rat der Gesellschaft dafür, dass alle Institute doch Beiräte beziehungsweise Kuratorien einrichten und diese mit einem erweiterten Aufgabenspektrum stärker als bisher in Anspruch nehmen sollten. Hatten diese Gremien Butenandts Beobachtung nach bis dahin – sofern überhaupt vorhanden – primär dazu gedient, dem Institut »wissenschaftliches Ansehen« und nützliche Kontakte »zu den Ministerien, der Industrie und vielleicht noch zu den Hochschulen« zu verschaffen, plädierte der Präsident jetzt für eine weitergehende Aktivierung. Bei »entsprechender Zusammensetzung« könnte er sich vorstellen, dass sie künftig in die wissenschaftliche Entwicklung, die »Programme«, der Institute und damit verbundene finanzielle Aspekte Einblick erhielten und sich dazu äußerten.[1367]

Allerdings verlief der Prozess der Beiratsaktvierung in der MPG durchaus schleppend und ein ähnliches Druckmittel, wie es im Fall des MPIB ab 1970 die informellen Auflagen von Senat und GwS darstellten, war gegenüber anderen Instituten gemeinhin nicht vorhanden. Vielmehr illustriert der Fall des Bildungsforschungsinstituts die Schwierigkeit, Beiräte unter der damals gegebenen Satzung und bei dem herrschenden Selbstverständnis und ausgeprägten Selbstbewusstsein der Institutsleitungen stärker für eine Kontrolle der Institutsarbeiten im Dienst der Gesamtentwicklung der MPG in Anspruch zu nehmen. Denn obwohl schon bei Gründung des IfB 1963 die Einrichtung eines Beirats von den zentralen Organen der MPG vorgesehen worden war, zeigte die Praxis, dass sich das Gremium primär als Interessenvertretung des Instituts verstand und seine Zusammensetzung und Arbeit auf das Engste mit dem Institutsleiter Becker abgestimmt war – damals mit Billigung des Präsidenten, der qua Amt Mitglied des Beirats war. Die äußerst zurückhaltenden Formulierungen, die Butenandt vor dem Wissenschaftlichen Rat der MPG im Sommer 1966 in seinem Plädoyer für eine generell veränderte Funktion der Beiräte wählte, unterstreichen insofern, dass es sich intern um ein ausgesprochen heikles Thema handelte. Denn letztlich ging es bei diesem Vorstoß um Fragen der inneren Organisation und die Forschungsfreiheit der Institute und daher – angesichts der seit Mitte der 1960er Jahre von der MPG-Spitze angedachten Forschungsplanung der Gesamtorganisation – um mögliche Eingriffe

1366 Das Nähere wurde den Institutssatzungen überlassen. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 3. 12. 1964 beschlossenen Fassung, §29 Abs. 1b, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69, fol. 30. Wie Dölle erläutert, konnte anstelle des Kuratoriums oder neben dieses auch ein »anderes Gremium« treten, »etwa ein wissenschaftlicher Beirat oder dergl.«. Eine genauere Differenzierung der offenbar annähernd synonym verwendeten Begriffe wird von ihm nicht gegeben. Zur Aufgabe der Beiräte heißt es bei ihm: »Das Kuratorium soll ein Gremium von Beratern und Helfern des Instituts sein, und zwar meist für Verwaltungsangelegenheiten, manchmal in wissenschaftlicher Hinsicht«. Dölle, *Erläuterungen*, 1965, 90–91.

1367 Protokoll der Sitzung der GwS vom 21. 6. 1966, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1945, fol. 11–12, Zitat fol. 12.

in Kernbereiche ihrer Autonomie. Wie empfindlich im Übrigen gerade in Westdeutschland auf die Einrichtung von beiratsähnlichen Gremien im Wissenschaftsbereich reagiert wurde, hatte etwa das Scheitern der Einführung von Hochschulräten beziehungsweise von *Boards of Trustees* in den ersten Jahren nach 1945 demonstriert. Sie sollten im Zuge des von der US-amerikanischen und der britischen Besatzungsmacht unternommenen Versuchs der Durchführung von Hochschulreformen eingerichtet werden, stießen aber primär unter Hinweis auf die zu bewahrende Autonomie der Hochschulen auf strikte Ablehnung von Seiten deutscher Hochschulvertreter. Eine der Ausnahmen war West-Berlin, wo die ursprünglich vor allem durch die USA finanzierte Freie Universität ihren Standort hatte.[1368]

Gut vier Jahre nach den vorsichtigen Bemerkungen Butenandts im Sommer 1966 hatten sich der Diskussionsstand und der Ton in der MPG merklich verändert. So berichtete etwa Ende Mai 1970 ein Vertreter der Generalverwaltung im Kontext der Diskussion über die Einrichtung eines neuen Instituts

> von den jüngsten Versuchen der Max-Planck-Gesellschaft, [...] Beiräten die Funktionen eines ›visiting committee‹ mit dem Recht zu übertragen, dem Präsidenten jährlich einen fachlichen Bericht über die Arbeiten des Instituts zu erstatten.[1369]

Im November desselben Jahres waren Beiräte in der MPG dann bereits systematisch der Bearbeitung des Problems der »Erfolgskontrolle« zugeordnet, verstanden als »Beurteilung der wissenschaftlichen Arbeiten der Max-Planck-Institute«. Unter dieser Überschrift wurde die Thematik dann auch im Verwaltungsrat in einem eigenen Tagesordnungspunkt diskutiert. Es war Wurster, der darauf drängte, den damit verbundenen »Fragenkreis« intensiver zu erörtern, während Butenandt darauf hinwies, dass Erfolgskontrollen inzwischen unter anderem über die »künftig jährlich oder alle zwei Jahre zu erwartenden Berichten der wissenschaftlichen Beiräte« zu erwarten seien. Allerdings war diese Praxis noch keineswegs Usus, sondern der Präsident bezog sich damit auf die Ausnahmen der Max-Planck-Institute für Radioastronomie und Astronomie.[1370]

Nur wenige Wochen später war ein Meilenstein erreicht, als das Thema der Erfolgskontrolle durch Fachbeiräte Ende November 1970 im Zuge der damals heiß laufenden Debatten um die

---

1368 Vgl. mit weiterführender Literatur zum Beispiel Britta Behm und Ulrich Müller Erfolgsfaktoren für Hochschulräte. In: Volker Meyer-Guckel, Mathias Winde und Frank Ziegele (Hg.): *Handbuch Hochschulräte. Denkanstöße und Erfolgsfaktoren für die Praxis*. Essen: Stifterverband 2010, 16–105, bes. 23–27.

1369 Den Hinweis speiste der Abteilungsleiter Allgemeine Verwaltung, Günter Preiß, in die Diskussion über die »Gründung eines Instituts für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsordnung« ein. Vgl. Zusammenfassender Bericht über die Sitzung der »Kommission zur Gründung eines Instituts für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsordnung« der GwS am 29. 5. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 396, fol. 11. Der Bericht wurde der GwS auf ihrer Sitzung am 10. Juni 1970 als Anlage zugestellt. Siehe Protokoll der Sitzung der GwS vom 10. 6. 1970, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1427, fol. 14. Zu Preiß' Position in der GV vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 939.

1370 Protokoll der 87. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 13. 11. 1970 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 87.VP, fol. 9–10.

zweite Strukturreform der MPG offiziell in den Klärungsbereich des Unterausschusses »zur Effizienzkontrolle« überging, der neben weiteren Ausschüssen der zentral zuständigen Kommission für Strukturfragen angegliedert war. Diese Strukturkommission sollte die kommende Satzungsreform der MPG zentral vorbereiten, vor allem Probleme der Forschungsgesellschaft definieren, Grundsätze zu ihrem Fortbestand festlegen und mit den Institutsdirektoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern neu einzuleitende Maßnahmen erörtern.[1371] Am 24. Februar 1972 legte die Strukturkommission ihren Abschlussbericht vor, der Mitte März im Senat debattiert wurde.[1372] Im Hinblick auf das Thema der »verstärkten Effizienzprüfung«, welche die Kommission grundsätzlich befürwortete, war sie im Wesentlichen zu zwei einander ergänzenden Ergebnissen gelangt. Zum Ersten empfahl sie, »die Tätigkeit der Institute regelmäßig zu überprüfen und sie an ihrer Zielsetzung zu messen«, was letztlich den Beginn einer gezielten Entwicklungsplanung der Forschung auch an den Instituten implizierte. In diesem sozusagen intermediären Setting zwischen Institut und MPG-Spitze sollten die Beiräte ihre neue Funktion finden: »Als Kontrollorgane empfehle die Kommission, in verstärktem Umfange Fachbeiräte einzurichten, die über die Durchführung der Arbeiten der einzelnen Institute und deren Ergebnisse [dem Präsidenten] berichten sollten«.[1373] Zum Zweiten regte die Strukturkommission die Einrichtung eines zentralen, dem Senat anzugliedernden wissenschaftspolitischen Ausschusses der MPG an, der künftig für die Planung und für das – nach heutigem Sprachgebrauch – Controlling der »Gesamtentwicklung« der MPG zuständig sein sollte. In diesem Ausschuss sollten die Planungen der einzelnen Institute »ständig« diskutiert und kontrolliert werden und zwar auf dem Hintergrund der strategischen Generallinie der MPG. Im Abgleich dieses idealiter akkumulierten Wissens und der daraus generierten Vorstellung eines Gesamttableaus der Forschungsgesellschaft mit relevanten externen nationalen wie internationalen Entwicklungen in Wissenschaftspolitik und Forschung sollte diese Generallinie dann von hier aus permanent weiter entwickelt werden.[1374] Realiter übernahm diese Aufgabe ab Ende November 1972 der oben erwähnte Senatsausschuß für Forschungspolitik und Forschungsplanung. Dessen Einrichtung war in Umsetzung der Kommissionsempfehlung in der Novelle der MPG-Satzung von Juni 1972 verankert worden. Der Ausschuss wurde international besetzt und tagte unter dem Vorsitz von Lüst.[1375]

1371 Vgl. Protokoll der 88. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 23. 11. 1970 in Stuttgart, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 88.VP, fol. 45–45 verso, Zitat fol. 45 verso. Zu den Aufgaben der Strukturkommission zum Beispiel Protokoll der 71. Sitzung des Senates vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 22.

1372 Protokoll der 71. Sitzung des Senates vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP. Der Bericht wurde von Coing vorgestellt, der auf Bitte Butenandts hin bei den Kommissionsberatungen zumeist den Vorsitz geführt hatte. Protokoll der 71.Sitzung des Senates vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 22.

1373 Protokoll der 71. Sitzung des Senates vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 25.

1374 »Die Frage, inwieweit die von den Instituten aufgestellten Programme in die Notwendigkeiten und in die Situation der einzelnen Disziplinen integriert seien, führe unmittelbar in die Wissenschaftspolitik der Gesellschaft hinein. Nach Meinung der Kommission seien Diskussionen hierüber und eine ständige Kontrolle nur in einem zentralen Gremium denkbar, das die Gesamtentwicklung der Max-Planck-Gesellschaft unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Wissenschaft planen und kontrollieren müsse. Diese Aufgabe könne zum Beispiel ein Senatsausschuß erfüllen«. Protokoll der 71. Sitzung des Senates vom 15. 3. 1972 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 71.SP, fol. 25–26.

1375 Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 22. 6. 1972 beschlossenen Fassung, §13 Abs. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69.

Mit den Vorschlägen der Strukturkommission vom Frühjahr 1972 war die empfohlene neue Rolle der Beiräte in der MPG nach siebenjährigem Vorlauf somit deutlicher gefasst und funktional dem damals allmählich Kontur annehmenden neuen Management-Regime der MPG zugeordnet und angepasst. Konzipiert waren die Beiräte als eine Art intermediäres Gremium zwischen der MPG-Leitung und den Instituten, womit ihre traditionelle Aufgabe der Beratung und (repräsentativen) Unterstützung durch die der Kontrolle und kommunikativen Vermittlung zur MPG-Leitung substantiell ergänzt wurde. Dass dieses neue Profil für die Beiratsmitglieder potentiell Zielkonflikte barg, ist offensichtlich, wobei in der Praxis – wie an der Ausgestaltung der Rolle des Beirats des MPIB zu zeigen sein wird – vieles von der Zusammensetzung des Gremiums und von der übergreifenden Planung der MPG in Bezug auf das jeweilige Institut abhing.

Während die Einrichtung des SAFPP über die Novellierung der MPG-Satzung festgeschrieben wurde, vollzog sich die Institutionalisierung der erweiterten Kompetenzen und Zuständigkeiten der Beiräte auf dem Weg der Neufassung der jeweiligen Institutssatzungen.[1376] Über diese verankerte man zugleich die milden Mitwirkungsformen der wissenschaftlichen Mitarbeiter*-innen. Vom Verfahren her entwickelten die Einzelinstitute ihre neuen Satzungen unter Orientierung an mehreren Modellordnungen, die vorab zentral erarbeitet worden waren. Das jeweilige Statut wurde dann mit der Generalverwaltung beziehungsweise mit der MPG-Leitung abgestimmt, bevor der Senat in jedem Einzelfall abschließend entschied. Die novellierte Satzung des MPIB trat zum 24. November 1973 in Kraft.[1377] An der weiteren Entwicklung des MPIB in den 1970er Jahren lässt sich insofern verfolgen, wie sich die Forschungsplanung der MPG-Spitze und ihrer Beratungsgremien über die in ihren Befugnissen gestärkten Beiräte auf die Institutsebene übersetzte. Im Fall des MPIB sollten sich die Passungskonflikte zwischen dem Institut und der MPG-Leitung daher in den im Beirat geführten Diskussionen wie unter einem Brennglas zeigen.

4.3.2 Holperiger Start: Die Konstituierung des neuen Beirats des MPIB 1971, Zielkonflikte, Zusammensetzung und letztmalige Protektion durch Butenandt

Zielkonflikte: Der neue Wissenschaftliche Beirat des MPIB kam im November 1971 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das alte Gremium hatte zuletzt zwei Jahre vorher getagt, während 1970 in Rücksicht auf das laufende Verfahren zur Prüfung der Aufnahme des Instituts in die MPG keine Sitzung stattfand.[1378] Zeitlich ging die Berufung des Beirats und dessen erstes Treffen mithin sowohl der Strukturreform der MPG und den damit verbundenen erweiterten Befugnissen der Beiräte (und ebenso des Präsidenten) als auch dem Präsidentenwechsel von

1376 In Bezug auf die Beiräte blieb in der novellierten MPG-Satzung vom Sommer 1972 alles beim Alten. Vgl. Satzung vom 26. 2. 1948 in der am 22. 6. 1972 beschlossenen Fassung, §29 Abs. 1b), AMPG, II. Abt., Rep. 102, Nr. 69.

1377 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34; Protokoll der 76. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1973 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 76.SP, fol. 121.

1378 In der ersten Sitzung des neuen Beirats im November 1971 wies Becker darauf hin, dass sein Bericht »diesmal den Zeitraum von zwei Jahren« umfasse. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

Butenandt auf Lüst voraus. Diese Ungleichzeitigkeit zwischen den Ebenen von Institutsentwicklung und Trägergesellschaft trug maßgeblich dazu bei, dass das neue Gremium am MPIB noch über die Novellierung der Institutssatzung Ende Oktober 1973 hinaus wesentlich damit beschäftigt war, seine eigene Rolle im Kontext widersprüchlicher Zielsetzungen zwischen Kontrolle und Beratung zu suchen und in der Konsequenz noch keinen stringenten Kurs verfolgte. So beanspruchte die Auseinandersetzung mit der eigenen Funktion einen Gutteil der jährlich stattfindenden Sitzungen zwischen 1971 und 1974[1379]. Erst im Nachgang zum Treffen von 1975 kam es zu dem ersten Bericht des Beirats über die Arbeit des MPIB an den Präsidenten.[1380]

Zusammensetzung: Für die anfänglich hybride Positionierung des Beirats war zum einen die Widersprüchlichkeit von informell geäußerter Kontrollerwartung durch GwS und Senat und der geltenden Satzung des Instituts verantwortlich. Es fehlten schlicht die statutarischen Umsetzungsmöglichkeiten. Zum anderen trug zu der uneindeutigen Situation des Gremiums dessen anfängliche Zusammensetzung bei. Sie war im März 1971, im Nachgang zum Senatsbeschluss über die volle Integration des IfB in die MPG, noch einvernehmlich zwischen Becker und Butenandt abgestimmt worden. Dabei ist noch offen, wie die von Becker unterbreitete Vorschlagsliste entstanden war, die letztlich fast ohne Änderungen umgesetzt wurde.[1381] Im Ergebnis wies der zunächst sechzehnköpfige Beirat jedenfalls noch einmal eine Mehrheit von Befürworter*innen der bisherigen Ausrichtung des MPIB auf. Eine starke Fraktion von Unterstützern bildeten die erneut berufenen acht Mitglieder des alten Beirats Conant, Friedeburg, Husén, Messerschmid, Roth, C. Schmid, C. F. von Weizsäcker und Zweigert. Dabei spricht es für sich, dass der damalige MPG-Vizepräsident Zweigert, ein Begleiter des Instituts aus dessen erster Stunde, 1971 und 1972 wieder den Vorsitz übernahm.[1382] Ebenfalls mit dem Institut eng verbunden waren die Neuzugänge aus der Wissenschaft, Habermas und Roeder. Als Roeder 1973 zum Direktor und Wissenschaftlichen Mitglied am MPIB berufen wurde, trat an seine Stelle der Münsteraner

---

1379 Vgl. dazu Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 13–14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 10–15, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 2–4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. Für die zweitägig angelegte Sitzung im Oktober 1974 war ein gesamter Nachmittag für die »Diskussion über die Funktionen des Beirats« vorgesehen; ebd., S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1380 Der Bericht wurde im Januar 1976 verfasst. Vgl. dazu Hellmut Becker [...], Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1381 Siehe hierzu vor allem den Vermerk des Leiters der Abteilung Personal der Generalverwaltung Winfried Roeske vom 6. 3. 1971, den er zur Vorbereitung des in dieser Sache einschlägigen Treffens von Butenandt und Becker am 11. 3. 1971 anfertigte. Beigefügt war dem eine Ende Januar 1971 von Becker übersandte dreiseitige Skizze, in welcher der Direktor seine Überlegungen und personellen Wünsche bezüglich des künftigen Beirats formuliert hatte. Bis auf Hans von Heppe und die später berufenen Mitglieder Herwig Blankertz und Pierre Bourdieu befanden sich alle Mitglieder des neuen Beirats auf Beckers Liste. Rk/Ko [Roeske]. Vermerk für den Herrn Präsidenten. Betr.: Reise Berlin am 11. und 12. 3. 1971, 6. 3. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 579, fol. 204–212. Zur Position Roeskes in der GV Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 939. Siehe zum Vorgang auch das nachlaufende Schreiben von Becker an Butenandt, 30. 4. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 579, fol. 166–167.

1382 Zur Zusammensetzung des Beirats vgl. zum Beispiel den Verteiler im Schreiben: Becker an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Plank-Instituts für Bildungsforschung, 2. 10. 1972, S. 1–3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; zur Wahl Zweigerts zum Vorsitzenden (auf Vorschlag Weizsäckers) Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

Herwig Blankertz (1927–1983). Er gehörte zu den Vertretern einer sich damals in erster Generation ausbildenden Kritischen Erziehungswissenschaft, der die Institutsarbeit aus einer nicht unkritischen, aber ausgewogenen Perspektive begleiten sollte.[1383] Die beiden Ergänzungen von Seiten der Bildungspolitik waren unauffällig respektive im Sinne Beckers. Kaum in Erscheinung trat in den Sitzungen der Staatssekretär a. D. des BMwF beziehungsweise des BMBW Hans von Heppe (1907–1982).[1384] Der Volkswirtschaftler Reimut Jochimsen dagegen, der als SPD-Mitglied seit 1970 mit der Leitung des Planungsstabs für die Ressortkoordination im Bundeskanzleramt eine der zentralen Positionen in der neuen Regierung innehatte und besonders Eddings Forschungen schätzte, hätte unter anderen bildungspolitischen Vorzeichen für das Institut eine maßgeblich fördernde Rolle spielen können. Angesichts der sich seit dem Ende der 1960er Jahre formierenden konservativen Gegenbewegungen, der sich in der Folge ausbreitenden bildungspolitischen Lähmung und der Auflösung des Bildungsrats trat er im Beirat de facto vor allem mit Plädoyers für die Fortsetzung der Bildungsökonomie am Institut hervor, die mit Eddings Emeritierung in Frage gestellt war.[1385] Im neuen Beirat waren jedoch auch kritische Stimmen vertreten. Dazu gehörte tendenziell der Konstanzer Volkswirtschaftler Harald Gerfin, von dem allerdings nur wenige Beiträge protokolliert sind. Bis auf einige pointierte Stellungnahmen eher zurückhaltend blieb den Protokollen nach in dieser Hinsicht auch Renate Mayntz-Trier, die damals gerade von ihrem Ordinariat an der FU auf die Professur für Organisationssoziologie an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gewechselt war. Mit der Arbeit des MPIB war sie über ihre Mitgliedschaft in der Bildungskommission des Bildungsrats vertraut, machte aber seit Mitte der 1970er Jahre ein deutlich anders gelagertes Verständnis von Sozialwissenschaft geltend. Wie Leendertz gezeigt hat, trug diese Ausrichtung mit dazu bei, sie in der MPG später für die Leitung des MPI für Gesellschaftsforschung in Köln zu empfehlen.[1386] Anders sah es im Hinblick auf das Verhalten im Beirat mit den neuen Beiratsmitgliedern Rudolf Vierhaus vom MPI für Geschichte und vor allem mit dem Bochumer Psychologen und Motivationsforscher Heinz Heckhausen aus. Gemessen an ihren protokollierten Beiträgen hinterfragten beide, besonders aber Heckhausen, durchgängig die Forschung und die Governance des

---

1383 Becker schlug dem Beirat vorlaufend zu dessen Sitzung am 15. 10. 1973 Blankertz als Nachfolger von Roeder vor. Es spricht für Blankertz' vermittelnde Position, dass er 1983 zum Vorsitzenden des damals neu konstituierten Gremiums gewählt wurde, obwohl er dieses Amt nur kurz, bis zu seinem unerwarteten Tod im gleichen Jahr, ausübte. Becker an die Mitglieder Wissenschaftlichen Beirats, 2. 10. 1973, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 15; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin, am 3./4. 5. 1983, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82. Zum Ansatz von Blankertz siehe etwa die Beiträge in Günter Kutscha (Hg.): *Bildung unter dem Anspruch von Aufklärung. Zur Pädagogik von Herwig Blankertz.* Weinheim: Beltz 1989; zu seiner Person zum Beispiel Wolfgang Fischer: In Memoriam Herwig Blankertz. In: Westfälische-Wilhelms-Universität (Hg.): *Herwig Blankertz und Jürgen Henningsen zum Gedenken.* Münster: Aschendorff 1984, 17–27.

1384 Heppe meldete sich in den Sitzungen selten zu Wort, so dass seine Position auf Basis der Protokolle nur schwer einschätzbar ist. Vgl. zu seiner Person: »Heppe, Hans von«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 2008. http://www.munzinger.de/document/00000011566. Zuletzt aufgerufen am 7. 5. 2021.

1385 Zur Vita Jochimsens und seiner Beziehung zu Edding vgl. Hösel, *Verkannte Innovationen*, 2010, 18–19, 153–170.

1386 Zu Person und Ansatz von Renate Mayntz-Trier (später Renate Mayntz) siehe hier zum Beispiel Leendertz, *Wende*, 2010, bes. 29–32, 52, 81–83, 86, 104–114 sowie Ariane Leendertz und Uwe Schimank (Hg.): *Ordnung und Fragilität des Sozialen. Renate Mayntz im Gespräch.* Frankfurt am Main: Campus 2019; zum Karriereweg von Mayntz ebd., 13–14.

MPIB. Vierhaus tat dies mit eher leisen Tönen, Heckhausen aber sollte sich von Beginn an als äußerst scharfer Kritiker des bisherigen Institutskurses erweisen. Ein renommiertes, später hinzukommendes Mitglied war schließlich Pierre Bourdieu (1930–2002), über dessen Aufnahme im Beirat im Herbst 1973, im Kontext der mit der Strukturreform der MPG einhergehenden Absicht einer stärkeren Internationalisierung der Beiräte, entschieden wurde.[1387] Mit seinem bildungssoziologischen, differenztheoretischen Ansatz hatte sich am Institut – für die damalige Zeit innovativ – etwa Beate Krais im Kontext einer Arbeitsgruppe auseinandergesetzt; von dieser Gruppe gingen auch Übersetzungen einiger Aufsätze Bourdieus aus.[1388] Die am Institut schon zuvor veranlasste Teilübersetzung von Bourdieus 1964 mit Jean-Claude Passeron (geb. 1930) veröffentlichter Studie *Les héritiers* stellt einen bis heute wenig beachteten Beitrag zur Erschließung seines Werkes für den deutschsprachigen Raum dar.[1389] Seiner Tätigkeit im Beirat räumte Bourdieu allerdings vergleichsweise wenig Zeit ein und bat 1981 um die Entbindung von seiner Funktion.[1390]

Protektion durch Butenandt: Neben der Zusammensetzung lag ein weiterer Grund für die in den ersten Jahren noch unentschiedene Haltung des Beirats im Hinblick auf eine anvisierte Kontrollfunktion schlussendlich an der protektiven Haltung Butenandts, der, wie bereits erwähnt, gemäß der alten Institutssatzung dem Beirat qua Amt angehörte. Lüst folgte dort erst im Oktober 1972 nach, wobei er durchgängig von seinem in der novellierten Institutssatzung verankerten Anwesenheitsrecht als Gast Gebrauch machen würde.[1391] Der anfängliche Einfluss Butenandts zeigte sich besonders im Umgang mit der Frage der Berichterstattung des Beirats an

---

1387 Im Oktober 1973 zeigte sich der Beirat mit den von Becker vorgeschlagenen »ausländische[n] Wissenschaftler[n]« Bourdieu und dem US-amerikanischen Kognitionspsychologen Jerome Bruner (1915–2016) sowie mit »Szepanski« (die Person konnte nicht ermittelt werden) einverstanden. In den gesichteten Beiratsunterlagen der kommenden Jahre wird jedoch allein Bourdieu erwähnt. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], Zitat S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1388 Laut Krais arbeitete sie in der AG mit Naumann, Helmut Köhler, Leschinsky und Gottfried Pfeffer zusammen. 1981 erschien die gemeinsam unternommene Übersetzung »Titel und Stelle«. Vgl. Krais, *Gespräch*, 2014, 258; Pierre Bourdieu, Luc Boltanski, Monique de Saint Martin und Pascale Maldidier: *Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht.* Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1981.

1389 Die Teilübersetzung erschien 1971 in der Institutsreihe »Texte und Dokumente zur Bildungsforschung«. 2007 wurde der Text unter Aufnahme des französischen Originaltitels neu übersetzt, die Ausgabe von 1971 aber nicht erwähnt. Vgl. Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron: *Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs.* Übersetzt von Barbara Picht und Robert Picht. Stuttgart: Klett 1971; Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron: *Die Erben. Studenten, Bildung und Kultur.* Übersetzt von Stephan Egger und Eva Kessler. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft [1964] 2007.

1390 Bourdieu ließ sein Fehlen im Beirat öfters entschuldigen, bei seiner Teilnahme an der Sitzung 1976 stand ihm Beate Krais in Übersetzungsfragen zur Seite. Vgl. zum Beispiel Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79; zu seinem Rückzug von der Beiratstätigkeit: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79. Siehe zu Bourdieu im Beirat auch Krais, *Gespräch*, 2014, 581–582.

1391 Das Recht der Teilnahme an den Beiratssitzungen kam in der MPG dem Präsidenten, dem ihn vertretenden Vizepräsidenten und zwei Vertretern der Generalverwaltung zu. Vgl. Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], *§5 Abs. 8*, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34. Zur ersten Anwesenheit Lüsts im Beirat vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

den Präsidenten, welche für die Wahrnehmung einer stärkeren Aufsichtsfunktion im Sinne der MPG-Leitung zentral war. Wie beschrieben, stand die erwünschte Kontrolle seit den informellen Forderungen von GwS und Senat zwar im Raum, konnte aber, solange die alte Institutssatzung galt, nicht oktroyiert werden, sondern war mit Becker zu verhandeln.

Dabei zeigte sich noch einmal, wie stark die Stellung des Direktors, wie wichtig aber vor allem die Positionierung des Präsidenten war. Dafür steht zum Beispiel der Bericht eines Vertreters der Generalverwaltung über ein Gespräch, das er vor der ersten Sitzung des Beirats im September 1971 mit Becker in Sachen des Beiratsberichts geführt hatte. Der Institutsleiter hielt demnach eine Berichtsregelung »bei dem sehr breitgestreuten Arbeitsgebiet des Instituts für Bildungsforschung« für kaum durchführbar.[1392] Becker versuchte also offensichtlich, eine stärkere Kontrolle durch den Beirat zu vermeiden. Unmissverständlich fiel dagegen ein nachträglich auf dem Vermerk angebrachter handschriftlicher Kommentar aus der Verwaltungsspitze aus: »Das ist nicht überzeugend! Wir sollten gerade bei diesem Institut bestehen!«.[1393] Dennoch blieb der Präsident, als er den Beirat zu Beginn von dessen konstituierender Sitzung über die Aufgaben und Befugnisse des Gremiums informierte und damit gewissermaßen den Ton vorgab, gerade in Sachen des Berichts vage. Das Schwergewicht legte er stattdessen auf die Beratungsfunktion und deutete allenfalls in der Erwähnung der erwünschten »*kritische[n]* Hilfe bei der gesamten wissenschaftlichen Arbeit« an, dass die MPG-Leitung durchaus Distanz gegenüber der Arbeit des Instituts und seinen Entwicklungsplänen erwartete. Die »Funktionen« des Beirats umfassten laut Butenandt

> die Beratung in Struktur- und Organisationsfragen, Beratung im Prozeß der Projektfindung und kritische Hilfe bei der gesamten wissenschaftlichen Arbeit. *Darüber hinaus sei denkbar und sollte gelegentlich erwogen werden, ob* – wie bereits anderweitig praktiziert [etwa am Institut für Radioastronomie] – der Beirat dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft alle zwei Jahre einen kritischen Bericht über das Institut vorlegen sollte.[1394]

Die Haltung Butenandts war im Hinblick auf die Kontrollfunktion von Beiräten insofern durchaus zwiespältig, zumal er selbst seit Mitte der 1960er Jahre auf eine gewisse Funktionalisierung dieser Gremien im Dienste einer Management-Rationalität geworben hatte. Allerdings lassen seine Äußerungen an anderer Stelle darauf schließen, dass er der Autonomie der Institutsleitungen im Zweifel den Vorrang gab. Das zeigt recht eindeutig seine Stellungnahme vor dem Senat im März 1975 in der Diskussion um die Schließung des MPI für Landarbeit und Landtechnik. Nachdem Butenandt darauf hingewiesen hatte, dass Institutsdirektoren »in der Themen-

---

1392 Vgl. Rk/Ko [Roeske]. Vermerk. Betr.: Institut für Bildungsforschung – Wissenschaftlicher Beirat -, 21. 9. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 579, fol. 14.

1393 Vgl. Rk/Ko [Roeske]. Vermerk. Betr.: Institut für Bildungsforschung – Wissenschaftlicher Beirat -, 21. 9. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 579, fol. 14.

1394 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76; Hervorhebung Behm.

wahl, in der Bestimmung des Arbeitsumfanges und in der Prioritätensetzung frei« seien und diese Freiheit »zu den Leistungen geführt [habe], die die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft geprägt hätten«, unterstrich er diese Einschätzung durch die zustimmende Erinnerung an eine von dem ehemaligen Generalsekretär der MPG, Benecke, vertretene These. Demnach müsste

> die Freiheit der Direktoren [...] so weit gehen, daß sie auch irren und ganze Institute auf einen Irrweg führen könnten. Die wenigen Fälle, in denen dies geschehe, seien Opfer, die man bringen müsse, um die Freiheit des Ganzen zu erhalten, die bisher so hervorragende Ergebnisse erbracht habe.[1395]

Im Fall des Bildungsforschungsinstituts fügte sich die insofern wohl prinzipielle Zurückhaltung Butenandts gegenüber der Wahrnehmung einer strikteren zentralen Kontrolle durch Beiräte zudem nahtlos in seine durchgängig gegenüber diesem speziellen Institut verfolgte Linie ein, über dessen Gründung und Entwicklung er während seiner gesamten Präsidentschaft die Hand gehalten hatte.

4.3.3 Formelles Einnorden: Wechsel des Beiratsvorsitzes und erweiterte Befugnisse in der novellierten MPIB-Satzung im Herbst und Winter 1973, Neuberufung 1976

Beiratsvorsitz: Der erste formelle Schritt in Richtung einer strikteren Aufsichtsfunktion des Beirats stellte die Übernahme des Vorsitzes durch Vierhaus im Oktober 1973 dar, kurz vor der im November folgenden Satzungsänderung des MPIB. Mayntz-Trier wurde zur Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.[1396] Zweigert war möglicherweise aus gesundheitlichen Gründen gezwungen gewesen, das Amt niederzulegen.[1397] Wie auch immer die Entscheidung zustande kam: Fortan lag die wichtige Position des Beiratsvorsitzes bei einem Wissenschaftlichen Mitglied der MPG, das in den folgenden Jahren, wie aus den protokollierten Wortbeiträgen von Vierhaus hervorgeht, zwar keine extreme, aber doch eine durchgängig kritische Haltung gegenüber dem bisherigen MPIB einnahm, die überwiegend auf der Linie des Hauptkritikers Heckhausen lag.

Satzungsnovelle – Ausweitung der Befugnisse: Vor allem setzte dann die novellierte Satzung des Instituts den Rollenunklarheiten und Ambivalenzen des Beirats mittels einer erheblichen Erweiterung seiner Befugnisse zumindest formell ein Ende. Das Statut wurde, wie erwähnt, vom Senat am 23. November 1973 verabschiedet und trat am folgenden Tag in Kraft. Dabei

---

1395 Protokoll der 80. Sitzung des Senates vom 7. 3. 1975 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 80.SP, fol. 121.

1396 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1397 Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 2, AMPG, III. Abt., Rep.180, Nr. 77. Zweigert amtierte noch bis 1978 als Vizepräsident der MPG. Ob krankheitsbedingte Gründe bei der Übergabe des Vorsitzes eine Rolle spielten, kann hier nicht geklärt werden. Ingo Richter erinnert für eine spätere Zeit, dass Zweigert sehr krank gewesen sei. Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 195.

schlugen die Ergebnisse der Strukturreform und die skizzierte Richtung der Management-Entwicklung in der MPG unter Lüst voll auf die Novelle durch. Auf dem Hintergrund der organisationalen Geschichte des IfB/MPIB sind zwei Aspekte besonders hervorzuheben:

Zum Ersten wurden die Zuständigkeiten und Kompetenzen der Leitungs- und Grundsatzkonferenz zwar jetzt formell verankert. Damit waren die kollegiale Leitungspraxis und die seit Jahren am Institut praktizierten vergleichsweise weitgehenden Mitbestimmungsrechte der nun so genannten »wissenschaftlichen oder wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter[...] mit Hochschulabschluß« in der Satzung geregelt.[1398] Zugleich wurde jedoch die überformende wissenschaftliche und verwaltungsbezogene Entscheidungsbefugnis und Verantwortung des Direktors im Statut durchgängig betont und vor allem die Grundsatzkonferenz auf Rechte der »Mitwirkung« beschränkt.[1399] In diesen Grenzziehungen spiegelte sich der restriktive Kurs, den die MPG im Sommer 1972 im Ergebnis der Auseinandersetzungen um eine erweiterte Mitbestimmung vor allem der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen eingeschlagen hatte.

Zum Zweiten erfolgte in der Satzung die detaillierte Regulierung des Wissenschaftlichen Beirats,[1400] mit der letztlich die Weichen für eine effektive Wahrnehmung der Kontrolle der Institutsentwicklung durch dieses Gremium und mittelbar durch den Präsidenten der MPG gestellt wurden. So lag das Schwergewicht der Beiratsaufgaben nicht mehr auf der Beratung des Direktors und der übrigen Mitglieder der Leitungskonferenz. Diese wurde zwar an erster Stelle genannt, war aber nur äußerst knapp, als unterstützende »Planung und Durchführung von Forschungsvorhaben«, umrissen.[1401] Im Zentrum stand dagegen die ausführlich definierte Aufgabe der Berichtspflicht »über die Forschungsarbeiten des Instituts« gegenüber dem Präsidenten.[1402] Zugleich wurden die Einflussmöglichkeiten des Direktors auf die Beiratstätigkeit über diverse ineinandergreifende Vorgaben auf ein Minimum begrenzt. Schlichtweg zentral war in dieser Hinsicht, dass der Präsident der MPG in Bezug auf die Zusammensetzung des Gremiums das Recht erhielt, von den Vorschlägen des Direktors abweichende Berufungen vorzunehmen und Mitgliedschaften »aus wichtigem Grund« zu widerrufen.[1403] Zudem konnte der Präsident den

---

1398 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §§3 und 4, Zitat §3 Abs. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1399 Zu den Befugnissen des Direktors vgl. bes. Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §3 Abs. 1 und 3, §4 Abs. 2 Satz 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34. Die Entscheidungen der GK besaßen formell keine Bindungskraft. Sie wurden als »*Empfehlungen* an die Leitungskonferenz« eingestuft und an der »Initiierung von Forschungsprojekten« sowie der Beratung der »Forschungsplanung, Evaluation, Publikationspolitik [... und] Politikberatung« stand der GK allein das Recht der Mitwirkung zu. Zudem besaß sie in Bezug auf den strategisch wichtigen Bereich der Personalpolitik zwar das Recht der Beratung über deren »Grundsätze«, nicht aber der Beteiligung an Auswahlentscheidungen. Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §§3 und 4, Zitate §3 Abs. 2, §4 Abs. 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34; Hervorhebung Behm.

1400 Die Regeln für den Beirat nahmen mit zwei von insgesamt gut drei Textseiten den weitaus größten Raum des Statuts ein. Vgl. Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1401 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 2 Satz 1, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1402 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 2 Satz 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1403 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 5, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

Beirat künftig jederzeit um einen Bericht »über die Forschungsarbeiten des Instituts« ersuchen,[1404] der ihm außerdem direkt zuzuleiten war.[1405] Ebenso lag die für die Wirkungsmöglichkeit eines Beirats maßgebliche Vor- und Nachbereitung der Sitzungen (Tagesordnung, Protokoll) fortan beim Beiratsvorsitz, wobei die Sitzungsagenda nur »im Benehmen«, nicht aber im Einvernehmen, mit dem Direktor erstellt werden musste.[1406] Für die Abfassung seines Berichts sollte der Beirat explizit ohne die Anwesenheit von Institutsmitgliedern tagen, konnte geschlossene Sitzungen aber auch »wegen der Besonderheit des Beratungsgegenstandes« jederzeit veranlassen, was quasi einer Carte blanche gleichkam.[1407] Der Direktor wiederum war gegenüber dem Beirat informationspflichtig und es war ihm als Bringschuld aufgetragen, den Tätigkeitsbericht des Instituts sowie Übersichten über laufende und geplante Arbeiten »rechtzeitig« zu übermitteln sowie über veröffentlichte und abgeschlossene Arbeiten zu informieren.[1408] Festgelegt waren schließlich die Schwerpunkte der Berichterstattung, welche die Ziele der Institutsarbeit, die Effizienz des Mitteleinsatzes, die »Erfolgsaussichten von Forschungsvorhaben« sowie die interne Zusammenarbeit und die Kooperation »mit Wissenschaftlern außerhalb des Instituts« umfassen sollten.[1409] Alle diese Regelungen stärkten die Position des Beirats gegenüber der Institutsleitung erheblich und legten die Rolle eines Kontrollgremiums, wenn nicht direkt im Dienst des Präsidenten der MPG, so doch in engster Abstimmung mit ihm nahe. Zugleich ließ die Satzung aufgrund der diversen Kann-Bestimmungen Spielraum für die konkrete Ausgestaltung, die also sowohl im freundlichen wie auch im skeptischen Modus interpretiert und umgesetzt werden konnte. Insbesondere die Mitglieder des Beirats am MPIB waren damit vor die schwierige Aufgabe gestellt, ihre Loyalität zwischen dem Präsidenten der MPG und dem Institut auszutarieren.

Neuberufung: In diesem Punkt griff nun die dritte der formellen Anpassungen des Beirats, die insgesamt als eine Art des ›Einnordens‹ im Sinne der MPG-Spitze betrachtet werden können. Denn im Herbst 1975 informierte Lüst Becker über die Neuberufung des Gremiums. Diese brachte 1976 dann primär eine Verkleinerung mit sich, die kaum zufällig vor allem einige der zentralen Unterstützer des Instituts der ersten Stunde und Vertraute Beckers betraf. Fortan

---

1404 Der Bericht sollte in der Regel zweijährig erfolgen, konnte auf Ersuchen des Präsidenten aber jederzeit eingefordert werden. Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 2 Satz 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1405 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 3, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1406 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 7, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1407 Die Mitglieder der Leitungskonferenz und die in die Sektion gewählten Mitarbeitenden des Instituts waren berechtigt, an den Sitzungen des Beirats beratend teilzunehmen. Vgl. Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 8, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1408 Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 4, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1409 Stellung nehmen sollte der Beirat 1. zur übergreifenden Zielstellung des Instituts und seiner Arbeitsgruppen, 2. zur Effizienz bei der Aufgabenwahrnehmung (»Verhältnis der eingesetzten oder vorgesehenen Mittel zur Bedeutung der jeweiligen Aufgabe«), 3. zu deren erwartbarer Effektivität (»Erfolgsaussichten von Forschungsvorhaben«) sowie 4. zur Zusammenarbeit innerhalb des Instituts und 5. zur Einbindung in die institutsexterne Wissenschaftsentwicklung (»Zusammenarbeit [...] mit Wissenschaftlern außerhalb des Instituts«). Vgl. Satzung des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, [1973], §5 Abs. 2, AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

nicht mehr dabei waren Conant, Roth, Schmid sowie Zweigert und auch Heppe war ausgeschieden.[1410] Hinzu kam der US-amerikanische Entwicklungspsychologe Urie Bronfenbrenner (1917–2005), der an der Cornell University lehrte und einer der international bekannten Pioniere einer sozialökologischen Theorie menschlicher Entwicklung war, was insgesamt die Psychologie im Beirat stärkte und damit – wie aus Bronfenbrenners späteren Wortbeiträgen hervorgeht – auch die ›skeptische‹ Fraktion.[1411] Das 1976 etablierte Gremium sollte bis zu dem personell grundlegend neu aufgestellten Beirat von 1983 weitgehend Bestand haben.[1412]

4.3.4 Kurzporträt des Hauptkritikers Heinz Heckhausen

Bevor auf die Ebene der Beiratsaktivität gewechselt wird, sei zunächst Heinz Heckhausen in groben Zügen porträtiert, der im Beirat weit vor Vierhaus, Lüst oder Bronfenbrenner als schärfster Kritiker an der Arbeit des MPIB gelten kann und von dem bereits mehrfach die Rede war.[1413] Mit ihm gelangte 1971 ein profilierter Psychologe und Verhaltenswissenschaftler in das Gremium und mit der Erweiterung der Befugnisse des Beirats quasi in den weiteren Leitungskreis des Instituts. Als Heckhausen vom MPG-Präsidenten berufen wurde, hatte er seit 1964 die Professur für Psychologie an der Ruhr-Universität Bochum inne, stand als Geschäftsführender Direktor dem dort von ihm begründeten Psychologischen Institut vor und war (bis 1972) Fellow des Netherlands Institute for Advanced Study (NIAS). Sein Arbeitsschwerpunkt lag im Bereich einer »am Alltagsleben orientierten Motivationsforschung«.[1414] Während seines gesamten beruflichen Schaffens ging es ihm um die Erforschung der Motivation zur Leistung, die er

---

1410 Die Berufung des neuen Beirats wurde Becker durch Lüst im Oktober 1975 bekannt gegeben. Dazu Wiarda, *Beratung*, 2016, 260. Zur Zusammensetzung des Gremiums siehe zum Beispiel: Anwesenheitsliste der Mitglieder des Wiss. Beirats für die Sitzung am 6./7. 12. 1978, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1411 Zur ersten Erwähnung Bronfenbrenners in den gesichteten Beiratsunterlagen: Protokoll der geschlossenen Sitzung des Beirates des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 7. 12. 1978, S. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; zu Person und Ansatz Stephen J. Ceci: Urie Bronfenbrenner (1917–2005). *American Psychologist* 61/2 (2006), 173–174 und weiterführend Angelika Engelbert und Alois Herlth: Sozialökologische Ansätze. In: Heinz-Hermann Krüger und Cathleen Grunert (Hg.): *Handbuch Kindheits- und Jugendforschung.* 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 103–123.

1412 Messerschmid verstarb im März 1981. Zur Zusammensetzung des unter Baltes konstituierten neuen Beirats siehe mit Stand vom Juli 1984: Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Stand: Juli 1984, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1413 Zu Heckhausens Werk und Wirken, besonders im Kontext der westdeutschen Psychologiegeschichte liegt noch keine eingehendere Studie oder Monographie vor. Im Folgenden wird sich neben einigen Schriften des Psychologen primär auf Beiträge aus dem vom MPI für Psychologische Forschung anlässlich seines Ablebens herausgegebenen Sammelband bezogen, wozu auch autobiographische Texte Heckhausens gehören. Soweit nicht anders angegeben, siehe daraus zu den im Folgenden genannten Karrierestationen zunächst das *Curriculum Vitae* in: Max-Planck-Institut für psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen.* Berlin: Springer 1990, 93–94.

1414 Heinz Heckhausen: Vier Dekaden Motivations- und Volitionsforschung. Eine autobiographische Skizze. In: Max-Planck-Institut für psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen.* Berlin: Springer 1990, 1–30, Zitat 24. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Alltagswissen beziehungsweise »Common Sense« im Kontext sogenannter naiver Verhaltenstheorien siehe zum Beispiel Heckhausens Beitrag zur Festschrift für seinen akademischen Lehrer Wolfgang Metzger: Heinz Heckhausen: Naive und wissenschaftliche Verhaltenstheorie im Austausch. In: Suitbert Ertel, Lilly Kemmler und Michael Stadler (Hg.): *Gestalttheorie in der modernen Psychologie. Wolfgang Metzger zum 75. Geburtstag.* Darmstadt: Steinkopff 1975, 106–112. Zu Metzgers Karriere im NS und seiner SA- sowie NSDAP-Parteimitgliedschaft vgl. Geuter, *Die Professionalisierung*, 1988, 362–363, 507/Anm. 19 und Anm. 20.

im Zusammenwirken »individueller Motivunterschiede und situativer Einflüsse« untersuchte.[1415] 1983 wurde Heckhausen selbst zum Direktor an das MPI für psychologische Forschung in München berufen und vertiefte dort die Volitionsforschung, unter anderem im Anschluss an Autoren der älteren deutschen Willenspsychologie wie zum Beispiel Narziß Ach (1871–1946).[1416] Zugleich engagierte sich der ausgebildete Volksschullehrer durchgängig bildungs- und vor allem wissenschaftspolitisch. So war er etwa zwischen 1967 und 1970 Mitglied in dem von Schelsky geleiteten »Planungsbeirat« des nordrhein-westfälischen Kultusministers zur Entwicklung des Hochschulwesens[1417] und auch an der Konzeption des Fachbereichs Psychologie der maßgeblich auf Schelskys Anregungen hin entstandenen Universität Bielefeld beteiligt. Mit seinen Publikationen beispielsweise zur Schulreife, zum Einschulungsalter oder zur Lehrerausbildung griff er auch Themen auf, die in das bildungspolitische Feld hineinragten[1418] und trug, wie schon oben erwähnt, 1968 zu dem vom Bildungsrat herausgegebenen Gutachtenband *Begabung und Lernen* bei.[1419] In der postumen Würdigung Heckhausens durch den Saarbrücker Fachkollegen Hans-Joachim Kornadt (geb. 1927) heißt es in diesem Zusammenhang zu Heckhausens Motivation:

> [F]ür einen Psychologen, dessen zentrales Forschungsthema die Motivation zur Leistung war, waren die oft mangelhaft begründeten Meinungen, die in der Bildungsreform der 60er und 70er Jahre aufeinanderprallten eine Herausforderung.[1420]

Nahegelegt ist damit das Bild eines Forschers, dem es jenseits politischer Couleur um die wissenschaftliche Klärung eines bildungspolitisch verzerrten Topos ging, also in einem durch die Abgrenzung von bloßen »Meinungen« als objektiv apostrophierten Begründungsverfahren der

---

1415 Vgl. Franz E. Weinert: Heinz Heckhausen: Person und Werk. In: Max-Planck-Institut für Psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen.* Berlin: Springer 1990, 31–36, Zitat 33. Heckhausen orientierte sich nach eigenen Angaben besonders an der Gestalttheorie Kurt Lewins und an Henry Murrays Persönlichkeitstheorie und erhielt weitere zentrale Impulse durch die Weiterentwicklung des von Murray (und Christiana D. Morgan) konzipierten Thematischen Apperzeptionstests (TAT) im Team um David McClelland sowie durch das von John W. Atkinson formulierte Risiko-Wahl-Modell. Vgl. Heckhausen, *Vier Dekaden*, 1990, 4–5, 7–9, 14–15.

1416 Vgl. zu diesen Traditionslinien Hans-Joachim Kornadt: Heinz Heckhausen: Motivationsforscher, akademischer Lehrer und Wissenschaftspolitiker. In: Max-Planck-Institut für Psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen.* Berlin: Springer 1990, 37–42, hier 39 und zum Beispiel Heckhausen, *Vier Dekaden*, 1990, 16. Besonders kennzeichnend ist für Heckhausens Ansatz zum einen seine Überzeugung von der Existenz lebensüberspannender »Zielintentionen«, also von Motiven »im Sinne überdauernder Wertungsdispositionen«, zum anderen die von ihm entworfene Rubikon-Metapher, die er sowohl im Kontext einer groben Einteilung motivationspsychologischer Probleme in zwei Phasen (Motivationsphase und Volitionsphase) als auch im Zusammenhang willentlich nutzbarer lebensgeschichtlicher Arrangements (»Rubikonpassage«) verwendete. Heckhausen, *Vier Dekaden*, 1990, 22, 3–4, 18. Zu diesem Ansatz zum Beispiel Weinert, *Heinz Heckhausen*, 1990, bes. 33–36.

1417 Vgl. Planungsbeirat des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen für die Entwicklung des Hochschulwesens (Hg.): *Empfehlungen I. Die Entwicklung der akademischen Ausbildung an den wissenschaftlichen Hochschulen Nordrhein-Westfalens bis 1974/75.* Wuppertal: Henn 1968.

1418 Von 1981 bis 1987 war Heckhausen Mitglied im Wissenschaftsrat, von 1985 bis 1987 dessen Vorsitzender. Dazu und zu Heckhausens wissenschaftspolitischem Engagement Kornadt, *Heinz Heckhausen*, 1990, 40–42; die genannten Publikationen sind näher aufgeführt ebd., 41.

1419 Heckhausen, *Förderung*, 1969, 193–228.

1420 Kornadt, *Heinz Heckhausen*, 1990, 40.

akademischen Psychologie. Die wissenschaftspolitische Haltung Heckhausens kann an dieser Stelle zwar nicht hinreichend sondiert werden, gleiches gilt für die Frage nach dem Zusammenhang von Forschungsansatz und politischem Standort. Angesichts der vermuteten Relevanz des konservativen Backlash in der Bundesrepublik für die wissenschaftliche Entwicklung des MPIB in den 1970er Jahren und der herausgehobenen Stellung Heckhausens für die Kritik des MPIB durch den Beirat soll sie hier aber zumindest gestreift werden. Dabei fällt die Positionierung des Motivationspsychologen in einschlägigen konservativen Kontexten ebenso wie eine neoliberale wissenschaftspolitische Ausrichtung auf. So trug Heckhausen im Januar 1972 neben Hans Maier, Richard Löwenthal und anderen Referenten auf einer der frühen, in der Forschung bislang wenig beachteten Tagungen des Bundes Freiheit der Wissenschaft zur »Schule '72« auf der Bühlerhöhe vor. Dort machte er sich für die Bewahrung und Stärkung des Leistungsprinzips im Kontext der Bildungsreformen stark (»Den Weg zu mehr Chancengleichheit können wir ohne Leistungsprinzip nicht finden«).[1421] Auch wenn sein Beitrag vom Stil her vergleichsweise moderat war, nahm er es damit zumindest in Kauf, in die Nähe der Urheber der oft wenig realistischen Gegenwartsdeutungen des BFW gerückt zu werden, die Axel Schild drastisch als »Horrorszenarien« kennzeichnet.[1422] Im Fall des besagten Tagungsbands zum Beispiel wurde von den Herausgebern Löwenthal, Rüegg und Michael Zöller die Erwartung einer baldigen Übernahme der Schulen durch kommunistische Lehrer*innen im Dienste überspannender Revolutionspläne ausgemalt.[1423] Ebenfalls aus dem Jahr 1972 stammt Heckhausens Schrift *Begabungsentfaltung für jeden*. Diese wiederum gehörte mit zu den ersten Bänden, die der Verlag A. Fromm in seiner seit 1970 herausgebrachten »florierenden konservativen Reihe«[1424] *Texte + Thesen* veröffentlichte. Hier publizierten beispielsweiseeine der »prägenden Figuren des BFW in seinem ersten Wirkungsjahrzehnt«, der empirische Sozialforscher Erwin K. Scheuch, der wenig später den Vorsitz der CDU übernehmende Helmut Kohl oder auch Hans Maier.[1425] Heck-

---

1421 Heinz Heckhausen: Chancengleichheit und Leistungsprinzip in der Schulstruktur. In: Richard Löwenthal, Walter Rüegg und Michael Zöller (Hg.): *Schule '72. Schulkrise, Schulreform, Lehrerbildung. Die Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft auf Bühlerhöhe am 21.–23. Januar 1972.* Köln: Markus-Verlag 1972, 105–121, hier 121. Im Vorwort des Bandes wurde für Heckhausens Beitrag die These von »Leistung als gerechte[m] Prinzip der sozialen Differenzierung« hervorgehoben. Richard Löwenthal, Walter Rüegg und Michael Zöller: Vorwort. In: Richard Löwenthal, Walter Rüegg und Michael Zöller (Hg.): *Schule '72. Schulkrise, Schulreform, Lehrerbildung. Die Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft auf Bühlerhöhe am 21.–23. Januar 1972.* Köln: Markus-Verlag 1972, 7–8, Zitat 8.

1422 Vgl. Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, 455.

1423 Gewarnt wurde vor »neoautoritären, kommunistischen Gruppen«, welche nach dem Hochschulbereich jetzt auch an vielen Schulen das »Erbe der antiautoritären Bewegung« übernehmen würden, um die »Institution Schule [... in den] Dienst[...] ihrer Revolutionspläne« zu nehmen. Dafür sollten – nach einer strategisch eingeplanten »Übergangszeit« – in Kooperation von universitärer Lehrerbildung und einem durch »Kategorien des Klassenkampfes« aufgeheizten »Verhältnis Lehrer/Schüler« dann bald »eine ausreichende Zahl kommunistischer Lehrer zur Verfügung« stehen. Offenbar auf die hessischen Rahmenrichtlinien zur Gesellschaftslehre bezog sich ergänzend der Seitenhieb auf die angebliche »Umfunktionierung des Sozialkundeunterrichts im demokratiefeindlichen Sinne«. Löwenthal, Rüegg und Zöller, *Vorwort*, 1972, 7.

1424 Hoeres, »Tendenzwende«, 2013, 100.

1425 Vgl. Wehrs, *Protest*, 2014, 15. Scheuch gehört zu den neun Professoren, die Wehrs in seiner Studie zum BFW als dessen »wichtigste Protagonisten« bezeichnet. Siehe ebd., 76–77, Zitat 76 und Erwin K. Scheuch: *Haschisch und LSD als Modedrogen. Wunschdenken und Tatsachen.* Osnabrück: Fromm 1970; Helmut Kohl: *Hausputz hinter den Fassaden. Praktikable Reformen in Deutschland.* Osnabrück: Fromm 1971; Maier, *Zwischenrufe*, 1973.

hausen bereitete in dem Band sein Gutachten für den Bildungsrat allgemeinverständlicher auf und setzte sich besonders mit den inzwischen zunehmend politisierten Begriffen der »Begabungsreserven«, »Milieusperren« und »Chancengleichheit« auseinander.[1426] Ein drittes Schlaglicht wirft schließlich sein Vortrag zum Thema »Leistungsmotivation – Unternehmerinitiative – Wirtschaftswachstum«, den er 1973 auf einem der Kolloquien des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hielt. Heckhausen wandte sich darin grundlegend gegen die »Entthronung« des Wertes der Leistung.[1427] Damit fügt sich sein Beitrag in die zu dieser Zeit anhebenden Diskussionen um den Wertewandel ein, die in der Bundesrepublik mit etwas Verzögerung gegenüber dem angelsächsischen Raum begannen und die an die Deutungen international beobachteter gesellschaftlicher Strukturveränderungen anschlossen.[1428] Nur angemerkt sei, dass Heckhausen in seinem Vortrag vor dem IW seine einleitende Analyse der damaligen weltgesellschaftlichen Situation als »Raumschiff Erde« chiffrierte, womit er wohl kaum zufällig einen Schlüsselbegriff von Hans Freyer aus dessen 1955 veröffentlichter Schrift *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* genutzt haben dürfte.[1429] Im Kontext von Heckhausens Rolle im Beirat des MPIB sind aber vor allem seine Ausführungen zur »Effizienz des Wissenschaftssystems« von Interesse, in die der Vortrag mündete. Darin forderte er die Übertragung wirtschaftlicher Organisationsprinzipien auf die Wissenschaft, da er im gesellschaftlichen »Teilsystem« der Wirtschaft die besten Bedingungen zur Herausforderung der Leistungsmotivation und der Attraktion sogenannter »Hochleistungsmotivierte[r]« gegeben sah.[1430] Entsprechend formulierte er:

1426 Vgl. Heinz Heckhausen: *Begabungsentfaltung für jeden.* Osnabrück: Fromm 1972, bes. 50–61. Er wandte sich in dem Text vor allem gegen Zuschreibungen gleicher individueller Ausgangslagen von angeborenem Potential und umweltbedingten Lernanregungen. Demgemäß schlug er differenzierte, nach dem Passungsprinzip erstellte schulische Organisationsformen und Unterrichtsangebote vor und bewarb das Leistungsprinzip als »dominierendes Wertfluidum unseres Schulwesens«. Übergreifend wandte sich Heckhausen entsprechend gegen Ansätze eines »*Gleich*machens« und plädierte für die Begabungsentfaltung »für jeden«, gemäß den jeweiligen individuellen Positionierungen in einem weiterhin vertikal gegliederten Gesellschaftssystem. Von einer Verbesserung der »Chancengleichheit im Bildungswesen« im Dienst »sozialpolitische[r] Vorstellungen zur Eigentumsverteilung« grenzte er sich strikt ab. Heckhausen, *Begabungsentfaltung*, 1972, 10 –12, 29–36, Zitate 47, 61. An anderer Stelle verdeutlichte er, dass er Unterschiede in der Ausprägung des Leistungsmotivs als erworben und dabei zu einem Gutteil als Produkt persönlichen Lernens und intendierter Anstrengungen – im Sinne der »Selbstregulation des eigenen Leistungsverhaltens« – begriff. Vgl. Heinz Heckhausen: Leistungsmotivation – Unternehmerinitiative – Wirtschaftswachstum. In: Heinz Heckhausen, Christian Graf von Krockow und Winfried Schlaffke: *Das Leistungsprinzip in der Industriegesellschaft.* Köln: Deutscher Institut-Verlag 1974, 9–39; bes. 17–22. Zum Zitat vgl. Heckhausen, *Chancengleichheit*, 1972, 119.

1427 Heckhausen, *Leistungsmotivation*, 1974, 10. Mit dem Band eröffnete das IW seine neue Sachbuchreihe.

1428 Vgl. dazu mit weiterführender Literatur und Hinweisen auf die zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Studien, welche die diagnostischen Diskurse um den Umschlag der Moderne in die ›Postmoderne‹ beziehungsweise den Übergang von der Industrie- in die postindustrielle Gesellschaft international befeuerten, zum Beispiel Herbert, *Geschichte Deutschlands*, 2017, 903–922 und mit Konzentration auf die in Westdeutschland geführten Diskussionen um Bildungsfragen Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, 472–476.

1429 Heckhausen, *Leistungsmotivation*, 1974, 14. Vgl. Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, 1956, 260.

1430 Heckhausen, *Leistungsmotivation*, 1974, 37–39; zum »Teilsystem« der Wirtschaft ebd., 22–25; zu den »Hochleistungsmotivierte[n]« ebd., 26. Zudem propagierte Heckhausen vor den versammelten Wirtschaftsvertretern die These, dass »Unternehmer vorwiegend aus der aufstiegsmobilen Mittelschicht« stammten. Ebd., 24. Dem widersprechen die Untersuchungen zur Elitenreproduktion des Soziologen Michael Hartmann, der auf Basis seiner Studien die auch von Heckhausen transportierten meritokratischen Deutungsmuster und vor allem das Konzept funktionaler Leitungseliten gerade für die westdeutschen Wirtschaftseliten in Zweifel zieht. Im Übrigen macht Hartmann auf eine merkliche Trendwende der Eliteforschung in der Bundesrepublik zu Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre auf-

> Es scheint an der Zeit zu sein, die Wissenschaftsorganisation unter dem Aspekt der Realisierungsmöglichkeiten von Leistungsbewährungen zu betrachten. Die sogenannte Wissenschaftswissenschaft zeigt nämlich, daß in all jenen nationalen Bereichen ein beschleunigtes Wachstum der Wissenschaft stattfindet, wo bestimmte Organisationsformen bestehen, die ein sich frei regelndes Leistungsprinzip ermöglichen. Notwendig sind vor allen Dingen Wettbewerb und ein dezentriertes nationales System.[1431]

Und Heckhausen schloss:

> Wenn also wissenschaftliche Erfolge so stark von einer Wissenschaftsorganisation abhängen, die Wettbewerb fördert, und den Fähigkeiten hinreichend Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung bietet, dann kommt der Schul- und Hochschulreform eine Bedeutung von größter Tragweite zu.[1432]

Ohne einer etwaig stattgefundenen Kommunikation zwischen dem Psychologen und dem seit 1972 amtierenden MPG-Präsidenten an dieser Stelle nachgehen zu können:[1433] Diese Stoßrichtung verhielt sich passgenau zu der skizzierten konservativen, ins Neoliberale übergreifenden Programmatik von Lüst, etwa zu der ab 1980 auch öffentlich vertretenen Vision einer stärker wettbewerblich strukturierten »Differenzierung« der Wissenschaftslandschaft und der damit einhergehenden Forderung nach Bildung einer Leistungselite.

4.3.5 Der Beirat in Aktion – Kritik am Institut: Themen und Grundmuster

Materialbasis und Procedere: Die im Beirat zwischen 1971 und 1981 vertretenen Argumentationslinien lassen sich auf Basis der Berichte des Gremiums an den Präsidenten, einem Protokoll seiner geschlossenen Sitzung, vor allem aber anhand der protokollierten Beiträge der Beiratsmitglieder während der Prüfung der Einzelprojekte und in den Diskussionen über den Kurs des Instituts rekonstruieren.[1434] Die Sitzungsprotolle sind ausführlich gehalten und umfassen

---

merksam. Demnach wurden damals entgegen den Befunden vorgängiger Studien, wie vor allem denen von Wolfgang Zapf und Ralf Dahrendorf, relativ unvermittelt Ergebnisse produziert, die das Konzept der Funktionseliten stützten. Vgl. dazu Michael Hartmann: Soziale Homogenität und generationelle Muster der deutschen Wirtschaftselite seit 1945. In: Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler (Hg.): *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität.* Essen: Klartext 2003, 31–50 und vor allem Hartmann, *Mythos*, 2002, bes. 63–94, 116–131.

1431 Heckhausen, *Leistungsmotivation*, 1974, 38.

1432 Heckhausen, *Leistungsmotivation*, 1974, 39.

1433 Dass Lüst Heckhausen als Wissenschaftler hoch schätzte, geht deutlich aus dem bereits mehrfach zitierten Interview mit dem ehemaligen Präsidenten hervor, in dem besonders auf die Rolle der Sozialwissenschaften in der MPG eingegangen wird. Vgl. Lüst, *Gründung*, 2010, 23.

1434 Sofern nicht anders angemerkt, basieren die folgenden Befunde auf den Beiratsunterlagen, die im Nachlass von Edelstein annähernd vollständig überliefert sind. Enthalten sind dort neben Einladungsschreiben, Tagesordnungen und mitunter auch Anlagen, die erwähnten, teilweise sehr umfangreichen Protokolle sowie das Transkript, oder auch die Niederschrift der geschlossenen Beiratssitzung von 1978. Vgl. AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76 bis Nr. 83. In dem Nachlass fehlen die Protokolle der Jahre 1974, 1976 und 1977. Für 1976 wurde Einsicht in die Stellungnahme Beckers zum entsprechenden Beiratsbericht, für das Jahr 1977 in den Bericht selbst genommen, ebenso wie in den Abschlussbericht des Beirats von Januar 1981.

mehrfach über 40 maschinengeschriebene Seiten. Wie bereits in der Einleitung dieser Arbeit dargelegt, wurden die Niederschriften zumeist als Verlaufsprotokolle unter namentlicher Nennung der Diskutanten und (der wenigen) Diskutantinnen geführt und sie scheinen kaum redigiert. Vorhanden ist zudem das 79 Seiten umfassende Transkript eines Tonbandmitschnitts der im Oktober 1975 geführten Diskussion über die Forschungsstrategie des Instituts. Es wurde offenbar kaum überarbeitet und enthält Lücken dort, wo die Wortbeiträge von der Tonqualität her unverständlich waren. Insgesamt betrachtet hält das Material nicht nur die im Beirat vertretenen Argumente und die Positionen der Mitglieder fest, es erlaubt auch einen Einblick in das Diskussionsklima.

Das Gremium traf sich zumeist im vierten Jahresquartal in Berlin, bis 1973 eintägig, ab 1974 jeweils für zwei Tage. Zwischen der ersten Sitzung im November 1971 und dem letzten Treffen der Ära Becker im Januar 1981 kam der Beirat zu zehn Sitzungen zusammen, 1980 entfiel das Treffen aufgrund von Terminschwierigkeiten.[1435] An den Sitzungen nahmen durchschnittlich um die acht bis zehn Beiratsmitglieder und mindestens ein Vertreter der Generalverwaltung teil, ergänzt durch Butenandt und ab 1972 durch Lüst, der bei allen Sitzungen anwesend war, teils für die gesamte Sitzungszeit, teils zu ausgewählten Tagesordnungspunkten. Hinzu kamen die Leitung des MPIB und die Mitarbeiter*innen aus dem Institut, die so weit wie möglich einbezogen wurden. Typischerweise anwesend waren im Laufe einer Sitzung von Seiten des MPIB neben den Mitgliedern der Leitungskonferenz, den Mitwirkenden am jährlichen Institutsbericht und den Projektleitungen sowie ausgewählten Mitarbeiter*innen der diskutierten Projekte eine Vertretung des Mitarbeiterausschusses und des Betriebsrats, die Mitglieder der Evaluierungskommission sowie der Verwaltungsleiter.[1436] Jenseits der Direktoren waren so zum Teil um die 40 Mitarbeiter*innen in die Treffen eingebunden.

Eingeleitet wurden die Sitzungen zumeist mit einer gemeinsamen internen Besprechung von Beirat und Leitungskonferenz des MPIB. In der Regel folgte danach, in erweiterter Runde, der mündliche Jahresbericht des Direktors, der anschließend unter Einbezug des vorab versandten Tätigkeitsberichts des Instituts diskutiert wurde.[1437] Ein Teil der Zeit war dann der vertiefenden Diskussion eines oder mehrerer Forschungsprojekte oder von Spezialthemen gewidmet, etwa dem am MPIB etablierten Evaluationsverfahren. Nach und nach prüfte der Beirat auf diesem Weg sämtliche Projekte des Instituts. Seit 1978 wurde die gemeinsame Diskussion in die parallele Erörterung von Forschungsprojekten aufgeteilt, denen sich die Beiratsmitglieder jeweils

---

1435 Im Mai 1983, also bereits in der Zeit von Baltes, konstituierte sich ein neuer, personell deutlich umgestellter Beirat. Vgl. zu dessen Zusammensetzung: Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Stand: Juli 1984, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1436 Vgl. zum Beispiel Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

1437 Vgl. den Bestand der Tätigkeitsberichte: AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 84–117.

zuordnen konnten.[1438] Der erste der Berichte an den Präsidenten, in denen der Beirat seine Eindrücke über die Arbeit des Instituts zusammenfasste und Erwartungen an dessen weitere Entwicklung formulierte, wurde Ende Januar 1976 erstellt. Er stammte also bereits von dem verkleinerten Gremium unter Vorsitz von Vierhaus.[1439] Die geschlossenen Sitzungen des Beirats zu Anfang und am Ende der Sitzungen dürften gleichfalls 1976 begonnen haben.[1440]

Kritik an Forschung, Organisation, Governance und Institutskultur: Im Blick auf die zehnjährige Beiratstätigkeit bis 1981 sind zwei übergreifende Befunde hervorzuheben. Zum Ersten folgte die Kritik am MPIB von Anfang an gewissen Grundmustern und veränderte sich von ihren Inhalten her über die Zeit hin nur noch graduell. Allerdings verstärkte sich die kritische Tonalität im Zuge des sich wandelnden Geltungsanspruchs des Gremiums und seiner erweiterten Befugnisse. Besonders nach der Entkleidung von einigen der wichtigsten Fürsprecher des ›alten‹ MPIB bei der Neuberufung 1976 agierte der Beirat zunehmend im Modus eines machtbewussten Aufsichtsgremiums, begann geschlossen zu tagen und übernahm mittels der seit dieser Zeit verfassten Berichte an den Präsidenten immer offener eine Kontroll- und Steuerungsfunktion.[1441] Zum Zweiten zeigt die Sichtung der Protokolle, dass die Kritik primär von Heckhausen angeführt wurde, der sie in seinen Beiträgen oftmals zuspitzte und mit einer gewissen Angriffslust äußerte, so dass die Grundmuster der Kritik am MPIB oft exemplarisch an den Äußerungen des Psychologen rekonstruiert werden können. Unterstützt wurde er argumentativ durchgängig besonders von Vierhaus und Lüst, teilweise von Bronfenbrenner. Diese beiden Beobachtungen können Gültigkeit beanspruchen, obwohl der Beirat nicht homogen auftrat. Das gilt besonders für die Zeit vor 1976, aber auch nach der Neuberufung nahmen die Mitglieder immer wieder abweichend Stellung, so dass es auch in dieser Zeit keine geschlossene Linie gab. Eingedenk dieser Einschränkungen wird die im Beirat geäußerte Kritik im Folgenden überwiegend entsprechend der Mehrheitsposition zusammengefasst und in analytischer Trennung den – hier nur grob geschnittenen – Bereichen Forschung, Forschungsorganisation und Governance zugeordnet. In den Diskussionen gingen die diesbezüglichen Argumente zumeist ineinander über, wie diese Bereiche auch im Alltag eng miteinander verwoben waren. Zusammen mit bestimmten Haltungen von Mitarbeiter*innen des MPIB trugen strukturelle

---

1438 Wie Becker Lüst im Oktober 1972 mitteilte, war die Zuordnung der Beiratsmitglieder zu Projekten vorgesehen, um auch jenseits der Sitzungen des Beirats Kontakte zu den Projektmitarbeiter*innen zu etablieren. Inwiefern das umgesetzt wurde, muss hier offen bleiben. Vgl. Becker an Lüst, 18. 10. 1972, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 579, fol. 10–11.

1439 Hier erschlossen über Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1440 Es ist anzunehmen, dass die geschlossenen Treffen des Beirats im Jahr 1976, nach den ersten Erfahrungen mit der Erstellung des Berichts an den Präsidenten im Anschluss an die Beiratssitzung von 1975, üblich wurden. Diese hatte laut Tagesordnung noch ohne eine interne Runde stattgefunden. Belegt ist eine geschlossene Zusammenkunft für 1978. Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79; Hellmut Becker. An die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats. [Sitzungsverlauf]. 16. 10. 1978, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1441 Beispiele für die Tonlage des Beirats bieten zum Beispiel: Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81, Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung – erstattet im Anschluß an die Beiratssitzung am 15./16. 1. 1981, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

Aspekte aus diesen drei Bereichen zur Etablierung einer spezifischen Institutskultur bei,[1442] die seitens des Beirats ebenfalls kritisiert wurde, auch wenn der Begriff der »Kultur« in der Beiratsdiskussion nicht leitend auftauchte. Entsprechende Hinweise werden im Folgenden gesondert betrachtet.

Forschung: Verdichtet vorweggenommen, wurde im Beirat der am Institut verfolgte interdisziplinäre Ansatz, eine induktiv geprägte Vorgehensweise und die Haltung durchgängiger kritischer (Selbst-)Reflexion sowie, damit zusammenhängend, die explizit politische und praxisorientierte Ausrichtung der Forschung kritisiert. Verbunden war diese Kritik mit dem Vorwurf der Empirie-Ferne und Theorielastigkeit bei gleichzeitiger konzeptioneller Unklarheit der Bildungsforschung. Zudem bemängelte der Beirat die vorgebliche Isolation von der Entwicklung in den jeweiligen Referenzdisziplinen. Grundlegend wurde dem Institut außerdem eine ungenügende Effizienz seiner Forschungsarbeit unterstellt, wofür der Beirat methodologische wie methodische Festlegungen, aber auch Aspekte der Institutskultur, Spezifika der Organisation des Instituts und seiner Governance verantwortlich machte. Wiarda hat diese Zuschreibung als eines der zentralen Kennzeichen der Entwicklung der »Forschungsarbeit« und der »Forschungsorganisation« des MPIB in den 1970er Jahren übernommen, die er entsprechend, besonders in deren zweiter Hälfte, durch eine »Effizienzkrise« charakterisiert sieht.[1443] Wie sich diese Kritik im Beirat äußerte, lässt sich zunächst anhand einiger typischer Beispiele illustrieren.

Einer der zentralen Kritikpunkte war die vorgebliche *Empirie-Ferne* der Forschung. So bemängelte etwa Heckhausen bereits 1971 in einer grundlegenden Diskussion über die »Forschungskonzeption« des MPIB pauschal, dass das Institut keinen »erfahrungswissenschaftlich-empirischen« Schwerpunkt verfolge.[1444] In diversen Besprechungen von Einzelprojekten wurde in die gleiche Richtung gehend kritisiert. Beispielsweise fragte Gerfin in Bezug auf das Projekt »Arbeitswirtschaftliche Probleme einer aktiven Bildungspolitik«, ob dieses nicht die »empirische Forschung zugunsten theoretischer Reflexion zu sehr vernachlässigt habe«.[1445] Der Hinweis auf das Auseinanderklaffen von theoretischen Ansprüchen und empirischer Belegführung las sich so oder ähnlich in diversen anderen Beiträgen, etwa in Heckhausens Kritik an

---

1442 Siehe zur Erforschung kultureller Aspekte moderner Wissenschaften hier nur weiterführend die wissenschaftssoziologischen Sondierungen von David J. Hess, auch wenn dabei auf den Aspekt von organisational bestimmten Forschungsrespektive Institutskulturen nicht gesondert eingegangen wird: David J. Hess: Kulturen der Wissenschaft. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer 2012, 177–189.

1443 Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 142, 185, 187, 189.

1444 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 7 und Bl. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

1445 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 16, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Vgl. ähnlich zum Beispiel mehrere Projektbesprechungen in den Sitzungen von 1975 und 1978: Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 8, 10, 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76 und Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 7, 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

empirisch »nicht einlösbare[n] Theorieansprüche[n]«, die er im Kontext seiner schriftlich festgehaltenen Auseinandersetzung mit der Schulleistungsstudie formulierte oder wenn er in Absicht auf die Manpower-Studie zu wissen verlangte, wieso die im Projekt entwickelten Theorien nicht empirisch geprüft würden.[1446]

Der Vorwurf der *Ineffizienz* wiederum, der vor allem die Großprojekte des Instituts und hier besonders die Schulleistungsstudie traf,[1447] war auf der Ebene des Forschungsdesigns eng an die Frage eines induktiven oder deduktiven Vorgehens gekoppelt. Dabei wurden offensichtlich Positionen des Kritischen Rationalismus gegen die am Institut vertretene Forschung in Stellung gebracht. Der Dissens zeigte sich besonders deutlich in der Forderung nach einem klar dargelegten Ziel- und Thesenbezug neuer Projekte, von dem her sich von Beginn an Eingrenzungen im Mittel- und Zeitaufwand zu ergeben hätten. So erwartete Heckhausen in ökonomisch gefasster Diktion, dass »man seine Neugier und seine Investitionen *vorher* festlegt« und schob nach, dass er es dem Institut »fast [...] [...]wünscht[e]«, dass es einmal stärker in die Auftragsforschung eingebunden würde: Für ständige Projektänderungen im Prozess »sollte die Max-Planck-Gesellschaft doch kein Geld ausgeben«.[1448] Auch wenn das in der Beiratsdiskussion Heckhausen nicht entgegnet wurde: Die vielen terminierten Forschungsprojekte für den Bildungsrat blendete er in dieser Stellungnahme offenbar komplett aus. Eine gegensätzliche Auffassung zu der Position Heckhausens vertrat der Institutsleiter und erhielt dabei Unterstützung vom Beiratsmitglied Weizsäcker. So hob Becker darauf ab, dass sich Projekte durch die im Vorhinein nicht planbare »Überraschung des Forschungsvorganges« unvermeidlich verändern würden: »[U]m es primitiv auszudrücken, [kommt man] nach Amerika [...], wenn man Indien entdecken will«. Die damit immer noch offene Frage der »Rechenschaft der Projekte über ihr eigenes Zeitbudget«, deren Virulenz Becker eingestand, wollte er jedoch gerade nicht »durch eine Hierarchisierung«, also durch eine Rückkehr zur disziplinär organisierten Abteilungsstruktur, gelöst wissen, wie sie als Forderung in der Beiratskritik ebenfalls durchweg anklang. Vielmehr verwies er auf die inzwischen etablierte interne Evaluation des MPIB und die dadurch

---

1446 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 12, 8, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79. Vgl. ähnlich zum Beispiel die Monita von Jochimsen zum Projekt »Bildungsbudgetierungsprozesse« oder von Bronfenbrenner in Bezug auf das später am Institut gebildete Forschungsfeld Sozialisation: Ebd., S. 10; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1447 Als Beispiele für das Problem, »was Zeitaufwand und Ertrag angeht«, wurden in der forschungsstrategischen Diskussion von 1975 vor allem die Sozialisations- und die Schulleistungsstudie genannt. Vgl. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 51–55, Zitat S. 51, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

1448 Vgl. bes.: Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 47–55, Zitate S. 48, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67, Hervorhebung Behm. Heckhausens Bemerkung fiel auch deswegen so plakativ aus, weil er sich hier ironisch auf eine Vorbemerkung in der Diskussion bezog. – Siehe beispielsweise auch die 1977 erfolgte Besprechung des von Edelstein präsentierten Vorhabens zur »Kindlichen Entwicklung und sozialen Struktur«. Dabei sprach der Beirat die generalisierte Empfehlung aus, bei der Initiierung von Projekten mit absehbar hohem Arbeitsaufwand die Klärung des Forschungsdesigns unbedingt vorzuziehen: Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 3–4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

institutionalisierte »offene Beratungssituation«, die er – in heutiger Begrifflichkeit – als ein transparent und kollektiv verfasstes Forschungsmonitoring begriff.[1449] Die damit verbundene Steuerungswirkung hielt Becker offenbar auch im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch für ausreichend effektiv. Deutlich wird an diesem Beispiel, wie sich beim Thema der Effizienz Aspekte des Forschungsdesigns mit solchen der Organisation und Governance mischten.

Besonders unter Beschuss geriet auch die Praxis der *Politikberatung* und damit zugleich die inhärent bildungs- und gesellschaftspolitische Ausrichtung der Forschung, womit Kernaspekte der bisherigen Institutsräson und das bis dahin vom MPIB hauptsächlich bespielte Wirkungsfeld in Frage gestellt wurden. Explizit adressiert wurde diese Thematik im Beirat schon auf dessen erster Sitzung 1971, noch unter Anwesenheit von Butenandt. Dabei ging es um »das Verhältnis der Forschung im Institut zur Bildungspolitik und zu anderen politikberatenden Institutionen«, wobei diese Diskussion mit der Beratung des künftigen Kurses der Forschungskonzeption des MPIB überlappte. Besonders virulent wurde das Thema dann noch einmal in der Sitzung vom Oktober 1975, im unmittelbaren Kontext der Auflösung des Bildungsrats, als Becker eingangs nahezu trotzig darauf bestand, dass dessen »Wegfall [...] nicht das Ende wissenschaftlicher Politikberatung bedeuten« würde: »Sie werde mit Sicherheit weitergehen, nur würden die Ansprüche an das Institut diffuser, die Wünsche kurzfristiger«.[1450] In diesem Punkt vertraten die Beiratsmitglieder bis zur Verkleinerung des Gremiums 1976, bei der auch der argumentstarke Roth ausschied,[1451] allerdings deutlich unterschiedliche Positionen. Vor allem Heckhausen, Vierhaus und Lüst drangen auf ein Abrücken von der Praxis der Politikberatung und von explizit gemachten politischen Bezügen der Institutsforschung. Ein Merkmal der Diskussionen um den Politikbezug der Forschung im Beirat war es dabei, dass die weltanschauliche oder politische Ausrichtung der Forschenden fast nie direkt zur Sprache kam. Ebenso wenig wurde eine stringente Diskussion auf grundsätzlicher wissenschaftstheoretischer Ebene gesucht, was sich im Hinblick auf die Vorzüge respektive Nachteile neomarxistischer Ansätze oder des Kritischen Rationalismus angeboten hätte. Die Bezüge zur Politik wurden vielmehr verschoben und vermeintlich ›wissenschaftsimmanent‹ adressiert:[1452] vor allem im Vorwurf der Empirie-Ferne und der

---

1449 Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 43, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67. Weizsäcker nahm Beckers Ausführungen gegen Heckhausen in Schutz und bezeichnete sie als »die Grunderfahrung der Forschung«. Eingeleitet hatte er seinen Beitrag mit einer – sicher nicht durchgängig als Lob gemeinten – Bemerkung über die debattenlauslösende Forderung des Motivationspsychologen nach einer stringenten Zielorientierung, die »ohne Zweifel eine sehr nützliche Wirkung [hat], wenn sie den Druck erzeugt, etwas bestimmtes, was geleistet werden muß, auch wirklich zu leisten«. Ebd., S. 50.

1450 Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 6–10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76 und Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 4–5, Zitat S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1451 Vgl. dazu zum Beispiel Roths Einsatz in der Diskussion um den Vorwurf der mangelnden Effizienz und um die sogenannten Disseminationsschwierigkeiten der Forschung des MPIB: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1452 In der Sitzungsmitschrift von Herbst 1975 sind diese unterschiedlichen Ebenen sogar explizit angedeutet. Während Jochimsen auf Beckers einleitende Bemerkung zu einer veränderten Form der Politikberatung einging und unter anderem eine »intensivere Teilnahme des Instituts an der öffentlichen Diskussion« ins Spiel brachte, ist Heckhausens

Theorieüberladung, aber auch ganz grundsätzlich in der Vorhaltung mangelhafter sozialwissenschaftlicher Methodik, der Missachtung des Forschungsstands in den Referenzdisziplinen und auf internationaler Ebene. Überspitzt formuliert schien diese Forschung kritikwürdig, weil sie sich nicht auf experimentell prüfbare Hypothesen oder Fakten bezog, sondern tendenziell politisch gefärbt, theoretisch ›ideologisiert‹ und jedenfalls nicht ›objektiv‹ war.[1453] Erst in einem späteren Rückblick auf die Geschichte des MPIB drückte sich Lüst in einem Interview zwar etwas grobkörnig, im Hinblick auf die damaligen Intentionen aber unmissverständlich aus, wenn er feststellte, dass es darum gegangen sei, wie man das Institut »›absetzen könnte von der Politik‹«. Besonders nach der Auflösung des Bildungsrats »sei das Institut ›wie steckengeblieben‹ erschienen«. Man sei es, so ergänzte Lüst offenbar nicht ohne Emotionen, einfach »Leid gewesen, ›ständig irgendetwas Neues, Alarmmeldungen zu hören, wie schlecht es war und so weiter. Die Bildungspolitik hatte man satt bis hierhin‹«.[1454]

Dass die Stoßrichtung der Kritik zeitgenössisch von den Befürwortern des Institutskurses in ihrem politischen und besonders gegen die Kooperation mit dem Bildungsrat gerichteten Impetus sehr wohl verstanden wurde, zeigen die Abwehrreaktionen durch einige der altgedienten Beiratsmitglieder wie Friedeburg, Messerschmid oder Schmid, zumindest in der ersten Sitzung von 1971. Institutsseitig wurden sie besonders von Edelstein, Oevermann, Robinsohn und Roeder unterstützt.[1455] Dabei wiesen Roth und Robinsohn – auf der Ebene der Forschungsqualität argumentierend – darauf hin, dass es angesichts des spezifischen Ansatzes des MPIB eine

---

an Jochimsen anschließende Bemerkung wie folgt protokolliert: »Diese Anregungen von bildungspolitischer Seite wurden durch *wissenschaftsimmanente Argumente (Heckhausen)* unterstützt, die auf den »Multiplikator-Effekt« wissenschaftlicher Publikationen verwiesen«. Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79, Hervorhebung Behm.

1453 Zum Beispiel war 1973 einer der Hauptpunkte der Diskussion um die Sozialisationsstudie »Elternhaus und Schule« die Frage nach der »Regelverletzung wissenschaftlichen Arbeitens«. Dabei handelte es sich jedoch nicht, wie bei dieser Überschrift auch hätte erwartet werden können, um Aspekte der Forschungsethik, sondern um basale methodische Zweifel, etwa an der Verallgemeinerbarkeit der Gegenstandsauswahl und Interpretation oder an der Kompatibilität der gewählten theoretischen Zugriffe. Die Schulleistungsstudie wiederum wurde 1975 von Heckhausen so scharf und so grundlegend angegriffen, dass Habermas zum Ende der Diskussion hin, ohne selbst auf eine Problemanalyse zu verzichten, die »Proportionen der Heckhausen'schen Kritik etwas zu verschieben« suchte und »Mängel [...] auf der Ebene von Literaturkenntnis, Methodenkenntnis und triviale Mißverständnisse« entschieden zurückwies. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 12–15, Zitate S. 13, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79; Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 17, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

1454 Die Zitate stammen aus Wiardas selektiver Wiedergabe eines 2011 von ihm mit Lüst geführten Leitfadengespräch. Lüsts Worte sind in der vorliegenden Arbeit mit einfachen Anführungszeichen gekennzeichnet; der übrige Text stammt von Wiarda. Vom Kontext her bezog sich Lüst in seiner Äußerung über das Ziel der Entfernung des MPIB von der Politik auf die seinerzeit verfolgte Linie bei den Neuberufungen in der Nachfolge von Edding, Becker und Goldschmidt. Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 4, Anm. 2, Zitate 240–241.

1455 Friedeburg unterstrich die »Bedeutung der Einbringung von bildungswissenschaftlicher Sachkompetenz in die bildungspolitischen Beratungsgremien« und hielt eine »Einschränkung derartiger Aktivitäten« für »äußerst bedenklich«. Ähnlich sah Messerschmid eine heilsame Außenwirkung in der »Zerstörung bildungspolitischer Naivität« und plädierte für deren Fortsetzung, während Carlo Schmid vom Institut unumwunden die »Entwicklung rationaler Utopien für das Bildungswesen« erwartete. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 7–8, 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76. Vgl. zur Unterstützung durch die genannten Institutsmitglieder, S. 8–9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

vergleichbare »internationale[...] Research Community der erfahrungswissenschaftlich-empirischen Bildungsforschung« nicht gäbe und Roth betonte die »Pionierfunktionen« des Instituts für die Entwicklung interdisziplinärer Forschung. Vor allem warnte er ausdrücklich vor der »Enge eines an der Laborforschung orientierten Experimentalbegriffs«, was erkennbar auf Heckhausen gemünzt war. Oevermann wiederum, der in den Diskussionen im Beirat vielfach präsent war, hob die Wichtigkeit der »theorie-immanenten Reflexion« hervor und setzte sie in unmittelbaren Bezug zu den »Möglichkeiten einer distanziert-kritischen Politikberatung«. Auch er wandte sich direkt gegen Heckhausen, wenn er darauf hinwies, dass die »Entwicklung von Deutungsmustern in der Begabungsforschung [... zeige], in welcher Weise Daten der Theorieentwicklung dienten und damit zugleich mittelbar bildungspolitisch relevant würden«.[1456] Damit spielte er den Vorwurf der Politikorientierung der Forschung gewissermaßen an Heckhausen zurück. Nach der Neuberufung des Beirats 1976 vereinheitlichte sich die Ausrichtung der Beiträge seiner Mitglieder in diesem Punkt, wobei die bildungspolitisch gestützten Argumente offenkundig vor allem durch die Auflösung des Bildungsrats erheblich an Relevanz verloren hatten. Am Beispiel des Mitte der 1970er Jahre neu aufgesetzten Leitprojekts des MPIB, dem »Bildungsbericht«, wird in der vorliegenden Arbeit noch zu zeigen sein, wie ostentative politische Bezüge dann im Forschungsdesign nach und nach in den Hintergrund gerückt wurden.

Kritisiert wurden an der Institutsforschung schließlich ihre vorgeblich *mangelhaften Außenbezüge*. Dafür stehen beispielhaft Heckhausens schon 1972 vorgenommene Gesamtkennzeichnung des MPIB als »autark abgegrenzter Forschungshain« oder Lüsts Warnung vor der Gefahr »wissenschaftliche[r] Isolierung«.[1457] Darin schwang der Vorwurf mit, sich der »kritischen Fachöffentlichkeit« entziehen zu wollen,[1458] wobei es für den Motivationspsychologen vermutlich besonders relevant war, dass damit die von ihm an anderer Stelle auch für den Beirat geforderte stärkere Orientierung an den »Marktkriterien« des »wissenschaftliche[n] Reputationssystem[s] « ausgehebelt würde.[1459] Das Bild eines ›autarken Forschungshains‹ verwies zudem auf die im Beirat so genannten »Disseminationsschwierigkeiten für Forschungsergebnisse«.[1460] Bemängelt wurde hier »der Umfang der Hausveröffentlichungen« in den beiden Reihen des MPIB, der als ein hervorragender »Indikator für den Außenweltverlust des

1456 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 8, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

1457 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 12–13, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1458 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1459 Heckhausen hatte 1973 in einer der Diskussionen um die Rolle des Beirats die Orientierung an »Marktkriterien« als Richtschnur der Arbeit des Gremiums festlegen lassen wollen. Im Protokoll ist ohne weitere Ausführungen vermerkt, dass Edelstein hier widersprach. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1460 Das Zitat stammt von Heckhausen. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

Instituts« galt.[1461] Monita waren außerdem eine fehlende »engere[...] Verschränkung der Arbeiten des Instituts mit der erfahrungswissenschaftlich-experimentellen Forschung andernorts«,[1462] die vermeintlich ungenügende Verbindung zu den Universitäten im Hinblick auf die Nachwuchsförderung[1463] und die zu geringe Teilnahme an Fachtagungen.[1464] Kritisiert wurde aber auch, dass die am IfB/MPIB seit Ende der 1960er Jahre entwickelte Forschungsevaluation als eine interne Evaluation angelegt worden war, die man nicht für geeignet hielt, der skizzierten »Gefahr einer inzestuösen Entwicklung« des Instituts entgegen zu steuern.[1465]

Organisation und Governance: Die Kritik des Beirats an der Forschungsorganisation hing eng mit Beanstandungen im Governance-Bereich zusammen. Im Zentrum stand hier die Kritik an der projektbasierten Organisation der Forschung. Wie dargestellt, war diese 1969 am Institut im Anschluss an die Auflösung der Abteilungen favorisiert worden, um die interdisziplinäre Kooperation dezentral voranzutreiben. Dem Beirat ging es in dieser Frage zum einen um das damit am Institut etablierte Prinzip der »Projektautonomie« und um die ausgesetzte Führungsfunktion der Wissenschaftlichen Mitglieder des MPIB.[1466] Zum anderen wurde die schwache Geltung disziplinärer Ordnungsmuster bemängelt, die in anderen Max-Planck-Instituten besonders über die disziplinär strukturierten Abteilungen und die klare Führungsverantwortung der ihrerseits disziplinär verorteten Direktoren oder Abteilungsleiter gesichert wurde.

Für die Kritik steht beispielhaft die Einschätzung Heckhausens, der die Großprojekte des Instituts, vor allem die Sozialisations- und die Schulleistungsstudie, jeweils in nur noch schwach

---

1461 Der Wortbeitrag stammte von Heckhausen. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. 1965 wurde die Reihe *Studien und Berichte* begonnen, 1966 erschien die erste Veröffentlichung in der Reihe *Texte und Dokumente zur Bildungsforschung*, die ab 1968 beim Klett Verlag publiziert wurde. Auch in seinem Bericht von Januar 1976 mahnte der Beirat die Erhöhung der Zahl der Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften an. Dazu Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1462 Das Zitat stammt von Heckhausen. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 7, S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

1463 Siehe zum Beispiel die Beiträge von Heckhausen und Vierhaus: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

1464 Der Beirat hatte dies in seinem Bericht an den Präsidenten von Januar 1976 in einer von insgesamt sechs allgemeinen Empfehlungen kritisiert. Zu schließen ist das aus der Erwiderung des MPIB: Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 4–5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1465 Vgl. dazu vor allem die Diskussionen in dieser Sache in den Sitzungen von 1972 und 1979: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 2, 11–14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 10–14, Zitat S. 11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1466 Vgl. zum Beispiel Beckers Stellungnahme zum Abschluss der langen und auseinandersetzungsreichen Diskussion über die Forschungsstrategie: Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 73–77, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67, direkt zum Begriff der »Projektautonomie«: ebd., S. 76.

verbundene »Einzelarbeiten« zerfallen sah[1467] und einen »Totalitätsanspruch der Projekte« konstatierte.[1468] Während dieser Punkt im Beirat schon vor 1976 weitgehend übereinstimmend als Problem wahrgenommen wurde, fielen die Lösungsansätze zunächst unterschiedlich aus. Besonders Weizsäcker und Habermas versuchten noch 1975 zu vermitteln und den Anspruch auf Autonomie der Mitarbeitenden im Forschungsprozess mit der Notwendigkeit einer übergreifenden Lenkung zu vereinbaren. Im Hintergrund stand hier sicher, dass in diesem Punkt eines der Kernprobleme ihres eigenen Instituts in Starnberg berührt war. Dabei lässt die vorsichtige Wortwahl und Tonalität ihrer Äußerungen ahnen, mit was für teilweise überhitzten Reaktionen seitens der jüngeren Mitarbeiter*innen zu rechnen war, sobald der bei diesem Thema mitschwingende Topos der Autorität berührt wurde. Letztlich wird an den Beiträgen von Weizsäcker und Habermas deutlich, dass sie in dieser Grundsatzfrage selbst auf der Suche nach Auswegen waren und noch keine Lösungen anbieten konnten.[1469]

Aber auch insgesamt verhielt sich der Beirat in diesem Punkt lange relativ zurückhaltend. Noch in seinem Bericht an den Präsidenten von 1977, in dem er bereits grundlegende Empfehlungen zur künftigen Institutsentwicklung gab, war der Beirat offenbar bemüht, die Mitarbeitenden nicht vor den Kopf zu stoßen und konzedierte, dass Projekte »Spielraum für selbständige Entfaltung« benötigten. Andererseits wurde die Gefahr von deren »Autonomisierung über das erwünschte Maß hinaus« hervorgehoben und dieses Risiko letztlich auch für vordringlich gehalten.[1470] Insbesondere wagte sich das Gremium aber nicht an die Institutssatzung heran.

1467 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

1468 Zitat von Heckhausen: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76.

1469 Weizäcker verwies auf seine in Starnberg mit der »Projektstruktur« gemachten »eher ernüchternde[n] Erfahrungen« und ließ durchblicken, dass Habermas und er demnächst versuchen würden, »die Strukturen mehr in der Richtung auf [eine] Abteilungsstruktur zu verändern«. Zugleich betonte er im Hinblick auf das MPIB, dass derlei Erfahrungen im Sinne einer »Belehrung« hätten gemacht werden müssen, deutete die bisherige Entwicklung des Instituts explizit positiv (»es war ganz richtig«) und blieb damit im Modus des Vertrauens auf die durch die Direktoren getroffene Personalauswahl und die selbstverantwortliche Regulierung des wissenschaftlichen Personals. Auf die weitere Entwicklung hin orientiert, stellte er allerdings die Frage, wie dieser Ansatz eines Abbaus »der direktoralen Autorität in gewissem Umfang« organisatorisch so ergänzt werden könnte, dass »das gut geht«. Habermas wies ähnlich gerichtet darauf hin, dass er die Abschaffung der Abteilungsstruktur am Berliner Institut zwar »seinerzeit für sehr gut gehalten« habe, dass man aber jetzt besonders im Hinblick auf die »größeren Projekte in diesem Haus« prüfen müsse, ob diese nicht »ganz unerwünschte Nebenwirkungen« produzierten und wie man dazu ein »Gegengewicht« schaffen könne. Dabei brachte er in Bezug auf die Problematiken einer »relativ starken Gruppenautonomie« die Kultur »sozialwissenschaftlicher Forschungsgruppen« ins Spiel. Sie wiesen vergleichsweise »schwächere interne Kontrollen« auf, »die [gewissermaßen] aus der Sache selbst [...] hervorgehen«, so dass »spezifische Normierungen« [wie sie eher in den Naturwissenschaften gegeben sind] »unterlaufen« werden könnten. Mit analytischem Gespür für unterliegende psychologische Muster und Befindlichkeiten wies er zudem auf die mit »eine[r] reine[n] Autonomie« verbundene »Anfälligkeit für interne Selbstblockierungen« hin. Für die Zukunft schlug er vor, nach Gegengewichten jenseits der Wiedereinführung der Abteilungsstruktur oder der Etablierung einer »Fachaufsicht« zu suchen, wie sie sich etwa im »Verhältnis von Doktorvater zu Doktorand« reproduzierte. Vgl. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67, zu Weizsäcker: S. 50–51, zu Habermas' Beiträgen S. 38, S. 64–67, Zitate S. 38, S. 65–66.

1470 Vgl. bes. Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 2–3, Zitate S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

Dahinter stand sicherlich, dass das Ansinnen, die Abteilungsstruktur und die Weisungsbefugnis der Direktoren wieder in der Satzung zu verankern, wohl umgehend massivste Proteste ausgelöst hätte. Denn die Projektautonomie und die am MPIB in Form der Grundsatzkonferenz etablierten partizipativen Regulierungsmechanismen der Kommunikation wurden als Garanten des angestrebten herrschaftsfreien Austauschs und gemeinsamen Lernens begriffen. Sie gehörten zum Grundbestand des Selbstverständnisses der meisten Institutsmitarbeiter*innen. Stattdessen konzentrierte sich der Beirat auf die informelle Ebene der Führungskultur – auch dies allerdings denkbar spät und ohne den hier besonders in der Pflicht stehenden Institutsleiter direkt zu adressieren. So bemängelte der Beirat erst in seinem Bericht von 1977, dass sich in der Leitungsstruktur des Instituts »Lenkungs- und Konfliktvermeidungsmechanismen« eingebürgert hätten. Im Dienst einer »effektiv[en] und verantwortlich[en]« Leitung des interdisziplinären Instituts forderte das Gremium dann mehr oder minder direkt ein deutlicheres Engagement der Institutsdirektoren vor allem in den Projekten, aber auch in den »Forschungsfeldern«. Diese waren am Institut mittlerweile als Organisationseinheiten der Forschung oberhalb der Projekte etabliert, worauf noch zurückzukommen sein wird. In dem Bericht von 1977 wurde dazu unmissverständlich festgehalten, dass die »Organisation in Forschungsfelder [...] auf keinen Fall die Leitungsstruktur aushöhlen« dürfe.[1471] Um das zu vermeiden empfahl der Beirat, im »einzelnen [...], daß die Mitglieder der Leitungskonferenz sich in den Forschungsfeldern, denen sie mit ihrer eigenen Arbeit angehören, aktiv verhalten und einen projektübergreifenden Einfluß ausüben«.[1472]

Dass die Möglichkeit einer erneuten Etablierung der Abteilungsstruktur und die Wiederherstellung der Leitungshierarchie am MPIB seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre aber bereits in Vorbereitung war, wird ersichtlich, wenn man eine Äußerung Beckers gegen Ende seiner Amtszeit gleichsam gegen den Strich liest. So behauptete der Institutsleiter in der noch einmal bewegten Beiratssitzung von 1979 schon mit Blick auf die nach ihm kommenden Entwicklungen, dass sich in puncto Forschungsorganisation »insgesamt gesehen [... die] im Institut entwickelten und praktizierten Verfahren« konsolidiert und bestätigt hätten. Vor allem die »drei Grundelemente der institutsinternen Forschungsorganisation[:] Grundsatzkonferenz, Forschungsfelder und Evaluierungsverfahren«, hätten sich »im letzten Jahr zu einer praktikablen und unaufwendigen Routine entwickelt«, sie würden von den »Mitarbeiter[n]« getragen und seien daher unbedingt »erhaltenswert«.[1473] Angesichts der beständig geübten Kritik durch den immer mächtiger werdenden Beirat und der inzwischen auch auf anderen Ebenen gegenläufigen Entwicklungen – etwa im Personalbereich – war dies eine glatte Fehleinschätzung und kann wohl eher als das sprichwörtliche Pfeifen im Wald gewertet werden. Im Umkehrschluss

1471 Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 2–3, Zitate S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1472 Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1473 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

lassen diese Äußerungen ahnen, wie weit die Entwicklungen in diesem Bereich damals bereits vorangeschritten waren. Die Rückumstellung auf die Abteilungsstruktur, die damit verbundene Entmachtung der GK und die Re-Etablierung der formellen Führung der Direktoren sollte im Zuge einer weitgehenden Re-Disziplinierung der Forschung dann auch unmittelbar unter Baltes erfolgen. Schon einen Tag nach Beckers Emeritierung trat zum 1. Juni 1981 die novellierte Institutssatzung in Kraft, nach der das Abteilungsprinzip zwar nicht nominell, aber doch dem Sinn nach entlang von »Forschungsbereichen« wieder etabliert wurde. Zugleich wurde die Verantwortung der Institutsdirektoren gestärkt und eine kollegiale Leitung formell vorgesehen. Die GK wiederum büßte Zuständigkeiten und Kompetenzen ein und auch die projektorientierte Forschungsorganisation wurde quasi aufgehoben.[1474]

Institutskultur: Wie erwähnt, wurde der Begriff der »Kultur« im Beirat nicht leitend verwendet. Dennoch kritisierte das Gremium einige der unter den Institutsmitarbeiter*innen etablierten Haltungen besonders im Bereich der Forschung, die man in ihrer Verbindung mit weiteren Merkmalen des MPIB einer spezifischen Institutskultur zurechnen kann. Gemeint ist damit hier vor allem die Kopplung theoretischer Ansprüche und wissenschaftspolitischer Orientierungen mit einem organisational gestützten Modus der Institutskommunikation, in dem Selbstreflexion, kollektive Lernprozesse und Selbstverantwortlichkeit – also hohe Grade individueller und projektbezogener Autonomie – gefordert wurden. Die Kritik äußerte sich auch hier primär auf der Ebene von Effizienzargumenten, ragte aber auch in den Bereich der Forschungsorganisation hinein. So wurde bei diversen Projekten neben der Haltung einer »überzogene[n] Binnenkritik« und »übertriebene[n] Exaktheitsanforderungen« seitens der Wissenschaftler*innen[1475] die mit dieser Haltung verbundene zu große Skalierung der Projekte und die Komplexität des Untersuchungsdesigns bemängelt.[1476] Im Fokus der Kritik stand der mit diesen Faktoren kausal in Zusammenhang gebrachte zu hohe Zeit- und Kostenaufwand bei der Produktion von Ergebnissen und insgesamt ein zu hoher Ressourcenverbrauch.[1477] Als negatives Paradebeispiel galt das empirische Großprojekt der Schulleistungsstudie, das der Beirat 1975, als die Arbeiten bereits elf Jahre liefen, intensiv diskutierte. Zentral war wiederum Heck-

1474 Vgl. dazu Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170–171 und (mit einem Druckfehler in Bezug auf das Datum) Wiarda, *Beratung*, 2016, 151 sowie die Ausführungen im Ausblick der vorliegenden Arbeit.

1475 Beiträge von Vierhaus und Schmid: Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1476 Vgl. zur Größe zum Beispiel: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76, und zur Komplexität beispielsweise am Beispiel der Diskussion um das Projekt »Gesellschaftliche Arbeit als Sozialisation«: Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1477 Vgl. etwa den Hinweis auf die 1975 geführte »Debatte zum Thema der Dauer« von Oevermanns Sozialisationsprojekt und Heckhausens Aufruf, einen »gewissen Mut« für die Veröffentlichung von Zwischenergebnissen aufzubringen. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 6–7, Zitate S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

hausens (in diesem Fall auch schriftlich übermittelte) Kritik, die er ausdrücklich als exemplarisch für die von ihm identifizierten Schwachpunkte des gesamten Instituts bezeichnete.[1478]

4.3.6 Angemessene Kritik? – Prüfung anhand der Institutsentwicklung in den 1970er Jahren

Von der Gesamttendenz der Kritik her betrachtet, stellte der Beirat die Ausrichtung des MPIB sowohl in seinem sozialwissenschaftlichen Forschungstypus wie auch in seiner Organisation und Governance-Struktur in Frage, und wirkte im Laufe der 1970er Jahre, verstärkt seit 1976, auf eine allmähliche Transformation in diesen Bereichen hin. Schärfer formuliert, zielte die Beiratskritik auf eine Umformung der Institutsarbeit auf allen Ebenen und im Endeffekt auf eine grundlegend veränderte, in Richtung auf eine empirische Sozialforschung hin gewendete Bildungsforschung in einem grundlegend veränderten Institut. So gut wie alle betrachteten Faktoren scheinen dabei auf eine bewusste Umsteuerung durch die MPG-Leitung hinzudeuten, und darauf, dass der Beirat die angestrebten Veränderungen spätestens ab 1976 mehrheitlich unterstützte und als deren Verstärker und Treiber wirkte. Allerdings war das MPIB um 1970 tatsächlich mit erheblichen Problemen konfrontiert und die Kritik von Seiten des Beirats reagierte auf evidente Mängel. Inwieweit die Kritik übergreifend angemessen war, lässt sich ohne eine genauere Betrachtung der Projektebene zwar nicht hinreichend klären. Dennoch erlauben die Protokolle der Beiratsdiskussionen eine Annäherung an diese Frage. Im Folgenden werden die zentralen Kritikpunkte des Beirats daher anhand der Institutsentwicklung mit etwas größerer Tiefenschärfe auf ihre Berechtigung hin geprüft. Zugleich können auf diesem Weg weitere tragende Aspekte der Geschichte des MPIB in den 1970er Jahren rekonstruiert werden. Erneut geht es um die Bereiche der Forschung, der Governance und Organisation sowie der Institutskultur, wobei zunächst die Probleme des Instituts betrachtet werden sollen. Dies setzt beim Blick auf die Gesamtsituation des MPIB an.

Probleme am MPIB, Reaktionen von Beirat und Institut: Das Bildungsforschungsinstitut befand sich zur Zeit der Konstituierung des Beirats 1971 in einer zunehmend kritischen Lage, die mit dem konservativen Backlash in der Bundesrepublik eng verbunden war. Das allmähliche Wegbrechen der Wirkungsmöglichkeiten durch die Verengung der bildungspolitischen Handlungsräume hatte seit 1969 und mithin schon vor Auflösung des Bildungsrats zu einer rückläufigen Geltungskraft und reduzierten Anschlussfähigkeit der Institutsforschung geführt. Zudem verlor das MPIB angesichts der von Ländern, Bund und vor allem der Stiftung Volkswagenwerk ausgebauten und geförderten Ansätze der Bildungsforschung seine bis dahin

1478 »Zu Beginn der Sitzung stellte Herr Heckhausen dar, daß er mit seiner schriftlich vorgelegten Kritik am ›Projekt Schulleistung‹ zugleich Probleme des gesamten Instituts bezeichnen wollte«. Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 12–18, Zitate S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79. Von Seiten des Beirats wurde etwa im Kontext der Schulleistungsstudie ein erneuter »zu großer Zeitverzug« aufgrund einer anstehenden Modellerweiterung während des Forschungsprozesses befürchtet. Deren Sinnhaftigkeit stellten Heckhausen und Vierhaus in Frage. Die Mitarbeiter*innen des Projekts hatten für eine Erweiterung des Rasch-Modells plädiert, um zu einer Lösung von allgemeineren Problemen bei der Leistungsmessung über die Schulleistungsforschung hinaus beizutragen. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 13, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

behauptete Monopolstellung. Im Beirat brachte Becker die krisenhafte Lage zum Beispiel in seinem Bericht zu Anfang der zweiten Beiratssitzung 1972 zu Bewusstsein, als er eine »Periode der Resignation in der Bildungspolitik« diagnostizierte; ganz in Übereinstimmung mit der von Hamm-Brücher schon drei Jahre zuvor gegebenen Analyse.[1479] Dass mit der veränderten Situation ein Umgang gefunden werden musste, der Weg dazu aber noch keineswegs klar war, pointierte Roth im Folgejahr dahingehend, dass der »Gründungsanspruch« des Instituts nicht mehr gelte, sich eine »neue Schwerpunktbildung [aber...] noch nicht herausgestellt« habe.[1480] Das Ringen um eine Neuausrichtung stellte also eines der Leitmotive der Institutsentwicklung in den 1970er Jahren dar und stand am MPIB auch unabhängig von der Tätigkeit des Beirats auf der Tagesordnung. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe wurde 1975 durch die Auflösung des Bildungsrats erheblich verstärkt. In dieser Lage bot der Beirat für die grundlegenden strategischen Fragen des Instituts einerseits ein Forum für einen informierten Gedankenaustausch, auf dem die am MPIB in internen Abstimmungsprozessen entwickelten Strategiepapiere[1481] mit externer Expertise rückgekoppelt werden konnten. Das Gremium übernahm mit dem jährlich gesetzten Termin daher gewissermaßen die Rolle eines Schrittmachers für den bereits laufenden Prozess der Strategiefindung. In den Sitzungsprotokollen spiegeln sich dabei die Fortschritte des MPIB auf der Suche nach den Kriterien für eine neue »Prioritätensetzung« in der Forschung,[1482] nach künftigen Schwerpunkten und nach der Identifizierung der »Grundfragen des Instituts«.[1483] Ein wichtiger Schritt war seit etwa 1973/74 mit der Zuordnung der bestehenden Projekte zu fünf, fortan so genannten »Forschungsfeldern« erreicht, deren Einführung vom Beirat unterstützt wurde. Sie sollten die Einzelprojekte überformen, als größere forschungsorganisatorische Einheit dienen und von dieser Bündelung her neue Forschungsperspektiven eröffnen. Die Bezeichnungen änderten sich im Laufe des Jahrzehnts und wurden im Tätigkeitsbericht 1979/80 als »Sozialisation«, »Schule«, »Bildungsverwaltung und Bildungsrecht«, »Bildungsökonomie«, »Bildung und Arbeit« angegeben.[1484] Andererseits markierte die grundlegend kritische Zielrich-

---

1479 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Punkte für den Beiratsbericht des Direktors am 16. 10. 1972, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; vgl. ähnlich Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1480 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1481 Mit Hinweisen auf weitere Papiere: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Zusammenfassung der forschungsstrategischen Diskussion. Berlin, Oktober 1976. AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 29. Zur strategischen Diskussion am Institut in dieser Zeit auch Wiarda, *Beratung*, 2016, 187–189.

1482 Vgl. zum Beispiel Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77 oder Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1483 Siehe dazu aus dem Bericht Beckers: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 6–7, Zitat S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1484 Im Tätigkeitsbericht für die Jahre 1973/1974 waren die Projekte erstmals einem »Forschungsfeld bzw. Arbeitsgebiet« zugeordnet worden. Genannt wurden damals im Inhaltsverzeichnis die Forschungsfelder »Sozialisation«, »Bildung und Arbeit«, »Schule und Hochschule«, »Curriculum« sowie »Bildungsplanung und Bildungsverwaltung«. Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin. Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat über die Forschungstätigkeit und die Serviceeinheiten, November 1979 bis Oktober 1980, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 95, [Inhaltsverzeichnis/unpag.] und Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin. Bericht für den Wissenschaftlichen Beirat der laufenden

tung, die den empfohlenen strategischen Weichenstellungen und der Kritik von Seiten des Beirats unterlag, die Bruchlinie gegenüber der bisherigen Ausrichtung des Instituts und dem dort vertretenen sozialwissenschaftlichen Ansatz.[1485] Wie skizziert, prallten die unterschiedlichen Auffassungen im Beirat aufeinander, wobei sich – wie zu zeigen sein wird – in allen diskutierten Bereichen strategische Umsteuerungsimpulse mit auch berechtigter Kritik mischten, da die Probleme am Institut erheblich waren.

Forschung: So gingen für die Forschung von den Rückmeldungen des Beirats wichtige und produktive Impulse an den Punkten aus, an denen die Mitglieder mit Expertise und Distanz auf die Schwachstellen der Institutsarbeit aufmerksam machten. Das war auf Ebene der Einzelprojekte der Fall, die nacheinander und teilweise mehrfach auf den Prüfstand kamen. Ohne hier die diversen Besprechungen im Einzelnen zu rekapitulieren, zeigt sich insgesamt, dass die Beiratsmitglieder durch ihre kritischen und genauen Rückfragen insbesondere zur Methodik und Methodologie oft zu Klärungen beitrugen, auf mögliche Angriffspunkte hinwiesen und allgemein veranlassten, dass Mitarbeiter*innen wie auch Direktoren ihre Projekte behaupten mussten. Dies verweist insofern auf eine klassische Beratungs- und Unterstützungsfunktion durch den Beirat.[1486] Projektübergreifend wiederum wurden im Beirat gravierende Defizite der am Institut favorisierten Forschungsdesigns angesprochen und damit der Bearbeitung potentiell zugänglich gemacht. So brachte die vor allem von Heckhausen, und ähnlich von Mayntz, monierte »mangelnde methodische Klarheit von Bildungsforschung im allgemeinen«[1487] auf

---

Forschungsprojekte und der Serviceeinheiten, Oktober 1973 bis September 1974, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 90, fol. 128–129.

1485 Die Dispute um die großen strategischen Linien zogen sich durch nahezu alle Sitzungen. Der Dissens wird besonders sichtbar in dem Protokoll der forschungsstrategischen Diskussion von 1975 und in der kritischen Erwiderung Beckers auf den ersten Beiratsbericht von Anfang 1976, in der er die Positionen der Leitungs- und Grundsatzkonferenz wiedergab. Vgl. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67; Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976. AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1486 Vgl. zum Beispiel die von dem gesamten Beirat geführten jeweils mehrstündigen Diskussionen der Projekte »Arbeitswirtschaftliche Probleme einer aktiven Bildungspolitik« von 1971 und »Elternhaus und Schule« (Sozialisationsstudie) von 1973, oder die Einzelbesprechungen mit zugeordneten Beiratsmitgliedern etwa zum Projekt »Hauptschule« aus dem Jahr 1978. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 15–20, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 12–15, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 22–26, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81. Der Fall der mehrfachen Besprechungen des Projekts »Frühkindliche Sozialisation« legt aber auch nahe, dass es ebenso darum zu gehen schien, dass die Mitarbeitenden in Situationen bewusst produzierten Drucks *Stamina* zeigten. So wurde der hier verfolgte Ansatz besonders durch Heckhausen und Bronfenbrenner immer wieder massiv kritisiert und in Zweifel gezogen, von Seiten des Projekts aber behauptet. Schließlich konnte ein überzeugendes familien- und entwicklungsbezogenes Phasenmodell vorgelegt werden, so dass Bronfenbrenner nach den für das Projekt nervenaufreibenden Prüfungsrunden eingestand, dass es damit »tatsächlich den Beweis für die Relevanz des bisherigen Vorgehens erbracht« habe. Angefragt werden könnte durchaus, ob die in den Prüfungsrunden aufgewendete Energie zur Abwehr der Kritik nicht produktiver an anderen Stellen hätte eingesetzt werden können. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 22–34, Zitat S. 34, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1487 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. Der zitierte Einwurf stammte von Heckhausen. Ein Beiratsmitglied sprach in einer der späteren Diskussionen um den vom Institut entwickelten »Bildungsbericht« von einem durch »Verwaschen-

den Punkt, dass es am MPIB nicht gelingen wollte, die anfänglich anvisierte und noch 1976 von Seiten des Instituts im Spiel gehaltene »Metatheorie der Bildungsprozesse« und eine entsprechend konsistente Methodologie der Bildungsforschung zu formulieren, welche die am Institut versammelten Disziplinen hätte nachvollziehbar unter einem Dach vereinen können.[1488] An dieser empfindlichen Stelle dockten zudem die oben dargestellten, vom Beirat beharrlich geäußerten Vorwürfe der mangelnden disziplinären Außenbezüge an. Denn retrospektiv und aus einer wissenschaftssoziologisch funktionalen Perspektive betrachtet wurde hier mit einigem Recht darauf insistiert, dass die längerfristige Durchsetzungsfähigkeit der am Institut kreierten Bildungsforschung wesentlich von ihrer Anschlussfähigkeit an die universitäre Wissenschaft und an Bedarfe außerhalb des MPIB abhing – und damit nicht zuletzt von überzeugenden theoretischen und methodologischen Angeboten.[1489]

An dieser Stelle sei ein kontrafaktisches Gedankenspiel eingefügt. Denn eine der Schlüsselfragen des Beirats hätte in der damaligen Situation auch lauten können, wie es gelingen könnte, von dem bestehenden MPI aus – und idealiter in einer Linie mit dem Starnberger Institut –, für den Typus einer disziplinär integrativen, auf emanzipative Wirkungsabsichten hin orientierten sozialwissenschaftlichen Bildungsforschung, auch jenseits der bisher politisch zugeneigten Aktionskreise und der sich besonders seit 1974 erheblich wandelnden sozialwissenschaftlichen Landschaft der Bundesrepublik Anerkennung zu gewinnen und Standards zu setzen. Um ein eigenes disziplinäres Feld der Bildungsforschung im Sinne eines sozialen und kommunikativen Forschungs- und Lehrzusammenhangs zu realisieren, wäre es zum Beispiel erforderlich

---

heit, unklare Grenzziehungen und unsystematische Verflechtungen« gekennzeichneten »Bereich[...] Bildungsforschung/Bildungspolitik«. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 31, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1488 Zum Beispiel thematisierte Goldschmidt 1975 in der forschungsstrategischen Diskussion die Schwierigkeit, die Tätigkeitsschwerpunkte des Instituts durch eine »Theorie, die alles umfasst und alle Zuordnungen erlaubt« miteinander zu verbinden. Er bekräftigte dann die »Absicht diese Verbindung zu finden«, setzte sich aber zugleich unterhalb dieses Ziels für ein pragmatisch orientiertes Vorgehen ein, das es mittelfristig erlauben sollte, »eine entsprechende gemeinsame Orientierung« zu identifizieren, von der aus dann etwa auch Projektendpunkte bestimmt werden könnten. Wie zitiert, war aber auch 1976 eine »Metatheorie der Bildungsprozesse« noch nicht aufgegeben, obwohl es von Seiten des Instituts jetzt bereits hieß, dass diese »ohne Zweifel nicht auf einer Entwicklungsstufe [sei], auf der durch sie allein Bildungsforschung konzentriert oder angeleitet werden könnte«. Allerdings hatten sich von Seiten des BR Roth und Dagmar Friedrich in ihrer einleitenden Bilanzierung zum Stand der Bildungsforschung schon 1975 deutlich pessimistischer gezeigt und erwogen, dass »eine systematische Theorie der Bildungsforschung [...] vielleicht nie vorgelegt werden wird«. Vgl. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 30–31, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67; Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Heinrich Roth und Dagmar Friedrich: Einleitung. In: Heinrich Roth und Dagmar Friedrich (Hg.): *Bildungsforschung. Probleme – Perspektiven – Prioritäten. Teil 1.* Stuttgart: Klett 1975, 19–53, Zitat 27.

1489 Zu dem hier zugrunde liegenden Verständnis moderner wissenschaftlicher Disziplinen siehe mit weiterführender Literatur aus differenz- beziehungsweise feldtheoretischer Perspektive Barlösius und ergänzend – ohne an dieser Stelle auf theoretische Kompatibilitätsprobleme einzugehen – die systemtheoretisch motivierte Analyse von Stichweh: Eva Barlösius: Wissenschaft als Feld. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie.* Wiesbaden: Springer 2012, 125–135, bes. 132–133; Rudolf Stichweh: Wissenschaftliche Disziplinen: Bedingungen ihrer Stabilität im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jürgen Schriewer, Edwin Keiner und Christophe Charle (Hg.): *Sozialer Raum und akademische Kulturen. Studien zur europäischen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert.* Frankfurt am Main: Peter Lang 1993, 235–250, bes. ab 241.

gewesen, Wege der Wissensdistribution oder der Nachwuchsgenerierung zu institutionalisieren, vor allem aber eine entsprechende Widmung von Hochschulprofessuren zu erreichen. Denn angetreten war das Institut ja anfänglich mit der Ambition der Schaffung eines neuen Forschungstypus'. Realisiert wurde dieser Übergang auf die Hochschulen allerdings erst zu Anfang des 21. Jahrhunderts; dann allerdings im Anschluss an den durch die PISA-Studie (und vorlaufend durch TIMSS) gesetzten empirisch-sozialwissenschaftlichen Standard – und somit unter der folgerichtigen Bezeichnung als »Empirische Bildungsforschung«. Diese hatte mit dem ursprünglich anvisierten Forschungstyp am West-Berliner Institut jedoch nur noch wenig zu tun.[1490] Aber das greift zeitlich weit vor und über die Grenzen der vorliegenden Arbeit hinaus.

Abgesehen davon also, dass der Beirat des MPIB auf eine grundlegende Transformation der Institutsforschung hinwirkte und sich gerade nicht darauf konzentrierte, für die am Institut bis dahin entwickelte Forschungsgestalt neue Anschlüsse zu generieren, begegnete man der durchaus berechtigten Kritik in Bezug auf die problematischen Außenbezüge institutsseitig lange eher abwehrend. Die Forderung nach einer stärker von Externen mitbestimmten Forschungsevaluation etwa wurde mit dem Argument gekontert, dass adäquate Beurteilungskriterien angesichts des eingeschlagenen spezifischen Forschungsweges von Außenseitern kaum oder nur unter hohem Zeitaufwand zu erwarten wären. Zudem würde die zeitliche Beanspruchung des Instituts durch derlei Evaluationen quasi verdoppelt.[1491] Diese Einwände waren zwar nicht gänzlich unbegründet, sie zeugen aber auch von einer gewissen Ausweichbewegung gegenüber dem Problem der Anschlussfähigkeit. Als eher formalstrukturell ist entsprechend auch die Reaktion der Institutsseite zu werten, Statistiken über Außenbeziehungen der Institutsmitarbeitenden beizubringen. So erhielt der Beirat schon für seine zweite Sitzung 1972 diverse Übersichten zugesandt, welche diese Aktivitäten dokumentieren sollten.[1492] Dieses Vorgehen wurde nach dem Inkrafttreten der novellierten Satzung ausgebaut, standardisiert und verstetigt, allerdings nicht systematisch auf das Forschungsdesign oder die Institutsstrategie hin rückgekoppelt.[1493]

1490 Vgl. zum Beispiel Aljets, *Aufstieg*, 2015 und zum Expansionsschub einer empirisch orientierten Bildungsforschung (»Empirische Bildungsforschung«) an bundesdeutschen Hochschulen – gemessen an Professurwidmungen – seit etwa 2003/05 ebd., 25–34.

1491 Siehe zum Beispiel die entsprechende Äußerung von Becker in der Sitzung von 1979: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1492 Neben der Zusammenstellung der Publikationen wurden Übersichten zu den Rubriken »Wichtige wissenschafts- und bildungspolitische Tätigkeiten«, »Zusammenarbeit des Instituts für Bildungsforschung mit dem Ausland« und »Lehrverpflichtungen« gegeben. Hellmut Becker, An die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, 2. 10. 1972, S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1493 Ab dem Berichtsjahr 1975/76 gehörte es zum Standard, zusätzlich zur Publikationsliste Übersichten über die Teilnahme der Mitarbeiter*innen an Forschungskolloquien, deren Lehrtätigkeit und ab 1976/77 über deren wissenschafts- und bildungspolitisches Engagement (»Gremienzugehörigkeit«) beizufügen. Siehe die Berichte für die GwS: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin-Dahlem. Tätigkeitsbericht 1975/76 für die Geisteswissenschaftliche Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft, S. 3, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 86; Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin-Dahlem. Tätigkeitsbericht 1976/77 für die Geisteswissenschaftliche Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft, S. 4, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 87.

Institutskultur: Ein tiefer liegender Grund für die vom Beirat bemängelte Selbstbezogenheit des MPIB lag aber wohl auch in der am Institut nicht zuletzt von Becker beförderten elitären Kultur unter den am MPIB überwiegend tätigen jungen Männern. Sie trug offenbar zu der Vorstellung bei, sich selbst genug zu sein und den gewählten Weg einer sendungsbewussten Forschungsausrichtung, die in der Bundesrepublik in der Tat einzigartig war, nicht ›von außen‹ in Frage stellen zu lassen. Man imprägnierte sich also gewissermaßen gegen externe Kritik. Für die Mitarbeiterinnen des MPIB mag dies zwar anders ausgesehen haben. Dass unter ihnen das Potential zur Selbstkritik vorhanden war, legt die Rückschau von Beate Krais nahe, die neben anderen Aspekten auch ein männlich dominiertes MPIB erinnert, »in dem eigentlich jeder einen Genieverdacht gegen sich selbst hegt[e]«.[1494] Allerdings gibt es für eine Selbstreflexion, die an geschlechtsspezifischen Erfahrungen ansetzte, keine Hinweise auf entsprechende Thematisierungen an dem ansonsten diskussionsfreudigen Institut. Angesichts der patriarchal grundierten Kultur des MPIB, die sich, wie das jüngst erforscht wird,[1495] in diesem Punkt offenbar in ungetrübter Harmonie mit der Gesamt-MPG befand, ist es aber auch mehr als wahrscheinlich, dass diese Blickrichtung dort strukturell kaum Chancen hatte, für eine Binnenkorrektur der Realitätswahrnehmung fruchtbar gemacht zu werden. Die Mischung eines in der Institutskultur verankerten hohe Reflexionsniveaus mit einem überzogenen Selbstvertrauen, das am MPIB habituell heimisch geworden zu sein schien, spiegelt schließlich auch der Ausbruch eines Institutsmitglieds zum Ende der langen Strategiediskussion mit dem Beirat im Oktober 1975, während der die Mitarbeitenden wieder einmal mit massiver Kritik und Veränderungsvorschlägen konfrontiert worden waren:

> Und ich bin dagegen und möchte das nachdrücklich sagen, daß ich mich sozusagen hier [...] an zwei Tage[n] [...] zudecken lasse [...] von Argumenten, die mir das zeigen, was in der Tat, [...] wir seit Jahren in diesem Hause selber diskutieren [...]. Ich bekenne mich schuld[i]g, daß wir nicht hinreichend Termine einhalten. Ich bekenne mich nicht schuldig, daß in diesem Hause nicht hinreichend diskutiert und nachgedacht wird.[1496]

Letztlich traf die mit Heckhausens Rede vom »autark abgegrenzte[n] Forschungshain« verbundene Kritik auch von der kulturellen Seite her also durchaus einen wunden Punkt.

Organisation und Governance: Ähnlich berechtigt waren einige der analysierten Defizite in Bezug auf die Forschungsorganisation und Governance des MPIB. Wie geschildert, führte der Beirat

---

1494 Krais äußert diese Einschätzung in bewusster Unterscheidung zu der »unprätentiös[en]« Haltung Bourdieus, dem sie zuerst 1976 am MPIB begegnete. Vgl. Krais, *Gespräch*, 2014, 582.

1495 Vgl. unter Hinweis auf die vorlaufenden geschlechtsspezifisch orientierten Studien zur MPG, die jedoch nur partiell historisch orientiert sind, bislang vor allem Birgit Kolboske: *Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen.* Berlin: GMPG-Preprint 2018, bes. 13–15, 27–30, 35, 60–64, 79–84 sowie Kolboske, *Hierarchien*, 2022.

1496 Der Beitrag ist im Transkript anonymisiert. Vgl. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 68, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

diese primär auf die Risiken und Fehlentwicklungen zurück, die im Zuge der Aufhebung der Abteilungsstruktur, der Organisation der Forschung in Projekten und der Einrichtung der GK sowie des damit verbundenen Rückzugs der Direktoren von einem Teil ihrer Führungsaufgaben entstanden waren. Im Fokus der Kritik standen mithin die Bereiche Entscheidungsfindung, Forschungskoordination (inklusive Zeitmanagement) und Konfliktregulierung sowie ausbleibende wissenschaftliche Rückmeldungen von Seiten der Wissenschaftlichen Mitglieder. Dass in dieser Hinsicht gravierende Probleme bestanden, zeigt nicht zuletzt, dass die diesbezüglichen Beobachtungen des Beirats am Institut auf große Resonanz stießen. Sie standen dort unabhängig von dem Gremium seit langem unter Beobachtung. So wurde etwa in einem internen Feedback-Papier von Frühjahr 1970 die strukturelle Überforderung der GK durch Anforderungen der Entscheidungsfindung im Strategieprozess konstatiert.[1497] Nachfolgend konnten allerdings keine überzeugenden Lösungen gefunden werden, um mit Informationsunterschieden, mit langen und teilweise redundanten Diskussionen sowie mit der Grundproblematik, zeitlich überschaubare Entscheidungsprozesse mit dem Anspruch einer gleichberechtigten Mitsprache zu verbinden, einen Umgang zu finden. Auch die im Oktober 1975 eigens eingerichtete »Kommission der Grundsatzkonferenz zur Forschungsstrategie« konnte hier offenbar nicht die benötigte Abhilfe schaffen. Viel Energie ging vielmehr in eine Fülle von Strategiepapieren, deren Diskussion zeitintensiv war und dem Vernehmen nach oft im Abstrakten verblieb.[1498] Die bei Wiarda mehrfach angeführten negativen Erinnerungen seiner Interviewpartner*innen an die ausufernden und kräftezehrenden Sitzungen der GK weisen zudem noch einmal auf die funktionalen Mängel dieses Gremiums hin. Insbesondere die mit dem Anspruch auf einen herrschaftsfreien Diskurs nicht aufgehobene Gruppendynamik fand ihren Niederschlag in den Sitzungen, wo zum Beispiel informelle Rangordnungen dennoch etabliert wurden. Auch da es keine leitende Moderation gab, kam es laut den Interviewaussagen nicht nur zu diversen Wiederholungsschlaufen, sondern die etablierten »›Platzhirsche‹« konnten die Diskussionen dominieren, was mit einer abgewogenen und partizipativ gestalteten Gesamtentwicklung wenig zu tun hatte.[1499]

Unzweideutig vorhanden war schließlich auch die noch nicht erwähnte, im Beirat bemängelte Tendenz zur Bürokratisierung. So hatte der eingeschlagene Weg, die aus den Projektkontexten heraus vorangetriebene Forschungsentwicklung mit der Einrichtung einer koordinierend wirkenden GK zu koppeln, zusammen mit dem dort herrschenden Gebot der Transparenz und Mitsprache dazu geführt, die Entscheidungsprozesse am Institut zu formalisieren und damit zu

---

1497 »Entwurf der Vorbemerkung zur Bewertung der Grundsatzkonferenz, 25. 03. 1970«, hier zitiert nach Wiarda, *Beratung*, 2016, 186.

1498 Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 187–189. Wiarda zitiert unter anderem das Schreiben eines anonymisierten wissenschaftlichen Mitarbeiters vom März 1976, in dem dieser in Bezug auf die GK monierte: »Seit Jahren führen wir große Reden über ›Forschungsstrategie‹, ›Basistheorien‹, ›Paradigmen‹ etc. – von realistischen Plänen ist nach wie vor wenig zu sehen«. Ebd., 187.

1499 Vgl. dazu einige der hier relevanten – im Übrigen auch deutlich positiv konnotierten – bei Wiarda zitierten Interviewsequenzen zur GK: Wiarda, *Beratung*, 2016, 128–131, 144–148 und zu den »›Platzhirschen‹«, als die laut Wiarda besonders die Vertreter der von ihm so genannten »empirisch-kritisch« orientierten Richtung galten, ebd., 144.

verlangsamen. Gewarnt wurde vor derlei Effekten allerdings erneut aus dem Institut selbst heraus, etwa in Bezug auf die in der GK vereinbarten komplizierten Verfahren bei der internen Evaluation.[1500] Ein anderes Beispiel für die Tendenz zur Bürokratisierung ist der von der GK bis Anfang 1971 entwickelte fünfseitige Verfahrensstandard zur Initiierung von Forschungsprojekten, der also einen der Kernprozesse der Institutsentwicklung regulierte. Etabliert war mit dieser Leitlinie zwar ein Verfahren zur Integration aller Gremien und Mitarbeitenden, von Rückkopplungs- und Einspruchsmöglichkeiten wie auch von externen Checks. Allein die Vielzahl der dabei zu durchlaufenden Diskussionsrunden, Phasen und Stufen bei der Erstellung von Plänen, Designs und Vorlagen deutet jedoch darauf hin, dass derlei Hürden dazu angetan waren, innovative Forschung eher zu blockieren denn zu befördern.[1501]

Ineffizienz, Empirie-Ferne, hemmende Institutskultur – angemessene Kritik oder Strategie?

Bis hierhin erwies sich die Kritik von Seiten des Beirats als überwiegend berechtigt und wurde vom Institut oft geteilt. Im Hinblick auf weitere zentrale Angriffspunkte lässt sich Vergleichbares nicht feststellen. Das gilt besonders für zwei der Hauptvorwürfe, die jeweils komplexer strukturiert waren und die im Folgenden auch aufgrund ihrer bis heute ungebrochenen Aktualität etwas ausführlicher untersucht werden sollen. Gemeint ist die Vorhaltung der mangelnden Effizienz der Institutsforschung (1.) und ihrer unzureichenden Empirie-Orientierung (2.). Aber auch in Bezug auf die insgesamt als tendenziell produktivitätshemmend wahrgenommene Institutskultur, die im Beirat ursächlich mit einem Übermaß an Mitbestimmung in Zusammenhang gebracht wurde, gibt es weitere Befunde und andere Deutungsmöglichkeiten (3.). Die im Beirat 1979 dann von einem der Mitglieder selbst veranlasste Diskussion über die übergreifende strategische Zielsetzung des Gremiums wirft schließlich die Frage auf, inwieweit eine bewusste Umsteuerungsfunktion im Sinn der hier rekonstruierten Politik der MPG-Leitung nicht spätestens seit Mitte der 1970er Jahre als Dominante der Beiratstätigkeit gewertet werden muss (4.).

1.) *Vorwurf der Ineffizienz:* Die Bemängelung der Ineffizienz, also des Missverhältnisses von »Aufwand und Ertrag«[1502] in vielen der Forschungsprojekte und besonders in den großangeleg-

---

1500 1979 warnte zum Beispiel Edelstein in Bezug auf das interne Evaluationsverfahren (wenn auch nicht unwidersprochen) vor einem »Bürokratisierungsprozeß«. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 11–12, Zitat S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1501 Vgl. dazu: Dokument zum Initiierungsverfahren des Mitarbeiterausschusses. C. Entstehung eines Designs und Entscheidungen bis zur Initiierung, Berlin, 11. 2. 1971, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 365. Die Leitlinie war von Edelstein, Krappmann, Krepper, Quilisch, Richter und Zeiher gezeichnet und wurde dem Beirat vor dessen erster Sitzung 1971 zur Kenntnis zugeleitet. Allerdings ist offen, inwieweit derlei Leitfäden am MPIB realiter befolgt oder inwieweit zum Beispiel informelle Umwege genutzt wurden, um Entscheidungen zu eigenen Gunsten zu beeinflussen und die vereinbarten Strukturen zu unterlaufen.

1502 Zitiert ist hier Blankertz im Kontext der Kritik an der Schulleistungsstudie: Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 17, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79. Noch im Abschlussbericht des Beirats von 1981 hieß es im Hinblick auf die Forschungsorganisation, dass sich die »Frage nach der optimalen Nutzung der Forschungskapazität« weiterhin stelle. Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung – erstattet im Anschluß an die Beiratssitzung am 15./16. 1. 1981, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

ten Projekten der Schulleistungsstudie und dem Sozialisationsprojekt, gehörte zu den Hauptmonita des Beirats bezüglich der Forschungsarbeit des MPIB. Konkret ging es um die in Relation zu den eingesetzten Ressourcen wie Zeit und Finanzmitteln für zu gering erachtete Anzahl von Publikationen in Fachjournalen,[1503] nachgelagert um die zu laxe Beachtung und Kontrolle der Kosten- und Verbrauchsseite von Projekten. Letzteres spitzte beispielsweise ein namentlich nicht genanntes Beiratsmitglied zu, indem er das Risiko ansprach, dass am MPIB gerade die »kompetenteren Jüngeren in uferlose Geldausgaben abschwimmen und den Kredit eines ganzen Instituts auf's Spiel setzen können«.[1504]

Der Versuch, retrospektiv zu klären, inwieweit der Vorwurf der Ineffizienz berechtigt war, ist allerdings vor erhebliche Probleme gestellt, die sich strukturähnlich eigentlich auch dem Beirat hätten stellen müssen. So ließe sich die Angemessenheit des Monitums der Ineffizienz nur über eine genaue Untersuchung des Verlaufs der in Frage stehenden Projekte abschätzen. Dabei müssten besonders die Wirkungsabsichten und Zielsetzungen der Projekte geklärt werden, um dann den Aufwand zu messen, der für deren Erreichung betrieben wurde. Einigermaßen aussagekräftig wären derlei Untersuchungen aber auch dann erst im Vergleich mit ähnlich strukturierten zeitgenössischen Projekten. Dieses Programm übersteigt die Möglichkeiten der vorliegenden Arbeit bei weitem. Abgesehen davon, dass derlei Überlegungen auch in den Beiratsdiskussionen nicht angestellt wurden und präzise Vergleiche ausblieben, ist im ökonomischen Prinzip der Effizienz respektive der Wirtschaftlichkeit[1505] ein weiteres und letztlich unüberwindbares Hindernis für derlei Bilanzierungsversuche enthalten. Denn auch im Fall einer methodisch reflektierten, detaillierten und komparativ angelegten Nachverfolgung der Forschungsprojekte entkäme man nicht dem normativen Dilemma, das mit der Beurteilung des Grades der Effizienz im Bereich wissenschaftlicher Aktivitäten unabweisbar verbunden ist, da diese jenseits einer ökonomischen Handlungsratio liegen. Im Feld der Ökonomie ist das Prinzip der Effizienz – zumindest im kapitalistischen Kontext westlicher Gesellschaften – mittel- und langfristig auf das Ziel der geldwerten Gewinnmaximierung ausgerichtet und deren

---

1503 Die entsprechenden Vorhaltungen sind zahlreich. Genannt seien hier nur zwei Äußerungen von Heckhausen aus den Sitzungen von 1972, als er die »Publikationspraxis« als besonderen Kritikpunkt hervorhob, und 1973, als es ihm erneut um den »Umfang der Institutsveröffentlichungen« ging. Protokolliert ist zudem die Entgegnung Beckers auf den Beiratsbericht von 1976, als er feststellte, dass die »Zahl der Publikationen von Mitarbeitern in wissenschaftlichen Zeitschriften im letzten Jahr zugenommen« habe. Dies lässt umgekehrt auf das genannte Monitum schließen. Siehe außerdem den Abschlussbericht des Beirats, in dem an erster Stelle seiner Erfahrungen – nun unter positivem Vorzeichen – die »beträchtliche[...] Zahl von Publikationen« aufgeführt wurde. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung – erstattet im Anschluß an die Beiratssitzung am 15./16. 1. 1981, S. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1504 Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 54, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

1505 Siehe zum Begriff der »Effizienz« etwa die Bestimmung im Gabler Wirtschaftslexikon. Dort wird allerdings primär auf Bereiche und Anwendungskontexte der Wirtschaftswissenschaft verwiesen, etwa auf so unterschiedliche Bereiche wie die Effizienz in der Produktion, in der Informatik, der Umweltökonomie oder von Organisationen. Vgl. »Effizienz«. In: *Gabler Wirtschaftslexikon. Bd. 2: C–F.* 18. Auflage. Wiesbaden: Springer 2014, 826–827.

Erfolge sind entsprechend quantitativ messbar. In Bezug auf Forschungsprojekte dagegen können Bewertungen, die sich auf deren Ziel- und Wirkungsdimension, und daher letztlich auf die gesellschaftliche Relevanz oder Sinnhaftigkeit der Forschungsergebnisse beziehen, die Effizienz-Argumentation je nach ethischer oder politischer Position der Sprecher*in wahlweise aushebeln oder legitimieren.[1506] Auf das MPIB bezogen, illustriert der Fall von Blankertz' Beurteilung des Schulleistungsprojekts, was damit gemeint ist. So kam er 1975 in Bezug auf dieses Projekt trotz des Vorwurfs der Ineffizienz, den Blankertz sogar partiell teilte, dennoch zu dem Schluss, dass sich »auch eine elfjährige Arbeit gelohnt« haben würde, sofern die Projektergebnisse etwa im Kontext des Designs der damals diskutierten Hochschulprüfungen Anwendung finden würden. Denn für ihn besaß die »Fragestellung des Projekts eine eminent aktuelle Bedeutung«.[1507] Der Wert der mit der Studie erbrachten wissenschaftlichen Leistung bemaß sich für Blankertz also unter dem Strich an einer anderen Zielsetzung und an anderen damit verbundenen Beurteilungskriterien, als an der Anzahl der in der Projektlaufzeit produzierten Publikationen oder deren Publikationsorten. In den Diskussionen des Beirats wurde die Frage nach dem Maßstab der Beurteilung von »Effizienz« und der damit eigentlich notwendig verbundenen Frage nach der Ziel- und Wirkungsdimension der Projekte jedoch weitestgehend ausgespart. Allein von solchen Klärungen aus hätte in der Wissenschaftsevaluation aber die Rede von der Effizienz konsensual skaliert werden können. Da dies ausblieb, kreisten die Diskussionen im Beirat in puncto Ineffizienz – jenseits offensichtlicher Fälle von Überproportionierung oder Verschwendung – sozusagen um eine Leerstelle, die nahezu beliebig mit wissenschaftspolitischen Zielstellungen besetzt werden konnte. Im Fall des MPIB wurde von Seiten des Beirats, wie gezeigt, vor allem die Forderung einer Leistungserhöhung gestellt, die sich über die Anzahl der Publikationen in Fachjournalen pro Zeitintervall bemaß, ohne dass die damit verbundene Zieldimension oder Wirkungsabsicht geklärt worden wäre.

Aufschlussreich ist aber noch ein weiteres Phänomen der Beiratsdiskussionen. Denn nicht nur Blankertz zeigte eine – aus heutiger Perspektive betrachtet – merkwürdig anmutende Ignoranz gegenüber diesem besonders von Heckhausen forcierten Maßstab für wissenschaftliche Leistungen. Auch andere Diskussionsbeiträge, vor allem in einer der zentralen Debatten um die Schulleistungsstudie von 1975, deuten darauf hin, dass die damit einhergehende Art, die Dinge zu sehen und zu bewerten, in dem sozialwissenschaftlich orientierten Kreis, der in den Beiratssitzungen zusammenkam, alles andere als selbstverständlich war. So standen der massiven Kritik Heckhausens – die sich auch auf das Forschungsdesign und vorgebliche methodologische Mängel bezog – zwar vielfältige Argumente gegenüber. Auf die Forderung nach einer höheren

---

1506 Vgl. zu der Problematik, die »Effizienz« der Arbeit kultureller Organisationen festzustellen, die systematischen Überlegungen und empirischen Ergebnisse von Studien des soziologischen Neo-Institutionalismus, wie sie weiterführend von Raimund Hasse und Georg Krücken dargestellt sind. Siehe zudem zur Problematik von Forderungen der Effizienzsteigerung in der Wissenschaft mittels eines professionalisierten Managements die Überlegungen Krückens aus seiner Antrittsvorlesung an der DHV Speyer im Sommer 2008: Hasse und Krücken, *Neo-Institutionalismus*, 2005, 33–61; Georg Krücken: Lässt sich Wissenschaft managen? *Wissenschaftsrecht* 41 (2008), 345–358, bes. 349–351.

1507 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 18, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

Frequenz von Publikationen in Fachzeitschriften als zentralem Leistungsausweis wurde jedoch so gut wie gar nicht eingegangen. Zum Beispiel legitimierte ein leitender Vertreter des Projekts den Aufwand für die Studie allein über deren wissenschaftliches Anspruchsniveau[1508] und auch das Beiratsmitglied Roeder argumentierte ausschließlich mit Qualitätsaspekten und legte sogar ähnlich wie Blankertz nahe, das »Risiko der [weiteren] zeitlichen Verzögerung« aufgrund der Güte bisher vorliegender Leistungen und der wissenschaftlichen Relevanz der erwartbaren Ergebnisse auf sich zu nehmen. So habe das Projekt »unter anderem die besten Schulleistungstests entwickelt [...], die es gäbe, und [es liege] eine bestmögliche Untersuchungsstichprobe« vor, was in Kombination mit den weiterentwickelten Ansätzen in der Konzeption von Schulleistungen und ihrer Analyse erhebliche Chancen für die bessere »Untersuchung einer ganzen Reihe grundlegender Fragen zum Verständnis schulischer Leistung« böte.[1509] Habermas bewegte sich gleichfalls primär auf der Ebene des Austauschs qualitativ orientierter Argumente, auch wenn er angesichts der »lange[n] Zeitdauer des Projekts« vermutete, dass »irgendetwas schief gelaufen sein müsse« und sich ausführlicher mit den möglichen Gründen auseinandersetzte. So nannte er etwa die Projektanlage, die von Beginn an zu »post-hoc-Ausweitungen« eingeladen habe, und kritisierte »eher zu viel forschungstechnischen Perfektionismus« in der Erhebungsphase, die »mangelnde Koordinierung einzelner Arbeitsschritte« oder die Verschiebung von »Schuldgefühle[n], die angesichts von Verzögerungen aufkommen könnten«, in »steigende Aspirationsniveaus«. Hauptsächlich richtete er sich aber gegen die von Heckhausen vorgebrachte Kritik: Eine »gesellschaftstheoretische ›Aufblähung‹ empirischer Fragen und wissenschaftstheoretische Konfusionen« könne man dieser Projektgruppe »am wenigsten vorwerfen«. »Herr Heckhausen bringe seiner Meinung nach die Probleme des Instituts zu sehr auf einen Nenner«.[1510] Sofern man sich in den Beiratssitzungen jedoch einmal explizit mit dem geforderten Leistungsausweis über Publikationen in Fachjournalen auseinandersetzte und damit auch die Metaebene des Diskurses um Effizienz immerhin streifte, wirken diese Äußerungen heute geradezu wie aus der Zeit gefallen. So konnten es Oevermann und Becker in Reaktion auf den Vorwurf des zu großen Umfangs von Hausveröffentlichungen ohne Scheu wagen, die »Fragwürdigkeiten der heutigen Publikationspraxis« ins Feld zu führen und hielten den Hinweis auf die »durch die Institutsdruckerei [ermöglichte ...] schnellere Veröffentlichung als

---

1508 Während Heckhausen für die vom Projekt bis 1970 erhobenen Daten einfachere »korrelationsstatistische Datenauswertung mit common-sense-Hypothesen« im Sinne der IEA befürwortete, um zur raschen Ergebnispublikation zu gelangen, verwies Zeiher auf die sich ab etwa 1970 vollziehende ›kognitive Wende‹ in der Psychologie (ohne diesen Begriff explizit zu verwenden). Zu Projektbeginn, als die Studie nach dem Muster der IEA angelegt wurde, sei diese Entwicklung nicht absehbar gewesen. Bei der Auswertung der Daten hätten die damit einhergehenden Veränderungen unabdingbar im analytischen Design berücksichtigt werden müssen. Letztlich argumentierte Zeiher also vom Standpunkt der Disziplinentwicklung her. Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 14–15, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79. Zur kognitiven Wende siehe hier nur im Überblick und weiterführend Lück, *Geschichte*, 2013, 145–147.

1509 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 16–17, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

1510 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 17, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

durch Verlage« offenbar für ein gutes Argument.[1511] Auch Roth anerkannte zwar selbstverständlich »die Anzahl der publizierten Bücher« als »Gradmesser der Publizität des Instituts«. Abgesehen davon, dass er damit den Monographien in der Wertigkeit den Vorrang vor wissenschaftlichen Artikeln gab (die er noch nicht einmal erwähnte), rechnete er diesen »Gradmesser[n]« ohne Prioritätsabstufung auch die »graue Literatur« des MPIB zu, die »wissenschaftsintern sehr begehrt« sei.[1512] Im heutigen international geltenden Reputationssystem wäre dies eine Unsagbarkeit. Ähnlich anstößig scheint aus einer solchen Perspektive, dass Roth in seiner Auffächerung der drei Ebenen des »Wirkungsgrad[es]« des Instituts die »Wirkung auf die Fachdisziplinen« für »nicht so relevant [hielt], da diese selbst einer spezifischen Verengung« unterlägen. Dagegen sei die »Wirkung auf das Gesamtfeld der Bildungsforschung [...] unabweisbar«.[1513] Schließlich deutet die Verwendung der Begriffe »Publizität« und »Wirkungsgrad« durch Roth eine zeitgenössisch noch bestehende terminologische Offenheit an, die ebenfalls auf die damalige Neuheit der Effizienz-Thematik in der Leistungsbewertung der Sozialwissenschaften zumindest im deutschen Sprachraum hinweisen; dafür sprechen auch leichte Konfusionen bei der Verwendung der Termini »Ertrag« und »Wirkung«.[1514]

Insgesamt können hinsichtlich der Diskussionen des Beirats über die Effizienz der Forschungsarbeit am MPIB vier Schlussfolgerungen gezogen werden: Zum Ersten legt die durchgängige Wahrnehmung von Ineffizienz am MPIB nahe, dass hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs in einigen Projekten an nicht näher definierten Stellen, wie Habermas das ausdrückte, »irgendetwas schief gelaufen« war. Zu vermuten ist, dass dies tatsächlich zu einem Gutteil auf die theoretischen Ansprüche, die komplexe methodische Designs erforderten, und auf das gesteckte

---

1511 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. Was das für »Fragwürdigkeiten« waren, wurde im Protokoll leider nicht notiert.

1512 Daneben nannte Roth zum Beispiel als Kriterien die »nachweisbare Attraktivität des Instituts für den wissenschaftlichen Nachwuchs« oder die »Vermittlungswirkung in Bezug auf internationale Forschung«. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. Vgl. zur Publikationskultur in der Erziehungswissenschaft bis zum Anfang der 1990er Jahre die bei Aljets zusammengestellten Bemerkungen von Zeitzeugen, die allerdings nicht historisch kontextualisiert sind: Aljets, *Aufstieg*, 2015, 136–137.

1513 Roth trat bei der Bestimmung des Wirkungsgrades des MPIB für die Legitimität des Politik- und Praxisbezugs der Bildungsforschung ein, wollte also die Effekte der Institutsarbeit auf der Ebene der »Bildungsverwaltung« und der »Praxis ›vor Ort‹« in dessen Gesamtbeurteilung einbezogen wissen. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 11–12, Zitate S. 11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1514 Wie erwähnt, sprach zum Beispiel Blankertz 1975 und 1979 von Aufwand und »Ertrag«, der Beirat in seinem Bericht von 1977 dagegen von Aufwand und »Erfolg«. Roth ging es, wie oben beschrieben, um den »Wirkungsgrad«. Er konkretisierte diesen dann über Aspekte der »Publizität«, wobei er zudem Wirkungen (zum Beispiel »die nachweisbare Attraktivität des Instituts für den wissenschaftlichen Nachwuchs«) auf gleicher Ebene und ohne Differenzierung neben anderen Aspekten, zum Beispiel Ergebnissen (wie etwa die »Anzahl der publizierten Bücher«), anführte. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 17, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 12, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

Ziel zurückzuführen war, zu einer Art Metatheorie zu gelangen. Darauf wies der Beirat insofern zu Recht hin, und er baute bei der Einzelbesprechung der Projekte nicht unerheblichen Druck auf, deren Laufzeiten zu prüfen und bei neuen Unternehmungen die Relation zwischen Forschungsdesign und benötigten Ressourcen zu berücksichtigen.[1515] Was die Ursachen der kritisierten Ineffizienz anging, lagen diese zum Zweiten aber wohl auch in der bis dahin fehlenden Notwendigkeit begründet, im Rahmen der MPG über den Ressourcenverbrauch verantwortlich gegenüber den Geldgebern (also der MPG-Leitung und letztlich den öffentlichen Finanziers in Bund und Ländern) Rechenschaft abzulegen. Dieser Usus veränderte sich zwar mit den – für das Institutspersonal sicher unangenehmen – diesbezüglichen Nachfragen des Beirats, die mit der unter Lüst verstärkten zentralen Steuerung der MPG einhergingen. In letzter Instanz aber lag die Verantwortung über Personal, Finanzen und Organisation noch immer beim Leiter des MPIB. Dieser hatte jedoch schon bei der Beantragung des Instituts und bei der Neubauplanung in Bezug auf die Höhe der Kosten sorglos großzügig kalkuliert – und hatte damit passieren können. Auch im Beirat wurde Becker an keiner Stelle direkt angegangen. Inwieweit er dabei unter dem Schutz des Harnack-Prinzips stand, die Hemmung von Kritik also ursächlich mit der organisationalen Spezifik der MPG verbunden war, muss hier offen bleiben.

Aus den Hinweisen auf die Ineffizienz resultierte zum Dritten weder eine Handhabe zur Beurteilung der im engen Sinn wissenschaftlichen Qualität noch der Ziel- und Wirkungsebene der Forschungsprojekte, also ihrer wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Sinnhaftigkeit. Von der von Wiarda so bezeichneten »Effizienzkrise« des Instituts kann insofern vorrangig im oben beschriebenen eingeschränkten Sinn von materiell (allzu) selbstsicher angelegten Projekten gesprochen werden. Gravierender ist, dass die Rede von der Effizienz, wie die Erörterungen in den Sitzungen des Beirats zeigen, tendenziell die Ebene der Ziele und Wirkungsabsichten der Forschung verschleierte und entsprechende Diskussionen blockierte. Sie verwies die Frage nach der Legitimation der Forschung stattdessen auf einen sehr engen, vorgeblich ›rein wissenschaftlich‹ gefassten Bewertungsmaßstab, der sich letztlich an der Anzahl und Taktung von Publikationen im Rahmen etablierter (oder sich etablierender) Foren tradierter Disziplinen bemessen sollte. Das mag in der politisch aufgeladenen und polarisierten Atmosphäre der 1970er Jahre dazu beigetragen haben, in der MPG eine gewisse Ruhe zu halten und letztlich die Vorstellung von der Möglichkeit einer entpolitisierten Sozialwissenschaft zu befördern. Die Frage der Ziel- und sozialen Wirkungsdimension von Forschung brachte diese De-Thematisierung jedoch nicht zum Verschwinden, wenn auch nicht mehr darüber gestritten werden brauchte. Dass damit zugleich Forschungsansätze, welche diese soziale Einbettung inhärent in ihr theoretisches Design einbezogen, tendenziell in Misskredit gerieten, liegt nahe, ob nun mit

1515 Im Beiratsbericht an den Präsidenten von 1977 wurde in Bezug auf die Konzeption des Projekts »Gesellschaftliche Arbeit als Sozialisation« zum Beispiel darauf gedrungen, die Komplexität des Untersuchungsdesigns ebenso wie die Homogenisierung des Samples zu vermeiden und den kategorialen Apparat zu prüfen. Abschließend hieß es: »Der Beirat erwartet eine zügige Fortführung der konzeptionellen Arbeit mit dem Ziel, für die empirische Forschung, die hier sehr in die Breite gehen kann, klare Aufgaben zu formulieren«. Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

einheitswissenschaftlichen Anklängen in neomarxistischer Ausrichtung[1516] wie am MPIB oder wie bei der in Starnberg in der Gruppe Wissenschaftstheorie entwickelten Finalisierungstheorie. Diese Lesart verweist letztlich auf die Dimension grundlegender Deutungskämpfe um eine Neuausrichtung innerhalb der westdeutschen Sozialwissenschaften, besonders der Soziologie in den 1970er Jahren, die also auch in der MPG, entlang der Diskussionen über den dort institutionalisierten Typus sozialwissenschaftlicher Forschung, geführt wurden. Zum Vierten deuten die geschilderten, aus heutiger Sicht nahezu ignorant anmutenden, Reaktionen auf den geforderten wissenschaftlichen Leistungsausweis über Artikel in Fachzeitschriften an, dass viele der damaligen Sitzungsteilnehmenden noch weit entfernt davon waren, diese als alternativlose Währung im Reputationssystem der Wissenschaften auch nur wahrzunehmen. Interessant dabei ist, dass zentrale Impulse zur Veränderung dieser Wahrnehmungsstrukturen am MPIB von dessen Beirat und hier primär von einem offenbar konservativen und wissenschaftspolitisch neoliberal ausgerichteten Motivationspsychologen ausgingen.

2.) *Vorwurf der Empirie-Ferne:* Die zweite dominante Kritiklinie von Seiten des Beirats, die ebenfalls etwas ausführlicher betrachtet werden soll, richtete sich gegen die vorgeblich unzureichende Empirie-Orientierung der Forschung am MPIB. Wie dargestellt, wurde zumeist ein Missverhältnis von Empirie und einer im Vergleich dazu als überbordend gewerteten Theorie bemängelt. Damit in Zusammenhang stand die Kritik an einem vermeintlich mangelhaften Forschungsdesign, wobei die Vorwürfe hier bis hin zur Missachtung des internationalen Forschungsstands und weiterer basaler Regeln wissenschaftlichen Arbeitens reichten, die zugunsten eigener Forschungsziele vernachlässigt worden seien. Letzteres betraf, wie oben angeführt, zum Beispiel die von Oevermann geleitete Sozialisationsstudie »Elternhaus und Schule« oder die Schulleistungsstudie.[1517]

Für die Prüfung der Angemessenheit der Kritik gelten nun ganz ähnliche Beobachtungen wie für den Vorwurf der Ineffizienz: Sie wäre annähernd überzeugend nur über eine genaue Befassung mit den Einzelfällen, also mit den jeweils konkret vorgebrachten Monita im Vergleich zur Projektanlage und -durchführung zu leisten. Weiter unten seien – in gebotener Kürze und ausschnitthaft – zwei Beispiele zumindest angerissen.

1516 Wenn hier neomarxistisch geprägte Ansätze in den Kontext einheitswissenschaftlicher Zugriffe gerückt werden, ist im Hinterkopf zu halten, dass Habermas sich in der zweiten Phase des sogenannten Positivismusstreits dezidiert von dem von ihm identifizierten Programm eines naturwissenschaftlich fundierten und einheitswissenschaftlich ansetzenden ›Positivismus‹ abgrenzte und dagegen seinen damaligen Ansatz einer nach erkenntnisleitenden Interessen differenzierten Wissenschaft in Stellung brachte. Dieser Widerspruch kann in der vorliegenden Studie nicht aufgelöst werden. Vielmehr wird damit die in der Einleitung angesprochene notwendige wissenschaftshistorische Klärung der Genese und Verortung einheitswissenschaftlicher respektive ganzheitlicher Ansätze bestärkt. Vgl. zu Habermas' Position in kritischer Annäherung Dahms, *Positivismusstreit*, 1994, 376–400, vor allem 376–379, sowie zur späteren Distanzierung Habermas' von den Möglichkeiten der erkenntnistheoretischen Fundierung einer kritischen Gesellschaftstheorie Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008, 70–71.

1517 Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15. 10. 1973 [...], S. 12–15, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77; Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 17, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

Zunächst stellt sich jedoch auch in diesem Fall das Definitionsproblem, hier in Bezug auf den Begriff der »Empirie«. Denn für sich genommen führt der Terminus (etwa als »Erfahrungswissen«) keine methodologische Trennschärfe mit sich – auch wenn sicher vorauszusetzen ist, dass den meisten Teilnehmenden an den Diskussionen im Beirat die großen diesbezüglichen zeitgenössischen Debatten, vor allem im Zuge des sogenannten Positivismusstreits und des kämpferischen Soziologentags von 1968 in Frankfurt, präsent waren. Mit Habermas war sogar einer der Hauptbeteiligten anwesend. De facto wurde jedoch im Beirat auch im Fall dieses Terminus' eine definitorische Klärung so gut wie gar nicht gesucht. Nur in der Sitzung von Dezember 1978 klingt das Bedürfnis der Auseinandersetzung mit dem Begriff der Empirie an – bezeichnenderweise in der Reaktion »[e]iniger Mitarbeiter« des MPIB auf die beständig in diese Richtung zielenden Vorhaltungen, deren man sich offensichtlich aufgrund des so diffus wie polarisiert bleibenden Begriffsfelds nicht recht zu erwehren wusste. Diesmal wurden sie mit einer Rundum-Kritik Bronfenbrenners an »alle[n] Projektberichte[n]« des Forschungsfeldes Sozialisation konfrontiert, aus denen er generell einen Mangel an »substantielle[m] Material«[1518] herauslas. Von Seiten der Mitarbeiter*innen wurde dieser Vorwurf dann »als grundsätzliches Mißverständnis und schwer abzubauendes Vorurteil« bezeichnet,[1519] ohne dass diesem Einwurf allerdings anschließend auf der Metaebene nachgegangen wurde. Dass es sich dabei allerdings um ein bloßes »Mißverständnis« und »Vorurteil« handelte, kann bezweifelt werden. Die in der Beiratskritik an der vorgeblichen Empirie-Ferne mitschwingende und vielfach explizit gemachte Entgegensetzung von »Empirie« und »Theorie« deutet vielmehr auf die spezifischen, in der Bundesrepublik seit Mitte der 1960er Jahre aufgebauten theoretischen und forschungspolitischen Fronten hin, besonders zwischen Ansätzen des Kritischen Rationalismus (beziehungsweise den als »positivistisch« gewerteten Positionen) und solchen neomarxistischer Provenienz.[1520] Damit lassen sich die Debatten um die Bildungsforschung erneut mitten in den Deutungskämpfen um die Gestalt der bundesdeutschen Sozialwissenschaften verorten.

Dass sich dabei methodologische und forschungspolitische mit gesellschaftspolitischen Positionen mischten – allerdings nicht nur bei den neomarxistischen, kritischen Ansätzen, denen dies explizit vorgeworfen wurde (Stichwort ›Ideologisierung‹), sondern auf allen Seiten –, zeigen die angekündigten Beispiele. Beide entstammen den Besprechungen von Institutsprojekten, die auf der Beiratssitzung Ende 1978 auf der Tagesordnung standen. Direkt im Anschluss

---

1518 Bronfenbrenner leitete mit dieser Kritik die Diskussion des schriftlichen Institutsberichts ein, wobei er unter Bezug auf alle Projektberichte im Forschungsfeld, letztlich aber sogar in Ausweitung auf das Gesamtinstitut pauschal konstatierte, dass »den sehr umfangreichen theoretischen Ausführungen nur vergleichsweise wenig Daten und Erörterungen methodischer Probleme gegenüberständen. Zwar sei zu erkennen, daß diese Gewichtung auch den [...] Arbeitsschwerpunkten des Instituts entspräche, nur wünsche er sich in Zukunft mehr substantielles Material«. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1519 In dem Versuch, die Vorwürfe zu entkräften, wurde darauf hingewiesen, dass es »eingestandenermaßen schwierig« sei, in verkürzter Form zu berichten und zudem die Unterschiede zwischen den Projekten adäquat darzustellen, zumal sie theoretisch unterschiedlich verfasst seien und »die Projekte [...] die unterschiedliche Strenge ihrer Definition empirischer Gegebenheiten, auf die sie sich beziehen, spiegelten«. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 7–8, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1520 Vgl. dazu ähnlich Bonß, *Einübung*, 1982.

an die erwähnte Generalvorhaltung Bronfenbrenners über den vorgeblichen Mangel an »substantielle[m] Material« folgte die Diskussion des Projekts »Frühkindliche Sozialisation«, die diesmal durch die Kritik Heckhausens – »der die genannten Vorbehalte [Bronfenbrenners] aufrechterhielt« – eingeleitet und spezifiziert wurde.[1521] Das im Beirat von Kurt Kreppner vertretene Projekt war eine zunächst auf zwei Jahre hin angelegte Längsschnittstudie in Form einer damals innovativen, videogestützten Familienbeobachtung mit monatlich geplanten Besuchen in einem durch eine Vorstudie strukturierten Sample. Ziel war es, Kenntnisse über die »Relevanz des sozialen Systems der Familie« für Aspekte der frühkindlichen Sozialisation zu gewinnen, was zunächst über die »Identifikation gleichbleibender Muster« von Interaktionsstrukturen geleistet werden sollte. Parallel wurde angestrebt, methodologische Erträge über die Art und Weise der Dokumentation zu realisieren.[1522] Bei der Kritik hatte man es dann allerdings entgegen dem von Bronfenbrenner angestimmten Leitmotiv tatsächlich weniger mit der Vorhaltung der Empirie- oder Material-Ferne zu tun. Dies wäre angesichts des engen Bezugs von erhobenem Material und Analyse in dem qualitativ orientierten Forschungsdesign wohl auch abwegig gewesen. Negativ vermerkt wurde von Bronfenbrenner nun vielmehr, dass eigene Daten erhoben worden seien und dass auf dieser Basis eine eigenständige Hypothesenbildung gesucht und nicht auf bereits »empirisch erhärtete[...] Befunde« zurückgegriffen wurde, um deren »Generalisierbarkeit« zu prüfen.[1523] Damit schloss Bronfenbrenner ganz offensichtlich an das Erkenntnismodell Poppers und das damit einhergehende Verdikt eines induktiven Vorgehens an. Der nachfolgend geäußerten gleichgerichteten Kritik Heckhausens, die ebenfalls auf der Linie des Kritischen Rationalismus liegend auf einen kumulativ verstandenen Wissensfortschritt zielte, erwehrte sich Kreppner dann allerdings, indem er darauf verwies, dass die von diesem als Bezugspunkt vorgeschlagenen Studien und Hypothesen in einer für ihn nicht kompatiblen Forschungstradition stünden: Sie gingen von der »Vorstellung des Kindes als einem Einzelwesen« aus, seien »dann auf die Mutter ausgedehnt [worden] und [hätten] schließlich und sehr viel später erst den Vater in die Betrachtung einbezogen«.[1524] Hinzuweisen ist an dieser Stelle auf den wertkonservativen Einschlag von Heckhausens eigener Forschung zum

---

1521 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 8, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1522 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 9–11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81. Das Projekt, das bis zum Ende der 1980er Jahre laufen sollte, wurde damals von Kurt Kreppner, Sybille Paulsen und Yvonne Schütze durchgeführt; Elisabeth Bingel war zeitweilig als Stipendiatin beteiligt. Der 1996 an der FU habilitierte Psychologe Kreppner war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut, er hatte vorher in der Sozialisationsstudie (»Elternhaus und Schule«) mitgearbeitet und führte hier entstandene Forschungsansätze und Überlegungen in dem Folgeprojekt fort. Siehe dazu: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin-Dahlem. Tätigkeitsbericht 1976/77 für die Geisteswissenschaftliche Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft, S. 7, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 87, S. 7; Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin. Jahresbericht über die Forschungstätigkeit und die Serviceeinheiten, November 1980 bis Oktober 1981, S. 67, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 96 und zum Beispiel Kurt Kreppner, Sybille Paulsen und Yvonne Schütze: Familiale Dynamik und sozialisatorische Interaktion nach der Geburt des zweiten Kindes. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 1 (1981), 291–297.

1523 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 10, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1524 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 9, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

»Lebensraum Familie«, der zum Beispiel in seinen Ausführungen zur günstigsten Rollenverteilung von Müttern und Vätern für das Heranwachsen »hochleistungsmotivierter Kinder« in einem Vortrag von 1974 vor einem Adressatenkreis aus der Wirtschaft sichtbar wird.[1525] Berücksichtigt man diese Verortung des Psychologen, so wird am Beispiel der Diskussion um das Kreppner-Projekt sichtbar, dass es unter der Überschrift der vermeintlichen Empirie-Ferne und den Vorhaltungen mangelhafter Forschungsdesigns um weit komplexere Auseinandersetzungen auf der Ebene wissenschaftstheoretischer Positionen wie auch forschungs- und gesellschaftspolitischer Positionierungen ging.

Dafür spricht auch das zweite Beispiel, ein gleichfalls 1978 geführter Disput zwischen Heckhausen und Edelstein. Anlass war in diesem Fall die Erörterung des Projekts »Curriculumrevision«, bei dem die verschiedenen Methoden der Steuerung der Gesamtschulentwicklung in ausgewählten Bundesländern vergleichend untersucht werden sollten.[1526] Heckhausen flocht auch in diesem Fall in seine Kritik die Behauptung der Unkenntnis entsprechender Fachliteratur ein, diesmal in Bezug auf aktuelle US-amerikanische Studien, welche den Zusammenhang von Schulgröße und »Resozialisierungskosten« thematisierten und in den Mittelpunkt rückten.[1527] Edelstein trat dem entgegen und verwies auf die entsprechende Rezeption in der westdeutschen pädagogischen Diskussion und am Institut. Darüber hinaus konterte er die von Heckhausen offensichtlich pejorativ gefasste Beziehung der Schulgröße zu Sozialisationsprozessen (»Resozialisationskosten«), indem er feststellte, dass diese Problemstellung in der Bundesrepublik »unter dem Thema der Gesamtschule eine konservative Stoßrichtung erhalten« habe und setzte Heckhausens Einwurf damit unmissverständlich in Beziehung zu dessen bildungspolitischer Position. Gegen diese argumentierte Edelstein dann grundsätzlich unter Bezug auf eine der Ursprungsintentionen des Instituts: So müsse der in Heckhausens Beitrag mitgeführten »Gefahr der Umkehrung von Ursache und Wirkung entgegengetreten« werden, denn »[d]ie Rationalisierung von Lebensräumen zu Großräumen war ja gerade die Entwicklung, auf die versucht wurde, mit der Bildungsreform zu reagieren«.[1528] Mit dem Hinweis Edelsteins auf die Bildungsreform war einer der ansonsten nur unter der Hand mitlaufenden zentralen Streitpunkte der Debatten benannt. Der Schlagabtausch zwischen ihm und Heckhausen blieb allerdings

---

1525 Bezug genommen wird hier auf den oben erwähnten Vortrag, den Heckhausen auf einem wissenschaftlichen Kolloquium des IW zum Thema »Leistungsmotivation – Unternehmerinitiative – Wirtschaftswachstum« hielt. Darin heißt es unter anderem: Da die »Unterschiede in der Ausprägung des Leistungsmotivs« erworben seien, nähmen die »Kindererziehung und die Wertgehalte im Lebensraum der Familie« für diesen Prozess eine »Schlüsselposition« ein. Die Mütter, »die ein sensibles Sensorium für Entwicklungswachstum, Entwicklungsfortschritte ihrer Kinder besitzen«, sollten dabei »jeweils entwicklungsangemessen von ihnen Selbständigkeit fordern«. »Das günstigste Rollenverhalten des Vaters ist es, sich eher im Hintergrund zu halten und selbst nicht stark sanktionierend einzugreifen«. Heckhausen plädierte im Hinblick auf die Förderung der »hochleistungsmotivierte[n] Kinder« insgesamt für ein »liberale[s], warme[s], demokratische[s] Familienmilieu«. Heckhausen, *Leistungsmotivation*, 1974, 17–18.

1526 Dazu Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 14–16, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1527 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6. und 7. 12. 1978, S. 14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1528 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 15, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

eines der wenigen Beispiele, in dem im Beirat die bildungspolitischen Zielsetzungen, die der vorgeblich rein wissenschaftlichen Diskussion unterlagen, angesprochen wurden.

Dem korrespondierte es, dass in den Diskussionen über den Stellenwert der Empirie am Institut Gegensätzlichkeiten im Wissenschaftsverständnis sichtbar wurden, die ›wissenschaftsimmanent‹ nicht auflösbar waren. Exemplarisch zeigen das für den Aspekt der Interdisziplinarität die Beiträge von Heckhausen und Weizsäcker in der teilweise hoch emotional geführten Debatte um die Institutsstrategie von 1975 (also noch vor der Neuberufung des Beirats im Folgejahr), bei der sich Weizsäcker an die Seite des MPIB stellte. Basis der Diskussion war ein dem Beirat vorab zugegangener »Zwischenbericht über die forschungsstrategische Diskussion im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung« von Anfang Oktober 1975.[1529] Als die Auseinandersetzungen bereits eine geraume Weile liefen, monierte Heckhausen, der sich angesichts der vom Institut beigebrachten Vorlage und des Diskussionsverlaufs inzwischen offenbar am Rand der Fassungslosigkeit befand, dass mit dem Papier eine kaum in konkrete Projekte oder strategische Optionen überführbare »Breitwinkelmetatheorie« vorgelegt worden sei.[1530] In diesem Begriff kam offenbar einerseits sein massiver Ärger über die mit dem Papier aus seiner Sicht dem Beirat zugemutete Zeitverschwendung zum Ausdruck. Denn konkret zu entscheiden blieb auf dieser Basis für das einmal im Jahr zusammenkommende Gremium tatsächlich kaum etwas – und Becker war sicher Stratege genug, diesen Umstand zu billigen beziehungsweise davon zu profitieren, den Beirat so lange wie möglich aus den Institutsentscheidungen herauszuhalten. Andererseits und grundsätzlich richtete sich Heckhausens Kritik gegen den interdisziplinären, auf eine übergreifende Theorie der Bildungsforschung gerichteten Ansatz des Instituts, auch da er – wie Heckhausen an anderer Stelle geäußert hatte – die strikte Überzeugung vertrat, dass es »keine Transformationsregeln zwischen Theorien aus verschiedenen Disziplinen geben« könne.[1531] Dagegen bezeichnete Weizsäcker die vom Institut beigebrachte Vorlage beziehungsweise das, »was Herr Heckhausen mit der Breitwand bezeichnet«, als »integrierendes Denken, [... als] eine Arbeit der Reflexion, der ständigen Reflexion auf das was getan wird«. Sie sei

---

1529 Zwischenbericht über die forschungsstrategische Diskussion im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin 6. 10. 1975, Kommission der Grundsatzkonferenz. Vgl. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

1530 »Dieses Institut hat es gerade fertig gebracht, uns, also dem wissenschaftlichen Beirat, diese Breitwinkelmetatheorie vorzulegen. Warum ist man nicht einen Schritt weiter gegangen« und hat entscheidbare »strategische Stellen, aber jetzt mal wirklich konkret oder etwas konkreter, ausgeführt«? »Also mein Unbehagen und mein Skeptizismus hat inzwischen [nach dem Eintreten Beckers für einen Forschungsprozess, der prinzipiell für Veränderungen des Designs offengehalten werden sollte] ein Maximum erreicht. [...] Ich möchte jetzt einfach mal eine Vorhersage machen und bitte das zu protokollieren, daß der Beirat im nächsten Jahr vor exakt den gleichen Fragen steht. Daß wir im nächsten Jahr genau wie heute das zweifelhafte Vergnügen haben, weite Bereiche dessen, was hier uns vorgelegt wird [...] zu analysieren«. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 47, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

1531 Dies hatte Heckhausen in der gleichen Beiratssitzung anlässlich der Debatte um die Schulleistungsstudie geäußert. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 15, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

> wegen des Standes der Wissenschaft notwendig [...], damit die empirischen Arbeiten nicht belanglos sind. Oder, was noch schlimmer wäre, zwar belangreich, aber in der Reflexion unkontrolliert.[1532]

Damit schien auch im Beirat des MPIB die Diskussion um die Spezifik der Bildungsforschung und deren einheitswissenschaftliche Anklänge wieder deutlich auf.

Will man die Beiratskritik an der vorgeblichen Empirie-Ferne der Institutsforschung des MPIB bilanzieren, so kann zwar angesichts der Einwände auf den ersten Blick der Eindruck entstehen, dass am Berliner Institut, übertrieben formuliert, so gut wie keine methodologisch und methodisch solide empirische Sozialwissenschaft, sondern überwiegend abgehobenes Theoretisieren zum Zweck gesellschaftspolitischer Veränderungen getrieben wurde. Die etwas genauere Befassung mit den Vorhaltungen legt allerdings eher nahe, dass man es jenseits produktiv angelegter methodologischer Monita seitens des Beirats und wissenschaftlicher Positionsunterschiede mit einem Grundmuster der Kritik zu tun hatte, das frappant an die konservativ gefärbte Kritik zeitgenössischer Gegner linker und linksliberal orientierter Ansätze der Sozialwissenschaften, insbesondere im Bereich der Bildungsforschung erinnert, die an ihrem Berliner Standort stark durch Ansätze einer »Kritischen Theorie« geprägt war. Dieses Muster zeigt sich exemplarisch an der Position Scheuchs, einem der damaligen führenden Vertreter der empirischen Sozialforschung, die ab etwa 1974 in der Bundesrepublik rasant an Boden gewann und der, wie gezeigt, zugleich zu den Hauptrepräsentanten des BFW gehörte. Noch 2002 sprach Scheuch im Rückblick auf die Soziologie der 1970er Jahre davon, dass die »Kritische Theorie« »ausgesprochen empiriefeindlich« gewesen sei,

> weil durch Empirie der utopische Schwung gebremst wurde. Diese Lehre wollte eine Verselbständigung gegenüber den Tatsachen, die als Hemmnis gegenüber einer emanzipatorischen Utopie gesehen wurden. Das galt ganz besonders in der Bildungsforschung der damaligen Zeit.[1533]

In den Äußerungen des Beirats des MPIB waren derlei rhetorische Extremausschläge und Polarisierungen zwar nicht zu finden, aber eine in diesem Sinn als konservativ zu begreifende Motivlage ist auch angesichts der beschriebenen Lagerung in der MPG, der entsprechenden Profilierung des Hauptkritikers Heckhausen und der aufgezeigten politischen Untertöne der Debatten nicht von der Hand zu weisen. Zumindest mag die von Wolfgang Bonß 1982 vorgenommene historisch-systematische Analyse zur »Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung« in der Beobachtung auf die Beiratsdiskussionen übertragbar sein, dass Vertreter von Positionen des Kritischen Rationalismus gerade in den 1960er und 1970er Jahren dabei waren, den Empiriebegriff zu kapern beziehungsweise ›empirische‹ Forschung allein für

---

1532 Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15.10.1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 25–26, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1533 Scheuch, *Laudatio*, 2002, 38.

ähnlich ausgerichtete Ansätze zu reklamieren und dabei »unterschwellig[...] ›Empirie‹ mit ›Tatsachen‹« gleichzusetzen.[1534]

3.) *Kritik an der Institutskultur – Beispiel Forschungsevaluation:* Eine dritte zentrale Stoßrichtung der Kritik im Beirat, die hier etwas näher verfolgt werden soll, richtete sich gegen die Effekte der Institutskultur des MPIB, die wesentlich auf den Idealen von persönlicher Entwicklung und herrschaftsfreier Kommunikation beruhte und die sich institutionell in der mitbestimmungsorientierten Governance-Struktur und der Forschungsorganisation in Projekten objektiviert hatte. Wie dargestellt, wurden im Beirat die damit einhergehenden Autoritäts- und Zeitverluste, Entscheidungsschwierigkeiten, die Abschottung gegen externe Kritik und unter dem Strich Produktivitätshemmnisse bemängelt. Hatten diese Punkte jeweils ihre Berechtigung, so war mit der Institutskultur doch auch ein Dynamisierungs- und Innovationspotential verbunden, das sich vor allem auf ein hohes Niveau der Selbstreflexion und die Bereitschaft für eine kaum strategisch verstellte Kommunikation und Fehleranalyse gründete. Worum es hier ging und dass man es dabei mit einer spezifischen Qualität des MPIB zu tun hatte, die in der MPG ähnlich wohl nur noch in Starnberg zu finden war, wurde von Seiten eines Beiratsmitglieds gegen Ende der Strategiedebatte von 1975 eindrücklich, wenngleich nicht ohne Ambivalenzen, vermerkt:

> Also das, was wir hier in den letzten zwei Tagen erlebt haben, ist ja, jedenfalls von meiner Erfahrung, vollkommen ungewöhnlich. Ich kenne überhaupt kein anderes Institut, das seine eigenen Probleme so offen und dann auch noch auf einem Stand, wie diesen Zwischenbericht [zur Institutsstrategie] hier [präsentiert], der so angreifbar ist, wie so etwas nur angreifbar sein kann, [... und dann auch noch] ausgerechnet das Problematischste was Zeitaufwand und Ertrag angeht, [also das] Projekt [der Schulleistungsstudie] hier ausgerechnet Herrn Heckhausen zur Evaluierung übergibt, daß er das hier in der Luft zerreißen kann. Ich kenne nur Institute, mein eigenes eingeschlossen, in dem man so etwas ... verschleiern würde, genau das Gegenteil machen würde, eher ein Papier macht[e], in dem man sozusagen einem solchen Beirat gegenüber imm[u]nisiert, abschaltet, ... nicht reingucken läßt und andere Sachen präsentiert.[1535]

1534 Vgl. Bonß, *Einübung*, 1982, Zitat 16. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass Bonß damals an das Starnberger Institut angebunden und insofern selbst Partei war. So trat er mit seinem beeindruckenden Ansatz, auf historisch-systematischem Weg zur Klärung des Feldes beizutragen, aufgrund der Historisierung des Empirie-Begriffs zwar in größere Distanz zu den tradierten Streitlinien. Auch er blieb jedoch der überlieferten Dualität verhaftet, wenn er »alternative Strategien empirischer Forschung« in der »Kritischen Theorie« und im »Positivismus« beziehungsweise »zwei grundsätzlich konträre Empiriekonzepte« begründen wollte. Im Übrigen spricht Bonß nicht von Positionen des Kritischen Rationalismus, sondern von solchen des »Neopositivismus«. Ebd., 15, 12.

1535 Der im Transkript in diesem Fall anonymisierte Redner fügte hinzu, dass er »kein Kenner der Max-Planck-Gesellschaft« sei. Er fragte zudem an, ob diese Offenheit in der MPG auch an den naturwissenschaftlichen Instituten Tradition habe und wies sich »als Sozialwissenschaftler« aus. Vgl. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 51–52, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67. Ähnlich beeindruckt vom »kritische[n] Ton der Gesamtbilanzierung« zeigte sich etwa auch Husén im Hinblick auf die von Seiten des MPIB 1972 beigebrachten Evaluationsunterlagen: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 [...], S. 13, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

Offen muss bleiben, inwieweit mit diesem Statement auch eine gewisse Naivität vorgeführt werden sollte, die einer Institutskultur zu eigen war, welche ihrem Anspruch nach auf eine auf Vernunft und Wahrhaftigkeit ausgerichtete Kommunikation vertraute, sich strategischen Angriffen gegenüber aber extrem anfällig zeigte. Sicher ist, dass der hier vermerkte hohe Standard der Selbstkritik und der kommunikativen Offenheit Basis für einige der zentralen Impulse der Institutsentwicklung war, die also aus dem MPIB selbst hervorgingen und das Profil des Instituts auch in den 1970er Jahren prägten. Zu denken ist besonders an die Suche nach geeigneten Formen einer stärker rationalisierten und standardisierten Strategieentwicklung, die im Ergebnis zur Entwicklung einer Forschungsevaluation und zur Identifikation der besagten »Forschungsfelder« führte. Letztere sollten bis Anfang der 1980er Jahre Bestand haben und bewegten sich, besonders im Hinblick auf das Forschungsfeld Sozialisation, auf der Höhe der Zeit. Unter den Positiva sind zudem innovative Forschungsansätze zu verbuchen, die aufgrund der am Institut gewährten Zeit- und Reflexionsräume ihre Entwicklungschancen erhielten und von der selbst-/reflexiven Haltung der Forscher*innen profitierten. Exemplarisch kann die Modifikation des Forschungsansatzes im Projekt »Elternhaus und Schule« angeführt werden, das von Oevermann seit Anfang der 1970er Jahre von einem quantitativen Ansatz auf das qualitativ orientierte Forschungsdesign der »Objektiven Hermeneutik« hin umorientiert wurde und das in der Bundesrepublik Standards setzte.[1536]

Die Evaluation ist dabei im Hinblick auf die heutige wissenschaftspolitische Bedeutung von derlei Ansätzen besonders interessant. Mit geeigneten Formen der Forschungsevaluation hatte man sich am Institut bereits seit Ende der 1960er Jahre auseinandergesetzt: zuerst punktuell in der LK auf der Suche nach Möglichkeiten, Kriterien für Schwerpunktsetzungen in der Forschung zu finden, dann in der GK, in der im Mai 1972 schließlich ein Verfahrensstandard festgelegt wurde, der vor allem auf Aspekte der Qualitätssicherung und Kommunikation sowie auf kollektive Lerneffekte abhob.[1537] Zu dieser Zeit begann das Thema der Evaluation in der Bundes-

---

1536 Über die methodologischen Überlegungen und die kontextbezogenen Gründe für die Veränderung des Forschungsdesigns hat Oevermann 2019 in einem Interview Auskunft gegeben. Dass er für seinen Neuansatz die Bezeichnung der »Objektiven Hermeneutik« wählte, gewinnt im Übrigen wohl auch auf dem Hintergrund des damaligen, in der MPG dominierenden Wissenschaftsverständnisses Kontur, wo die auf den ersten Blick paradoxal anmutende Begriffskonstruktion mit dem darin üblicherweise den Naturwissenschaften vorbehaltenen Objektivitätsanspruch möglicherweise erwünschte Reizungen verursachte. Oevermann erinnert allerdings, dass es sich um »eine naive Bezeichnung« gehandelt hätte. Unter diesem Begriff stellte er den Ansatz zum ersten Mal auf dem Soziologentag 1974 vor. Erst »später habe ich [...] gemerkt, warum uns das Wort ›objektiv‹ so übel genommen wurde«. Vgl. Ulrich Oevermann, Detlef Garz, Gerhard Riemann und Anja Wildhagen: Die Erzählung von Ulrich Oevermann. In: Detlef Garz, Klaus Kraimer und Gerhard Riemann (Hg.): *Im Gespräch mit Ulrich Oevermann und Fritz Schütze. Einblicke in die biographischen Voraussetzungen, die Entstehungsgeschichte und die Gestalt rekonstruktiver Forschungsansätze.* Opladen: Barbara Budrich 2019, 15–97, hier bes. 16–17, 20–22, 24–29, Zitate 25. Zur Stellung der »Objektiven Hermeneutik« im Kontext der deutschen Erziehungswissenschaft vgl. zum Beispiel Heinz-Hermann Krüger: *Einführung in Theorien und Methoden der Erziehungswissenschaft.* 4. Auflage. Opladen: Barbara Budrich 2006, 215–216 oder Oliver Hollstein und Wolfgang Meseth: Normative Implikate der qualitativen Sozialforschung. Überlegungen zur erziehungswissenschaftlichen Attraktivität der Objektiven Hermeneutik. In: Wolfgang Meseth, Jörg Dinkelaker, Sascha Neumann, Kerstin Rabenstein und Olaf Dörner (Hg.): *Empirie des Pädagogischen und Empirie der Erziehungswissenschaft. Beobachtungen erziehungswissenschaftlicher Forschung.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2016, 195–208.

1537 Die Entwicklung der Institutsevaluation kann bis Frühjahr 1972 über die Sammlung der Unterlagen und Besprechungsprotokolle nachvollzogen werden, die dem Beirat für dessen Sitzung im Oktober 1972 vorab übersandt wurden. Sie beginnen, nach einer zusammenfassenden Überschau Beckers vom 29. September 1972, mit einem »Grundsatz-

republik gerade erst auf die Agenda zu rücken, besonders im Kontext der Wirkungsmessung großangelegter staatlicher Interventionsprogramme und des damit verbundenen Ressourceneinsatzes. In enger Anbindung an die Konjunkturen staatlicher Planung entwickelte sich in diesem Zusammenhang in den Sozialwissenschaften verstärkt seit Mitte der 1960er Jahre eine Evaluationsforschung, die sich weitgehend an US-amerikanischen Standards orientierte.[1538] Eine Evaluierung von Wissenschaft und Forschung aber war zu dieser Zeit nicht nur unüblich, sie stand auch wissenschaftspolitisch außer Frage. Erst die Evaluation außeruniversitärer Institute durch den Wissenschaftsrat ab 1979 begann die Abwehr entscheidend abzuschleifen.[1539]

Allerdings zeigte man sich in der Führung der MPG gegenüber diesem Thema schon damals aufgeschlossener. Erinnert sei an das große Interesse Lüsts an der am MPIB entwickelten Evaluation, das seine Teilnahme an einer der Grundsatzkonferenzen des Instituts im Mai 1972 schon vor seiner offiziellen Amtsübernahme mit motiviert hatte. Ob die in Berlin angestellten Überlegungen allerdings, wie es Becker bei dieser Gelegenheit Lüst gegenüber nahegelegt hatte, »für die Entwicklung dieser Frage in der Max-Planck-Gesellschaft interessant sein« konnten, darf bezweifelt werden.[1540] Denn während Lüst damals nach Möglichkeiten für eine interne Bewertung der Max-Planck-Institute suchte, die auch eine nachvollziehbare Legitimation bieten sollte, um die knapper werdenden Mittel innerhalb der MPG umzuverteilen und er damit im Grunde mit einer Konkurrenzdynamik operierte, wurde am MPIB ein anderer Modus verfolgt.

Mit Begriff und Konzepten der Evaluation war man am IfB/MPIB vermutlich im Zusammenhang mit der lernzielorientierten Curriculumforschung in Kontakt gekommen[1541] und hatte

---

papier für ein Evaluationsverfahren«, das Edelstein und Kreppner im Mai 1970 vorgelegt hatten. Im Mai 1972 verabschiedete die GK einen »Beschluß zur Evaluation der Forschung«. Vgl. Vorlagen für die Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 16. 10. 1972 in Berlin über die Prinzipien der Evaluierung von Forschungsprojekten im Institut. Berlin, 29. 9. 1972, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1538 Dazu Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 322–324.

1539 Der Wissenschaftsrat übernahm 1979 auf Anfrage der BLK hin die Aufgabe der Beurteilung und Bewertung der geisteswissenschaftlichen außeruniversitären Einrichtungen, die auf der sogenannten »Blauen Liste« standen. Auf dieser befanden sich seit der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) von 1975 die ehemals durch das Königsteiner Staatsabkommen jenseits von MPG und DFG geförderten »Königsteiner Institute«. Bund und Länder sollten auf Basis der vom WR durchgeführten Evaluationen über deren Weiterförderung entscheiden können. Wie Olaf Bartz feststellt, entwickelte sich daraus in der Bundesrepublik »sowohl eine [...] Daueraufgabe für den Wissenschaftsrat als auch ein nachhaltiger Impuls für die Wissenschaftsevaluation insgesamt«. Zum WR Bartz, *Wissenschaftsrat*, 2007, 133–139, Zitat 135; zu Begriff und Geschichte der »Blauen Liste« Hohn und Schimank, *Konflikte*, 1990, bes. 135–136; zur Entwicklung und zu den Ansätzen der Wissenschafts- und Forschungsevaluation in der Bundesrepublik weiterführend vor allem Stefan Hornborstel: (Forschungs-)Evaluation. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornborstel und Karin Zimmermann (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer 2016, 243–260, bes. 244, 247–252.

1540 Becker hatte Lüst im Nachgang zu der GK-Sitzung auf dessen Wunsch hin sämtliche Unterlagen zur Form der am Institut entwickelten Evaluation zugesandt und im Begleitschreiben die zitierte Vermutung geäußert. Vgl. Hellmut Becker an Reimar Lüst, 13. 6. 1972, AMPG, II. Abt., Rep. 66, Nr. 575, fol. 33.

1541 Vgl. zur Bedeutung der Evaluation im Kontext der Curriculumforschung und den damaligen, in den USA bereits seit Jahrzehnten entwickelten und erprobten Ansätzen zum Beispiel Christoph Wulf: *Das politisch-sozialwissenschaftliche Curriculum. Eine Analyse der Curriculumentwicklung in den USA*. München: Piper 1973, bes. Kapitel 9 sowie in moderni-

sich zudem mit der Notwendigkeit der Begleitung und Erfolgskontrolle von reformorientierten Modellprojekten konfrontiert gesehen.[1542] Inwieweit sich beides in der Forschungsevaluation niederschlug, ist noch nicht untersucht. Spätestens ab Frühjahr 1970 setzte am Institut jedenfalls eine intensivierte Diskussion zu diesem Thema ein. Nach diversen Konzeptpapieren, Erörterungen und Versuchen mündeten diese Anstrengungen im Frühjahr 1972 in die Verabschiedung eines Grundsatzpapiers durch die GK. Damit wurde eine primär interne und begleitende Evaluation der Forschungsprojekte festgelegt; deren Verfahren wurden grob reguliert und die Befugnisse, Zusammensetzung sowie die Wahl einer unterhalb der GK zuständigen »Evaluationskommission« vereinbart.[1543]

Obwohl dieser Standard, wie vom Beirat und im Institut selbst bemerkt, mit einem Bürokratisierungsrisiko verbunden war, und die Tendenz verstärkte, externe Erwartungen an die Institutsforschung auszublenden, war damit doch auch ein eigenständiger Ansatz entwickelt, der in der damaligen Zeit nicht nur aufgrund des frühen Zeitpunkts der Forschungsevaluation innovativ war. Eingeschlagen war auch ein Weg zu einer – wie es in dem Grundsatzpapier hieß – »Früherkennung von möglichen Fehlentwicklungen«, also der Qualitätskontrolle in der Forschung, die eine lern- und prozessorientierte Lenkung der Forschungsentwicklung ermöglichen sollte und damit grundlegend von den später in der Bundesrepublik institutionalisierten, dominant wettbewerbsorientierten Ansätzen abwich. Denn begriffen wurde die Evaluation am MPIB dem Grundsatzbeschluss nach expressis verbis nicht als ein »Kontrollinstrument, sondern als ein Instrument wissenschaftlicher Kommunikations- und Lernprozesse«. Sie sollte sich auf die jeweiligen Entwicklungsfortschritte und gemeinsamen Reflexionspotentiale konzentrieren, auf Eigenmotivation setzen und zudem selbstveranlasst und – wie alle am MPIB organisierten Forschungsprozesse – »weitgehend frei von Zwängen« sein.[1544] Eine Prüfung der Umsetzung dieser Programmatik, die unweigerlich auch die skizzierten Probleme dieser Form

---

sierungstheoretisch orientierter, systematischer Sicht Reinhard Stockmann: Die Zukunft der Evaluation in modernen Wissensgesellschaften. In: Reinhard Stockmann und Wolfgang Meyer (Hg.): *Die Zukunft der Evaluation. Trends, Herausforderungen, Perspektiven.* Münster: Waxmann 2017, 35–52.

1542 Seit den 1970er Jahren rückten unter anderem Bewertungen von Ganztags- und Gesamtschulen in den Fokus evaluierender Studien, etwa 1974 von Raschert oder 1982 von Helmut Fend. Vgl. Jürgen Raschert: *Gesamtschule: ein gesellschaftliches Experiment. Möglichkeiten einer rationalen Begründung bildungspolitischer Entscheidungen durch Schulversuche.* Stuttgart: Klett 1974; Helmut Fend: *Gesamtschule im Vergleich. Bilanz der Ergebnisse des Gesamtschulversuchs.* Weinheim: Beltz 1982. Siehe zur Entwicklung und zum Stand der Evaluation im deutschen Schulbereich den Überblick von Katharina Maag Merki: Evaluation im Bildungsbereich Schule in Deutschland. In: Thomas Widmer, Wolfgang Beywl und Carlo Fabian (Hg.): *Evaluation. Ein systematisches Handbuch.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 157–162.

1543 Nach Abschluss der Projekte sollte dann auch eine bilanzierende Evaluation erfolgen. Vgl. Grundsatzkonferenz. Beschluß zur Evaluation der Forschung am IfB (9. 5. 1972), Berlin den 17.5.72, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. Zur Evaluierungskommission ebd., S. 5–7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77.

1544 Grundsatzkonferenz. Beschluß zur Evaluation der Forschung am IfB (9. 5. 1972), Berlin den 17.5.72, S. 4, 2, 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 77. Wie sich dieses Selbstverständnis am Institut wandelte, deutet etwa ein Beitrag von Institutsmitarbeiter*innen von 1988 an, der sich auf Basis empirischer Studien besonders mit der Frage der Einführung verstärkter wettbewerblicher Elemente im bundesdeutschen Wissenschaftsbereich beschäftigte. Vgl. Peter Martin Roeder, Jürgen Baumert, Jens Naumann und Luitgard Trommer: Institutionelle Bedingungen wissenschaftlicher Produktivität. In: Hans-Dieter Daniel und Rudolf Fisch (Hg.): *Evaluation von Forschung. Methoden – Ergebnisse – Stellungnahmen.* Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 1988, 457–494.

der Selbststeuerung auf den Plan rufen musste, steht noch aus.[1545] Dass Becker die »Evaluierungsverfahren« (neben der Grundsatzkonferenz und den Forschungsfeldern) noch 1979 unter die »drei Grundelemente der institutsinternen Forschungsorganisation« rechnete, die etabliert und erhaltenswert seien,[1546] zeigt aber, dass die Forschungsevaluation aus Sicht der Institutsangehörigen zum Kernbestand des Selbstverständnisses am MPIB gehörte und man sich in der Lage sah, mit diesem Instrumentarium die Forschungsentwicklung kontrolliert und partizipativ voranzutreiben.

4.) *Strategische Umsteuerung?* Bis hierhin wurde der Frage nach der Angemessenheit der im Beirat geäußerten Kritik vor allem über eine Befassung mit der Struktur der Vorhaltungen und über einen Abgleich der Monita mit der Institutsrealität nachgegangen. Angesichts der dabei herausgearbeiteten wissenschafts- und gesellschaftspolitisch gerichteten Elemente dieser Kritik und ihren Grundmustern ist nun zu fragen, inwieweit das stete Hinwirken auf eine Transformation der Bildungsforschung und der Institutsarbeit bewusst erfolgte, also strategisch und auch politisch motiviert war. Dabei stellt sich allerdings ein Quellenproblem, da derlei Abstimmungen erfahrungsgemäß nicht öffentlich gemacht und kaum schriftlich fixiert werden. Zumeist erfolgen sie persönlich, in der Regel zwischen den in einer Organisation formell zuständigen und tonangebenden Personen – in diesem Fall besonders dem Präsidenten der MPG – und der/dem Vorsitzenden sowie weiteren geeigneten Mitgliedern solcher Gremien oder über interne Briefings und Absprachen im Vorfeld der Sitzungen. Aus pragmatischen Gründen konnten die Korrespondenzen der hier vor allem in Frage kommenden Personen – also Lüst, Vierhaus, Heckhausen, Bronfenbrenner und möglichweise auch Mayntz – nicht auf entsprechende Hinweise gesichtet werden. Ebenso erwiesen sich die Sitzungsunterlagen des Beirats zu diesem Thema als wenig ergiebig. Die einzige Ausnahme, die im Folgenden zu schildernde Sequenz in der Beiratszusammenkunft von November 1979, besitzt allerdings hohe Aussagekraft. Die in dieser Sitzung auf allen Seiten mit emotionalem Einsatz geführte Diskussion markierte einen letzten Höhepunkt der Tätigkeit des Gremiums, auch wenn mit der kurz zuvor erfolgten Berufung von Baltes die Weichen bereits unumkehrbar in Richtung eines neuen Institutskurses gestellt worden waren.[1547]

Nachdem Bronfenbrenner den Institutsmitarbeitenden am zweiten Tag des Treffens, in der Vormittagssitzung des 28. November, eine letztlich unrealistische, von einigen Beiratsmitgliedern aber ideell hoch aufgeladene Möglichkeit der Institutsentwicklung in Form eines bildungsöko-

---

1545 Eine Vertiefung wäre vor allem im Kontext einer international dimensionierten Geschichte der Wissenschaftsevaluation sinnvoll. Denn am MPIB wurden letztlich Ansätze konzipiert und realisiert, die verdeutlichen, dass zum Beispiel die in der Bundesrepublik ab circa 1980 vollzogene Entwicklung auf diesem Gebiet nicht alternativlos war. Zu untersuchen wären daher die Faktoren und Personen, die dazu beitrugen, jene Verfestigungen zu etablieren, die bis heute im Gebiet der Wissenschaftsevaluation international dominant geworden sind und selbstverständlich scheinen.

1546 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1547 Baltes wurde am 23. November 1979 zum Wissenschaftlichen Mitglied, Mitglied des Kollegiums und Direktor am MPIB berufen. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170.

logischen Konzepts präsentiert hatte,[1548] war Habermas in der sich anschließenden forschungsstrategischen »Grundsatzdiskussion« offenbar nicht mehr bereit, die verdeckten strategischen Absichten von Beirat und MPG-Leitung weiter unkommentiert mitzutragen. In dem Versuch auf eine offene Kommunikation umzuschalten, brach er mit seiner Rolle als Beiratsmitglied und gewährte den Anwesenden einen Einblick in die von der Mehrheit des Gremiums verfolgte Strategie. So informierte er darüber, dass die Umsteuerung der Institutsausrichtung »in den höheren MPG-Rängen, in der Nachfolgekommission und mehrheitlich im Beirat« bereits ausgemachte Sache sei. Diese Zielrichtung rückte Habermas unmissverständlich in den Zusammenhang zeitgenössischer wissenschafts- und bildungspolitischer Entwicklungen in der Bundesrepublik, die auf eine politische wie sozialwissenschaftliche Wende gerichtet seien, und gestand dabei allerdings auch das Scheitern »bestimmte[r] Intentionen« des Bildungsforschungsinstituts ein. In der Kernpassage heißt es:

> Deshalb fühle er sich verpflichtet, den Institutsmitgliedern zu sagen, daß in den höheren MPG-Rängen, in der Nachfolgekommission und mehrheitlich im Beirat die ›Stimmung‹ vorherrsche, das Institut habe mit dem Versuch der Verbindung von seriöser empirischer Forschung und Gesellschaftsveränderung in den ersten zehn Jahren in gewisser Weise ›über seine Verhältnisse gelebt‹ und mit dem Versickern der Bildungsreform in der BRD sei nicht nur ein politischer Impuls gescheitert, sondern auch ein sozialwissenschaftliches Konzept in Frage gestellt. Die ›eindeutige Meinung‹ der besagten Gremien sei, daß das Institut sich in die heute dominierende wissenschaftspolitische Richtung einzuordnen habe, indem mehr konventionelle und mehr disziplinäre Forschung betrieben und sehr viel weniger integrierte Perspektiven und Verbindung von Arbeit und persönlicher Sinnerfül-

---

1548 Vgl. die sogenannte »Bronfenbrenner-Erklärung« und die nachfolgende Diskussion in: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 15–27, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; zur Terminierung der Sitzung, Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 2, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81. Grob gefasst, schlug Bronfenbrenner die interdisziplinäre Erforschung der Möglichkeiten vor, einem global diagnostizierten zivilisatorischen Trend des »unravelling of the social fabric« entgegenzuwirken, also des Zusammenbruchs informeller Beziehungen, »von tragenden Konventionen und Übereinstimmungen zwischen den wichtigsten Kontexten und Institutionen, in denen sich die menschliche Existenz abspiele« – etwa in Familie, Nachbarschaft, Schule oder Arbeitswelt. Dieser Vorschlag wurde anschließend von einigen Beiratsmitgliedern nachdrücklich unterstützt und geradezu suggestiv verstärkt, etwa wenn Vierhaus sich dem Konzept anschloss und die Alternative in den Raum stellte, »ob sich das Institut ›morgen noch mit den Fragen von gestern oder heute mit Fragen von morgen‹« beschäftigen wolle. Auch Weizsäcker hob die Dringlichkeit und Größe der Aufgabe hervor, die er im Kern darin beschrieb, sich endlich stärker »mit der Dialektik der Aufklärung« befassen zu können, nachdem eine »von Anfang an weitgehend reformabgeneigte[...] deutsche Bildungspolitik« das Institut bisher »zur Ausrichtung auf Reformermöglichung genötigt« habe. Von der Machbarkeit des entsprechenden Forschungsprogramms am Berliner Institut sah er sich überzeugt, »jedenfalls, wenn eine Gruppe hier ›bis in ihre Träume hinein‹ von einer solchen neuen Aufgabe überzeugt sei«. Dagegen führte Edelstein auf den Boden der Tatsachen zurück, wenn er nüchtern auf den begrenzten »Durchsetzungs- und Gestaltungsspielraum« am Institut verwies und insbesondere darauf, dass »die MPG ganz andere Interessen [habe], eher disziplinärer Art (›potentielle Nobelpreisfähigkeit‹)«. Zudem hinterfragte er grundlegend Ausgang und Ziel des ideell groß ausgefalteten Programms, indem er zu bedenken gab, ob »das Verhältnis Wissenschaft/Praxis, wenn sozialtechnologische Irrtümer vermieden werden sollten, [nicht] eine ganz andere Art der Aufklärung, der Bewußtseinsentwicklung, als die anhand von Forschungsergebnissen« verlange. Auch Habermas warnte vor einer eskapistisch motivierten Fehlinterpretation des Vorschlags, den er als »Angebot[...] einer modifizierten ›Chicago-philosophy‹« kennzeichnete, mit einer jedoch nur »scheinbaren Konvergenz [... zu] dem brüchig geworden eigenen wissenschaftlichen Selbstverständnis«. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 16, 19, 23, S. 22–23, S. 25, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

> lung angestrebt werden. Es sei ›hygienischer‹, diesen Trend der Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen und diese policy zu akzeptieren (wie ja auch in Starnberg) [...]. Denn tatsächlich müsse man – und das sei schlimmer als zeitweilige Rückschläge im vorherrschenden Wissenschaftsklima – einsehen, daß bestimmte Intentionen des Instituts illusionär gewesen seien, jedenfalls nicht alles, was man zusammen habe realisieren wollen, tatsächlich habe eingelöst werden können.[1549]

Im Hintergrund dieser Äußerung standen bei Habermas sicher zum einen die zeitgleich anstehenden nervenaufreibenden Auseinandersetzungen um die Zukunftssicherung des zweiten sozialwissenschaftlichen Instituts in der MPG in Starnberg, also seines eigenen Hauses, die institutsintern und in Abstimmung mit der MPG-Leitung zu bestreiten waren.[1550] Zum anderen hatte er sich seit Anfang der 1970er Jahre systematisch mit den international zu beobachtenden – in der damaligen Begrifflichkeit – »neokonservativen« Entwicklungen und besonders mit deren Ausprägung in der Bundesrepublik befasst und diese unter dem zeitgenössischen Schlagwort der »Tendenzwende« analysiert und kritisiert.[1551] Im Protokoll der Beiratssitzung kommt dies dort zum Ausdruck, wo Habermas in Bezug auf die ursprünglichen Zielrichtungen von MPIB und Starnberg auf die »Rückschläge im vorherrschenden Wissenschaftsklima« verwies und dies als Scheitern eines »politische[n] Impuls[es]« und zugleich als Infragestellung des damit in Verbindung stehenden »sozialwissenschaftliche[n] Konzepts« ausbuchstabierte. Die Hauptzielsetzung des Beirats, die Hinwendung zu einer als ›empirisch‹ begriffenen, vorgeblich entpolitisierten und re-disziplinierten Sozialforschung, die Habermas in der Sitzung von 1979 als eine »konventionelle und mehr disziplinäre Forschung« bezeichnete, die »sehr viel weniger integrierte Perspektiven und Verbindung von Arbeit und persönlicher Sinnerfüllung« umfasste, gewinnt damit auch von diesem Wortbeitrag her eindeutig eine politische Dimension. Vieles spricht daher dafür, dass das mehrheitliche Beiratsdrängen auf die Neuausrichtung

---

1549 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 24–25, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1550 Habermas erklärte im Ergebnis der konfliktreichen Diskussionen um die Zukunft des Starnberger Instituts, die medial intensiv begleitet und befeuert wurden, am 7. April 1981 seinen Rücktritt. Am 22. Mai 1981 beschloss der Senat auf Empfehlung der GwS hin die Schließung der Einrichtung. Den Beginn dieses Prozesses datiert Leendertz bereits auf das Jahr 1975, als Weizsäcker und Habermas bei der MPG die Erweiterung des Instituts um eine dritte ökonomische Abteilung beantragt hatten. Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 22–49; zu den genannten Daten: 22, 46, 141/Anm. 173. Siehe zu diesem Vorgang zudem in der vorliegenden Arbeit detaillierter die Darstellung gegen Ende des vierten Kapitels (4.4.4).

1551 Habermas' Ansatz zur Deutung der von ihm so bezeichneten »neokonservativen« Entwicklungen steht im Kontext seiner theoretisch vielschichtig angelegten Analyse moderner Gesellschaften und ihres Wandels. Der Ansatz erschließt sich neben drei Publikationen aus den Jahren 1982 und 1985 besonders über die 1979 gegebene Einleitung zu den beiden von ihm veranlassten und herausgegebenen diagnostischen Bänden *Stichworte zur »geistigen Situation der Zeit«*. Viele der in dem ersten Band versammelten 32 Beiträge, für deren Entstehung der im Titel des Bandes zitierte Text Karl Jaspers' von 1931 impulsgebend sein sollte, laufen auf eine Zwischenbilanz der Tendenzwende hinaus; auch wenn dies, laut Einleitung, kein Ziel der Textsammlung gewesen sei. Vgl. Habermas, *Einleitung*, 1979, 7–35; Jürgen Habermas: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik. Über eine Bewegung von Intellektuellen in zwei politischen Kulturen. In: Jürgen Habermas: *Die neue Unübersichtlichkeit.* Frankfurt am Main: Suhrkamp [1982] 1985, 30–56; Jürgen Habermas: *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, bes. 9–13, 86–94, 426–445; Jürgen Habermas: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Jürgen Habermas: *Die neue Unübersichtlichkeit.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, 141–163.

des MPIB als Teil der in der MPG bewusst vorangetriebenen Veränderungen verstanden werden muss, die von Habermas und anderen linken oder linksliberalen Theoretiker*innen als »Tendenzwende« apostrophiert wurden.

Die Reaktionen aus dem Kreis der Anwesenden auf den von Habermas vermittelten Einblick waren dann wohl symptomatisch. Von Seiten der Beiratsmitglieder, die damit in eine durchaus peinliche Lage gebracht waren, wurde eine verdeckte strategische Ausrichtung überwiegend dementiert, wofür exemplarisch der Einspruch von Friedeburg steht: »Herrn Habermas' Schilderung [treffe] jedenfalls nicht die Stimmung der Beiratsmehrheit [...], der es vielmehr um eine adäquate Forschungsorganisation im Institut gehe«.[1552] Wie im Protokoll vermerkt, wurde aber noch heftiger der »Formel von der Rückkehr zur ›konventionellen‹ und disziplinär orientierten Forschung« widersprochen.[1553] Von Seiten des Instituts wiederum nahm ein wissenschaftlicher Mitarbeiter die Äußerungen zwar mit »Betroffenheit« auf, realisierte aber offenbar nicht deren volle Tragweite für die künftige wissenschaftliche Bewegungsfreiheit am MPIB, wenn er zur Begründung seiner Reaktion primär anführte, dass »Herr Habermas hier, da er ja die Entscheidungen mitbeeinflusse, die Gefahr einer self-fulfilling prophecy schaffe«.[1554] Die Institutsdirektoren Becker und Roeder wiederum ließen den Blick auf die Agenda des Beirats, der von vielen der Anwesenden wohl mit einem gewissen Schock wahrgenommen worden sein dürfte, unkommentiert. Stattdessen richteten sie die Aufmerksamkeit auf die Verbesserungspotentiale der Institutsforschung und suchten mit der Situation, deren strategische Ebene ihnen sicher nicht verborgen geblieben war, einen pragmatischen Umgang. Sie hatten sich offensichtlich mit dem veränderten Kurs abgefunden, waren möglicherweise auch mit dem Minimalziel der Erhaltung des Instituts zufriedengestellt, dessen Weiterexistenz – wie es das Starnberger Beispiel zwei Jahr später zeigen sollte – durchaus nicht für sicher genommen werden konnte.[1555] Wie zur Untermalung von Habermas' Offenlegung beendete dann der Beiratsvorsitzende Vierhaus die Sitzung, wenn er mit rhetorisch weichem Schliff die de facto harte Zielrichtung des Beirats zusammenfasste. Nach einem bestärkenden Hinweis auf »Bronfenbrenners Appell und auch nochmals auf Herrn Heckhausens Vorschlag einer kritischen Analyse der Institutsprojekte« schloss er mit

---

1552 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 25–26, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81. Im Protokoll hieß es zu der nach Habermas' Stellungnahme geführten Diskussion einleitend: »Dieser pointierten Erklärung mochten die anderen Sitzungsteilnehmer nur mit Einschränkungen zustimmen, manche meldeten ausdrücklichen Widerspruch an«. Ebd., S. 25, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1553 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 26, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1554 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 25, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1555 Roeder bestätigte zwar Habermas' Feststellung partiell, wenngleich extrem verklausuliert, er schloss sich aber der darin liegenden Kritik an der künftig vom Institut geforderten Forschung nicht an: Er »räumte ein, das Zentralproblem liege wohl in der Erschütterung des Bewußtseins, bestimmte politische, praktisch-moralische Perspektiven auch wissenschaftlich integer vertreten zu können«. Becker wich den Realitäten tendenziell aus, wenn er feststellte, dass es nicht »um den Rückzug auf konventionelle Forschung [...] gehen« könne, sondern »höchstens um die Notwendigkeit, bessere interdisziplinäre Forschung zu leisten«. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 25–26, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

der Aufforderung an das Institut, sich auf eine solche Infragestellung seines institutionellen Selbstverständnisses doch ernsthaft einzulassen und auch, wie von Herrn Edding angeregt, mehr äußeren Sachverstand heranzuziehen, ohne sich deshalb allerdings überrennen zu lassen.[1556]

4.3.7 Wegweiser zur Professionalität oder Teil des Backlash? – Bilanzierung der Beiratstätigkeit im Kontext der Entwicklung der Soziologie in den 1970er Jahren

Um die Rolle des Beirats des MPIB in einem abschließenden Versuch übergreifend einordnen und bilanzieren zu können, soll ein Blick auf einige der prägenden Entwicklungen in der westdeutschen Soziologie in den 1970er Jahren ergänzt werden. Die Soziologie interessiert hier vorrangig, da sie in dieser Zeit für das MPIB – unbenommen des dort anvisierten integrativen Ansatzes – noch vor der Erziehungswissenschaft[1557] oder den anderen am Institut vertretenen Fachrichtungen die zentrale Referenzdisziplin darstellte.[1558] Angesichts der skizzierten Probleme, mit denen das MPIB sowohl durch die Ansprüche seines Forschungsprogramms und seiner Institutskultur als auch durch die Veränderungen in Bildungspolitik und Gesellschaft ab etwa 1969 konfrontiert war, stellt sich die Frage, ob und inwieweit das stete Hinwirken des Beirats auf die Transformation der Bildungsforschung zu einer notwendigen Qualitätsanpassung an die disziplinäre Fachentwicklung beitrug. Führte dieser neue Kurs von MPG und Institutsbeirat – und sei dieser auch strategisch motiviert gewesen – also nicht vor allem auf den Weg einer Steigerung der Professionalität, wie sie seit etwa Mitte der 1970er Jahre von Seiten der Soziologie für sich beansprucht wurde?

1556 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 27, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1557 Die Entwicklung der bundesdeutschen Erziehungswissenschaft verlief in den 1970er Jahren deutlich anders als in der Soziologie. Es kam zwar zur Integration sozialwissenschaftlicher Ansätze und auch hier zu einer Ausdifferenzierung der Disziplin. Zudem setzte sich seit den 1960er Jahren eine vor allem im Anschluss an Wolfgang Klafki (1937–2016), Klaus Mollenhauer (1928–1998) und Blankertz entstehende kritisch geprägte Richtung zunehmend durch. Aber geisteswissenschaftlich fundierte Zugriffe behielten eine starke Position, wobei die nach wie vor verbreitete Skepsis gegenüber empirisch-analytischen Ansätzen auch mit der oben skizzierten Geschichte wissenschaftlicher Pädagogik nach 1945 in Westdeutschland zusammenhing. In seiner Arbeit zur Geschichte der »Empirischen Bildungsforschung« hat Aljets zudem darauf hingewiesen, dass eine 1975 erschienene negative Besprechung der Studien der IEA durch den niederländischen Mathematikdidaktiker Hans Freudenthal erheblichen Einfluss auf die Fachentwicklung gehabt hätte. Der Beitrag wurde unter anderem in der damals wichtigsten Fachzeitschrift, der *Zeitschrift für Pädagogik*, publiziert und gipfelte in der Übersetzung des Akronyms »IEA« mit »*id est absurdum*«. Auf Basis diverser Interviews mit Zeitzeug*innen gelangt Aljets zu dem Schluss, dass diese Kritik »für einen langen Zeitraum bis Ende der 1990er Jahre prägend« gewesen sei. Wie auch immer man diesen Fall bewertet: Entsprechende Ansätze konnten sich in der Erziehungswissenschaft – letztlich bis zu den Effekten der TIMSS- und PISA-Studien – im Hochschulbereich nicht durchsetzen. Vgl. Hans Freudenthal: Schülerleistungen im internationalen Vergleich. *Zeitschrift für Pädagogik* 21/6 (1975), 889–910, Zitat 909; Aljets, *Aufstieg*, 2015, 132–134, Zitat 133. Siehe zur Fachgeschichte zum Beispiel Tenorth, *Geschichte der Erziehung*, 2010, 335–338, 351–363, besonders zur kritischen Erziehungswissenschaft zum Beispiel Hans-Christoph Koller: *Grundbegriffe, Theorien und Methoden der Erziehungswissenschaft. Eine Einführung.* 7. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2014, 227–243 und Alex Aßmann: *Klaus Mollenhauer. Vordenker der 68er – Begründer der emanzipatorischen Pädagogik. Eine Biografie.* Paderborn: Schöningh 2015, ab Kapitel 3.

1558 Leschinsky spricht zum Beispiel davon, dass die Soziologie schon bald nach der Institutsgründung zur »Leitdisziplin« aufgerückt sei, allerdings ohne diesen Begriff näher zu bestimmen. Vgl. Leschinsky, *Forschungsmanufaktur*, 1989, 33.

Bei näherer Betrachtung der Entwicklung der Soziologie, die Mitte der 1970er Jahre noch mit den Ausläufern der Deutungskämpfe des sogenannten Positivismusstreits befasst war, wird allerdings rasch erkennbar, dass die Forderung nach einer erhöhten Professionalität keinem ›unschuldigen‹, also neutralen konzeptionellen Rahmen und Repertoire entstammt. Vielmehr gehörte sie zum Bestand der Selbstbeschreibungen derjenigen empirisch orientierten Positionen in der Soziologie, die sich seit dieser Zeit in der Bundesrepublik verstärkt durchzusetzen begannen. Wie es einer der späteren Doyens des Fachs, M. Rainer Lepsius (1928–2014), in seiner Ansprache zur Eröffnung des Kasseler Deutschen Soziologentages Ende Oktober 1974 ausdrückte, ging es damals im Kern darum, »die Soziologie als eine empirische Wissenschaft zur systematischen Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Prozesse« zu institutionalisieren und damit den, laut Lepsius, zeitgenössischen »Erwartungen an eine problemorientierte und anwendungsfähige Sozialforschung« zu begegnen.[1559] In dezidierter Abgrenzung von einer »auf Bewußtseinsveränderung und Sozialisationsbedingungen fokalisiert[en]« Forschung sowie von »Kulturprotest und [...] politische[r] Mobilisierung« im Zuge der Studierendenbewegung forderte der DGS-Vorsitzende vorrangig »eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Soziologie«.[1560] Diese sollte vor allem über erweiterte Forschungskapazitäten in einem innovativen »Verbundsystem sozialwissenschaftlicher Forschung« realisiert werden und damit der für die Bundesrepublik insgesamt konstatierten »Unterentwicklung der Sozialwissenschaften« entgegenwirken.[1561] Der Bogen zur MPG ist geschlagen, wenn man berücksichtigt, dass Lüst nach eigenem Bekunden »vor allem mit Rainer Lepsius« das Gespräch suchte, als er 1972 sein Amt als MPG-Präsident antrat und sich in diesem Kontext darum bemühte, »etwas mehr von den Sozialwissenschaften zu lernen«.[1562] Für den Gründungsprozess des späteren Kölner MPIfG sollte Lepsius dann eine maßgebliche gutachterliche Rolle spielen und er war phasenweise – in einer von ihm selbst als befremdlich gekennzeichneten Doppelfunktion – einer der aussichtsreichsten Kandidaten für ein Direktorat des geplanten sozialwissenschaftlichen Instituts, das in der Nachfolge von Starnberg errichtet werden sollte.[1563]

Die programmatische Ansprache von Lepsius aus dem Herbst 1974 ist vor allem vor dem Hintergrund der ebenso lebendigen wie krisenhaften Entwicklung der bundesdeutschen Soziologie seit Anfang der 1960er Jahre zu deuten. Sie hatte das Fach trotz Expansion und erfolgreicher Institutionalisierung an den Hochschulen aus Sicht mancher Beteiligter in die »Identitätskrise

---

1559 Mario Rainer Lepsius: Ansprache zur Eröffnung des 17. Deutschen Soziologentages: Zwischenbilanz der Soziologie. In: Mario Rainer Lepsius (Hg.): *Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages.* Stuttgart: Enke 1976, 1–13, Zitate 12, 10.

1560 Lepsius, *Ansprache*, 1976, 12.

1561 Lepsius, *Ansprache*, 1976, 13, 12.

1562 Lüst, *Gründung*, 2010, 23. Lüst erinnert im Zusammenhang mit der Erwähnung von Lepsius auch eine Begegnung mit dem im Frühjahr 1972 gerade ins Amt gekommenen sozialdemokratischen Forschungsminister Klaus von Dohnanyi (geb. 1928). Dieser habe gegenüber Lüst auf die Möglichkeit hingewiesen, »eine Max-Weber-Gesellschaft für Sozialwissenschaften zu gründen, da die MPG wohl nicht bereit wäre, sich stärker in den Sozialwissenschaften zu engagieren«. Lepsius sei »einer der Hauptpromotoren« dieser Gesellschaft gewesen. Vgl. ebd., 21, 23.

1563 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, Kapitel III, bes. 96–104.

einer ganzen Wissenschaft« geführt.[1564] Unabhängig davon, ob man dieser Diagnose in ihrer Dramatik zustimmt oder nicht: Es ist festzuhalten, dass die (wissenschafts-)theoretischen und methodologischen Auseinandersetzungen, die durch den sogenannten Positivismusstreit angestoßen worden waren und in denen auf diversen Ebenen das Verhältnis von Wissenschaft und Politik beziehungsweise Gesellschaft bearbeitetet wurde, unter dem druckvollen Einfluss der Studierendenbewegung, linker gesellschaftlicher Reformansätze und der sich seit 1968/69 formierenden konservativen Gegenbewegungen teilweise ins Extreme polarisiert und politisiert wurden. Hinzu kam die zunehmende Diffusion soziologischer Deutungsmuster in mediale und politische Diskurse, welche die Grenzen der Profession aus Perspektive mancher Soziolog*innen zu verwischen drohten.[1565] Entsprechende Alarmsignale wurden zeitgenössisch besonders mit dem Deutschen Soziologentag in Frankfurt am Main verbunden. Im April 1968 war es dort unter dem Oberthema »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft« zu hitzigen Diskussionen besonders um die Angemessenheit und Tragweite neomarxistischer Gesellschaftsanalysen gekommen, wobei die krisenhafte Wahrnehmung der Fachzusammenkunft durch die intensive mediale Begleitung noch zugespitzt wurde.[1566]

Den nächsten großen Kongress wagte die DGS erst gut sechs Jahre später in Kassel.[1567] Als Lepsius dort die oben zitierte Eröffnungsansprache hielt, war ihm auch angesichts der im Motto des Soziologentags versprochenen »Zwischenbilanz der Soziologie« hohe Aufmerksamkeit sicher. Allein die Tatsache, dass er seine Rede im Herbst 1974 ohne Proteste vortragen konnte,[1568] deutet an, wie sehr sich die Verhältnisse an den Hochschulen inzwischen beruhigt und sich die Gewichte im Fach neu verteilt hatten. Im Raum stand mit Lepsius' Ansprache dann ein Ordnungs- und Identifikationsangebot, das zum einen den Entwurf einer fortschrittsorientierten

---

1564 So erinnert sich etwa der Göttinger Soziologe Hans P. Bahrdt (1918–1994) in seiner Rezension des Sonderhefts der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* zum Thema »Deutsche Soziologie seit 1945«. Unter Hinweis auf seine persönlichen Erfahrungen plädierte der Mitbegründer des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) für eine Integration der politischen und emotionalen Aspekte in die Geschichte der Disziplin und fasste zusammen: »Deutsche Soziologie nach 1945 war nicht nur Theorieentwicklung, Ausweitung des Lehrangebotes und Professionalisierung«. Hans P. Bahrdt und Sven Papcke: Rezension zu *Deutsche Soziologie seit 1945*, herausgegeben von Günther Lüschen. *Soziologische Revue* 3/3 (1980), 261–268, hier 268. Zur Fachentwicklung an den Hochschulen zwischen 1960 und 1975 vgl. zum Beispiel Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 247–249 (dort auch ein Hinweis auf Bahrdts Rezension, 364/Anm. 335).

1565 Vgl. zur Fachentwicklung dieser Zeit mit Fokus auf der empirischen Sozialforschung zum Beispiel Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, Kapitel C, und in weiterer Perspektive Henning Borggräfe: Die Ausdifferenzierung der westdeutschen Soziologie nach 1945 im Spiegel der Untergruppen, Fachausschüsse und Sektionen der DGS. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, 867–886, bes. 874–878.

1566 Vgl. zum Beispiel Müller-Doohm, *Spätkapitalismus*, 2010, 131–153.

1567 Vor Kassel fand allein eine Interne Arbeitstagung der DGS in Mannheim statt. Lepsius, *Ansprache*, 1976, 9.

1568 Zum weitgehenden Ausbleiben von Protesten vgl. Hans Jürgen Krysmanski und Peter Marwedel: Vorwort. In: Hans Jürgen Krysmanski und Peter Marwedel (Hg.): *Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader zum 17. Deutschen Soziologentag.* Köln: Pahl-Rugenstein 1975, 7. Zu den Debatten des Kongresses siehe zum Beispiel Stephan Moebius: Kontroversen in der deutschsprachigen Soziologie nach 1945. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, 289–314, hier 302–304.

Phasengliederung der Disziplingeschichte[1569] seit der vorgeblichen »Neubegründung der Soziologie in Deutschland« nach 1945 beinhaltete.[1570] Dabei wurden den im sogenannten Positivismusstreit verhandelten Problemen methodologisch und theoretisch weiterführende Impulse abgesprochen, methodologische Gewinne dagegen im »Siegeszug der Umfrageforschung« und theoretisch auf dem Gebiet der Mikrosoziologie, vor allem im Kontext moderner Lerntheorien, verortet.[1571] Zum anderen bot Lepsius mit Blick auf die Zukunft die »empirische Grundorientierung in der Forschung« als das Mittel der Wahl gegen die »Gefahr eines zentrifugalen Zerfalls der Soziologie« an. Sie sollte als Basis des disziplinären »Zusammenhang[s]« dienen, während über die angestrebte »Verbesserung der Forschungsmethodologie« in diesem Bereich Distinktionsmöglichkeiten erhofft wurden. Retrospektiv überschrieb Lepsius dies mit einer »Erhöhung der Professionalität« der Forschungsergebnisse der Soziologie.[1572]

Selbstverständlich ging die inzwischen fachlich differenzierte bundesdeutsche Soziologie in dieser Diktion nicht auf. Wie in Lepsius' Ansprache verdichtet dargeboten, wurden von Seiten der damaligen Führung des Fachverbands aber dennoch bestimmte Entwicklungslinien als Dominanten markiert. Radikal andere Positionen zu dem von Lepsius umrissenen Programm erschienen etwa in einer Gegenpublikation zu dem offiziellen vom DGS-Vorsitzenden herausgegebenen Tagungsband. In dem 1975 unter dem Titel *Die Krise in der Soziologie* publizierten »kritische[n] Reader« erfuhren die von Lepsius hervorgehobenen Aspekte der Fachentwicklung eine alternative Deutung, wobei auch die anvisierte Steigerung der Professionalität in ein anderes Licht gesetzt wurde. Jenseits der etwas rauen Verdächtigungen im Vorwort, in dem die Herausgeber des Readers die Leitungspersonen der DGS der forschungspolitischen Cliquenwirt-

---

1569 Auf die »Rekonstruktionsphase« zwischen 1945 und 1959 (Wiederbegründung als akademische Disziplin) folgte laut Lepsius die »Konsolidierungsphase« bis 1967/68 (volle Rezeption des internationalen Entwicklungsstands und institutioneller Ausbau der Soziologie im Universitätssystem, Übergang zum Massenfach und Professionalisierung über die Lehrfunktion). Diese Phase sei durch die »Studentenbewegung« unterbrochen worden, die zugleich eine Periode beschleunigter Expansion und des gesteigerten Einflusses »politischer Ereignisse und moralisch-ideologischer Postulate« eingeleitet hätte. Vgl. Lepsius, *Ansprache*, 1976, 4–9, Zitate 4, 5, 8.

1570 Die letztlich vergangenheitspolitisch motivierte Rede vom Neuanfang der Soziologie nach 1945 war mit der These verbunden, dass die »Soziologie in Deutschland [1934] gewaltsam zu einem Ende gebracht worden« sei. Vgl. Lepsius, *Ansprache*, 1976, 3, 2. Zur Widerlegung dieser These hat – neben Otthein Rammstedt – besonders Carsten Klingemann mit seinen grundlegenden Arbeiten zur Geschichte der deutschen Soziologie im Nationalsozialismus sowie zum Umgang der westdeutschen Disziplin mit ihrer NS-Vergangenheit nach 1945 beigetragen. Siehe an dieser Stelle neben Rammstedt allein zwei von Klingemanns Arbeiten und die Beiträge in einem jüngst zur Thematik veröffentlichten Sammelband von Christ und Suderland: Otthein Rammstedt: *Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986; Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, 1996; Carsten Klingemann: Empirische Soziologie im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. Eine Stellungnahme zu Erwin K. Scheuch. *ZUMA-Nachrichten* 46 (2000), 171–180; Michaela Christ und Maja Suderland (Hg.): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*. Berlin: Suhrkamp 2014.

1571 Lepsius, *Ansprache*, 1976, 12.

1572 Vgl. Lepsius, *Ansprache*, 1976, 9, 10. Gut 25 Jahre später begründete Lepsius seine damalige Strategie damit, dass »die Entwicklung der empirischen Sozialforschung« für ihn »[v]or allem aus professionspolitischen Gründen [...] wichtig« gewesen sei. »Die große Popularität der Soziologie vor allem als Deutungswissenschaft mußte von einer *Erhöhung der Professionalität ihrer Forschungsergebnisse* begleitet werden, um der Gefahr, daß die Soziologie zu einer essayistischen, für wechselnde Moden und Ideologien anfälligen bloßen Zeit- und Kulturkritik werde, zu wehren«. Die »rasche Entwicklung der Methodologie der empirischen Sozialforschung« stellte für ihn insofern den »Kern der professionellen Identitätssicherung der Soziologie« dar. Zitiert nach Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 287/Anm. 129, 251/Anm. 40; Hervorhebung Behm.

schaft bezichtigten,[1573] ist vor allem der differenzierte Beitrag des Schweizer Soziologen Urs Jaeggi (1931–2021) hervorzuheben. Ähnlich wie Lepsius konstatierte er den »heute an allen soziologischen Instituten geforderten und praktizierten Praxisbezug« als Charakteristikum der Fachentwicklung.[1574] Allerdings ging Jaeggi dazu auf Distanz, kennzeichnete den Soziologentag polemisch als »Kongreß für anwendungsfähige Soziologie« und bemängelte die mit der beobachtbaren empirischen Orientierung wachsende Tendenz zu einer unreflektiert sozialtechnologisch ausgerichteten Sozialforschung. Den von Lepsius proklamierten ›professionalisierten‹ Ansatz begriff er entsprechend als eine »instrumentell auf die funktionsanalytische Erfahrungswissenschaft zurückgebogene Soziologie«, die kaum repräsentativ für die Disziplin sei.[1575] Zudem sah er eine Strategie am Werk, die darauf zielte, den Soziologentag von 1968 als »einen Kongreß der Heilserwartung« zu diffamieren und die dort diskutierten neomarxistischen und kritischen Ansätze als ›ideologisch‹ abzuwerten.[1576] Die Defizite »[d]er Linke[n]« wiederum machte er zum einen darin aus, dass sie es nicht verstanden hätten, sich innerhalb der DGS zu behaupten.[1577] Vor allem konstatierte und kritisierte Jaeggi aber (ähnlich wie später Wolfgang Bonß), das »Fehlen einer eigenen Empirie-Idee« und brachte damit ein Dilemma auf den Punkt, in das auch die Forschenden am MPIB in den Beiratsdiskussionen angesichts des Vorwurfs der Empirie-Ferne regelmäßig gerieten. Während – so Jaeggi – »manche marxistische[…] Ansätze gar nicht zur Theorie/Empirie-Problematik« vorstießen, könnten nichtmarxistische Ansätze (wie die der empirischen Sozialforschung) die Wissenschaftstheorie beziehungsweise »die ›philosophy of science‹ leicht überspringen«.[1578] Mit der Bezeichnung der ›übersprungenen‹ – respektive einer eingeklammerten – Wissenschaftstheorie war einer der Grundzüge der Diskussionen sowohl im Beirat des MPIB als auch in den Debatten um die volle Integration des Berliner Instituts in den zuständigen Organen der MPG durch Jaeggi recht präzise reformuliert, ohne dass er wohl um diese gewusst hatte. Ähnlich fand sich die von ihm adressierte Problematik von ihrer Struktur her bereits in der Argumentation Schelskys, der die MPG 1970 in seinem Gutachten zum IfB »wissenschaftstheoretische[r] Naivität« geziehen hatte – nur dass Schelsky dies damals primär als ein durch Naivität veranlasstes Defizit der MPG diagnostiziert hatte, während Jaeggi 1975 auf den strategischen Aspekt dieser Leerstelle abzielte.

1573 Die Herausgeber Hans Jürgen Krysmanski (1935–2016) und Peter Marwedel (geb. 1944) kennzeichneten die Veranstalter des Kasseler Soziologentags als eine »kleine Gruppe […] an den Schalthebeln« der DGS und warfen dieser »Reputations-Clique« eine gezielte Professionalisierungsstrategie, also die »Durchsetzung eines bestimmten Berufsbildes des Soziologen und damit eine Weichenstellung für Lehre und Forschung auf Jahre hinaus« vor. Krysmanski und Marwedel, *Vorwort*, 1975, 7.

1574 Urs Jaeggi: Die deutsche Gesellschaft für Soziologie und ihre Soziologen. In: Hans Jürgen Krysmanski und Peter Marwedel (Hg.): *Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader zum 17. Deutschen Soziologentag.* Köln: Pahl-Rugenstein 1975, 9–20, Zitat 17.

1575 Jaeggi, *Gesellschaft für Soziologie*, 1975, 10–19, Zitate 10, 14.

1576 Jaeggi, *Gesellschaft für Soziologie*, 1975, 10.

1577 Jaeggi, *Gesellschaft für Soziologie*, 1975, 14–15, Zitat 14.

1578 Jaeggi, *Gesellschaft für Soziologie*, 1975, 16–17.

Bezieht man jetzt die Ergebnisse der Historischen Soziologie mit ein und vergleicht die von Lepsius 1974 präsentierte Programmatik mit den Befunden, die Christoph Weischer in seinem Standardwerk zur Entwicklung der westdeutschen empirischen Sozialforschung für die 1970er Jahre herausgearbeitet hat, entsprachen zentrale Entwicklungstrends recht genau den Vorstellungen des damaligen DGS-Vorsitzenden.[1579] Zum Ersten wurde die Soziologie an den Hochschulen weiter institutionalisiert und ausgebaut, wobei ein »exponentielle[r] Anstieg der Fördermittel für empirische Forschungsarbeiten« zu verzeichnen war.[1580] Zum Zweiten gewann die empirische Sozialforschung innerhalb der Disziplin an Prestige: Ab Mitte der 1970er Jahre stieg zum Beispiel der Anteil empirischer Forschungsarbeiten in den großen soziologischen Fachzeitschriften merklich. Vor allem aber in der Lehre wurden Veranstaltungen zu Methoden empirischer Sozialforschung im Studium fest verankert, während etwa wissenschaftstheoretische Themen in dem von Weischer für das Jahr 1985 untersuchte Sample nur noch bei einem Prozent lagen. Er bilanziert entsprechend:

> Es scheint, daß die empirische Sozialforschung nicht nur ›nach außen‹, als Garant der Wissenschaftlichkeit der Soziologie, sondern auch ›nach innen‹, als fester Bestandteil verschiedener Konzepte einer soziologischen Wissenschaft fungierte.[1581]

Zum Dritten konstatiert Weischer eine zunehmende Verlagerung der Forschung von den Hochschulen an Einrichtungen des außeruniversitären Bereichs.[1582] Dabei kam es ab etwa 1974 zu einem massiven Ausbau der von Lepsius visionierten Infrastruktur empirischer Sozialforschung, also von Organisationen der systematischen gesellschaftlichen »Dauerbeobachtung«, Methodenentwicklung und Dokumentation, die sich in der Folge zunehmend international vernetzten und methodisch standardisierten.[1583] Scheuch wiederum betont, dass die »tiefgreifende Veränderung in der Bedeutung von Empirie für die Soziologie« zwischen 1974 und 1979 nicht nur auf die Konzentration in den außeruniversitären Instituten und Verbünden zurückzuführen waren. Maßgeblich sei es zudem gewesen, dass sich in dieser Zeit ausgefeiltere Ana-

---

1579 Vgl. zu den im Folgenden genannten Entwicklungen der westdeutschen empirischen Sozialforschung, die Weischer primär für die Soziologie zwischen 1965 und 1980 untersucht, soweit nicht anders benannt Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 235–366, bes. 287–366.

1580 Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 287.

1581 Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, bes. 250–252, Zitat 252.

1582 Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 250, 286, Kapitel C III.2, bes. 313–316. Dazu aus Zeitzeugenperspektive zum Beispiel Andreas Diekmann: Soziologie und Empirische Sozialforschung – Von den Siebziger Jahren bis heute. In: Jan van Deth (Hg.): *Von Generation zu Generation.* Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen 2002, 43–51.

1583 Weischer gibt einen Überblick über die seit 1948 bestehenden entsprechenden Einrichtungen und Verbünde. Hervorgehoben sei hier das 1960 unter Leitung von Scheuch in Köln gegründete Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) und die 1969 erfolgte Einrichtung des Informationszentrums für sozialwissenschaftliche Forschung (IZ) Bonn. Zentrale Impulse gingen dann von dem 1974 in Mannheim gegründeten ZUMA aus (von dem 1983 etwa Karl Ulrich Mayer an das MPIB wechseln sollte), wobei laut Weischer alle drei genannten Institute seit den 1960er Jahren bemüht waren, »den Prozeß der Verwissenschaftlichung und Professionalisierung der empirischen Forschung zu fördern«. Einen Meilenstein markierte auf diesem Weg bereits in den 1980er Jahren das 1986 erfolgte Zusammengehen von IZ, ZA und ZUMA unter dem Dach der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS). Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 290, 313–316, Zitat 314.

lysetechniken in Wechselwirkung mit den technologischen, besonders EDV-gestützten, Erhebungs-, Speicher- und Auswertungsmöglichkeiten rasant entwickelten und die Voraussetzungen dafür schufen, eine quantitativ orientierte empirische Sozialforschung »allgemein durchzusetzen«.[1584] Zum Vierten kommt Weischer im Hinblick auf die Deutungskämpfe verschiedener Wissenschaftsprogramme in der Soziologie zu dem Schluss (hier besonders in Anlehnung an Peter Wagner), dass sich ein Typus empirischer Sozialforschung durchsetzte, der wissenschaftstheoretisch am Kritischen Rationalismus orientiert war. Entgegen etwa emanzipativ ausgerichteter, umfassender Theorieangebote orientierte sich dieser funktional analytisch an Theorien mittlerer Reichweite, wie sie der US-amerikanische Soziologe Robert K. Merton (1910–2003) seit Ende der 1940 Jahre ausgearbeitet und in den 1950er Jahren mit hoher Wirksamkeit in Vorschlag gebracht hatte.[1585] Wagner fasst in seiner international vergleichenden Studie zum Verhältnis von »Sozialwissenschaften und Staat« diesen seit etwa 1970 zu beobachtenden Trend in den Sozialwissenschaften allerdings deutlich kritischer. So hätten sich diese

> zunehmend als ein empirischer Forschungszweig etabliert und professionalisiert, dessen Ausübung die Reflexion über die Grundlagen der Tätigkeit nicht mehr zu erfordern scheint. Szientismus ist die implizite Philosophie, Empirismus die undiskutierte Methodologie des weitaus größten Teils der gegenwärtigen Sozialwissenschaften.[1586]

Das ist an dieser Stelle nicht zu diskutieren. Vielmehr ist wieder auf die Tätigkeit des Beirats des MPIB zurückzukommen, für die jetzt eine Bilanzierung versucht werden kann. Erkennbar wird auf dem Hintergrund der skizzierten Fachentwicklungen zum einen, dass die vom Beirat mehrheitlich unterstützten Impulse zur Transformation der Bildungsforschung mit denjenigen zeitgenössischen Ansätzen in der bundesdeutschen Soziologie weitgehend übereinstimmten, welche die Durchsetzung empirischer Sozialforschung im Sinne des von Lepsius entworfenen Forschungsprogramms verfolgten. Es war empirisch-analytisch gefasst und grenzte sich gegen neomarxistisch basierte und/oder kritische (gegebenenfalls aber auch gegen grundlegend wissenssoziologisch basierte) Ansätze strikt ab. Zum anderen – hier kommt man auf die Ausgangsfrage dieses Abschnitts zurück – weisen die zeitgenössischen Entwicklungen in der Soziologie darauf hin, dass die Rede von einer »Erhöhung der Professionalität« selbst als integ-

---

1584 Scheuch, *Laudatio*, 2002, 40–41, Zitate 40, 41. Zur Bedeutung der EDV auch Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 339–347.

1585 Vgl. Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 252, 366 und zum Beispiel Robert K. Merton: On Sociological Theories of the Middle Range. In: Robert K. Merton: *On Theoretical Sociology. Five Essays, Old and New. Including Part 1 of Social Theory and Social Structure.* New York: Free Press 1967, 39–72; darin zu den frühen Ansätzen der Konzeption einer »Theorie mittlerer Reichweite« ebd., 39. Vgl. zu Mertons Ansatz weiterführend beispielsweise Gertraude Mikl-Horke: *Soziologie. Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe.* 6. Auflage. München: Oldenbourg 2011, 235–237.

1586 Peter Wagner: *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980.* Frankfurt am Main: Campus 1990, 13. Anzumerken ist, dass diese Einschätzung aus dem Vorwort stammt, in dem Wagner äußerst verdichtet formuliert. Dem beobachteten Trend stellt er zudem (an Habermas orientiert) einen zweiten gegenüber, den er in den Positionen poststrukturalistischer und neokonservativer Ansätze erkennt, die er ähnlich kritisch beurteilt. Von unterschiedlichen Beweggründen herkommend würden beide aufgrund der Absage an die Reflexion grundlegender und verbindender Geltungsansprüche zu einem Relativismus sozialwissenschaftlicher Forschung tendieren – ästhetisch orientiert auf der einen (»Eleganz«) und technokratisch (»Effektivität«) auf der anderen Seite. Ebd., 13–14.

rales Element der Deutungskämpfe im Fach zu begreifen ist. Für eine Beurteilung der Beiratstätigkeit am MPIB bietet diese insofern keinen geeigneten Maßstab. Zwar kann man durchaus annehmen, dass am Berliner Institut eine zeitübliche ›Professionalisierung‹ der Methodik im Bereich einer quantitativ orientierten empirischen Sozialforschung stattfand, analog zu der sich in der Bundesrepublik und international seit Mitte der 1970er Jahre allgemein vollziehenden Entwicklung. Jenseits dessen deckt sich die These einer durch den Beirat veranlassten substantiellen Professionalitätssteigerung jedoch nicht mit dem bis dahin am Berliner Institut erreichten überwiegend hohen Niveau der Forschungsarbeiten. Vor allem aber unterschlüge eine solche Deutung der Entwicklungen am West-Berliner Institut die forschungspolitische Dimension, also den gezielten Versuch der MPG-Leitung und einiger tonangebender Mitglieder des Beirats zur Umsteuerung der sozialwissenschaftlichen Forschung am MPIB inklusive der dort etablierten Forschungsorganisation und Institutskultur. Inwieweit schließlich der Versuch einer Transformation der Institutsforschung mit den skizzierten zeitgenössischen politischen Entwicklungen zusammenhing, also mit konservativen und neoliberalen Ansätzen der Tendenzwende, lässt sich an dem herangezogenen Material nur ansatzweise belegen. Allerdings fällt auf, dass in den Diskussionen des Beirats (ebenso wie in den zentralen Organen der MPG) die Verwendung der Signalwörter der damaligen politischen und medialen Debatten – wie etwa »neokonservativ«, »rechts«, »links« oder »neomarxistisch« –, die eine politische Dimension eindeutig angezeigt hätten, fast komplett vermieden wurden. Sie flossen nur in Ausnahmefällen und dann eher andeutungsweise in die Rede ein, wie zum Beispiel am Fall der Auseinandersetzung zwischen Heckhausen und Edelstein gezeigt. Zu vermuten ist allerdings, dass dieser Usus der Vermeidung expliziter politischer Bezüge, aber auch einer stringenten Diskussion wissenschaftstheoretischer Grundprobleme, selbst eine politische Wirkung hatte. Denn nur auf dieser Basis konnte letztlich die Behauptung Raum greifen, dass man es bei der sogenannten empirischen Wende in den Sozialwissenschaften mit einer Entpolitisierung der Forschung, bei der Absage an kritische, neomarxistisch (oder wissenssoziologisch) basierte Ansätze mit einer ›Entideologisierung‹ und mit dem Rekurs auf Empirie mit der Hinwendung zur ›objektiven‹ Ebene der ›Fakten‹ zu tun hätte.

4.4 Auf dem Weg zu einer veränderten Konzeption von Bildungsforschung – auf dem Weg zur empirischen Sozialforschung in der MPG, 1975–1981

In den vorigen Abschnitten wurde die von Seiten des Beirats des MPIB im Laufe der 1970er Jahre geübte Kritik an der Institutsarbeit rekonstruiert und ihrer Hauptstoßrichtung nach als ein mit der MPG-Leitung abgestimmter Versuch der Transformation der Bildungsforschung am MPIB gewertet. Dieser befand sich in Übereinstimmung mit dominanten Entwicklungen der zeitgenössischen empirischen Sozialforschung. Auch wenn dabei das Deutungsmodell einer generalstabsmäßigen Umsetzung eines einmal gefassten Plans der MPG-Spitze angesichts der Kom-

plexität der Handlungssituation und der Kontingenz historischer Entwicklungen fehlgeht:[1587] Dass strategische Leitlinien entwickelt wurden und sich die Aktivitäten des Beirats damit auf einer Linie bewegten, wird noch einmal mehr gestützt, sobald man zum einen die Entwicklung der »Forschungsplanung« der MPG unter Lüst berücksichtigt. Mit ihr waren im Kontext allgemeiner Sparmaßnehmen in der MPG Stellenkürzungen am MPIB ebenso verbunden wie Überlegungen für eine andere Form der Sozialwissenschaften in der MPG (4.4.1). Zum anderen wirkten die Ergebnisse der Kommissionen der GwS, die sich ab 1975 mit den Nachfolgen von Edding, Becker und Goldschmidt sowie übergreifend mit der Zukunft des MPIB befassten, gleichfalls substantiell darauf hin, die Bildungsforschung am Institut zu transformieren. Zentral war dafür die 1979 erfolgte Berufung von Baltes (4.4.2). Wie am Institut auf die Veränderungsansätze und Umstellungen reagiert wurde, soll dann im vorletzten Abschnitt beleuchtet werden (4.4.3). Am Ende stand der Beschluss über die Schließung des MPI in Starnberg und die Emeritierung Beckers 1981 (4.4.4).

4.4.1 Erhöhung des Transformationsdrucks im Zuge der »Forschungsplanung« der MPG ab 1975: Planstellenkürzung am MPIB und Ausbausignale für eine empirische Sozialforschung

Das Jahr 1975 stellte für das MPIB in gewisser Weise ein *annus horribilis* dar, in dem sich die Auflösung des Bildungsrats mit Plänen von Seiten der MPG-Spitze für Stellenstreichungen verbanden und die Position des Instituts immer stärker unter Druck geriet. So verkündete Lüst in der Beiratssitzung im Oktober 1975, nachdem Becker seinen Jahresbericht gegeben hatte, dass sich das MPIB auf massive Einsparungen einzustellen hätte. Er bat den Beirat »Stellung zu nehmen, wie Kürzungen im Institut bis zu 25% zu realisieren seien«. Zur Begründung verwies er auf die allgemein verschlechterte Haushaltssituation der MPG »angesichts des Endes der Wachstumsrate«, die sich 1976 noch zuspitzen würde. Die Fünfjahresplanung des SAFPP rechnete daher laut Lüst mit jährlichen Etat-Kürzungen um fünf Prozent. Zwar bekannte sich der Präsident dann zu dem Institut und besonders dazu, »daß das Feld der Sozialwissenschaften in der Max-Planck-Gesellschaft noch auszudehnen sei«. Im Hintergrund stand hier sicher auch die damalige Bedeutungssteigerung der Sozialwissenschaften für die Politik auf nationaler wie internationaler Ebene.[1588] Angesichts der im Beirat des MPIB bis dahin geübten Kritik dürfte aber den Anwesenden deutlich gewesen sein, dass mit Lüsts Aussage über die Ausdehnung des Feldes der Sozialwissenschaften kaum die bisher am Institut verfolgte Hauptlinie der Forschung gemeint war. Gleichzeitig gewährte der Präsident quasi einen Blick auf das Waffenarsenal, indem er auf

---

1587 Auch Forschungsergebnisse zum strategischen Management in Unternehmen betonen eher die Probleme eines strategiebasierten Vorgehens und verweisen auf das komplexe Zusammenspiel von geplanten und emergenten Faktoren, was strategische Ansätze aber nicht obsolet werden lässt. Dazu bes. Henry Mintzberg: *The Rise and Fall of Strategic Planning. Reconceiving Roles for Planning, Plans, Planners.* New York: Free Press 1994; in Bezug auf den Hochschulbereich Britta Behm und Christian Berthold: Developing Strategies for a Higher Education Institution and its Faculties/Departments. In: Sjur Bergan, Eva Egron-Polak, Jürgen Kohler, Lewis Purser und Martina Vukasović (Hg.): *Leadership and Governance in Higher Education. Handbook for Decision-makers and Administrators.* Berlin: Raabe 2011, 63–92, hier Abschnitt 2.

1588 Vgl. dazu zum Beispiel unter besonderem Eingehen auf die Rolle der OECD Wagner, *Sozialwissenschaften*, 1990, bes. 435–441 und für die Bundesrepublik Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 287–316.

das »Spektrum der Sparmaßnahmen« der MPG hinwies, das »von der Institutsschließung über Etatkürzungen bis zum Stop von Erweiterungen« reichte.[1589] Erinnert sei daran, dass sich das MPIB 1975 auf einem Höhepunkt seiner Strategiediskussion befand und sich am Folgetag eine lange Auseinandersetzung mit dem Beirat über die bisherige Institutsforschung und eine Umsteuerung der Forschungsansätze anschließen sollte. In dieser Strategiedebatte war dann sogar die Rede davon, dass am MPIB die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, die »unbestimmte Arbeitsverträge [hätten], [...] natürlich bei einer Umorientierung des Instituts, rein arbeitsrechtlich gesehen, jederzeit kündbar sind«. Diese Worte fielen im Kontext der Erläuterung des künftig von der MPG verfolgten Prinzips altersgekoppelter Zeitverträge für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen.[1590] Was diese durchaus als Drohung verstehbaren Hinweise bei den Mitarbeiter*Innen auslösen konnten, brachte einer von ihnen zum Ende der Debatte dahingehend auf den Punkt, dass die »Kritik so massiv ist, daß sie eher blockierend [sei]« und dass unter der Bedingung des »harten Damoklesschwert[s]« der Stellenreduktion die zugleich vom Beirat geforderte bessere Forschungskoordination wohl kaum erwartet werden könne.[1591]

Forschungsplanung der MPG: Allerdings müssen die dem Institut im Oktober 1975 präsentierten Kürzungsabsichten im Gesamtzusammenhang der Forschungsplanung der MPG betrachtet werden, die im Wesentlichen von dem seit Mai 1973 unter Vorsitz von Lüst tagenden SAFPP vorbereitet wurde. Der Ausschuss unterstützte den Präsidenten bei seiner zentralen Aufgabe, unter der Bedingung einer – wie es in der konstituierenden Sitzung des Gremiums hieß – »allmählich abnehmenden Wachstumsrate« und dem absehbaren »weitgehend stationären Zustand« öffentlicher Zuwendungen die »Beweglichkeit« der Gesellschaft zu erhalten.[1592] Dabei ging es nicht nur darum, den Bestand an Forschungskapazität in solchen Bereichen zu sichern, welche für die MPG als profilbildend galten, sondern auch darum, weiterhin neue Forschungen anstoßen zu können. Diese Zielsetzung erforderte es letztlich, im Rahmen des Eigenbestands der MPG Planstellen freizumachen und umzuschichten. Dies betraf in der Konsequenz dann

---

1589 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

1590 Vgl. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 60–62. Zitat S. 62, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67. Im Transkript sind die Redner in diesem Fall anonymisiert. Das »Verzeichnis der Teilnehmer« dokumentiert für die Seite der MPG-Leitung und der Generalverwaltung die Teilnahme von Lüst, Ranft, Roeske und Schneider, denen der Beitrag insofern zuzuordnen ist. Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

1591 »Überlegen Sie sich mal, wenn sie für wichtig halten, daß hier jetzt in der nächsten Zeit so etwas passieren soll [wie] eine integrationsorientierte Diskussion und dieses mit einem harten Damoklesschwert, daß fünfundzwanzig Prozent der Stellen [eingespart werden könnten], was meinen Sie wohl, wie viele integrationsorientierte Diskussionen dadurch ausgelöst werden. Blockierungen werden doch ausgelöst«. Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 69, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

1592 Entwurf des Protokolls der 97. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 27. 6. 1973 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 97.VP, fol. 1–2. Lüst informierte den Verwaltungsrat, den die Vorlagen des SAFPP letztlich passieren mussten, regelmäßig und ausführlich über die Tagungen des Senatsausschusses. Im Folgenden wird zumeist aus diesen komprimierten Berichten für den Verwaltungsrat zitiert, denen teilweise auch die Unterlagen beigegeben waren, die vorher dem SAFPP vorgelegen hatten.

bei Weitem nicht nur das MPIB. Eine entsprechende »Strategie der Forschungsplanung« entwickelte der SAFPP bis November 1974. Sie sollte über »neue konzeptionelle und instrumentelle Ansätze« in drei Maßnahmenbündeln umgesetzt werden:[1593]

In einem ersten Schritt wurden die Institute zur Darstellung ihrer Aufgaben, ihrer Forschungsarbeiten und -vorhaben sowie einer auf fünf Jahre hin angelegten Entwicklungsplanung aufgefordert. Diese sollte zwei Szenarien, eine stagnierende und eine um fünf Prozent verringerte personelle Ausstattung berücksichtigen.[1594] Anfang Januar 1975 versandte der Präsident ein entsprechendes Rundschreiben an alle »Geschäftsführenden Direktoren und Direktoren«,[1595] mithin auch an das MPIB.

Zum Zweiten sollten die Sektionen in ihren jeweiligen Bereichen die vorhandenen Forschungsschwerpunkte sondieren und unter Einbeziehung fachlicher wie wissenschaftspolitischer nationaler und internationaler Entwicklungen prüfen. Zu diesem Zweck hatte der Präsident die Sektionsvorsitzenden schon Ende 1974 gebeten, im Fall der bis 1980 anstehenden Emeritierungen von leitenden Wissenschaftlern die Einsetzung von Kommissionen zeitlich vorzuziehen, um Überlegungen zur »Zukunft von Instituten und Teilbereichen von Instituten« einzuleiten.[1596] Auf diesem Weg sollten gegebenenfalls »Richtungsänderungen« eingeleitet und Arbeitsgebiete auch eingestellt werden können.[1597] Dabei ging es Lüst – wie er Ende Januar 1975 im Verwaltungsrat formulierte – insbesondere darum, bei den Neuberufungen eine »Automatik der Weiterführung von Arbeitsgebieten« zu unterbrechen und mithin jedes Arbeitsgebiet auf den Prüfstand zu stellen.[1598] Im Fall des MPIB wurde eine solche vorgezogene Kommission zunächst für Edding einberufen, dessen Emeritierung 1977 anstand. Jenseits dessen griffen auch für das Bildungsforschungsinstitut die sektionsübergreifend geltenden »Verfahrensgrundsätze für Emeritierungen« Wissenschaftlicher Mitglieder, die flankierend vom SAFPP vorgeschlagen, vom Verwaltungsrat gebilligt und vom Senat am 21. November 1975 einstimmig beschlossen wurden. Diese sahen vier Jahre vor Ablauf der aktiven Dienstzeit Deckelungen bei Stellenbesetzungen in den jeweiligen Bereichen vor.[1599] Da nach Edding bald auch Becker und Gold-

---

1593 Im Hinblick auf die Sitzung des SAFPP vom 5. 11. 1974 wird hier und im Folgenden aus dem Bericht über diese Sitzung zitiert, der im Verwaltungsrat am 31. 1. 1975 gegeben wurde. Siehe zu den drei Schritten: Materialien für die 103. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 30–31.

1594 Materialien für die 103. Sitzung des Verwaltungsrates der MPG vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 30. Der Begriff der »Entwicklungsplanung« wurde damals noch nicht gebraucht.

1595 [Rundschreiben Nr. 1/1975. 3. 1. 1975] Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 31. 1. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 82–85.

1596 Materialien für die 103. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 30.

1597 Lüst legte dies vor dem Verwaltungsrat dar. Protokoll der 103. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 31.

1598 Protokoll der 103. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 33.

1599 Vgl. Protokoll der 82. Sitzung des Senates vom 21. 11. 1975 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 82.SP, fol. 34. Empfohlen wurden die Grundsätze vom SAFPP, nachdem diese vom Verwaltungsrat gebilligt worden waren.

schmidt unter diese Regelungen fielen, die 1981 respektive 1982 emeritiert würden, trafen diese Bestimmungen das Berliner Institut recht massiv.

Als dritte Maßnahme war – auch mit Hilfe der Fachbeiräte – vorgesehen, eine zentral koordinierte Überprüfung von Instituten und Teilbereichen von solchen Instituten einzuleiten, deren Strukturen, wie es etwas umständlich hieß, »Anlaß geben zu Erwägungen über mögliche Veränderungen im Umfang der personellen und finanziellen Ausstattung oder auch in der inhaltlichen Festlegung der Forschungstätigkeit«.[1600] Direkter formuliert, ging es um die Sondierung und Festlegung von Möglichkeiten für Kürzungen und fachliche Umsteuerungen. Im Fall des MPIB sollte beides relevant werden, wobei Lüst, wie eingangs geschildert, die Planstelleneinsparung im Oktober 1975 im Beirat verkündete.

Dass diese zentral vorangetriebenen strategischen Managementmaßnahmen für die meisten der Mitglieder der MPG neu sein mussten und insbesondere Stellenkürzungen und Einstellungen von Arbeitsbereichen extrem heikel waren, war der MPG-Leitung bewusst. Als Lüst die Überlegungen des SAFPP im Januar 1975 dem Verwaltungsrat erläuterte, erwartete man sich dort zwar durchaus »positive[...] Aspekte der bei den Instituten möglicherweise entstehenden Unruhe«.[1601] Primär aber wollte Lüst die Institute erst »schrittweise an diese Überlegungen heranführen« und dabei einerseits vermeiden, dass »wissenschaftliche Effektivität« durch »Existenzangst« gelähmt würde. Verhindert werden sollte andererseits, dass die Betriebsräte zu früh auf den Plan gerufen würden.[1602]

In Bezug auf das MPIB, das seit Lüsts Amtsantritt verstärkt unter Beobachtung stand beziehungsweise, wie oben mehrfach dargelegt, auf Veranlassung von Senat und GwS bereits seit 1971 mit dem Versuch einer »Kontrolle« durch den Beirat konfrontiert war, konkretisierten sich die Absichten der Planstellenkürzungen dann allerdings recht unverhohlen und zudem zügig. So beschäftigte sich der SAFPP Mitte Mai 1975, im Zuge einer ersten Befassung mit dem Rücklauf der Entwicklungspläne der Institute, eingehend mit dem MPIB.[1603] Anwesend waren mit Zweigert und Vierhaus der damals amtierende und der künftige Beiratsvorsitzende.[1604] Die für den hier zuständigen Vizepräsidenten erstellte Verwaltungsvorlage zeigte bereits relativ weit

---

1600 Materialien für die 103. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 30–31.

1601 Protokoll der 103. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 31. Entsprechend äußerten sich Schneider und der Vorstandsvorsitzende der Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft Horst K. Jannott. Zur Person Jannotts siehe die Angaben bei Balcar, *Wandel*, 2020, 202, 203/Anm. 960.

1602 Protokoll der 103. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 33.

1603 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. Anlage zu: Notiz: Von Beatrice Fromm (fm/Schu/Pa) an die Vizepräsidenten, betr.: Sitzung des SAFPP am 15. 5. 1975, hier Bericht der Vizepräsidenten zu den Stellungnahmen der Institutsleitungen zum Rundschreiben Nr. 1/1975, 7. 5. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201, fol. 38–39. Ich danke Jaromír Balcar für den Hinweis auf diese Quelle.

1604 Teilnehmerliste der 5. Sitzung des SAFPP am 15. 5. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 201, fol. 8. Zweigert bekleidete damals zudem das Amt eines der Vizepräsidenten der MPG.

gediehene Planungen. Die Vorlage sah nicht nur vor, auf »weitere Sicht [...] eine Reduzierung des Personalbestandes« anzustreben. Angeregt wurde zudem, die für die »neuen Schwerpunkte des Instituts« frei werdenden Stellen zwar möglichst qualifiziert zu besetzen, sich aber von »etlichen Mitarbeitern, deren Arbeiten künftig nicht im Schwerpunkt der Institutsarbeiten liegen, [... zu] lösen, obwohl sie schon länger am Institut tätig sind«. Als übergreifende strategische Ausrichtung wurde, unter Bezug auf entsprechende Bestrebungen des Instituts,

> eine stärkere Entlastung von den anwendungsbezogenen Forschungsvorhaben (u. a. in der Vergangenheit für den Bildungsrat) bei einer gleichzeitigen stärkeren Konzentration der bislang zahlreichen Forschungsfelder

empfohlen. Unter Vorbehalt der Ergebnisse der Kommission der GwS, die im Zuge der absehbaren Emeritierung Eddings bereits zur Findung einer Nachfolge eingesetzt war, wurden als künftige Forschungsschwerpunkte die »Sozialisationsforschung«, die »Schulforschung« und die am Institut bis dato im Direktorenkreis nicht vertretene »Sozialpsychologie« angedacht. Ein Rückbau dagegen war für die Bildungsökonomie der »Tendenz« nach bereits vorgesehen.[1605] Gut einen Monat später, im Juni 1975, unterrichtete Schneider dann auch den Verwaltungsrat von den Überlegungen über eine »Planstellenkürzung« am MPIB, die »in der Sitzung des Institutsbeirats im Oktober« vorbereitet werden müsste. Das Institut geriet in dieser Zeit in der MPG also auch jenseits des Beirats immer mehr unter Druck. Darauf weist auch der Wechsel von Rolf Neuhaus, Leiter der Dokumentation und Bibliothek am MPIB, an die Spitze des damals neu eingerichteten Archivs der MPG im Otto-Warburg-Haus hin, über den Lüst den Verwaltungsrat informierte. Seine Planstelle würde er an das Archiv gleich mitnehmen.[1606]

Begründung der Stellenreduktion: Von Interesse ist nun, wie die offensichtlich für das MPIB bereits fest vorgesehenen Stellenreduktionen begründet wurden. Während Lüst in der eingangs geschilderten Beiratssitzung des Instituts von Mitte Oktober 1975 die Kürzungsabsichten allein in den Kontext des allgemeinen Sparkurses der MPG rückte, wurden in der wenige Tage später, am 23. Oktober stattfindenden sechsten Sitzung des SAFPP spezifischere Motive genannt, die sich aus der Beurteilung sozialwissenschaftlicher Ansätze ergaben. Zusammengetreten war der Ausschuss vor allem, um im Hinblick auf die inzwischen weiter gediehene Schwerpunktbildung der MPG für jede Sektion getrennt eine vorläufige Endbewertung der Institute und Einrichtungen vorzunehmen. Basis dieser »Überprüfung« waren die erwähnten Darstellungen von Seiten der Institute, zudem Beiratsberichte und eine im Protokoll nicht

---

1605 »Der Anteil der Bildungsökonomen am Gesamtbestand der wissenschaftlichen Mitarbeiter ist bereits in den letzten Jahren wesentlich zurückgegangen. Diese Tendenz könnte fortgesetzt werden«. Die künftige Institutsentwicklung sollte zudem im Zusammenhang mit dem Starnberger Institut und gegebenenfalls auch mit den »Arbeiten eines künftigen Instituts für Linguistik« betrachtet werden. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. Anlage zu: Notiz: Von Beatrice Fromm (fm/Schu/Pa) an die Vizepräsidenten, betr.: Sitzung des SAFPP am 15. 5. 1975, hier Bericht der Vizepräsidenten zu den Stellungnahmen der Institutsleitungen zum Rundschreiben Nr. 1/1975, 7. 5. 1975, AMPG, II. Abt, Rep. 60, Nr. 201, fol. 38–39.

1606 Über Neuhaus' Umsetzung informierte Lüst. Vgl. Entwurf. Protokoll der 105. Sitzung des Verwaltungsrates und des Vorstandes vom 18. 6. 1975 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 105.VP, fol. 29–30, Zitat fol. 30.

näher definierte »allgemeine Kenntnis über den Leistungsstand der einzelnen Institute«. Entsprechende Unterlagen waren vermutlich von Seiten der Generalverwaltung zusammengetragen worden.[1607] Auch für die GwS wurden in der Sitzung alle dort vertretenen Fachrichtungen und Institute bilanziert,[1608] wobei der SAFPP dem »Bereich der Sozialwissenschaften [in der MPG] im engeren Sinne« das Starnberger Institut und das MPIB zurechnete.

Unter Hinweis auf die national wie international ständig »wachsende Bedeutung der Sozialwissenschaften im Gesamtgefüge der Forschung« wurde dann einerseits festgelegt, dass sich die MPG in diesem Bereich künftig weiterhin engagieren und sogar eine Ausweitung der Kapazitäten prüfen wollte: Die MPG habe hier »gleiche Verpflichtungen wie hinsichtlich der überwiegend betriebenen Naturwissenschaften«.[1609] Andererseits grenzte man sich dezidiert von den »beiden vorhandenen Instituten« ab, deren »Arbeitsergebnisse [...] Anlaß zu teilweise heftiger Kritik gegeben haben«. Deren Forschungsansätze ordnete man insbesondere im Hinblick auf ihre »Zielsetzung« und Methodik letztlich einer Art unausgereiften, noch von »ideologischen Vorstellungen« beeinflussten Entwicklungsstufe der Sozialwissenschaften zu. Ein spezifisches Verständnis von Naturwissenschaften lieferte hier also den Maßstab, wobei im Hintergrund – wie im folgenden Zitat unschwer erkennbar ist – methodische und wissenschaftstheoretische Grundpositionen des Kritischen Rationalismus lagerten:

> Bei Wertung dieser Kritik darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Sozialwissenschaften als Gegenstand institutionalisierter Grundlagenforschung relativ jung und in ihrer Zielsetzung nicht in dem Maße gesichert zu sein scheinen, wie dies im Bereich der Naturwissenschaften der Fall ist. Es muß auch berücksichtigt werden, daß sozialwissenschaftliche Theorie häufig von ideologischen Vorstellungen beeinflußt wird und daß die Instrumente zur Überprüfung der Theorie zum Teil nicht so entwickelt sind, wie es erforderlich wäre, daß vielleicht auch die Bereitwilligkeit zur kritischen Überprüfung der Theorie nicht in dem bei den exakten Naturwissenschaften selbstverständlichen Umfang vorhanden ist.[1610]

1607 Im Hinblick auf die Sitzung des SAFPP vom 23. 10. 1975 wird hier und im Folgenden aus den Materialien aus dieser Sitzung zitiert, die dem Verwaltungsrat am 20. 11. 1975 zur Kenntnis gegeben wurden: Vertrauliche Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 20. 11. 1975. – 6. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung, hier Materialien I-III, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 106.VP, fol. 237.

1608 So wurde etwa das seit Zeit der KWG bearbeitete Gebiet der rechtsvergleichenden Forschung unter Hinweis auf dessen nationale wie internationale theoretische Bedeutung und rechtspolitische »praktische Anwendung« als »klare[r] Schwerpunkt« der MPG anerkannt. Die entsprechenden Institute sollten »in ihrem gegenwärtigen Umfang erhalten bleiben« und zum Teil personell verstärkt werden. Eine Ausnahme stellte demnach das stark auf den Institutsleiter Coing hin ausgerichtete Institut für europäische Rechtsgeschichte dar, so dass dessen Fortführung in der MPG bei dessen Emeritierung geprüft werden müsste. Vertrauliche Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 20. 11. 1975. – 6. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung, hier Materialien I-III, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 106.VP, fol. 237–238.

1609 Vertrauliche Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 20. 11. 1975. – 6. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung, hier Materialien I-III, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 106.VP, fol. 238–239.

1610 Vertrauliche Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates vom 20. 11. 1975. – 6. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung, hier Materialien I-III, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 106.VP, fol. 239.

Der SAFPP schloss seine Bewertung mit dem Hinweis auf die derzeit laufende Prüfung des Arbeitsprogramms beider Institute durch die Beiräte und die zu erwägende »Anpassung der personellen Kapazität«.[1611] In einem tabellarischen Anhang waren dabei für das MPIB bereits 28 »zur Disposition stehende Planstellen« ins Auge gefasst.[1612] Als dem Senat diese Überlegungen am 21. November 1975 nach vorlaufender Billigung durch den Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben wurden, kam auch das politische Motiv zwar verklausuliert, aber durchaus deutlicher zur Sprache. So hieß es in Bezug auf die Sozialwissenschaften, dass diesem »relativ jungen Forschungszweig besondere Aufmerksamkeit im Hinblick auf seine Theorieansätze *und seinen Bezug zu Problemen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung*« gebühre«.[1613] Im März 1976 schließlich beschloss der Verwaltungsrat im Zuge der mittelfristigen Finanzplanung der MPG für die Jahre 1976 bis 1980, bei der insgesamt 142 Stellen freigezogen werden sollten, die Einsparung von 20 Planstellen am MPIB, davon acht wissenschaftliche Kräfte. Die Generalverwaltung wurde ermächtigt, mit der Institutsleitung entsprechende Konkretisierungen zu vereinbaren. Zur Begründung wurde diesmal allein darauf verwiesen, dass »das Institut nach Auflösung des Bildungsrates in geringerem Umfange für bildungspolitische Beratung beansprucht werde«.[1614]

4.4.2 Direktoren- und Richtungswechsel: Von Edding, Becker und Goldschmidt zur Berufung des Psychologen Paul B. Baltes, 1975–1979

Die Gestaltung des Wechsels auf der Leitungsebene des MPIB, der aufgrund der anstehenden Emeritierungen von Edding (1977), Becker (1981) und Goldschmidt (1982) ab Mitte der 1970er Jahre in rascher Folge für gleich drei Gründungsdirektoren anstand, beschleunigte die Transformation der Bildungsforschung am MPIB und war zugleich eng mit der strategischen Rahmenplanung der MPG verknüpft. Wie erwähnt, hatte Lüst im Zuge der Umsetzung der im November 1974 vom SAFPP erarbeiteten Forschungsplanung die Vorsitzenden aller drei Sektionen noch im gleichen Jahr darum gebeten, sich künftig wesentlich früher als bis dahin üblich mit der »Zukunft von Instituten und Teilbereichen von Instituten, in denen Emeritierungen der leitenden Wissenschaftler bevorstehen«, zu befassen.[1615] Vorangetrieben werden sollte auf diesem Weg vor allem die Profilbildung der MPG. Die Generalverwaltung erstellte zur Unter-

---

1611 »Gegebenenfalls wird eine Anpassung der personellen Kapazität an die für die weitere Zukunft als sachlich notwendig begründeten Aufgaben erwogen werden müssen«. Vertrauliche Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 20. 11. 1975.– 6. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung, hier Materialien I-III, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 106.VP, fol. 239.

1612 Vertrauliche Materialien für die Sitzung des Verwaltungsrates der MPG am 20. 11. 1975. – 6. Sitzung des Senatsausschusses für Forschungspolitik und Forschungsplanung, hier Anhang. Übersicht über die Institute und Teilbereiche von Instituten, bei denen Veranlassung zu Planungsmaßnahmen gegeben ist, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 106, fol. 255–263.

1613 Protokoll der 82. Sitzung des Senates vom 21. 11. 1975 in Essen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 82.SP, fol. 127; Hervorhebung Behm.

1614 Protokoll der 108. Sitzung des Verwaltungsrates vom 11. 3. 1976 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 108.VP, fol. 13–14.

1615 Materialien für die 103. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103.VP, fol. 79. Allerdings wurde in der GwS ein entsprechendes Schreiben Lüsts bekannt gegeben, das auf den 17. Januar 1975 datierte. Protokoll der Sitzung der GwS vom 24. 1. 1975 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1442, fol. 15.

stützung des Prozesses Übersichten über die bis 1981 anstehenden Emeritierungen. In der MPG markieren diese zugleich den Beginn einer professionalisierten, zentral verfolgten Personalentwicklungsplanung für den Wissenschaftsbereich. Am MPIB fielen Edding, der Ende Juni 1977 emeritiert werden würde, und Becker, dessen Verabschiedung Ende Mai 1981 anstand, unter die neue Regelung.[1616]

Am 24. Januar 1975 setzte die GwS auf Aufforderung von Lüst hin zunächst die Kommission zur Nachfolge Eddings ein.[1617] Im Juni 1977 wurde deren Aufgabenstellung erweitert. Das jetzt als »Kommission ›Max-Planck-Institut für Bildungsforschung‹« bezeichnete Gremium sollte zum einen die Nachfolge für die Arbeitsbereiche von Becker und Goldschmidt einbeziehen. Zum anderen sollte ein »weiterführende[s] Gesamtkonzept des Instituts« erstellt werden. Berücksichtigen werden sollten dabei – gemäß den Überlegungen des SAFPP von Mai 1975 – eine stärkere Konzentration der fachlichen Arbeit und Aufgaben des MPIB[1618] sowie die Prüfung der Leitungsstruktur des Instituts.[1619]

Zusammensetzung: Die Zusammensetzung der Kommission blieb von ihrer Einsetzung an bis zum Abschluss ihrer Arbeit im Kern konstant.[1620] Den Vorsitz hatte der Rechtswissenschaftler Günther Kaiser (1928–2007),[1621] Mitglieder waren zunächst Habermas, Vierhaus und Bothe. An dessen Stelle rückte im Juni 1977 Karl Julius Ullrich (1925–2010)[1622]. Ebenfalls aus der MPG kamen 1977 Lotz und Friedrich-Karl Beier (1926–1997)[1623] als Sektionsvorsitzender hinzu. Als auswärtige Mitglieder waren anfangs der an der University of London am *Institute of Education* tätige Wirtschaftswissenschaftler Mark Blaug (1927–2011) und der Direktor des IfW Herbert Giersch (1921–2010) vorgesehen. Im Februar 1978 wurden der Heidelberger Psychologe Carl Friedrich Graumann (1923–2007), Husén, Krings und, ebenfalls aus Heidelberg, der Kultursozi-

---

1616 Vgl. Materialien für die 103. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. 1. 1975 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 103. VP, Anlage S. 7, TOP 1. In den »Materialien« wurde auf die Ergebnisse der Sitzung des SAFPP vom 5. November 1974 Bezug genommen. Enthalten ist darin als Anlage die tabellarische »Übersicht über die Institute der MPG als Grundlage für Überlegungen zur Struktur und Planung«, in der für das MPIB die Emeritierungen von Edding und Becker gelistet wurden. Die aktive Dienstzeit endete für Edding am 30. Juni 1977, für Becker am 31. Mai 1981. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 528, 559.

1617 Protokoll der Sitzung der GwS vom 24. 1. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1442, fol. 15–16.

1618 Protokoll der Sitzung der GwS vom 22. 6. 1977, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1448, fol. 10 verso.

1619 Bericht und Empfehlung der Kommission »Max-Planck-Institut für Bildungsforschung«, Freiburg, 27. 4. 1979, gez. Günther Kaiser [16 Seiten plus Anlagen], Stenographische Aufzeichnungen, Protokoll der Sitzung der Geisteswissenschaftlichen Sektion am 9. 5. 1979 in Mainz, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 109.

1620 Vgl. zu den im Folgenden genannten Kommissionsmitgliedern: Protokoll der Sitzung der GwS vom 24. 1. 1975, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1442, fol. 16; Protokoll der Sitzung der GWS vom 22. 6. 1977, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1448, fol. 11; Protokoll der Sitzung der GwS vom 22. 2. 1978, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1450, fol. 10–11.

1621 Kaiser war im März 1970 zum Wissenschaftlichen Mitglied am MPI für ausländisches und internationales Strafrecht berufen worden. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 472.

1622 Der Mediziner und Physiologe war im Juni 1967 zum Wissenschaftlichen Mitglied am MPI für Biophysik und Direktor einer selbständigen Abteilung (endgültig ab Oktober) berufen worden. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 450.

1623 Beier war seit Juni 1966 Wissenschaftliches Mitglied am MPI für ausländisches und internationales Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 444.

ologe und Weber-Experte Wolfgang Schluchter (geb. 1938)[1624] ergänzt; die Bestellung des Letztgenannten ging auf den Vorschlag der MPIB-Mitarbeiterin Christel Hopf zurück.[1625] Gerfin trat dann im Oktober 1978 offiziell hinzu. Da mit Vierhaus, Habermas und Gerfin drei Mitglieder des Beirats des MPIB in der Kommission vertreten waren, darunter dessen Vorsitzender, war die Abstimmung in dieser Hinsicht gesichert.

Ergebnisse: Von den Ergebnissen her betrachtet, und nur diese sollen hier berücksichtigt werden, unterbreiteten die Kommissionen der GwS bis zum Zeitpunkt der Emeritierung Beckers im Wesentlichen drei Vorschläge. Zum Ersten wurde im Juni 1977 der Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) Dieter Mertens (1931–1989) als Nachfolger Eddings empfohlen.[1626] Allerdings sagte der vom Senat in zweiter Lesung einige Monate später berufene Volkswirtschaftler und Bildungsforscher unter Hinweis auf Verpflichtungen dem IAB gegenüber Ende Oktober 1978 ab.[1627] Eine Nachfolge wurde auch in den nächsten Jahren nicht gefunden. Edding, der sich für den Erhalt der von ihm vertretenen Forschungsrichtung am MPIB nachdrücklich eingesetzt hatte[1628] und den Gang der Entwicklungen ab Juli 1977 als Emeritus verfolgte, stellte dann im Januar 1983 gegenüber Jochimsen zu Recht fest, dass die Bildungsökonomie am Institut wahrscheinlich »gestorben ist«.[1629] Allerdings hatte sich Edding schon im Juli 1974, also noch vor Einsetzung der Nachfolge-Kommission, überaus skeptisch gezeigt und ebenfalls in einem Schreiben an Jochimsen »die traurige Tatsache« konstatiert, »daß die Bildungsökonomie im Max-Planck-Institut am Aussterben« sei.[1630] Im Hintergrund dieser pessimistischen Diktion standen nicht nur die angespannte Stellenlage am Institut. Mit dem erwartbaren Votum für die Integration der Psychologie auf

---

1624 Der Kultur- und Religionssoziologe wurde nach der Promotion an der FU Berlin 1972 an der Universität Mannheim habilitiert, hatte ab dem Folgejahr eine Professur für Sozialwissenschaft an der Universität Düsseldorf inne und wurde 1976 an die Universität Heidelberg berufen. Zur Karriere Schluchters siehe das Curriculim Vitae unter: Max-Weber-Institut für Soziologie: Prof. Dr. rer. pol., Dr. h. c. Schluchter. https://www.soz.uni-heidelberg.de/wolfgang-schluchter/. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.

1625 Auf der von Kaiser der GwS präsentierten Liste war kein/e Soziolog*in vorgesehen gewesen. Hopf schlug Schluchter überraschend vor und führte zur Begründung an, dass »der Soziologie als Bezugsdisziplin für die einzelnen Arbeitsbereiche im Berliner Institut eine wichtige Rolle« zukäme. Unterstützt wurde sie umgehend von Habermas, Becker und Goldschmidt, wobei davon auszugehen ist, dass der Vorschlag vorab abgestimmt war. Protokoll der Sitzung der GwS vom 22. 2. 1978, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1450, fol. 11.

1626 Protokoll der Sitzung der GwS vom 22. 6. 1977, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1448, fol. 9. Mertens wurde 1963 an der FU Berlin promoviert, 1973 folgte die Habilitation an der Regensburger Universität im Bereich Wirtschaftspolitik. Nach einer wissenschaftlichen Tätigkeit am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) übernahm er 1967 die Leitung des IAB, das im gleichen Jahr als selbständige Einrichtung der Bundesanstalt für Arbeit gegründet worden war. Zur Person »Mertens, Dieter«. In: *Munzinger Online/Personen*. Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1989. http://www.munzinger.de/document/00000017268. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.

1627 Protokoll der 88. Sitzung des Senates vom 18. 11. 1977 in Bremen, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 88.SP, fol. 28; Protokoll der GWS vom 22. 2. 1978, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1450, fol. 14; Protokoll der 91. Sitzung des Senates vom 24. 11. 1978 in Frankfurt am Main, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 91.SP, fol. 86.

1628 Vgl. dazu zum Beispiel die Korrespondenzen, Besprechungen und weiteren Unterlagen am MPIB in den Beständen AMPG, II. Abt., Rep 43, Nr. 82 und Nr. 85.

1629 Edding schrieb Jochimsen am 4. 1. 1983. Zitiert nach Hösel, *Verkannte Innovationen*, 2010, 169.

1630 Schreiben Eddings an Jochimsens vom 22. 7. 1974. Zitiert nach Hösel, *Verkannte Innovationen*, 2010, 169.

direktoraler Ebene fehlte jetzt – wollte man auch die Rechtswissenschaft weiterhin auf der Leitungsebene berücksichtigen – eine Stelle mit entsprechender Wertigkeit.[1631] Hinzu kamen Unstimmigkeiten mit Becker und ebenso ein seit Anfang der 1970er Jahre spürbar werdender Einstellungswandel, vor allem von Seiten der Wirtschaft, gegenüber der am MPIB vertretenen Bildungsökonomie.[1632] Für die Mitarbeiter*innen des Bereichs am Institut waren diese Entwicklungen jedoch schwer einsehbar. Das Strategiepapier zur Entwicklung des MPIB, das dem SAFPP 1975 vorlag und in dem die Bildungsökonomie erheblich an Bedeutung eingebüßt hatte – wenn sie nicht der Tendenz nach ohnehin schon abgeschrieben war –, dürfte am Institut nicht bekannt gewesen sein. Vielmehr blieb die Bildungsökonomie noch im Mai 1979, als die Kommission Teilempfehlungen präsentierte, im Spiel und die Frage ihrer künftigen Stellung am Institut wurde offengehalten.[1633] Aufgrund der unklaren Situation bedeutete diese Entwicklung für diejenigen Mitarbeiter*innen des Edding-Bereichs, die sich nicht wegbewarben, letztlich eine jahrelange Hängepartie.[1634]

Zum Zweiten sprach sich die »Kommission MPIB« im April 1979 in einer Teilempfehlung für den Psychologen Paul B. Baltes aus. Der Personalvorschlag war durch Heckhausen im Januar in das Verfahren eingebracht worden.[1635] Dass sich die Kommission auf Baltes einigte, der implizit als Nachfolger Beckers galt, verlieh zugleich der Psychologie erhebliches Gewicht. Im Fall

---

1631 Bericht und Empfehlung der Kommission »Max-Planck-Institut für Bildungsforschung«, Freiburg, 27. 4. 1979, gez. Günther Kaiser [16 Seiten plus Anlagen], Stenographische Aufzeichnungen, Protokoll der Sitzung der GwS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 116, 118.

1632 Erinnert sei zum Beispiel an die oben skizzierte, im Frühjahr 1971 geäußerte Kritik der Kölner IHK am MPIB, die sich namentlich gegen Edding als einen »wirtschaftskritisch eingestellten Professor« richtete. Anfang 1974 scheiterte dann die von Edding geleitete, vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung berufene Sachverständigenkommission »Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung«. Die zwischen 1971 und 1974 erarbeiteten Reformvorschläge wurden laut Hösel aufgrund der »Befürchtungen der Arbeitgeberseite [... vor einem] staatlich regulierte[n] System« nicht umgesetzt. 1976 wiederum verwahrte sich Edding vor dem Senat der MPG gegen die Kritik, dass die Bildungsökonomie »mitschuldig an der ›übermäßigen und fehlgeleiteten‹ Expansion des Bildungswesens der letzten 15 bis 20 Jahre« sei. Aber auch im Bildungsrat hatte sich Edding nicht mehr durchsetzen können, als sich dieser gegen ein umfassendes Engagement im Bereich der *Recurrent Education* entschied. Anfang 1972 war Edding aus der Bildungskommission zurückgetreten, was zu einer massiven Verstimmung mit Becker geführt hatte. Hösel, *Verkannte Innovationen*, 2010, 167; Friedrich Edding: Recurrent Education Revisited. In: Friedrich Edding (Hg.): *Zwanzig Jahre Bildungsforschung. Zwanzig Jahre Bildungsreform.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1987, 34–49; Friedrich Edding: Bildungsökonomische Forschung im Rahmen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Kurzreferat in der Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin am 12. 3. 1976. In: Friedrich Edding: *Mein Leben mit der Politik 1914–1999. Teilhabe an der Entwicklung bildungspolitischen Denkens.* 2. Auflage. Berlin: MPIB 2000, 162–168, Zitat 167 und Unterlagen im Bestand AMPG, II. Abt., Rep 43, Nr. 82.

1633 Protokoll der Sitzung der GwS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 56.

1634 Becker wies etwa Ende 1978 im Beirat auf die sich für die von den offenen Nachfolgen betroffenen Mitarbeitenden ergebenden »Unsicherheiten« in Bezug auf ihre Perspektiven am Institut und »Lähmungen der Arbeiten in den Projekten« hin und noch Anfang 1981 versuchten die Mitarbeitenden im Bereich der Bildungsökonomie über dessen Zukunft Genaueres zu erfahren. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 24, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1635 Heckhausen schlug die Einladung von Baltes auf der Kommissionssitzung am 31. 1. 1979 vor, woraufhin dieser am 9. 3. 1979 angehört wurde. Vgl. Bericht und Empfehlung der Kommission »Max-Planck-Institut für Bildungsforschung«, Freiburg, 27. 4. 1979, gez. Günther Kaiser [16 Seiten plus Anlagen], Stenographische Aufzeichnungen, Protokoll der GWS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 116–117.

der Bestätigung durch die noch zuständigen Gremien würde die Disziplin am Institut zum ersten Mal durch ein Wissenschaftliches Mitglied und auf Direktorenebene vertreten sein. Die GwS folgte der Empfehlung dann tatsächlich mit großer Zustimmung im Mai 1979 und schlug dem Senat Baltes' Berufung vor.[1636] Zugleich deutete sich im Kommissionsbericht an, dass die Rechtswissenschaft am MPIB im Zuge der beabsichtigten fachlichen Konzentration kaum mehr auf Leitungsebene berücksichtigt werden würde.[1637] Allerdings blieb auch diese Frage, ähnlich wie im Fall der Bildungsökonomie, formell offen und noch im Januar 1980 kam es in der GwS zwischen der Kommissionsleitung und Institutsmitgliedern zum Konflikt über die Einschätzung der Funktion des Bildungsrechts am MPIB. Die Sektion optierte im Ergebnis zwar nicht gegen das Ansinnen, die Rechtswissenschaft am Institut zu halten, sondern beschloss, sich später mit der »Frage der Berufung eines Bildungsrechtlers« befassen zu wollen.[1638] De facto aber blieb das MPIB nach der Emeritierung Beckers ohne eine direktorale Vertretung auf diesem Gebiet.

Gleichzeitig mit der Grundsatzentscheidung für Baltes und für die Psychologie votierte die GwS im Mai 1979 auf Empfehlung der Kommission – dies war der dritte Vorschlag – für Wolfgang Schluchter in der Nachfolge Goldschmidts.[1639] Nur angemerkt sei die Merkwürdigkeit, dass sich Edelstein in der vorangehenden Diskussion veranlasst gesehen hatte, Schluchters Leistungen in Ergänzung zum Kommissionsbericht mündlich zu würdigen, da diese im Bericht im Vergleich zur Darstellung von Baltes auffallend zurückhaltend ausgefallen war.[1640] Während dann jedoch Baltes am 23. November 1979 vom Senat in einer Lesung einstimmig zum Wissenschaft-

---

1636 Protokoll der Sitzung der GwS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 64 verso.

1637 Als »Basisdisziplinen« der Bildungsforschung wurden in Bezug auf die Neubesetzungen allein die Psychologie und die Soziologie bezeichnet, während im Hinblick auf Becker festgehalten wurde, dass »auf absehbare Zeit keine realistische Möglichkeit« bestehe, eine Nachfolge zu finden. Bericht und Empfehlung der Kommission »Max-Planck-Institut für Bildungsforschung«, Freiburg, 27. 4. 1979, gez. Günther Kaiser [16 Seiten plus Anlagen], Stenographische Aufzeichnungen, Protokoll der Sitzung der GwS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 115, 116, 118–119.

1638 Protokoll der Sitzung der GwS vom 28. 1. 1980 in Heidelberg, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1456, fol. 15 verso – 17 recto, Zitat fol. 17.

1639 Vgl. Protokoll der GWS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1456, fol. 15 verso –17 recto, Zitat fol. 17. Schluchter hatte die Kommission verlassen, sobald er als Kandidat ins Auge gefasst worden war. Er nahm zuletzt an der Kommissionssitzung am 6. Juli 1978 teil. Vgl. Bericht und Empfehlung der Kommission »Max-Planck-Institut für Bildungsforschung«, Freiburg, 27. 4. 1979, gez. Günther Kaiser [16 Seiten plus Anlagen], Stenographische Aufzeichnungen, Protokoll der Sitzung der GwS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 115.

1640 Tatsächlich bleibt der von Kaiser verfasste Kommissionsbericht im Vergleich zu der überaus positiven Darstellung von Baltes' Forschungsprofil im Hinblick auf Schluchters Œuvre merklich blass. Die dort gesetzten Signale konnten in der MPG sogar eher als gegen den Soziologen gewandt interpretiert werden. So wurde besonders das Fehlen »empirische[r] Forschungsarbeit« bemängelt und avisiert, dass Schluchter »auch in für ihn neuen Gebieten wie der Bildungsforschung bald zur kompetenten und *kritischen* Instanz« werden dürfte. Inwieweit diese Schlagseite damit zusammenhing, dass der Kandidat von Seiten des Instituts eingebracht worden war, konnte nicht geklärt werden. Jedenfalls war das Missverhältnis so auffällig, dass Edelstein in der Sitzung der GwS im Mai 1979 eine geradezu fulminante Würdigung ergänzte, eingeleitet mit den Worten: »Gegenüber der präzisen und intensiven Darstellung von Herrn Baltes könnte der Eindruck entstehen, daß er, Schluchter, einer gewissen Apologie bedürfte«. Vgl. Bericht und Empfehlung der Kommission »Max-Planck-Institut für Bildungsforschung«, Freiburg, 27. 4. 1979, gez. Günther Kaiser [16 Seiten plus Anlagen], Stenographische Aufzeichnungen, Protokoll der Sitzung der GwS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 123–124, Zitat fol. 124, Hervorhebung Behm; Stenographische Aufzeichnungen, Protokoll der Sitzung der GwS vom 9. 5. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1454, fol. 41–42, Zitat fol. 41.

lichen Mitglied der MPG berufen wurde und seine Arbeit als Direktor am Institut und Mitglied des Kollegiums offiziell zum 1. September 1980, parallel zur Endphase von Beckers Tätigkeit, begann,[1641] verzögerte sich das Verfahren für die Soziologie-Nachfolge. Es sollte sich noch über mehrere Jahre hinziehen. Dies hatte seinen Grund anfänglich in der engen Verbindung der Entwicklung des Berliner und des Starnberger Instituts. Für das MPIL war 1977 angesichts der auch für Weizsäcker Ende Juni 1980 anstehenden Emeritierung eine Kommission eingesetzt worden, die zu Grundfragen der künftigen Entwicklung des Instituts Stellung nehmen sollte.[1642] Im Frühjahr 1979 geriet der Prozess jedoch ins Stocken – und in eine Krise. Ralf Dahrendorf, der von Lüst offenbar überraschend als Kandidat in das Verfahren eingebracht und nach internen Verhandlungen und Abstimmungsrunden vom Senat bereits bestätigt worden war, lehnte den Ruf im Mai 1979 ebenso überraschend ab.[1643] Eine Lösung wurde dadurch gefunden, dass nun Schluchter im Einvernehmen mit den relevanten Beteiligten an beiden Instituten und den zuständigen Gremien auf die Vorschlagsliste der Starnberger Kommission rückte.[1644] Anfang Januar 1980 wurde er zusammen mit dem Heidelberger Psychologen Franz E. Weinert (1930–2001)[1645] von der GwS bestätigt.[1646] Damit war allerdings am MPIB die Nachfolge für die Soziologie wieder offen. Auch die von der Kommission daraufhin bis Oktober 1980 zügig erarbeitete Empfehlung für den Mannheimer empirischen Sozialforscher Walter Müller (geb. 1942),[1647] dessen Berufung vom Senat in zweiter Lesung Anfang März 1981 beschlossen wurde, scheiterte an der Ablehnung des Rufs, wie das Gremium im November 1981 bekanntgeben musste.[1648] Im Endeffekt konnte die MPG dann erst nach der Emeritierung Beckers den empirisch arbeitenden Mannheimer Soziologen Karl Ulrich Mayer gewinnen, der in den USA und Konstanz seine ersten Sporen verdient, eng mit Müller zusammengearbeitet hatte und ab 1977 leitend am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) tätig war, ab 1979 als Geschäftsführender Direktor. Am 11. März 1983 wurde Mayer zum Wissenschaftlichen Mitglied der MPG berufen,

---

1641 Vgl. Protokoll der 94. Sitzung des Senates vom 23. 11. 1979 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 94.SP, fol. 127; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 546.

1642 Vor allem ging es um die Zukunft des Arbeitsbereichs Weizsäckers, um Ergänzungsmöglichkeiten für den Habermas-Bereich und um die Frage der Fortführung der Wissenschaftsforschung. Leendertz, *Wende*, 2010, 24–26.

1643 Leendertz, *Wende*, 2010, 30–40.

1644 Protokoll der Sitzung der GwS vom 26. 10. 1979, AMPG, II. Abt., Rep. 62, Nr. 1455, fol. 63 verso – 64 recto, fol. 66.

1645 Weinert wurde im Juni 1980 zum Wissenschaftlichen Mitglied und zum Mitglied im Kollegium und Direktor am Institut berufen (ab 1. August 1981). Das Starnberger MPIL war inzwischen in »Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften« umbenannt worden und sollte seinen Standort in München haben. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 551; Leendertz, *Wende*, 2010, 40.

1646 Leendertz schildert diese Vorgänge für Starnberg ausführlich, ohne jedoch auf das Berufungsverfahren für die Soziologie am MPIB einzugehen. Die Kommission hatte nach der Absage Dahrendorfs an Pläne von Habermas angeknüpft, in denen Schluchter für die Leitung der zweiten von vier Abteilungen vorgesehen war (»Soziologie: Vergleichende Analyse der Institutionalisierung und Internalisierung von Wertsystemen«). Im Laufe des Verfahrens nahm Schluchter den Ruf an das Institut allerdings nicht an. Leendertz, *Wende*, 2010, 40, 46.

1647 Zur Person Müllers: *Vitae Professor Dr. Walter Müller*. Leopoldina. Nationale Akademie der Wissenschaften. https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Mueller_Walter_D.pdf. Zuletzt aufgerufen am 21. 7. 2021 und Scheuch, *Laudatio*, 2002, bes. 38–39.

1648 Protokoll der 98. Sitzung des Senates vom 6. 3. 1981 in Hamburg, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 98. SP, fol. 31; Protokoll der 100. Sitzung des Senates vom 20. 11. 1981 in München, AMPG, II. Abt., Rep. 60, Nr. 100.SP, fol. 127.

trat zum 1. April 1983 sein Amt als Direktor am MPIB und Mitglied im Leitungskollegium des Instituts an und ergänzte dort in der Forschung die von Baltes unter der Perspektive des *Lifespan Development* verfolgten Longitudinalstudien von soziologischer Seite aus.[1649]

Die Berufung von Baltes: Bis zum Ende des Direktorats von Becker kann die Berufung des Entwicklungspsychologen Baltes als das wichtigste Ergebnis der Anfang 1975 begonnenen Kommissionsarbeiten gelten. Drei Aspekte sind dabei hervorzuheben: Mit Baltes trat zum Ersten eine jüngere Generation von Forschenden in die Leitung des MPIB ein, wobei der neue Direktor, ähnlich wie Lüst, stark von seinen Erfahrungen und Vernetzungen in den USA geprägt, im Gegensatz zu Becker also ein international profilierter und anerkannter Wissenschaftler war.[1650] Zum Zweiten besaß Baltes die volle Unterstützung des Präsidenten, was sich nicht nur in den wohl beachtlichen Berufungszusagen etwa im Hinblick auf Personalstellen ausdrückte.[1651] Baltes übernahm zudem schon im Oktober 1981, nur gut ein Jahr nach seinem Arbeitsbeginn, den Vorsitz der »Kommission zur Förderung der Sozialwissenschaften«, die für die Zukunft der Sozialwissenschaften in der MPG maßgeblich sein sollte. Sie war von der GwS 1981 parallel zu dem Beschluss zur Schließung des Starnberger Instituts eingesetzt worden und bereitete unter anderem die Gründung des MPI für Gesellschaftsforschung in Köln vor.[1652] Damit stellte die Kommission eine weitere zentrale Weiche für den in der MPG vertretenen Typus der Sozialforschung. Zum Dritten wurde für die künftige Entwicklung des Instituts der von Baltes vertretene Forschungsansatz bestimmend. Als Psychologe stand er für eine Fachrichtung, die bis dahin auf der direktoralen Ebene unberücksichtigt geblieben und aufgrund des Verdachts des ›Positivismus‹ ganz bewusst nicht in das Profil der Bildungsforschung aufgenommen worden war. Obwohl es am Institut, besonders im Kontext der Schulleistungsstudie auch

---

1649 Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 570. Siehe dazu Näheres im Ausblick der vorliegenden Arbeit.

1650 Baltes wurde 1967 an der Universität des Saarlands mit einer methodologischen Arbeit zu Longitudinalstudien und zu Untersuchungsmethoden im Bereich einer auf das Alter bezogenen Entwicklungspsychologie, kultureller Veränderungen und generationaler Effekte promoviert. Bis 1979 nahm er danach verschiedene Professuren an Universitäten in den USA wahr (Assistant, Associate, Full Professor of Psychology) und wurde 1972 Leiter der *Division of Individual and Family Studies* am *College of Human Development* der Pennsylvania State University. Vgl. zum Beispiel Ursula M. Staudinger und Ulman Lindenberger: Nachruf auf Paul B. Baltes. *Psychologische Rundschau* 58/2 (2007), 149–151 oder Paul B. Baltes: Autobiographical Reflections. From Developmental Methodology and Lifespan Psychology to Gerontology. In: James E. Birren und Johannes J. f. Schroots (Hg.): *A History of Geropsychology in Autobiography*. Washington, DC: American Psychological Association 2002, 7–26. Baltes' Schriften sind umfänglich in der vom MPIB gepflegten Bibliographie gelistet, die über die personalisierte Suche der Instituts-Homepage zugänglich ist. Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Publikationen von Paul B. Baltes*. https://www.mpib-berlin.mpg.de/publikationen-des-instituts/publikationssuche. Zuletzt aufgerufen am 7. 3. 2022.

1651 Das lässt sich etwa aus Baltes' Bemerkungen in der Grundsatzkonferenz von September 1981 schließen. So verkündete er sowohl in Bezug auf den Forschungsetat als auch auf den Personalhaushalt, dass das Institut »grundsätzlich durchaus Anlaß zum Optimismus [haben könne ...], denn es habe die ›Talfahrt‹« hinter sich. Es ergäbe sich die »Möglichkeit einer künftig offensiven Politik gegenüber der MPG aufgrund der schriftlichen Zusagen anläßlich der Berufung(en)«. Davon nahm er offenbar den juristischen und ökonomischen Bereich aus, auch wenn das Protokoll in dieser Hinsicht nicht eindeutig ist. Vgl. Protokoll der Sitzung der Grundsatzkonferenz vom 8. 9. 1981, Berlin, den 15. 9. 1971, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1652 Der Vorsitz lag erst bei Fleckenstein, ab dem 28. Oktober 1981 dann bei Baltes. Auch Leendertz weist auf die Unterstützung durch Lüst hin, die der Psychologe zusammen mit Edelstein und dem Rechtswissenschaftler Dieter Simon (geb. 1935) in der Kommission genossen hätte. Baltes war im Übrigen schon 1978 als auswärtiger Gutachter für Fragen der Neuausrichtung des Starnberger Instituts hinzugezogen worden. Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 27, 87–92.

andere Positionen gegeben hatte und es, wie von Jan-Martin Wiarda gezeigt, immer wieder zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen gekommen war, wurde eine als positivistisch gewertete Ausrichtung der Forschung innerhalb des Instituts doch überwiegend stark kritisiert.[1653] Noch 2019 bezeichnete zum Beispiel Oevermann, der zu seiner Zeit einer der tonangebenden Mitarbeitenden am MPIB gewesen war, die Psychologie – allerdings bewusst polemisch – als »Betriebswirtschaft der Seele«.[1654]

Baltes' Forschungsschwerpunkt lag im Bereich der Entwicklungspsychologie, bei der ihn unter dem Leitgedanken eines lebenslangen, also nicht auf die Kindheit begrenzten, Entwicklungsprozesses (*Lifespan Development*) primär die Altersphase interessierte. Besonders ging es ihm um breit angelegte, empirische Längsschnittuntersuchungen zur kognitiven und Persönlichkeitsentwicklung im Erwachsenen- und fortgeschrittenen Alter. Der Ansatz dieser Studien war zum einen um die Konzepte der »Plastizität«, »Optimierung« und »Leistung« gruppiert. Zum anderen wurden über die operativen Schlüsselbegriffe der »Generativität« und »Weisheit« stärker kulturbezogene Kennzeichen von Intelligenz und Persönlichkeit integriert und mithin makrostrukturelle gesellschaftliche Veränderungsprozesse einbezogen.[1655] Deutlich stand diese Ausrichtung nicht nur kritischen Ansätzen fern, sondern Baltes grenzte sich mit seiner Favorisierung des Entwicklungsbegriffs dezidiert vom Terminus der »Bildung« ab und opponierte insofern gegen einen der zentralen Leitbegriffe des ›alten‹ Instituts. In diesem sah er, wie er vor dem alten Beirat auf dessen letzter Sitzung Anfang 1981 betonte, einen »stark der Pädagogik verhafteten Begriff«, dem er die Tendenz zum »Abgleiten in Ideologien« unterstellte.[1656] Damit war der Richtungswechsel der Forschung am MPIB mit Blick auf eine im Habermasschen Sinn empirisch-analytische beziehungsweise am Erkenntnismodell der Naturwissenschaften orientierte, dem Kritischen Rationalismus zuneigende Sozialwissenschaft unmissverständlich in den Raum gestellt, mit der Psychologie als Leitdisziplin.[1657] Dass der Präsident der MPG mit Baltes übereinstimmte, geht aus rückblickenden Äußerungen Lüsts in einem Interview hervor. Demnach schätzte er den Psychologen nicht nur für die als empirisch solide gewertete For-

---

1653 Wiarda, *Beratung*, 2016, bes. Kapitel 4.

1654 Oevermann, Garz, Riemann und Wildhagen, *Die Erzählung von Ulrich Oevermann*, 2019, 29. Beate Krais wiederum sprach im Hinblick auf die empirische Soziologie, die nach dem Soziologentag von 1968 in der Bundesrepublik zunehmend an Boden gewann, ebenfalls bewusst provokant, von »›Fliegenbeinzähler[n]‹«. Ihre Kritik richtete sich vor allem gegen eine entpolitisierte Soziologie. Krais, *Gespräch*, 2014, 589.

1655 Siehe dazu zum Beispiel Baltes' Vorstellung vor dem Institutsbeirat im Januar 1981, seine autobiographische Skizze und die Darstellung von Staudinger und Lindenberger: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 9–14, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82; Baltes, *Autobiographical Reflections*, 2002, bes. 12–17; Staudinger und Lindenberger, *Nachruf*, 2007.

1656 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 10–11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1657 Vgl. zu Habermas' Ansatz der späten 1960er und frühen 1970er Jahre pointiert zusammenfassend zum Beispiel Apel, *Wissenschaft als Emanzipation?*, 1988. Siehe zur späteren Distanzierung von diesem stark erkenntnistheoretisch basierten Ansatz zum Beispiel Jürgen Habermas: Nach dreißig Jahren: Bemerkungen zu *Erkenntnis und Interesse*. In: Stefan Müller-Doohm (Hg.): *Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit »Erkenntnis und Interesse«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, 12–20, bes. 13–16 und dazu unter anderem Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2008, 70–71.

schung, sondern auch und gerade aufgrund des von Baltes vertretenen Wissenschaftsverständnisses, das sich als entpolitisiert und wertneutral ausflaggte. So sah Lüst in Baltes den »eine[n] Wissenschaftler, dem man zugetraut habe, das Institut von der Politik abzusetzen« – und er stimmte gerade in diesem Kontext mit dessen Distanzierung vom Begriff der Bildung überein.[1658]

4.4.3 Umgang mit den Anforderungen der Transformation: Mitarbeitende, Forschung (der »Bildungsbericht« als neues Leitprojekt), Institutsleitung

Reaktionen von Institutsmitarbeitenden: Welchen Umgang fand man nun am Institut mit der permanenten Kritik und mit den Veränderungsansinnen von Seiten des Beirats, mit den Stellenstreichungen und dem anstehenden personellen Wandel auf der Leitungsebene? Dass sich unter diesen Bedingungen der Druck auf die alltägliche Arbeitssituation vor allem der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen erhöhen musste, liegt auf der Hand. Einige Reaktionen auf die Beiratskritik wurden bereits erwähnt. Sie reichten von der schärferen Prüfung der eigenen Projekte bis hin zu ärgerlichen Ausbrüchen angesichts der als Zumutung empfundenen kritischen Anmerkungen und Ratschläge, da man für sich ein hohes Reflexionsniveau in Anspruch nahm und die Situation im Beirat offenbar teilweise als Tribunal begriff.[1659] Dass sich die Mitarbeitenden aber besonders im Hinblick auf ihre Stellensituation mit der neuen Lage auseinanderzusetzen hatten, zeigt die Rede von dem über den Köpfen angebrachten »harten Damoklesschwert«, mit der eine der Mitarbeiter*innen im Herbst 1975 Lüsts Ankündigung von Stelleneinsparungen um 25 Prozent begegnete.[1660] Diese Lage wurde noch verschärft durch die vom Präsidenten im Beirat zeitgleich bekannt gegebene veränderte Politik der Befristungen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen in der MPG, die dazu beitragen sollte, die forschungsstrategische Beweglichkeit der Forschungsgesellschaft zu erhöhen.[1661] Noch einmal ungemütlicher wurde es seit der Berufung von Baltes, da den MPIB-Mitarbeitenden jetzt unmissverständlich nahegelegt wurde, die Passung der persönlichen Karriere mit dem anstehenden veränderten Institutskurs abzugleichen. Dabei scheute man sich auch nicht, an die kollegiale Solidarität zu appellieren: Die Entscheidung für ein Ausscheiden würde Kolleg*innen, die in das anvisierte neue Profil besser passen mochten, die Beschäftigung in dem neuen Setting überhaupt erst ermöglichen. Entsprechend forderte Lüst im Beirat im November 1979 neben einer thematischen

---

1658 »Und dieser eine Wissenschaftler, dem man zugetraut habe, das Institut von der Politik abzusetzen, sei dann Paul Baltes gewesen [...]: ›Das war das Überzeugende an Baltes, seine empirische Forschung mit dem Alter, das war gute Forschung.‹ Empirisch solide sei das gewesen. ›Und Bildung war was ganz anderes[...]‹«. Wiarda verbindet hier Originalzitate von Lüst mit von ihm selbst paraphrasierten Aussagen aus dem von ihm geführten Interview. Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 241.

1659 Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 68, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

1660 Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 69, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

1661 Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. Oktober 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 59–61, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67; dazu Leendertz, *Wissenschaftler*, 2020.

Beweglichkeit »auch Mobilität von Mitarbeitern« und ergänzte, dass es »völlig illusionär [sei] zu glauben, [...] daß eine Fortführung des Instituts, welche die MPG anstrebe, ohne die Bereitschaft zu personeller Mobilität möglich sei«. In diesem Kurs wurde der Präsident durch Weizsäcker eindringlich unterstützt, der ebenso die »Warnung« aussprach, dass es »nicht die geringste Chance zur Weiterarbeit [gebe], wenn die personelle Immobilität Neuberufungen scheitern lassen sollte«.[1662] Im Hintergrund stand dabei allerdings sicher auch die hohe Zahl von unbefristeten Angestellten am Institut. Passten diese von ihrem Forschungsprofil her nicht zur erwünschten Neuausrichtung, blockierten sie aus dieser Sicht die limitiert vorhandenen Stellen. Die mit den Neuberufungen für die Mitarbeitenden vor allem im Bereich Eddings verbundene jahrelange Unsicherheit wurde bereits skizziert.

Insgesamt führten die beständig vermittelten Signale, die darauf hindeuteten, dass bestimmte Forschungsansätze und Karriereverläufe am Institut künftig verminderte Chancen haben würden, zunächst offenbar zu dem erwünschten freiwilligen Exodus. Dabei zeigte eine Verbleibsstatistik, die Becker dem Beirat in seinem finalen Institutsbericht im Januar 1981 präsentierte, dass es auch zuvor bereits einige Bewegungen am Institut gegeben hatte. Seit Mitte der 1960er Jahre hatten demnach »insgesamt 85 Wissenschaftler das Institut verlassen [...], von denen 39 Hochschullehrer (davon etwa die Hälfte auf C4-Professuren)« geworden seien. Vier Personen seien zudem in Bundes- beziehungsweise Länderministerien übernommen worden, 13 in Forschungsinstitute und fünf in internationale Organisationen.[1663] Die Übersicht war ein von Becker wohl nicht ohne Grund zu diesem Zeitpunkt präsentierter Qualitätsausweis und stellte eine durchaus erfolgreiche Bilanz dar. Nach Mitte der 1970er Jahre wanderten allerdings auch einige der Stützen des alten MPIB ab. Richter folgte 1975 einem Ruf der FU Berlin an den Fachbereich Rechtswissenschaft, verbrachte allerdings nach eigener Aussage noch bis zum Antritt seiner Professur in Hamburg 1979 einen Großteil seiner Arbeitszeit am Institut.[1664] Im Frühjahr 1977 informierte der Verwaltungsrat über die Übernahme von Ordinariaten durch Raschert und Oevermann. Letzterer hatte noch 1972 einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Soziologie an die Universität Heidelberg abgelehnt.[1665] Für 1980 deutete sich dann an, dass sich die von Becker so bezeichnete »natürliche[...] Fluktuation« rückläufig entwickelte. Im Berichtsjahr 1980 waren

---

1662 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 22, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1663 In dem Bericht Beckers sind keine genaueren Angaben zum Zeitraum oder zu den 85 wissenschaftlich Tätigen gemacht. Becker nahm allein auf eine »Statistik über die letzten 15 Jahre« Bezug. Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1664 Vgl. Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 189–193 und die entsprechende Erwähnung in der Anlage »Jahresbericht 1975« in: Materialien für die 108. Sitzung des Verwaltungsrates vom 11. 3. 1976 in Berlin, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 108.VP, fol. 144.

1665 Raschert nahm einen Ruf auf eine Professur für Erziehungswissenschaft (unter besonderer Berücksichtigung der Bildungspolitik, Bildungsplanung und Organisation des Schulwesens) der FU an. Oevermann folgte einem Ruf an den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main. Materialien für die 111. Sitzung des Verwaltungsrates vom 10. 3. 1977 in Düsseldorf, AMPG, II. Abt., Rep. 61, Nr. 111.SP, fol. 293–293 verso. Zur Ablehnung des Rufs durch Oevermann vgl. Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1971. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1972, 7–27, hier: 13.

nur noch zwei wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ausgeschieden.[1666] Insofern kann davon ausgegangen werden, dass sich das bis zu diesem Zeitpunkt am Institut befindliche Personal dazu entschlossen hatte, am MPIB zu bleiben. Diese unter Becker auch institutskulturell sozialisierten Forscher*innen auf den neuen Kurs mitzunehmen, stellte für Baltes insofern eine seiner größten Herausforderungen dar. 1980 waren das immerhin noch 45 Personen.[1667]

Reaktionen in der Forschung – »Bildungsbericht«: Gleichzeitig bestand der Institutsalltag mit einer gewissen Normalität weiter und die Forschungsarbeiten am MPIB wurden kontinuierlich betrieben, zumal die meisten der Projekte mehrjährig angelegt waren. Im Berichtsjahr 1977/78 zum Beispiel, als das Institut 144 Mitarbeiter*innen umfasste (davon 58 Wissenschaftler*innen), wurden im Tätigkeitsbericht 14 laufende Projektzusammenhänge und 15 Arbeitsvorhaben aufgeführt.[1668] Eine solche Normalität kann angenommen werden, auch wenn sich annähernd alle Projekte seit der Berufung von Baltes unter noch stärkerem Beobachtungs- und Zeitdruck wähnen mussten. Jedenfalls wies Lüst in der Beiratssitzung von November 1979 darauf hin, dass »die etwa dreißig im Beiratsbericht angeführten Projekte [...] zu einem erheblichen Teil in ein oder zwei Jahren« abgeschlossen werden müssten, sofern »zukunftssichernde Neuanstöße« ermöglicht werden sollten.[1669] Einer dieser Neuanstöße kam aus dem Institut selbst. Nach der Auflösung des Bildungsrats hatte man offenbar versucht, der dadurch in der Bundesrepublik entstandenen Lücke zu begegnen und gleichzeitig den veränderten Anforderungen an das Forschungsdesign, die im Beirat immer klarer formuliert wurden, entgegenzukommen. Das in diese Richtung weisende neue Leitprojekt des MPIB wurde der zuerst 1976 anvisierte »Bildungsbericht«. In der Zusammenfassung der forschungsstrategischen Diskussion des Instituts vom Oktober 1976 erschien das »konkrete[...] Arbeitsvorhaben« eines ersten Arbeitskreises bereits auf einer Ebene mit den Forschungsfeldern, was dessen Bedeutung unterstreicht.[1670] Seit Januar 1977 wurde es aus einer inzwischen gebildeten Projektgruppe heraus grob konzipiert und im Mai 1977 am MPIB als Projekt initiiert. Ziel war die Erstellung der Nullnummer eines Bildungsberichts, der als eine nationale, quantitativ basierte, »kontinuierliche[...] Bildungsberichterstattung« angedacht war. Die Projektgruppe hatte sich vorlaufend besonders mit indikatorbasierten Ansätzen und der quantitativen Sozialberichterstattung auseinandergesetzt.[1671] Nachdem

---

1666 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1667 Zur Zahl der Mitarbeitenden siehe den bei Wiarda zitierten Bericht von Baltes an den Beirat vom Mai 1993: Wiarda, *Beratung*, 2016, 177.

1668 Tätigkeitsbericht 1977/78 für die Geisteswissenschaftliche Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 88; die Angaben zu den Mitarbeitenden auf dem Titelblatt.

1669 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 22, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1670 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Zusammenfassung der forschungsstrategischen Diskussion. Berlin, Oktober 1976, S. 13, AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 29.

1671 Vgl. Tätigkeitsbericht 1976/77 für die Geisteswissenschaftliche Sektion des Wissenschaftlichen Rates der Max-Planck-Gesellschaft, S. 152–156, hier S. 152, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 87. Mitarbeitende der Projektgruppe waren Jürgen Baumert, Diether Hopf (geb. 1933), Helmut Köhler, Lothar Krappmann, Luitgard Krug (später Trommer-Krug), Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert als Honorarmitarbeitende.

der Beirat dem Projekt im November 1977 zugestimmt hatte – unter Hinweis auf einige zu berücksichtigende Aspekte, wie etwa die klare Zuweisung von Verantwortlichkeiten –,[1672] wurden Ansatz und Form des Berichts, die anfänglich bis auf einige Grobfestlegungen noch keineswegs ausgemacht waren, bis Ende 1979 schrittweise entwickelt.

Der Beirat übernahm die Rolle der beratenden Prüfungsinstanz und erörterte das Projekt eingehend auf seinen Sitzungen im Dezember 1978, im November 1979 und – schon in Absicht auf dessen Fortsetzung – im Januar 1981.[1673] Diskutiert wurde neben Aspekten der Systematisierung und Schwerpunktbildung besonders der zu erwartende Arbeitsaufwand und die Frage der Fortführung und Periodisierung, vor allem angesichts der damit einhergehenden Bindungen, die der künftigen Institutsleitung auferlegt würden.[1674] Über den grundlegenden Bedarf in der Bundesrepublik war man sich dagegen einig, besonders in der »Nach-Bildungsrat-Phase«, wobei eine nicht geringe Sorge der Verwechslung der geplanten Berichterstattung mit der Tätigkeit des Bildungsrats seitens der Öffentlichkeit galt.[1675] Vorrangig wichtig waren dem Beirat perspektivisch die thematische Einbeziehung des gesamten Bildungsbereichs (im ersten Bericht fehlte etwa der Hochschulsektor),[1676] die allmähliche Standardisierung und Aktualität der Berichterstattung,[1677] die Kooperation mit anderen Instituten der Bildungsforschung – und vor allem die Vermeidung einer politischen Positionierung. Ermöglicht werden sollte die Kooperation »mit Angehörigen [... von] politisch unterschiedlich orientierten Bildungsverwaltungen«.[1678] Die Projektgruppe selbst hatte bereits 1978 entsprechend klargestellt, dass sie zwar eine Funktion des Bildungsberichts darin sähe, »wichtige aktuelle oder künftige Probleme des Bildungswesens vor dem Hintergrund längerfristig wirksamer Entwicklungen und Strukturen darzustellen und zu diskutieren« und dafür auf Basis von »funktionalen Problemkategorien«

1672 Bericht des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (Erstattet auf Grundlage der Beiratssitzung vom 9./10. 11. 1977), S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1673 Die folgende Darstellung zur Genese des Bildungsberichts bezieht sich auf die drei hier maßgeblichen Beiratsprotokolle. Nur Zitate und davon abweichende Bezüge werden extra angemerkt: Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 26–36, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 28–31, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 38–41, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1674 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 29, 30, 35, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1675 Dazu Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 30, S. 29, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81. Zitiert ist Jochimsen, der an der Beiratssitzung 1981 nicht teilnehmen konnte und Vierhaus vorab seine Überlegungen schriftlich mitgeteilt hatte. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 40, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1676 Protokoll der geschlossenen Sitzung des Beirates des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 7. 12. 1978, S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1677 Zum Beispiel Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 39, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1678 Protokoll der geschlossenen Sitzung des Beirates des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 7. 12. 1978, S. 1, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

»veränderte empirische Zusammenhänge« zu erfassen. Dabei sollte der theoretische und analytische Ansatz aber ausdrücklich »nicht speziell auf die Analyse politischer Zielsetzungen gerichtet« sein und auch keine »politisch pragmatische Darstellungsweise« gewählt werden.[1679] Wie einer der leitenden Projektmitarbeitenden diese Konzeption – möglicherweise nicht ganz ohne Ironie – zusammenfasste, fiel der dann 1980 veröffentlichte erste Bildungsbericht »normativ enthaltsam und theoretisch unaufdringlich« aus.[1680]

Die Nachfrage war jedoch groß und der erste Bildungsbericht erfolgreich. Er umfasste zwei Bände mit insgesamt deutlich über 2.000 Seiten.[1681] Mit Klett und Rowohlt war eine Parallelausgabe als feste Bindung und als Taschenbuch ausgehandelt worden.[1682] Mitte Januar 1981 informierte Becker über die ersten Absatzzahlen, die auf ein ausgeprägtes Echo wiesen: Von der Taschenbuchversion waren 13.860 Exemplare (Band 1 und 2), von der Hardcover-Auflage in Höhe von 1.000 Stück 400 Bücher verkauft.[1683] 1984 folgte der zweite Bildungsbericht, in dessen modifizierte Konzeption auch ein im Herbst 1980 eingeholtes Feedback von Fachleuten aus den Bildungsadministrationen und der Bildungsforschung eingegangen war.[1684] Die Berichte wurden danach von Seiten des MPIB bis 2008 weitergeführt.[1685] Heute existiert ein engmaschiges Netz sich gegenseitig ergänzender, oft international abgestimmter statistisch basierter Dauerbeobachtungen zu diversen Aspekten des Bildungswesens,[1686] die gewissermaßen auch in der Nachfolge der 1976 am MPIB begonnenen Unternehmung stehen. Wie sehr diese Art der Forschung den neuen Anforderungen im Beirat und den Wünschen der MPG-Leitung entsprach,

---

1679 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 26–27, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81; Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 38, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1680 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 40, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1681 In der Projektgruppe Bildungsbericht arbeiteten die Herausgeber zusammen mit Diether Hopf, Helmut Köhler (gest. 2012), Lothar Krappmann, Gottfried Pfeffer und Luitgard Trommer-Krug. Vgl. Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 1: Entwicklungen seit 1950.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980; Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980.

1682 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1683 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1684 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 6, S. 38, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82. Siehe zur Projektarbeit am zweiten Bildungsbericht die Unterlagen im Bestand AMPG, II. Abt., Rep. 43, Nr. 30.

1685 Kai S. Cortina, Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Karl Ulrich Mayer und Luitgard Trommer (Hg.): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2008. Dazu Krais, *Gespräch*, 2014, 581.

1686 Einen Überblick über die internationale und nationale Bildungsberichterstattung geben die Seiten des deutschen Bildungsservers. Vgl. Deutscher Bildungsserver: *Bildungsberichterstattung.* https://www.bildungsserver.de/Bildungsberichterstattung-2833_ger.html. Zuletzt aufgerufen am 23. 8. 2022. Eines der Kernstücke der bundesdeutschen Berichte ist der alle zwei Jahre unter Federführung des DIPF herausgebrachte indikatorgestützte Bildungsbericht *Bildung in Deutschland.*

hat bereits Wiarda unter Hinweis auf die substantielle Unterstützung der Pressearbeit für den Bildungsbericht durch die Generalverwaltung festgestellt. Ihm ist zuzustimmen, wenn er dies als Zeichen der »beginnende[n] Wertschätzung für die sich abzeichnende neue Linie des Instituts« von Seiten Lüsts und der MPG-Leitung wertet.[1687]

Reaktionen der Institutsleitung: Schließlich stellt sich die Frage nach dem Umgang mit den Transformationsanforderungen durch die Institutsleitung und hier vor allem durch Hellmut Becker. Dessen (und Butenandts) ›Zögling‹ war das MPIB vorrangig gewesen. Gemessen an seinen Beiträgen im Beirat, die an dieser Stelle primär betrachtet werden, zeigte sich Becker gegenüber der Kritik tendenziell hilflos. Argumentativ reihte er sich in die Riege der anderen Direktoren eher ein, als dass er hier besonders hervorgetreten wäre. Insbesondere wird nicht erkennbar, dass von seiner Seite aus wissenschaftlich begründete und entsprechende überzeugende Argumente für die Beibehaltung des Kurses ausgegangen wären. Ab 1975/76 durch die immer massiveren Anwürfe offenbar zunehmend in die Enge getrieben, ließ er es teilweise zu ironischen, gerade noch höflich zu nennenden Erwiderungen gegenüber den Kritikern kommen.[1688] Ins Gewicht fallen aber vor allem mehrere Beispiele, die auf eine gravierende Fehleinschätzung der Lage und der eigenen Position hinweisen. Besonders deutlich war in dieser Hinsicht die von Becker noch bis 1976 vorgebrachte Forderung, einen Ausweg aus den konstatierten Schwierigkeiten des Instituts über die Erhöhung der Zuweisung weiterer Stellen an das MPIB zu suchen.[1689] Zwar war es ein über viele Jahre hin gängiger Handlungsmodus, Veränderungsanforderungen über Expansion und Aufwuchs zu begegnen. Dies hatte sich zum Beispiel im Umgang mit der Konkurrenzeinrichtung der HIPF während des Beantragungsverfahrens des Bildungsforschungsinstituts bewährt. Da dieser Modus aber in der MPG bereits 1972 von präsidialer Seite ausgesetzt worden war, intern durchgängig vom Ernst der Lage sowie der Stagnation des Haushalts gesprochen wurde und Lüst dem MPIB im Oktober 1975 massive Stellenkürzungen angekündigt hatte, war es letztlich aussichtslos, auf diesen Forderungen zu beharren. Zudem verdüsterte sich die bildungspolitische Gesamtlage zunehmend und dem Institut gingen die politischen Unterstützer von der Fahne. Ähnlich auffällig verschloss Becker offensichtlich die Augen vor der Massivität der Forderungen nach Veränderungen im Bereich der Forschungs- und Institutsorganisation. Bereits erwähnt wurde, dass er noch im November 1979 die Grundsatzkonferenz, die Forschungsfelder und das (interne) Evaluierungsverfahren als die »drei Grundelemente der institutsinternen Forschungsorganisation« kennzeichnete, die sich zu einer »praktikablen und unaufwendigen Routine entwickelt« hätten und daher erhaltens-

---

1687 Wiarda, *Beratung*, 2016, 243.

1688 Vgl. zum Beispiel den Schlagabtausch zwischen Heckhausen und Becker: Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 47–79, bes. 47–48, 73–75, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67.

1689 Vgl. bes. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 8. 11. 1971 [...], S. 6, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 76; Forschungsstrategische Debatte des Instituts mit dem Wissenschaftlichen Beirat anläßlich der Sitzung am 15. 10. 1975. [Zeitgenössisches Transkript nach Tonbandmitschnitt, teilweise lückenhaft], S. 42, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 67 (hier ähnlich Edding, S. 12); Hellmut Becker [...]. Stellungnahme zum Bericht des Wissenschaftlichen Beirats am 14. 10. 1975 vom 25. 1. 1976. Berlin, 7. 5. 1976, S. 3, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

wert seien.[1690] In die gleiche Richtung war Beckers Lageeinschätzung schon im Dezember 1978 gegangen, als er im Kontext der Diskussion des Projekts des Bildungsberichts zwar zugestand, dass der anstehende »Leitungswechsel auch ein[en] Wechsel in der Arbeitsweise, der Organisation und anderem« mit sich bringen würde, aber zugleich die »Bedeutung der Kontinuität von Instituten unabhängig vom Leitungswechsel« betonte. Er verstieg sich dann sogar zu der Behauptung, dass angesichts eines Instituts mit »fünfzig Wissenschaftlern und fünf Leitungsstellen, von denen zwei lange Zeit in der jetzigen Besetzung bleiben würden«, eine »kontinuierliche Einheit« gegeben sei, »in die sich auch eine neue Leitung einfügen müsse, nicht nur umgekehrt«.[1691] Diese Interpretation mochte für sich genommen einiges für sich haben; gerade im Rahmen der MPG, in welcher der Institutsleitung traditionell eine exzeptionelle Stellung zugesprochen wurde, galten aber andere Bedingungen, um die Becker eigentlich sehr genau wusste. Er schien jedoch alle Signale von Seiten des Beirats und des Präsidenten zu ignorieren – ebenso wie die Richtung der Diskussionen über das MPIB und über die Frage der Mitbestimmung in den Organen der MPG. Diese liefen allesamt auf eine Wiedereinführung der Abteilungsgliederung und eine Aufhebung der projektbasierten Forschungsorganisation zugunsten einer Re-Disziplinierung hinaus. Diesen Forderungen wurden von Seiten des Institutsleiters mit seinem Hinweis auf die Beharrungskraft von Personal und Institutskultur keine dienlichen Argumente entgegengesetzt.

Gegebenenfalls gingen diese Fehleinschätzungen der Situation aber auch einher mit der von Becker bis dahin oft erfolgreich geübten Praxis, die Dinge so darzustellen, wie sie ihm situativ gelegen kamen und zudem davon auszugehen, dass einmal geschaffene Fakten eine Dynamik der Selbstbehauptung entwickelten; dafür steht etwa der Fall der Neubauplanung des Bildungsforschungsinstituts. Diesmal jedoch scheiterte Becker mit einem solchen Verhalten in Bezug auf zwei weitere für die Zukunft des Instituts zentrale Themen. Zum einen beharrte er trotz der Auflösung des Bildungsrats darauf, dass die Politikberatung weiter zur Signatur des MPIB gehören würde. So sah Becker etwa im Oktober 1975 nur einen neuen Stil der Bildungspolitik und eine entsprechend modifizierte Form »wissenschaftlicher Politikberatung« voraus und bemerkte, dass sich das Institut »solchen Pflichten nicht entziehen« würde.[1692] Damit blieb er zwar dem am MPIB begonnenen Forschungsansatz treu, suchte aber nicht die argumentative Auseinandersetzung mit einem der Hauptkritikpunkte am bisherigen Institut, der sich gerade an der programmatischen Verbindung von Wissenschaft und Politik festmachte und der West-Berliner Einrichtung eine ›ideologisch‹ kontaminierte Forschung vorwarf. Zum anderen versuchte Becker ebenfalls im Oktober 1975, als die MPG die Stellenkürzungen über die Auflösung des Bildungsrats begründete, unvermittelt dessen Bedeutung für das Institut herunterzu-

1690 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1691 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 6./7. 12. 1978, S. 32–33, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

1692 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 4–5, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

spielen: »Es könne [...] keine Rede davon sein, daß hier größere Kapazitäten gebunden gewesen seien, die jetzt frei geworden wären«.[1693] Diese Darstellung weicht markant von der bis dahin von Seiten des Instituts hervorgehobenen zentralen Bedeutung der Institutsarbeit für den Bildungsrat ab und war kommunikativ nicht mehr anschlussfähig.

Setzt man allerdings voraus, dass der Erfolg von derlei – hier für den Institutsleiter vermuteten – Handlungsorientierungen und Strategien nicht allein vom Wahrheitsgehalt eines behaupteten Wissens abhängt, sondern mindestens ebenso von den gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnissen, in denen Wissen zur Geltung gebracht wird, weitet sich der Blick noch einmal. Denn, wie in dieser Arbeit vielfach gezeigt, hatten sich Strukturen und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik seit Ende der 1960er Jahre grundlegend zu verändern begonnen. Wie schon von Wiarda konstatiert, war es im Hinblick auf Becker für die Begrenzung seiner Wirkmöglichkeiten dabei ausschlaggebend, dass seine Beziehungsnetze spätestens seit Mitte der 1970er Jahre allmählich wegbrachen.[1694] Erwähnt wurde oben bereits der um 1970 einsetzende generationelle Wechsel in vielen Handlungsfeldern der Bundesrepublik, der sich auch in der MPG zeigte. Zentral war es in diesem Kontext, dass Butenandt nicht mehr die Hand über das MPIB hielt und stattdessen 1972 ein in dieser Hinsicht ausgesprochen kritisch gestimmter Präsident an die Spitze der Forschungsgesellschaft gerückt war. Lüst kooperierte zudem mit einem inzwischen auch formell ermächtigten Beirat, auf den Becker besonders ab 1976 kaum mehr Einfluss hatte. Die Möglichkeiten, das Geschehen über persönliche Beziehungen diskret regulieren und auch manipulieren zu können, hatten sich offenbar erschöpft. Gegebenenfalls lässt sich Beckers Verhalten im zweiten Beirat – wollte man es psychologisierend deuten – daher auch auf eine Art Schock angesichts der in relativ kurzer Zeit abhanden gekommenen Einflusspotentiale zurückführen, zumindest innerhalb der MPG und auf der großen Bühne der Bildungspolitik. Wie immer man das deuten mag: Becker fand kein Mittel, um mit der für ihn neuen und für das Institut krisenhaften Situation produktiv umzugehen. Unter dem Strich kann insofern davon gesprochen werden, dass das Institut seit Mitte der 1970er Jahre in gewissem Sinn führungslos wurde.

Hinzu kommt schließlich, dass eine Zurückhaltung gegenüber Kritik an Leitungsentscheidungen in der MPG offensichtlich in der dort herrschenden Organisationskultur angelegt war. So legten, wie von Wiarda dargestellt, weder Becker noch die anderen Direktoren in den Diskussionen in der GwS über die Nachfolgegestaltung der Leitungspositionen am MPIB Widerspruch ein und stellten sich dort insbesondere nicht gegen Baltes, sondern signalisierten im Gegenteil ihre Zustimmung. Allein intern, also innerhalb des MPIB, wandte sich Becker bei einigen seltenen Gelegenheiten gegen die immer konkreter Gestalt annehmende Umorientierung des Instituts, wenn er etwa in der Sitzung der Grundsatzkonferenz vom 19. Juni 1979 die Abkehr von dem bisher verfolgten interdisziplinären Ansatz zugunsten einer »disziplinäre[n] Konzentra-

1693 Protokoll des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am14./15. 10. 1975. Berlin, 28. 10. 1975, S. 7, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 79.

1694 Wiarda, *Beratung*, 2016, 249–263, hier 260.

tion« kritisierte. Allerdings verblieb er auch hier in moderater Tonalität.[1695] Ebenso machte Becker in seiner Abschiedsrede, die er am 27. Mai 1981 auf der Feier zu seiner anstehenden Emeritierung hielt, seine abweichende Position gegenüber dem neuen Institutskurs zwar deutlich, vor allem im Hinblick auf die neu definierten Bezüge zu Politik und Praxis sowie auf die veränderten Arbeitsformen in der Forschung. Aber auch und gerade in diesem rituellen Akt richtete er sich nicht gegen den Nachfolger. Vielmehr stellte er seine Wortwahl offensichtlich darauf ab, die Belegschaft nicht weiter zu polarisieren und den Übergang zu einem nach ihm weiterbestehenden Institut zu ermöglichen.[1696] Damit schlug er die gleiche Richtung ein, die er und die anderen Direktoren seit der Berufung von Baltes schon im November 1979 im Beirat verfolgt hatten. Waren also seit Beginn der Präsidentschaft Lüsts und verstärkt seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr Weichen für die Transformation der Institutsarbeit in Richtung auf eine empirische Sozialforschung umgelegt worden, so machte die Berufung von Baltes diesen Prozess in der MPG letztlich unumkehrbar – und für das Leitungspersonal am MPIB damit möglicherweise unantastbar. Die Abschiedsfeier für den Institutsleiter im Mai 1981 stellte daher nur noch einen Ausklang der Ära Becker dar, die spätestens im November 1979 an ihr Ende gekommen war.

4.4.4 Ausklänge: Schließungsbeschluss für das MPI in Starnberg, Emeritierung Beckers im Mai 1981 und zwei zeitgenössische Kommentare

Dass sich im Mai 1981 fast parallel zur Emeritierung Beckers der Senat für die Schließung des Starnberger Instituts entschied, war eine zwar nicht intendierte, aber im Hinblick auf die damit quasi formell beendete erste Phase der Sozialwissenschaften in der MPG eine merkwürdig passende Gleichzeitigkeit. Sie führt die beiden Institutsgeschichten in Berlin und Starnberg in der vorliegenden Studie noch einmal zusammen. Auch im Starnberger Fall hatten die Entwicklungen im Zuge der Befassung mit der Weizsäcker-Nachfolge und mit der Zukunft des Instituts durch eine 1977 eingesetzte GwS-Kommission einen langen Vorlauf. Durch die überraschende Ablehnung des Rufs durch Dahrendorf im Mai 1979 und vor allem durch die Entscheidung des Senats über die Schließung der ehemals von Weizsäcker geleiteten Abteilung im März 1980 beschleunigte sich dann das Verfahren.[1697] Die nachfolgenden Vorgänge sind bei Leendertz eingehend geschildert: etwa die unangenehmen personalrechtlichen Auseinandersetzungen mit

---

1695 Zitiert nach Wiarda, *Beratung*, 2016, 242.

1696 Vgl. dazu Wiarda, *Beratung*, 2016, 242–243. Im Gespräch mit Hager gibt Becker allerdings möglicherweise zu erkennen, dass Lüst doch Bedenken gehabt haben könnte, dass es nach der Emeritierung zwischen Becker, Baltes und den noch zu berufenden Direktoren »Ärger geben« könnte – zumal Becker weiterhin regelmäßig ans Institut kam, in sein ihm dort zur Verfügung gestelltes Büro. Allerdings müsste für diese Lesart das folgende, von Becker erinnerte Lüst-Zitat gewissermaßen gegen den Strich, also als Warnung an Becker, gelesen werden: »Nach meiner Verabschiedung hat der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zu mir gesagt: ›Wissen Sie, bei Ihnen habe ich eigentlich keine Sorge, daß es zwischen Ihnen und Ihren Nachfolgern Ärger geben wird, weil Sie so viele Gebiete haben, die Sie interessieren, daß Sie weiterhin stark beschäftigt bleiben‹«. Vgl. Becker und Hager, *Aufklärung*, 1992, 219–220.

1697 Der Senat beschloss die Schließung des Instituts, das inzwischen in »Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften« umbenannt worden war, am 22. Mai 1981. Zu diesen Vorgängen vor allem Leendertz, *Wende*, 2010, 14–49, zur Einsetzung der Kommission 24, zum Senatsbeschluss 49 und 141/Anm. 173.

den ehemaligen Mitarbeiter*innen Weizsäckers, die Furcht der MPG-Leitung, dass sich hier ein Präzedenzfall der Behinderung forschungspolitischer Richtungsentscheidungen durch Institutsangestellte entwickeln könnte oder die schwierige Position, die sich daraus für Habermas ergab. Sie mündete – zusammen mit weiteren Faktoren – im April 1981 in seinen Rücktritt.[1698]

Im Hinblick auf die Bedeutung des Vorgangs für die Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG muss einerseits das klare Votum des MPG-Senats für die Einstellung der ehemaligen Weizsäcker-Abteilung festgehalten werden. Zu notieren ist andererseits, dass bis zu Habermas' Rücktritt durchgängig die Bereitschaft bekundet wurde, ein sozialwissenschaftliches Institut mit dem international hoch renommierten Wissenschaftler als einem der Direktoren weiter zu unterstützen und auszubauen. Wie Leendertz herausgearbeitet hat, wird allerdings aus dem Gang der Dinge außerdem deutlich, dass in der MPG eine grundlegend skeptische Haltung gegenüber einer geisteswissenschaftlichen, philosophisch oder sozio-logisch, jedenfalls nicht ›rational-empirisch‹, nach naturwissenschaftlichem Muster gegründeten Sozialwissenschaft vorherrschte. Diese Haltung richtete sich ebenso gegen die von Habermas vertretene Forschung. Und letztlich war eine solche Skepsis sowohl gegen den in Berlin wie in Starnberg unternommenen interdisziplinär verfassten und politisch ausgerichteten sozialwissenschaftlichen Ansatz gerichtet, der in der MPG jetzt an sein Ende gebracht wurde. Dies kam unmissverständlich im Sommer 1976 zum Ausdruck, als in der Kommission der GwS die damals gerade avisierte Zusage Dahrendorfs nur mit Zurückhaltung aufgenommen wurde. Dies war zwar einesteils dem Vorgehen Lüsts geschuldet, der die Personalie scheinbar ohne Rücksprache mit der Kommission ins Verfahren gebracht hatte. Andernteils und substantieller wurde in der Kommission ähnlich wie für das MPIB der geringe Stellenwert der empirischen Forschung bei Dahrendorf und ganz grundlegend der von diesem erwartbare sozialwissenschaftliche Typus bemängelt. Verdichtet spiegelt sich dies in der Argumentation der Kommission vom 28. Juni 1978, die hier nach Leendertz zitiert wird. Demnach wollte man kein »Institut für sozialwissenschaftliche Spekulation« in den eigenen Reihen haben:

> Die Universitäten würden es mit Befremden aufnehmen, wenn die Max-Planck-Gesellschaft ein sozialwissenschaftliches Institut mit zwei hervorragenden Denkern gründen würde, ohne wie in ihren naturwissenschaftlichen Instituten auch auf die *Forschung im engeren Sinne* entsprechendes Gewicht zu legen.[1699]

1698 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 39–49 und die Darstellung bei Müller-Doohm. Bei Müller-Doohm sind unter anderem Zitate aus Habermas' Korrespondenz und ein in der Tat merkwürdiger Rückblick C. F. von Weizsäckers aufgenommen. Deutlich wird hier, wie schwierig die Situation jenseits externer Anfechtungen am Institut geworden war, durch »Konflikte zwischen Einzelprojekten, den beiden großen Abteilungen, verschiedenen Personen und den beiden Institutsleitern«. Wie wiederum Leendertz darstellt, sah sich der Entwicklungspsychologe Franz E. Weinert, der im Juni des Vorjahres neben Habermas zum Direktor am Institut berufen worden war, dann im Mai 1981 gezwungen, der GwS die Schließung des Instituts zu empfehlen. Im Hintergrund standen der Rücktritt von Habermas sowie, laut dem bei Leendertz zitierten Weinert, ein »in seiner inneren Mentalität zutiefst beschädigt[es]« Institut und ein durch Presseberichte beeinträchtigter Ruf. Siehe Müller-Doohm, *Jürgen Habermas*, 2014, 267–277, Zitat 268; Leendertz, *Wende*, 2010, 48–49, Zitat 48.

1699 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 31–32, Hervorhebung Behm.

In der sich hier äußernden Grundhaltung identifiziert Leendertz zwei der »Schlüsselmotive«, welche die Entscheidungsprozesse in Bezug auf die weitere Institutionalisierung der Sozialwissenschaften in der MPG bis zur Gründung des Kölner MPIfG 1984 prägen sollten: zum Ersten ein Wissenschaftsverständnis, »in dem zu viel Theorie in die Nähe von Spekulation rückte und ›echte‹ Forschung eine harte, empirische Komponente haben musste«; zum Zweiten das Bestreben, gerade über die Betonung der Empirie das »Image der Sozialwissenschaften« innerhalb der MPG aufzubessern und diese dort anschlussfähig zu machen.[1700] Diese Schlüsselmotive sind in der vorliegenden Arbeit in den Beiratsdiskussionen am MPIB als zwei der Basiskomponenten der Kritik schon für die Zeit seit 1971 aufgezeigt worden, wobei im Starnberger Fall vergleichbare Aporien und Unklarheiten im Hinblick auf die Forderung nach einem ›Mehr an Empirie‹ auftraten.

Kommentare: Dass mit den beiden Ereignissen, der Emeritierung Beckers 1981 und den Senatsbeschlüssen zu Starnberg 1980/81, die Phase eines spezifischen sozialwissenschaftlichen Ansatzes in der MPG an ein Ende gebracht wurde, ist von zwei informierten, sozusagen ›teilnehmenden Beobachtern‹ gleichermaßen kritisch notiert worden. Den Lesarten von Georg Picht und von Reimut Jochimsen soll hier vor dem Ausblick auf die Zeit nach Becker abschließend etwas Raum gegeben werden. Von Interesse sind diese vor allem deshalb, weil sie zum einen die Signalwirkung der Ent-Institutionalisierung dieser Form einer interdisziplinären Sozialwissenschaft für die Wissenschaftsentwicklung in der Bundesrepublik kommentieren. Zum anderen deuteten beide das Auslaufen dieses Ansatzes in seiner politischen Qualität als die Beendigung einer kooperativen Unternehmung von Wissenschaft und Politik, die das Ziel hatte, zu gemeinsamen Lösungen für gesellschaftliche nationale wie globale Problemlagen zu gelangen. Insofern wird bereits bei der Befassung mit diesen beiden Stimmen zeitlich auf die Entwicklungen in der Bundesrepublik zu Anfang der 1980er Jahre ausgegriffen.

Picht kommentierte den Starnberger Fall. Anlässlich des absehbaren Beschlusses der MPG über die Auflösung der ehemaligen Weizäcker-Abteilung stufte er – wie gewohnt öffentlichkeitswirksam und strategisch wohl platziert – am 6. März 1980, einen Tag vor der entscheidenden Senatssitzung, den Vorgang in der *Zeit* zum »Alarmsignal« hoch.[1701] Die Schließung der Abteilung deutete er zudem ohne Umschweife tendenziell als Ende des gesamten Instituts. So würde damit die einzige Einrichtung »in Deutschland« eingestellt, welche »die Strukturprobleme der heutigen Welt in ihrem Zusammenhang« analysierte, also in einem interdisziplinären Zugriff die

1700 Vgl. Leendertz, *Wende*, 2010, 32.

1701 Die folgenden Zitate stammen aus der nicht paginierten Version des e-Dokuments, das auf den 7. März 1980 (ein Freitag, also kein Donnerstag, an dem die *Zeit* üblicherweise erscheint) datiert ist. Dies wurde in der bibliographischen Angabe berichtigt. Georg Picht: Nachdenken nicht gefragt. Ein einzigartiges Forschungsinstitut wird mit dem Leiter pensioniert. *Die Zeit* (7. 3. 1980). https://www.zeit.de/1980/11/nachdenken-nicht-gefragt/komplettansicht. Zuletzt aufgerufen am 27. 2. 2020.

> Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen Entwicklungen, politischen Machtkämpfen, Rüstungsstrategien, Naturprozessen (Bevölkerungsexplosion, ökologischer Krise) und der Dynamik globaler Bewußtseinsveränderungen

bearbeitete. Dabei unterstellte Picht anlässlich des von ihm erwarteten Beschlusses des MPG-Senats eine Kooperation des »wissenschaftlichen Establishments« in der Bundesrepublik mit den politisch maßgeblichen Personen in Bund und Ländern. Diese hätten in den 1970er Jahren zusammen eine Forschungspolitik vorangetrieben, die primär Technologie und Naturwissenschaften, besonders auch im militärischen Bereich, förderte, um die »wirtschaftliche[...] Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit« zu steigern. Damit sei nicht nur zu Lasten der Sozial- und Geisteswissenschaften gehandelt worden. Noch gravierender wertete Picht die Einstellung des Versuchs, dem »Krisensyndrom der wissenschaftlich-technischen Zivilisation« mit den rationalen Methoden der Wissenschaft in einem komplexen, interdisziplinären Ansatz zu begegnen, dessen Vertreter*innen bereit waren, sich auf gemeinsame Ausgangs- und Zielpunkte zu vereinbaren. Damit sah er die »Utopie« eines »noch nicht zur Verzweiflung bereite[n] Glaube[n] an die Möglichkeiten aufgeklärten Denkens« preisgegeben.

Dass Picht diese Form der »Rationalität« gleichzeitig von einer »Schwundstufe der Intelligenz« abgrenzte, wie er sie pauschal »bei Managern und Technokraten« beobachtete, ist zwar Ausdruck seiner oftmals überbordenden Polemik und zeugt auch von einer gewissen Arroganz. Zugleich aber ist diese Lesart, besonders mit dem Hinweis auf die konstatierte reduktionistische Rationalität der Wirtschaft und auf technokratisch operierende Personen, offenbar auch dem soeben durchlebten, hoch ambivalenten Jahrzehnt geschuldet. Dieses bewegte sich zwischen kulturellen Aufbrüchen, sozial-liberalen Reformen, konservativen Gegenbewegungen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen sowie ökologischen Krisenwahrnehmungen globalen Ausmaßes. Im Frühjahr 1980 begann sich der ›Zeitgeist‹, kaum anderthalb Jahre vor dem anstehenden politischen Regierungswechsel in Bonn, dann noch einmal deutlich ins Konservative und auch in Westdeutschland stärker ins Neoliberale zu wenden. Die Dinge schienen sich – um den Preis gesellschaftlicher Fragmentierung – zu beruhigen. So hatten sich am Ende des Jahrzehnts die Signale einer konservativen Tendenzwende weiter verdichtet, wobei deren erneuter Aufschwung besonders mit den damaligen Diagnosen eines gesellschaftlichen Wertewandels, den einschneidenden Erlebnissen des Deutschen Herbstes 1977 und dem Bewusstsein einer seit 1973 andauernden wirtschaftlichen Dauerkrise verbunden war.[1702] Erinnert sei exemplarisch an den Kongress »Mut zur Erziehung« von Anfang 1978. Liberalkonservative Wortführer, die sich bereits zuvor erfolgreich gegen den Bund und Länder verbindenden Bildungsrat gewandt hatten, brachten sich damit noch massiver als bisher in die politischen Interessen- und Deutungskämpfe im Bildungsbereich ein, emotionalisierten und polarisierten diese weiter.[1703] Wie Schildt anmerkt, trug dazu besonders bei, dass viele der damals um die Bil-

---

1702 Vgl. zum Beispiel Hoeres, »Tendenzwende«, 2013; Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004; Schildt, *Konservatismus*, 1998, 245–248.

1703 Vgl. *Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg.* Stuttgart: Klett-Cotta 1979. Der Band erschien ohne Angabe von Herausgebern. Zum »Vorbereitenden Kreis« der

dung geführten Debatten von konservativer Seite mit Fragen der inneren Sicherheit verbunden wurden, indem Wertewandel und Erziehungsreformen – und hier besonders die »antiautoritären« Ansätze – mit der Bereitschaft zum revolutionären Umsturz, mit Kriminalität und dem Phänomen terroristischer Gewalt in Zusammenhang gebracht wurden.[1704] Erinnert sei auch an die spätestens unter Helmut Schmidt seit 1974 verfolgte Wirtschaftspolitik. Diese hatte sich von einem keynesianisch bestimmten Ansatz der Globalsteuerung, welche sich an gesellschaftlichen Gesamtzielen orientierte, abgekehrt. Stattdessen wandte sie sich einer monetaristischen, angebotsorientierten Ausrichtung zu, die primär auf die Ermöglichung von Investitionen zielte und den Staat aus einer gesamtgesellschaftlich orientierten Lenkungsfunktion zunehmend zurücknahm.[1705] Dem entsprach, dass wirtschaftsseitig längst mit dem Argument internationaler Standortkonkurrenz auf die Rücknahme sozial-liberaler Reformen gedrängt worden und der Kurs einer möglichst weitreichenden Deregulierung des Wirtschafts- und Finanzsektors aufgenommen worden war. Für diesen galt das Leitkonzept gesellschaftlicher Solidarität, etwa im Hinblick auf die politisch veranlassten Maßnahmen im Bereich der Vermögensbildung oder in der betrieblichen Mitbestimmung, als Störfaktor.[1706] Diese westdeutsche Entwicklung wurde flankiert von einer konservativen Wende im angelsächsischen Machtzentrum der westlichen Hemisphäre, die mit dem Regierungsantritt Margaret Thatchers und dem sich im Frühjahr 1980 abzeichnenden Wahlsieg Ronald Reagans eingeleitet wurde und von Beginn an neoliberal fundiert war.[1707] In deren Entfaltung würden auch die Wissenschaftssysteme weltweit, in der Bundesrepublik flächendeckend seit den späten 1990er Jahren über das Einbringen neoliberaler, wettbewerbsorientierter Denkmuster, die zuerst im Managementbereich implementiert wurden, grundlegend verändert werden.[1708]

Als sich Picht also im März 1980 in der *Zeit* mit der Schließung der von Weizsäcker geleiteten Abteilung befasste, ging es ihm um die Rolle der Wissenschaften im zeitgenössischen Szena-

---

Tagung, der auch die Abschlusserklärung zeichnete, gehörten die ›üblichen Verdächtigen‹ Lübbe, Spaemann, Golo Mann, Wilhelm Hahn und Lobkowicz sowie das vormalige CDU-Mitglied, der Intendant des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart Hans Bausch (1921–1991). Vgl. Hermann Lübbe, Robert Spaemann, Hans Bausch, Golo Mann, Wilhelm Hahn und Nikolaus Lobkowicz: Erklärung des vorbereitenden Kreises. In: *Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg.* Stuttgart: Klett-Cotta 1979, 163–165.

1704 Vgl. Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, 467–476. Schildt untersucht Äußerungen aus dem Politikbereich, hinterfragt aber auch die Rolle der Massenmedien für derlei Konstrukte und Wahrnehmungen. Einer seiner Ausgangspunkte ist zum Beispiel die Diskrepanz zwischen dem seit Anfang der 1970er Jahre gezeichneten »Szenario zunehmender Kriminalität« und einer de facto undramatischen Entwicklung der Kriminalstatistik. Ebd., 468–469, Zitat 468.

1705 Das Konzept der Globalsteuerung war schon ab 1969 durch den Sachverständigenrat kritisiert worden. Vgl. zu den weiteren, auch international (Stichwort: Abschied von Bretton Woods) veranlassten Entwicklungen zum Beispiel Schanetzky, *Die große Ernüchterung*, 2007, bes. 112–177; Schanetzky, *Aporien*, 2010, 153–167 und im Überblick zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Borowsky, *Deutschland 1969–1982*, 1989, 101–116, bes. 107–109.

1706 Als Beispiel zeitgenössischer Programmatik vgl. Rogge, *Tendenzwende*, 1975.

1707 Vgl. zur Entwicklung neoliberaler Ansätze in England und in den USA in den 1970er Jahren zum Beispiel Stedman Jones, *Masters*, 2012, Kapitel 6 und 7, bes. 254–272, 304–328.

1708 Vgl. für die Bundesrepublik zeitgenössisch und programmatisch bes. Hans Brinckmann: *Die neue Freiheit der Universität. Operative Autonomie für Lehre und Forschung an Hochschulen.* Berlin: Edition Sigma 1998 und Detlef Müller-Böling: *Die entfesselte Hochschule.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2000.

rio. Die Empörung des evangelischen Philosophen, der sich gegenüber einer naturwissenschaftlich-technisch getriebenen Entwicklung stets skeptisch gezeigt hatte, galt insofern der Abkehr von einem Ansatz, welcher seines Erachtens nach Wissenschaft und Politik im Dienst einer universal orientierten Idee des Menschheitsüberlebens zusammengebunden hatte.[1709] Zwar muss in Betracht gezogen werden, dass sich sein eigenes, zeitweilig an vorderster Front betriebenes Mittun in der Bildungspolitik von dem Eintreten für mehr nationale Konkurrenzfähigkeit, zumindest auf der rhetorischen Ebene, streckenweise von diesem Kurs kaum unterschieden hatte (Stichwort »Bildungskatastrophe«). 1980 schien es Picht aber um den drohenden Verlust von institutionell gesicherten Ansätzen zu gehen, die utopiegetrieben und auf rationaler Basis nach Möglichkeiten der Bewahrung und Schaffung gesellschaftlicher Verbindungen, also nach Brückenelementen, suchten. Auch wenn diese Deutung bei Leendertz keine Rolle spielt, bringt sie Pichts Beitrag in der *Zeit* doch ebenfalls mit konservativen und neoliberalen Entwicklungen in Verbindung, wenn sie schreibt, dass damit die am Folgetag getroffene

> Entscheidung der MPG [... zur Schließung der Weizsäcker-Abteilung] zu einer forschungspolitischen Grundsatzentscheidung par excellence und noch dazu zu einem Symptom gesellschaftlichen Wertewandels im Sinne einer konservativen und neoliberalen ›Tendenzwende‹« wurde.[1710]

Jochimsen wiederum, der ein langjähriges Mitglied des Beirats des MPIB war, hielt seine Rede auf der Feier zur Emeritierung Beckers im Mai 1981 und kommentierte damit in gewissem Sinn die in diesem Akt symbolisierte zweite Abkehr der MPG von der 1958 informell begonnenen interdisziplinären sozialwissenschaftlichen Unternehmung. Der Politiker rückte in seinem differenzierten Vortrag allerdings nicht Becker, sondern das Verhältnis von Wissenschaft und Politik und dessen Wandlungen in den krisenhaften 1970er Jahren in den Mittelpunkt. Darin lassen sich bezeichnenderweise einige der Kerngedanken Pichts wiederfinden, die bei Jochimsen aber durchaus hoffnungsvoller formuliert waren. So fiel Jochimsens Diagnose, die seine parteipolitische Bindung, vor allem aber eine klare ethische Grundhaltung und Sachorientierung erkennen lässt, zwar desillusioniert und streckenweise ratlos aus. In der Quintessenz bestand er aber zum einen auf der Offenhaltung des Horizonts für ein »Wissenschaftsverständnis«, das »unverändert von der Rationalitätsutopie der Aufklärung ausgeht«, zum anderen auf der Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik im Dienste eines gemeinsamen Interesses, der »*öffentliche[n] Sache der Bürger*«.[1711] Auf diesem Hintergrund zählte er

---

1709 Rudloff kennzeichnet Picht treffend als »Sachwalter[...] des Ganzen«. Vgl. dazu Rudloff, *Picht*, 2009, 293–294, Zitat 294.

1710 Leendertz, *Wende*, 2010, 43. Ähnlich fällt im Übrigen die Deutung des MPIB-Mitarbeiters Wolfgang Lempert aus, der zur Verabschiedung Goldschmidts, des letzten am Institut verbliebenen Gründungsdirektors, die Transformation des Instituts in den 1970er Jahren expressis verbis in den Kontext der Tendenzwende rückte und für die Veränderung der Forschung vor allem die Rolle der »Gremien und der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft« verantwortlich machte. Siehe dazu das ausführliche Zitat aus der Rede Lemperts bei Wiarda, *Beratung*, 2016, 150.

1711 Vgl. Reimut Jochimsen: Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. *Neue Sammlung* 21/5 (1981), 370–381, Zitat 379. Jochimsen warf den relevanten Personen in beiden Handlungsfeldern vor, dass der »utopische Entwurf als solcher« in Misskredit gebracht würde, dass also eine »Diskreditierung des Langfristigen, die Diffamierung des Wandels hin auf Entwürfe« stattfand. Speziell an die Adresse der Politik gerichtet, kritisierte er den Versuch, die

zu den größten Fehlern der siebziger Jahre [...], mit Wirkung nicht etwa nur auf dem Bildungsbereich, [...] den Deutschen Bildungsrat schlicht beseitigt zu haben. Es zugelassen zu haben, daß eine unabhängige Institution mit Eigengewicht und eigener Sprachmöglichkeit verschwunden ist und sich aufgelöst hat in Zirkel, elitäre Forschungsgrüppchen und frustrierte alte Kombattanten, die gelegentlich Wiedersehen feiern.[1712]

Besonders das Insistieren Jochimsens auf der von ihm für unabdingbar gehaltenen Basis gemeinschaftlichen Handelns berührt schließlich noch einmal die tiefer liegenden Ebenen der in der vorliegenden Arbeit betrachteten wissenschaftlichen und politischen Entwicklungen am Bildungsforschungsinstitut und in der MPG. Denn zu diesen Voraussetzungen zählte er erstens eine strategisch unverstellte Kommunikation, zweitens den »Mut« der Politiker, auch angesichts komplexer Situationen »Ziele überhaupt formulieren zu wollen, die weiter reichen als eine Legislaturperiode«, und drittens das »Ethos« einer Wissenschaft, die bereit ist, sich auf Zieldiskussionen einzulassen und sich damit der »Not unserer Zeit« zu stellen.[1713]

4.5 Ausblick

Mit Beckers Emeritierung im Mai 1981 war eine Ära der Institutsgeschichte formell abgeschlossen. Mit seinem Nachfolger, dem Entwicklungspsychologen Paul B. Baltes, der im November 1979 zum Direktor für den Forschungsbereich »Psychologie und Humanentwicklung« berufen worden war, begann ein neuer Abschnitt.[1714] Überblickshaft gefasst, stand im Zentrum der Institutsforschung fortan programmatisch der lebenslange, nicht auf die Kindheit begrenzte humane Entwicklungsprozess (*Lifespan Development*), also der gesamte Lebensverlauf. Dieser sollte sowohl mikro- als auch makroanalytisch von den am Institut vertretenen und nun wieder disziplinär organisierten Fachrichtungen untersucht werden. Vor allem waren das die Psychologie, die jetzt zum ersten Mal in der Institutsgeschichte auf der Ebene der Direktoren vertreten war, die Soziologie und die Erziehungswissenschaft.[1715] Methodisch prägten unter anderem empirisch breit angelegte Longitudinalstudien wie die Berliner Altersstudie (BASE)

Wissenschaft einzugemeinden, also letztlich instrumentalisieren zu wollen, während er für die Wissenschaft, auch in den »großen Wissenschaftsorganisationen«, den Trend anprangerte, sich einem auf »das Öffentliche, die öffentliche Sache der Bürger« gerichteten Interesse zu entziehen. Stattdessen hätte man den Rückzug ins Disziplinäre, »in die verschiedenen Türme« angetreten und sei damit zugleich »ohne Widerstandskraft [...dem] Rückzug der Politik in das Einfache und Machbare willfährig« gefolgt. Jochimsen, Anmerkungen, 1981, 375, 380, 377, 378.

1712 Vgl. Jochimsen, Anmerkungen, 1981, 380–381.

1713 Vgl. Jochimsen, Anmerkungen, 1981, 374, 381, 380.

1714 Baltes wurde am 23. November 1979 zum Wissenschaftlichen Mitglied, Mitglied des Kollegiums und Direktor am MPIB berufen. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170. Vgl. zur Person und zum Forschungsprofil von Baltes die in der vorliegenden Arbeit im vierten Kapitel gegebenen Hinweise. Siehe zur Wahrnehmung der mit Baltes verbundenen Zäsur der Institutsgeschichte hier nur Wiarda, *Beratung*, 2016, vor allem 173–176, 248.

1715 Dies änderte sich erst mit der Berufung der Historikerin Ute Frevert (geb. 1954). Sie wurde am 24. November 2006 in der Nachfolge Mayers zum Wissenschaftlichen Mitglied und zur Direktorin am MPIB berufen und nahm ihre Arbeit offiziell am 1. Juni 2007 auf. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 175.

das Bild, wobei die Institutsforschung übergreifend als »sozialwissenschaftliche[...] Grundlagenforschung« definiert war.[1716] Allerdings ist die Geschichte des MPIB ab 1981 noch kaum untersucht, ebenso wie etwaige Brüche und Kontinuitätslinien zur Phase der ›ersten‹ Bildungsforschung unter Becker. [1717] Dieser Ausblick ist entsprechend limitiert und stützt sich primär auf die Skizzen aus der Fachliteratur sowie deskriptiv auf einige Institutsberichte. Die im Folgenden gesetzten Schlaglichter heben daher bestenfalls Aspekte und Fragen hervor, an denen weitere Forschungen ansetzen können. Als zeitlicher Endpunkt dieses Ausblicks wird die erste PISA-Studie (»PISA 2000«) genommen.[1718] Sie wurde in Deutschland unter der nationalen Konsortialführerschaft des MPIB und der Federführung des 1995 an das MPIB berufenen Erziehungswissenschaftlers Jürgen Baumert durchgeführt und sollte in der Bundesrepublik der dann so genannten »Empirischen Bildungsforschung« Bahn brechen.[1719]

Phasen: Feststellen lässt sich aber bereits, dass mit diesem Betrachtungszeitraum mindestens zwei Phasen der Institutsentwicklung nach 1981 in den Blick gelangen. Mit Wiarda ist vorläufig davon auszugehen, dass die 1980er Jahre als die erste Phase der Geschichte des MPIB unter Baltes gelten können.[1720] Das Dezennium bezeichnet demnach eine Zeit des Übergangs, die noch vorrangig von den internen Gegensätzen zwischen den am Institut bestehenden wissenschaftstheoretischen und -kulturellen sowie forschungspolitischen »Lagern« geprägt war, und ebenso von den Versuchen der Institutsleitung, damit einen Umgang zu finden. Der weitgehende Abschluss dieser »konfliktreiche[n] Phase der Neuorientierung« fiel mit der deutschen Wiedervereinigung zusammen.[1721] Sie brachte für die MPG und ihre Institute veränderte Rahmenbedingungen und neue Anforderungen.[1722] Die Jahre 1989/90 markieren daher den Beginn

---

1716 Vgl. Karl Ulrich Mayer und Paul B. Baltes (Hg.): *Die Berliner Altersstudie. Ein Projekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.* Berlin: Akademie-Verlag 1996. Siehe den Hinweis auf die Grundlagenforschung zum Beispiel in Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin. Jahresbericht über die Forschungstätigkeit und die Service-Einheiten, November 1981 bis Oktober 1982, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 97.

1717 Vgl. vor allem die Skizzen bei Wiarda, *Beratung*, 2016, vor allem 151–181, 243–248, Thoms, *Geschichte*, 2018, 1016–1020 und die Hinweise in Leschinsky, *Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1996. Indirekt hat zudem Enno Aljets mit seiner Studie zur Genese der »Empirischen Bildungsforschung« auch die Geschichte des MPIB seit den 1990er Jahren thematisiert. Vgl. Aljets, *Aufstieg*, 2015.

1718 Zwischen 2001 und 2003 wurden die Ergebnisse in drei Bänden veröffentlicht. Vgl. hier nur Baumert et al., *PISA 2000*, 2001.

1719 Baumert wurde am 22. Juni 1995 zum Wissenschaftlichen Mitglied, Mitglied des Kollegiums und Direktor am Institut berufen und begann seine Arbeit am MPIB am 1. Mai 1996. Im Juni 2010 wurde er emeritiert. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 173, 176. Vgl. zur Person Baumerts das Curriculum Vitae und die Publikationsübersicht auf den Seiten des MPIB: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Mitarbeiter*innen. Jürgen Baumert.* https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/juergen-baumert. Zuletzt aufgerufen am 23. 3. 2022. Zur Vorgeschichte der PISA-Studien siehe hier allein Aljets, *Aufstieg*, 2015.

1720 Vgl. zum Folgenden Wiarda, *Beratung*, 2016, 151–154, 176, 178, 180. Die von Leschinsky vorgeschlagene Gliederung der Institutsgeschichte endet 1981 mit dem »Eintritt der neuen Leitung«. Die Zeit ab 1981 wird von ihm als Phase der »Re-disziplinierung« bezeichnet. Zu deren Ende trifft er letztlich keine genaue Festlegung. Vgl. Leschinsky, *Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1996, 183.

1721 Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 151, 154.

1722 Vgl. dazu vor allem Mitchell G. Ash: *Die Max–Planck–Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995.* Berlin: GMPG-Preprint 2020.

einer zweiten Phase der Institutsgeschichte des MPIB nach Becker. Das Ende dieser Phase ist vermutlich mit dem vorzeitigen, krankheitsbedingten Tod von Baltes im November 2006 und dem Wechsel des Soziologen Karl Ulrich Mayer nach Yale im Vorjahr anzusetzen. Der empirisch arbeitende Sozialforscher war 1983 als Direktor an das MPIB berufen worden und hatte mit Baltes eng zusammengearbeitet.[1723]

Wiarda dagegen wertet schon den Arbeitsbeginn von Baumert am MPIB 1996 als Anfang einer dritten Phase, deren Ende er dann ebenfalls für die Jahre 2005/06 annimmt. Zur Begründung verweist er vor allem auf eine erneute Veränderung im Verhältnis der Institutsforschung zur Politik, die mit den von Baumert maßgeblich vorangetriebenen TIMSS- und PISA-Studien verbunden gewesen sei. Jedoch stehen auch in Wiardas Arbeit letztlich die Jahre bis 1981 im Mittelpunkt und sein Vorschlag zur Periodisierung beruht primär auf der Auswertung von Leitfadeninterviews mit Zeitzeug*innen. Untersuchungen zu der ab 1981 am MPIB betriebenen Forschung, welche diese auch zeithistorisch kontextualisierten, stehen noch aus. Das Verhältnis der Institutsforschung zur bundesdeutschen Wissenschafts- und Bildungspolitik, die ab 1982 auf Bundesebene für gut anderthalb Jahrzehnte konservativ-liberal bestimmt war, ist daher noch unklar – ebenso wie das zur Ökonomie, zu den Entwicklungen in den hier relevanten Sozialwissenschaften oder zum Kurs der MPG. Auch ist die Rolle der internationalen Dimension für alle diese Bereiche noch nicht sondiert, die nach dem Mauerfall im Zuge der Verdichtung globaler Verflechtungen stark an Bedeutung gewann.[1724] Letztlich sind daher Aussagen über das Verhältnis der Institutsforschung zur Politik nach 1981 derzeit noch kaum belastbar.

Ein neuer Kurs – Satzung und Leitung: Deutlich wird im Blick auf die Anfänge der Institutsgeschichte unter Baltes, dass sich das MPIB in entscheidenden Aspekten zügig von seiner Ausrichtung unter Becker entfernte. Die novellierte Satzung, die am Tag nach Beckers Emeritierung in Kraft trat, stellte hierfür einen Meilenstein dar.[1725] Sie war in kontroversen internen Debatten schon unter Beteiligung von Baltes erarbeitet worden.[1726] Dieser hatte seine Tätigkeit am MPIB zum 1. Dezember 1980 aufgenommen[1727] und dort bereits einige Monate parallel zu

---

1723 Mayer wurde am 11. März 1983 zum Wissenschaftlichen Mitglied, Mitglied des Kollegiums und Direktor am Institut berufen und trat seine Arbeit dort zum 1. April 1983 an. Er wurde am 1. Mai 2005 beurlaubt, um einem Ruf an die Yale University zu folgen, blieb aber Wissenschaftliches Mitglied des MPIB. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 171, 175 und zur Person Mayers die bereits im Laufe dieser Arbeit gegebenen Hinweise, sowie die Angaben zum Lebenslauf und die Publikationsliste unter: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Mitarbeiter*innen. Karl Ulrich Mayer*. https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/karl-ulrich-mayer. Zuletzt aufgerufen am 24. 3. 2022.

1724 Vgl. dazu demnächst Sachse, *Wissenschaft und Diplomatie*, im Erscheinen.

1725 Die Satzung trat zum 1. Juni1981 in Kraft. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170.

1726 Siehe zur kontroversen Diskussion über die Satzungsnovelle die Unterlagen in AMPG, II. Abt., Rep. 43, K 34.

1727 Laut Henning und Kazemi begann Baltes seine Arbeit am MPIB am 1. September 1980, Becker dagegen sprach in seinem Bericht vor dem Institutsbeirat vom 1. Dezember 1980. Für beide Daten gilt, dass Baltes in seine Rolle am MPIB parallel zur auslaufenden Tätigkeit des alten Direktors hineinfinden konnte. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 546 und Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 4, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

Becker gearbeitet, bevor er nach dessen Emeritierung die Leitung übernahm. Mit der neuen Satzung war tendenziell die Rückumstellung auf die Abteilungsstruktur, die Entmachtung der GK und die erneute Etablierung der Leitungsfunktion der Direktoren im Bereich der Forschung verbunden. Sie standen jetzt den als »Forschungsbereichen« bezeichneten, wieder disziplinär orientierten Profilgebieten des MPIB vor. Damit war organisatorisch und in der Governance-Struktur eine Re-Disziplinierung der Forschung eingeleitet und deren Organisation in weitgehend autonomen Projekten aufgehoben.[1728] Die »Forschungsbereiche« bildeten seitdem, wie es im Institutsbericht von 1989 hieß, den »Rahmen« für die Arbeit in den Projekten und stellten »das Diskussionsforum für die Projektarbeit und Projektplanung« dar.[1729] Der interdisziplinäre Ansatz blieb im Institutszweck, der im ersten Paragraphen der Satzung formuliert wurde, zwar erhalten. Die disziplinär gebundene Methodik erhielt jedoch Vorrang:

> Das Institut dient der disziplinären und interdisziplinären Erforschung von Entwicklungs- und Bildungsprozessen und der Untersuchung ihrer institutionellen Strukturen und gesellschaftlichen Entwicklungen.[1730]

Auch im Namen des Instituts machte sich die neue Ausrichtung bemerkbar. Zwar scheiterte der Versuch, die Einrichtung in »Max-Planck-Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung« umzubenennen. Damit hatte Baltes den seines Erachtens nach »stark der Pädagogik verhafteten Begriff« der »Bildung«, dem er vor dem alten Institutsbeirat die Tendenz zum »Abgleiten in Ideologien« unterstellt hatte,[1731] offensichtlich durch den neuen Leitbegriff der »Entwicklung« ergänzen wollen. Dagegen war der Widerstand innerhalb des Instituts jedoch erheblich gewesen. Vermutlich als eine Art Kompromisslösung wurde im Deutschen die Bezeichnung als Max-Planck-Institut für Bildungsforschung belassen, während die Einrichtung im Englischen den Namen Max Planck Institute for Human Development and Education führte; der Zusatz »Education« fiel später weg.[1732]

Unklar ist derzeit noch, welchen Anteil Baltes an der Institutsentwicklung hatte. Denn da die novellierte Satzung eine kollegiale Leitung vorsah, war die Führung des MPIB seit Anfang Juni

---

1728 Mit der neuen Satzung wurde das Abteilungsprinzip zwar nicht nominell, aber dem Sinn nach entlang der »Forschungsbereiche« wieder etabliert. Diese sollten in der Regel durch ein Wissenschaftliches Mitglied vertreten werden. Die GK büßte gegenüber der Leitung Zuständigkeiten und Kompetenzen ein. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170–171 und mit einer abweichenden Angabe zum Datum des Inkrafttretens der Satzung Wiarda, *Beratung*, 2016, 151.

1729 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Max Planck Institute for Human Development and Education. Arbeitsbericht 1989, S. 3, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 106.

1730 Zitiert nach Leschinsky, *Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1996, 186.

1731 Vgl. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 15./16. 1. 1981, S. 10–11, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 82.

1732 Der Hinweis auf »Education« entfiel laut Henning und Kazemi auf Initiative des 1997 an das MPIB berufenen Gerd Gigerenzer. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 173.

1981 auf mehrere Schultern verteilt.[1733] Seitdem rotierten die Direktoren in der Geschäftsführung und die unter Becker übliche Unterscheidung eines Direktors *des* Instituts und der Direktoren *am* Institut war zumindest formell weggefallen.[1734] Zur Leitung des MPIB gehörte neben Baltes anfänglich die Riege der alten Wissenschaftlichen Mitglieder, der seit 1963 als Direktor am Institut wirkende Dietrich Goldschmidt sowie Wolfgang Edelstein und Peter Martin Roeder, die beide im Sommer 1981 zu Direktoren berufen wurden.[1735] Diese Konstellation wurde im Frühjahr 1983 durch Karl Ulrich Mayer ergänzt, der die Nachfolge Goldschmidts antrat. Damit war, wie oben ausgeführt, zugleich die im Juni 1977 begonnene Suche nach einer Vertretung der Soziologie am Institut abgeschlossen.[1736] Im Mai 1996 folgte Baumert Roeder nach.[1737] Als Edelstein Ende Juni 1997 emeritiert wurde, war an der Spitze des MPIB mit der fast zeitgleichen Umberufung des Wissenschaftlichen Mitglieds des MPI für psychologische Forschung in München, Gerd Gigerenzer (geb. 1947) an das MPIB der endgültige Wechsel vom alten Personalstamm aus der Ära Becker auf die neuen Direktoren vollzogen.[1738]

Forschungsbereiche: Schon 1984, nur ein Jahr nach der Berufung Mayers, stellte Baltes für das Kollegium im Jahresbericht fest, dass sich »die vier Forschungsbereiche, in die das Institut seit 1981 neu gegliedert« war, konsolidiert hätten.[1739]

Baltes selbst leitete den Bereich »Psychologie und Humanentwicklung«. Die hier im Zentrum stehenden Forschungen mit Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, vor allem aber mit älteren Menschen, konzentrierten sich auf Fragen der Persönlichkeits-, Intelligenz- und Gedächtnisentwicklung. Berücksichtigt wurden zudem Prozesse der Informationsverarbeitung und Aspekte der lebenslangen Sozialisation einschließlich der Familienentwicklung. Dabei kooperierte Baltes auch mit Physiologen und Neurologen in der MPG. Fundiert und begleitet wurden die Arbeiten durch Forschungen zur Theorie, Methodologie und Geschichte der Entwicklungspsychologie.[1740] Übergreifend waren Baltes' Forschungen auf ein neues Bild des Alterns in einer

---

1733 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 170–171.

1734 Vgl. zur Einschätzung der Position von Baltes durch Mitarbeiter*innen am MPIB die Interviewauszüge bei Wiarda, *Beratung*, 2016, bes. 170–173.

1735 Siehe an dieser Stelle nur Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 167, 169, 170–171.

1736 Die Arbeit der Kommission, die unter anderem für die Nachfolge Goldschmidts zuständig war, ist in dieser Arbeit im vierten Kapitel dargestellt.

1737 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 173.

1738 Gigerenzer wurde am 5. Juni 1997 an das Berliner Institut umberufen und nahm dort seine Arbeit zum 1. Oktober auf. Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 173 sowie zur Person das Curriculum Vitae und die Publikationsübersicht auf den Seiten des MPIB: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Mitarbeiter*innen. Gerd Gigerenzer.* https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/gerd-gigerenzer. Zuletzt aufgerufen am 23. 2. 2022.

1739 Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Jahresbericht 1984, S. 2, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 99.

1740 Die Skizze von Baltes' Forschungsbereich und die drei nachstehenden kurzen Schilderungen folgen zum Teil wortgleich der Selbstdarstellung der Bereiche aus dem Jahresbericht für 1983. Auf die Nutzung von Anführungszeichen wurde allerdings überwiegend verzichtet, da mehrere von der Autorin vorgenommene, primär sprachlich bedingte Veränderungen bei einzelner Kennzeichnung durch Anführungszeichen die Lesbarkeit verschlechtert hätten. Vgl. Max-

alternden Gesellschaft ausgerichtet.[1741] Dass sich am Institut die Psychologie mit der von Baltes gesetzten lebens- und zeitumspannenden Perspektive des *Lifespan Development* zur neuen internen »Leitdisziplin« entwickelte, ist mehrfach von Zeitzeugen bemerkt worden.[1742] Wie dies konkret aussah und sich etwa methodologisch oder methodisch in die anderen Forschungsbereiche hinein übersetzte, ist noch offen. Damit zusammen hängt auch die Frage, inwieweit man für die Zeit ab 1981 überhaupt noch von einer einheitlichen Form von »Bildungsforschung« sprechen kann und inwiefern die methodisch-methodologische Klammer einer empirischen Sozialforschung zu ihrer Kennzeichnung ausreicht.

Sicher ist jedoch, dass Baltes eng mit Karl Ulrich Mayer, besonders im Bereich der Altersstudien, kooperierte und dessen eher mikroanalytisch orientierten Ansatz zur Erforschung von Bildungsverläufen makroanalytisch ergänzte.[1743] Der empirisch arbeitende Mannheimer Soziologe und ehemalige Geschäftsführende Direktor des ZUMA leitete am MPIB den Bereich »Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Entwicklung«. Dabei richtete sich sowohl die empirische als auch die theoretische Forschung übergreifend auf die Struktur und den Wandel der Beziehungen des Bildungssystems zu anderen gesellschaftlichen Bereichen. Angesetzt wurde auf drei Ebenen: »beim Verhältnis zwischen Bildungsinstitutionen und Beschäftigungssystem, bei der Quantifizierung individueller Lebensverläufe und bei der sinnhaft konstituierten Biographie«. Beforscht wurden insbesondere Lebensgeschichten historisch different gelagerter Geburtskohorten mit Fokus auf den Prozessen der Familienbildung, von Bildungsverläufen und Erwerbskarrieren. Im Zentrum standen quer dazu Probleme der Autonomie und Interdependenz. Im Nachgang zur Wiedervereinigung traten besonders komparativ angelegte Kohortenstudien zu Lebensläufen in der DDR und der BRD in den Vordergrund. Ergänzend untersucht wurden in Mayers Forschungsbereich Fragen nach Art und Nutzung der im Bildungssystem erzeugten Qualifikationen sowie Arbeitserfahrungen als Grundlage und Handlungskontext der Persönlichkeitsentwicklung.[1744]

Planck-Institut für Bildungsforschung. Jahresbericht 1983, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 98 und zur Kooperation innerhalb der MPG Thoms, *Geschichte*, 2018, 1018.

1741 Wie es eine bei Wiarda zitierte, von Baltes an das MPIB geholte Mitarbeiterin in Bezug auf die Berliner Altersstudie, deren wissenschaftliche Fundierung und auf deren offenbar bewusst politische Anlage und mediale Einbettung ausdrückte: »So we became very political. And pushing a new view of aging, but at the same time we were doing it based on science, based on all of these data we had collected with Berlin Aging Study and based on theory and pushing a more positive view of aging than the more negative view that was out there. (...) I mean we learned how to kind of feed the journalists. We built up very close contact with people in SPIEGEL and die ZEIT and the like«. Vgl. Mayer und Baltes, *Die Berliner Altersstudie*, 1996; Wiarda, *Beratung*, 2016, Zitat 165–166 und Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 172.

1742 Vgl. Leschinsky, *Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*, 1996, Zitat 186 oder zum Beispiel Wolfgang Edelstein: Erzeugt Sperrgut! Kleine Rede zum 25jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988*. Berlin: MPIB 1989, 63–66, hier 65–66.

1743 Während Baltes die Psychologie von Bildungsverläufen in den Vordergrund rückte, ging es Mayer um die Soziologie, ausgedrückt in den jeweiligen Leitbegriffen von Lebensspanne (*life span*) und Lebensverlauf (*life course*).

1744 Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Jahresbericht 1983, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 98. Siehe zu den erwähnten Kohortenstudien Thoms, *Geschichte*, 2018, 1018.

Peter Martin Roeder vertrat in Fortsetzung seiner bisherigen Forschungsausrichtung den Bereich »Schule und Unterricht«, an dem im Wesentlichen drei Schwerpunkte verfolgt wurden. Erstens ging es um die Entwicklung des Bildungssystems im Kontext sich verändernder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, zweitens um Fragen der Organisation und Verwaltung von Lehren und Lernen in der Schule, drittens um Aspekte individueller Lernprozesse. Gegenstand von Projekten waren etwa aktuelle Entwicklungen in Haupt- und Gesamtschulen sowie in der Grundschule. Gearbeitet wurde beispielsweise zu den ersten Berufsjahren von Lehrenden, zur Schulaufsicht oder Grundfragen des Sprachenlernens. Fortgesetzt wurde zudem das in den 1970er Jahren am MPIB begonnene Großprojekt des »Bildungsberichts«, also die periodische, standardisierte Berichterstattung über Entwicklungen im Bildungswesen der Bundesrepublik.[1745]

Wolfgang Edelstein leitete den Forschungsbereich »Entwicklung und Sozialisation der Handlungsfähigkeit«, der 1982 in »Entwicklung und Sozialisation« umbenannt wurde.[1746] Im Vordergrund stand nach wie vor sein zentrales Forschungsinteresse an der Entstehung von Handlungs- und Interaktionsfähigkeit. Forschungsthemen waren die Herausbildung kognitiver, sozialer und moralischer Kompetenz bei Kindern, die sozialkognitive Entwicklung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Modernisierung, Konzeptentwicklungen in der Wissenschaftsgeschichte und sozialisationsrelevante Modernisierungsprozesse, die in sozialhistorischer Perspektive untersucht wurden.[1747] Insofern Edelstein bereits zum Gründungsteam des Bildungsforschungsinstitut gehörte, wäre am ehesten für seinen (und gegebenenfalls auch für Roeders) Bereich zu prüfen, inwieweit dort an Ansätze aus der Becker-Ära angeknüpft wurde und welche Geltung diesen gegebenenfalls in der neuen Konstellation am Institut und in der MPG zukam.

Ab Mitte der 1990er Jahre wurden mit Roeder und Edelstein die beiden letzten Direktoren der Ära Becker in den Ruhestand verabschiedet und unter Baumert und Gigerenzer zwei neue Forschungsbereiche am MPIB eingerichtet.

Jürgen Baumert übernahm 1996 die Leitung des Bereichs »Erziehungswissenschaft und Bildungssysteme«, in dem die Analyse individueller Entwicklungs- und Lernprozesse unter einer institutionellen Perspektive im Mittelpunkt stand. Untersucht wurden insbesondere Fragen des Verhältnisses von Bildungsverläufen und institutionellem Wandel, Entwicklungsaufgaben im Jugend-/jungen Erwachsenenalter und institutionelle Opportunitätsstrukturen ebenso wie die motivationale und affektive Regulierung von Lernverhalten und Optimierungsmöglichkeiten von Lehr-/Lernprozessen.[1748] Einen der zentralen Forschungsschwerpunkte stellten inter-

---

1745 Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Jahresbericht 1983, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 98.

1746 Vgl. zu den Bezeichnungen Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 171.

1747 Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Jahresbericht 1983, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 98.

1748 Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Max Planck Institute for Human Development and Education.

national vergleichende Schulleistungsstudien dar. Nachdem Baumert zwischen 1975 und 1991 Mitarbeiter am MPIB und maßgeblich an der Erarbeitung des Bildungsberichts beteiligt gewesen war, hatte er von 1992 bis 1996 als Leiter des IPN in Kiel die nationale Federführung für TIMSS übernommen.[1749] TIMSS brachte Baumert dann mit an das MPIB, das nachfolgend auch die nationale Konsortialführerschaft für PISA übernehmen sollte. Damit war das Institut zugleich wieder offiziell in die Politikberatung eingebunden und stand zudem im Zentrum der durch die PISA-Studien entfesselten medialen Dynamiken (»PISA-Schock«).[1750] Zu fragen wäre daher gerade auf dem Hintergrund dieser engen politischen Verbindungen, welche Rolle dem MPIB für die rasante Etablierung der bald so genannten »Empirischen Bildungsforschung« im Gefolge der ersten PISA-Studie im deutschen Wissenschaftssystem zukam.[1751]

1997 wurde der Psychologe Gerd Gigerenzer, Direktor am MPI für psychologische Forschung in München an das MPIB umberufen. Er leitete dort den Forschungsbereich »Adaptives Verhalten und Kognition« bis zu seiner Emeritierung 2017. Im Fokus stand die Untersuchung von Abwägungs- und Entscheidungsprozessen unter der Bedingung von Unsicherheit sowie die Erforschung der Heuristiken, die adaptives Verhalten bereichsspezifisch (umweltbezogen und sozial) anleiten. Seit 2008 ist Gigerenzer Direktor des Harding-Zentrums für Risikokompetenz, das bis Ende 2019 am MPIB angesiedelt war und das 2020 der Universität Potsdam angegliedert wurde. In der Forschungsgruppe Gigerenzers am MPIB arbeiteten wieder Wissenschaftler*innen unterschiedlicher Fachgebiete problemorientiert zusammen, etwa aus den Bereichen der Psychologie, Mathematik, *Computer Sience*, Evolutionsbiologie oder der Wirtschaftswissenschaft.[1752]

Zum Abschluss dieses Ausblicks sei noch einmal auf die erste Phase unter Baltes in den 1980er Jahren und auf das veränderte Verhältnis des MPIB zur MPG eingegangen.

Interne Herausforderungen: So gehörte zu den größten internen Herausforderungen, die Baltes und die neue Institutsleitung ab 1981 im Übergang zu einem neuen Institutskurs zu bewältigen hatten, der Umgang mit der personellen Situation am MPIB. 1980 gab es noch 45 Wissenschaftler*innen ›alter Prägung‹,[1753] die also am MPIB unter Becker wissenschaftlich wie insti-

---

Annual Report 1996, S. 10, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 113 und Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1997, 659–672, bes. 659 und 666–672.

1749 Vgl. dazu zum Beispiel Aljets, *Aufstieg*, 2015, 160–163.

1750 Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 178–179; Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 174 und zum Beispiel Aljets, *Aufstieg*, 2015, bes. 155–291, bes. 281–290.

1751 Vgl. zu der an Professurwidmungen gemessenen Expansion der »Empirischen Bildungsforschung« an deutschen Hochschulen seit etwa 2003/05 Aljets, *Aufstieg*, 2015, 25–34.

1752 Vgl. Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 173; Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1998, 723–736, hier 724–730; Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Max Planck Institute for Human Development. Annual Report 1998, S. 17–19, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 115 und: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Mitarbeiter*innen. Gerd Gigerenzer*. https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/gerd-gigerenzer. Zuletzt aufgerufen am 23. 2. 2022.

1753 Zu dieser Zahlenangabe siehe den Bericht von Baltes an den Beirat vom Mai 1993, zitiert bei Wiarda, *Beratung*, 2016, 177.

tutskulturell sozialisiert worden waren und in den 1970er Jahren teilweise gegen die Transformation der Bildungsforschung opponiert hatten. Insofern galt es zwischen diesen Mitarbeitenden und der neuen Forschungsausrichtung ebenso wie dem neuen Personal zu vermitteln, das im Zuge der Berufungen von Baltes und Mayer an das Institut kam. Über die Geschichte dieser ›Fusionsphase‹ in den 1980er Jahren ist noch wenig bekannt, etwa über die Vorgehensweisen der Institutsleitung, die Re- und Aktionsmuster der Mitarbeitenden oder etwaige Niederschläge in der Forschung. Die von Wiarda zusammengestellten Sequenzen aus den Interviews zur Anfangszeit unter Baltes deuten immerhin an, dass man es bei den Personen aus der Zeit vor 1981 nicht mit einer monolithischen Gruppe zu tun hatte. Für einige bedeutete die Arbeit unter der neuen wissenschaftlichen Ausrichtung, in einer offenbar stärker hierarchisch strukturierten Führungskultur mit veränderten Leistungsanforderungen auch die Möglichkeit für einen Neuanfang und sie ließen sich auf die neuen Perspektiven und Ansätze ein.[1754]

Klar hervor tritt ebenso, dass es einiges an Konfliktpotential gab. Dies war jenseits kulturell, wissenschaftstheoretisch und forschungspolitisch begründeter Differenzen auch dadurch begründet, dass zwischen den alten und den neuen Mitarbeitenden ein erhebliches Ungleichgewicht in Bezug auf Stellensicherheit und Dotierung vorhanden war. Dies hatte vor allem mit der unter Lüst begonnenen personalpolitischen Flexibilisierung in der MPG, vor allem der Befristung der Stellen für die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen zu tun, die sich am MPIB bei den neu Hinzugekommenen jetzt voll auswirkte. Auch diese Aspekte sind für das MPIB, an dem es somit phasenweise zwei Statusgruppen wissenschaftlicher Belegschaften gab, noch nicht erforscht.[1755] Die bei Wiarda dazu übermittelten Zitate ehemaliger Mitarbeiter*innen reichen von der offenen Ansprache eines »Neidfaktor[s]« über nicht eindeutig interpretierbare Einschätzungen der mit den stabilen Arbeitsverhältnissen verbundenen Forschungsfreiheit (»was ich absolut cool fand, die konnten forschen, was sie wollten«) bis zur Kritik am ›Jammern‹ der alten Belegschaft über die neuen Verhältnisse; aufgrund ihrer als komfortabel wahrgenommenen tariflichen Situation hätten sie dazu keinen Grund gehabt.[1756]

Dass der Prozess der Vereinbarung der Mitarbeitenden und Forschungskulturen noch Ende der 1980er Jahre nicht ganz abgeschlossen war, zeigt das 1988 begangene 25jährige Jubiläum des MPIB. So gab es zwei verschiedene Festveranstaltungen, es erschienen zwei Jubiläumspublikationen[1757] und der Ton der Zwischenbilanzen fiel seitens der wortführenden Ehemaligen überwiegend kritisch aus.[1758] Wie schwer es gerade dem Leitungspersonal aus der Becker-Zeit gefallen sein mochte, ihrer Führungsverantwortung und Loyalität gegenüber Baltes und der neuen

---

1754 Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 154–163.

1755 Vgl. zur Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse in der MPG demnächst Scholz, *Transformationen*, im Erscheinen.

1756 Zitiert nach den bei Wiarda angeführten Interviewpassagen; vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 169.

1757 Vgl. *25 Jahre Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*. Berlin MPIB 1988; *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988*. Berlin: MPIB 1989.

1758 Vgl. die Beiträge in: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen*, 1989.

Ausrichtung gerecht zu werden, lässt der Vortrag Wolfgang Edelsteins mit dem appellativen Titel »Erzeugt Sperrgut!« erahnen. Darin unternahm der Institutsmitarbeiter der ersten Stunde eine ironisch gewandete Gratwanderung zwischen Unterstützung und Kritik des neuen Kurses.[1759] Anfang der 1990er Jahre hatte sich die Situation dann offenbar auch auf ›natürlichem‹ Weg, also durch personelle Ab- und Zugänge, entschärft. Wie Baltes vor dem Beirat berichtete, waren 1993 am MPIB nur noch 20 Personen aus dem ›alten‹ wissenschaftlichen Personalstamm beschäftigt. Die Mehrheit der Wissenschaftler*innen am Institut konnte inzwischen von dem neuen Profil und dem offenbar wieder gefestigten Ansehen des Instituts in der MPG wie auch in der Wissenschaftspolitik profitieren.[1760]

Position in der MPG: Die wieder gestiegene Reputation des MPIB innerhalb der MPG spiegelt sich zunächst in der Entwicklung der Personalzahlen unter Baltes – jedenfalls soweit sich das an den uneinheitlichen Angaben der Institutsberichte ablesen lässt. Entlang der Daten für die Jahre 1981/82, 1991 und 2000/01 vermittelt sich immerhin der grobe Eindruck, dass am MPIB zwischen 1981 und 2000/01 eine tendenziell steigende Anzahl von um die 250 bis 350 Personen arbeitete, bei gleichzeitig (deutlich) rückläufigem Anteil fester Anstellungsverhältnisse.[1761] Das wäre genauer zu prüfen. Im Jahresbericht an den Beirat von Dezember 1991 bezeichnete Baltes das MPIB jedenfalls als »ein expansives Institut«, an dem im Stellenplan 140 Positionen ausge-

---

1759 Aus dem Vortrag sei allein in dieser Anmerkung ausführlicher zitiert, da dies dem Ausblick andernfalls eine zu starke Unwucht gegeben hätte. Rückblickend pointierte Edelstein drei Arbeitsphasen des Instituts: Am Anfang hätte eine wissenschaftstheoretisch »ganz naiv auf Intervention« gerichtete Forschung im Zeichen eines »zukunftsfrohe[n], wenn auch bildungskatastrophenbezogene[n] Funktionalismus« gestanden. Im Zuge der »Revolte von 68« sei diese durch eine kritische, wissenschafts- und selbstreflexiv ausgerichtete Phase abgelöst worden. Die Forschung sei so reflexiv gewesen, »daß es ihr immer schwerer fiel, vom Fleck zu kommen, jeder Schritt ein Sündenfall«: »[S]schrecklich, wie anstrengend das war, aber nicht viel Leistung – wenn man die heute geltenden Kriterien der Leistung anlegen will. Und doch, und doch: der rote Faden, diesmal wirklich ROT, ein Konzept struktureller sozialer Ungleichheit, entsteht und lebt inmitten des endlosen Grundsatzgeredes, Grundsatzkonferenzgeredes, das dann doch, so will es scheinen, ein ernsthaftes Produkt abgesondert hat«. Die von ihm beschriebene dritte Phase, seine damalige Gegenwart, charakterisierte er als die eines »Neofunktionalismus«. »[E]in (weitgehend neofunktionalistisch gesonnener) Forschungseifer« würde das MPIB jetzt erfüllen, »handlungsabstinent, zumindest gegen das Bildungssystem und die dies gestaltenden Politiken«. Und auch die »ehemals exilierte Psychologie« sei in das Institut eingekehrt. Ihre Werke seien »ziemlich gut. So ahmen wir alle mehr oder weniger deren Leitmelodie nach, befreit von der reflexiven Lähmung – der Infektion, die uns eine kritische Soziologie angehängt hatte. Unsere Augen sind fest auf das Wissenschaftssystem gerichtet, wo wir endlich durch und durch professionalisiert, eingewurzelt und beheimatet sind, wie es sich gehört«. Zum Ende des Vortrags bekannte Edelstein dann, dass er glaube, »daß es so gut ist, daß es nötig ist«. Er schloss allerdings, den Titel seiner Rede aufnehmend, mit dem Aufruf zur Hinterfragung einer unkritischen Produktion von »Lösungen« »für eine stets bereitstehende gewaltsame Politik«, also zur »reflexive[n] Distanz vom Gegenstand unseres Tuns, ohne die unser Tun nur allzu leicht affirmativ, systemkonform, erfolgsbenebelt und selbstbefangen ist. Eine kleine rote Faser täte uns vielleicht gut«. Der Vortrag mündet in die Aufforderung zur Besinnung auf »den Begriff und die Sache der Bildung [...], die dem Institut, wie indirekt immer, zu seinem Namen verholfen hat«. Vgl. Edelstein, *Erzeugt Sperrgut!*, 1989, 64, 65, 66; Hervorhebungen im Original.

1760 Vgl. den Bericht von Baltes an den Beirat vom Mai 1993, zitiert nach Wiarda, *Beratung*, 2016, 177.

1761 Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin. Jahresbericht über die Forschungstätigkeit und die Service-Einheiten, November 1981 bis Oktober 1982, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 97; Max Planck Institute for Human Development and Education. Arbeitsbericht 1989, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 106; Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Max Planck Institute for Human Development. Research Report 1998–2000, S. 9, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 116 und zum Beispiel: Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. Berlin. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 2001, 723–731, hier 723.

wiesen, realiter aber »etwa 250 Personen in unterschiedlichen Beschäftigungsformen« tätig gewesen seien.[1762] Davon waren um die 50 fest angestellte Wissenschaftler*innen.[1763]

Voraussetzung der aufsteigenden Entwicklung war wohl vor allem, dass sich laut Wiarda »die Beziehungen zwischen Institut und MPG in den 80er Jahren und darüber hinaus bis mindestens Mitte der Neunziger Jahre zumindest auf der Leitungsebene sehr einvernehmlich, partnerschaftlich und nahezu konfliktfrei« gestalteten.[1764] Die Wertschätzung, die Lüst Baltes, seiner Forschung und dem von ihm vertretenen wissenschaftlichen Ansatz entgegenbrachte, wurde oben bereits skizziert. Dass der Psychologe darüber hinaus die Zustimmung kollegialer Mitglieder der MPG besaß, zeigte sich auch darin, dass er nur knapp ein Jahr nach seinem Arbeitsbeginn, im Oktober 1981 den Vorsitz der »Kommission zur Förderung der Sozialwissenschaften« übernahm. Diese war begleitend zum Votum über die Schließung des Starnberger Instituts eingesetzt worden, sollte für die Zukunft der Sozialwissenschaften in der MPG wegweisend sein und bereitete unter anderem die Gründung des MPIfG in Köln vor.[1765]

Ein weiterer Gradmesser für die Akzeptanz des Instituts in der MPG wie auch in der Wissenschaftspolitik ist der Einfluss, den leitende Institutsmitglieder auf die Etablierung von Forschungseinrichtungen innerhalb und außerhalb der MPG sowie auf die Entwicklung des deutschen Wissenschaftssystems nehmen konnten. Zu denken ist beispielsweise an Beckers Einsatz für die im Herbst 1981 erfolgte Gründung des Wissenschaftskollegs zu Berlin oder später etwa an die Tätigkeit Mayers im Wissenschaftsrat. Er wurde 1993 in den WR berufen, in einer Phase der Weichenstellung des Umgangs mit der Wiedervereinigung, und hatte dort zwischen 1996 und 1999 den Vorsitz der Wissenschaftlichen Kommission inne.[1766] Die damit nur exemplarisch angedeuteten Vernetzungen und Wirkungsgeflechte zwischen den großen deutschen Wissenschaftsorganisationen auch personenscharf zu untersuchen, wäre grundsätzlich ein wichtiges Forschungsthema.[1767] Wie angedeutet, beträfe das im Hinblick auf das MPIB und die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschung in Deutschland besonders die Phase nach der deutschen Wiedervereinigung. Die MPG zeichnete hier unter anderem für die Ausgestaltung

---

1762 Baltes' Bericht ist hier zitiert nach Wiarda, *Beratung*, 2016, 176.

1763 Im Arbeitsbericht des MPIB sind für das Jahr 1989 141 fest angestellte Mitarbeiter*innen genannt. Davon waren demnach »etwa 50 [...] promovierte Wissenschaftler«. Zudem forschten am MPIB »etwa 12« Doktorand*innen und »etwa 30« weitere Wissenschaftler*innen, Stipendieninhaber*innen, assoziierte Mitarbeiter*innen in Drittmittelprojekten und Gastwissenschaftler*innen. Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Max Planck Institute for Human Development and Education. Arbeitsbericht 1989, S. 1, AMPG, IX. Abt., Rep. 5, Nr. 106.

1764 Wiarda, *Beratung*, 2016, 244.

1765 Der Vorsitz lag ab dem 28. Oktober 1981 bei Baltes. Vgl. dazu Leendertz, *Wende*, 2010, 27, 87–92.

1766 Vgl. dazu die Angaben zum Lebenslauf Mayers: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Mitarbeiter*innen. Karl Ulrich Mayer*. https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/karl-ulrich-mayer. Zuletzt aufgerufen am 24. 3. 2022. Siehe zur Gründung des Wissenschaftskollegs zum Beispiel Joachim Nettelbeck: *Verwalten von Wissenschaft, eine Kunst*. Berlin: MPIWG 2019, bes. 25–48, 49–72.

1767 Vgl. zu dieser Thematik zum Beispiel Vanessa Osganian und Helmuth Trischler: *Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen*. Berlin: GMPG-Preprint 2022.

des Umgangs mit den sozial- und geisteswissenschaftlichen Instituten und Einrichtungen der DDR in weitem Umfang verantwortlich; dies kann an dieser Stelle nicht vertieft werden.[1768] Ebenso ist für die Zeit ab der Jahrtausendwende nur anzumerken, dass Baumert 2006 als Vizepräsident in das Präsidium der MPG gewählt wurde.[1769] Dass ein Direktor des MPIB in die höchsten Leitungspositionen der MPG einrückte, wäre für die Zeit unter Becker angesichts der Kritik am Institut nicht vorstellbar gewesen und spricht deutlich für den veränderten Status des neu positionierten Instituts. Im Widerspruch steht dazu allerdings Wiardas Bemerkung, dass »[d]ie Generalverwaltung« der MPG keineswegs begeistert davon gewesen sei, dass das MPIB die nationale Konsortialführerschaft für PISA übernahm.[1770] Das berührt zum Abschluss noch einmal die grundsätzliche Frage, an welchen Orten und zu welchen Zeiten es in der MPG als zulässig galt, etwaige politische Aspekte von Forschung zu thematisieren. Das MPIB unter Becker war mit seinem Ansatz jedenfalls in Grundzügen gescheitert und zwar sowohl mit der offensiven Ausstellung des Politikbezugs der Forschung auf der Ebene der Wissenschafts- und Erkenntnistheorie und des damit verbundenen Anspruchs auf eine wissenschaftlich ›autonome‹ Reflexion auf die Zielbezüge von Wissenschaft und Forschung als auch in seinem Verlangen nach institutionalisierten Formen der Kooperation mit der Politik. In der MPG wurde dieses Thema erneut zum Beispiel im Zuge der PISA-Studien problematisch.

1768 Zu untersuchen wären insbesondere die Aktivitäten von Instituts- und MPG-Mitgliedern im Kontext des Umgangs mit den ehemaligen Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR ab 1991. Der Wissenschaftsrat hatte im Juli 1991 beispielsweise empfohlen, übergangsweise sieben, zunächst auf drei Jahre befristete Geisteswissenschaftliche Zentren für Wissenschaftler*innen aus den nicht fortgeführten Akademie-Instituten zu gründen (deren Laufzeit wurde im Herbst 1993 bis zum 31. Dezember 1995 verlängert). Zum 1. Januar 1992 wurde daraufhin die Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorhaben mbH mit der MPG als Alleingesellschafterin und dem aus der Generalverwaltung stammenden Geschäftsführer Wieland Keinath gegründet. Die Planung übernahm eine Präsidialkommission der MPG unter Vorsitz des Vizepräsidenten Franz E. Weinert. Laut Henning und Kazemi sollte sich die Kommission ebenfalls »um die künftige Einbindung [von] Berliner ›Forschungsschwerpunkte[n]‹ in die Universitäten« bemühen. Aus den Forschungsschwerpunkten gingen dann unter anderem das heutige Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF) und das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte hervor. Das MPIWG stand dabei unter Leitung des zuvor eng mit dem MPIB-Mitarbeiter Peter Damerow (1939–2011) kooperierenden Wissenschaftshistorikers Jürgen Renn (geb. 1956). Die jeweiligen kommissarischen Leiter und Begleiter dieses Transformationsprozesses waren für das spätere ZZF der Historiker Jürgen Kocka (geb. 1941), für das MPIWG der Wissenschaftshistoriker und -philosoph Lorenz Krüger (1932–1994), später der Philosoph Hans-Peter Krüger (geb. 1954). Vgl. dazu an dieser Stelle nur Ash, *Die Max-Planck-Gesellschaft*, 2020, 97–103, 191–203; Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 647–648 und Wieland Keinath: Geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte/Zentren. Einige Anmerkungen im Rückblick. *Hochschule Ost* 5/3 (1996), 114–120.

1769 Baumert nahm das Amt bis 2008 wahr. Vgl. Henning und Kazemi, *Chronik*, 2011, 920. Wiarda geht irrtümlich davon aus, dass auch Baltes als Vizepräsident der MPG amtiert hatte. Allerdings war Baltes zwischen 1985 und 1988 Vorsitzender der GwS sowie zwischen 1994 und 1997 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates. Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 177, 245 sowie Henning und Kazemi, *Handbuch*, Bd. 1, 2016, 164.

1770 Vgl. Wiarda, *Beratung*, 2016, 177, 179, 245, Zitat 179.

5. Resümee

Die Geschichte des Instituts für Bildungsforschung in der Ära Hellmut Becker wurde in dieser Studie aus einer integrativen wissenschaftshistorischen Perspektive im Kontext der MPG erforscht. Im Mittelpunkt standen die konzeptionelle und praktische Genese der »Bildungsforschung« während der Gründungs- und ersten Arbeitsphase des Instituts zwischen 1958 und 1970 sowie die Ansätze zu ihrer nachfolgenden Transformation in Richtung auf eine empirische Sozialforschung. Zum Zeitpunkt der Emeritierung Beckers 1981 waren die wesentlichen Weichen für diese Veränderung gestellt. Übergreifend wurde diese Geschichte als Teil eines zweigleisig, in West-Berlin und ab 1970 in Starnberg am MPIL komplementär unternommenen Versuchs gelesen, in der MPG eine neue Form interdisziplinär kooperierender Sozial-/Wissenschaften zu institutionalisieren, die sich als politisch ausgerichtet, handlungsbezogen und wissenschaftstheoretisch reflektiert verstanden. Im Zentrum dieses Ansatzes sollte die Analyse der Dynamiken einer wissenschaftlich-technisch bestimmten modernen Welt-/Gesellschaft stehen, um Möglichkeiten der Anpassung und der rationalen Bewältigung der damit verbundenen, potentiell destruktiven Entwicklungen aufzuweisen. Dass und aus welchen Gründen dieser Versuch scheiterte, wurde in dieser Studie herausgearbeitet.

Wie gezeigt, konnte die Bildungsforschung in der MPG zwar vor allem unter Protektion ihres Präsidenten Adolf Butenandt bis Anfang 1970 in relativer Ruhe entfaltet werden und entwickelte besonders in der engen Kooperation des anfänglich so genannten »Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft« mit dem 1965 gegründeten Deutschen Bildungsrat erhebliche bildungspolitische Wirkmächtigkeit. So stellte zum Beispiel der 1970 vom BR veröffentlichte *Strukturplan für das Bildungswesen* ein umfassendes nationales Modernisierungs- und Reformprogramm dar, das zugleich als programmatische Ausbuchstabierung und Rahmung der Institutsforschung begriffen werden kann. Schon seit Ende der 1960er Jahre geriet das West-Berliner Institut allerdings gerade aufgrund seines politischen Engagements, das zunehmend mit der Nähe zur Studierendenbewegung und zu der seit 1969 regierenden sozial-liberalen Koalition identifiziert wurde, inner- und außerhalb der MPG unter massiven Druck. Die Aufkündigung des kooperativen Föderalismus in der Bildungspolitik, Beschwerden aus der Wirtschaft, konservative Agenturen im akademischen Bereich (BFW, FTS) und Reimar Lüsts Übernahme der Präsidentschaft in der MPG 1972 wirkten darauf hin, dass in den 1970er Jahren in der MPG und am MPIB die Weichen für die erwähnte Transformation der Bildungsforschung in Richtung auf eine re-disziplinierte, als entpolitisiert und ›objektiv‹ begriffene empirische Sozialforschung gestellt wurden. Dieser Wandel wird von der Autorin primär als Ausprägung und Ergebnis der Tendenzwende gedeutet, der »konservativen Suche nach politischen Strategien und geeigneten Themen zur Überwindung des linken oder sozialistischen ›Zeitgeistes‹« (Axel Schildt), die sich in der Bundesrepublik seit dem Schock des Machtwechsels von 1969 beschleunigt zu formieren begann.[1771] Im Frühjahr 1981 war die Wende für das MPIB mit der Emeritie-

1771 Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«, 2004, 449.

rung des Gründungsdirektors formell besiegelt, während in der MPG annähernd zeitgleich der Beschluss zur Auflösung des Starnberger Instituts fiel und Kurs auf die Gründung von dessen sozialwissenschaftlichem Nachfolger, dem empirisch orientierten Kölner MPIfG, genommen war.

Für die MPG war damit zugleich die erste Phase eines in den 1950er Jahren, im Zuge der allgemeinen Expansion der Forschungsgesellschaft begonnenen Versuchs abgeschlossen, ihr aus der Zeit der KWG tradiertes, dominant naturwissenschaftlich bestimmtes Profil in den Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften hinein zu erweitern. Wie mit dieser Studie nahegelegt, handelte es sich bei den beiden hierfür zentralen Institutsneugründungen in West-Berlin und in Starnberg allerdings weder – wie bei Ariane Leendertz angenommen – um eine primär erziehungswissenschaftliche (IfB/MPIB) noch um eine vor allem soziologisch orientierte (MPIL) Unternehmung, sondern um die Institutionalisierung des erwähnten interdisziplinären Ansatzes, der am Bildungsforschungsinstitut und am MPIL strukturähnlich und komplementär angelegt war. Die personellen Unterstützerzirkel in der MPG waren in beiden Fällen in weiten Teilen deckungsgleich. Die Nähe beider Einrichtungen wurde bereits zeitgenössisch konstatiert, wobei sich die Wahrnehmung von den Instituten teilweise überlagerte. Dies schlug sich auch in den Debatten nieder, die in den zentralen Organen der MPG um die Einrichtungen geführt wurden, insofern die Diskussionen um die Entwicklung an dem einen Institut nachfolgende Diskussionen um das jeweilige Schwesterinstitut präformierten und vice versa.

Dass besonders die politische Dimensionierung und der damit verbundene Anspruch der wissenschaftstheoretischen Selbstreflexion dieses ›Doppelansatzes‹ nicht ohne weiteres zu einer Forschungsgesellschaft passte, welche im institutionellen wissenschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik zunehmend eine implizit als ›exakte‹ Wissenschaft ausgelegte Grundlagenforschung als ihr Alleinstellungsmerkmal ausflaggte, liegt nahe. Bereits in den Diskussionen um die Gründung und um die volle Integration des West-Berliner Instituts in die MPG (1959–1963, 1970–1973) wurde die Problematik des wissenschaftstheoretisch ungeklärten Leitbegriffs der Forschungsgesellschaft latent mitgeführt. Entsprechende Hinweise, die besonders in den Einsprüchen gegen die Gründung von katholischer Seite aus und 1970 in einem Gutachten Schelskys vorgebracht wurden, in dem er der MPG mit undiplomatischer Direktheit »wissenschaftstheoretische[...] Naivität« vorwarf, blieben allerdings in den Diskussionen innerhalb der MPG merkwürdig unbeachtet. Spätestens hätten die dann ab Anfang der 1970er Jahre von Mitarbeitern des Starnberger Instituts veröffentlichten wissenschaftstheoretischen Überlegungen zur Finalisierung der Wissenschaft nicht mehr übersehen werden können, denen die Annahme der »sozialen Konstitution des Wissens« zugrunde lag. Als Konsequenz wurden wissenschaftliche Autonomieansprüche in Frage gestellt und das Konzept der Grundlagenforschung explizit als Abwehrstrategie einer »internalistisch« konzipierten Wissenschaft gegen gesellschaftliche Zielbindungen eingestuft. Eine auf ihre Finalität hin reflektierte Wissenschaft befanden die Autoren dagegen als theoretisch und sozial legitim und deuteten sie als Ausdruck avancierter

wissenschaftlicher Entwicklung.[1772] Die mit diesen Thesen unausweichlich aufgeworfenen wissenschaftstheoretischen Fragen, die eng mit dem Aspekt der wissenschaftlichen Identität und dem wissenschaftspolitischen Kurs der Forschungsgesellschaft verbunden waren, wurden aber auch in der Folgezeit nicht thematisch: weder in den zentralen Organen der MPG noch in den im Beirat des MPIB in den 1970er Jahren geführten Diskussionen, in denen die Forschung und die Organisation des Instituts unter anderem aufgrund des Politikbezugs massiv kritisiert wurde.

1981 war mit der Transformation des Ansatzes der Bildungsforschung am MPIB und mit der damals beschlossenen Schließung des Starnberger Instituts in der MPG dann nicht nur der an zwei Standorten gefahrene Forschungsansatz beendet. Auch die Form der dort auf die Agenda gesetzten wissenschaftstheoretischen Reflexion war damit de-institutionalisiert. Die in der Einleitung aufgeworfene Frage, inwieweit für die so gefasste Geschichte die Kennzeichnung als »utopische Episode« (Horst Kant/Jürgen Renn) mit nachfolgender »pragmatischer Wende« (Ariane Leendertz) trägt, wird nach der Rekapitulation der zentralen Herausforderungen und Ergebnisse der Studie abschließend aufzugreifen sein.

Zum interdisziplinären ›Doppelansatz‹ am MPIB und am MPIL

Eine der größten Schwierigkeiten der vorliegenden Arbeit war es, einen Begriff davon zu gewinnen, mit was man es bei der »Bildungsforschung« in der Ära Beckers wissenschaftlich zu tun hat; zumal es keine am Anfang stehende, theoretisch ausgefaltete Programmschrift gibt – oder eine solche bisher bekannt wäre. Vielmehr wurde das, was man unter der künftigen Institutsforschung verstand, in der groben Skizze von 1958 zunächst nur knapp umrissen, erhielt erst im Laufe des Antragsverfahrens zwischen 1959 und 1963 einen Namen und wurde in dem Institutsplan von 1961 vor allem projektbezogen je Abteilung gefasst, aber nicht für den Gesamtansatz präzisiert. Erst während der ersten Arbeitsphase des Instituts zwischen 1963 und 1970 nahm die Bildungsforschung Schritt für Schritt Gestalt an. Indem die Berliner Unternehmung von der Autorin als Gegenstück zu dem am Starnberger Institut komplementär verfolgten Ansatz gedeutet wurde, erweiterte sich die Frage nach der Einordnung der Bildungsforschung dann auf die Bestimmung dieser übergreifenden Unternehmung hin und führte damit zugleich über die pragmatischen Möglichkeiten dieser Studie hinaus.

Programmatik: Auf Basis der untersuchten Einzelaspekte und im Folgenden aus bewusst großer Flughöhe betrachtet lässt sich von der Programmatik der zweigleisigen Unternehmung dennoch ein grobes Bild gewinnen. Demnach zielte das IfB/MPIB darauf, in der Bundesrepublik eine nationale Bildungsreform wissenschaftlich vorzubereiten, die angesichts des konstatierten massiven Modernitätsrückstands des westdeutschen Bildungswesens seit den 1950er Jahren für dringend notwendig erachtet wurde. Aus Sicht der Institutsgründer galt es von seinen

1772 Vgl. Böhme et al., *Einleitung*, 1978, Zitate 8, 10.

Strukturen und Inhalten her als um Jahrzehnte veraltet, im Vergleich zu anderen Industrienationen in Ost wie West als nicht konkurrenzfähig und den Anforderungen einer Welt, die ihrem Wesen nach als wissenschaftlich-technologisch bestimmt und dynamisiert begriffen wurde, prinzipiell nicht mehr gewachsen. Strukturell wurden für die Defizite vor allem der dreigliedrige, pyramidale Aufbau des Schulsystems und unkontrollierte Auslesemechanismen verantwortlich gemacht, wobei diese Strukturen – anachronistisch formuliert – durch einen sozialdarwinistischen und misogynen Begabungsbegriff zementiert worden seien. Inhaltlich hatte man es demnach mit überholten, stoffüberlasteten Lehrplänen zu tun, welche der wissenschaftlichen Entwicklung des Wissens und den sich in exponentieller Geschwindigkeit ändernden Anforderungen von Arbeits- und Lebenswelt permanent hinterherhinkten. Über ein umfassendes Reformprogramm – das vor allem 1970 im Strukturplan des Bildungsrats konkretisiert wurde – sollten daher solche Bildungsprozesse systemisch ermöglicht werden, die auf individueller Ebene einen Umgang mit den Entwicklungen der wissenschaftlich-technologisch bestimmten Welt erlauben würden. Zugleich war es anvisiert, in dem horizontal und durchlässig angelegten System Begabungen auf Basis einer individuell differenzierten pädagogischen Förderung in der Breite zu erschließen und damit auch Chancengleichheit in der Bildung zu ermöglichen. Wiederum in heutigem Sprachgebrauch formuliert, war es übergeordnete Absicht, einerseits persönliche Freiheits- und gemeinsame Wissensräume gegen funktionale Engführungen und Fragmentierungen zu bewahren. Andererseits sollte das Bildungswesen (das weit über die Schule hinaus definiert wurde) an die Erfordernisse einer dynamisierten modernen Arbeitswelt angepasst werden, um es letztlich zu einem in sich selbst dynamisierten lernenden Gesamtsystem umzuwandeln.

Das 1967 beantragte und 1970 eröffnete Starnberger Institut, das zunächst von Carl Friedrich von Weizsäcker, ab 1971 dann zusammen mit Jürgen Habermas in einer Doppelspitze geleitet wurde, befasste sich komplementär dazu mit den Grundlagen der modernen Entwicklung und mit den dynamisierenden Faktoren selbst und widmete sich – wie es im Titel des Instituts hieß – der »Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt«. Während in West-Berlin also letztlich die ontogenetische Wirkungsebene adressiert wurde, skalierte man in Starnberg größer und versuchte den modernen Entwicklungen phylogenetisch, in welt-/gesellschaftlichem Maßstab und mit universal orientierten Modellierungen beizukommen. Konkret ging es um komplexe Themenfelder wie beispielsweise um Waffentechnologie / Rüstungsindustrie / Konflikt- und Friedensforschung, um Medizin / Bevölkerungswachstum und Ernährung, um Wissenschaftstheorie und Wissenschaftssteuerung oder um die Theoretisierung und institutionelle Ermöglichung rational basierter universaler Kommunikation.

Das Starnberger und das West-Berliner Institut waren insofern auf unterschiedlichen Ebenen ergänzend darauf gerichtet, den gefährdenden Potentialen moderner humaner Entwicklungen wissenschaftlich zu begegnen und diese im Idealfall prognostisch-dynamisch einholen und steuernd abmildern zu können beziehungsweise einen rational basierten, lernenden Umgang mit ihnen strukturell zu ermöglichen. Wissenschaftstheoretisch waren Weizsäcker und Habermas dabei zwar durchaus konträr positioniert. Während der konservativ geprägte Philosoph und Physiker von der Idee der »Einheit der Natur« und einer entsprechenden »Einheit der Wis-

senschaften« ausging, setzte der unter anderem von neomarxistischen Zugängen geprägte Philosoph und Sozialtheoretiker Habermas spätestens ab etwa 1970 an der universalen Struktur von Sprache an. Dennoch verfolgte man am MPIL ebenso wie am IfB/MPIB übergreifend einen in zumindest vier Aspekten ähnlichen wissenschaftlichen Ansatz. Dieser war erstens politisch intentional ausgerichtet, er sollte es zweitens erlauben, einer komplexen Wirklichkeit mit einem ähnlich komplexen, interdisziplinären Forschungsdesign beizukommen. Drittens setzte man voraus, dass Wissenschaft in der Lage sei, auf Basis geklärter erkenntnistheoretischer Ausgangspunkte zu einer Theoretisierung der Wirklichkeit gelangen zu können. Daher auch sollten sich derlei Modellierungen viertens unmittelbar in die Praxis hinein übersetzen können, es also ermöglichen, dort auf Basis der geleisteten wissenschaftlichen Vorarbeit ›richtige‹ beziehungsweise rational einsichtige, politisch oder professionell handlungsrelevante Entscheidungen konsensual zu treffen und entsprechende Lernprozesse zu veranlassen. Beide Institute zielten mithin insbesondere auf die Potentiale von Wissenschaft für eine rational basierte Stiftung von Einheit in einer zunehmend zersplitterten Welt-/Gesellschaft.

Offene Fragen: Die Zusammenschau des ›Doppelansatzes‹ wirft allerdings grundlegende weiterführende Fragen auf, vor allem in Bezug auf die Problematik der Bezeichnung (1.), auf die Herkunftslinien (2.) und die Einheitlichkeit (3.):

1.) *Bezeichnungsproblematik:* Auch nach dem Durchgang durch die Geschichte des IfB/MPIB ist offen, wie der dort und strukturähnlich am MPIL in Starnberg verfolgte Ansatz begrifflich zu kennzeichnen wäre. So hat sich die Autorin zwar im Titel für die Bezeichnung der Bildungsforschung als »interdisziplinäre Sozialwissenschaft« entschieden, aber schon in der Einleitung darauf hingewiesen, dass dies eine Hilfskonstruktion bleiben würde. Im Gebrauch des Attributs »interdisziplinär« folgt sie der sprachlichen Gepflogenheit am IfB und in der MPG, wo es ab etwa 1964 zur Charakterisierung des Forschungsansatzes des Berliner Instituts, später dann auch in Bezug auf den Starnberger Ansatz verwendet wurde (im Titel des MPIL entfiel das Attribut im Laufe des Antragsverfahrens). Wie der seit den 1960er Jahren international geführte Diskurs um »Interdisziplinarität« zeigt, entfaltet diese Zuordnung für den hier gesuchten Ansatz aber keine definitorische Trennschärfe; und auch die Kombination mit dem in sich wenig präzisen Terminus der »Sozialwissenschaft« bringt kaum weitere Klärung. So bleiben in dieser Bezeichnung nicht nur wesentliche Spezifika des Ansatzes unsichtbar: vor allem der politische Ausgangs- und Bezugspunkt, die Handlungsausrichtung und die Annahme einer intentionalen Theoretisierbarkeit von Wirklichkeit, womit insbesondere erkenntnis- und wissenschaftstheoretische Aspekte ausgeblendet werden. Entscheidend hinzu kommt, dass das Attribut »interdisziplinär« in Bezug auf das IfB erst seit etwa 1964 in Gebrauch kam, zeitgleich zu der Übernahme des Terminus‘ aus dem US-amerikanischen Sprachraum in die westdeutschen Diskurse um die Hochschulreformen. Da die Kooperation verschiedener Wissenschaften am IfB jedoch von Beginn an im Zentrum des projektierten Forschungsansatzes stand, besitzt die spätere terminologische Anleihe aus den USA kaum Erklärungskraft für dessen Spezifik.

2.) *Herkunftslinien:* In der Konsequenz müsste für ein besseres Verständnis des Ansatzes der ›interdisziplinären Sozialwissenschaft‹, der in Starnberg etwa auch Philosophie und Wissen-

schaftstheorie einbezog und aus dem Bereich der Naturwissenschaften zum Beispiel die theoretische Physik integrierte, zeitlich weiter zurückgegangen werden. Damit rückte für künftige Studien zum einen die Entstehungsgeschichte der Institutsplanung des IfB in der Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik vor 1958 in den Blick, zum anderen die wissenschaftliche Sozialisation der hier relevanten Personen vor 1945. Denn letztlich war der Großteil der an der Gründung des IfB und des MPIL leitend und unterstützend beteiligten Personen in der Weimarer Republik und im NS-Regime wissenschaftlich sozialisiert worden und aktiv gewesen. Das betrifft vor allem die beiden Kernteams: einerseits Becker, C. F. v. Weizäcker und Picht, andererseits Butenandt und Heisenberg, gegebenenfalls auch Heimpel. Zu berücksichtigen wäre darüber hinaus eine dritte Gruppe: Denn im Laufe der 1950er Jahre traten, vermutlich über Beckers Tätigkeit als Justiziar am Institut für Sozialforschung und in der DGS, Vertreter einer »Kritischen Theorie« der ersten (Adorno, Horkheimer) und der zweiten Generation (Habermas) in den Horizont der Gründungsplanung. Sie brachten Prägungen aus der Emigration und, im Fall von Habermas, eines jüngeren Wissenschaftlers im Kontext der sich in der Nachkriegszeit neu ordnenden westdeutschen Sozialwissenschaften ein. Obwohl die Zeit vor 1958 nicht im Fokus dieser Studie lag und allein die Biographie Beckers etwas näher verfolgt wurde, zeichnen sich drei einander teilweise überlagernde Herkunftslinien des ›Doppelansatzes‹ ab.

(*) Die erste Spur führt auf die von Hans Freyer, Arnold Gehlen und Helmut Schelsky geprägte Leipziger Schule der Soziologie und auf die »einheitswissenschaftlichen Leipziger Lehr- und Forschungstraditionen« zurück, denen Karl-Siegbert Rehberg diese soziologischen Ansätze zuordnet.[1773] Aus der skizzenhaften Rekonstruktion von Beckers Studien- und Karrierestationen vor 1945, vor allem aber aus der Auswertung der bislang einzigen bekannten Publikation Beckers aus dieser Zeit wurde zum einen die Annahme abgeleitet, dass der junge Becker intellektuell im Kontext der »Konservativen Revolution« und damit in einem deutlich stärker rechtsintellektuellen Spektrum zu verorten ist als bisher angenommen. Zum anderen konnte Beckers Nähe zum Seminar von Freyer gezeigt werden. In Leipzig hatte er nicht nur bei seinem juristischen Lehrer, dem NS-Staatsrechtler Ernst Rudolf Huber studiert, sondern er besuchte – zumindest 1937 – auch ein Seminar bei Freyer, einem der führenden NS-Soziologen, der regelmäßig Lehrveranstaltungen am juristischen Seminar anbot. Auf diese Zeit auch geht die Studienfreundschaft mit Schelsky zurück, von der dieser später berichtete. Die Quellenlage ist dabei zwar dünn. Dennoch widersprechen diese Funde klar den gängigen Darstellungen Beckers und können nicht ignoriert werden. Damit wäre einerseits auf eine mögliche ideelle Abkunft zumindest der Bildungsforschung in der Leipziger Soziologie verwiesen, andererseits auf zeitlich weiter zurückreichende und über Leipzig hinausgehende, sogenannte einheitswissenschaftliche Traditionen. An der sächsischen Universität sind diese besonders auf Wilhelm Wundt, Karl Lamprecht und Hans Driesch zurückzuführen.[1774] Dabei käme dem Philosophen und Biologen Driesch angesichts von dessen freundschaftlichen Verbindungen zu Viktor von

---

1773 Rehberg, *Hans Freyer*, 2003, 73.

1774 Rehberg, *Hans Freyer*, 2003, 73. Vgl. zur »Leipziger Denktradition« auch Üner, *Soziologie*, 1992, bes. 22–25, 153–157, Zitat 22.

Weizsäcker, dem Onkel C. F. von Weizsäckers und Georg Pichts, für die hier gesuchten Traditionslinien möglicherweise eine Schlüsselrolle zu. Allerdings besteht noch Unklarheit über die jeweiligen Formen und Inhalte sowie über die möglichen gemeinsamen Elemente der hier in Betracht kommenden einheitswissenschaftlichen Ansätze, die sich damals auf unterschiedliche Weise auf die »Suche nach Ganzheit« (Anne Harrington)[1775] ausgerichtet hatten. Bei dem Hinweis auf die Soziologen Freyer, Gehlen und Schelsky ist wiederum zu berücksichtigen, dass damit jeweils kein statisches Denken adressiert ist. Alle drei arbeiteten auch nach 1945 weiter, im Falle Gehlens und Schelskys mit Wirkungen weit über das konservative Spektrum der Bonner Republik hinaus. Allein Freyer, ehemals als »Führer« an der Spitze der DGS stehend,[1776] war nach 1945 zumindest öffentlich bis in die 1980er Jahre hinein tabuisiert – was immerhin erklären würde, warum in den frühen Planungen des IfB explizite Bezüge in diese Richtung fehlten.

(*) Eine zweite Herkunftslinie, die mit der ersten deutlich überlappt, ist mit der von Weizäcker verfolgten Idee der »Einheit der Wissenschaften« zu bezeichnen, die er auf die Annahme einer »Einheit der Natur« zurückführte. In der Bundesrepublik stellte diese Leitidee den Dreh- und Angelpunkt seiner Arbeit und seines Selbstverständnisses als eines politisch engagierten Wissenschaftlers dar und lieferte expressis verbis den Begründungsrahmen für das 1967 beantragte und 1970 eröffnete Starnberger Institut. Da auch Weizsäcker in Leipzig bei seinem akademischen Lehrer Heisenberg seinen Studienabschluss absolviert und dort zwischen 1933 und 1936 seine wissenschaftliche Karriere fortgesetzt hatte, ist es naheliegend, dass sich diese Leitidee ebenfalls aus den ›Leipziger Traditionen‹ speiste. Auch hier wäre wiederum besonders an die durch die romantische Naturphilosophie inspirierte Organismus-Lehre des Neovitalisten Driesch zu denken, der im Übrigen auch Lehrer Gehlens und Helmuth Plessners war. Auf jeden Fall aber ist mit dem hier nun expliziten Bezug auf die »Einheit der Wissenschaften« in Weizsäckers Starnberger Ansatz eine Verbindung zum Krisendiskurs um den Verlust einer solchen Einheit hergestellt, der besonders im deutschen Sprachraum seit Anfang des 19. Jahrhundert weit über Leipzig hinaus geführt wurde. Er gewann um 1900 (besonders durch Impulse von Driesch) neue Kraft, begann sich mit kulturkritischen Motiven zu überlagern und verband sich in Deutschland nach 1933 zum Teil auf das Engste mit Politik und Weltanschauung des Nationalsozialismus. Wie angedacht, mag dabei für Weizsäcker – möglicherweise auch für Becker und Picht – zudem der Einfluss Viktor von Weizsäckers instruktiv gewesen sein, der seinen Ansatz einer ganzheitlichen Medizin zunächst mit hoher moralischer Autorität über 1945 hinaus transportieren konnte. Forschungen über diese Verbindungen und Prägungen stehen noch aus.

So viel aber lässt sich bereits festhalten: Nach 1945 verband sich die einheitswissenschaftlich gerichtete Notion im Fall C. F. von Weizsäckers direkt mit der Entstehungsgeschichte auch des Berliner Instituts. So unterstützte er die Einheitsidee in der Nachkriegszeit etwa als Mitheraus-

---

1775 Vgl. Harrington, *Die Suche nach Ganzheit*, 2002.

1776 Vgl. Klingemann, *Soziologie im Dritten Reich*, 1996, 22–27.

geber des Periodikums *Studium Generale. Zeitschrift für die Einheit der Wissenschaften im Zusammenhang ihrer Begriffsbildungen und Forschungsmethode* und setzte sich in engster Kooperation mit Becker und Picht hochschulpolitisch für Strukturen ein, welche die Vorstellung einer »Einheit der Wissenschaften« auf der Ebene des Curriculums beziehungsweise in universitären Kollegien verankern sollten (Studium generale). Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Engagement, das mit der Unterstützung der von Picht ab 1946 geleiteten Schule Birklehof begonnen hatte, in der Folge zu einem offen kultur- respektive bildungspolitisch dimensionierten Reformanliegen des Trios verdichtete und in die Beantragung des IfB mündete. Insofern die Erforschung dieser Zusammenhänge noch aussteht, bleibt zugleich ein weiterer, vermutlich zentraler Bezugspunkt noch ungeklärt: Nämlich die Bedeutung, welche die Zugehörigkeit aller drei Männer zum reformpädagogischen Milieu der Landerziehungsheimbewegung für die Institutsgründung und damit für die vom IfB seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahren mitvorbereiteten Ansätze der Bildungsreformen hatte. Dass sich auch Carlo Schmid am Birklehof engagiert und dort zudem Kinder der Familien Butenandt und Heimpel zur Schule gingen, sei nur angemerkt. Aus der bisherigen skizzenhaften Rekonstruktion der Vorgeschichte der Gründung des IfB jedenfalls lässt sich die Hypothese entwickeln, dass der Einsatz Pichts, Beckers und Weizsäckers für den Birklehof und ein Studium generale, später für den Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen und dessen Nachfolger, den Deutschen Bildungsrat, eine sich zwar programmatisch teilweise verschiebende, aber gleichwohl – besonders über die Tätigkeit Beckers – relativ ungebrochene Entwicklungslinie konstituierte.[1777]

(*) Eine dritte Herkunftslinie aus dem »synthetischen Programm« (Karl-Otto Apel)[1778] der »Kritischen Theorie« wurde mit dem Hinweis auf Beckers Beziehungen zu den ›Frankfurtern‹ seit Anfang der 1950er Jahre schon angedeutet. Die Rolle, die Adorno, Horkheimer und besonders Habermas für die Institutsgründung spielten, ist allerdings im Einzelnen noch ebenso ungeklärt wie die Frage, inwieweit und ab wann Becker im Zuge dieser Begegnungen ›konvertierte‹ und was dies für die Institutskonzeption bedeutete. Sicher ist, dass Adorno eines der Gutachten während des Antragsverfahrens erstellte, Horkheimer Mitglied des ersten Beirats war und besonders Habermas nicht nur an der Abfassung des Institutsplans von 1961 beteiligt war, sondern vor und nach der Gründung des IfB als Berater in theoretischen Belangen und ab 1971 als Mitglied des zweiten Beirats die Entwicklung des Instituts beständig begleitete. Kritische Ansätze gewannen dann beispielsweise auch über die Tätigkeit Ulrich Oevermanns, dem ehemaligen Assistenten von Habermas, erheblichen Einfluss in der West-Berliner Institutsforschung.

1777 Abzugleichen wäre diese Hypothese insbesondere mit einer übergreifenden Annahme von Heinz-Elmar Tenorth. Er sieht den »Ursprung« der »Reformen der öffentlichen Erziehung, so weit sie nach 1945 diskutiert und realisiert wurden, [...] in den Westzonen und in der Bundesrepublik [...] eher in parteipolitischen und gewerkschaftlichen Kontexten, [...] auch in den Impulsen, die Beratungsgremien wie der Deutsche Ausschuss oder der Bildungsrat setzten, aber nicht so sehr in einer umfassenden Renaissance der ›Reformpädagogischen Bewegung‹ und ihrer pädagogischen Modelle und Ambitionen«. Vgl. Tenorth, *Erziehungswissenschaft*, 2013, 322.

1778 Apel, *Wissenschaft als Emanzipation?*, 1988, 137.

3.) *Einheitlichkeit:* Angesichts der hier aufgemachten Referenzen des ›Doppelansatzes‹, die sowohl in konservative intellektuelle Traditionslinien als auch in das linksliberale und linke Milieu der ersten und zweiten Generation einer »Kritischen Theorie« reichen, stellt sich weiterführend unweigerlich die Frage nach den theoretischen Brückenelementen zwischen diesen Ansätzen. Damit ist zudem erneut die Frage nach dem passenden Begriff für die hier unterstellte gemeinsame Unternehmung berührt. Denn dass etwa in Berlin so unterschiedlich geprägte und im NS-Regime gegensätzlich verortete Männer wie Becker und Edding mit Robinsohn, Goldschmidt und Edelstein kooperierten, während in Starnberg Weizäcker ab 1971 zusammen mit Habermas an der Entwicklung eines neuen Instituts arbeitete, scheint zu bestätigen, dass all diese Personen eine zumindest partiell geteilte Diagnostik moderner Entwicklungen und eine ähnliche politische Problemwahrnehmung sowie ein kompatibles Verständnis von Wissenschaft und deren Rolle in modernen Gesellschaften zusammenführte. Ein zusätzlicher Anreiz für den systematischen Vergleich der Ansätze und Herkunftslinien liegt darin, dass damit die üblichen politischen Zuordnungskategorien im bundesdeutschen Wissenschaftsbereich erwartbar in Frage gestellt würden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Hörerschaft Freyers vor 1933, die sowohl Personen aus dem damaligen Frankfurter Zirkel um das frühe IfS als auch Mitglieder des sozialistischen Leuchtenburgkreises umfasste. Angesichts der nach 1945 in Berlin und Starnberg im Rahmen der MPG zusammenkommenden ›gemischten‹ Konstellationen erhält mithin auch die Rede von der intellektuellen Gründung der Bundesrepublik durch Vertreter der »Kritischen Theorie« seit Ende der 1950er Jahre Risse.[1779] Nur angedeutet sei die Überlegung, dass intellektuelle Lager und Konjunkturen in der Bonner Republik daher möglicherweise eher entlang der Frage zu unterscheiden wären, inwieweit die hier relevanten Personen jeweils bereit waren, universal orientierten Positionen den Vorzug vor partikularisierenden, differenzierenden und daher tendenziell fragmentierend wirkenden Ansätzen zu geben.

Genese I: Die unwahrscheinliche Gründung

Hindernisse: Auch wenn es einen Masterplan für die Einrichtung zweier komplementär agierender Institute in der MPG vermutlich nicht gegeben hat, sondern eher anzunehmen ist, dass es vor allem Becker, Weizsäcker und Picht meisterhaft verstanden, entlang einer verdeckt bleibenden Zielachse die sich bietenden Gelegenheiten realpolitisch zu nutzen und Möglichkeitsfenster aktiv auszuweiten, so war mit der Aufnahme des IfB in die MPG doch realiter der erste Schritt zur Realisierung des ›Doppelansatzes‹ getan. Zu den offenen Fragen der Geschichte des IfB/MPiB gehörte es dabei bislang, wie diese Gründung in der MPG überhaupt gelingen konnte. Denn dem Selbstverständnis der Trägergesellschaft nach hätte sie aufgrund des fast gänzlich fehlenden akademischen Profils des prospektiven Institutsleiters eigentlich ausgeschlossen sein müssen. Die im organisationalen Leitprinzip der MPG aus Zeiten der KWG tradierte For-

1779 Vgl. Albrecht, Behrmann, Bock, Homann und Tenbruck, *Gründung*, 1999.

derung, welche die Gründung neuer Institute um die Persönlichkeit eines Spitzenwissenschaftlers herum verlangte (Harnack-Prinzip), war mit Becker markant verfehlt.

Bei der Befassung mit der Gründungsgeschichte wurden weitere gravierende Hindernisse sichtbar. So versprach das Institut zwar seit den frühen Planungen von 1958 einen national wie international neuen Forschungsansatz und innovativen »Arbeitsstil« und passte damit zum forschungspolitischen Anspruch und Profil der MPG. Zugleich war seine Ausrichtung auf bildungspolitische Ziele und Anwendungsforschung für die MPG riskant, da sie sich in der westdeutschen Forschungslandschaft als Gesellschaft der Grundlagenforschung zu profilieren begonnen hatte und dieses Kennzeichen zunehmend ihre Position legitimierte. Substantielle Bedenken bestanden zudem auf Seiten der im Senat der MPG repräsentierten Kultusminister, deren Zustimmung für die Gründung unabdingbar war. Nicht ohne Grund fürchteten sie eine wissenschaftlich verbrämte, verdeckte Einflussnahme der MPG auf ihren ureigensten Hoheitsbereich der Kulturpolitik. Mit Skepsis sahen sie zudem die mit dem IfB-Projekt unternommene Ausdehnung der MPG über das tradierte Profil der KWG und das Gebiet der Naturwissenschaften hinaus. Derlei neue Institute würden nicht nur von den Ländern (und dem Bund) mitzufinanzieren sein, sondern drohten, den Universitäten zugedachte Mittel auf sich ziehen und die Hochschulen personell auszubluten. Die Anwendung des satzungsgemäßen Rechts der MPG zur autonomen Bestimmung ihrer Forschungspolitik auf den Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften besaß daher durchaus das Potential, das im Königsteiner Staatsabkommen von 1949 finanziell wie forschungspolitisch etablierte relative Gleichgewicht zu stören. Schließlich bestanden länderspezifische Interessen, die der Gründung entgegenstanden, besonders von Seiten Hessens, wo in Frankfurt die HIPF, die zu dieser Zeit einzige westdeutsche Konkurrenzeinrichtung des geplanten Instituts, ihren Sitz hatte.

Zusammengenommen wird eine komplexe Gemengelage von vielfältigen wissenschaftlichen wie politischen Motiven und Interessen sichtbar, die eine Institutsgründung in der MPG unwahrscheinlich machten und über den wissenschaftlich begründeten Einspruch gegenüber Becker weit hinausreichten. Allerdings ist in Erinnerung zu halten, dass Entscheidungen zur forschungspolitischen Entwicklung der MPG prinzipiell nicht auf wissenschaftliche Erwägungen begrenzt waren. Denn der Blick auf die Zusammensetzung ihres zentralen Lenkungs- und ihres wichtigsten Beschlussorgans, also auf Verwaltungsrat und Senat, hat gezeigt, dass dort durchgängig wissenschaftsexterne Führungspersonen versammelt waren, vor allem aus der Wirtschaft und – qua Satzung – aus Bund- und Länderpolitik, aber auch zum Beispiel aus dem Medienbereich.

Lösungen: Überwunden wurden die Hindernisse dann nicht nur durch die hervorragende Ausstattung mit sozialem und kulturellem Kapital der Institutsunterstützer, durch ihre Persistenz in dem gut fünfjährigen Verfahren und die geschickte Orchestrierung der Antragstellung durch Becker und sein Team, zu dem zum Beispiel Alexander Kluge und Wolfgang Edelstein gehörten. Festzustellen ist letztlich ein komplexes Bündel wissenschaftlich und politisch für die Institutsgründung sprechender Faktoren, die durch Motive von Seiten der Wirtschaft erheblich verstärkt wurden.

Von grundsätzlicher Bedeutung war es, dass die Institutsgründung in der MPG vom Präsidenten und vom Verwaltungsrat sowie von einem Kreis kapitalstarker, vernetzt agierender Wissenschaftler wie Weizsäcker, Heimpel, Dölle oder auch dem Rechtswissenschaftler und Politiker Schmid unterstützt wurde. Jenseits der damit mobilisierten Geltungsmacht, die auf Anliegen und Argumente ausstrahlte, konnte das in diesem Zirkel akkumulierte intime Wissen um die Regularien der MPG für einen günstigen Ablauf des Verfahrens genutzt werden, auch wenn teilweise unternommene Regelüberschreitungen nicht zum Ziel führten und der Prozess formell durch die Satzung der MPG gebunden blieb. Kaum zu überschätzen ist für den Erfolg des Verfahrens das Engagement des in der MPG unangefochtenen Präsidenten. Butenandt protegierte die Gründung – wie später auch die Arbeit des Instituts sowie die Konstituierung der Starnberger Einrichtung – gegen alle Widerstände und legte in den MPG-internen Diskussionen mehrfach in kritischen Situationen die Autorität seines Amtes für das Institut in die Waagschale. Eine Studie zu seinen Motiven und zu seiner Rolle auf der Hinterbühne[1780] des Gründungsprozesses gehört zu den Forschungsdesiderata einer Geschichte des Bildungsforschungsinstituts, eine wissenschaftliche Biographie Butenandts wäre Desiderat einer Wissenschaftsgeschichte der frühen Bonner Republik. Sicher ist, dass Butenandt der deutschen Reformpädagogik in der Ausprägung der Landerziehungsheimbewegung und besonders der Schule Birklehof nahestand und er sich seit 1953 als Mitglied des DA für eine grundlegende Reform des Bildungswesens einsetzte. Das geplante Institut dockte aber auch passgenau an die erwähnten Expansionsinteressen der MPG im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften an und es versprach perspektivisch zur Sicherung des Nachwuchses für den Bereich der Wissenschaft beizutragen.

Von höchster Relevanz war zudem die Unterstützung der Institutsidee durch die Wirtschaftsvertreter im Verwaltungsrat. Sowohl in diesem Lenkungsgremium als auch im Senat waren Spitzen der westdeutschen Industrie- und Finanzwirtschaft bald nach Gründung der MPG überproportional vertreten, ähnlich wie zu Zeiten der KWG. Voten von dieser Seite kam erhebliches Gewicht zu. Besonders Carl Wurster, seit den 1940er Jahren einer der Top-Manager der BASF, setzte sich bereits 1958 für die Bildung eines informellen Kreises innerhalb der MPG ein, der das Projekt der Institutsgründung strategisch vorbereiten sollte und warb für Becker *ad personam*. Dieser dürfte seinerseits seit der 1945 in der französischen Zone begonnenen Tätigkeit als Anwalt und Strafverteidiger für deutsche Unternehmen und deren Leitungspersonal kein Unbekannter gewesen sein. Kulturpolitisch profilierte sich Becker in diesen Zirkeln aber vor allem ab 1957 durch den von ihm mit aus der Taufe gehobenen und moderierten Ettlinger Kreis. Die Runde namhafter, bildungspolitisch interessierter Unternehmer nahm angesichts der von

1780 Der Begriff der »Hinterbühne« lehnt sich grob an Erving Goffmans soziologische Beobachtungen und Analysen alltäglichen sozialen Verhaltens an. Individuen (wie Gruppen) attestiert er ein Agieren auf der Vorderbühne (*front stage*) und auf der Hinterbühne (*back stage*), wobei es ihm um das situativ bestimmte Spiel mit gegenseitigen Rollenerwartungen und um die Techniken der Aufrechterhaltung stabiler Selbst-/Bilder und Situationsdefinitionen geht. Auf das Geschehen in Organisationen ist dies nur bedingt aber doch insofern übertragbar, als dass auch in diesen sozialen Gefügen von den Mitgliedern alltäglich und wechselnd diverse Bühnen bespielt und dabei organisationale Strukturen letztlich interaktiv aufrechterhalten werden, wobei etwa die Vorbereitung von Aufführungen beziehungsweise Performances jeweils nur bestimmten Personenkreisen einsehbar gemacht wird. Vgl. Erving Goffman: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. München: Piper [1959] 1971, bes. 99–128.

ihnen konstatierten Untätigkeit der politischen Seite das Heft der Handlung in die Hand. Mit den in regelmäßigen Abständen verabschiedeten Resolutionen zur Bildungspolitik brachten sie Bewegung in diesen Bereich, wobei die Texte von Becker mit vorbereitet und zum Teil durch den Chefredakteur von *Christ und Welt* beraten wurden. Als Becker und sein Mitarbeiter-Team sich dann um die Jahreswende 1960/1961 an die Ausarbeitung der Institutsplanung machten, wurde dies vermittelt über die MPG vom Stifterverband großzügig finanziert. Im Hinblick auf die Wirtschaftsvertreter in der MPG stehen Untersuchungen zwar noch gänzlich aus. So fehlen etwa Kenntnisse über die Regulierung des Zugangs zur MPG oder über die Beziehungsnetze dieser Wirtschaftsführer und es ist offen, inwiefern sie ihr Verhalten in der MPG mit dem Spitzenpersonal ihrer jeweiligen Verbände und Handlungsfelder abstimmten, inwiefern und für wen ihr Agieren in der MPG also repräsentativ war. Die Motive für die Unterstützung der Institutsgründung liegen jedoch angesichts einer seit Anfang der 1950er Jahre im Modus der Hochkonjunktur heiß laufenden Wirtschaft auf der Hand: Es herrschte Sorge um den Nachschub an qualifizierten und in ausreichender Zahl vorhandenen Arbeitskräften. Diese Nachfrage wurde mit dem Mauerbau im August 1961 – mitten im laufenden Antragsverfahren – noch einmal massiv erhöht, als die Zuwanderung aus der DDR abrupt gestoppt wurde und die zeitgenössische Forderung nach besserer Ausschöpfung der »Begabungsreserven« weiteren Nachdruck erhielt. Die Institutsplaner kamen diesen Erwartungen mit dem in Aussicht gestellten wissenschaftlichen Anschub für die Modernisierung des Bildungswesens entgegen. Taktisch klug wurde zudem während des Antragsverfahrens seitens der Unterstützer des Vorhabens die Bedeutung der Bildungsökonomie im Forschungsansatz des Instituts zunehmend in den Vordergrund gerückt. Nach der Gründung sollte diese von Saul B. Robinsohn damals so genannte ›Hebelfunktion‹ der Bildungsökonomie dann allerdings bald ausgedient haben und man war bestrebt, sie stärker in den interdisziplinären Ansatz einzubinden.

In die Hände der Institutsbefürworter spielte zudem, dass die Notwendigkeit grundlegender Bildungsreformen von keiner Seite und an keiner Stelle der Diskussionen in der MPG bezweifelt wurde. Dabei wuchs die Überzeugung, dass die Politik auf die Sozialwissenschaften und das von diesen gelieferte Planungs- und Handlungswissen unabdingbar angewiesen sein würde, im Laufe des Antragsverfahrens parallel zum Anstieg des öffentlichen Drucks auf die Politik, auf diesem Gebiet endlich auf nationaler Ebene tätig zu werden und mittels der Erhöhung der Bildungsausgaben international nachzuziehen. Die Rede vom »Sputnik-Schock« sei in diesem Zusammenhang nur als Marker des global wirkenden ›Zeitgeistes‹ erwähnt, durch den die Wahrnehmung des Bildungssektors in seiner Bedeutung für nationale Prosperität und internationale Konkurrenzfähigkeit seit dem letzten Drittel der 1950er Jahre in bis dahin nicht gekannte Umlaufbahnen der Aufmerksamkeit katapultiert wurde. Diesen Dynamiken schien in der Bundesrepublik mit der von Adenauer geführten Regierung, die im Bundestagswahlkampf 1957 noch mit dem Slogan »Keine Experimente« geworben hatte, eine seltsam starre Politik gegenüberzustehen, welche die Zeichen der Zeit nicht erkannte. Das Institut nahm mit seinen Zielsetzungen diese Bedarfe auf und lag damit voll im Trend.

Ein wesentliches weiteres Merkmal des Gründungsprozesses war es allerdings auch, dass die Anwälte der Institutsidee selbst aktiv und an vorderster Front dazu beitrugen, diesen Trend zu

verstärken, den Druck auf die Politik also zu erhöhen und die konstatierte Reformuntätigkeit sowie den Unwillen zu nationaler Kooperation allmählich auf die Ebene eines Skandalons zu heben. Beispiele dafür sind die Resolutionen des Ettlinger Kreises und vor allem mediale Ereignisse wie das im November 1961 verbreitete Tübinger Memorandum oder, als kaum überbietbarer Höhepunkt, die von Picht inszenierte epochemachende Ausrufung einer deutschen „Bildungskatastrophe" Anfang 1964 in *Christ und Welt*. Damals war das Institut zwar schon gegründet, die Einrichtung des nationalen Bildungsrats, für dessen Unterstützung das IfB einen Großteil seiner Ressourcen einsetzen sollte, aber noch nicht beschlossen. Wie souverän die unterschiedlichen Handlungsfelder von den Institutsverfechtern miteinander verbunden und medial zur Wirkung gebracht wurden, zeigt exemplarisch die Karriere der von Friedrich Edding seit Mitte der 1950er Jahre entwickelten neuen Denkfigur der »Bildungsinvestitionen«[1781]. So gewannen die genannten Veröffentlichungen, etwa von Picht, ihre Legitimation besonders durch dieses bildungsökomische Denkmuster, popularisierten es ihrerseits weiter, während wiederum der Ettlinger Kreis bei Edding jene vergleichende Studie zum bundesdeutschen Bildungswesen angestoßen hatte, auf der dann Pichts Alarmruf hauptsächlich basierte (neben Daten der OECD und der KMK).[1782]

Dabei dürfte den Institutsbefürwortern bewusst gewesen sein, dass die Argumente für die Gründung des Bildungsforschungsinstituts gerade auf politischer Seite spiegelbildlich zum Anwachsen der Kritik an Überzeugungskraft gewinnen mussten. Denn mit dem Institut wurde nicht nur versprochen, das von der Politik benötigte Planungs- und Handlungswissen für die Modernisierung des Bildungswesens in großem Maßstab zur Verfügung zu stellen. Behauptet wurde zudem, dass von den Ergebnissen der anvisierten interdisziplinären Sozialwissenschaft eine vereinheitlichend wirkende rationale Kraft ausgehen würde – von heute aus betrachtet nicht unähnlich dem während der Weimarer Republik vom Preußischen Kultusminister, Beckers Vater, unternommenen Versuch, über eine fachlich breit gefasste »Soziologie« die politischen Gräben einer fragmentierten Gesellschaft zu überwinden. Diesmal wurden von der ersten Institutsskizze an allerdings institutionelle Ergänzungen vorgesehen, also intermediäre Organisationen zwischen Wissenschaft und Politik, wie sie mit dem WR bereits etabliert und mit dem 1965 von Ländern und Bund eingesetzten Bildungsrat für das übrige Bildungswesen verwirklicht werden sollten.

1781 Aufwendungen für Bildung wurden demnach nicht mehr als konsumtive Ausgabe und mithin als Stillstellung des eingesetzten Kapitals betrachtet, sondern als Investition. Als Anlage in »Humankapital« stellte dessen Arbeit künftige volkswirtschaftliche Erträge in Aussicht, welche – so die Erwartung – die Höhe der Investitionen übersteigen würden. Edding operierte mit dieser Denkfigur seit Mitte der 1950er Jahre und entwickelte sie auch im Kontext der OEEC/OECD weiter. Als Experte im Ettlinger Kreis geladen, war er seit Ende des Jahrzehnts in die Planungen für das Bildungsforschungsinstitut eingebunden und startete am IfB Anfang 1964 als einer seiner Direktoren.

1782 Vgl. Carnap und Edding, *Der relative Schulbesuch*, 1966.

Angemerkt sei, dass sich das so profilierte Gründungsprojekt parteipolitisch betrachtet am ehesten in der Nähe zur SPD befand,[1783] auch wenn man mit diesen Referenzen in der MPG nur bedingt Furore machen konnte. Der MPG-Senator Carlo Schmid jedenfalls, der dort aufgrund seiner Verdienste um die Nachkriegsgründung der Forschungsgesellschaft Ansehen genoss, war einer der Bildungsexperten der Partei und wurde vom Kernteam der Institutsplaner früh für die Unterstützung der Einrichtung gewonnen. Er gehörte, zusammen mit Weizsäcker und Heimpel, 1959 zu den drei Unterzeichnern des Gründungsantrags und blieb dem IfB/MPIB bis 1976 als Beiratsmitglied verbunden. Vor allem aber lag die Ausrichtung des Instituts nah am bildungspolitischen Programm der SPD, die ab 1966 immerhin für annähernd sechzehn Jahre eine der Regierungsparteien in Bonn stellen würde, ab 1969 in der Führungsposition. Von der SPD waren schon seit Mitte der 1950er Jahre Impulse sowohl für eine wissenschaftsbasierte und politisch geplante nationale Bildungsreform als auch für eine föderal kooperative Politik im nationalen Gesamtinteresse ausgegangen. Seit etwa 1958 verfolgte die Partei auf Bundesebene einen »›Gemeinsamkeits‹-Kurs«[1784] zwischen Regierung und Opposition, baute die Bildungspolitik und -planung nachfolgend zu einem ihrer wichtigsten Programmpunkte aus und setzte dabei auf eine nationale und sozialwissenschaftlich gestützte Bildungsreform, wobei explizit eine disziplinübergreifende Forschung für sinnvoll erachtet wurde. Ab Sommer 1964 war die Etablierung eines nationalen Bildungsrats und die Förderung des IfB (und des DIPF) in die offizielle Parteilinie aufgenommen.

So viele Aspekte auch für die Einrichtung des Bildungsforschungsinstituts sprachen und wie geachtet seine Unterstützer innerhalb der MPG sein mochten: Die Bedenken gegenüber Becker und der politischen Orientierung der geplanten Institutsforschung waren damit in der Forschungsgesellschaft nicht ausgeräumt. Kurios war es allerdings, dass beide Punkte in den Diskussionen in der MPG den überlieferten Protokollen nach höchst beiläufig adressiert wurden und letztlich nur im Umkehrschluss, anhand der Argumentationslinien der Befürworter, deutlich wird, dass hier zwei für das Gründungsprojekt gefährliche Untiefen vorhanden waren. Im Fall der politischen Ausrichtung des Instituts wollte man es möglicherweise schlicht vermeiden, eine für die damalige MPG kaum gewinnbringende Grundsatzdiskussion vom Zaun zu brechen. Denn der Begriff der »Grundlagenforschung« war letztlich ungeklärt und die Verpflichtung der MPG auf diesen unscharfen Forschungstypus zum Zeitpunkt ihrer Gründung auf Druck vor allem der US-amerikanischen Besatzungsmacht eher nolens volens geschehen. Ende der 1950er Jahre dürfte die Erinnerung an die KWG, die zuletzt im NS-System als ein prominenter Teil eines eng verflochtenen »politisch-wirtschaftlich-militärisch-wissenschaftlichen Komplexes« (Rüdiger Hachtmann)[1785] fungiert hatte, durchaus noch präsent gewesen sein. Das

---

1783 Die Beziehungen des Bildungsforschungsinstituts zur FDP, besonders zu deren renommierter Bildungsexpertin Hildegard Hamm-Brücher, sind noch nicht untersucht. Hier kann von der anstehenden Biographie Hamm-Brüchers, die derzeit bei Petra Weber am IfZ in München in Arbeit ist, Klärung erhofft werden.

1784 Zitiert nach Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, 1982, 497.

1785 Hachtmann, *Wissenschaftsgeschichte*, 2008, 602. Hachtmann bezieht sich mit der Feststellung eines solchen Komplexes auf die Lagerung der Wissenschaften im NS-Regime insgesamt, nicht nur auf die KWG. Er macht damit auf die Notwendigkeit aufmerksam, Herrschaft und Wissenschaft als ineinander verschränkt zu begreifen und zu erforschen.

gilt, obwohl der Zugang zu dieser Erinnerung durch die nach 1945 zügig erfolgte vergangenheitspolitische Umdeutung in eine gegenteilige Narration gewissermaßen diskursiv versperrt wurde.[1786] Zumindest aber gab es in den 1950er Jahren noch weitere Institute der MPG, besonders im Bereich der Agrarforschung oder der Rechtswissenschaft, die auf praktische und durchaus politische Belange hin orientiert waren. Von daher ließ man diesen Aspekt in der Diskussion um die Gründung des Bildungsforschungsinstituts gegebenenfalls besser passieren. Das bei Weitem größte Hindernis dürfte aus Sicht vieler MPG-Mitglieder ohnehin die Berufung Beckers gewesen sein, die von der Frage der Institutseinrichtung zum Leidwesen der Kritiker nicht getrennt werden konnte. Denn Weizsäcker hatte gleich zu Beginn des Antragsverfahrens ein Junktim von Institutsgründung und -leitung formuliert. Die biographische Befassung mit Becker hat gezeigt, dass er sein fehlendes wissenschaftliches Profil zumindest teilweise durch seine ›Persönlichkeit‹ hatte ausgleichen können – jedenfalls sofern man unter ›Persönlichkeit‹ neben den Aspekten von Geschlecht, Fähigkeiten und Wirkungswillen das habituelle Produkt einer überaus reichen Kapitalausstattung durch eine elitäre Herkunft aus einer seit Generationen führungs- und machtgewohnten großbürgerlichen Spitzengruppe begreift. Dass es dabei auch auf die ›richtige‹ Abkunft, also die Passung zur MPG und den ›Stallgeruch‹ ankam, ist vorauszusetzen, traf im Fall Beckers aber ebenso ohne weiteres zu. Sein Vater zum Beispiel hatte bereits als Preußischer Kultusminister die Entwicklung der KWG (wenngleich nicht unkritisch) begleitet, dort ab 1930 einflussreiche Positionen bekleidet und in dessen Steglitzer Haus war die Wissenschaftsszene der Reichshauptstadt ein- und ausgegangen. Als Becker der Verwaltungsleitung der MPG im Sommer 1958 die erste Institutsskizze informell zusandte – adressiert an einen loyalen ehemaligen ministeriellen Mitarbeiter seines Vaters –, war Becker aber darüber hinaus in mehreren »Beziehungsnetzen« (Bourdieu) verankert, die ganz unterschiedliche, für die Institutsgründung in der MPG relevante soziale Währungen bereithielten und personell vielfach in die MPG hinein überlappten. Zudem hatte sich der kommunikationsbegabte Anwalt eine eindrucksvolle Position im kulturpolitischen Feld der Bundesrepublik erarbeitet und galt dort inzwischen als einer der einflussreichsten Experten, besonders im Privatschulwesen und in der Erwachsenenbildung. Wenn es also schon kein ausgewiesener Wissenschaftler war, so schien Becker doch ›der Mann‹, der – versehen mit der väterlichen Gloriole des Kultusministers und homologen Erkennungsmerkmalen des MPG-Milieus – in seiner Qualität als hervorragend vernetzter ›Kulturpolitiker‹, Organisator, öffentlich geschmeidig auftretender Wortführer und auch von seinem weltanschaulichen wie vergangenheitspolitischen Profil her geeignet schien, das neue wissenschaftliche Unternehmen zum Erfolg zu führen. Den Ausschlag dürfte dann der zuerst von Butenandt eingebrachte Verfahrensvorschlag gegeben haben, das Institut zunächst nur als ein betreutes »Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft« zu gründen und erst später über dessen volle Aufnahme zu entscheiden. Dies machte die Unternehmung offenbar, trotz der Causa Becker, auch für die Skeptiker in der MPG annehmbar.

1786 Seitens der MPG wurde schon die in der KWG betriebene Forschung dem Typ der Grundlagenforschung zugeordnet. Auf diesem Weg konnte die Arbeit der Institute der KWG als apolitische Tätigkeit ›reiner‹ Forschung verstanden und in Gegensatz zum politischen, vorgeblich ›ideologisch‹ getriebenen und daher vermeintlich wissenschaftsfeindlichen NS-Regime begriffen werden. Vgl. vor allem Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*, Bd. 2, 2007, 1159–1168.

Auf die Gründe, welche schließlich auch die Bedenken der Kultusminister abmilderten, wurde bereits mit dem Hinweis auf die bildungspolitische Lage, den steigenden Reformdruck und die Nachfrage nach den Leistungen des Instituts eingegangen. Jenseits dessen versuchten die Unterstützer, etwa im Institutsplan von 1961, den Vorbehalten wissenschaftlich getarnter politischer Übergriffe mit der Andeutung einer vorgeblich trennbaren Aufgabenteilung von wissenschaftlicher Vorbereitung (»Grundlagenforschung«) und politischer Entscheidung zu begegnen. Eine ausführliche Befassung mit diesem Aspekt gab es allerdings nicht. Dahinter stand möglicherweise der Verdacht, dass diese Behauptung wissenschaftstheoretisch unhaltbar sein könnte, der im Antragsverfahren explizit vor allem von katholischen Kritikern des Projekts (besonders von Prälat Schreiber) vorgebracht wurde. Sie wiesen auf die ihres Erachtens nach unhintergehbare Wertebindung der geplanten Institutsforschung hin. In den Diskussionen der MPG stieß diese Problematik aber kaum auf Resonanz und die Kritik Schreibers wurde im Laufe des Verfahrens über einige taktische Schritte seitens der Institutsbefürworter nahezu stillgestellt.

Ein basaler Faktor der Konsensfindung war zudem die ausgezeichnete finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte, die es zum Beispiel erlaubte, den Bedenken Hessens mit der Integration der HIPF in das Königsteiner Abkommen und einem Mittelaufwuchs für die Frankfurter Einrichtung zu begegnen.

Darüber hinaus spielte in nationaler wie internationaler Hinsicht ab August 1961 auch die Situation West-Berlins eine Rolle, das aufgrund des Mauerbaus in Isolation zu geraten drohte, gleichzeitig aber seine symbolische Bedeutung im Kalten Krieg noch gesteigert hatte. Dass der Westteil der Stadt mit dem Institut wissenschaftliche Schubkraft gewinnen würde und Länder und Bund ihre Unterstützung sichtbar machten konnten, waren daher weitgehend konsensual erwünschte Effekte. Auf der Hand liegt, dass damit zugleich die Berliner Senatoren im Bereich von Bildung und Finanzen für die Einrichtung gewonnen waren.

Konflikte produzierte allerdings fast bis zum Schluss das von Butenandt mehrfach betonte Recht der MPG auf autonome forschungspolitische Entscheidungen, das sich besonders bei Institutsgründungen zu bewähren hätte. Das Bestehen auf diesem Recht im Fall des Bildungsforschungsinstituts, mit dessen Gründung die traditionell naturwissenschaftlich profilierte MPG ihren Anspruch manifestierte, ihre wissenschaftliche Autonomie auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ausüben zu können, setzte an einer Stelle des Verfahrens fast den seit dem Königsteiner Abkommen gefundenen Konsens über die Finanzierung der MPG aufs Spiel. Unter dem Strich wollte aber offenbar keine Seite den Status quo gefährden. Letztlich lenkten die Kultusminister ein und gaben im Sommer 1963 die bis dahin noch gesperrten Mittel frei, so dass Becker Anfang Juli berufen werden konnte und der Eröffnung des Instituts nichts mehr im Wege stand.

Genese II: Entfaltung in Aufbau und erster Arbeitsphase, 1963–1970

Ab Herbst 1963 erfolgte der Aufbau des IfB, das schon 1965 die Dimensionen einer Großforschungseinrichtung erreichte[1787] und in der Bundesrepublik in Bezug auf seinen Ansatz und von seiner Leistungskraft her besonders zu Anfang annähernd eine Monopolstellung innehatte.[1788] In der ersten Arbeitsphase des Instituts bis 1970 wurde dann peu à peu ins Werk gesetzt und sichtbar, was Bildungsforschung am IfB meinte. Obwohl sich das Institut schon aufgrund seiner Größe vielfältig entwickelte und – wie von Wiarda gezeigt – der Eindruck eines einheitlichen Profils in die Irre führen würde, sind zwei Kennzeichen hervorzuheben.

Erstens stand im Zentrum der Tätigkeit des Bildungsforschungsinstituts die Kooperation mit dem 1965 gegründeten Bildungsrat. Sie begann quasi sofort mit Erreichung der vollen Arbeitskraft des Instituts, das mit dem BR während dessen zwei Amtszeiten bis 1975 auf das Engste zusammenarbeitete und in dieser Kooperation seine Tätigkeit in der Politikberatung konzentrierte. Dabei waren das IfB/MPIB und der BR auch personell eng verbunden und insbesondere Becker, nachgeordnet ebenso Edding, übernahmen führende Rollen in beiden Organisationen. Wichtiger Mittler war zudem Heinrich Roth, einer der tonangebenden Wissenschaftler in der Bildungskommission des BR und zugleich Mitglied im Beirat des West-Berliner Instituts. Die Empfehlungen und Gutachten des BR beruhten dann zu einem Gutteil auf der Arbeit des West-Berliner Instituts, das daher zu Recht als »›Werkstatt‹ des Bildungsrates«[1789] (Ingo Richter) bezeichnet werden kann, während umgekehrt zentrale Publikationen des BR die Reformlinie und das Forschungsprogramm des IfB/MPIB allmählich ausbuchstabierten. Exemplarisch stehen dafür der am Ende der ersten Amtsperiode des BR veröffentlichte Strukturplan sowie der zwei Jahre zuvor, im Jahr 1968, von Roth herausgegebene, wegweisende Gutachtenband *Begabung und Lernen*. In der modernen, international geführten *Nature-/Nurture*-Debatte spielte letzterer in der Bundesrepublik wissenschaftlich schlagkräftige Argumente für die Seite der Sozialisation ein und wirkte auf die Revision des bis dato primär biologistisch und sozialdarwinistisch geprägten Begabungsbegriffs hin. Auf dieser Verschiebung baute dann nicht nur die im Strukturplan vorgeschlagene Reform des Schul- und Bildungssystems auf, sie beförderte auch die westdeutsche Sozialisationsforschung, die am IfB/MPIB eines ihrer frühen Zentren haben sollte. War die Beratung der Bildungspolitik von vornherein geplant, so konkretisierte sich diese Kooperation dann allerdings in einer Gestalt, die für einige der Unterstützer der ersten Stunde, insbesondere von Wirtschaftsseite aus, vermutlich so unerwartet wie unerfreulich war. Denn im Strukturplan wurden Bedarfsplanungen in den Hintergrund gerückt, die Berechnung der Renditen aus Bildungsinvestitionen erklärte der für diesen Part verantwortliche

---

1787 Obwohl 1963 nur als eine von der MPG betreutes Institut gegründet, arbeiteten dort schon im Herbst 1965 gut 130 Personen, davon etwa 75 Wissenschaftler*innen.

1788 Allerdings wurde eine quantitativ orientierte Bildungsforschung von Ländern, Bund und stiftungsseitig bis 1972 massiv gefördert. Mitte der 1970er Jahre hatte das Finanzvolumen verwaltungsnaher Institute der Bildungsforschung mit den Einrichtungen der öffentlich grundfinanzierten außeruniversitären Forschung gleichgezogen.

1789 Richter, *Bildungsrepublik*, 2021, 145.

Edding methodisch für unmöglich und Wirtschaftsunternehmen sahen sich dazu aufgefordert, die Finanzierung einer grundlegend reformierten Lehrlingsausbildung und Weiterbildung finanziell mit zu tragen. Die Bildungsökonomie hatte damit ihre Richtung geändert und zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig ihre Rolle als Zugpferd für die Legitimation der Institutsforschung verloren.

Das zweite Kennzeichnen ist im vorigen Punkt bereits angedeutet: Das Bildungsforschungsinstitut verortete sich in einem linken Spektrum. Jenseits der Kooperation mit dem BR engagierten sich seine (leitenden) Mitarbeiter*innen zum Beispiel auf Länderebene in aufsehen-/erregenden Reformprojekten wie der Curriculumrevision in Hessen, sie waren Anfang 1969 in die sozialdemokratische Programmfindung in der Bildungspolitik involviert und die Forschung integrierte auf oft neomarxistischer Basis zunehmend gesellschaftspolitische Motive im Kontext der sozial-liberalen Programmatik von Demokratisierung und Chancengleichheit in der Bildung. Zudem überlagerten sich der Aufbau und die Institutsentwicklung des IfB – von keinem der Institutsplaner vorausgesehen – mit energetischer Wucht mit der Entwicklung der Studierendenbewegung, sowohl mit deren ereignishaften Dynamiken wie auch mit deren aktivem Personal. Dazu trug maßgeblich die Lage des Instituts in West-Berlin bei, quasi Tür an Tür mit der Freien Universität, einem der Hotspots der sich ab 1965 auch in der Bundesrepublik formierenden Studierenden- und Bürger*innenproteste. Quasi direkt aus der Studierendenbewegung heraus wurden zum Beispiel Beate Krais, Lothar Krappmann, Peter Müller, Knut Nevermann, Wolfgang Nitsch, Karl Ulrich Preuß und Ingrid N. Sommerkorn an das Institut geholt. Die Studierendenbewegung war also am IfB/MPIB regelrecht verkörpert und viele der Mitarbeiter*innen wurden mit ihren politischen Aktionen, etwa im Kontext der Kritischen Universität, als Angehörige des Max-Planck-Instituts öffentlich sichtbar.

Besonders in der MPG dürfte dann die 1969 am IfB durchgeführte Reform der Organisation und Governance Aufmerksamkeit erregt haben. Denn die Integration von führenden Mitgliedern der Studierendenbewegung brachte nicht nur theoretische Einflüsse auf die Institutsforschung mit sich, sondern führte auch bei den Entscheidungsstrukturen und der Forschungskultur zu Rückkopplungseffekten. So beschloss man am IfB 1969, die Abteilungsgliederung und damit die Weisungsbefugnis der Institutsdirektoren aufzuheben und weitreichende Befugnisse für die Forschungsentwicklung auf eine demokratisch verfasste »Grundsatzkonferenz« zu übertragen. Parallel dazu wurde die Forschung auf weitgehend autonom arbeitende Projekte verlagert. Dies erschien zugleich als Lösungsansatz für zunehmende Schwierigkeiten der interdisziplinären Kooperation, die besonders von Picht bereits 1965 prognostiziert worden waren. Sein damaliger Vorschlag zur Einrichtung einer zentralen, institutsübergreifend und quasi synthetisch orientierten theoretischen Abteilung war damals jedoch von Becker und anderen abgelehnt worden. Die Probleme, die das IfB dann seit seiner Gründung auf der Arbeitsebene begleiteten, erfuhren durch die Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen noch einmal eine erhebliche Komplexitätssteigerung. In der MPG wiederum, in der nach Disziplinen gegliederte Institute und eine hierarchische Entscheidungsstruktur üblich waren, geriet das West-Berliner Institut damit zu einer Art partizipativem Experimentierfeld und wurde als solches argwöhnisch beobachtet.

Transformation bis 1981: Bildungsforschung in Zeiten der »Tendenzwende«

Allerdings formierten sich in der Bundesrepublik in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bereits gegenläufige Entwicklungen, die maßgeblich von konservativen Akteuren vorangetrieben wurden und die zusammengenommen im Laufe der 1970er Jahre zu einer Transformation der Bildungsforschung führen sollten. Sie werden in dieser Studie der Tendenzwende zugerechnet, die sich bereits seit 1965 in Reaktion auf eine international dimensionierte gesellschaftliche Linksverschiebung langsam anzubahnen begonnen hatte und in der Bundesrepublik nach 1969, durch das Schockerlebnis des konservativen Machtverlusts in Bonn rasant an Dynamik gewann. Hervorzuheben ist, dass mit dieser Sicht die politische Qualität der Wende der Institutsentwicklung betont wird, die also bereits vor der ab Herbst 1973 greifbar werdenden ökonomischen Krise eingeleitet wurde. Nachlaufend zu den Folgen des Endes von Bretton Woods und dem Ölpreisschock globalisierte sich die ökonomische Krise dann, führte auch in der Bundesrepublik 1974/1975 zu der bis dato schwersten Rezession in der Nachkriegszeit und drosselte diverse Reformunternehmungen der Regierung, auch im Bildungsbereich.

Politik: Im politischen Handlungsfeld war der Zenit der Wirkmächtigkeit des IfB bereits bei Veröffentlichung des »Strukturplans« 1970 annähernd überschritten, auch wenn die handelnden Personen dies noch kaum realisiert haben dürften. Die kommende Erosion des kooperativen Föderalismus hatte sich im Bereich der Bildungspolitik schon 1969 bemerkbar gemacht und wurde von vorausschauenden Beteiligten wie Hildegard Hamm-Brücher (FDP) bereits damals als bedrohliche Verhärtung der Fronten antizipiert. Da das Bemühen um gemeinsame nationale Ziele der Bildungspolitik in Ländern und Bund eine der zentralen Bedingungen für die Wirkungsmöglichkeit sowohl des Bildungsrats wie des IfB/MPIB war, musste die dann folgende Aufkündigung der Einigungsbereitschaft auch dem Institut und dem politisch zielorientierten Forschungsansatz einen Großteil seiner Legitimation entziehen. De facto wurden weite Teile seiner externen Handlungsspielräume mit der zunehmenden politischen Polarisierung in den 1970er Jahren nahezu pulverisiert, zumal die 1970 eingerichtete Planungsinstanz der BLK dem BR (und ebenso dem WR) die Zuständigkeit streitig machte. 1975 war der politische Kooperationswille dann in Bezug auf den BR seitens einiger Bundesländer endgültig zurückgenommen und das Gremium wurde mit dem Auslaufen seiner zweiten Amtsperiode aufgelöst. Vorangetrieben worden war diese Entwicklung maßgeblich von konservativen Politikern, vor allem dem bayerischen Kultusminister Hans Maier und dem baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn.

Wirtschaft: Seitens führender Wirtschaftsvertreter in der MPG war das IfB im Verwaltungsrat sogar schon Ende 1965 in die Kritik geraten, wobei vor allem der ehemalige Unterstützer des Instituts, Carl Wurster, seinen Standpunkt grundlegend revidiert hatte. Er versuchte, die damals im Zuge der Neubauplanung noch einmal verhandelte Größe des Instituts erheblich zu drücken. Als zwischen 1967 und 1969 in der MPG auf dem Hintergrund gesellschafts- und hochschulpolitisch erregter Zeiten die Debatten um die Gründung des Starnberger Instituts stattfanden, kam der stärkste Widerstand dann – neben dem Einspruch des später für die NPD kandidierenden Völkerrechtlers Fritz Münch – erneut von Vertretern der Wirtschaft, besonders

von Wurster und jetzt auch von dem Vorstandsvorsitzenden der Hoechst AG, Karl Winnacker. Im Erweiterten Verwaltungsrat der MPG wurde von ihnen offen angesprochen, dass man im Kern eine Kontrolle wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen in der Industrie durch die Forschung des geplanten Instituts befürchtete. Besonders ging es dabei um die bereits starke Deutungsmacht Weizsäckers in der Bundesrepublik, die durch ein von der MPG autorisiertes Institut noch verstärkt werden würde. Zugleich warnte Winnacker davor, dass die naturwissenschaftliche und technologische Forschung in der MPG künftig durch eine in Starnberg entstehende »Superwissenschaft« unter der theoretischen und methodischen Ägide der »Geisteswissenschaften«[1790] in ihrer Entwicklung reguliert werden könnte. Die MPG würde dadurch ihres traditionellen Profils als eines »Zusammenschlu[sses] der exakten Wissenschaften« beraubt. Die Redebeiträge zeugten dabei von einem schematischen und theoretisch kaum reflektierten Wissenschaftsverständnis, das Wissenschaftlichkeit allein den »exakten Naturwissenschaften« zubilligte. Der geplante Forschungsansatz am Weizsäcker-Institut und tendenziell die Sozial- und Geisteswissenschaften generell wurden dagegen der ›Ideologie‹ und des »Subjektivismus« verdächtigt. Diese Argumentation fand zwar unter den Wissenschaftlern in der MPG kaum Resonanz und im Ergebnis gewährten die Gremien dem hoch angesehenen und in seiner wissenschaftlichen Qualität unbestrittenen Weizsäcker, der damals zudem als Nachfolger Butenandts im Gespräch war, sein Institut. Die Opposition war aber doch so stark, dass in Starnberg 1970 nur eine gegenüber der Planung drastisch verkleinerte und thematisch (zum Beispiel im militärstrategischen Bereich) teilweise entschärfte Einrichtung eröffnet werden konnte, deren Stoßrichtung von der ursprünglich anvisierten politischen Beratung auf eine »Bewußtseinsbildung« hin umgebogen war. Dessen unbenommen war mit dem Starnberger Institut nach dem IfB der zweite Part des ›Doppelansatzes‹ in der MPG auf den Weg gebracht – erneut unter maßgeblicher Fürsprache Butenandts und eines kleinen Zirkels einflussreicher Persönlichkeiten in der MPG, darunter auch der Generalsekretär.

Allerdings geriet die wirtschaftsnahe Forschungsgesellschaft durch diese Entscheidungen dann von Seiten externer führender Wirtschaftsvertreter, welche die Veränderungen im Forschungsprofil der MPG offenbar mit wachsender Ablehnung beobachteten, zunehmend unter Druck. So gingen bei der MPG-Spitze 1968 und 1971 Beschwerden von zwei machtvollen IHKs, den Kammern in Stuttgart und Köln, ein. Diese wandten sich explizit gegen den im Bereich der »Sozialwissenschaften« eingeschlagenen Kurs der MPG und drohten mit der Aufkündigung der Fördermitgliedschaft und der Überprüfung ihrer Spendenbereitschaft. Besonders ein Schreiben vom März 1971 führt vor Augen, wie sich die Kritik mittlerweile politisch aufgeladen hatte und in Bezug auf die wissenschaftlichen Ansätze allmählich zu diffamierenden Formeln gerann. So war darin in Bezug auf das Berliner und das Starnberger Institut von Anstrengungen die Rede, die MPG »von links her zu unterwandern«, man beschwerte sich über die »sehr wirtschaftskritisch eingestellten Professoren Dr. Lempert und Dr. Edding« und die gerade

1790 Es sei hier noch einmal daran erinnert, dass in den Diskussionen in der MPG begrifflich oft nicht zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften differenziert wurde und letztere zumeist den »Geisteswissenschaften« zugeschlagen wurden. Auch die für das Berliner und das Starnberger Institut zuständige fachliche Sektion führte den Titel »Geisteswissenschaftliche Sektion« des Wissenschaftlichen Rats der MPG.

erfolgte Berufung von Habermas in die künftige Doppelspitze des MPIL wurde als »Berufung von linksextrem argumentierenden Wissenschaftlern« gewertet. Auch der Vorwurf der ›ideologisch‹ betriebenen Forschung fehlte nicht, den diesmal MPG-Senator Amerongen, Vorstandsvorsitzender der Wolff-AG und Präsident des DIHT, in Reaktion auf das Schreiben MPG-intern nachlegte.

Wissenschaft: Im wissenschaftlichen Bereich wiederum lieferten besonders zwei Organisationen ganz ähnliche Formeln und vergleichbare argumentative Munition. Am Modell der bereits 1969 inmitten der West-Berliner universitären Kampfzone gegründeten Notgemeinschaft für eine freie Universität orientiert, wurde im November 1970 der Bund Freiheit der Wissenschaft mit hoher öffentlicher Resonanz vorgestellt. Im BFW sammelten sich die bis dato in der Bundesrepublik an den Hochschulstandorten lokal versprengten konservativen und reaktionären Bewegungen gegen eine linke, vom Demokratisierungsansinnen geprägte Hochschul- und Gesellschaftsreform und das damit verbundene Staatsverständnis. Der BFW bildete dabei eine Plattform für die Formierung von Wahrnehmungs- und Argumentationsmustern, die in publizistischen Gegenkampagnen umgesetzt wurden; zudem sammelte er Informationen über politische Gegner*innen und agierte auch auf internationaler Ebene. Dass die konservativen Akteure in der Bundesrepublik über die gesellschaftlichen Handlungsbereiche hinweg gut vernetzt waren, zeigt beispielsweise, dass der BFW zu Anfang der 1970er Jahre zu gut 90 Prozent über Spenden aus der westdeutschen Wirtschaft finanziert wurde – darunter die Spitzenverbände der Industrie, des Versicherungswesens und der Großbanken. Und auch der Bosch-Vorstandsvorsitzende Hans L. Merkle, MPG-Senator, Verwaltungsratsmitglied und ab 1973 unter Reimar Lüst Vizepräsident der MPG, war einer der Fundraiser. Engagiert waren im BFW an führender Stelle etwa Maier, Hermann Lübbe, Thomas Nipperdey, Ernst Nolte, Friedrich H. Tenbruck und der einflussreiche empirische Sozialforscher Erwin K. Scheuch. Scheuch würde das in der Bundesrepublik ab etwa 1974 expandierende und von ihm erfolgreich mit vorangetriebene Programm der empirischen Sozialforschung dezidiert von der vorgeblich empiriefeindlichen »Kritischen Theorie« und ihrer Orientierung an einer »emanzipatorischen Utopie« abgrenzen, wobei er die entsprechenden Ansätze insbesondere in der West-Berliner Bildungsforschung verortete.[1791]

Die Strategie, den Begriff der Empirie zu kapern und dabei – wie das Wolfgang Bonß analysiert hat – »unterschwellig[...] ›Empirie‹ mit ›Tatsachen‹« gleichzusetzen,[1792] sollte auch von einer zweiten akademischen Agentur der Tendenzwende verfolgt werden. Gemeint ist die 1959 gegründete Fritz Thyssen Stiftung, laut Hans Günter Hockerts eine »Hochburg der Liberalkonservativen« in der Bundesrepublik,[1793] deren Leitung sowohl mit tonangebenden Wissenschaftlern des BFW als auch mit führenden Persönlichkeiten in der MPG vernetzt war, vor

1791 Vgl. Scheuch, *Laudatio*, 2002, 38.

1792 Vgl. Bonß, *Einübung*, 1982, Zitat 16.

1793 Vgl. Hockerts, *Erbe*, 2018, 292. Der Autor orientiert sich mit der Kennzeichnung der FTS als »liberalkonservativ« an Jens Hackes Neudeutung von Vertretern der Ritter-Schule im konservativen Spektrum der Bundesrepublik.

allem mit Coing, Birrenbach, Butenandt, Lüst und Merkle. 1971/72 wurde in der FTS im Zuge der strategischen Neujustierung des Stiftungsprofils der Förderbereich »Staat, Wirtschaft und Gesellschaft« aufgelegt, der unter anderem die »Wissenschaftsforschung« auf die konservative Agenda setzte. Aus dieser Richtung brachte man in den 1970er Jahren wissenschaftstheoretische Argumente in Stellung. Sie waren zum Teil explizit gegen die in Starnberg vertretenen Positionen gerichtet, besonders gegen die Theorie der Finalisierung, ließen sich aber gleichermaßen gegen die Berliner Institutsforschung wenden. Wie aus den von Hockerts analysierten strategischen Besprechungen der FTS hervorgeht, war es eine der zentralen Stoßrichtungen, den Begriff der Rationalität für die eigene Wissenschaftsauffassung zu reklamieren und dabei zugleich Grenzziehungen gegenüber vorgeblich ›wissenschaftsexternen‹ Kriterien zu stärken. Eines der Mittel war es, diese vermeintlich ›wissenschaftsexternen‹ Positionen in den Verdacht linker Politisierung und ›Ideologisierung‹ zu rücken und dagegen die ›objektive‹ Eigenrationalität von Wissenschaftsentwicklung zu betonen. Dass die Spitzen der FTS dabei allerdings selbst von den politischen und weltanschaulichen Bezügen des Stiftungsprofils her agierten und sich diese direkt in wissenschaftliche Tätigkeit hinein übersetzten, zeigen drei spätere Förderlinien des neuen Schwerpunktbereichs: »Unregierbarkeit?«, »Weimar als Warnung« und »Preußen-Renaissance«. Sie stehen geradezu beispielhaft für Topoi und Diskurse, die das konservative Spektrum der Bonner Republik in den 1970er und frühen 1980er Jahren prägen würden und erwiesen die FTS einmal mehr als ein von Hockerts so genanntes »Widerlager gegen den Aufstieg neomarxistischer Denkströmungen und die Linksverschiebung im politischen Spektrum«.[1794]

Die MPG im Übergang von Butenandt auf Lüst, 1970–1973: In der MPG verzögerte sich die Wende aufgrund des dort durch die Amtszeiten des Präsidenten bestimmten Entwicklungsrhythmus'. Das einschneidende Datum stellte hier die Wahl Reimar Lüsts im November 1971 und die offizielle Übernahme des Amtes sieben Monate später dar. Der ›Doppelansatz‹ würde dabei in der MPG mit Butenandt seinen machtvollsten und wichtigsten Unterstützer verlieren. Zunächst war zwar noch während seiner Amtszeit über die volle Integration des IfB in die MPG zu entscheiden. Dennoch standen die Bedingungen für ein positives Votum nicht eben gut. Vielmehr hatte man in der konservativ gestimmten Forschungsgesellschaft auf die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Umbrüche, die teilweise mit dem West-Berliner Institut identifiziert wurden, mit verstärkter Unruhe und Gereiztheit reagiert. Emotional wurde es vor allem, als die Forderungen nach Mitbestimmung aus der Studierendenbewegung und Hochschulreform auf die MPG übergriffen und sich mit der seit Mitte der 1960er Jahre geführten Diskussion um eine grundlegende Strukturreform der MPG verbanden.[1795] Dabei waren es Mitarbeiter*innen des IfB/MPIB und später des MPIL, die sich an vorderster Front für eine Auswei-

1794 Hockerts, *Erbe*, 2018, 276. Auch die Bezeichnung der drei Förderlinien stammt von Hockerts.

1795 Am Ende der Diskussionen stand im Juni 1972, unmittelbar vor der Übernahme der Präsidentschaft durch Lüst, eine neue Satzung, welche die Strukturreform abschloss. Dabei wurde eine verbindliche Mitbestimmung weitgehend abgewehrt beziehungsweise in der Formel der »Mitwirkung« (»Mitberatung«) nivelliert. Dies hatte auch Butenandts volle Unterstützung gefunden.

tung der Mitbestimmung einsetzten und die MPG damit – wie es Lüst, der die Strukturreform partiell begleitet hatte, rückblickend feststellte – zusammen mit der damals virulenten Frage nach der »Rolle der Sozialwissenschaften in der MPG« in »helle[...] Aufregung« versetzten.[1796]

In diesem aufgeheizten Klima fanden zwischen Frühjahr 1970 und Herbst 1973 die Verfahren zur vollen Integration des IfB in die MPG und zur Berufung seiner Direktoren zu Wissenschaftlichen Mitgliedern statt. Dass die Aufnahme des IfB in die MPG bis zum Winter 1970 relativ zügig vonstatten gehen konnte, war noch einmal der vollen Protektion Butenandts zu verdanken. Im Ergebnis firmierte die West-Berliner Einrichtung ab Januar 1971 als »Max-Planck-Institut für Bildungsforschung«. Allerdings hatte sich der Ton der Kritik merklich verschärft, wobei ihr von Seiten der Institutsunterstützer ein Tribut hatte gezollt werden müssen, dessen Auswirkungen erst später spürbar werden sollte: Sektion und Senat gewährten die volle Integration des IfB nur unter der informell gestellten Bedingung, dass der neu zu berufende Beirat des Instituts künftig als »Kontrollorgan« fungieren sollte. Unabhängig davon hatte Wurster deutlich gemacht, dass man die Berufung der Direktoren des MPIB zu Wissenschaftlichen Mitgliedern »sehr sorgfältig« prüfen würde, was zu Recht als Drohung verstanden werden konnte.

Tatsächlich lief dann allein die Berufung Beckers relativ glatt, die von dem Verfahren für Edding, Edelstein, Goldschmidt und Robinsohn wohlweislich taktisch abgespalten worden war. Sie wurde zwischen Juni und November 1971 vorgezogen behandelt und erfolgreich abgeschlossen. In Beckers Fall befand sich die MPG angesichts der dort strukturell engen Verbindung von Direktor und Institut, dem man im Fall des MPIB gerade die Aufnahme gewährt hatte, zum einen im Zugzwang. Zum anderen stand die Forschungsgesellschaft damals unter intensiver medialer Beobachtung und Kritik, die sich gegen den dort vorgeblich institutionalisierten Ultra-Konservatismus und gegen den großen Wirtschaftseinfluss richtete, der angesichts der weitgehend öffentlichen Finanzierung der MPG als unverhältnismäßig betrachtet wurde. Eine Ablehnung Beckers, der inzwischen zu einem der wichtigen, wenn nicht zu *dem* Gesicht des Bildungsrats geworden war, hätte sich die MPG in einer bundesrepublikanischen Gesellschaft, die sich großenteils noch im *full swing* der sozial-liberalen Bildungsreformen wähnte, kaum leisten können.

Die zwischen Januar 1972 und Juni 1973 durchgeführten Verfahren zur Berufung der übrigen Leitungsmitglieder gestalteten sich ungleich schwieriger. Dabei machte sich besonders die Sitzungsleitung des neuen Präsidenten bemerkbar. Lüst bot der inzwischen erheblich verstärkten und lauter gewordenen Fraktion von Kritikern in den Organen der MPG eine breite Bühne und erstmals seit den Diskussionen um die Gründung des Instituts bekamen die Kritiker das Heft der Handlung in die Hand. Dabei wurde in den Verfahren weniger auf die zu berufenden Personen eingegangen als vielmehr die Arbeit des Instituts, die Effizienz und gesellschaftspolitische

1796 Lüst bezeichnete die Ansätze am MPIB und am MPIL mehrfach übergreifend als »Sozialwissenschaften«, sprach im Rückblick aber auch differenzierter von den »beiden Institute[n] in Berlin und Starnberg, die den Sozialwissenschaften zugeschrieben wurden«. Vgl. Lüst, *Gründung*, 2010, 21.

Ausrichtung in Frage gestellt und eine grundlegende Revision verlangt. Erst am Ende langer Debatten griff Lüst ein und das Institut entging einer Leistungsprüfung nur um Haaresbreite. Letztlich kamen die Berufungen zwar zustande (Robinsohn verstarb im April 1972 unerwartet, an seine Stelle war Peter Martin Roeder gerückt). Aber es waren weithin vernehmliche Signale der Unzufriedenheit mit dem MPIB gesetzt worden und der neue Präsident hatte demonstriert, dass er gegenüber dem Institut eine andere Gangart als sein Vorgänger einlegen würde. Dass für das West-Berliner Institut grundlegende Veränderungen anstanden, hätten aufmerksame Beobachter*innen aber bereits seit Mai 1972 erahnen können. Lüst kündigte damals bei einem Besuch am MPIB nicht nur »gewisse Akzentverschiebungen« in der »Forschungsstrategie« der MPG an, sondern erwähnte die Möglichkeit, »Institute auch radikal umzustellen«, sogar dann, wenn – in einem nicht näher bezeichneten Fall – »die Mitglieder eines Instituts unbedingt an einem nicht mehr vertretbaren Konzept festhalten wollten«. Die gegenüber dem MPIB dann tatsächlich in Gang gesetzte ›Umstellung‹ gewinnt ihr Profil daher auch auf dem Hintergrund von Lüsts Amtsführung als Präsident der MPG.

1972 – Beginn von Lüsts Präsidentschaft, ein neuer Kurs: Die Übernahme der Präsidentschaft durch den in der MPG und in Spitzenforschungseinrichtungen der USA sozialisierten Astrophysiker und Wissenschaftsmanager Lüst markierte in mehrfacher Hinsicht eine Zeitenwende. Der Präsidentenwechsel stand am Beginn eines generationellen Wandels im Bereich der Wissenschaftlichen Mitglieder der MPG, der sich zeitgleich ähnlich in den Führungspositionen anderer gesellschaftlicher Handlungsfelder der Bundesrepublik vollzog, und der für die Entwicklung der MPG eine erhebliche Dynamik mit sich brachte. Zudem hatte Lüst unter finanziell grundlegend veränderten Bedingungen zu handeln. Denn nach dem großzügig von der öffentlichen Hand finanzierten rasanten Wachstum in der Butenandt-Ära wurde die MPG zum ersten Mal seit ihrer Gründung mit einer realen Stagnation der Finanzzuwendungen konfrontiert. Diese neue Situation zeichnete sich schon bei der Amtsübernahme Lüsts ab, also noch vor der im Herbst 1973 sichtbar werdenden Wirtschaftskrise. Hinzu kam eine sich damals anbahnende zunehmende Internationalisierung der nationalen Forschungssysteme. Eine der größten Herausforderungen für den neuen Präsidenten war es daher, die forschungspolitische Entwicklung der MPG in einem sich rapide verändernden, zunehmend international dimensionierten Handlungsfeld ohne die Aussicht auf finanzielle Zuwächse zu leiten.

Dass das Forschungsprofil der MPG in den zwei Amtszeiten Lüsts bis 1984 unter der Bedingung der finanziellen Stagnation merklich verändert werden konnte, gelang primär auf Basis des Aufbaus eines neuen, regelkreisbasierten Managements.[1797] Dessen Herzstück war eine zentra-

1797 Auf die Ähnlichkeiten des unter Lüst etablierten Managements zu der von David Gugerli für die Schweizer Hochschulen für die Zeit ab 1974 diagnostizierten *»managerial revolution«* wurde in dieser Studie hingewiesen. Zieht man in Betracht, dass in der Wissenschaftsforschung bisher gilt, dass die Schweiz der Bundesrepublik für den Hochschulsektor in Fragen der Einführung eines neuen Managements um gut zwei Jahrzehnte voraus war, so wäre diese Einschätzung, sollten sich die vermuteten Ähnlichkeiten bestätigen, zu revidieren. Zumindest gälte diese Annahme dann nicht mehr für den außeruniversitären Bereich der Bundesrepublik. Die MPG nähme dann vielmehr eine Vorreiterrolle ein. Es wäre zudem zu prüfen, inwieweit diese Ansätze die in der BRD ab Ende der 1990er Jahre im Hochschulbereich implementierte Neue Steuerung präformierten. Vgl. Gugerli, *Kybernetisierung*, 2008 und dazu oben, Kapitel 4.2.3 und 4.3.

lisierte Forschungs- und Entwicklungsplanung, die auf Basis interner Umverteilungen kalkulierte. Das bedeutete Stellenstreichungen, Abteilungs- sowie Institutsschließungen auf der einen und Zuwächse auf der anderen Seite. Die dafür den Rahmen gebende strategische Planung wurde von dem 1972 eingerichteten, nun auch international besetzten Senatsausschuß für Forschungspolitik und Forschungsplanung vorbereitet, dem der Präsident vorsaß. Zugleich wurde die im SAFPP institutionalisierte strategische Planungskapazität mit dem Aufbau eines Steuerungs- und Feedback-Instrumentariums gekoppelt, das einerseits die benötigten Daten liefern und andererseits die Planung in die MPG hinein umsetzbar machen und vermitteln sollte. Eines der wichtigsten Instrumente war dabei die in der Generalverwaltung begonnene Personalentwicklungsplanung, bei der zum Beispiel die in den kommenden Jahren anstehenden Emeritierungen erfasst wurden. Sie ermöglichte eine gezielte und weitsichtige Besetzungspolitik im Zuge der mit dem Generationswechsel einhergehenden Neuberufungen von Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern und sah beispielsweise Einstellungssperren im Vorlauf anstehender Emeritierungen vor. Flankiert wurde dieses Instrumentarium durch die schon 1972 angekündigte Strategie der Flexibilisierung von Mitteln und Stellen, die Lüst innerhalb der MPG über die Einführung von Zeitverträgen, vor allem auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, vorantrieb. Positiv formuliert, wurden über diese Maßnahmen zusammengenommen Bewegungsspielräume für die Forschungsentwicklung der MPG eröffnet.

Dieses zentralisierte Management mit den Autonomieansprüchen der Institutsleitungen zu vereinbaren, welche über die Satzung der MPG verbrieft waren und die zu den Kernelementen des Selbstverständnisses der MPG-Mitglieder gehörten, stellte eine weitere zentrale Herausforderung für Lüst dar. Denn ein Durchregieren war in der MPG ausgeschlossen, es mussten daher geeignete Formen der Beteiligung und Rückkopplung gefunden werden. Das Beispiel des MPIB, dessen Position innerhalb und außerhalb der MPG zunehmend schwächer wurde, zeigt aber, wie eine zielorientierte MPG-Führung auf Basis des neuen Managements die Transformation der Forschung eines Instituts bereits zur Amtszeit eines Institutsleiters durchaus gegen dessen Willen vorantreiben konnte, auch wenn sich das in diesem Fall fast über ein Jahrzehnt hinziehen sollte. Wie sich dies vollzog, wird im Folgenden rekapituliert.

Neue Forschungsschwerpunkte, Stellenkürzungen: Vorauszuschicken ist, dass die notwendig verdichtende Darstellung eines Resümees tendenziell verdeckt, dass die hier im Überblick zusammengefassten neuen Management-Ansätze erst über Jahre hinweg entwickelt und implementiert werden und in der MPG Akzeptanz finden mussten. Zudem beeinflussten auch im Fall des MPIB die Reaktionen am Institut und die zeitgenössischen Veränderungen – wie zum Beispiel die Auflösung des BR – das Vorgehen der MPG-Führung. Dennoch ist festzuhalten, dass im Hinblick auf das MPIB im Laufe der 1970er Jahre die neuen Steuerungsinstrumente nach und nach zum Einsatz kamen. Zentral war, dass der SAFPP 1975 für das MPIB seine Forschungsplanung und neue Schwerpunkte festzulegen begann. Dabei wurde die Bildungsökonomie angezählt, vor allem aber sollten »anwendungsbezogene[...] Forschungsvorhaben« reduziert werden. Leitend favorisierte der Senatsausschuss dabei – wie es sowohl in Bezug auf das MPIB als auch auf das MPIL hieß – eine von »ideologischen Vorstellungen« weniger beeinflusste, näher an den »exakten Naturwissenschaften« stehende Form der Sozialwissenschaften.

Anvisiert war zudem für das MPIB schon im Frühjahr 1975 das Druckmittel von Planstellenkürzungen, die am MPIB ab Anfang 1976 umgesetzt wurden. Sie galten nicht, sofern – wie bei der Berufung des international renommierten Entwicklungspsychologen Paul B. Baltes im November 1979 – eine erwünschte Forschungsrichtung gegeben war. Dabei schlug der stagnierende Haushalt der MPG quasi zweifach zu Ungunsten des MPIB aus. Nicht nur waren weniger Mittel vorhanden, die geforderten Personaleinsparungen konnten nun – anders als in Zeiten der Fülle – auch besser legitimiert werden.

Institutsbeirat: Besonders relevant wurde für den Transformationsprozess der Forschungen am MPIB der 1971 neu berufene Wissenschaftliche Beirat des Instituts, der als einer der Verstärker für den Kurs der MPG-Leitung und als Treiber der Transformation fungieren sollte – auch wenn nicht alle Mitglieder diese Ausrichtung teilten und dessen Beratungsfunktion Bestand hatte. Auch hier dauerte es einige Jahre, bis das Gremium die von der GwS und dem Senat bereits 1970 explizit erwünschte Funktion als »Kontrollorgan« ausgeprägter wahrzunehmen begann. Sein Votum wurde dann in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, etwa für den Beginn neuer Großprojekte am MPIB, maßgeblich. Schritte auf dem Weg dahin waren die veränderte Institutssatzung von 1973, die dem Beirat gegenüber der Institutsleitung markant erweiterte Befugnisse einräumte und unter anderem die Berichterstattung über die Institutsarbeit an den Präsidenten und die Möglichkeit interner Sitzungen vorsah. Diese deutliche Stärkung der Zuständigkeiten und Kompetenzen des Gremiums stand im Einklang mit der damals MPG-weit realisierten Neufassung der Befugnisse dieses Gremien-Typs im Sinne einer stärkeren Anbindung an die MPG-Spitze. Frühe Ansätze zu einer entsprechenden Umformung hatte bereits Butenandt angestoßen. Am MPIB erfolgte im Herbst 1973 dann ein Wechsel im Vorsitz des Beirats, der seitdem nicht mehr von Konrad Zweigert, einem der frühen Unterstützer des Instituts, geleitet wurde. 1976 wurde das Gremium schließlich durch Lüst neu berufen, wobei Becker gemäß der modifizierten Satzung auf diesen Prozess kaum mehr Einfluss nehmen konnte. Im Ergebnis stand ein verkleinertes Gremium, in dem unter anderem zentrale Stützen des ›alten Instituts‹ wie Roth, Schmid oder der erwähnte Zweigert fehlten. Zu diesem Zeitpunkt auch setzten die Berichte an den Präsidenten ein und der Beirat begann sich – zusätzlich zu den üblichen gemeinsamen Sitzungen mit Institutsleitung und Mitarbeiter*innen – separat zu beraten.

Letztlich befasste sich der in der Regel einmal jährlich zusammentretende Beirat, an dessen Sitzungen Lüst zumeist teilnahm, mit der Strategieentwicklung des MPIB, er begutachtete nach und nach alle Projekte des Instituts, äußerte sich zu Neuvorhaben und stand in engem Austausch mit den Kommissionen, die zur Nachfolge Eddings (1977), Beckers (1981) und Goldschmidts (1982) eingesetzt wurden. Die Untersuchung der Beiratsdiskussionen zwischen 1971 und 1981 ergab als Dominante eine grundlegende und oft massive Kritik an der Forschung des MPIB, die sich mit der Beanstandung der Forschungsorganisation und der Governance des Instituts verband. Die Mitarbeiter*innen wurden dadurch, den protokollierten Reaktionen nach, zunehmend unter Druck gesetzt. Dabei profilierte sich der Motivationspsychologe und Leistungsfor-

scher Heinz Heckhausen von der ersten Sitzung des Beirats 1971 an als schärfster Kritiker.[1798] Knapp zusammengefasst, richtete sich die Kritik aus dem Beirat in Bezug auf die Forschung primär gegen eine vorgeblich mangelnde Effizienz der Forschungsprojekte, gegen ihre vermeintliche Empirie-Ferne und überbordende Theorie. Kritisiert wurde ein konzeptionell unklarer Ansatz der Bildungsforschung, die Zersplitterung in Einzelprojekte, die Abkopplung von den Entwicklungen in den jeweiligen Referenzdisziplinen und die politische Ausrichtung der Institutsarbeit. Damit spiegelten sich in der Beiratskritik einige der Argumentationsmuster wider, die zeitgenössisch im Kontext des BFW, des FTS oder von Wirtschaftsseite aus beständig vorgebracht wurden.

Allerdings bestanden am MPIB tatsächlich gravierende Probleme.[1799] Sie resultierten zum einen besonders aus der Kombination der projektbezogenen Organisationsform der Forschung mit der partizipativen Governance-Struktur. Damit war die Festlegung auf eine übergreifende Forschungsentwicklung zeitraubend und aufgrund der schließlich vereinbarten Verfahrenswege teilweise bürokratisch eingefasst. In den Diskussionen in der GK wurden zudem weder für die Konflikte zwischen den Vertreter*innen unterschiedlicher wissenschaftlicher Grundpositionen am Institut noch für die offenbar häufigen selbst-/reflexiven Dauerschleifen Schließungen bereitgehalten; es konnte also nicht von ›befugter‹ Seite aus regulierend eingegriffen oder gar ein ›Machtwort‹ gesprochen werden. Zudem gab es keine zentral koordinierte Verantwortungszuweisung für den erfolgreichen Abschluss der vielen Projekte. Dabei war die Forschung mit den Mitteln der MPG bequem finanziert und ein gewisser selbstbewusster Gestus der Forschenden in der elitären Forschungsgesellschaft durchaus erwünscht, was berechtigte Kritik nicht eben leicht durchdringen ließ. Verstärkt wurde dieser Malus dadurch, dass nach der Erinnerung einer Mitarbeiterin unter der männlichen Belegschaft die Pflege von Genie-Vorstellungen nicht gerade selten war. Zum anderen waren in enthusiastischer Selbstüberschätzung seit Mitte der 1960er Jahre teilweise atemberaubend groß dimensionierte empirische Projekte initiiert worden (wie die Schulleistungsstudie oder Projekte der Familienbeobachtung). Dabei musste für diese – gemäß dem Anspruch einer synthetisch und interdisziplinär verfahrenden Wissenschaft mit emanzipatorischer Ausrichtung – das Forschungsdesign jeweils komplett neu entwickelt werden. Auch aufgrund des Stands der Technologie, welche die Verarbeitung von Massendaten erst ab Mitte der 1970er Jahre handhabbar machte und die Entwicklung entspre-

---

1798 Der Frage nach der politischen und wissenschaftspolitischen Einordnung Heckhausens konnte in der vorliegenden Studie nur kursorisch verfolgt werden. Die herangezogenen Beispiele zeigen ihn allerdings in einschlägigen zeitgenössischen konservativen Kontexten und deuten auf eine neoliberale wissenschaftspolitische Ausrichtung hin. So forderte Heckhausen zum Beispiel die Übertragung wirtschaftlicher Prinzipien, vor allem des Wettbewerbs, auf die Wissenschaft, da er im gesellschaftlichen »Teilsystem« der Wirtschaft die besten Bedingungen zur Förderung der Leistungsmotivation und der Attraktion sogenannter »Hochleistungsmotivierte[r]« gegeben sah. Die Wissenschaftsorganisation sollte entsprechend »unter dem Aspekt der Realisierungsmöglichkeiten von Leistungsbewährungen« betrachtet und »ein beschleunigtes Wachstum der Wissenschaft« durch solche Organisationsformen gefördert werden, »die ein sich frei regelndes Leistungsprinzip ermöglichen«. Vgl. Heckhausen, *Leistungsmotivation*, 1974, 22, 26, 38.

1799 In der vorliegenden Studie wurde es unternommen, die Kritik des Beirats an den Realitäten der Institutsforschung gegenzuprüfen, jedenfalls soweit das ohne Mikrostudien auf Ebene der Forschungsprojekte möglich war. Vorrangig berücksichtigt wurden hierfür die Beiratsunterlagen, vor allem die oft umfangreichen Verlaufsprotokolle der im Beirat mit den Direktoren und den Mitarbeiter*innen geführten Diskussionen, sowie Tätigkeitsberichte des Instituts.

chender analytischer Modelle ermöglichte, versetzten diese Probleme einige Projekte in einen beständigen Krisenmodus. Als die Technologie ab etwa 1974 allmählich bereitstand, war die Kritik am Institut bereits stark ausgeprägt. Hinzu kamen außerdem die prinzipiellen theoretischen, methodischen und methodologischen Herausforderungen der interdisziplinären Arbeit, die zugleich den Anwendungs- und Politikbezug in einem bald stark politisierten Praxisfeld mit zu berücksichtigen hatte, auf das die eigene Forschung noch dazu permanent einwirkte. Die angestrebte Theorie der Bildungsforschung und ihrer Gegenstände rückte unter diesen Bedingungen in die Ferne. Hinzu kam, dass der amtierende Institutsleiter letztlich kein Wissenschaftler war, der sich diese Problemstellungen hätte zu eigen machen können, um mit den Möglichkeiten und Grenzen des projektierten interdisziplinären Ansatzes und Theorieanspruchs einen produktiven Umgang zu finden. Wie erwähnt, war schon 1965 die Bedeutung eines Vorschlags von Picht, der auf die Einrichtung einer fünften, theorieorientierten Abteilung zielte, verkannt worden. Von einer solchen zentralen Warte aus hätte der neue Ansatz der Bildungsforschung seines Erachtens nach entwickelt und hätten die Fliehkräfte am Institut gebändigt werden sollen.

Die skizzierten Probleme waren also vielfältig und gerade in ihrer Verschränkung eine Herausforderung. Ihnen standen substantielle Guthaben gegenüber. So entfaltete das Institut besonders in der Kooperation mit dem Bildungsrat eine enorme, bislang noch nicht ausgemessene Produktivität, gleiches gilt für den Bereich der Sozialisationsforschung, und auch die gesellschaftlichen Wirkungen der Forschung besonders im Bereich der Bildungsreformen sind noch nicht untersucht. Das IfB/MPIB brachte aber auch gerade aufgrund des partizipativen Modus' und großer Freiheiten innovative, zum Beispiel qualitativ orientiere Forschungsansätze hervor (»Objektive Hermeneutik«). Zudem wurden am Institut als unmittelbare Ergebnisse der dort gewählten partizipativen Entscheidungsstruktur kooperative Strategien der Forschungsentwicklung wie zum Beispiel das Design einer nicht kompetitiven Forschungsevaluation konzipiert und realisiert. Ebenfalls gelang in den 1970er Jahren die Identifikation von »Forschungsfeldern«, welche die interdisziplinäre Weiterarbeit neu rahmen sollten. Der hohe Stand der Selbstreflexion ermöglichte zudem Diskurse, welche die Teilnehmer*innen befähigten, Probleme mit geringen taktischen Maskierungen zu adressieren. Einige der Hauptkritikpunkte aus dem Beirat schienen wiederum wenig stichhaltig. Das gilt etwa für den Vorwurf vermeintlicher Empirie-Ferne, der angesichts der am Institut angegangenen Projekte wenig überzeugend ist, zumal der Empirie-Begriff selbst in den Diskussionen nur ein einziges Mal und dann nur randständig reflektiert wurde. Dieser Kritikpunkt stellte daher vermutlich auch ein Echo der skizzierten zeitgenössischen Argumentationsmuster im Zuge der Tendenzwende und einen der Hebel dar, am MPIB einen veränderten Forschungstypus zu institutionalisieren. Ähnlich wurde die Vorhaltung der Ineffizienz in den Beiratsdiskussionen nicht skaliert oder wissenschaftstheoretisch sondiert, sondern blieb formelhaft. Dabei wird am Beispiel der Einschätzung des Beiratsmitglieds Herwig Blankertz deutlich, dass während der Diskussionen in dieser Transformationsphase bis heute aktuelle Fragen der Legitimation und Qualität von Wissenschaft berührt wurden. So behauptete Blankertz, der in den Beiratsdiskussionen insgesamt eine ausgewogene Position vertrat, dass auch langjährig betriebene Projekte effizient sein könnten, sofern sich Effizienz an der Sinnhaftigkeit der betriebenen Forschung und nicht an dem von

Heckhausen geforderten Output der Anzahl von Aufsätzen in Fachjournalen bemessen würde. Damals wurden derlei Fragestellungen jedoch nicht weiter diskutiert. Der bemängelte fehlende Anschluss zur disziplinären Forschung schließlich war bei dem verfolgten interdisziplinären Ansatz, der auf die Integration der Institutsforschung setzte, strukturbedingt unumgehbar. Zu derlei Risiken gehörte etwa die Verinselung der Forschung oder die Problematik der Anschlussfähigkeit des Nachwuchses gegenüber einer institutsextern überwiegend disziplinär organisierten Wissenschaft.[1800] Berücksichtigt man allerdings die hohe Zahl der Mitarbeitenden des Instituts, die vom MPIB aus direkt auf Professuren wechseln konnten, hatte sich die Institutsforschung zumindest von ihrem wissenschaftlichen Standard her offenbar bewährt. Auch das Argument schließlich, dass sich die ›Professionalität‹ der Forschung mit dem Schwenk auf eine empirische Sozialforschung hin erhöhen würde, scheint wenig überzeugend. So wurde in dieser Arbeit am Beispiel von Debatten des Deutschen Soziologentags 1974 in Kassel gezeigt, wie gerade die Vertreter und Befürworter der sich damals im Aufwind befindlichen empirischen Sozialforschung das Diktum von der damit vorgeblich verbundenen Leistungssteigerung und Professionalisierung nutzten, um die »Soziologie als eine empirische Wissenschaft zur systematischen Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Prozesse« (Rainer Lepsius)[1801] zu legitimieren und ihre Institutionalisierung zu fördern. Dieses Programm wurde, wie Christoph Weischer primär am Beispiel der Entwicklungen in der Soziologie zwischen 1965 und 1980 gezeigt hat, in der Folgezeit in der Bundesrepublik in großem Maßstab umgesetzt.[1802] Insgesamt betrachtet, handelte es sich im Fall der Bewertung der Institutsforschung am MPIB angesichts der ambivalenten Aspekte daher wohl auch um eine Leitungsentscheidung: nämlich ob man seitens der MPG bereit war, die erwähnten Probleme als *obstacles on the road* zu deuten und weiterhin Ressourcen zur Verfügung zu stellen und geeignetes Leitungspersonal zu gewinnen, um auch mit den Problemen einen Umgang zu finden. Dieser Weg wurde in der MPG nicht beschritten.

Reaktionen am Institut: Der letzte in dieser Arbeit behandelte Aspekt galt den Reaktionen auf die zunehmend druckvolle Situation am MPIB in den 1970er Jahren. Eine pragmatische Form bestand in der Entwicklung eines neuen Leitprojekts des Instituts, des ab 1976 konzipierten »Bildungsberichts«. Nach der Auflösung des Bildungsrats hatte man am MPIB versucht, der damit in der Bundesrepublik entstanden Lücke zu begegnen und gleichzeitig den veränderten Anforderungen an die Forschung, die im Beirat immer klarer formuliert wurden, entgegenzukommen. Dabei veränderten sich die Planungen des Bildungsberichts, das Konzept der Nullnummer und die Konzeption der nachfolgenden Berichte entlang der Rückmeldungen des Beirats stetig. Letztlich entfernte sich der Bericht zunehmend von gesellschaftspolitischen Fragen und wurde besonders ab der zweiten Folge auf eine statistikbasierte, standardisierte Dauerbeobachtung des Bildungswesens hin orientiert. Die 1980 veröffentlichte erste Nummer traf dann

---

1800 Vgl. zu den »zähe[n] Schwierigkeiten« der Struktur interdisziplinärer Arbeit auch die Bilanzierung jahrelanger Erfahrungen am ZiF durch Jürgen Kocka. Vgl. Jürgen Kocka: Einleitung. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987, 7–14, Zitat 9.

1801 Lepsius, *Ansprache*, 1976, 12.

1802 Vgl. Weischer, *Das Unternehmen*, 2004, 235–366, bes. 287–366.

auf eine sehr große Nachfrage, erhielt Lob im Beirat und fiel – wie einer der leitenden Projektmitarbeiter*innen feststellte – »normativ enthaltsam und theoretisch unaufdringlich« aus. Diverse Mitarbeiter*innen reagierten auf den spürbar gestiegenen externen wie internen Druck auf das MPIB wiederum durch einen ›freiwilligen‹ Exodus, der seitens der MPG-Führung durchaus erwünscht war, besonders als mit der Entscheidung für einen Psychologen in der Nachfolge Beckers die künftige Forschungsausrichtung am Institut deutlich akzentuiert war. So sprach Becker in seinem finalen Institutsbericht im Januar 1981 davon, dass in den letzten Jahren per anno »im Schnitt 10 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter ausgeschieden« seien. Die Lage war für die Mitarbeitenden noch dadurch unsicherer geworden, dass für Edding kein und für Goldschmidt (durch eine unglückliche Überlagerung mit personellen Bedarfen des Starnberger Instituts) erst zu Anfang der 1980er Jahre ein Nachfolger gefunden wurde. Außerdem trugen die – auch und gerade von Lüst – im Beirat vermittelten Signale, die darauf hindeuteten, dass bestimmte Forschungsansätze und Karriereverläufe am MPIB künftig verminderte Chancen haben würden, dazu bei, die Situation am Institut immer unbehaglicher werden zu lassen. Dies reichte bis zu dem Hinweis auf die rechtlichen Möglichkeiten der Kündigung im Falle von konzeptionellen Umstrukturierungen am MPIB. Aber auch Beckers Haltung, der damit umzugehen hatte, dass seine Beziehungsnetze mit dem erwähnten generationellen Wandel ab Anfang der 1970er Jahre ebenfalls wegzubrechen begannen, gab kaum Anlass zu Optimismus. In seinem Verhalten im Beirat zeigte sich vielmehr, vor allem nachdem der BR aufgelöst war, eine teilweise nahezu renitent anmutende Hilflosigkeit, die das Institut tendenziell führungslos ließ. Auch seitens der anderen Institutsdirektoren kam es nicht zu nennenswertem Widerstand. Man hatte sich in der Leitungsriege offenbar ab einem gewissen Zeitpunkt – wohl auch angesichts der sich politisch wie wissenschaftlich wendenden Lage – mit dem Kurs der MPG abgefunden und suchte den Übergang möglichst ruhig zu gestalten. Immerhin stand auch die Möglichkeit im Raum, dass das gesamte Institut aufgelöst werden könnte, obwohl dies angesichts der Größe letztlich kaum wahrscheinlich schien. Allein Habermas opponierte in der Beiratssitzung Ende November 1979 zumindest gegen den Modus der verdeckten Institutsumstellung. Den Mitarbeitenden war in dieser Sitzung ein ideell hoch aufgeladenes Konzept des Beiratsmitglieds Urie Bronfenbrenner für die künftige Institutsentwicklung vorgelegt worden, das bestimmte Entwicklungsperspektiven versprach, die aber damals realistischerweise nicht mehr erreicht werden konnten. Unter anderem war Baltes schon berufen und der künftige Kurs des Instituts damit annähernd unumkehrbar. In dem Versuch, wenigstens eine transparente und wahrhaftige Kommunikation zu etablieren, informierte Habermas dann darüber, dass die Umsteuerung der Institutsausrichtung »in den höheren MPG-Rängen, in der Nachfolgekommission und mehrheitlich im Beirat« bereits ausgemachte Sache sei:

> Die ›eindeutige Meinung‹ der besagten Gremien sei, daß das Institut sich in die heute dominierende wissenschaftspolitische Richtung einzuordnen habe, indem mehr konventionelle und mehr disziplinäre Forschung betrieben und sehr viel weniger integrierte Perspektiven und Verbindung von Arbeit und persönlicher Sinnerfüllung angestrebt werden. Es sei ›hygienischer‹, diesen Trend der Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen und diese policy zu akzeptieren (wie ja auch in Starnberg) [...]. Denn tatsächlich müsse man – und das sei schlimmer als zeitweilige Rückschläge im vorherrschenden Wissenschaftsklima – ein-

sehen, daß bestimmte Intentionen des Instituts illusionär gewesen seien, jedenfalls nicht alles, was man zusammen habe realisieren wollen, tatsächlich habe eingelöst werden können.[1803]

Transformation der Bildungsforschung – Bilanz und Fragen

Transformation und Tendenzwende: Gezeigt wurde, dass sich für das IfB/MPIB schon seit 1969 die politischen Anschlussmöglichkeiten zu verringern begannen, während in der MPG der Ansatz der Bildungsforschung zeitgleich immer stärker in die Kritik geriet und in den 1970er Jahren dann die Weichen für eine Transformation der Forschung gestellt wurden. Das Instrumentarium für die Umstellung lieferte innerhalb der MPG vor allem eine neue, unter Lüst ausgebaute Managementform, die es erlaubte, forschungspolitische Zielstellungen der MPG-Spitze bis auf die Arbeitsebene des Instituts hin zu übersetzen. Als Kontrastbild zur Bildungsforschung zeichnete sich über alle Äußerungen der Kritisierenden hinweg eine als ›empirisch‹, ›effizient‹ beziehungsweise als besonders ›leistungsfähig‹ dargestellte, disziplinär orientierte Sozialforschung ab, die beanspruchte, ›ideologiefrei‹ und entpolitisiert zu sein und die sich dabei auf das wissenschaftsimmanente Erkenntnisideal der exakten Naturwissenschaften bezog. Mit der Umstellung der Bildungsforschung – die danach letztlich keine Bildungsforschung des ursprünglichen Typs mehr sein würde – wurden die Sozialwissenschaften in der MPG insofern im Ergebnis dem damals dominierenden Wissenschaftsverständnis der Forschungsgesellschaft angeglichen. Dieser Prozess würde sich, wie Leendertz gezeigt hat, mit der Einrichtung des Kölner MPIfG fortsetzen.

Zugleich wurden politische Verortungen sichtbar: Jenseits möglicher konservativer Herkunftslinien der Bildungsforschung bewegte sich auf der einen Seite das IfB/MPIB, sobald es ab Mitte der 1960er Jahre Gestalt annahm, in einem linken Spektrum, mit teilweise neomarxistisch fundierten Forschungsansätzen, es arbeitete in enger Kooperation mit dem BR und stand in der Nähe zu einer linksliberalen bildungspolitischen Programmatik der Regierungsparteien im Bund, die von Mitarbeiter*innen des Instituts teilweise mit begründet und formuliert worden war. Am Institut arbeiteten zum Teil führende (ehemalige) Aktive der Studierendenbewegung, innerhalb der MPG stellte das Institut mit seiner experimentellen und partizipativ ausgerichteten Organisation von Forschung und Governance eine Ausnahme dar und es galt dort, auch in Bezug auf den Einsatz seiner (und der Starnberger) Mitarbeiter*innen für erweiterte Mitbestimmungsrechte, als linkes und durchaus aufrührerisches Institut. Dagegen standen auf der anderen Seite die Kritiker der Bildungsforschung, die handlungsfeldübergreifend als konservativ eingeordnet werden können. Das galt für Politik (Maier, Hahn), Wirtschaft (IHKs, Merkle, Winnacker, Wurster), Wissenschaft (BFW, Heckhausen, Lüst, Scheuch) oder intermediäre Bereiche (FTS, Birrenbach). Auf diesem Hintergrund erscheint die These, den Transformationsprozess als Ausprägung der konservativen Tendenzwende zu deuten, gerechtfertigt, auch wenn

1803 Protokoll der Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 27./28. 11. 1979, S. 24–25, AMPG, III. Abt., Rep. 180, Nr. 81.

vertiefende Studien besonders zur politischen Ausrichtung der Kritiker und zu deren feldübergreifenden Vernetzungen noch fehlen.

Zu fragen wäre weiterführend, was dieses Ergebnis für die Einordnung von Ansätzen der empirischen Sozialforschung bedeutet, inwiefern diese im logischen Umkehrschluss also einem ›konservativen‹ Wissenschaftsverständnis zuzuordnen wären – und was dies einerseits für die konkreten Ausformungen dieser Forschung und andererseits für den Begriff des ›Konservativen‹ hieße. Einer der zentralen Ansprüche dieses Forschungstyps besteht zwar gerade in seiner vermeintlichen Wertfreiheit und ›Ideologieferne‹. Doch ist dieser Anspruch bestreitbar beziehungsweise verläuft genau hier die wissenschaftstheoretische, zeitgenössisch – wenngleich kaum in den MPG-Gremien –debattierte Frontlinie; letztlich seit Max Weber und bis heute.[1804] Dabei legt das mit dieser Studie am Beispiel der Wissenschaftsentwicklung am MPIB aufgezeigte enge Zusammenspiel von Personen und Organisationen aus dem politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Handlungsfeld nahe, die politische und ökonomische Funktionalität empirischer Sozialforschung genauer zu beobachten. Das gälte – um beim MPIB zu bleiben – zum Beispiel für die PISA-Studien, die unter der nationalen Konsortialführerschaft des MPIB begonnen wurden (zuerst: »PISA 2000«) und die der Institutionalisierung der »Empirischen Bildungsforschung« an deutschen Universitäten nachfolgend den Weg ebneten.

Rolle der Wirtschaft: Besonders auffällig ist am Transformationsprozess der Bildungsforschung, dass auf ihn Spitzenvertreter aus der westdeutschen Wirtschaft inner- und außerhalb der MPG besonders früh, massiv und auf breiter Front einwirkten. Verstärkt opponierten sie gegen den Forschungsansatz des IfB/MPIB (und des Starnberger MPIL) seit dem letzten Drittel der 1960er Jahre. Die Kanäle der Einflussnahme waren dabei vielfältig und reichten von Widerstand und Kritik in den Leitungs- und Beschlussorganen der MPG über die Androhung des Rückzugs von Finanzzuwendungen an die MPG durch einflussreiche Verbände, den IHKs, über die annähernd komplette Finanzierung des BFW und die Beeinflussung der Forschung durch die gezielte Auflage geeigneter Förderprogramme von Seiten der FTS. Diese Beobachtungen weisen derzeit vor allem auf künftigen Forschungsbedarf hin. Denn Studien, die Aufschluss darüber geben könnten, wer diese Vertreter aus der Wirtschaft waren, was sie motivierte und wie sie agierten, stehen noch weitgehend aus, ebenso wie Arbeiten über interessengeleitete Finanzbewegungen im Wissenschaftsbereich. Auch ist noch nicht untersucht, wie die Beziehungsnetze inner- und außerhalb des ökonomischen Handlungsfeldes aussahen und inwiefern die auffällig hohe semantische und stilistische Ähnlichkeit der Argumente gegen den am MPIB und am MPIL vertretenen Forschungstypus abgestimmt war – untereinander und auch mit den ›Munitionsgebern‹ aus dem wissenschaftlichen und politischen Bereich. Letztlich stellt sich insofern genereller die Frage nach der Bedeutung von Wirtschaftsvertreter*innen, Unternehmen und wirtschaftlicher Organisationen für die bundesdeutsche Wissenschaftsentwicklung. Da Personen aus den Führungsetagen westdeutscher Finanz- und Wirtschaftskonzerne in der

1804 1970 hat Apel die unterschiedlichen Positionen, mit Sympathie für die »Kritische Theorie« beispielhaft pointiert. Vgl. Apel, *Wissenschaft als Emanzipation?*, 1988.

MPG über ihren hohen Anteil im Senat und vor allem im Verwaltungsrat weitreichende Mitbestimmungsmöglichkeiten hatten, müsste dabei der MPG als institutionalisierter Schnittstelle – sowohl zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als auch zwischen außer- und universitärer Wissenschaft – besondere Aufmerksamkeit zukommen.

Präsidenten / Wissenschaftsmanager: In der MPG nahmen die Präsidenten Butenandt und Lüst für die erfolgreiche Gründung und Entfaltungsmöglichkeit des IfB (wie auch des Starnberger Instituts) respektive für die folgende Umgestaltung der Bildungsforschung jeweils Schlüsselpositionen ein. Allerdings ist noch weitgehend unklar, wie sich die Amtswahrnehmung und Machtausübung dieser Wissenschaftsmanager an der Spitze der MPG auf der Hinterbühne gestaltete und welche Rolle ihre weltanschaulichen und politischen Motive dabei spielten. Im Fall Butenandts etwa wäre die Gründungsgeschichte des IfB vor 1958 insbesondere über die Untersuchung seiner pädagogischen, wissenschaftlichen und politischen Prägungen, der Verarbeitung der deutschen Niederlage von 1945 und seiner Antriebe beim ›Neuanfang‹ sowie seiner Beziehungsnetze eingehender zu beleuchten. Eine ähnliche Sondierung der Sozialisation, der weltanschaulichen Lagerung und der Antriebsmotive wäre auch für Lüst relevant, besonders um die ›außerwissenschaftlichen‹ Dimensionen des Transformationsprozesses der Sozialwissenschaften in der MPG deutlicher fassen zu können. Gestreift wurde in der vorliegenden Studie allein Lüsts wissenschaftspolitische Orientierung, die ab Ende der 1970er Jahre klarer erkennbar wurde. Als Vertreter der Förderung von Leistungseliten, des verschärften Wettbewerbs und des damit verbundenen Ziels einer leistungsbasierten »Differenzierung« im bundesdeutschen Wissenschaftssystem wurde er hier im Bereich neoliberaler Positionen verortet.

Die frühen Sozialwissenschaften in der MPG: Von der »utopischen Episode« zur »pragmatischen Wende«?

Abschließend ist auf die in der Forschung vorgeschlagene Kennzeichnung der frühen Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG als »utopische Episode« (Horst Kant/Jürgen Renn) zurückzukommen, die von einer »pragmatischen Wende« (Ariane Leendertz) abgelöst worden sei. Nach dem Durchgang durch die Geschichte des Bildungsforschungsinstituts in der Ära Becker lässt sich zunächst festhalten, dass sich die von Kant und Renn nurmehr angedeutete Lesart, die am Bildungsforschungsinstitut und am MPIL vertretenen Forschungsansätze zusammenzudenken, bestätigt hat: Die Geschichte des Bildungsforschungsinstituts hat sich als vielfach mit der Entwicklung der Starnberger Einrichtung verschränkt erwiesen. Auch der von Leendertz gezeigte Präferenzwandel in der MPG von den in Starnberg vertretenen Ansätzen hin zu einer empirischen Sozialforschung, den sie anhand der Schließungsgeschichte Starnbergs herausarbeitet und den sie zugleich als Deutungsrahmen für die Gründungsgeschichte des Kölner MPIfG aufspannt, konnte durch die Rekonstruktion der Geschichte des West-Berliner Instituts nachvollzogen und weiter substantiiert werden. Allerdings konzentriert sich Leendertz im Hinblick auf die Geschichte des MPIL auf die Soziologie, sie rückt den von ihr so genannten »holistischen« Ansatz Weizsäckers in den Hintergrund und schlägt das Bildungsforschungsinstitut der Erziehungswissenschaft zu, womit es aus ihrem Betrachtungsfokus rückt. In der vorliegenden Studie wird das Bildungsforschungsinstitut dagegen einer spezifischen Form

einer integrativen Sozialwissenschaft zugeordnet und die These eines am MPIB und am MPIL unternommenen strukturähnlichen und thematisch komplementären ›Doppelansatzes‹ vertreten. Der Beginn der Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG wird daher deutlich früher als bei Leendertz angesetzt, nämlich mit der Gründungsgeschichte des Bildungsforschungsinstituts. Weizäckers Leitidee der »Einheit der Wissenschaften« wiederum wird als eine der wichtigen Spuren gedeutet, die auf mögliche Herkunftslinien dieses ›Doppelansatzes‹ hinweisen, die auch in die Zeit vor 1945 zurückreichen. In Bezug auf die damit ins Blickfeld gelangten wissenschaftstheoretischen Traditionen wurden erste Hypothesen entwickelt, vorrangig aber wurde auf den hier bestehenden Forschungsbedarf verwiesen. Gleiches gilt für die angeführten Hinweise auf Beckers wissenschaftliche Sozialisation vor 1945 in einem konservativen intellektuellen Milieu und für die Nachkriegszeit im Hinblick auf mögliche Anleihen der Konzeption der Bildungsforschung bei Ansätzen der »Kritischen Theorie«. Schließlich wird Leendertz' Diagnose einer »Wende« unter Einbeziehung der Geschichte des MPIB in einen stärker politisch dimensionierten Kontext gerückt, insofern der untersuchte Transformationsprozess der Bildungsforschung in den 1970er Jahren als eine der Ausprägungen einer vielgestaltigen konservativen Tendenzwende rekonstruiert wird. Damit geht zugleich einher, dass die konstatierte »Wende« in der MPG zeitlich vorzuverlegen wäre, spätestens auf das Ende der 1970er Jahre, mit der Berufung von Baltes.

Zumindest ansatzweise sei zum Abschluss auf die Semantik der Bezeichnungen der »utopische[n] Episode« und der »pragmatischen Wende« eingegangen. So erscheint es auf Basis der Ergebnisse dieser Arbeit ebenso passend wie zugleich präzisierungsbedürftig, die Geschichte der Sozialwissenschaften in der MPG bis etwa 1981 als »utopische Episode« zu charakterisieren. Auch wenn das an dieser Stelle ohne eine Auseinandersetzung mit dem Utopiebegriff nur gestreift werden kann: Passend können darunter in West-Berlin und in Starnberg verfolgte Forschungsansätze subsumiert werden, sofern sie, etwa in Anlehnung an Entwürfe einer »Kritischen Theorie«, das Wagnis einer theoretisch basierten Transzendierung von Wirklichkeit unternahmen und sich nicht mit einer zum Beispiel von Schelsky nach 1945 ausgerufenen ›Tatsachenverhaftung‹ begnügten. Klärungsbedürftig erscheint die Zurechnung des ›Doppelansatzes‹ zu einer »utopischen Episode« aufgrund einer zweifachen begrifflichen Unschärfe, die in dem Beitrag von Kant und Renn nicht behoben wird. Zum einen legt die Kennzeichnung als »Episode« in der Geschichte der MPG ein Vorübergehendes und Abgeschlossenes nahe, was den historischen Entwicklungsraum unzulässig begrenzte. Denn – diese persönliche Bemerkung sei zum Abschluss erlaubt – gerade von der Wissenschaft sollten angesichts der Massivität heutiger globaler Problemlagen eher wieder Vorschläge für eine rational rückgebundene Öffnung utopischer Horizonte und für die Emanzipation von real fehllaufenden Entwicklungen erwartet werden können, als das über den Hinweis auf die Komplexität der Welt legitimierte Festhalten am TINA-Prinzip. Zum anderen aber und vor allem wird zu dem Begriff der »Utopie« bei Kant und Renn nicht wirklich Stellung bezogen. Die Bezeichnung als »utopische Episode« lässt daher Raum nicht nur für die gerade angeführte Ausdeutung, die auf eine dem Anspruch nach rational kontrollierte Überschreitung gegebener Realitäten zielt. Sondern es wird damit potentiell ebenso eine Diffamierung des Utopiebegriffs mitgeführt, die auch in der Bundesrepublik besonders in den 1970er Jahren von konservativer Seite aus in wissenschaftsbezogenen

Diskursen unternommen wurde. Diese Vorwürfe haben einen langen Nachhall und tragen wohl nicht unerheblich dazu bei, dass sich die wissenschaftliche Reflexion über politische Ausgangs- und Zielpunkte von Forschung bis heute allzu leicht dem Vorwurf des ›Subjektivismus‹ ausgesetzt sieht und der höchst unscharfe Begriff der »Ideologie« genutzt werden kann, um derlei Ansätze in Misskredit zu bringen. Die Feststellung einer »pragmatischen Wende« wiederum kennzeichnet den damit eingeschlagenen Kurs der MPG im Bereich der Sozialwissenschaften recht genau. Inwieweit der hier mitlaufenden Vorstellung des Pragmatischen dabei der Erkenntnisgestus einer »hypostasierte[n] Realitätsanpassung« eingeschrieben ist, den Clemens Albrecht, bewusst überspitzt, Helmut Schelsky unterstellt, wäre zu prüfen – zum Beispiel über eine genauere Befassung mit den nach 1981 am MPIB ins Werk gesetzten veränderten Formen der Bildungsforschung.[1805]

1805 Vgl. Albrecht, *Gefundene Wirklichkeit*, 2008, 78.

6. Anhang

6.1 Archivmaterialien

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (AMPG)

II. Abt., Rep. 43, MPI für Bildungsforschung
Nr. 15, 16, K1, K 31, K 34, K 43, 103, 304, 385, 473, 576

II. Abt., Rep. 60, Senat
Nr. 14.SP, 28.SP, 33.SP–46.SP, 53.SP, 58.SP–63.SP, 66.SP, 67.SP, 69.SP, 71.SP, 74.SP–76.SP, 80.SP, 82.SP, 88.SP, 91.SP, 94.SP, 97.SP, 98.SP, 100.SP, 108.SP, 111.SP

II. Abt., Rep. 61, Verwaltungsrat
Nr. 40.VP, 47.VP, 51.VP, 53. VP, 58. VP, 61, 65, 67.VP, 69.VP, 70.VP, 72.VP, 4.VP–76.VP, 78.VP, 84.VP, 85.VP, 87.VP, 88.VP, 93.VP, 96.VP, 97.VP, 103.VP, 105.VP, 106, 108.VP, 119.VP

II. Abt., Rep. 62, Wissenschaftlicher Rat
Nr. 396, 1412–1413, 1416, 1424, 1427, 1429, 1431–1432, 1435–1437, 1442, 1448, 1450, 1454–1456, 1941, 1944, 1945, 1948

II. Abt., Rep. 66, Generalverwaltung: Institutsbetreuung
Nr. 569, 574–576, 578, 579, 581, 584

II. Abt., Rep. 102, Gründungsakten
Nr. 69

III. Abt., Rep. 180, Nachlass Wolfgang Edelstein
Nr. 66, 67, 76, 77, 79, 81, 82

IX. Abt., Rep. 5, Tätigkeitsberichte von (Kaiser-Wilhelm-) Max-Planck-Instituten
Nr. 84–117

Bayerisches Wirtschaftsarchiv (BWA)

01 Industrie- und Handelskammer, K 009 / 886 – Bildungspolitik – „Ettlinger Kreis“

Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BArch) und Freiburg (BArch-MA)

R 9361-II, 194248, Personenbezogene Unterlagen der NSDAP/Parteikorrespondenz
R 9361-III, 7510333, Personenbezogene Unterlagen der SS und SA
R 9361-VI, 4848, Personenbezogene Unterlagen der Einwandererzentralstelle/EWZ
R 9361-IX, 7301020, Personenbezogene Unterlagen der NSDAP. – Mitgliederkartei. –Gaukartei
RW 31, 392, Wirtschaftsstab Ost mit nachgeordnetem Bereich

Archiv der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK)

VI. HA, Nl Becker, C. H., Nr. 6634, (Nachlass Carl Heinrich Becker)

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Sigmaringen (LABW, StAS)

Wü 13 T2, Nr. 2016/007, Entnazifizierung

Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH)
Abt. 47, Nr. 1106, Christian-Albrechts-Universität Kiel

6.2 Zeitzeugeninterviews

Britta Behm: Interview mit Alexander Kluge. Berlin 15. 11. 2019, DA GMPG, ID 601058.
Jürgen Renn: Interview mit Wolfgang Edelstein. Berlin 8. 1. 2013, DA GMPG, ID 601077.

6.3 Verzeichnis der publizierten Quellen und der Literatur

Abelein, Manfred (Hg.*): Deutsche Kulturpolitik. Dokumente.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970.

Abelshauser, Werner: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis in die Gegenwart.* 2. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2011.

Abkommen über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates vom 17. Juli 1965. Dokument Nr. 30. In: Manfred Abelein (Hg.): *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970, 176–178.

Adorno, Theodor W.: *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959–1969.* Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1970.

Adorno, Theodor W. et al.: Zur Polizei und den Studenten. *Die Zeit* 23 (9. 6. 1967). https://www.zeit.de/1967/23/zur-polizei-und-den-studenten. Zuletzt aufgerufen am 20. 9. 2020.

Adorno, Theodor W., Max Horkheimer und Eugen Kogon: Die verwaltete Welt oder: Die Krisis des Individuums. In: Max Horkheimer: *Gesammelte Schriften. Bd. 13: Nachgelassene Schriften 1949–1972.* Herausgegeben von Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt am Main: Fischer [1950] 1989, 121–142.

Adorno, Theodor W. und Max Horkheimer: *Briefwechsel 1927–1969. Bd. IV: 1950–1969.* Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006.

Albrecht, Clemens: Vom Konsens der 50er zur Lagerbildung der 60er Jahre: Horkheimers Institutspolitik. In: Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann und Friedrich H. Tenbruck: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Campus 1999, 132–168.

———: Gefundene Wirklichkeit. Helmut Schelsky und die geistige Physiognomie politischer Konversion. In: Sonja Asal und Stephan Schlak (Hg.): *Was war Bielefeld? Eine ideengeschichtliche Nachfrage.* Göttingen: Wallstein 2009, 64–83.

Albrecht, Clemens, Günter C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann und Friedrich H. Tenbruck: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Campus 1999.

Aljets, Enno: *Der Aufstieg der Empirischen Bildungsforschung. Ein Beitrag zur institutionalistischen Wissenschaftssoziologie. Mit einem Geleitwort von Uwe Schimank und Georg Krücken.* Wiesbaden: Springer VS 2015.

Allmendinger, Jutta: Nachruf auf Wolfgang Edelstein. Warum er so sehr fehlt. *Der Tagesspiegel* (1. 3. 2021). https://www.tagesspiegel.de/wissen/nachruf-auf-wolfgang-edelstein-warum-er-so-sehr-fehlt/26958474.html. Zuletzt aufgerufen am 8. 9. 2021.

Aly, Goetz und Karl Heinz Roth: *Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus.* 2. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer 2000.

Anweiler, Oskar: Bildungspolitik. In: Hans Günter Hockerts (Hg.): *1966–1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs.* Baden-Baden: Nomos 2006, 709–753.

Anweiler, Oskar, Hans-Jürgen Fuchs, Martina Dorner und Eberhard Petermann (Hg.): *Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1992.

Apel, Karl-Otto: Wissenschaft als Emanzipation? – Eine kritische Würdigung der Wissenschaftskonzeption der »Kritischen Theorie«. In: Karl-Otto Apel: *Transformation der Philosophie. Bd. 2: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft.* 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1970] 1988, 128–154.

Arnold, Heinz Ludwig (Hg.): *Text+Kritik. Zeitschrift für Literatur* Heft 85/86: Alexander Kluge (1985).
———: *Text+Kritik. Zeitschrift für Literatur* Heft 85/86: Alexander Kluge. Neufassung (2011).

Asal, Sonja und Stephan Schlak (Hg.): *Was war Bielefeld? Eine ideengeschichtliche Nachfrage.* Göttingen: Wallstein 2009.

Ash, Mitchell G.: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. *NTM Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin* 18/1 (2010), 79–118.
———: Psychology. In: Roger E. Backhouse und Philippe Fontaine (Hg.): *The History of the Social Sciences since 1945.* Cambridge: Cambridge University Press 2010, 16–37.

———: *Die Max–Planck–Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995.* Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Aßmann, Alex: *Klaus Mollenhauer. Vordenker der 68er – Begründer der emanzipatorischen Pädagogik. Eine Biografie.* Paderborn: Schöningh 2015.

Aust, Stefan: *Der Baader-Meinhof-Komplex.* München: Knaur 1989.

Autonomie und Autorität des Menschen – ein Spannungsverhältnis? Ein Gespräch. In: Hans W. Nicklas (Red.): *Politik, Wissenschaft, Erziehung. Festschrift für Ernst Schütte.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1969, 8–40.

Autorinnen und Autoren. In: Knut Nevermann (Hg.): *Die 68er. Von der Selbst-Politisierung der Studentenbewegung zum Wandel der Öffentlichkeit.* Hamburg: VSA-Verlag 2018, 244–246.

b:e-Interview mit Helmut Becker, Peter Bonn und Norbert Groddeck. Warten auf die Nagelprobe. Hessische Rahmenrichtlinien – Entstehung und Erprobung. In: Redaktion betrifft: erziehung (Hg.): *Curriculumdiskussion.* Weinheim: Beltz 1974, 191–201.

Baader, Meike Sophia: *Erziehung als Erlösung. Transformationen des Religiösen in der Reformpädagogik.* Weinheim: Juventa 2005.

Baader, Meike Sophia, Carolin Oppermann, Julia Schröder und Wolfgang Schröer: *Ergebnisbericht: »Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe«.* Hildesheim: Universitätsverlag Hildesheim 2020.

Backhouse, Roger E. und Philippe Fontaine (Hg.): *The History of the Social Sciences since 1945.* Cambridge: Cambridge University Press 2010.

Bahrdt, Hans P. und Sven Papcke: Rezension zu *Deutsche Soziologie seit 1945*, herausgegeben von Günther Lüschen. *Soziologische Revue* 3/3 (1980), 261–268.

Balcar, Jaromír: *Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung.* Berlin: GMPG-Preprint 2019.
———: *Wandel durch Wachstum in »dynamischen Zeiten«. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955 bis 1972.* Berlin: GMPG-Preprint 2020.

»Balke, Siegfried«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1984. http://www.munzinger.de/document/00000005712. Zuletzt aufgerufen am 6. 7. 2020.

Baltes, Paul B.: Autobiographical Reflections. From Developmental Methodology and Lifespan Psychology to Gerontology. In: James E. Birren und Johannes J. f. Schroots (Hg.): *A History of*

Geropsychology in Autobiography. Washington, DC: American Psychological Association 2002, 7–26.

Bamberg, Hans-Dieter*: Die Deutschland-Stiftung e. V. Studien über Kräfte der »demokratischen Mitte« und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Meisenheim am Glan: Hain 1978.

Barlösius, Eva: Wissenschaft als Feld. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer 2012, 125–135.

Barksdale Clowse, Barbara: *Brainpower for the Cold War. The Sputnik Crisis and National Defense Education Act 1958*. Westport, CT: Greenwood Press 1981.

Bartz, Olaf: *Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957–2007*. Stuttgart: Franz Steiner 2007.

Bauer, Ullrich und Klaus Hurrelmann: »Sozialisation«. In: Heinz-Elmar Tenorth und Rudolf Tippelt (Hg.): *Beltz Lexikon Pädagogik*. Weinheim: Beltz 2012, 672–675.

Baumert, Jürgen, Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 1: Entwicklungen seit 1950*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980.

——— (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980.

Baumert, Jürgen et al. (Hg.): *TIMSS – Mathematisch-naturwissenschaftlicher Unterricht im internationalen Vergleich. Deskriptive Befunde*. Opladen: Leske + Budrich 1997.

Baumert, Jürgen, Eckard Klieme, Michael Neubrand, Manfred Prenzel, Ulrich Schiefele, Wolfgang Schneider, Petra Stanat et al. (Hg.): *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich 2001.

Bavaj, Riccardo: Intellectual History. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2010. http://docupedia.de/zg/bavaj_intellectual_history_v1_en_2010. Zuletzt aufgerufen am 23. 8. 2021.

Becker, Carl Heinrich: Gedanken zur Hochschulreform. In: Carl Heinrich Becker: *Internationale Wissenschaft und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften*. Herausgegeben von Guido Müller. Köln: Böhlau [1919] 1997, 180–223.

Becker, Hellmut: Sozialforschung und Bildungspolitik. In: Alexander Busch (Hg.): *Soziologie und moderne Gesellschaft. Verhandlungen des vierzehnten Deutschen Soziologentages vom 20. bis 24. Mai 1959 in Berlin*. Stuttgart: Enke 1959, 191–206.

———: Kurt Hahn zwischen Kindern und Erwachsenen. In: Hermann Röhrs (Hg.): *Bildung als Wagnis und Bewährung. Eine Darstellung des Lebenswerkes von Kurt Hahn.* Heidelberg: Quelle & Meyer 1966, 98–101.

———: Friedrich Eddings Beitrag zur Bildungsökonomie und Bildungsforschung. In: Klaus Hüfner und Jens Naumann (Hg.): *Bildungsökonomie – Eine Zwischenbilanz. Economics of Education in Transition. Friedrich Edding zum 60. Geburtstag.* Stuttgart: Klett 1969, 9–15.

———: Der Bildungsrat. Bildungsplanung als Lernprozeß. *Neue Sammlung* 10 (1970), 1–18.

———: Bildungsforschung und Bildungsplanung. In: Hellmut Becker: *Bildungsforschung und Bildungsplanung.* Frankfurt am Main: Suhrkamp [1969] 1971, 9–37.

———: Einleitung. In: Saul B. Robinsohn: *Erziehung als Wissenschaft.* Herausgegeben von Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas. Stuttgart: Klett 1973, 7–14.

———: Adolf Grimme zum Gedächtnis, 1964. In: Hellmut Becker: *Weiterbildung. Aufklärung – Praxis – Theorie, 1956–1974.* Stuttgart: Klett [1964] 1975, 311–315.

———: Politische Bildung der Studenten und politisches Engagement der Studentenschaft, 1967. In: Hellmut Becker: *Weiterbildung. Aufklärung – Praxis – Theorie, 1956–1974.* Stuttgart: Klett 1975, 218–230.

———: Rede anläßlich der Einweihung des Neubaus des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. *Neue Sammlung* 15/1 (1975), 82–94.

———: Rezension zu Klaus Charlé: Die Eiserne Garde. Eine Darstellung der völkischen Erneuerungsbewegung in Rumänien. (Schriften des Instituts für Politik und Internationales Recht an der Universität Kiel. Herausgegeben von Paul Ritterbusch. Neue Folge, Band 3). Berlin/Wien 1939. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, 553–557.

———: Freiheit, Sozialismus, Psychoanalyse. Anmerkungen zu Begegnungen mit Alexander Mitscherlich von einem Nichtanalysierten. In: Hellmut Becker und Carl Nedelmann: *Psychoanalyse und Politik.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1983, 11–33.

———: Wie ich Pädagoge wurde. Einige autobiographische Fragmente. In: Werner Wiater (Hg.): *Mit Bildung Politik machen. Autobiographisches zum schwierigen Verhältnis von Bildungspolitik und Pädagogik.* Stuttgart: Metzler 1991, 57–68.

———: Berlin: Künstlich, unmittelbar und frei. In: Hellmut Becker: *Widersprüche aushalten. Aufgaben der Bildung in unserer Zeit.* Herausgegeben von Frithjof Hager. München: C. H. Beck [1987] 1992, 245–249.

———: Die verwaltete Schule (1954). Gefahren und Möglichkeiten. *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 41/2 (1993), 129–147.

Becker, Hellmut und Frithjof Hager: *Aufklärung als Beruf. Gespräche über Bildung und Politik.* München: Piper 1992.

Becker, Hellmut und Hartmut von Hentig: Warum ist Fritz Teufel noch in Untersuchungshaft? *Die Zeit* 30 (28. 7. 1967). https://www.zeit.de/1967/30/freiheit-fuer-teufel. Zuletzt aufgerufen am 22. 6. 2020.

Becker, Hellmut und Alexander Kluge: *Kulturpolitik und Ausgabenkontrolle. Zur Theorie und Praxis der Rechnungsprüfung.* Frankfurt am Main: Klostermann 1961.

Becker, Helmut, Peter Bonn und Norbert Groddeck: Demokratisierung als Ideologie? Anmerkungen zur Curriculum-Entwicklung in Hessen. In: Redaktion betrifft: erziehung (Hg.): *Curriculumdiskussion.* Weinheim: Beltz 1974, 135–173.

Becker, Michael: Dietrich Goldschmidt, »educator and political activist«. Über einen fast vergessenen Soziologen und Intellektuellen. In: Oliver Römer und Ina Alber-Armenat (Hg.): *Erkundungen im Historischen. Soziologie in Göttingen. Geschichte – Entwicklungen – Perspektiven.* Wiesbaden: Springer 2019, 203–245.

Becker, Rolf: »Das katholische Arbeitermädchen vom Lande« – Ist die Bildungspolitik ein Opfer einer bildungssoziologischen Legende geworden? In: Claudia Crotti, Fritz Osterwalder und Walter Herzog (Hg.): *Pädagogik und Politik. Historische und aktuelle Perspektiven. Festschrift für Fritz Osterwalder.* Bern: Haupt 2007, 177–204.

Behm, Britta: 50 Jahre »Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft« (DGfE). Gedanken zu Jubiläum und Forschungslücken. Beitrag zum Programmheft des 24. DGfE-Kongresses »Traditionen und Zukünfte – 50 Jahre DGfE« vom 9. bis 12. März 2014 in Berlin. *Erziehungswissenschaft* 25/48 (2014), 11–23.

———: Deutsche Erziehungswissenschaft in Bedrängnis? Zum Wissen um die empirische (Bildungs-)Forschung anlässlich der Kritik einer soziologischen Analyse. *IJHE Bildungsgeschichte, International Journal for the Historiography of Education* 6/2 (2016), 176–186.

———: Die deutsche Reformpädagogik und der Missbrauchsskandal. Rezension zu *Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal. Die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947–2012*, von Jens Brachmann und Rezension zu *Pädagogik, Elite, Missbrauch. Die »Karriere« des Gerold Becke*, von Jürgen Oelkers. *H-Soz-Kult*, 2016. https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-23912. Zuletzt aufgerufen am 15. 7. 2020.

———: Zu den Anfängen der Bildungsforschung in Westdeutschland 1946–1963. Ein wissensgeschichtlicher Blick auf eine ›vergessene‹ Geschichte. In: Sabine Reh, Edith Glaser, Britta Behm und Tilman Drope (Hg.): *Wissen machen. Beiträge zu einer Geschichte erziehungswissenschaftlichen Wissens in Deutschland zwischen 1945 und 1990.* Weinheim: Beltz 2017, 34–69.

———: *Auf dem Weg zur Institutsgründung von der Nachkriegszeit bis 1958: Formierung westdeutscher Bildungspolitik und Bildungsforschung.* Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin, 1. 6. 2020.

———: »›Wie konnte er zu Adorno/Horkheimer überlaufen?‹« – Einige biographische Ergänzungen zu Hellmut Beckers wissenschaftlicher Sozialisation und Karriere von 1931 bis zur Nachkriegszeit und Überlegungen zur Zäsur von 1945. *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 84/1 (2022), 78–104.

Behm, Britta und Christian Berthold: Developing Strategies for a Higher Education Institution and its Faculties/Departments. In: Sjur Bergan, Eva Egron-Polak, Jürgen Kohler, Lewis Purser und Martina Vukasović (Hg.): *Leadership and Governance in Higher Education. Handbook for Decision-makers and Administrators.* Berlin: Raabe 2011, 63–92.

Behm, Britta und Ulrich Müller: Erfolgsfaktoren für Hochschulräte. In: Volker Meyer-Guckel, Mathias Winde und Frank Ziegele (Hg.): *Handbuch Hochschulräte. Denkanstöße und Erfolgsfaktoren für die Praxis.* Essen: Stifterverband 2010, 16–105.

Behm, Britta und Sabine Reh: (Empirische) Bildungsforschung – notwendig außeruniversitär? Eine Sondierung der Geschichte westdeutscher Bildungsforschung am Beispiel des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). In: Jürgen Baumert und Klaus-Jürgen Tillmann (Hg.): *Empirische Bildungsforschung. Der kritische Blick und die Antwort auf die Kritiker.* Wiesbaden: Springer VS 2016, 107–127.

Behm, Britta und Anne Rohstock: Loyalität. Zur verdeckten Regulierung von Denk-Bewegungen in wissenschaftlichen Feldern. Eine Sondierung am Beispiel der Geschichte westdeutscher Bildungsforscher. In: Isabell van Ackeren, Helmut Bremer, Fabian Kessl, Hans Christoph Koller, Nicolle Pfaff, Caroline Rotter, Dominique Klein et al. (Hg.): *Bewegungen. Beiträge zum 26. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.* Opladen: Barbara Budrich 2020, 51–70.

Behrmann, Günter C.: Kulturrevolution: Zwei Monate im Sommer 1967. In: Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann und Friedrich H. Tenbruck: *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Campus 1999, 312–386.

———: »Leussink, Hans«. In: Udo Kempf und Hans-Georg Merz (Hg.): *Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, 432–437.

———: Gründerjahre der Bildungssoziologie. *Soziologie* 42/2 (2013), 169–184.

———: Wie Adorno zum Pädagogen, die Soziologie zur Bildungswissenschaft und die Pädagogik zur kritischen Erziehungswissenschaft wurde. In: Sandra Rademacher und Andreas Wernet (Hg.): *Bildungsqualen. Kritische Einwürfe wider den pädagogischen Zeitgeist.* Wiesbaden: Springer 2015, 221–259.

Bender, Ignaz: Weckruf aus Südbaden – Vor 50 Jahren demonstrierten hunderttausend Studenten gegen den Bildungsnotstand – der Freiburger Initiator erinnert sich. *Badische Zeitung Freiburg* B3 (27. 06. 2015).

Berg, Christa, Hans-Georg Herrlitz und Klaus-Peter Horn: *Kleine Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Eine Fachgesellschaft zwischen Wissenschaft und Politik.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004.

Berger, Peter L. und Thomas Luckmann: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Mit einer Einleitung zur deutschen Ausgabe durch Helmuth Plessner.* Frankfurt am Main: Fischer [1966] 1991.

Berghahn, Volker R.: *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985.

Bergmann, Sven: Die Diskussion um die Bildungsreform in der Nachkriegszeit. (Georg Picht). In: Norbert Friedrich und Traugott Jähnichen (Hg.): *Gesellschaftspolitische Neuorientierungen des Protestantismus in der Nachkriegszeit.* Münster: LIT 2002, 101–126.

Beule, Peter: *Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren.* Düsseldorf: Droste 2019.

Bibliographie Heinrich Roth. Zusammengestellt und erläutert von Dietrich Hoffmann. Frankfurt am Main: Max Traeger Stiftung1989.

Biographie Prof. Eugen Egger. https://peregirard.ch/de/?Ressourcen:Biographie_Prof._Eugen_Egger. Zuletzt aufgerufen am 1. 3. 2021.

Biographische Notizen. In: Stephan Leibfried (Hg.): *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule.* Köln: Pahl-Rugenstein 1967, 386–388.

Blättner, Fritz: Vorwort. In: Friedrich Edding: *Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen (International Trends in Educational Expenditure).* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1958, 1–4.

»Blessing, Karl«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1971. http://www.munzinger.de/document/00000007697. Zuletzt aufgerufen am 27. 11. 2020.

Blumenthal, Viktor, Heinz Stübig und Bodo Willmann: Entwicklungslinien der Vergleichenden Erziehungswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende der 80er Jahre. Institutionalisierungsprozesse, Kommunikationsstrukturen, Themenschwerpunkte. In: Bodo Willmann (Hg.): *Bildungsreform und vergleichende Erziehungswissenschaft. Aktuelle Probleme – historische Perspektiven.* Münster: Waxmann 147–112 ,1995.

Bocks, Philipp B.: *Mehr Demokratie gewagt? Das Hochschulrahmengesetz und die sozial-liberale Reformpolitik 1969–1976.* Bonn: Dietz 2012.

»Boden, Hans C.«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1971. http://www.munzinger.de/document/00000003419. Zuletzt aufgerufen am 1. 9. 2021.

Boer, Harry de, Jürgen Enders und Uwe Schimank: On the Way Towards New Public Management? The Governance of University Systems in England, the Netherlands, Austria and Germany. In: Dorothea Jansen (Hg.): *New Forms of Governance in Research Organizations. Disciplinary Approaches, Interfaces and Integration.* Berlin: Springer 2007, 137–152.

Böhme, Gernot: Autonomisierung und Finalisierung. In: Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele, Rainer Hohlfeld, Wolfgang Krohn, Wolf Schäfer und Tilman Spengler (Hg.): *Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978, 69–130.

Böhme, Gernot, Wolfgang van den Daele und Wolfgang Krohn: Alternativen in der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 1/4 (1972), 302–316.
———: Die Finalisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 2/2 (1973), 128–144.

Böhme, Gernot, Wolfgang van den Daele, Rainer Hohlfeld, Wolfgang Krohn, Wolf Schäfer und Tilman Spengler: Einleitung. In: Gernot Böhme, Wolfgang van den Daele, Rainer Hohlfeld, Wolfgang Krohn, Wolf Schäfer und Tilman Spengler (Hg.): *Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978, 7–22.

Böhme, Günther: Von der Kunsterziehung zur pädagogischen Dokumentation. Der Reformpädagoge Franz Hilker. In: Gert Geißler und Ulrich Wiegmann (Hg.): *Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme.* Köln: Böhlau 1996, 33–59.

Böhm, Winfried und Heinz-Elmar Tenorth (Hg.*): Deutsche Pädagogische Zeitgeschichte 1960–1973. Von der Diskussion um den Rahmenplan zum Bildungsgesamtplan.* Kastellaun: Henn 1977.

Bohnenkamp, Hans, Walter Dirks und Doris Knab (Hg.): *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesens 1953–1965. Gesamtausgabe.* Stuttgart: Klett 1966.

Bollenbeck, Georg: *Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996.

Bonß, Wolfgang: *Die Einübung des Tatsachenblicks. Zur Struktur und Veränderung empirischer Sozialforschung.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1982.
———: Kritische Theorie und empirische Sozialforschung – ein Spannungsverhältnis. In: Richard Klein, Johann Kreuzer und Stefan Müller-Doohm (Hg.): *Adorno-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung.* Stuttgart: Metzler 2011, 232–247.

Borggräfe, Henning: Die Ausdifferenzierung der westdeutschen Soziologie nach 1945 im Spiegel der Untergruppen, Fachausschüsse und Sektionen der DGS. In: Stephan Moebius

und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, 867–886.

Borggräfe, Henning und Sonja Schnitzler: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Nationalsozialismus. Verbandsinterne Transformationen nach 1933 und 1945. In: Michaela Christ und Maja Suderland (Hg.): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven.* Berlin: Suhrkamp 2014, 445–479.

Borowsky, Peter: *Deutschland 1969–1982.* 2. Auflage. Hannover: Fackelträger 1989.
———: *Deutschland 1945–1969.* Hannover: Fackelträger 1993.

Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001.
———: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren. In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, 296–312.

Bossle, Lothar (Hg.): *Konservative Bilanz der Reformjahre. Kompendium des modernen christlich-freiheitlichen Konservatismus.* Würzburg: Naumann 1981.

Bourdieu, Pierre: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.* Übersetzt von Bernd Schwibs und Achim Russer. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1979] 1987.
———: Sozialer Raum, symbolischer Raum. In: Jörg Dünne und Stephan Günzel (Hg.): *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften.* 8. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1989] 2015, 354–368.
———: Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Pierre Bourdieu: *Die verborgenen Mechanismen der Macht.* Herausgegeben von Margareta Steinbrücke. Hamburg: VSA-Verlag [1992] 2015, 49–79.

Bourdieu, Pierre, Luc Boltanski, Monique de Saint Martin und Pascale Maldidier: *Titel und Stelle. Über die Reproduktion sozialer Macht.* Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1981.

Bourdieu, Pierre und Jean-Claude Passeron: *Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs.* Übersetzt von Barbara Picht und Robert Picht. Stuttgart: Klett 1971.
———: *Die Erben. Studenten, Bildung und Kultur.* Übersetzt von Stephan Egger und Eva Kessler. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft [1964] 2007.

Brachmann, Jens: *Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal. Die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947–2012.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2015.

Brandt, Willy: Abgabe der Erklärung der Bundesregierung. In: *Plenarprotokoll 6/5*. Bonn: Deutscher Bundestag 28. 10. 1969, 20–34. https://dserver.bundestag.de/btp/06/06005.pdf. Zuletzt aufgerufen am 15. 1. 2021.

Braunstein, Dirk: Theodor W. Adornos Einleitung in das soziologische Hauptseminar »Probleme der Bildungssoziologie«. *WestEnd* 12/1 (2015), 147–152.

Breidecker, Volker: Das große deutsche Beschweigen. Korpsgeist und Elitensolidarität seit dem »*Dritten Reich*«. *Merkur* 74/858 (2020), 18–29.

Brereton, Henry Lloyd: *Gordonstoun. Ancient Estate and Modern School*. Edingburgh: Chambers 1968.

Breuer, Stefan: *Anatomie der Konservativen Revolution*. 2. Auflage. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1995.

Brezinka, Wolfgang: Die Pädagogik und die erzieherische Wirklichkeit. *Zeitschrift für Pädagogik* 5/1 (1959), 1–34.

Brinckmann, Hans: *Die neue Freiheit der Universität. Operative Autonomie für Lehre und Forschung an Hochschulen*. Berlin: Edition Sigma 1998.

Brinkmann, Wilhelm: *Zur Geschichte der Pädagogischen Soziologie in Deutschland. Dogmenhistorische Studien zu ihrer Entstehung und Entwicklung*. Würzburg: Königshausen & Neumann 1986.

Brocke, Bernhard vom: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 17–162.

———: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 197–355.

Brown, Timothy S.: 1968. Transnational and Global Perspectives. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2012. http://docupedia.de/zg/brown_1968_v1_en_2012. Zuletzt aufgerufen am 2. 10. 2020.

Bruch, Rüdiger vom: Theorie, Statistik und Stipendien. Das Engagement in Bildungsforschung und Ausbildungsförderung. In: Michael Globig (Hg.): *Impulse geben – Wissen stiften. 40 Jahre VolkswagenStiftung*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, 305–343.

Brüggemann, Beate, Gabriele Dombrowsky, Brita Gabriel, Christa Gebbert, Sabine Gensior, Hannelore Held und Ursula Koch et al.: *Sozialisation und kompensatorische Erziehung. Ein soziologisches Seminar an der Freien Universität Berlin als hochschuldidaktisches Experiment.* Sommersemester 1968 und Wintersemester 1968/69. Berlin 1969.

Büchter, Karin, Martin Fischer, Franz Gramlinger, H.-Hugo Kremer und Tade Tramm: Zum Tod von Wolfgang Lempert. *bwp@ Berufs- und Wirtschaftspädagogik – online*, 2018. https://www.bwpat.de/personalia/Nachruf_Wolfgang-Lempert.pdf. Zuletzt aufgerufen am 19. 4. 2021.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.): *Bildungsbericht '70. Bericht der Bundesregierung zu Bildungspolitik.* Bonn 1970.

Bundesregierung: *Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Bundesbericht Forschung I.* Drucksache IV/2963. Bonn: Deutscher Bundestag 18. 1. 1965. https://dserver.bundestag.de/btd/04/029/0402963.pdf. Zuletzt aufgerufen am 13. 09. 2022.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Zur Mitwirkung im Schulwesen. Dokument Nr. 50. In: Winfried Böhm und Heinz-Elmar Tenorth (Hg.*): Deutsche Pädagogische Zeitgeschichte 1960–1973. Von der Diskussion um den Rahmenplan zum Bildungsgesamtplan.* Kastellaun: Henn 1977, 241–245.

Bungenstab, Karl-Ernst: *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970.

Bürger, Jan, Ulrich Nolte und Martial Staub (Hg.): *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2: Jenseits von Straßburg (2021).

Burkhardt, Kai: *Adolf Grimme. Eine Biografie.* Köln: Böhlau 2007.

Burkhart, Lutz: Sozioökonomische Bildungsforschung in der Sackgasse? Einige (selbst-) kritische Bemerkungen. In: Karl Hüfner und Jens Naumann (Hg.): *Bildungsökonomie – Eine Zwischenbilanz. Economics of Education in Transition. Friedrich Edding zum 60. Geburtstag.* Stuttgart: Klett 1969, 253–258.

Buscher, Frank M.: *The U. S. War Crimes Trial Program in Germany, 1946–1955.* New York, NY: Greenwood Press 1989.

Bush, Vannevar: *Science – The Endless Frontier. A Report to the President on a Program for Postwar Scientific Research.* New York, NY: National Science Foundation [1945] 1960.

Butenandt, Adolf: Sinn und Nutzen wissenschaftlicher Forschung. In: Metallgesellschaft AG (Hg.): *Wissenschaft und Wirtschaft*. Frankfurt am Main: Brönner 1956, 39–50.

———: Über den Standort der Max-Planck-Gesellschaft im Wissenschaftsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Ansprache in der Festversammlung der Gesellschaft in Berlin am 8. Juni 1961. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. 1911–1961. Beiträge und Dokumente*. Göttingen MPG 1961, 3–19.

———: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Hamburg am 11. Juni 1964 in Berlin. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1964, 32–38.

———: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen am 13. Juni 1969. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1969, 29–40.

———: Ansprache des Präsidenten Professor Dr. Adolf Butenandt in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Bremen am 23. Juni 1972. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1972, 28–45.

———: Erich Selbach. 25. 7. 1905–29. 10. 1985. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* 5 (1986), 98–100.

Carell, Thomas und François Diederich: *Nachruf auf den bedeutenden Chemiker Heinz A. Staab*. https://www.mpg.de/8235668/Nachruf_Staab. Zuletzt aufgerufen am 22. 3. 2021.

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Pressemitteilung 035/16. Sozialwissenschaftler und Pädagoge Wolfgang Nitsch verstorben, 29. 1. 2016. https://www.presse.uni-oldenburg.de/mit/2016/035.html. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2020.

Carnap, Roderich von und Friedrich Edding: *Der relative Schulbesuch in den Ländern der Bundesrepublik 1952–1960*. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Deutsche Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung [1962] 1966.

Carson, Cathryn und Michael Gubser: Science Advising and Science Policy in Post-War West Germany: The Example of the Deutscher Forschungsrat. *Minerva* 40/2 (2002), 147–179.

Caruso, Marcelo: World Systems, World Society, World Polity: Theoretical Insights for a Global History of Education. *History of Education* 37/6 (2008), 825–840.

Casale, Rita und Catrin Dingler: Der »gesunde Kern« der Universitätsidee. In: Michael Geiss und Sabine Reh (Hg.): *Konservatismus und Pädagogik im Europa des 20. Jahrhunderts*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2020, 83–98.

Ceci, Stephen J.: Urie Bronfenbrenner (1917–2005). *American Psychologist* 61/2 (2006), 173–174.

Charlé, Klaus: *Die völkische Erneuerungsbewegung in Rumänien*. Dissertation, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. [Berlin: Deutscher Rechtsverlag 1939].

Christ, Michaela und Maja Suderland (Hg.): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven.* Berlin: Suhrkamp 2014.

Condliffe Lagemann, Ellen: *An Elusive Science. The Troubling History of Education Research.* Chicago, IL: University of Chicago Press 2000.

Conze, Eckart, Norbert Frei, Peter Hayes und Moshe Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik.* München: Blessing 2010.

Cornelißen, Christoph und Carsten Mish (Hg.): *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus.* Essen: Klartext 2009.

Cortina, Kai S., Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Karl Ulrich Mayer und Luitgard Trommer (Hg.): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2008.

Costa, Maria Teresa: *Eine Geschichte der kunsthistorischen Institute der Max-Planck-Gesellschaft. Das Kunsthistorische Institut in Florenz (Max-Planck-Institut) und die Bibliotheca Hertziana – Max-Planck-Institut für Kunstgeschichte.* Berlin: GMPG-Preprint, im Erscheinen.

Crämer, Peter: Klaus Heinrich Scheufelen. *Konrad Adenauer.* https://www.konrad-adenauer.de/personen/seite/klaus-heinrich-scheufelen/. Zuletzt aufgerufen am 27. 11. 2020.

Cronbach, J. Lee: Robert L. Thorndike (1910–1990): Obituary. *American Psychologist* 47/10 (1992), 1237.

Crossley, Micheal, Patricia Broadfoot und Michele Schweisfurth (Hg.): *Changing Educational Contexts, Issues and Identities. 40 Years of Comparative Education.* London: Routledge 2011.

Curriculum Vitae Professor Dr. Alfred Gierer. Leopoldina. Nationale Akademie der Wissenschaften. https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Gierer_Alfred_DE.pdf. Zuletzt aufgerufen am 24. 11. 2020.

Curriculum Vitae Professor Dr. Walter Müller. Leopoldina. Nationale Akademie der Wissenschaften. https://www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Mitglieder/CV_Mueller_Walter_D.pdf. Zuletzt aufgerufen am 21. 7. 2021.

Daan, Serge: *Die innere Uhr des Menschen. Jürgen Aschoff (1913–1998). Wissenschaftler in einem bewegten Jahrhundert.* Wiesbaden: Reichert 2017.

Dahms, Hans-Joachim: *Positivismusstreit. Die Auseinandersetzungen der Frankfurter Schule mit dem logischen Positivismus, dem amerikanischen Pragmatismus und dem kritischen Rationalismus.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1994.

Dahrendorf, Ralf: *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik.* Hamburg: Nannen-Verlag 1965.

Dammann, Klaus und Dominik Ghonghadze: Helmut Schelskys sozialdemokratische Konversion und seine Einbindung in Leipziger/Königsberger Netzwerke. In: Alexander Gallus (Hg.): *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption.* Göttingen: Wallstein 2013, 66–85.

Daniel, Ute: Einleitung: Kulturgeschichte – und was sie *nicht* ist. In: Ute Daniel: *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, 7–25.

Das Bundesarchiv: *Bestandsbeschreibung. RW 31: Wirtschaftsstab Ost mit nachgeordnetem Bereich, 1941–1944.* Freiburg, Stand 2020.

Das Bundesarchiv: 43. Kabinettssitzung am 8. Oktober 1970. *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, online.* Zuletzt aufgerufen am 15. 11. 2021.

Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988. Berlin: MPIB 1989.

Dehli, Martin: *Leben als Konflikt. Zur Biographie Alexander Mitscherlichs.* 2. Auflage. Göttingen: Wallstein 2007.

Delitz, Heike: *Arnold Gehlen.* Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2011.

Demirović, Alex: *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1999.

Demo, Pedro: *Herrschaft und Geschichte. Zur politischen Gesellschaftstheorie Freyers und Marcuses.* Meisenheim am Glan: Hain 1973.

Depaepe, Marc: *Zum Wohl des Kindes? Pädologie, pädagogische Psychologie und experimentelle Pädagogik in Europa und den USA, 1890–1940.* Weinheim: Deutscher Studien Verlag 1993.

Deutsch, Erwin: Eugen Ulmer. Ein Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts. In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler. Eine Ideengeschichte in Einzeldarstellungen.* Bd. 1. Berlin: De Gruyter 2007, 207–220.

Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen: *Rahmenplan zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schulwesens.* 2. Auflage. Stuttgart: Klett [1959] 1966.

Deutscher Bildungsrat: *Zum Lehrermangel in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern an den Gymnasien. Sicherung der öffentlichen Ausgaben für Schulen bis 1970.* Bonn: Bundesdruckerei [1967].
———: *Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen. Verabschiedet auf der 19. Sitzung der Bildungskommission am 30./31. Januar 1969.* Bonn: Bundesdruckerei [1969].
———: *Strukturplan für das Bildungswesen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1970] 1973.
———: *Aspekte für die Planung der Bildungsforschung.* Bonn: Bundesdruckerei 1974.
———: *Bericht der Bildungskommission zur Reform von Organisation und Verwaltung. Fragen einer ziel- und programmorientierten Schulverwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Ministerialbereichs.* Bonn: Bundesdruckerei 1974.
———: *Die Bildungskommission. Bericht '75. Entwicklungen im Bildungswesen.* Bonn: Bundesdruckerei 1975.

Deutscher Bildungsserver: *Bildungsberichterstattung.* https://www.bildungsserver.de/Bildungsberichterstattung-2833_ger.html. Zuletzt aufgerufen am 23. 8. 2022.

DFG Magazin: *Professor Dr. Gerhard Hess.* https://www.dfg.de/dfg_magazin/aus_der_dfg/geschichte/praesidenten/hess/index.html. Zuletzt aufgerufen am 1. 8. 2021.

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1971. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1972, 7–27.

Diekmann, Andreas: Soziologie und Empirische Sozialforschung – Von den Siebziger Jahren bis heute. In: Jan van Deth (Hg.): *Von Generation zu Generation.* Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen 2002, 43–51.

Dietze, Carola: »Nach siebzehnjähriger Abwesenheit...«. Das Blaubuch. Ein Dokument über die Anfänge der Soziologie in Göttingen nach 1945 unter Helmuth Plessner. *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1997/98* (1997), 243–300.
———: *Nachgeholtes Leben. Helmuth Plessner 1892–1985. Eine Biographie.* Göttingen: Wallstein 2006.

Dingler, Catrin und Elena Tertel: »Eine solche Zeitschrift brauchen wir«. Karl Jaspers' Universitätsidee und die Gründung der Zeitschrift Studium Generale. In: Martin Göllnitz und Kim Krämer (Hg.): *Hochschulen im öffentlichen Raum. Historiographische und systematische Perspektiven auf ein Beziehungsgeflecht.*Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht unipress 2020, 347–374.

Doehring, Karl: *Fritz Münch. 08. 04. 1906–29. 10. 1995.* Jahresbericht 1995. Nachrufe, Max-Planck-Gesellschaft, 188–190.

Doering-Manteuffel, Anselm: *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1999.

Doering-Manteuffel, Anselm und Lutz Raphael: *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970.* 3. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht [2008] 2012.

»Dohrn, Klaus«. In: Hans-Michael Körner (Hg.): *Große Bayerische Biographische Enzyklopädie.* Bd. 1. München: Saur 2005, 384.

Dölle, Hans: *Erläuterungen zur Satzung der MPG vom 3. 12. 1964.* München: Max-Planck-Gesellschaft 1965.

Dr. Otto Benecke. In: Adolf Grimme und Wilhelm Zilius (Hg.): *Kulturverwaltung der zwanziger Jahre. Alte Dokumente und neue Beiträge.* Stuttgart: Kohlhammer 1961, 139–140.

Drewek, Peter: Begabungstheorie, Begabungsforschung und Bildungssystem in Deutschland 1890–1918. In: Karl-Ernst Jeismann (Hg.): *Bildung, Staat, Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Mobilisierung und Disziplinierung.* Stuttgart: Franz Steiner 1989, 387–412.

———: Die Begabungsuntersuchungen Albert Huths und Karl Valentin Müllers nach 1945. Zur wissenschaftsgeschichtlichen Bedeutung des konservativen Begabungsbegriffes in der Nachkriegszeit. *Zeitschrift für Pädagogik* 35/2 (1989), 197–217.

Drobnig, Ulrich: Konrad Zweigert (1911–1996). In: Stefan Grundmann und Karl Riesenhuber (Hg.): *Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler.* Bd. 1. Berlin: De Gruyter 2007, 88–102.

Drope, Tilman: »Den Graben überwinden«. *Das Pädagogische Zentrum Berlin als Modellinstitution der Vermittlungsidee.* Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin 2016.

Eckel, Jan: *Geist der Zeit. Deutsche Geisteswissenschaften seit 1870.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.

Eckert, Jörn: Die Kieler Rechtswissenschaftliche Fakultät – »Stoßtruppfakultät«. In: Heribert Ostendorf und Uwe Danker (Hg.): *Die NS-Strafjustiz und ihre Nachwirkungen.* Baden-Baden: Nomos 2003, 21–55.

Edding, Friedrich: *Vom Ursprung des Demokratismus in Deutschland. Die Verfassungsideen der demokratischen Partei in der Paulskirche.* Dissertation, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 1. Juli 1936. Düsseldorf: Dissertations-Verlag G. H. Nolte 1936.

———: *The Refugees as a Burden a Stimulus and a Challenge to the West German Economy.* Den Haag: Nijhoff 1951.

———: *Die Flüchtlinge als Belastung und Antrieb der westdeutschen Wirtschaft.* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1952.

———: *Internationale Tendenzen in der Entwicklung der Ausgaben für Schulen und Hochschulen (International Trends in Educational Expenditure).* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1958.

———: Die Qualität des Nachwuchses als bestimmender Faktor unseres künftigen wirtschaftlichen Leistungsniveaus. In: Friedrich Edding: Ökonomie des Bildungswesens. Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition. Freiburg im Breisgau: Rombach [1953] 1963, 13–31.
———: [Selbstdarstellung]. In: Ludwig J. Pongratz (Hg.): *Pädagogik in Selbstdarstellungen.* Bd. 3. Hamburg: Meiner 1978, 1–34.
———: Recurrent Education Revisited. In: Friedrich Edding (Hg.): *Zwanzig Jahre Bildungsforschung. Zwanzig Jahre Bildungsreform.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1987, 34–49.
———: Bildungsökonomische Forschung im Rahmen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Kurzreferat in der Sitzung des Senats der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin am 12. 3. 1976. In: Friedrich Edding: *Mein Leben mit der Politik 1914–1999. Teilhabe an der Entwicklung bildungspolitischen Denkens.* 2. Auflage. Berlin: MPIB 2000, 162–168.
———: *Mein Leben mit der Politik 1914–1999. Teilhabe an der Entwicklung bildungspolitischen Denkens.* 2. Auflage. Berlin: MPIB 2000.
———: Erfahrungen als Berater der OECD. Paris, September/Oktober 1960. In: Bernd Frommelt und Marc Rittberger (Hg.): *GFPF & DIPF. Dokumentation einer Kooperation seit 1950.* Frankfurt am Main: GFPF/DIPF 2010, 138–142.

Edding, Friedrich und Willi Albers: *Die Schulausgaben 1960/1970. Versuch einer Vorausschätzung des Bedarfs der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und der Möglichkeiten seiner Finanzierung.* 2. Auflage. Frankfurt am Main: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände 1960.

Edding, Friedrich, Hans-Erich Hornschu und Hilde Wander: *Das deutsche Flüchtlingsproblem. Neue Unterlagen zur Beurteilung der Bevölkerungsstruktur und der regionalen Lastenverteilung.* Kiel: Institut für Weltwirtschaft 1949.

Edelstein, Wolfgang: Das »Projekt Schulleistung« im Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. *Zeitschrift für Pädagogik* 16/4 (1970), 517–529.
———: Erzeugt Sperrgut! Kleine Rede zum 25jährigen Bestehen des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 63–66.
———: Vorwort. In: Friedrich Edding: *Mein Leben mit der Politik 1914–1999. Teilhabe an der Entwicklung bildungspolitischen Denkens.* 2. Auflage. Berlin: MPIB 2000, 9–12.
———: Address at Midnight. In*: Reden zum 75. Geburtstag. Speeches on the Occasion of Wolfgang Edelsteins 75th Birthday. June 14th, 2004 – 14. Juni 2004.* Privatdruck Edelstein und Autoren [2004], 61–65.

»Effizienz«. In: *Gabler Wirtschaftslexikon. Bd. 2: C–F.* 18. Auflage. Wiesbaden: Springer 2014, 826–827.

Eickemeyer, Hellmut (Hg.): *Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 an bis zum 15. August 1951 mit einem kurzen*

Abriß der Gründungsgeschichte und der Überleitungsarbeiten in die »Deutsche Forschungsgemeinschaft« bis Ende 1952. Mit einem Vorwort von W. Heisenberg Präsident des DFR. München: Oldenbourg 1953.

Einleitung. In: Holger H. Lührig (Hg.): »*Wirtschaftsriese – Bildungszwerg*«. *Der Diskussionshintergrund zum Bildungsgesamtplan 1973: Analysen des OECD-Reports.* München: Rowohlt 16–7 ,1973.

Ein spezielles Projekt. Die Entstehung des UNESCO-Instituts für Pädagogik. In: UNESCO-Institut für Pädagogik (Hg.): *Auf dem Weg zu einer lernenden Welt. 50 Jahre UNESCO-Institut für Pädagogik.* Hamburg: UIP 2002, 18–25.

Elfert, Jan Christoph: *Konzeptionen eines »dritten Reiches«. Staat und Wirtschaft im jungkonservativen Denken 1918–1933.* Berlin: Duncker & Humblot 2018.

Elfert, Maren: Six Decades of Educational Multilateralism in a Globalising World. The History of the UNESCO Institute in Hamburg. *International Review of Education* 59/2 (2013), 263–287.

Elitz, Ernst, Wolfgang Heinz, Gerfried Ehlert, Winfried Mogge et al.: Deutsche Studenten demonstrieren. Die »Aktion 1. Juli« in den Hochschulstädten der Bundesrepublik. *Die Zeit* 28 (9. 7. 1965). https://www.zeit.de/1965/28/deutsche-studenten-demonstrieren/komplettansicht. Zuletzt aufgerufen am 22. 1. 2020.

Elkana, Yehuda: *Leben in Kontexten. Life in Contexts.* Herausgegeben von Reinhart Meyer-Kalkus. Berlin: Wissenschaftskolleg 2015.

Engelbert, Angelika und Alois Herlth: Sozialökologische Ansätze. In: Heinz-Hermann Krüger und Cathleen Grunert (Hg.): *Handbuch Kindheits- und Jugendforschung.* 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 103–123.

Erhard, Ludwig: Erklärung der Bundesregierung. In: Plenarprotokoll 4/90. Bonn: Deutscher Bundestag 18. 10. 1963, 4192–4208. https://dserver.bundestag.de/btp/04/04090.pdf. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2020.

Erklärung aus Anlaß der antisemitischen Ausschreitungen. Bonn, den 30. Januar 1960. In: Bohnenkamp, Hans, Walter Dirks und Doris Knab (Hg.): *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesens 1953–1965. Gesamtausgabe.* Stuttgart: Klett 1966, 852–854.

Essler, Wilhelm K.: Habermas ante portas! In: Michael Funken (Hg.): Über Habermas. Gespräche mit Zeitgenossen. Darmstadt: Primus 2008, 97–106.

Evers, Carl-Heinz und Johannes Rau: Vorwort der Herausgeber. In: Carl-Heinz Evers und Johannes Rau (Hg.): *Oberstufenreform und Gesamthochschule.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970, IX–XII.

Fabich, Falk: Von der Forschungsmanufaktur zur Forschungsfabrik. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 39–47.

Fassl, Peter: Die Bankiersfamilie Schmid – Finanziers der Augsburger Industrie im 19. Jahrhundert. In: Rainer A. Müller (Hg.): Unternehmer – Arbeitnehmer. München: Oldenbourg 1985, 123–128.

Faulenbach, Bernd: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982.* Bonn: Dietz 2011.

Fend, Helmut: *Gesamtschule im Vergleich. Bilanz der Ergebnisse des Gesamtschulversuchs.* Weinheim: Beltz 1982.

Ferencz, Benjamin B.: *Less than Slaves. Jewish Forced Labour and the Quest for Compensation.* Cambridge, MA: Harvard University Press 1979.

Finkbeiner, Florian: *Schicksalsjahre des Konservatismus. Konservative Intellektuelle und die Tendenzwende in den 1970er Jahren.* Stuttgart: ibidem 2017.

Fischer, Joachim: *Philosophische Anthropologie. Eine Denkrichtung des 20. Jahrhunderts.* Freiburg im Breisgau: Alber 2008.

Fischer, Wolfgang: In Memoriam Herwig Blankertz. In: Westfälische-Wilhelms-Universität (Hg.): *Herwig Blankertz und Jürgen Henningsen zum Gedenken.* Münster: Aschendorff ,1984 27–17.

Fleck, Ludwik: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv.* Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1935] 2012.

Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (1948–2002). https://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/. Zuletzt aufgerufen am 17. 09. 2022.

Foshay, Arthur W.: The Background and the Procedures of the Twelve-Country Study. In: Arthur W. Foshay, Robert L. Thorndike, Fernand Hotyat, Douglas A. Pigeon und David A. Walker: *Educational Achievements of Thirteen-Year-Olds in Twelve Countries. Results of an International Research Project, 1959–1961.* Hamburg: UNESCO Institute for Education 1962, 7–41.

Foshay, Arthur W., Robert L. Thorndike, Fernand Hotyat, Douglas A. Pigeon und David A. Walker: *Educational Achievements of Thirteen-Year-Olds in Twelve Countries. Results of an International Research Project, 1959–1961*. Hamburg: UNESCO Institute for Education 1962.

Frankenberg, Günter, Thomas Krämer-Badoni, Sigrid Meuschel und Ulrich Rödel: Politische Tendenzwende und Entwicklung des Rechts. In: Mehdi Tohidipur (Hg.): *Der bürgerliche Rechtsstaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1978, 236–262.

Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München: dtv 1999.
———: *1968. Jugendrevolte und Protest*. 2. Auflage. München: dtv 2018.

Frenkel, Rainer: Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack. *Die Zeit* 46 (9. 11. 1990). https://www.zeit.de/1990/46/es-bleibt-ein-bitterer-nachgeschmack. Zuletzt aufgerufen am 23. 9. 2021.

Freudenthal, Hans: Schülerleistungen im internationalen Vergleich. *Zeitschrift für Pädagogik* 21/6 (1975), 889–910.

Freyer, Hans: *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie*. Leipzig: Teubner 1930.
———: *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt [1955] 1956.
———: *Herrschaft und Planung. Zwei Grundbegriffe der politischen Ethik* (1933). In: Hans Freyer. Herrschaft, Planung und Technik. Aufsätze zur politischen Soziologie. Weinheim: Wiley-VCH 1987, 17–43.

Freytag-Loringhoven, Konstantin von: *Erziehung im Kollegienhaus. Reformbestrebungen an den deutschen Universitäten der amerikanischen Besatzungszone 1945–1960*. Stuttgart: Franz Steiner 2012.

Friedeburg, Ludwig von: *Bildungsreform in Deutschland. Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch. Mit einem Nachwort zur Taschenbuchausgabe 1992*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992.

»Friedeburg, Ludwig Ferdinand Heinrich Georg Friedrich von«. In: *Hessische Biografie*, 13. 8. 2021. https://www.lagis-hessen.de/pnd/116791950. Zuletzt aufgerufen am 9. 9. 2021.

Frodeman, Robert: Introduction. In: Robert Frodeman, Julie Thompson Klein und Carl Mitcham (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity*. Oxford: Oxford University Press 2010, XXIX–XXXIX.
———: The Future of Interdisciplinarity. In: Robert Frodeman, Julie Thompson Klein und Roberto C. S. Pacheco (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity*. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press 2017, 3–8.

Führ, Christoph: Zur Koordination der Bildungspolitik durch Bund und Länder. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 6.1: 1945 bis zur Gegenwart. Bundesrepublik Deutschland.* München: C. H. Beck 1998, 68–86.

25 Jahre Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Berlin: MPIB 1988.

Funken, Michael (Hg.): Über Habermas. Gespräche mit Zeitgenossen. Darmstadt: Primus 2008.

Funk für Anspruchsvolle. *Die Zeit* 2 (13. 1. 1955). https://www.zeit.de/1955/02/funk-fuer-anspruchsvolle. Zuletzt aufgerufen am 23. 8. 2021.

Furck, Carl-Ludwig: I. Allgemeinbildende Schulen. Entwicklungstendenzen und Rahmenbedingungen. In: Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck (Hg.): *Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 6.1: 1945 bis zur Gegenwart. Bundesrepublik Deutschland.* München: C. H. Beck 1998, 245–260.

———: Das Pädagogische Zentrum in Berlin – eine Verbindung von Wissenschaft und Praxis. Rückblick auf ein gescheitertes Projekt. In: *Jahrbuch für historische Bildungsforschung.* Bd. 9. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2003, 269–282.

Füssl, Karl-Heinz: *Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955.* Paderborn: Schöningh 1994.

Gailus, Manfred: *Nationalprotestantische Mentalitäten. Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005.

———: *Gläubige Zeiten. Religiosität im Dritten Reich.* Freiburg: Herder 2021.

Gall, Lothar: *Der Bankier Hermann Josef Abs. Eine Biographie.* München: C. H. Beck 2004.

Gass-Bolm, Torsten: *Das Gymnasium 1945–1980. Bildungsreform und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland.* Göttingen: Wallstein 2005.

Gass, James Ronald: Reflections on Equality, Quantity and Quality in Education. In: Klaus Hüfner und Jens Naumann (Hg.): *Bildungsökonomie – Eine Zwischenbilanz. Economics of Education in Transition. Friedrich Edding zum 60. Geburtstag.* Stuttgart: Klett 1969, 215–222.

Geiss, Michael: Der Bildungsökonom. In: Alban Frei und Hannes Mangold (Hg.): *Das Personal der Postmoderne. Inventur einer Epoche.* Bielefeld: transcript 2015, 33–49.

Geiss, Michael und Sabine Reh: Konservatismus und Pädagogik im Europa des 20. Jahrhunderts. Einleitung in den Themenschwerpunkt. In: Michael Geiss und Sabine Reh (Hg.): *Konservatismus und Pädagogik im Europa des 20. Jahrhunderts.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2020, 9–27.

Geisthövel, Alexa: *Intelligenz und Rasse. Franz Boas' psychologischer Antirassismus zwischen Amerika und Deutschland, 1920–1942.* Bielefeld: transcript 2013.

———: Viktor von Weizsäcker oder die »monumentale Unruhe« einer subjektiven Medizin. In: Alexa Geisthövel und Bettina Hitzer (Hg.): *Auf der Suche nach einer anderen Medizin. Psychosomatik im 20. Jahrhundert.* Berlin: Suhrkamp 2019, 144–154.

Geisthövel, Alexa und Bettina Hitzer: Gezeiten der Anerkennung. Streben nach Wissenschaftlichkeit meets Wissenschafts- und Gesellschaftskritik. In: Alexa Geisthövel (Hg.): *Auf der Suche nach einer anderen Medizin. Psychosomatik im 20. Jahrhundert.* Berlin: Suhrkamp 2019, 179–200.

Gerber, Pia: Gespräche müssen Folgen haben: Der Ettlinger Kreis als Motor der Bildungsreform. In: Christian Petry und Hans-Henning Pistor (Hg.): *Der lange Weg der Bildungsreform. Gisela und Hermann Freudenberg zum 80. Geburtstag.* Weinheim: Beltz 2004, 20–33.

Gerlach, Christian: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944.* Hamburg: Hamburger Edition 1999.

»Gerlach, Walther«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1979. http://www.munzinger.de/document/00000002703. Zuletzt aufgerufen am 7. 7. 2020.

Gerstein, Barbara: »Ochel, Willy«. In: *Neue Deutsche Biographie.* Bd. 19. Berlin: Duncker & Humblot 1999, 410.

Gertenbach, Lars: *Entgrenzungen der Soziologie. Bruno Latour und der Konstruktivismus.* Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2015.

Gerund, Katharina und Heike Paul (Hg.): *Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf »America's Germany«.* Bielefeld: transcript 2015.

Gerwin, Robert: Im Windschatten der 68er ein Stück Demokratisierung. Die Satzungsreform von 1972 und das Harnack-Prinzip. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip.* Berlin: De Gruyter 1996, 211–224.

Geulen, Dieter: Bildungsreform und Sozialisationsforschung. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 3 (1983), 189–200.

Geuter, Ulfried: *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1988.

Gewisse Wurstigkeit. *Der Spiegel* 4 (16. 1. 1972), 23–24. https://www.spiegel.de/politik/gewisse-wurstigkeit-a-e0762b6e-0002-0001-0000-000043018804. Zuletzt aufgerufen am 17. 9. 2021.

Geyer, Martin H.: Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 643–669.

Goffman, Erving: *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag.* München: Piper [1959] 1971.

Goldscheid, Rudolf: *Höherentwicklung und Menschenökonomie. Grundlegung der Sozialbiologie.* Leipzig: Werner Klinkhardt 1911.

Goldschmidt, Dietrich: Der westdeutsche Beitrag zum Frieden. In: Ansgar Skriver (Hg.): *Berlin und keine Illusion. 13 Beiträge zur Deutschlandpolitik.* Hamburg: Rütten & Loening 1962, 104–114.

———: Ein Volk und seine Mörder. In: Dietrich Goldschmidt (Hg.): *Reinhard Henkys. Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht.* Stuttgart: Kreuz-Verlag 1964, 323–337.

———: Vorwort. In: Beate Brüggemann et al.: *Sozialisation und kompensatorische Erziehung. Ein soziologisches Seminar an der Freien Universität Berlin als hochschuldidaktisches Experiment.* Sommersemester 1968 und Wintersemester 1968/69. Berlin 1969, 1–2.

———: Reflexionen über ein Experiment. In: Beate Brüggemann et al.: *Sozialisation und kompensatorische Erziehung. Ein soziologisches Seminar an der Freien Universität Berlin als hochschuldidaktisches Experiment.* Sommersemester 1968 und Wintersemester 1968/69. Berlin 1969, 223–232.

———: Saul Benjamin Robinsohn, 25. 11. 1916–9. 4. 1972. *Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften* Heft 2 (1972), 79–85.

———: 8. Mai 1945. Erlebnisse, Tätigkeiten und Erfahrungen 1945 bis 1949. *Jahrbuch für historische Bildungsforschung* 2 (1995), 9–30.

Görnitz, Thomas: Carl Friedrich von Weizsäckers Entwurf einer Einheit der Physik. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 159–176.

Graumann, Carl Friedrich (Hg.): *Psychologie im Nationalsozialismus.* Berlin: Springer 1985.

Greiffenhagen, Martin: *Freiheit gegen Gleichheit? Zur »Tendenzwende« in der Bundesrepublik.* Hamburg: Hoffmann und Campe 1975.

Greiner, Bernd, Tim B. Müller und Claudia Weber (Hg.): *Macht und Geist im Kalten Krieg.* Hamburg: Hamburger Edition 2011.

Greschat, Martin: Mehr Wahrheit in der Politik! Das Tübinger Memorandum von 1961. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 48/3 (2000), 491–513.
———: *Der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland (1945–1989).* Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2010.

Grimm, Dieter (Hg.): *Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften.* 2 Bde. Frankfurt am Main: Athenäum 1976.

Groppe, Carola: *Die Macht der Bildung. Das deutsche Bürgertum und der George-Kreis 1890–1933.* 2. Auflage. Köln: Böhlau 2001.

Großmann, Johannes und Hélène Miard-Delacroix (Hg.): *Deutschland, Frankreich und die USA in den ›langen‹ 1960er Jahren. Ein transatlantisches Dreiecksverhältnis.* Stuttgart: Franz Steiner 2018.

Grossner, Claus: 1,5 Milliarden jährlich – wofür? Was der Bund finanziert, und wer ihn berät. *Die Zeit* 32 (11. 08. 1972). https://www.zeit.de/1972/32/15-milliarden-jaehrlich-wofuer/komplettansicht. Zuletzt aufgerufen am 6. 12. 2020.

Grothe, Ewald: »Strengste Zurückhaltung und unbedingter Takt«. Der Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber und die NS-Vergangenheit. In: Eva Schumann (Hg.): *Kontinuitäten und Zäsuren. Rechtswissenschaft und Justiz im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit.* Göttingen: Wallstein 2008, 327–348.
——— (Hg.): *Carl Schmitt – Ernst Rudolf Huber. Briefwechsel 1926–1981. Mit ergänzenden Materialien.* Berlin: Duncker & Humblot 2014.

Grothe, Ewald und Ulf Morgenstern: Volksbewusstsein im Schatten Stalingrads. Ein Kommentar. *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2 (2021), 14–20.

Gruhlich, Julia: *Transnationale Unternehmen und Geschlecht. Eine praxeologische Organisationsanalyse.* Wiesbaden: Springer VS 2016.

Gugerli, David: Kybernetisierung der Hochschule. Zur Genese des universitären Managements. In: Michael Hagner und Erich Hörl (Hg.): D*ie Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 414–439.

Gütlein, Klaus: Der »Palazzo Nuovo« des Kapitols. In memoriam Wolfgang Lotz. *Römisches Jahrbuch für Kunstgeschichte* 22 (1985), 83–190.

Habermas, Jürgen: Vorwort. In: Wolfgang Nitsch, Uta Gerhardt, Claus Offe und Ulrich K. Preuß: *Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität.* Berlin: Luchterhand 1965, V–VI.

———: Erkenntnis und Interesse. In: Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1965] 1969, 146–168.
———: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung. In: Jürgen Habermas: *Technik und Wissenschaft als »Ideologie«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1969, 120–145.
———: Einleitung. In: Jürgen Habermas (Hg.): *Stichworte zur »geistigen Situation der Zeit«. Bd. 1: Nation und Republik*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1979, 7–35.
———: *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985.
———: Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik. Über eine Bewegung von Intellektuellen in zwei politischen Kulturen. In: Jürgen Habermas: *Die neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1982] 1985, 30–56.
———: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Jürgen Habermas: *Die neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, 141–163.
———: Nach dreißig Jahren: Bemerkungen zu *Erkenntnis und Interesse*. In: Stefan Müller-Doohm (Hg.): *Das Interesse der Vernunft. Rückblicke auf das Werk von Jürgen Habermas seit »Erkenntnis und Interesse«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, 12–20.

Hachtmann, Rüdiger: *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. 2 Bde. Göttingen: Wallstein 2007.
———: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933 bis 1945. Politik und Selbstverständnis einer Großforschungseinrichtung. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 56/1 (2008), 19–52.
———: Wissenschaftsgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), 539–606.

Hacke, Jens: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*. 2. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.

Hagner, Michael (Hg.): *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte*. Frankfurt am Main: Fischer 2001.
———: Ansichten der Wissenschaftsgeschichte. Eine Einführung. In: Michael Hagner (Hg.): *Ansichten der Wissenschaftsgeschichte*. Frankfurt am Main: Fischer 2001, 7–41.
———: Vom Aufstieg und Fall der Kybernetik als Universalwissenschaft. In: Michael Hagner und Erich Hörl (Hg.): *Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008, 38–71.

Hahn, Hugo J. und Albrecht Weber: *Die OECD. Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*. Baden-Baden: Nomos 1976.

Hamm-Brücher, Hildegard: Zur Konzeption der Festschrift für Ernst Schütte. In: Hans W. Nicklas (Hg.): *Politik, Wissenschaft, Erziehung. Festschrift für Ernst Schütte*. Frankfurt am Main: Diesterweg 1969, 5–7.
———: Vorwort. In: Klaus Hüfner (Hg.): *Bildungswesen: mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Eine Veröffentlichung der OECD*. Frankfurt am Main: Diesterweg 1973, 5–7.

Haraway, Donna: *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen.* Frankfurt am Main: Campus 1995.

Harrington, Anne: *Die Suche nach Ganzheit. Die Geschichte biologisch-psychologischer Ganzheitslehren: Vom Kaiserreich bis zur New-Age-Bewegung.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2002.

Hartmann, Michael: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft.* Frankfurt am Main: Campus 2002.
———: Soziale Homogenität und generationelle Muster der deutschen Wirtschaftselite seit 1945. In: Volker R. Berghahn, Stefan Unger und Dieter Ziegler (Hg.): *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität.* Essen: Klartext 2003, 31–50.

Hasse, Raimund und Georg Krücken: *Neo-Institutionalismus.* Mit einem Vorwort von John Meyer. 2. Auflage. Bielefeld: transcript 2005.

Hausmann, Frank-Rutger: »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht«. *Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2001.
———: »Deutsche Geisteswissenschaft« *im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940–1945).* 3. Auflage. Heidelberg: Synchron 2007.
———: Wissenschaftsplanung und Wissenschaftslenkung an der Reichsuniversität Straßburg (1940–1944). In: Noyan Dinçkal, Christoph Dipper und Detlev Mares (Hg.): *Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im »Dritten Reich«.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2010, 230–187.

»Heckel, Hans«. In: Rudolf Vierhaus (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE). Bd. 4. 2. Auflage. München: Saur 2008, 539.

Heckhausen, Heinz: Förderung der Lernmotivierung und der intellektuellen Tüchtigkeiten. In: Heinrich Roth (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969, 193–228.
———: *Begabungsentfaltung für jeden.* Osnabrück: Fromm 1972.
———: Chancengleichheit und Leistungsprinzip in der Schulstruktur. In: Richard Löwenthal, Walter Rüegg und Michael Zöller (Hg.): *Schule '72. Schulkrise, Schulreform, Lehrerbildung. Die Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft auf Bühlerhöhe am 21.–23. Januar 1972.* Köln: Markus-Verlag 1972, 105–121.
———: Leistungsmotivation – Unternehmerinitiative – Wirtschaftswachstum. In: Heinz Heckhausen, Christian Graf von Krockow und Winfried Schlaffke: *Das Leistungsprinzip in der Industriegesellschaft.* Köln: Deutscher Instituts-Verlag 1974, 9–39.
———: Naive und wissenschaftliche Verhaltenstheorie im Austausch. In: Suitbert Ertel, Lilly Kemmler und Michael Stadler (Hg.): *Gestalttheorie in der modernen Psychologie. Wolfgang Metzger zum 75. Geburtstag.* Darmstadt: Steinkopff 1975, 106–112.

———: Vier Dekaden Motivations- und Volitionsforschung. Eine autobiographische Skizze. In: Max-Planck-Institut für psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen.* Berlin: Springer 1990, 1–30.

Heekerens, Hans-Peter: *100 Jahre Erlebnispädagogik – Rück-, Rund- und Ausblicke.* Großmannsdorf bei Würzburg: ZKS Verlag 2019. E-Publikation: https://zks-verlag.de/wp-content/uploads/Heekerens_Erlebnisp%C3%A4dagogik_ebook.pdf. Zuletzt aufgerufen am 15. 2. 2020.

Heer, Hannes: Einübung in den Holocaust: Lemberg Juni/Juli 1941. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 5 (2001), 409–427.

»Heimendahl, Dr. phil. Eckart«. In: Günter Zeutzschel: *Biographien.* Bd. 2. Karlsruhe: Günter Zeutzschel Presse-Agentur 1969 (Loseblattsammlung; Stand des Eintrags: 1974).

Heinemann, Manfred: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1949). In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 407–470.

Heinen, Armin und Oliver Jens Schmitt (Hg.): *Inszenierte Gegenmacht von rechts. Die »Legion Erzengel Michael« in Rumänien 1918–1938.* München: Oldenbourg 2013.

Heinze, Carsten: *Die Pädagogik an der Universität Leipzig in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2001.

Heisenberg, Werner: Die Rolle der Wissenschaften im öffentlichen Leben. In: Hellmut Eickemeyer (Hg.): *Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 an bis zum 15. August 1951 mit einem kurzen Abriß der Gründungsgeschichte und der Überleitungsarbeiten in die »Deutsche Forschungsgemeinschaft« bis Ende 1952. Mit einem Vorwort von W. Heisenberg Präsident des DFR.* München: Oldenbourg 1953, 219–221.

Henke, Klaus-Dietmar: *Die Dresdner Bank 1933–1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft.* Bd. 4. München: Oldenbourg 2006.

Henning, Eckart und Marion Kazemi: *Chronik der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften unter der Präsidentschaft Otto Hahns (1946–1960).* Berlin: AMPG 1992.
———: *Chronik der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen.* Berlin: Duncker & Humblot 2011.
———: *Handbuch zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–2011. Daten und Quellen.* 2 Bde. Berlin: AMPG 2016.

Hentig, Hartmut von: *Mein Leben – bedacht und bejaht. Schule, Polis, Gartenhaus.* München: Hanser 2007.

Hentschel, Klaus und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015.

»Heppe, Hans von«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 2008. http://www.munzinger.de/document/00000011566. Zuletzt aufgerufen am 7. 5. 2021.

Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert.* 2. Auflage. München: C. H. Beck 2017.

Herbert, Ulrich und Axel Schildt (Hg.): *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948.* Essen: Klartext 1998.

Herrmann, Ulrich: Bildungsforschung ohne kritische Theorie der Bildung? Ein Gutachten von Theodor W. Adorno zur Gründung eines (Max-Planck) »Instituts für Recht, Soziologie und Ökonomie der Bildung« aus dem Jahre 1961. *Pädagogische Korrespondenz* 49 (2014), 9–22.

Hess, David J.: Kulturen der Wissenschaft. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie.* Wiesbaden: Springer 2012, 177–189.

Hinrichsen, Hans-Peter Ernst: *Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.* Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung 2002.

Hochgeschwender, Michael: *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen.* München: Oldenbourg 1998.

Hockerts, Hans Günter: Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära. In: Hans Günter Hockerts (Hg.): *1966–1974. Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs.* Baden-Baden: Nomos 2006, 1–155.

———: *Ein Erbe für die Wissenschaft. Die Fritz Thyssen Stiftung in der Bonner Republik.* Paderborn: Schöningh 2018.

Hodenberg, Christina von: *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte.* München: C. H. Beck 2018.

Hoeres, Peter: Von der »Tendenzwende« zur »geistig-moralischen Wende«. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 1 (2013), 93–119.

Hoffmann-Ocon, Andreas: Die realistische Wendung als geisteswissenschaftliches Projekt? – Bildungshistorische und disziplintheoretische Annäherung an paradoxe Entstehungszusammenhänge. In: Edith Glaser und Edwin Keiner (Hg.): *Unscharfe Grenzen – eine Disziplin im Dialog: Pädagogik, Erziehungswissenschaft, Bildungswissenschaft, Empirische Bildungsforschung.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 35–49.

Hofmann, Gunter: *Marion Dönhoff. Die Gräfin, ihre Freunde und das andere Deutschland. Eine Biographie.* München: C. H. Beck 2019.

Hofstetter, Rita und Bernard Schneuwly: Contrasted Views of New Education on Knowledge and Its Transformation. Anticipation of a New Mode or Ambivalence? *Paedagogica Historica* 45/4–5 (2009), 453–467.

Hohensee, Jens: *Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa.* Stuttgart: Franz Steiner 1996.

Hohn, Hans-Willy: Governance-Strukturen und institutioneller Wandel des außeruniversitären Forschungssystems Deutschlands. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornborstel und Karin Zimmermann (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik.* 2 Auflage. Wiesbaden: Springer 2016, 549–572.

Hohn, Hans-Willy und Uwe Schimank: *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung.* Frankfurt am Main: Campus 1990.

Hollstein, Oliver und Wolfgang Meseth: Normative Implikate der qualitativen Sozialforschung. Überlegungen zur erziehungswissenschaftlichen Attraktivität der Objektiven Hermeneutik. In: Wolfgang Meseth, Jörg Dinkelaker, Sascha Neumann, Kerstin Rabenstein und Olaf Dörner (Hg.): *Empirie des Pädagogischen und Empirie der Erziehungswissenschaft. Beobachtungen erziehungswissenschaftlicher Forschung.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2016, 195–208.

Holmes, Brian: Saul B. Robinsohn: In Memoriam. *International Review of Education* 18/3 (1972), 283–284.

Höntsch, Andreas: *Die institutionelle Bestimmtheit sozialer Systeme. Niklas Luhmanns Systemtheorie und die Soziologie der »Leipziger Schule«.* Berlin: Duncker & Humblot 2018.

Hopf, Christel: Partizipation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an Institutsentscheidungen damals und heute. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 51–55.

Horn, Klaus-Peter: Die Diskussion um ein Kernstudium der Erziehungswissenschaft in den 60er Jahren. *Zeitschrift für Pädagogik* 45/5 (1999), 749–758.
———: Professionalisierung und Disziplinbildung. Zur Entwicklung des Diplomstudiengangs Erziehungswissenschaft. In: Hans Jürgen Apel et al. (Hg.): *Professionalisierung pädagogischer Berufe im historischen Prozeß*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1999, 295–317.
———: *Erziehungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert. Zur Entwicklung der sozialen und fachlichen Struktur der Disziplin von der Erstinstitutionalisierung bis zur Expansion*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2003.

Hornborstel, Stefan: (Forschungs-)Evaluation. In: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornborstel und Karin Zimmermann (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer 2016, 243–260.

Hösel, Sebastian: *Verkannte Innovationen im Bildungssektor? Reimut Jochimsens Konzeptionen zur Bildungspolitik, Bildungsplanung und Bildungsökonomie in den 1960er und 70er Jahren*. Dissertation, Universität Düsseldorf 2010. E-Publikation 2010: https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DocumentServlet?id=14582. Zuletzt aufgerufen am 26. 08. 2020.

Hoymann, Tobias: *Der Streit um die Hochschulrahmengesetzgebung des Bundes. Politische Aushandlungsprozesse in der ersten großen und der sozialliberalen Koalition*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.

Hoyningen-Huene, Paul und Simon Lohse: Die Kuhn'sche Wende. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS 2012, 73–84.

Huber, Ernst Rudolf: Straßburger Erinnerungen. *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2 (2021), 5–13.

Huber, Ludwig: Entwicklung und Wirkung der BAK. In: Stephan Freiger, Michael Gross und Christoph Oehler (Hg.): *Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Zukunft? Bundesassistentenkonferenz, Hochschulentwicklung, junge Wissenschaftler heute*. Kassel: Johannes Stauda 1986, 31–44.

Hüfner, Klaus (Hg.): *Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum. Ausgewählte Arbeiten zur Bildungsökonomie*. Stuttgart: Klett 1970.
——— (Hg.): *Bildungswesen: mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Eine Veröffentlichung der OECD*. Frankfurt am Main: Diesterweg 1973.
———: Einleitung des Herausgebers. In: Klaus Hüfner (Hg.): *Bildungswesen: mangelhaft. BRD-Bildungspolitik im OECD-Länderexamen. Eine Veröffentlichung der OECD*. Frankfurt am Main: Diesterweg 1973, 8–32.

Hüfner, Klaus und Jens Naumann: *Konjunkturen der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Der Aufschwung (1960–1967).* Stuttgart: Klett 1977.

Hüfner, Klaus, Jens Naumann, Helmut Köhler und Gottfried Pfeffer: *Hochkonjunktur und Flaute: Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1967–1980.* Stuttgart: Klett-Cotta 1986.

Hummel, Karl-Joseph: Widerstand im Wartestand? Ernst von Weizsäcker als Botschafter beim Heiligen Stuhl. In: Stefan Heid und Michael Matheus (Hg.): *Orte der Zuflucht und personeller Netzwerke: Der Campo Santo Teutonico und der Vatikan 1933–1955.* Freiburg im Breisgau: Herder 2015, 238–268.

Hünersdorf, Bettina: Sozialpädagogik als disziplinäre Grenzgänger*in. *Soziale Passagen* 12 (2020), 35–56. doi:10.1007/s12592-020-00350-5.

Hunz, Uwe: *Ganzheit prima facie: Holistisches Denken in der Biologie und Wissenschaftstheorie des 20. Jahrhunderts.* Würzburg: Königshausen & Neumann 2020.

Hürter, Johannes: *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42.* München: Oldenbourg 2006.

Husén, Torsten (Hg.): *International Study of Achievement in Mathematics: A Comparison of 12 Countries.* 2 Bde. Stockholm: Almqvist & Wiksell 1967.

Idel, Till-Sebastian und Heiner Ullrich (Hg.): *Handbuch Reformpädagogik.* Weinheim: Beltz 2017.

Ingenkamp, Karlheinz: *Die deutschen Schulleistungstests. Kritische Betrachtungen und Untersuchungen zur pädagogisch-psychologischen Grundlegung.* Weinheim: Beltz 1962.

———: Ausbreitung und Akzeptanz der empirisch orientierten Pädagogik. In: Karlheinz Ingenkamp, Reinholf S. Jäger, Hanns Petillon und Bernhard Wolf (Hg.): *Empirische Pädagogik 1970–1990. Eine Bestandsaufnahme der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland.* Bd. 1. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1992, 4–15.

Ingenkamp, Karlheinz und Hermann Laux: *Geschichte der Pädagogischen Diagnostik.* 2 Bde. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1990.

Inhalt des Hundertsten Bandes. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, III–IV.

In Memoriam Dietrich Goldschmidt. Reden auf der Akademischen Trauerfeier am 16. Oktober 1998. Berlin: MPIB 1999.

Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. Satzung vom 6. Dezember 1963. Dokument Nr. 53. In: Manfred Abelein (Hg.): *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970, 223–225.

Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft z. F. d.W., Berlin-Dahlem. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1964, 303–306.

Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft z. F. d.W., Berlin-Wilmersdorf. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1965, 308–310.

Jaeggi, Urs: Die deutsche Gesellschaft für Soziologie und ihre Soziologen. In: Hans Jürgen Krysmanski und Peter Marwedel (Hg.): *Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader zum 17. Deutschen Soziologentag.* Köln: Pahl-Rugenstein 20–9 ,1975.

Jahresbericht. Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Jahre 1958/59. *Jahrbuch 1959 der Max-Planck-Gesellschaft*, 5–20.

Jardine, Lisa: C. P. Snow's Two Cultures Revisited. *Christ's College Magazine* 235 (2010), 49–57.

Jentsch, Volker, Helmut Kopka und Arndt Wülfing: Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 17/5 (1972), 476–503.

Joas, Hans: *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992.

Jochimsen, Reimut: Anmerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. *Neue Sammlung* 21/5 (1981), 370–381.

Juchler, Ingo: *1968 in Deutschland. Schauplätze der Revolte.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2018.

Judt, Tony: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart.* Frankfurt am Main: Fischer 2009.

Jungmann, Walter: Pädagogische Grenzgänge zwischen Engagement und Distanzierung. Einführende Anmerkungen zu Person und Werk Heinrich Roths. In: Walter Jungmann und Kerstin Huber (Hg.): *Heinrich Roth – »moderne« Pädagogik als Wissenschaft.* Weinheim: Juventa 2009, 7–20.

Kahlert, Heike: Bildungs- und Erziehungssoziologie. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): *Handbuch Spezielle Soziologien.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010, 67–84.

Kahrs, Johannes und Sandra Viehbeck (Hg.): *In der Mitte der Partei. Gründung, Geschichte und Wirken des Seeheimer Kreises.* Berlin: Die Seeheimer e. V. 2005.

Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: *Plädoyer für die Vernunft. Signale einer Tendenzwende.* München: Herder 1974.

Kant, Horst und Jürgen Renn: Eine utopische Episode – Carl Friedrich von Weizsäcker in den Netzwerken der Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 213–242.

Käsler, Dirk: Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den Deutschen Soziologentagen 1910–1930. In: M. Rainer Lepsius (Hg.): *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, 199–244.

———: *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1984.

Kath, Gerhard, Christoph Oehler und Roland Reichwein: *Studienweg und Studienerfolg. Eine Untersuchung über Verlauf und Dauer des Studiums von 2000 Studienanfängern des Sommersemesters 1957 in Berlin, Bonn, Frankfurt/Main und Mannheim.* Berlin: IfB 1966.

Keiner, Edwin: *Erziehungswissenschaft 1947–1990. Eine empirische und vergleichende Untersuchung zur kommunikativen Praxis einer Disziplin.* Weinheim: Deutscher Studien Verlag 1999.

Kersting, Christa: *Pädagogik im Nachkriegsdeutschland. Wissenschaftspolitik und Disziplinentwicklung 1945 bis 1955.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2008.

Kettenacker, Lothar: *Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1973.

Kieser, Alfred: Konstruktivistische Ansätze. In: Alfred Kieser (Hg.): *Organisationstheorien.* 5. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2002, 287–318.

Kieser, Alfred und Mark Ebers (Hg.): *Organisationstheorien.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2006.

———: Vorwort zur 6. Auflage. In: Alfred Kieser und Mark Ebers (Hg.): *Organisationstheorien.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2006, 7.

Klack, Gunnar: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, 1965–1974. In: Peter Gruss, Gunnar Klack und Matthias Seidel (Hg.): *Fehling+Gogel. Die Max-Planck-Gesellschaft als Bauherr der Architekten Hermann Fehling und Daniel Gogel.* Berlin: Jovis 2009, 22–37.

Kleßmann, Christoph: 1945 – welthistorische Zäsur und »Stunde Null«. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2010. http://docupedia.de/images/3/3b/1945.pdf. Zuletzt aufgerufen am 27. 3. 2022.

Klingemann, Carsten: *Soziologie im Dritten Reich.* Baden-Baden: Nomos 1996.
———: Empirische Soziologie im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. Eine Stellungnahme zu Erwin K. Scheuch. *ZUMA-Nachrichten* 46 (2000), 171–180.
———: *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009.

Klotzbach, Kurt: *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965.* Bonn: Dietz 1982.

Knab, Doris: Ansätze zur Curriculumreform in der BRD. In: Redaktion betrifft: erziehung (Hg.): *Curriculumdiskussion.* Weinheim: Beltz [1971] 1974, 89–134.

Knoblauch, Hubert: *Wissenssoziologie.* 3. Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2014.

Knorr Cetina, Karin: *Die Fabrikation von Erkenntnis. Zur Anthropologie der Naturwissenschaft.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1984] 2012.

Kocka, Jürgen (Hg.): *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987.
———: Einleitung. In: Jürgen Kocka (Hg.): *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987, 7–14.

Köhler, Helmut: Amtliche Bildungsstatistik im Wandel. In: Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 2: Gegenwärtige Probleme.* Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1980, 1215–1285.

Kohl, Helmut: *Hausputz hinter den Fassaden. Praktikable Reformen in Deutschland.* Osnabrück: Fromm 1971.

Kohl, Ulrike: *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht.* Stuttgart: Franz Steiner 2002.

Koischwitz, Svea: *Der Bund der Freiheit der Wissenschaft in den Jahren 1970–1976. Ein Interessenverband zwischen Studentenbewegung und Hochschulreform.* Köln: Böhlau 2017.

Kolboske, Birgit: *Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen.* Berlin: GMPG-Preprint 2018.

———: *Hierarchien. Das Unbehagen der Geschlechter mit dem Harnack-Prinzip. Frauen in der Max-Planck-Gesellschaft.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2022.

Koller, Hans-Christoph: *Grundbegriffe, Theorien und Methoden der Erziehungswissenschaft. Eine Einführung.* 7. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2014.

Kollmorgen, Raj, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener (Hg.): *Handbuch Transformationsforschung.* Wiesbaden: Springer VS 2015.

Kopper, Christopher: *Bankiers unterm Hakenkreuz.* München: dtv 2008.

Kornadt, Hans-Joachim: Heinz Heckhausen: Motivationsforscher, akademischer Lehrer und Wissenschaftspolitiker. In: Max-Planck-Institut für Psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen.* Berlin: Springer 1990, 37–42.

Krais, Beate: »Das ist ein unpolitisches Fach! Eine kritische Soziologie ist das eigentlich nicht!«. Beate Krais im Gespräch mit Michaela Christ und Maja Suderland über Soziologie und Nationalsozialismus. In: Michaela Christ und Maja Suderland (Hg.): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven.* Berlin: Suhrkamp 2014, 555–593.

Krall, Stephan: Von Vitalismus bis Quantenphysik. In: Stephan Krall, Michael Nahm und Hans-Peter Waldrich: *Hinter der Materie. Hans Driesch und die Natur des Lebens.* Zug: Die Graue Edition 2021, 69–126.

Krappmann, Lothar: *Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen.* Stuttgart: Klett 1971.

Krause, Scott: *Bringing Cold War Democracy to West Berlin. A Shared German–American Project, 1940–1972.* New York, NY: Routledge 2018.

Kreppner, Kurt, Sybille Paulsen und Yvonne Schütze: Familiale Dynamik und sozialisatorische Interaktion nach der Geburt des zweiten Kindes. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 1 (1981), 291–297.

Krohn, Wolfgang: »Der harte Kern«. Wissenschaft zwischen Politik und Philosophie bei Carl Friedrich von Weizsäcker und in der Finalisierungstheorie. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 283–296.

Krücken, Georg: Lässt sich Wissenschaft managen? *Wissenschaftsrecht* 41 (2008), 345–358.

Krüger, Heinz-Hermann: *Einführung in Theorien und Methoden der Erziehungswissenschaft.* 4. Auflage. Opladen: Barbara Budrich 2006.

Krysmanski, Hans Jürgen und Peter Marwedel: Vorwort. In: Hans Jürgen Krysmanski und Peter Marwedel (Hg.): *Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader zum 17. Deutschen Soziologentag.* Köln: Pahl-Rugenstein 1975, 7.

Kuby, Erich: *Mein Krieg. Aufzeichnungen 1939–1944.* München: Knesebeck & Schuler 1989.

Kuhn, Thomas S.: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.* 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1962] 2012.

Kunstreich, Jasper: Vorwort. In: Felix Lange: *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches und öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945–2002.* Berlin: GMPG-Preprint 2020, III–VIII.

Kuratoriumsmitglieder 1951–2002. In: UNESCO-Institut für Pädagogik (Hg.): *Auf dem Weg zu einer lernenden Welt. 50 Jahre UNESCO-Institut für Pädagogik.* Hamburg: UIP 2002, 81–82.

Kurig, Julia: ›Planung‹ und ›Rationalität‹. Saul B. Robinsohns »Bildungsreform als Revision des Curriculum« und das Modernisierungsparadigma der 1960er Jahre. In: Wilfried Göttlicher, Jörg-Werner Link und Eva Matthes (Hg.): *Bildungsreform als Thema der Bildungsgeschichte.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2018, 195–211.

Kutscha, Günter (Hg.): *Bildung unter dem Anspruch von Aufklärung. Zur Pädagogik von Herwig Blankertz.* Weinheim: Beltz 1989.

Laak, Dirk van: Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2010. http://docupedia.de/zg/van_laak_planung_v1_de_2010. doi:10.14765/zzf.dok.2.577.v1. Zuletzt aufgerufen am 21. 8. 2021.

Laitko, Hubert: Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation als Leitgedanke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Reichweite und Grenzen, Ideal und Wirklichkeit. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip.* Berlin: De Gruyter 1996, 583–632.

———: Das Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: Gründungsintention und Gründungsprozess. In: Klaus Fischer, Hubert Laitko und Heinrich Parthey (Hg.): *Interdisziplinarität und Institutionalisierung der Wissenschaft.* Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2011, 199–237.

———: Das Harnack-Prinzip als institutionelles Markenzeichen: Faktisches und Symbolisches. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 135–194.

Lange, Felix: *Zwischen völkerrechtlicher Systembildung und Begleitung der deutschen Außenpolitik. Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 1945–2002. Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Langenbruch, Theodor: »Ernst Hellmut Vits«. In: *Wuppertaler Biographien. 9. Folge.* Wuppertal: Born 1970, 90–118.

Lebensdaten von Carl Friedrich von Weizsäcker. In: Hentschel, Klaus und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker. Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 11.

Leendertz, Ariane: *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010.

———: »Finalisierung der Wissenschaft«. Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik. *Mittelweg 36* 22/4 (2013), 93–121.

———: Medialisierung der Wissenschaft. Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969–1981). *Geschichte und Gesellschaft* 40 (2014), 555–590.

———: Ein gescheitertes Experiment – Carl Friedrich von Weizsäcker, Jürgen Habermas und die Max-Planck-Gesellschaft. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 243–262.

———: *Wissenschaftler auf Zeit. Die Durchsetzung der Personalpolitik der Befristung in der Max-Planck-Gesellschaft seit den 1970er-Jahren.* MPIfG Discussion Paper 20/15. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2020. https://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/2020/dp20-15.pdf. Zuletzt aufgerufen am 1. 3. 2021.

Leendertz, Ariane und Uwe Schimank (Hg.): *Ordnung und Fragilität des Sozialen. Renate Mayntz im Gespräch.* Frankfurt am Main: Campus 2019.

Lehberger, Carolin: *Die realistische Wendung im Werk von Heinrich Roth. Studien zu einem erziehungswissenschaftlichen Forschungsprogramm.* Münster: Waxmann 2009.

Leibfried, Stephan (Hg.): *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule.* Köln: Pahl-Rugenstein 1967.

———: Vorwort. In: Stephan Leibfried (Hg.): *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule.* Köln: Pahl-Rugenstein 1967, 3.

Lempert, Wolfgang: *Die Konzentration der Lehrlinge auf Lehrberufe in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz und in Frankreich 1950 bis 1963. Eine statistische Untersuchung.* Berlin: IfB 1966.

Lentsch, Justus: Organisationen der Wissenschaft. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie.* Wiesbaden: Springer 2012, 137–149.

Lenz, Michael: Anlage-Umwelt-Diskurs. Historie, Systematik und erziehungswissenschaftliche Relevanz. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2012.

Lepenies, Wolf: Dilemma eines Kongresses – Dilemma der Soziologie. Über den 16. Deutschen Soziologentag in Frankfurt. *Soziale Welt* 19/2 (1968), 172–182.

Lepsius, Mario Rainer: Ansprache zur Eröffnung des 17. Deutschen Soziologentages: Zwischenbilanz der Soziologie. In: Mario Rainer Lepsius (Hg.): *Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages.* Stuttgart: Enke 1976, 1–13.

———: Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1967. In: Günther Lüschen (Hg.): *Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1979, 25–70.

Leschinsky, Achim: Von der Forschungsmanufaktur zur Forschungsfabrik: Veränderungen in der Forschungsorganisation im Laufe der Institutsentwicklung. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 29–38.

———: Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. In: Gert Geißler und Ulrich Wiegmann (Hg.): *Außeruniversitäre Erziehungswissenschaft in Deutschland. Versuch einer historischen Bestandsaufnahme.* Köln: Böhlau 1996, 171–190.

»Leussink, Hans«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 2008. http://www.munzinger.de/document/00000010937. Zuletzt aufgerufen am 23. 3. 2021.

Lindenberger, Ulman: Der jugendliche Geist am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Betrachtungen zum 80. Geburtstag von Wolfgang Edelstein. In: Petra Fox-Kuchenbecker und Monika Keller (Red.): *Reden und Vorträge zum 80. Geburtstag von Wolfgang Edelstein.* Berlin: MPIB 2010, 7–14.

Lindner, Stephan H.: *Hoechst. Ein I. G. Farben Werk im Dritten Reich.* 2. Auflage. München: C. H. Beck 2005.

Link, Fabian: *Demokratisierung nach Auschwitz. Eine Geschichte der westdeutschen Sozialwissenschaften in der Nachkriegszeit.* Göttingen: Wallstein 2022.

———: *Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften: Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln von 1984 bis 1997.* Berlin: GMPG-Preprint 2022.

Link, Fabian und Andreas Schwarzferber: Helmut Schelskys Rechtssoziologie als sozialtechnisches Ordnungsinstrument vom NS-Regime in die Bundesrepublik. *Zyklos. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie* 5 (2019), 315–351.

Lochner, Rudolf: *Deskriptive Pädagogik. Umrisse einer Darstellung der Tatsachen und Gesetze der Erziehung vom soziologischen Standpunkt. Mit einem Vorwort zur Neuausgabe.* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft [1927] 1967.

Lockot, Regine: *Erinnern und Durcharbeiten. Zur Geschichte der Psychoanalyse und Psychotherapie im Nationalsozialismus.* Frankfurt am Main: Fischer 1985.

Lorenz, Chris: Wozu noch Theorie der Geschichte? Über das ambivalente Verhältnis zwischen Gesellschaftsgeschichte und Modernisierungstheorie. In: Wolfgang Schluchter (Hg.): *Kolloquien des Max Weber-Kollegs XV–XXIII.* Erfurt: Universität Erfurt 2001, 75–115.

Lorenz, Robert: *Protest der Physiker. Die »Göttinger Erklärung« von 1957.* Bielefeld: transcript 2011.

Löwenthal, Richard, Walter Rüegg und Michael Zöller: Vorwort. In: Richard Löwenthal, Walter Rüegg und Michael Zöller (Hg.): *Schule '72. Schulkrise, Schulreform, Lehrerbildung. Die Tagung des Bundes Freiheit der Wissenschaft auf Bühlerhöhe am 21.–23. Januar 1972.* Köln: Markus-Verlag 1972, 7–8.

Löwe, Teresa: »... es geht um den Menschen und um die Wahrheit«. Zur Vorgeschichte von Georg Pichts Notstandsszenario. Die deutsche Bildungskatastrophe. *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 163/3 (2003), 67–75.

———: Georg Picht – Vom Birklehof zur Bildungsoffensive. *Neue Sammlung* 44/4 (2004), 517–528.

Lübbe, Hermann, Robert Spaemann, Hans Bausch, Golo Mann, Wilhelm Hahn und Nikolaus Lobkowicz: Erklärung des vorbereitenden Kreises. In: *Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg.* Stuttgart: Klett-Cotta 1979, 163–165.

Lück, Helmut E.: *Geschichte der Psychologie. Strömungen, Schulen, Entwicklungen.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2013.

Luhmann, Niklas: *Organisation und Entscheidung.* 3. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2011.

Lundgreen, Peter: *Berufliche Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2001. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte.* Bd. 8. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.

Lüst, Reimar: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Bremen am 23. Juni 1972. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1972, 48–56.
———: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in München am 29. Juni 1973. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1973, 7–19.
———: Ansprache des Präsidenten in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 6. Juni 1980 in Hannover. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1980, 7–17.
———: Wissenschaft im Bewußtsein moralischer Verantwortung. Ansprache des scheidenden Präsidenten bei der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft am 29. Juni 1984 in Bremen. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1984, 15–26.
———: Vorwort. In: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte.* München: C. H. Beck 2008, 7–9.
———: Die Gründung eines Max-Planck-Instituts. Methoden und Prinzipien bei Institutsgründungen. Ein Astrophysiker und die Sozialwissenschaften. In: Jens Beckert und Wolfgang Streeck (Hg.): *Die deutschen Sozialwissenschaften und die Gründung des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Ariane Leendertz, Reimar Lüst und Franz-Xaver Kaufmann über die Signaturen einer Umbruchzeit.* Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2010, 19–28.

Lüst, Reimar und Paul Nolte: *Der Wissenschaftsmacher. Reimar Lüst im Gespräch mit Paul Nolte.* München: C. H. Beck 2008.

Maag Merki, Katharina: Evaluation im Bildungsbereich Schule in Deutschland. In: Thomas Widmer, Wolfgang Beywl und Carlo Fabian (Hg.): *Evaluation. Ein systematisches Handbuch.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, 157–162.

Macrakis, Kristie: *Surviving the Swastika. Scientific Research in Nazi Germany.* New York, NY: Oxford University Press 1993.

Mäding, Heinrich: *Bildungsplanung und Finanzplanung. Abstimmungsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland.* Stuttgart: Klett 1974.

Magnus, Ulrich: *Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949–2000.* Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Maier, Hans: *Zwischenrufe zur Bildungspolitik.* 2. Auflage. Osnabrück: Fromm [1972] 1973.

Mälzer, Moritz: »Die große Chance, wie einstens die Berliner Universität so heute eine Modell-Universität zu schaffen«. Die frühen 1960er Jahre als Universitätsgründerzeiten. *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 13 (2010), 73–92.
———: *Auf der Suche nach der neuen Universität. Die Entstehung der „Reformuniversitäten" Konstanz und Bielefeld in den 1960er Jahren.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016.

Mannheim, Karl: *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens.* Herausgegeben von David Kettler, Volker Meja und Nico Stehr. Frankfurt am Main: Suhrkamp [1925/1927] 1984.

Mark, Gabriele: »Mein Weg bleibt Mannheim«. Hans Reschke. Ein Oberbürgermeister zwischen Wiederaufbau, Neubeginn und Zukunftsgestaltung. Ostfildern: Thorbecke 2011.

Markmann, Heinz: *Erinnerungen.* Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2010.

Martens, Will und Günther Ortmann: Organisationen in Luhmanns Systemtheorie. In: Alfred Kieser und Mark Ebers (Hg.): *Organisationstheorien.* 6. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer 2006, 427–461.

Mast, Peter: *Von der Hochschule zum Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main. 1950–1981. Ein Beitrag zur Geschichte der »pädagogischen Tatsachenforschung« in Deutschland.* Manuskript. BBF 1989.

Mathes, Rainer: *Gesamtstaatliche Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung, Realisierung und Funktion. Eine empirische Analyse der Implementation des Bildungsgesamtplans in Hessen und Rheinland-Pfalz.* Köln: Böhlau 1987.

Mattes, Peter: Psychologie im westlichen Nachkriegsdeutschland – Fachliche Kontinuität und gesellschaftliche Restauration. In: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter (Hg.): *Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Ein Überblick.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1985, 201–224.

Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.* München: MPG 1989.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1997, 659–672.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 1998, 723–736.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin. *Max-Planck-Gesellschaft Jahrbuch* 2001, 723–731.

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Mitarbeiter*innen. Gerd Gigerenzer.* https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/gerd-gigerenzer. Zuletzt aufgerufen am 23. 2. 2022.

———: *Mitarbeiter*innen. Jürgen Baumert.* https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/juergen-baumert. Zuletzt aufgerufen am 23. 3. 2022.

———: *Mitarbeiter*innen. Karl Ulrich Mayer.* https://www.mpib-berlin.mpg.de/mitarbeiter/karl-ulrich-mayer. Zuletzt aufgerufen am 24. 3. 2022.

———: *Publikationen von Karl Ulrich Mayer*. https://www.mpib-berlin.mpg.de/publikationen-des-instituts/publikationssuche. Zuletzt aufgerufen am 21. 3. 2022.
———: *Publikationen von Paul B. Baltes*. https://www.mpib-berlin.mpg.de/publikationen-des-instituts/publikationssuche. Zuletzt aufgerufen am 7. 3. 2022.

Max-Planck-Institut für psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen*. Berlin: Springer 1990.

Max-Weber-Institut für Soziologie: Prof. Dr. rer. pol., Dr. h. c. Schluchter. https://www.soz.uni-heidelberg.de/wolfgang-schluchter/. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.

Mayer, Karl Ulrich: Hellmut Becker. 17. 05. 1913–16. 12. 1993. *Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen* 2 (1994), 168–169.

Mayer, Karl Ulrich und Paul B. Baltes (Hg.): *Die Berliner Altersstudie. Ein Projekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften*. Berlin: Akademie-Verlag 1996.

Mayntz, Renate: Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? In: Gunnar Folke Schuppert (Hg.): *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*. 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos 2006, 11–20.

Meadows, Donella H., Dennis L. Meadows, Jørgen Randers und William W. Behrens III: *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York, NY: Universe Books 1972.

Mehring, Reinhard: Laudatio: Verleihung des Theodor-Eschenburg-Preises an Prof. Dr. Dr. h. c. Wilhelm Hennis am 24. September 2009 auf dem Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Kiel. *Politische Vierteljahresschrift* 50/4 (2009), 816–823.

Meifort, Franziska: *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie*. München: C. H. Beck 2017.

Meiser, Inga: Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953). Berlin: AMPG 2013.

»Mertens, Dieter«. In: *Munzinger Online/Personen*. Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1989. http://www.munzinger.de/document/00000017268. Zuletzt aufgerufen am 20. 7. 2021.

Merton, Robert K.: On Sociological Theories of the Middle Range. In: Robert K. Merton: *On Theoretical Sociology. Five Essays, Old and New. Including Part 1 of Social Theory and Social Structure*. New York: Free Press 1967, 39–72.

Meseth, Wolfgang, Jörg Dinkelaker, Sascha Neumann, Kerstin Rabenstein und Olaf Dörner (Hg.): Empirie des Pädagogischen und Empirie der Erziehungswissenschaft. Beobachtungen erziehungswissenschaftlicher Forschung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2016.

Messerschmid, Felix: Zur Einführung. In: Helmut Schelsky: *Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft.* Würzburg: Werkbund-Verlag 1957, 7.

Métraux, Alexandre: Der Methodenstreit und die Amerikanisierung der Psychologie in der Bundesrepublik 1950–1970. In: Mitchell G. Ash und Ulfried Geuter (Hg.): *Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Ein Überblick.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1985, 225–251.

Metzler, Gabriele: *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft.* Paderborn: Ferdinand Schöningh 2005.

———: Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren? In: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008, 243–260.

Metzler, Gabriele und Dirk van Laak: Die Konkretion der Utopie. Historische Quellen der Planungsutopien der 1920er Jahre. In: Isabel Heinemann und Patrick Wagner (Hg.): *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert.* Stuttgart: Franz Steiner 2006, 23–43.

Meyer, Hermann Frank: *Blutiges Edelweiß. Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg.* Berlin: Ch. Links 2008.

Meyer, John W. und Michael T. Hannan (Hg.): *National Development and the World System. Educational, Economic, and Political Change. 1950–1970.* Chicago, IL: University of Chicago Press 1979.

Meyer, John W.: *Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen.* Herausgegeben von Georg Krücken. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005.

Mikl-Horke, Gertraude: *Soziologie. Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe.* 6. Auflage. München: Oldenbourg 2011.

Miller, Susanne: *Die SPD vor und nach Godesberg.* Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1975.

Mintzberg, Henry: *The Rise and Fall of Strategic Planning. Reconceiving Roles for Planning, Plans, Planners.* New York: Free Press 1994.

Mirowski, Philip und Dieter Plehwe (Hg.): *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective.* Cambridge, MA: Harvard University Press 2015.

Moebius, Stephan: Schulen, Akteure und regionale Zentren in der frühen Geschichte der bundesrepublikanischen Soziologie. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, 253–287.
———: Kontroversen in der deutschsprachigen Soziologie nach 1945. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, 289–314.

Moebius, Stephan und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018.

Morgenstern, Ulf: »Bildungsbecker« und »Liberaler Feuerkopf«. Hellmut Becker (1913–1993). In: Ulf Morgenstern und Kristina Michaelis (Hg.): *Kaufleute, Kosmopoliten, Kunstmäzene. Die Gelnhäuser Großbürgerfamilien Becker und Schöffer.* Hamburg: Am Goldenen Fluss 2013, 106–113.
———: »Philosophie und Vaterland«. Ernst Rudolf Huber und Hellmut Becker. In: Ewald Grothe (Hg.): *Ernst Rudolf Huber. Staat – Verfassung – Geschichte.* Baden-Baden: Nomos 2015, 71–99.

Müller-Böling, Detlef: *Die entfesselte Hochschule.* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2000.

Müller-Doohm, Stefan: *Jürgen Habermas. Leben, Werk, Wirkung.* Berlin: Suhrkamp 2008.
———: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? In: Georg Kneer und Stephan Moebius (Hg.): *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen.* Berlin: Suhrkamp 2010, 131–153.
———: *Jürgen Habermas. Eine Biographie.* Berlin: Suhrkamp 2014.

Müller, Guido: *Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930.* Köln: Böhlau 1991.

Muller, Jerry Z.: *The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism.* Princeton, NJ: Princeton University Press 1987.

Müller, Walter: Laudatio (zur Verleihung der Ehrensenatorenwürde an Professor Dr. Dr. h. c. Karl Ulrich Mayer am 8. Mai 2015). In: Bernd Engler (Hg.): *Universitätsreden 2015/2016.* Tübingen: Eberhard Karls Universität 2017, 11–23.

Mut zur Erziehung. Beiträge zu einem Forum am 9./10. Januar 1978 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg. Stuttgart: Klett-Cotta 1979.

Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland und Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.): *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher*

in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft. 2. Auflage. Berlin: Staatsverlag der DDR 1965.

Naumann, Jens: Bildungsforschung als Alibi? In: Gerold Becker und Jürgen Zimmer (Hg.): *Lust und Last der Aufklärung. Ein Buch zum 80. Geburtstag von Hellmut Becker.* Weinheim: Beltz 1993, 294–304.

Neidhardt, Ursula: *Auf dem Weg zur demokratischen Schule. Der Beitrag von Lehrplänen zur Schulentwicklung.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2007.

Nettelbeck, Joachim: *Verwalten von Wissenschaft, eine Kunst.* Berlin: MPIWG 2019.

»Nevermann, Knut«. In: *Wer ist wer? Das deutsche Who's Who. Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin.* XXVIII. Ausgabe. Lübeck: Schmidt-Römhild 1989, 980.

Nicolaysen, Rainer: *Der lange Weg zur VolkswagenStiftung. Eine Gründungsgeschichte im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002.

Niehaus, Michael und Hans-Walter Schmidt-Hannisa: Textsorte Protokoll. Ein Aufriß. In: Michael Niehaus und Hans-Walter Schmidt-Hannisa (Hg.): *Das Protokoll. Kulturelle Funktionen einer Textsorte.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2005, 7–23.

Nitsch, Wolfgang, Uta Gerhardt, Claus Offe und Ulrich K. Preuß: *Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität.* Berlin: Luchterhand 1965.

Nolte, Paul: *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert.* München: C. H. Beck 2000, 208–235.
———: Konservatismus in Deutschland. Geschichte – und Zukunft? *Merkur* 55 (2001), 559–571.

Nützenadel, Alexander: *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005.

OECD (Hg.): *Modernizing our Schools. Curriculum Improvement and Educational Development.* Paris: OECD 1966.
——— (Hg.): *The Social Sciences and the Policies of Governments.* Paris: OECD 1966.
——— (Hg.): *Germany. Reviews of National Policies for Education.* Paris: OECD 1972.

Oevermann, Ulrich: Schichtenspezifische Formen des Sprachverhaltens und ihr Einfluß auf die kognitiven Prozesse. In: Heinrich Roth (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969, 297–356.

Oevermann, Ulrich, Detlef Garz, Gerhard Riemann und Anja Wildhagen: Die Erzählung von Ulrich Oevermann. In: Detlef Garz, Klaus Kraimer und Gerhard Riemann (Hg.): *Im Gespräch*

mit Ulrich Oevermann und Fritz Schütze. Einblicke in die biographischen Voraussetzungen, die Entstehungsgeschichte und die Gestalt rekonstruktiver Forschungsansätze. Opladen: Barbara Budrich 2019, 15–97.

Oevermann, Ulrich, Lothar Krappmann und Kurt Kreppner: *Projektvorschlag Elternhaus und Schule.* Berlin: IfB, Abteilung Soziologie. Berlin, 20. September 1968. https://pure.mpg.de/rest/items/item_2447902_5/component/file_2448232/content. Zuletzt aufgerufen am 1. 10. 2020.

Offe, Claus: Akademische Soziologie und politischer Protest: Der Frankfurter Soziologentag 1968. In: Hans-Georg Soeffner (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010.* Bd. 2. Wiesbaden: Springer VS 2013, 977–984.

Ohnemus, Jan: Dr.-Ing. Carl Wurster: Im »Notstand, Zwangsarbeiter einzusetzen?«. In: Wolfgang Proske (Hg.): *Täter Helfer Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus Baden-Württemberg. Bd. 10: NS-Belastete aus der Region Stuttgart.* Gerstetten: Kugelberg 2019, 506–520.

Orth, Karin: *Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1968.* Stuttgart: Franz Steiner 2011.

Ortmeyer, Benjamin: *Rassismus und Judenfeindschaft in der Zeitschrift »Die Erziehung« 1933–1942 (Eduard Spranger).* Frankfurt am Main: Protagoras Academicus 2016.

Osganian, Vanessa und Helmuth Trischler: *Die Max-Planck-Gesellschaft als wissenschaftspolitische Akteurin in der Allianz der Wissenschaftsorganisationen.* Berlin: GMPG-Preprint 2022.

Paffrath, Fritz Hartmut: *Die Wendung aufs Subjekt. Pädagogische Perspektiven im Werk Theodor W. Adornos.* 2. Auflage. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1994.

Papadopoulos, George S.: *Die Entwicklung des Bildungswesens von 1960 bis 1990. Der Beitrag der OECD.* Frankfurt am Main: Peter Lang 1996.

Paulus, Stefan: *Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945–1976.* München: Oldenbourg 2010.

Peisert, Hansgert: *Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland.* München: Piper 1967.

Pfeffer, Karl Heinz: Rezension zu Hans Schuster: Die Judenfrage in Rumänien. (Abhandlungen des Instituts für Politik, ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Leipzig. N. F. Heft 5.) Leipzig 1939. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, 557–560.

»Pfeffer, Karl Heinz«. In: Wilhelm Bernsdorf und Horst Knospe (Hg.): *Internationales Soziologenlexikon. Bd. 2: Beiträge über lebende oder nach 1969 verstorbene Soziologen.* 2. Auflage. Stuttgart: Enke 1984, 659.

Phillips, David: *Zur Universitätsreform in der Britischen Besatzungszone 1945–1948.* Köln: Böhlau 1983.

Picht, Georg: *Die deutsche Bildungskatastrophe.* München: dtv [1964] 1965.

———: Nachdenken nicht gefragt. Ein einzigartiges Forschungsinstitut wird mit dem Leiter pensioniert. *Die Zeit* (7. 3. 1980). https://www.zeit.de/1980/11/nachdenken-nicht-gefragt/komplettansicht. Zuletzt aufgerufen am 27. 2. 2020.

Planungsbeirat des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen für die Entwicklung des Hochschulwesens (Hg.): *Empfehlungen I. Die Entwicklung der akademischen Ausbildung an den wissenschaftlichen Hochschulen Nordrhein-Westfalens bis 1974/75.* Wuppertal: Henn 1968.

Platzdasch, Günter: Anschluß verloren: Alte Linke, Neue Linke, DIE LINKE? Ulrich K. Preuß zum Siebzigsten. *Linksnet*, 6. 12. 2009. https://www.linksnet.de/artikel/25135. Zuletzt aufgerufen am 9. 8. 2021.

Plessner, Monika: *Die Argonauten auf Long Island. Begegnungen mit Hannah Arendt, Theodor W. Adorno, Gershom Scholem und anderen.* Berlin: Rowohlt 1995.

Podewils, Clemens Graf (Hg.): *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik.* Stuttgart: Klett 1975.

Porträts aus den Pionierzeiten des UIP. In: UNESCO-Institut für Pädagogik (Hg.): *Auf dem Weg zu einer lernenden Welt. 50 Jahre UNESCO-Institut für Pädagogik.* Hamburg: UIP 2002, 26–34.

Postlethwaite, Thomas Neville: Torsten Husén. In: Joy A. Palmer (Hg.): *Fifty Modern Thinkers on Education. From Piaget to the Present.* London: Routledge 2001, 96–102.

Ptak, Ralf: *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland.* Opladen: Leske + Budrich 2004.

Rack, Jochen: *Chronist der Gefühle. Eine Lange Nacht über Alexander Kluge.* Wiederholung aus dem Jahre 2010 anlässlich des 80. Geburtstages von Alexander Kluge. Gesendet am 11. Februar 2012 Deutschlandradio Kultur und am 11./12. Februar 2012 Deutschlandfunk. https://www.deutschlandfunk.de/chronist-der-gefuehle-102.html. Zuletzt aufgerufen am 23. 08. 2022.

Rammstedt, Otthein: *Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986.

»Raiser, Ludwig«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1980. http://www.munzinger.de/document/00000006510. Zuletzt aufgerufen am 18. 3. 2020.

Raschert, Jürgen: Reform des Curriculum. In: Carl-Heinz Evers und Johannes Rau (Hg.): *Oberstufenreform und Gesamthochschule.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970, 1–15.

———: *Gesamtschule: ein gesellschaftliches Experiment. Möglichkeiten einer rationalen Begründung bildungspolitischer Entscheidungen durch Schulversuche.* Stuttgart: Klett 1974.

———: Bildungspolitik im kooperativen Föderalismus. Die Entwicklung der länderübergreifenden Planung und Koordination des Bildungswesens der Bundesrepublik Deutschland. In: Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Jens Naumann, Jürgen Raschert und Peter Siewert (Hg.): *Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten und Analysen. Bd. 1: Entwicklungen seit 1950.* Stuttgart: Rowohlt 1980, 101–215.

———: Der Deutsche Bildungsrat und das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: Funktionen und Probleme der Politikberatung. In: *Das Institut für Bildungsforschung gestern – heute – morgen. Beiträge zum Symposion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung am 11. November 1988.* Berlin: MPIB 1989, 13–17.

Raulff, Ulrich: *Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben.* 2. Auflage. München: dtv 2012.

Rehberg, Karl-Siegbert: Hans Freyer (1887–1960), Arnold Gehlen (1904–1976), Helmut Schelsky (1912–1984). In: Dirk Kaesler (Hg.): *Klassiker der Soziologie.* Bd. 2. 4. Auflage. München: C. H. Beck 2003, 72–104.

Reitmayer, Morten: *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik.* München: Oldenbourg 2009.

Remmers, Hartmut: *Hans Freyer: Heros und Industriegesellschaft. Studien zur Sozialphilosophie.* Opladen: Leske + Budrich 1994.

Renn, Jürgen, Horst Kant und Birgit Kolboske: Stationen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 5–120.

Rexroth, Frank: Die Halkyonischen Tage. Professor Heimpel zwischen Zauber und Alb. *Zeitschrift für Ideengeschichte* Heft XV/2 (2021), 21–32.

Rheinberger, Hans-Jörg: *Historische Epistemologie zur Einführung.* 2. Auflage. Hamburg: Junius 2008.

Ribbe, Wolfgang und Jürgen Schmädeke (Hg.): *Berlin im Europa der Neuzeit. Ein Tagungsbericht.* Berlin: De Gruyter 1990.

Richter, Ingo: Das Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin. *Neue Sammlung* 8/6 (1968), 589–601.
———: *Meine deutsche Bildungsrepublik. Eine bildungspolitische Autobiographie.* Berlin: Barbara Budrich 2021.

Riese, Hajo: *Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland.* Wiesbaden: Franz Steiner 1967.

Ringer, Fritz K.: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933.* München: dtv [1969] 1987.

Robinsohn, Saul B.: Foreword. In: Arthur W. Foshay, Robert L. Thorndike, Fernand Hotyat, Douglas A. Pigeon und David A. Walker: *Educational Achievements of Thirteen-Year-Olds in Twelve Countries. Results of an International Research Project, 1959–1961.* Hamburg: UNESCO Institute for Education 1962, 5.
———: The Newly Founded Institute for Educational Research (Institut für Bildungsforschung) within the Max-Planck-Gesellschaft. *Comparative Education* 2/1 (1965), 31–35.
———: Thesen zur Lehrerbildung. *Neue Sammlung* 3 (1965), 197–205.
———: *Bildungsreform als Revision des Curriculums.* Neuwied: Luchterhand 1967.
———: *Schulreform im gesellschaftlichen Prozeß. Ein interkultureller Vergleich.* 2 Bde. Stuttgart: Klett 1970, 1972.
———: Bildungsreform als Revision des Curriculum, 1967. In: Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas (Hg.): *Saul B. Robinsohn. Erziehung als Wissenschaft. Mit einer Einleitung von Hellmut Becker.* Stuttgart: Klett [1967] 1973, 110–181.

Robinsohn, Saul B. und J. Caspar Kuhlmann: Two Decades of Non-Reform in West-German Education, 1967. In: Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas (Hg.): *Saul B. Robinsohn. Erziehung als Wissenschaft.* Stuttgart: Klett [1967] 1973, 363–386.

Roeder, Peter Martin: *Erziehung und Gesellschaft. Ein Beitrag zur Problemgeschichte unter besonderer Berücksichtigung des Werkes von Lorenz von Stein.* Weinheim: Beltz 1968.
———: Bildungsforschung und Schulreform: Jerome S. Bruner, Heinrich Roth, Saul B. Robinsohn, Torsten Husén, James S. Coleman. In: Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): *Klassiker der Pädagogik. Bd. 2: Von John Dewey bis Paulo Freire.* 2. Auflage. München: C. H. Beck 2012, 227–248.

Roeder, Peter Martin, Jürgen Baumert, Jens Naumann und Luitgard Trommer: Institutionelle Bedingungen wissenschaftlicher Produktivität. In: Hans-Dieter Daniel und Rudolf Fisch (Hg.): *Evaluation von Forschung. Methoden – Ergebnisse – Stellungnahmen.* Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 1988, 457–494.

Roeder, Peter Martin und Klaus Treumann: *Modelle der Differenzierung in Abhängigkeit von Leistungsdimensionen einzelner Fächer.* Stuttgart: Klett 1974.

Rogge, Peter G.: *Tendenzwende. Wirtschaft nach Wachstum und Wunder.* 2. Auflage Stuttgart: Bonn Aktuell 1975.

Rohstock, Anne: *Von der »Ordinarienuniversität« zur »Revolutionszentrale«? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957–1976.* München: Oldenbourg 2010.

———: Vom NS-Statistiker zum bundesrepublikanischen Bildungsforscher: Friedrich Edding und seine Verstrickung in den Nationalsozialismus. In: Markus Rieger-Ladich, Anne Rohstock und Karin Amos (Hg.): *Erinnern, Umschreiben, Vergessen. Die Stiftung des disziplinären Gedächtnisses als soziale Praxis.* Weilerswist: Velbrück 2019, 120–157.

Rohwedder, Uwe: *Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969).* Essen: Klartext 2012.

Rolff, Hans-Günter: *Sozialisation und Auslese durch die Schule.* 4. Auflage. Heidelberg: Quelle & Meyer [1967] 1969.

———: *Bildungsplanung als rollende Reform. Eine soziologische Analyse der Zwecke, Mittel und Durchführungsformen einer reformbezogenen Planung des Bildungswesens.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970.

———: Bildungsexpansion und Gesamthochschulen. In: Carl-Heinz Evers und Johannes Rau (Hg.): *Oberstufenreform und Gesamthochschule.* Frankfurt am Main: Diesterweg 1970, 109–132.

Rösener, Werner: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte (1956–2006). Fünfzig Jahre Geschichtsforschung.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2014.

Rossolíński-Liebe, Grzegorz: Der Verlauf und die Täter des Lemberger Pogroms vom Sommer 1941. Zum aktuellen Stand der Forschung. Jahrbuch für Antisemitismusforschung 22 (2013), 207–243.

Roth, Heinrich: Die realistische Wendung in der pädagogischen Forschung [Antrittsvorlesung, 21. 7. 1962, Georg-August-Universität Göttingen]. *Die Deutsche Schule* 55/3 (1963), 109–119.

——— (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969.

———: Einleitung und Überblick. In: Heinrich Roth (Hg.): *Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuerer Forschungen.* 4. Auflage. Stuttgart: Klett [1968] 1969, 17–67.

———: Die Frage nach dem Verhältnis von Schule und Gesellschaft, Schulreform und Gesellschaftsreform. Eingeleitet und zusammengestellt von Ursula Nahme. In: Werner Wiater (Hg.): *Mit Bildung Politik machen. Autobiographisches zum schwierigen Verhältnis von Bildungspolitik und Pädagogik.* Stuttgart: Metzler 1991, 10–33.

Roth, Heinrich und Dagmar Friedrich: Einleitung. In: Heinrich Roth und Dagmar Friedrich (Hg.): *Bildungsforschung. Probleme – Perspektiven – Prioritäten. Teil 1.* Stuttgart: Klett 1975, 19–53.

Ruck, Michael: Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre. In: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften.* Hamburg: Christians 2000, 362–401.

Rudloff, Wilfried: Bildungsplanung in den Jahren des Bildungsbooms. In: Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe (Hg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik.* Paderborn: Ferdinand Schöningh 2003, 259–282.

———: Verwissenschaftlichung der Politik? Wissenschaftliche Politikberatung in den sechziger Jahren. In: Peter Collin und Thomas Horstmann (Hg.): *Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis.* Baden-Baden: Nomos 2004, 216–257.

———: Wieviel Macht den Räten? Politikberatung im bundesdeutschen Bildungswesen von den fünfziger bis zu den sechziger Jahren. In: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hg.): *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive.* Berlin: Duncker & Humblot 2004, 153–188.

———: *Does Science Matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Am Beispiel der bundesdeutschen Bildungspolitik in den Jahren des »Bildungsbooms«.* Speyer: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung 2005.

———: Georg Picht. Die Verantwortung der Wissenschaften und die »aufgeklärte Utopie«. In: Theresia Bauer, Elisabeth Kraus, Christiane Kuller und Winfried Süß (Hg.): *Gesichter der Zeitgeschichte. Deutsche Lebensläufe im 20. Jahrhundert.* München: Oldenbourg 2009, 279–296.

———: Ungleiche Bildungschancen, Begabung und Auslese. Die Entdeckung der sozialen Ungleichheit in der bundesdeutschen Bildungspolitik und die Konjunktur des »dynamischen Begabungsbegriffs« (1950 bis 1980). *Archiv für Sozialgeschichte* 54 (2014), 193–244.

———: Öffnung oder Schließung. Bildungsplanung in West und Ost. Vergesellschaftung und Ökonomisierung der Bildung. In: Elke Seefried und Dierk Hoffmann (Hg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft.* Berlin: De Gruyter, Oldenbourg 2018, 68–85.

Rürup, Reinhard: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus. Ergebnisse des Forschungsprogramms der Max-Planck-Gesellschaft. *Dahlemer Archivgespräche* 14 (2013), 171–196.

Rusinek, Bernd-A.: Gremienprotokolle. In: Bernd-A. Rusinek, Volker Ackermann und Jörg Engelbrecht (Hg.): *Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit.* Paderborn: Schöningh 1992, 185–198.

Sachse, Carola: Grundlagenforschung. Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970). In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 243–268.

———: *Wissenschaft und Diplomatie. Die MPG im Feld der internationalen Politik (1945–2000).* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, im Erscheinen.

Sadowski, Dieter: Der Bildungsökonomische Ausschuss des Vereins für Socialpolitik: Entstehung, Strömungen und Entwicklungen 1975–2015. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 17/1 (2016), 92–103.

Sala, Roberto: Die Karriere eines erfolgreichen Konstrukts: Die Genese der »Sozialwissenschaften« in Deutschland und den USA. In: Christiane Reinecke und Thomas Mergel (Hg.): Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus 2012, 253–280.

Saldern, Adelheid von: Das »Harzburger Modell«. Ein Ordnungssystem für bundesrepublikanische Unternehmen, 1960–1975. In: Thomas Etzemüller (Hg.): *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert.* Bielefeld: transcript 2009, 303–329.

Sands, Philippe: *Rückkehr nach Lemberg. Über die Ursprünge von Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine persönliche Geschichte.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer 2018.

Satzinger, Helga: Adolf Butenandt, Hormone und Geschlecht. Ingredienzien einer wissenschaftlichen Karriere. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«.* Göttingen: Wallstein 2004, 78–133.

Satzung der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. (1948). In: Eckart Henning und Marion Kazemi: *Chronik der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften unter der Präsidentschaft Otto Hahns (1946–1960).* Berlin: AMPG 1992, 135–143.

Satzung des Ausschusses. In: Hans Bohnenkamp, Walter Dirks und Doris Knab (Hg.): *Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesens 1953–1965. Gesamtausgabe.* Stuttgart: Klett 1966, 966–967.

Schäfer, Gerhard: Wider die Inszenierung des Vergessens. Hans Freyer und die Soziologie in Leipzig 1925–1945. *Jahrbuch für Soziologiegeschichte* 1 (1990), 121–175.

———: Hans Freyer und die Soziologie in Leipzig. In: Hansgünter Meyer (Hg.): *Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme.* Berlin: Akademie Verlag 1992, 481–498.

———: Soziologie als politische Tatphilosophie. Helmut Schelskys Leipziger Jahre (1931–1938). *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 39/222 (1997), 645–665.

Schäfer, Herwig: *Juristische Lehre und Forschung an der Reichsuniversität Straßburg 1941–1944.* Tübingen: Mohr Siebeck 1999.

Schanetzky, Tim: *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966–1982.* Berlin: Akademie Verlag 2007.

———: Aporien der Verwissenschaftlichung: Sachverständigenrat und wirtschaftlicher Strukturwandel in der Bundesrepublik 1974–1988. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 153–167.

»Schardt, Alois«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1998. http://www.munzinger.de/document/00000013543. Zuletzt aufgerufen am 8. 9. 2021.

Schelsky, Helmut: *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend.* 3. Auflage. Düsseldorf: Diederichs [1957] 1958.
———: Die verschiedenen Weisen, wie man Demokrat sein kann. Erinnerungen an Hans Freyer, Helmuth Plessner und andere. In: Helmut Schelsky: *Rückblicke eines »Anti-Soziologen«.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1981, 134–159.

Scheuch, Erwin K.: *Haschisch und LSD als Modedrogen. Wunschdenken und Tatsachen.* Osnabrück: Fromm 1970.
———: Laudatio auf Hansgert Peisert, Max Kaase und Walter Müller. In: Jan van Deth (Hg.): *Von Generation zu Generation.* Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen 2002, 32–42.

Schieder, Wolfgang und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«.* Göttingen: Wallstein 2004.

Schildt, Axel: *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart.* München: C. H. Beck 1998.
———: »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren. *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), 449–478.
———: *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik.* 3. Auflage. Göttingen: Wallstein 2021.

Schildt, Axel und Detlef Siegfried*: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart.* München: Hanser 2009.

Schildt, Axel, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften.* Hamburg: Christians 2000.
———: Einleitung. In: Schildt, Axel, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften.* Hamburg: Christians 2000, 11–20.

Schimank, Uwe: *Förderinitiative des BMBF: Science Policy Studies. Expertise zum Thema: Neue Steuerungssysteme an den Hochschulen.* Abschlussbericht, 31. 5. 2002. https://hessenkongress.files.wordpress.com/2010/01/schimank-2002-neue-steuerungssysteme-an-den-hochschulen.pdf. Zuletzt aufgerufen am 24. 3. 2022.

Schlaffke, Winfried: *Akademisches Proletariat?* Osnabrück: Fromm 1972.

Schley, Fridolin: *Die Verteidigung. Roman.* Berlin: Hanser 2021.

Schmelzer, Matthias: *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm.* Cambridge: Cambridge University Press 2016.

Schmitt, Oliver Jens: *Căpitan Codreanu. Aufstieg und Fall des rumänischen Faschistenführers.* Wien: Zsolnay 2016.

Schneider, Friedrich: Foreword. In: OECD (Hg.): *The Social Sciences and the Policies of Governments.* Paris: OECD 1966, 7.

Scholtz, Harald: Geschichte der Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Teil I: 1949–1980. In: Karol Kubicki und Siegward Lönnendonker (Hg.): *Gesellschaftswissenschaften an der Freien Universität Berlin: Erziehungswissenschaft, Psychologie, Hochschuldidaktik, Politikwissenschaft, Forschungsverbund SED-Staat, Kommunikationswissenschaften, Soziologie und Tourismus.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Unipress 2013, 11–27.

Scholz, Juliane: *Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft.* Berlin: GMPG-Preprint 2019.

———: *Transformationen der Wissensproduktion in der Grundlagenforschung: Eine Sozialgeschichte der Max-Planck-Gesellschaft (1948–2005)*, im Erscheinen.

Schorb, Alfons Otto (Hg.): *Für und wider den Rahmenplan. Eine Dokumentation.* Stuttgart: Klett 1960.

Schöttler, Peter: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext. Die Ära Heimpel.* Berlin: GMPG-Preprint 2017.

———: *Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext, 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft.* Berlin: GMPG-Preprint 2020.

Schregel, Susanne: Interdisziplinarität im Entwurf. Zur Geschichte einer Denkform des Erkennens in der Bundesrepublik (1955–1975). *NTM. Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Medizin und Technik* 24/1 (2016), 1–37.

Schreiterer, Ulrich: *Traumfabrik Harvard. Warum amerikanische Hochschulen so anders sind.* Frankfurt am Main: Campus 2008.

Schriewer, Jürgen (Hg.): *Weltkultur und kulturelle Bedeutungswelten. Zur Globalisierung von Bildungsdiskursen.* Frankfurt am Main: Campus 2007.

——— (Hg.): *Discourse Formation in Comparative Education.* 3. Auflage. Frankfurt am Main: Peter Lang 2009.

Schröter, Eckhard: New Public Management. In: Bernhard Blanke, Frank Nullmeier, Christoph Reichard und Göttrik Wewer (Hg.): *Handbuch zur Verwaltungsreform*. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2011, 79–89.

Schümer, Gundel: Nachruf auf Peter Martin Roeder. *Erziehungswissenschaft. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft* 23 (2012), 133–137.

Schulze, Winfried: *Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995*. Berlin: Akademie Verlag 1995.

Schuster, Hans: *Die Judenfrage in Rumänien*. Leipzig: Meiner 1939.

Seefried, Elke: *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945–1980*. Berlin: De Gruyter, Oldenbourg 2015.

Seegers, Lu: Manager-Bilder. Leitvorstellungen und Wirtschaftshandeln in der Bundesrepublik Deutschland (1970–2000). In: Miriam Gebhardt, Katja Patzel-Mattern und Stefan Zahlmann (Hg.): *Das integrative Potential von Elitenkultur. Festschrift zum 60. Geburtstag von Clemens Wischermann*. Stuttgart: Franz Steiner 2013, 177–189.

Seliger, Hubert: *Politische Anwälte? – Die Verteidiger der Nürnberger Prozesse*. Baden-Baden: Nomos 2016.

Sieber, Ulrich: Nachruf auf Hans-Heinrich Jescheck. *Neue Juristische Wochenschrift* 45 (2009), 3291.

Siegfried, Detlef: Furor und Wissenschaft. Vierzig Jahre nach »1968«. *Zeithistorische Forschungen – Studies in Contemporary History* 5/1 (2008), 130–141. https://zeithistorische-forschungen.de/1–2008/4710. Zuletzt aufgerufen am 2. 10. 2020.

Simon, Dieter: Bekenntnis und Dienst. In: *Bekenntnis und Dienst. Reden zum 80. Geburtstag von Dietrich Goldschmidt*. Berlin: MPIB 1995, 13–26.

———: Zwischen Wissenschaft und Wissenschaftspolitik: Helmut Coing (28. 2. 1912–15. 8. 2000). *Neue Juristische Wochenschrift* (2001), 1029–1032.

Singer, Kerstin und Ute Frevert: *100 Jahre Hellmut Becker (1913–2013) – Dokumentation der Ausstellung zu Leben und Werk im Max-Planck-Institut für Bildungsforschung*. E-Publikation 2014. doi:10.14280/08241.29. Zuletzt aufgerufen am 17. 10. 2021.

Snow, Charles Percy: *The Two Cultures*. Cambridge: Cambridge University Press 1998.

Sommer, Marianne, Staffan Müller-Wille und Carsten Reinhardt (Hg.): *Handbuch Wissenschaftsgeschichte*. Stuttgart: Metzler 2017.

Sommerkorn, Ingrid N.: Soziologie der Bildung und Erziehung. In: Hermann Korte und Bernhard Schäfers (Hg.): Einführung in Praxisfelder der Soziologie. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich 1997, 29–55.

———: Mein Werdegang als Soziologin in der Wissenschaft. In: Ulrike Vogel (Hg.): *Wege in die Soziologie und die Frauen- und Geschlechterforschung. Autobiographische Notizen der ersten Generation von Professorinnen an der Universität.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 23–32.

Sonntag, Philipp: Kritische Masse, explosive Mitbestimmung am Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 271–280.

Sontheimer, Kurt: Der Tatkreis. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 7/3 (1959), 229–260.

Specht, Minna: Zusammenfassung meines Berichts über den Besuch in den Landerziehungsheimen (1952). In: Jens Brachmann: *Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal. Die Geschichte der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947–2012.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2015, 545–551.

Stamm, Thomas: *Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945–1965.* Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1981.

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970 für Schulwesen, Lehrerbildung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kulturpflege.* Stuttgart: Klett 1963.

Staudinger, Ursula M. und Ulman Lindenberger: Nachruf auf Paul B. Baltes. *Psychologische Rundschau* 58/2 (2007), 149–151.

Stedman Jones, Daniel: *Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics.* Princeton, NJ: Princeton University Press 2012.

Steinmetz, Rüdiger: *Freies Fernsehen. Das erste privat-kommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland.* Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 1996.

Stichweh, Rudolf: *Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1984.

———: Wissenschaftliche Disziplinen: Bedingungen ihrer Stabilität im 19. und 20. Jahrhundert. In: Jürgen Schriewer, Edwin Keiner und Christophe Charle (Hg.): *Sozialer Raum und akademische Kulturen. Studien zur europäischen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert.* Frankfurt am Main: Peter Lang 1993, 235–250.

Stockmann, Reinhard: Die Zukunft der Evaluation in modernen Wissensgesellschaften. In: Reinhard Stockmann und Wolfgang Meyer (Hg.): *Die Zukunft der Evaluation. Trends, Herausforderungen, Perspektiven.* Münster: Waxmann 2017, 35–52.

Stoff, Heiko: Adolf Butenandt in der Nachkriegszeit, 1945–1956. Reinigung und Assoziierung. In: Wolfgang Schieder und Achim Trunk (Hg.): *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im »Dritten Reich«.* Göttingen: Wallstein 2004, 369–402.

Stokes, Raymond G.: Von der I. G. Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der BASF (1925–1952). In: Werner Abelshauser (Hg.): *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte.* München: C. H. Beck 2002, 221–358.

Stokłosa, Katarzyna: *Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2011.

Stolleis, Michael: Verwaltungsrechtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Dieter Simon (Hg.): *Rechtswissenschaft in der Bonner Republik. Studien zur Wissenschaftsgeschichte der Jurisprudenz.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1994, 227–258.

———: Erinnerung – Orientierung – Steuerung. Konzeption und Entwicklung der »Geisteswissenschaften« in der Max-Planck-Gesellschaft. In: Max-Planck-Gesellschaft (Hg.): *Forschung an den Grenzen des Wissens. 50 Jahre Max-Planck-Gesellschaft 1948–1998. Dokumentation des wissenschaftlichen Festkolloquiums und der Festveranstaltung zum 50jährigen Gründungsjubiläum am 26. Februar 1998 in Göttingen.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1998, 75–92.

Stöver, Bernd: *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007.

Studium Generale. Zeitschrift für die Einheit der Wissenschaften im Zusammenhang ihrer Begriffsbildungen und Forschungsmethoden. Herausgegeben von Karl Heinrich Bauer et al. Berlin: Springer 1947/48.

Sutor, Bernhard: Politische Bildung im Streit um die »intellektuelle Gründung« der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B45 (2002), 17–27.

Svennilson, Ingvar, Friedrich Edding und Lionel Elvin: *Policy Conference on Economic Growth and Investment in Education. Washington 16th – 20th October 1961. Bd. 2: Targets for Education in Europe in 1970.* Paris: OECD 1962.

Szöllösi-Janze, Margit: Geschichte der außeruniversitären Forschung in Deutschland. In: Christian Flämig, Volker Grellert, Otto Kimminich, Ernst-Joachim Meusel, Hans Heinrich

Rupp, Dieter Scheven, Hermann Josef Schuster et al. (Hg.): *Handbuch des Wissenschaftsrechts.* Bd. 2. 2. Auflage. Berlin: Springer 1996, 1187–1218.
———: »Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flasche!«. Der Exzellenzwettbewerb zwischen den deutschen Universitäten in historischer Perspektive. *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 14 (2011), 49–73.

Tändler, Maik: *Das therapeutische Jahrzehnt. Der Psychoboom in den siebziger Jahren.* Göttingen: Wallstein 2016.

Teetzmann, Constantin: *Schutz vor Wissen? Forschung mit doppeltem Verwendungszweck zwischen Schutzpflichten und Wissenschaftsfreiheit.* Baden-Baden: Nomos 2020.

Tenorth, Heinz-Elmar: Versäumte Chancen. Zur Rezeption und Gestalt der empirischen Erziehungswissenschaft der Jahrhundertwende. In: Peter Zedler und Eckard König (Hg.): *Rekonstruktionen pädagogischer Wissenschaftsgeschichte. Fallstudien, Ansätze, Perspektiven.* Weinheim: Deutscher Studien Verlag 1989, 317–343.
———: Erziehungswissenschaft. In: Dietrich Benner und Jürgen Oelkers (Hg.): *Historisches Wörterbuch der Pädagogik. Studienausgabe.* Weinheim: Beltz 2010, 341–382.
———: Forschungspraxis in der Konstruktion der Erziehungswissenschaft. In: Christian Ritzi und Ulrich Wiegmann (Hg.): *Beobachten – Messen – Experimentieren. Beiträge zur Geschichte der empirischen Pädagogik/Erziehungswissenschaft.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 2010, 195–210.
———: *Geschichte der Erziehung. Einführung in die Grundzüge ihrer neuzeitlichen Entwicklung.* 5. Auflage. Weinheim: Juventa 2010.
———: Erziehungswissenschaft – Kontext und Akteur reformpädagogischer Bewegungen. In: Wolfgang Keim und Ulrich Schwerdt (Hg.): *Handbuch der Reformpädagogik in Deutschland (1890–1933). Teil 1: Gesellschaftliche Kontexte, Leitideen und Diskurse.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2013, 293–326.

Tent, James F.: *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-occupied Germany.* Chicago, IL: The University of Chicago Press 1982.
———: *Freie Universität Berlin 1948–1988. Eine deutsche Hochschule im Zeitgeschehen.* Berlin: Colloquium Verlag 1988.

The Cambridge History of Science. 8 Bde. Cambridge: Cambridge University Press 2002–2020.

Ther, Philipp: Neoliberalismus. *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2016. https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/647/file/docupedia_ther_neoliberalismus_v1_de_2016.pdf. Zuletzt aufgerufen am 1. 3. 2021.

Thies, Jochen: Otto Wolff von Amerongen: Kundschafter der Marktwirtschaft. In: Peter Danylow und Ulrich S. Soénius (Hg.): *Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik.* München: Siedler 2005, 384–435.

Thompson Klein, Julie: *Interdisciplinarity. History, Theory, & Practice.* Detroit, MI: Wayne State University Press 1990.
———: A Taxonomy of Interdisciplinarity. In: Robert Frodeman, Julie Thompson Klein und Carl Mitcham (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity.* Oxford: Oxford University Press 2010, 15–30.

Thoms, Ulrike: *Ein »erlaubtes Experiment« für die MPG. Hellmut Becker und die Gründung des MPI für Bildungsforschung.* Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin [undatiert].
———: Geschichte des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin. In: Stephan Moebius und Andrea Ploder (Hg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum.* Wiesbaden: Springer VS 2018, 1009–1024.

»Tiburtius, Joachim«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1967. http://www.munzinger.de/document/00000006229. Zuletzt aufgerufen am 6. 7. 2020.

Tillmann, Klaus-Jürgen: *Sozialisationstheorien. Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institution und Subjektwerdung.* 2. Auflage. Reinbek: Rowohlt 2010.

Tooze, J. Adam: *Statistics and the German State 1900–1945.* Cambridge: Cambridge University Press 2001.

Trischler, Helmuth: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980. In: Thomas Schlemmer und Hans Woller (Hg.): *Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973.* München: Oldenbourg 2004, 117–194.

Trischler, Helmuth und Vanessa Osganian: *Kooperation und Konkurrenz in den Wissenschaften.* https://www.deutsches-museum.de/forschung/forschungsinstitut/projekte/detailseite/kooperation-und-konkurrenz-in-den-wissenschaften#projektbeschreibung. Zuletzt aufgerufen am 22. 8. 2021.

Tröster, Yvonne: *Bildungspolitik und Föderalismus. Auswirkungen auf das berufliche Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland – Die Diskussionen in der Kultusministerkonferenz in den 1950er und 1960er Jahren.* Dissertation, Universität Mannheim 2017. E-Publikation 2017: https://madoc.bib.uni-mannheim.de/42290/. Zuletzt aufgerufen am 5. 12. 2019.

Tübinger Memorandum. In: Georg Picht: *Die Verantwortung des Geistes. Pädagogische und politische Schriften.* Olten: Walter-Verlag [1961] 1965, 411–418.

Tyack, David und Larry Cuban: *Tinkering Toward Utopia. A Century of Public School Reform.* Cambridge, MA: Harvard University Press 1995.

Uhlmann, Angelika: »Der Sport ist der praktische Arzt am Krankenlager des deutschen Volkes«. Wolfgang Kohlrausch (1980–1888) und die Geschichte der deutschen Sportmedizin. Dissertation, Universität Freiburg 2004. E-Publikation 2004: https://freidok.uni-freiburg.de/data/1590. Zuletzt aufgerufen am 19. 12. 2022.

Üner, Elfriede: *Soziologie als »geistige Bewegung«. Hans Freyers System der Soziologie und die »Leipziger Schule«*. Weinheim: Wiley-VCH Verlag 1992.

———: Der Einbruch des Lebens in die Geschichte. Kultur- und Sozialtheorie der »Leipziger Schule« zwischen 1900 und 1945. In: Hartmut Lehmann und Otto Gerhard Oexle (Hg.): *Nationalsozialismus in den Kulturwissenschaften. Bd. 1: Fächer – Milieus – Karrieren.* Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2004, 211–239.

Universität Leipzig. Personal- und Vorlesungsverzeichnis. Sommersemester 1938. Leipzig: Alexander Edelmann 1938.

Veröffentlichungen der Max-Planck-Gesellschaft. *Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft* 1971, 199–453.

Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vom 4. Juni 1964. Dokument Nr. 28. In: Manfred Abelein (Hg.): *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente.* Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970, 173–174.

Vierhaus, Rudolf: Einführung. In: Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990, 3–13.

———: Bemerkungen zum sogenannten Harnack-Prinzip. Mythos und Realität. In: Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko (Hg.): *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip.* Berlin: De Gruyter 1996, 129–144.

Vierhaus, Rudolf und Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1990.

Virchow, Fabian: Zur Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69/49–50 (2019), 15–19.

Voigt, Erwin: Das Pädagogische Zentrum Berlin. Diesseits von reiner Theorie und naiver Praxis. In: Tobias Rülcker (Hg.): *Modell Berlin. Schule und Schulpolitik in Berlin in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.* Frankfurt am Main: Peter Lang 2007, 375–399.

»Voigt, Richard«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1970. http://www.munzinger.de/document/00000002302. Zuletzt aufgerufen am 6. 7. 2020.

Vollständiges Verzeichnis der Arbeiten von Saul B. Robinsohn. In: Frank Braun, Detlef Glowka und Helga Thomas (Hg.): *Saul B. Robinsohn. Erziehung als Wissenschaft.* Stuttgart: Klett 1973, 453–462.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): *Bildungspolitische Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.* Bonn: SPD 1964.
——— (Hg.): *Entwurf. Modell für ein demokratisches Bildungswesen.* Bonn: SPD 1969.

Wagner, Peter: *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980.* Frankfurt am Main: Campus 1990.

Wagner, Peter, Björn Wittrock und Richard P. Whitley (Hg.): *Discourses on Society. The Shaping of the Social Science Disciplines.* Dordrecht: Kluwer Academic Publishers 1991.

Walker, Mark: »Mit der Bombe leben« – Carl Friedrich von Weizsäckers Weg von der Physik zur Politik. In: Klaus Hentschel und Dieter Hoffmann (Hg.): *Carl Friedrich von Weizsäcker: Physik – Philosophie – Friedensforschung. Leopoldina-Symposium vom 20. bis 22. Juni 2012 in Halle (Saale).* 2. Auflage. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 2015, 343–356.

»Weber, Hans Hermann«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1980. http://www.munzinger.de/document/00000006001. Zuletzt aufgerufen am 1. 11. 2020.

Weber, Jutta (Hg.): *Interdisziplinierung? Zum Wissenstransfer zwischen den Geistes-, Sozial- und Technowissenschaften.* Bielefeld: transcript 2010.

Weber, Petra: *Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie.* Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998.

Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges.* München: C. H. Beck 1995.
———: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR. 1949–1990.* München: C. H. Beck 2008.

Wehrs, Nikolai: *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren.* Göttingen: Wallstein 2014.

Wein, Martin: *Die Weizsäckers. Geschichte einer deutschen Familie.* München: Knaur 1991.

Weinert, Franz E.: Heinz Heckhausen: Person und Werk. In: Max-Planck-Institut für Psychologische Forschung (Hg.): *Heinz Heckhausen. Erinnerungen, Würdigungen, Wirkungen.* Berlin: Springer 1990, 31–36.

Weingart, Peter: A Short History of Knowledge Formations. In: Robert Frodeman, Julie Thompson Klein und Carl Mitcham (Hg.): *The Oxford Handbook of Interdisciplinarity.* Oxford: Oxford University Press 2010, 3–14.

Weinhauer, Klaus: Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebziger Jahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit. *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), 219–242.

Weinke, Annette: *Die Nürnberger Prozesse.* München: C. H. Beck 2006.

Weischer, Christoph: *Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland.* München: Oldenbourg 2004.

Weishaupt, Horst, Brigitte Steinert und Jürgen Baumert: *Bildungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Situationsanalyse und Dokumentation.* Bad Honnef: BMBW 1991.

Weizsäcker, Carl Friedrich von: [Selbstdarstellung]. In: L. J. Pongratz (Hg.): *Philosophie in Selbstdarstellungen.* Bd. 2. Hamburg: Felix Meiner 1975, 342–390.
———: Die Kunst der Prognose. In: Carl Friedrich von Weizsäcker: *Der ungesicherte Friede.* 2. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht [1965] 1979, 57–76.
———: *Die Einheit der Natur.* 2. Auflage. München: dtv [1971] 1982.

Weizsäcker, Gundalena von: Damals in Straßburg. In: Hellmut Becker, Gerold Becker und Jürgen Zimmer (Hg.): *Lust und Last der Aufklärung. Ein Buch zum 80. Geburtstag von Hellmut Becker.* Weinheim: Beltz 1993, 119–124.

Welskopp, Thomas: Irritating Flirtations. Reflections on the Relationship Between History and Sociology Since the 1970s. *InterDisciplines* 1/1 (2010), 9–42.

Wende, Erich: *C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik.* Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1959.

Wentzel, Matthias: *Autonomes Berufsausbildungsrecht und Grundgesetz. Zur Rechtsetzung der Industrie- und Handelskammern und Handwerksorganisationen in der Bundesrepublik.* Stuttgart: Klett 1970.

Werner, Karen und Bernd Dühlmeier: Zur Rezeption der Reformpädagogik nach 1945. In: Till-Sebastian Idel und Heiner Ullrich (Hg.): *Handbuch Reformpädagogik.* Weinheim: Beltz 2017, 174–190.

Westemeier, Jens: »So war der deutsche Landser« – Wehrmachtsbilder von 1945 bis heute. In: Jens Westemeier (Hg.): *»So war der deutsche Landser... «. Das populäre Bild der Wehrmacht.* Paderborn: Schöningh 2019, 1–26.

Weymann, Ansgar und Kerstin Martens: Bildungspolitik durch internationale Organisationen. Entwicklung, Strategien und Bedeutung der OECD. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 30/4 (2005), 68–86.

Wiarda, Jan-Martin: *Was macht die Beratung mit dem Berater? Über die Folgen von Politikberatung für die Wissenschaft am Beispiel des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung.* Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin 2015. E-Publikation 2016: https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/18085. doi:10.18452/17433. Zuletzt aufgerufen am 28. 7. 2021.

Wieland, Keinath: Geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte/Zentren. Einige Anmerkungen im Rückblick. *Hochschule Ost* 5/3 (1996), 114–120.

Wiezorek, Christine, Harm Kuper und Bernhard Schmidt-Hertha: *Editorial. Erziehungswissenschaft* 62/32 (2021), 7–9.

Wiggershaus, Rolf: *Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung.* München: dtv 1988.

Wildt, Michael: Der Fall Reinhard Höhn. Vom Reichssicherheitshauptamt zur Harzburger Akademie. In: Alexander Gallus und Axel Schildt (Hg.): *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930.* Göttingen: Wallstein 2011, 254–271.

Willer, Stefan, Sigrid Weigel und Bernhard Jussen (Hg.): *Erbe. Übertragungskonzepte zwischen Natur und Kultur.* Berlin: Suhrkamp 2013.

»Winnacker, Karl«. In: *Munzinger Online/Personen.* Ravensburg: Internationales Biographisches Archiv 1989. http://www.munzinger.de/document/00000005906. Zuletzt aufgerufen am 16. 7. 2020.

Winterhager, Wolfgang Dietrich: Berufliche Bildung – Ein Bereich starker Herausforderung der Bildungsforschung. In: Friedrich Edding (Hg.): *Zwanzig Jahre Bildungsforschung. Zwanzig Jahre Bildungsreform.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1987, 176–184.

Wissenschaftsrat: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen.* Teil I–III. Tübingen: Mohr 1960–1965.

———: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen.* Tübingen: Mohr 1960.

———: *Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen.* [Bonn:] Bundesdruckerei 1962.

———: *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen. Teil III.1: Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Akademien der Wissenschaften, Museen und wissenschaftliche Sammlungen.* Tübingen: Mohr 1965.

Wöhrle, Patrick: *Zur Aktualität von Helmut Schelsky. Einleitung in sein Werk.* Wiesbaden: Springer VS 2015.

Wolf, Gerhard: Ever the Best: Zu den Geisteswissenschaften in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft: Dynamiken, Rhetoriken, Perspektiven. In: Dieter Hoffmann, Birgit Kolboske und Jürgen Renn (Hg.): »Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen«. *Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft.* 2. Auflage. Berlin: Edition Open Access 2017, 343–357.

Wolfrum, Rüdiger: Nachruf Prof. Dr. Günther Jaenicke. *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 68/1 (2008), 1–2.

Wollmann, Hellmut: Entwicklungs- und Konfliktlinien des Bildungssektors im deutschen Föderalismus: Neue Dynamik durch Digitalisierung in Zeiten des Corona Virus? In: Wolfgang Roters, Horst Gräf und Hellmut Wollmann (Hg.): *Zukunft denken und verantworten. Herausforderungen für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Festschrift für Christoph Zöpel.* Wiesbaden: Springer VS 2020, 253–284.

Woodward, Richard: *The Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD).* London: Routledge 2009.

Wulf, Christoph: *Das politisch-sozialwissenschaftliche Curriculum. Eine Analyse der Curriculumentwicklung in den USA.* München: Piper 1973.

Zenke, Christian Timo: *Hartmut von Hentig und die ästhetische Erziehung. Eine kritische Bestandsaufnahme.* Köln: Böhlau 2018.

Zoll, Ralf: Die Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre in Hessen. In: Peter Imbusch und Ralf Zoll (Hg.): *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung.* 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006, 441–457.

Zum 100. Bande. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 100/4 (1940). Unveränderter Nachdruck. Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag AG 1979, 1–4.

Zur Erinnerung an Karl Klasen. *Bank und Geschichte. Historische Rundschau* 19/1 (2009), 1–6.

Zur Tätigkeit des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin. *Informationen Bildung Wissenschaft* 4/73 (1973), 44–45.

6.4 Abkürzungsverzeichnis

A

ADS-Soz	Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten in der Soziologie
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
AG	Aktiengesellschaft
AG	Arbeitsgruppe
APO	Außerparlamentarische Opposition
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
ATH	August Thyssen-Hütte AG

B

BABW	Beratender Ausschuß für Bildungs- und Wissenschaftspolitik
BAF	Beratender Ausschuß für Forschungspolitik
BAK	Bundesassistentenkonferenz
BASE	Berliner Altersstudie
BASF	Badische Anilin- & Sodafabrik
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BFW	Bund Freiheit der Wissenschaft
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMA	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMAt	Bundesministerium für Atomfragen
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMS	Biologisch-Medizinische Sektion (der MPG)
BMwF	Bundesministerium für Wissenschaftliche Forschung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BR	Deutscher Bildungsrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland

C

CERI	Centre for Educational Research and Innovation
CESE	Comparative Education Society in Europe
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
CPTS	Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion (der MPG)
CSU	Christlich-Soziale Union

D

DA	Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft

DFR	Deutscher Forschungsrat
DGfE	Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft
DGPT	Deutsche Gesellschaft für Psychotherapie und Tiefenpsychologie
DGS	Deutsche Gesellschaft für Soziologie
DHV	Hochschule für Verwaltungswissenschaften
DI	Deutsches Industrieinstitut Köln
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag (später: DIHK)
DIPF	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DVU	Deutsche Volksunion
DVV	Deutscher Volkshochschulverband

E

EDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ESRO	European Space Research Organisation
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

F

FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FEST	Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FTS	Fritz Thyssen Stiftung
FU	Freie Universität Berlin

G

GDNÄ	Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte
GESIS	Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GK	Grundsatzkonferenz (des IfB/MPIB)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMPG	Forschungsprogramm „Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“
GUZ	Göttinger Universitätszeitung
GV	Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft
GwS	Geisteswissenschaftliche Sektion (der MPG)

H

HIPF	Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung (später: DIPF)
HIS	Hochschul-Informations-System
HJ	Hitler-Jugend
HRG	Hochschulrahmengesetz

I

IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
ICUE	International Committee on the University Emergency
IEA	International Association for the Evaluation of Educational Achievement
IfB	Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft
IfS	Institut für Sozialforschung
IfW	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IHK	Industrie- und Handelskammer
IISS	International Institute for Strategic Studies
IPN	Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik
IW	Institut der deutschen Wirtschaft
IZ	Informationszentrum für sozialwissenschaftliche Forschung
IZHD	Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik

K

KMK	Kultusministerkonferenz (Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland)
KU	Kritische Universität
KWG	Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut

L

LEH	Landerziehungsheim
LK	Leitungskonferenz (des IfB/MPIB)
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität
LSE	London School of Economics

M

MPG	Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.
MPI	Max-Planck-Institut
MPIB	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
MPIG	Max-Planck-Institut für Geschichte
MPIL	Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt

MPIWG	Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte
MPS	Mont Pèlerin Society

N

NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NIAS	Netherlands Institute for Advanced Study in the Humanities and Social Sciences
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten
NofU	Notgemeinschaft für eine freie Universität
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPM	New Public Management
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk

O

OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEEC	Organisation für European Economic Co-operation
OSI	Otto-Suhr-Institut
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

P

Pg.	Parteigenosse (Mitglied der NSDAP)
PH	Pädagogische Hochschule
PISA	Programme for International Student Assessment
PR	Public Relations
PZ	Pädagogisches Zentrum

R

RAF	Rote Armee Fraktion
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RUS	Reichsuniversität Straßburg
RV-Fo	Rahmenvereinbarung Forschungsförderung

S

SA	Sturmabteilung
SAFPP	Senatsausschuß für Forschungspolitik und Forschungsplanung
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SFI	Sigmund-Freud-Institut
SOFI	Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPK	Stiftung Preußischer Kulturbesitz
SRC	Science Research Council
SS	Schutzstaffel
SU	Sowjetunion

T

TAT	Thematischer Apperzeptionstest
TH	Technische Hochschule
TIMSS	Third International Mathematics and Science Study (ab 2003: Trends in International Mathematics and Science Study)
TINA	There Is No Alternative
TU	Technische Universität

U

UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UIP	UNESCO-Institut für Pädagogik
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
USA	United States of America

V

VDS	Verband deutscher Studentenschaften
VWF	Verband der Wissenschaftler an Forschungsinstituten

W

WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
Wi In Nord	Wirtschaftsinspektion Nord
WR	Wissenschaftsrat
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Z

ZA	Zentralarchiv für empirische Sozialforschung
ZiF	Zentrum für interdisziplinäre Forschung
ZUMA	Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen
ZZF	Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

6.5 Personenverzeichnis

Da das Preprint als E-Publikation vorliegt und die in dieser Arbeit auch jenseits der Fachliteratur thematisierten Personen über die elektronische Suchfunktion aufzufinden sind, wurde auf die Indizierung der Personen und die entsprechenden Seitenverweise im Personenverzeichnis verzichtet. Der folgende Überblick dient zur Orientierung der Personensuche.

A
Abs, Josef
Ach, Narziß
Adenauer, Konrad
Adorno, Theodor W.
Albert, Hans
Amerongen, Otto Wolff von
Aron, Raymond
Aschoff, Jürgen
Aubin, Hermann

B
Baade, Fritz
Baden, Max von
Bahrdt, Hans P.
Balke, Siegfried
Ballreich, Hans
Baltes, Paul B.
Bargmann, Wolfgang
Bäuerle, Theodor
Baumert, Jürgen
Baumgarten, Eduard
Bausch, Hans
Becker, Carl Heinrich
Becker, Gary S.
Becker, Hellmut
Behrendt, Richardt Fritz
Beier, Friedrich-Karl
Beitz, Berthold
Benecke, Otto
Bergstraesser, Arnold
Bernstein, Basil
Birrenbach, Kurt
Bismarck, Klaus von
Blankertz, Herwig
Blättner, Fritz
Blaug, Mark
Blessing, Karl
Böckenförde, Ernst-Wolfgang
Boden, Hans
Böhm, Ullrich
Böhme, Gernot
Bombach, Gottfried
Borinski, Fritz
Bourdieu, Pierre
Boveri, Margaret
Bowman, Mary Jean
Brandt, Willy
Brezinka, Wolfgang
Bronfenbrenner, Urie
Bruner, Jerome
Buchan, Alastair F.
Bush, Vannevar
Butenandt, Adolf

C
Chruschtschow, Nikita
Churchill, Winston
Codreanu, Corneliu Zelea
Coing, Helmut
Conant, James Bryant

D
Dahrendorf, Ralf
Damerow, Peter
Dohnanyi, Klaus von
Dohrn, Klaus
Dölle, Hans
Dönhoff, Marion Gräfin
Driesch, Hans

E
Edding, Friedrich
Edelstein, Wolfgang
Eisenhower, Dwight D.
Ellscheid, Robert
Erbe, Walter
Erdmann, Karl Dietrich
Erhard, Ludwig
Essler, Wilhelm K.
Evers, Carl-Heinz

F
Fabich, Falk
Fischer, Aloys
Fleck, Ludwik
Fleckenstein, Josef
Flitner, Wilhelm
Freudenberg, Hans
Frevert, Ute
Freyer, Hans
Friedeburg, Ludwig von

G
Gadamer, Hans-Georg
Gambke, Gotthard
Gehlen, Arnold
Genscher, Hans-Dietrich
George, Stefan
Gerhardt, Uta
Gerlach, Walther
Gerstenmaier, Eugen
Gierer, Alfred
Giersch, Herbert
Gigerenzer, Gerd
Girard, Jean Baptiste
Goldschmidt, Dietrich
Gollwitzer, Helmut
Graumann, Carl Friedrich
Grimme, Adolf
Großmann, Heinz
Grunwald, Günter
Gummert, Fritz
Gurland, Arkadij

H
Haber, Fritz
Habermas, Jürgen
Hahn, Kurt
Hahn, Otto
Hahn, Wilhelm
Hallstein, Walter
Hamm-Brücher, Hildegard
Hanssler, Bernhard
Harnack, Adolf von
Harnischfeger, Annegret
Hartmann, Nicolai
Haselberg, Peter von
Heckel, Hans
Heckhausen, Heinz
Heidegger, Martin
Heimendahl, Eckart
Heimpel, Hermann
Heisenberg, Werner
Hennis, Wilhelm
Hentig, Hartmut von
Heppe, Hans von
Hess, Gerhard
Heuss, Theodor
Hilker, Franz
Höffner, Josef
Hofmannsthal, Hugo von
Hopf, Christel
Hopf, Diether
Horkheimer, Max
Huber, Ernst Rudolf
Hübner, Kurt
Hüfner, Klaus
Hurrelmann, Klaus
Husén, Torsten
Hylla, Erich

J
Jaeggi, Urs
Jaenicke, Günther
Jaspers, Karl
Jescheck, Hans-Heinrich
Jochimsen, Reimut

K

Kaiser, Günther
Kaltenbrunner, Gerd-Klaus
Kehr, Paul Fridolin
Kennedy, John F.
Kiesinger, Kurt Georg
Kissinger, Henry
Klafki, Wolfgang
Klasen, Karl
Kluge, Alexander
Knab, Doris
Knake, Else
Kocka, Jürgen
Kohl, Helmut
Köhler, Helmut
König, René
Kornadt, Hans-Joachim
Kost, Heinrich
Krais, Beate
Krappmann, Lothar
Kreibich, Rolf
Kriele, Martin
Krug, Luitgard (Luitgard Trommer-Krug)
Krüger, Hans-Peter
Krüger, Lorenz
Krysmanski, Hans Jürgen
Kuhn, Richard
Kuhn, Thomas

L

Lamprecht, Karl
Langeland, Alv Gunnar Storheid
Lautenbach, Wilhelm
Lay, Wilhelm August
Lempert, Wolfgang
Lenz, Hans
Lepsius, M. Rainer
Leschinsky, Achim
Leussink, Hans
Litt, Theodor
Lobkowitz, Nikolaus
Lochner, Rudolf
Lotz, Wolfgang
Löwenthal, Richard
Lübbe, Hermann
Lüst, Reimar
Lynen, Feodor

M

Magee, Warren E.
Maier, Hans
Maier, Joseph
Manheim, Ernst (Ernest)
Mannheim, Karl
Marcuse, Herbert
Markmann, Heinz
Marquard, Odo
Marwedel, Peter
Marx, Karl
Maus, Heinz
Mayer, Karl Ulrich
Mayntz-Trier, Renate (Renate Mayntz)
McCloy, John
Mehnert, Klaus
Merck, Walther
Merkle, Hans L.
Mertens, Dieter
Merton, Robert K.
Messerschmid, Felix
Meumann, Ernst
Meyer-Abich, Adolf
Mitscherlich, Alexander
Mohler, Armin
Mollenhauer, Klaus
Mosler, Hermann
Müller, Karl Valentin
Müller, Peter
Müller, Walter
Münch, Fritz

N

Naumann, Jens
Neuhaus, Rolf
Neumarck, Fritz
Nevermann, Knut
Nipperdey, Thomas

Nitsch, Wolfgang
Nixon, Richard
Nolte, Ernst

O
Ochel, Willy
Oertzen, Peter von
Oevermann, Ulrich
Offe, Claus
Ohlendorf, Otto
Ohnesorg, Benno

P
Passeron, Jean-Claude
Peisert, Hansgert
Peters, Hans
Petersen, Alfred
Petersen, Carl
Pfeffer, Gottfried
Pfeffer, Karl Heinz
Pferdmenges, Robert
Pfizer, Theodor
Picht, Georg
Planck, Max
Plessner, Helmuth
Popper, Karl
Preuß, Ulrich Karl
Pünder, Hermann

R
Radnitzky, Gerard
Raiser, Ludwig
Raschert, Jürgen
Reagan, Ronald
Renn, Jürgen
Reschke, Hans
Reusch, Hermann
Richter, Ingo
Riese, Hajo
Ritter, Joachim
Ritterbusch, Paul
Robinsohn, Saul B.
Roeder, Peter Martin
Rohrmoser, Günter
Rolff, Hans-Günter
Roth, Heinrich
Rüegg, Walter

S
Sandberger, Martin
Schäffer, Fritz
Schamoni, Peter
Schardt, Alois
Scharoun, Hans
Scheel, Walter
Schelsky, Helmut
Scheuch, Erwin K.
Scheufelen, Klaus H.
Schiller, Karl
Schluchter, Wolfgang
Schmid, Carlo
Schmid, Hedwig
Schmidt, Helmut
Schmitt, Carl
Schneider, Friedrich
Schreiber, Georg
Schrenck-Notzing, Caspar von
Schultz, Theodore W.
Schuster, Hans
Schütte, Ernst
Selbach, Erich
Siewert, Peter
Simon, Dieter
Smend, Rudolf
Sohl, Hans-Günther
Sommerkorn, Ingrid N.
Sontheimer, Kurt
Spaemann, Robert
Specht, Minna
Staab, Heinz A.
Stegmüller Wolfgang
Stein, Lorenz von
Stern, Fritz
Stoltenberg, Gerhard

T

Telschow, Ernst
Tenbruck, Friedrich H.
Teufel, Fritz
Thatcher, Margaret
Thorndike, Edward L.
Thorndike, Robert L.
Thyssen, Amélie
Tiburtius, Joachim
Tillmann, Klaus-Jürgen
Troeger, Heinrich

U

Uexküll, Jakob von
Ulich, Robert
Ullrich, Karl Julius
Ulmer, Eugen

V

Vaizey, John
Vierhaus, Rudolf
Vits, Hellmut
Vogel, Bernhard
Voigt, Richard

W

Weber, Hans Hermann
Weber, Max
Wehner, Herbert
Weinert, Franz E.
Weizsäcker, Carl Christian von
Weizsäcker, Carl Friedrich von
Weizsäcker, Ernst von
Weizsäcker, Viktor von
Wende, Erich
Wenke, Hans
Wiacker, Franz
Winnacker, Karl
Wirsing, Giselher
Wundt, Wilhelm
Wurster, Carl

Z

Zeuner, Albrecht
Zichy-Thyssen, Anita Gräfin
Zierold, Kurt
Zöller, Michael
Zweigert, Konrad

Publikationen des Forschungsprogramms »Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft« – Preprints

Thomas Steinhauser, Hanoch Gutfreund und Jürgen Renn: »A Special Relationship: Turning Points in the History of German-Israeli Scientific Cooperation«. Preprint 1: 2017.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext: Die Ära Heimpel«. Preprint 2: 2017.

Birgit Kolboske: »Die Anfänge. Chancengleichheit in der Max-Planck-Gesellschaft, 1988–1998. Ein Aufbruch mit Hindernissen«. Preprint 3: 2018.

Jaromír Balcar: »Instrumentenbau – Patentvermarktung – Ausgründungen. Die Geschichte der Garching Instrumente GmbH«. Preprint 4: 2018.

Gregor Lax: »Von der Atmosphärenchemie zur Erforschung des Erdsystems. Beiträge zur jüngeren Geschichte des Max-Planck-Instituts für Chemie (Otto-Hahn-Institut), 1959–2000«. Preprint 5: 2018.

Doris Kaufmann: »Konrad Lorenz: Scientific persona, ›Harnack-Pläncker‹ und Wissenschaftsstar in der Zeit des Kalten Krieges bis in die frühen 1970er Jahre«. Preprint 6: 2018.

Jaromír Balcar: »Die Ursprünge der Max-Planck-Gesellschaft. Wiedergründung – Umgründung – Neugründung«. Preprint 7: 2019.

Juliane Scholz: »Partizipation und Mitbestimmung in der Forschung. Das Beispiel Max-Planck-Gesellschaft«. Preprint 8: 2019.

Ulrich Magnus: »Geschichte des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, 1949-2000«. Preprint 9: 2020.

Felix Lange: »Das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, 1945-2002«. Preprint 10: 2020.

Eberhard Eichenhofer: »Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, 1975-2000«. Preprint 11: 2020.

Gregor Lax: »Wissenschaft zwischen Planung, Aufgabenteilung und Kooperation. Zum Aufstieg der Erdsystemforschung in der MPG, 1968–2000«. Preprint 12: 2020.

Mitchell G. Ash: »Die Max-Planck-Gesellschaft im Kontext der Deutschen Vereinigung 1989–1995«. Preprint 13: 2020.

Jaromír Balcar: »Wandel durch Wachstum in ›dynamischen Zeiten‹. Die Max-Planck-Gesellschaft 1955/1957 bis 1972«. Preprint 14: 2020.

Peter Schöttler: »Das Max-Planck-Institut für Geschichte im historischen Kontext 1972–2006. Zwischen Sozialgeschichte, Historischer Anthropologie und Historischer Kulturwissenschaft«. Preprint 15: 2020.

Fabian Link: »Soziologie und Politologie hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften: Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln von 1984 bis 1997«. Preprint 17: 2022.

Beatrice Fromm: Geistes- und sozialwissenschaftliche Max-Planck-Institute 1948–2002/2005 – eine Chronologie. Preprint 18: 2022.

Bezugsadresse
Forschungsprogramm Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft
Boltzmannstr. 22, 14195 Berlin
E-Mail: gmpgoffice@mpiwg-berlin.mpg.de
Sie finden alle Preprints auch online auf der Website des Forschungsprogramms unter:
http://gmpg.mpiwg-berlin.mpg.de/de/publikationen

gmpg

Forschungsprogramm
Geschichte der
Max-Planck-Gesellschaft